Philippe Waniez

Gudrun Gruszka

Barbara Palsbröcker

Nordrhein-Westfalen in Deutschland und Europa

Atlas der Lebensbedingungen zum 70. Geburtstag des Landes

©2017 Philippe Waniez

Philippe Waniez

Gudrun Gruszka

Barbara Palsbröcker

Nordrhein-Westfalen in Deutschland und Europa

Atlas der Lebensbedingungen zum 70. Geburtstag des Landes

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Dank

Benutzte Datenbanken

Prolog

I - Die Besiedlung

1. Die Bevölkerungsdichte
2. Im Herzen der europäischen Megalopolis
3. Die Bevölkerungsdichte in Deutschland
4. Die Bevölkerungsdichte in Nordrhein-Westfalen
5. Die Bevölkerung der Städte in Nordrhein-Westfalen

II - Die Demografische Entwicklung

1. Die aktuelle demografische Entwicklung in Europa, in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen
2. Die Etappen der demografischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen: 1939–2011
3. Das Bevölkerungswachstum der Städte in Nordrhein-Westfalen
4. Bevölkerungsprognosen für das Jahr 2030

III - Die natürlichen Bevölkerungsbewegungen und die Wanderungen

1. Die natürliche Entwicklung im Jahr 2012
2. Die Migrationsbewegungen in 2012
3. In den großen Städten

IV - Die demografischen Strukturen

1. Das Medianalter
2. Die Altersgruppen
3. Die Frauen und die Männer

V - Der Lebenszyklus

1. Die Geburtenrate
2. Die Fruchtbarkeit der Frau
3. Die Lebenserwartung bei der Geburt
4. Heirat und Scheidung
5. Die Sterblichkeit

VI - Die Ausländer

1. Migrationshintergrund und Migrationserfahrung
2. Die Staatsangehörigkeiten
3. Die Immigration, eine Lösung gegen die Alterung der deutschen Bevölkerung ?

VII - Die Religionen

1. Die Hochburgen der evangelischen Kirche
2. Die Hochburgen der römisch-katholischen Kirche
3. Im Herzen des Landes: die religiöse Vielfalt
4. Die Abnahme der traditionellen Kirchen
5. Der Rückgang der Religionen und die religiöse Vielfalt

VIII - Die Haushalte und die Familien

1. Die durchschnittliche Haushaltsgröße
2. Die Alleinlebenden
3. Die Paare
4. Die Haushalte mit Senioren
5. Die Großen Haushalte
6. Die Alleinerziehenden Eltern

IX - Die Einkommen und die Steuern

1. Die Einkommen der Haushalte
2. Die Steuern
3. Die Einzahlungen an die Gemeinden

X - Wohnen

1. Die Baujahre
2. Die Größe der Gebäude und der Wohnungen
3. Die Wohnungen nach Art der Nutzung
4. Die Bauart des Gebäudes nach dessen Größe
5. Der Preis der Häuser und der Wohnungen
6. Die Obdachlosigkeit

XI - Lernen

1. Die Bevölkerung nach Schulabschlüssen
2. Schülerinnen und Schüler nach Schulformen des Berufsbildungssystems
3. Die vier Dimensionen des Lernens

XII - Arbeiten

1. Die Erwerbsquoten
2. Die Arbeitsproduktivität
3. Die Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf
4. Die Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen
5. Die Erwerbstätigen nach Berufen
6. Die Pendler
7. Die Arbeitslosigkeit
8. Die geringfügig entlohnten Beschäftigte
5. Die Wahlergebnisse der politischen Parteien
6. Die Wahlprofile

XIII - Wählen

1. Die Wahlberechtigten
2. Die Wahlbeteiligung
3. Die Briefwähler
4. Die Ungültigen Stimmen
5. Die Wahlergebnisse der politischen Parteien
6. Die Wahlprofile

Vorwort

Seit De Gaulle und Adenauer sind Frankreich und Deutschland untrennbare Partner für den Aufbau des Friedens in Europa. Ich stamme aus dieser Generation (1955), für die die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland, zwischen Franzosen und Deutschen zugleich selbstverständlich wie notwendig ist. Ohne germanische Wurzeln, ohne geografische Nähe und ohne vorherige Verbindungen zu diesem Land habe ich Deutsch in der Schule und später im Gymnasium gelernt. Erst in 1972 habe ich Deutschland zum ersten Mal im Rahmen eines Schüleraustauschs zwischen einem Gymnasium in Wuppertal und meinem Pariser Gymnasium besucht. An diesen Aufenthalt habe ich eine unvergessliche Erinnerung. Seit dieser Zeit hat mein Interesse für Deutschland niemals aufgehört, auch wenn die Zufälle des Lebens mich oft davon entfernt haben.

Als Student an der Universität Paris-X Nanterre (1974-1983) hatte ich beabsichtigt, meine Doktorarbeit in Geografie über die nördlichen Länder von Europa zu schreiben. Leider habe ich keine Finanzmittel erhalten, um Forschungen außerhalb Frankreichs (das europäische Erasmus-Programm gab es noch nicht) durchzuführen und ich musste mich entschließen meine Doktorarbeit über die Pariser Region zu schreiben, in der ich lebte …

Nach dem ich Doktor (1983) und dann Forscher in Geografie (1985) geworden bin, wurde ich gefragt mein Interesse auf Brasilien zu lenken. Mit diesem Land habe ich dann den größten Teil meiner beruflichen Karriere verbracht. Meine Forschungen, die auf die Kartografie der statistischen Daten gestützt sind, haben mich hauptsächlich dazu gebracht in den Bereichen der Bevölkerung, der Landwirtschaft, der sozialen und religiösen Veränderungen und der Wahlen zu arbeiten. Meine zahlreichen Veröffentlichungen über Brasilien haben aus mir einen Spezialisten für dieses Land gemacht.

Im Jahr 2006 entschied ich mich Professor an der Universität von Bordeaux zu werden. In diesem Rahmen gab es kein besonderes Interesse meiner Kollegen weder an Brasilien noch an den Methoden (insbesondere die Software zur statistischen Kartografie «Philcarto»), die ich entwickelt hatte. Da mein persönliches Interesse weiterhin für Deutschland bestand (ich verbrachte dort regelmäßige Urlaube), wollte ich meine Kenntnisse über dieses Land vertiefen. Ich begann zunächst einige Karten über die Wahlen zu entwikkeln, die ich mit den deutschen statistischen Datenquellen und den entsprechenden geografischen Ebenen (Gemeinden, Kreise ...) erstellen konnte.

Im Jahr 2013 kam mir die Idee einer systematischen Auswertung der Kartografie mit den verfügbaren Statistiken über das Internet, mit dem Gedanken, diese Daten gleichzeitig im Maßstab für das Land und für die Bundesgebiete auszuwerten. Da ich Nordrhein-Westfalen relativ gut kenne, hat sich die Wahl für dieses Land angeboten. Währenddessen erschien es mir notwendig, Deutschland der gesamten Europäischen Union gegenüberzustellen. Am anderen Ende der Maßstäbe und unter Berücksichtigung des Stadtcharakters des Landes Nordrhein-Westfalen ist auch das Interesse entstanden, das Innere der Städte zu studieren. Damit war die Idee zu dieser Arbeit geboren, die ich zwischen März 2014 und Januar 2017 realisiert habe.

Dies ist ein Strukturatlas, der ein Bild der deutschen Bevölkerung und ihrer Lebensbedingungen während der Periode von 2010-2015 vermitteln soll. Thematisch habe ich die Schwerpunkte meiner Arbeit über Brasilien auf Deutschland übertragen: Bevölkerung, Arbeit, Wohnung, Religionen, Wahlen … Mein erster Professor in Kartografie (Jean Piwnik) erklärte damals, dass nach Erstellung der Karte nur die Hälfte der Arbeit erbracht ist. Er bestand auf die Notwendigkeit, dem Leser nicht nur die realisierte Karte nach den Regeln der kartografischen Kunst abzuliefern, sondern auch eine Analyse darüber, was die Karte zeigte. Dieser Atlas enthält also zahlreiche kartografische Seiten, begleitet mit ihren Kommentaren, die das Ziel haben, dem Leser zu helfen zu verstehen was die jeweiligen Karten zeigen, und wie diese Karten ein besseres Verständnis des Territoriums ergänzen.

Viele Kapitel könnten noch geschrieben werden: Kriminalität, Umwelt, Energie, Verkehr ... aber man muss aufhören, um der Öffentlichkeit die angesammelten Kenntnisse liefern zu können, bevor sie veraltet sind. Andere Geografen werden sicher kommen, um diese Arbeit zu ergänzen, die bereits eine umfangreiche Wissensbasis über Deutschland, den Deutschen und ihr Territorium bildet.

Philippe Waniez
Professor an der Université de Bordeaux
10.02.2017

Dank

Die hier vorgestellten Karten wären nicht möglich gewesen ohne die Zusammenarbeit mit zahlreichen Personen, die in den statistischen Diensten arbeiten. Hier soll nun besonders den Personen und den Institutionen für ihre Arbeit und ihre Verfügbarkeit Anerkennung und Dank ausgesprochen werden, deren Namen nun folgen:

Vanessa Weeke, Bertelsmann Stiftung
Ronan David Morris, Bertelsmann Stiftung (Lernen fürs Leben)
Manfred Hillers, Bundesagentur für Arbeit (NRW)
Gabriele Bytom, Bundesagentur für Arbeit (Nürnberg)
Gunda Kabel, Bundesagentur für Arbeit (Nürnberg)
Jochen Kiewitt, Bundesagentur für Arbeit (Nürnberg)
Christian Babka von Gostomski, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Werner Schmitz, Bundes, Stadt Bonn
Helmut Weller, Bundes, Stadt Bonn
Kevin Kobold, Der Bundeswahlleiter
Ralf Müller, DESTATIS
Lorenz Thomschke, Empirica Institut
Markus Grundmann, Immowelt
Ulrich Cicholas, Information und Technik NRW
Margin Holz, Information und Technik NRW
Thomas Müller, Information und Technik NRW
Stefan Rößler, Information und Technik NRW
Wolfgang Zentarra, Information und Technik NRW
Knoema Team, Knoema
Adrian Pieper, Gemeinde Bönen
Christian Krahl, Kreis Unna
Oliver Böer, Kreis, Stadt Unna
Inga Detambel, Kreis, Stadt Unna
Christopher Krug, Kreis, Stadt Unna
Roland Strzys, Landesamt für Statistik Niedersachsen
Yvonne Debald, Stadt Aachen
Michael Riese, Stadt Aachen
Patrick Seyffert, Stadt Bergkamen
Barbara Thiede, Stadt Bergkamen
Manja Schallock, Stadt Bielefeld
Berend-Jan Waterböhr, Stadt Bielefeld
Heike Feldmann, Stadt Bochum
Frank Schorneck, Stadt Bochum
Katrin Funke, Stadt Castrop-Rauxel
Sven Dusza, Stadt Castrop-Rauxel
Manfred Gabriel, Stadt Dortmund
Berthold Haermeyer, Stadt Dortmund
Michaela Opitz, Stadt Duisburg
Roland Richter, Stadt Duisburg
Diana Wollny, Stadt Düsseldorf
Heike Gessner, Stadt Essen
Tanja Jansen, Stadt Essen
Sabine Reichertz, Stadt Essen
Herrmann Holger, Stadt Gelsenkirchen

Manfred vom Sondern, Stadt Gelsenkirchen
Silke Wengszik, Stadt Gladbeck
Oliver Flötke, Stadt Hagen
Uwe Schubert, Stadt Hagen
Paul Siemes, Stadt Hamm
Brigitte Gellenbeck, Stadt Herne
Ulrike Modlinski, Stadt Herten
Monique Vogt, Stadt Herten
Christina Barthel, Stadt Kamen
Bettina Nottebrock, Stadt Köln
Henrik Steegmanns, Stadt Krefeld
Bettina Rouwenhorst, Stadt Lünen
Axel Stender, Stadt Moers
Herbert Bongert, Stadt Mönchengladbach
Björn Gzella, Stadt Mönchengladbach
Ulrike Bourguignon, Stadt Mülheim an der Ruhr
Klaus Thoer, Stadt Mülheim an der Ruhr
Uwe Noetzel, Stadt Münster
Claudia Wiens, Stadt Münster
Evelyn Baltes, Stadt Oberhausen
Eva Handtke, Stadt Recklinghausen
Marion Krauß, Stadt Recklinghausen
Oliver Kruell, Stadt Recklinghausen
Sandra Kuda, Stadt Recklinghausen
Martina Buhl, Stadt Schwerte
Gerd Germakowsky, Stadt Witten
Heike Lange, Stadt Witten
Susanna Klunowski, Stadt Wuppertal
Oliver Pfumfel, Stadt Wuppertal
Olga Schneider, Stadt Wuppertal

Benutzte Datenbanken

Der Atlas enthält mehr als 600 Karten, die viele Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in dem Bundesland Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa sichtbar machen. Um diese Karten in verschiedenen Maßstäben durchzuführen, wurden viele Datenquellen verwendet, um die Themen besser zu reflektieren, die die 13 Kapitel bilden. Diese Statistiken sind in erster Linie in einigen öffentlichen Datenbanken zugänglich, deren Existenz und Bedeutung erwähnt werden sollen.

Die Datenbanken von allgemeinem Interesse

Dies sind vor allem die auf das GENESIS System basierenden Datenbanken (Gemeinsames Neues Statistisches Information System). Es „ist ein von den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt gemeinsam entwickeltes metadatengestütztes Datenbanksystem für die Amtliche Statistik Deutschlands“.

Zur Weitergabe der Statistiken an die Benutzer hat GENESIS ein Informatiksystem realisiert, das die Auswahl und das Herunterladen der Daten direkt (und kostenlos) aus dem Internet erleichtert. Diese Daten, die regelmäßig aktualisiert werden, decken mehr oder weniger intensiv die wesentlichen demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Themen. Bei der Online-Abfrage, werden die Daten auf dem Computerbildschirm angezeigt; sie können mit unterschiedlichen Formaten gespeichert werden, die den gegenwertigen Hauptstandards (z.B. Excel) entsprechen.

Die Datenbank des Statistischen Bundesamtes mit Ergebnissen für Deutschland und seine Bundesländer (2) ist ebenfalls eine dieser Datenbanken. Sie wird durch das Statistische Bundesamt erstellt, Destatis. Diese Organisation ist verantwortlich für die Herstellung von «Bundesstatistiken». Sie „stehen allen zur Verfügung: Politik, Verwaltung, Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern“ (3).

Eine zweite Datenbank mit dem System GENESIS bildet ein erstklassiges Mittel für denjenigen, der Deutschland in seiner geografischen Vielfalt kennenlernen will. Die Regionaldatenbank Deutschland „ist eine Datenbank, die tief gegliederte Ergebnisse der amtlichen Statistik enthält. Die angebotenen Tabellen basieren auf dem Regionalstatistischen Datenkatalog des Bundes und der Länder und werden kontinuierlich ausgebaut. Der Tabellenabruf erfolgt unentgeltlich und kann variabel auf den individuellen Bedarf angepasst werden“ (4). Die meisten der für die Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalens erstellten Karten basieren auf heruntergeladenen Daten der „Landesdatenbank NRW – Das Statistische Informationssystem Nordrhein-Westfalens“ realisiert durch IT-NRW (5).

Sie stützt sich ebenfalls auf das System GENESIS mit der Auswahl der Datentabellen und das Herunterladen wird ähnlich wie bei den vorherigen beiden Datenbanken durchgeführt.

Zu diesen drei wichtigsten Datenbanken von allgemeiner Bedeutung muss man die Internetwebseite des «Zensus 2011» (6) hinzufügen, die den Zugriff auf die Daten vom Zensus nach der Veröffentlichung der Volkszählung ermöglicht. Die Auswahl der Tabellen ist allerdings nicht so direkt wie mit dem System GENESIS-Online. Jedoch sind die Ergebnisse der Volkszählung unverzichtbar, um die wichtigsten geografischen Unterschiede in der Demografie und in der Gesellschaft von Deutschland erkennen zu können.

Die erstellten Karten für Europa basieren auf den Daten, die von Eurostat (7) angefertigt wurden und über das Internet zugänglich sind. «Die Datenbank der Volkszählung von 2011 ist das Ergebnis einer großen Anstrengung des Europäischen Statistischen Systems, um die Ergebnisse der Volkszählungen der Bevölkerung und Lebensräume in Europa zu verbreiten. Sie bietet dem Anwender einen einfachen Zugang zu detaillierten Daten der Volkszählung, die in gleicher Art und Weise strukturiert und methodisch zwischen den Ländern vergleichbar sind»(8).

Für Bereiche, die nicht Teil der Volkszählung sind, wurde auf die allgemeine Datenbank von Eurostat zurückgegriffen (9). Jede dieser zwei Datenbanken liefert statistische Daten in geografischen Aufteilungen NUTS: « NUTS (französisch: Nomenclature des unités territoriales statistiques) bezeichnet eine hierarchische Systematik zur eindeutigen Identifizierung und Klassifizierung der räumlichen Bezugseinheiten der amtlichen Statistik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ (10). Hier wurde meist das Niveau NUTS 2 (mittelgroße Regionen, Millionenstädte) herangezogen und seltener NUTS 3 (kleinere von Regionen, den teils schon Großstädte). Diese Daten sind geografisch nicht auf die Europäische Union im engeren Sinne beschränkt; sie stellen auch Informationen über die Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (11) und dem Europäischen Wirtschaftsraum (12) zur Verfügung.

Die speziellen Informationssysteme

Zu den allgemeinen Datenbanken fügen sich mehrere andere Quellen statistischer Informationen, speziell für öffentliche und private Zwecke. Die Bedingungen für den Zugang zu den Daten sind liberal, auch wenn man manchmal um Erlaubnis bitten muss, um die Daten zu verwenden.

Viele Karten dieser Arbeit wurden mit zwei von der Bertelsmann Stiftung abhängigen Internet-Seiten realisiert, die ihre Ziele folgendermaßen vorstellt: „Fundament unserer Arbeit ist die Überzeugung, dass Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Basis für gesellschaftlichen Fortschritt bilden“ (13). Die Stiftung stellt den Gemeinden mit dem Wegweiser-Kommune ein „vielfältiges Informationssystem“ zur Verfügung. Im Fokus stehen derzeit die Politikfelder Demografischer Wandel, Finanzen, Bildung, Soziale Lage sowie Integration“ (14).

Die Daten von Wegweiser-Kommune haben die Verwirklichung der Karten in mehreren Kapiteln dieses Buches auf demografischen, finanziellen und steuerlichen Gebieten ermöglicht: Die Bevölkerungsprognosen für das Jahr 2030, Die Einkommen der Haushalte, Die Einkommensteuer.

Sehr speziell zeigt sich der Deutsche Lernatlas, der „ist ein Index, der erstmals die Bedingungen für lebenslanges Lernen in allen 412 deutschen Kreisen und kreisfreien Städten sowie den Bundesländern sichtbar und vergleichbar macht“ (15). Die Karten aus Vier Dimensionen des Lernens in Kapitel 11 stammen von den Daten des Deutschen Lernatlas.

Das Kapitel 12. Arbeiten stützt sich auf Daten, die über den statistischen Service der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht werden: «Statistik und Arbeitsmarktberichterstattung der Bundesagentur für Arbeit sind ein Teil der Bundesagentur für Arbeit. Die Bundesagentur für Arbeit erstellt und veröffentlicht als Teil der amtlichen Statistik in Deutschland für alle Regionen Arbeitsmarktstatistiken. Die Statistiken sind angeordnet durch das Sozialgesetzbuch und werden als Ressortstatistiken unter Fachaufsicht des Bundesministers für Arbeit und Soziales erstellt“ (16). Mit diesen Daten war es möglich, die Karten für die Bedarfsgemeinschaften, die Arbeitslosenquoten, für die Zu- und Abgängen von Arbeitslosen sowie für die geringfügig entlohnten Beschäftigen zu machen.

Die Internetseite des Bundeswahlleiters ist von großer Bedeutung, um das System der Wahlen in Deutschland zu verstehen. Man findet dort wirklich viele Informationen über die Ergebnisse der letzten Wahlen und über die Organisation der künftigen Wahlen (17). Entsprechend dem Typ der Wahl sind die Landeswahlleitungen und Kreiswahlleitungen ausgewiesen. Zahlreiche Wahlstatistiken der Länder, Kreise und kreisfreien Städte sind direkt im Internet verfügbar. Auf Anfrage bekommt man vom Bundeswahlleiter auch die Ergebnisse der Wahlen auf dem Niveau der Gemeinden.

„Immowelt AG ist der IT-Komplettanbieter für die Immobilienbranche. Kerngeschäft sind die Immowelt-Portale, die zu den meistbesuchten Immobilienportalen in Deutschland, Österreich und der Schweiz gehören“ (18). Diese Internetseite liefert umfangreiche Daten auf dem Wohnungsmarkt auf Ebene der Gemeinden. Die Preise sind für die Häuser und die Wohnungen zur Miete oder zum Verkauf ausgewiesen und nicht nach Grundfläche geordnet. Das Herunterladen der Daten ist nach Kommune oder nach Kreis möglich. Da diese Daten den Zustand des Marktes widerspiegeln, erlauben sie, die regionalen Unterschiede zu einem bestimmten Zeitpunkt zu beurteilen.

Im Anschluss soll noch ergänzt werden, dass der Wunsch bestand, diesem Atlas ein Kapitel anzuschließen, der die Kriminalität darstellen sollte. Leider war es nicht möglich auf die notwendigen Daten auf kommunaler Ebene zuzugreifen. Auf diesem Gebiet sind Verbesserungen zweifellos notwendig und dies umso mehr, als diese Weigerung im krassen Gegensatz zu dem guten Willen der Gesprächspartner in allen anderen Institutionen steht …

Die statistischen Dienste der Gemeinden

Wenn man Informationen auf einer unteren kommunalen Ebene analysieren möchte, das heißt, die der Stadtteile, statistische Räume, Wohnquartiere, Kommunalwahlbezirke ..., dann muss man sich an die statistischen Dienste der Gemeinden wenden. Diese sind in der Regel (aber nicht immer) freundlich und liefern die angefragten Daten mit unterschiedlichen Fristen (zwischen einigen Tagen und einigen Wochen). Es gab nur eine einzige Kommune, die zuerst eine Bezahlung für die Daten haben wollte, auf die sie dann aber verzichtet hat.

Referenzen

(1) https://de.wikipedia.org/wiki/Genesis_(Statistik)

(2) https://www-genesis.destatis.de/

(3) https://www.destatis.de/DE/UeberUns/UnsereAufgaben/Aufgaben.html

(4) https://www.regionalstatistik.de/

(5) https://www.it.nrw.de/UeberUns/index.html

(6) https://www.zensus2011.de/DE/Home/home_node.html

(7) http://ec.europa.eu/eurostat/fr/home

(8) http://ec.europa.eu/eurostat/web/population-and-housing-census/census-data/2011-census

(9) http://ec.europa.eu/eurostat/data/database

(10) https://de.wikipedia.org/wiki/NUTS

(11) https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Freihandelsassoziation

(12) https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Wirtschaftsraum

(13) https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/ueber-uns/

(14) http://www.wegweiser-kommune.de/uber-den-wegweiser

(15) http://www.deutscher-lernatlas.de/ueber-uns/das-projekt/

(16) https://statistik.arbeitsagentur.de/

(17) https://www.bundeswahlleiter.de/ueber-uns/aufgaben.html

(18) https://www.immowelt.de/immoweltag/wir/index

Prolog

Das Territorium ist ein bewohnter Raum, durch seine Bewohner geteilt und verändert. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist dies eines der Ergebnisse des menschlichen Handelns und resultiert aus dem sozialen und wirtschaftlichen Austausch. Um die Organisation und die Transformation der Gebiete zu verstehen, ist der Einblick in die Gesellschaften ebenso notwendig, wie die Kenntnis ihrer Geschichte. Es geht darum, die Kräfte verständlich zu machen, die das Wirtschafts- und Sozialsystem in seiner Raumaufteilung regeln. Die Territorien sind verschieden und unterscheiden sich ständig nach den Modalitäten, die aus dem mehr oder weniger großen Willen und der Kapazität der Akteure resultiert, sowie die beteiligten Instanzen die in diese Prozesse einer neuen Ordnung verwickelt sind.

Zum Beispiel machen die Prinzipien wirtschaftlicher Wirksamkeit aus dem Gebiet ein grundlegendes Element der Konkurrenzfähigkeit für die Unternehmen. Die Attraktion, die ein Territorium für seine nahe oder ferne Umgebung ausübt, entspricht seiner Fähigkeit mit den vergleichbaren Vorteilen zu spielen, die mit seinen Ressourcen, seiner Infrastruktur und seinen politisch und sozioökonomischen Eigenschaften und insbesondere der Kompetenzen seiner Einwohner verbunden sind.

Gewinner und Verlierer-Territorien

Eine solche Logik hat die Bildung von „Gewinnerterritorien“ zur Folge, diejenigen, die ihre Mittel ausnutzen, sich an die Nachfragen anpassen und Produktionen mit hohem Mehrwert entwickeln. Aber die Führungsrolle ist nie endgültig und die Bemühungen führen nicht immer und nicht jedes Mal zu neuem Wohlstand. Somit erzeugt die „unsichtbare Hand“ des Marktes (Adam Smith) auch „Verliererterritorien“, die von der öffentliche Politik oft schwer zu erkennen und trotz wirksamer Hilfen zur Rettung, nicht vor dem Untergang zu schützen sind. Zum Beispiel sind einige Industriegebiete, die früher erfolgreich und mächtig waren, oft damit gescheitert sich an die neuen wirtschaftlichen Ordnungen anzupassen.

Auf jeden Fall und in einem anderen Zusammenhang, gibt es auch die Frage der Gerechtigkeit in der Verteilung der Gewinne zwischen den Menschen in „Gewinnerterritorien“ oder den Verlusten in den „Verliererterritorien“. So sieht man eine Verbreitung von „neuen Armen“, die auch die Veränderungen in den „Gewinnerterritorien“ hinterlassen.

Damit ist die Bewertung der Territorien ein strategischer Einsatz für die Entscheidungsträger, die im Rahmen der öffentlichen Politik arbeiten. Diese Gesamtinformationen über die Räume sind auch nutzbar für die Unternehmer um

ihre Tätigkeiten zu entwickeln. Schließlich sind diese geografischen und wirtschaftlichen Kenntnisse ebenfalls nötig für die Bürger, um den politischen Rahmen zu verstehen, in dem sie leben und ihre individuellen, familiären und kollektiven Projekte zu realisieren.

Die räumlichen Maßstäbe

Auf der Suche nach dieser „Realität", die sich oft einer direkten Beobachtung entzieht, wird der Geograf einer unerwarteten Falle gegenübergestellt: die „Realitäten" erscheinen unterschiedlich in den räumlichen Maßstäben. Mit anderen Worten gibt es keine „Realität", sondern Realitäten, die in Kombination mit anderen zusammen, vorübergehend Gebiete mit variablen Grenzen bilden. Anders gesagt ist das, was man auf einer Karte in einem Maßstab sieht, ein Moment des raumzeitlichen Werdegangs durch eine Kombination von vielen Faktoren. Sie stellen so eine wandlungsfähige Raumstruktur mit mehr oder weniger langer Lebensdauer dar.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die räumlichen Maßstäbe für jedes untersuchte Phänomen zu artikulieren. Hier wurde der Maßstab von Europa berücksichtigt, um die Situationen der Länder insgesamt „makrogeografisch" zu beobachten, die Europa ausmachen; der Maßstab von Deutschland in seiner Gesamtheit, um die Vielfalt der Situationen der Kreise und kreisfreien Städte des Landes zu zeigen; im Maßstab des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW), welches das Zentrum des Interesses dieser Forschung bildete. Es zeigt die subtilen und veränderlichen Anordnungen von Gemeinden in Verbindung mit den Bevölkerungen, die sie beherbergen. Schließlich werden einige der wichtigsten Städte von NRW in ihren Stadtteile oder ihren Vierteln untersucht.

Das sind vier Maßstäbe, die in den Territorien in Beziehung gebracht werden, in immer kleinerer und veränderlicher Ausdehnungen, die ermöglichen, die Ähnlichkeiten und die Unterschiede innerhalb der deutschen Gesellschaft in der Registrierung der verschiedenen Territorien aufzuweisen.

Unter Berufung dieser vielfältigen Maßstäbe eine räumliche Beobachtung zu präsentieren, beherbergt tatsächliche Schwierigkeiten, insbesondere die Erfassung statistischer Daten in Bezug auf die zu untersuchenden Themen.

Die Themenauswahl

Dieser Atlas stellt sich aus 13 Kapiteln zusammen, deren Dimensionen mehr oder weniger umfangreich sind, entsprechend der Bedeutung der jeweiligen Thematik und der verfügbaren Daten.

Das Kapitel 1, mit dem Titel „***Besiedlung***", befasst sich mit der Verteilung der Bevölkerung, das heißt, mit der mehr oder weniger dichten Ansammlung der Einwohner an bestimmten Orten oder Regionen. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Städten und städtischen Hierarchien.

Mit dem Kapitel 2, „***Die Demografische Entwicklung***", werden die Entwicklungen der Besiedlung während einer Periode des Zweiten Weltkrieges bis zur heutigen Zeit analysiert. Die besondere Entwicklung der Städte und die demografischen Hochrechnungen bis zum Jahr 2030 werden präzisiert.

Im Kapitel 3, werden die Komponenten der ***Entwicklung der Bevölkerung*** präzisiert, d. h. die Natürliche Bevölkerungsbewegungen und Wanderungen.

Die Beschreibung über „***Demografische Strukturen***“ kommt dann in Kapitel 4. Zuerst besteht das Interesse an der Altersstruktur, dies wird durch die Dosierung der unterschiedlichen Altersklassen der Einwohner in der Bevölkerung ausgedrückt, was unvermeidlich dazu führt, die verstärkte Überalterung der Bevölkerung Deutschlands im Vergleich zu anderen europäischen Nationen zu unterstreichen. Die Analyse der Geschlechtsstruktur hinterfragt die Variabilität des jeweiligen Anteils von Männern und Frauen in einer Bevölkerung, die Variabilität selbst ist aufschlussreich für demografische Ungleichgewichte.

Das Kapitel 5 wurde mit „***Lebenszyklus***“ betitelt, welches die verschiedenen Phasen des Lebens, von der Geburt, Ehe und in ihrer logischen Folge die Scheidung sowie schließlich den Tod vorstellt. In jeder Phase dieses Zyklus entstehen wiederkehrende Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern, Nord und Süd, Stadt und Land...

Ab dem Kapitel 6 bewegen sich die demografischen Fragen im Hintergrund, um den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen eine führende Rolle zu geben.

Die Ausländerfrage ist Gegenstand von Kapitel 6. Die verwendeten Daten für die Produktion der Karten in diesem Kapitel wurden vor der Flüchtlingskrise gesammelt; diese standen zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Kapitels nicht zur Verfügung, um sie auf einer geografischen Karte zu konsolidieren. Es handelt sich also hier um den Hintergrund in Bezug auf die ***Migrationen***, vor dem sich die Krise der Flüchtlinge vor unseren Augen entfaltet.

Die ***Religionen*** sind das Thema von Kapitel 7, eines der kürzesten in diesem Atlas. Die verfügbaren Daten sind begrenzt, aber vorteilhafterweise existieren sie und zeigen, inwieweit Deutschland religiös auf der Karte unterteilt bleibt.

Das Kapitel 8 stellt die Merkmale von ***Haushalten und Familien*** vor. Der Schwerpunkt liegt auf der Unterscheidung der Zusammensetzung von Haushalten: Alleinlebende, Paare, Senioren und Alleinerziehende Eltern.

„***Einkommen und Steuer***“ bildet das Thema von Kapitel 9. Es handelt sich hier nur um das Einkommen der Haushalte. Dagegen betreffen die Steuern nicht nur die Haushalte, sondern auch die der Unternehmen und auf die unterschiedlichen Eigentums- und Einkommensformen im Allgemeinen. Die Vielfalt der Quellen von Finanzierung in den Gemeinden schließt das Kapitel ab.

Die Titel der vier letzten Kapitel (10 bis 13) werden von einem Verb im Infinitiv gebildet, der eine wirtschaftliche oder soziale Tätigkeit definiert.

„***Wohnen***“ ist der Titel des Kapitels 10. Da werden zuerst die Perioden des Baus der Gebäude im Laufe des XX. Jahrhunderts studiert. Dann steht die Größe der Wohnungen im Interesse. Die Nutzungsart und die Größe der Familien in ihrer Wohnung ergänzt diese Beschreibung des Wohnens. Der vorletzte Abschnitt dieses Kapitels bezieht sich auf den Preis der Wohnungen auf dem Markt im Jahr 2015. Die Studie der Obdachlosigkeit schließt dieses facettenreiche Kapitel ab.
Das Kapitel 11 trägt den Titel „***Lernen***“ und behandelt das Schul- und Universitätssystem. Mit der Aufnahme der Kleinkinder und der Berufsausbildung wird das Thema insgesamt ergänzt.

Es ist allgemein bekannt: Die Deutschen sind unermüdliche Arbeiter! Jenseits diesen Klischees erlaubt das Kapitel 12 „***Arbeiten***“, die Eigenschaften der Beschäftigung zu präzisieren. Auf die Frage wird mit dem Studium der Erwerbstätigen und der Erwerbsquote eingegangen und wird mit dem Studium der Unterschiede zwischen Mann/Frau und Deutschen/Ausländern fortgesetzt. Das Kapitel wird von der Prüfung der Arbeitsproduktivität fortgesetzt. Dann kommen die unterschiedlichen Stellungen im Beruf, die unterschiedlichen Wirtschaftszweige, die unterschiedlichen Berufe. Das Kapitel endet mit den Pendlern, der Arbeitslosigkeit und den geringfügig entlohnten Beschäftigten.

Schließlich macht das Kapitel 13, „***Wählen***“, den Versuch einer Wahlgeografie von Deutschland. Das ist ein klassisches Kapitel in dieser Atlasart. Basierend auf den letzten Wahlen wurden nacheinander die Bevölkerung der Wähler (Wahlberechtigte), der Wahlbeteiligung, der Briefwähler und die Wahlergebnisse der politischen Parteien untersucht.

Man kann verstehen, dass die 13 Kapitel eine relativ komplexe Einheit bilden. Man muss sie wie so viele Sondierungen in der sozialen Realität des gegenwärtigen Deutschlands betrachten. Andere Themen hätten das Bild ergänzen können, wie z. B. die Umwelt, Sport, Kultur …

Die Karte als Mittel, um die Gebiete zu beobachten

Um die Unterscheidung der Gebiete zu beobachten, sind die Karten wertvolle Untersuchungswerkzeuge. Die Geografen haben eine Reihe Mathematik-, Computer- und Grafikverfahren entwickelt, die bestimmt sind, die Raumveränderungen mit einem statistischen Indikator auf den Karteneinteilungen (oft administrativen) eines Landes oder einer Region, zu übersetzten. Dieser Teil in der Welt der Kartografie trägt den Namen Kartomatik (automatische Kartografie). Am Ende des XX. Jahrhunderts, mit dem Sinken der Preise von Mikrocomputern und der beachtlichen Zunahme ihrer Leistungen (besonders grafische Darstellungen), hat die Kartomatik den allgemeinen Bekanntheitsgrad der Geografie angesichts renommierter Disziplinen auf den akademischen Ebenen verstärkt, wie die Volkswirtschaftslehre und die Soziologie. Tatsächlich interessieren sich diese beiden auch für die Territorien, selbst wenn dieser wissenschaftliche Gegenstand nicht immer im Zentrum ihrer Anliegen ist.

Dieser Atlas ist Teil dieser geografischen Tradition. Er nutzt auf systematische Weise die sehr zahlreichen statistischen Daten, die die Institutionen mit mehr oder weniger Regelmäßigkeit erstellen und, die in Deutschland, mit der Beobachtung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens beauftragt sind. Neben diesen Beobachtungsdaten gibt es in erster Linie die Volkszählung. Diese Statistiken, die routinemäßig von verschiedenen Agenturen der Länder und des Bundes in ihren Spezialgebieten erstellt werden, spielen auch eine wesentliche Rolle bei dieser Arbeit. Dies ist zum Beispiel der Fall von der Bundesagentur für Arbeit im Bereich der Beschäftigung. Diese öffentlichen Daten sind oft kostenlos und frei verfügbar im Internet.

Die Visualisierung der gesammelten Daten zur räumlichen Veränderung von statistischen Indikatoren zu den untersuchten Themen ermöglicht eine Software, die für diesen Zweck konzipiert wurde: Philcarto. Zwischen den unbearbeiteten Statistiken, so wie sie von den Datenerzeugern zur Verfügung gestellt werden und den schließlich veröffentlichten Karten findet ein relativ langer wissenschaftlicher Prozess

statt. Zuerst besteht er daraus, zu prüfen, was die Daten zur wirtschaftlichen und sozialen „Realität“ sagen können; dann, manchmal komplexe Indikatoren auszuarbeiten, die in der Lage sind einen Aspekt dieser „Realität“ widerzuspiegeln (immer partiell) und schließlich eine „Karte, die spricht“ zu erstellen. Das heißt unter Beachtung der Grundsätze der grafischen Kommunikation, die Unterscheidung der studierten Räume entsprechend dem Thema verständlich zu machen.

Aber die Arbeit des Geografen hört mit der Vollendung des kartografischen Dokumentes nicht auf. Es gibt in seinem wissenschaftlichen Projekt immer den Willen, die von den Karten weitergegebene Nachricht verständlich zu machen. Und dies ist nicht das Leichteste in seiner Arbeit. Nicht nur, dass er dem Leser erklären muss, worin das Interesse für jede Karte liegt, er muss auch zeigen, wie sich diese Karten mit einigen anderen ergänzen, um unterschiedliche Sichtweisen des Territoriums besser zu begreifen. Man ist weit entfernt von dem touristischen oder lehrreichen Spaziergang, der die Schönheit der Landschaften oder die Originalität der örtlichen Kulturen lobt. Es geht darum, ein Wissen herzustellen, das erlaubt versteckte Wahrheiten, vermutete und manchmal unerwartete Zusammenhänge und häufig wiederkehrende Situationen zu entdecken, die der Beobachter aufgrund der Datenmenge nicht auf den ersten Blick sieht … Der Geograf wird in diesem Fall ein Vermittler zwischen schwer zu bewältigenden Daten und Nichtgeograf-Nutzer für die Handlung in den Gebieten.

Schließlich besteht eine der Originalitäten dieser Arbeit darin, in einer einzigen Einheit mehrere thematische Studien über die Bevölkerung und die Lebensbedingungen in Deutschland zu sammeln; Studien, die sich untereinander ergänzen. Natürlich gibt es hier und da im gesamten Internet veröffentlichte Karten, die besonders von den Datenerzeugern veröffentlicht sind. Sie sind manchmal von hoher Qualität, aber oft begrenzt, aufgrund der Verwirklichung mit einer technischen Übung. Dies ist auch der Hauptkritikpunkt, den man an der Mehrheit der interaktiven Atlasse im Internet haben kann: sie bieten oft Karten an, die die kartografischen Regeln respektieren aber keinen (oder selten) Ansatz der Interpretation zu diesen Karten geben. Aus diesem Grund scheint ihre Benutzung unsicher. Die Absicht ist hier sehr unterschiedlich: Ein Atlas und zugleich eine Reihe von Karten und Analysen, die den Leser zu einem guten Verständnis der Territorien führen zu denen die Karten teilweise eine Darstellung schaffen.

Karten „zum Sehen“ und „Karten zum Lesen“

Man macht manchmal eine Unterscheidung zwischen den Karten „zum Sehen“ und den Karten „zum Lesen“. Die Ersten ermöglichen dem Leser, die großen Charakterzüge der Raumorganisationen zu beurteilen und die Organisationsweisen der in der Karte dargestellten Territorien zu suchen: Attraktionspole, Achsen, Gradienten, Grenzen … Sie geben einen „Macro-Blick“ auf die geografische Wirklichkeit, ohne damit jegliche Möglichkeit der elementaren Analyse zu verbieten, um diesen oder jenen originalen oder unerwarteten Aspekt zu erleuchten. Die Karten, die sozioökonomische Phänomene zum Ausdruck bringen, sind im Allgemeinen dieser Art, weil es sich darum handelt, die grundlegenden räumlichen Strukturen zu präsentieren, unter Auswahl der Tatsachen, die fähig sind, diese Strukturen so gut wie möglich darzustellen.

Die Karten „zum Lesen“ haben zunächst ein Ziel der grundlegenden Datenspeicherung, um dem Leser detaillierte Informationen wiederzugeben. Im Gegensatz zum vorherigen, geben sie zuerst eine „Mikro-Ansicht“ der kartografierten Elemente, ohne zu versuchen, den Akzent auf die, den Raum strukturierenden Merkmale in seiner Gesamtheit zu legen. Zum Beispiel kann eine Straßenkarte genau eine Route zwischen zwei Städten wählen, während die Art der Straße (Landstraße, Autobahn ...), die Anzahl der Straßen, durchquerte Dörfer und Orte mit Risiken (Verkehrsstockungen zum Beispiel, Staus) angegeben wird. Selbstverständlich ist die Anhäufung von Informationen in denselben Orten, die sich kombinieren und auch über die räumlichen Strukturen informieren, auf der Karte eher selten. Aber das ist nicht das Hauptziel der Karten „zum Lesen“.

Die Karten dieses Atlasses sind eher „Karten zum Sehen“ und die Analysetexte dieser Karten betonen das enthüllte räumliche Muster, das durch die Karten ausgewiesen wurde.

Die verschiedenen Kartentypen

Die Realisierung einer Karte besteht aus mehreren Etappen, während derer man eine semantische, statistische und grafische Auswahl vornimmt. Diese Auswahl wird gleichzeitig von der Natur der zu kartografierenden Daten (Arten der statistischen Indikatoren) und dem angestrebten Ziel gelenkt. Mehr oder weniger starre Regeln beraten den Kartografen bei dieser Auswahl, aber es ist letztlich das Problem des Geografen, der die Auswahl traf, um mit der Karte in der einen oder anderen Art die räumlichen Ungleichheiten sichtbar zu machen. Demnach besteht nicht nur ein technisches Problem bei der Ausarbeitung einer Karte. Es handelt sich in erster Linie um eine wissenschaftliche Konstruktion, die unterschiedliche Methoden und Techniken der grafischen Kommunikation ergreifen lässt.

Um die für jedes der Themen in diesem Atlas gesammelten Daten zu kartografieren, wurden hauptsächlich drei Typen von Karten verwendet: die Choroplethenkarten (auch Flächenkartogramm oder Flächenwertstufenkarte oder Dichtemosaikkarten), die Karten in proportionalen Kreisen (auch Gebietsdiagrammkarten) und die Karten in farbigen proportionalen Kreisen. Um die Darstellung der unterschiedlichen Kartentypen zu erleichtern, wurden vier Karten mit Daten in unterschiedlichen geografischen Maßstäben aus diesem Atlas herausgenommen.

Die ***Choroplethenkarten*** ermöglichen, eine kontinuierliche, numerische Variable darzustellen (Prozentsätze, Werte, Beziehungen) oder unauffällig (zum Beispiel die Wohnungskategorien: Einfamilienhäuser, Wohnungen); aber sie sind nicht nutzbar mit den Mengen. Die kartografische Basis ist die Vernetzung der Oberfläche des Untersuchungsgebietes in Karteneinheiten (Gemeinden, Regionen, Länder ...), die durch ihre Grenzen Polygone bilden. Um die statistischen Veränderungen grafisch darzustellen, wird die Oberfläche jeder kartografischen Einheit koloriert. Verschiedene Methoden ermöglichen das Aufteilen der kontinuierlichen Variablen in Klassen. Jede Klasse entspricht einer Farbe in den Farbtonleitern „warm“, „kalt“ oder „gegensätzlich“ (warm und kalt von beiden Seiten eines zentralen Wertes). Diese Art der Karte ist die häufigste, wird aber oft schlecht genutzt, weil sie nicht für die Datenzuordnung geeignet ist oder weil die Kenntnisse über die Farbangebote fehlen.

Die Karte der Durchschnittlichen jährliche Wachstumsrate in den Regionen von Europa im Jahr 2011 (**Karte 1A**) zeigt eine Vielzahl von Situationen zwischen den Ländern und innerhalb der Länder. Die Benutzung einer Palette von Kontrastfarben (Blau für die Bevölkerungsverluste, rot für die -gewinne) erlaubt, die Regionen zu unterscheiden. Zum einen die, die einen Teil ihrer Bewohner verlieren und im Gegensatz dazu die, deren Bevölkerungsanzahl zunimmt. Dann kann man sich Fragen stellen über die Faktoren, die diese Unterschiede demografischer Entwicklungen in den europäischen Regionen erklären können?

Die ***Karten in anteiligen Kreisen*** repräsentieren Mengen durch Kreise (die Kreise der Karte sind insgesamt mit Farbe gefüllt), deren Oberfläche ist proportional zu den Mengen. Diese Karten sind jedoch nicht geeignet für Prozentsätze, Quoten, Verhältnisse oder Kategorien. Jeder Kreis liegt an einer Position (d.h. das Zentrum des Kreises) auf der Oberfläche des Untersuchungsgebiets. Es handelt sich um Orte, die durch ihre Breiten und Längen lokalisiert sind, oder charakteristische Punkte (Hauptorte) von Regionen, Gemeinden...

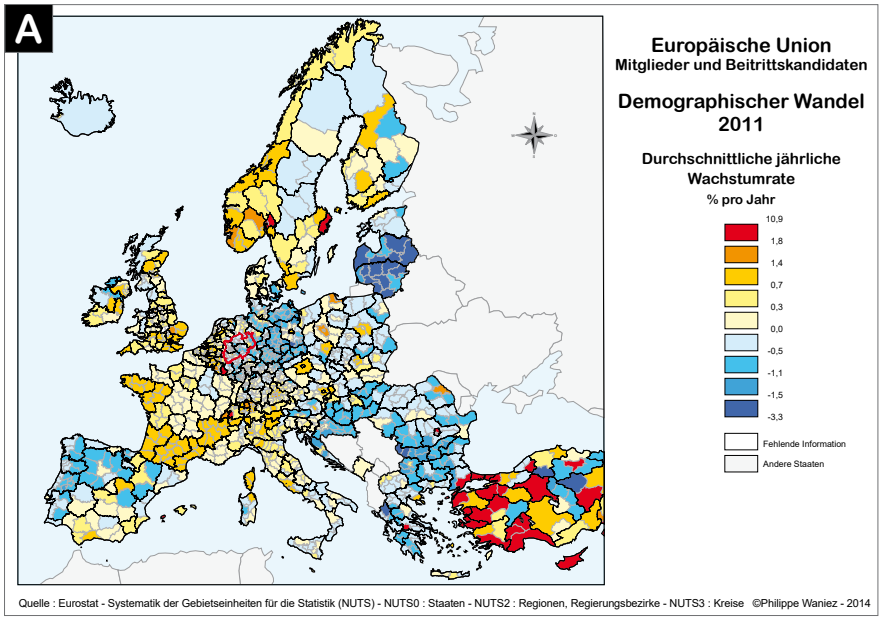
Die Karte über die Schüleranzahl in den Berufsschulen aus dem Jahr 2013 in den Kreisen und kreisfreien Städten von Deutschland (**Karte 1B**) zeigt einerseits eine deutliche Unterscheidung zwischen den alten und den neuen Ländern und andererseits zwischen der höheren Anzahl in den Städten und den Landkreisen, in denen eine niedrigere Schüleranzahl angezeigt wurde. Insgesamt unterscheidet man deutliche die großen Ballungsräume und die isolierten Städte. Handelt es sich um die Wirkung in Bezug auf die Einwohnerzahl oder die bevorzugte Lokalisation dieser Schulart in den städtischen Zentren oder ist es der Ausdruck einer Bevorzugung der städtischen Jugend für die Berufsausbildung?

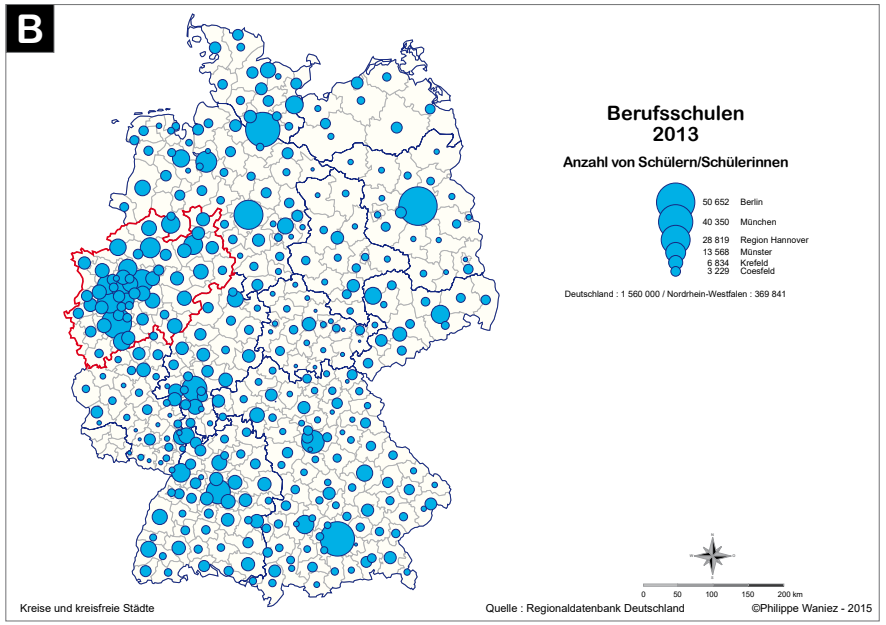
Die ***Karten in anteilig farbigen Kreisen*** erlauben gleichzeitig, Mengen in Kreisen und Prozentsätze oder Quoten in Farben darzustellen. Es ist eine Form der Kombination der beiden vorherigen Kartenarten, die sowohl über das Niveau des statistischen Indikators, als auch über eine der Mengen in der Berechnung dieses Indikators informiert.

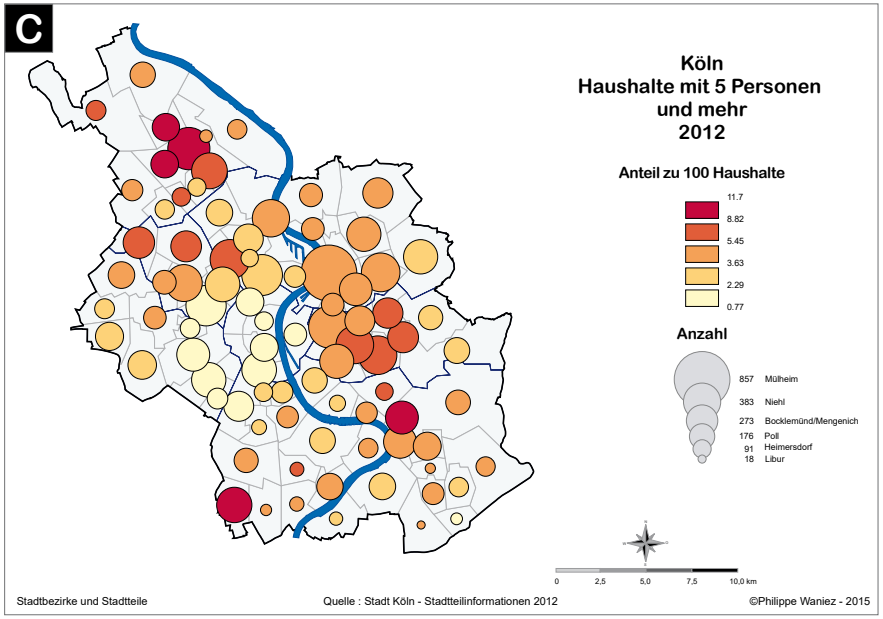
Die Karte über die Haushalte mit 5 Personen und mehr im Jahr 2012 in Köln (**Karte 1C**) zeigt, dass die Stadtmitte und die nahen westlichen Vororte einen geringen Anteil dieser Haushalte von allen Haushalten insgesamt ausweisen. Dagegen erscheinen diese Haushalte in einem höheren Anteil in den Vierteln, die im Osten und im Norden der Stadt liegen. Ist es auf die Größe der zur Verfügung stehenden Wohnungen (Fläche, Anzahl der Zimmer) zurückzuführen oder muss diese Tatsache mit den sozialen Besonderheiten der Bevölkerungen in Verbindung gesetzt werden, die in diesen Vierteln wohnen?

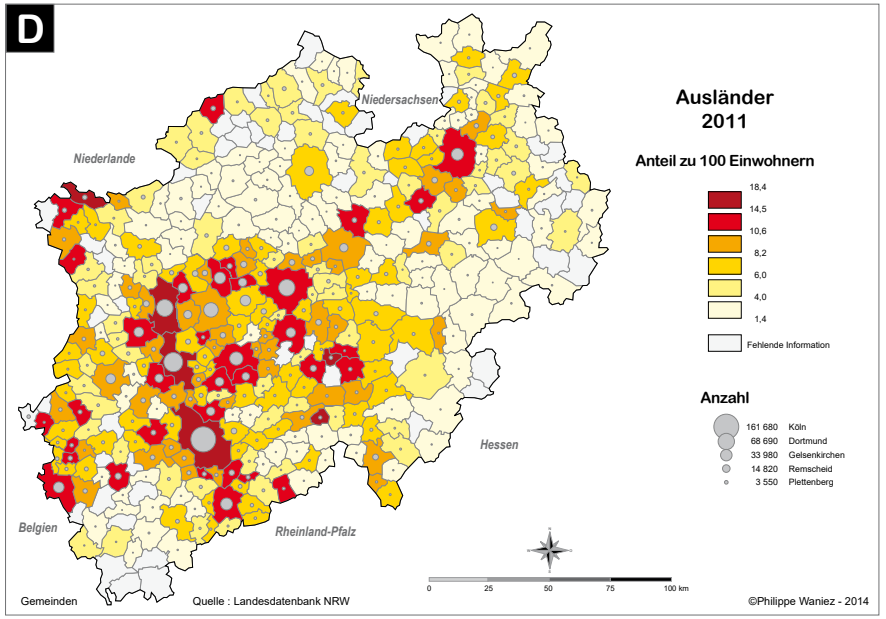
Die ***Choropleten und Kreise kombinierende Karten*** sind eine Alternative zum vorherigen Typ. Man kann diese Möglichkeit verwenden, wenn die Kreise nicht geeignet sind die farbigen Einheiten zu verdecken; aber die Karte zu lesen erweist sich manchmal schwieriger.

Die Karte der Ausländer in der Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen (**Karte 1D**) zeigt eine starke Verankerung in dem städtischen Netz, hauptsächlich in den drei großen Städten der Rheinachse. Ist es, weil die Ausländer in diesen großen Städten besser aufgenommen werden? Ist dies im


A
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Demographischer Wandel
2011
Durchschnittliche jährliche
Wachstumrate
% pro Jahr
10,9
1,8
1,4
0,7
0,3
0,0
-0,5
-1,1
-1,5
-3,3
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - NUTS3 : Kreise ©Philippe Waniez - 2014


B
Berufsschulen
2013
Anzahl von Schülern/Schülerinnen
50 652 Berlin
40 350 München
28 819 Region Hannover
13 568 Münster
6 834 Krefeld
3 229 Coesfeld
Deutschland : 1 560 000 / Nordrhein-Westfalen : 369 841
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


C
Köln
Haushalte mit 5 Personen
und mehr
2012
Anteil zu 100 Haushalte
11.7
8.82
5.45
3.63
2.29
0.77
Anzahl
857 Mülheim
383 Niehl
273 Bocklemünd/Mengenich
176 Poll
91 Heimersdorf
18 Libur
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2015


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Ausländer
2011
Anteil zu 100 Einwohnern
18,4
14,5
10,6
8,2
6,0
4,0
1,4
Fehlende Information
Anzahl
161 680 Köln
68 690 Dortmund
33 980 Gelsenkirchen
14 820 Remscheid
3 550 Plettenberg
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karten 1

Zusammenhang mit dem Arbeitsangebot zu sehen oder in der Verfügbarkeit des an diese Bevölkerung angepassten Wohnraums (Fläche / Preis)?

Jeder dieser Kartentypen bereitet separate Probleme in der Herstellung und beim Lesen, die den Kartografen dazu bringen, eine Entscheidung zwischen mehreren alternativen Lösungen zu treffen.

Wie ist eine kartografische Bildtafel zu lesen?

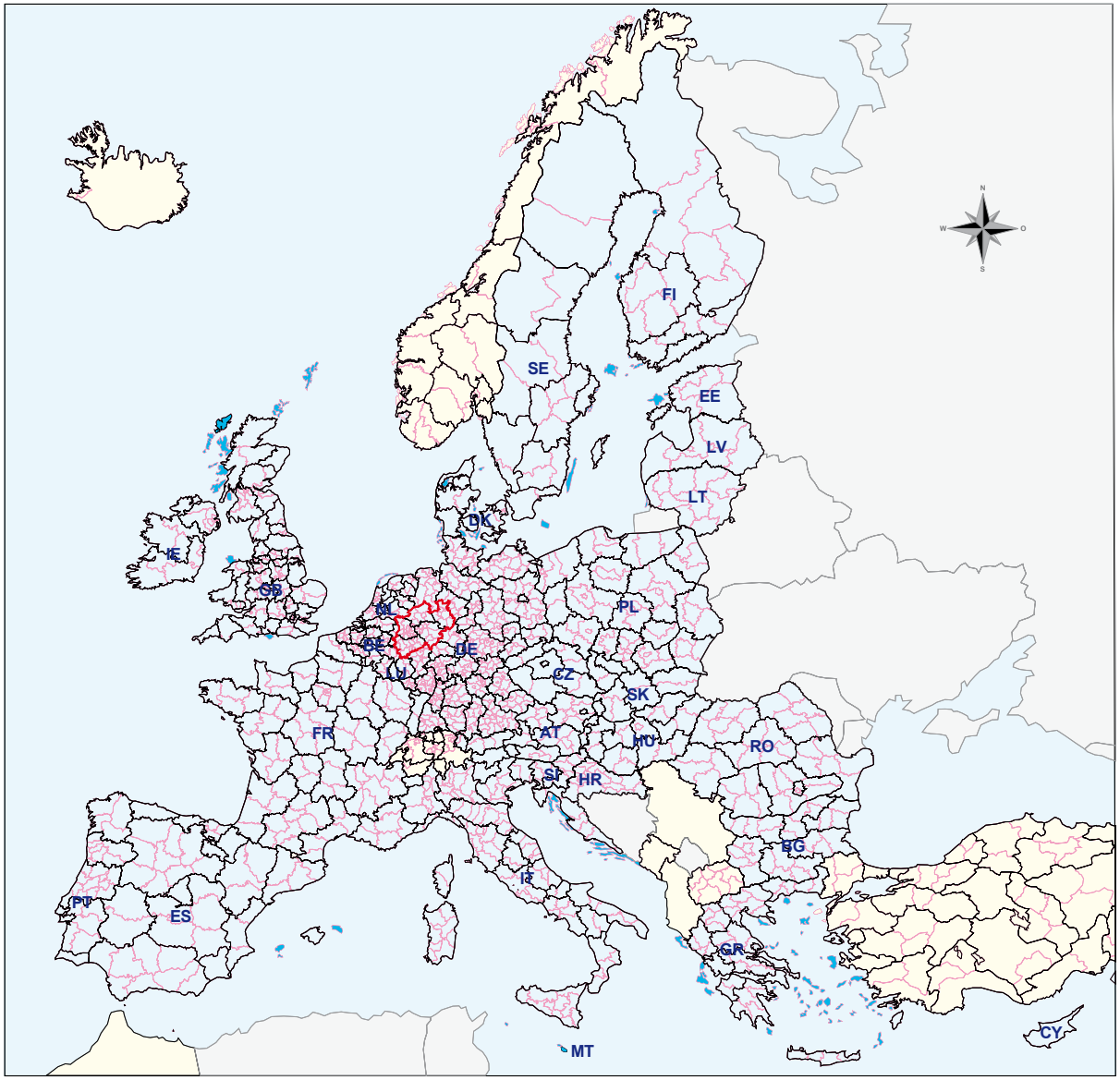
In einem Atlas besteht jede kartografische Bildtafel aus einer oder mehreren Karten, die mit den oben beschriebenen Techniken konstruiert wurden ... Jedoch soll die Darstellung der Karte durch mehrere Elemente ergänzt werden: Titel, Legende, Datenquellen. Wenn die Karte eine Typologie darstellt, die die Kombination mehrerer Indikatoren feststellt, ist sie mit statistischen Profilen jeder Klasse begleitet, die die Typologie zusammenstellen.

Andere Zierelemente überlagern oft die Karte, um die Karte zu ergänzen und das Lesen zu erleichtern, wie beispielsweise ein zweites Gitter (regionalen Grenzen oder Verkehrsnetze usw.). Das Lesen der Karte soll diese Elemente berücksichtigen, weil sie vorgesehen sind, die räumlichen Formen die die Karte zeigt, zu bestätigen. Von einer Karte zur anderen wiederholen sich diese Formen und verbinden sich in komplexen Strukturen. Ergänzungen oder Abweichungen kommen ans Licht, die einige Erläuterungen zur Verfügung stellen über die entstehenden räumlichen Ungleichheiten.

Schließlich versucht der Text, der jede Karte oder jedes Kartenset begleitet, die Karten nicht zu paraphrasieren. Er unterstreicht das Wichtige, das auf der Karte zu sehen ist, unter Bezugnahme externer Informationen, deren Kenntnisse nützlich sind, für die, die über die bloße Darstellung der statistischen Fakten gehen wollen.
Wenn ein Geograf einen Atlas realisiert, hat er ein Ziel, neues Wissen zu produzieren, das durch eine strenge Vorgehensweise wissenschaftlich anerkannt ist, bestehend aus der Sammlung von Hinweisen und Beweisen. Aber dieses Ziel auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Sache wird immer von dem Wunsch begleitet denjenigen zu dienen, die seine Arbeit nutzen werden, Bürger, gewählte Vertreter und politische Entscheidungsträger. In diesem Atlas, der mit diesen Methoden erstellt wurde, beobachtet ein französischer Geograf seine deutschen Nachbarn...

Basiskarten

Die Kartografie der Daten erfordert die vorherige Ausführung von Basiskarten in unterschiedlichen Maßstäben. Auf diesen Basiskarten wird die Aufteilung des geografischen Raums in die kartografischen Elemente gezeichnet. Die statistischen Daten sind für diese Bereiche verfügbar. Es wurden unterschiedliche Quellen genutzt, die auf den jeweiligen Karten angegeben sind. Hier werden die Karten der Europäischen Union auf der Ebene der Staaten und der Regionen NUTS-2 und NUTS-3 dargestellt. Es folgt die Karte von Gesamtdeutschland (Norden und Süden), aufgeteilt in Länder, Kreise und kreisfreie Städte. Die Karte der Verwaltungseinheiten von Nordrhein-Westfalen zeigt die Kreise, die kreisfreien Städte und die Gemeinden für dieses Land. Schließlich enthalten die hier gezeigten Karten für neun wichtige Städte von NRW Stadtbezirke, statistische Bezirke, Stadtteile und Wohnquartiere (die Namen der Aufteilung variieren je nach Stadt). Die Namen der Bezirke, die in den Texten benutzt wurden, erscheinen auf diesen Karten.



Die Europäische Union

- Mitglieder
- Beitrittskandidaten
- Andere Staaten

NUTS0 : Staaten

NUTS2 : Regionen
Regierungsbezirke

NUTS3 : Departements
Kreise

Nordrhein-Westfalen

AT Österreich	**HU** Ungarn
BE Belgien	**IE** Irland
BG Bulgarien	**IT** Italien
CY Zypern	**LT** Litauen
CZ Tschechien	**LU** Luxemburg
DE Deutschland	**LV** Lettland
DK Dänemark	**MT** Malta
EE Estland	**NL** Niederlande
ES Spanien	**PL** Polen
FI Finnland	**PT** Portugal
FR Frankreich	**RO** Rumänien
GB Vereinigtes Königreich	**SE** Schweden
GR Griechenland	**SI** Slowenien
HR Kroatien	**SK** Slowakei

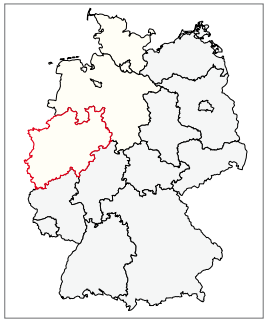
Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS)

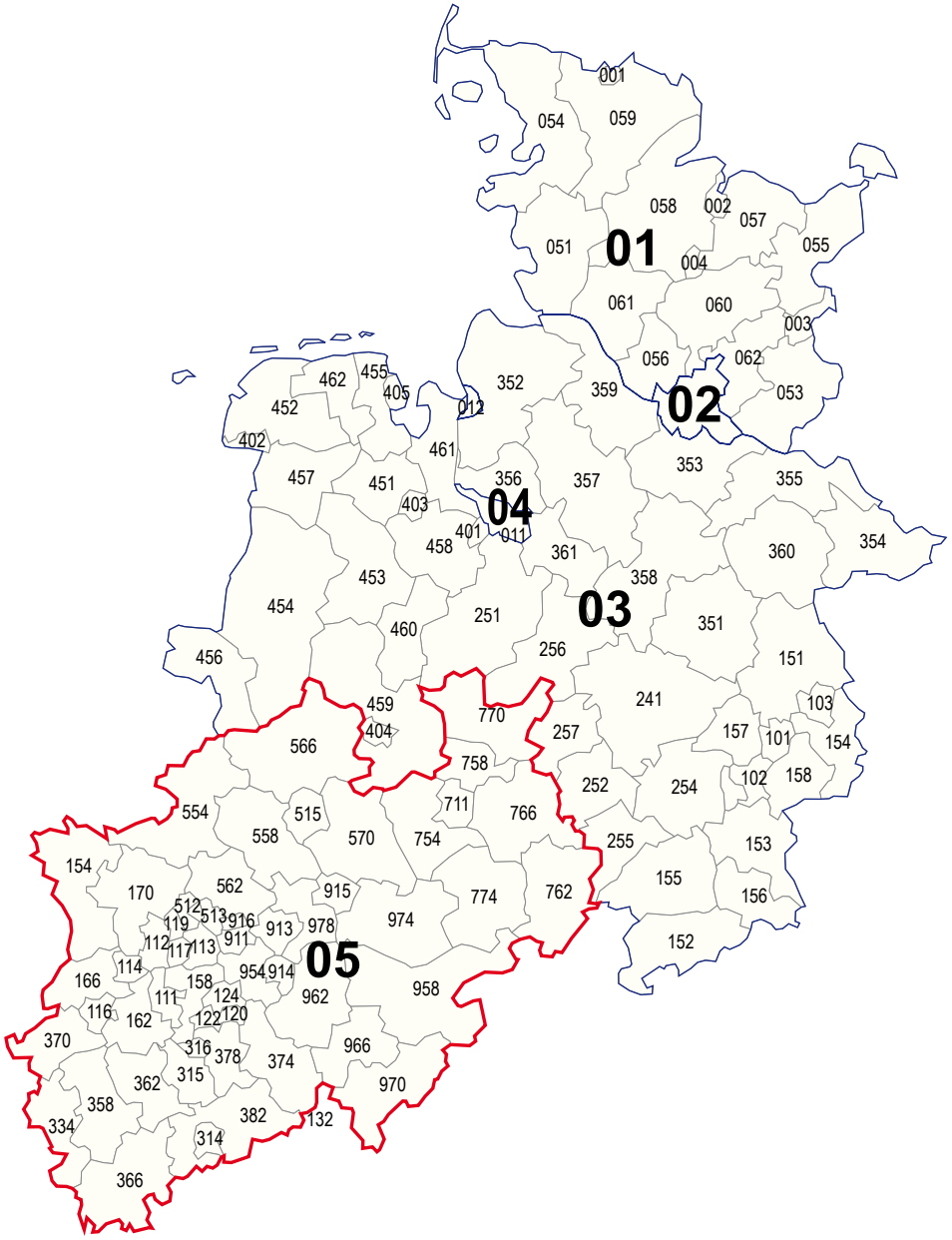
©Philippe Waniez - 2014

Karte 2

Kreise und kreisfreie Städte Deutschlands

Teil Nordwest

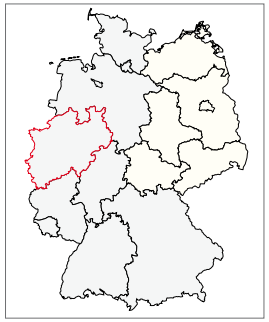


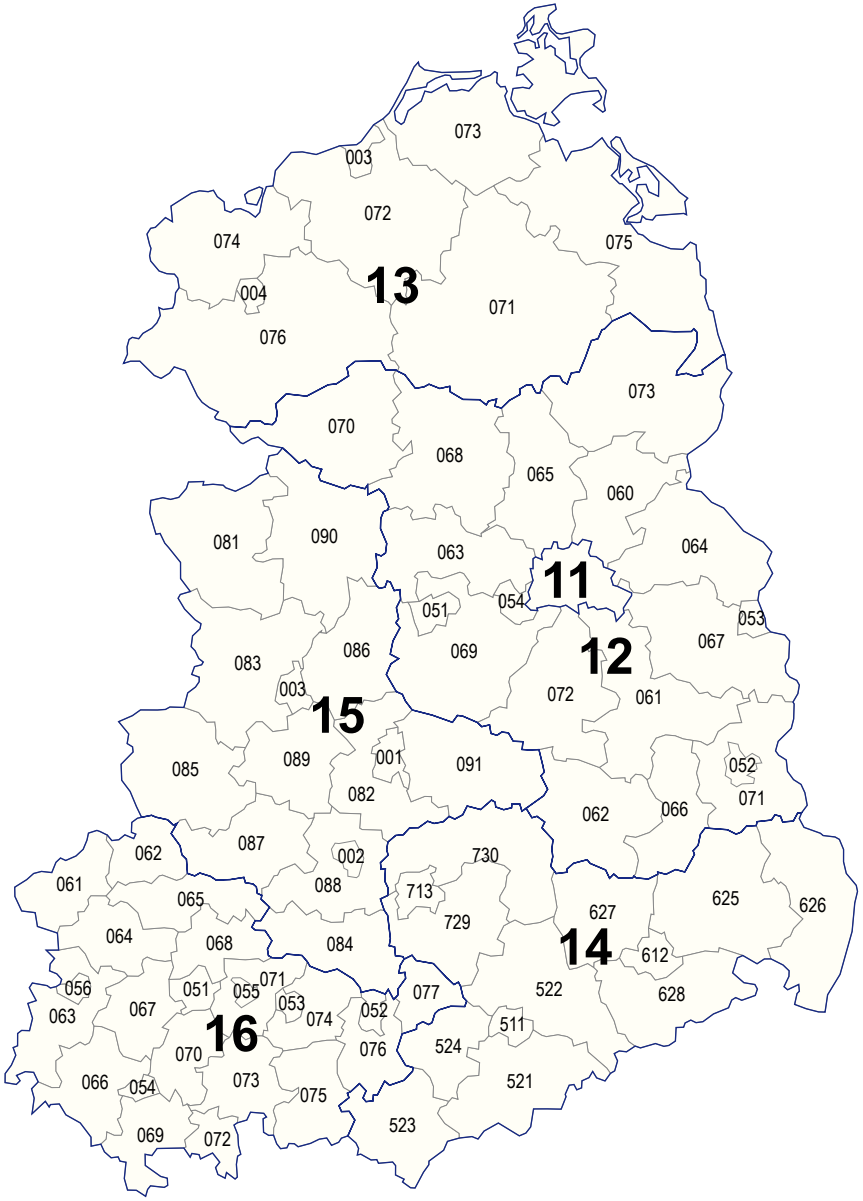


Karte 3

Kreise und kreisfreie Städte Deutschlands

Teil Ost

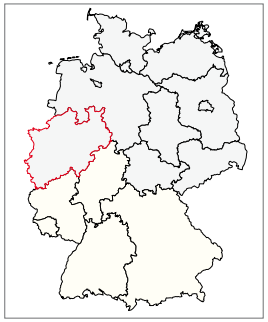


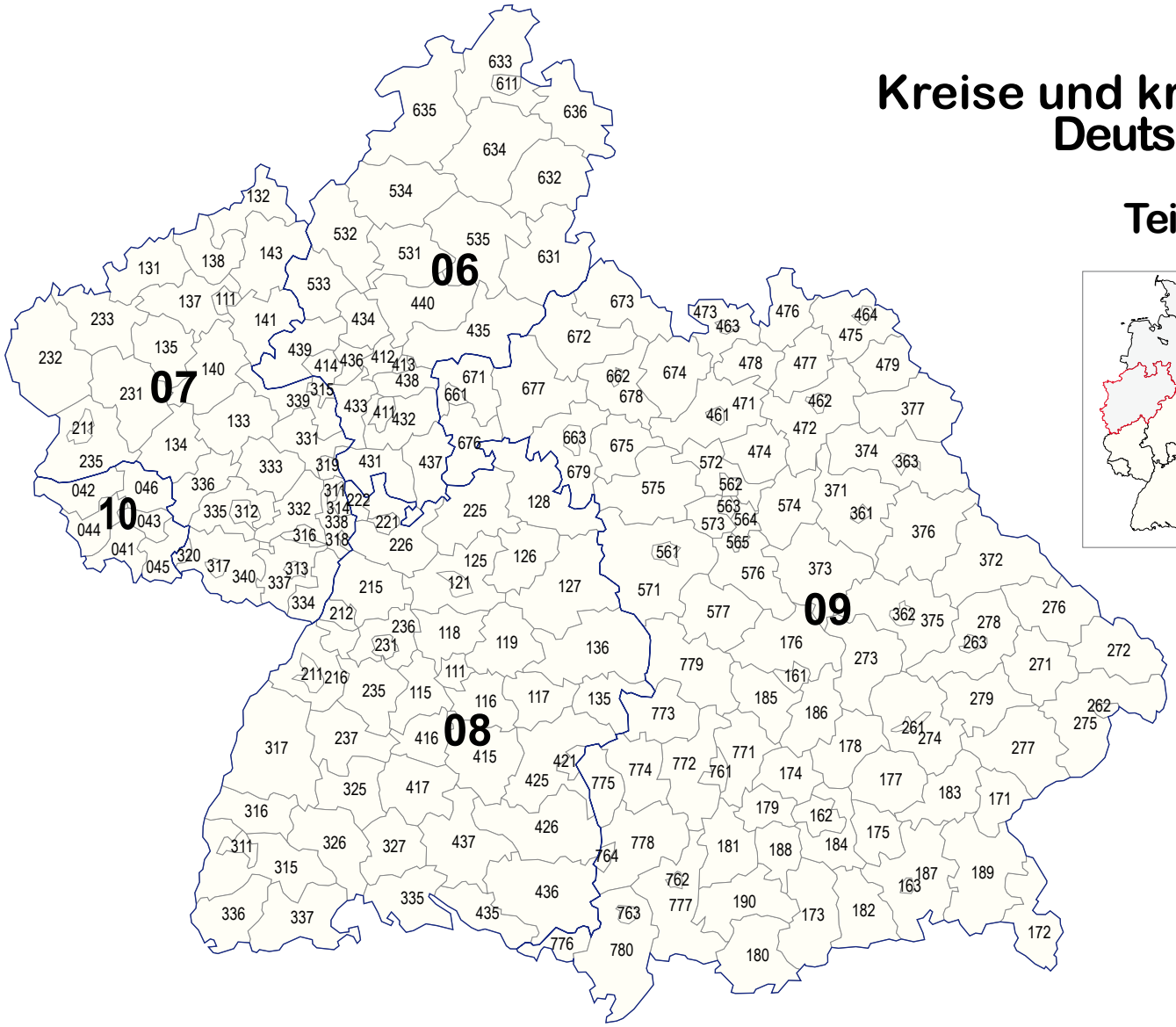


Karte 4

Kreise und kreisfreie Städte Deutschlands

Teil Süd





Karte 5

Liste der Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands in alphabetischer Reihenfolge für jedes Land (1/2)

01 Schleswig-Holstein
051 Dithmarschen
001 Flensburg
053 Herzogtum Lauenburg
002 Kiel
003 Lübeck
004 Neumünster
054 Nordfriesland
055 Ostholstein
056 Pinneberg
057 Plön
058 Rendsburg-Eckernförde
059 Schleswig-Flensburg
060 Segeberg
061 Steinburg
062 Stormarn

02 Hamburg

03 Niedersachsen
451 Ammerland
452 Aurich
101 Braunschweig
351 Celle
453 Cloppenburg
352 Cuxhaven
401 Delmenhorst
251 Diepholz
402 Emden
454 Emsland
455 Friesland
151 Gifhorn
153 Goslar
152 Göttingen
456 Grafschaft Bentheim
252 Hameln-Pyrmont
353 Harburg
358 Heidekreis
154 Helmstedt
254 Hildesheim
255 Holzminden
457 Leer
354 Lüchow-Dannenberg
355 Lüneburg
256 Nienburg (Weser)
155 Northeim
403 Oldenburg (Oldenburg) Stadt
458 Oldenburg
404 Osnabrück Stadt
459 Osnabrück
356 Osterholz
156 Osterode am Harz
157 Peine
241 Region Hannover
357 Rotenburg (Wümme)
102 Salzgitter
257 Schaumburg
359 Stade
360 Uelzen
460 Vechta
361 Verden
461 Wesermarsch
405 Wilhelmshaven
462 Wittmund
158 Wolfenbüttel
103 Wolfsburg

04 Bremen
011 Bremen
012 Bremerhaven

05 Nordrhein-Westfalen
711 Bielefeld
911 Bochum
314 Bonn
554 Borken
512 Bottrop
558 Coesfeld
913 Dortmund
112 Duisburg
358 Düren
111 Düsseldorf
954 Ennepe-Ruhr-Kreis
113 Essen
366 Euskirchen
513 Gelsenkirchen
754 Gütersloh
914 Hagen
915 Hamm
370 Heinsberg
758 Herford
916 Herne
958 Hochsauerlandkreis
762 Höxter
154 Kleve
315 Köln
114 Krefeld
316 Leverkusen
766 Lippe
962 Märkischer Kreis
158 Mettmann
770 Minden-Lübbecke
116 Mönchengladbach
117 Mülheim an der Ruhr
515 Münster
374 Oberbergischer Kreis
119 Oberhausen
966 Olpe
774 Paderborn
562 Recklinghausen
120 Remscheid
362 Rhein-Erft-Kreis
378 Rheinisch-Bergischer Kreis
162 Rhein-Kreis Neuss
382 Rhein-Sieg-Kreis
970 Siegen-Wittgenstein
974 Soest
122 Solingen
334 Städteregion Aachen
566 Steinfurt
978 Unna
166 Viersen
570 Warendorf
170 Wesel
124 Wuppertal

06 Hessen
431 Bergstraße
411 Darmstadt
432 Darmstadt-Dieburg
412 Frankfurt am Main
631 Fulda
531 Gießen
433 Groß-Gerau
632 Hersfeld-Rotenburg
434 Hochtaunuskreis
611 Kassel
633 Kassel
532 Lahn-Dill-Kreis
533 Limburg-Weilburg
435 Main-Kinzig-Kreis
436 Main-Taunus-Kreis
534 Marburg-Biedenkopf
437 Odenwaldkreis
413 Offenbach am Main Stadt
438 Offenbach
439 Rheingau-Taunus-Kreis
634 Schwalm-Eder-Kreis
535 Vogelsbergkreis
635 Waldeck-Frankenberg
636 Werra-Meißner-Kreis
440 Wetteraukreis
414 Wiesbaden

07 Rheinland-Pfalz
131 Ahrweiler
132 Altenkirchen (Westerwald)
331 Alzey-Worms
332 Bad Dürkheim
133 Bad Kreuznach
231 Bernkastel-Wittlich
134 Birkenfeld
135 Cochem-Zell
333 Donnersbergkreis
232 Eifelkreis Bitburg-Prüm
311 Frankenthal (Pfalz)
334 Germersheim
312 Kaiserslautern
335 Kaiserslautern
111 Koblenz
336 Kusel
313 Landau in der Pfalz
314 Ludwigshafen am Rhein
315 Mainz
339 Mainz-Bingen
137 Mayen-Koblenz
316 Neustadt an der Weinstraße
138 Neuwied
317 Pirmasens
140 Rhein-Hunsrück-Kreis
141 Rhein-Lahn-Kreis
338 Rhein-Pfalz-Kreis
318 Speyer
337 Südliche Weinstraße
340 Südwestpfalz
211 Trier, kreisfreie Stadt
235 Trier-Saarburg
233 Vulkaneifel
143 Westerwaldkreis
319 Worms
320 Zweibrücken

08 Baden-Württemberg
425 Alb-Donau-Kreis
211 Baden-Baden
426 Biberach
115 Böblingen
435 Bodenseekreis
315 Breisgau-Hochschwarzwald
235 Calw
316 Emmendingen
236 Enzkreis
116 Esslingen
311 Freiburg im Breisgau
237 Freudenstadt
117 Göppingen
221 Heidelberg
135 Heidenheim
121 Heilbronn Stadt
125 Heilbronn
126 Hohenlohekreis
212 Karlsruhe Stadt
215 Karlsruhe
335 Konstanz
336 Lörrach
118 Ludwigsburg
128 Main-Tauber-Kreis
222 Mannheim
225 Neckar-Odenwald-Kreis
317 Ortenaukreis
136 Ostalbkreis
231 Pforzheim
216 Rastatt
436 Ravensburg
119 Rems-Murr-Kreis
415 Reutlingen
226 Rhein-Neckar-Kreis
325 Rottweil
127 Schwäbisch Hall
326 Schwarzwald-Baar-Kreis
437 Sigmaringen
111 Stuttgart
416 Tübingen
327 Tuttlingen
421 Ulm
337 Waldshut
417 Zollernalbkreis

Liste der Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands in alphabetischer Reihenfolge für jedes Land (2/2)

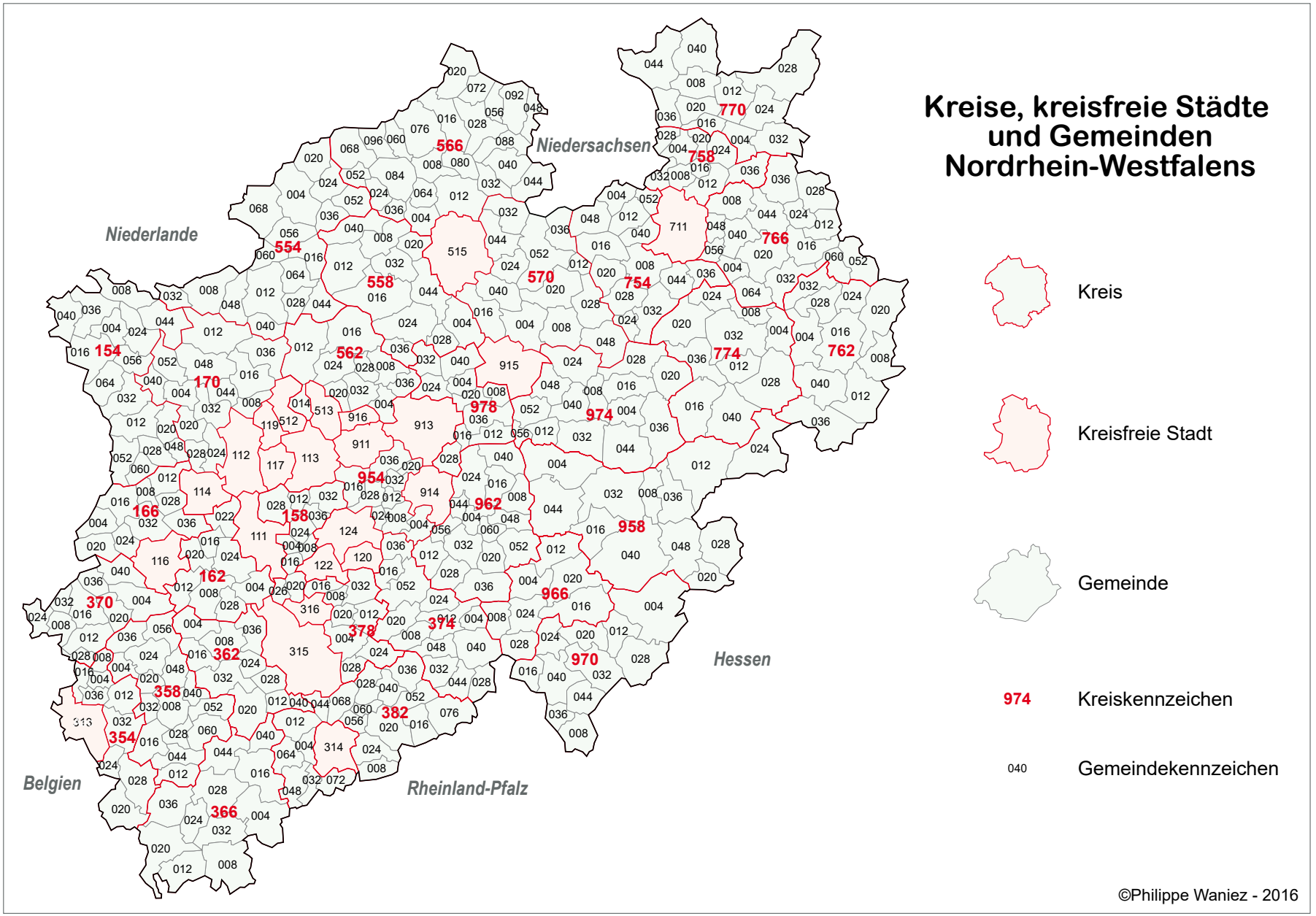
09 Bayern
771 Aichach-Friedberg
171 Altötting
361 Amberg
371 Amberg-Sulzbach
561 Ansbach Stadt
571 Ansbach
661 Aschaffenburg Stadt
671 Aschaffenburg
761 Augsburg Stadt
772 Augsburg
672 Bad Kissingen
173 Bad Tölz-Wolfratshausen
461 Bamberg Stadt
471 Bamberg
462 Bayreuth Stadt
472 Bayreuth
172 Berchtesgadener Land
372 Cham
463 Coburg Stadt
473 Coburg
174 Dachau
271 Deggendorf
773 Dillingen a.d.Donau
279 Dingolfing-Landau
779 Donau-Ries
175 Ebersberg
176 Eichstätt
177 Erding
562 Erlangen
572 Erlangen-Höchstadt
474 Forchheim
178 Freising
272 Freyung-Grafenau
179 Fürstenfeldbruck
563 Fürth Stadt
573 Fürth
180 Garmisch-Partenkirchen
774 Günzburg
674 Haßberge
464 Hof Stadt
475 Hof
161 Ingolstadt
762 Kaufbeuren
273 Kelheim
763 Kempten (Allgäu)
675 Kitzingen
476 Kronach
477 Kulmbach
181 Landsberg am Lech
261 Landshut Stadt
274 Landshut
478 Lichtenfels
776 Lindau (Bodensee)
677 Main-Spessart
764 Memmingen
182 Miesbach
676 Miltenberg
183 Mühldorf a.Inn
162 München Landeshauptstadt
184 München
185 Neuburg-Schrobenhausen
373 Neumarkt i.d.OPf.
575 Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsh.
374 Neustadt a.d.Waldnaab
775 Neu-Ulm
564 Nürnberg
574 Nürnberger Land
780 Oberallgäu
777 Ostallgäu
262 Passau Stadt
275 Passau
186 Pfaffenhofen a.d.Ilm
276 Regen
362 Regensburg Stadt
375 Regensburg
673 Rhön-Grabfeld
163 Rosenheim Stadt
187 Rosenheim
576 Roth
277 Rottal-Inn
565 Schwabach
376 Schwandorf
662 Schweinfurt Stadt
678 Schweinfurt
188 Starnberg
263 Straubing
278 Straubing-Bogen
377 Tirschenreuth
189 Traunstein
778 Unterallgäu
363 Weiden i.d.OPf.
190 Weilheim-Schongau
577 Weißenburg-Gunzenhausen
479 Wunsiedel i.Fichtelgebirge
663 Würzburg Stadt
679 Würzburg
10 Saarland
042 Merzig-Wadern
043 Neunkirchen
041 Regionalverband Saarbrücken
044 Saarlouis
045 Saarpfalz-Kreis
046 St. Wendel
11 Berlin
12 Brandenburg
060 Barnim
051 Brandenburg an der Havel
052 Cottbus
061 Dahme-Spreewald
062 Elbe-Elster
053 Frankfurt (Oder)
063 Havelland
064 Märkisch-Oderland
065 Oberhavel
066 Oberspreewald-Lausitz
067 Oder-Spree
068 Ostprignitz-Ruppin
054 Potsdam
069 Potsdam-Mittelmark
070 Prignitz
071 Spree-Neiße
072 Teltow-Fläming
073 Uckermark
13 Mecklenburg-Vorpommern
076 Ludwigslust-Parchim
071 Mecklenburgische Seenplatte
074 Nordwestmecklenburg
003 Rostock
072 Rostock Landkreis
004 Schwerin
075 Vorpommern-Greifswald
073 Vorpommern-Rügen
14 Sachsen
625 Bautzen
511 Chemnitz
612 Dresden
521 Erzgebirgskreis
626 Görlitz
713 Leipzig
729 Leipzig
627 Meißen
522 Mittelsachsen
730 Nordsachsen
628 Sächs. Schweiz-Osterzgebirge
523 Vogtlandkreis
524 Zwickau
15 Sachsen-Anhalt
081 Altmarkkreis Salzwedel
082 Anhalt-Bitterfeld
083 Börde
084 Burgenlandkreis
001 Dessau-Roßlau
002 Halle (Saale)
085 Harz
086 Jerichower Land
003 Magdeburg
087 Mansfeld-Südharz
088 Saalekreis
089 Salzlandkreis
090 Stendal
091 Wittenberg
16 Thüringen
077 Altenburger Land
061 Eichsfeld
056 Eisenach
051 Erfurt
052 Gera
067 Gotha
076 Greiz
069 Hildburghausen
070 Ilm-Kreis
053 Jena
065 Kyffhäuserkreis
062 Nordhausen
074 Saale-Holzland-Kreis
075 Saale-Orla-Kreis
073 Saalfeld-Rudolstadt
066 Schmalkalden-Meiningen
068 Sömmerda
072 Sonneberg
054 Suhl
064 Unstrut-Hainich-Kreis
063 Wartburgkreis
055 Weimar
071 Weimarer Land

Liste der Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands in numerischer Reihenfolge für jedes Land (1/2)

01 Schleswig-Holstein
001 Flensburg
002 Kiel
003 Lübeck
004 Neumünster
051 Dithmarschen
053 Herzogtum Lauenburg
054 Nordfriesland
055 Ostholstein
056 Pinneberg
057 Plön
058 Rendsburg-Eckernförde
059 Schleswig-Flensburg
060 Segeberg
061 Steinburg
062 Stormarn
02 Hamburg
03 Niedersachsen
101 Braunschweig
102 Salzgitter
103 Wolfsburg
151 Gifhorn
152 Göttingen
153 Goslar
154 Helmstedt
155 Northeim
156 Osterode am Harz
157 Peine
158 Wolfenbüttel
241 Region Hannover
251 Diepholz
252 Hameln-Pyrmont
254 Hildesheim
255 Holzminden
256 Nienburg (Weser)
257 Schaumburg
351 Celle
352 Cuxhaven
353 Harburg
354 Lüchow-Dannenberg
355 Lüneburg
356 Osterholz
357 Rotenburg (Wümme)
358 Heidekreis
359 Stade
360 Uelzen
361 Verden
401 Delmenhorst
402 Emden
403 Oldenburg (Oldenburg) Stadt
404 Osnabrück Stadt
405 Wilhelmshaven
451 Ammerland
452 Aurich
453 Cloppenburg
454 Emsland
455 Friesland
456 Grafschaft Bentheim
457 Leer
458 Oldenburg
459 Osnabrück
460 Vechta
461 Wesermarsch
462 Wittmund
04 Bremen
011 Bremen
012 Bremerhaven
05 Nordrhein-Westfalen
111 Düsseldorf
112 Duisburg
113 Essen
114 Krefeld
116 Mönchengladbach
117 Mülheim an der Ruhr
119 Oberhausen
120 Remscheid
122 Solingen
124 Wuppertal
154 Kleve
158 Mettmann
162 Rhein-Kreis Neuss
166 Viersen
170 Wesel
314 Bonn
315 Köln
316 Leverkusen
334 Städteregion Aachen
358 Düren
362 Rhein-Erft-Kreis
366 Euskirchen
370 Heinsberg
374 Oberbergischer Kreis
378 Rheinisch-Bergischer Kreis
382 Rhein-Sieg-Kreis
512 Bottrop
513 Gelsenkirchen
515 Münster
554 Borken
558 Coesfeld
562 Recklinghausen
566 Steinfurt
570 Warendorf
711 Bielefeld
754 Gütersloh
758 Herford
762 Höxter
766 Lippe
770 Minden-Lübbecke
774 Paderborn
911 Bochum
913 Dortmund
914 Hagen
915 Hamm
916 Herne
954 Ennepe-Ruhr-Kreis
958 Hochsauerlandkreis
962 Märkischer Kreis
966 Olpe
970 Siegen-Wittgenstein
974 Soest
978 Unna
06 Hessen
411 Darmstadt
412 Frankfurt am Main
413 Offenbach am Main
414 Wiesbaden
431 Bergstraße
432 Darmstadt-Dieburg
433 Groß-Gerau
434 Hochtaunuskreis
435 Main-Kinzig-Kreis
436 Main-Taunus-Kreis
437 Odenwaldkreis
438 Offenbach Stadt
439 Rheingau-Taunus-Kreis
440 Wetteraukreis
531 Gießen
532 Lahn-Dill-Kreis
533 Limburg-Weilburg
534 Marburg-Biedenkopf
535 Vogelsbergkreis
611 Kassel
631 Fulda
632 Hersfeld-Rotenburg
633 Kassel
634 Schwalm-Eder-Kreis
635 Waldeck-Frankenberg
636 Werra-Meißner-Kreis
07 Rheinland-Pfalz
111 Koblenz
131 Ahrweiler
132 Altenkirchen (Westerwald)
133 Bad Kreuznach
134 Birkenfeld
135 Cochem-Zell
137 Mayen-Koblenz
138 Neuwied
140 Rhein-Hunsrück-Kreis
141 Rhein-Lahn-Kreis
143 Westerwaldkreis
211 Trier, kreisfreie Stadt
231 Bernkastel-Wittlich
232 Eifelkreis Bitburg-Prüm
233 Vulkaneifel
235 Trier-Saarburg
311 Frankenthal (Pfalz)
312 Kaiserslautern
313 Landau in der Pfalz
314 Ludwigshafen am Rhein
315 Mainz
316 Neustadt an der Weinstraße,St.
317 Pirmasens
318 Speyer
319 Worms
320 Zweibrücken
331 Alzey-Worms
332 Bad Dürkheim
333 Donnersbergkreis
334 Germersheim
335 Kaiserslautern
336 Kusel
337 Südliche Weinstraße
338 Rhein-Pfalz-Kreis
339 Mainz-Bingen
340 Südwestpfalz
08 Baden-Württemberg
111 Stuttgart
115 Böblingen
116 Esslingen
117 Göppingen
118 Ludwigsburg
119 Rems-Murr-Kreis
121 Heilbronn Stadt
125 Heilbronn
126 Hohenlohekreis
127 Schwäbisch Hall
128 Main-Tauber-Kreis
135 Heidenheim
136 Ostalbkreis
211 Baden-Baden
212 Karlsruhe Stadt
215 Karlsruhe
216 Rastatt
221 Heidelberg
222 Mannheim
225 Neckar-Odenwald-Kreis
226 Rhein-Neckar-Kreis
231 Pforzheim
235 Calw
236 Enzkreis
237 Freudenstadt
311 Freiburg im Breisgau
315 Breisgau-Hochschwarzwald
316 Emmendingen
317 Ortenaukreis
325 Rottweil
326 Schwarzwald-Baar-Kreis
327 Tuttlingen
335 Konstanz
336 Lörrach
337 Waldshut
415 Reutlingen
416 Tübingen
417 Zollernalbkreis
421 Ulm
425 Alb-Donau-Kreis
426 Biberach
435 Bodenseekreis
436 Ravensburg
437 Sigmaringen

Liste der Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands in numerischer Reihenfolge für jedes Land (2/2)

09 Bayern
161 Ingolstadt
162 München Landeshauptstadt
163 Rosenheim Stadt
171 Altötting
172 Berchtesgadener Land
173 Bad Tölz-Wolfratshausen
174 Dachau
175 Ebersberg
176 Eichstätt
177 Erding
178 Freising
179 Fürstenfeldbruck
180 Garmisch-Partenkirchen
181 Landsberg am Lech
182 Miesbach
183 Mühldorf a.Inn
184 München
185 Neuburg-Schrobenhausen
186 Pfaffenhofen a.d.Ilm
187 Rosenheim
188 Starnberg
189 Traunstein
190 Weilheim-Schongau
261 Landshut Stadt
262 Passau Stadt
263 Straubing
271 Deggendorf
272 Freyung-Grafenau
273 Kelheim
274 Landshut
275 Passau
276 Regen
277 Rottal-Inn
278 Straubing-Bogen
279 Dingolfing-Landau
361 Amberg
362 Regensburg Stadt
363 Weiden i.d.OPf.
371 Amberg-Sulzbach
372 Cham
373 Neumarkt i.d.OPf.
374 Neustadt a.d.Waldnaab
375 Regensburg
376 Schwandorf
377 Tirschenreuth
461 Bamberg Stadt
462 Bayreuth Stadt
463 Coburg Stadt
464 Hof Stadt
471 Bamberg
472 Bayreuth
473 Coburg
474 Forchheim
475 Hof
476 Kronach
477 Kulmbach
478 Lichtenfels
479 Wunsiedel i.Fichtelgebirge
561 Ansbach Stadt
562 Erlangen
563 Fürth Stadt
564 Nürnberg
565 Schwabach
571 Ansbach
572 Erlangen-Höchstadt
573 Fürth
574 Nürnberger Land
575 Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsh.
576 Roth
577 Weißenburg-Gunzenhausen
661 Aschaffenburg Stadt
662 Schweinfurt Stadt
663 Würzburg Stadt
671 Aschaffenburg
672 Bad Kissingen
673 Rhön-Grabfeld
674 Haßberge
675 Kitzingen
676 Miltenberg
677 Main-Spessart
678 Schweinfurt
679 Würzburg
761 Augsburg Stadt
762 Kaufbeuren
763 Kempten (Allgäu)
764 Memmingen
771 Aichach-Friedberg
772 Augsburg
773 Dillingen a.d.Donau
774 Günzburg
775 Neu-Ulm
776 Lindau (Bodensee)
777 Ostallgäu
778 Unterallgäu
779 Donau-Ries
780 Oberallgäu
10 Saarland
041 Regionalverband Saarbrücken
042 Merzig-Wadern
043 Neunkirchen
044 Saarlouis
045 Saarpfalz-Kreis
046 St. Wendel
11 Berlin
12 Brandenburg
051 Brandenburg an der Havel, St.
052 Cottbus
053 Frankfurt (Oder)
054 Potsdam
060 Barnim
061 Dahme-Spreewald
062 Elbe-Elster
063 Havelland
064 Märkisch-Oderland
065 Oberhavel
066 Oberspreewald-Lausitz
067 Oder-Spree
068 Ostprignitz-Ruppin
069 Potsdam-Mittelmark
070 Prignitz
071 Spree-Neiße
072 Teltow-Fläming
073 Uckermark
13 Mecklenburg-Vorpommern
003 Rostock
004 Schwerin
071 Mecklenburgische Seenplatte
072 Landkreis Rostock
073 Vorpommern-Rügen
074 Nordwestmecklenburg
075 Vorpommern-Greifswald
076 Ludwigslust-Parchim
14 Sachsen
511 Chemnitz
521 Erzgebirgskreis
522 Mittelsachsen
523 Vogtlandkreis
524 Zwickau
612 Dresden
625 Bautzen
626 Görlitz
627 Meißen
628 Sächs. Schweiz-Osterzgebirge
713 Leipzig
729 Leipzig
730 Nordsachsen
15 Sachsen-Anhalt
001 Dessau-Roßlau
002 Halle (Saale)
003 Magdeburg
081 Altmarkkreis Salzwedel
082 Anhalt-Bitterfeld
083 Börde
084 Burgenlandkreis
085 Harz
086 Jerichower Land
087 Mansfeld-Südharz
088 Saalekreis
089 Salzlandkreis
090 Stendal
091 Wittenberg
16 Thüringen
051 Erfurt
052 Gera
053 Jena
054 Suhl
055 Weimar
056 Eisenach
061 Eichsfeld
062 Nordhausen
063 Wartburgkreis
064 Unstrut-Hainich-Kreis
065 Kyffhäuserkreis
066 Schmalkalden-Meiningen
067 Gotha
068 Sömmerda
069 Hildburghausen
070 Ilm-Kreis
071 Weimarer Land
072 Sonneberg
073 Saalfeld-Rudolstadt
074 Saale-Holzland-Kreis
075 Saale-Orla-Kreis
076 Greiz
077 Altenburger Land


Kreise, kreisfreie Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens
Niederlande
Niedersachsen
Hessen
Rheinland-Pfalz
Belgien
Kreis
Kreisfreie Stadt
Gemeinde
974 Kreiskennzeichen
040 Gemeindekennzeichen
©Philippe Waniez - 2016

Karte 6

Liste der Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens in alphabetischer Reihenfolge (1/2)

Kreisfreie Städte

313 Aachen
711 Bielefeld
911 Bochum
314 Bonn
512 Bottrop
913 Dortmund
112 Duisburg
111 Düsseldorf
113 Essen
513 Gelsenkirchen
914 Hagen
915 Hamm
916 Herne
315 Köln
114 Krefeld
316 Leverkusen
116 Mönchengladbach
117 Mülheim an der Ruhr
515 Münster
119 Oberhausen
120 Remscheid
122 Solingen
124 Wuppertal

Kreise

354 Aachen
554 Borken
558 Coesfeld
358 Düren
954 Ennepe-Ruhr-Kreis
366 Euskirchen
754 Gütersloh
370 Heinsberg
758 Herford
958 Hochsauerlandkreis
762 Höxter
154 Kleve
766 Lippe
962 Märkischer Kreis
158 Mettmann
770 Minden-Lübbecke
374 Oberbergischer Kreis
966 Olpe
774 Paderborn
562 Recklinghausen
362 Rhein-Erft-Kreis
378 Rheinisch-Bergischer Kreis
162 Rhein-Kreis Neuss
382 Rhein-Sieg-Kreis
970 Siegen-Wittgenstein
974 Soest
566 Steinfurt
978 Unna
166 Viersen
570 Warendorf
170 Wesel

Kreise / Gemeinden

554 004 Ahaus
570 004 Ahlen
358 004 Aldenhoven
382 004 Alfter
170 004 Alpen
354 004 Alsdorf
962 004 Altena
774 004 Altenbeken
566 004 Altenberge
974 004 Anröchte
958 004 Arnsberg
558 004 Ascheberg
966 004 Attendorn
766 004 Augustdorf
970 004 Bad Berleburg
762 004 Bad Driburg
382 008 Bad Honnef
970 028 Bad Laasphe
774 008 Bad Lippspringe
366 004 Bad Münstereifel
770 004 Bad Oeynhausen
766 008 Bad Salzuflen
974 008 Bad Sassendorf
774 040 Bad Wünnenberg
354 008 Baesweiler
962 008 Balve
766 012 Barntrup
570 008 Beckum
362 004 Bedburg
154 004 Bedburg-Hau
570 012 Beelen
362 008 Bergheim
378 004 Bergisch Gladbach
978 004 Bergkamen
374 004 Bergneustadt
958 008 Bestwig
762 008 Beverungen
558 008 Billerbeck
366 008 Blankenheim
766 016 Blomberg
554 008 Bocholt
978 008 Bönen
774 012 Borchen
762 012 Borgentreich
754 004 Borgholzhausen
554 012 Borken
382 012 Bornheim
762 016 Brakel
954 004 Breckerfeld
958 012 Brilon
166 004 Brüggen
362 012 Brühl
758 004 Bünde
970 008 Burbach
774 016 Büren
378 008 Burscheid
562 004 Castrop-Rauxel
558 012 Coesfeld
366 012 Dahlem
562 008 Datteln
774 020 Delbrück
766 020 Detmold
170 008 Dinslaken
766 024 Dörentrup
162 004 Dormagen
562 012 Dorsten
570 016 Drensteinfurt
966 008 Drolshagen
558 016 Dülmen
358 008 Düren
382 016 Eitorf
362 016 Elsdorf
154 008 Emmerich am Rh
566 008 Emsdetten
374 008 Engelskirchen
758 008 Enger
954 008 Ennepetal
570 020 Ennigerloh
974 012 Ense
362 020 Erftstadt
370 004 Erkelenz
158 004 Erkrath
970 012 Erndtebrück
974 016 Erwitte
354 012 Eschweiler
958 016 Eslohe (Sauerland)
770 008 Espelkamp
366 016 Euskirchen
570 024 Everswinkel
766 028 Extertal
966 012 Finnentrop
362 024 Frechen
970 016 Freudenberg
978 012 Fröndenberg / Ruhr
370 008 Gangelt
370 012 Geilenkirchen
154 012 Geldern
554 016 Gescher
974 020 Geseke
954 012 Gevelsberg
562 014 Gladbeck
154 016 Goch
166 008 Grefrath
566 012 Greven
162 008 Grevenbroich
554 020 Gronau (Westf.)
374 012 Gummersbach
754 008 Gütersloh
158 008 Haan
754 012 Halle (Westf.)
958 020 Hallenberg
562 016 Haltern am See
962 012 Halver
170 012 Hamminkeln
754 016 Harsewinkel
954 016 Hattingen
558 020 Havixbeck
554 024 Heek
554 028 Heiden
158 012 Heiligenhaus
358 012 Heimbach
370 016 Heinsberg
366 020 Hellenthal
962 016 Hemer
382 020 Hennef (Sieg)
954 020 Herdecke
758 012 Herford
962 020 Herscheid
562 020 Herten
754 020 Herzebrock-Clarholz
354 016 Herzogenrath
758 016 Hiddenhausen
970 020 Hilchenbach
158 016 Hilden
770 012 Hille
978 016 Holzwickede
566 020 Hopsten

Liste der Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens in alphabetischer Reihenfolge (2/2)

Kreise / Gemeinden		
766	032	Horn-Bad Meinberg
566	016	Hörstel
566	024	Horstmar
774	024	Hövelhof
762	020	Höxter
370	020	Hückelhoven
374	016	Hückeswagen
770	016	Hüllhorst
170	016	Hünxe
358	016	Hürtgenwald
362	028	Hürth
566	028	Ibbenbüren
358	020	Inden
962	024	Iserlohn
554	032	Isselburg
154	020	Issum
162	012	Jüchen
358	024	Jülich
162	016	Kaarst
154	024	Kalkar
366	024	Kall
766	036	Kalletal
978	020	Kamen
170	020	Kamp-Lintfort
166	012	Kempen
154	028	Kerken
362	032	Kerpen
154	032	Kevelaer
962	028	Kierspe
966	016	Kirchhundem
758	020	Kirchlengern
154	036	Kleve
382	024	Königswinter
162	020	Korschenbroich
154	040	Kranenburg
358	028	Kreuzau
970	024	Kreuztal
378	012	Kürten
566	032	Ladbergen
566	036	Laer
766	040	Lage
754	024	Langenberg
158	020	Langenfeld (Rhld.)
358	032	Langerwehe
554	036	Legden
378	016	Leichlingen (Rhld.)
766	044	Lemgo
566	040	Lengerich
966	020	Lennestadt
766	048	Leopoldshöhe
774	028	Lichtenau
566	044	Lienen
374	020	Lindlar
358	036	Linnich
974	024	Lippetal
974	028	Lippstadt
382	028	Lohmar
758	024	Löhne
566	048	Lotte
770	020	Lübbecke
962	032	Lüdenscheid
558	024	Lüdinghausen
766	052	Lügde
978	024	Lünen
374	024	Marienheide
762	024	Marienmünster
562	024	Marl
958	024	Marsberg
366	028	Mechernich
382	032	Meckenheim
958	028	Medebach
162	022	Meerbusch
962	036	Meinerzhagen
962	040	Menden (Sauerland)
358	040	Merzenich
958	032	Meschede
566	052	Metelen
566	056	Mettingen
158	024	Mettmann
770	024	Minden
170	024	Moers
974	032	Möhnesee
158	026	Monheim am Rhein
354	020	Monschau
374	028	Morsbach
382	036	Much
962	044	Nachrodt-Wiblingwerde
970	032	Netphen
366	032	Nettersheim
166	016	Nettetal
566	060	Neuenkirchen
962	048	Neuenrade
170	028	Neukirchen-Vluyn
970	036	Neunkirchen
382	040	Neunkirchen-Seelscheid
162	024	Neuss
358	044	Nideggen
382	044	Niederkassel
166	020	Niederkrüchten
358	048	Niederzier
762	028	Nieheim
558	028	Nordkirchen
566	064	Nordwalde
358	052	Nörvenich
558	032	Nottuln
374	032	Nümbrecht
566	068	Ochtrup
378	020	Odenthal
570	028	Oelde
562	028	Oer-Erkenschwick
766	056	Oerlinghausen
558	036	Olfen
966	024	Olpe
958	036	Olsberg
570	032	Ostbevern
378	024	Overath
774	032	Paderborn
770	028	Petershagen
962	052	Plettenberg
770	032	Porta Westfalica
770	036	Preußisch Oldendorf
362	036	Pulheim
374	036	Radevormwald
554	040	Raesfeld
770	040	Rahden
158	028	Ratingen
566	072	Recke
562	032	Recklinghausen
154	044	Rees
374	040	Reichshof
554	044	Reken
754	028	Rheda-Wiedenbrück
554	048	Rhede
382	048	Rheinbach
170	032	Rheinberg
566	076	Rheine
154	048	Rheurdt
754	032	Rietberg
758	028	Rödinghausen
354	024	Roetgen
162	028	Rommerskirchen
558	040	Rosendahl
378	028	Rösrath
382	052	Ruppichteroth
974	036	Rüthen
566	080	Saerbeck
774	036	Salzkotten
382	056	Sankt Augustin
570	036	Sassenberg
962	056	Schalksmühle
170	036	Schermbeck
766	060	Schieder-Schwalenberg
766	064	Schlangen
366	036	Schleiden
754	036	Schloß Holte-Stukenbrock
958	040	Schmallenberg
554	052	Schöppingen
166	024	Schwalmtal
954	024	Schwelm
978	028	Schwerte
370	024	Selfkant
978	032	Selm
558	044	Senden
570	040	Sendenhorst
382	060	Siegburg
970	040	Siegen
354	028	Simmerath
974	040	Soest
170	040	Sonsbeck
758	032	Spenge
954	028	Sprockhövel
554	056	Stadtlohn
566	084	Steinfurt
754	040	Steinhagen
762	032	Steinheim
770	044	Stemwede
354	032	Stolberg (Rhld.)
154	052	Straelen
554	060	Südlohn
958	044	Sundern (Sauerland)
382	064	Swisttal
566	088	Tecklenburg
570	044	Telgte
358	056	Titz
166	028	Tönisvorst
382	068	Troisdorf
370	028	Übach-Palenberg
154	056	Uedem
978	036	Unna
158	032	Velbert
554	064	Velen
754	044	Verl
754	048	Versmold
358	060	Vettweiß
166	032	Viersen
758	036	Vlotho
170	044	Voerde (Niederrhein)
554	068	Vreden
382	072	Wachtberg
154	060	Wachtendonk
570	048	Wadersloh
374	044	Waldbröl
370	032	Waldfeucht
562	036	Waltrop
762	036	Warburg
570	052	Warendorf
974	044	Warstein
370	036	Wassenberg
154	064	Weeze
370	040	Wegberg
366	040	Weilerswist
974	048	Welver
966	028	Wenden
962	060	Werdohl
974	052	Werl
378	032	Wermelskirchen
978	040	Werne
754	052	Werther (Westf.)
170	048	Wesel
362	040	Wesseling
566	092	Westerkappeln
954	032	Wetter (Ruhr)
566	096	Wettringen
974	056	Wickede (Ruhr)
374	048	Wiehl
762	040	Willebadessen
166	036	Willich
970	044	Wilnsdorf
382	076	Windeck
958	048	Winterberg
374	052	Wipperfürth
954	036	Witten
158	036	Wülfrath
354	036	Würselen
170	052	Xanten
366	044	Zülpich

Liste der Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens in numerischer Reihenfolge für jeden Kreis(1/2)

Kreisfreie Städte
111 Düsseldorf
112 Duisburg
113 Essen
114 Krefeld
116 Mönchengladbach
117 Mülheim an der Ruhr
119 Oberhausen
120 Remscheid
122 Solingen
124 Wuppertal
313 Aachen
314 Bonn
315 Köln
316 Leverkusen
512 Bottrop
513 Gelsenkirchen
515 Münster
711 Bielefeld
911 Bochum
913 Dortmund
914 Hagen
915 Hamm
916 Herne

Kreise / Gemeinden

154 Kleve
004 Bedburg-Hau
008 Emmerich am Rhein
012 Geldern
016 Goch
020 Issum
024 Kalkar
028 Kerken
032 Kevelaer
036 Kleve
040 Kranenburg
044 Rees
048 Rheurdt
052 Straelen
056 Uedem
060 Wachtendonk
064 Weeze

158 Mettmann
004 Erkrath
008 Haan
012 Heiligenhaus
016 Hilden
020 Langenfeld (Rhld.)
024 Mettmann
026 Monheim am Rhein
028 Ratingen
032 Velbert
036 Wülfrath

162 Rhein-Kreis Neuss
004 Dormagen
008 Grevenbroich
012 Jüchen
016 Kaarst
020 Korschenbroich
022 Meerbusch
024 Neuss
028 Rommerskirchen

166 Viersen
004 Brüggen
008 Grefrath
012 Kempen
016 Nettetal
020 Niederkrüchten
024 Schwalmtal
028 Tönisvorst
032 Viersen
036 Willich

170 Wesel
004 Alpen
008 Dinslaken
012 Hamminkeln
016 Hünxe
020 Kamp-Lintfort
024 Moers
028 Neukirchen-Vluyn
032 Rheinberg
036 Schermbeck
040 Sonsbeck
044 Voerde (Niederrhein)
048 Wesel
052 Xanten

354 Aachen
004 Alsdorf
008 Baesweiler
012 Eschweiler
016 Herzogenrath
020 Monschau
024 Roetgen
028 Simmerath
032 Stolberg (Rhld.)
036 Würselen
004 Aldenhoven

358 Düren
008 Düren
012 Heimbach
016 Hürtgenwald
020 Inden
024 Jülich
028 Kreuzau
032 Langerwehe
036 Linnich
040 Merzenich
044 Nideggen
048 Niederzier
052 Nörvenich
056 Titz
060 Vettweiß

362 Rhein-Erft-Kreis
004 Bedburg
008 Bergheim
012 Brühl
016 Elsdorf
020 Erftstadt
024 Frechen
028 Hürth
032 Kerpen
036 Pulheim
040 Wesseling

366 Euskirchen
004 Bad Münstereifel
008 Blankenheim
012 Dahlem
016 Euskirchen
020 Hellenthal
024 Kall
028 Mechernich
032 Nettersheim
036 Schleiden
040 Weilerswist
044 Zülpich

370 Heinsberg
004 Erkelenz
008 Gangelt
012 Geilenkirchen
016 Heinsberg
020 Hückelhoven
024 Selfkant
028 Übach-Palenberg
032 Waldfeucht
036 Wassenberg
040 Wegberg

374 Oberbergischer Kreis
004 Bergneustadt
008 Engelskirchen
012 Gummersbach
016 Hückeswagen
020 Lindlar
024 Marienheide
028 Morsbach
032 Nümbrecht
036 Radevormwald
040 Reichshof
044 Waldbröl
048 Wiehl
052 Wipperfürth

378 Rheinisch-Bergischer Kreis
004 Bergisch Gladbach
008 Burscheid
012 Kürten
016 Leichlingen (Rhld.)
020 Odenthal
024 Overath
028 Rösrath
032 Wermelskirchen

382 Rhein-Sieg-Kreis
004 Alfter
008 Bad Honnef
012 Bornheim
016 Eitorf
020 Hennef (Sieg)
024 Königswinter
028 Lohmar
032 Meckenheim
036 Much
040 Neunkirchen-Seelscheid
044 Niederkassel
048 Rheinbach
052 Ruppichteroth
056 Sankt Augustin
060 Siegburg
064 Swisttal
068 Troisdorf
072 Wachtberg
076 Windeck

554 Borken
004 Ahaus
008 Bocholt
012 Borken
016 Gescher
020 Gronau (Westf.)
024 Heek
028 Heiden
032 Isselburg
036 Legden
040 Raesfeld
044 Reken
048 Rhede
052 Schöppingen
056 Stadtlohn
060 Südlohn
064 Velen
068 Vreden

Liste der Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens in numerischer Reihenfolge für jeden Kreis(2/2)

558 Coesfeld
004 Ascheberg
008 Billerbeck
012 Coesfeld
016 Dülmen
020 Havixbeck
024 Lüdinghausen
028 Nordkirchen
032 Nottuln
036 Olfen
040 Rosendahl
044 Senden

562 Recklinghausen
004 Castrop-Rauxel
008 Datteln
012 Dorsten
014 Gladbeck
016 Haltern am See
020 Herten
024 Marl
028 Oer-Erkenschwick
032 Recklinghausen
036 Waltrop

566 Steinfurt
004 Altenberge
008 Emsdetten
012 Greven
016 Hörstel
020 Hopsten
024 Horstmar
028 Ibbenbüren
032 Ladbergen
036 Laer
040 Lengerich
044 Lienen
048 Lotte
052 Metelen
056 Mettingen
060 Neuenkirchen
064 Nordwalde
068 Ochtrup
072 Recke
076 Rheine
080 Saerbeck
084 Steinfurt
088 Tecklenburg
092 Westerkappeln
096 Wettringen

570 Warendorf
004 Ahlen
008 Beckum
012 Beelen
016 Drensteinfurt
020 Ennigerloh
024 Everswinkel
028 Oelde
032 Ostbevern
036 Sassenberg
040 Sendenhorst
044 Telgte
048 Wadersloh
052 Warendorf

754 Gütersloh
004 Borgholzhausen
008 Gütersloh
012 Halle (Westf.)
016 Harsewinkel
020 Herzebrock-Clarholz
024 Langenberg
028 Rheda-Wiedenbrück
032 Rietberg
036 Schloß Holte-Stukenbrock
040 Steinhagen
044 Verl
048 Versmold
052 Werther (Westf.)

758 Herford
004 Bünde
008 Enger
012 Herford
016 Hiddenhausen
020 Kirchlengern
024 Löhne
028 Rödinghausen
032 Spenge
036 Vlotho

762 Höxter
004 Bad Driburg
008 Beverungen
012 Borgentreich
016 Brakel
020 Höxter
024 Marienmünster
028 Nieheim
032 Steinheim
036 Warburg
040 Willebadessen

766 Lippe
004 Augustdorf
008 Bad Salzuflen
012 Barntrup
016 Blomberg
020 Detmold
024 Dörentrup
028 Extertal
032 Horn-Bad Meinberg
036 Kalletal
040 Lage
044 Lemgo
048 Leopoldshöhe
052 Lügde
056 Oerlinghausen
060 Schieder-Schwalenberg
064 Schlangen

770 Minden-Lübbecke
004 Bad Oeynhausen
008 Espelkamp
012 Hille
016 Hüllhorst
020 Lübbecke
024 Minden
028 Petershagen
032 Porta Westfalica
036 Preußisch Oldendorf
040 Rahden
044 Stemwede

774 Paderborn
004 Altenbeken
008 Bad Lippspringe
012 Borchen
016 Büren
020 Delbrück
024 Hövelhof
028 Lichtenau
032 Paderborn
036 Salzkotten
040 Bad Wünnenberg

954 Ennepe-Ruhr-Kreis
004 Breckerfeld
008 Ennepetal
012 Gevelsberg
016 Hattingen
020 Herdecke
024 Schwelm
028 Sprockhövel
032 Wetter (Ruhr)
036 Witten

958 Hochsauerlandkreis
004 Arnsberg
008 Bestwig
012 Brilon
016 Eslohe (Sauerland)
020 Hallenberg
024 Marsberg
028 Medebach
032 Meschede
036 Olsberg
040 Schmallenberg
044 Sundern (Sauerland)
048 Winterberg

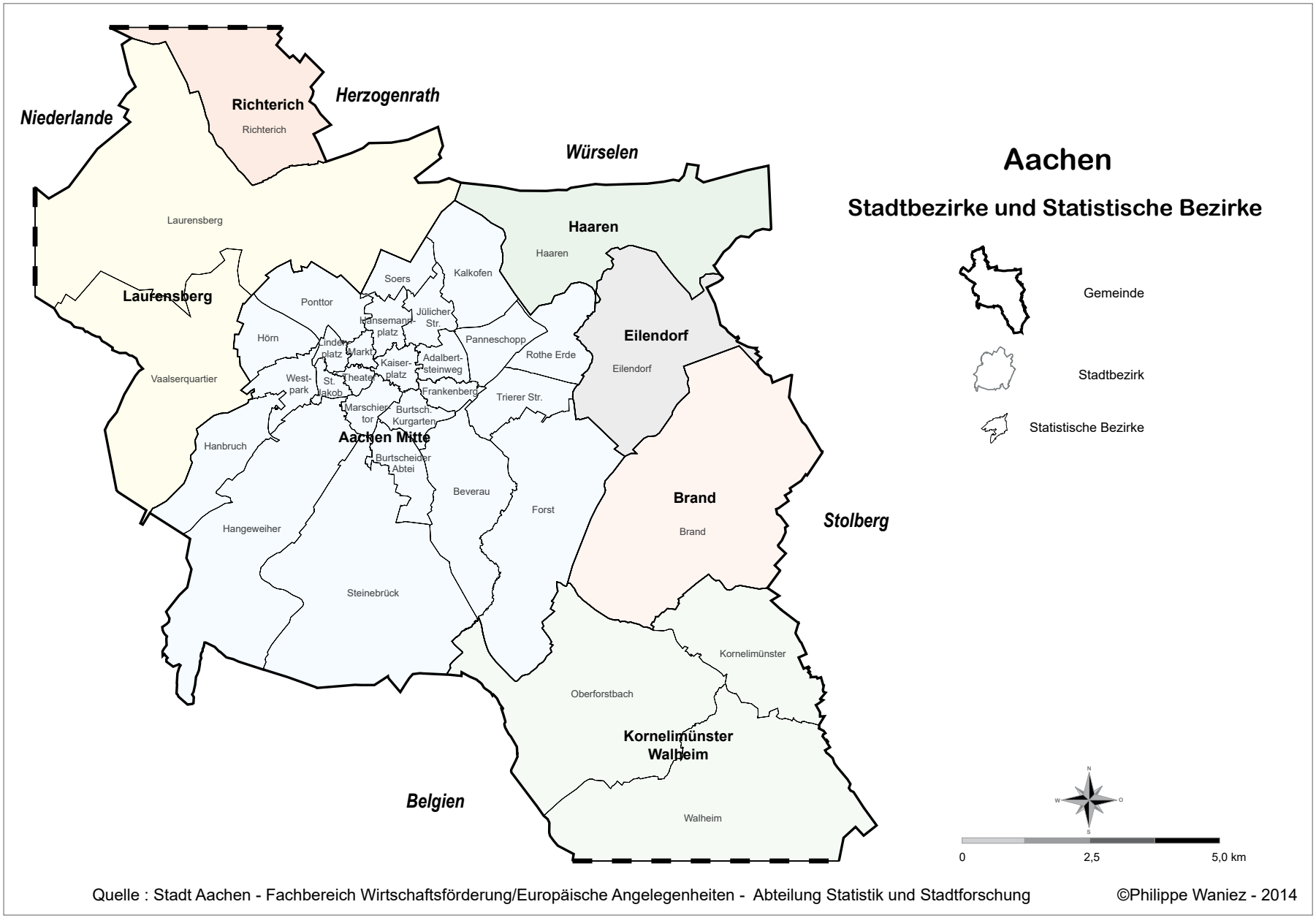
962 Märkischer Kreis
004 Altena
008 Balve
012 Halver
016 Hemer
020 Herscheid
024 Iserlohn
028 Kierspe
032 Lüdenscheid
036 Meinerzhagen
040 Menden (Sauerland)
044 Nachrodt-Wiblingwerde
048 Neuenrade
052 Plettenberg
056 Schalksmühle
060 Werdohl

966 Olpe
004 Attendorn
008 Drolshagen
012 Finnentrop
016 Kirchhundem
020 Lennestadt
024 Olpe
028 Wenden

970 Siegen-Wittgenstein
004 Bad Berleburg
008 Burbach
012 Erndtebrück
016 Freudenberg
020 Hilchenbach
024 Kreuztal
028 Bad Laasphe
032 Netphen
036 Neunkirchen
040 Siegen
044 Wilnsdorf

974 Soest
004 Anröchte
008 Bad Sassendorf
012 Ense
016 Erwitte
020 Geseke
024 Lippetal
028 Lippstadt
032 Möhnesee
036 Rüthen
040 Soest
044 Warstein
048 Welver
052 Werl
056 Wickede (Ruhr)

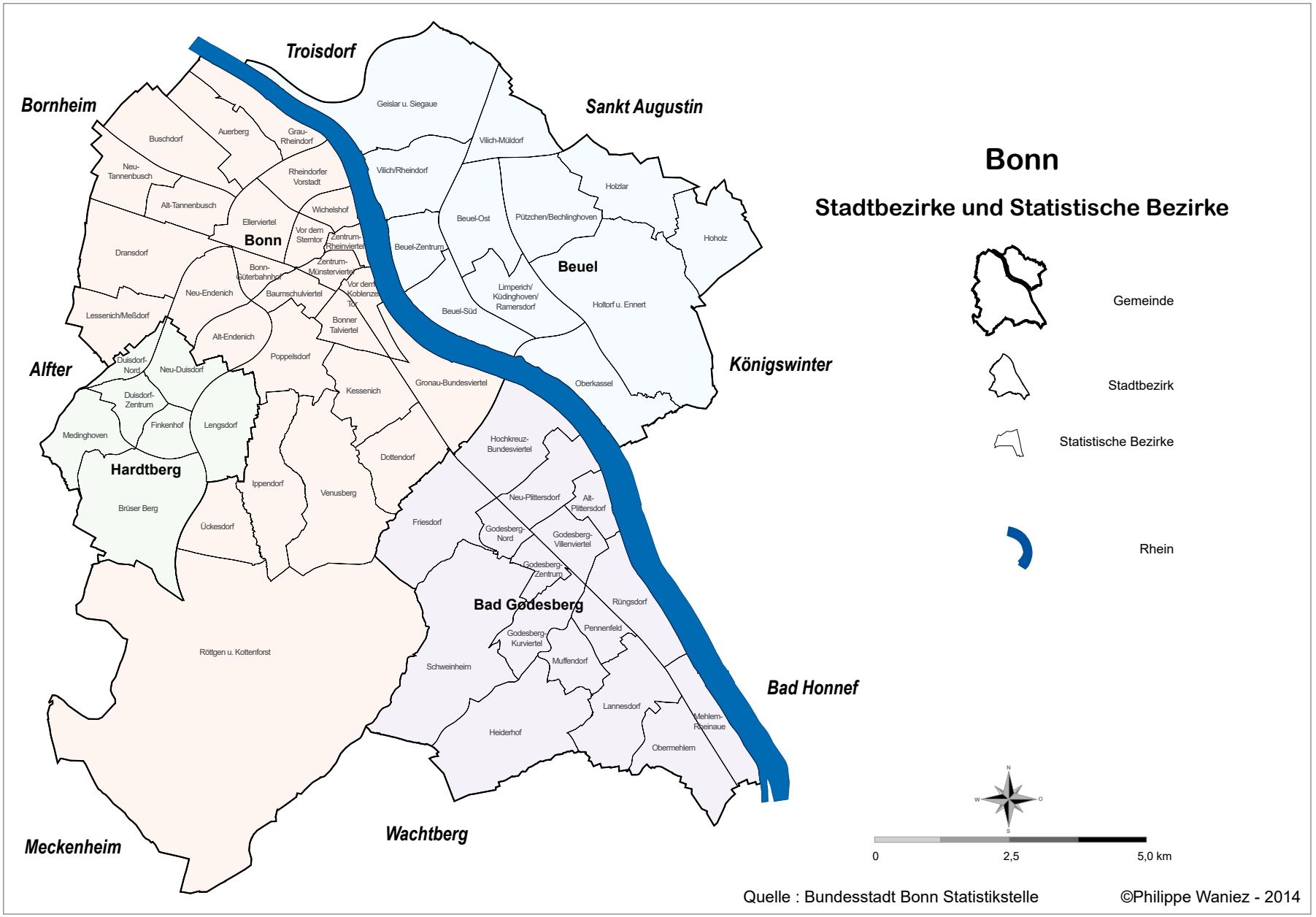
978 Unna
004 Bergkamen
008 Bönen
012 Fröndenberg / Ruhr
016 Holzwickede
020 Kamen
024 Lünen
028 Schwerte
032 Selm
036 Unna
040 Werne



Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - Abteilung Statistik und Stadtforschung

©Philippe Waniez - 2014

Karte 7

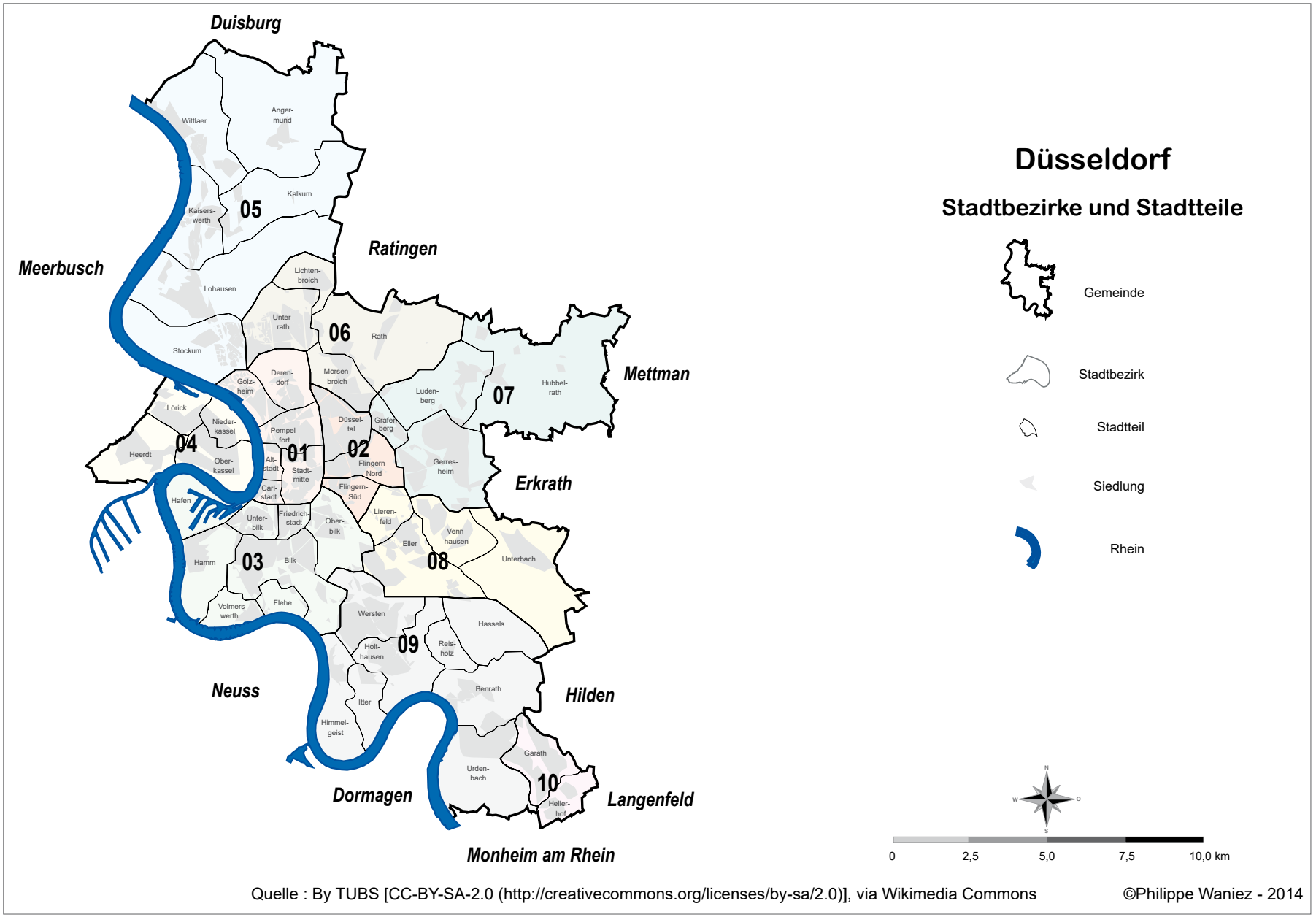

Troisdorf
Bornheim
Sankt Augustin
Alfter
Königswinter
Bad Honnef
Meckenheim
Wachtberg
Bad Godesberg
Beuel
Bonn
Geislar u. Siegaue
Vilich-Müldorf
Vilich/Rheindorf
Holzlar
Pützchen/Bechlinghoven
Hoholz
Beuel-Ost
Beuel-Zentrum
Beuel-Süd
Limperich/ Küdinghoven/ Ramersdorf
Holtorf u. Ennert
Oberkassel
Buschdorf
Auerberg
Grau-Rheindorf
Neu-Tannenbusch
Rheindorfer Vorstadt
Alt-Tannenbusch
Wichelshof
Ellerviertel
Vor dem Sterntor
Zentrum-Rheinviertel
Dransdorf
Zentrum-Münsterviertel
Bonn-Güterbahnhof
Vor dem Koblenzer Tor
Neu-Endenich
Baumschulviertel
Lessenich/Meßdorf
Bonner Talviertel
Alt-Endenich
Poppelsdorf
Duisdorf-Nord
Neu-Duisdorf
Duisdorf-Zentrum
Kessenich
Gronau-Bundesviertel
Finkenhof
Lengsdorf
Mediinghoven
Hardtberg
Dottendorf
Hochkreuz-Bundesviertel
Ippendorf
Venusberg
Brüser Berg
Neu-Plittersdorf
Alt-Plittersdorf
Friesdorf
Godesberg-Nord
Godesberg-Villenviertel
Ückesdorf
Godesberg-Zentrum
Rüngsdorf
Pennenfeld
Godesberg-Kurviertel
Röttgen u. Kottenforst
Muffendorf
Schweinheim
Lannesdorf
Mehlem-Rheinaue
Heiderhof
Obermehlem
Bonn
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Gemeinde
Stadtbezirk
Statistische Bezirke
Rhein
N
W
O
S
0
2,5
5,0 km
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2014

Karte 8

Quelle : By TUBS [CC-BY-SA-2.0 (http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0)], via Wikimedia Commons

©Philippe Waniez - 2014

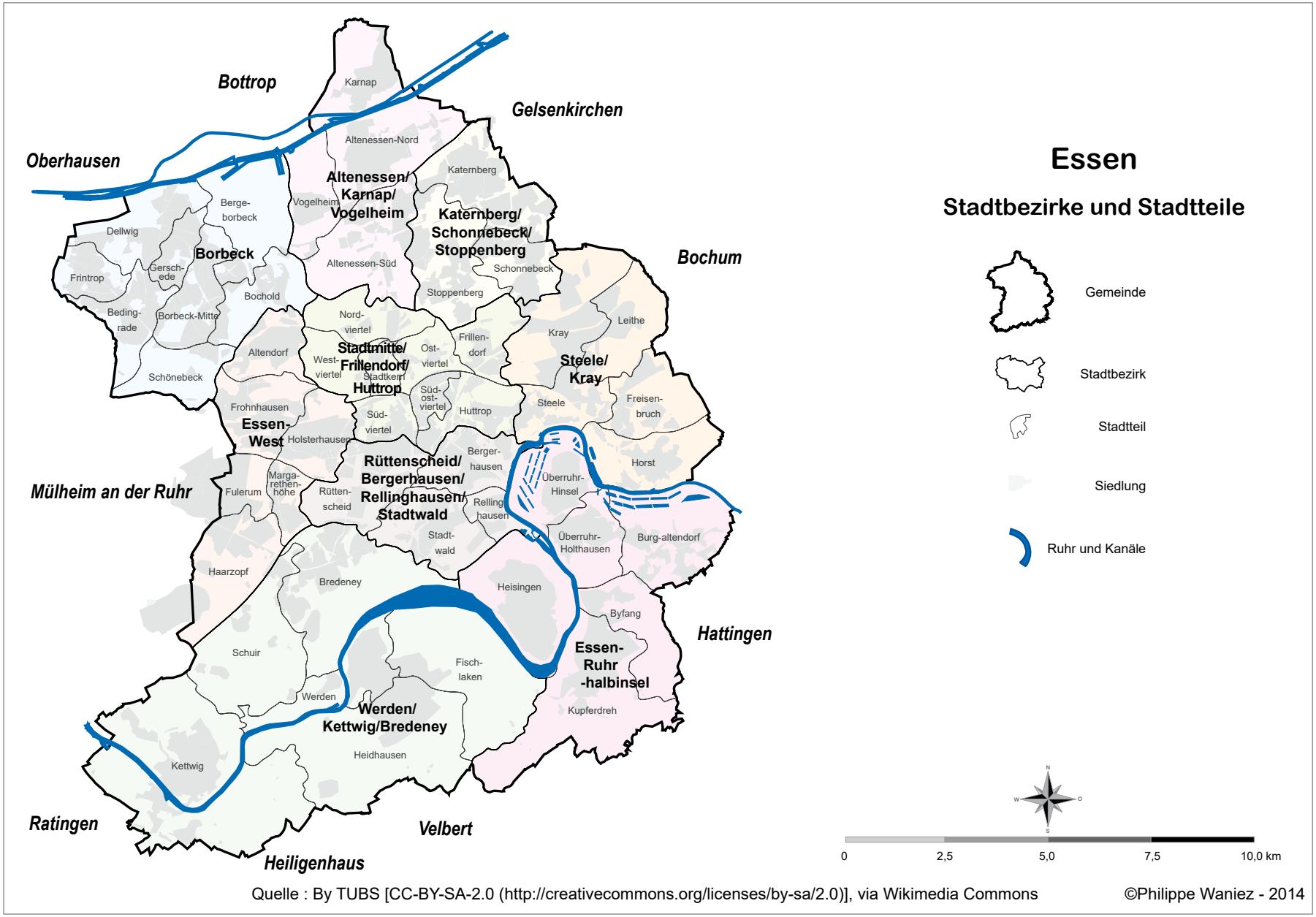
Karte 9



Quelle : By TUBS [CC-BY-SA-2.0 (http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0)], via Wikimedia Commons

©Philippe Waniez - 2014

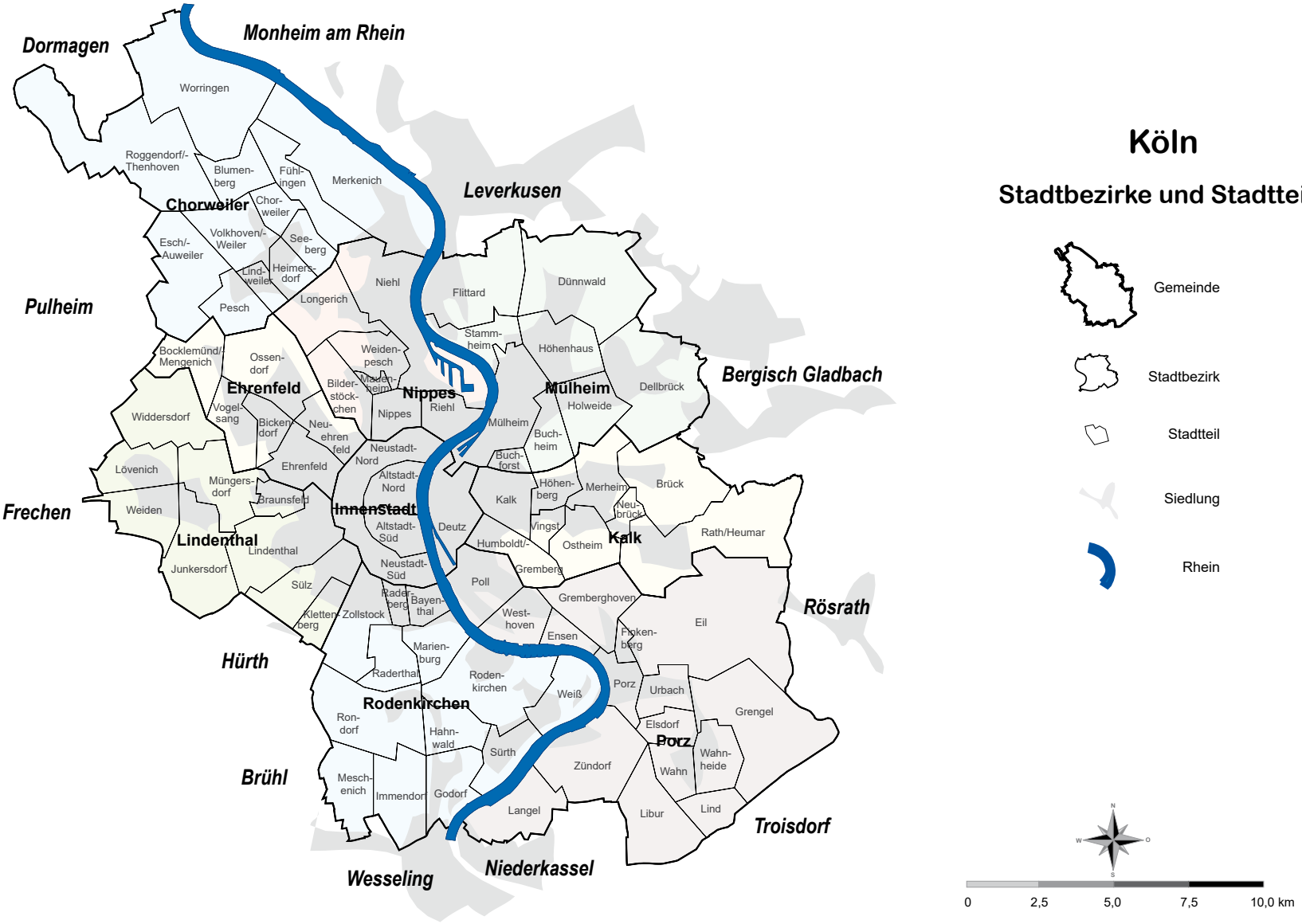
Karte 10



Quelle : By TUBS [CC-BY-SA-2.0 (http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0)], via Wikimedia Commons

©Philippe Waniez - 2014

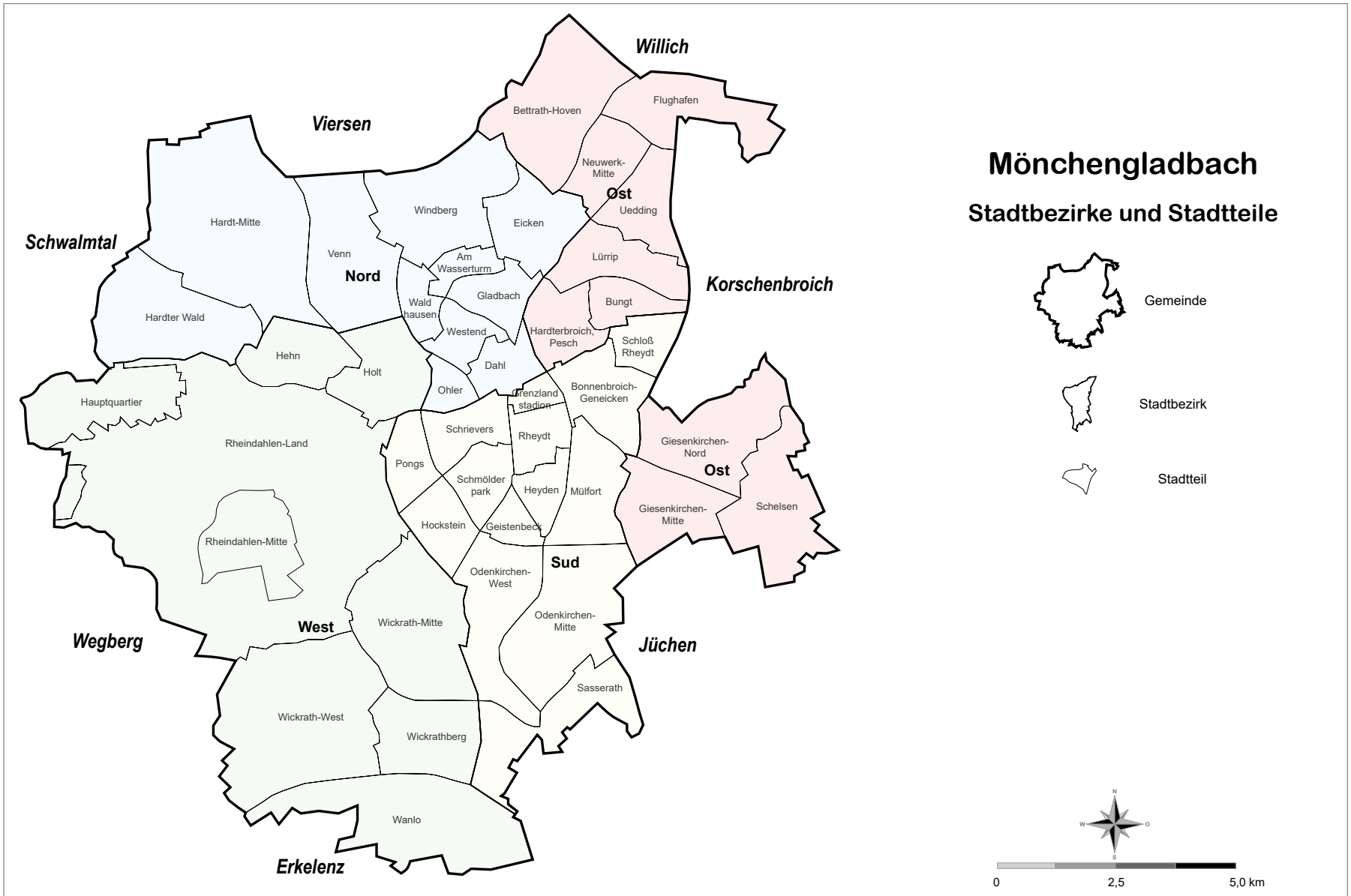
Karte 11



Quelle : By TUBS [CC-BY-SA-2.0 (http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0)], via Wikimedia Commons

©Philippe Waniez - 2014

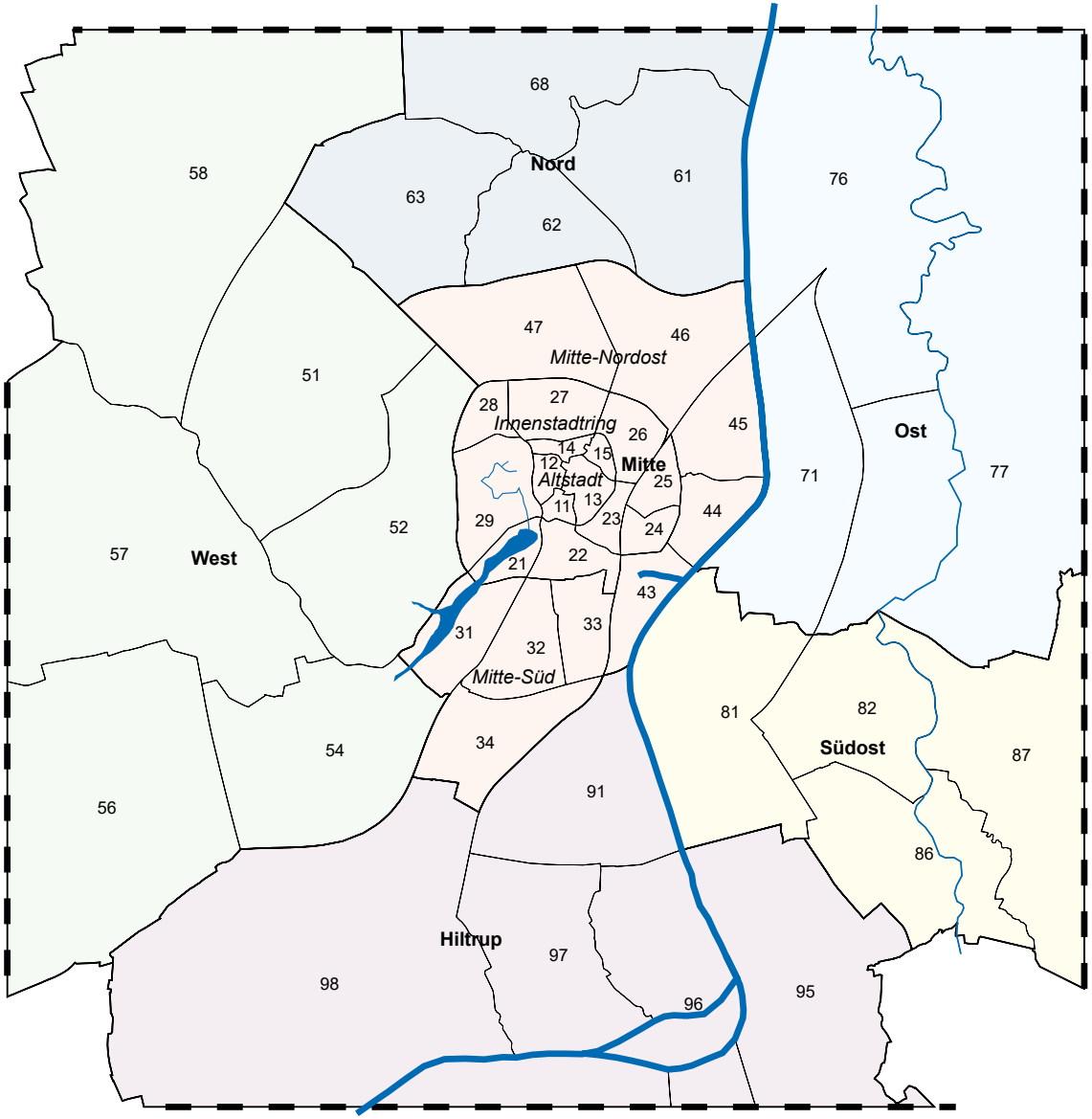
Karte 12



Quelle : By TUBS [CC-BY-SA-2.0 (http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0)], via Wikimedia Commons

©Philippe Waniez - 2014

Karte 13



Münster

Stadtbezirke, Teilbereiche und Stadtteile

Gemeinde

Stadtbezirk

Stadtteil

Dortmund-Ems Kanal

11 Aegidii
12 Überwasser
13 Dom
14 Buddenturm
15 Martini
Altstadt
21 Pluggendorf
22 Josef
23 Bahnhof
24 Hansaplatz
25 Mauritz-West
26 Schlachthof
27 Kreuz
28 Neutor
29 Schloss
Innenstadtring
31 Aaseestadt
32 Geist
33 Schützenhof
34 Düesberg
Mitte-Süd
43 Hafen
44 Herz-Jesu
45 Mauritz-Mitte
46 Rumphorst
47 Uppenberg
Mitte-Nordost
Stadtbezirk Mitte

51 Gievenbeck
52 Sentrup
54 Mecklenbeck
56 Albachten
57 Roxel
58 Nienberge
Stadtbezirk West

61 Coerde
62 Kinderhaus-Ost
63 Kinderhaus-West
68 Sprakel
Stadtbezirk Nord

71 Mauritz-Ost
76 Gelmer-Dyckburg
77 Handorf
Stadtbezirk Ost

81 Gremmendorf-West
82 Gremmendorf-Ost
86 Angelmodde
87 Wolbeck
Stadtbezirk Südost

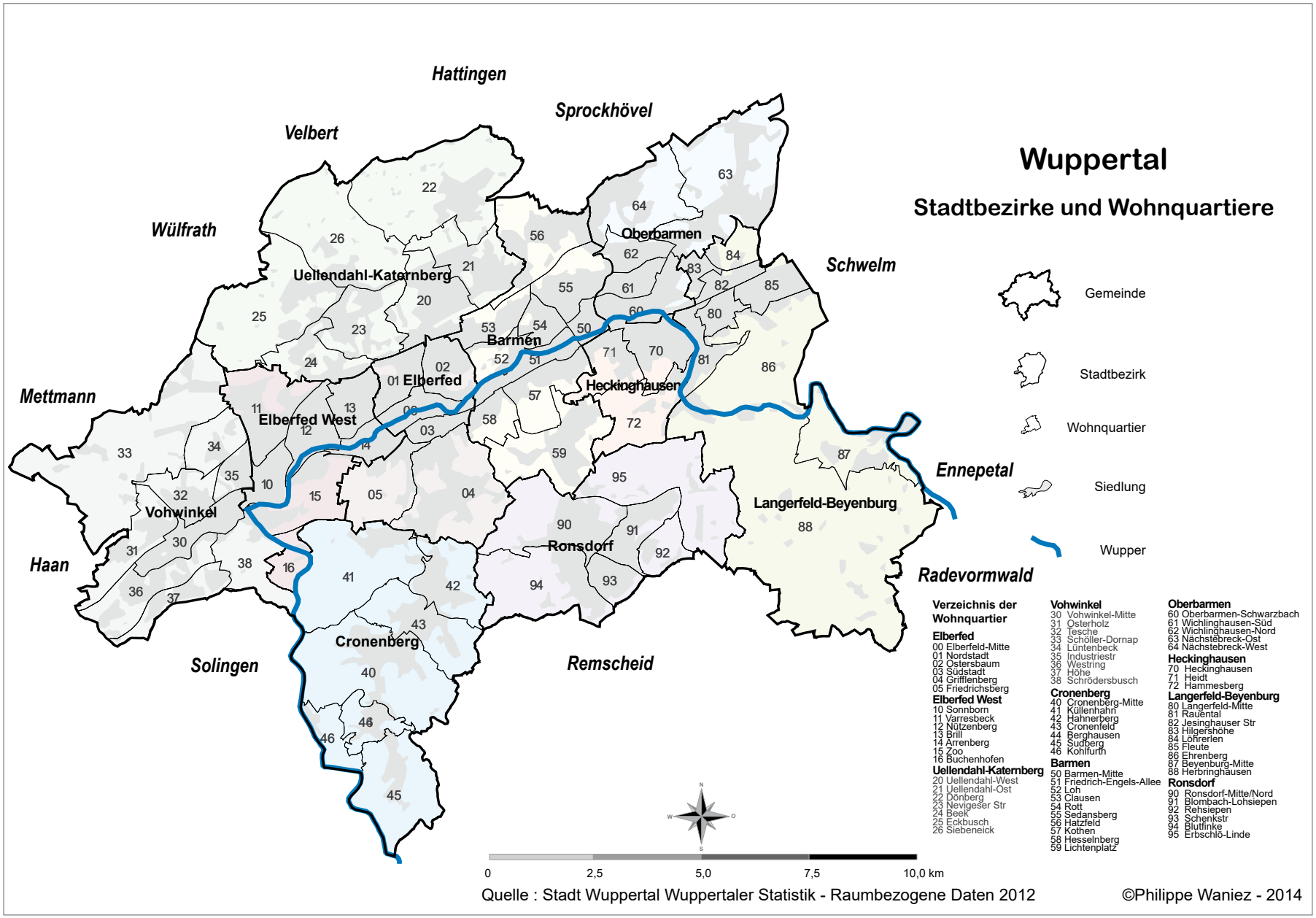
91 Berg Fidel
95 Hiltrup-Ost
96 Hiltrup-Mitte
97 Hiltrup-West
98 Amelsbüren
Stadtbezirk Hiltrup

0 2,5 5,0 km

Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung Service-Stelle der Statistik

©Philippe Waniez - 2014

Karte 14



Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2012

©Philippe Waniez - 2014

Karte 15

I - Die Besiedlung

Die Verteilung der Bevölkerung in dem Gebiet, die mehr oder weniger starke Ansammlung von Menschen in einem Ort oder einer Region, die Identifizierung der demografischen Regionen die sich im Wachstum befinden und derjenigen, die einen Rückgang verzeichnen, sind zentrale Themen, die es unerlässlich machen, die Strukturen und die Dynamik des Gebietes zu beschreiben und zu erklären.

Zur Durchführung eines solchen Projektes, ist es notwendig, verschiedene Arten von Informationen zu verwenden. Die Volkszählungen sind die natürlichen Quellen für demografische Studien. Sie bringen die Einwohnerzahl in verschiedenen Daten (die letzte Volkszählung hat 2011 stattgefunden) und beschreibt eine Vielzahl der Eigenschaften ihrer Einwohner. Andere Datenquellen sollen jedoch nicht vergessen werden, wie zum Beispiel die Grundbücher der Katasterämter, die den Typ der Bodennutzung widerspiegeln (Wohnraum, Industrie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft…) und ermöglichen den kommunalen Statistiken, die jeweilige Art der Bodennutzung festzustellen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts bietet die digitale Kartografie neue freie Ressourcen, die, obwohl unvollständig, die wichtigsten Elemente der physikalischen Struktur des Gebietes sichtbar machen: das Gelände und die Wasserläufe, sowie die Verkehrswege. Alle diese Elemente geben die Orientierung für die Nutzung des Raumes ohne dafür maßgeblich zu sein, abhängig von der jeweiligen regionalen Geschichte (jedoch ohne diese Nutzung zu bestimmen) Die Karten weisen also Formen der Hysterese auf, indem sie die Existenz der sozialräumlichen Strukturen unterstreichen, obwohl die Gründe, die sie erzeugt haben, bereits verschwunden sind.

Dieses Kapitel hat zum Ziel, die Ungleichheiten der Besiedlung in NRW zu zeigen. Dies ist die Phase, die es dem Leser anschließend ermöglicht sowohl die Einheit des Landes auf dem demografischen Plan besser wahrzunehmen, als auch die gesellschaftliche Vielfalt und den Werdegang der einzelnen Komponenten.

1. Die Bevölkerungsdichte

Die Bevölkerungsdichte ist der Schlüsselindikator für ein Siedlungsgebiet. Das Verhältnis ergibt sich aus der Anzahl der in einem geografischen Gebiet (Staat, Kreis, Gemeinde, Stadtteil…) lokalisierten Einwohner zur Fläche dieser Einheit. In der Regel wird die Anzahl der Einwohner in Quadratkilometern angegeben (Einw./km²).

Die Bevölkerungsdichte kann interpretiert werden entsprechend der demografischen Belastung, die auf ein Gebiet ausgeübt wird. Auch wenn die Berechnung des Indikators einfach ist, so ist seine Interpretation komplexer. An erster Stelle muss man die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass diese Berechnung von der Hypothese ausgeht, dass eine Gleichverteilung der Belastung in der Einheit vorliegt in der sie berechnet ist. Je größer die Fläche dieser Einheit ist, umso geringer ist die Aussicht, dass diese Hypothese auf Grund der Ungleichheit des geografischen Geländes realistisch ist. Ein kleinerer Stadtteil scheint die Ausgeglichenheit der Bevölkerungsdichte eher wirklichkeitsnah darzustellen. Aber wie ist dann der Sinn, der diesem Indikator im Rahmen der Belastung auf das Territorium zu geben ist, wenn man weiß, dass eine Stadt nur durch die Verbindungen zwischen verschiedenen Stadtteilen besteht? Und integriert sich eine Stadt immer in das Netz von mehreren Städten. Um informativ zu sein, muss die Studie der Bevölkerungsdichten - mehr als die anderen Bevölkerungsindikatoren – die verschiedenen Maßstäbe vergleichen: Europa, Deutschland, Bundesländer und Städte. Auf der anderen Seite weiß man, dass gleichartige Bevölkerungsdichten sehr unterschiedliche Situationen ausdrücken, entsprechend der verfügbaren Mittel, der Möglichkeit des Austauschs und der zu befriedigenden Bedürfnisse… Die Gegenüberstellung der Werte sollen die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen der betreffenden Region aufzeigen.

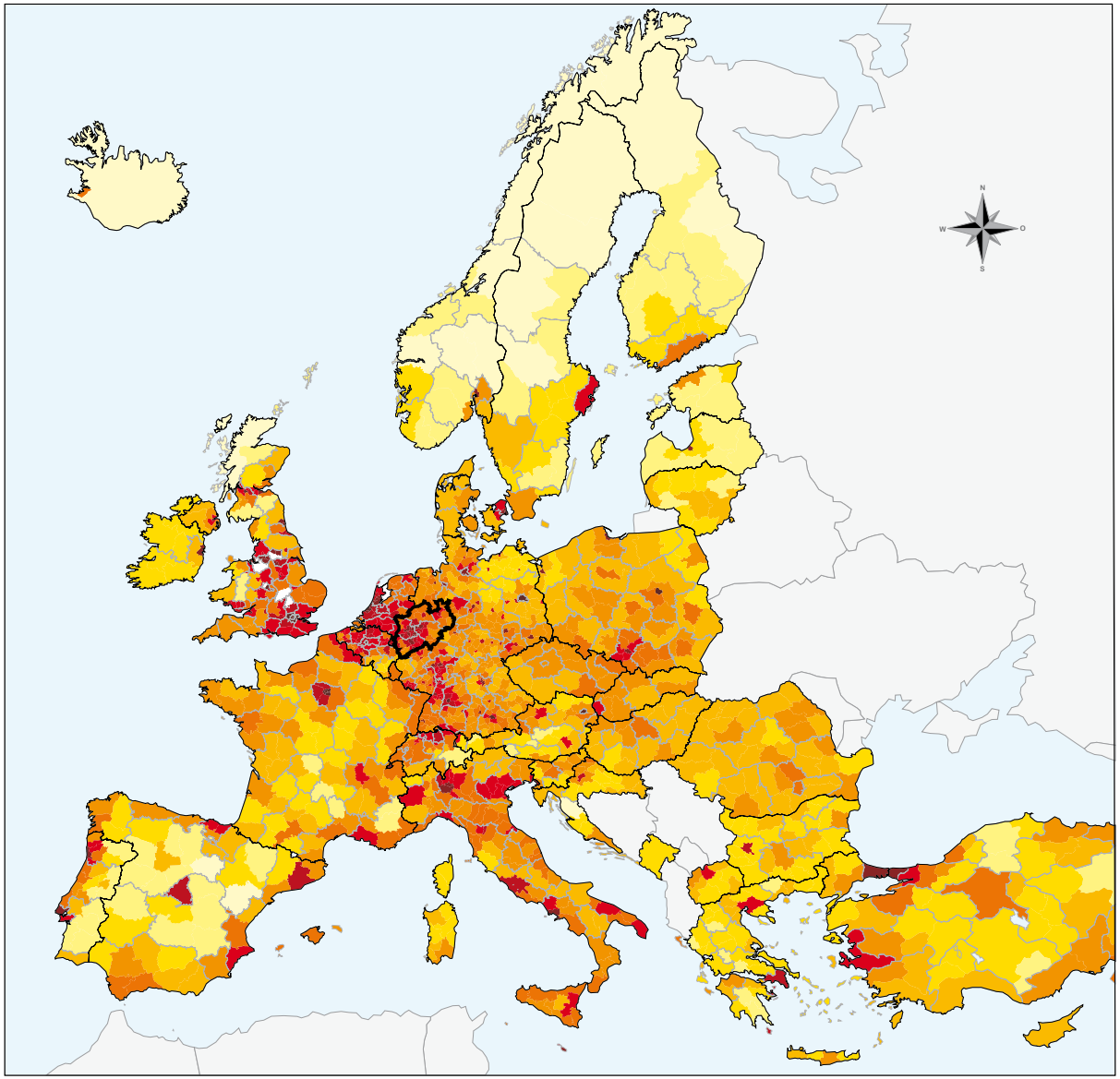
2. Im Herzen der europäischen Megalopolis

2013 erreichten die 28 Länder der Europäischen Union insgesamt 508 Millionen Einwohner, das sind rund zwei Drittel der Bevölkerung des Kontinentes (einschließlich der russischen Föderation, die sich bis zum Pazifischen Ozean erstreckt, aber deren bevölkerungsreichster Teil in Europa liegt). Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte der Europäischen Union belief sich auf 116 Einwohner pro km². Eine Zahl ohne große Aussagekraft, da es große Unterschiede zwischen den Ländern und innerhalb der einzelnen Länder gibt. Malta ausgenommen (aufgrund seiner geringen Größe), wurde die höchste Bevölkerungsdichte in den Niederlanden registriert (400 Einw./km²), danach folgen Belgien (358 Einw./km²), Großbritannien (260 Einw./km²), Deutschland (232 Einw./km²), Italien (203 Einw./km²) und Luxemburg (167 Einw./km²). Eine zweite Gruppe von Ländern hat Bevölkerungsdichten zwischen 100 und 150 Einw./km²: Tschechische Republik, Dänemark, Polen, Frankreich, Portugal, die Slowakei, Ungarn, Slowenien und Österreich. Zwischen 50 und 100 Einw./km² umfassen Spanien, Rumänien, Griechenland, Kroatien, Irland und Bulgarien. Abschließend sind die Länder mit der geringsten Bevölkerungsdichte, d.h. mit weniger als 50 Einw./km². Dazu gehören alle nordeuropäischen Länder: Litauen, Lettland, Estland, Schweden und Finnland (1). Insgesamt betrachtet gehört Deutschland betrachtet, zu dem Teil in Europa, den eine hohe Bevölkerungsdichte charakterisiert und belegt den 4. Platz bei diesem Indikator.

Die Daten für die Beurteilung der Besiedlung in Europa und der Bevölkerungsdichte (2) liefert die Organisation für europäische Statistiken auf der Grundlage der NUTS (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik).

Nach dem französischen Geografen Roger Brunet gibt es ein „europäisches Megalopol“ welches auch als Blaue Banane bekannt ist (3), (4). Dies ist deutlich sichtbar auf der Karte der Bevölkerungsdichte (**Karte 1**): Bei dieser „Megalopolis“, (in Deutsch „Stadtlandschaft“) (5) handelt es sich um dicht besiedelte Zonen, die um mehrere Stadtkerne und ihren Ballungsräumen und den angrenzenden Stadträndern organisiert sind. Diese städtischen Zellen sind im Laufe der Geschichte auf Hunderte von Kilometern zusammen gewachsen.

Die Konzentrationen von Menschen, Wohlstand und Handel, die sich im Mittelalter von der Nordsee bis zum Norden Italiens entwickelte, wurden im 19ten Jahrhundert durch die industrielle Revolution verstärkt. Die Dynamiken der wirtschaftlichen Tätigkeiten haben diesen Bogen herbeigeführt, in dem man heute die stärksten Bevölkerungsdichten, die höchsten erzielten Produktionswerte und die am intensivsten genutzten Verkehrsverbindungen beobachtet. (Schienenwege, Straßen, Flüsse und Kanäle). Auf beiden Seiten des Bogens sind die Bevölkerungsdichten geringer, aber die Städte bilden sekundäre Achsen, zum Beispiel in Frankreich Paris-Lyon-Marseille oder in Mitteleuropa Hamburg-Berlin-Prag-Wien. In jüngerer Zeit erzeugt die Attraktivität der Küsten und der Sonne ebenfalls Bögen einer höheren Bevölkerungsdichte auf der Atlantik- und Mittelmeerküste; aber sie entsprechen nicht der Intensität der europäischen Megalopolis. Im europäischen Kontext ist NRW im Herzen der dichtesten Bereiche von zentraler Bedeutung. Sogar mit dem Niedergang der Stahlindustrie im Ruhrgebiet, ist diese strategische Lage zweifellos ein Vorteil für die Zukunft des Landes, unter der Voraussetzung, dass ihre wirtschaftlichen und politischen Akteure geeignete Strategien finden, um diesen territorialen Vorteil zu nutzen.



Europäische Union

Mitglieder und Beitrittskandidaten

Bevölkerungsdichte 2011

Einwohner / km²

- 21 380
- 2 950
- 1 290
- 580
- 290
- 160
- 100
- 60
- 30
- 10
- 1
- Fehlende Information
- Andere Staaten

Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - NUTS3 : Kreise ©Philippe Waniez - 2014

Karte 1

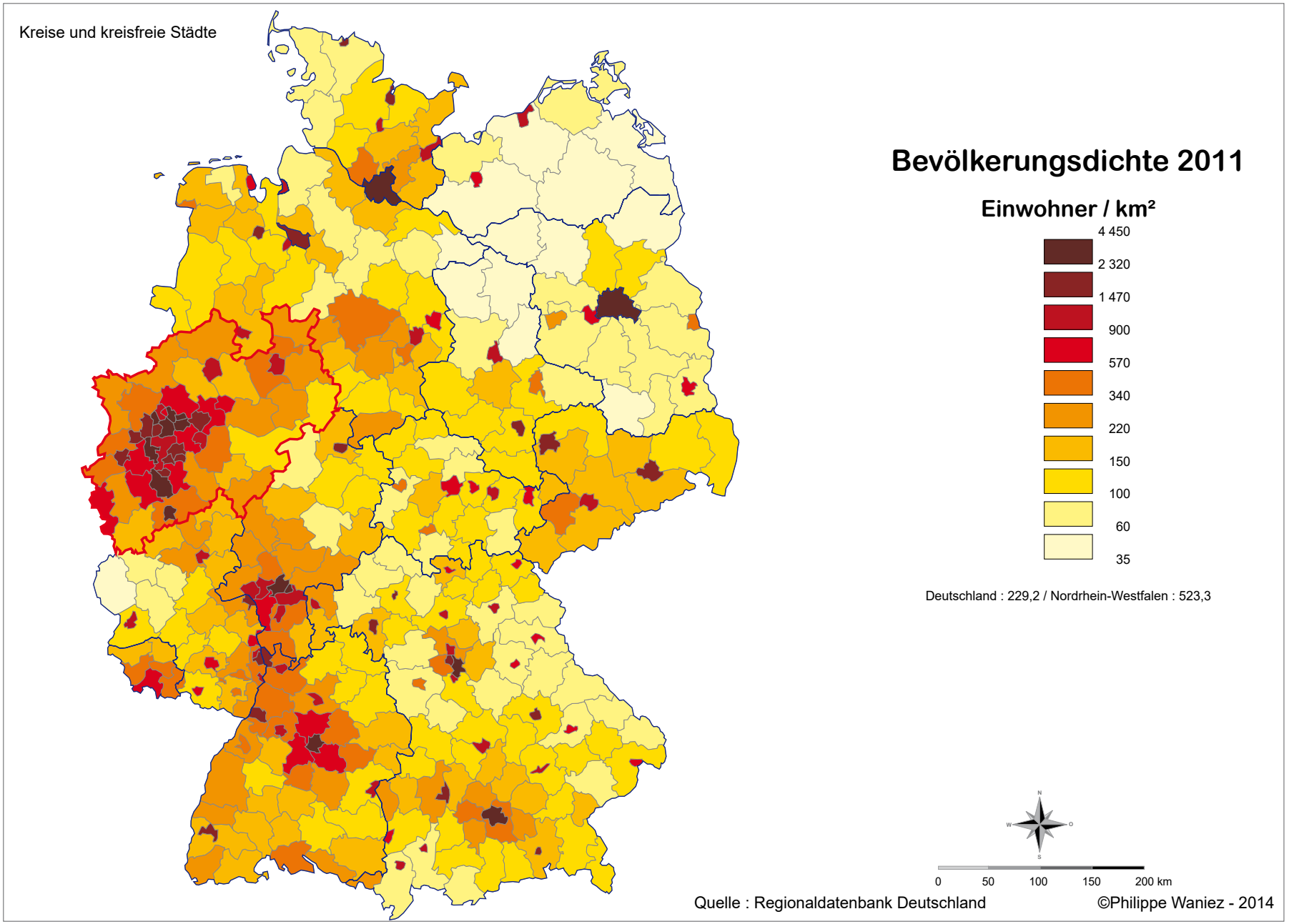
3. Die Bevölkerungsdichte in Deutschland

Zurückgehend auf die 2013 ermittelte durchschnittliche Bevölkerungsdichte Deutschlands von 232 Einw./km², muss man bedenken, dass dieser Durchschnitt nur wenig Bedeutung hat, da er erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen des Landes verbirgt. Gemessen an den Kreisen und den kreisfreien Städten variiert die demografische Dichte zwischen 35 und 4.450 Einw./km². Die Karte der Bevölkerungsdichte von 2011 (**Karte 2**), ermöglicht die Verteilung der Bevölkerung Deutschlands im gesamten Staatsgebiet detailliert zu analysieren. Diese Veränderung der Skalierung im Vergleich zu Europa als Ganzes betrachtet, bringen keine oder kaum sichtbare Informationen.

Eine erste Beobachtung setzt sich sofort durch: der Osten von Deutschland ist deutlich weniger besiedelt als der Westen. Diese Anzeichen betrifft nicht nur das alte Ostdeutschland (d.h. die Deutsche Demokratische Republik, DDR), sondern den gesamten Osten, von der Ostsee bis zu den Alpen, von Mecklenburg-Vorpommern bis nach Bayern. In dieser demografischen Depression bezüglich der regionalen Ebene weist nur Sachsen höhere Werte auf, aber die bleiben meist unter dem Durchschnitt. Hier haben wir es mit ländlichen Gebieten zu tun, mehr oder weniger geeignet für landwirtschaftliche Tätigkeiten. Diese hellen Bereiche sind mit dunkleren Flecken in geringem Ausmaß versehen. Diese stammen von den kreisfreien Städten, die sich manchmal mit dem benachbarten Kreis zur Bildung eines Ballungsgebiets zusammenschließen. Dies ist besonders bei der Bundeshauptstadt Berlin der Fall, sowie bei Nürnberg und München-Augsburg. Andere Großstädte sind isoliert, d.h. entweder mit Landkreisen benachbart, die kaum besiedelt sind oder in einem dichteren Landkreis auf Grund der Verbindungen (Arbeit, Wirtschaft, Bildung) zwischen dem Stadtzentrum und seiner näheren Umgebung so eingegliedert, dass beide Seiten in Bezug auf die Demografie profitieren. Im Norden beziehen sich Rostock oder Schwerin auf den ersten Fall, sowie zahlreiche Kleinstädte von Bayern (Kempten, Amberg, Bayreuth…). Würzburg, Rosenheim, Regensburg beziehen sich eher auf den zweiten Fall.

Im Gegensatz dazu liegt die Bevölkerungsdichte der westlichen Hälfte von Deutschland in der Regel höher als der nationale Durchschnitt. Die Nordhälften von Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen, so wie der Osten von Rheinland-Pfalz zeigen schwache Werte, die sich ebenfalls aus dem ländlichen Charakter und ihrer Wirtschaft erklären. Aber die Bevölkerungsdichte im größten Teil der westlichen Hälfte von Deutschland liegt immer über den nationalen Durchschnitt. Dies bildet ein kontinuierliches Ganzes von Hannover bis Basel, allerdings mit starken Schwankungen innerhalb dieser Gesamtheit.

Von Nord nach Süd in der Westhälfte des Landes gibt es zwischen Hamburg und Stuttgart zahlreiche sehr große Städte, z.B. Bremen, Hannover, Köln, Frankfurt, Wiesbaden, Mainz, Mannheim …. Diese Städte fügen sich aber nicht auf die gleiche Art in die regionale demografische Landschaft ein. So scheint Bremen ein bisschen einsam im Norden Niedersachsens, während Hamburg einen wichtigen und gut abgegrenzten Großraum bildet, so wie München zum Beispiel. Das wäre ebenfalls der Fall für Hannover, wenn nicht die verwaltungsgemäße Aufteilung der Stadt und seine Vororte unter dem Namen Region Hannover zusammengefasst wäre.


Kreise und kreisfreie Städte
Bevölkerungsdichte 2011
Einwohner / km²
4 450
2 320
1 470
900
570
340
220
150
100
60
35
Deutschland : 229,2 / Nordrhein-Westfalen : 523,3
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014

Karte 2

Andere Städte mit geringerer Größe bilden ebenfalls erkennbare Großräume, wie Bielefeld, Münster, Koblenz, Saarbrücken.

Der größte Teil von NRW, vom südlichen Hessen und das Gebiet des nord-östlichen Baden-Württembergs fallen in die europäische Megalopolis. Dabei dominieren starke Stadtbereiche das Ganze: Köln, Frankfurt, Wiesbaden, Mainz, Mannheim, Stuttgart. Sie sind untereinander mit erstklassigen Verkehrswegen verbunden, die sowohl gut auf der Schiene, der Straße als auch auf dem Wasser angelegt sind. Es handelt sich jedoch nicht um eine monolithische Anordnung. Man erkennt auf der Karte gut die verschiedenen Grundzellen, die durch das Zusammenwachsen entstehen: das industrielle Ruhrgebiet, Düsseldorf und Köln, weiter südlich Frankfurt, Wiesbaden und Mainz, dann Mannheim, dann die große Region von Stuttgart. Die Bevölkerungsdichten zwischen diesen Zellen sind mehr oder weniger variabel: sehr gleichbleibend in NRW, wechselhafter in Hessen und im südlichen Rheintal.

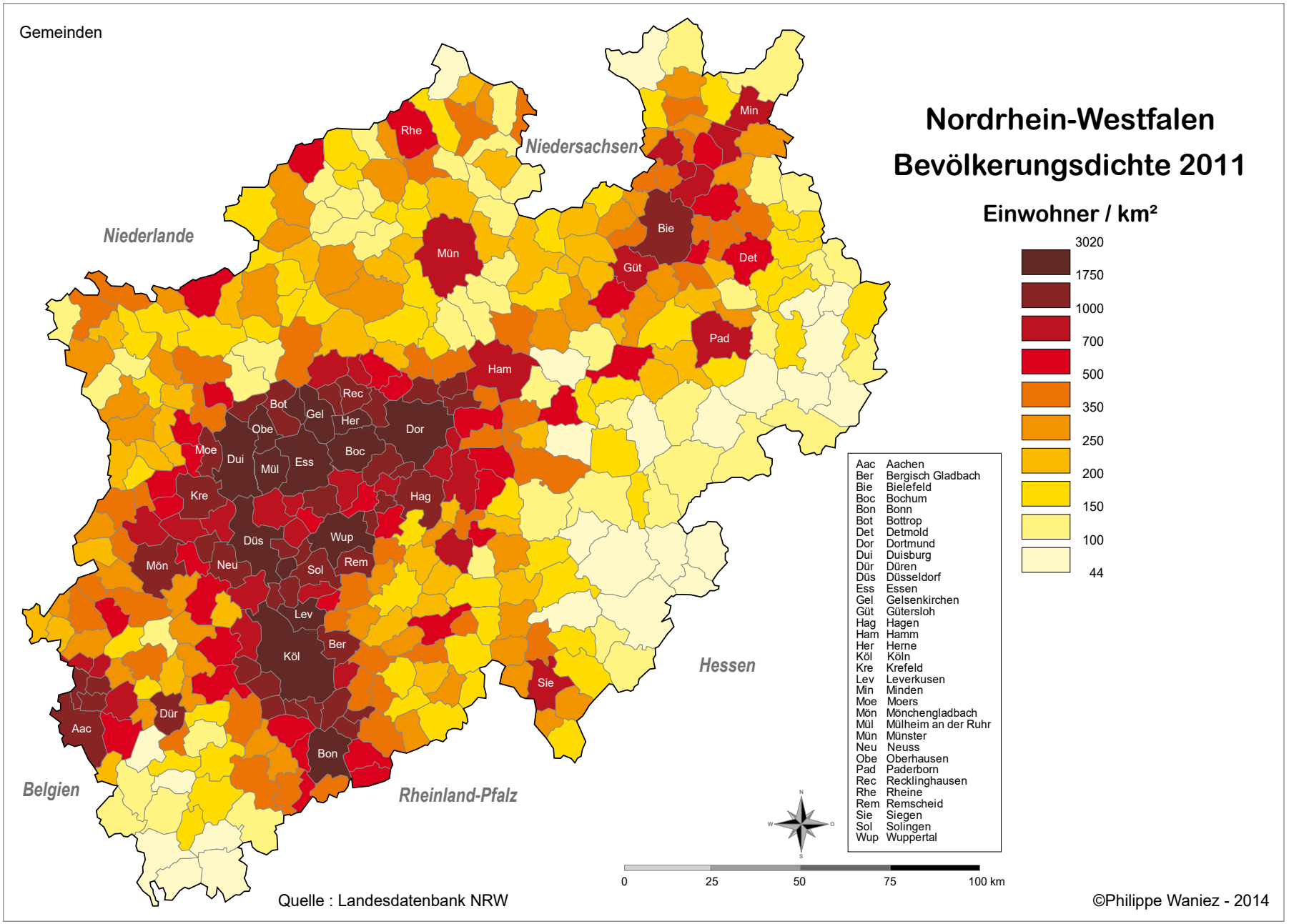
Im Anschluss an diese Analyse der Bevölkerungsdichte in Deutschland ist es möglich, den demografischen „Charakter“ von NRW zu präzisieren. Dieses Bundesland gehört zu dem dichtesten Bevölkerungsgebiet im Westen Deutschlands. Mit 523 Einw./km² ist seine durchschnittliche Bevölkerungsdichte 2,3-mal höher als die des gesamten Bundesgebietes. Seine nördliche Hälfte ist gekennzeichnet durch wechselnde Städte von mittlerer Größe und ländlichen Gebieten mit geringerer Bevölkerungsdichte. Der Rest des Landes bildet den nördlichen Teil des europäischen Megalopolis, in dessen Herzen das Rhein-Ruhr-Gebiet liegt. Aus demografischer Sicht, ist ein großer Teil NRWs eine der wichtigsten Zentren der Europäischen Megalopolis, an dem es beteiligt ist und seinen Nutzen zieht.

4. Die Bevölkerungsdichte in Nordrhein-Westfalen

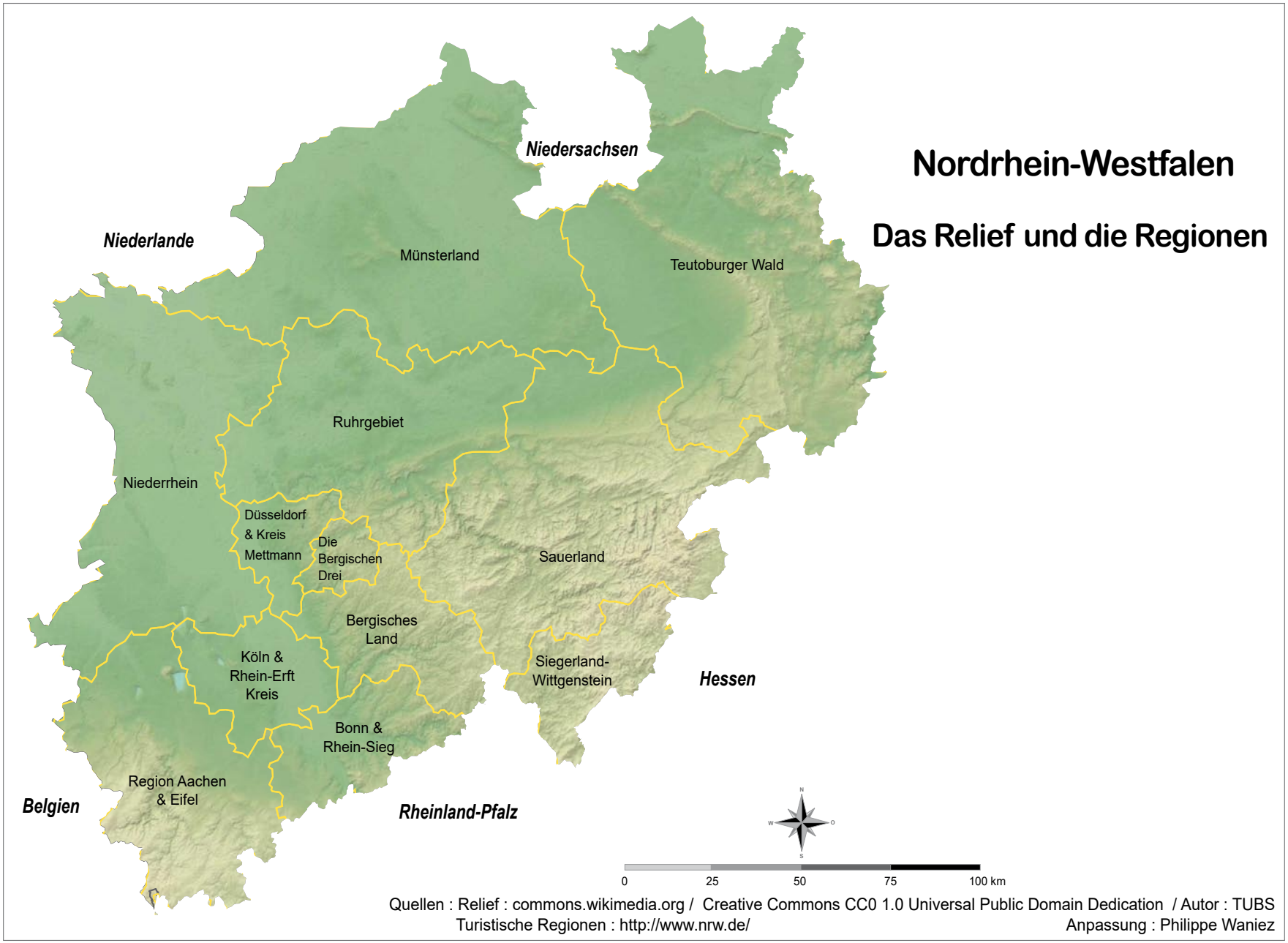
Die Bevölkerungsdichte in NRW variiert zwischen 44 und 3.000 Einw./km² (**Karte 3**). Diese beiden Extremwerte sind auf zwei sehr verschiedene Gebiete bezogen. Bei den niedrigsten Werten handelt es sich um die Bergregionen, wie der Eifel und dem Sauerland (**Karte 4**). Es sollte jedoch beachtet werden, dass das Gebirge keine unbedingte Ursache für eine geringe Bevölkerungsdichte ist, denn auf der einen Seite präsentiert sich das Bergische Land mit einer höheren Dichte von 200 Einw./km² - manchmal auch noch mehr und auf der anderen Seite hat das Münsterland, von großer Plattheit charakterisiert, zahlreiche Kommunen, deren Bevölkerungsdichte niedriger als 200 Einw./km² sind. Eine hohe und zerklüftete Landschaft ist zweifellos ein Hindernis für die Ansiedlung, aber dies ist nie der einzige Faktor. Entsprechend sind in den Städten die höchsten Dichten. In 2011 zählte man 14 Städte, deren Einwohner 2.000/km² überstiegen. So muss man im Maßstab des Bundeslandes mehrere sehr unterschiedliche Besiedlungstypen voneinander unterscheiden, obwohl in der Regel im Gesamtkontext eine hohe Bevölkerungsdichte besteht.

Die „Rhein-Ruhr Schiene“

Das Herz des Bundeslandes umfasst den größten Teil der Bevölkerung. Die Dichte liegt hier immer über 1.000 Einw./km². Die Ballungsräume sind hauptsächlich in zwei Achsen gegliedert: die vom Rhein, in Süd-Nord-Ausrichtung und die von der Ruhr, von Ost nach West. In diese beiden erstrangigen Achsen kann man, zumindest teilweise, eine mehr zweitrangige Achse aufnehmen; die der Wupper, von Osten westwärts, dessen Rolle in der Entwicklung der Gegend der


Gemeinden
Nordrhein-Westfalen
Bevölkerungsdichte 2011
Einwohner / km²
3020
1750
1000
700
500
350
250
200
150
100
44
Niedersachsen
Niederlande
Belgien
Rheinland-Pfalz
Hessen
Rhe
Min
Bie
Det
Güt
Mün
Pad
Ham
Rec
Bot
Gel
Her
Dor
Obe
Moe
Dui
Mül
Ess
Boc
Kre
Hag
Wup
Düs
Mön
Neu
Sol
Rem
Lev
Ber
Köl
Sie
Dür
Aac
Bon
Aac Aachen
Ber Bergisch Gladbach
Bie Bielefeld
Boc Bochum
Bon Bonn
Bot Bottrop
Det Detmold
Dor Dortmund
Dui Duisburg
Dür Düren
Düs Düsseldorf
Ess Essen
Gel Gelsenkirchen
Güt Gütersloh
Hag Hagen
Ham Hamm
Her Herne
Köl Köln
Kre Krefeld
Lev Leverkusen
Min Minden
Moe Moers
Mön Mönchengladbach
Mül Mülheim an der Ruhr
Mün Münster
Neu Neuss
Obe Oberhausen
Pad Paderborn
Rec Recklinghausen
Rhe Rheine
Rem Remscheid
Sie Siegen
Sol Solingen
Wup Wuppertal
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 3


Nordrhein-Westfalen
Das Relief und die Regionen
Niedersachsen
Niederlande
Münsterland
Teutoburger Wald
Ruhrgebiet
Niederrhein
Düsseldorf & Kreis Mettmann
Die Bergischen Drei
Sauerland
Bergisches Land
Köln & Rhein-Erft Kreis
Siegerland-Wittgenstein
Hessen
Bonn & Rhein-Sieg
Region Aachen & Eifel
Belgien
Rheinland-Pfalz
0
25
50
75
100 km
Quellen : Relief : commons.wikimedia.org / Creative Commons CC0 1.0 Universal Public Domain Dedication / Autor : TUBS
Turistische Regionen : http://www.nrw.de/
Anpassung : Philippe Waniez

Karte 4

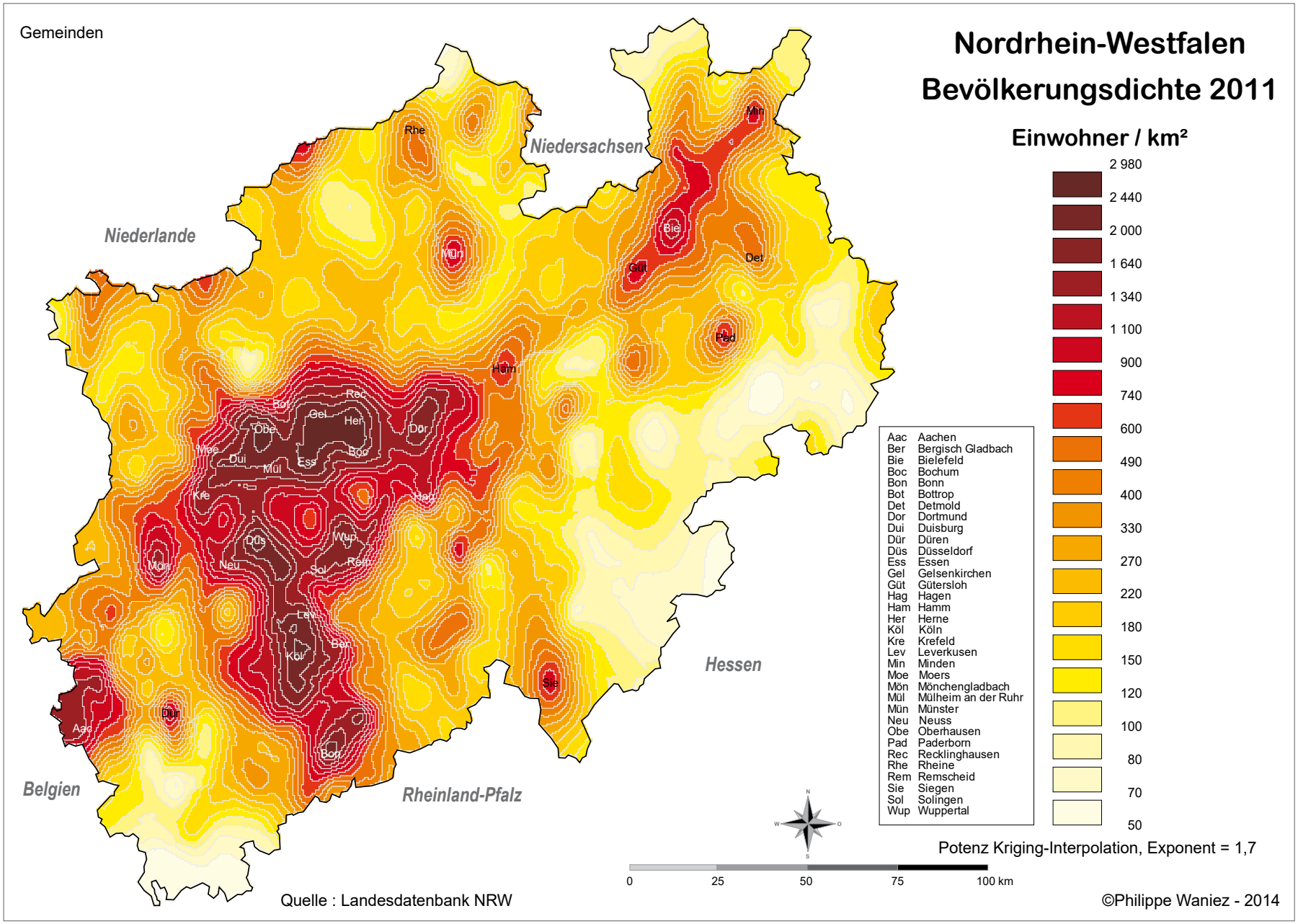
„Bergischen Drei“ im 19ten Jahrhundert wesentlich gewesen war. Es ist nicht so, dass diese Achsen der Bevölkerungsdichte mehr oder weniger den Tälern folgen, sondern sie verdanken ihren Fortbestand diesen Wasserläufen. Ihre Bildung ist wirklich mit der Anhäufung von zentralen Faktoren (Industrie, Handel, Dienste, Finanzwesen) in den Städten verbunden, die diese Flüsse durchfließen. Dies ist in der geglätteten Karte der Bevölkerungsdichte (**Karte 5**) deutlich sichtbar.

Die Besiedlung scheint von Stadtkernen auszugehen, die, durch einen historischen Wachstumsprozess durch das Zusammenwachsen zur Bildung einer städtischen Region führt. Dieser Prozess ist im äußersten Punkt im Ruhrgebiet angekommen: die Kerne sind nicht mehr sichtbar. Man erkennt noch die Städte im Dreieck Köln-Düsseldorf-Wuppertal, aber Bonn, etwas weiter entfernt ist noch nicht völlig aufgenommen. Eine solche Entwicklung wäre sicher ohne die Existenz der Wasserstraßen nicht vorhanden. Aber das Wachstum ist durch den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen begünstigt worden, die in zahlreichen Fällen auf die ursprünglichen Richtungen übertragen wurden. Die Karte der Verkehrswege unterstreicht die Bedeutung, die diese für die Strukturierung des Stadtnetzes haben(**Karte 6**). Aufgrund dieser Übereinstimmung bezeichnet man sicher diese starke regionale Einheit auch als „Rhein-Ruhr Schiene“, die die Bedeutung der Verkehrswege unterstreicht, insbesondere die Eisenbahnstrecken darin.

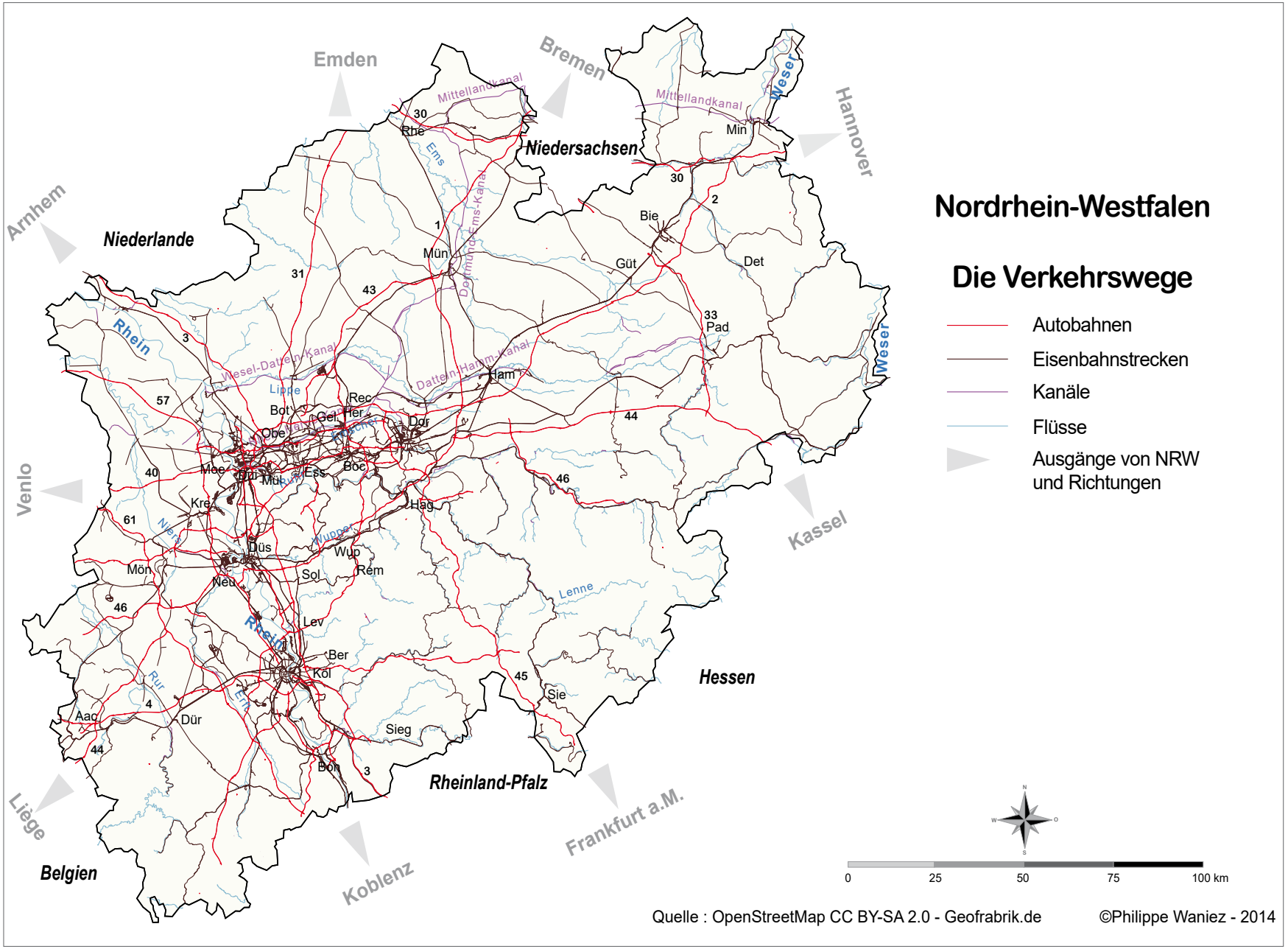
Die Karte der Siedlungs- und Verkehrsfläche (**Karte 7A**) zeigt, dass die Konzentration auf der „Rhein-Ruhr Schiene“ hoch ist. Das Ruhrgebiet scheint mit etwa 70,0% der Fläche von Dortmund, Bochum, Essen, Gelsenkirchen und Herne einer maximalen Auslastung nahe, die für die Urbanisation und für den Verkehr verwendet sind. Auf der Rheinachse scheint der Platzverbrauch durch die Städte und Industrien zwischen Bonn und Köln und zwischen Köln und Düsseldorf etwas weniger kontinuierlich. Wuppertal hat eine dichte Flächennutzung, aber das Gebirge beschränkt die Baumöglichkeiten auf die Mitte der kommunalen Fläche. Zwischen Wuppertal und Düsseldorf zeigt der Kreis von Mettmann einen breiten weniger bebauten Raum. Wer schon in diese Gegend gereist ist, der weiß, dass die Landschaften abwechslungsreich und oft grün sind und kann nicht zu einer Gesamtmineralisation des Gebiets reduziert werden, von dem alle Vegetation ausgeschlossen wäre.

Die Region von Bielefeld

Im Norden von NRW gliedern sich eine Reihe Gemeinden rund um die Kernstadt Bielefeld. Die demografische Dichte, im Allgemeinen höher als 400 Einw./km², lässt keinen Zweifel über den städtischen Charakter dieser Region, die durch Schiene und Straße mit dem Herzen des Bundeslandes verbunden ist. Man erkennt übrigens auf den beiden Karten der Bevölkerungsdichte eine Art demografischen Nabel, der mit den Verkehrsachsen übereinstimmt. Um Bielefeld strukturieren Zentren mit geringerer demografischer Bedeutung die Gegend: Gütersloh im Süden, Minden im Norden (beide ausgerichtet an der zentralen Verkehrsachse), Detmold im Osten (die ehemalige Hauptstadt des Freistaat Lippe am 21. Januar 1947 eingegliedert in das am 23. August 1946 gegründete Land Nordrhein-Westfalen). Paderborn und Lippstadt ergänzen im Süden diese gegensätzliche Gegend.

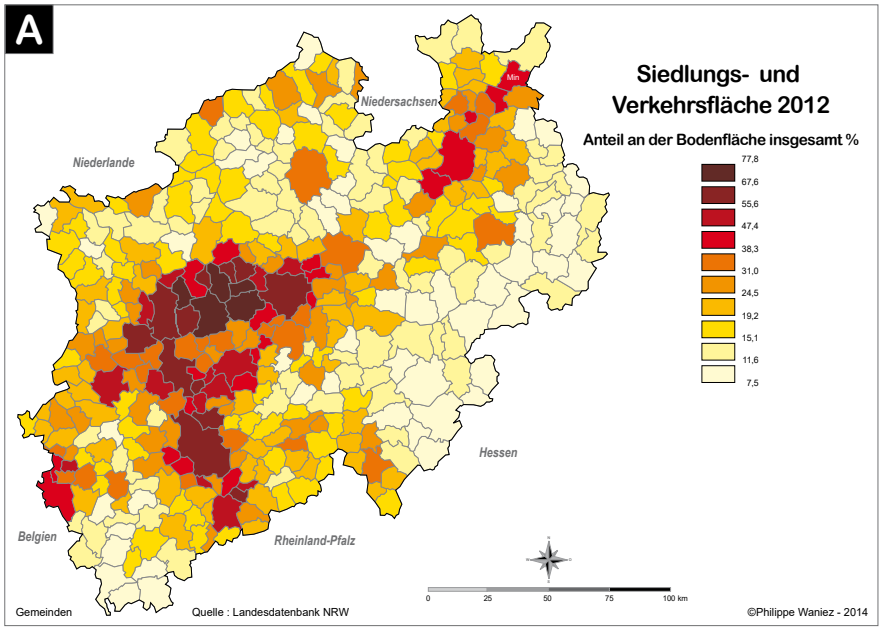

Gemeinden
Nordrhein-Westfalen
Bevölkerungsdichte 2011
Einwohner / km²
2 980
2 440
2 000
1 640
1 340
1 100
900
740
600
490
400
330
270
220
180
150
120
100
80
70
50
Aac Aachen
Ber Bergisch Gladbach
Bie Bielefeld
Boc Bochum
Bon Bonn
Bot Bottrop
Det Detmold
Dor Dortmund
Dui Duisburg
Dür Düren
Düs Düsseldorf
Ess Essen
Gel Gelsenkirchen
Güt Gütersloh
Hag Hagen
Ham Hamm
Her Herne
Köl Köln
Kre Krefeld
Lev Leverkusen
Min Minden
Moe Moers
Mön Mönchengladbach
Mül Mülheim an der Ruhr
Mün Münster
Neu Neuss
Obe Oberhausen
Pad Paderborn
Rec Recklinghausen
Rhe Rheine
Rem Remscheid
Sie Siegen
Sol Solingen
Wup Wuppertal
Niedersachsen
Niederlande
Belgien
Rheinland-Pfalz
Hessen
Potenz Kriging-Interpolation, Exponent = 1,7
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

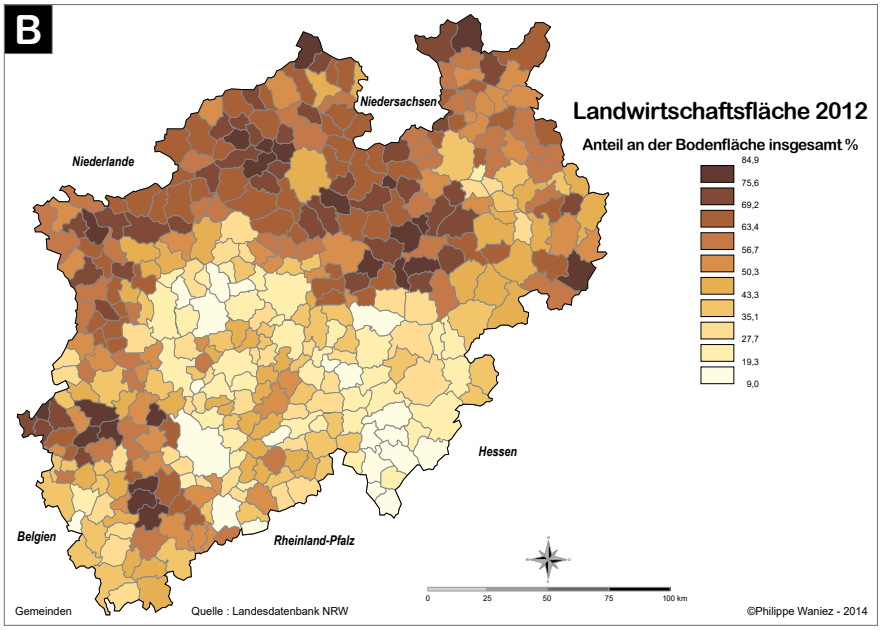
Karte 5

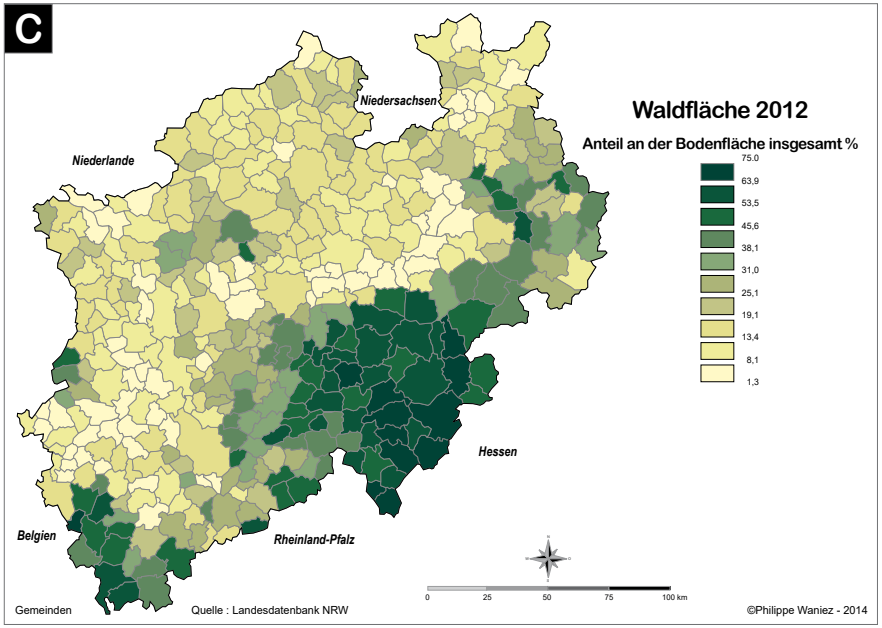


Quelle : OpenStreetMap CC BY-SA 2.0 - Geofrabrik.de ©Philippe Waniez - 2014

Karte 6


A
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2012
Anteil an der Bodenfläche insgesamt %
77,8
67,6
55,6
47,4
38,3
31,0
24,5
19,2
15,1
11,6
7,5
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


B
Landwirtschaftsfläche 2012
Anteil an der Bodenfläche insgesamt %
84,9
75,6
69,2
63,4
56,7
50,3
43,3
35,1
27,7
19,3
9,0
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


C
Waldfläche 2012
Anteil an der Bodenfläche insgesamt %
75,0
63,9
53,5
45,6
38,1
31,0
25,1
19,1
13,4
8,1
1,3
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karten 7

Die Städteregion Aachen

Die Hauptstadt des Reichs von Karl dem Großen liegt heute 5 km von der deutschen Grenze zu den Niederlanden und Belgien. Die Bevölkerungsdichte ist in der Städteregion Aachen mit 930 Einw./km² registriert und ist vergleichbar mit dem im Nordwest gelegenen niederländischen Zuid-Limburg mit 800 Einw./km². Im Westen (Region Verviers in Belgien) und Süden (Region Euskirchen in Deutschland) sind die umliegenden Dichten schwächer. Die Ballungsgebiete verbinden die Kommunen Aachen (1.470 Einw./km²), Würselen (1.080), Alsdorf (auch 1.470) und Herzogenrath (1.395). Wenn man Eschweiler und Stolberg mit geringerer Dichte hinzufügt, erreicht das gesamte Stadtgebiet respektable 477.000 Einwohner. Der Standort der regionalen Besiedlung Aachen verlängert im Südwesten NRWs die städtisch-industrielle Achse des Ruhrgebiets. Diese Achse, gut strukturiert und klar erkennbar geht durch Krefeld (222.247 Einwohner) und Mönchengladbach (255.188) hindurch. Eine zweite weniger „bevölkerte“ Verbindung besteht zwischen Aachen und Köln mit dem Bindeglied Düren (mit nur 89.000 Einwohnern). In beiden Fällen orientieren sich die Verkehrswege von Schiene und Straße an die Besiedlung.

Das Münsterland

Im Vergleich zu den vorher beschriebenen industriellen und urbanen Gegenden bieten das Münsterland und der nördliche Teil des Niederrheins eine sehr unterschiedliche demografische Landschaft. In der Tat übersetzt der Name selbst ganz gut die Vorstellung, dass die Gegend vom Münsterland einzig durch die Stadt Münster zentriert und regiert ist. Diese Tatsache stammt aus dem Mittelalter und besteht in dem modernen und zeitgenössischen Zeitalter fort. Von 1815 bis 1945 war Münster die Hauptstadt der damaligen preußischen Provinz Westfalen. Heute ist sie Sitz des Regierungsbezirks Münster.

Die Bevölkerungsdichte der Stadt Münster erreicht nicht die der größten Städte in NRW. Mit 960 Einw./km² und 289.580 Bewohnern beherrscht diese provinzielle Stadt ein von einer unterbrochenen Besiedlung charakterisiertes Gebiet, das stark im Gegensatz zu der Besiedlung in der mehr oder weniger andauernden Anordnung des Ruhrgebiets steht. Manchmal sind es kleinen Städte (Rheine, Ibbenbüren), aber im Allgemeinen füllen eher Dörfer die Flächen aus, und deren charakteristische Formen führten zu einer Typologie: Straßendorf, Reihendorf, Ringdorf (6). Zwischen diesen kleinen Städten oder diesen Dörfern nimmt der landwirtschaftlich genutzte Raum 2/3 bis 3/4 der kommunalen Fläche ein (**Karte 7B**). Dabei handelt es sich vor allem um offenes Feld (Openfields). In Bezug auf die kommunale Fläche kommt diese Flächennutzung in der demografischen Dichte zum Ausdruck, die vier bis fünfmal geringer ist, als die des Bundeslandes. Mit einem Wert von 100 Einw./km² ist dies immer noch höher als eine üblicherweise geringe ländliche Bevölkerungsdichte.

Die nördliche Hälfte des Niederrheins ist eine Fortsetzung des westlichen Münsterlandes. Die ländlichen Dichten sind gering. Kleve, Emmerich und vor allem Bocholt zeigen stärkere städtische Dichten, in der Größenordnung von 500 bis 600 Einw./km², die für eine städtische Dichte bescheiden bleiben.

Vom Teutoburger Wald nach Sauerland und ins Siegerland

Der Osten von NRW ist insgesamt eine Region von sehr geringer Bevölkerungsdichte. Wahrnehmbar ist dies beginnend ab dem Teutoburger Land bis ungefähr Siegen im Süd-Osten des Bundeslandes. In diesem Gebiet des Mittelgebirges, gibt es selten mehr als 100 Einw./km². Im Hochsauerlandkreis sind die Dichten in der Regel zwischen 40 und 100 Einw./km². Die Schwäche des Stadtnetzes steht in starkem Kontrast zu den anderen Teilen des Bundeslandes. Hier taucht kein Ballungsgebiet auf. Der Wald stellt 1/2 bis 3/4 der kommunalen Fläche dar (**Karte 7C**).

Im westlichen Teil des Sauerlandes, gibt es jedoch einige mittelgroße Städte wie Arnsberg (74.383 Einwohner), Menden (54.495) Lüdenscheid (73.762). Die größten Städte sind an der westlichen Grenze, von Nord nach Süd: Paderborn (142.365), Iserlohn (94.630), Hagen (187.944) und Siegen (99.187). Siegen ist mit Hagen und Dortmund durch eine Achse von mehr als 200 Einw./km² verbunden. Straßen und Schienenwege verbinden dieses Industriegebiet, in dem die Stahlindustrie lange dominierte, mit großen Industriezentren und Städten des Ruhrgebiets.

Die Eifel

Am südwestlichen Ende von NRW erstreckt sich eine zweite geografische Einheit mit einer schwachen Bevölkerungsdichte. Dies ist der Teil der Eifel in NRW. Dieses Vulkanmassiv erstreckt sich in Belgien nach Osten und Süden und in das Bundesland Rheinland-Pfalz.

Die südlichsten Gemeinden erreichen nicht einmal 60 Einw./km², während die mehr im Norden liegenden eine Dichte zwischen 100 und 200 Einw./km² haben.

Vielfältige Besiedlungsformen

Um die Auflistung der erkennbaren Besiedlungsformen auf der Karte abzuschließen, muss man die vielfältigen Sachverhalte in NRW hervorheben: ein Abschnitt Megalopolis, mehrere Unterregionen durch eine oder mehrere Städte polarisiert, ein großes Mittelgebirgsmassiv mit geringer Dichte…Es muss auch auf die Bedeutung der Verkehrswege hingewiesen werden hinsichtlich der anfänglichen Orientierung von Besiedlung am Rhein und einigen seiner Nebenflüsse sowie der Römerstraßen, später in seiner zeitgenössischen Entwicklung wie den Schienenwegen und Autostraßen…

Diese Wege geben dieser gesamten Zusammensetzung einen internen Zusammenhang, aber auch in die äußere Richtung des Bundeslandes, sei es mit dem Rest von Deutschland mit der Megalopolis und im Weiteren mit dem Rest von Europa. In diesem komplexen regionalen System sind die Verbindungen der Elemente durch die Städte gesichert, die das strukturierte Netz gestalten.

5. Die Bevölkerung der Städte in Nordrhein-Westfalen

„Eine Stadt ist eine größere, zentralisierte und abgegrenzte Siedlung im Schnittpunkt größerer Verkehrswege mit einer eigenen Verwaltungs- und Versorgungsstruktur. Damit ist fast jede Stadt zugleich ein zentraler Ort“ (7). Eine solche Definition ist zweifellos nicht ausreichend (jeder Geograf, Soziologe, Wirtschaftswissenschaftler… oder fast jeder andere, könnte seine eigene anbieten!); aber sie ermöglicht die Einführung in das Studium der Urbanisierung in NRW unter der Berücksichtigung, dass die in diesem ersten Kapitel benutzten Klassifikationskriterien (die Einwohnerzahl und die demografische Dichte) auf keinen Fall das Thema erschöpft. Sie erleichtern jedoch die Präsentation der strukturellen Ungleichheiten des Stadtgebiets in NRW.

Die erste Frage, die sich stellt ist einfach ausgedrückt: Wie viele Städte gibt es in NRW. Wenn man sich an die gesetzliche Definition hält, findet man 23 „kreisfreie Städte“, die sich bis zum heutigen Tag Gemeindeorganisationsrechte erhalten haben (8). „Im heutigen deutschen Sprachraum gibt es kein Stadtrecht mehr im eigentlichen Sinne, d.h. die Selbstverwaltung in den Städten regeln staatliche Grundsätze und Ländergesetze. Die Bezeichnung Stadt ist nur ein Titel, der aber immer noch vergeben wird“. Heute gibt es nach dieser Definition 248 Städte in NRW von 396 im Bundesland gezählten Kommunen. Die bevölkerungsreichste dieser Städte, ist Neuss, mit 150.568 Einwohnern im Jahr 2011, während die kleinste Heimbach ist, mit nur 4.406 Einwohnern. Daraus ergibt sich ein Verhältnis von 1 zu 34. Aus demografischer Sicht ist damit die Ungleichheit der Bezeichnung Stadt offensichtlich. Dies ist auch der Fall bei den „kreisfreien Städten“, allerdings in einem kleineren Maß. Zwischen Köln (1.005.775 Einwohner) und Remscheid (110.708) zum Beispiel ein Verhältnis von 1 zu 9.

Die 23 „kreisfreien Städte“ fassen 7.256.147 Personen, das sind 41% der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes, mit einer durchschnittlichen Dichte von 1.867 Einw./km². Die 248 Städte umfassen 8.730754 Personen, das heißt fast die Hälfte der Bevölkerung des Bundeslandes (49,8%). Insgesamt entfallen auf diese Städte 15.986.901 Einwohner. Damit betrifft die Urbanisation von NRW direkt 91,2% der Bevölkerung des Bundeslandes. Diese sehr große Ungleichheit der städtischen Besiedlung erfordert, dass man die Verteilung der Bevölkerung zwischen den Städten genauer prüft.

Die Größenverteilung der Städte

Für die Größe der Stadt nutzt man nur ihre Einwohnerzahl. Man könnte sich andere Indikatoren wirtschaftlicher Art vorstellen, zum Beispiel die Zahl der Arbeitsplätze (Ertragskraft) oder zum Beispiel auch das Volumen der Einlagen in die Banken (Finanzkraft). Um die Größenverteilung der Städte in einem Land zu studieren, kann man das sogenannte Zipf-Verhältnis verwenden (George Kingsley Zipf war ein amerikanischer Linguist im Jahre 1950). Dieses Verhältnis sagt, dass ein Bezug zwischen der Anzahl der Einwohner einer Stadt und dem Rang dieser Stadt in einer Rangliste von dem größten (Rang 1) bis zum kleinsten (Rang n) der Städte existiert. Als Beispiel die USA: New York, die bevölkerungsreichste Stadt mit 8.175.133 Einwohnern im Jahr 2010 ist fast doppelt so bevölkerungsreich wie die zweite Stadt, Los Angeles (3.792.621 Einwohner), drei Mal mehr als die dritte Chicago (2.695.621 Einwohner), vier mal mehr als die viertgrößte Stadt Houston (2.100.263 Einwohner) und fünf

mal mehr als die fünfte Stadt Philadelphia (1.626.006 Einwohner), usw.

Um dieses Verhältnis nach Zipf darzustellen, erstellt man eine Grafik mit einer X-Achse auf der die Logarithmen der Bevölkerungen und auf der y-Achse die Logarithmen des Ranges angeordnet sind. Die meisten Studien über die Größenverteilung der Städte zeigen, dass die aufgeführten Städte in der Grafik mit Punkten in einer geraden Linie angeordnet sind, deren repräsentative Funktion ist:

$$\log 10\,(y) = a \log 10(x) + \log 10(k) \text{ oder auch } y = kx^a$$

Diese Gleichung formalisiert das Prinzip der Allometrie: Die Wachstumsphänomene (hier das Stadtwachstum) werden durch ein spezifiziertes, mathematisches Gesetz geregelt. Normalerweise hat die erste Stadt mit dem höchsten Rang ihren Platz über der geraden Linie. Es kann auch manchmal für andere wichtige Städte der Fall sein. Dies bedeutet, dass sie eine höhere Bevölkerungszahl hat, dass seine Rangeinordnung voraussehbar ist und dies angesichts der Größenverteilung aller untersuchten Städte. In diesem Fall sind die Städte, die über der Geraden liegen, gekennzeichnet durch eine Überattraktivität, die einen Zuwachs der Bevölkerung durch Migration verursacht.

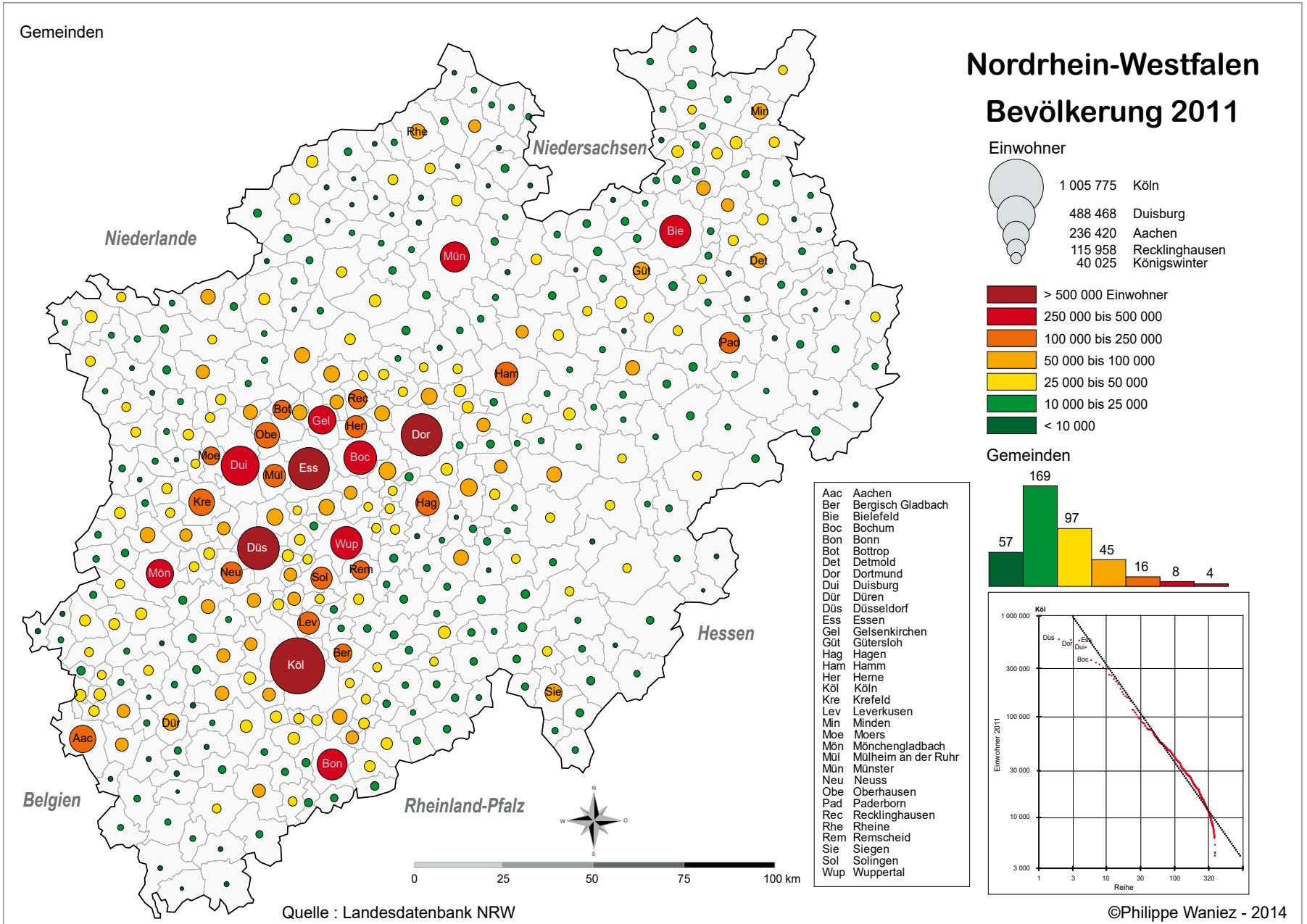
Die Städte von NRW, die nach dem Zipf-Verhältnis erstellt sind (**Karte 8**) zeigen auch, dass der größte Teil der Städte sich in einer Geraden auf der Grafik ausrichten. Aber anders als das, was man in anderen Teilen der Welt beobachtet, sind die ersten Städte in NRW nicht oberhalb, sondern unterhalb der Geraden. Anders ausgedrückt, gilt das Prinzip der Allometrie für die größeren Städten in NRW nicht. Nicht nur für die ersten vier Städte Köln, Düsseldorf, Dortmund und Essen, die ziemlich weit von der Geraden liegen, sondern auch, obschon in geringerem Umfang für alle Städte mit mehr als 300.000 Einwohnern. Anders ausgedrückt gibt es in den Städten der vorderen Ränge weniger Bevölkerung, als ihr Rang erhoffen ließ, was eine Besonderheit ist, auf die man hinweisen muss.

Die Spitze der Stadtrangordnung

NRW hat 28 Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die Mehrheit dieser Städte sind „kreisfreie Städte“.

An oberster Stelle steht die Stadt Köln. Sie ist die einzige, die ein Millionen Einwohner erreicht. Düsseldorf, die Landeshauptstadt und zweite Stadt des Bundeslandes erreicht keine 600.000 Einwohner. Man beachte, dass das Verhältnis zwischen der Bevölkerung dieser beiden Städte 1,7 ist. Dies ist etwas geringer, als der Wert, der durch das Zipf-Verhältnis festgelegt wird. Es folgen Dortmund und Essen, deren Einwohnerzahlen sehr nahe an der von Düsseldorf liegen. Hier sind die Zahlen viel höher als die erwarteten Werte für die Einordnung der Stadtränge. Wenn man Duisburg in die Liste der Halb-Millionen-Städte einfügt, erkennt man, dass drei von diesen vier Städten Industriezentren des Ruhrgebietes sind. Diese Besonderheit von NRW bedeutet: Die Spitze der Stadtrangordnung wir nicht ausschließlich von Städten angeführt, in denen die Finanz- und Dienstleistungsfunktionen auf hohem Niveau vorherrschen. Diese vier ersten Städte von NRW bilden die Punkte demografischer Verankerung in der Rhein-Ruhr-Region und erreichten in 2011 insgesamt 2.729.410 Einwohner. Damit werden 15,6% der Bevölkerung des Bundeslandes abgedeckt.

Dieses System, von zwei Mal zwei großen Städten (zwei am Rhein - Köln und Düsseldorf, und zwei im Ruhrgebiet


Gemeinden
Nordrhein-Westfalen
Bevölkerung 2011
Einwohner
1 005 775 Köln
488 468 Duisburg
236 420 Aachen
115 958 Recklinghausen
40 025 Königswinter
> 500 000 Einwohner
250 000 bis 500 000
100 000 bis 250 000
50 000 bis 100 000
25 000 bis 50 000
10 000 bis 25 000
< 10 000
Gemeinden
57
169
97
45
16
8
4
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Rheinland-Pfalz
Belgien
Aac Aachen
Ber Bergisch Gladbach
Bie Bielefeld
Boc Bochum
Bon Bonn
Bot Bottrop
Det Detmold
Dor Dortmund
Dui Duisburg
Dür Düren
Düs Düsseldorf
Ess Essen
Gel Gelsenkirchen
Güt Gütersloh
Hag Hagen
Ham Hamm
Her Herne
Köl Köln
Kre Krefeld
Lev Leverkusen
Min Minden
Moe Moers
Mön Mönchengladbach
Mül Mülheim an der Ruhr
Mün Münster
Neu Neuss
Obe Oberhausen
Pad Paderborn
Rec Recklinghausen
Rhe Rheine
Rem Remscheid
Sie Siegen
Sol Solingen
Wup Wuppertal
0 25 50 75 100 km
Einwohner 2011
Reihe
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 8

- Dortmund und Essen), wird durch andere große Städte rund um das städtische Netz ergänzt, um eine zweite Stufe der Städte mit einer Bevölkerung zwischen 250.000 und 500.000 Einwohnern zu bilden. Duisburg mit seinen 488.468 Einwohnern ist hier das Kernstück zwischen den beiden Achsen. Bonn und Gelsenkirchen ergänzen die Achse des Ruhgebiets. Bonn spielt eine ähnliche Rolle im Süden der Rheinachse.

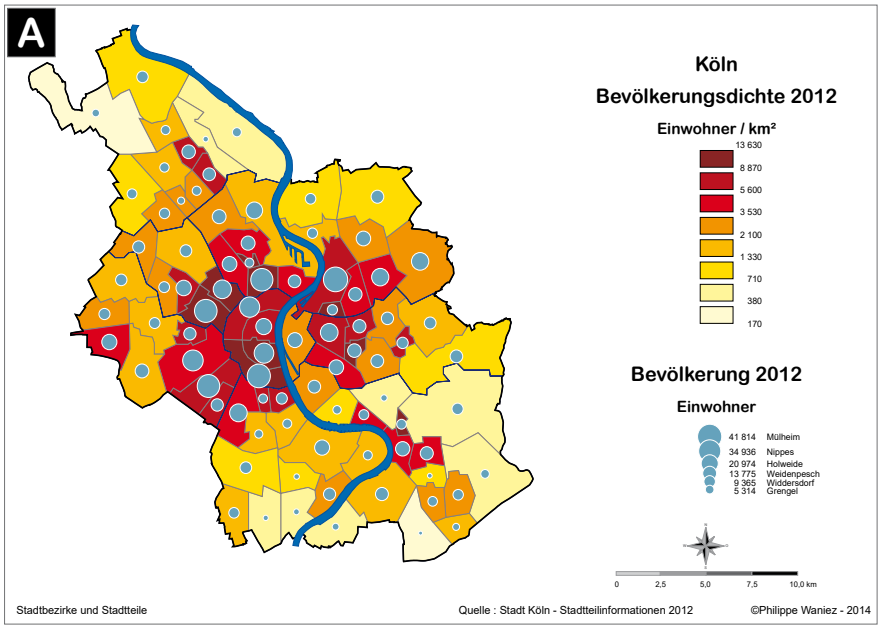
Wuppertal nimmt einen besonderen Platz ein wegen seiner Lage im Bergischen Land. Bielefeld, Münster, Aachen sind die Weisungszentralen ihrer eigenen Region. Sie passen nicht direkt in die Rhein-Ruhrachse, auch wenn sie direkt über Straße und Schiene mit ihr verbunden sind.

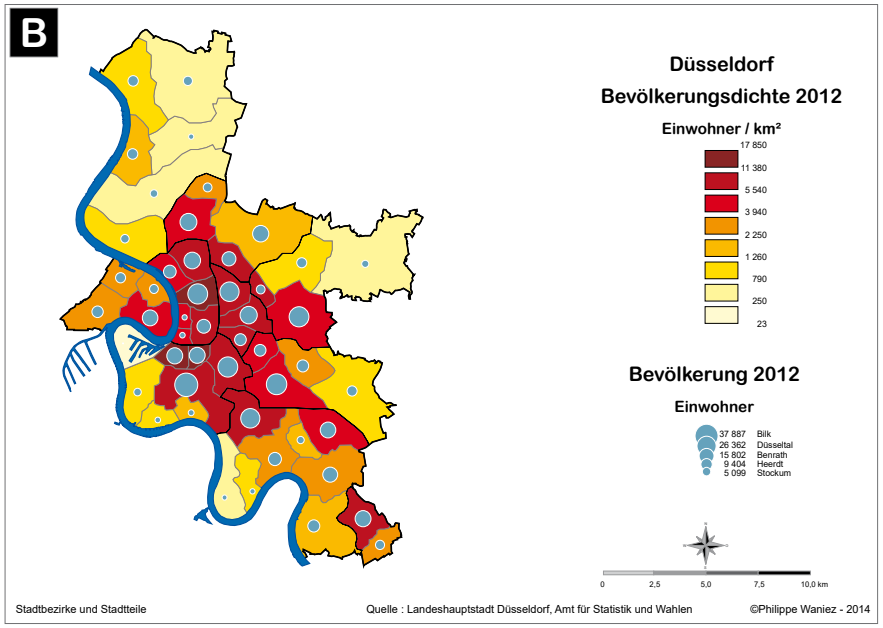
Die Bevölkerungsdichte der Städte

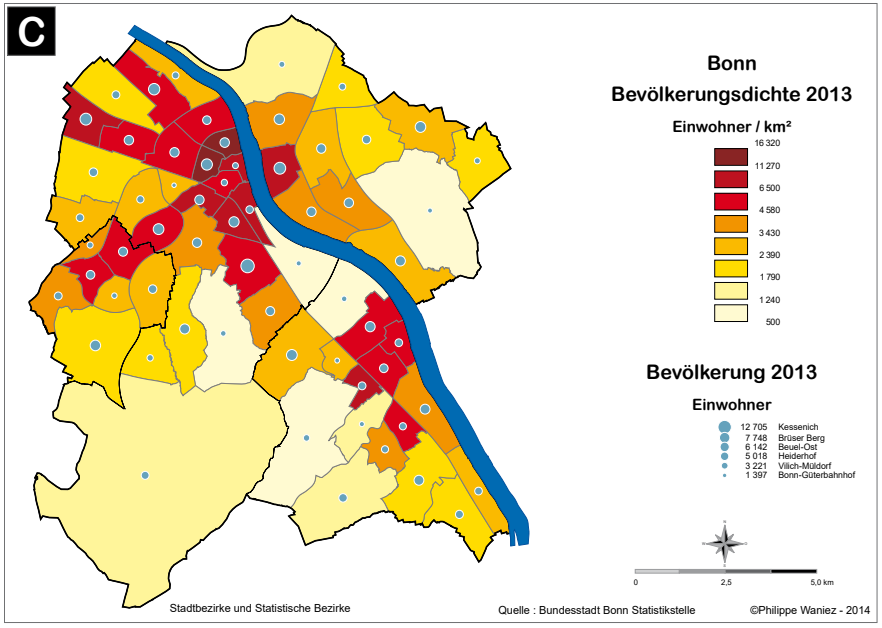
Die Bevölkerungsdichte, so wie man sie auf der Karte der Kommunen von NRW sichtbar machen kann, erlaubt die großen regionalen Spaltungen in der Bevölkerungsverteilung zu schätzen. Dieser geografische Maßstab ist jedoch nicht ausreichend, um die Besiedlung richtig zu beschreiben. Eine Änderung der Skala ist notwendig, um die gemeinsamen Merkmale und die Unterschiede, die die wichtigsten Städte charakterisieren darzulegen. So wurden für acht der wichtigsten Städte von NRW und für die Rhein-Ruhr-Achse die Karten der Bevölkerungsdichte auf dem Niveau der zweiten Ebene der internen Gliederung von jeder Stadt erstellt (die erste ist der Stadtbezirk). Diese zweite Ebene entspricht im Allgemeinen Stadtteilen oder Ortsteilen, die oft den alten Gemeinden vor der Gebietsreform von 1976 entsprechen (Gebietsreform oder Kommunale Neugliederung). Aber dies ist nicht immer so, man kann in manchen Fällen Wohnquartiere (Wuppertal) oder Wohnbereichen (Hamm) oder sogar Statistische Bezirke (Aachen) anwenden. Das Wichtige ist, über eine vergleichbare Vernetzung für jede der studierten Städte zu verfügen.

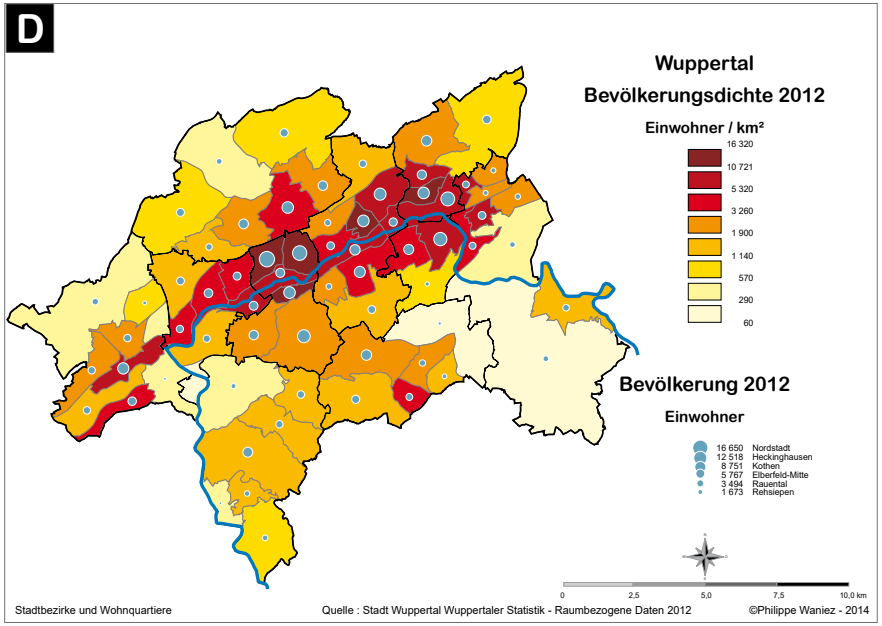
Auf den Karten (**9A bis 9D** und **10A bis 10D**) sind die Dichten durch Farbflächen sichtbar gemacht, deren Werte sich von einer Karte zur andere unterscheiden, um sich der internen Strukturierung jeder Stadt so gut wie möglich zu nähern. Die Bevölkerung der einzelnen kommunalen Untergliederung (Stadtteile) wird durch Kreisdurchmesser in allen Karten in gleicher Weise dargestellt (außer für das Ruhrgebiet, zur besseren Lesbarkeit). Die Maßstäbe der Karten sind auf Grund der Bodenoberfläche jeder Stadt unterschiedlich. Acht Städte sind wegen ihrer regionalen Bedeutung ausgewählt worden: Köln, Düsseldorf, Bonn, Wuppertal, Münster, Bielefeld, Aachen und Mönchengladbach.

Ein gesamtes Lesen der Karten dieser Städte ermöglicht die Unterschiede der Besiedlung wahrzunehmen, aber auch deren Gemeinsamkeiten. Alle Städte verfügen über einen zentralen Kern, der in der Regel dem historischen Herzen entspricht (Stadtkern). Das ist in Städten deutlich sichtbar, die ihre historische Struktur behalten haben, wie Münster, Aachen, Bielefeld und Bonn. Diese Stadtmitte hat hohe Dichten, in einer Größenordnung von 4.000 bis 6.000 Einw./km², aber nicht immer die höchste Dichte der Stadt. Tatsächlich ist dies auch der Ort, an dem viele Unternehmen und Dienstleistungsbetriebe, mit der Niederlassung der Bewohner konkurrieren. Obwohl heute oft verschwunden, erkennt man häufig einen ringförmig, deutlich abgrenzenden Kern im Stadtgefüge, der der alten Befestigungsanlage des Mittelalters entspricht. Jenseits dieses Kerns sind die Vorstädte sehr dicht besiedelt, manchmal 10.000 Einw./km² erreichend und erstrecken sich über einen mehr oder we-

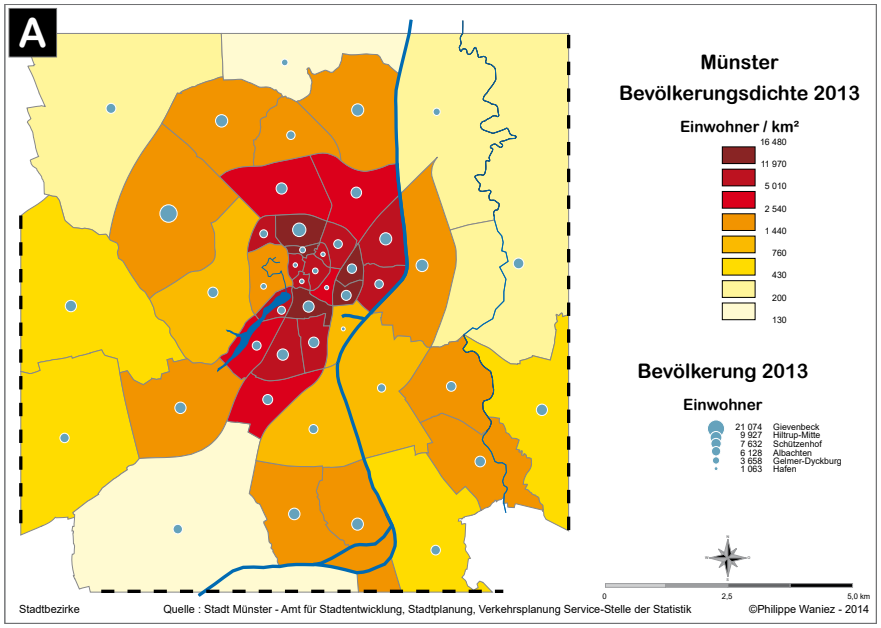

A
Köln
Bevölkerungsdichte 2012
Einwohner / km²
13 630
8 870
5 600
3 530
2 100
1 330
710
380
170
Bevölkerung 2012
Einwohner
41 814 Mülheim
34 936 Nippes
20 974 Holweide
13 775 Weidenpesch
9 365 Widdersdorf
5 314 Grengel
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014

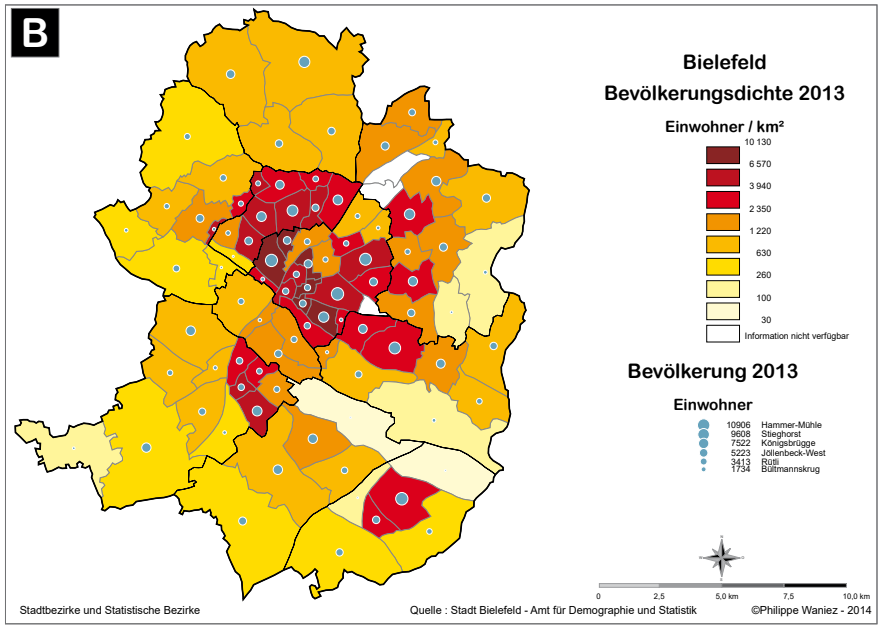

B
Düsseldorf
Bevölkerungsdichte 2012
Einwohner / km²
17 850
11 380
5 540
3 940
2 250
1 260
790
250
23
Bevölkerung 2012
Einwohner
37 887 Bilk
26 362 Düsseltal
15 802 Benrath
9 404 Heerdt
5 099 Stockum
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014

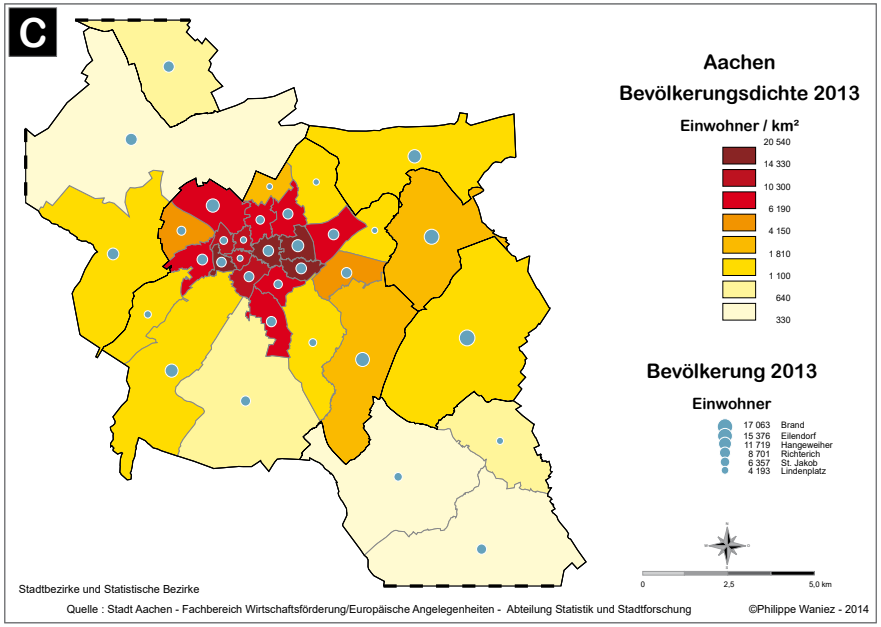

C
Bonn
Bevölkerungsdichte 2013
Einwohner / km²
16 320
11 270
6 500
4 580
3 430
2 390
1 790
1 240
500
Bevölkerung 2013
Einwohner
12 705 Kessenich
7 748 Brüser Berg
6 142 Beuel-Ost
5 018 Heiderhof
3 221 Vilich-Müldorf
1 397 Bonn-Güterbahnhof
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2014

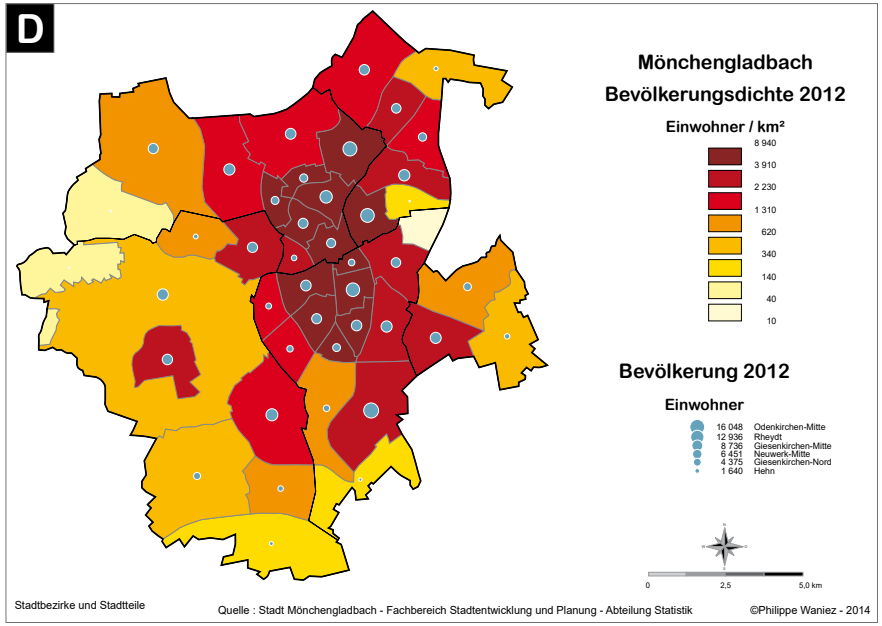

D
Wuppertal
Bevölkerungsdichte 2012
Einwohner / km²
16 320
10 721
5 320
3 260
1 900
1 140
570
290
60
Bevölkerung 2012
Einwohner
16 650 Nordstadt
12 518 Heckinghausen
8 751 Kothen
5 767 Elberfeld-Mitte
3 494 Rauental
1 673 Rehsiepen
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2012
©Philippe Waniez - 2014

Karten 9


A
Münster
Bevölkerungsdichte 2013
Einwohner / km²
16 480
11 970
5 010
2 540
1 440
760
430
200
130
Bevölkerung 2013
Einwohner
21 074 Gievenbeck
9 927 Hiltrup-Mitte
7 632 Schützenhof
6 128 Albachten
3 658 Gelmer-Dyckburg
1 063 Hafen
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung Service-Stelle der Statistik
©Philippe Waniez - 2014


B
Bielefeld
Bevölkerungsdichte 2013
Einwohner / km²
10 130
6 570
3 940
2 350
1 220
630
260
100
30
Information nicht verfügbar
Bevölkerung 2013
Einwohner
10906 Hammer-Mühle
9608 Stieghorst
7522 Königsbrügge
5223 Jöllenbeck-West
3413 Rotti
1734 Büttmannskrug
0 2,5 5,0 km 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Stadt Bielefeld - Amt für Demographie und Statistik
©Philippe Waniez - 2014


C
Aachen
Bevölkerungsdichte 2013
Einwohner / km²
20 540
14 330
10 300
6 190
4 150
1 810
1 100
640
330
Bevölkerung 2013
Einwohner
17 063 Brand
15 376 Eilendorf
11 719 Hangeweiher
8 701 Richterich
6 357 St. Jakob
4 193 Lindenplatz
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - Abteilung Statistik und Stadtforschung
©Philippe Waniez - 2014


D
Mönchengladbach
Bevölkerungsdichte 2012
Einwohner / km²
8 940
3 910
2 230
1 310
620
340
140
40
10
Bevölkerung 2012
Einwohner
16 048 Odenkirchen-Mitte
12 936 Rheydt
8 736 Giesenkirchen-Mitte
6 451 Neuwerk-Mitte
4 375 Giesenkirchen-Nord
1 640 Hehn
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Mönchengladbach - Fachbereich Stadtentwicklung und Planung - Abteilung Statistik
©Philippe Waniez - 2014

Karten 10

niger großen Teil der Kommune bezogen auf die Gesamtbevölkerung. Abseits dieser Vorstadtviertel vermindert sich die Dichte stark in Richtung Peripherie. Die Hafen-und Industriezonen haben immer eine geringere Dichte, weniger als 250 Einw./km².

Zahlreiche Ausnahmen verändern manchmal auf erhebliche Art, das allgemeine Besiedlungsmodell Zentrum/Peripherie. In Wuppertal beispielsweise findet man leicht die zwei historischen Hauptzentren (Elberfeld und Barmen), aber die Fusion der ursprünglichen Städte in eine große lineare, von der Schwebebahn gegliederte Einheit, hat die Wirkung gehabt, die Besiedlung in einer Nordost/Südwest-Achse aufzubauen. Entlang dieser sind die Dichten bis zu 3.000 Einw./km² hoch und manchmal viel mehr. Dies ist besonders sichtbar in Bonn, nicht nur an dem Rheinufer Bad Godesberg, sondern auch in Nord-West Richtung (Autobahn 555 in Richtung Köln), den Bezirken Süd-West (Landstrasse B56 in Richtung Hardtberg) und in einer systematischen Art und Weise mit der die Bezirke durch U-Bahn und S-Bahn bedient werden (Tannenbusch, Duisdorf, Godesberg ...).

Die Bevölkerungsdichte im Ruhrgebiet

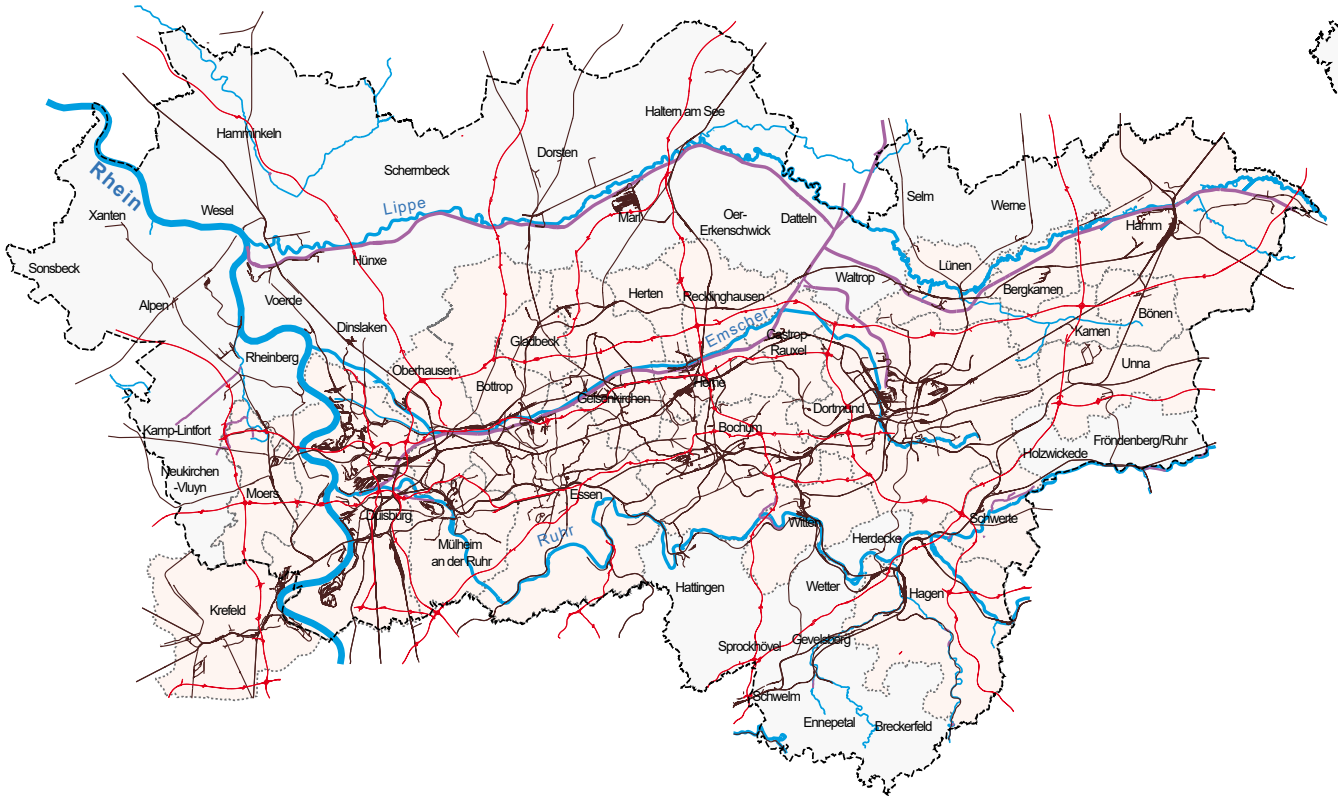
Wikipedia sagt: „Der Begriff Ruhrgebiet ist keine offizielle Verwaltungsbezeichnung. Die Grenzen sind nicht exakt festgelegt und interpretationsabhängig. Üblicherweise werden die Grenzen des 1920 gegründeten Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk zugrunde gelegt, des heutigen Regionalverbands Ruhr (RVR). Zum RVR gehören die kreisfreien Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen sowie die Kreise Recklinghausen, Unna, Wesel und der Ennepe-Ruhr-Kreis, die den Landesteilen Rheinland und Westfalen angehören. Das RVR ist mit rund 5,1 Millionen Einwohnern und einer Fläche von 4.435 km² die größte Agglomeration Deutschlands und die fünftgrößte Europas“ (9).

Das hier kartografierte Ruhrgebiet ist nur ein Teil vom RVR: 2.478 km² (55,8%) und 4,35 Millionen Einwohner (85,0%). Dies ist also der dichteste Teil des Ruhrgebiets, der zwischen Ruhr und Lippe liegt (**Karte 11**). Die Fortsetzung der Besiedlung wird durch Krefeld vervollständigt. Tatsächlich besteht das erste Merkmal dieses Großraumes darin, nicht auf einer großen Stadt zentriert zu sein (wie der Großraum Paris, in Frankreich), sondern ist durch eine Aufeinanderfolge stark besiedelter Kommunen zu verstehen, an deren Spitze man Dortmund, Essen, Duisburg, Bochum findet. Zahlreiche Stadtteile mit mehr als 10.000 bis 20.000 Einwohnern (**Karte 12A**) sind mehr oder weniger entlang der Verkehrswege ausgerichtet, einschließlich der Schienen, die die gleichzeitige Entwicklung von Industrien und Städten im 19. Jahrhundert erlaubte.

Die Bevölkerungsdichten des Ruhrgebiets stellen eine unterschiedliche Struktur von diesen bereits vorher untersuchten Städten dar (**Karte 12B**). Tatsächlich werden von Krefeld, Hagen und dem abgesonderten Hamm die Dichten der Stadtkerne auf der Karte kaum im Einzelnen erstellt. Es sind eher die Bereiche angezeigt, deren Dichten 1.000 Einw./km² übersteigen, und die häufig 5.000 und manchmal sogar 10.000 überschreiten. Das bedeutet nicht, dass es keine Spitzen von Dichten gibt, die den Zentren grundlegender Städte des Großraumes entsprechen; was die Besiedlung vom Ruhrgebiet charakterisiert, ist die Abwesenheit demografischer Unterbrechung zwischen den Kommunen.

Ruhrgebiet

Die Verkehrswege



Regionalverband Ruhr

Gemeinden der Kernzone

Dortmund Stadt

Autobahnen

Eisenbahnstrecken

Kanäle

Flüsse

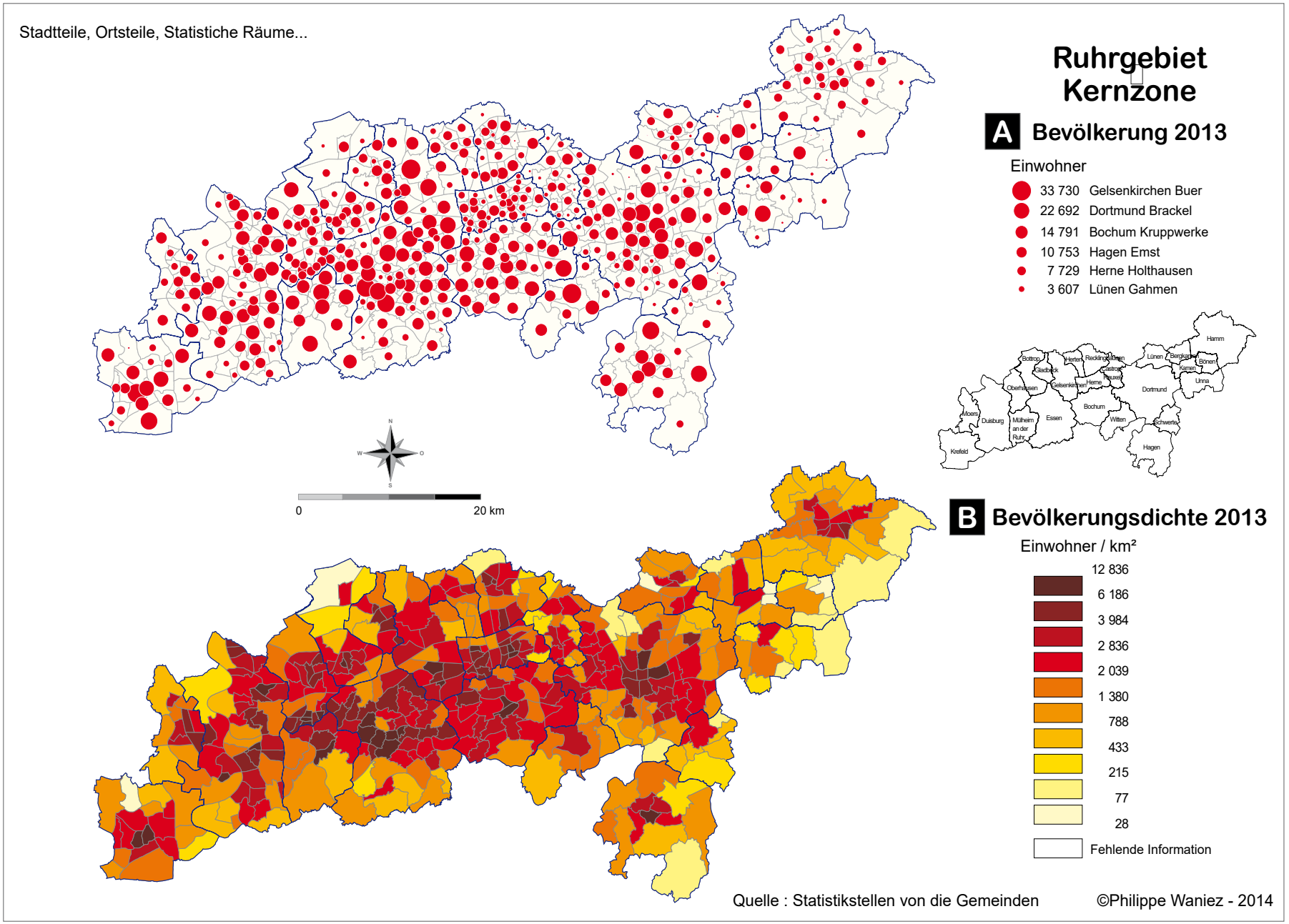
N
W
O
S

0 25 50 km

Quelle : OpenStreetMap CC BY-SA 2.0 - Geofrabrik.de

©Philippe Waniez - 2014

Karte 11


Stadtteile, Ortsteile, Statistiche Räume...
Ruhrgebiet
Kernzone
A Bevölkerung 2013
Einwohner
33 730 Gelsenkirchen Buer
22 692 Dortmund Brackel
14 791 Bochum Kruppwerke
10 753 Hagen Emst
7 729 Herne Holthausen
3 607 Lünen Gahmen
N
W
O
S
0
20 km
Hamm
Bottrop
Herten
Recklinghausen
Lünen
Bergkamen
Kamen
Bönen
Gladbeck
Castrop-Rauxel
Oberhausen
Gelsenkirchen
Herne
Unna
Dortmund
Moers
Duisburg
Mülheim an der Ruhr
Essen
Bochum
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
B Bevölkerungsdichte 2013
Einwohner / km²
12 836
6 186
3 984
2 836
2 039
1 380
788
433
215
77
28
Fehlende Information
Quelle : Statistikstellen von die Gemeinden
©Philippe Waniez - 2014

Karten 12

Referenzen

(1) http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg_id=98&ref_id=CMPTEF01105

(2) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/images/4/4a/Population_RYB2013-DE.xls

(3) Roger Brunet, « Lignes de force de l'Union européenne », Mappemonde, no 66, février 2002. http://www.mgm.fr/PUB/Mappemonde/M202/Brunet.pdf

(4) http://de.wikipedia.org/wiki/Blaue_Banane

(5) http://de.wikipedia.org/wiki/Megalopolis_(Stadtlandschaft)

(6) http://rge.revues.org/2618

(7) http://de.wikipedia.org/wiki/Stadt

(8) http://de.wikipedia.org/wiki/Stadtrecht

(9) http://de.wikipedia.org/wiki/Ruhrgebiet

II - Die Demografische Entwicklung

Im April 2014 verfügte man über die Zahl der Bewohner in NRW vom Stand September 2013: 17.569.000 Bewohner, d.h. 21,77% der Bevölkerung Deutschlands. Seit dem Jahr 2000 ist NRW durch die demografische Stagnation gekennzeichnet, was im Laufe der Jahre durch schwachen Wachstum oder leichten Wachstumsrückgang im Verhältnis zu vorherigen Perioden zum Ausdruck kommt. Dies war nicht immer so: von 1930 bis 1975, hatte die Bevölkerung eine beträchtliche Steigerung von 11,4 Millionen auf 17,1 Millionen, eine Zunahme von 5,7 Millionen Menschen. In derselben Zeit stieg der Bevölkerungsanteil von NRW zur Gesamtbevölkerung Deutschlands von 17,53% auf 21,83%. Dies ist eine beträchtliche Steigerung von 4,3 Prozentpunkten. Diese Periode, die auf dem demografischen Plan dynamisch ist, scheint der Vergangenheit anzugehören.

Nach 1975 waren die Veränderungen gering und man konnte sogar über schwache Ausdehnungsschwankungen in einer Bandbreite zwischen mindestens 16.674 Millionen Bewohner (1985) und 18.080 Millionen (2003) sprechen. Der Anteil von NRW an der Bevölkerung Deutschlands stabilisierte sich zwischen 21,4% (1987) und 21,9% (2012). 2013 war die demografische Größe von NRW in Deutschland mit 21,8% zu derjenigen von 1965 zurückgekehrt.

1. Die aktuelle demografische Entwicklung in Europa, in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen

Um die Originalität der demografischen Veränderungen in NRW zu verstehen, ist es sinnvoll, diese Entwicklung zunächst in Europa und dann in Deutschland zu betrachten.

In Europa: Regionen in besorgniserregendem Zustand

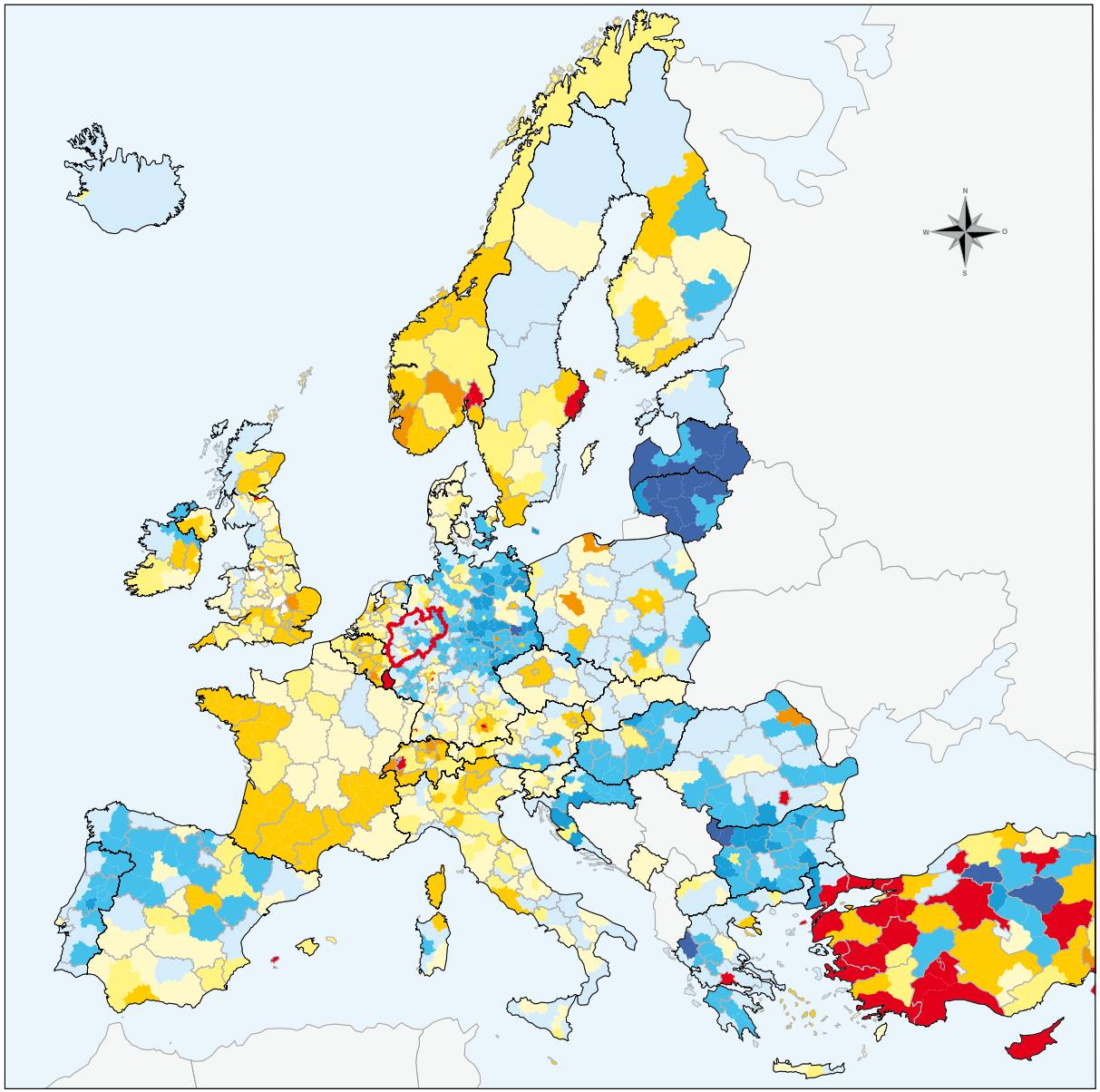
Die Karte der jüngsten Entwicklungen (2011) der europäischen Bevölkerung weist eine starke regionale Heterogenität auf (**Karte 1**). Mehrere Länder zeigen positive Raten: Türkei, Frankreich, Schweiz, Niederlande, Belgien, Norwegen und Südschweden, Finnland, Südspanien… In Polen beschränkt sich das Wachstum auf die städtischen Hauptregionen, ebenso in der Republik Tschechien und in Österreich. Deutschland wird zwischen dem Wachstum in einigen städtischen Regionen geteilt (München, Frankfurt, Hamburg, Berlin) und dem Rest des Landes, welches im Allgemeinen von negativen Werten charakterisiert ist und in den neuen Bundesländern sind sie sogar sehr negativ. So verbindet sich ein Teil von Deutschland mit den europäischen demografischen Wachstumsräumen, während der andere Teil im Osten in die Nähe der Osteuropäer rückt, die sich in einer echten demografischen Krise befinden.

In Deutschland: die böse Überraschung durch die Volkszählung von 2011

Die Volkszählung in Deutschland Ende des 20sten und Anfang des 21sten Jahrhunderts wurden mit unsicherem Ergebnis abgeschlossen. Am 31. Mai 2013 veröffentlichte Destatis, das Statistische Bundesamt Deutschlands die ersten Resultate der im Mai 2011 durchgeführten Volkszählung. Der gesamte Bestand der Bevölkerung in der Bundesrepublik von 80,2 Millionen Bewohnern, schien mit 1,5 Million Bewohnern niedriger, als in den Prognosen, die auf Grund unterschiedlicher Nachrichtenquellen, wie z.B. Einwohnerregister der Gemeinden, gemacht wurden (1). Man weiß, dass die Qualität dieser Register auf Grund versäumter Abmeldungen bei Wegzug leidet (in ein anderes Bundesland oder wegen der Rückkehr in das Ausland).

Wir wissen auch, dass die BRD die Volkszählung 1983 infolge eines Boykotts gegen die Verwendung von sensiblen Daten wie z.B. der Religionszugehörigkeit abbrechen musste. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe (Volkszählungsurteil, 1983) wurde eine neue Volkszählung in einer Stimmung des Misstrauens im Jahre 1987 realisiert. Auch da waren die Ergebnisse der Volkszählung gekennzeichnet von Unsicherheit.

Wenn man sich auf den Zeitraum 2000-2012 beschränkt, ging die Einwohnerzahl in Deutschland von 82.259.540 auf 80.523.746 Einwohner zurück, d.h. ein Verlust von 1.735.794 Einwohnern. Höchstwahrscheinlich ist ein Teil dieses Verlustes auf Schätzungsfehlern in der Vergangenheit zurückzuführen.



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Demographischer Wandel 2011

Durchschnittliche jährliche Wachstumrate

% pro Jahr

10,9
1,8
1,4
0,7
0,3
0,0
-0,5
-1,1
-1,5
-3,3

Fehlende Information

Andere Staaten

Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - NUTS3 : Kreise ©Philippe Waniez - 2014

Karte 1

Die Bevölkerungszahlen für 2000 und 2012 sind für alle Kreise verfügbar, und die Vergleiche der Werte für diese zwei Jahre sind möglich, außer für das Land Mecklenburg-Vorpommern, das auf Grund einer Gebietsreform die Kreisgrenzen geändert hatte; für dieses Bundesland hören die vergleichbaren Daten in 2010 auf. Die Karte des demografischen Wandels zeigt, dass - im gesamten Zusammenhang scheinbaren oder tatsächlichen demografischen Rückganges -sich in einigen Regionen die Zahl der Bewohner erhöht, während andere einen deutlichen Rückgang anzeigen (**Karte 2**).

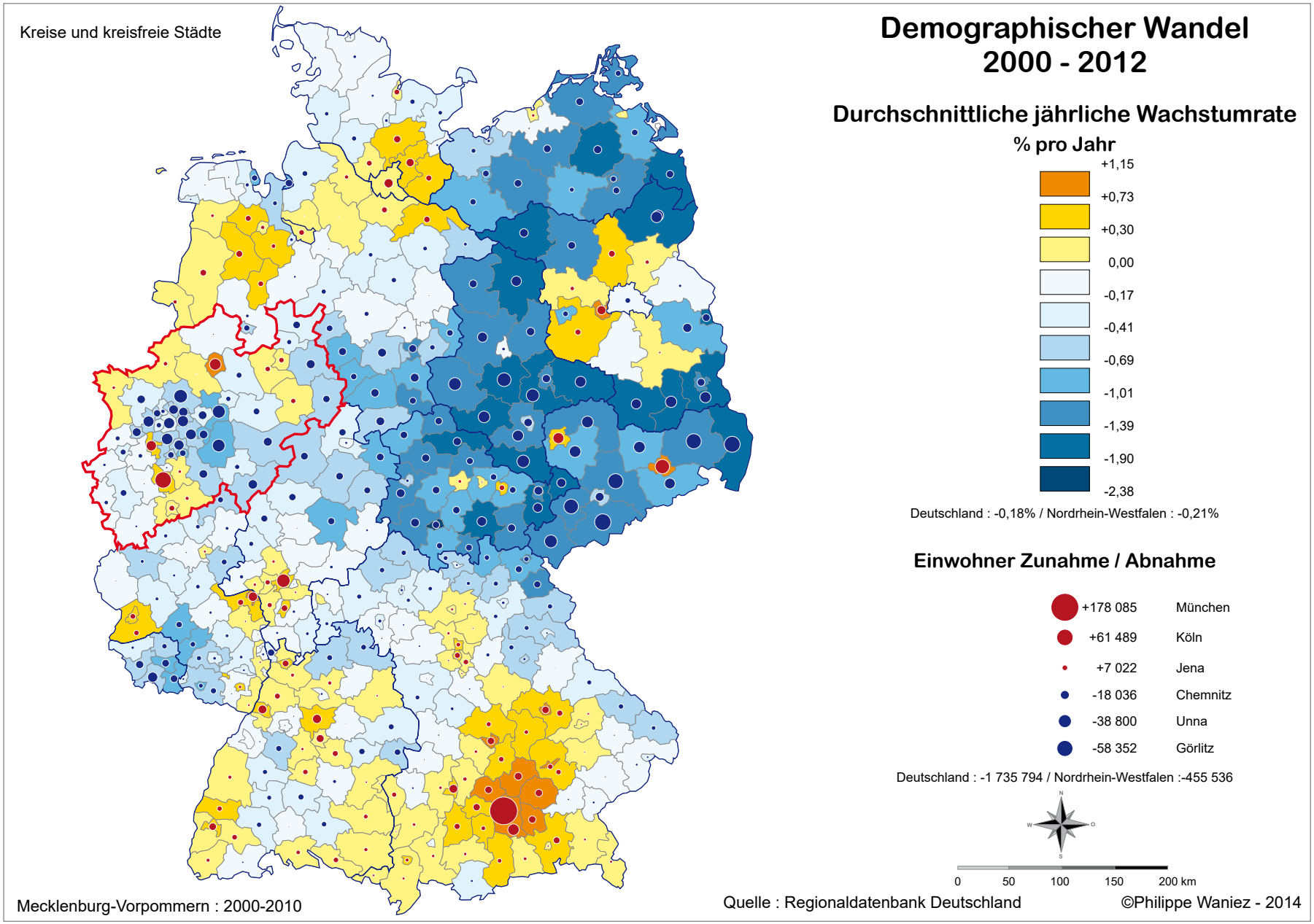
Die Abwanderung in den neuen Bundesländern

Auffällig erscheint der starke Gegensatz zwischen dem Gebiet der ehemaligen DDR und dem Rest des Landes. Fast alle Kreise des Ostens verzeichnen einen Bevölkerungsrückgang. Dass 2012 der Anteil der neuen Bundesländer nur 19,8% an der Gesamtbevölkerung der BRD beträgt, ist auf den Bevölkerungsrückgang von insgesamt 76,4% in diesem Gebiet zurückzuführen. Die am stärksten betroffenen Länder sind Sachsen (mit -375.377 Einwohner auf 25,7% der Bevölkerung der neuen Bundesländer im Jahr 2000 und einem Verlust von 28,3%), Sachsen-Anhalt (mit -355.982 Einwohner auf 15,2% der Bevölkerung der neuen Bundesländer im Jahr 2000 und einem Verlust von 26%) und Thüringen (mit -260.795 Einwohner auf 14,1% der Bevölkerung der neuen Bundesländer im Jahr 2000 und einem Verlust von 19,7%).

Das Land Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet dieselbe Entwicklung, die aber geringer ausfällt. Mit einem Eigenverlust von 13,2% trägt es zu einem Gesamtverlust von 10,3% der neuen Bundesländer bei. In diesen Ländern sind einige Städte von dem Bevölkerungsabfluss verschont geblieben, wie Dresden (+47.298), Leipzig (+27.630) und Jena (+7.022). Andere Städte, die oft wichtige Industriezentren der ehemaligen DDR waren, verloren auch einen Teil ihrer Einwohner: Görlitz (-58.352), die ehemalige Karl-Marx-Stadt, 1990 wieder zu Chemnitz geworden (-18.036) und in geringerem Maße Magdeburg (-2.770), weniger deprimierend als Halle (-16.296) in Sachsen Anhalt.

Schließlich wird das düstere Bild der Demografie über die neuen Bundesländer kaum erhellt durch die Entwicklung einiger Kreise in Brandenburg, angrenzend an Berlin, einschließlich Potsdam, die 18.788 Einwohner gewinnen oder die Oberhavel, deren Zunahme zehntausend übersteigt (+10.039). Woanders sind die Zunahmen sehr gering manchmal sind sogar Verluste zu verzeichnen, wie in Frankfurt an der Oder, wo er bei -13.594 Einwohnern liegt. Berlin selbst stagniert im Rückgang (-6.947 Einwohner, das ist eine jährliche Rate von -0,017%).

Insgesamt zeigt die demografische Bilanz, in dem Gebiet der ehemaligen DDR für den Zeitraum 2000-2012, ein besorgniserregendes Bild, mit einem manchmal deutlichen Rückgang in den meisten Landkreisen. Nur wenige Städte profitieren von der demografische Umverteilung in den neuen Bundesländern mit einem Anstieg, die nie die Gesamtverluste ausgleichen.


Kreise und kreisfreie Städte
Demographischer Wandel
2000 - 2012
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
+1,15
+0,73
+0,30
0,00
-0,17
-0,41
-0,69
-1,01
-1,39
-1,90
-2,38
Deutschland : -0,18% / Nordrhein-Westfalen : -0,21%
Einwohner Zunahme / Abnahme
+178 085 München
+61 489 Köln
+7 022 Jena
-18 036 Chemnitz
-38 800 Unna
-58 352 Görlitz
Deutschland : -1 735 794 / Nordrhein-Westfalen :-455 536
N
W
O
S
0 50 100 150 200 km
Mecklenburg-Vorpommern : 2000-2010
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014

Karte 2

Wachstumspole und demografische Depression in den alten Bundesländern

In den alten Bundesländern, sind die Veränderungen nicht immer so negativ, wie im Gebiet der ehemaligen DDR. Auch wenn dieser westliche Teil in 12 Jahren 408.866 Einwohner verliert, so ist dieser Verlust nicht flächendeckend, sondern äußert sich in einer negativen Bilanz zwischen den Ländern im Wachstum und denjenigen, die sich in der Depression befinden. Von den 10 Bundesländern verlieren 6 an Bevölkerung: Nordrhein-Westfalen (-455.536), Niedersachsen (-147.198), Saarland (-74.416), Hessen (-51.648), Rheinland-Pfalz (-44.279) und Bremen (-5.451). Diese Zahlen zeigen deutlich den dominierenden Anteil von NRW in der demografischen Entwicklung der alten Bundesländer. Das Endergebnis der Länder mit Gewinn ist niedriger, als das derjenigen mit Verlust (was sich im Gesamtverlust ausdrückt). Auf dem ersten Platz der Gewinner-Länder befindet sich Bayern (+289.316) gefolgt von Baden-Württemberg (+44.696) und dann mit geringerem Zuwachs Hamburg (+18.88) und Schleswig-Holstein (+16.770).

Diese Gesamtzahlen verschleiern riesige Unterschiede, sogar innerhalb der einzelnen Bundesländer. Zum Beispiel kann man nicht sagen, dass ganz Bayern gewinnt. Das Hauptzentrum des Bevölkerungswachstums ist auf die Stadt München ausgerichtet, deren Zuwachs bei 178.085 Einwohnern liegt, das ist eine jährliche durchschnittliche Wachstumsrate von 1,15%. Der Großraum München hat eine hohe Wachstumsrate, jedoch geringer als sein zentraler Teil: Erding (+0,85%), München-Landkreis (+0,82), Ebersberg (+0,82%), Dachau (+0,77%) und Freising (+0,73%). Ein zweiter Ring erstreckt sich zwischen 10 und 40 km rund um München mit einem Wert zwischen +0,3% und +0,7%. Der dritte Ring, der ebenfalls eine positive Wachstumsrate anzeigt, erstreckt sich bis auf den südöstlichen Teil von Baden-Württemberg. So wird das ganze südliche Bayern gewissermaßen zum wirtschaftlichen und politischem Wachstum der Hauptstadt des Landes herangezogen. Diese Entwicklung ist einmalig in Deutschland: Die meisten Landeshauptstädte sind nicht in der Lage, einen solchen Dominoeffekt auf die Kreise ihres Umlandes auszuüben. Allerdings gibt es andere Großräume im Wachstum, die sich auf Stuttgart, Frankfurt am Main, Mainz und Hamburg konzentrieren. In all diesen Städten gibt es Bevölkerungswachstum, dieser erscheint aber moderater als im Vergleich zum bayerischen Zugpferd.

Eine andere Gemeinsamkeit in den alten Bundesländern liegt in der Koexistenz von dynamischen Großräumen und Gegenden mit einer mehr oder weniger ausgeprägten Depression. Selbst Bayern entgeht der demografischen Krise nicht, besonders an seinem östlichen Rand von Passau bis Hof. Dies ist auch der Fall für den größten Teil von Hessen und Rheinland Pfalz. Eine Ausnahme bildet hier die Region von Trier, mit mäßigem Wachstum. Saarland hat eine kritische Entwicklung mit dem stärksten Rückgang der alten Bundesländer (-0,6% pro Jahr); Saarbrücken verliert 24.286 Einwohner. Im Norden des Landes breitet sich Hamburg (+0,09% jährlich) schwach aus, aber seine Peripherie, besonders im Norden und im Osten scheint mit jährlichen Raten in der Größenordnung von 0,4% dynamischer. Das westliche Niedersachsen zeigt gute Werte, zum Beispiel in Cloppenburg (+0,56%), aber die Mitte des Landes stagniert nach unten und der Süden zeigt besorgniserregende negative Prozentsätze, rund -1% pro Jahr.

Die demografische Krise in NRW

In diesem allgemeinen Zusammenhang, in dem die Städte zwar Bevölkerungswachstum in ihren Randgebieten und abgelegenen ländlichen Gebieten haben, aber in der Regel die Bevölkerung entweder stagniert oder rückläufig ist, scheint NRW in einer besonderen Situation. Die Bevölkerungszahl im Südwest-Viertel, von Viersen bis zur Eifel nimmt weiter ab; selbst Aachen kann den demografischen Rückgang nicht ausgleichen. Der gesamte Rand des östlichen Mittelgebirges, vom Teutoburger Wald bis zum Süden des Sauerlands verliert Bewohner mit Prozentsätzen von jährlich zwischen -0,4% und -0,7%. Mit anderen Worten befinden sich die östlichen und südwestlichen Randgebiete in mäßigem Rückgang. Es gibt nur das Randgebiet im Nordwesten, welches die Grenze mit den Niederlanden bildet, das sich im Anstieg befindet. Die Einheit Bielefeld, Gütersloh, Paderborn wächst in gemäßigter Weise in der Größenordnung von 0,15% pro Jahr.

Die bemerkenswertesten Entwicklungen in NRW, sowohl im Anstieg als auch im Rückgang ereignen sich im demografischen Herzen des Landes, besonders auf der Rhein-Ruhr Schiene. Auf dieser Höhe befinden sich hauptsächlich drei Städte: Zuerst kommt Köln, mit +61.489 Einwohnern und einer jährlichen Wachstumsrate von 0,52%, hoch für die Region, aber nur vergleichbar mit den ermittelten Werten des zweiten Ranges von München. Düsseldorf ist ebenfalls deutlich gewachsen: +24.318 Einwohner mit +0,35% pro Jahr. Die Kreise südlich von Köln gelegen stagnieren im Anstieg, besonders Bonn (+0,21% pro Jahr). An anderer Stelle im zentralen Teil des Landes NRW gibt es einen mehr oder weniger deutlichen Verlust der Bevölkerung, der sich allgemein verbreitet. Im Ruhrgebiet, von Duisburg bis Unna und von Recklinghausen bis Hagen, liegen die negativen Prozentsätze zwischen-0,3% und-0,8% (-0,29% in Bottrop, -0,78% in Unna). Die Bevölkerungsverluste sind beträchtlich: -28.099 Einwohner in Duisburg, -28.381 in Essen, -28.934 für Bochum, -38.800 für Unna. Die Bergischen Drei verlieren zusammen mehr als 43.000 Einwohner (-23.549 in Wuppertal, -9.935 in Remscheid und -9.657 für Solingen). So gleicht der in den zwei wichtigsten Städten im Mittelteil von NRW verzeichnete Zuwachs, die Bevölkerungsverluste in den Industriegebieten nicht aus.

Schließlich scheint nur Münster wirklich demografisch gesund inmitten des Münsterlandes, welches sich in einer deutlich schlechteren Situation befindet. Die Stadt registriert einen Zuzug von 30.990 Personen, deutlich höher als von Düsseldorf, dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 0,92%, fast das Doppelte von Köln.

2. Die Etappen der demografischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen: 1939–2011

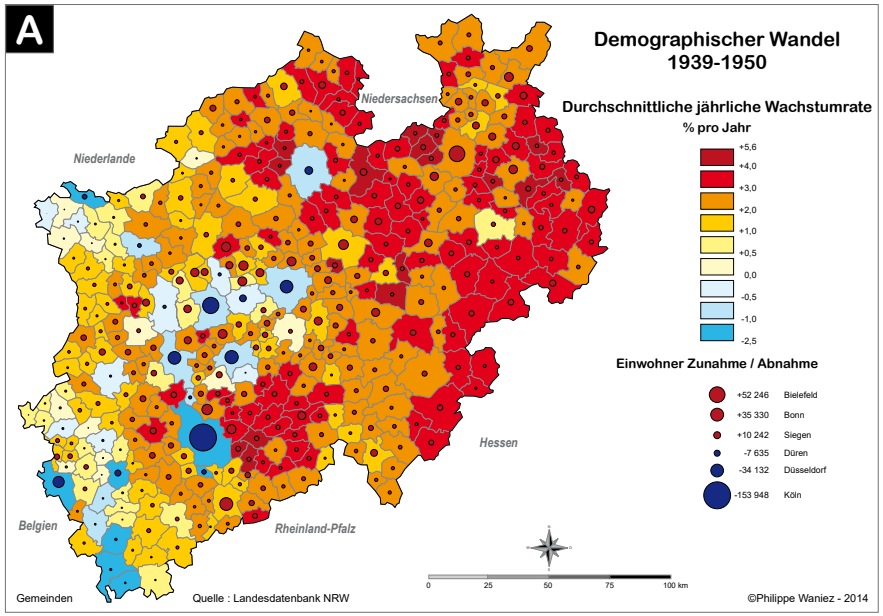
In diesem Kapitel wird versucht, die demografische Entwicklung der Kommunen von NRW in der Zeit vom 2. Weltkrieg bis zum heutigen Tag darzustellen. Zwischen 1967 und 1976 sank die Zahl der Gemeinden von 2.334 auf nur 396, die der kreisfreien Städte verringerte sich von 37 auf 23 (2). Glücklicherweise hat der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) die Ergebnisse der Volkszählungen von 1939, 1950, 1961 und 1970 in das Stadtraster von 1976 umgerechnet. Damit ist es möglich, die demografische Entwicklung der Kommunen des Landes während 6 verschiedener Perioden zu verfolgen: 1939-

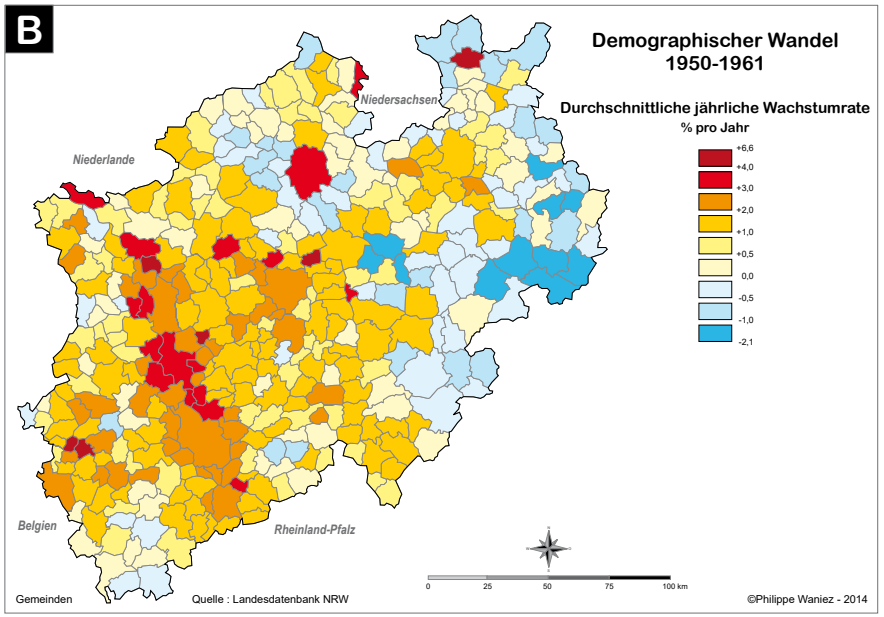
1950, 1950-1961, 1961-1970, 1970-1987, 1987-2003 und 2003-2011. Für jeden Zeitraum wurde die durchschnittliche jährliche Quote der Bevölkerungsentwicklung berechnet und kartografiert; das Hauptinteresse dieser Berechnung ist, den Vergleich der Veränderungswerte über Zeiträume von ungleicher Dauer zu ermöglichen. Die Annahme einer jährlichen regelmäßigen Entwicklung für die Periode 1939-1950 ist unkorrekt, weil dieser Zeitraum in zwei geteilt werden sollte: der Krieg und die Nachkriegszeit. Mangels einer Zählung im Jahre 1945, was angesichts der durch den Ersten Weltkrieg und der anschließenden Zerstörungen erfolgten Umbrüche leicht zu verstehen ist, müssen die jährlichen Auswertungen auf relative Weise interpretiert werden (zwischen den Kommunen) und nicht auf absolute Weise (während Perioden).

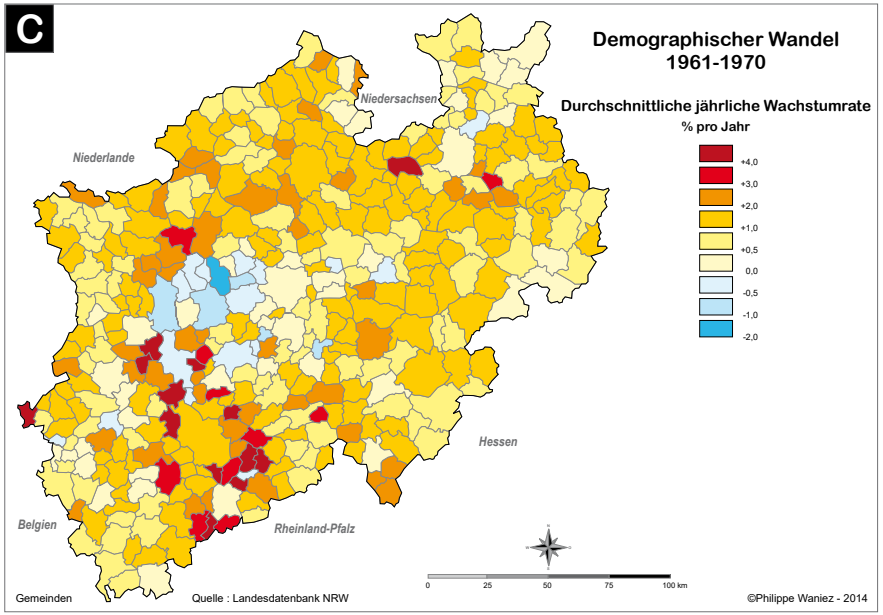
1939-1950: Die mehr oder weniger schnelle Aufhebung der Verluste durch den Krieg

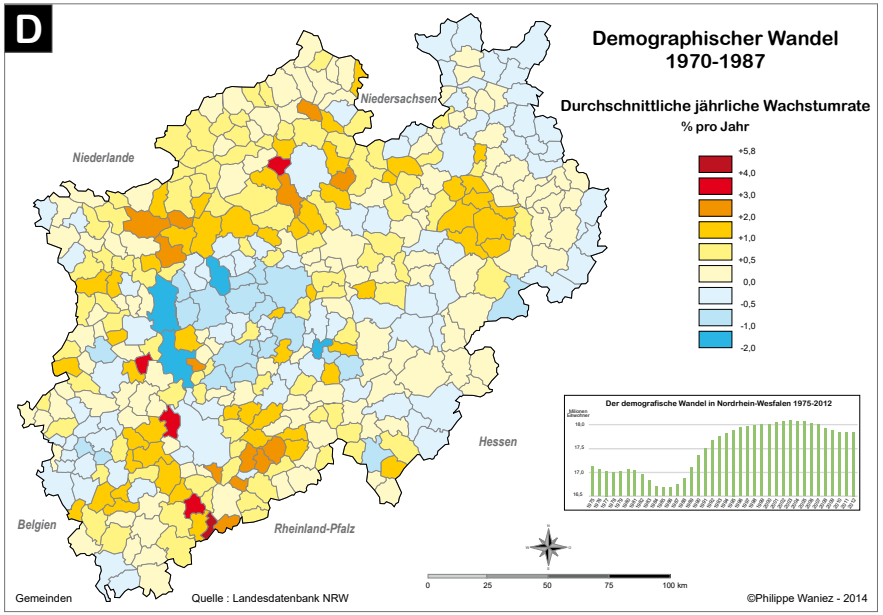
Nach sechs Jahren Krieg und fünf Jahren wieder hergestellten Friedens, erhöhte sich die Bevölkerung in NRW von 11.935.336 auf 13.197.008 Einwohner, ein Anstieg von 1.261.672 Menschen. Anders ausgedrückt scheinen die Verluste, die der Krieg verursacht hatte nur in einigen Jahren nach Ende der Kampfhandlungen aufgehoben. Diese Wirkung erklärt sich aus zwei übereinstimmenden Phänomenen. An erster Stelle muss man sich daran erinnern, dass dieses Land einen beträchtlichen Teil deutscher Vertriebener aus den östlichen Gebieten des 3. Reichs aufgenommen hatte: Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Ostbrandenburg und Sudetenland. Die Gesamtzahl der Vertriebenen beläuft sich auf 11.935.000 Menschen, davon 3.911.000, die in die DDR flüchteten und 8.024.000 in die BRD. Das Land NRW allein hatet 1.332.000 Vertriebene aufgenommen. Dieser Anteil ist höher als die Bevölkerungszunahme von 1939 bis 1950 (3). Hinzu kommt der Anstieg der Geburten nach sechs Jahren Krieg, weswegen einige der Geburten verzögert waren (Männer, die an die Front geschickt wurden, Schwierigkeiten, der jungen Menschen eine Familie gründen zu können, Entbehrungen jeglicher Art…). Dieser Aufholprozess wurde noch bis Mitte 1960 fortgesetzt.

Auf der Karte der Bevölkerungsentwicklung zwischen 1939 und 1950 (**Karte 3A)**, tragen noch viele Großstädte die Narben des Krieges. Dies ist besonders in Köln der Fall. Die Stadt hatte 153.948 Einwohner verloren und die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate lag bei -1,9%. Aber dies war kein Einzelfall: Düsseldorf, Dortmund, Wuppertal, Aachen und Münster waren von erheblichen Verlusten gekennzeichnet, jedoch weniger stark als Köln. Im Allgemeinen scheinen sich die ländlichen Gebiete sich leichter von den Auswirkungen zu erholen, als die städtischen Gebiete. Das ist deutlich erkennbar in der östlichen Hälfte, vom Münsterland bis Teutoburger Wald, dann das Sauerland und bis ins Bergische Land. In all diesen Regionen zeigen die Kommunen Bevölkerungszunahmen im Vergleich zu 1939 und starke positive Veränderungsraten. Zweifellos muss man in diesem städtisch/ ländlichen Gegensatz eine Folge der systematischen Bombardierung von Städten und Industriegebieten durch die alliierten Streitkräfte, einschließlich des Ruhrgebiets von 1943 (4), und die fast völlige Zerstörung der Stadtzentren (5) sehen. In der westlichen Hälfte des Landes NRW, die Gegenstand von erbitterten Kämpfen gegen den Durchbruch an der Grenze des Reiches im Jahre 1944 (Operation Queen, (6)) war, erscheinen niedrigere Änderungsraten und sogar negative für einige Gemeinden zwischen Dahlem und Jülich.


A
Demographischer Wandel
1939-1950
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
+5,6
+4,0
+3,0
+2,0
+1,0
+0,5
0,0
-0,5
-1,0
-2,5
Einwohner Zunahme / Abnahme
+52 246 Bielefeld
+35 330 Bonn
+10 242 Siegen
-7 635 Düren
-34 132 Düsseldorf
-153 948 Köln
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


B
Demographischer Wandel
1950-1961
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
+6,6
+4,0
+3,0
+2,0
+1,0
+0,5
0,0
-0,5
-1,0
-2,1
Niedersachsen
Niederlande
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


C
Demographischer Wandel
1961-1970
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
+4,0
+3,0
+2,0
+1,0
+0,5
0,0
-0,5
-1,0
-2,0
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


D
Demographischer Wandel
1970-1987
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
+5,8
+4,0
+3,0
+2,0
+1,0
+0,5
0,0
-0,5
-1,0
-2,0
Der demografische Wandel in Nordrhein-Wesfalen 1975-2012
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karten 3

Zusammenfassend hatten im Jahre 1950, die städtischen und industriellen Hauptzentren die Bevölkerungszahl der Vorkriegszeit noch nicht wieder erlangt; die ländlichen Regionen des Nordens, des Ostens und des Südens zeigten eine positive Entwicklung; der Westen erholte sich nur langsam von seinen Verlusten.

1950-1961: der Wiederaufbau begleitet durch eine starke Bevölkerungszunahme

Während dieser 11 Jahre gewann NRW 2.704.671 Einwohner, was einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von 1,7% entsprach. Das heißt, die höchste Rate der hier untersuchten fünf Perioden. Es gab eine völlige Trendwende (**Karte 3B)**. Auf der einen Seite zeigten die Dörfer im Osten des Landes negative Veränderungsraten, während die Situation sich in den westlichen Städten NRWs verbesserte. Auf der anderen Seite stieg die Bevölkerung in den wichtigen Städten enorm an: +250.152 Einwohner in Köln, +196.480 in Düsseldorf, +136.264 in Duisburg, +135.245 in Dortmund und +123.325 in Essen. Die jährliche durchschnittliche Veränderungsrate in den großen Städten lagen in der Regel zwischen 2 (+2,1% in Aachen) und +3,5% (+3,5% in Münster, während das Münsterland an Einwohner verlor). Die Wachstumsraten schienen jedoch im Ruhrgebiet weniger hoch (im Allgemeinen unter +2,0%) als auf der Rheinachse, wo sie generell 2,5% überstiegen (+2,9% in Köln, +3,1 in Düsseldorf).

Im Laufe dieser Wiederaufbauphase hatte sich der Produktionsapparat von NRW, aber auch generell von Deutschland, wieder in Gang gesetzt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften führte zu einer leistungsfähigen demografischen Stärkung zu Gunsten der städtischen und industriellen Räume.

1961-1970: Der demografische Wachstumsrückgang und die Anfänge einer Krise

In dieser Periode gab es einen deutlichen Wachstumsrückgang der Bevölkerung. NRW gewann zwar 1.012.434 Einwohner, aber die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate erreichte nur +0,69%. Im Allgemeinen verloren die ländlichen Gebiete nicht ihre Einwohner, auch nicht das vorher defizitäre Sauerland. (**Karte 3C**) Aber ein neues Phänomen erschien: der größte Teil der Kommunen des Ruhrgebiets begann, einen Teil seiner Bevölkerung zu verlieren, Gelsenkirchen zum Beispiel bis zu -1,0% pro Jahr. Man kann in dieser Entwicklung die Ankündigung des Endes der „fetten Jahre“ sehen, während derer sich die Stahlindustrie auf ausländische Arbeitskräfte für die schnell wachsende Nachfrage bei der Herstellung von Stahl verlassen musste.

1970-1987: Die Stahlkrise und demografische Stagnation

Diese 17 Jahre waren durch die demografische Stagnation mit einem allgemeinen Abwärtstrend gekennzeichnet: -202.268 Einwohner und, angesichts der Länge dieser Periode mit einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate nahe Null (-0.07%), rechtfertigen den Begriff Stagnation. Es war der erste Öl Schock nach dem die Wirtschaftskrise begann. Der Bereich der Stahlproduktion, wesentlich für die Wirtschaft des Landes NRW, stand dann einer starken internationalen Konkurrenz gegenüber, insbesondere der japanischen. Mitte der 1970er Jahre waren noch zwanzig Hochöfen im Ruhrgebiet in Betrieb; im Jahr 1988 waren es nicht mehr als 8, davon nur 4, die die vollständige Palette der Produkte herstellte. In diesem Zeitraum sank die Zahl, der von der Stahlindustrie Beschäftigten, von 283.000 auf nur

157.000, ein Verlust von 126.000 Arbeitsplätzen (7). 1986 war das Jahr mit der geringsten Bevölkerung seit 1965 mit nur 16.674.001 Einwohnern für das gesamte Bundesland.

Die demografischen Folgen der Stahlkrise gingen weit über das Ruhrgebiet hinaus. Das gesamte Herz des Landes war betroffen (**Karte 3D**) einschließlich der Städte, die vielfältigere Wirtschaftsmittel hatten, wie Düsseldorf (-108.468 Bewohner) und Köln (-65.708 Bewohner). Die Industrieregionen von Aachen, Mönchengladbach, Bielefeld, Minden, Siegen… blieben ebenfalls nicht verschont. Unter diesen ungünstigen Rahmenbedingungen für die Industrie, setzten sich die ländlichen Gebiete besser durch, insbesondere die Region Paderborn, Erfttal und vor allem das Münsterland (seine Hauptstadt Münster verlor jedoch 5.761 Einwohner).

Zusammenfassend verursachte die Stahlkrise, in den gesamten industriellen und städtischen Regionen von NRW, eine beachtlichen Erschütterung, die sich, in einem mehr oder weniger betonten Bevölkerungsrückgang spiegelte. Die ländlichen Regionen überstanden diese Rezession besser. Insgesamt erscheint jedoch die demografische Bilanz negativ.

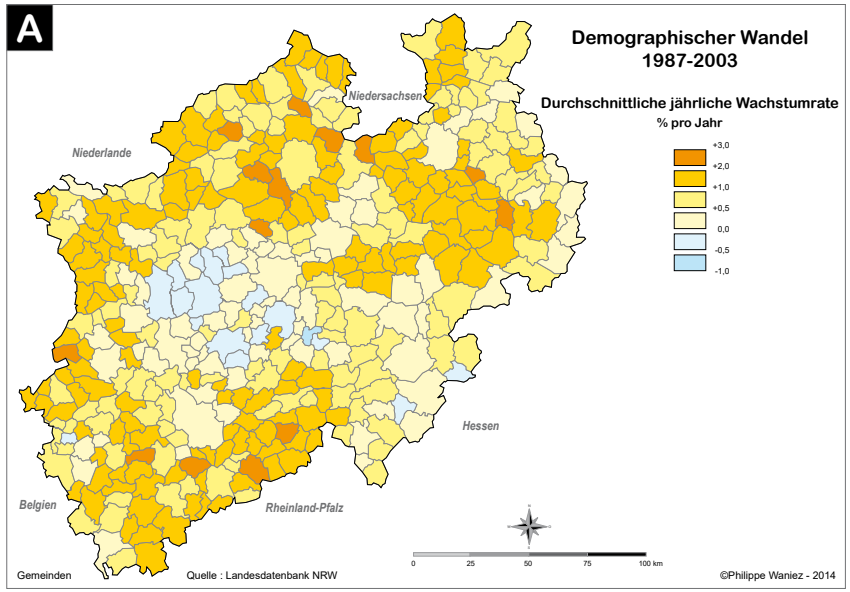
1987-2003: Das Bevölkerungswachstum erholt sich

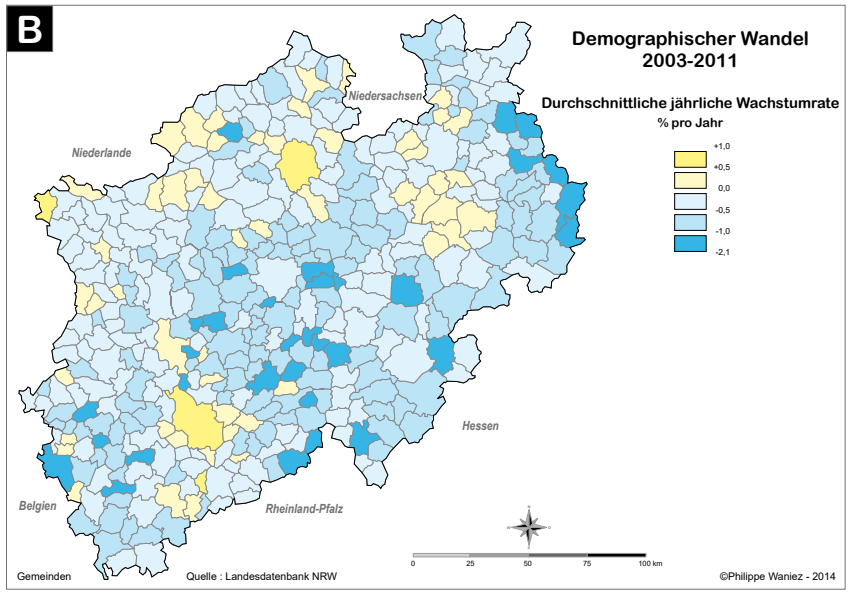
Im Jahr 1987, stieg die Anzahl der Bevölkerung von NRW wieder an und erreichte im Jahr 2003 seinen Maximalwert mit 18.079.686 Einwohnern. Dies entspricht einer Zunahme von 1.367.841 Menschen und einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von +0,49%, jedoch ist die Rate noch niedriger als in anderen Zeiten des Wachstums.

Aber durch die Unfähigkeit der Städte des Ruhrgebiets aus ihrem Bevölkerungsrückgang heraus zu finden (**Karte 4A**) blieb noch ein schwarzer Fleck in diesem insgesamt positiven Trend. Zu diesen Städten fügten sich Wuppertal und Remscheid ein, die ebenfalls in keiner besseren Situation waren. Im Gegensatz dazu haben die anderen großen Städte von NRW wie Köln, Düsseldorf, Bielefeld, Aachen, Bonn und Münster positive Raten, blei ben jedoch unter einem Prozent (+0,74% in Bonn, Aachen +0,69%). Im östlichen Teil des Landes, vom Teutoburger Wald bis zum Siegerland ein bescheidenes Wachstum von weniger als +0,5%, gibt diesen Mittelgebirgsraum ein dynamischeres Bild als in der Vorperiode. Erneut zeigen die ländlichen Gegenden deutlich positive Werte, besonders in den Gegenden von Münster, von Gütersloh und von Paderborn, dem Bergischen Land und der Gegend von Bonn, sowie in einem Teil der Eifel und des Niederrheins.

2003-2011: Die Stagnation setzt wieder ein

Nach 13 Jahren des Bevölkerungswachstums (1987-2000), wird NRW die mehr als 18-Millionen-Bevölkerung von 2000 bis 2006 nur für 7 Jahre halten Ab 2007 begann eine neue Stagnationsphase mit dem Verlust von 541.435 Personen auf unter 18 Millionen Einwohner. Fast alle Gemeinden des Bundeslandes waren vom Rückgang betroffen (**Karte 4B**). Nur einige große Städte breiteten sich noch bescheiden aus: Köln, Düsseldorf, Münster. Die Region von Paderborn konnte ebenfalls standhalten. Andere Städte verloren ihre Bevölkerung, darunter Aachen und Siegen, und in geringerem Maße auch die meisten Städte des Ruhrgebiets und der Bergischen Drei. Das Bild, das die Karte abgibt, ist das eines Landes mit einer fallend stagnierenden Demografie.



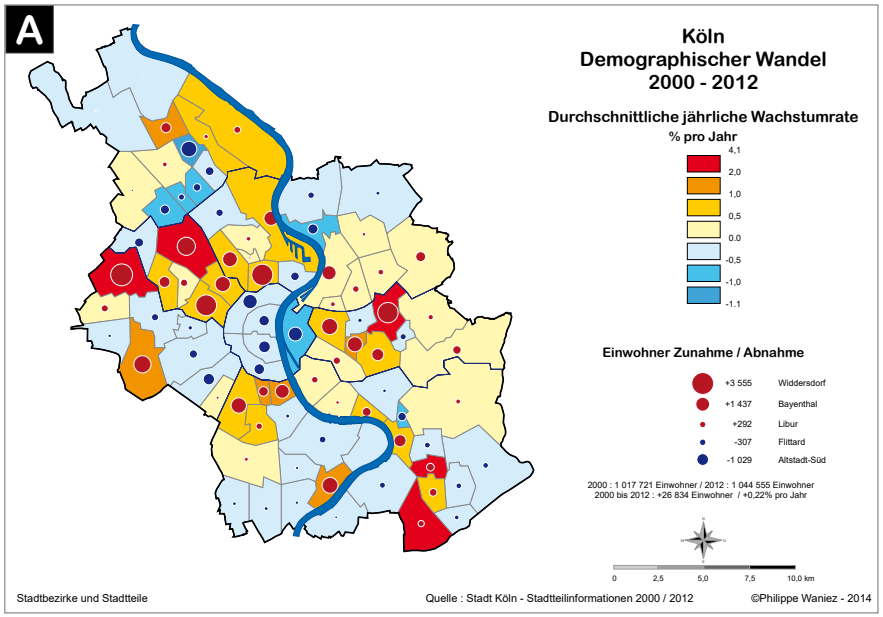


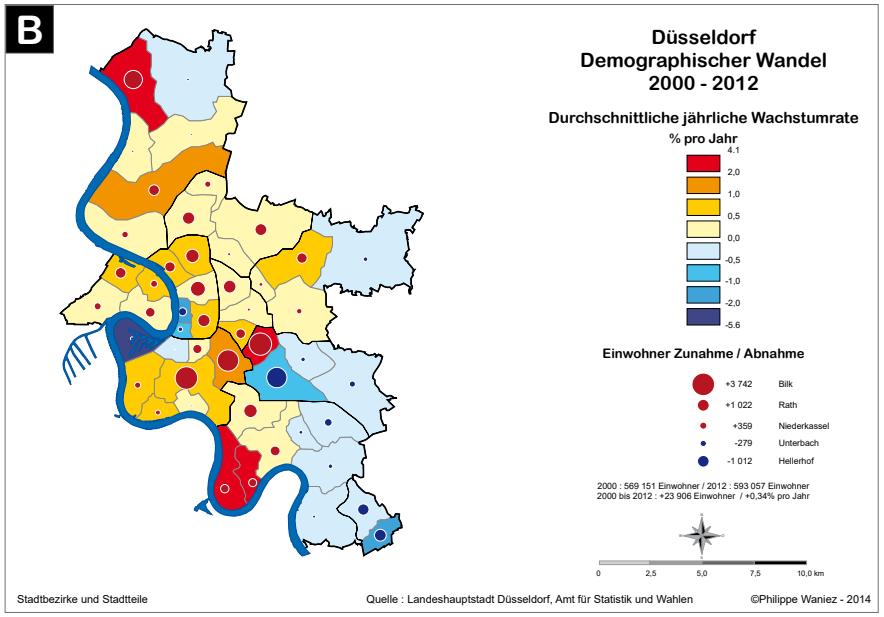
3. Das Bevölkerungswachstum der Städte in Nordrhein-Westfalen

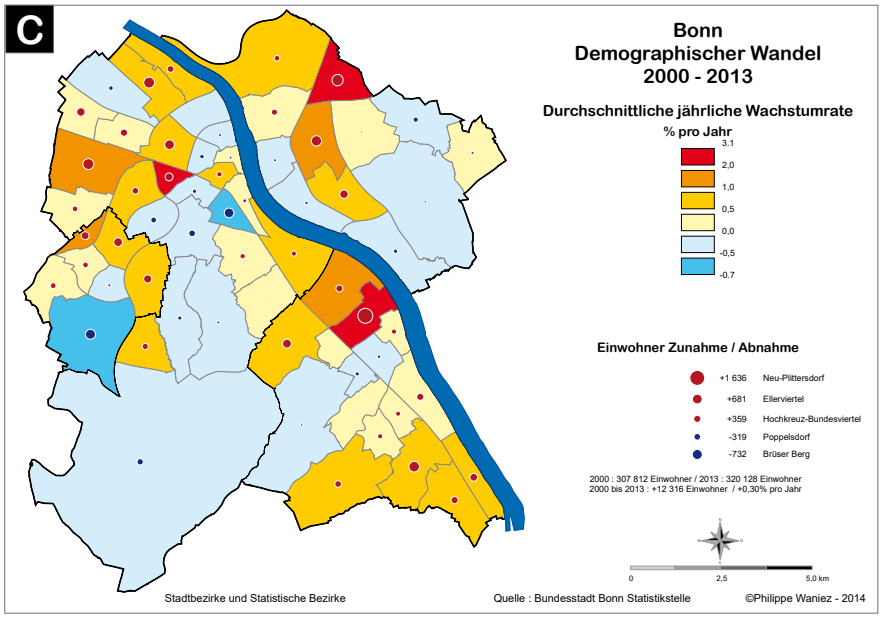
Die jährliche durchschnittliche Veränderungsrate der Bevölkerung der acht großen Städte in NRW (Köln, Düsseldorf, Bonn, Wuppertal, Münster, Bielefeld, Aachen und Mönchengladbach) im Kapitel über die Bevölkerungsdichten sind durch infra-kommunale Einteilungen kartografiert (Stadtteile) (**Karten 5A bis 5D** und **6A bis 6D**). Für die Kernzone des Ruhrgebiets wurde genauso vorgegangen, dort fehlen einige Kommunen, weil ihre statistischen Ämter nicht über Daten von 2000 verfügen. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre 2000 bis 2012 oder 2013 und bezieht sich auf der Grundlage der verfügbaren Daten.

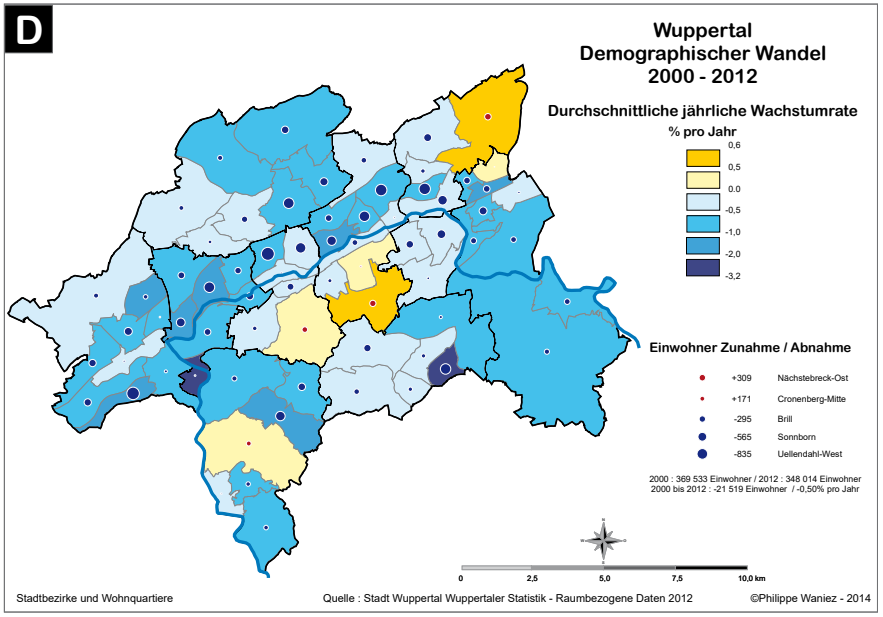
Die Veränderungsraten spiegeln nicht die Unterschiede der betroffenen Anzahl der Einwohner. Aus diesem Grund sind in der Karte die dargestellten Werte in den Farbbereichen durch die Veränderungsrate ergänzt, die positiv sein kann (rote Kreise) oder negativ (blaue Kreise). Man kann so die Werte vergleichen und gleichzeitig die Zunahme oder die Verluste erkennen, die sie in Bezug auf die Bevölkerung wiedergeben.

Köln, Düsseldorf, Bonn, Münster und Bielefeld erscheinen im Wachstum. Münster steht an erster Stelle mit +19.060 Einwohnern, das ist eine Steigerungsrate von +0,51% pro Jahr. Sie werden gefolgt von Düsseldorf (+0,34%), Bonn (+0,30%), Köln (+0,22%) und Bielefeld (+0,12%). Aachen stagniert mit nur -0,08%. Während derselben Periode verlieren jedes Jahr Mönchengladbach (-0,25%) und Wuppertal (-0,50%) einen kleinen Teil ihrer Bevölkerung.

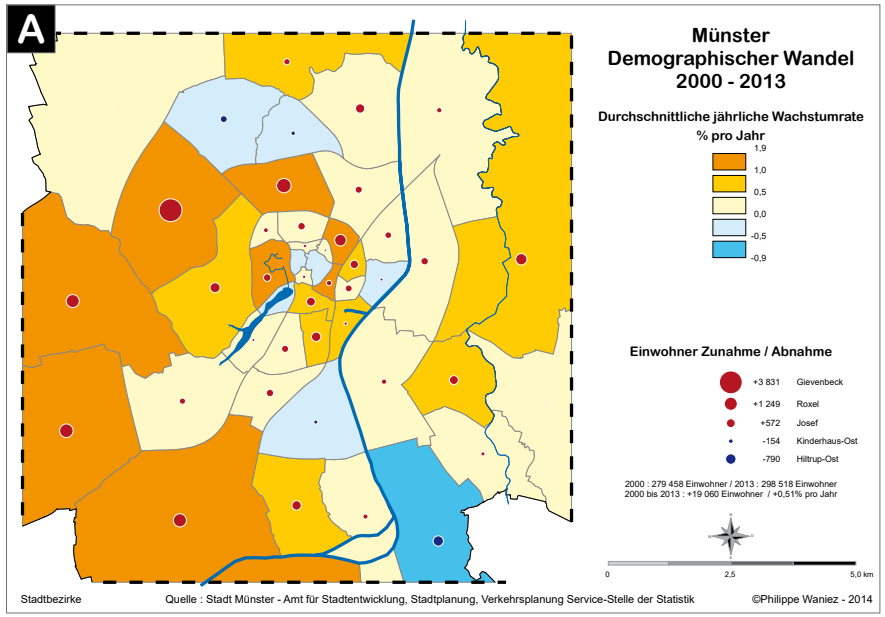

A
Köln
Demographischer Wandel
2000 - 2012
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
4,1
2,0
1,0
0,5
0,0
-0,5
-1,0
-1,1
Einwohner Zunahme / Abnahme
+3 555 Widdersdorf
+1 437 Bayenthal
+292 Libur
-307 Flittard
-1 029 Altstadt-Süd
2000 : 1 017 721 Einwohner / 2012 : 1 044 555 Einwohner
2000 bis 2012 : +26 834 Einwohner / +0,22% pro Jahr
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2000 / 2012
©Philippe Waniez - 2014

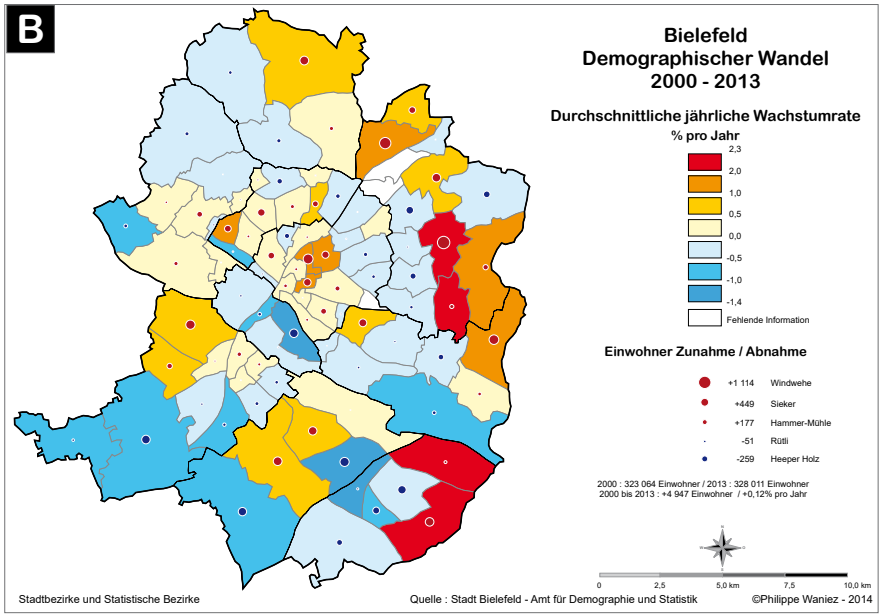

B
Düsseldorf
Demographischer Wandel
2000 - 2012
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
4.1
2,0
1,0
0,5
0,0
-0,5
-1,0
-2,0
-5.6
Einwohner Zunahme / Abnahme
+3 742 Bilk
+1 022 Rath
+359 Niederkassel
-279 Unterbach
-1 012 Hellerhof
2000 : 569 151 Einwohner / 2012 : 593 057 Einwohner
2000 bis 2012 : +23 906 Einwohner / +0,34% pro Jahr
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014

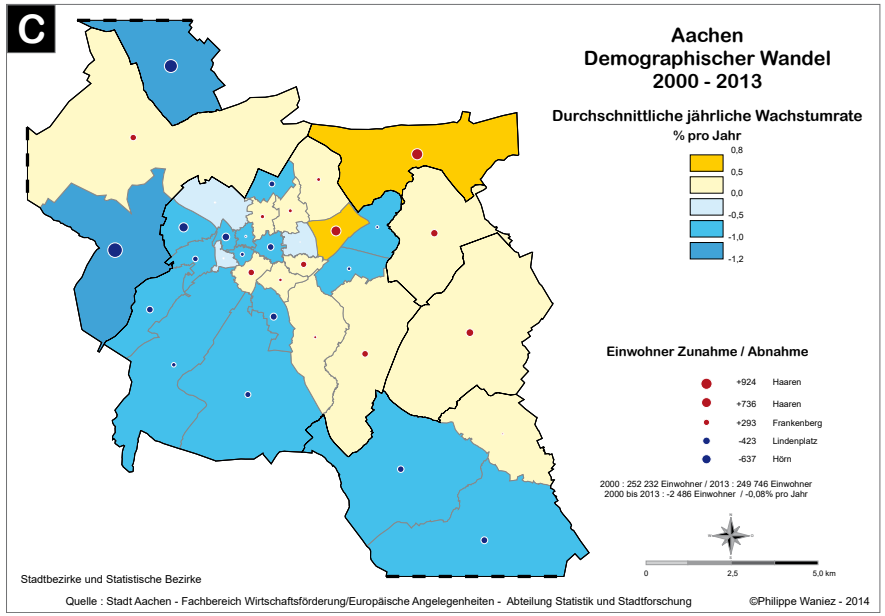

C
Bonn
Demographischer Wandel
2000 - 2013
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
3.1
2,0
1,0
0,5
0,0
-0,5
-0.7
Einwohner Zunahme / Abnahme
+1 636 Neu-Plittersdorf
+681 Ellerviertel
+359 Hochkreuz-Bundesviertel
-319 Poppelsdorf
-732 Brüser Berg
2000 : 307 812 Einwohner / 2013 : 320 128 Einwohner
2000 bis 2013 : +12 316 Einwohner / +0,30% pro Jahr
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2014

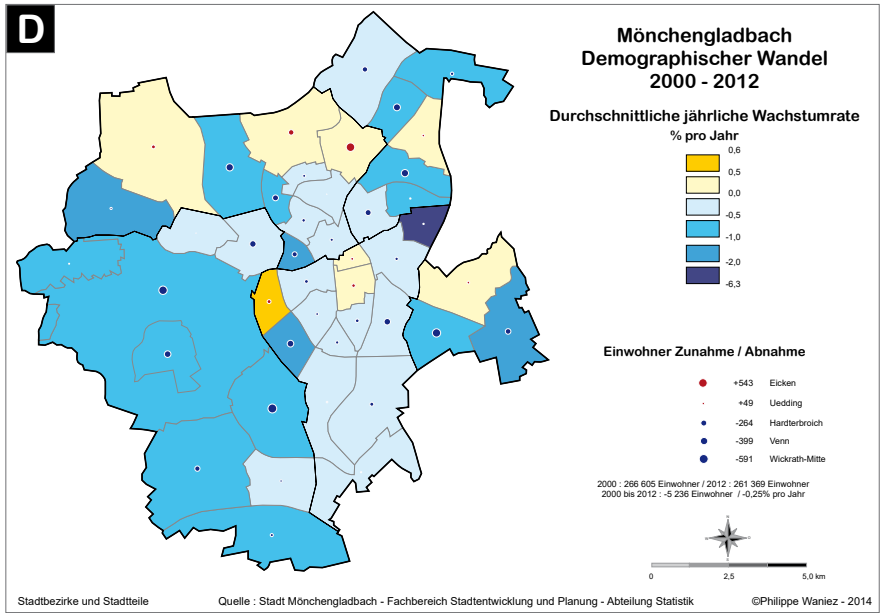

D
Wuppertal
Demographischer Wandel
2000 - 2012
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
0,6
0,5
0,0
-0,5
-1,0
-2,0
-3,2
Einwohner Zunahme / Abnahme
+309 Nächstebreck-Ost
+171 Cronenberg-Mitte
-295 Brill
-565 Sonnborn
-835 Uellendahl-West
2000 : 369 533 Einwohner / 2012 : 348 014 Einwohner
2000 bis 2012 : -21 519 Einwohner / -0,50% pro Jahr
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2012
©Philippe Waniez - 2014

Karten 5


A
Münster
Demographischer Wandel
2000 - 2013
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
1,9
1,0
0,5
0,0
-0,5
-0,9
Einwohner Zunahme / Abnahme
+3 831 Gievenbeck
+1 249 Roxel
+572 Josef
-154 Kinderhaus-Ost
-790 Hiltrup-Ost
2000 : 279 458 Einwohner / 2013 : 298 518 Einwohner
2000 bis 2013 : +19 060 Einwohner / +0,51% pro Jahr
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung Service-Stelle der Statistik
©Philippe Waniez - 2014


B
Bielefeld
Demographischer Wandel
2000 - 2013
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
2,3
2,0
1,0
0,5
0,0
-0,5
-1,0
-1,4
Fehlende Information
Einwohner Zunahme / Abnahme
+1 114 Windwehe
+449 Sieker
+177 Hammer-Mühle
-51 Rütli
-259 Heeper Holz
2000 : 323 064 Einwohner / 2013 : 328 011 Einwohner
2000 bis 2013 : +4 947 Einwohner / +0,12% pro Jahr
0 2,5 5,0 km 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Stadt Bielefeld - Amt für Demographie und Statistik
©Philippe Waniez - 2014


C
Aachen
Demographischer Wandel
2000 - 2013
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
0,8
0,5
0,0
-0,5
-1,0
-1,2
Einwohner Zunahme / Abnahme
+924 Haaren
+736 Haaren
+293 Frankenberg
-423 Lindenplatz
-637 Hörn
2000 : 252 232 Einwohner / 2013 : 249 746 Einwohner
2000 bis 2013 : -2 486 Einwohner / -0,08% pro Jahr
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - Abteilung Statistik und Stadtforschung
©Philippe Waniez - 2014


D
Mönchengladbach
Demographischer Wandel
2000 - 2012
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
0,6
0,5
0,0
-0,5
-1,0
-2,0
-6,3
Einwohner Zunahme / Abnahme
+543 Eicken
+49 Uedding
-264 Hardterbroich
-399 Venn
-591 Wickrath-Mitte
2000 : 266 605 Einwohner / 2012 : 261 369 Einwohner
2000 bis 2012 : -5 236 Einwohner / -0,25% pro Jahr
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Mönchengladbach - Fachbereich Stadtentwicklung und Planung - Abteilung Statistik
©Philippe Waniez - 2014

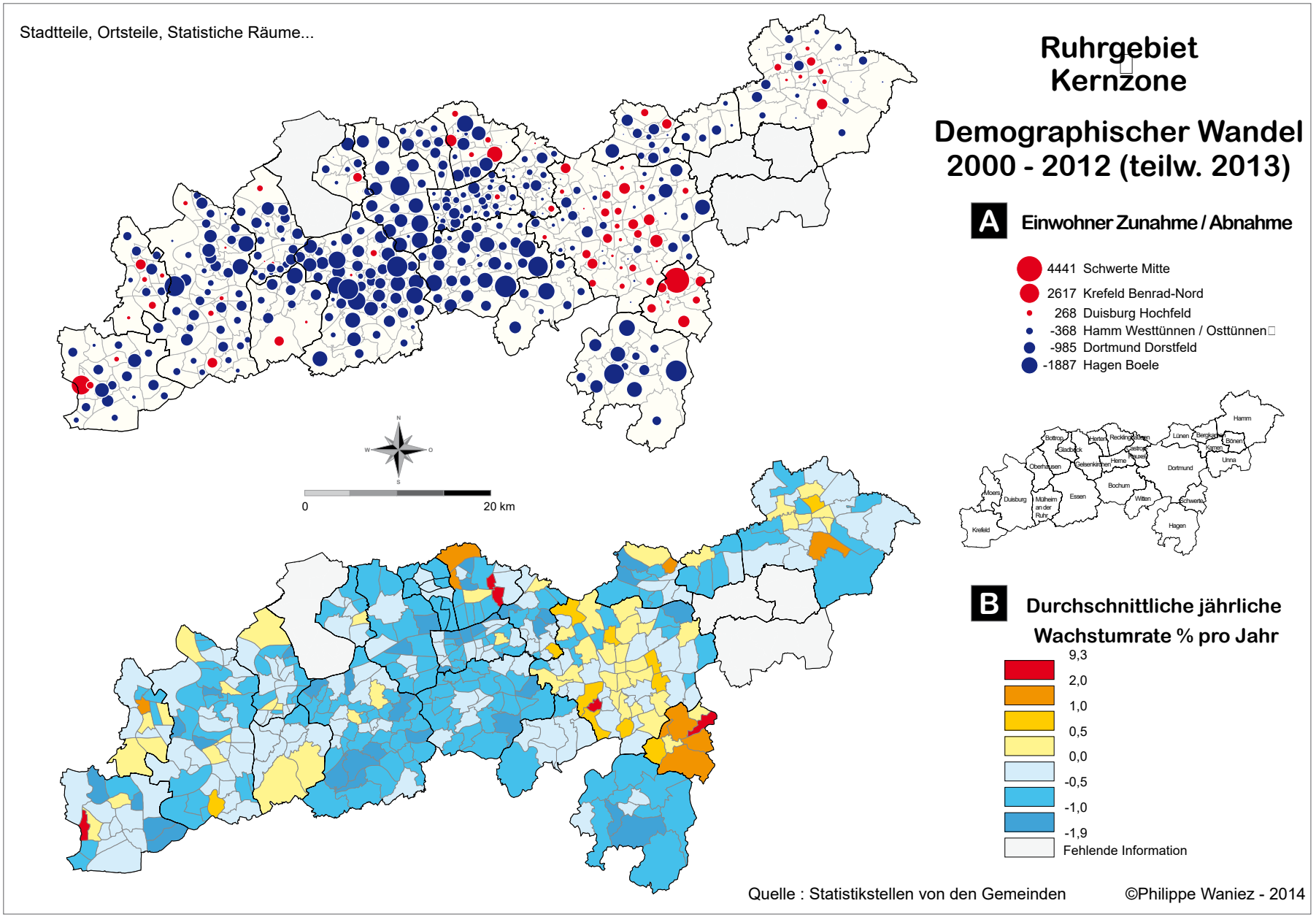
Karten 6

Die Städte, die sich im Wachstum befinden, verlieren in der Regel in den Innenstädten einen mehr oder weniger großen Teil ihrer Bevölkerung. Dieses Phänomen ist in Köln spürbarer als in den anderen Städten. Die Bevölkerungszunahme findet oft in dem Ring statt der unmittelbar das Zentrum umfasst (Ehrenfeld, Nippes, Kalk, Bayenthal), in Düsseldorf umfasst dieser Ring Bilk, Oberbilk, Derendorf, dies ist auch in Münster deutlich. Aber dieses Anwachsen ereignet sich ebenfalls in entfernten Bezirken, entweder zum ersten Ring hinzukommend, wie in Köln, Düsseldorf, Bonn oder Münster (Gievenbeck, Uppenberg), oder auf isoliertere Weise, wie in Bielefeld. Außer in Münster, gibt es auch „Inseln“ mit hohem Wachstum. Diese Ansiedlungen entstehen dort, wo eine höhere Attraktivität des Wohnraums durch die Umgestaltung alter Industriegebiete und der Entwicklung von Lebensraum geschaffen wird. Mit einer Tendenz zu mehr oder weniger ausgeprägten sozialen Trennung: Ossendorf und Widdersdorf für Köln, Lierenfeld und Wittlaer in Düsseldorf, Neu - Plittersdorf und Villich-Müldorf in Bonn.

In den Städten mit Bevölkerungsabnahme sind manchmal einige Bezirke mit positiven Entwicklungen ausgewiesen, aber in diesem Fall sind die Zahlen gering, in einer Größenordnung von ein paar hundert Einwohnern. In Aachen, gibt es eine klare Asymmetrie Nordwest / Südost, aber mit sehr niedrigen Zahlen im Norden (wachsend) oder Süden (abnehmend): Dies bestätigt den Eindruck der Stagnation der im Allgemeinen von dieser Stadt auf der demografischen Karte entsteht. Das gleiche kann für Mönchengladbach ausgesagt werden. In Wuppertal, ist der Rückgang umso schwerer, als der Verlust sich auf fast 20.000 Menschen beläuft; darüber hinaus zeigen nur 6 Bezirke eine recht bescheidene Zunahme. Alle Teile der Stadt sind betroffen: das rechte Wupperufer mit bedeutenden Verlusten von Oberbarmen bis Vohwinkel, aber auch die nachbarschaftlichen Bezirke von Cronenberg, Uellendahl-Katernberg und Langerfeld-Beyenburg.

Die zwei Karten der Kernzone des Ruhrgebiets (**Karten 7A** und **7B**) bringen das demografische Drama deutlich zum Ausdruck, das dem Fall der Wirtschaft in der Region gefolgt ist. Abgesehen von Dortmund und vielleicht Schwerte (deren Daten von 2013 im Vergleich zu denjenigen der Volkszählung von 2011 höher bewertet wurden) verlieren fast alle Bezirke mehr oder weniger massiv ihre Bevölkerung. Die negativen Raten dominieren weitgehend von Krefeld bis Hamm. Obwohl Dortmund gesünder erscheint als andere Städte, spiegelt die Bilanz die Stagnation: -1.492 Einwohner und -0.02%.

Auch wenn die demografische Entwicklung eher im Rückgang oder der Stagnation in der Kernzone Ruhrgebiet in einer großen Gleichheit erscheint, so zeigen die Städte im Wachstum, die hier kartografiert sind, eine große Entwicklungsvielfalt an. Das erklärt zweifellos die interne Reorganisation, dieser Städte und die Anpassung ihrer räumlichen Strukturierung mit den neuen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, die man dabei antrifft. Der demografische Niedergang des Ruhrgebietes scheint so noch dramatischer.


Stadtteile, Ortsteile, Statistiche Räume...
Ruhrgebiet
Kernzone
Demographischer Wandel
2000 - 2012 (teilw. 2013)
A
Einwohner Zunahme / Abnahme
4441 Schwerte Mitte
2617 Krefeld Benrad-Nord
268 Duisburg Hochfeld
-368 Hamm Westtünnen / Osttünnen
-985 Dortmund Dorstfeld
-1887 Hagen Boele
N
W
O
S
0
20 km
Hamm
Bottrop
Herten
Recklinghausen
Lünen
Bergkamen
Bönen
Gladbeck
Castrop-Rauxel
Kamen
Unna
Oberhausen
Gelsenkirchen
Herne
Dortmund
Moers
Duisburg
Mülheim an der Ruhr
Essen
Bochum
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
B
Durchschnittliche jährliche
Wachstumrate % pro Jahr
9,3
2,0
1,0
0,5
0,0
-0,5
-1,0
-1,9
Fehlende Information
Quelle : Statistikstellen von den Gemeinden
©Philippe Waniez - 2014

Karten 7

4. Bevölkerungsprognosen für das Jahr 2030

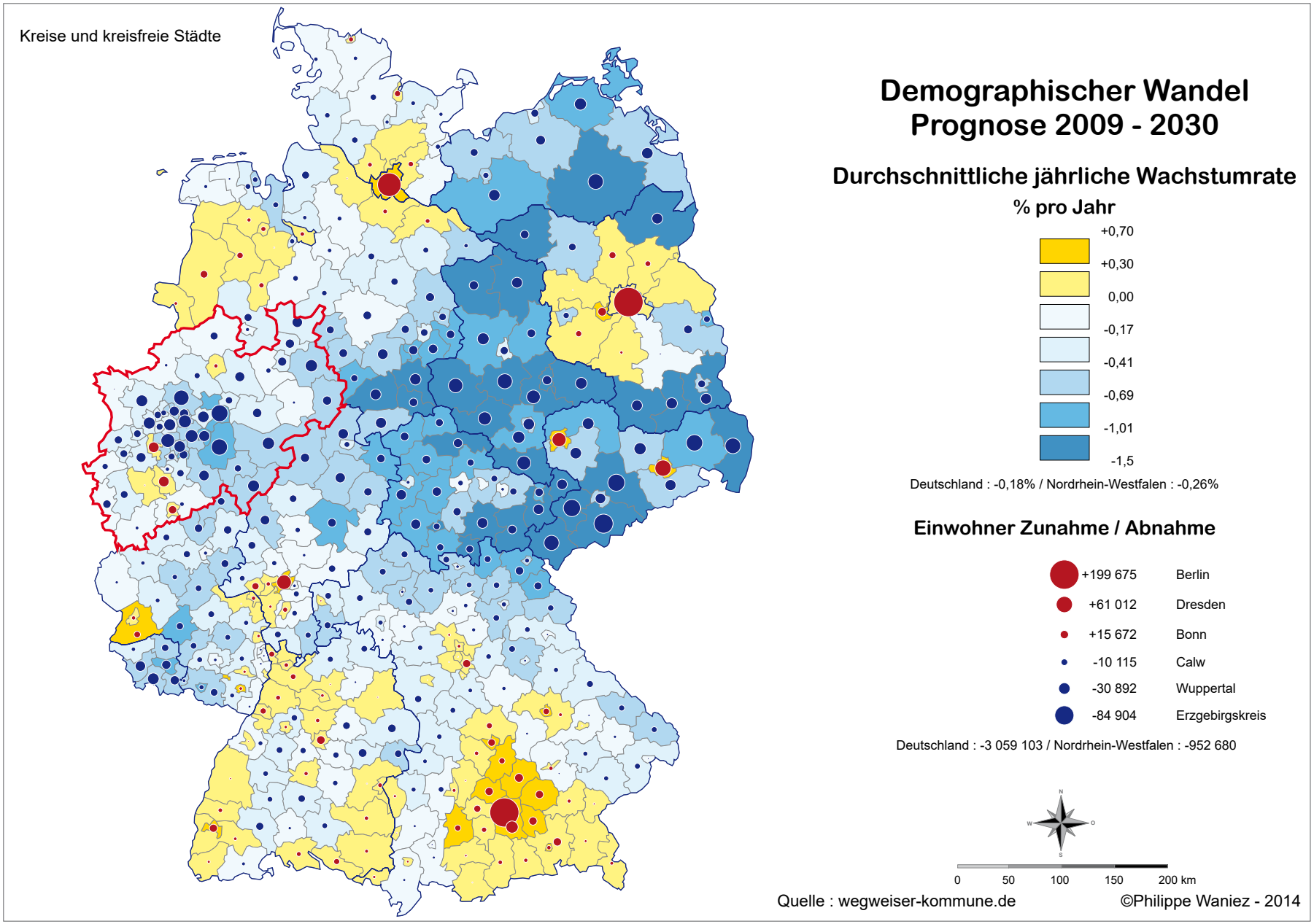
Die Internet-Seite http://www.wegweiser-kommune.de/ schlägt eine Reihe von statistischen, grafischen und kartografischen Mitteln vor, die es erlauben, die Demografie der Kommunen Deutschlands besser zu verstehen. Seine Forscher haben eine Reihe von Vorhersagen über die Bevölkerungsstruktur der Kommunen, Kreise und Länder im Jahr 2030 entwickelt. Wie bereits erwähnt, erlebt die Entwicklung der Bevölkerung von NRW häufige Rückschläge: einer Wachstumsphase folgt eine Phase der Stagnation oder Rezession. Solche Vorhersagen, basierend auf statistischen Modellen, die die Trends unter Berücksichtigung der beobachteten Strukturen von 2009 weiterführen, sollten nicht für bare Münze genommen werden. Sie erlauben trotzdem, die möglichen Entwicklungen in Betracht zu ziehen und geben den Regierenden die Möglichkeit, sich darauf vorzubereiten, denn „zu regieren, das ist vorhersehen“ (8)!

Der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) hat auch seine Bevölkerungsprognose berechnet, allerdings unter Berücksichtigung des Jahres 2011 statt 2009. Die auf seiner Website veröffentlichten Ergebnisse sind ausschließlich für kreisangehörige Gemeinden, d.h. auf 10.479.122 Einwohner im Jahr 2011 (weil die kreisfreien Städte nicht in diesen Schätzungen erscheinen). Für die 373 betroffenen Gemeinden unterscheiden sich die Schätzungen wenig: 9.904.142 im Jahr 2030 von IT.NRW zu 9.852.459 von wegweiser-kommune.de. In beiden Fällen ist der Bevölkerungsverlust beträchtlich -574.980 Einwohner im Vergleich zu 2011 bei IT.NRW und -626.663 bei wegweiser-kommune.de. Man kann daher der Ansicht sein, dass die demografischen Modelle einheitliche Ergebnisse für das Jahr 2030 bringen.

Die Bevölkerungsschätzungen für Deutschland in 2030

Nach wegweiser-kommune.de sollte Deutschland ungefähr 3,7% seiner Bevölkerung zwischen 2009 und 2030 verlieren, was eine Verminderung der Bevölkerung in der Größenordnung von 3 Millionen Einwohnern bedeutet. Diese Rezession ist auf die Alterung zurückzuführen, das Durchschnittsalter steigt von 44 auf 49 Jahre.

Im Vergleich zu den demografischen Veränderungen zwischen 2000 und 2012 und der Prognosekarte 2009-2030 (**Karte 8**) zeigen sich gleich große Einbrüche, insbesondere ist der Rückgang in der ehemaligen DDR ungebrochen. Allerdings erscheinen einige Unterschiede. Am eindrucksvollsten ist Berlin betroffen, das mit einem signifikanten Anstieg (+199.675) ausgewiesen wird während die deutsche Hauptstadt vormals mit Stagnation charakterisiert war. Wer diese Stadt kennt, weiß, wie sich Berlin entwickelt hat seitdem sie ihren Status der Bundeshauptstadt am 3. Oktober 1990 wieder erlangt hat. Die Übertragung von Dienstleistungen aus der Landes-und Bundesinfrastruktur steigert das Wachstum in der Region. Die demografischen Antriebsrollen einiger Großstädte erscheinen mehr wie eine Bestätigung, als eine Neuheit. Dies ist besonders in München der Fall, hier sollten 196.905 Einwohner dazu kommen, aber mit einer deutlichen Verlangsamung des Wachstums: +0,49% pro Jahr (+0,82% zuvor). Der Großraum München setzt ebenfalls seine Ausdehnung fort. Hamburg wird aus der Stagnation kommen, mit einem Plus von +127.745 Personen und einer durchschnittlichen Bevölkerungsentwicklungsrate von +0,33% (zuvor 0,09%). weiter ausbreiten, aber in geringerem Tempo.


Kreise und kreisfreie Städte
Demographischer Wandel
Prognose 2009 - 2030
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
+0,70
+0,30
0,00
-0,17
-0,41
-0,69
-1,01
-1,5
Deutschland : -0,18% / Nordrhein-Westfalen : -0,26%
Einwohner Zunahme / Abnahme
+199 675 Berlin
+61 012 Dresden
+15 672 Bonn
-10 115 Calw
-30 892 Wuppertal
-84 904 Erzgebirgskreis
Deutschland : -3 059 103 / Nordrhein-Westfalen : -952 680
N
W
O
S
0 50 100 150 200 km
Quelle : wegweiser-kommune.de
©Philippe Waniez - 2014

Karte 8

Wachstumsinseln in Sachsen, Leipzig und Dresden werden sich weiter ausbreiten, aber in geringerem Tempo. Man wird auch eine Verlangsamung des Wachstums in Frankfurt am Main beobachten: nur +0,33% gegenüber +0,52% vorher.

Zusammenfassend werden in ganz Deutschland, die Verliererregionen in ihren Verlusten bestätigt, während die Zunahme der Bevölkerung in den Gewinnerregionen anwachsen werden; in diesem Zusammenhang, erscheint Berlin als die Ausnahme, die die Regel bestätigt.

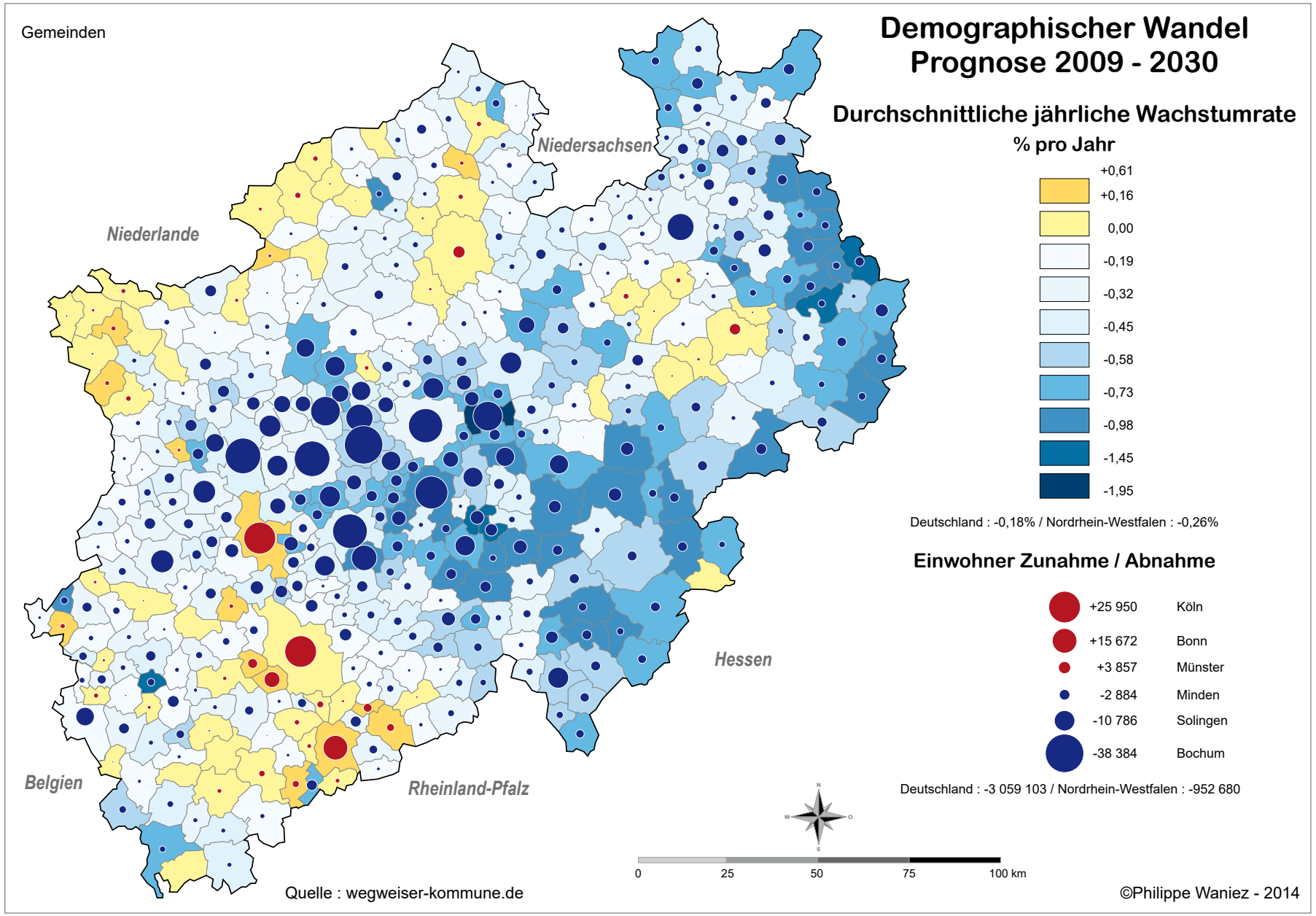
Die Bevölkerungsschätzungen für Nordrhein-Westfalen in 2030

Wegweiser-kommune.de erstellt auch seine Schätzungen für jedes Bundesland auf kommunaler Ebene. Die Gesamtschätzungen für NRW sind nicht erfreulich. Tatsächlich wird erwartet, dass das Land 5,3% seiner Bevölkerung zwischen 2009 und 2030 verliert, d.h. -952.680 Einwohner. Anders gesagt, wird NRW mit 31,8% zum Bevölkerungsrückgang in Deutschland beitragen und damit nur 21,8% der Gesamtbevölkerung Deutschlands vertreten.

In diesem allgemeinen sehr negativen Kontext, zeigen drei Städte eine bemerkenswerte Vitalität (**Karte 9**): Köln und Düsseldorf mit der Zunahme von jeweils +25.950 und +26.379 Einwohnern und mit einem stärkeren Wachstum in Düsseldorf (+0,21% pro Jahr) als in Köln (+0,12%). Die dritte Stadt, Bonn mit +0,23% pro Jahr gewinnt 15.672 Einwohner. Diese Ausrichtung des Wachstums am Rhein bringt einige nahe gelegenen Städte nach oben; sie profitieren vom Bevölkerungsanstieg der Hauptstadt des Landes (Düsseldorf), seiner bedeutenden Stadt (Köln) und der ehemaligen Bundeshauptstadt (Bonn), von der man beobachtet, dass sie, trotz ihrer Herabsetzung, nicht langsam verkümmert.

Selbst wenn sich Münster und Paderborn noch schwach ausbreiten werden, wird die Mehrheit der anderen Städte in NRW an Bevölkerung verlieren. Im Ruhrgebiet und im Bergischen Land wird die Abwanderung beträchtlich sein. 5 Städte verlieren mehr als 30.000 Einwohner: Bochum (-38.384), Duisburg (-32.959), Essen (-32.846), Wuppertal (-30.892) und Dortmund (-30.228). Und viele andere wichtige Städte der Region erleben auch starke Defizite.

Im Allgemeinen verlieren die ländlichen Gebiete auch Bewohner, vor allem am östlichen Rand des Landes. Die Grenzstädte zu den Niederlanden wachsen allerdings bescheiden.


Gemeinden
Demographischer Wandel
Prognose 2009 - 2030
Durchschnittliche jährliche Wachstumrate
% pro Jahr
+0,61
+0,16
0,00
-0,19
-0,32
-0,45
-0,58
-0,73
-0,98
-1,45
-1,95
Deutschland : -0,18% / Nordrhein-Westfalen : -0,26%
Einwohner Zunahme / Abnahme
+25 950 Köln
+15 672 Bonn
+3 857 Münster
-2 884 Minden
-10 786 Solingen
-38 384 Bochum
Deutschland : -3 059 103 / Nordrhein-Westfalen : -952 680
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0
25
50
75
100 km
Quelle : wegweiser-kommune.de
©Philippe Waniez - 2014

Karte 9

Referenzen

(1) http://www.ined.fr/fr/tout_savoir_population/fiches_actualite/allemagne_2011/

(2) https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data;jsessionid=B992C91C77D4361C7CAFA7D5E4DFD14E?operation=ergebnistabelleInfo&levelindex=3&levelid=1397657465412

(3) http://de.wikipedia.org/wiki/Heimatvertriebene

(4) http://de.wikipedia.org/wiki/Luftangriffe_auf_das_Ruhrgebiet

(5) http://de.wikipedia.org/wiki/Luftkrieg_im_Zweiten_Weltkrieg

(6) http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Queen

(7) http://www.ruhrgebiet-regionalkunde.de/aufstieg_und_rueckzug_der_montanindustrie/krise_des_montansektors/stahlkrise.php?p=3,2

(8) http://www.wikiberal.org/wiki/%C3%89mile_de_Girardin

III - Die natürlichen Bevölkerungsbewegungen und die Wanderungen

Die demografische Entwicklung im zweiten Kapitel erfolgt aus der Kombination von natürlicher Bewegung und Wanderbewegung. Der natürliche Saldo entsteht durch den Unterschied in der Zahl der Geburten und Todesfälle in einem geografischen Bezirk (Gemeinde, Kreis, Region oder Land) im Laufe einer vorgegebenen Periode. Der Wandersaldo resultiert aus dem Unterschied zwischen der Ankunft neuer Bewohner und dem Fortzug von Einwohnern in einem geografischen Bezirk während einer vorgegebenen Periode. Entsprechend der Werte dieser beiden Salden erhält man entweder eine Bevölkerungszunahme im betroffenen Bezirk, oder eine Abnahme.

Wenn beide Werte positiv sind, nimmt die Bevölkerung zu; wenn beide negativ sind, nimmt die Bevölkerung ab. Wenn der positive natürliche Saldo höher als der negative Wanderungssaldo ist, nimmt die Bevölkerung dank dem natürlichen Wachstum zu; ansonsten vermindert sie sich. Wenn der positive Wanderungssaldo höher als der negative natürliche Saldo ist, nimmt die Bevölkerung dank des Wanderungswachstums zu; ansonsten vermindert sie sich.

Jedes dieser Szenarien spiegelt eine bestimmte demografische und soziale Dynamik. Wenn die beiden Bewegungen positiv sind, hat man es mit einer Region zu tun, die sich in einer demografisch „guten Gesundheit“ befindet: sie zieht neue Bewohner dank der Zweckmäßigkeit an, die sie ihnen bieten; und die Bewohner bekommen in ausreichender Menge Kinder und gleichen die Wirkung der Sterbefälle aus. Eine solche Auslegung ist für die entwickelten Länder, wie Deutschland, zweifellos richtig. Sie ist aber falsch für Entwicklungsländer, die gegen die Armut ankämpfen, die sich um die immer mehr besiedelten und ausbreitenden Städte entwickelt.

Wenn die beiden Bewegungen negativ sind, ist dies eine Region, die sich auf dem Weg einer mehr oder weniger zeitlich entfernten, demografischen Krise befindet. Dies geschieht in einer Zeit struktureller Langzeitarbeitslosigkeit mit dem Weggang von aktiven jungen Menschen, die genau diejenigen sind, die Kinder haben. Übrig bleiben die älteren Beschäftigten, die mit Renten oder Sozialhilfen vor Ort bleiben. Man wird mit einer negativen demografischen Spirale zu tun haben. Dies kann zu einer menschlichen Wüste führen, wenn der Gesamtverlust über einen längeren Zeitraum auftritt.

Zwischen diesen beiden, extrem positiven und extrem negativen Entwicklungen, entstehen mehr oder weniger günstige oder ungünstige Trends. Zum Beispiel, auch mit einem niedrigen oder sogar negativen natürlichen Wachstum (durch verminderte Geburtenzahlen, die viele westliche Länder charakterisieren), erhöht eine Stadt mit vielen qua-

lifizierten Arbeitsplätzen (Forschungszentren und Hightech-Industrien) weiterhin seine Bevölkerung aufgrund der gebotenen Beschäftigungsmöglichkeiten.

1. Die natürliche Entwicklung in 2012

Die natürliche Bilanz von NRW in 2012 (jüngste verfügbare Daten zum Zeitpunkt der Studie) war wie folgt: 145 755 Geburten, Todesfälle 193.707, oder ein negativer natürlicher Saldo von -47.952 Personen. Somit lag die Rate der natürlichen Abweichung (Verhältnis des natürlichen Saldos zu der Gesamtbevölkerung) bei -2,73 pro tausend Einwohner, das heißt, eine sinkende Stagnation. Für ganz Deutschland sind die Zahlen ähnlich: 673.544 Geburten, Todesfälle 869.582, ein Verlust von -196 038 Einwohnern und eine Rate der natürlichen Abweichungen von -2,43 pro tausend Einwohner. Mit anderen Worten, ähnelt der natürliche Rückgang von NRW dem von Gesamtdeutschland.

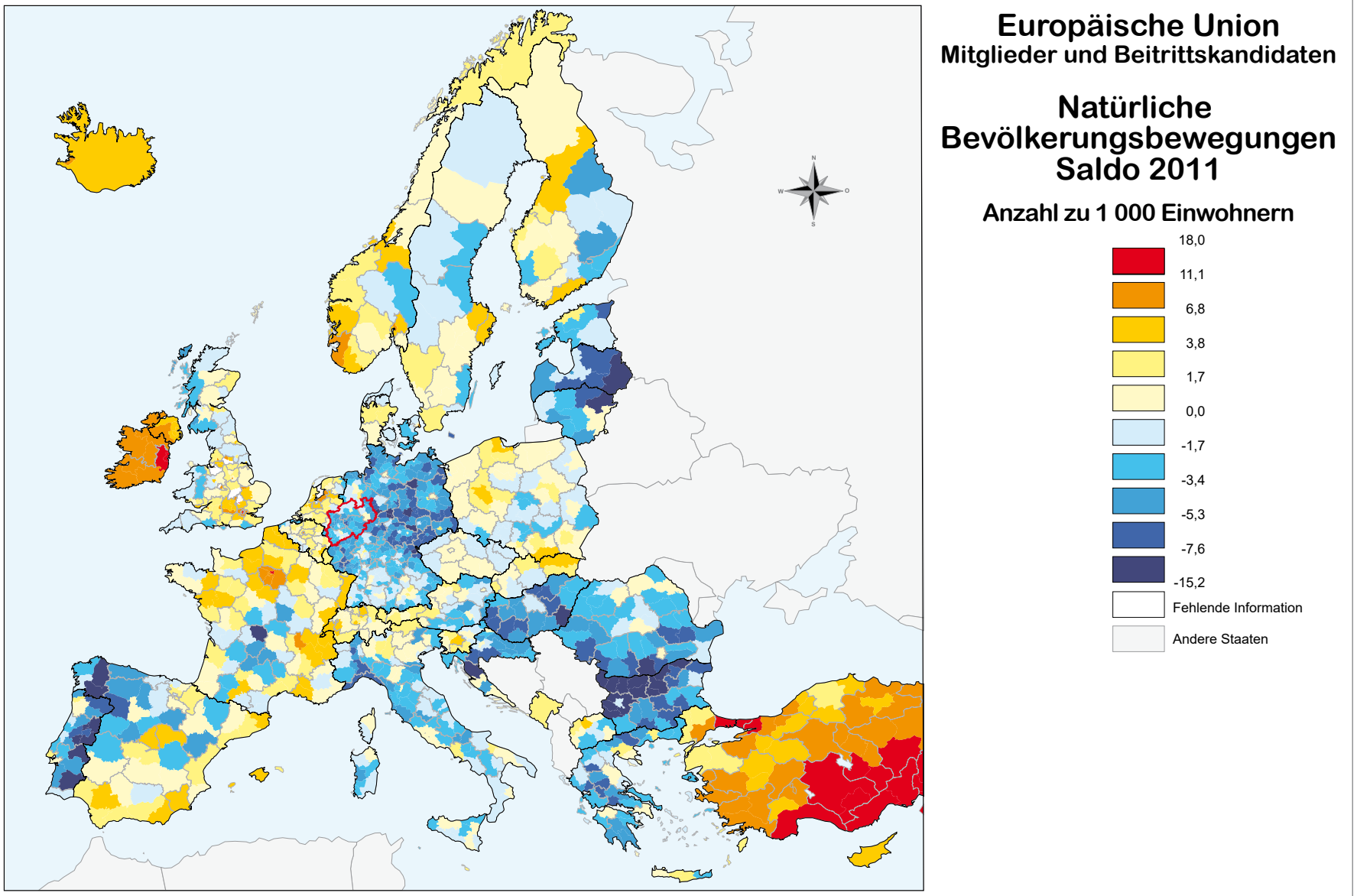
Deutschland liegt zurück bei der Erneuerung der Generationen in den europäischen Ländern

Die natürliche Entwicklung in den europäischen Regionen ist sehr kontrastreich (**Karte 1**). Die höchsten Werte werden in der Türkei (von der, streng genommen, nur der westliche Teil zu Europa gehört) und in Irland erreicht. Von Irland weiß man, dass die Bevölkerung überwiegend katholisch ist und sich auch dadurch eine viermal höhere Geburtenrate als der europäische Durchschnitt ergibt. (1) Andere Länder haben auch positive Werte: Frankreich, die Niederlande, Belgien, Norwegen, ein Teil von Polen und Spanien. Aber im sehr katholischen Italien, führt die natürliche Bewegung in den meisten Regionen zu einem Verlust der Bevölkerung, auch im Süden des Landes. Die negativen Geburtenraten sind vor allem in Lettland und Litauen, Bulgarien und Rumänien, und Deutschland und Portugal zu erkennen.

Die mangelhafte natürliche Bilanz von NRW gegenüber den anderen Bundesländern

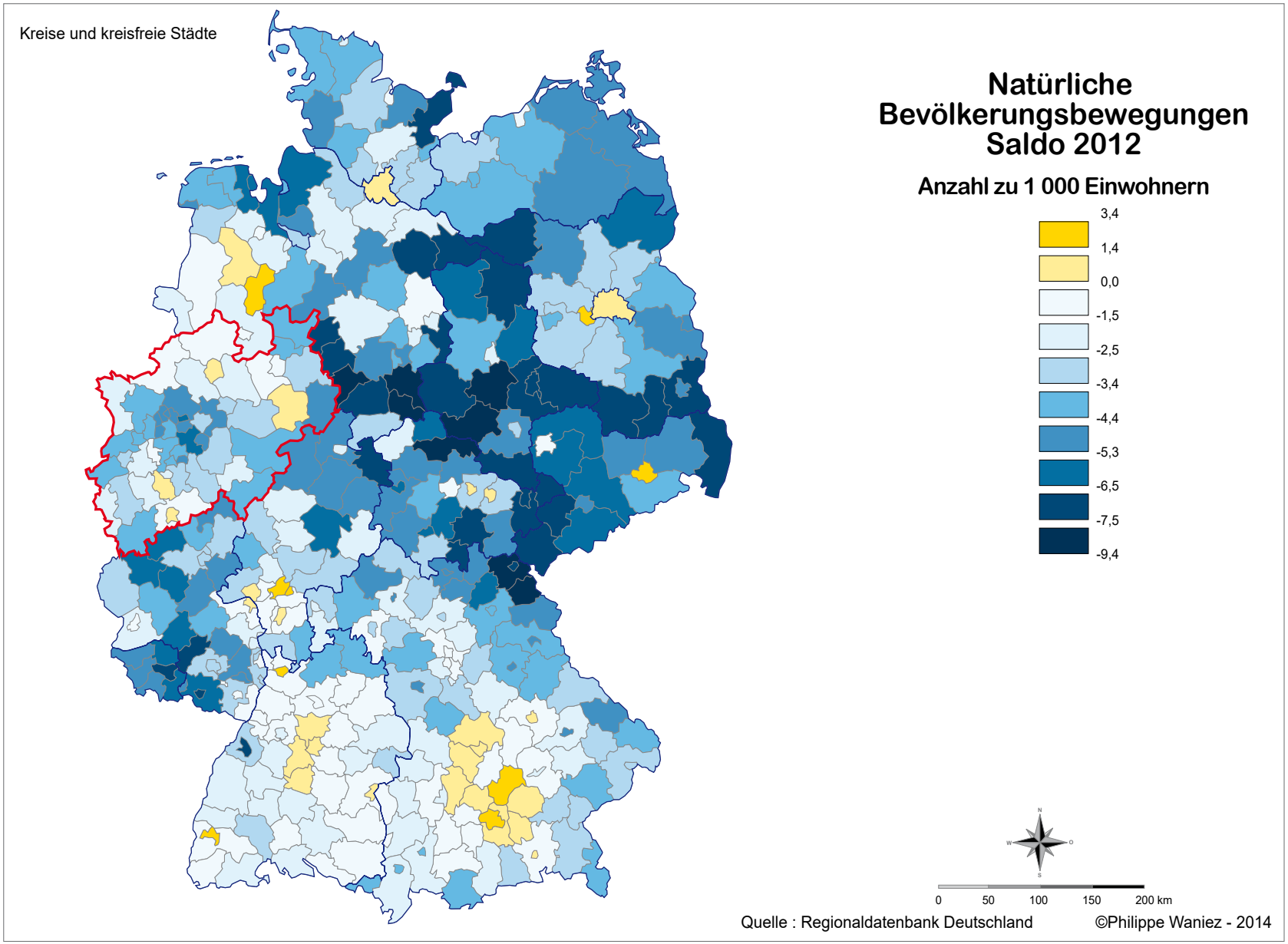
In Bezug auf die natürliche Entwicklung, hat NRW im Vergleich zum Rest der BRD keine guten Werte. Aber es zeigt auch nicht die schlechtesten Ergebnisse; die vor allem in den ländlichen Kreisen Ostdeutschlands, die insbesondere um die Bundesländern Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt gruppiert, zu finden sind (**Karte 2**). Wir haben bereits gesehen, dass diese Kreise durch einen hohen Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet sind. Eine der Ursachen davon ist das starke, negative natürliche Wachstum mit oft weniger als -5 pro tausend Einwohner. Nur wenige wichtige Städte verzeichnen einen bescheidenen natürlichen Wachstum: Dresden, Jena, Weimar, Potsdam und Berlin. Große Städte allerdings, wie Leipzig, Magdeburg, Erfurt und Rostock wiesen negative Raten auf.

Im Allgemeinen erscheint die westliche Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) besser. Dies gilt für die Metropolen wie München (+3,4 p.1000) und Frankfurt am Main (+2,8), während Hamburg, Köln, Stuttgart mit weniger als +1 p. 1000 dastehen. Darüber hinaus kommt eine Stagnation im Rückgang zum Ausdruck; allerdings wird im Saarland der natürliche Rückgang stärker ausgewiesen als in zahlreichen Landkreisen von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen.



Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - NUTS3 : Kreise ©Philippe Waniez - 2014

Karte 1


Kreise und kreisfreie Städte
Natürliche Bevölkerungsbewegungen Saldo 2012
Anzahl zu 1 000 Einwohnern
3,4
1,4
0,0
-1,5
-2,5
-3,4
-4,4
-5,3
-6,5
-7,5
-9,4
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014

Karte 2

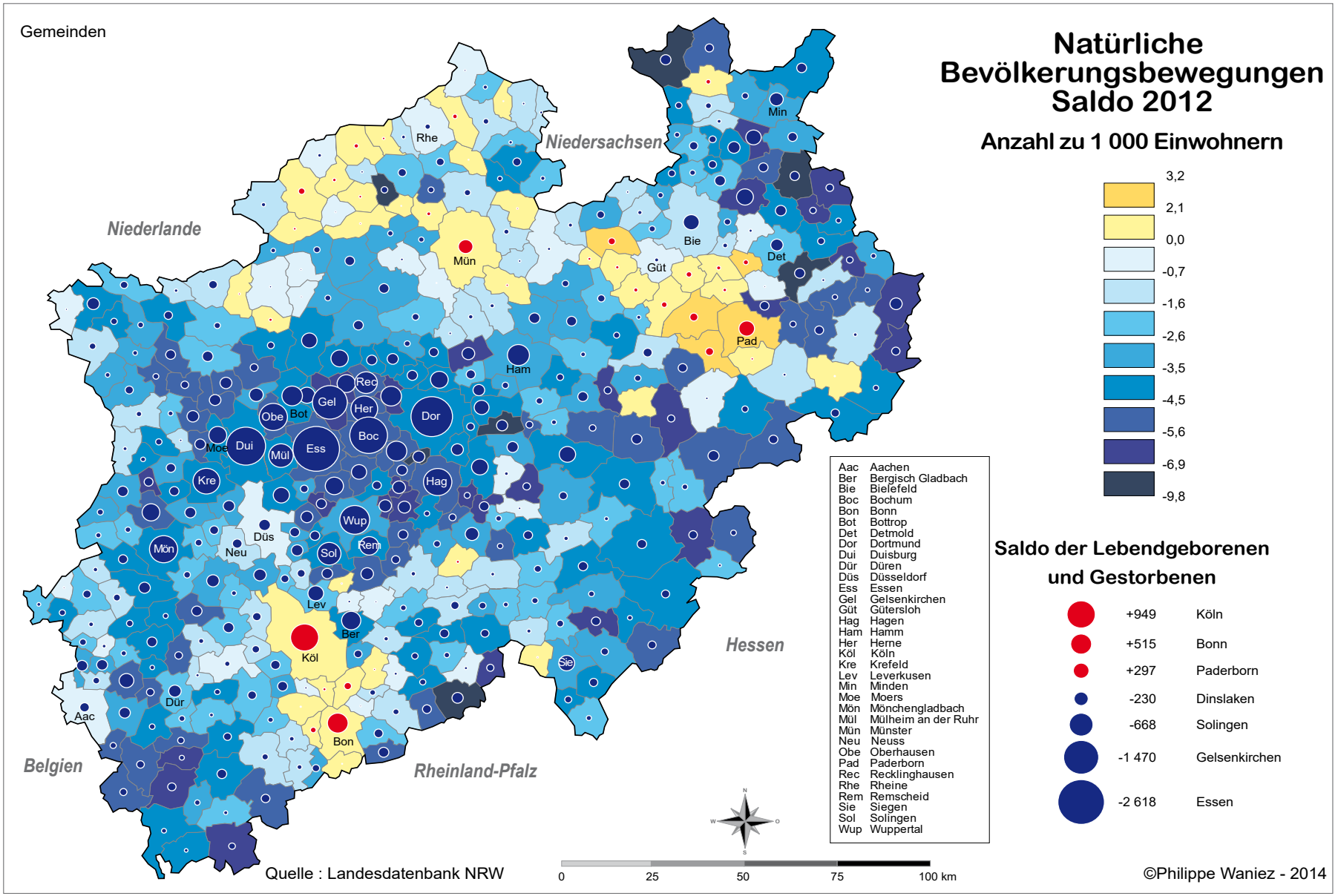
Zusammenfassend zeigen nur einige führende Städte eine natürliche Dynamik. Der Rest des Landes stagniert (dies ist vor allem in den alten Bundesländern der Fall) oder es zeigt eine starke Rezession (was in den neuen Bundesländern häufig der Fall ist). Wie könnte es anders sein, mit einer Bevölkerung, die veraltet ist und einer niedrigen Geburtenrate der Frauen, die nicht in der Lage ist, die Erneuerung der Generationen zu gewährleisten?

Einige Städte in NRW mit natürlichem Wachstum

Einige Städte in NRW weisen positive Werte auf (**Karte 3)**. Dies sind oft Universitätsstädte, mit einer jungen Bevölkerung und der Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Erwachsene: Köln, Bonn, Münster, Paderborn sind in dieser Kategorie. Man beachte auch, dass diese Städte in Gegenden liegen, die katholisch sind, was insgesamt günstig für die Geburtenziffer ist. Aber nicht in allen Hochschulstädten gibt es eine günstige Ausweitung: weder in Düsseldorf, Aachen, Wuppertal und Bielefeld, noch in den großen Städten des Ruhrgebiets vermögen die Geburten die Todesfälle auszugleichen.

Außer ein paar guter Ergebnisse, gibt es in NRW eine allgemein stagnierende natürliche Entwicklung. Aber im Ruhrgebiet, ist die Situation mit einer natürlichen Schwankungsrate zwischen -5 und -10 pro 1000 Einwohner, wirklich schlecht. Dies ist auch der Fall im Nordosten des Landes (Region von Bielefeld und Detmold) und in geringerem Umfang in Südwest (Aachen). Schließlich befindet sich das ganze südöstliche Viertel im Rückgang. Allerdings sind die Verluste in der Einwohnerzahl verhältnismäßig schwach, besonders im noch bevölkerten Sauerland, das langsam seine Einwohner zu verlieren scheint.

Schließlich unterstreicht die natürliche Entwicklung der Bevölkerung von NRW die schon in Gesamtdeutschland beobachteten Tendenzen: Krisenregionen, die mit einem betonten Rückgang erscheinen, zahlreiche Gemeinden, die eine fallende Stagnation vorweisen und einige dynamische Großstädte, in denen die Entwicklung besser erscheint, ohne jedoch wirklich vorteilhaft zu sein.


Gemeinden
Natürliche Bevölkerungsbewegungen Saldo 2012
Anzahl zu 1 000 Einwohnern
3,2
2,1
0,0
-0,7
-1,6
-2,6
-3,5
-4,5
-5,6
-6,9
-9,8
Niederlande
Niedersachsen
Hessen
Rheinland-Pfalz
Belgien
Rhe
Min
Mün
Bie
Det
Güt
Pad
Ham
Rec
Gel
Her
Obe
Bot
Dor
Moe
Dui
Ess
Boc
Mül
Kre
Hag
Wup
Mön
Neu
Düs
Sol
Rem
Lev
Ber
Köl
Sie
Dür
Aac
Bon
Aac Aachen
Ber Bergisch Gladbach
Bie Bielefeld
Boc Bochum
Bon Bonn
Bot Bottrop
Det Detmold
Dor Dortmund
Dui Duisburg
Dür Düren
Düs Düsseldorf
Ess Essen
Gel Gelsenkirchen
Güt Gütersloh
Hag Hagen
Ham Hamm
Her Herne
Köl Köln
Kre Krefeld
Lev Leverkusen
Min Minden
Moe Moers
Mön Mönchengladbach
Mül Mülheim an der Ruhr
Mün Münster
Neu Neuss
Obe Oberhausen
Pad Paderborn
Rec Recklinghausen
Rhe Rheine
Rem Remscheid
Sie Siegen
Sol Solingen
Wup Wuppertal
Saldo der Lebendgeborenen und Gestorbenen
+949 Köln
+515 Bonn
+297 Paderborn
-230 Dinslaken
-668 Solingen
-1 470 Gelsenkirchen
-2 618 Essen
Quelle : Landesdatenbank NRW
0 25 50 75 100 km
©Philippe Waniez - 2014

Karte 3

2. Die Migrationsbewegungen in 2012

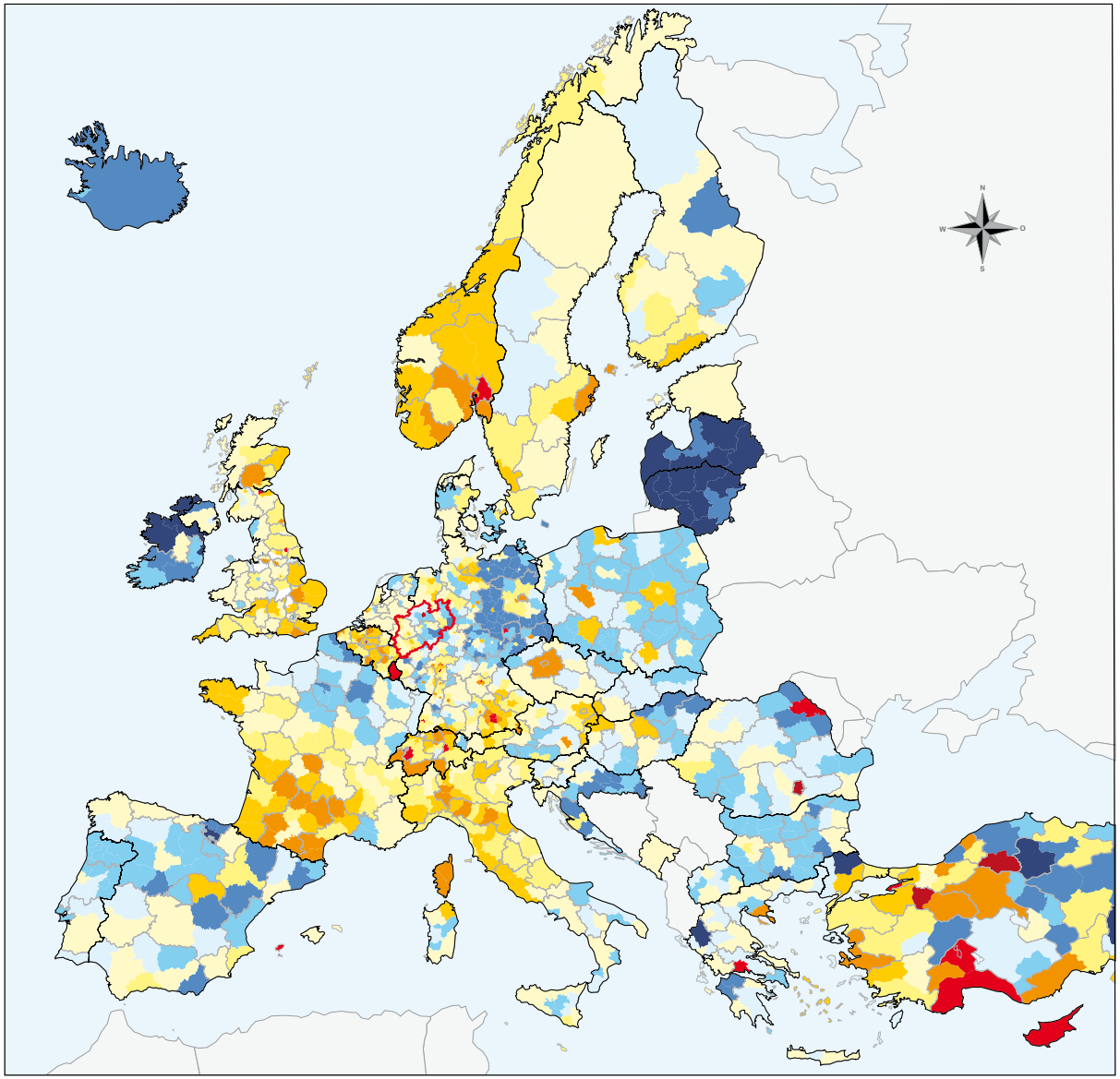
In dem hier verwendeten Sinn, drückt das Wort Migration eine dauerhafte Änderung des Wohnsitzes aus. Diese Änderung kann auch innerhalb der Gemeinde von einem früheren Wohnsitz oder einer anderen Stadt vorkommen. Hier sprechen wir nur über Abwanderung, beim Überschreiten einer Verwaltungsgrenze, mindestens das Überqueren einer Gemeindegrenze.

Wenn wir diese Definition annehmen, so ergibt die Zahl der Zuzüge in den Gemeinden des Landes NRW in Höhe von 892.563 im Jahr 2012 nur 839.070 Abwanderungen ein positiver Wanderungssaldo von +53.493. Diese positive Bilanz kommt durch Migranten zu Stande +72.499, während die Wanderungsbilanz der Deutschen mit -19 006 Einwohnern negativ ausfällt. Auch wenn die Zahl der Einwanderer relativ hoch ist (kumulative Zu- und Abwanderungen betrifft 1,73 Millionen Personen), bleibt die Bilanz positiv, zwar bescheiden gegenüber der allgemeinen Bevölkerung mit einer Migrationsrate von etwa +3,0 neu ankommenden Einwohnern im Jahr 2012 auf 1.000 Einwohner. Aber erinnern wir uns, es handelt sich hier um die Einwanderungsmenge aus nahen und kurzen Entfernungen (wobei diese aus einer anderen Region von Deutschland oder einem Ausland kommen können).

Man kann auch die Wanderungen zwischen den Kreisen berücksichtigen, die das Überschreiten der Grenzen von mindestens einem Kreis oder einer kreisfreien Stadt festhält, um das Ausmaß der Migration über größere Entfernungen zu beurteilen. Die Anzahl, die dann zum Einsatz kommt ist natürlich niedriger als die Gesamtmigrationen: 735.110 Zuwanderungen gegen 681.617 Abwanderungen, mit einem Saldo von 53 493 Einwohnern und einer etwas anderen Migrationsrate als vorher: +3.05 neu ankommende Einwohner im Jahr 2012 auf 1.000 Einwohner.

Europäische Stadtgebiete mit Zuwanderungen

Zahlreiche europäische Stadtregionen haben ein starkes positives Wanderungssaldo (**Karte 4**). Manchmal enthalten diese Regionen die Hauptstadt. Dies ist der Fall in Belgien, Deutschland, Schweden, Österreich. Ganz allgemein handelt es sich jedoch um große wirtschaftlich sehr dynamischen Städte: München oder Frankfurt in Deutschland, Edingburgh, Nottingham, Sheffield in Großbritannien, Pozsnan in Polen, Mailand, Parma und Bologna in Italien.
In diesem Zusammenhang, in dem im Allgemeinen das Städtische der Motor des Wanderungswachstums ist, erscheint Frankreich wie eine Ausnahme. Die südliche Hälfte des Landes genießt hier den stärksten Zuwanderungsstrom. Vielmehr ist es das südöstliche Viertel, das diese Zuwanderungen verzeichnet, wobei Marseille und die Côte d'Azur viel weniger Menschen anzieht als Ende des 20. Jahrhunderts. Im Gegensatz dazu ist die Ile-de-France (die die Hauptstadt Paris umfasst) negativ, ebenso die Departements des Pariser Beckens. Es ist bekannt, dass dieses Phänomen, das als „Heliotropismus" bezeichnet wird, auf der Attraktivität der sonnigen Bereiche beruht, die gleichermaßen Rentner wie Touristen aus ganz Europa anzieht.



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Wanderungen
Saldo 2011

Anzahl zu 1 000 Einwohnern

- 43,8
- 31,1
- 14,7
- 9,2
- 6,0
- 3,3
- 0,0
- -1,4
- -4,2
- -9,7
- -19,3
- Andere Staaten

Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - NUTS3 : Kreise ©Philippe Waniez - 2014

Karte 4

Mehrere Länder werden durch ein mehr oder weniger ausgeprägtes negatives Wanderungssaldo charakterisiert. Dies ist insbesondere der Fall in Litauen, Lettland und Irland (einschließlich Dublin und Belfast), in der nördlichen Hälfte von Portugal und Spanien, ebenso in zahlreichen Regionen von Polen, Rumänien und Bulgarien. In Deutschland, bildet sich ein Ring mit einem starken Rückgang um Berlin und Brandenburg, größtenteils in der ehemaligen DDR.

Der Wanderungssaldo innerhalb der Kreise

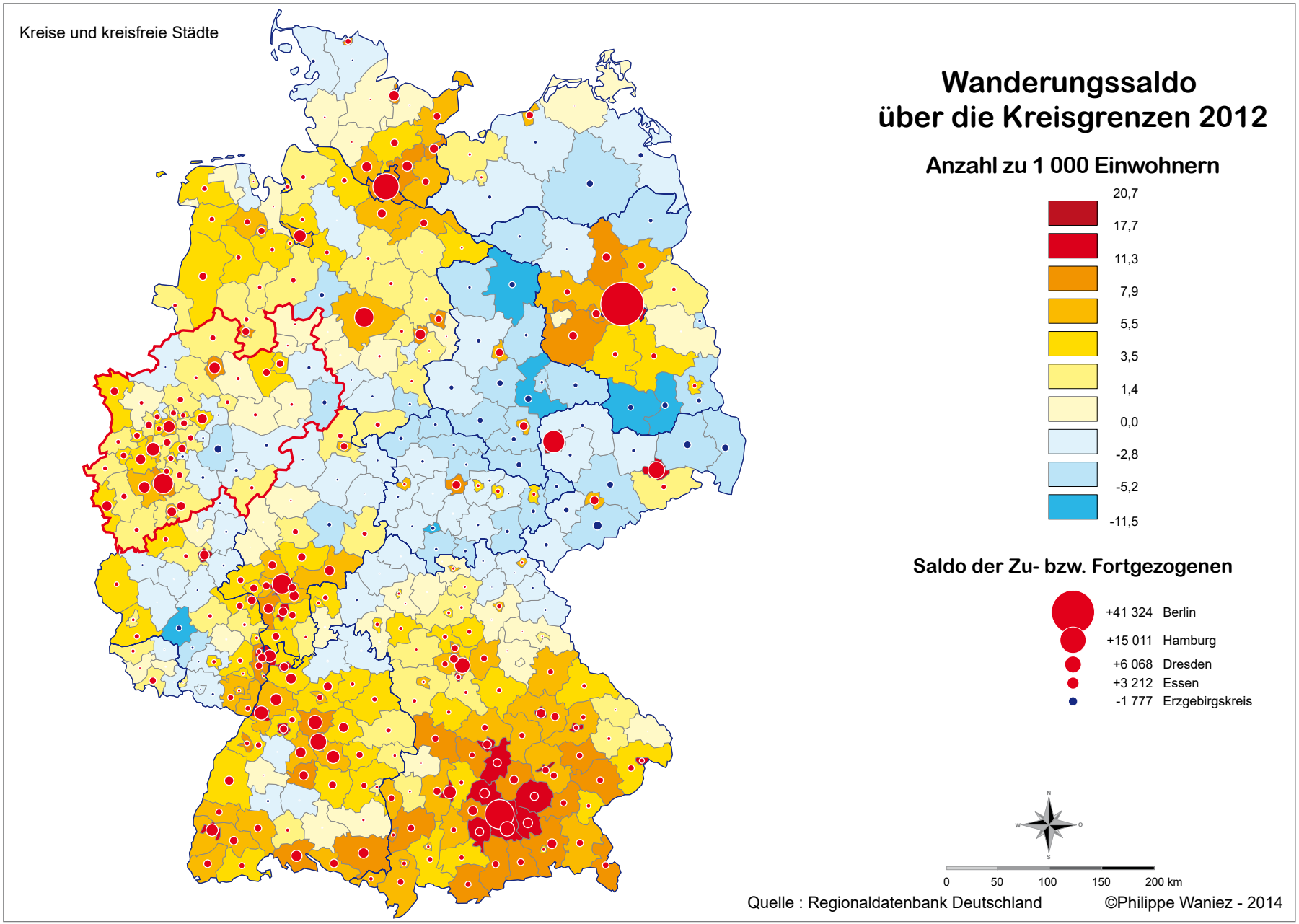
Um den Grad der Attraktivität von NRW im Vergleich zu anderen Teilen Deutschlands zu beurteilen, verwendet man den Saldo der Wanderungen innerhalb der Kreise; damit wird vermieden, die Abwanderungen in die nähere Umgebung mitzuzählen, die keinen interregionalen Charakter darstellen. Selbstverständlich findet man auf der Karte (**Karte 5**) die Räume mit einer sehr starken Abnahme in der ehemaligen DDR wieder, mit Ausnahme von Berlin und Brandenburg, sowie einiger Städte, die einige Tausende Migranten anziehen: Leipzig, Dresden und Chemnitz in Sachsen, die Achse Eisenach-Gera in Thüringen, wo Erfurt, Halle und Magdeburg in Sachsen-Anhalt hervorstechen und Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Die Verbindung zwischen Großstädten und Wanderungssaldo ist in diesem östlichen Teil von Deutschland bestätigt, allerdings mit geringen Gewinnen und im Allgemeinen mit einer starken Abwanderung.

In der alten BRD verlieren die ländlichen Gebiete der Mittelgebirge ihre Einwohner besonders in Oberhessen, dem Hunsrück, der Eifel und dem Sauerland. In Baden-Württemberg erleben die Kreise Calw, Rottweil und Zollernalbkreis einige kleine Verluste. Schließlich beobachtet man einen Stagnationsbogen im Rückgang vom Norden Baden-Württembergs bis zum Nordosten von Bayern.

Auf jeden Fall erscheinen die Verluste der Einwohner in der alten BRD sehr schwach angesichts der Gewinne in den starken städtischen Regionen. Die meisten Städte ziehen die Arbeitskräfte auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten an, die diese Städte ihnen bieten können. Von Hamburg nach München über Frankfurt am Main, ist der Wanderungssaldo in der Größenordnung von mehreren Tausend Menschen. Generell bezieht sich das Wachstum nicht nur auf das Stadtzentrum, es erstreckt sich auch über die umliegenden Kreise. Dies gilt insbesondere für den Bereich Hamburg, für die große Rhein-Main-Region (Wiesbaden-Mainz-Frankfurt am Main) und für den Raum Stuttgart. In Bayern, ist das Phänomen des Bevölkerungswachstums auf das Stadtnetz mit polyzentralem Charakter verankert, mit dem Ausmaß, dass das Wachstum von München über mehrere anderen Zentren in die gesamte südliche Hälfte des Bundeslandes weitergeleitet wird bis hin zu den Alpen.

Ausländer verbessern die Wanderungsbilanz zahlreicher Regionen von Deutschland

Die Wanderungssalden zwischen den Kreisen zeigen, dass die Gewinne in der Bevölkerung (3.736.786 Personen) insgesamt bedeutender sind als die Verluste (3.367.841) und mit +368 945 Menschen einen positiven Saldo im Jahr 2012 erreicht. In einem geschlossenen Land würden solche Werte natürlich unmöglich sein und der Gesamtwanderungssaldo müsste Null sein. Wenn die Bilanz der Gewinne höher ist als die Bilanz der Verluste, liegt es daran, dass Deutschland Ausländer anzieht.


Kreise und kreisfreie Städte
Wanderungssaldo
über die Kreisgrenzen 2012
Anzahl zu 1 000 Einwohnern
20,7
17,7
11,3
7,9
5,5
3,5
1,4
0,0
-2,8
-5,2
-11,5
Saldo der Zu- bzw. Fortgezogenen
+41 324 Berlin
+15 011 Hamburg
+6 068 Dresden
+3 212 Essen
-1 777 Erzgebirgskreis
N
W
O
S
0 50 100 150 200 km
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014

Karte 5

Wenn man die Abwanderungen und Zuwanderungen nach Staatsangehörigkeit zerlegt, dann erhält man tatsächlich eine leicht negative Bilanz für die Deutschen (-18.204 Personen) und eine starke positive Bilanz für die Ausländer (+387 149 Personen).

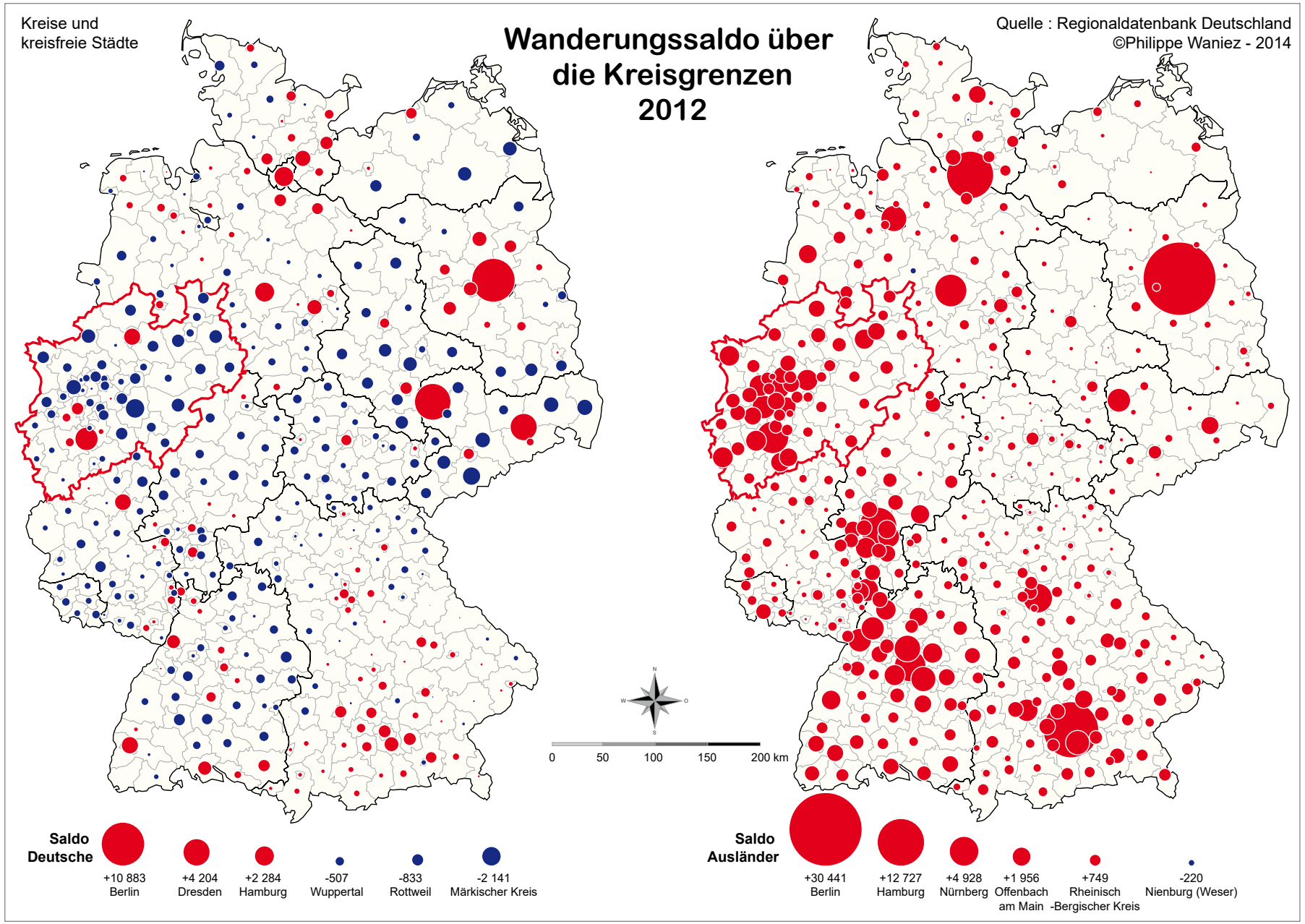
Die Wanderungsbilanz der Deutschen (**Karte 6**) ist manchmal positiv, manchmal negativ. Sie ist positiv, in den bedeutenden Großstädten, sowohl im Osten (Berlin, Leipzig, Dresden) als auch im Westen (Hamburg, Köln, München…). Der Saldo ist negativ in den meisten Landkreisen im Osten, aber auch in Hessen, Baden Württemberg und Rheinland-Pfalz. In NRW ist die Situation komplexer: Viele Landkreise verlieren deutsche Einwohner, wobei das überwiegend städtische Ruhrgebiet auch relativ große Verluste hat.

Im Gegensatz zu den Deutschen, sind ausländische Migranten durch einen positiven Saldo in fast jedem Landkreis dargestellt (mit einer Ausnahme: Nienburg (Weser) in Niedersachsen). Nach Osten (**Karte 7**), sind die Zahlen relativ gering, außer in den Städten; nach Westen profitieren alle Stadtgebiete von ihren Einwanderungen. Selbst die entlegensten Landkreise zeigen eine kleine positive Bilanz.

Die Werte des Wanderungssaldos der Deutschen sind alle niedriger als die der Ausländer. Selbst in Berlin, wo beide Werte positiv sind, gibt es ein Verhältnis von 10.883 Deutsche zu 30.441 Ausländer, das sind beinahe 3 Mal so viel. Diese Faustregel hat nur 27 Ausnahmen. Die Deutschen erreichen eine höhere positive Wanderungsbilanz als die Ausländer in einigen Universitätsstädten (Göttingen, Münster, Freiburg i. Breisgau, Dresden, Leipzig, Halle, ...) und in Städten oder Urlaubsgebieten (Koblenz, Bayreuth, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge...).

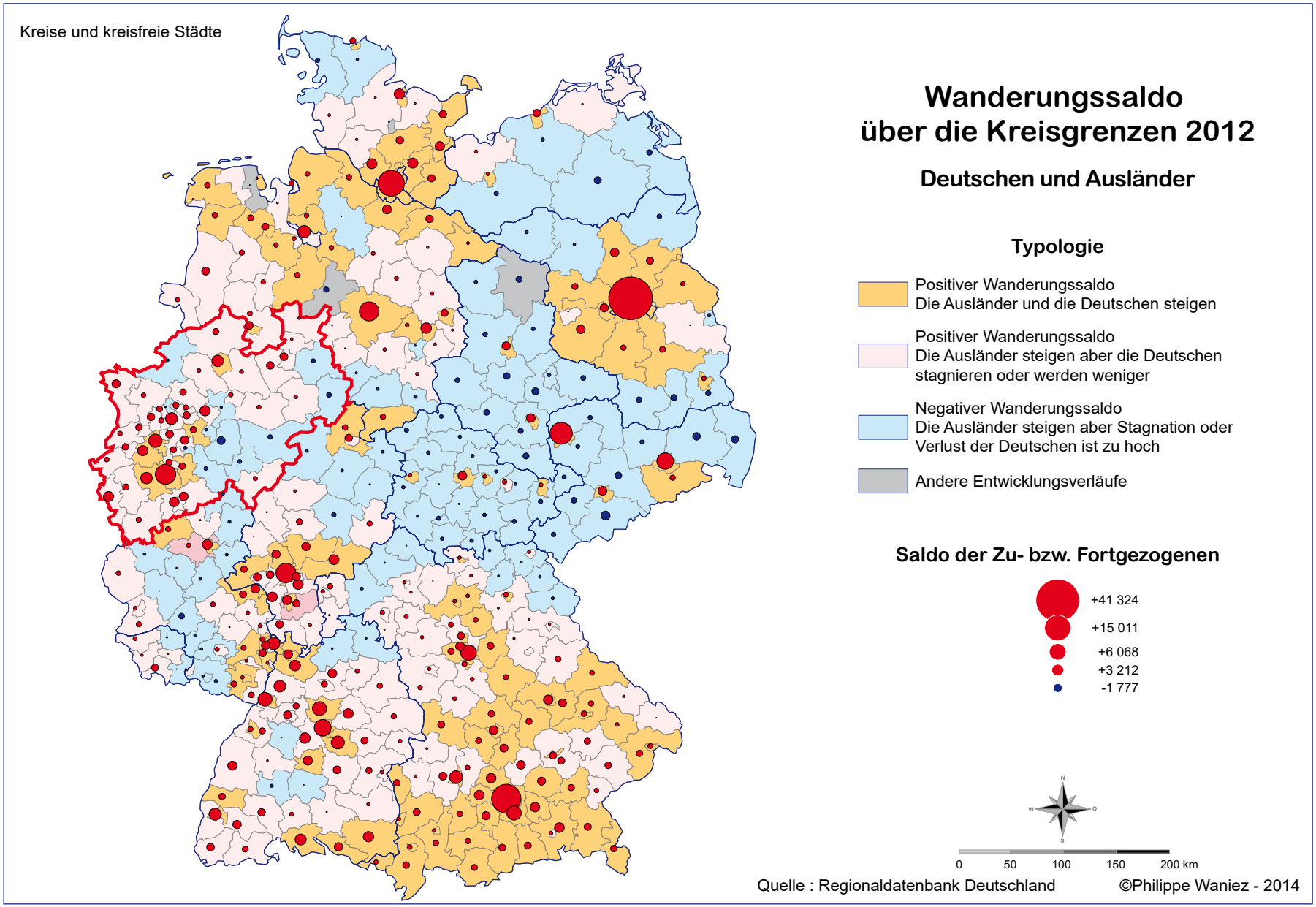
Die Kombination des jeweiligen Wanderungssaldos der Deutschen und der Ausländer in jedem Kreis oder kreisfreien Stadt, ermöglicht eine einfache Typologie aufzustellen (**Karte 8**). Drei Situationen sind möglich (nur vier Kreise passen nicht zu einem dieser Typen):
A. Positive Wanderungssalden auf beiden Seiten;
B. Positiver Wanderungssaldo durch die Ausländer (die Deutschen haben einen negativen Saldo);
C. Negativer Wanderungssaldo durch die Deutschen (die Ausländer haben eine positive Bilanz). Das bedeutet, dass die starke Abwanderung Deutschen durch den positiven Wanderungssaldo der Ausländer nicht aufgefangen wurde.

Bei Typ A sind beide Kreise für Deutsche und Ausländer attraktiv, jedoch nicht unbedingt aus den gleichen Gründen. In der ehemaligen DDR, gehören die größten Städte, außer Jena, zur Gruppe B. Berlin, Potsdam und Brandenburg bilden einen weiten attraktiven Raum. Darüber hinaus ist dieses Phänomen auf die Städte beschränkt, von Norden nach Süden: Rostock, Schwerin, Magdeburg, Halle, Eisenach, Erfurt, Weimar, Gera, Leipzig, Chemnitz, Dresden und der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und schließlich Cottbus. Es sind einige attraktive Inseln, die jedoch nicht zu einem regionalen Wachstum führen, in der Regel stagnieren die Regionen im Rückgang.



Karte 6

Karte 7


Kreise und kreisfreie Städte
Wanderungssaldo
über die Kreisgrenzen 2012
Deutschen und Ausländer
Typologie
Positiver Wanderungssaldo
Die Ausländer und die Deutschen steigen
Positiver Wanderungssaldo
Die Ausländer steigen aber die Deutschen
stagnieren oder werden weniger
Negativer Wanderungssaldo
Die Ausländer steigen aber Stagnation oder
Verlust der Deutschen ist zu hoch
Andere Entwicklungsverläufe
Saldo der Zu- bzw. Fortgezogenen
+41 324
+15 011
+6 068
+3 212
-1 777
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014

Karte 8

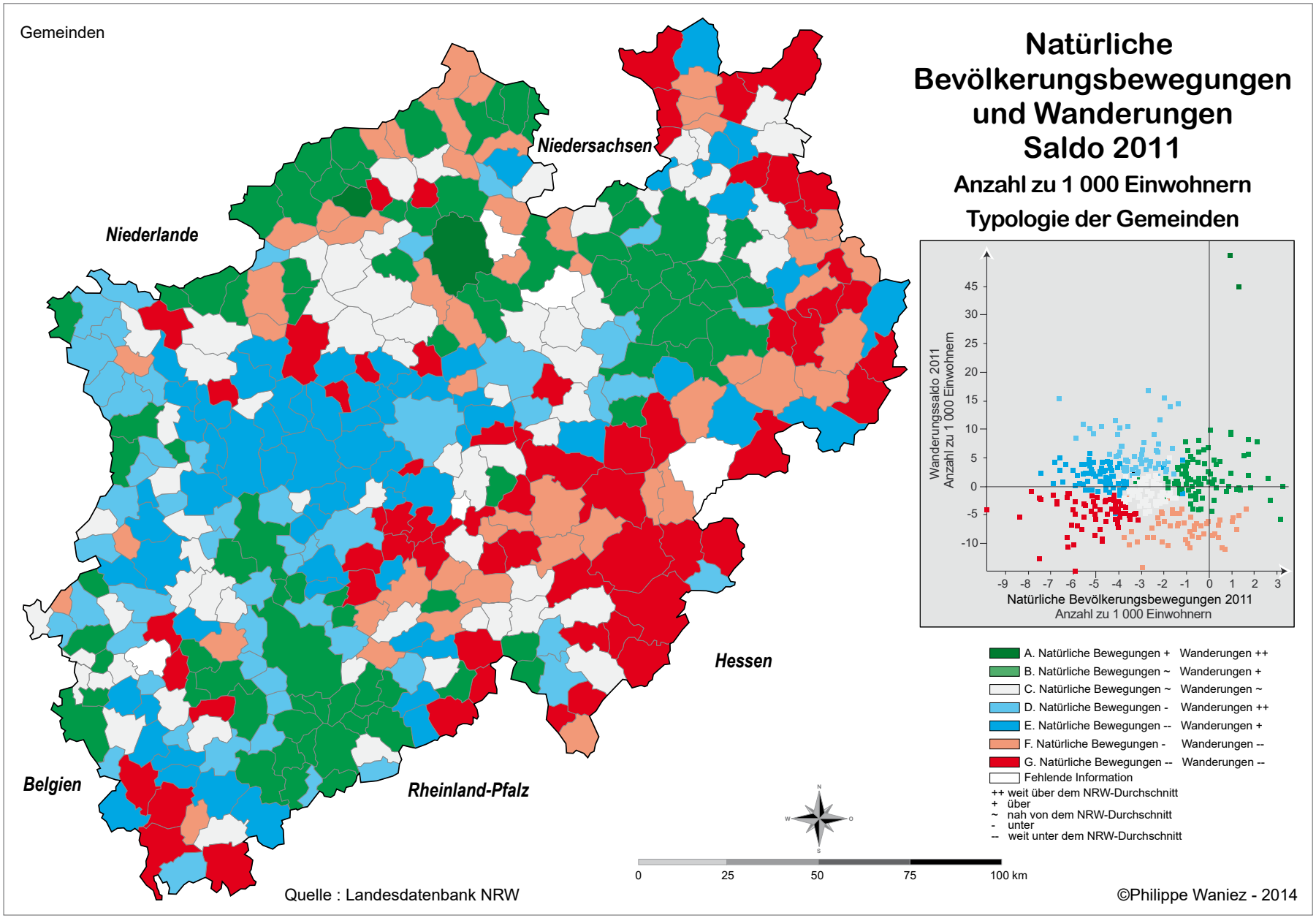
Im westlichen Teil von Deutschland ist der isolierte Typ A, im Gegensatz zum Osten, verhältnismäßig selten und wenn er existiert, entsteht er im Zusammenhang mit dem Wanderungswachstum von Typ B. Das ist zum Beispiel der Fall in Kiel, Münster, Darmstadt und Karlsruhe. Darüber hinaus steht der Typ A im Zusammenhang mit den Agglomeraten der kreisfreien Städte und Landkreise, die den ersten Anziehungspunkt für Zuwanderungen und Wachstum ausmachen. In Hamburg, Hannover, Kassel, Mannheim und Stuttgart ist dies der Fall. In NRW bilden Köln und Düsseldorf einen Kern, der sich sowohl über das linke Rheinufer (Rhein-Kreis Neuss, Rhein-Erft-Kreis) als auch im Osten (Rheinisch-Bergische Kreis) erstreckt. Bayer ist ein besonderer Fall, weil fast das ganze Bundesland ein Wanderungswachstum anzeigt. Es ist rund um die Pole (München, Nürnberg) und entlang der Achsen (Nürnberg, Regensburg, Passau und Nürnberg, Ingolstadt, München) strukturiert. Der Süden von Bayern bildet einen riesengroßen attraktiven Raum, der sich bis zum Bodensee ausdehnt, der diesem südlichen Deutschland ein Flair von „Riviera“ gibt.

Die Zuwanderungsbilanz wird in vielen anderen Teilen von Deutschland durch die Einwanderung von Ausländern „gerettet“. Dies ist in zahlreichen Kreisen von Baden Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen der Fall. Ebenso versinkt ein guter Teil NRWs nicht in die Zuwanderungs-Depression (außer dem südöstlichen Viertel mit negativem Saldo). Im Ruhrgebiet profitieren die meisten kreisfreien Städte und anderen Kreise, von den Ausländerwanderungen, die den demografischen Schaden gewissermaßen beschränkt (außer in Bottrop).

Eine Typologie der natürlichen und Migrationsbilanzen in Nordrhein-Westfalen

Wenn die Entwicklung der Bevölkerung sich zugleich aus dem Wanderungs- und dem natürlichen Saldo ergibt, ist es nützlich, zu präzisieren, wie sich die Kombination dieser zwei Komponenten zusammensetzt.. Die Stagnation charakterisiert NRW in 2012 mit einem negativen natürlichen Saldo von -47.952 Einwohnern und ein Wanderungssaldo von +53 493. Die durchschnittliche natürliche Wachstumsrate der Kommunen liegt bei -2,81 pro 1000 Einwohner und die Wachstumsraten der Wanderungen auf -0,17 pro 1000. Aber nicht alle Gemeinden weisen das gleiche Muster aus: einige gewinnen Einwohner sowohl mit den Wanderungs- als auch mit den natürlichen Bewegungen; andere verlieren auf Grund ihrer ungenügenden natürlichen Entwicklung. Eine Klassifizierung erlaubt die Aufteilung der Kommunen in 7 verschiedene Typen. Das geschieht über den registrierten Unterschied der beiden Werte in den Kommunen. Genau so schätzt man die Kombination dieser beiden Bevölkerungsindikatoren (**Karte 9**).

Die schlechtesten Tendenzen in der Bevölkerungsentwicklung prägen die gemeinsamen Klassen F und G. Beide haben gemeinsam ein negatives Wanderungswachstum; sie weichen jedoch von der Intensität ihrer negativen Entwicklung ab, sehr große Schwäche für die Klasse G etwas weniger stark für die Klasse F (man findet da sogar einige wenige Kommunen mit einem positiven natürlichen Wachstum). Diese Klassifizierung findet man an dem Rand östlich und süd-östlich von NRW, vom Teutoburger Wald bis zum Sauerland, von dem man weiß, dass seine demografische Situation prekär ist.


Gemeinden
Natürliche Bevölkerungsbewegungen und Wanderungen Saldo 2011
Anzahl zu 1 000 Einwohnern
Typologie der Gemeinden
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Wanderungssaldo 2011 Anzahl zu 1 000 Einwohnern
Natürliche Bevölkerungsbewegungen 2011 Anzahl zu 1 000 Einwohnern
A. Natürliche Bewegungen + Wanderungen ++
B. Natürliche Bewegungen ~ Wanderungen +
C. Natürliche Bewegungen ~ Wanderungen ~
D. Natürliche Bewegungen - Wanderungen ++
E. Natürliche Bewegungen -- Wanderungen +
F. Natürliche Bewegungen - Wanderungen --
G. Natürliche Bewegungen -- Wanderungen --
Fehlende Information
++ weit über dem NRW-Durchschnitt
+ über
~ nah von dem NRW-Durchschnitt
- unter
-- weit unter dem NRW-Durchschnitt
0 25 50 75 100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 9

Einige Kommunen dieser Gegenden scheinen jedoch weniger betroffen, denn sie gehören zur Klasse C, die den durchschnittlichen in NRW beobachteten Entwicklungen entspricht wie Olpe, Attendorn, Brilon im Sauerland, und mehr im Norden, Detmold, Porta Westfalica und Minden.

Im Gegensatz zu den vorigen Klassen entsprechen die Klassen A und B einer besseren demografischen Situation. Die Klasse A enthält nur zwei Kommunen: die Stadt Münster und das Städtchen Schöppingen, beide im Münsterland gelegen. Die Bevölkerung von Münster stieg 2011 auf 11.705 Einwohner, im Wesentlichen Deutsche (+10 .179), was in einem außergewöhnlichen Satz der Migration von +40,4 pro Tausend zum Ausdruck kommt. Diese Dynamik drückt sich jedoch nicht in der natürlichen Wachstumsrate aus, die kaum höher als der Durchschnitt liegt. Klasse B hat viel weniger günstige Eigenschaften, liegt aber immer noch über dem Durchschnitt für NRW. Auf der Karte sind zwei Hauptgruppen ganz offensichtlich: das Dreieck-Bielefeld Gütersloh-Paderborn im Nord-Osten des Landes, und die Rheinachse von Bonn nach Düsseldorf mit einigen umliegenden Gemeinden. Diese drei großen dynamischen Städte üben eine echte Attraktivität auf Zuwanderer aus und die verhältnismäßig junge Bevölkerung, die dort lebt, schafft einen positiven natürlichen Saldo. Man sieht auch, dass Aachen und einige Gemeinden dieser Region ebenfalls zu dieser Klasse gehören.

Schließlich werden die Klassen D und E durch eine allgemein positive Wanderung gekennzeichnet, wobei die natürliche Bilanz negativ (D) oder sehr negativ (E) ist. Die Klasse E entspricht in großen Zügen dem Ruhrgebiet, von Mönchengladbach, Krefeld und Moers bis Unna. Wie man vorher gesehen hat, präsentieren diese Kommunen einen positiven Wanderungssaldo, der im Wesentlichen entsteht, weil sie ausländische Einwanderer anziehen. Diese Kommunen sind in einer wirtschaftlichen Umstrukturierung, dies wirkt ihrer Attraktivität entgegen. Möglicherweise kann man die große Zahl an Ausländern im Ruhrgebiet aus den Hinterherkommen der Familienmitglieder ableiten. Die Klasse D ist bezeichnend für eine geringere natürliche Bilanz als derjenigen der Klasse E. Auf der Karte besetzt sie oft die Position zwischen den Klassen B und E. Sie säumt besonders den Westen der Achse Bonn-Düsseldorf. Einige Großstädte gehören auch zu dieser Klasse in der der Wert der Wanderungen immer positiv ist: Hamm (+5,2), Dortmund (+4,5), Wuppertal (+2,4), Leverkusen (+4,5) und Bergisch Gladbach (+5,2). In all diesen Fällen, ist der Wanderungswert positiv dank ausländischer Einwanderung.

Die Kombination von natürlicher und Wanderbewegung in den Gemeinden von NRW stimmt mit den räumlichen Hauptstrukturen NRWs bereits auf der Karte mit der Bevölkerungsdichte gut sichtbar überein: Teutoburger Wald, Sauerland, Achsen von Rhein und Ruhr, Münsterland… Aber sie ermöglicht auch, unterschiedliche Entwicklungen aufzuweisen, z.B. die klare Abweichung der Rheinachse und der Achse vom Ruhrgebiet.

3. In den großen Städten

Hier wird das natürliche und das Wanderungssaldo im Jahr 2012 der drei größten Städte in NRW analysiert: Köln (1.190.737 Einwohner), Düsseldorf (593.057) und Dortmund (583.658). Die Wahl dieser Städte wurde auf Grund der Verfügbarkeit von Daten getroffen, die auf dem geografischen Niveau „Stadtteil“ durch das Amt für Statistik erhoben wurde. Für 2012 verfügen wir über 3 Informationen des demografischen Wandels: die Zahl der Geburten und Sterbefälle im Jahr 2012 (natürliche Bevölkerungsbewegungen); die Zahl der Aus- und Einwanderer zwischen verschiedenen Stadtteile (Binnenwanderungen); die Zahl der Auswanderer außerhalb einer Stadt (in eine andere Stadt von Deutschland oder ins Ausland) und die Zahl der Einwanderer, die von außen in die Stadt kamen (aus einer anderen Stadt in Deutschland oder dem Ausland) (Außenwanderungen). Schließlich erlaubt die Anzahl der Bewohner in den Jahren 2011 und 2012, die gesamte demografische Bilanz jedes Stadtteils zu bewerten.

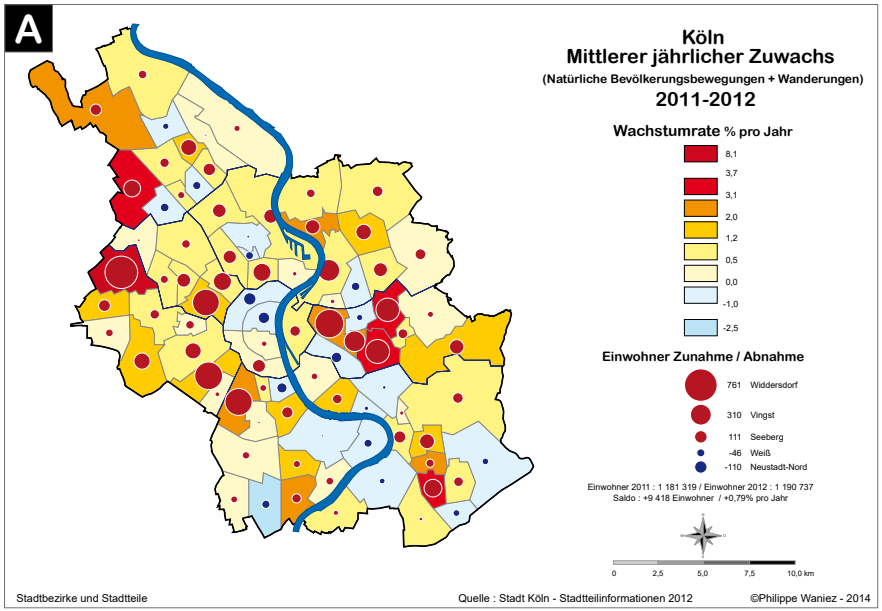
Trotz ihrer Unterschiede sind die Karten der Bevölkerungsdynamik von diesen drei Städten in mehrfacher Hinsicht ähnlich.

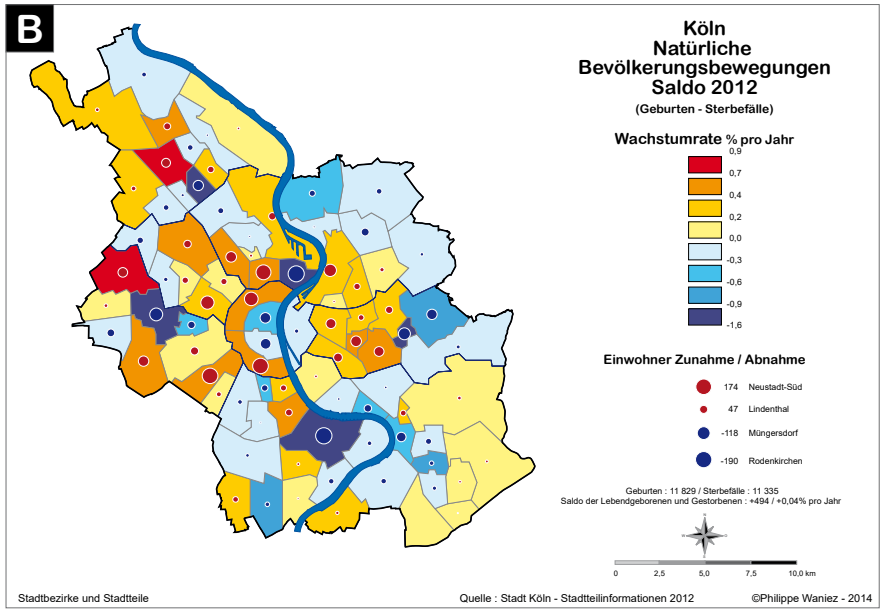
Eine insgesamt mäßige demografische Entwicklung (**Karten 10A, 11A, 12A**)

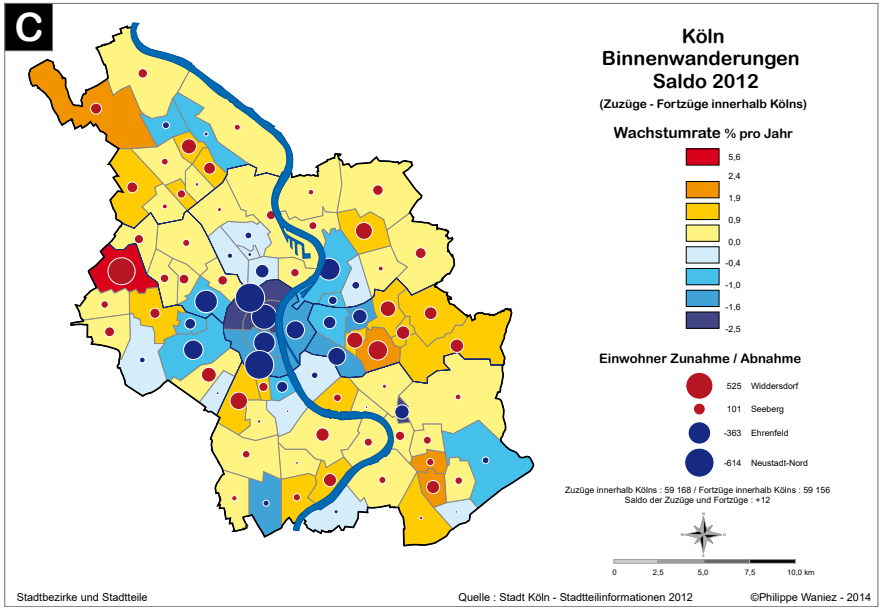
Im Jahr 2012 haben diese drei Städte ein insgesamt positives Bevölkerungswachstum, jedoch unter 1,0% pro Jahr: +0,80% in Dortmund, in Köln +0,79% und nur +0,40% in Düsseldorf. Die Bevölkerung der Innenstadtviertel zeigt eine Tendenz zu stagnieren, entweder nach oben (Düsseldorf und Dortmund) oder nach unten (Köln). In den Stadtteilen der ersten Vororte erkennt man einen moderaten Anstieg in der Anzahl der Einwohner, etwa 1,5% bis 3,06% pro Jahr. Einige Stadtteile gestalten sich individuell mit höherem Wachstum zwischen 3,0% und 8,0%: Widdersdorf Ostheim, Merheim, Esch/Auweile und Wahn in Köln, Himmelgeist in Düsseldorf; Borsigplatz, Nordmarkt und Hafen in Dortmund. Die Außenbezirke verlieren in der Regel an Bevölkerung. Das ist in Dortmund besonders deutlich, in Düsseldorf gemäßigter und geringfügig in Köln. In allen Fällen sind die Verluste gering. Auch wenn einige Stadtteile die Bilanzen herunterziehen, befindet sich das Wachstum in der Stagnation.

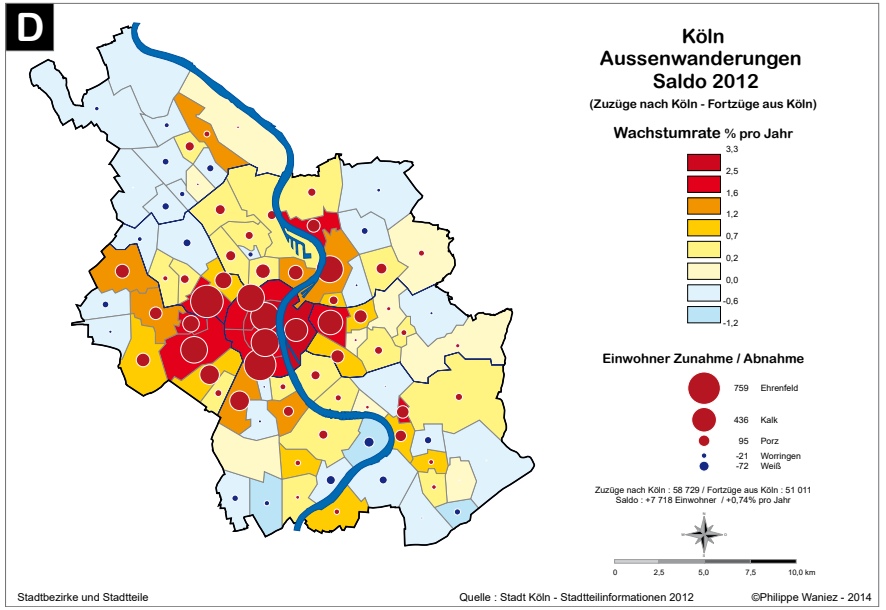
Ein leichtes natürliches Wachstum (**Karten 10B, 11B, 12B**)

In Köln gleichen die Geburten mit einer sehr schwachen Wachstumsspanne aus: +494 Einwohner. Dagegen zeigen Düsseldorf und besonders Dortmund eine besonders negative Bilanz: -168 Einwohner und -1.971 Einwohner. Es ist möglich, dass es sich in Köln und Düsseldorf um die Schwankungen in einer Stagnationssituation handelt. Dagegen ist die Entwicklung in Dortmund mit -0,3% im Jahr besorgniserregend. Dennoch spielt in allen drei Fällen das natürliche Wachstum eine sehr kleine Rolle, entgegen der Migrationsdynamik, die eine viel größere Anzahl von Personen betrifft.

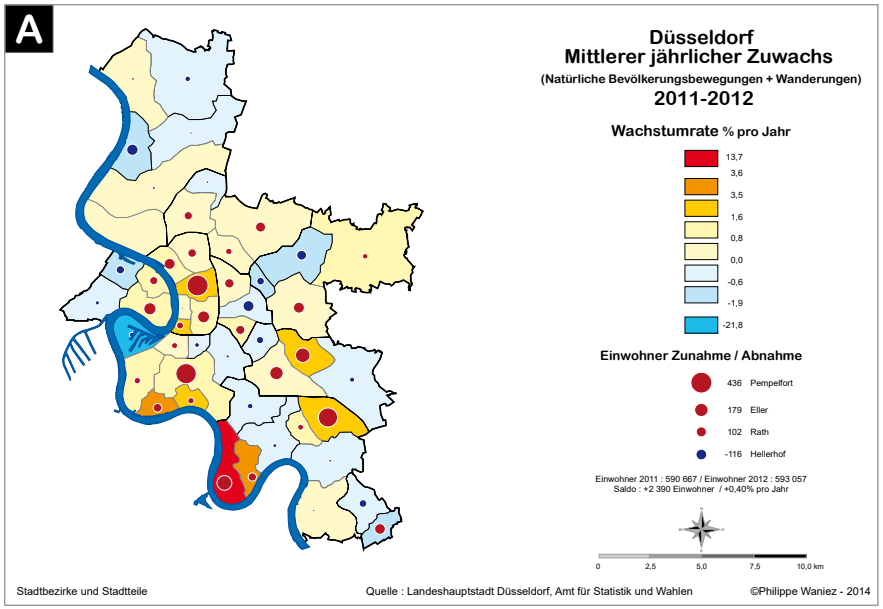

A
Köln
Mittlerer jährlicher Zuwachs
(Natürliche Bevölkerungsbewegungen + Wanderungen)
2011-2012
Wachstumrate % pro Jahr
8,1
3,7
3,1
2,0
1,2
0,5
0,0
-1,0
-2,5
Einwohner Zunahme / Abnahme
761 Widdersdorf
310 Vingst
111 Seeberg
-46 Weiß
-110 Neustadt-Nord
Einwohner 2011 : 1 181 319 / Einwohner 2012 : 1 190 737
Saldo : +9 418 Einwohner / +0,79% pro Jahr
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014

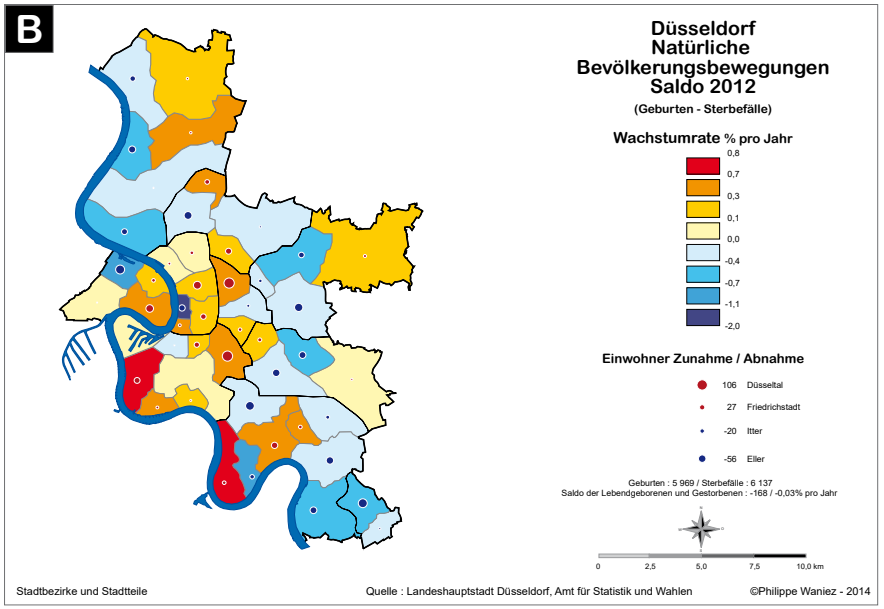

B
Köln
Natürliche
Bevölkerungsbewegungen
Saldo 2012
(Geburten - Sterbefälle)
Wachstumrate % pro Jahr
0,9
0,7
0,4
0,2
0,0
-0,3
-0,6
-0,9
-1,6
Einwohner Zunahme / Abnahme
174 Neustadt-Süd
47 Lindenthal
-118 Müngersdorf
-190 Rodenkirchen
Geburten : 11 829 / Sterbefälle : 11 335
Saldo der Lebendgeborenen und Gestorbenen : +494 / +0,04% pro Jahr
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014

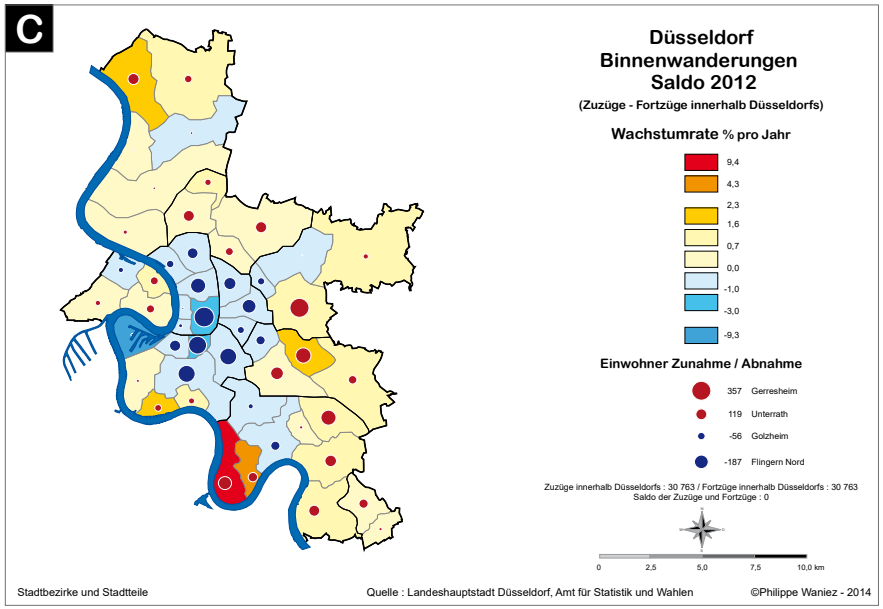

C
Köln
Binnenwanderungen
Saldo 2012
(Zuzüge - Fortzüge innerhalb Kölns)
Wachstumrate % pro Jahr
5,6
2,4
1,9
0,9
0,0
-0,4
-1,0
-1,6
-2,5
Einwohner Zunahme / Abnahme
525 Widdersdorf
101 Seeberg
-363 Ehrenfeld
-614 Neustadt-Nord
Zuzüge innerhalb Kölns : 59 168 / Fortzüge innerhalb Kölns : 59 156
Saldo der Zuzüge und Fortzüge : +12
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014

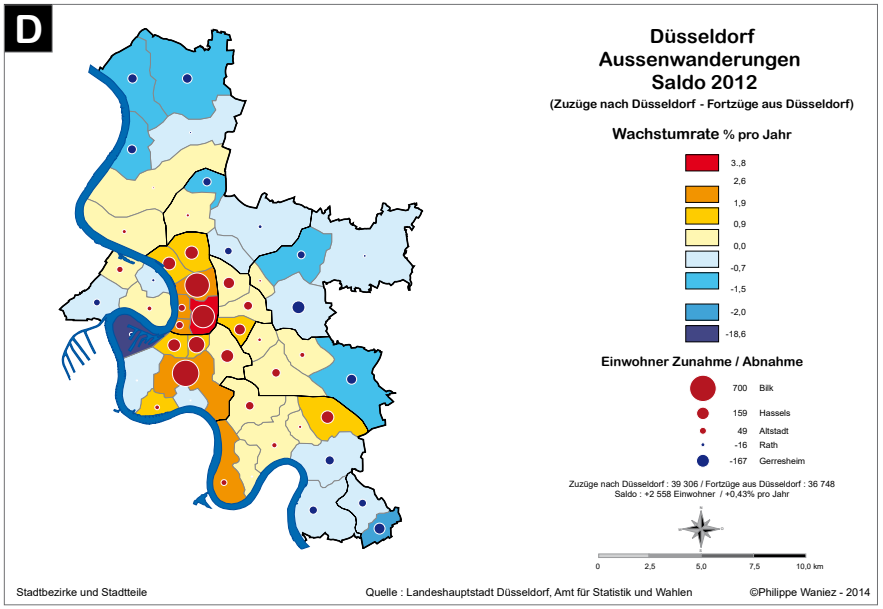

D
Köln
Aussenwanderungen
Saldo 2012
(Zuzüge nach Köln - Fortzüge aus Köln)
Wachstumrate % pro Jahr
3,3
2,5
1,6
1,2
0,7
0,2
0,0
-0,6
-1,2
Einwohner Zunahme / Abnahme
759 Ehrenfeld
436 Kalk
95 Porz
-21 Worringen
-72 Weiß
Zuzüge nach Köln : 58 729 / Fortzüge aus Köln : 51 011
Saldo : +7 718 Einwohner / +0,74% pro Jahr
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014

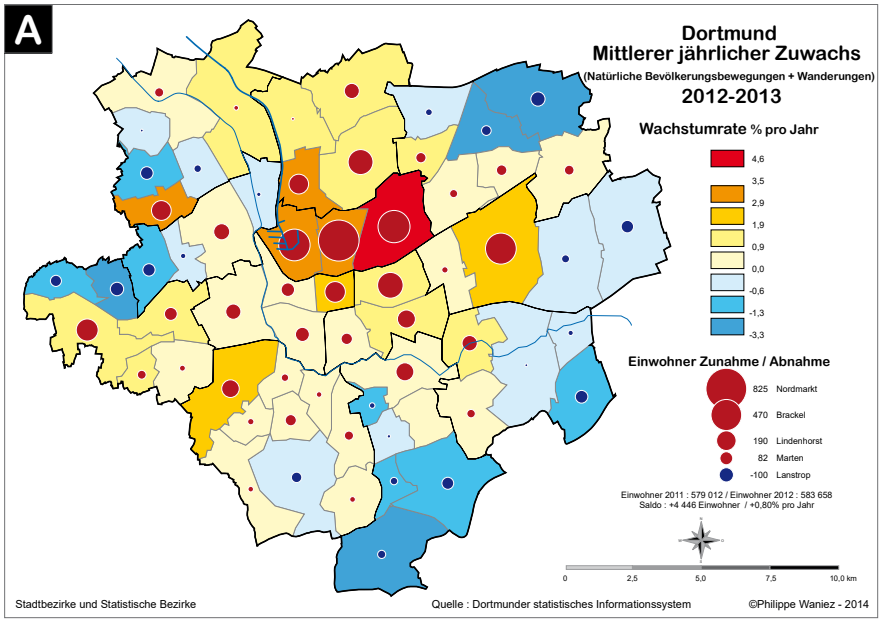
Karten 10

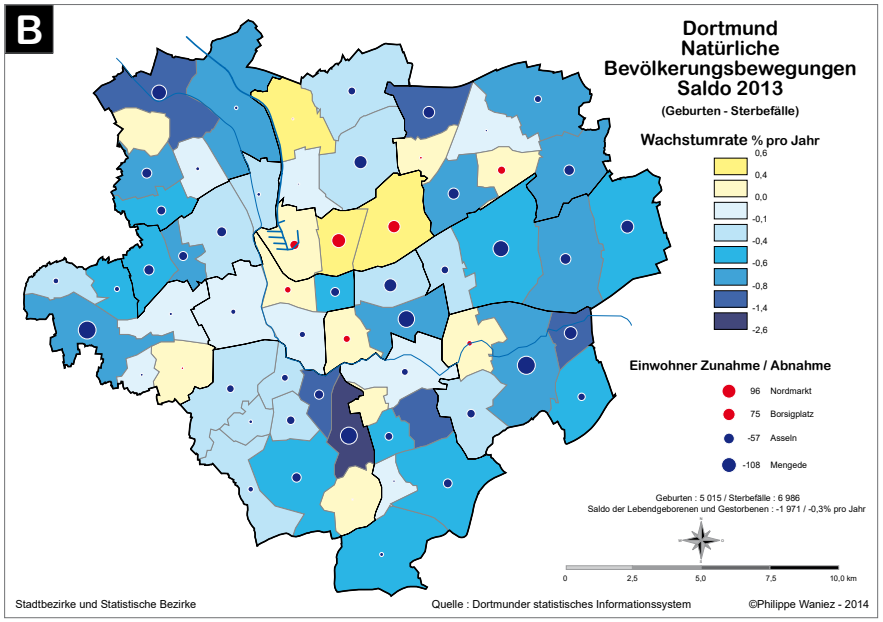

A
Düsseldorf
Mittlerer jährlicher Zuwachs
(Natürliche Bevölkerungsbewegungen + Wanderungen)
2011-2012
Wachstumrate % pro Jahr
13,7
3,6
3,5
1,6
0,8
0,0
-0,6
-1,9
-21,8
Einwohner Zunahme / Abnahme
436 Pempelfort
179 Eller
102 Rath
-116 Hellerhof
Einwohner 2011 : 590 667 / Einwohner 2012 : 593 057
Saldo : +2 390 Einwohner / +0,40% pro Jahr
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014

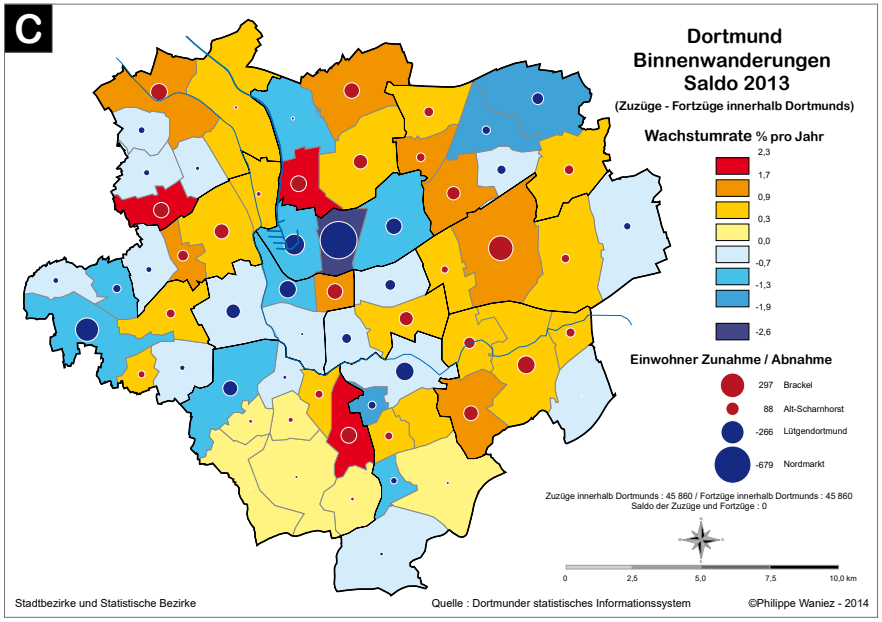

B
Düsseldorf
Natürliche
Bevölkerungsbewegungen
Saldo 2012
(Geburten - Sterbefälle)
Wachstumrate % pro Jahr
0,8
0,7
0,3
0,1
0,0
-0,4
-0,7
-1,1
-2,0
Einwohner Zunahme / Abnahme
106 Düsseltal
27 Friedrichstadt
-20 Itter
-56 Eller
Geburten : 5 969 / Sterbefälle : 6 137
Saldo der Lebendgeborenen und Gestorbenen : -168 / -0,03% pro Jahr
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014

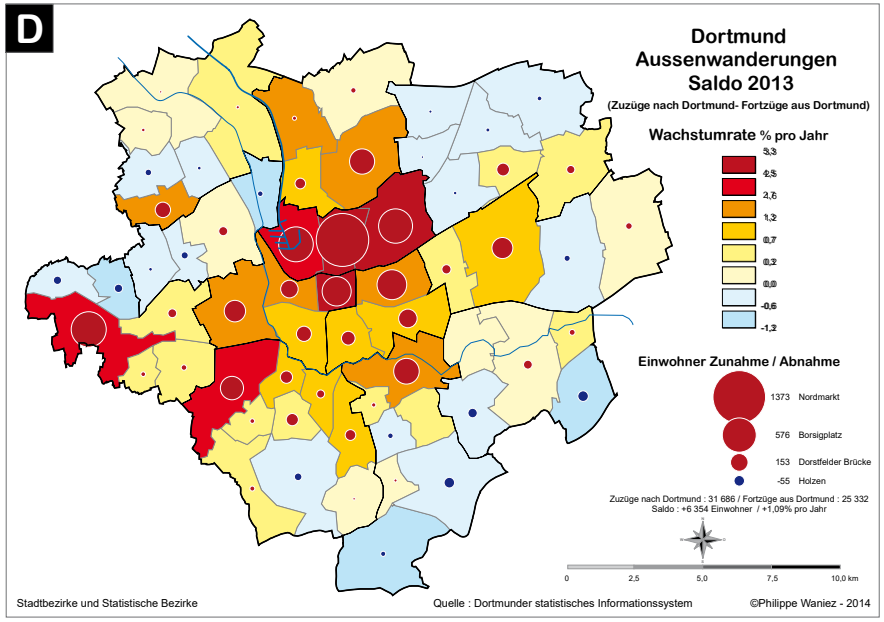

C
Düsseldorf
Binnenwanderungen
Saldo 2012
(Zuzüge - Fortzüge innerhalb Düsseldorfs)
Wachstumrate % pro Jahr
9,4
4,3
2,3
1,6
0,7
0,0
-1,0
-3,0
-9,3
Einwohner Zunahme / Abnahme
357 Gerresheim
119 Unterrath
-56 Golzheim
-187 Flingern Nord
Zuzüge innerhalb Düsseldorfs : 30 763 / Fortzüge innerhalb Düsseldorfs : 30 763
Saldo der Zuzüge und Fortzüge : 0
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014


D
Düsseldorf
Aussenwanderungen
Saldo 2012
(Zuzüge nach Düsseldorf - Fortzüge aus Düsseldorf)
Wachstumrate % pro Jahr
3,.8
2,6
1,9
0,9
0,0
-0,7
-1,5
-2,0
-18,6
Einwohner Zunahme / Abnahme
700 Bilk
159 Hassels
49 Altstadt
-16 Rath
-167 Gerresheim
Zuzüge nach Düsseldorf : 39 306 / Fortzüge aus Düsseldorf : 36 748
Saldo : +2 558 Einwohner / +0,43% pro Jahr
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014


A
Dortmund
Mittlerer jährlicher Zuwachs
(Natürliche Bevölkerungsbewegungen + Wanderungen)
2012-2013
Wachstumrate % pro Jahr
4,6
3,5
2,9
1,9
0,9
0,0
-0,6
-1,3
-3,3
Einwohner Zunahme / Abnahme
825 Nordmarkt
470 Brackel
190 Lindenhorst
82 Marten
-100 Lanstrop
Einwohner 2011 : 579 012 / Einwohner 2012 : 583 658
Saldo : +4 446 Einwohner / +0,80% pro Jahr
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Dortmunder statistisches Informationssystem
©Philippe Waniez - 2014


B
Dortmund
Natürliche
Bevölkerungsbewegungen
Saldo 2013
(Geburten - Sterbefälle)
Wachstumrate % pro Jahr
0,6
0,4
0,0
-0,1
-0,4
-0,6
-0,8
-1,4
-2,6
Einwohner Zunahme / Abnahme
96 Nordmarkt
75 Borsigplatz
-57 Asseln
-108 Mengede
Geburten : 5 015 / Sterbefälle : 6 986
Saldo der Lebendgeborenen und Gestorbenen : -1 971 / -0,3% pro Jahr
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Dortmunder statistisches Informationssystem
©Philippe Waniez - 2014


C
Dortmund
Binnenwanderungen
Saldo 2013
(Zuzüge - Fortzüge innerhalb Dortmunds)
Wachstumrate % pro Jahr
2,3
1,7
0,9
0,3
0,0
-0,7
-1,3
-1,9
-2,6
Einwohner Zunahme / Abnahme
297 Brackel
88 Alt-Scharnhorst
-266 Lütgendortmund
-679 Nordmarkt
Zuzüge innerhalb Dortmunds : 45 860 / Fortzüge innerhalb Dortmunds : 45 860
Saldo der Zuzüge und Fortzüge : 0
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Dortmunder statistisches Informationssystem
©Philippe Waniez - 2014


D
Dortmund
Aussenwanderungen
Saldo 2013
(Zuzüge nach Dortmund- Fortzüge aus Dortmund)
Wachstumrate % pro Jahr
Einwohner Zunahme / Abnahme
1373 Nordmarkt
576 Borsigplatz
153 Dorstfelder Brücke
-55 Holzen
Zuzüge nach Dortmund : 31 686 / Fortzüge aus Dortmund : 25 332
Saldo : +6 354 Einwohner / +1,09% pro Jahr
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Dortmunder statistisches Informationssystem
©Philippe Waniez - 2014

Karten 12

Die intensiven Binnenwanderungen
(**Karten 10C, 11C, 12C**)

Diese Wanderungen von einem Bereich in einen anderen Bereich innerhalb derselben Stadt nimmt keinen Einfluss auf ihre Bevölkerungsentwicklung und der daraus resultierende Saldo ist gleich Null (+12 in Köln, möglicherweise ein kleines Meldeproblem). Die betreffenden Zahlen sind relativ groß, in der Größenordnung von 60.000 in Köln, 45.000 in Dortmund und 30.000 in Düsseldorf. Die drei Karten stellen eine ähnliche geografische Struktur dar. Man beobachtet eine Loslösung der Bevölkerung von den zentralen Bezirken und der Vorstädte zugunsten der Randgebiete, die weit genug vom Zentrum entfernt sind.

Mehrere Gründe erklären diese Bewegung des Standortwechsels für einen Teil der bereits ansässigen Bevölkerung (ohne die Möglichkeit, an dieser Stelle den einen oder anderen Grund vorzuziehen). Manche liegen in der Verfügbarkeit der Wohnräume (Umwandlungs- oder Bauprogramme von ehemaligen industriellen Räumen), in ihrem Typ (kollektive Wohnung oder Einfamilienhaus), in ihrer Qualität und in ihrem Preis. Andere stehen im Zusammenhang mit dem Familienzyklus, vor allem die Geburt von Kindern, die junge Paare veranlasst, größere Wohnungen, weiter außerhalb des Stadtkerns zu suchen... Andere Gründe sind der Standort der Geschäftsaktivitäten und die Erreichbarkeit von Arbeitsstellen. Man kann auch darüber nachdenken, dass die Suche nach einer Verbesserung der Lebensqualität Menschen dazu bewegt, die großen städtischen Ballungsgebiete zu verlassen um in weniger dichte Randgebieten derselben Stadt zu verbleiben.

Eine echte Attraktivität der Innenstädte
(**Karten 10D, 11D, 12D**)

Außenwanderungen betreffen die Einwohner, die in einer anderen Kommune Deutschlands, oder im Ausland wohnen werden. Man weiß nicht auf welche Orte sich die Ankunft Einwohner verteilen, die die Kommunen verlassen. Wahrscheinlich bleibt ein Teil von ihnen nach dem Umzug in der Nähe des Ortes aus dem sie kommen, mit dem bereits beobachteten Phänomen der Loslösung von den Zentren durch die Binnenwanderungen.

Die Bevölkerung, auf die sich solche Wanderungen beziehen sind beträchtlich. In der Größenordnung von 110.000 Personen in Köln (Zu- und Wegzüge), 75.000 Düsseldorf und 60.000 in Dortmund. In allen drei Fällen ist der Wanderungssaldo positiv: 1,1% in Dortmund, 0,74% in Köln und 0,43% in Düsseldorf. Daraus kann man schließen, dass diese drei Städte attraktiv sind, weil sie mehr Menschen anziehen, als sie verlieren.

Auf allen drei Karten, ist die Verteilung des positiven Wanderungssaldos der Außenwanderungen die gleiche wie die des negativen Wanderungssaldos der Binnenwanderungen. Anders ausgedrückt, zielt die äußere Bevölkerung darauf ab, sich in den zentralen Bezirken und den Vorstädten zu konzentrieren, während die ansässige Bevölkerung, die den Bezirk wechselt, darauf abzielt, sich in den peripheren Bezirken nieder zu lassen. Es gibt natürlich eine Logik in dieser Doppelbewegung. Um diese im Detail zu verstehen, würde eine genaue Beschreibung der Migrationsbevölkerung erforderlich sein; es handelt sich um eine spezielle Studie, die den Rahmen von diesem Atlas überschreitet.

Um jedoch die Lokalisierungen des positiven Saldos der Außenwanderungen zu erklären, kann man dieselben Faktoren hinzuziehen wie für Binnenwanderungen: demografischer Zyklus (z.B. kommen die Personen, um in den Universitäten und den Hochschulen zu studieren); das Wohnungsangebot ist wichtig in den dichten Bezirken; Attraktion des städtischen Lebens… Abschließend bemerken wir, dass alle diese Bezirke keinen positiven Saldo aufweisen; es handelt sich im Allgemeinen um Außenbezirke mit einer negativen Bilanz, die selten 100 Personen überschreitet.

Referenz

(1) http://www.lemonde.fr/economie/article/2012/11/27/l-irlande-championne-europeenne-de-la-natalite_1796676_3234.html

IV - Die demografischen Strukturen

Die im zweiten Kapitel beobachteten demografischen Entwicklungen stehen zum Teil im Zusammenhang mit Veränderungen der Verteilung des Bevölkerungsalters. Mehrere demografische Indikatoren können zur Berechnung benutzt werden, um die Altersstruktur zu bestimmen, z.B.:

- das Medianalter ist das Alter, das die Bevölkerung in zwei Teile teilt: die eine Hälfte der Bevölkerung liegt unterhalb des Medianalters und in symmetrischer Form liegt die andere Hälfte oberhalb des Medianalters;
- die relative Größe von jeder Altersgruppe, das heißt die relativen Prozentsätze der Jugendlichen, der Erwachsenen und der Alten und den Werten in Kombination mit der Gesamtbevölkerung.

1. Das Medianalter

Dieser Indikator wird durch seine Robustheit charakterisiert: seine Berechnung ist weniger empfindlich gegenüber den Spitzenwerten des Durchschnittsalters. Um ihn zu berechnen, muss man über die Aufschlüsselung der Bevölkerung verfügen und zwar die Höhe des Alters pro Jahr, ab weniger als einem Jahr bis 100 Jahre und mehr. Diese Daten sind verfügbar für Europa, Deutschland und NRW; jedoch nicht in dieser Form für die Stadtteile der wichtigsten Städte.

Die Berechnung des Durchschnittsalters einer Bevölkerung ist aus zwei Gesichtspunkten interessant. Einerseits ermöglicht es auf leicht verständliche Art die Bestimmung des Alters als ein wesentliches demografisches Merkmal. Man kann so die Bevölkerungen vergleichen, von verschiedenen Ländern, Regionen… Andererseits, wenn das Durchschnittsalter mit verschiedenen Daten gerechnet wird, ermöglicht es, die Alterungstendenz zu schätzen: Wenn das Medianalter ansteigt, dann deshalb, weil die Altersstruktur der Bevölkerung des betroffenen Landes immer mehr Erwachsene und alte Menschen betrifft.

Die Überalterung der europäischen Bevölkerung

Im Jahr 2012 beträgt das Medianalter in der gesamten Europäischen Union 40,6 Jahre. Anders gesagt, 50,0% der Europäer sind jünger als dieses Alter, dem zur Folge sind 50,0% älter. Deutschland scheint eines der ältesten Länder zu sein (44,4 in 2012); das jüngste Land ist Irland (34,5 Jahre im Jahr 2011); in Frankreich ist der Medianwert (40 in 2011). Der Anstieg des Medianalters, welches in 1991 bei 35,4 Jahren lag, durchzieht die Alterung der europäischen Bevölkerung. Das Medianalter ist in allen EU-Staaten angestiegen und ist um sechs Jahre oder mehr in Litauen, Portugal, Slowenien, Deutschland, Lettland, Spanien, Österreich,

Malta, den Niederlanden und in Italien gestiegen (1). Die Demografen der Studie „Convergence Europop 2010“ (2) meinen, dass das Medianalter weiter fortschreiten könnte und im Laufe des nächsten halben Jahrhunderts auf 47,6 Jahre in 2060 ansteigt.

Die Karte vom Medianalter in den europäischen Regionen (NUTS-2, für Deutschland handelt es sich um die Regierungsbezirke) zeigt erhebliche Unterschiede in der EU (**Karte 1**). Die erste Überraschung ist die Alterung der vielen Regionen in den südlichen Ländern: Griechenland, Italien, Portugal, Nordspanien, sind nicht mehr die jungen Länder, in denen man gerne die Jugend betont: 43,4 Jahre auf dem Peloponnes, 42,7 in Basilikata, 44,2 in Alentejo, 44,4 in Kastilien und León. Andere Länder hingegen zeigen einen hohen Anteil Jugendlicher mit einem Medianalter unter 37 Jahre: Irland, Island, ein Teil von Polen und der Slowakei. Für Irland und Polen, kann man auf die Bedeutung der katholischen Religion in beiden Ländern hinweisen (mehr als 80,0% der Bevölkerung ist katholisch), um die junge Bevölkerung mit einer der höchsten Geburtenraten in Europa zu erklären. Sicherlich spielt dieser Faktor in diesen beiden Fällen eine Rolle, scheint aber nur einen begrenzten Einfluss in Italien und Spanien zu haben, wo auch noch traditionelle Katholiken leben... Zweifellos muss man andere Faktoren als nur die Religion heranziehen, die diese Unterschiede des Medianalters erklären.

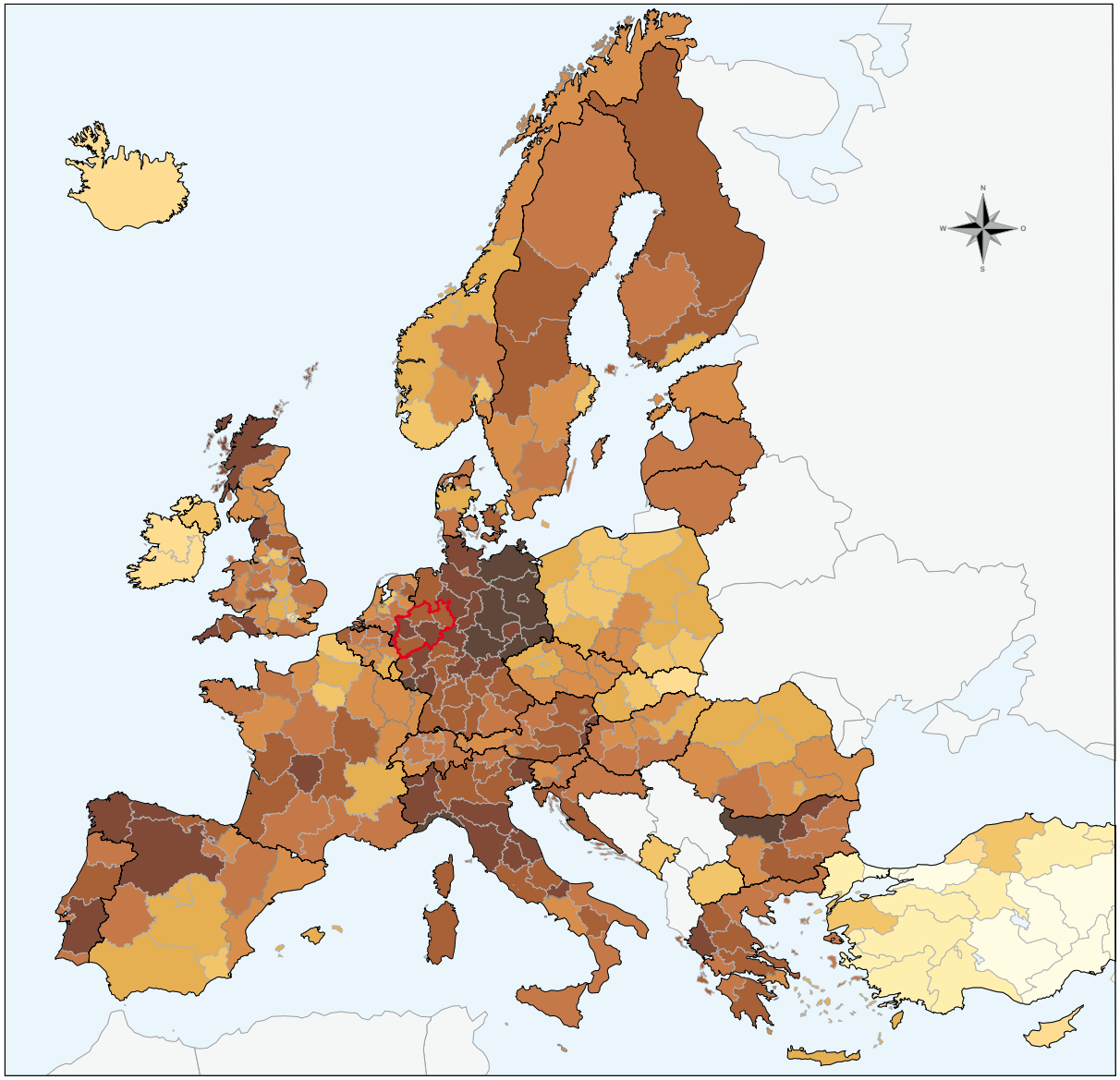
Die Türkei zeigt sehr niedrige Werte manchmal weniger als 30 Jahre, dies resultiert aus den demografischen und sozialen Strukturen, die sich von denen der anderen EU-Länder unterscheiden.

In Frankreich, wechseln sich alte Regionen mit jungen Regionen ab; zwischen Limousin (45,1 Jahre) und der Ile de France mit Paris (35,6), liegt der Unterschied bei 9,5 Jahren. Eine ähnliche Beobachtung kann für Großbritannien gemacht werden: 9,4 Jahre zwischen den Regionen Cornwall und Outer London.

In Deutschland liegt das Medianalter der Regierungsbezirke enger zusammen: zwischen Oberbayern (einschließlich München) mit 42 Jahren und 48,7 Jahre bei Chemnitz, ist der Unterschied nur 6,7 Jahre. Die alten Bundesländer, mit Werten um 43 Jahre sind in der Regel jünger als die Länder der ehemaligen DDR, wo das mediane Alter in der Regel über 47 Jahre liegt. In der alten BRD, von Schleswig-Holstein bis Oberfranken und von Arnsberg bis Rheinhessen-Pfalz ist die Bevölkerung älter mit einem Medianalter von etwa 44 Jahren. Somit liegt, trotz offensichtlicher regionaler Unterschiede, Deutschland als Ganzes und noch stärker die ehemalige DDR, im Hauptfokus einer alternden europäischen Bevölkerung.

Die Verbreitung der Alterung der Bevölkerung Deutschlands

Das Medianalter der deutschen Bevölkerung hat sich von 40,4 Jahre in 2003 auf 44,4 im Jahr 2012 erhöht. Somit ist die Bevölkerung in nur 8 Jahren um 4 Jahre gealtert. Von diesem relativ schnellen Prozess sind alle Regionen betroffen. Die **Karten 2A** und **2B** erlauben, die Situation in 2003 mit derjenigen von 2012 zu vergleichen; die Farbpalette ist auf den beiden Karten dieselbe; man nimmt die allgemeine Verdunklung von einer Karte zur anderen deutlich wahr, was die Alterung auf erstaunliche Weise ausdrückt. Besonders beunruhigend erscheint die Zuspitzung des Phänomens in den neuen Bundesländern.



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Medianwert des Alters der Bevölkerung 2012

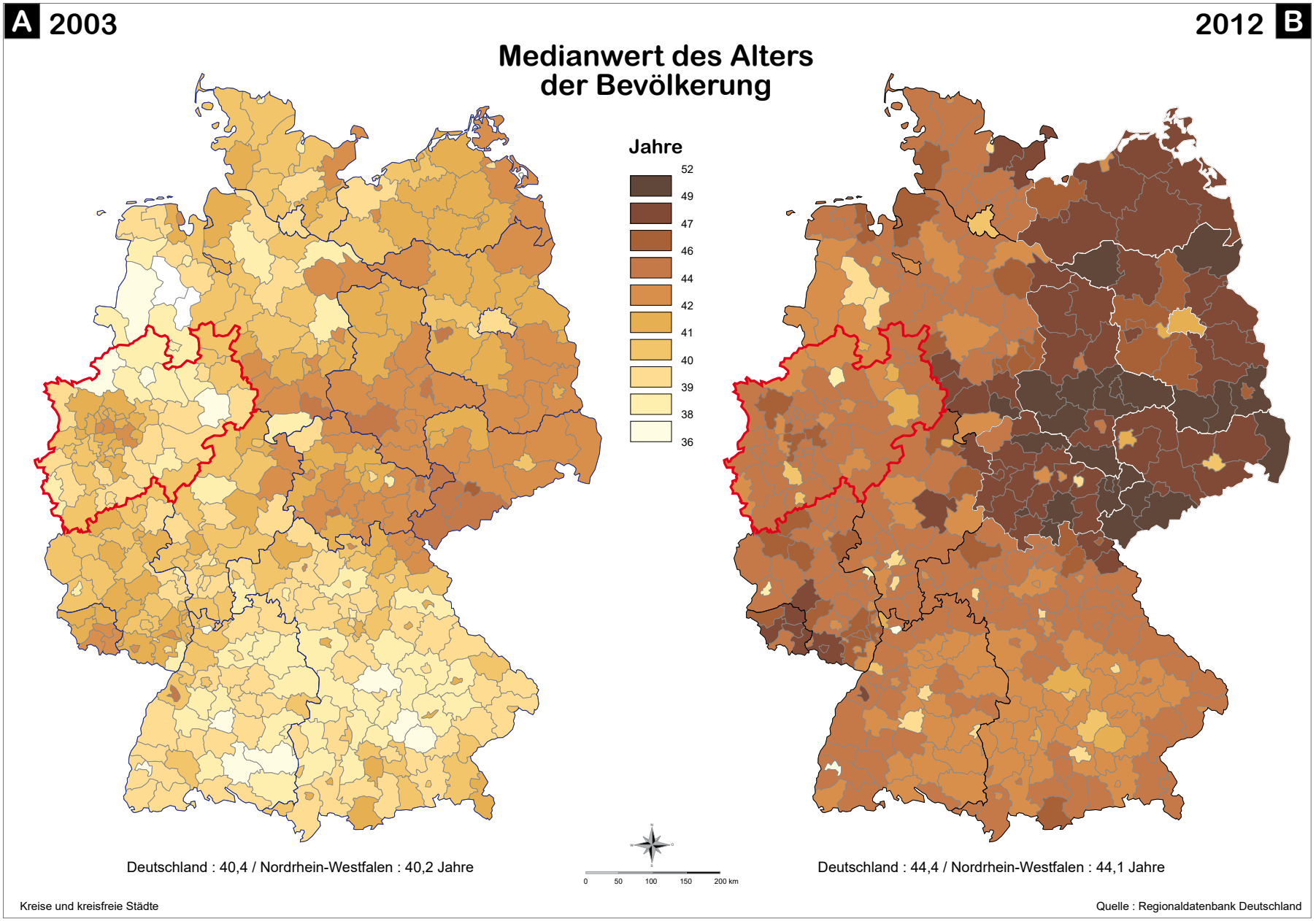
Jahre

- 48,7
- 45,9
- 43,8
- 42,1
- 40,4
- 38,9
- 37,2
- 35,2
- 33,4
- 30,4
- 25,8

Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

©Philippe Waniez - 2014

Karte 1


A 2003
2012 B
Medianwert des Alters der Bevölkerung
Jahre
52
49
47
46
44
42
41
40
39
38
36
0 50 100 150 200 km
Deutschland : 40,4 / Nordrhein-Westfalen : 40,2 Jahre
Deutschland : 44,4 / Nordrhein-Westfalen : 44,1 Jahre
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland

In diesem düsteren Bild, sollte man die besondere Entwicklung der großen Städte, beachten, die außergewöhnlich resistent sind (**Karte 3**): Hamburg, Köln, Frankfurt am Main, Mainz, Stuttgart, München altern wenige: +1,6 Jahre in Hamburg, +1.1, in Köln, +0,2 in Stuttgart +0,4 in München. Frankfurt am Main und Mainz verjüngen sich jeweils um 0,2 und 0,4 Jahre. Obwohl die neuen Bundesländer sehr vom Alterungsprozess betroffen sind, sind Leipzig und Dresden davon ausgenommen, im Gegensatz zu Berlin, Magdeburg oder Weimar.

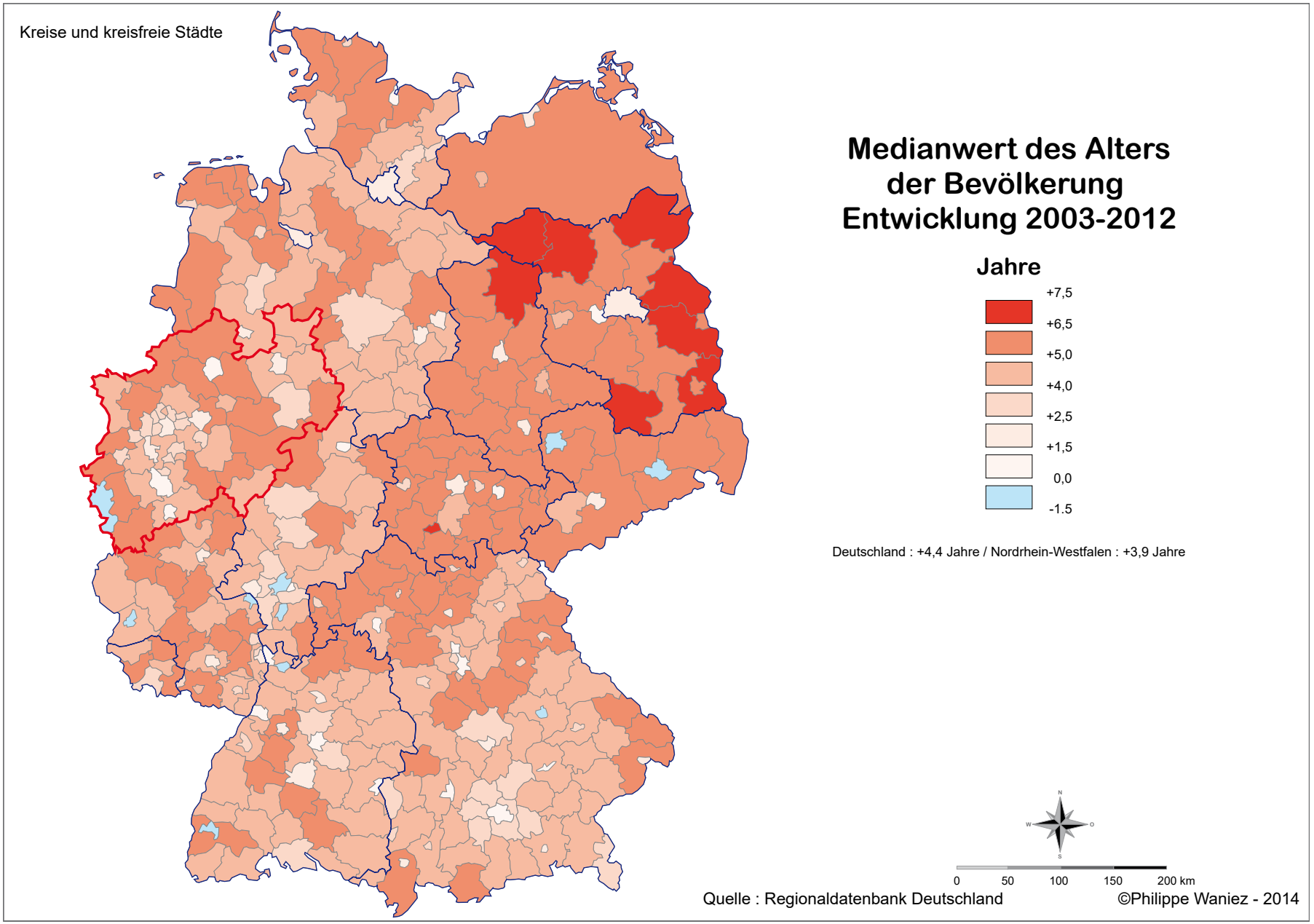
Der Grund für den demografischen Optimusmus ist natürlich in den Zuwanderungen zu suchen. Diese Städte sind attraktiv für junge Menschen und deren Suche nach einem Job; das Wanderungssaldo ist dort positiv. Auch sollte hinzugefügt werden, dass diese Städte wichtige Zentren hervorragender Hochschulbildung und Forschung sind, die Studenten und junge Forscher anzieht. Darüber hinaus beschränkt sich dieses Phänomen nicht nur auf einzelne Großstädte. Andere, weniger große Städte in Bezug auf die Einwohnerzahl, widerstehen ebenfalls tapfer dem Altern, insbesondere wegen des Rufes ihrer Universitäten. So sind, zusätzlich zu den zuvor genannten Städten Aachen, Darmstadt, Heidelberg, Freiburg Im Breisgau und Regensburg einzuordnen, deren Bevölkerung sich manchmal um mehr als ein Jahr verjüngt.

Nordrhein-Westafen : ein altes Land ?

So gestellt, kann diese Frage nicht mit dem einzigen Indikator des Medianalters beantwortet werden. Aber er kann zur Reflektion des Themas dienen. Wieder scheint der Trend zur Alterung auch bezeichnend, der das Niveau erreicht, weil, in der Demografie, die „Wirkung eines Dampfschiffes“ (das man nicht schnell stoppen kann) eine beachtenswerte Rolle in der strukturellen Entwicklung der Bevölkerungen spielt.

Im Jahr 2012 liegt das Durchschnittsalter der Bevölkerung von NRW bei 44,1 Jahren, fast der deutsche Durchschnitt (44,4), man weiß, dass dieser stark von den neuen Bundesländern negativ beeinflusst wird. Mit Blick auf die alten Bundesländer, erscheint NRW in einer relativ ungünstigen Position, aber weniger als das Saarland oder Rheinland-Pfalz, zum Beispiel. Im Gegenteil, die Bevölkerung von NRW ist viel jünger als in den neuen östlichen Bundesländern mit 4,2 Jahren niedriger als in Sachsen-Anhalt (48,3). Zusammenfassend lässt sich aufgrund des Medianalters von NRW sagen, dass es sich um ein altes Bundesland handelt in den ältesten Ländern der Europäischen Union.

Das Medianalter der Bevölkerung von NRW stieg von 36,3 Jahre in 1982 auf 44,1 Jahre in 2012. Folglich ist die Bevölkerung von NRW in 20 Jahren um fast 8 Jahre gealtert. In diesem relativ schnellen Prozess sind alle Gemeinden inbegriffen. Die **Karten 4A** und **4B** vergleicht die Situation in 1982 mit der von 2012; die Farbskala für beide Karten, weist eine allgemeine Verdunkelung gegenüber der anderen auf, dies drückt die Alterung aus. In 1982 erschienen bereits zwei Regionen in einer schlechten Position. Die Kommunen im Ruhrgebiet und die Bergischen Drei hatten ein durchschnittliches Alter von ca. 40 Jahren, das sind 3,7 Jahre mehr als der Landesdurchschnitt. Eine ähnliche Situation charakterisierte die Achse Bielefeld-Minden. Im Gegensatz dazu erschienen das Münsterland und das Sauerland relativ jung mit einem, in der Regel niedrigeren Medianalter als dem NRW-Wert, in der Größenordnung von 27 bis 31 Jahren für das erste, und 31 bis 35 Jahre für das zweite.


Kreise und kreisfreie Städte
Medianwert des Alters der Bevölkerung Entwicklung 2003-2012
Jahre
+7,5
+6,5
+5,0
+4,0
+2,5
+1,5
0,0
-1.5
Deutschland : +4,4 Jahre / Nordrhein-Westfalen : +3,9 Jahre
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014

Karte 3

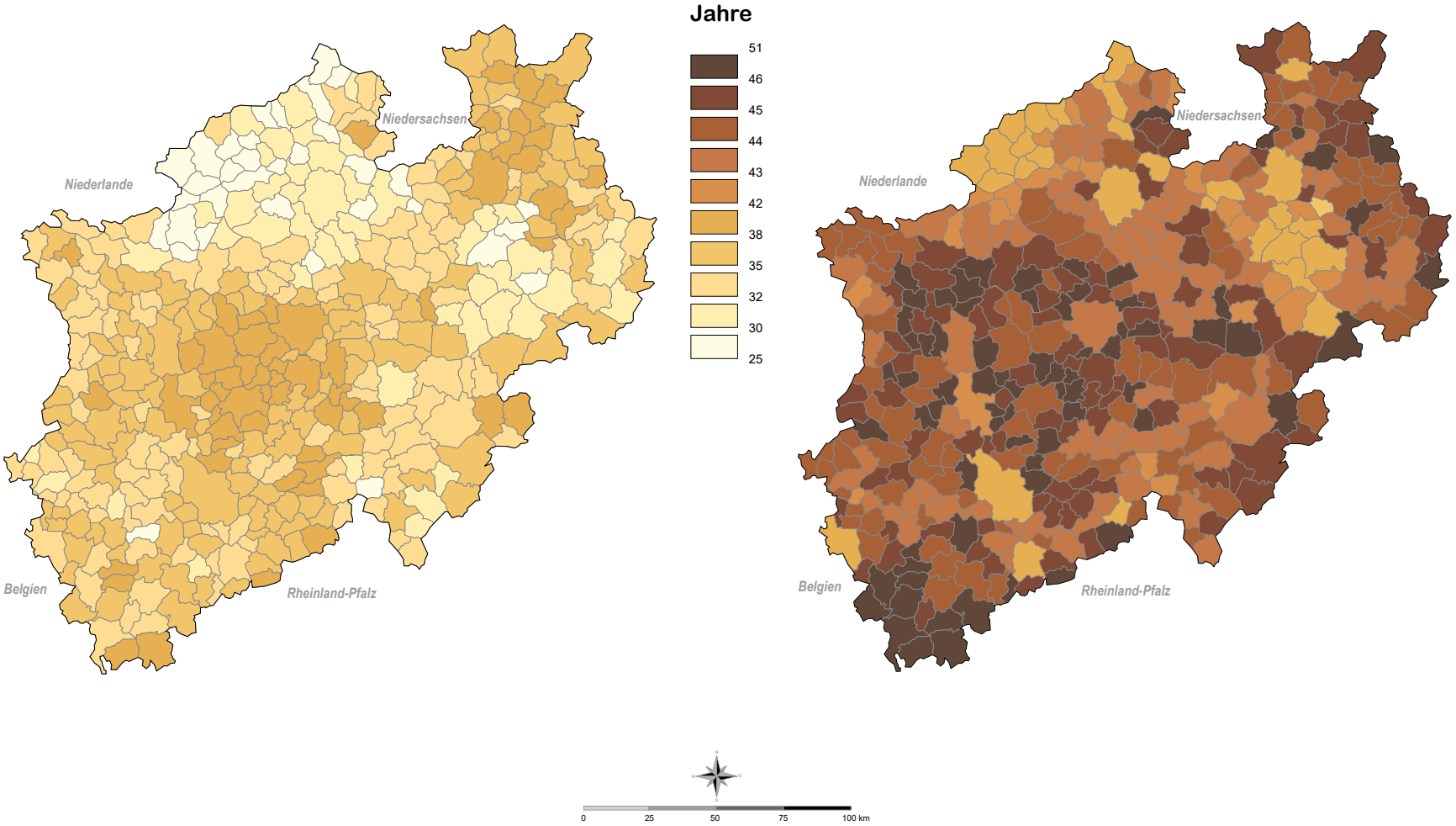
A 1982

2012 B

Medianwert des Alters der Bevölkerung

Nordrhein-Westfalen 1982 : 36.3 Jahre

Nordrhein-Westfalen 2012 : 44.1 Jahre



Gemeinden

Quelle : Landesdatenbank NRW

©Philippe Waniez - 2014

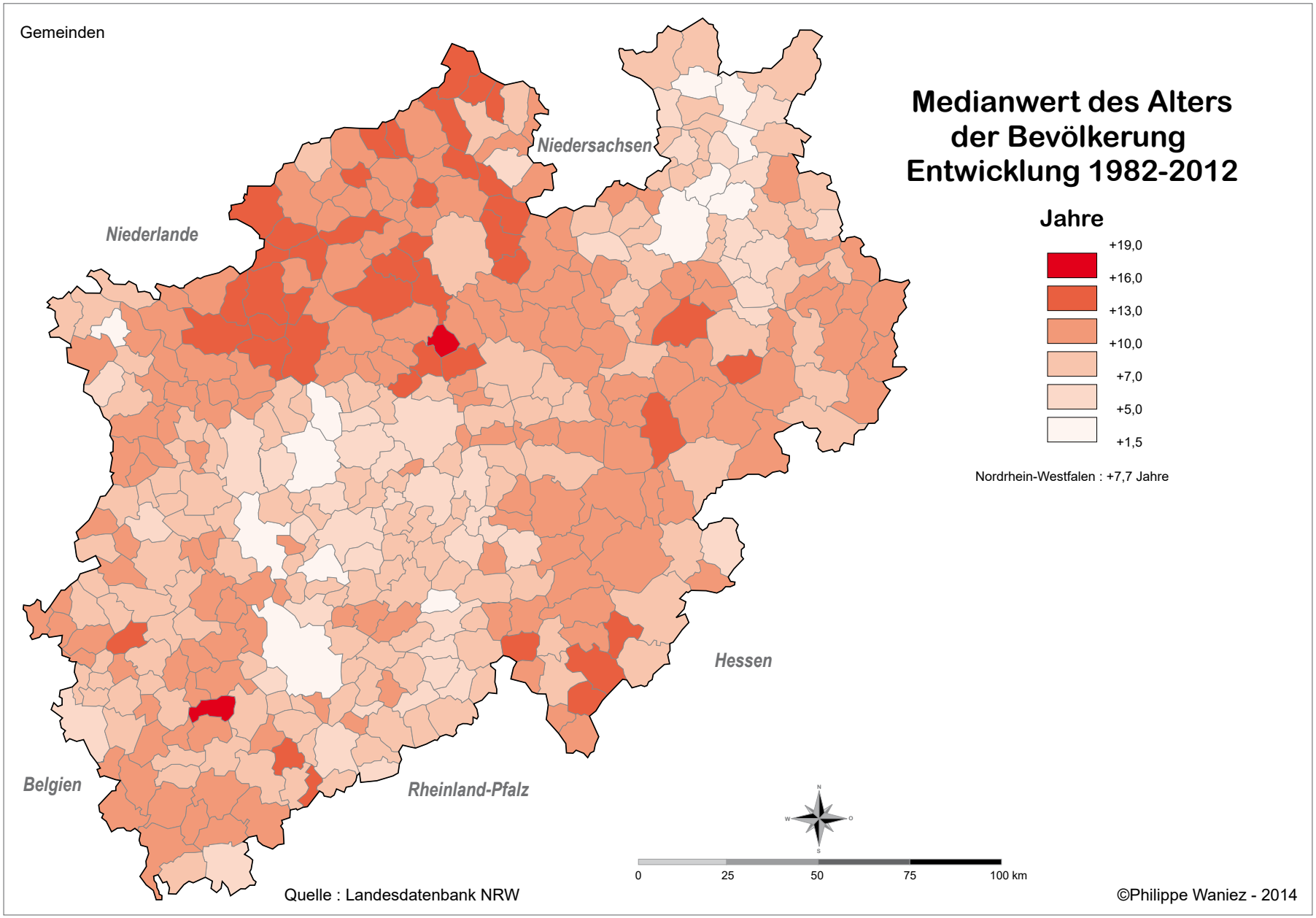
Im Jahr 2012 sind alle Gemeinden in NRW deutlich gealtert, allerdings mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Das ehemals relativ junge Münsterland und Sauerland, hat das Durchschnittsalter zahlreicher Gemeinden aufgeholt und übertraf sogar den Durchschnitt des Landes. Meschede zum Beispiel erhöhte sich von 34,3 Jahre (unter dem Durchschnitt) auf 44,9 (über dem Durchschnitt). Die gleiche Feststellung kann für Havixbeck gemacht werden (nahe Münster) mit 31,1 Jahren in 1982 und 45,0 in 2012. Der Südwesten von NRW hat auch eine beschleunigte Alterung erlebt. Zahlreiche Gemeinden in der Eifel waren 1982 nah dem Durchschnittsalter und gehören nun zu den ältesten Städte des Landes mit dem Medianalter von rund 48 Jahren.

Zur zeitnahen Vergleichbarkeit dieser beobachteten Tendenzen, und wie für Gesamtdeutschland, wurde die Differenz des Medianalters zwischen 1982 und 2012 kartografiert (**Karte 5**). Besser als der Vergleich bei den Karten 4A und 4B kann man dieses Phänomen differenzieller Altersentwicklung in NRW erkennen Das Herz des Landes, die Rhein-Ruhr Schiene schon alt in 1982, sah ihr Medianalter ansteigen auf 5 bis 6 Jahre, das heißt weniger als NRW gesamt. Dies ist auch für die Achse Bielefeld-Minden der Fall. In vielen großen Städten ist die Alterung schwächer gestiegen: 2,8 Jahre in Düsseldorf, 3,7 in Bielefeld, 4 in Köln, 4,8 in Essen, 5,2 in Aachen. Hier findet man die Resistenz gegen den Alterungsprozess der wichtigen Städte, die bereits für Deutschland festgestellt wurde.

Außerhalb des Herzens von NRW und von einigen anderen Städten, neigt das Medianalter der Bevölkerung dazu, sich in einer beschleunigten Weise zu erhöhen. Alle ländlichen Gebiete, von der Eifel am Niederrhein, Münsterland, Sauerland und Teutoburger Wald sind von diesem Phänomen betroffen, fast überall mit höheren Werten als +10 Jahre, und manchmal: +14,8 Jahre in Nottuln bei Münster! Die Karte unterstreicht damit die unterschiedlichen Trends in städtischen und ländlichen Gebieten, mit dem Gesamtergebnis einer deutlichen Erhöhung des medianen Alters in NRW über zwanzig Jahre.

2. Die Altersgruppen

Diese Gruppen werden auf der Basis mehr oder weniger gleichen Alters in Intervallen gebildet. Sie spiegeln soziodemografische Situationen. Zum Beispiel die Aufteilung in drei Altersgruppen (Jugendliche, Erwachsene und Senioren) verbunden mit dem Grad und der Art der Tätigkeit in der Bevölkerung: die jungen Menschen in der Ausbildung sollten von Erwachsenen unterstützt werden, die selbst im Laufe der Zeit zu Rentner werden. Hinter einer solchen Teilung gibt es einen Bezug. Natürlich ist das nicht einfach und es gibt wirtschaftlich abhängigen Erwachsene (z.B. diejenigen, die arbeitslos sind oder Sozialhilfe erhalten, in jedem Land hat diese Unterstützung verschiedene Formen, Revenue de Solidarité Aktiv (RSA) in Frankreich, Hartz IV in Deutschland ... Alle Senioren sollten eine Rente erhalten, so das sie anständig leben können, aber das ist nicht immer der Fall und einige führen eine Berufstätigkeit weit über das gesetzliche Rentenalter aus. Auch nach erwähnen dieser Ausnahmen, ist die Verteilung der Bevölkerung in drei Altersklassen dennoch auf die starke Logik wirtschaftlicher Abhängigkeit begründet. Allerdings könnte man sich andere Möglichkeiten vorstellen, wie die Unterscheidung der jüngsten unter den Jugendlichen zu den ältesten, junge Erwachsene und ältere Erwachsene. Man käme so zu einer Einteilung in den Gruppen, die differenzierter und der soziologischen Realität näher ist.


Gemeinden
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Medianwert des Alters der Bevölkerung Entwicklung 1982-2012
Jahre
+19,0
+16,0
+13,0
+10,0
+7,0
+5,0
+1,5
Nordrhein-Westfalen : +7,7 Jahre
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 5

Die Altersstrukturen der Bevölkerung in den europäischen Regionen

Eurostat liefert die Verteilung der Bevölkerung in drei Altersgruppen: 0-14, 15-64 und 65 und mehr in einer relativ detaillierten Grafik NUTS3 (für Deutschlands Kreise und kreisfreien Städte). Diese Definition der Gruppen, die darauf abzielt, die wirtschaftliche und soziale Situation der europäischen Länder insgesamt zu berücksichtigen, ist nicht immer sachdienlich für jedes Land. Sie können jedoch einen geografischen Ansatz für die Gegensätze der Alterszusammensetzung liefern, die die Bevölkerung der europäischen Regionen charakterisiert. Mehr als der Anteil jeder Gruppe an der Gesamtbevölkerung ist die Kombination der drei Gruppen in der Bevölkerung der Regionen Europas interessant. Ein Klassifizierungstechnik, die hierarchische Clusteranalyse wird verwendet, um diese Kombinationen zu präzisieren (**Karte 6**).

Insgesamt vier Angaben erlauben die Bedeutung der von der AHC hergestellten Klassen zu interpretieren:

- die Klassennummer für die jeweilige Region ermöglicht die Karte zu erstellen;
- das durchschnittliche Profil der Klassen (**Tabelle 1**);
- ie grafische Darstellung der Unterschiede (positiv rechts, negativ links von den durchschnittlich bewerteten Europäern EUR auf dieser grafischen Darstellung) zwischen dem durchschnittlichen Profil jeder Klasse und dem europäischen Durchschnitt;
- ein dreieckiges Diagramm, bei dem die drei Achsen jeder Altersgruppe entsprechen.

Klassen	% < 15 Jahre	% 15 - < 65 Jahre	% 65 Jahre und +	Einwohner (Tausende)
1	**22,0**	**67,4**	10,6	81.074
2	**17,5**	66,2	16,2	103.307
3	12,1	62,5	**25,4**	22.863
4	13,6	65,4	**21,0**	113.332
5	15,6	**71,0**	13,5	84.140
6	14,3	**67,8**	**17,9**	98.526
7	16,9	62,9	**20,2**	73.185
Europa	16,9	66,7	16,4	576.428

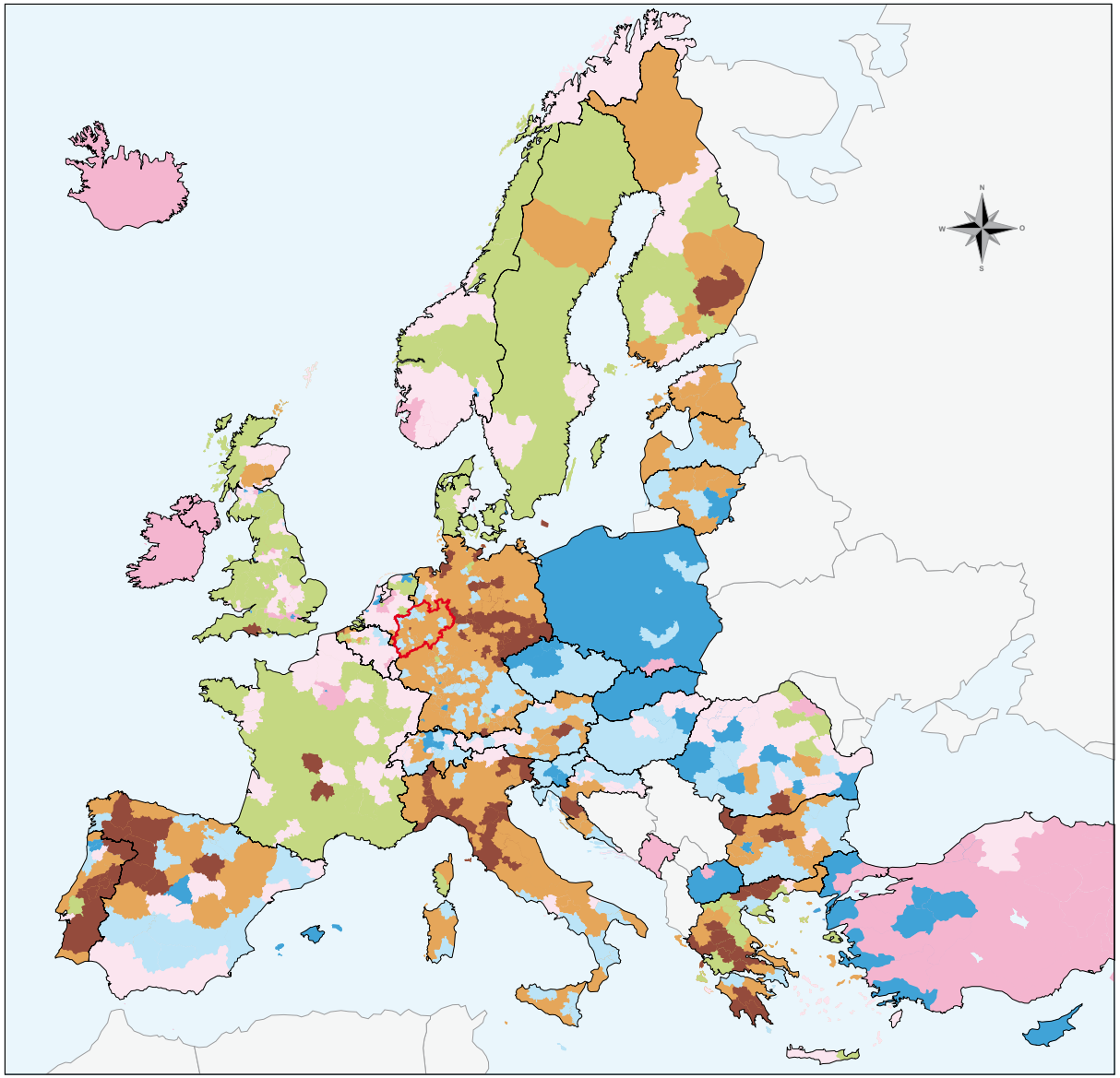
Tabelle 1: Durchschnittsprofil der Klassen des AHC im Jahr 2012. Quelle: Eurostat.

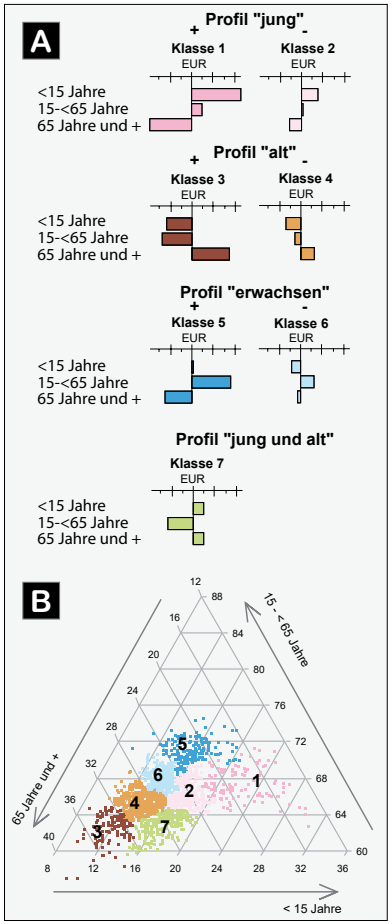
Zwei Klassen der europäischen Regionen „Jugend“

Die Klassen 1 und 2 beinhalten 184 Millionen Menschen, das ist etwas weniger als ein Drittel der europäischen Bevölkerung im Jahr 2012. Sie kennzeichnen junge Regionen mit 22,0% unter 15 Jahren für die erste und 17,5% für die zweite (der europäische Durchschnitt liegt bei 16,0%). Dies ist ein mehr oder weniger hoher Grad an Jungen, die die zwei Klassen unterscheidet. Im dreieckigen Diagramm erscheint die Klasse 1 auf der (horizontalen) Achse der Jungen sehr verstreut. Das bedeutet, sie spiegelt ziemlich unterschiedliche Situationen, auch wenn die hier verglichenen Regionen alle von einer starken Präsenz der Jugend gekennzeichnet sind: Türkei, Island, Irland.

Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Regionale Altersprofile der Bevölkerung 2012





Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

©Philippe Waniez - 2014

Karte 6

Zu diesen Ländern fügen sich einige besondere Regionen hinzu: der Großteil der Region Île-de-France (aber nicht Paris), Rogaland (Region von Stavanger in Norwegen) und Crna Gora in Montenegro …Dies bestätigt noch die Ungleichheit von diesen Klassen.

Die Klasse 2 ist gleichartiger. Sie entspricht den Regionen, in denen die Jugend in starker Proportion erscheint, ohne deswegen die sehr hohen Prozentsätze der Klasse 1 zu erreichen. Man findet sie in zahlreichen Ländern. In Frankreich, bezieht sie sich auf das nördliche und östliche Viertel des Landes sowie mehrere Départements, deren Hauptort eine Regionalhauptstadt ist: Marne (Reims), Côte-d'Or (Dijon), Rhone (Lyon), Puy-de Dom (Clermont-Ferrand), Haute-Garonne (Toulouse), Gironde (Bordeaux), Loire-Atlantique (Nantes), Ille-et-Vilaine (Rennes). Die Jugend ist eine bemerkenswerte Eigenschaft in den französischen Regionalhauptstädten.

Die Großräume Paris und London haben eine besondere Struktur: die Innenstadt wird durch eine Fülle von Erwachsenen gekennzeichnet (Klasse Nr., in dem näheren Umkreis in der Klasse 1 und im weiter entfernten Umkreis in der Klasse 2.) Dieses Schema wiederholt sich auf weniger systematische Weise in Madrid und Bukarest.

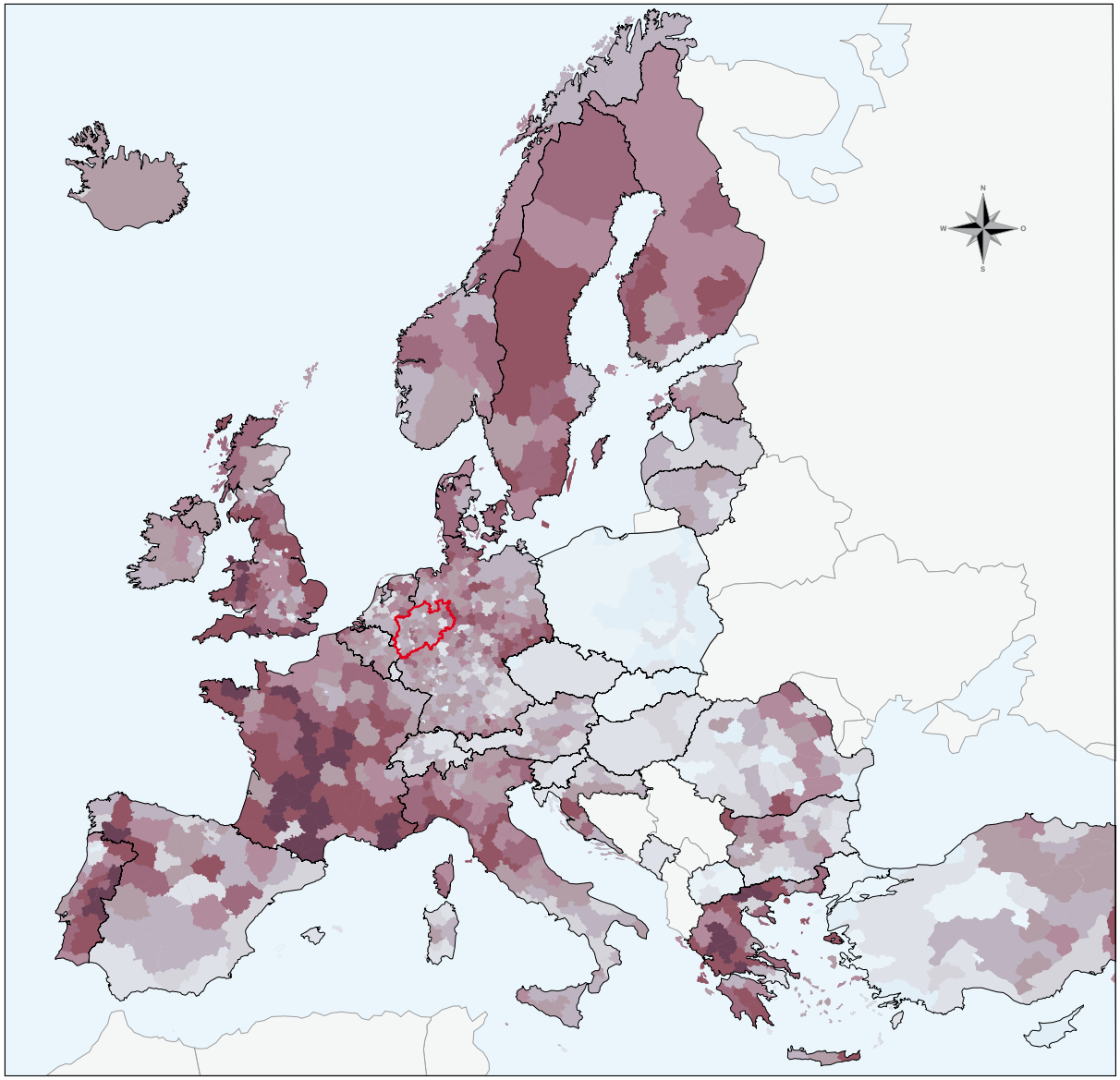
Zwei Klassen der europäischen Regionen „Alte“

Die Klassen 3 und 4 erfassen insgesamt 126 Millionen Einwohner, d.h. etwas mehr als 20,0% der europäischen Bevölkerung in 2012. Die Werte in diesen beiden Klassen sind sehr verschieden: 23 Millionen in Klasse 3 zu 113 Million in Klasse 4. Es ist ein mehr oder weniger hoher Grad des Alterns, der diese beiden Klassen unterscheidet. Mit durchschnittlich 25,4% alter Personen vereint die Klasse 3 problematische Gegenden auf dem demografischen Plan: nicht nur, dass der Wert der Alten hier sehr hoch ist sondern außerdem ist der Wert der Jugendlichen mit durchschnittlich 12,1% minimal. Man findet diese Regionen in der **Karte 7**: Griechenland, der Norden der italienischen Halbinsel, die französischen und italienischen Küsten, im Grenzbereich von Portugals Osten und Spaniens Nordwesten.

Die Regionen der Klasse 4 sind, mit 21,0% Menschen im Alter von 65 Jahren und mehr in einer weniger dramatischen Situation als diejenigen der vorangegangenen Klasse. Der Anteil der jungen Menschen ist durchschnittlich etwas höher (13,5%). Das betrifft hauptsächlich Deutschland und Italien und ist bedeutend im Norden Spaniens, in Bulgarien und in Griechenland. Die Kreise von NRW sind meist Mitglieder dieser Klasse 4, mit Ausnahme mehreren kreisfreie Städte und einem Teil des Kreises vom Niederrhein und vom Münsterland.

Zwei Klassen der europäischen Regionen „Erwachsene“

Die Klassen 5 und 6 erfassen insgesamt 182 Millionen Einwohner, d.h. etwas weniger als ein Drittel der europäischen Bevölkerung in 2012. Ihre Bevölkerungswerte liegen nahe (84 Millionen in Klasse 5 und 98 Millionen in 6). Die Klasse 5 wird durch eine starke Überrepräsentation an Erwachsenen geprägt, die 71,0% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Fast alle Regionen Polens und der Slowakei gehören zu dieser Klasse. Sie kennzeichnet auch mehrere Hauptstädte: Madrid, Paris, London, Vilnius, Prag, Bukarest, Sofia und mehrere touristischen Regionen der türkischen Küste, wie Izmir.



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Altersabhängigkeitsquotienten 2012

Anzahl der Jugendlichen und Alten zu 100 Erwachsenen

- 44
- 39
- 37
- 36
- 35
- 34
- 33
- 32
- 30
- 29
- 25
- Andere Staaten

Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - NUTS3 : Kreise ©Philippe Waniez - 2014

Karte 7

Offensichtlich ist das hohe Aufkommen an Arbeitsplätzen in den weiter entwickelten Regionen der Grund für den demografischen Anstieg des Anteils der Erwachsenen.

Das gleiche Phänomen, aber dieses Mal abgeschwächter, ist in Deutschland deutlich mit der Klasse 6 erkennbar, deren Profil nahe der Klasse 5 liegt, aber mit einem höheren Anteil von alten Menschen und zwar 17,9% gegenüber 13,5% für die Klasse 5. In NRW gibt es viele kreisfreie Städte, die Mitglieder der Klasse 6 sind: Köln, Düsseldorf, Aachen, Münster, Paderborn und Bonn. Beachten Sie auch, dass kein Kreis oder kreisfreie Stadt aus dem Ruhrgebiet in den Klassen 5 und 6 enthalten sind. Dies verstärkt nötigenfalls noch die Situation in dieser Region. Anderswo in Deutschland, kennzeichnet die Klasse 5 häufig die großen Städte: Hamburg, Stuttgart, Berlin, Frankfurt am Main, Mainz, Trier, Stuttgart ... Ein großer Teil von Bayern, sind es nicht nur große Städte (München, Würzburg, Regensburg) sondern auch mittelgroße Städte und Landkreise.

Die Klasse 6 ist auch in Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Lettland bedeutend, also eher in den östlichen Regionen der EU. Aber sie kommt auch südlich von Madrid und dem italienischen Mezzogiorno vor.

Wenn die Erwachsenen fehlen…

Im Vergleich zu der ersten sechs Klassen, zeigt die Klasse 7 zur Spezifizierung, keine einzelne dominante Eigenart (jung, erwachsen oder alt), sondern zwei dominante Eigenarten: jung und alt. Dies wird auch durch ein deutliches Defizit am Anteil der Erwachsenen begleitet (62,9% Erwachsene gegen 66,7% im Durchschnitt für Europa). Sicherlich, Erwachsene fehlten auch in der Klasse 3, aber dies entstand aufgrund des hohen Prozentsatzes an älteren Menschen. Hier ist es das Defizit an Erwachsenen, das hauptsächlich die Klasse charakterisiert.

Zu dieser Klasse gehören vor allem Frankreich, Großbritannien, Schweden und Finnland. Dies gilt nicht für die großen städtischen Gebieten dieser Länder. Der größte Teil Frankreichs gehört in diese Klasse, mit Ausnahme der wichtigsten regionalen Hauptstädten. Die Regionen der Klasse 7 in Großbritannien zeigen deutlich die peripherische Eigenschaft dieser Klasse; Peripherie bedeutet hier sehr weit von London und auch weit von den nördlichen Städten Liverpool, Manchester und Edinburgh.

Um diese Analyse der Altersstruktur von der europäischen Bevölkerung abzuschließen, betonen wir drei Merkmale Deutschlands: seine Bevölkerung veraltet; die neuen Bundesländer (außer Berlin) sind allgemein älter als die alten Länder. Die Städte sind durch eine Überrepräsentation der Erwachsenen gekennzeichnet; dieses letztere Merkmal kann zu einem großen Teil bis Bayern ausgedehnt werden.

Die Abhängigkeitsrate in Europa…

Zurückkommend auf den zu Beginn dieses zweiten Teiles vorgestellten Gedanken, können die Jugendlichen und die Alten als unproduktiv betrachtet werden, weil sie im allgemeinen nicht direkt zur Produktion von Wohlstand beitragen (von dem sie nur Konsumenten sind); dagegen trägt eine großer Anteil der Erwachsenen, die im aktiven Sektor beschäftigt sind, diese Unproduktiven. Man kann also, sicherlich etwas unzulänglich (weil ein Teil der Erwachsenen nichts tut), die Anzahl der unproduktiven Personen zu 100 produktiven berechnen, oder wenn man es bevorzugt, die kumu-

lative Anzahl von Jung und Alt im Vergleich zur Anzahl der Erwachsenen (Wert pro 100 Erwachsene).

Die Abhängigkeitsraten in den europäischen Ländern variieren zwischen 40,7 für Polen und 55,5 für Frankreich; der Durchschnitt liegt bei 49,9, das heißt fast ein Unproduktiver zu einem Produktiven. In Frankreich ist der Fall bekannt: die hohe Geburtenrate, unterstützt durch eine familienfreundliche Politik erklärt den hohen Anteil an Kindern (18,6%; es gibt nur die Türkei, die das besser macht, mit 25,3%). Der Wert der Alten ist auch höher als der europäische Durchschnitt (26,6% gegenüber 25,4%). Doch einige französische Departments, besonders in den Regionen Île-de-France, dem Norden, Elsass und Lothringen, sowie denjenigen, deren Hauptort eine Landeshauptstadt ist, liegen unter den Durchschnittssätzen des Landes, in der Größenordnung von 33 bis 35. Es sind vor allem die ländlichen Departments und Regionen mit Wohnsitzen der Rentner (Côte d ‘ Azur, Departments an der Atlantikküste), die von den hohen Werten betroffen sind.

Woanders in Europa, Schweden, Dänemark, Italien, Finnland, Großbritannien, Belgien, Griechenland, Portugal und Norwegen, liegen die Abhängigkeitsraten zwischen 55,1 und 51,3. Alle Regionen sind nicht in gleicher Weise betroffen: zum Beispiel das London Becken in Großbritannien hat niedrige Raten; in den Küstengebieten sind sie höher. Im Süden von Portugal, im Nordwesten Spaniens wird ein Band starker Werte durch die starke Bevölkerungsalterung erklärt, dies ist auch in den ländlichen Gebieten mit schwankender Wirtschaft.

Die niedrigen Abhängigkeitswerte sind vor allem in den ehemals kommunistischen Ländern: Bulgarien (47,5), Rumänien (47), Slowenien (45,1), Tschechien (44,6) und vor allem Polen (40,1). Alle diese Länder haben einen niedrigen Anteil an Jugendlichen (zwischen 13,4 und 15,8). In der Ausnahmesituation von Polen sorgt der niedrige Anteil von Alten (nur 19,4) im ganzen Land für das Ergebnis des besonders niedrigen nationalen Abhängigkeitsverhältnisses.

Innerhalb der Gemeinschaft der europäischen Länder, nimmt Deutschland eine mittlere Position auf dem 14. Platz, mit einer Abhängigkeitsrate von 50; nahezu identisch mit dem Durchschnittswert in Europa. Auf den ersten Blick könnte dieser Satz günstig erscheinen, sofern er erlaubt, gleichzeitig die Jugendlichen und die Alten unter guten Bedingungen zu tragen. Aber der Teil der Alten ist mehr als doppelt so hoch wie die Jungen (30 zu 13,3); und dieser Teil wird mit der Alterung der Generationen nach dem zweiten Weltkrieg noch zunehmen... Im Augenblick bemerken wir den großen Unterschied, der sich zwischen der Nordhälfte des Landes mit hohen Werten niederlegt und die weniger betroffene südliche Hälfte. Im Allgemeinen haben die großen Städte schwächere Werte. Dies gilt vor allem in NRW wo Bonn, Köln, Düsseldorf, Aachen, Münster eine Abhängigkeitsrate in der Größenordnung von 29 zu 32 haben und liegt damit deutlich unter der des Landes (51,25).

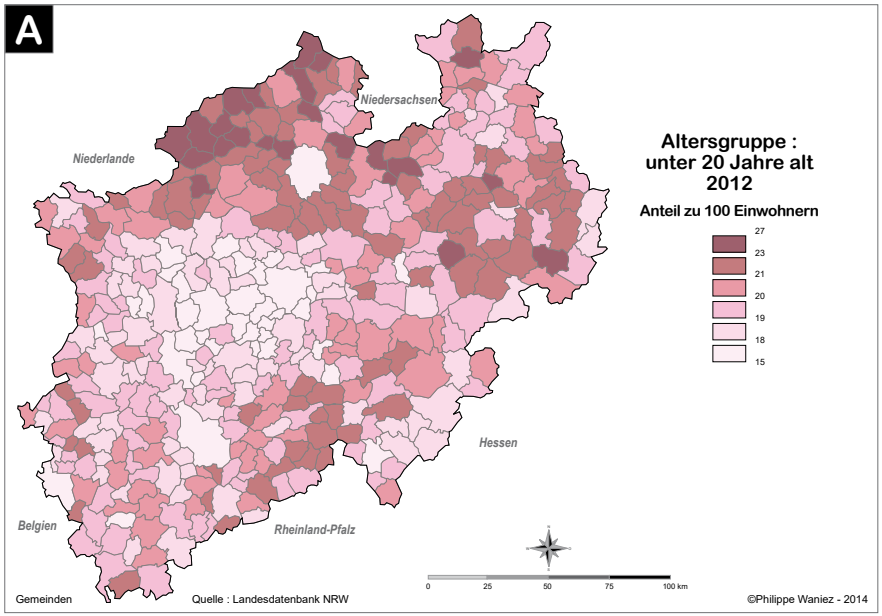
Man versteht also mit diesen beiden gegensätzlichen Beispielen, die Deutschland und Frankreich sind, dass die Abhängigkeitsrate die gegenwärtige Situation charakterisiert und in diesem Sinne ist eine schwache Rate eher ein positiver Indikator, weil weniger Personen von der Gemeinschaft unterstützt werden müssen. Auf der anderen Seite erfordert eine korrekte Interpretation dieser Wert, dass man sie mit der Altersstruktur kreuzt. Wie es oben analysiert wurde.

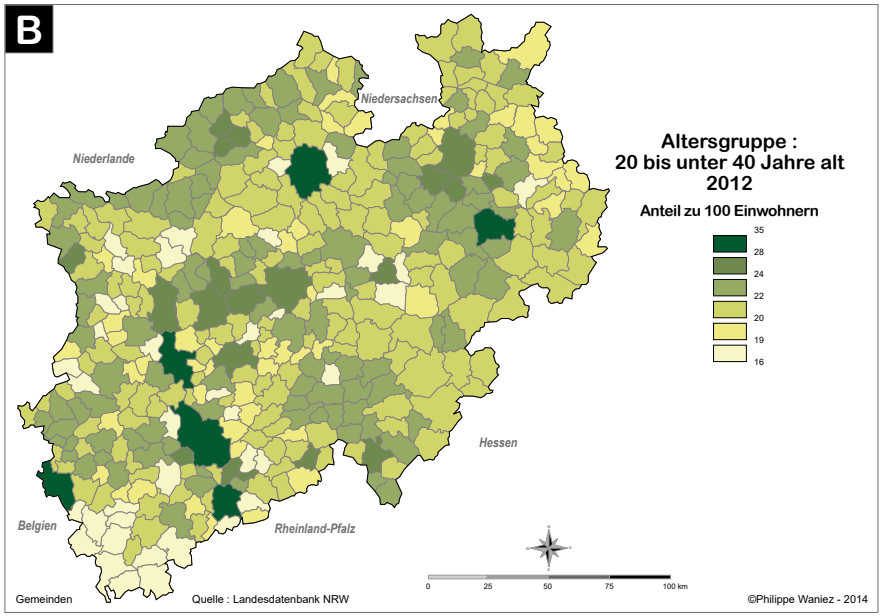
Die Altersgruppen in Nordrhein-Westfalen

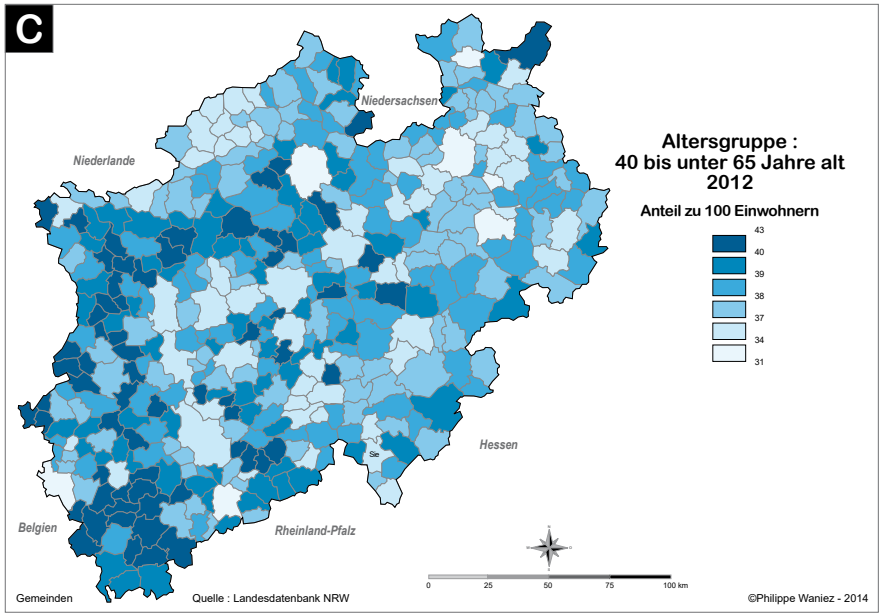
Die Altersgruppen, die Eurostat für das Studium der europäischen Bevölkerung zur Verfügung stellt, sind nicht ganz zufriedenstellend für die Analyse der Altersstruktur in NRW. Anstatt drei Gruppen definieren wir vier andere Gruppenbegrenzungen um damit der Wirklichkeit des Landes besser Rechnung zu tragen. Die Gruppen berücksichtigen Fünfjahres-Altersklassen. Die jungen Menschen in der Jugendgruppe bestehen aus Personen im Alter von 0 bis 19 Jahren; die Grenze von 19 Jahren ist wahrscheinlich besser geeignet, wegen der Dauer der Schulzeit am Gymnasium, die über 15 Jahre hinausgehen. Die Erwachsenen-Gruppe gliedert sich in zwei Untergruppen: junge Erwachsene von 20 bis 39 Jahren und alte Erwachsene von 40 bis 65 Jahre. Schließlich bilden die Gruppe der älteren Personen die Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren.

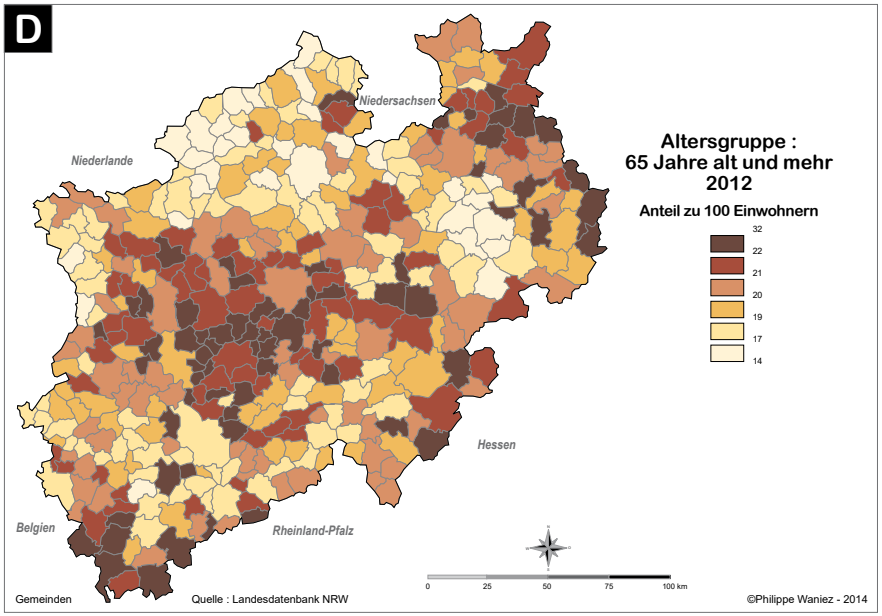
Um die Altersgruppen in NRW zu analysieren, ist es notwendig sich den Karten der Altersgruppen paarweise anzunähern. Tatsächlich ist die Karte der Jugend (0-19 Jahre) bei Weitem negativer als die der Alten. Einerseits sind die Jugendlichen (**Karte 8A**) in Westfalen überpräsentiert (Münsterland und die Region von Paderborn) während die Karte der Alten in dieser Gegend ein verstärktes Defizit anzeigt. Andererseits ist der proportionale Anteil der Alten im Herzen des Landes, der Eifel und im Osten des Teutoburger Waldes höher (**Karte 8D**); und eben genau in diesen Regionen findet man weniger Jugendliche. All dies mag normal erscheinen (Junge Regionen zeigen ein Defizit von Alten und umgekehrt) wenn auf diesen zwei Karten nicht die Städte mangelhaft wären. Köln, zum Beispiel hat nur 17,5% Jugendlichen und 17,6% Alte. Wir finden dieses doppelte Defizit in Bonn, Düsseldorf, Aachen, Münster.

Eine zweite Gruppe geografischer Gegensätze betrifft die jungen Erwachsenen (**Karte 8B**) und die alten Erwachsenen (**Karte 8C**). Der Anteil der jungen Erwachsenen scheint hoch, nicht nur in den Großstädten Köln, Bonn, Düsseldorf, Aachen, Münster, sondern auch in anderen Großstädten, beginnend mit denen des Ruhrgebiets, müssen Bielefeld, Paderborn Wuppertal und Siegen hinzugefügt werden. Bei der Gegenüberstellung hat man den Eindruck, dass die alten Erwachsenen die großen Zentren gemieden haben, um sich in ihren Randgebieten wieder zu finden.


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Altersgruppe :
unter 20 Jahre alt
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
27
23
21
20
19
18
15
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Altersgruppe :
20 bis unter 40 Jahre alt
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
35
28
24
22
20
19
16
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Altersgruppe :
40 bis unter 65 Jahre alt
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
43
40
39
38
37
34
31
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

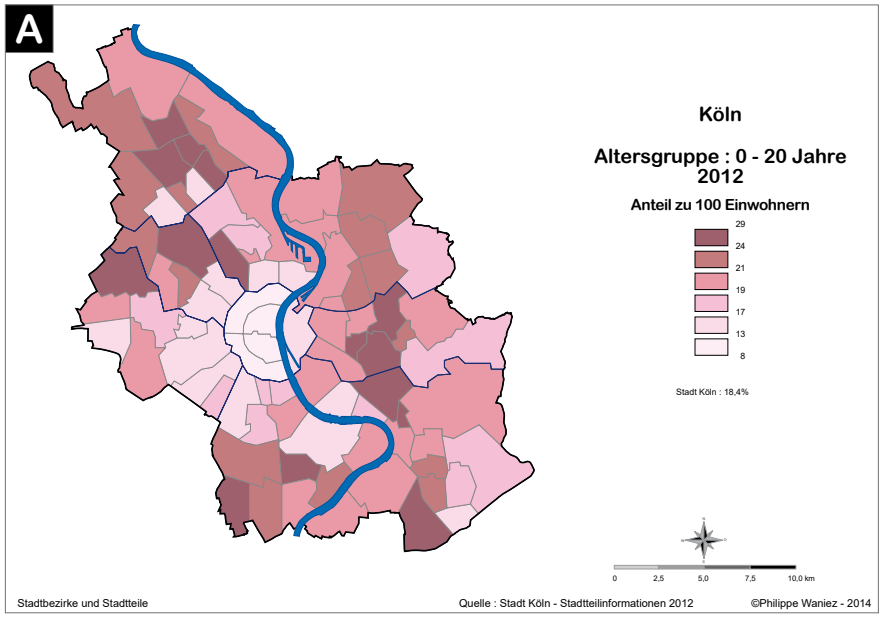

D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Altersgruppe :
65 Jahre alt und mehr
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
32
22
21
20
19
17
14
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

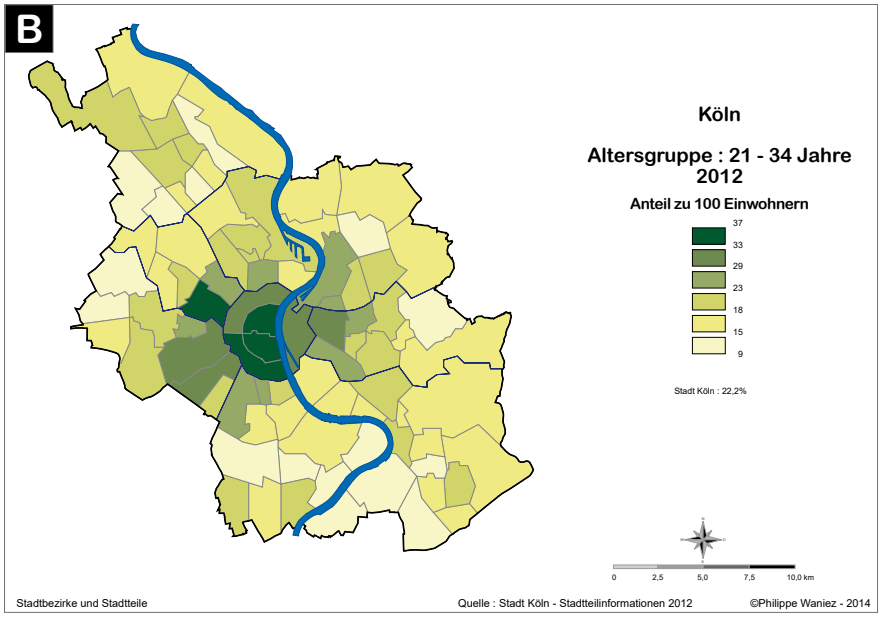
Altersgruppen in den Städten von Nordrhein-Westfalen

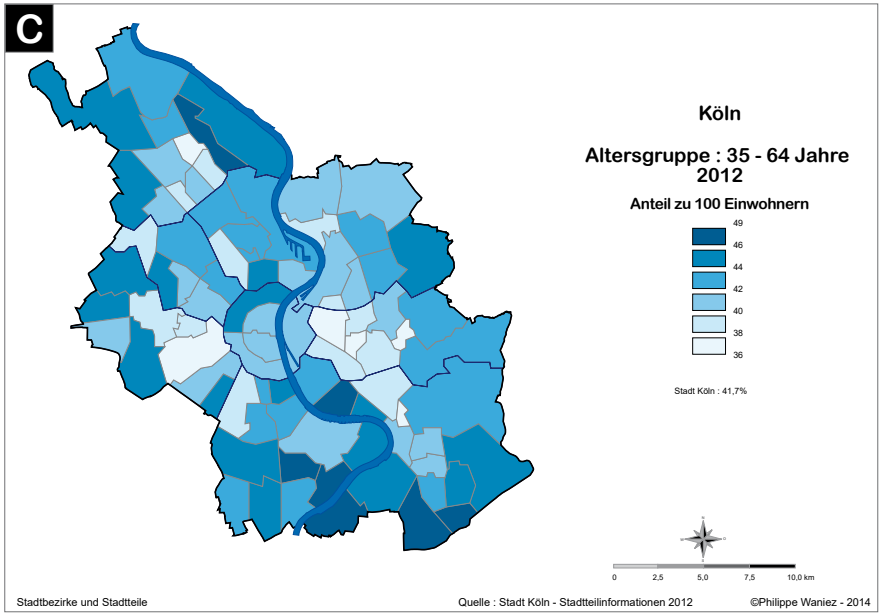
Um die Verteilung der vier Altersgruppen entsprechend dem vorstehenden Absatz zu analysieren, wurde eine Serie von vier Karten erstellt. Sie betreffen Köln (**Karten 9A-9D**), Düsseldorf (**Karten 10A-10D**), Bonn (**Karten 11A-11D**), Münster (**Karten 12A-12D**), Wuppertal (**Karten 13A-13D**) und die Kernzone des Ruhrgebiets (**Karten 14A-14B** und **15A-15B**). Jede dieser Städte, auf kartografischer Basis der Stadtteile (Statistischen Bezirke, Wohnquartiere) erlaubt eine relativ nuancierte Studie über die Altersstruktur. Leider sind die Statistiken der Statistikstellen in diesen Städten bei der Form der Gruppierungen von Stadt zu Stadt unterschiedlich. Also haben wir auf der Grundlage der verfügbaren Daten zu unterscheiden versucht, A: Kinder und Jugendliche, B: junge Erwachsene C: ältere Erwachsene D: die Alten.

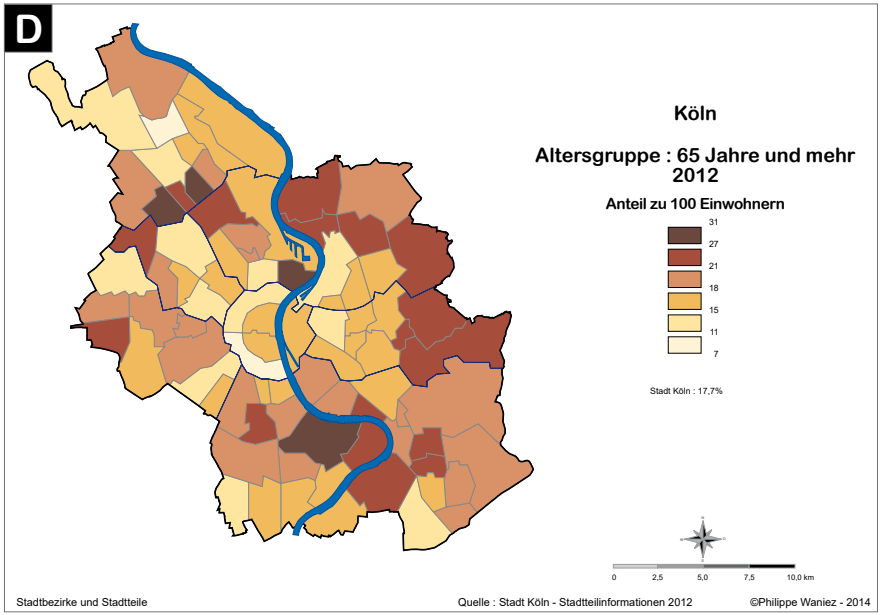
Die erste räumliche Struktur erscheint auf allen Karten mit großer Regelmäßigkeit: Der Prozentsatz der jungen Erwachsenen ist im Zentrum der Städte und ihren ersten Vorstädten immer höher als im Rest der Stadt. Dies ist auf allen Karten B jeder der Tafeln 9 bis 14 klar. Sogar in Wuppertal, wo sich die Stadt entlang der Wupper organisiert, fehlen diese zentralen jungen Viertel nicht: Um den Bezirk von Elberfeld-Mitte, die Bezirke von Arrenberg, der Nordstadt und der Südstadt ragen 43,0% von Erwachsenen im Alter von 18 bis 44 Jahren hervor. (Karte 13B). Rund um diesen Kern bleibt der Anteil der jungen Erwachsenen hoch und erstreckt sich entlang des nördlichen Ufers der Wupper Richtung Oberbarmen, mit Prozentsätzen von über 35,0%. Allerdings ist, je nach den Besonderheiten der jeweiligen Stadt, dieser Kern mehr oder weniger einheitlich. In Münster z. B. (Karte 12B), erscheint er ausgebreiteter, verglichen mit dem Rest der Stadt, aber auch vielfältiger. In Bonn betrifft er den alten Teil der Stadt, der auf linkem Ufer des Rheins gelegen ist (Karte 11B). Im Ruhrgebiet ist die Regelmäßigkeit dieser Kerne besonders klar: von Krefeld bis Hamm, Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund zeigen jeweils eine Gruppe zentraler Stadtteile mit mehr als 40,0% der 18-44 Jährigen.

Um die Bedeutung dieser Karten für junge Erwachsene besser zu verstehen, könnte man versuchen, eine ideale Art der sozioökonomischen Lage in der folgenden Weise anzubieten: in der Mehrheit sind es Studenten oder Auszubildende, junge Arbeitnehmer oder arbeitslosen Jugendliche, Singles, Paare ohne Kinder oder mit einem Kind. Im Allgemeinen sind diese jungen Menschen noch nicht fest im Leben verankert auch wenn das natürlich nicht für alle zutrifft. Ihre Einkommen sind im Allgemeinen kleiner als diejenigen der älteren Erwachsenen, weil sie in der Regel am Anfang ihrer Karriere stehen, wenn sie überhaupt schon begonnen hat, was nicht immer der Fall ist. In Bezug auf die Lage in der Stadt, suchen sie zunächst in den zentralen Bezirken oder den nächsten Vororten, die für sie wahrscheinlich besser erreichbar sind, als die volkstümlichen und bürgerlichen Viertel. Und dann sind im Zentrum auch das Nachtleben, die städtische Geselligkeit und der einfacher Zugang zu den kulturellen Angeboten. Schließlich gibt es eine Logik für die Konzentration der jungen Erwachsenen in den zentralen Teilen der Städte: Lebensstile und Familienstand tragen dazu bei, um diese Kerne zu strukturieren. Dieser Erklärungsversuch ist wohl auch ein Schlüssel zum Verständnis der Konzentration der jungen Erwachsenen in den wichtigsten Städten von NRW.

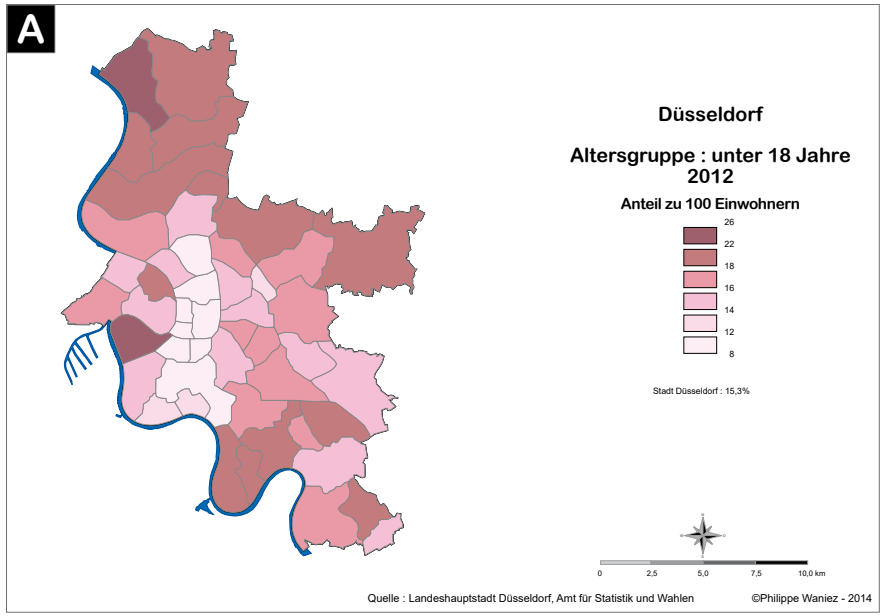

A
Köln
Altersgruppe : 0 - 20 Jahre
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
29
24
21
19
17
13
8
Stadt Köln : 18,4%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014

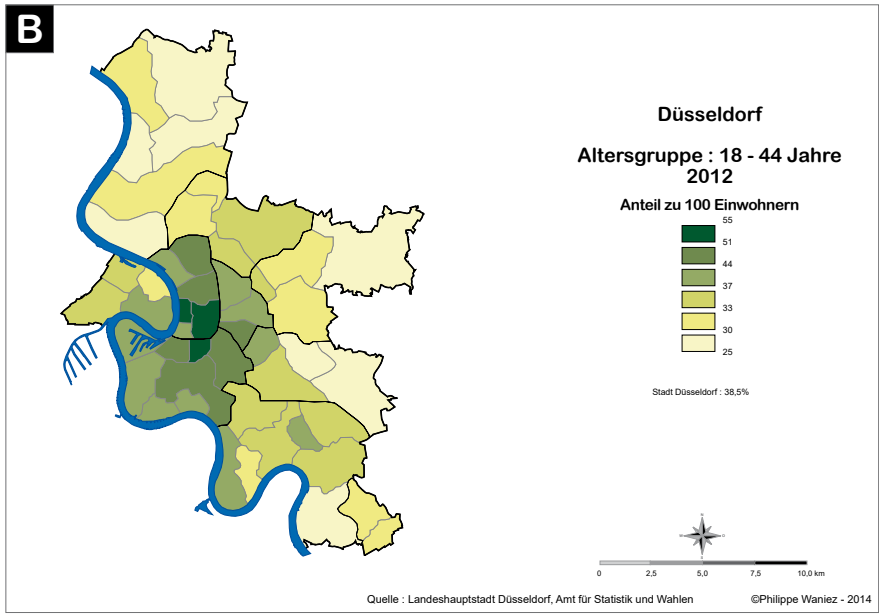

B
Köln
Altersgruppe : 21 - 34 Jahre
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
37
33
29
23
18
15
9
Stadt Köln : 22,2%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014

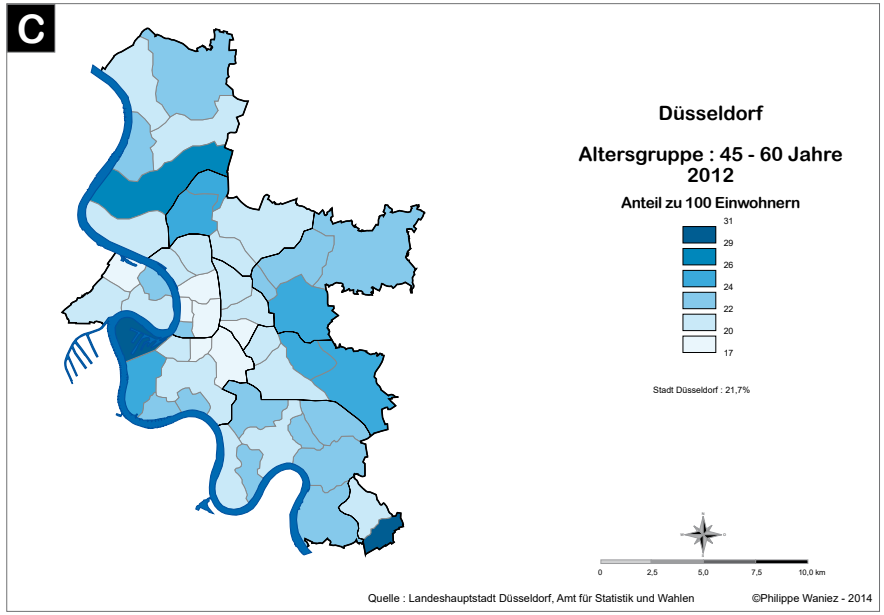

C
Köln
Altersgruppe : 35 - 64 Jahre
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
49
46
44
42
40
38
36
Stadt Köln : 41,7%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014

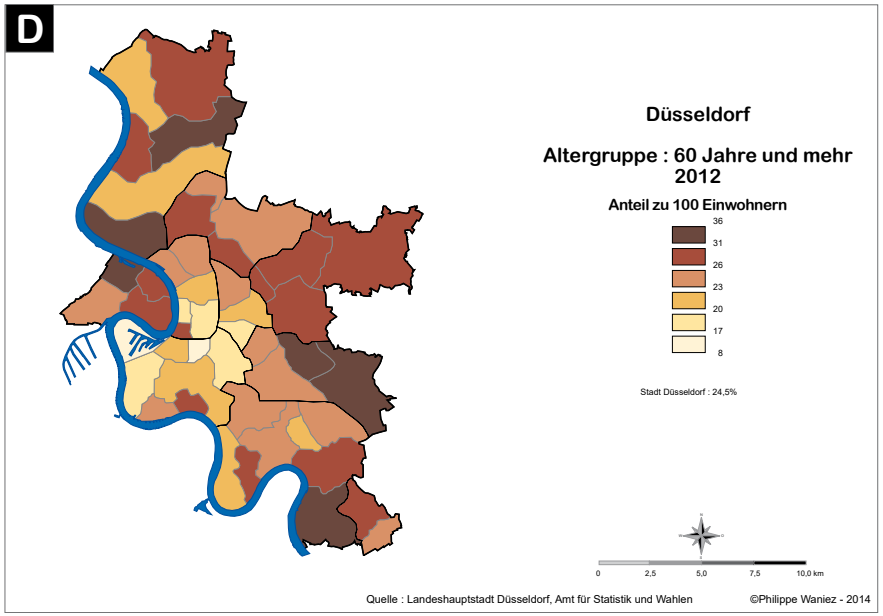

D
Köln
Altersgruppe : 65 Jahre und mehr
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
31
27
21
18
15
11
7
Stadt Köln : 17,7%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014

Karten 9

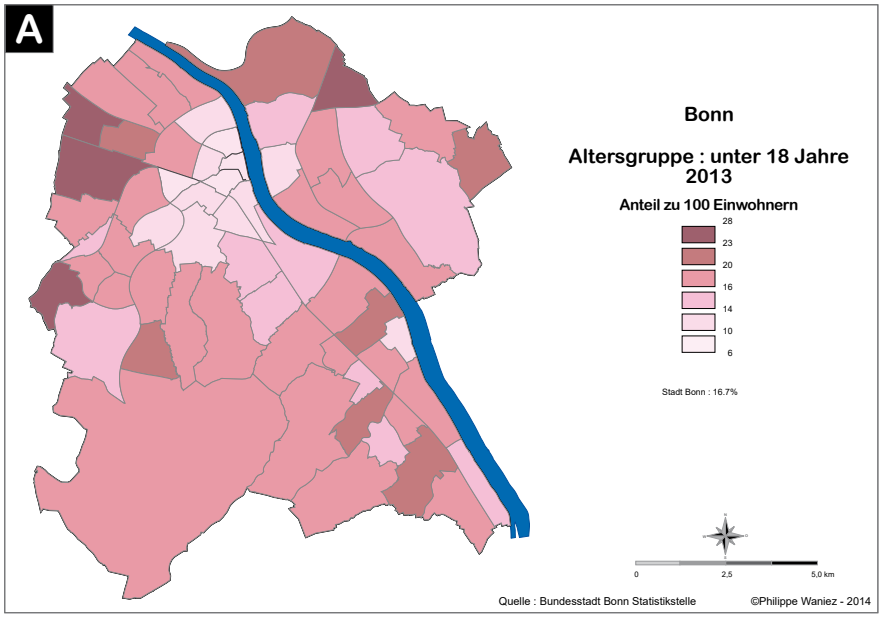

A
Düsseldorf
Altersgruppe : unter 18 Jahre
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
26
22
18
16
14
12
8
Stadt Düsseldorf : 15,3%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014

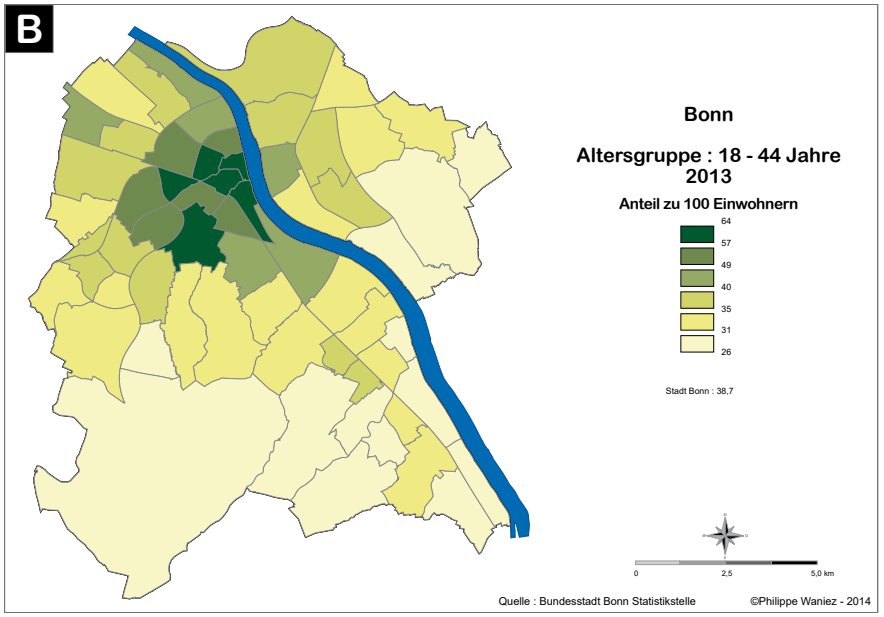

B
Düsseldorf
Altersgruppe : 18 - 44 Jahre
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
55
51
44
37
33
30
25
Stadt Düsseldorf : 38,5%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014

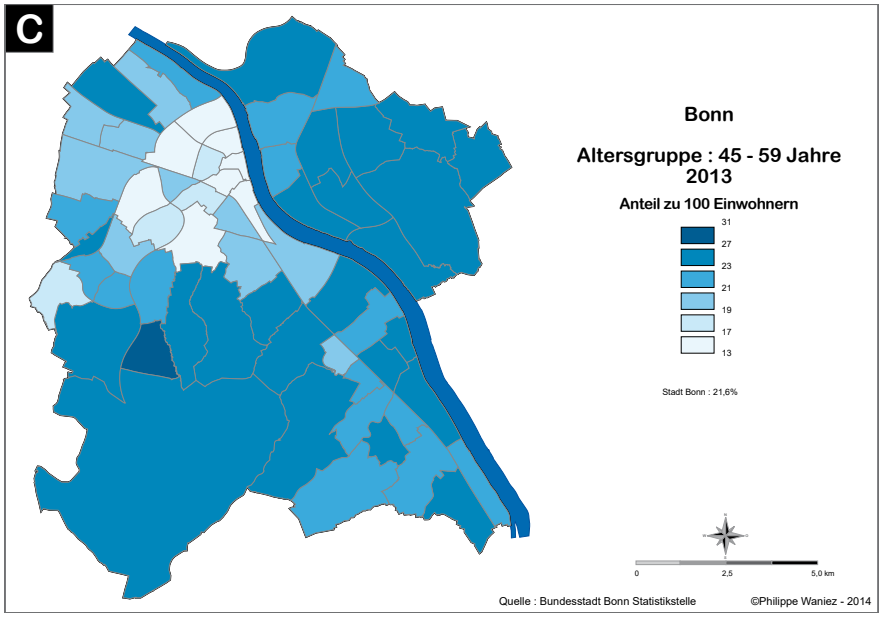

C
Düsseldorf
Altersgruppe : 45 - 60 Jahre
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
31
29
26
24
22
20
17
Stadt Düsseldorf : 21,7%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014

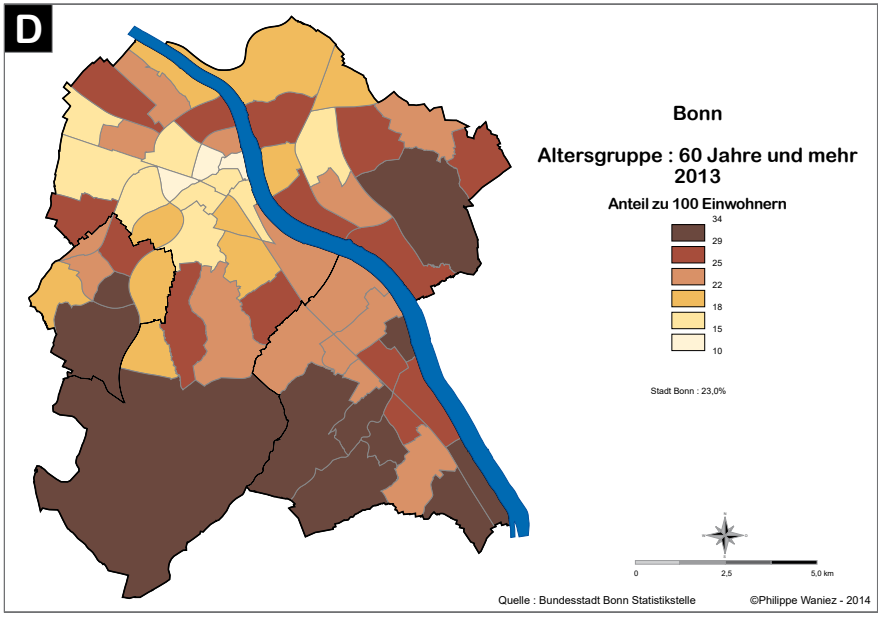

D
Düsseldorf
Altergruppe : 60 Jahre und mehr
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
36
31
26
23
20
17
8
Stadt Düsseldorf : 24,5%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014

Karten 10

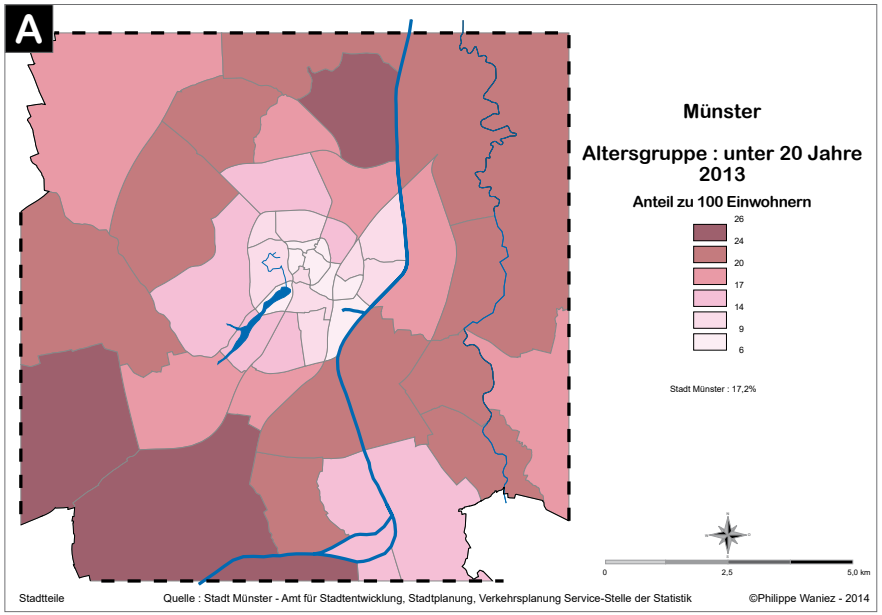

A
Bonn
Altersgruppe : unter 18 Jahre
2013
Anteil zu 100 Einwohnern
28
23
20
16
14
10
6
Stadt Bonn : 16.7%
0
2,5
5,0 km
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2014

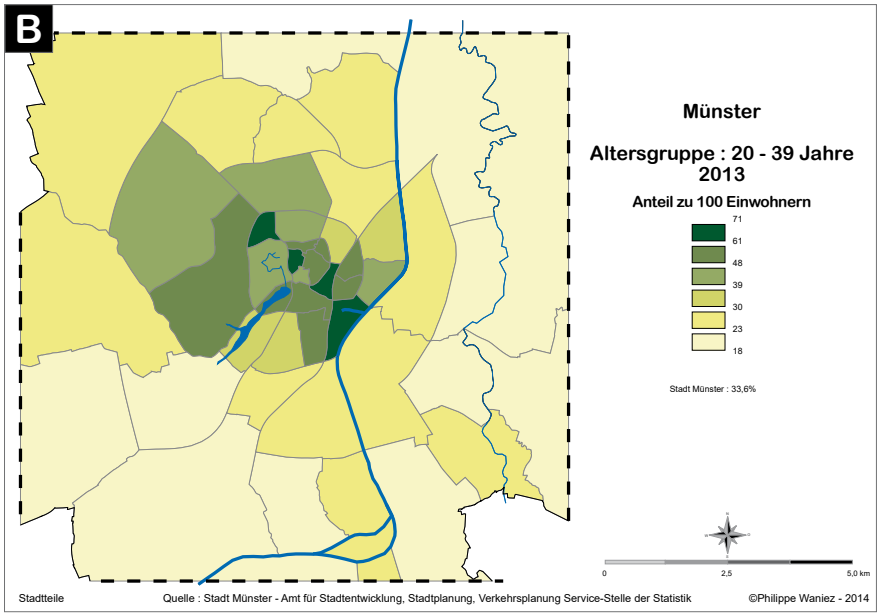

B
Bonn
Altersgruppe : 18 - 44 Jahre
2013
Anteil zu 100 Einwohnern
64
57
49
40
35
31
26
Stadt Bonn : 38,7
0
2,5
5,0 km
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2014

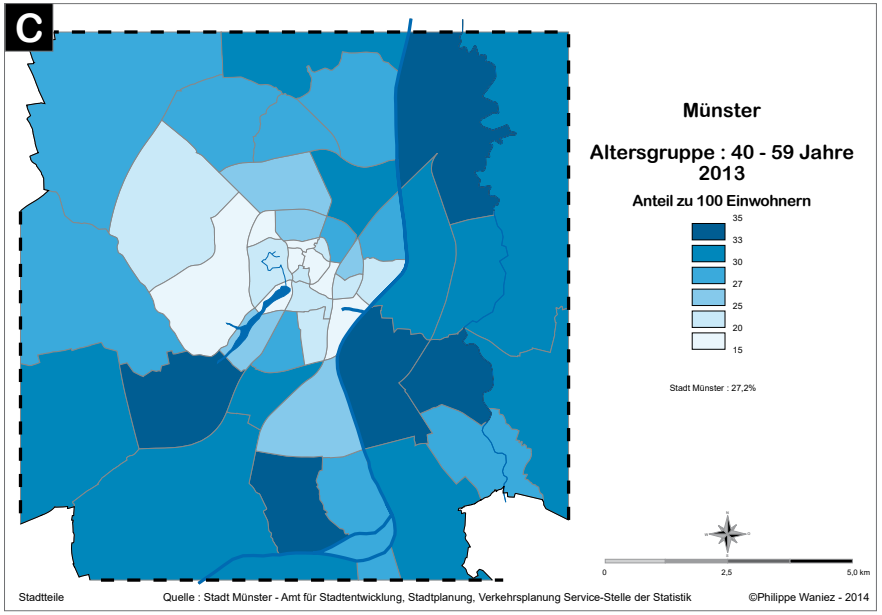

C
Bonn
Altersgruppe : 45 - 59 Jahre
2013
Anteil zu 100 Einwohnern
31
27
23
21
19
17
13
Stadt Bonn : 21,6%
0
2,5
5,0 km
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2014

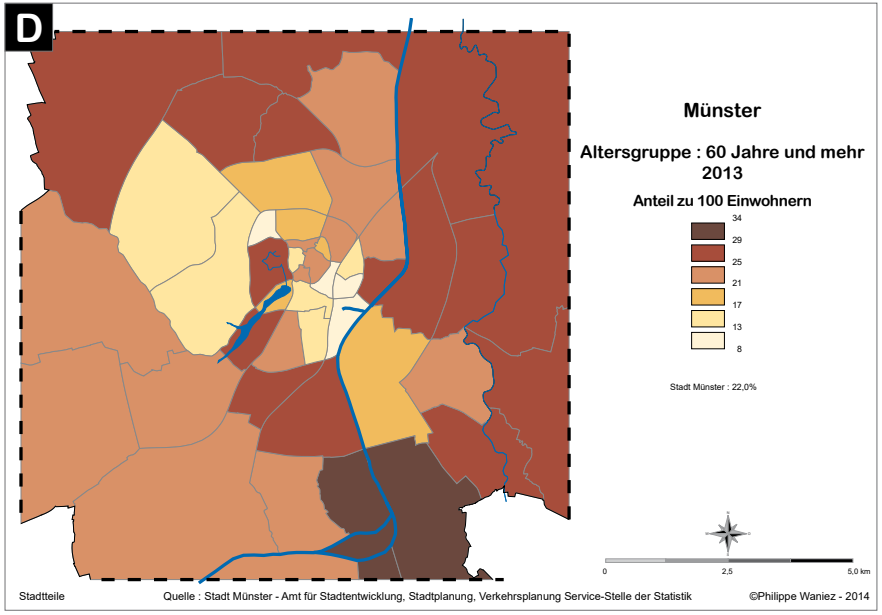

D
Bonn
Altersgruppe : 60 Jahre und mehr
2013
Anteil zu 100 Einwohnern
34
29
25
22
18
15
10
Stadt Bonn : 23,0%
0
2,5
5,0 km
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2014

Karten 11

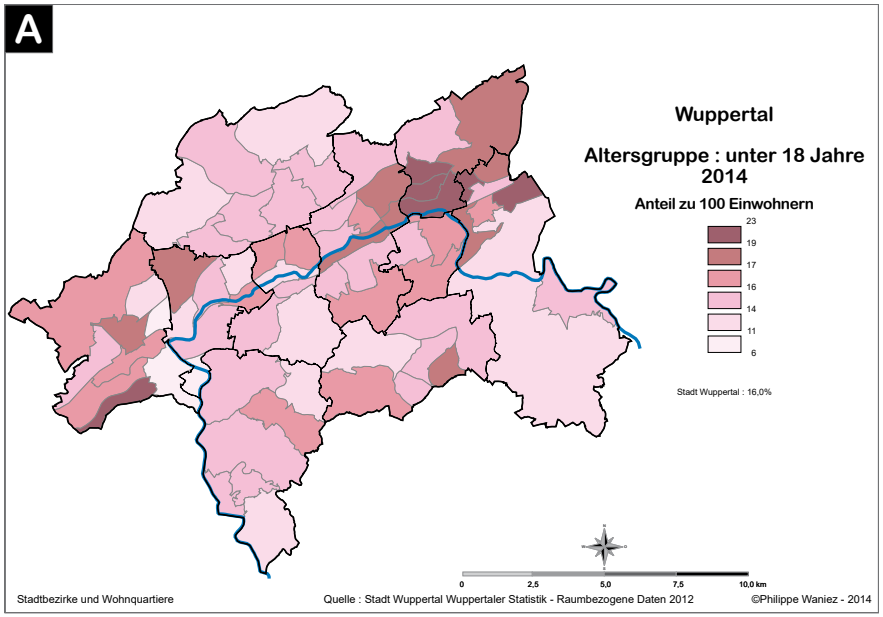

A
Münster
Altersgruppe : unter 20 Jahre
2013
Anteil zu 100 Einwohnern
26
24
20
17
14
9
6
Stadt Münster : 17,2%
0
2,5
5,0 km
Stadtteile
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung Service-Stelle der Statistik
©Philippe Waniez - 2014

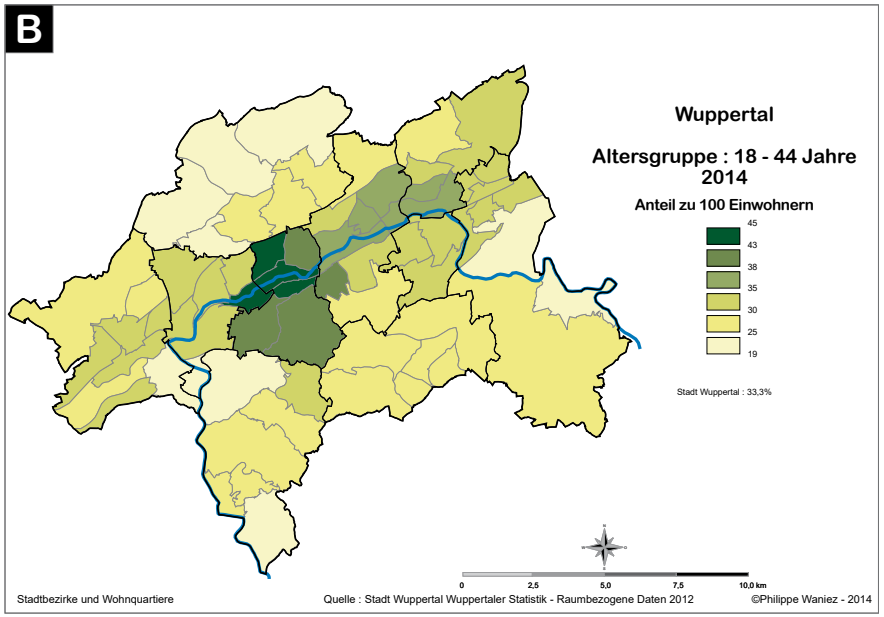

B
Münster
Altersgruppe : 20 - 39 Jahre
2013
Anteil zu 100 Einwohnern
71
61
48
39
30
23
18
Stadt Münster : 33,6%
0
2,5
5,0 km
Stadtteile
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung Service-Stelle der Statistik
©Philippe Waniez - 2014

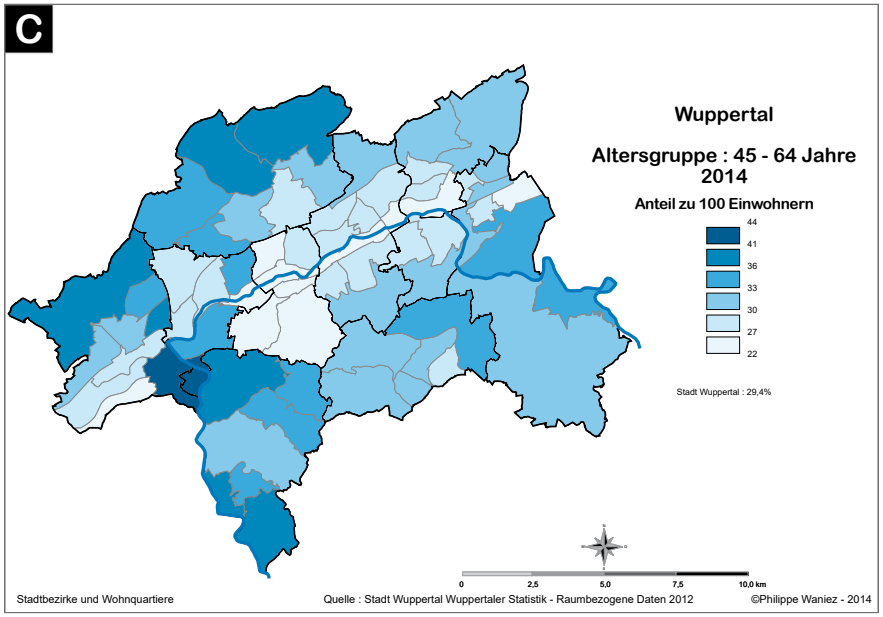

C
Münster
Altersgruppe : 40 - 59 Jahre
2013
Anteil zu 100 Einwohnern
35
33
30
27
25
20
15
Stadt Münster : 27,2%
0
2,5
5,0 km
Stadtteile
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung Service-Stelle der Statistik
©Philippe Waniez - 2014

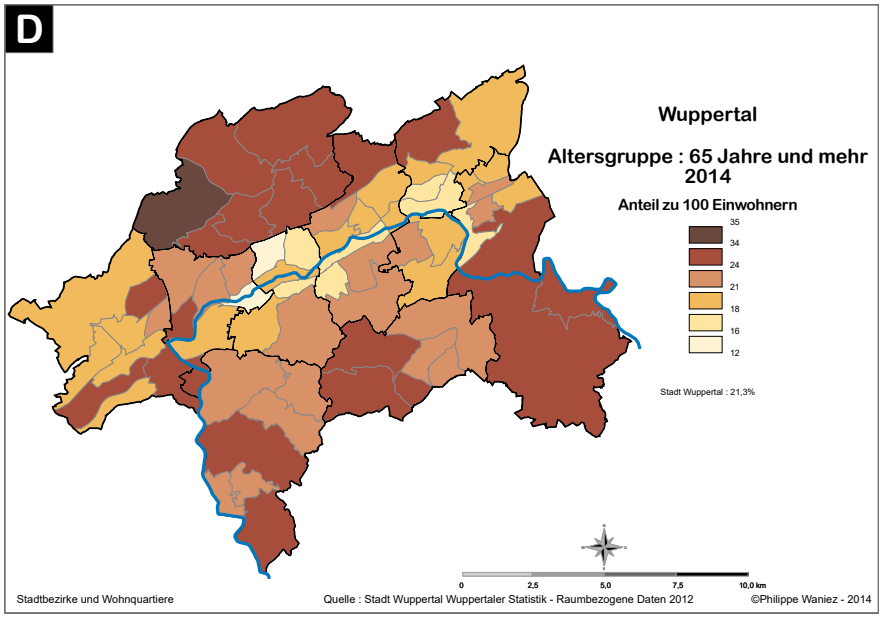

D
Münster
Altersgruppe : 60 Jahre und mehr
2013
Anteil zu 100 Einwohnern
34
29
25
21
17
13
8
Stadt Münster : 22,0%
0
2,5
5,0 km
Stadtteile
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung Service-Stelle der Statistik
©Philippe Waniez - 2014

Karten 12

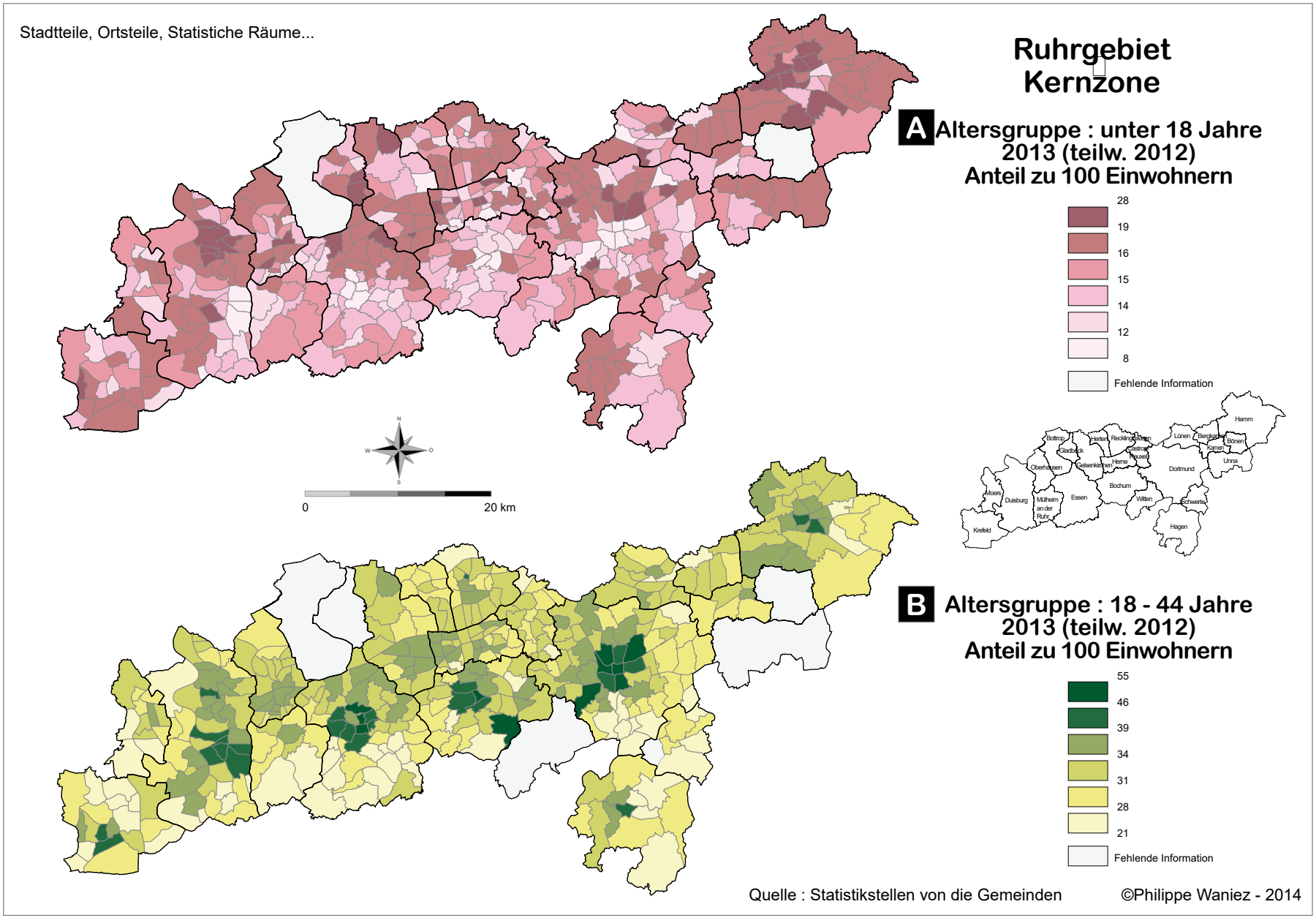

A
Wuppertal
Altersgruppe : unter 18 Jahre 2014
Anteil zu 100 Einwohnern
23
19
17
16
14
11
6
Stadt Wuppertal : 16,0%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2012
©Philippe Waniez - 2014

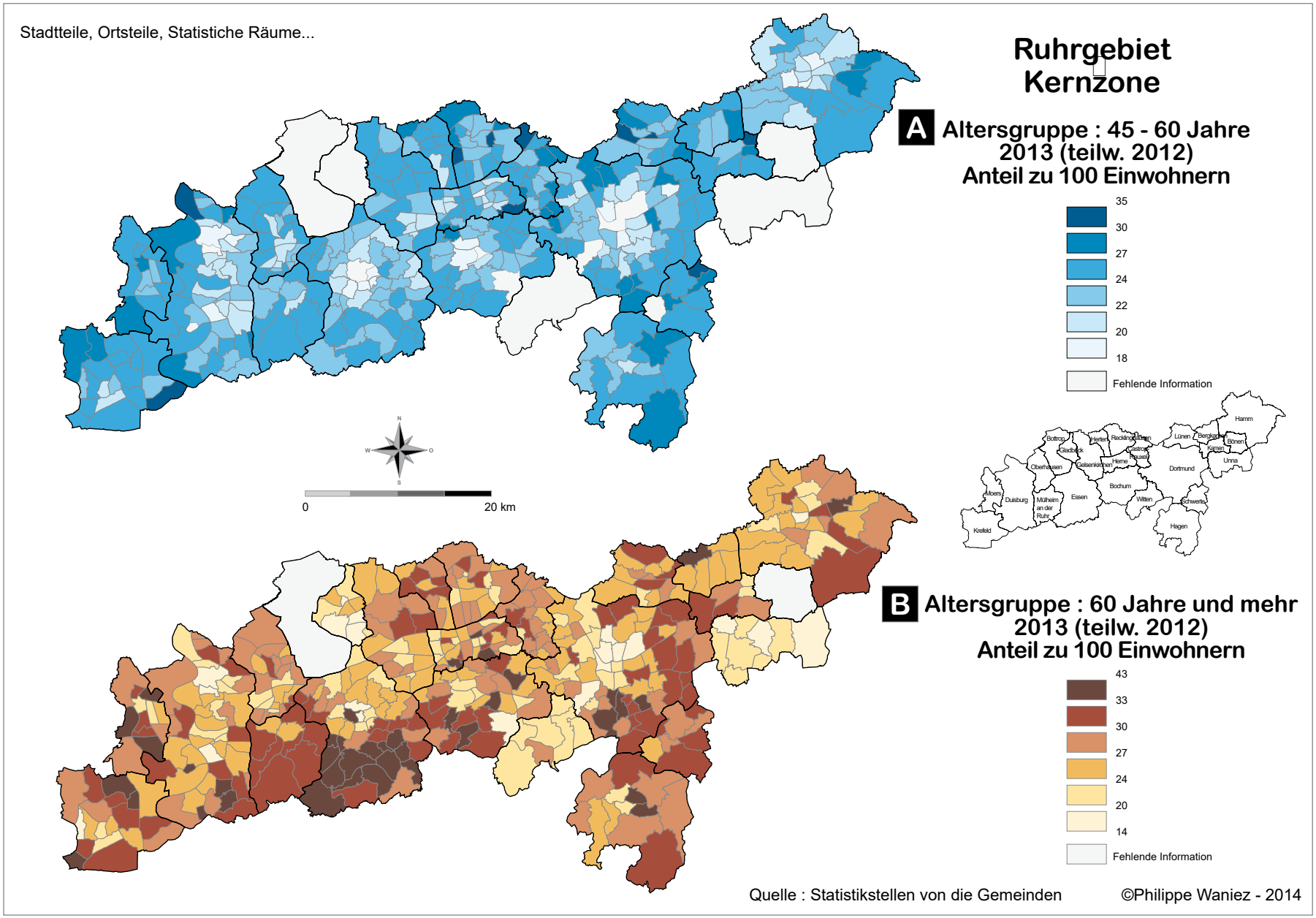

B
Wuppertal
Altersgruppe : 18 - 44 Jahre 2014
Anteil zu 100 Einwohnern
45
43
38
35
30
25
19
Stadt Wuppertal : 33,3%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2012
©Philippe Waniez - 2014


C
Wuppertal
Altersgruppe : 45 - 64 Jahre 2014
Anteil zu 100 Einwohnern
44
41
36
33
30
27
22
Stadt Wuppertal : 29,4%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2012
©Philippe Waniez - 2014


D
Wuppertal
Altersgruppe : 65 Jahre und mehr 2014
Anteil zu 100 Einwohnern
35
34
24
21
18
16
12
Stadt Wuppertal : 21,3%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2012
©Philippe Waniez - 2014

Karten 13


Stadtteile, Ortsteile, Statistiche Räume...
Ruhrgebiet
Kernzone
A Altersgruppe : unter 18 Jahre
2013 (teilw. 2012)
Anteil zu 100 Einwohnern
28
19
16
15
14
12
8
Fehlende Information
N
W
O
S
0
20 km
Hamm
Bottrop
Herten
Recklinghausen
Lünen
Bergkamen
Bönen
Gladbeck
Castrop-Rauxel
Kamen
Unna
Oberhausen
Gelsenkirchen
Herne
Dortmund
Bochum
Moers
Duisburg
Mülheim an der Ruhr
Essen
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
B Altersgruppe : 18 - 44 Jahre
2013 (teilw. 2012)
Anteil zu 100 Einwohnern
55
46
39
34
31
28
21
Fehlende Information
Quelle : Statistikstellen von die Gemeinden
©Philippe Waniez - 2014


Stadtteile, Ortsteile, Statistiche Räume...
Ruhrgebiet
Kernzone
A Altersgruppe : 45 - 60 Jahre
2013 (teilw. 2012)
Anteil zu 100 Einwohnern
35
30
27
24
22
20
18
Fehlende Information
N
W
O
S
0
20 km
Hamm
Bottrop
Herten
Recklinghausen
Lünen
Bergkamen
Bönen
Gladbeck
Castrop-Rauxel
Kamen
Unna
Oberhausen
Gelsenkirchen
Herne
Dortmund
Bochum
Moers
Duisburg
Mülheim an der Ruhr
Essen
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
B Altersgruppe : 60 Jahre und mehr
2013 (teilw. 2012)
Anteil zu 100 Einwohnern
43
33
30
27
24
20
14
Fehlende Information
Quelle : Statistikstellen von die Gemeinden
©Philippe Waniez - 2014

Karten 15

Im Vergleich zu den jungen Erwachsenen erscheinen die anderen drei Altersgruppen weniger konzentriert, aber in verschiedener Gestaltung innerhalb der Gruppen. Anders gesagt, die alten Erwachsenen (meist die Eltern), die mit den Kindern, Jugendlichen und den Alten verbunden sind, wohnen hauptsächlich in den abgelegenen Vierteln.

In der Regel erscheinen die Alten mit einem großen Anteil in den Vierteln nahe den Gemeindegrenzen. Man versteht das Phänomen besser, wenn man die Karte der Alten in NRW ansieht (Karte 8D). Ihr Anteil ist hoch in bestimmten Gemeinden der wichtigsten Städte. Pulheim in dem Vorort von Köln, zum Beispiel enthält 23,0% der Alten bei einer Dichte von 733 Einw./km² weit unter den 1.000 Einw./km² gelegenen Gemeinden. Ein weiteres Beispiel sind die Gemeinden nördlich von Wuppertal (von Mettmann bis Radevormwald) wo der Anteil der Alten immer noch 22,0% übersteigt bei einer Bevölkerungsdichte von weniger als 1.000 Einw./km² (außer Velbert und Schwelm). Im Westen von Düsseldorf, Meerbusch enthält 23,0% der Alten bei einer Dichte von 844 Einw./km². Es ist nicht notwendig, die Beispiele bis ins Unendliche fortzuführen, um die Existenz einer Tendenz zu finden: Senioren sind auf der Suche nach weniger dicht besiedelten Wohngebieten. Somit haben sie eine weniger schädliche Umwelt und genießen eine bessere Lebensqualität mit den Vorteilen des Stadtlebens. In Köln zum Beispiel (Karte 9D), sind sie mit 28,0% in Rodenkirchen, und noch mehr als 20,0% in den Teilen der östlichen Vororte.

Sicher gibt es ein Phänomen derselben Anordnung im Ruhrgebiet. Die Karte der älteren Menschen (Karte 15B) zeigt eine deutliche Asymmetrie in Bezug auf die Süd-West / Nord-West-Achse. Im Allgemeinen, sind die älteren Menschen südlich von dieser Achse am höchsten (über 27,0%, aber manchmal viel höher in den Stadtteilen im Süden von Essen, wie Schuir: 35,4%, Heisingen: 34,7%, Stadtwald: 34,2%, etc.). Dieser Raum ist der eines Zwischenbandes mit geringerer Dichte, der zwei städtische Zonen trennt, das Ruhrgebiet im Norden und Wuppertal im Süden.

Die Erwachsenen von 45 Jahren und mehr wohnen ebenfalls in den Randgebieten. In der Regel befinden sie sich zwischen den jungen Erwachsenen und den älteren Menschen. Auch wenn diese räumliche Organisation in allen Städten beobachtet werden kann, wird sie jedoch nicht so stark strukturiert wie für die beiden vorigen Gruppen. Statt ineinandergefügter Ringe sieht man Sektoren die die Städte teilen. Dies ist besonders ausgeprägt in Köln (Karte Nr. 9 C) wo die alten Erwachsenen die die Viertel im Osten und Westen verlassen um eine Nord-Süd-Achse und besonders die Stadtviertel am linken Ufer des Rheins bevorzugen. In Bonn (Karte 11C) sind die älteren Erwachsenen stark in den Randgebieten anzutreffen, außer im Nordwesten, vor allem in den Vierteln Ippendorf, Venusberg, Dottendorf, Friesdorf, dort repräsentieren sie immer noch einen Anteil von über 23,0% der Bevölkerung. Man findet sie auch in einem hohen Anteil an beiden Seiten des Rheins, und in fast allen Stadtteilen am rechten Ufer des Flusses, auf dem linken Ufer Hochkreuz-Bundesviertel, Villenviertel-Godesberg, Rüngsdorf und in fast allen Vierteln des rechten Flussufers. In Wuppertal ist die sektorale Lage deutlich sichtbar: die Außenbezirke der westlichen Hälfte der Stadt, Vohwinkel, Cronenberg und Uellendahl-Katernberg haben einen viel höheren Anteil alter Erwachsener (über 35,0%) als der Rest der Stadt, ob es sich nun um das Tal oder es sich um die im Nordosten oder Südosten gelegenen Berge handelt.

Im Ruhrgebiet (Karte 15A) verblasst das sektorale Muster bei der Genüberstellung Zentrum/Peripherie: Man beobachtet eine Unbeliebtheit für die Mittelteile des Beckens und einer deutlichen Anziehungskraft der äußeren Bezirke. Ansonsten beobachtet man nicht den für die Verteilung der Alten charakteristischen Nord-Süd Kontrast.

Das Vorhandensein der alten Erwachsenen, oder wenn man es vorzieht, Erwachsene im 2. Teil des aktiven Lebens, erklärt sich durch zahlreiche Gründe. An erster Stelle ergibt sich aufgrund der Familiengrößen die Notwendigkeit für Wohnraum mit größerer Fläche. Diese Bedürfnisse werden oft durch neue Wohnungsbauprogramme erfüllt und sind besser ausgestattet als ältere Häuser. Für einen Teil dieser Bevölkerung ist die Verbesserung der Lebensqualität eher ein Kriterium für die Wahl des Wohnortes als Attraktivität der Innenstädte. Auf der anderen Seite ist für sie die Erreichbarkeit des Zentrums mit den öffentlichen Verkehrsmitteln wahrscheinlich eine wichtigere Bedingung, als es für die Alten ist, wegen der höheren Frequenz an Fahrten in die Stadt, um dort zu arbeiten oder einzukaufen. Demnach ein Wohn-Modell für Lebensqualität vom Zentrum entfernt, aber nicht zu weit, um die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen. Dieser Idealtyp hat wahrscheinlich viele Varianten, aber es hilft, um zu erklären, dass sich die Lage von jungen und alten Erwachsenen unterscheiden.

Man könnte sich vorstellen, dass die Lage von Kindern und Jugendlichen Hand in Hand gehen, mit den Erwachsenen, die ihre Eltern sind. Es ist klar auf den Karten festzustellen, dass die Kinder und Jugendliche sich eher in einer ähnlichen peripheren Lage der alten Erwachsenen als der jungen Erwachsenen befinden. Beobachtet wird das sehr deutlich in Köln (Karte 9A), Düsseldorf (Karte 10A), Bonn (Karte 11A) und Münster (Karte 12A). Die Kinder und die Jugendlichen erscheinen in starker Proportion in der nördlichen Hälfte des Ruhrgebiets (Karte 14A). Ihre Karte entspricht auch nicht derjenigen von den Erwachsenen (junge oder alte) und erscheint gegensätzlich zu den Alten.

Es ist der Entwicklungszyklus der Familie, die diese Lokalisierung zu verstehen gibt: Wenn junge Paare ihr erstes Kind haben, können sie in vielen Fällen weiterhin in den Stadtzentren wohnen, wo sich die bereits erwähnten Vorteile bieten. Wenn das zweite Kind kommt, setzt sich bei ihnen oft eine Entscheidung zur Änderung des Wohnsitzes durch: Sie werden entferntere Wohnungen suchen, ohne die unerträgliche Erhöhung des Mietpreises. Diese finden sie in den Wohnungsprogrammen der Außenbezirke. In diesem Schema spielt das Kriterium der Größe der Familie eine wichtige Rolle; es ist notwendig es mit der Fruchtbarkeit der Frauen in Verbindung zu setzen. Ein Paar, das sich nicht mehrere Kinder wünscht, wird in seinem Viertel bleiben können und die Geburtenkontrolle ausüben. Dagegen wird eine fruchtbarere Familie, umziehen müssen vor Allem, wenn sie kein hohes Einkommen erzielt. Diese ideale Art, die Familiengröße und Einkommen zu verbinden, erklärt, dass Nachbarschaften, mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendliche meist am Stadtrand zu finden sind.

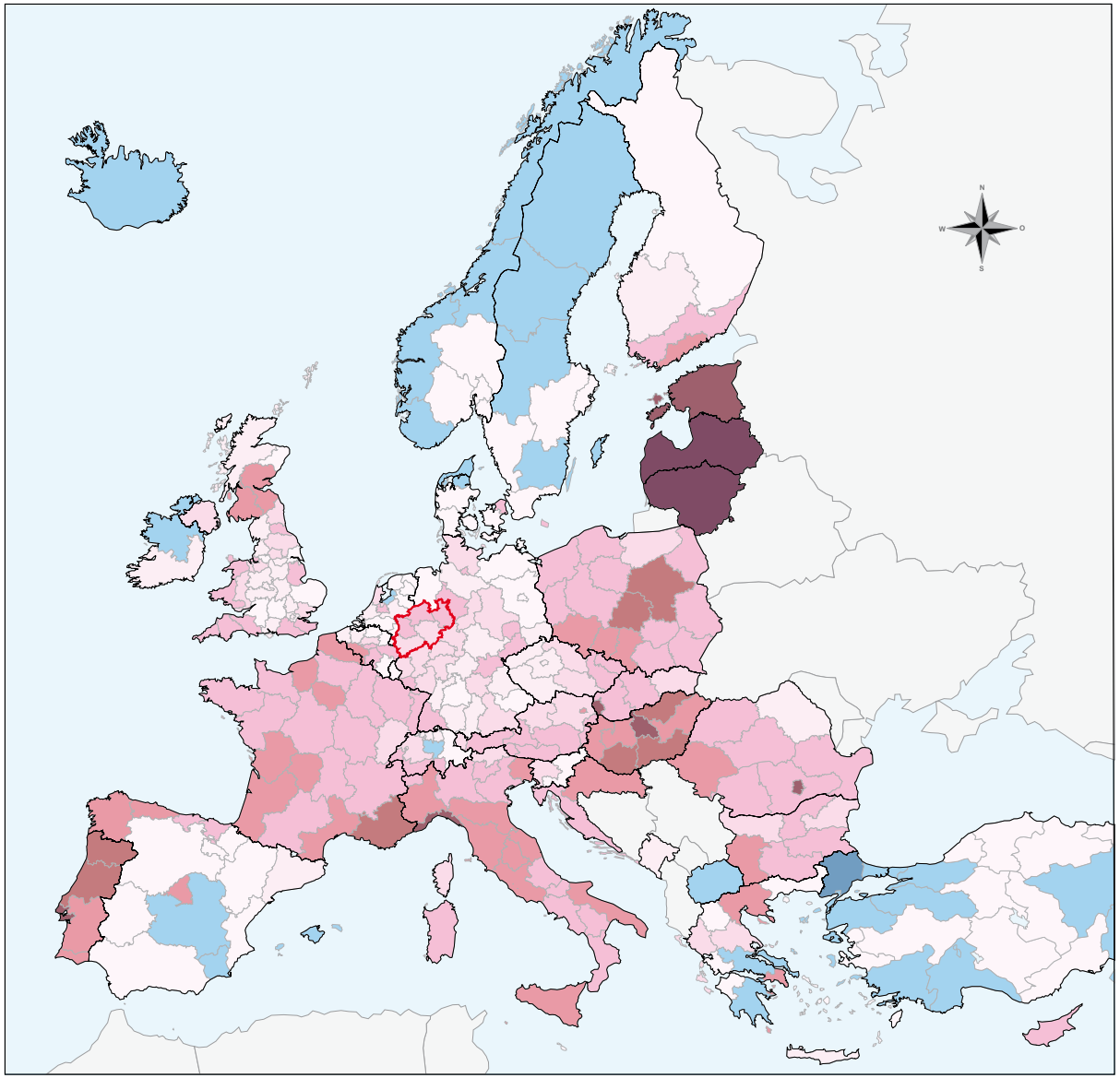
3. Die Frauen und die Männer

Die Studie über die Altersverteilung der Bevölkerung wird in klassischer Art durch die Studie über die Verteilung der Geschlechter ergänzt. So erstaunlich es auch erscheinen kann, ist die Proportion der Männer und der Frauen in einer vorgegebenen Bevölkerung niemals vollkommen ausgeglichen (das vollkommene Gleichgewicht wäre 50,0% Männer und 50,0% Frauen). Um die Unterschiede in den Proportionen von Frauen und Männern zu beurteilen, berechnen Demografen das Geschlechterverhältnis. Das ist die Anzahl der Männer auf 100 Frauen. Wenn sie 100 übersteigt, ist die Anzahl der Männer höher als die Anzahl der Frauen; wenn es unter 100 liegt, sind die Frauen zahlreicher.

Mehrere Gründe tragen zu solchen mehr oder weniger akzentuierten Ungleichheiten bei. An erster Stelle weiß man, dass mehr Jungen als Mädchen geboren wurden. Für das Jahr 2013 gab es in NRW 146.417 Neugeborene: 75.384 Jungen und 71.033 Mädchen, d.h. 4.351 Mädchen weniger als Jungen; das Geschlechterverhältnis beträgt bei den Neugeborenen somit 106,1. Dieses Ungleichgewicht manifestiert sich in allen Ländern der Welt, denn es ist ein biologisches Merkmal der Menschheit.

Andere Faktoren verbinden sich, entweder um das Gleichgewicht wieder herzustellen oder, im Gegenteil die Ungleichheiten zu akzentuieren. Zu diesen Faktoren zählt, dass die Überalterung der Bevölkerung einem höheren Anteil von Frauen führt, weil die Lebenserwartung von Frauen immer noch höher als die der Männer ist. In Europa liegt fast in allen Regionen die Geschlechterverteilung unter 100 (**Karte 16**). Nur wenige Regionen haben mehr Männer als Frauen: Nordirland, Island und nur teilweise in Norwegen, Schweden, Spanien, Griechenland und der Türkei. In allen anderen europäischen Regionen gibt es mehr Frauen als Männer. Der Unterschied wird vor allem in den baltischen Staaten noch verstärkt; er ist weniger ausgeprägt, in Frankreich, Italien und Portugal sowie in den ehemaligen kommunistischen Ländern: Polen, Slowakei, Ungarn und Rumänien. Deutschland wird immer durch eine Männerrate von unter 100 gekennzeichnet, jedoch nicht weit unter diesem Wert. Obwohl die Überalterung der Bevölkerung dazu neigt, den Anteil der Frauen in den europäischen Regionen zu erhöhen, gibt es deutliche Unterschiede von Land zu Land, von Region zu Region, weil es andere Faktoren gibt, die die Ungleichgewichte betonen.

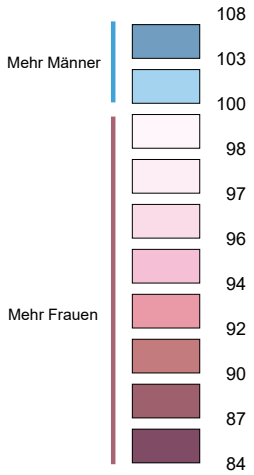
Unter diesen Faktoren beeinflussen die verschiedenen Migrationen nach Geschlechtern die Männerrate erheblich. Die Abwanderung von jungen Erwachsenen beider Geschlechter betont die Ungleichgewichte und hinterlässt einen hohen Anteil an älteren Frauen.



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Die Geschlechtsverteilung 2012

Anzahl der Männer zu 100 Frauen



Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

©Philippe Waniez - 2014

Karte 16

Andere Migrationsformen, differenziert nach dem Geschlecht, führen zu einer Betonung der Frauenproportion, in der Gegend von Abwanderung (Emigration der Männer) oder in der Gegend der Zuwanderung (Immigration der Frauen). Solche Bewegungen richten sich nach der wirtschaftlichen Lage in der Region der Abwanderung und den Möglichkeiten von Beschäftigung in der Region der Zuwanderung. Man weiß, dass Beschäftigungsmöglichkeiten für Männer in Bergbauregionen, in Waldgebieten und für die schweren Arbeiten (Bau, Schlachthöfe...) existieren, weil auch heute noch diese Aktivitäten weiterhin in erster Linie von Männern ausgeführt werden; auch spiegelt das lokale Vorhandensein der Kasernen (Polizei, Armee) eine Akzentuierung der Präsenz von Männern wider. Die Anwesenheit von Ausländern kann auch zur Stärkung der Präsenz von Männern beitragen, weil es häufig vorkommt, dass Männer in den Entwicklungsländern nach dem Glück in einem Industrieland suchen, während sie für ihre Familien, die weiterhin in der Heimat bleiben, Geld schicken. Dagegen finden die Frauen leichter in den stärker urbanisierten Gegenden eine Einstellung in Dienstleistungsbereichen (besonders im Handel und Personendiensten) und in den Industrien, die geschickte Handarbeiter benötigen. In diesem Fall sind es die ländlichen Gebiete, die ihre jungen Frauen verlieren, die Männer sind an die Erde gebunden.

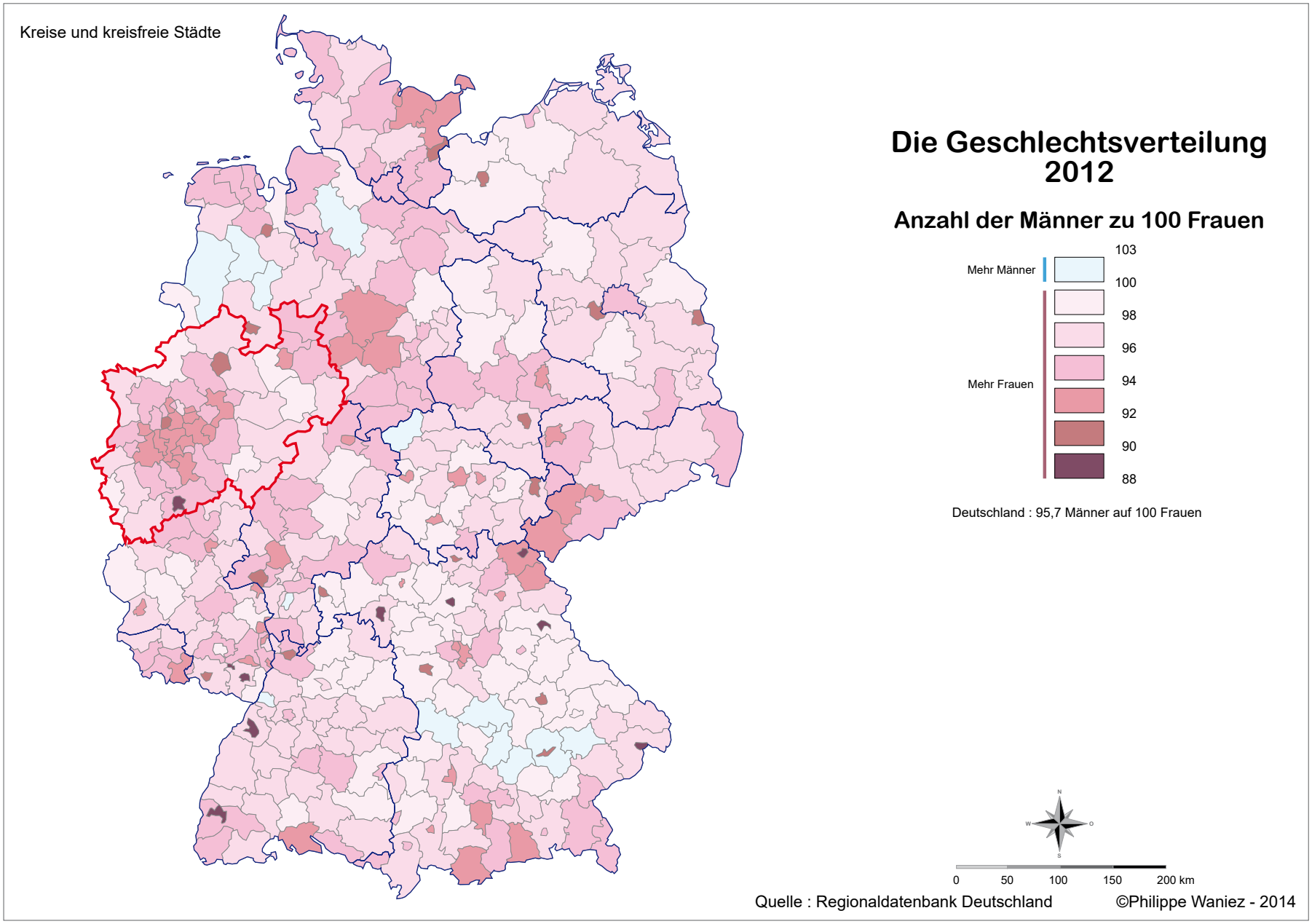
Auf der Karte der Geschlechterverhältnisse in Deutschland im Jahr 2013 (**Karte 17**) beobachtet man niedrige Werte in den meisten kreisfreien Städten. Die meisten Städte scheinen in der Tat viel weiblicher zu sein als die Landkreise. Dies bestätigt die Hypothesen über die Beschäftigung von Frauen in den Städten, aber auch einige touristische Regionen (Oberbayern, Bodensee). Selten sind die Kreise, in denen die Männer am zahlreichsten sind: von Donau-Ries bis Dingolfing-Landau in Bayern, und einige Kreise in Niedersachsen (Emsland, Cloppenburg, Vechta und Rotenburg.

Die wichtigsten Industriegebiete sind auch weiblicher als auf dem Land; zum Beispiel, zeigt die Region Hannover ein Geschlechterverhältnis, das auf 93,9 Männer je 100 Frauen ansteigt. Auf der Karte von Deutschland, wird Nordrhein-Westfalen immer von niedrigeren Raten bis 100 gekennzeichnet. Aber die Skalierung zeigt auf der kommunalen Ebene (**Karte 18**) einige Unterschiede, die lokal gekennzeichnet sind. Auf der Rheinachse haben alle Städte weniger Frauen, mit der gleichen Intensität. Z. B. Köln (94,2) und Duisburg (95,4) haben höhere Männerraten als Bonn (89,8) oder Düsseldorf (92,8). Auf der Ruhrachse, haben Mülheim (91,0) und Essen (92,6) mehr Frauen als Dortmund (95,3). Wenn Münster nur 91,3 Männer je 100 Frauen hat, zeigt Aachen jedoch 105,7. Außerdem beobachtet man auf dieser Karte eine deutliche Tendenz zur Vermännlichung vieler kleiner ländlicher Gemeinden im Sauerland: die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen sind dort schwach, die Bewirtschaftung der Wälder und landwirtschaftliche Tätigkeiten bleiben unattraktiv für sie.

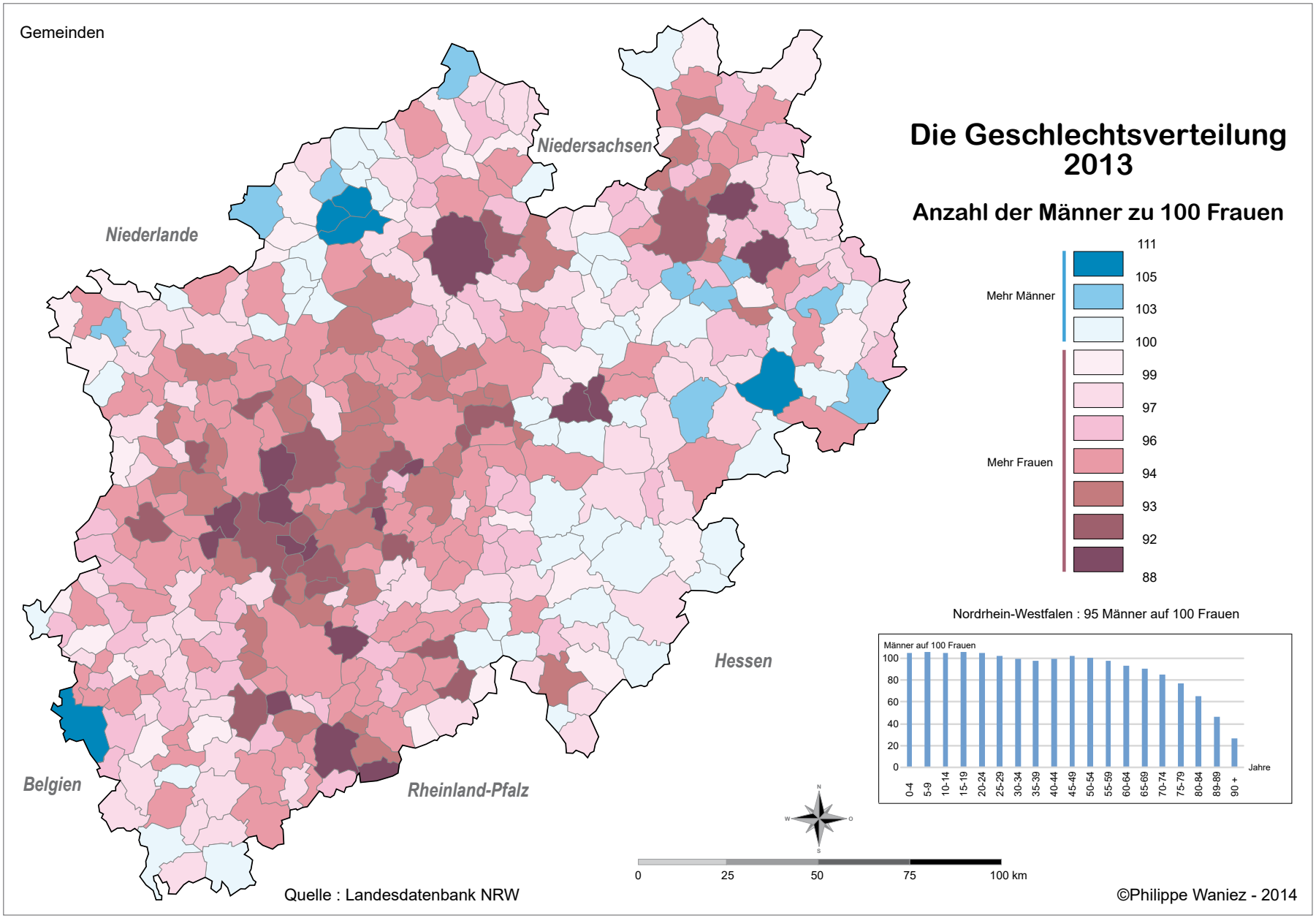
Man versteht also, dass die Anwesenheit der Frauen, im Allgemeinen, in den urbanisierten Räumen stark ist, das bestätigt, was vorher für die Gesamtheit von Deutschland beobachtet wurde; aber in NRW akzentuiert stellenweise die Art der gegenwärtigen oder ehemaligen wirtschaftlichen Tätigkeiten manchmal Unterschiede in der einen oder anderen Gemeinde

Referenz

(1) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Population_structure_and_ageing/fr


Kreise und kreisfreie Städte
Die Geschlechtsverteilung 2012
Anzahl der Männer zu 100 Frauen
Mehr Männer
Mehr Frauen
103
100
98
96
94
92
90
88
Deutschland : 95,7 Männer auf 100 Frauen
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014

Karte 17


Gemeinden
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Die Geschlechtsverteilung 2013
Anzahl der Männer zu 100 Frauen
Mehr Männer
Mehr Frauen
111
105
103
100
99
97
96
94
93
92
88
Nordrhein-Westfalen : 95 Männer auf 100 Frauen
Männer auf 100 Frauen
100
80
60
40
20
0
Jahre
0-4
5-9
10-14
15-19
20-24
25-29
30-34
35-39
40-44
45-49
50-54
55-59
60-64
65-69
70-74
75-79
80-84
89-89
90 +
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 18

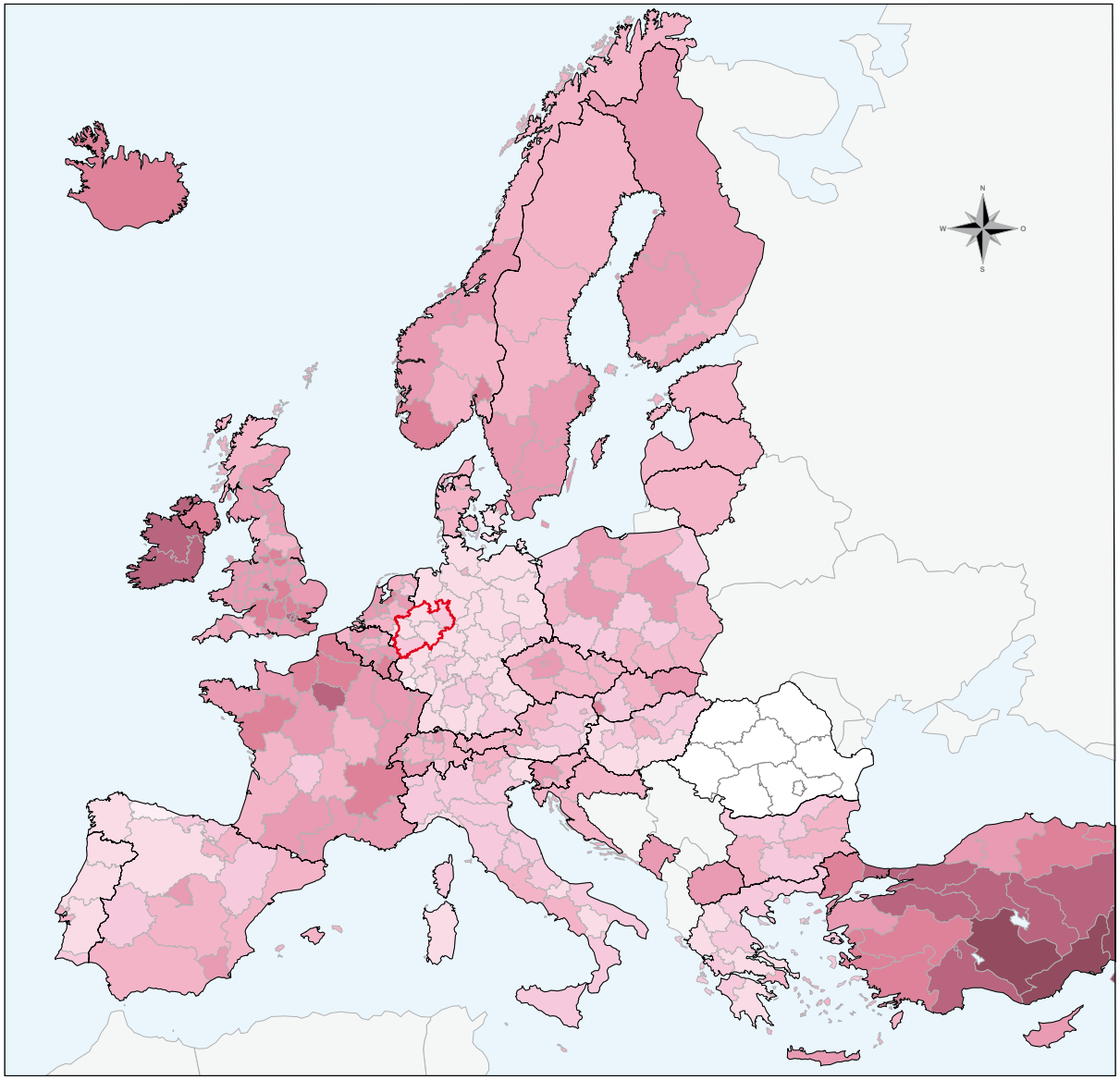
V - Der Lebenszyklus

Die Demografen verwenden eine Reihe von statistischen Indikatoren, um einige Aspekte des Lebenszyklus zu bewerten: Geburt, Heirat und Scheidung, Tod. Einige Aspekte von diesen Zyklen wurden bereits in Kapitel 3 angesprochen (natürliche Bevölkerungsbewegungen und Wanderungen), einschließlich des natürlichen Wachstums (Differenz zwischen Geburten und Todesfällen). In diesem Kapitel kommen wir ausführlicher auf dieses Thema zurück. Einerseits um den Inhalt der beiden Begriffe des natürlichen Saldos zu präzisieren und andererseits um sich anderen Aspekten des Lebenszyklus anzunähern, wie die Lebenserwartung, die Ehe, die Scheidung und einige besondere Formen der Sterblichkeit.

1. Die Geburtenrate

Um die Bedeutung der Geburten einer bestimmten Bevölkerung zu messen, verwendet der Demograf die Bruttogeburtenziffer (Rohe Geburtenrate): Das ist das Verhältnis von der Zahl der jährlichen Lebendgeburten zu der durchschnittlichen Gesamtbevölkerung desselben Jahres.

In Europa unterschieden sich die Geburtenraten der Regionen beachtlich, zwischen 4,7 und 21,1 Kinder je 1 000 Einwohner oder einem Verhältnis von 1 bis 4,5 (**Karte 1**). Die Türkei hat die höchsten Werte. Ein weiteres Mal unterstreicht die Bevölkerungsdynamik dieses Landes seinen besonderen Charakter. In anderen Ländern Europas sind die Bruttogeburtenraten sehr gegensätzlich im Hinblick auf die Variationsbreite der Werte. Frankreich und in geringerem Maße die skandinavischen Länder haben die höchste Geburtenrate. Mit 15,2 Neugeborenen je 1 000 Einwohner im Jahr 2012 hat die Île-de-France (Umgebung von Paris) eine außergewöhnlich hohe Geburtenrate; sie wird in Westeuropa nur von Brüssel (16.1) überschritten. In Skandinavien sind die Regionen von den Hauptstädten auch durch eine hohe Geburtenrate gekennzeichnet: Stockholm (13.7), Malmö (12.2), Helsinki (11,6), Oslo (14.0). Die Beneluxländer liegen in der Regel über 10 Geburten, aber nie höher als 12,6 (Flevoland). Entgegen der gängigen Meinung sind die Geburten der mediterranen Regionen relativ gering, fast immer niedriger als 10, ob es sich um Griechenland, Kroatien, Italien oder Spanien handelt. In Spanien übersteigen nur in Murcia (11,4) und Madrid (10,8) die 10 Geburten pro 1000 Einwohner. In den ehemals kommunistischen Ländern ist die Geburtenrate sehr unterschiedlich. Sie liegt manchmal über 10, wie in den Städten Bratislava (12.3), Prag (11,4), Warschau (11,0) und Danzig (13.2); oft liegt sie niedriger, vor allem in den ländlichen Gebieten von Ungarn, Bulgarien und Polen. Deutschland erscheint als ein homogener Block mit einer Geburtenrate, die immer niedriger als 10 Geburten pro 1000 Einwohner ist.



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Rohe Geburtenrate 2012

Anzahl zu 1 000 Einwohnern

21,1
16,8
14,3
12,3
10,8
9,5
8,4
7,3
4,7

Fehlende Information

Andere Staaten

Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

©Philippe Waniez - 2014

Karte 1

Die rohe Geburtenrate in Deutschland beträgt nur 8,4 Neugeborene je 1.000 Einwohner im Jahr 2012. Das ist die niedrigste Geburtenrate in der gesamten Europäischen Union. In den Kreisen und den kreisfreien Städten variieren die Geburtenraten zwischen 5,5 und 12. Dieses Verhältnis von 1 zu 2,2 verringert den Abstand zur Europäischen Union, unterstreicht aber gleichzeitig die vielfältigen Situationen. Auf der Karte (**Karte 2**) findet man ein Phänomen wieder, das bereits in Zusammenhang mit Europa zu sehen war: Die Geburtenziffer der kreisfreien Städte ist im Allgemeinen höher als in den umliegenden Landkreisen. Das gilt für die neuen Bundesländer (Berlin, Dresden, Leipzig, Weimar ...) wie auch für die alten (München, Frankfurt / Main, Köln, Hamburg, Bremen ...). Es ist auch kein Zufall, dass die drei höchsten Geburtenraten in den Stadtstaaten zu verzeichnen sind: Berlin (10.27), Hamburg (10,21) und Bremen (8,61).

Die Karte zeigt auch auf, dass in einigen Ländern die Geburtenraten relativ gleichmäßig und gut verteilt sind, (auch wenn die Städte bevorzugt werden). Dies ist der Fall in Bayern (8,6), Baden-Württemberg (8, 5) und Nordrhein-Westfalen (8,3), die alle drei im nationalen Durchschnitt liegen. In Bayern findet man die höheren Werte in Oberbayern, in Baden-Württemberg sind die Geburtenraten in Württemberg stärker, in Nordrhein-Westfalen beobachtet man die höheren Werte in Westfalen (aber in den größten Städten des Rheinlandes sind die Raten die höchsten). Die Geburtenraten in Deutschland verfügen daher über eine doppelte Asymmetrie, die im Zusammenhang steht mit der Urbanisierung und der Homogenität bestimmter Provinzen.

Auf der Ebene der Gemeinden in NRW variieren die Geburtenraten in der gleichen Größenordnung wie im übrigen Deutschland, 4,5 bis 13 Geburten pro 1000 Einwohner. Auf der Rhein-Ruhr-Schiene (**Karte 3A**) erscheint die Geburtenrate höher auf der Achse Bonn (10.4), Köln (10.2), Düsseldorf (10.0) als auf der von Duisburg (8.4), Essen (8, 5), Dortmund (8.6) und Hamm (8.3). Bielefeld, Detmold, Paderborn liegen etwas über 9, Münster und Aachen jedoch darunter. In den ländlichen Gebieten von Westfalen und im Teutoburger Wald sind die Geburtenraten höher als im Sauerland.

In den drei hier dargestellten Ebenen (Europa, Deutschland, NRW) erkennt man eine verhältnismäßig hohe Streuung der Geburtenziffern, wobei hohe Werte in den großen Städten und in bestimmten Regionen erzielt werden. Auf eine allgemeine Art werden die ländlichen Regionen von schwachen Werten charakterisiert.

2. Die Fruchtbarkeit der Frau

Die Geburtenrate ist ein interessanter Indikator, weil sie erlaubt kurzfristig in Betracht zu ziehen, welche Probleme sich bezüglich der frühen Kindheit stellen werden, insbesondere in Bezug auf die Zahlen von Kindertagesstätten, Schulen, soziale Hilfe für Familien, etc. Sie schaltet die Warnblinkanlage ein, die die Politiker und die Entscheidungsträger bestärken notwendige Wendungen auf örtlicher und regionaler Ebene in der öffentlichen Politik für die Kinder zu bewirken.

Dagegen erlauben die Geburtenziffern nicht, die mittelfristige Zukunft abzuzeichnen, weil sie nicht ermöglichen die Ergebnisse dieser „Alchemie“ einzuschätzen, die dazu führt, dass sich eine Frau (und ein Paar) im Laufe ihres Lebens entscheidet, ein, zwei oder mehr Kinder zu bekommen…

Auf der anderen Seite fordern die Karten der Geburtenziffern auf, sich nach den Gründen zu fragen, die die beobachteten Kontraste begründen. Vergleicht man diese Karten mit denen der Altersstruktur, gibt es einige Übereinstimmungen zwischen Geburt und Jugend der Bevölkerung. Da die menschliche Fortpflanzung in erster Linie das Ergebnis junger Erwachsener ist, erklärt sich dieser Zusammenhang.

Anders ausgedrückt werden diese Karten von einem Artefakt getrübt, das nicht nur zeigt, wo die mehr oder weniger stark geburtenfördernde Haltung der Paare ist, sondern auch wo sich die Bevölkerung im zeugungsfähigen Alter befindet. Man weiß, dass dieses Artefakt weniger stark für die Geburten steht als für die Sterblichkeit. Aber es bleibt schwierig, die Auswirkungen auf die Altersverteilung in dem Zusammenhang zu entwirren, in dem die Fruchtbarkeit der Frauen mit der Erneuerung der Generationen abhängig ist. Es ist bekannt, dass in den entwickelten Ländern die Schwelle des Fortbestands in der Größenordnung von 2,10 Kindern pro Frau liegt (d.h. die durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Frau, die nötig sind, um die nächste Generation mit derselben Anzahl zu sichern). Die Demographen haben ein Maß für die Fruchtbarkeit gesucht, die die Wirkung von der Altersstruktur neutralisiert. Sie haben den konjunkturellen Fruchtbarkeitsindikator angeboten (Gesamtfruchtbarkeitsrate), der die Kinderzahl misst, die eine Frau während ihres Lebens hätte, wenn die beobachtete Fruchtbarkeitsrate in jedem Alter während eines Jahres dieselbe im Laufe der folgenden Jahre bliebe. Dieser Indikator berücksichtigt die Zahl der Lebendgeburten im Alter der Mutter, zwischen 15 und 49 Jahren. Diese unwahrscheinliche Hypothese des konjunkturellen Fruchtbarkeitsindikators dient nur zur Charakterisierung der Fruchtbarkeit von den Frauen in einem bestimmten Jahr, ohne dass wir über die Zukunft der Bevölkerung irgendwelche Schlüsse ziehen können.

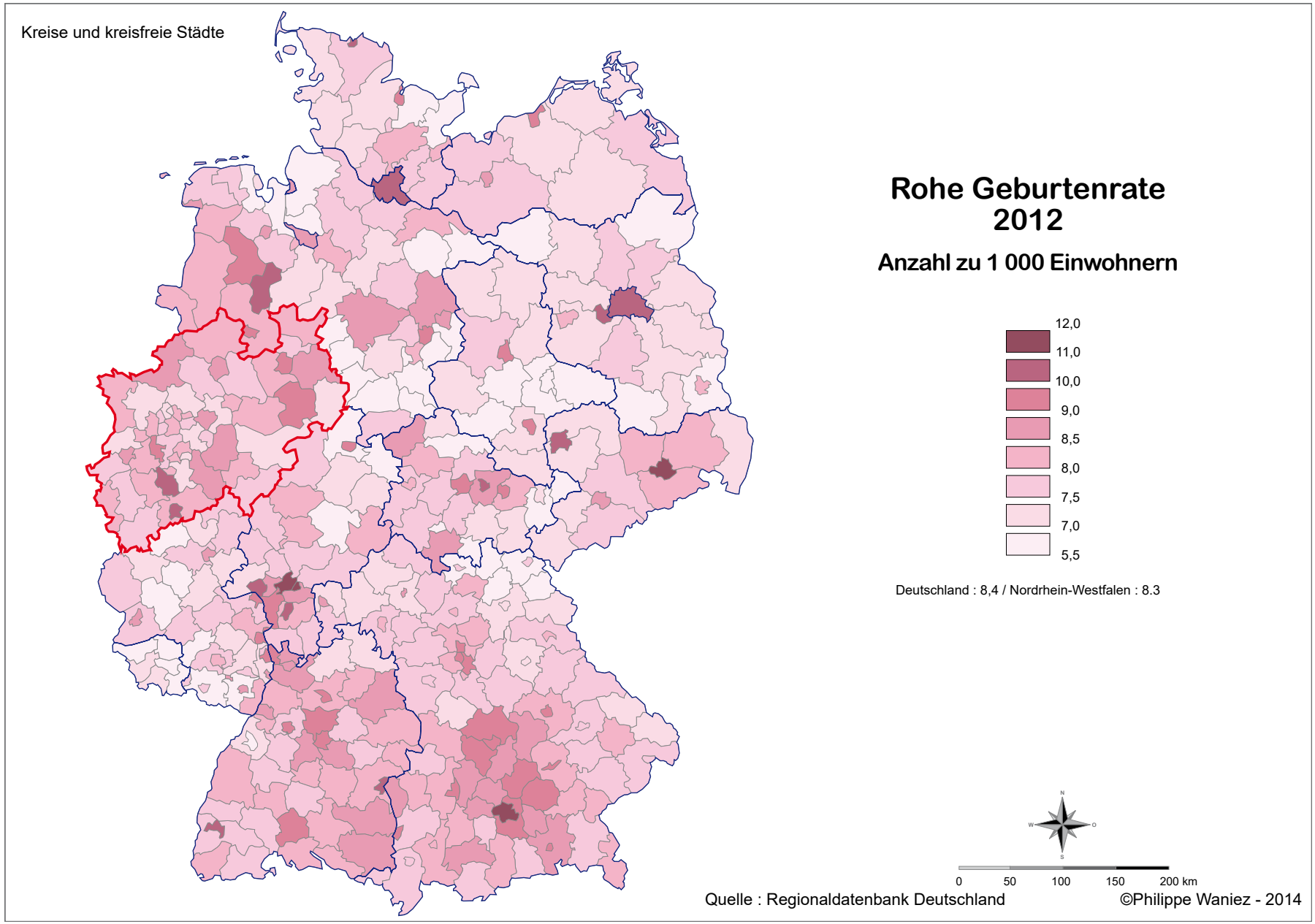
In NRW liegt die durchschnittliche Geburtenrate mit 1,38 Kindern pro Frau deutlich unter der Rate, die notwendig ist, um die Erneuerung der Generationen zu sichern. Die Werte variieren in den Kommunen zwischen 0,9 und 2,5 Kindern. Die geographische Verteilung der Werte der Gesamtfruchtbarkeitsrate ist ziemlich undurchdringlich, aber einige Aspekte sind dennoch interessant (**Karte 3B**).

Zunächst erinnern wir uns, dass die hohe Geburtenrate systematisch in den Städten zu finden ist. Für die Fruchtbarkeit ist es eher das Gegenteil: Wird in Köln die Geburtenrate relativ hoch (10,2) angezeigt, so ist hier die Fruchtbarkeit am niedrigsten (1.26).

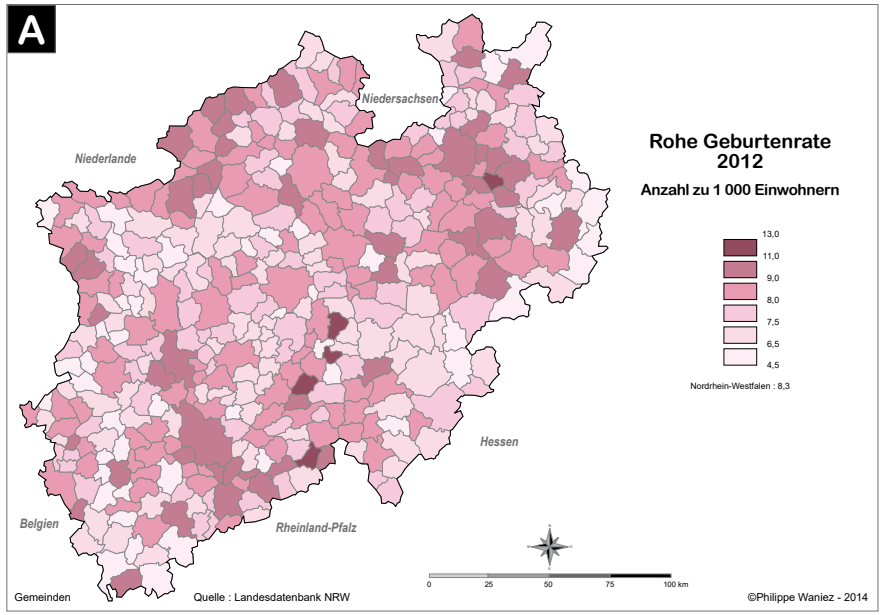
Das gleiche Szenario wiederholt sich für viele Städte wie Münster, Aachen und in einem geringeren Ausmaß auch in Bonn, Düsseldorf, Bielefeld... Mit anderen Worten ist die Verankerung der Geburtenrate in den Städten im Wesentlichen ein Effekt der Altersstruktur; jedoch bekommen die Städterinnen insgesamt weniger Kinder als die Frauen in ländlichen Gebieten. Insofern, als die Bevölkerung der Städte viel größer ist als auf dem Lande, wird da die Erneuerung der Generationen nicht gewährleistet.

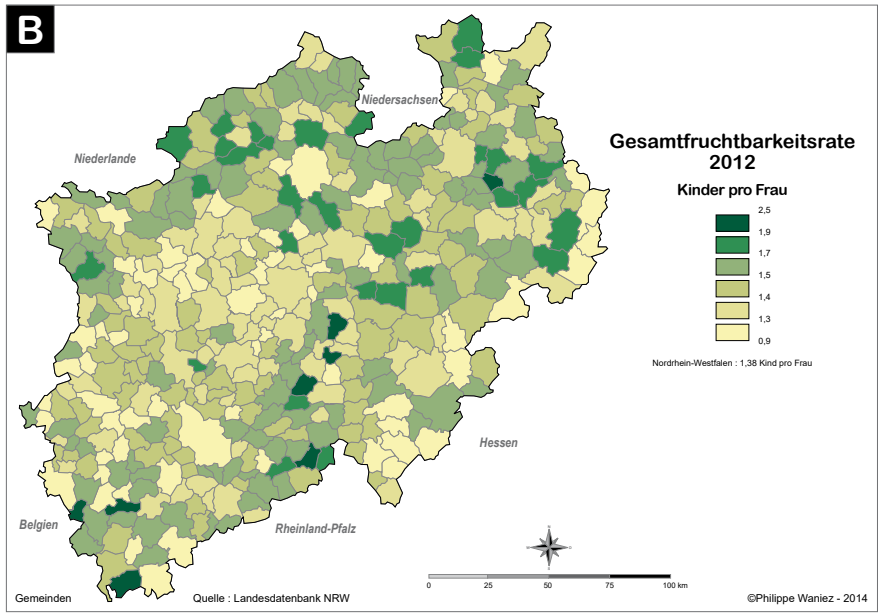
Außerhalb der großen städtischen Gebiete ist die Fruchtbarkeit höher, vor allem in den ländlichen Gebieten des Münsterlandes und einer Anzahl Gemeinden im Teutoburger Wald und am Niederrhein. Dagegen ist sie im Sauerland mittelmäßig. Auch wenn die Rate hoch ist, so ist die Anzahl der Säuglinge im Verhältnis zur Bevölkerung sehr gering.

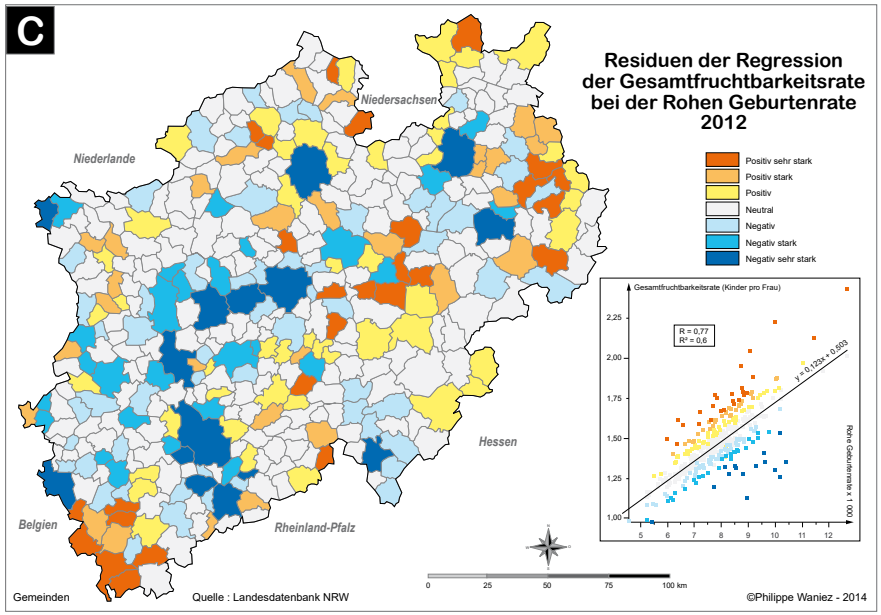
Um die geografischen Unterschiede zwischen den Werten der Geburtenraten und denen der Fruchtbarkeitsrate in den Gemeinden NRW besser zu verstehen, wurde eine Analyse der Beziehung zwischen den beiden Indikatoren durchgeführt. Ein Zweiachsendiagramm kann diese Beziehung (**Karte 3C**) visualisieren: die Form des Streudiagramms stellt die Gemeinden mit einer Ausrichtung von rechts oben nach links unten dar. Es bestätigt, dass eine positive Beziehung zwischen den beiden Indikatoren existiert. Das bedeutet, wenn sich die Geburtenrate innerhalb der Gemeinden erhöht, steigt auch die Fruchtbarkeit. Man kann diese Beziehung auf einer geraden Linie darstellen und diese Linie deckt 60,0% der Punktestreuung. Das bedeutet, Geburt und Fruchtbarkeit haben einen deutlichen Zusammenhang, aber es bleibt ein Residuum (Differenz zwischen den geschätzten Fruchtbarkeitswerten auf der geraden Linie und der beobachteten Fruchtbarkeit). Auf der rechten Seite oder in der Nähe kann man meinen, dass beide Anzeigen fast die gleiche Bedeutung haben. Je mehr man sich dagegen von rechts entfernt, umso mehr unterscheidet sich die Bedeutung. Diese Differenzen sind durch die Unterschiede in der Altersstruktur erklärbar.


Kreise und kreisfreie Städte
Rohe Geburtenrate
2012
Anzahl zu 1 000 Einwohnern
12,0
11,0
10,0
9,0
8,5
8,0
7,5
7,0
5,5
Deutschland : 8,4 / Nordrhein-Westfalen : 8.3
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014

Karte 2


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Rohe Geburtenrate 2012
Anzahl zu 1 000 Einwohnern
13,0
11,0
9,0
8,0
7,5
6,5
4,5
Nordrhein-Westfalen : 8,3
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Gesamtfruchtbarkeitsrate 2012
Kinder pro Frau
2,5
1,9
1,7
1,5
1,4
1,3
0,9
Nordrhein-Westfalen : 1,38 Kind pro Frau
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Residuen der Regression der Gesamtfruchtbarkeitsrate bei der Rohen Geburtenrate 2012
Positiv sehr stark
Positiv stark
Positiv
Neutral
Negativ
Negativ stark
Negativ sehr stark
Gesamtfruchtbarkeitsrate (Kinder pro Frau)
R = 0,77
R² = 0,6
y = 0,123x + 0,503
Rohe Geburtenrate x 1 000
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Wenn der Rest positiv ist (mit einer Intensität, die von Gelb nach Orange ansteigt), bedeutet dies, dass die Fruchtbarkeit höher ist, als sie sein müsste, um die Geburtenrate zu erhalten. Ist der Rest im Gegensatz dazu negativ (mit einer Intensität, die von Hellblau nach Dunkelblau ansteigt), bedeutet das, dass die Fruchtbarkeit niedriger ist, als sie sein müsste, um die Geburtenrate zu sichern. Die erstellte Karte unterstreicht das Fruchtbarkeitsdefizit deutlich, welches die Großstädte von NRW kennzeichnet. Ob es sich um die Rhein-Ruhr Schienen handelt oder um grundlegende Städte des Landes, alle weisen eine schwächere Fruchtbarkeitsrate aus, als die Geburtenziffer denken lässt. Wenn die Geburtenrate in den Städten höher erscheint, liegt es daran, dass es mehr junge Frauen gibt, aus den in Kapitel 4 beschriebenen Gründen. Allerdings haben diese jungen Frauen weniger Kinder als in den anderen Gemeinden des Landes. Das liegt wahrscheinlich an der Tatsache, dass diese jungen Frauen arbeiten gehen und damit hoffen, die Bedingungen bis zur Ankunft eines Kindes zu verbessern.

Gemeinden, in denen die Residuen positiv sind, sind in der Regel kleine ländliche Gemeinden, die in der Regel entfernt von den größeren Städten zu finden sind: hauptsächlich anzutreffen im Münsterland, Teutoburger Wald, Sauerland und der Eifel. Die Gründe für diese höhere Fruchtbarkeit werden sicherlich am Lebensweg sowie dem Grad und der Art der Tätigkeit dieser jungen Frauen zu suchen sein.

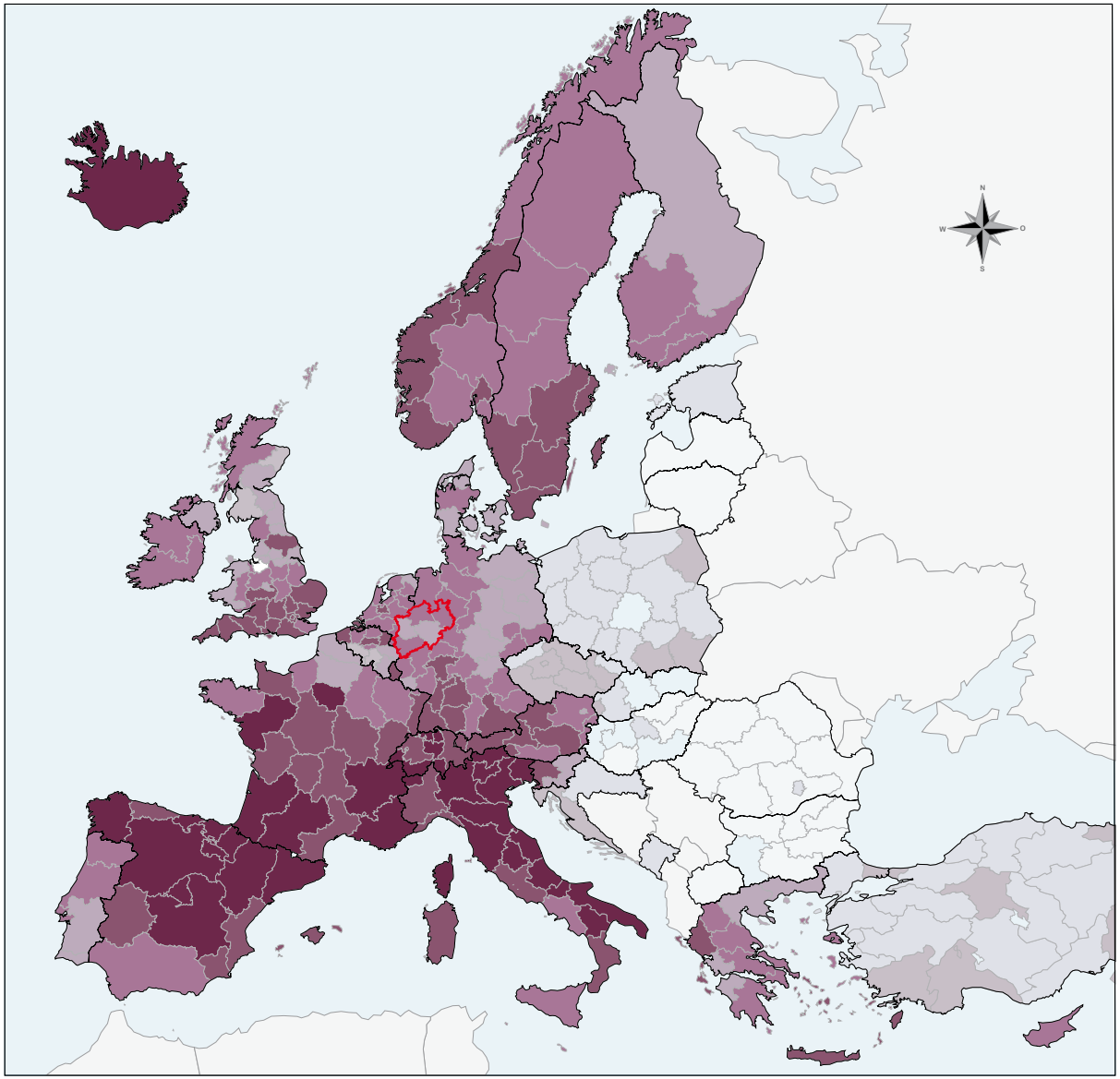
Der Vergleich der Geburtenziffer und der Fruchtbarkeit zeigt, dass diese zwei Indikatoren, die beide die Geburten betreffen, nicht austauschbar sind. Der erste zeigt die Menge der Geburten, während der zweite, eher die qualitative Haltung der Frauen auf die Fortpflanzung erfasst. Man kann sagen, dass NRW mit diesem Hintergrund keine gute Position belegt. Die Antwort auf diese Gefahr: eine dringende und wirksame Familienpolitik, vor allem in den Großstädten. Es sollte die Erhöhung der Geburtenziffer, mit dem Ziel eine Verjüngung der Bevölkerung des Landes angestrebt werden.

3. Die Lebenserwartung bei der Geburt

Die Lebenserwartung ist die durchschnittliche Lebensdauer einer fiktiven Generation, die sich nach den Sterbebedingungen des Zeitalters richtet. Es gibt zahlreiche Faktoren, die die Lebenserwartung beeinflussen. Gesundheitsfaktoren zuallererst: Hygiene, medizinische Fortschritte, Zugang zur Gesundheitsvorsorge, Nahrung (Quantität und Qualität)... Dann Umweltfaktoren: die Verschmutzung von Luft und Wasser durch den Verkehr und die Industrieproduktion... Schließlich soziale Faktoren: Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Sicherheit in den Unternehmen, Ausgleich von Zeit und Beschwerlichkeit der Arbeit, Zugang zu Wohnraum, Heizung... Man kann die Lebenserwartung in verschiedenen Altersstufen berechnen. Hier analysieren wir die Lebenserwartung bei der Geburt. Sie wird normalerweise nach Geschlecht berechnet, da die Unterscheidung zwischen Männern und Frauen wichtig sein kann, weil die Lebenserwartung der Frauen im Durchschnitt höher ist als die der Männer.

In Europa liegt die allgemeine Lebenserwartung zwischen 83,1 Jahre in Italien und 74 Jahren in Rumänien. Deutschland ist nur an etwa 11. Stelle mit nur 81 Jahre, d.h. 78,5 Jahre für die Männer und 83,5 Jahre für die Frauen. Innerhalb eines Landes ist die Lebenserwartung bei der Geburt ziemlich ausgeglichen, vor allem in den ehemals kommunistischen Ländern, deren Regionen immer noch niedrigste Werte ausweisen (**Karte 4**). Der relativ schlechte Rang von Deutschland, angesichts seiner Gesamtentwicklung, liegt zum großen Teil in der Wiedervereinigung zwischen BRD und DDR. In der Tat gibt es drei große Untergruppen: das südliche Baden-Württemberg und Oberbayern, wo die Gesamterwartungen 82 Jahre überschreiten; der Westen, von Nordbayern bis Schleswig-Holstein mit Werten zwischen 80,5 und 81,5 Jahre; die neuen Bundesländer zentrieren sich mit Erwartungen bei 80 Jahren (Sachsen zeigt jedoch höhere Werte); die weniger guten Ergebnisse in der Ex - DDR zieht somit den nationalen Durchschnitt herunter. Diese Unterschiede sind relativ niedrig von einer Kategorie zur anderen, jedoch ist deren Anordnung nicht ohne geografische Bedeutung.

Für eine genauere Analyse aus geografischer Sicht, gibt IT.NRW (Information und Technik Nordrhein-Westfalen) an: „die Lebenserwartung der Bevölkerung wird in Form von „Sterbetafeln“ nur für Deutschland insgesamt sowie für die einzelnen Bundesländer gerechnet. Kreis- oder Gemeindetabellen gibt es leider nicht“ . Es ist sehr bedauerlich nicht über einen demografischen Anzeiger zu verfügen, der durch sein geografisch detailliertes Niveau genauso wichtig ist, wie für das Land. Um jedoch die Lebenserwartung in Deutschland zuzuordnen, können wir die von der Bundesanstalt Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) für die Jahre 1995 und 2010 (1) veröffentlichten Daten verwenden. Natürlich sind diese Daten bereits etwas veraltet, aber diese Art der demografischen Anzeige bewegt sich nicht sehr schnell, und wir können dennoch einige interessante Informationen aus diesen Daten von 2010 ziehen. BBSR berechnet die Lebenserwartungen der beiden Geschlechter, für die Kreise und kreisfreien Städte. Zum einen stellt man fest, dass die Lebenserwartung bei der Geburt für Männer 5 Jahre niedriger ist als für die Frauen, zum anderen sieht man, dass die Geografie für Männer und Frauen in etwa gleich ist. Die Karten teilen uns tatsächlich mit, dass es besser ist, in den alten Bundesländern zu leben, wenn man sich ein langes Leben wünscht (**Karte 5A** und **5B**).



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Lebenserwartung bei Geburt 2012 (teilw. 2011, 2010)

Jahre

- 84,5
- 82,5
- 81,5
- 80,5
- 79,0
- 77,5
- 76,5
- 75,0
- 72,5
- Andere Staaten

Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

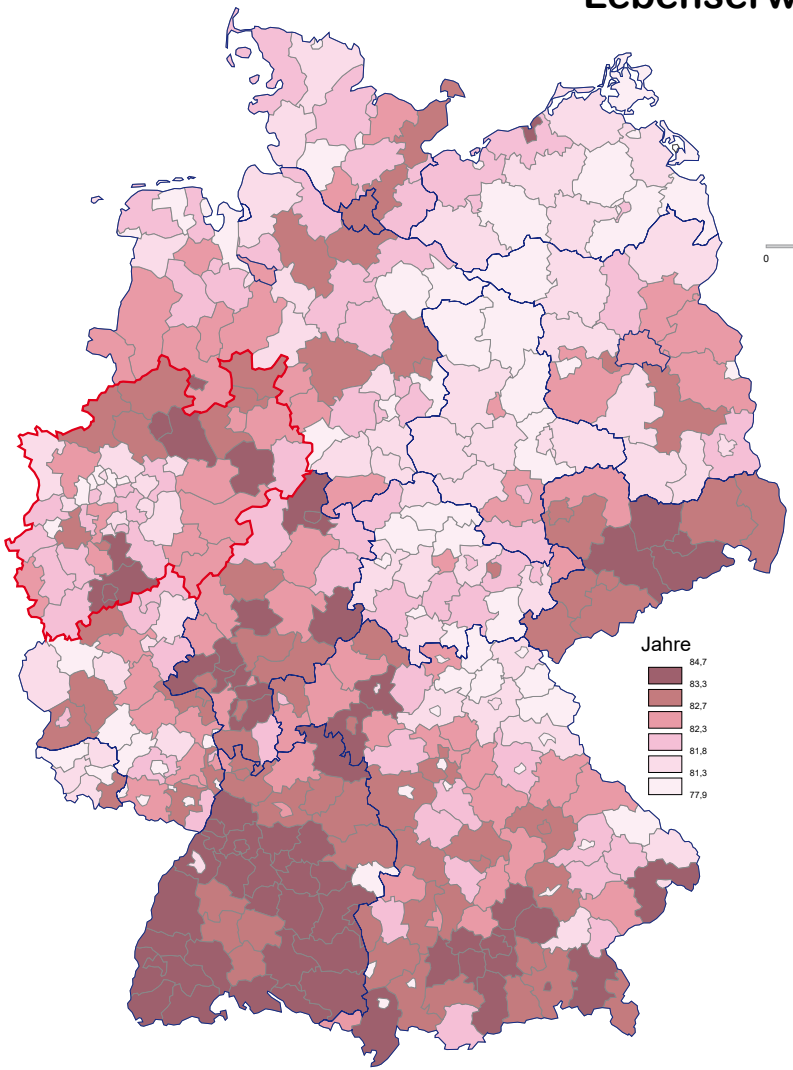
©Philippe Waniez - 2014

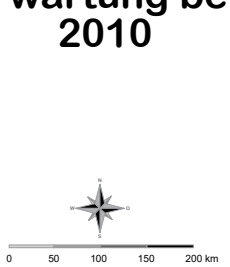
Karte 4

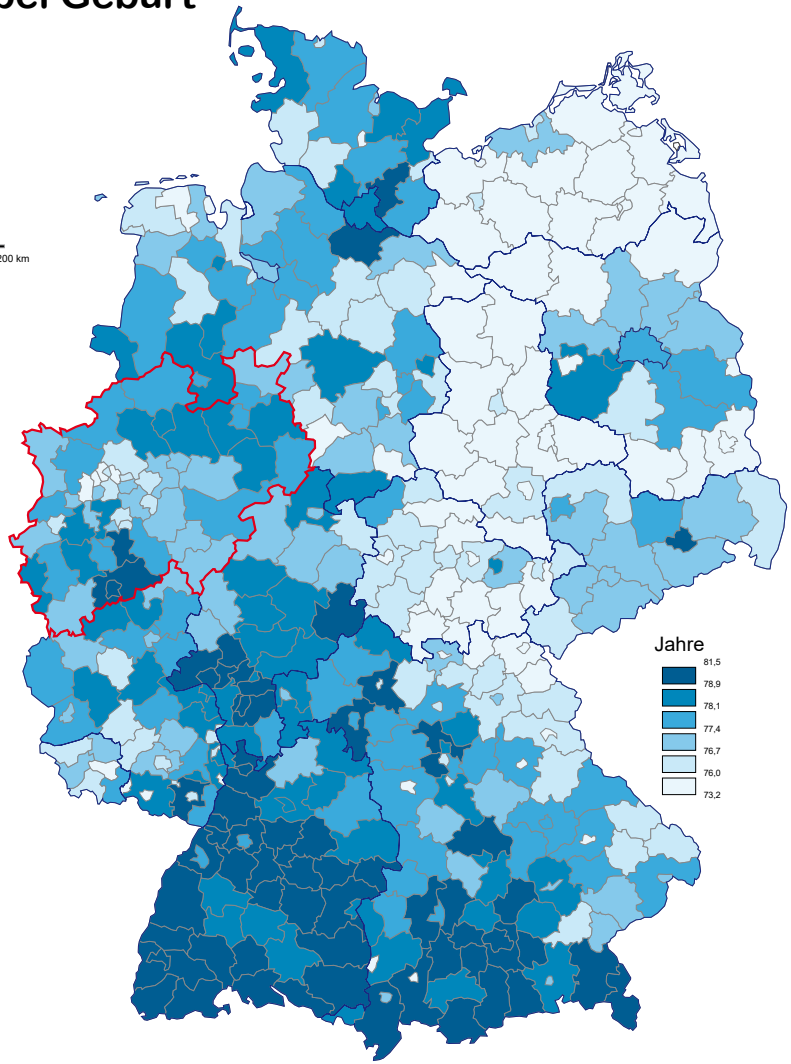
A Frauen

Männer B

Lebenserwartung bei Geburt 2010







Deutschland (2013) : 83.5 / Nordrhein-Westfalen (2010/2012) : 82.3 Jahre

Deutschland (2013) : 78.5 / Nordrhein-Westfalen (2010/2012) : 77.5 Jahre

Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

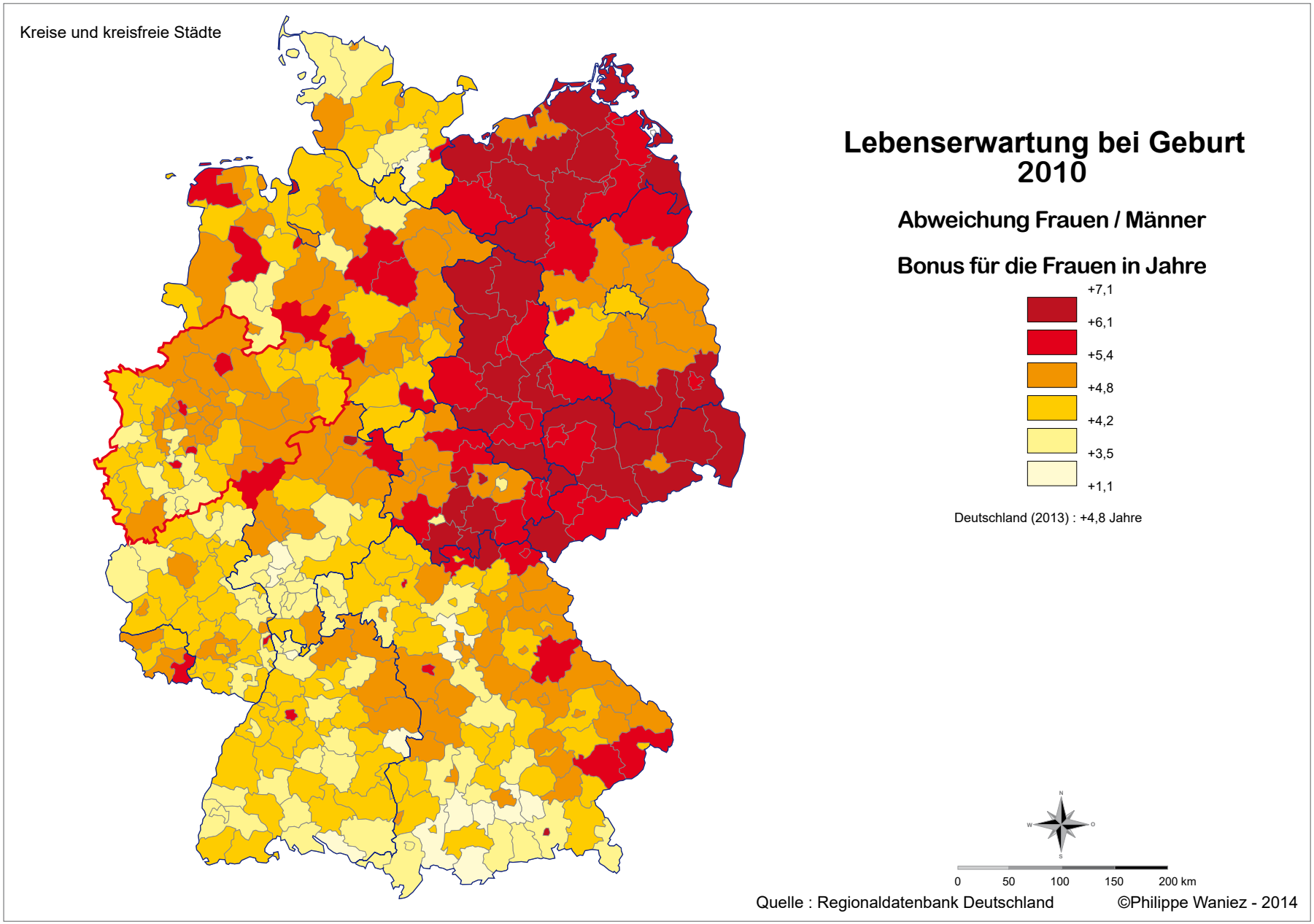
Beispielsweise betrug die Lebenserwartung im Altmarkkreis Salzwedel (Sachsen-Anhalt) bei der Geburt in 2010 für Männer 74,6 und für Frauen 81 Jahre, das macht einen Unterschied von 6,4 Jahren und liegt über dem nationalen Durchschnitt. Im Ortenaukreis (Baden-Württemberg) ist die Lebenserwartung der Männer 79,1 Jahre und der Frauen 83,8 Jahre, das macht einen Unterschied von 4,7 Jahren, leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Anders gesagt ist nicht nur das Leben im Altmarkkreis Salzwedel kürzer als im Ortenaukreis (-4,5 Jahre für Männer, -2,8 für Frauen), sondern der Unterschied zwischen den beiden Geschlechtern ist auch stärker ausgeprägt. Darüber hinaus gilt dies für alle neuen Bundesländer mit Ausnahme von Brandenburg und Berlin (**Karte 6**).

Zu diesem ersten Unterschied zwischen dem Osten und Westen Deutschlands gibt es eine zweite etwas schwächere Tendenz und spiegelt sich in der längeren Lebenserwartung zwischen Süd- und Norddeutschland. Baden-Württemberg und Bayern stehen an erster Stelle für eine hohe Lebenserwartung. Vielleicht muss man da die günstige Wirkung auf das Leben in der frischen Luft und den friedlichen Wäldern dieser Länder sehen? Für Bayern gilt dies mehr in Oberbayern und Schwaben als im Rest des Landes. Auf einer anderen Ebene beobachtet man, dass in diesen beiden besonders begünstigten Bundesländern eine relativ hohe Lebenserwartung der Männer eher in den Städten als in den Landkreisen ausgewiesen wird (79,5 Jahre im Ostallgäu und in Kaufbeuren nur 75,9 Jahre). Der Raum des hohen Lebensalters erstreckt sich im Norden, aber mit geringerer Intensität auch in der südlichen Hälfte von Hessen mit seinen großen Städten: Wiesbaden, Frankfurt am Main, Darmstadt. Vielleicht kommt dies dort durch den Einfluss des Wohlstands auf die Gesundheit ?

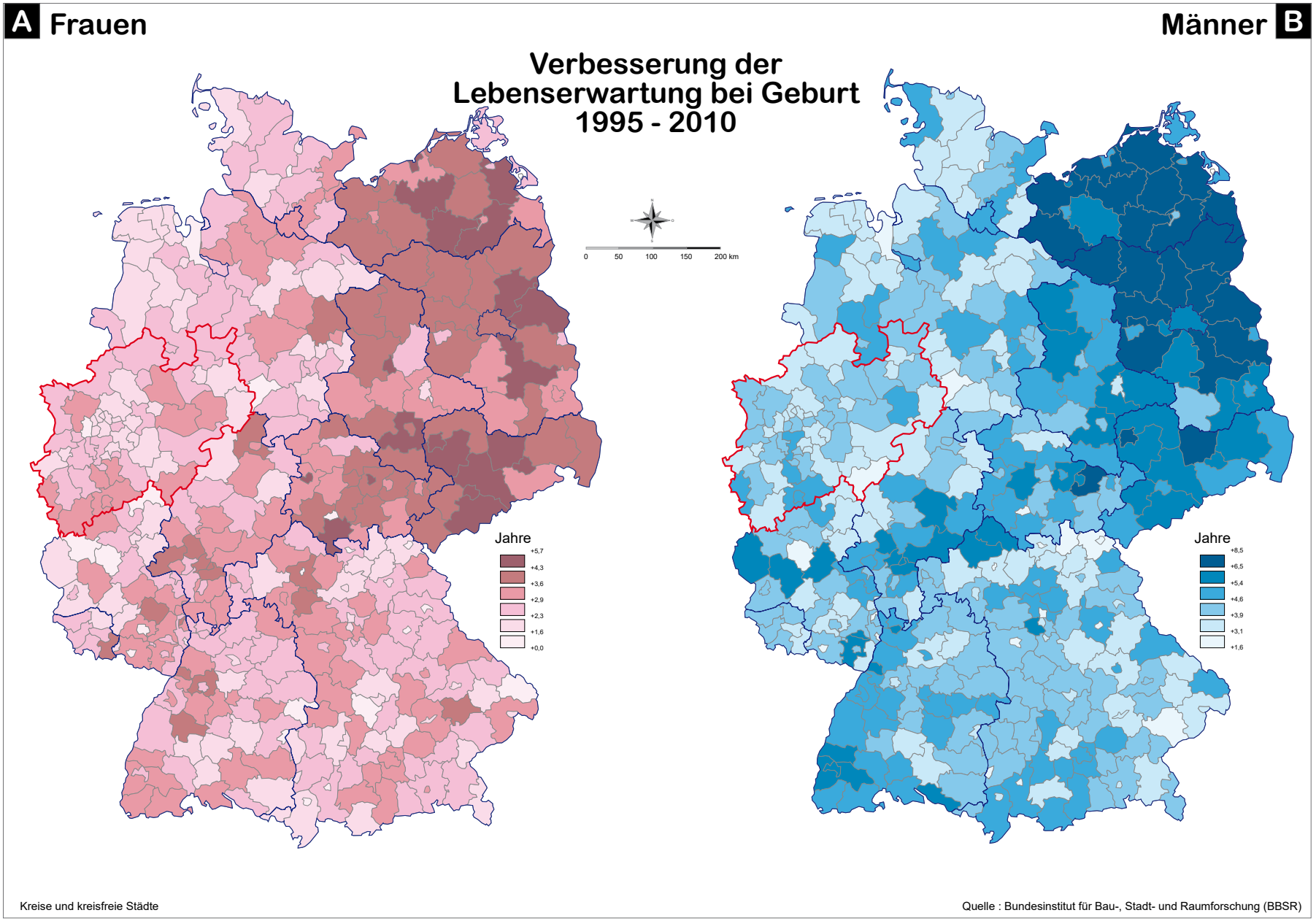
In der nördlichen Hälfte Deutschlands, ist die Lebenserwartung bei der Geburt in der Regel niedriger, allerdings mit mehr oder weniger ausgeprägten regionalen Unterschieden. Zum Beispiel ist die Lebenserwartung von Hamburg nach Kiel, in der Region Hannover, in Westfalen, im Süden von Köln oft höher als in den übrigen Ländern.

Die Lebenserwartung bei der Geburt, herausgegeben vom BBSR (Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung), die auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte berechnet werden, bestätigen die Entwicklung dieser Erwartungen in fünfzehn Jahren (1995-2010). In der Regel stieg die Lebenserwartung in Deutschland in diesem Zeitraum (2): +4,5 Jahre für Männer und +3 Jahre für Frauen. Dieser Trend setzte sich bis zum Jahr 2012 fort (die letzten veröffentlichen Zahlen), da hat die Lebenswartung der Frauen 83 Jahre überschritten, während die der Männer unter 80 Jahren bei 78,3 Jahren bleibt.

Bei diesem Ansteigen besteht eine klares Aufholphänomen in den neuen Bundesländern, wo die Lebenserwartung insgesamt schneller wächst als in den alten: +5,5 Jahre für die Männer des Ostens gegen +4,2 Jahre für diejenigen des Westens; +4 Jahre für die Frauen im Osten gegenüber +2,7 Jahre für diejenigen im Westen. Ebenfalls beobachtet man, daß dieses Aufholen für die Männer schneller geht als für die Frauen sowohl im Osten wie im Westen. Zweifellos bleiben die Männer im Vergleich zu den Frauen immer noch im Rückstand und wahrscheinlich existiert eine biologische Grenze in der Erhöhung des Sterbealters. Die Karten bestätigen eindeutig das Nachziehen der neuen Bundesländer, aber man beobachtet auch, dass diese Entwicklung nicht in allen Kreisen gleich ist (**Karte 7a** und **7b**).


Kreise und kreisfreie Städte
Lebenserwartung bei Geburt 2010
Abweichung Frauen / Männer
Bonus für die Frauen in Jahre
+7,1
+6,1
+5,4
+4,8
+4,2
+3,5
+1,1
Deutschland (2013) : +4,8 Jahre
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014

Karte 6


A Frauen
Männer B
Verbesserung der
Lebenserwartung bei Geburt
1995 - 2010
0 50 100 150 200 km
Jahre
+5,7
+4,3
+3,6
+2,9
+2,3
+1,6
+0,0
Jahre
+8,5
+6,5
+5,4
+4,6
+3,9
+3,1
+1,6
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Zum Beispielt erscheint die Situation in Mecklenburg-Vorpommen besser als in Sachsen-Anhalt, was ein Fortschritt für Mecklenburg-Vorpommen bedeutet, während das Niveau beider Länder in 2010 ähnlich war und im Vergleich mit den alten Ländern zurück blieb.

Im westlichen Deutschland beobachtet man einen schwächeren Fortschritt der Werte und weniger massiv auf dem geografischen Plan. Der Westen von Baden-Württemberg und Oberbayern sind an der Spitze was, am Ende der Periode (2010), ihre ausgezeichneten Endstände erklärt. Ob Männer oder Frauen und Ost oder West, die großen Städte weisen in der Regel Anstiege im Bezug auf die umliegenden Landkreise auf.

NRW ist wenig geeignet, um dort ein langes Leben zu erhoffen). Im Vergleich zu anderen Bundesländern in 2010 stand es auf Rang 9 für die Männer mit 77,3 Jahren und nur auf Rang 13 für die Frauen mit 82,2 Jahren. Damit liegt der Unterschied der Lebenserwartung für die Männer in Baden-Württemberg bei -1,85 Jahren und für die Frauen bei -1,44 Jahren. Natürlich sind diese Unterschiede nicht riesig, aber sie sind dennoch bezeichnend für einen gewissen Rückstand im Vergleich zu anderen alten Bundesländern.

Leider ist es wegen fehlender Daten nicht möglich, die Lebenserwartung in den Gemeinden von Nordrhein-Westfalen zu kartografieren. So haben wir hier nur die Vergrößerung auf der Karte der Kreise von Deutschland. Der Wertebereich innerhalb der Kreise und kreisfreien Städte in NRW beträgt 5,5 Jahre für die Männer und 3,6 Jahre für die Frauen. Für Männer und Frauen konzentrieren sich niedrige Lebenserwartung im Ruhrgebiet und in den Drei Bergischen (**Karte 8A** und **8B**). Daran schließt sich ebenfalls Mönchengladbach an. In Duisburg, Oberhausen, Bottrop und Gelsenkirchen erreicht die Lebenserwartung von Frauen nie das Alter von 81 und bei den Männer 76 Jahre. Hinzu kommt, dass das Fortschreiten der aufgezeichneten Lebenserwartung zwischen 1995 und 2010 schwächer ist (weniger oder gleich +2 Jahre für Frauen; weniger als +3,5 Jahre für Männer) Damit kann der Schluss gezogen werden, dass diese alten Industrieregionen offensichtlich keine Rahmenbedingungen schaffen, um ein langes Leben zu gewährleisten.

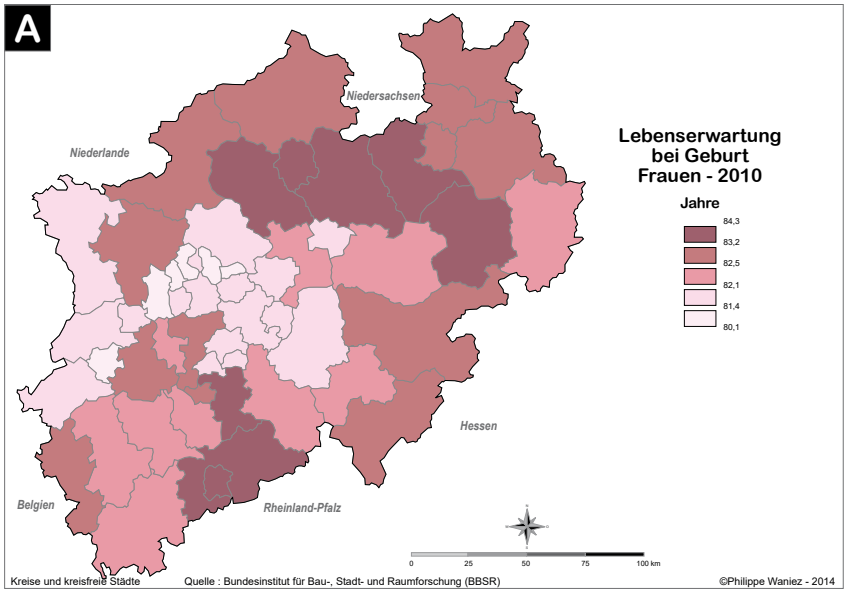
Im Gegensatz dazu befinden sich die Rheinachse, Westfalen und der Teutoburger Wald in einer viel besseren Lage, da Frauen eine Lebenserwartung von mehr als 82 Jahren und die Männer von über 77 Jahre haben. Die Zuwächse sind besonders hoch von Bonn bis Düsseldorf (über 3 Jahre für Frauen, um 5 Jahre für Männer).

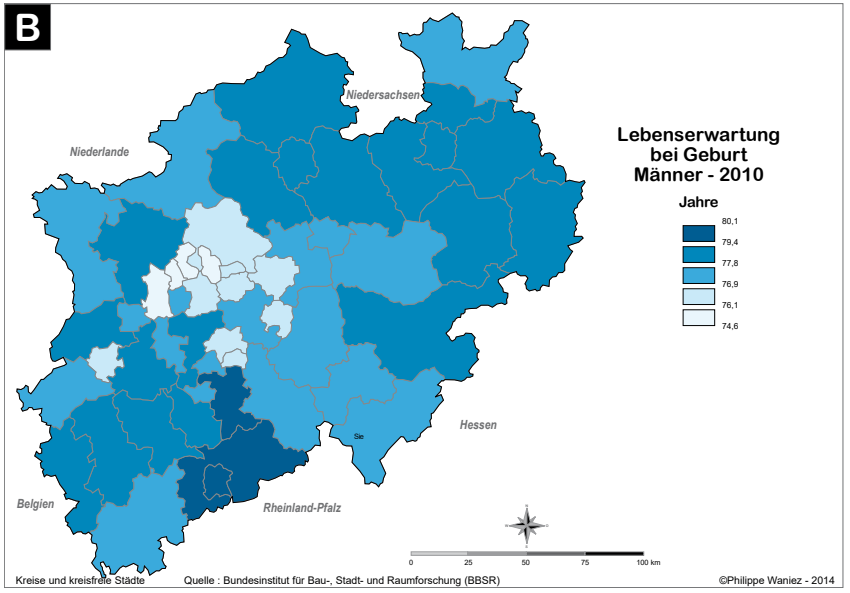
Die Geografie der Lebenserwartung bei der Geburt weist also klar den doppelten Gegensatz Kern/Stadtrand und Rhein- / Ruhr-Schiene aus. Damit wissen wir, dass Unterschiede in der Lebenserwartung insbesondere mit dem sozio-ökonomischen Status verknüpft sind.

In seinem Artikel „Lebenserwartung in Deutschland. Aktuelle Daten zu und Trends und Unterschieden-Zusammengestellt“ (3), zeigt Dr. Marc Luy, dass die soziale Differenzierung der Lebenserwartung in Deutschland deutlich spürbar ist: Durchschnittlich gibt es für Männer im Alter von 40 Jahren zwischen Arbeitern und Beamte 3,2 Jahre zusätzliche Lebenserwartung für die Beamten. Die Abiturinhaber können 6,3 Jahre mehr erwarten, als diejenigen, die die Schule auf der Ebene Hauptschule oder Realschule (oder eine Schule mit ähnlichem Niveau) verlassen haben. Schließlich lohnt es sich, ein Einkommen von mehr als 1917 Euro zu haben und

hoffen zu können, 5,7 Jahre länger zu leben als diejenigen mit einem Einkommen von weniger als 895 €. Selbst mit 65 Jahren gibt es immer noch einen Vorteil für die oberen sozialen Gesellschaftsschichten.

Damit erscheint die Lebenserwartung (bei der Geburt oder in einem vorgeschrittenen Alter) als ein erstklassiger Synthesenbericht, weil die geografischen und sozialen Unterschiede stark strukturiert sind. Dies deutet darauf hin, dass diese Unterschiede auch bei anderen Indikatoren der Lebensbedingungen sowohl in ganz Deutschland als auch in NRW sichtbar sind.





4. Heirat und Scheidung

Eheschließungen und Scheidungen sind zwei wichtige Facetten des Lebens einer Gesellschaft. Die geografische Analyse der Eheschließungen erhebt eine methodologisch an die Registrierung der Ehen in Deutschland gebundene Frage, welche der Berechnung einer Bilanz zwischen Eheschließungen/Scheidungen jede Bedeutung nimmt. Für die Scheidungen ergibt sich das Problem der Erklärung des Niveaus der Werte. Bestimmt ist die mehr oder weniger starke Präsenz des katholischen Glaubens in einigen Fällen ein erklärender unterscheidender Faktor. Aber über das offensichtliche Fehlen systematischer Korrespondenz zwischen Religion und Scheidung hinaus, führt es zu der Frage über die Richtigkeit der geografischen „Kreis“ Ebene, auf der die Daten veröffentlicht sind. Um andere Hinweise der Verursachung zu finden, benötigt man detaillierte Daten, zum Beispiel auf der Ebene der Gemeinde.

Die Eheschließungen

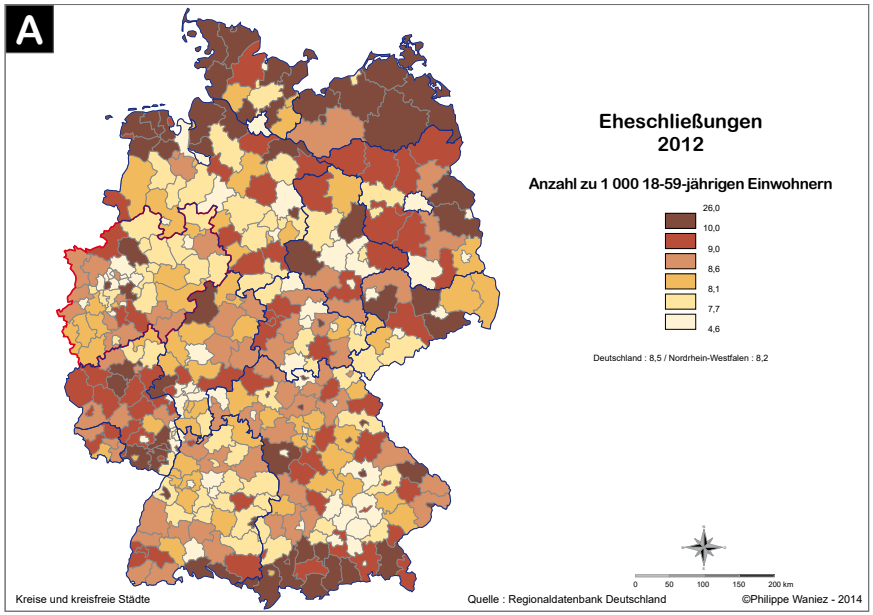
Um die Bedeutung der Ehschließung in einer Bevölkerung zu bewerten, berechnen die Demografen eine rohe Heiratsziffer. Sie ergibt sich aus dem Verhältnis der Zahl der Eheschließungen in einem Jahr zur durchschnittlichen Gesamtbevölkerung des Jahres. Für die Europäische Union steht nur der Wert auf Landesebene zur Verfügung. Die Ehe-Rate varriert in der EU zwischen 2,9 (Belgien) und 6,9 (Litauen) Eheschließungen pro 1000 Einwohner im Jahr 2012, außer in Zypern (weil die Zahl der Eheschließungen im Jahr 2001 besonders hoch war). Deutschland zeigt eine hohe Stabilität, mit einer Rate von 4,8 im Jahr 2012 (4,7 im Jahr 2001). In Frankreich jedoch ist die Ehe-Rate deutlich gesunken, im Jahr 2001 war sie vergleichbar mit der von Deutschland (4,8) jedoch war sie deutlich niedriger im Jahr 2012 (3,7). Wir beobachten hier die Bedeutung der Gesetzesänderung für die Ehen: In Frankreich wurde 1999 das Gesetz zur Festlegung des zivilen Solidaritätspakts (Pacte Civil de Solidarité) verabschiedet. Es hatte den Effekt, dass viele Paare den Bund der Ehe, zugunsten eines leichter widerrufbaren Vertrages ersetzten. Dies bedeutet nicht, dass es in Frankreich mehr Alleinlebende gibt als vorher! Einige von ihnen wählten einfach eine andere Form der Vereinigung als die Ehe.

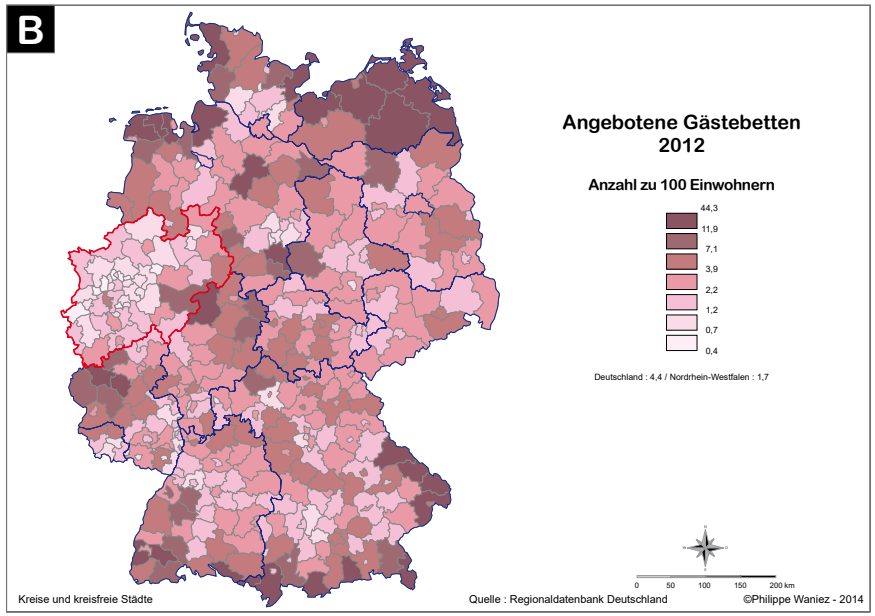
Die Demografen haben sich dafür entschieden, die Zahl der Eheschließungen zur Gesamtbevölkerung zu melden, weil damit internationale Vergleiche möglich sind. Dieser Divisor ist jedoch zweifelhaft, um die Eheschließungen in einem europäischen Land zu studieren, weil einerseits Kinder nicht das Recht haben zu heiraten und auf der anderen Seite sich das Alter zum Recht auf Eheschließung zwischen den Ländern unterscheidet. Über das tatsächliche Alter der Hochzeiten in Deutschland, ist bekannt, dass mehr als drei Viertel der Ehen zwischen 20 und 45 Jahren geschlossen werden, 78,6% bei den Männern und 76,4% bei den Frauen. Der Altersbereich, in dem die meisten Ehen entstehen liegt bei 30-34 Jahren, mit 28,1% der Ehen bei den Männern und 27,6% bei den Frauen. Hochzeiten bei denen die Ehepartner über 60 Jahre sind, sind eher selten. Also anstatt die Heirats-Zahl der Gesamtbevölkerung zu melden, scheint es für Deutschland sinnvoller, eine Nettoheiratsrate zu berücksichtigen, dessen Nenner die Bevölkerung im Alter von 18 bis 60 Jahre ist. So steigt die Nettoheiratsrate für ganz Deutschland, um 8,45 Ehen pro 1000 Personen im Alter von 18 bis 59 Jahren.

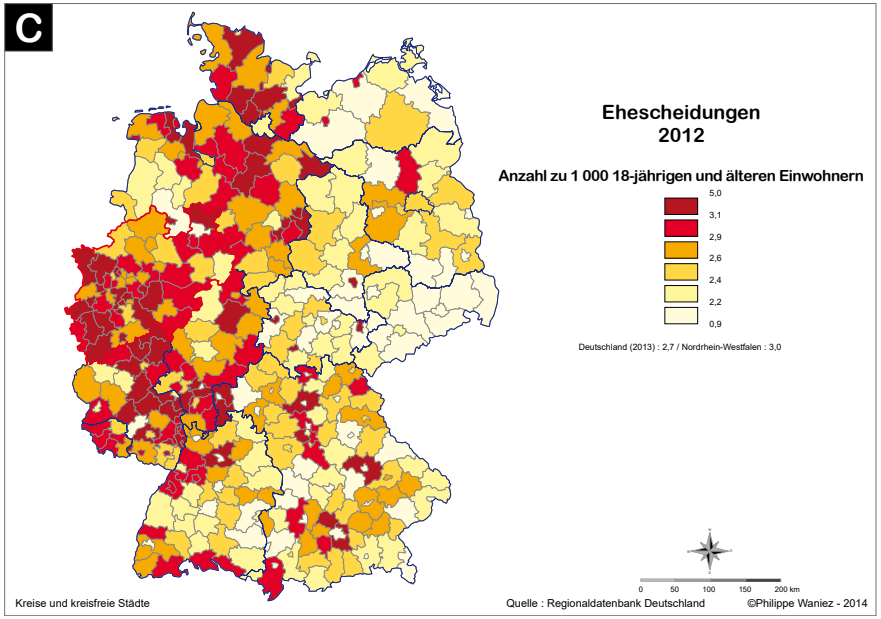
Vor der Hochzeit muss die Eheschließung bei dem Standesamt angemeldet werden, in dessen Bezirk die Partner ihren Wohnsitz haben; bei getrennten oder mehreren Wohnsitzen besteht die Wahlmöglichkeit. Ist anhand der Anmeldung festgestellt worden, dass die Voraussetzungen für die Eheschließung vorliegen, hat die Anmeldung eine Gültigkeit von sechs Monaten. Innerhalb dieser Zeit muss die Eheschließung stattgefunden haben. Die Eheschließung kann dann in irgendeiner Gemeinde in Deutschland durchgeführt werden. Sie wird in dem gewählten Standesamt registriert.

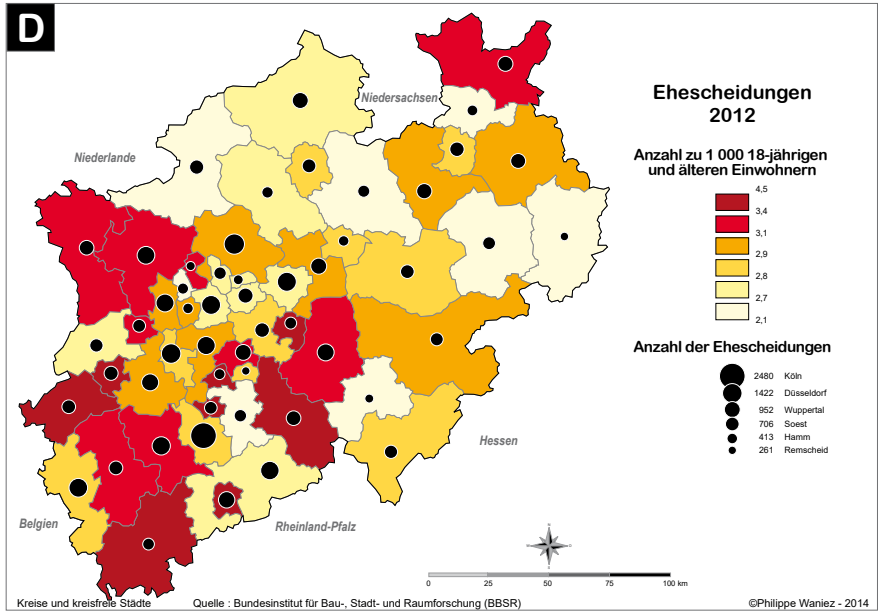
Die Möglichkeit, den Ort der Heirat außerhalb des Wohnortes der Ehegatten zu wählen, macht jede soziologische Analyse unmöglich, die Haltung zur Eheschließung innerhalb der Bevölkerung in den jeweiligen Gebieten zu erkennen. Jedoch erweist sich die Karte der Nettoheiratsrate aus anderen Gründen (**Karte 9A**) als interessant. Man erkennt hier in der Tat die Überrepräsentation der touristischen Regionen (**Karte 9B**): der Küstenstreifen der Nordsee, von Aurich bis Sylt, die Küste der Ostsee, von Plön bis Rügen und Greifswald, den Spreewald in Brandenburg, die Sächsische Schweiz, das Gebirge des Harzes, die Bayerische Alpen mit Garmisch-Partenkirchen, der Oberallgäu und der Bodensee mit Lindau und Konstanz, die Weinstraße in der Pfalz, das Moseltal mit Cochem. In all diesen Gebieten überschreiten die Nettoheiratsraten mehr als 10 Eheschließungen je 1.000 Einwohner und das Angebot der Unterkünfte liegen weit über dem Bundesdurchschnitt. So entstand ein spezieller Hochzeitstourismus, der die touristischen Gebiete fördert und ihnen ermöglicht die Jahreszeit außerhalb der Sommerferien zu verlängern. Jedoch sind die Touristenregionen nicht mit derselben Intensität von diesem Phänomen betroffen, die eine Art des praktischen Tourismus betreiben (Kongresse, Messen – Ausstellungen…).

Generell erscheint NRW für Braut und Bräutigam relativ unattraktiv. Das Land liegt unter dem nationalen Durchschnitt (8,2 Eheschließungen pro 1000 Einwohner gegenüber 8,5). Das Ruhrgebiet erscheint mit 6,2 Eheschließungen in Dortmund und 6,8 in Essen vernachlässigt. In diesem Zusammenhang zeigen Mülheim an der Ruhr (11.2) oder Ennepe-Ruhr-Kreis (10.4) überraschend eine hohe Nettorate. Vielleicht muß man in dieser Zahl das Interesse an besonders anziehenden feierlichen Angeboten sehen. Wie beispielsweise die Residenz Uhlenhorst, die einen prachtvollen Rahmen für eine Eheschließung vorschlägt, die dann im Restaurant und im Hotel erweitert werden kann. Sicher liegt auch der Grund in den begrünten Berggebieten, die den Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis charakterisieren, dass hier mehr als 9 Hochzeiten auf 1.000 Bewohner gezählt werden. Die Kreise in der Nähe der niederländischen Grenze erreichen auch höhere Werte; vielleicht liegt dies an deutsch-holländischen Hochzeiten? In jedem Fall hält Coesfeld mit einer Rate in Höhe von 12,1 den Rekord in NRW.


A
Eheschließungen
2012
Anzahl zu 1 000 18-59-jährigen Einwohnern
26,0
10,0
9,0
8,6
8,1
7,7
4,6
Deutschland : 8,5 / Nordrhein-Westfalen : 8,2
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014


B
Angebotene Gästebetten
2012
Anzahl zu 100 Einwohnern
44,3
11,9
7,1
3,9
2,2
1,2
0,7
0,4
Deutschland : 4,4 / Nordrhein-Westfalen : 1,7
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014


C
Ehescheidungen
2012
Anzahl zu 1 000 18-jährigen und älteren Einwohnern
5,0
3,1
2,9
2,6
2,4
2,2
0,9
Deutschland (2013) : 2,7 / Nordrhein-Westfalen : 3,0
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Ehescheidungen
2012
Anzahl zu 1 000 18-jährigen
und älteren Einwohnern
4,5
3,4
3,1
2,9
2,8
2,7
2,1
Anzahl der Ehescheidungen
2480 Köln
1422 Düsseldorf
952 Wuppertal
706 Soest
413 Hamm
261 Remscheid
0 25 50 75 100 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
©Philippe Waniez - 2014

Karten 9

Die Scheidungen

Genau wie die Hochzeiten, ist die Bereitschaft der Bevölkerung eines Landes, einer Region etc. für die Demografen interessant. Die Scheidungsrate ist das Verhältnis der Zahl der Scheidungen im Laufe eines Jahres zur durchschnittlichen Gesamtbevölkerung innerhalb des Jahres. In der Europäischen Union lag die durchschnittliche Rate im Jahr 2010 bei 2 Scheidungen je 1000 Einwohner. In Deutschland lag die Quote bei 2,3, ein höherer Wert als der von Frankreich, 2.1. Irland und Italien, stark katholische Länder, haben eine niedrigere Scheidungsrate als 1 je 1 000 Einwohner (0,7 und 0,9). Bulgarien, Polen und Rumänien liegen zwischen 1,5 und 1,6. Leider bietet Eurostat solche Werte nicht auf regionaler Ebene, und damit ist eine Kartografie nicht möglich.

Halten wir also einfach fest, dass der Wert von Deutschland höher als der europäische Durchschnitt ist, jedoch weniger hoch als der in Belgien (2,6), der Schweiz (2,8) oder Tschechien (2,9). Selbstverständlich ist der Unterschied dieser Werte teilweise durch die Leichtigkeit, mit der die Bürger der verschiedenen europäischen Ländern die Ehe beenden können (in Frankreich erklärt die Existenz des PACS und die damit verbundene Einfachheit einer Trennung zum Teil den relativ niedrigen Wert in diesem Land).

Wie für den Wert der Eheschließungen ist die Wahl der Gesamtbevölkerung als Divisor für die Berechnung der Rate der Scheidung nicht sehr relevant: Man wird niemals sehen, dass Kinder oder unverheiratete Personen sich scheiden lassen! Für Deutschland hätte das Ideal darin bestanden, die Scheidungszahl mit der Zahl der verheirateten Paare in Beziehung zu bringen; aber durch die Reform der neuen Bundesländer verfügt man noch nicht über diese beiden Zahlen gleichzeitig. In Ermangelung eines Besseren hat man hier die Scheidungszahl mit der Gesamtbevölkerung im Alter von 18 oder mehr Jahren in Beziehung gebracht. Die so berechnete durchschnittliche Scheidungsrate in Deutschland im Jahr 2012 belief sich auf 2,66 Scheidungen je 1000 Einwohner. Diese Zahl variiert zwischen 2,03 in Sachsen und 3,05 in Schleswig-Holstein. Vier der fünf neuen Bundesländer (außer Berlin) stellen die schwächsten Werte dar. NRW nimmt den zweiten Platz ein, mit 2,97 Scheidungen auf 1 000 Einwohner.

Die Karte des Scheidungswertes von Deutschland im Jahr 2012 weist eine ganz andere Form aus, als die der Eheschließungen. (**Karte 9C**). Das ist nicht erstaunlich, weil es sicher selten ist, dass ein Scheidungsurteil von einem Fest in einer Touristenregion begleitet wird! Man kann also davon ausgehen, daß diese Karte tatsächlich die Bereitschaft zur Scheidung der Ehepaare innerhalb der Kreise und kreisfreien Städte darstellt.

An dieser Stelle entstehen mehrere Widersprüche. An erster Stelle zeigen die neuen Länder aufs neue ihre Eigenart: Die Scheidungssätze liegen im Allgemeinen unter dem nationalen Durchschnitt; aber in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sind die Werte niedriger als in Brandenburg oder Berlin. Häufig sind es die Städte, die höhere Sätze ausweisen, als die umliegenden Landkreise: Gera, Halle, Schwerin, Rostock; aber in Dresden, Magdeburg, Jena oder Cottbus beobachtet man solche Unterschiede nicht.

Der zweite Gegensatz betrifft die alten Bundesländer. Es gibt insgesamt einen Unterschied im Scheidungsniveau zwischen der südlichen Hälfte und der Nordhälfte. Bayern und

Baden-Württemberg befinden sich ebenfalls deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Zweifellos muß man in diesem Tatbestand die Haltung der katholischen Kirche sehen, die bekanntermaßen fest in diesen zwei Ländern verankert ist. Im allgemeinen sind die Städte wenig betroffen: München, Regensburg, Bayreuth, Bamberg... in Bayern, Stuttgart, Freiburg im Breisgau, Tübingen, Heidelberg… in Baden-Württemberg zeigen Scheidungssätze in der Größenordnung von 2 auf 1 000 Einwohner, die mit den der neuen Länder vergleichbar sind. Auf der anderen Seite merkt man, dass die Landkreise einschließlich deren Städte systematisch deutlich höhere Scheidungsraten anzeigen. Muß man in diesem Tatbestand eine „Vorort"-Wirkung mit einer unbeständigen Bevölkerungen für den Familienplan sehen?

Die nördliche Hälfte der alten Bundesländer zeichnet sich durch hohe Scheidungsraten aus: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Niedersachsen, Schleswig-Holstein haben alle Werte, die höher als der nationale Durchschnitt sind. Einige Nuancen sind hervorzuheben: der Südwesten des katholischen Niedersachsens (Wechta, Cloppenburg, Emsland) sowie Bremen, Hamburg und das Ostholstein sind weniger betroffen. In den anderen Gegenden dieser Nordhälfte erklärt sich die Kraft der Scheidungen wahrscheinlich teilweise aus dem Mangel an religiösen Beziehungen. Die Proportion der „konfessionslosen" Personen ist dort verhältnismäßig hoch. Auch gibt es in diesen Gebieten eine hohe Anzahl an evangelischen Kirchenmitgliedern. Der evangelische Glaube ermutigt zwar nicht zur Scheidung, lässt aber zu, dass eine Scheidung besser sein kann, als ein Eheleben fortzuführen, das sehr schwer geworden ist. Außerdem ist die Wiederverheiratung von Geschiedenen nicht unmöglich.

In NRW ist die geografische Verteilung der Scheidungswerte ebenso kontrastiert, wie die von Deutschland (**Karte 9D**). Das Münsterland und das Sauerland haben Werte, die unter dem Durchschnitt des Landes liegen (3.0 pro 1 000 Einwohner); die meisten betroffenen Kreise und kreisfreien Städte sind katholisch und man versteht, dass hier die Religion ein Hindernis für die Scheidung ist. Auf der anderen Seite ist im Ruhrgebiet der Katholizismus relativ gering und trotzdem ist die Scheidungsrate auch niedrig. Was eine Erklärung ist, erklärt hier nichts!

Im südöstlichen Viertel von NRW liegen die Scheidungen manchmal weit über dem Durchschnitt, wie im Oberbergischen Kreis (3,7 Scheidungen pro 1.000 Einwohner), Euskirchen (3,4) Heinsberg (3.5). Einige große Städte haben auch sehr hohe Werte, wie Bonn (4.0) und Leverkusen (4.6). In den größeren Städten registriert man Werte, die nahe aber noch unter dem Durchschnitt sind: 2,9 in Köln, Düsseldorf und Aachen, 2,8 in Münster, Bielefeld und Hamm. Im Allgemeinen stellt sich die Karte von Scheidungen in NRW nicht sehr einheitlich dar. Nicht mal die katholischen Regionen sind gleich. Wenn auch das Münsterland und das Sauerland noch mit der Lehre der Kirche in Bezug auf die Ehe übereinstimmen, ergeben sich im Westen des Landes, ebenfalls überwiegend katholisch, doch höhere Scheidungsraten. Hier, wie auch anderswo erklärt die Stärke der Religion nur ein Teil des Phänomens.

5. Die Sterblichkeit

Die Auswertung der Sterblichkeitsrate befasst sich mit der Gesundheit der betroffenen Bevölkerung. Es ist natürlich ein Paradox die Gesundheit der Lebenden erfahren zu wollen, in dem man sich für die Toten interesseriert. Aber die Erstellung von Sterbestatistiken hat eine alte Historie in vielen Ländern und die Dokumentation ist ergiebig. Die Krankengeschichte des Nordens und des Südens zeigt eine Vielzahl von nicht in erster Linie medizinischen Faktoren, um die Steblichkeitsraten zu erklären. Bei diesen Faktoren werden einige häufig erwähnt, wie eine verbesserte Ernährung, Entsorgung von Abwasser, Wohnqualität, Fortschritte in der Hygiene, Bildung, usw.

Studien in den OECD-Ländern zeigen, dass medizinische Fortschritte die Verbesserung der Gesundheit in der Bevölkerung nicht so entscheidend beeinflusst wie man denken könnte. Die Faktoren im Zusammenhang mit Lebensstil und Lebensumfeld beeinflussen die Sterblichkeit im Wesentlichen. Übermäßiger Alkoholkonsum, gefährliches Fahren, Rauchen, ungesunde Ernährung, Sexualverhalten, sind lauter Faktoren, die zu höherer Sterblichkeit führen wie in vielen Teilen Europas beobachtet.

Unter den verschiedenen Aspekten der Umwelt weiß man, dass die Verschmutzung jetzt eine tägliche Sorge der Gesundheitsbehörden darstellt: die Verschmutzung unterirdischer Gewässer durch den Gebrauch von Schädlingsbekämpfungsmittel, Düngemitteln, Jauchegruben u.s.w.; Luftverschmutzungen verursacht durch Industrien und den Straßenverkehr. Insbesondere Kinder und ältere Personen sind gegen diese Faktoren besonders empfindlich. Sie reagieren mit Asthma und Bronchitis. Lärmbelästigungen, die durch beruflichen Lärm, durch den Verkehr, durch Musikgeräte/Walkmen verursacht sind, beeinträchtigen ebenfalls den Gesundheitszustand.

Die Unterschiede in der Sterblichkeit können auch durch eine Reihe von sozialen Faktoren erklärt werden. Dies ist beispielsweise die Qualität der sozialen Integration einer Person in ein familiäres Umfeld, im sozialen Netz und Freundeskreis, an einem sicheren und befriedigenden Arbeitsplatz. Die sozialen Determinanten im engeren Sinne (die soziale Schicht, Einkommen, Bildung) bleiben bis heute entscheidend für die Sterblichkeitsrate. Die Ungleichheit der sozialen Gruppen drückt sich auch durch die Ungleichheit der Risikofaktoren aus, denen sie ausgesetzt sind. Epidemiologische Studien zeigen, dass die Anhäufung von Risikofaktoren ein Multiplikator ist und nicht nur additive Wirkung hat (Alkohol und Unfälle im Straßenverkehr, zum Beispiel).

Gesamtsterblichkeit

Gesamtsterblichkeit ist die Zahl der Todesfälle aller Todesursachen zusammengenommen über einen bestimmten Zeitraum. Jede lebende Person ist eine Person in Todesgefahr, man muss also ein besonderes Augenmerk auf die Stabilität und Gleichmäßigkeit des Risikos richten. Beispielsweise ist es nicht angebracht, eine jährliche Sterblichkeitsrate einer Bevölkerung zu messen, die während des Berichtsjahres viele Opfer durch ein Erdbeben hatte!

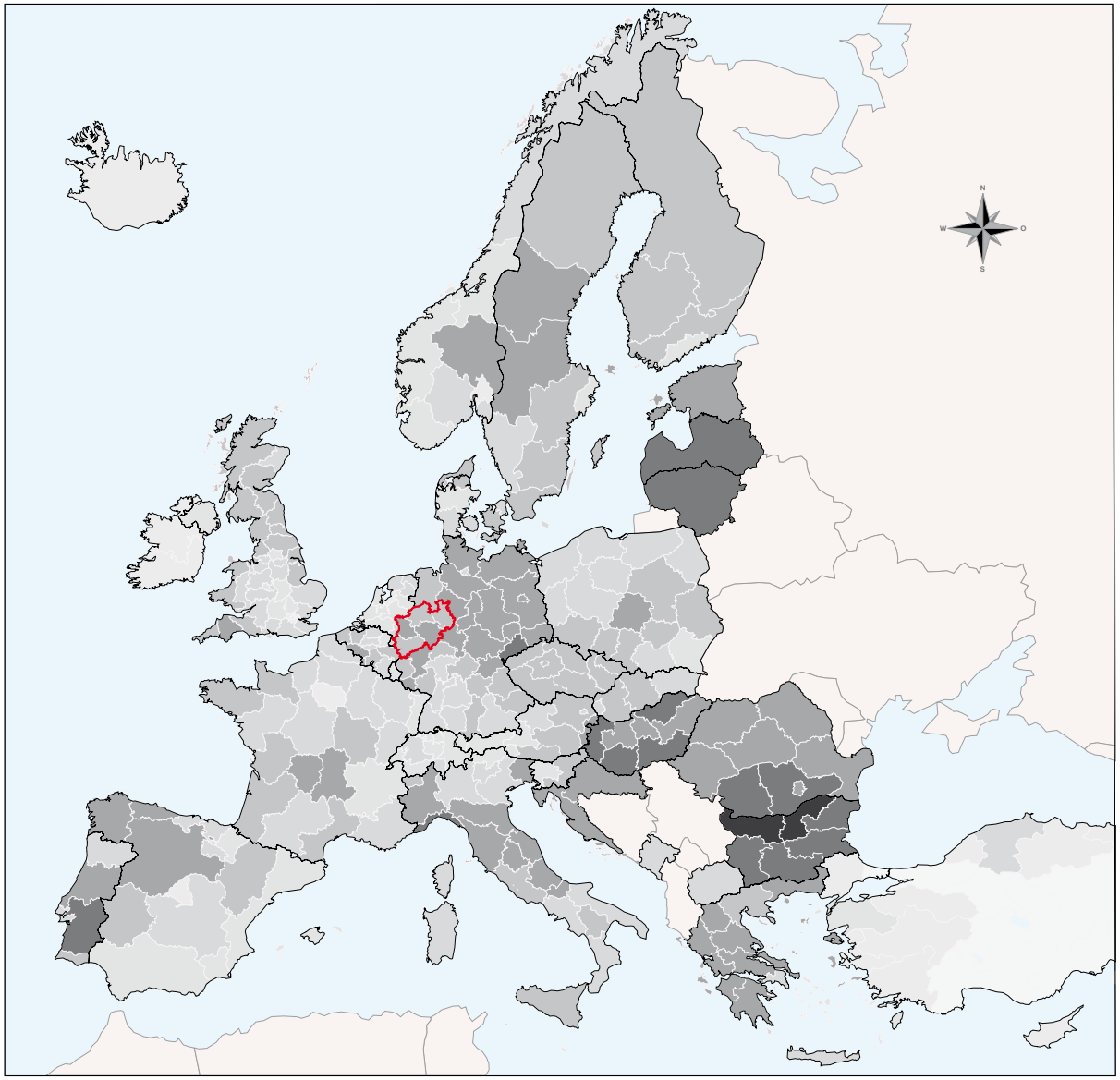
Wenn die Sterblichkeit global schwach erscheint und wenn sich in der Bevölkerung zahlreiche Tode ereignen, kann man eine Brutto-Sterbeziffer errechnen (rohe Sterblichkeitsrate). Diese Werte sind so genannte rohe Raten, weil sie keine bestimmten Risikofaktorer des Todes (Krankheit, Unfall) be-

rücksichtigen. Sie errechnen sich aus dem Verhältnis aus der Zahl der Todesfälle in der Periode auf die Größe der Bevölkerung mit Todesfallrisiko während des gleichen Zeitraums. Meistens wird die Gesamtsterblichkeit auf 1.000 Personen gemessen.

Im Jahr 2012 belegt Irland den ersten Platz der rohen Sterblichkeitsrate in der europäischen Rangliste mit der niedrigsten Rate von 6,3 Todesfällen pro 1.000 Einwohnern. Der schlechtesten Wert erreicht Bulgarien mit 14,87, d.h. ein Verhältnis von 2,4 zu den Extremwerten. Frankreich erreicht die 7. Position (8,72) und Deutschland nur die 21ste.

In den europäischen Regionen variiert die rohe Sterberate zwischen 4,1 und 19,6 Todesfällen pro 1 000 Einwohner, d.h. in einem Verhältnis von 1 bis 4,8. Dieser Wert enthüllt die Existenz akzentuierter regionaler Kontraste deutlicher als der Wert (2,4) von den Ländern. In den Regionen der Türkei sind die Werte am niedrigsten, während die höchsten Raten in verschiedenen Teilen von Skandinavien bis zu den baltischen Staaten, Ungarn im Süden von Rumänien, in Bulgarien und Griechenland (**Karte 10**). Portugal und Nordwestspanien zeigen Raten von über 11, ebenso wie Auvergne und Limousin Frankreich. Von Piemonte bis zu den Abruzzen in Italien sind die Werte auf dem gleichen Niveau. Im Allgemeinen erscheinen die Regionen von Frankreich, von England und von Polen in einer besseren Situation: 6,1 für die Region Île de France (Paris), 6,6 für Outer London. Die beste rohe Sterbeziffer von Deutschland betreffen Oberbayern (8,9) und insgesamt Baden-Württemberg (9,1 für den Regierungsbezirk von Stuttgart). Die ganze Nördliche Hälfte von Deutschland liegt jenseits von 10. In den alten Ländern betreffen die höchsten Raten das Saarland, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit Werten, die oft über 11 liegen. Im östlichen Deutschland, erreicht man ziemlich hohe Raten, wie Sachsen-Anhalt mit 13,2 oder der Regierungsbezirk Chemnitz, der die höchste Rate im Land aufzeigt, nämlich 13,6 Todesfälle pro 1 000 Einwohner.

In welchem Zusammenhang stehen also diese regionalen Unterschiede? Man weiß, dass die Streuung der rohen Sterblichkeitsrate in den entwickelten Ländern viel mehr mit dem Alter der Bevölkerung als mit den Unterschieden des Sterberisikos im gleichen Alter zusammenhängt. Das ist der Grund, weshalb die Karten der rohen Sterblichkeitsrate den Gegensatz zwischen jungen und alten Regionen Europas wiederholen. Man kann leicht verstehen, dass innerhalb eines Landes mit einer jungen und einer alten Region zweifellos verschiedene rohe Sterberaten präsentiert werden, da die Alten eher als junge Menschen sterben! Um die Wirkung des Alters auf die Struktur der Sterblichkeitsebene zu neutralisieren, wird ein sogenannter vergleichender Wert oder auch standardisierter Wert zur Berechnung bevorzugt. Dieser Vorgang trägt den Namen „Standardisierung der Sterbeziffern nach dem Alter“. Hier hat man die direkte Standardisierung herangezogen, die erlaubt, die Sätze zu berechnen, die man erwarten würde, wenn die untersuchte Bevölkerung dieselbe Zusammenstellung des Alters hätte.



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Rohe Sterblichkeitsrate 2012

Anzahl zu 1 000 Einwohnern

19,6
16,0
12,8
11,1
9,9
8,7
7,3
5,6
4,1

Fehlende Information

Andere Staaten

Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

©Philippe Waniez - 2014

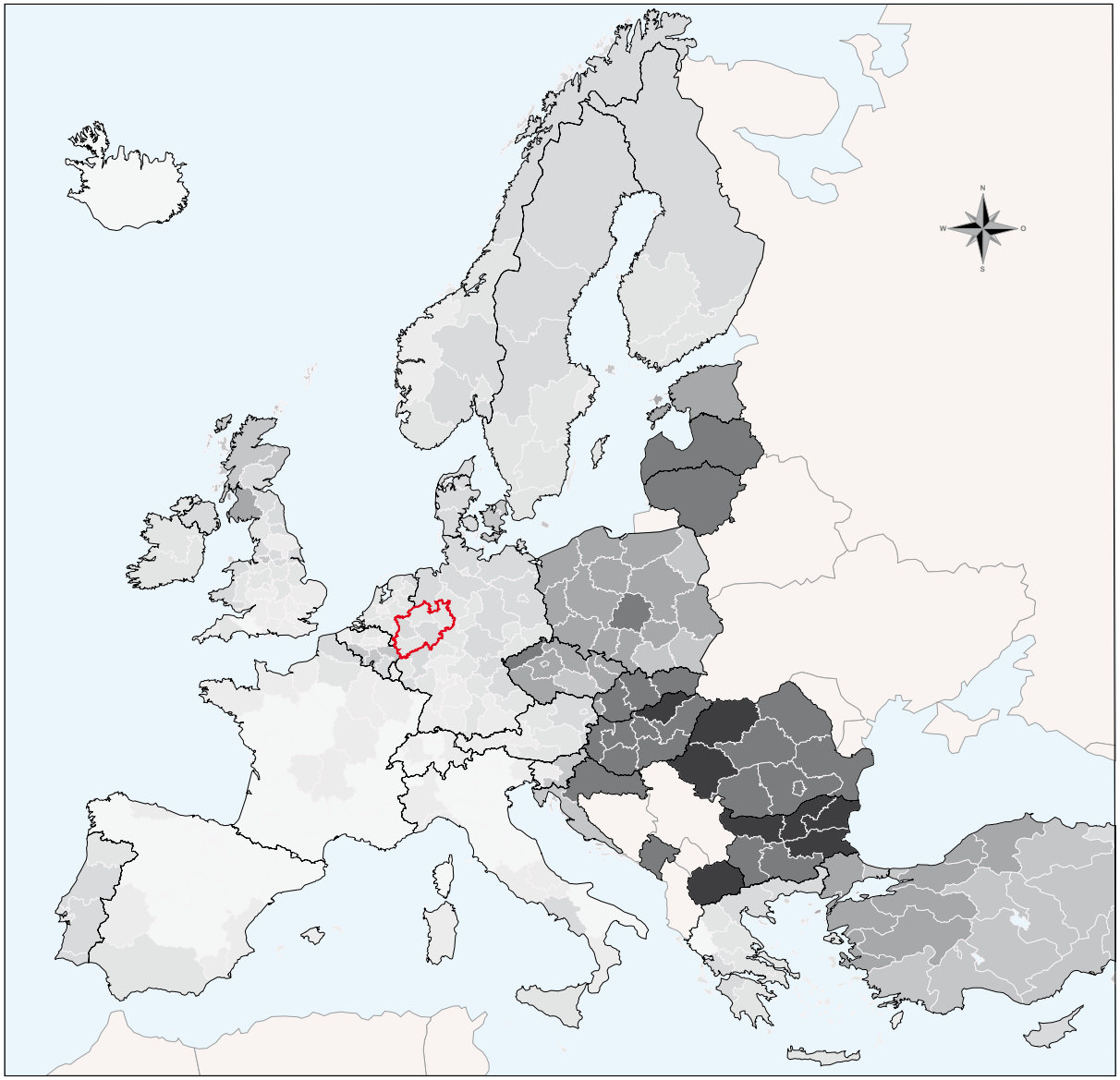
Karte 10

Die Rangliste der EU-Länder nach den standardisierten Sätzen führt zu einer Verbesserung der Klassifizierung vieler Länder in Westeuropa. Die Verbesserung des Rangs für Deutschland ist bemerkenswert, die sich um 11 Plätze verschiebt! Unter Berücksichtigung der Altersstruktur verbessert sich der Rang für Schweden und Griechenland um 9 Plätze sowie um 6 Plätze für Frankreich. Jedoch bilden sich einige von den östlichen Ländern drastisch zurück: die Slowakei verliert 10 Plätze, Slowenien 8; Bulgarien bereits mit dem höchsten Bruttosterbeziffer auf dem letzten Rang, bleibt auf dem 28. Platz. Aber im Westen gibt es Verschlechterungen, weil auch Dänemark und Irland zurückfallen.

Die Karte der standardisierten Sterblichkeitsrate (**Karte 11**) auf dem regionalen Niveau bestätigt diese bedeutenden Unterschiede mit der Karte der rohen Sätze. Die vorher beschriebenen Gegensätze scheinen noch radikaler. Im Osten erscheint Europa mit sehr hohen Sätzen, vom Baltikum bis Bulgarien und sogar in einem geringeren Maß die Türkei; im Westen gibt es verhältnismäßig schwache Sätze, auch wenn Portugal oder Schottland diese sehr vorteilhafte Tabelle ein wenig abschwächen. In Deutschland bleiben Schattierungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Landesweit ergibt sich insgesamt die niedrige Sterblichkeitsrate des Westens. Solche Unterschiede zwischen den Ländern östlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs und den Ländern im Westen sind zweifellos auf die schwierigen Lebensbedingungen in der Vergangenheit (entgegen der heutigen Todesursachen), aber auch auf den Mangel der derzeitigen Gesundheitsbedingungen in den beiden ehemaligen Gebieten zurückzuführen. In diesem Sinne scheint es den neuen Bundesländern wesentlich besser zu gehen als den polnischen Regionen zum Beispiel. Man kann das Ergebnis der strukturellen Investitionen, weitgehend unterstützt durch die Bewohner der alten Länder, in diesen neuen Bundesländern sehen.

Die Studie der Sterblichkeit in Deutschland stützt sich auf die Karten der rohen Sterbeziffern und standardisiert jede der beiden Geschlechter auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte. Auf diesen vier Karten findet man, in mehr oder weniger bestätigter Weise, den vorher beschriebenen doppelten Gegensatz auf den Europakarten wieder: Süddeutschland / Norddeutschland einerseits und alte Länder / neue Länder andererseits.

Die Karten der rohen Sätze unterstreichen diesen doppelten Gegensatz, jedoch auf noch klarere Art für die Männer als für die Frauen. In den neuen Bundesländern erscheint die Sterblichkeit hoch. Fast überall mehr als 12 Todesfälle je 1.000 Einwohner (**Karte 12A** und **13A**). Nur Berlin, Brandenburg und einige Großstädte wie Dresden und Jena sind davon ausgenommen. Diese starke östliche Rohmenge der Sterblichkeit endet jedoch nicht am ehemaligen Grenzübergang DDR/BRD sondern setzt sich weiter westlich nach Niedersachsen und dem Süden in Richtung Bayern fort. An anderer Stelle in den alten Bundesländern gibt es regionale Gruppen mit hoher Sterblichkeitsrate in den Kreisen an der Nordseeküste, im Ruhrgebiet, im Saarland und in den Kreisen von Rheinland-Pfalz an der Grenze zum Saarland. Im Allgemeinen sind die alten, heute rückläufigen, Gebiete von Bergbau und Schwerindustrie insgesamt durch eine starke rohe Sterblichkeitsrate gekennzeichnet. Es zeigt sich auch in Regionen, wo die alte Bevölkerung stark auf die rohe Sterbeziffern einwirkt.



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Standardisierte Sterblichkeitsrate 2012

Anzahl zu 1 000 Einwohnern

16,8
15,1
13,2
11,7
10,7
9,8
9,2
8,5
7,4
Fehlende Information
Andere Staaten

Direkte Standardisierungsmethode
Standardbevölkerung : Europa 28 Länder

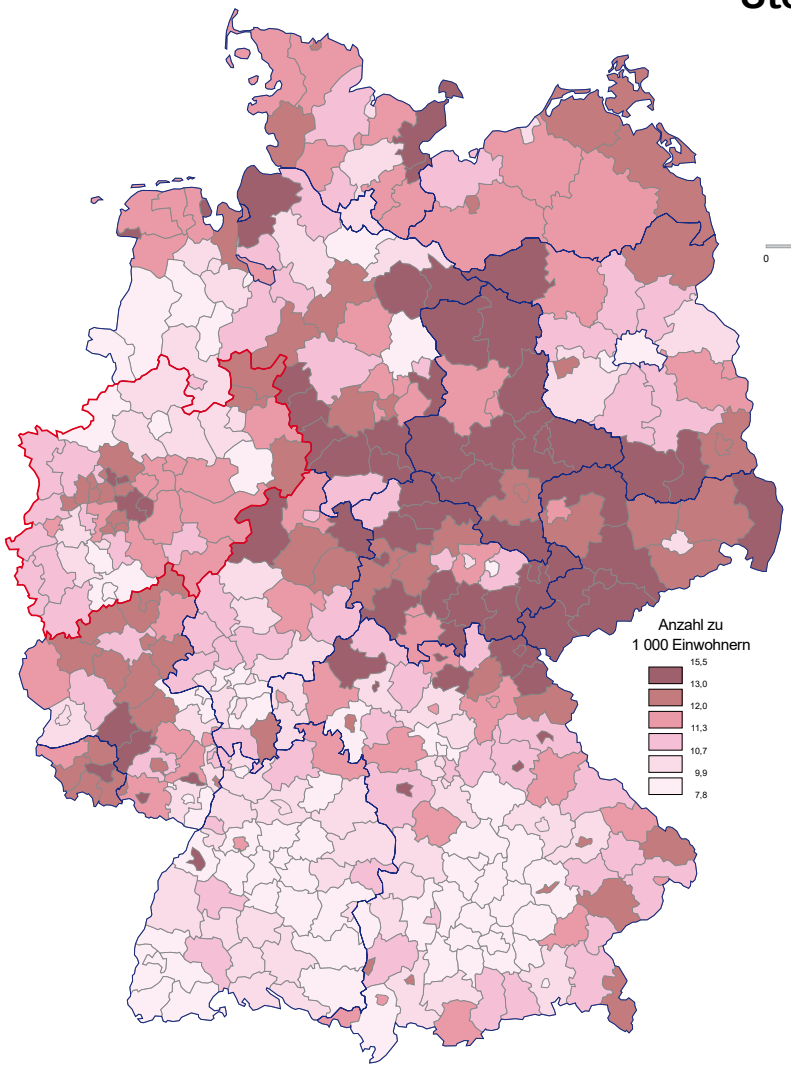
Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

©Philippe Waniez - 2014

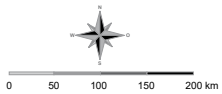
Karte 11

A Rohe Sterblichkeitsrate

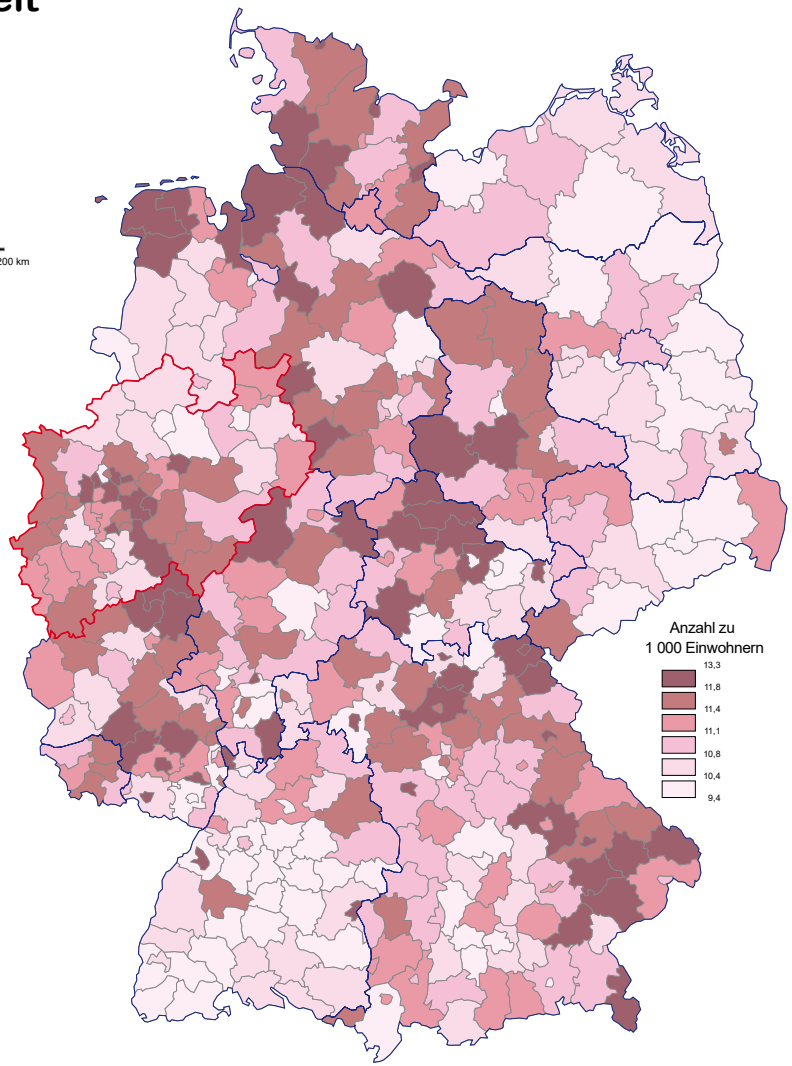
Sterblichkeit Frauen 2012



Deutschland : 11,1 / Nordrhein-Westfalen : 11,2



Standardisierte Sterblichkeitsrate **B**

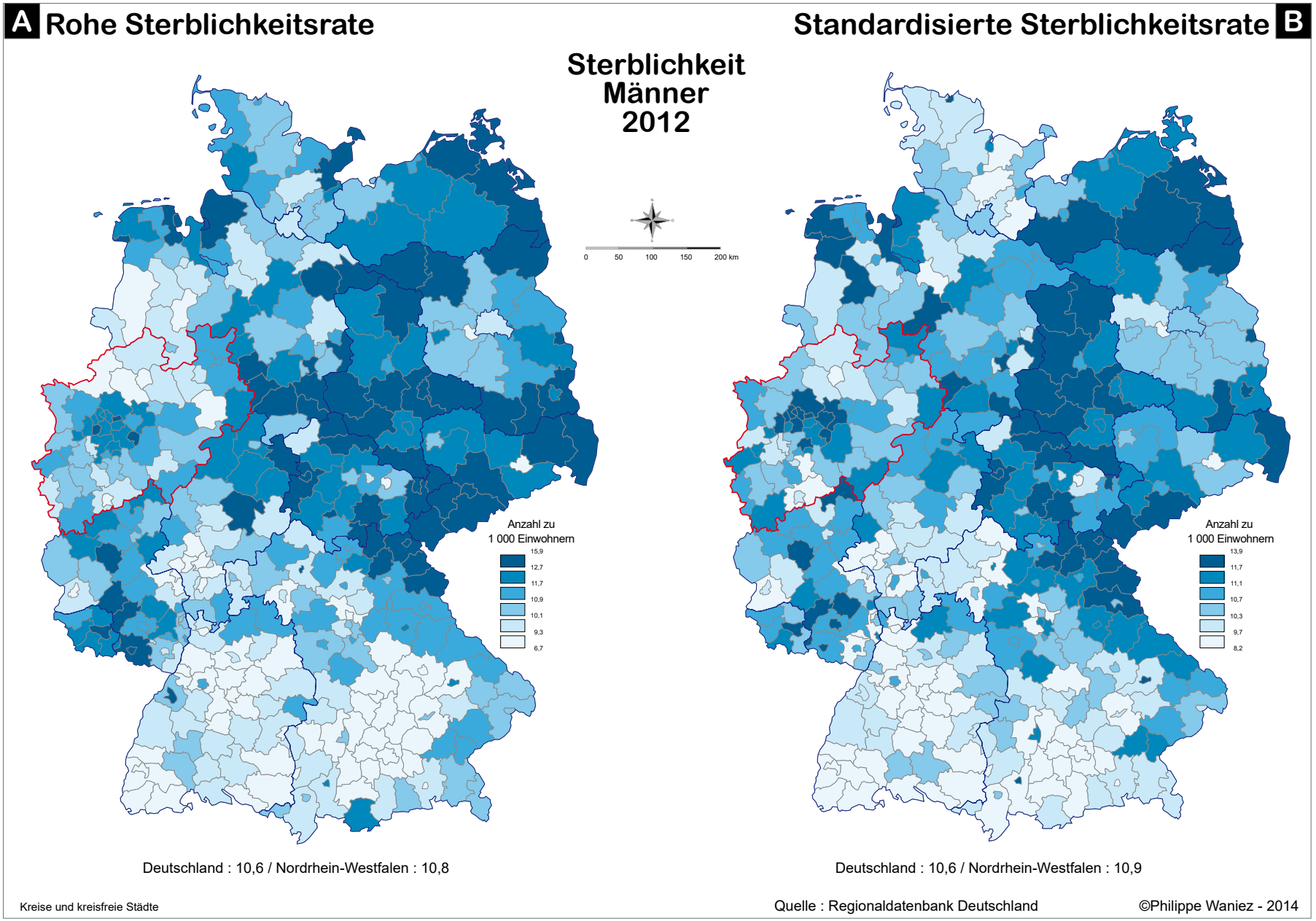


Deutschland : 11,1 / Nordrhein-Westfalen : 1,2

Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Regionaldatenbank Deutschland

©Philippe Waniez - 2014

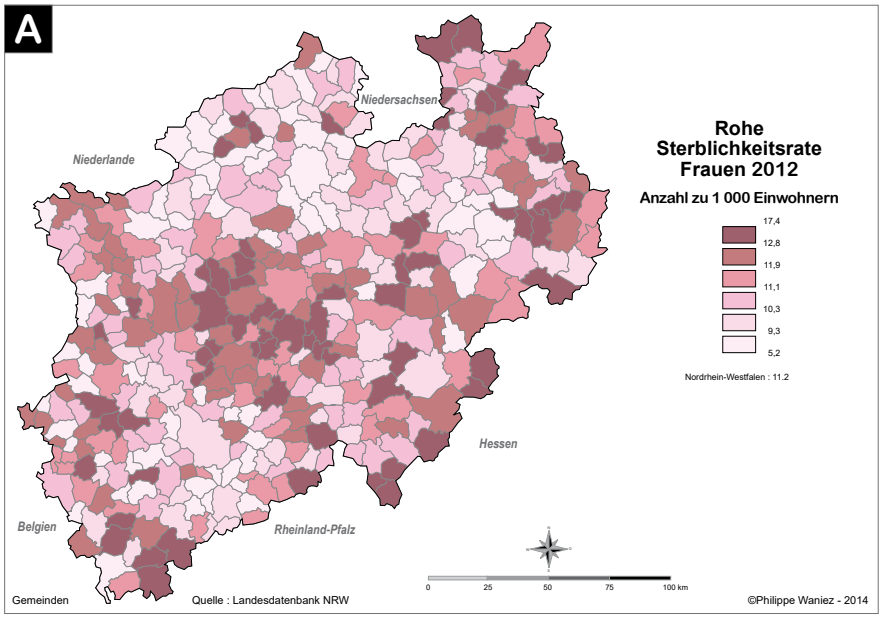

A Rohe Sterblichkeitsrate
Standardisierte Sterblichkeitsrate B
Sterblichkeit
Männer
2012
0 50 100 150 200 km
Anzahl zu
1 000 Einwohnern
15,9
12,7
11,7
10,9
10,1
9,3
6,7
Anzahl zu
1 000 Einwohnern
13,9
11,7
11,1
10,7
10,3
9,7
8,2
Deutschland : 10,6 / Nordrhein-Westfalen : 10,8
Deutschland : 10,6 / Nordrhein-Westfalen : 10,9
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014

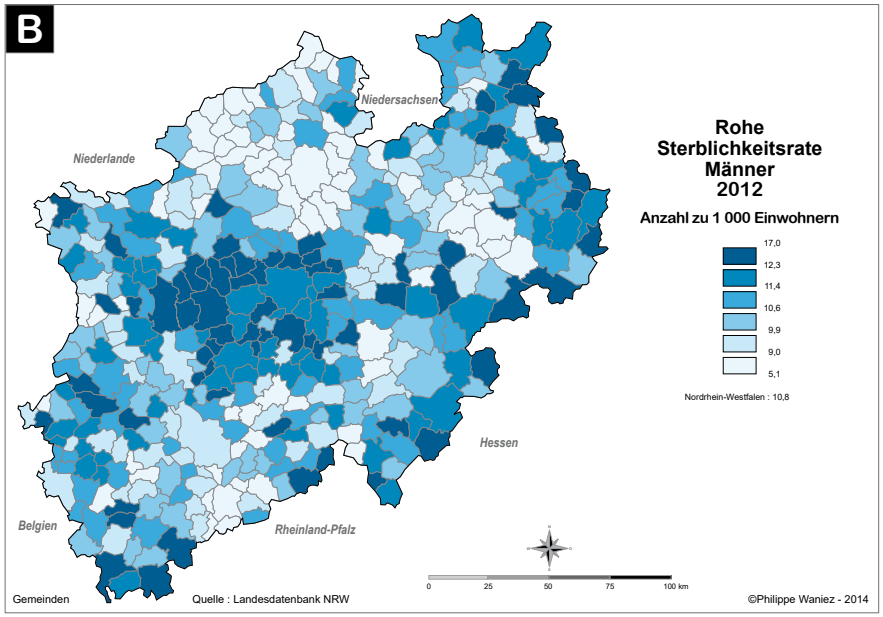
In dieser besorgniserregenden Tabelle rufen mehrere Regionen bestimmt Optimismus hervor: Zwei südliche Länder, Baden-Württemberg und Bayern werden von schwachen rohen Sätzen charakterisiert, die fast immer unter 10 Toten auf 1.000 Einwohner liegen. Dazu gehören auch 2/3 von Hessens Süden (Wiesbaden, Frankfurt), Westfalen, Berlin und Brandenburg sowie Hamburg mit den angrenzenden Kreisen. Diese Liste entspricht zum großen Teil den Regionen von Deutschland, die auf der Wirtschafts- und Sozialkarte gut dastehen. Es sind auch Regionen mit relativ jungen Bewohnern, wenn auch mit dem Trend zur Alterung.

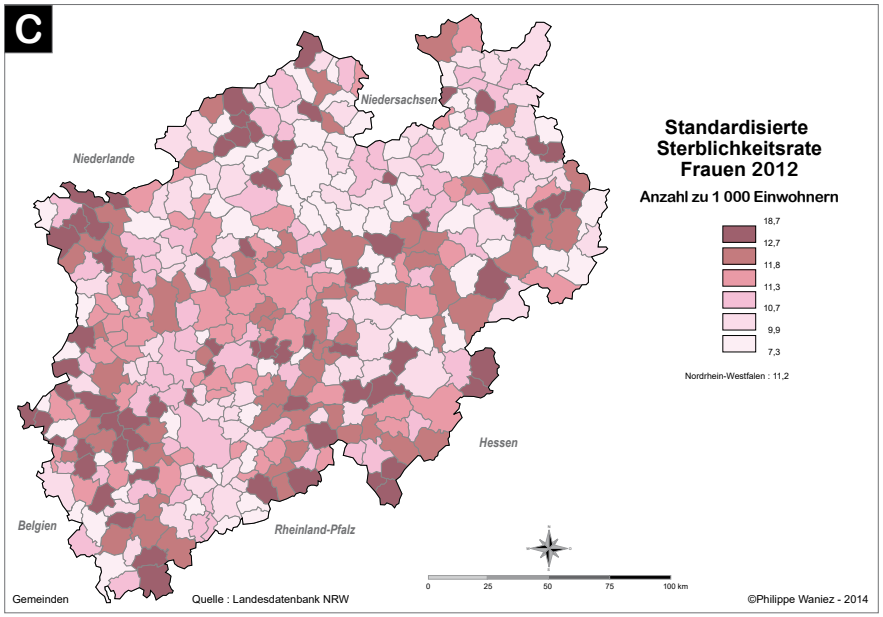
Die Analyse der Karte über die Bruttosterbesätze führt dazu, die Bedeutung des Alters der Bevölkerung zu betonen, und dies für beide Geschlechter. Die Standardisierung der Altersätze ist angebracht, um die Todesrisiken in den Strukturen identischen Alters zu präzisieren. Die standardisierten weiblichen Sätze kommen in einer Karte zum Ausdruck, in der die Räume hoher weiblicher Sterblichkeit auseinander gehen (**Karte 12B**): Es ist schwierig, eine bestimmte Ordnung hervorzuheben; sogar der Ost/West-Gegensatz verblasst aufgrund kaum verständlicher lokaler Unterschiede. Bayern zeigt eine schlechtere Position, während Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sich besser platzieren. Auf der Karte der standardisierten Werte der Männer (**Karte 13B**) gibt es stattdessen die Beibehaltung der am stärksten betroffenen Regionen und eine Erhöhung der Sterberaten vor allem im Norden und Osten von Bayern.

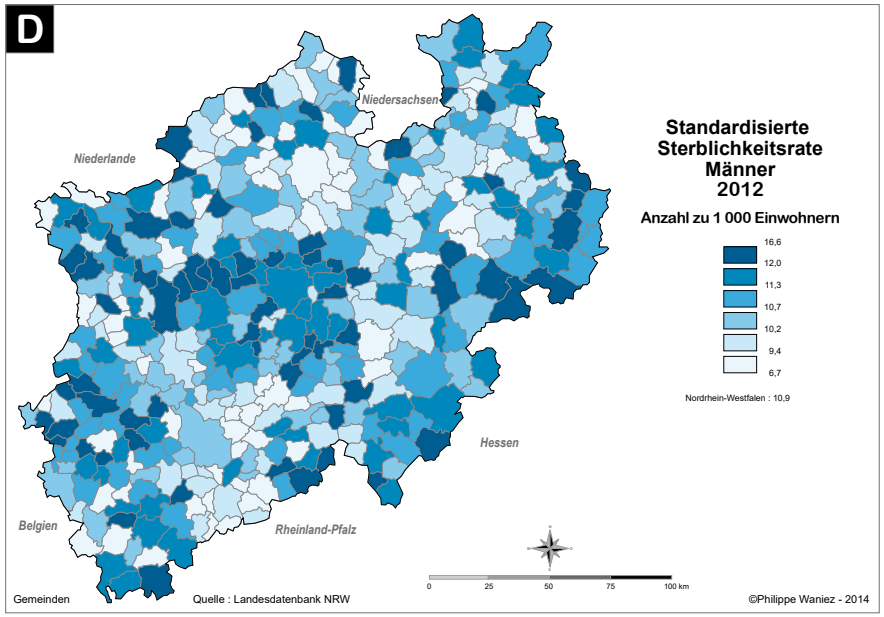
Wenn die Karten der standardisierten Sterberaten erhebliche Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern anzeigen, ist es, weil die Risikofaktoren zu sterben verschieden sind und sich unterschiedlich auswirken. In den ehemaligen Industriegebieten waren die Quellen der Gesundheitsgefährdung direkt mit der Arbeit in den Bergwerken, den Stahlwerken oder Chemiewerken verbunden und sicher waren es die Männer, die besonders davon betroffen waren; auch wenn die allgemeine Verschmutzung sicher alle belasteten! Obwohl diese direkten Ursachen mittlerweile verschwunden sind, kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass später auftretende gesundheitliche Beschwerden in Zusammenhang mit diesen Arbeitsbedingungen stehen. Aber eine solche Erklärung ist nicht ausreichend, um die heutige Sterblichkeit zu erklären. Man muss auch andere Faktoren heranziehen, wie z.B. schlechte Ernährungsgewohnheiten, Sucht, Depression. Man weiß, dass der Alkoholismus viel stärker Männer als Frauen betrifft (4). Insbesondere von Männern wird oft eine gewisse Trinkfestigkeit als Beweis von Männlichkeit und Belastbarkeit erwartet (5). In den weniger dynamischen Regionen betrifft dieses Übel besonders die ärmsten Bevölkerungsschichten auf wirtschaftlicher und kultureller Weise.

In NRW betrifft die hohe Sterblichkeit vor allem das industrielle Herz des Landes, das Ruhrgebiet, dem man die Drei Bergischen und einige angrenzende Kommunen anfügen muss. Hier gibt es oft mehr als 11,5 Todesfälle pro 1.000 Einwohner, manchmal sogar mehr als 13, das ist noch mehr als der Landesdurchschnitt (11.2). Diese starke Konzentration hoher roher Sätze wird sowohl für die Männner als auch für die Frauen bestätigt (**Karte 14A** und **14B**). Aber es ist nicht der einzige Raum mit hoher Sterblichkeitsrate. Tatsächlich hat der Osten von NRW, vor allem der Teutoburger Wald und ein Teil des Sauerlands auch schlechte Bruttowerte. Die geografische Gestaltung ist aber weniger massiv, die Gemeinden mit hoher Sterblichkeitsrate sind im Wechsel mit denen einer durchschnittlichen Sterberate. Ein Phänomen in gleicher Art kann man im Südwesen sehen, vom Niederrhein bis zur Eifel.


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Rohe Sterblichkeitsrate Frauen 2012
Anzahl zu 1 000 Einwohnern
17,4
12,8
11,9
11,1
10,3
9,3
5,2
Nordrhein-Westfalen : 11.2
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Rohe Sterblichkeitsrate Männer 2012
Anzahl zu 1 000 Einwohnern
17,0
12,3
11,4
10,6
9,9
9,0
5,1
Nordrhein-Westfalen : 10,8
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Standardisierte Sterblichkeitsrate Frauen 2012
Anzahl zu 1 000 Einwohnern
18,7
12,7
11,8
11,3
10,7
9,9
7,3
Nordrhein-Westfalen : 11,2
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Standardisierte Sterblichkeitsrate Männer 2012
Anzahl zu 1 000 Einwohnern
16,6
12,0
11,3
10,7
10,2
9,4
6,7
Nordrhein-Westfalen : 10,9
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karten 14

Angesichts dieser Regionen mit hoher Sterblichkeit beobachtet man zwei Teilmengen, deren Sterberate unter dem Landesdurchschnitt liegen. Dies ist zum einen die Rheinachsemit Bonn, Köln und Düsseldorf und ihren Nachbargemeinden und zum anderen ein Großteil von Westfalen bis zur westlichen Grenze des Teutoburger Waldes. Es handelt sich also einerseits um eine Achse starker Urbanisierung und andererseits um einen umfassenden ländlichen Raum, der dennoch einige Großstädte einschließt (Münster, Bielefeld…).

Die beiden Karten der standardisierten Werte (Karte 14C und 14D) stellen die Karten der unbearbeiteten Werte nicht in Frage, aber sie bringen einige Nuancen. Im Allgemeinen variieren nun die zuvor beschriebenen homogenen Unterregionen: der Teutoburger Wald scheint weniger berührt zu sein; die Homogenität von Westfalen ist weniger eindeutig. Die Sterblichkeitsraten verstärken sich in den Kommunen des Südwestens. In der Regel liegen die Städte unter den Durchschnittswerten des Landes, wie in Aachen, Bonn, Köln, Düsseldorf, Münster, Bielefeld, Paderborn, Detmold ... Ihre wirtschaftliche Dynamik und sozio-kulturelle Ebene sind wahrscheinlich günstige Faktoren. Im Gegensatz dazu, bleiben auch die umliegenden Großstädte im Ruhrgebiet in einem schlechten Zustand; die verschlechterten Lebensbedingungen gehen zu Lasten einer geschwächten Bevölkerung.

Die vorzeitige Sterblichkeit

Wer hat nicht schon mal im Zusammenhang mit einer verstorbenen Person gesagt: „Sie starb mit 45 Jahren, das ist viel zu jung um zu sterben“! Die Bezeichnung der vorzeitigen Sterblichkeit kommt aus der Vorstellung, dass es nicht normal wäre vor einem bestimmten Alter zu sterben. Anders ausgedrückt, es wäre ein annehmbares Schicksal, wenn der Tod nach einem bestimmten Alter eintrete. Für die Europaländer soll der Tod vor 65 Jahren von den Demografen als vorzeitig betrachtet werden.

Im Jahr 2012 sind in Europa 913.968 Menschen unter 65 Jahren gestorben, das sind 18,3% aller Todesfälle. In Deutschland gab es im selben Jahr 137.074 Todesfälle in einem Alter unter 65, 15,8% der Todesfälle. Die Proportion ist zwischen den Geschlechter sehr verschieden. Die vorzeitig verstorbenen Deutschen sind häufiger Männer (21,4%) als Frauen (10,5%), mit einem Verhältnis von eins zu zwei. Im Allgemeinen sind die Ursachen der vorzeitigen Todesfälle bei Männern Krebs der Lunge, Selbstmord, Alkoholismus (alkoholische Leberzirrhose und Psychose), Tumore des oberen Magen-Darm-Traktes, Herzinfarkte und Verkehrsunfälle. Bei den Frauen, sind die häufigsten Todesursachen vor dem 65. Lebensjahr Brustkrebs, Alkoholismus, Lungenkrebs und Verkehrsunfälle. Die Todesfälle aus Gewalttaten, durch Alkoholismus und der Nikotinsucht spielen besonders eine Hauptrolle bei der vorzeitigen Sterblichkeit der Männer (6).

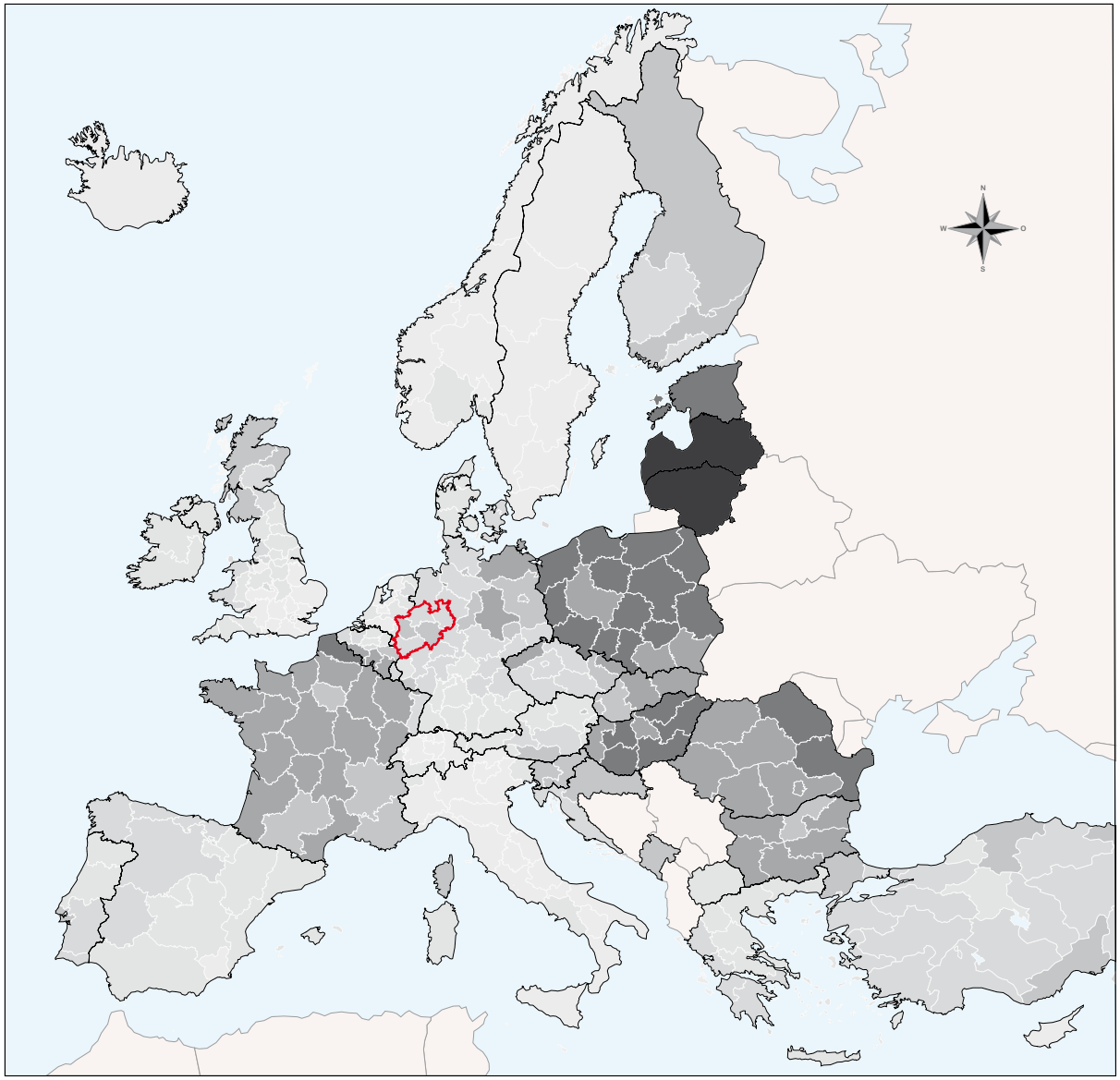
Die von den Demografen berechnten Werte des vorzeitigen Todes ergeben sich aus dem Verhältnis zwischen der Zahl der Todesfälle während eines Jahres von Personen die jünger als 65 Jahre sind, zu der Bevölkerungszahl im selben Jahr, die jünger als 65 Jahre sind. In diesem Fall wird die Altersstruktur der Bevölkerung nicht berücksichtigt, und es ist daher ein roher Wert. Man kann auch die Berechnung der vorzeitigen Sterblichkeitswerte im Vergleich zur Altersverteilung der Bevölkerung ansehen. Wenn es darum geht, den Anteil der frühzeitigen Tode in der allgemeinen Sterblichkeit anzuzeigen, zieht man es vor, den Prozentsatz zu berechnen, den die Tode der 0-64 Jährigen in der standardisierten

Sterblichkeitsrate darstellen. Das ist hier der Indikator für die Berechnung der Männer und Frauen.

Für die Regionen Europas ist der Anteil der vorzeitigen Todesfälle in altersangepassten Werten ein Schlüssel zum Verständnis der Geografie der Sterblichkeit in Europa (**Karte 15**). Vom Baltikum bis Bulgarien, stellen die vorzeitigen Todesfälle mehr als ein Viertel aller Todesfälle dar. Diese Regionen sind die mit der höchsten Sterblichkeit in Europa. Das bedeutet, dass die Gründe, die im Ursprung dieser vorzeitigen Sterblichkeit liegen, fest verankert sind. Frankreichs Fall ist einzigartig: die Gesamtsterberate ist niedrig, aber die vorzeitige Sterblichkeit bleibt hoch. Von Schweden bis Süditalien tragen die vorzeitige Todesfälle wenig zur Gesamtsterblichkeit bei, außer in der ehemaligen DDR wo der Beitrag höher ist, jedoch noch schwächer als im Nachbarland Polen.

In Deutschland variiert der Teil der vorzeitigen Sterblichkeit an der allgemeinen Sterblichkeit von 7,3% bis 25,5% für die Frauen und 18,0% bis 40,4% für die Männer. Doch der Gegensatz von Norddeutschland zu Süddeutschland für die Frauen bleibt (**Karte 16A**). Die spezifisische Gesamtheit der neuen Bundesländer gestaltet sich auf der Karte nicht. Wenn man in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg Vorpommer den Anteil der vorzeitigen Tode mit dem Wert der Sterberate vergleicht, erscheint er in der Größenordnung von 15,0% verhältnismäßig hoch. Im Allgemeinen liegt er zwischen 10,0% und 13,0% in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Für NRW ist der Bestandteil an vorzeitigen Todesfällen in Norddeutschland mit bis 16,0% auf der Rheinachse und mit 17,0% und mehr im Ruhrgebiet relativ hoch.

Für die Männer findet man ein doppeltes System an Gegensätzen wieder, und zwar zwischen Nord- und Süddeutschland und zwischen den ehemaligen und neuen Bundesländern (**Karte 16B**). Das bedeutet, die vorzeitigen Todesfälle wirken wie ein systematisch verschlimmernder Faktor bei den Sterberaten. Im östlichen Deutschland, liegt der Teil an vorzeitigen Todesfälle bei häufig mehr als 30,0%, wie im Altmarkkreis Salzwedel, der den Rekordwert von 36,6% aufweist. In NRW sind die Werte zwischen 25,0% und 32,0%. Westfalen und der Niederrhein sind relativ verschont, während sich die vorzeitigen Todesfälle in den städtischen Räumen von Rhein-Ruhr und dem Bergischem Land intensivieren, mit Höchstwerten über 30,0% in Gelsenkirchen, Herne, Dortmund, Wuppertal und Mönchengladbach.



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Vorzeitige Sterblichkeit 2012

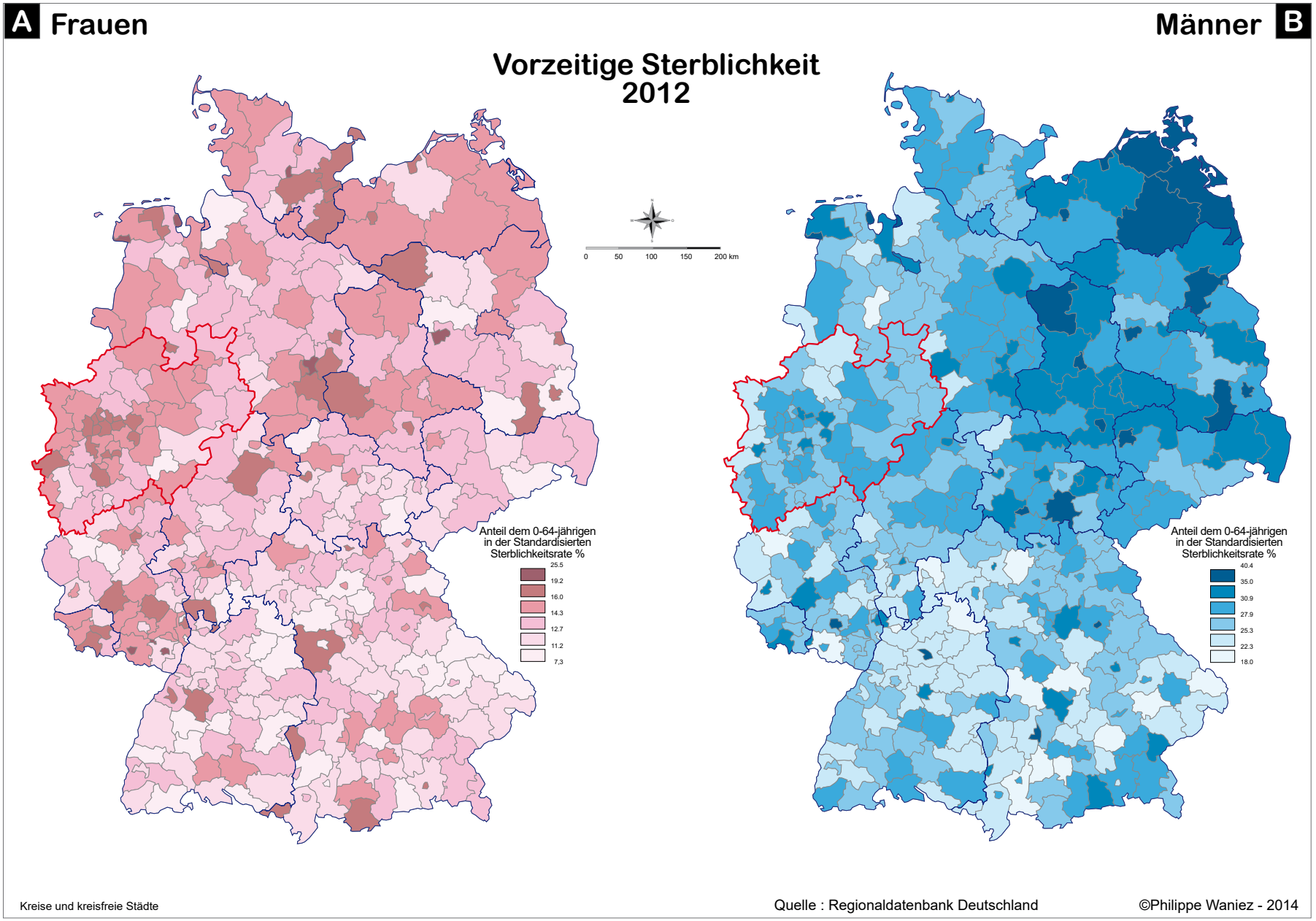
Anteil dem 0-64-jährigen in der Standardisierten Sterblichkeitsrate %

- 36,9
- 33,3
- 29,0
- 25,7
- 23,5
- 21,7
- 19,7
- 16,8
- 16,7
- Fehlende Information
- Andere Staaten

Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

©Philippe Waniez - 2014

Karte 15


A Frauen
Männer B
Vorzeitige Sterblichkeit
2012
0 50 100 150 200 km
Anteil dem 0-64-jährigen
in der Standardisierten
Sterblichkeitsrate %
25.5
19.2
16.0
14.3
12.7
11.2
7,3
Anteil dem 0-64-jährigen
in der Standardisierten
Sterblichkeitsrate %
40.4
35.0
30.9
27.9
25.3
22.3
18.0
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2014

Die Kindersterblichkeit

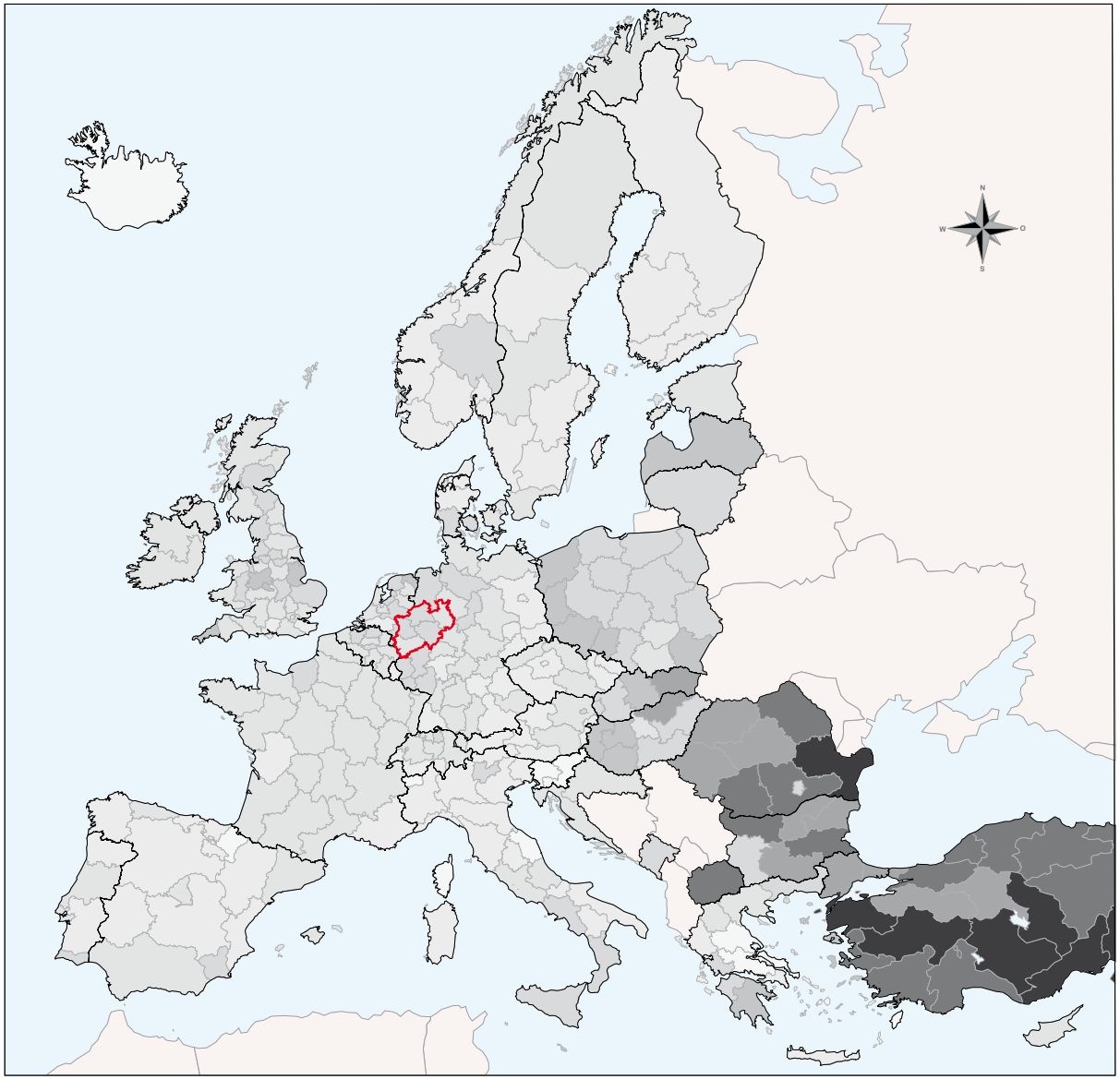
Unter all den Opfern der vorzeitigen Sterblichkeit muss der Kindersterblichkeit ein besonderer Platz eingeräumt werden. Diese Bezeichnung der Sterblichkeit bezieht sich auf Kinder, die jünger als ein Jahr sind. Um den Umfang zu bemessen, berechnet man das Verhältnis der Kinderzahl, die vor dem Alter von einem Jahr gestorben sind zu der Gesamtzahl der lebend geborenen Kinder. Dieser Wert wird im Verhältnis zu 1000 Lebendgeburten dargestellt. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Regionen weisen den Erfolg der Geburtshilfe (bei der Geburt) und der pädiatrische Pflegen (während des ersten Jahres des Lebens) aus.

Mit 3,3 Todesfälle unter einem Jahr pro 1000 Geburten im Jahr 2012 liegt Deutschland auf dem 12. Platz von den 28 Ländern der EU. Frankreich belegt den 16. Platz (3,5). Die Kindersterblichkeit ist weiterhin in einigen Ländern in Osteuropa hoch: Polen (4,6), Ungarn (4,9), die Slowakei (5,8), Lettland (6,3), Bulgarien (7,8), Rumänien (9.0). In den Regionen Westeuropas erscheint die Säuglingssterblichkeit sehr gleichmäßig (**Karte 17**), wobei jedoch einige lokale Unterschiede erkennbar sind. In den osteuropäischen Ländern jedoch ergeben sich erhebliche Gegensätze. Die Differenzen sind empfindlich. Zum einen gekennzeichnet durch einen Mittelwert in Polen und Ungarn 6 und 8 Todesfällen pro 1000 Geburten und zum anderen von einer Säuglingssteblichkeit in Rumänien und Bulgarien, die häufig zwischen 8 und 10 Todesfällen liegt. In der Türkei liegen die Werte fast immer über 10. Die Säuglingssterblichkeit spielt in einem großen Teil der EU eine eher untergeordnete Rolle bei der vorzeitigen Sterblichkeit. Die baltischen Länder und Polen scheinen in Bezug auf die Kindersterblichkeit weniger schlecht gestellt als für den Rest der Sterblichkeit. Rumänien, Bulgarien weisen eine hohe Sterberate auf und die Türkei weist Werte eines Entwicklungslandes aus.

Im Jahr 2012 sind in Deutschland 2202 Kindern unter einem Jahr gestorben, diese Zahl ist, trotz ihrer dramatischen Seite, verhältnismäßig niedrig gegenüber 673 544 Geburten im selben Jahr. Dieser geringe Wert der Säuglingssterblichkeit ist für die Kartografie recht ungünstig. Um Fehler zu vermeiden, wurden die Daten über drei Jahre geglättet. In der Zeit von 2010-2012, ergibt sich insgesamt ein Anteil von 6.932 Todesfälle von Kindern unter einem Jahr, was eine durchschnittliche jährliche Rate der Kindersterblichkeit in Höhe von insgesamt 3,44 ergibt. Die Karte stellt eine eigene Form dar. Sie zeigt nämlich auf, dass die neuen Länder in diesem Fall weniger betroffen sind als die alten Bundesländer (**Karte 18A**): 2,27 in Sachsen, das damit den 1. Rang erreicht, 2,7 für Thüringen, 2,71 in Mecklenburg-Vorpommern, 2,92 in Berlin, 2,96 in Sachsen-Anhalt und 3,21 für Brandenburg. Zwar gibt es hier und da einige schwarze Punkte, wie z.B. 5,5 im Altmarkkreis Salzwedel. In der Regel ist die Situation in der ehemaligen DDR aber positiv.

Die alten Bundesländer teilen sich ziemlich klar und deutlich in zwei Teilmengen: Bayern nimmt den fünftbesten Platz mit 2,94 ein und Baden-Württemberg und Hessen liegen mit jeweils 3,23 und 3,32 unter dem nationalen Durchschnitt. Alle anderen alten Bundesländer liegen über dem nationalen Durchschnitt, wobei drei dieser Länder eine Säuglinssterblichkeit von mehr als 4 Todesfälle pro 1000 Geburten aufweisen: Nordrhein-Westfalen (4,08) Nidersachsen (4,35) und Bremen (5,17).

Im Allgemeinen sind die Kreise, in denen man hohe Kindersterblichkeitssätze beobachtet, Landkreise mit niedriger Sterberate und sie befinden sich oft in der Peripherie des



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Kindersterblichkeitsrate 2012

Anzahl zu 1 000 Geburten

13,7
11,4
9,5
7,1
5,1
3,9
3,0
1,9
0,0
Fehlende Information
Andere Staaten

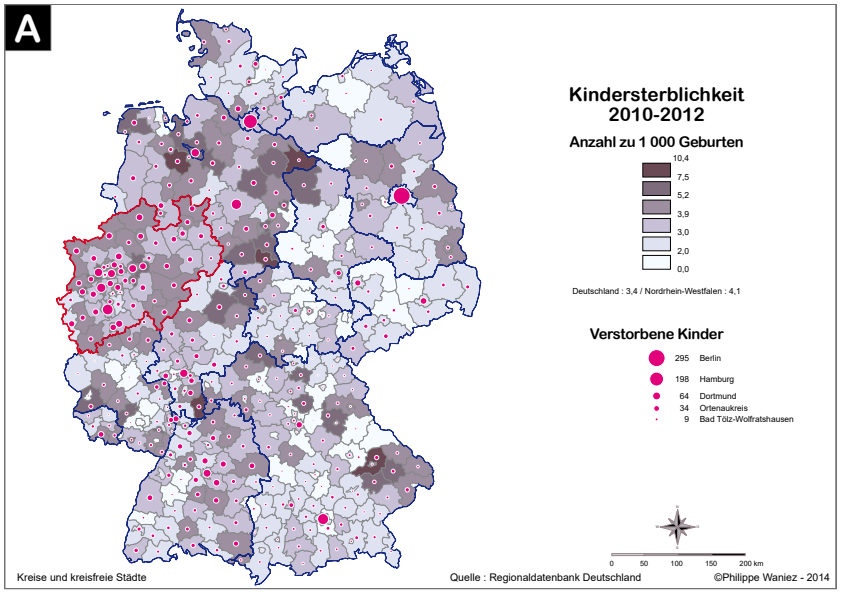
Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

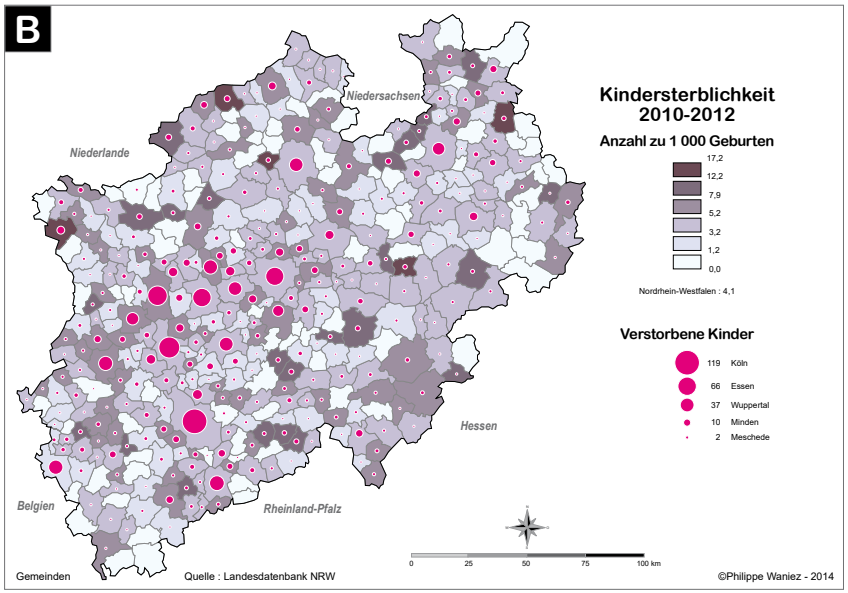
©Philippe Waniez - 2014

Karte 17

Landes. Man kann vermuten, dass diese Kreise nicht über eine ausreichende Infrastruktur verfügten, um mit schwerwiegenderen Fällen fertig zu werden. Dies mag entweder aus medizinischer Sicht (medizinische Fachärzte auf dem Gebiet der Intervention von Frühgeburten, um die perinatale Sterblichkeit zu beschränken) oder sozialer (Beistand für die betroffenen Familien) der Fall sein. Mit den vorliegenden Daten ist es schwierig, spezifische Gründe vorzubringen.

In NRW wird die Mehrheit der großen Städte durch Säuglingssterberaten charakterisiert, die über dem nationalen Durchschnitt und dem Durchschnitt des Bundeslandes liegen (**Karte 18B**): 4,8 Tode auf 1 000 Geburten in Düsseldorf, 4,7 in Essen, 4,4 in Dortmund, 4,5 in Münster. Köln, Bielefeld und Aachen sind allerdings besser positioniert mit 3.8, 3.4 und 2.9 Tode auf 1 000 Geburten. Spitzen der Kindersterblichkeit, die über 10 zu 1 000 liegen erscheinen hier und da, eher am Rande und in kleineren Gemeinden: 14,4 in Goch und 12.8 in Ochtrup an der Grenze zu den Niederlanden, 12.2 in Kalletal im Teutoburger Wald, 15,5 in Anröchte im Sauerland. Jedes vierte Kind unter einem Jahr starb jährlich in diesen Gemeinden zwischen 2010 und 2012, was nicht normal ist aber sehr niedrige Werte umfasst. Die Situation ist noch besorgniserregender um die Achse Duisburg-Krefeld-Mönchengladbach. Tatsächlich haben diese Städte eine ungewöhnlich hohe Säuglingssterblichkeit im Vergleich zu denen an Rhein oder Ruhr: 6.0 in Duisburg (und 74 Todesfälle in 3 Jahren), 5,6 in Krefeld (30 Tote), 6 1 in Mönchengladbach (und 39 Tote). Diese Sätze sind wie im Sauerland allerdings in einer Stadtgegend. Etwas funktioniert nicht gut und es stellt sich die Frage, ob die Infrastruktur der Geburtshilfe beteiligt ist oder ob es die sozialen Bedingungen sind, wenn das Kind in der Wohnung seiner Eltern ist, die solch hohen Wert der Kindersterblichkeit hervorrufen.





Referenzen

(1) http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1051708/BBSR/DE/Raumbeobachtung/AktuelleErgebnisse/Raumentwicklung/Lebenserwartung/lebenserwartung.html

(2) http://www.lebenserwartung.info/index-Dateien/ledeu.htm

(3) http://www.lebenserwartung.info/index-Dateien/soziodiff.htm

(4) http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/52427/Maenner-anfaelliger-fuer-Alkoholsucht-als-Frauen

(5) http://de.wikipedia.org/wiki/Alkoholkrankheit#Alkoholabh.C3.A4ngigkeit_als_Krankheit

(6) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-08-02-004/FR/KS-08-02-004-FR.PDF

VI - Die Ausländer

Die Einwanderung von Ausländern ist in vielen EU-Mitgliedstaaten ein umstrittenes Thema, wie z.B. in den Niederlanden oder Frankreich. In Ländern, die die Auswanderung ihrer Staatsangehörigen erleben, wie etwa in Portugal, erscheint das Thema weniger kontrovers. Luxemburg liegt an der Spitze der EU-Länder in Bezug auf den Ausländeranteil in der Bevölkerung: 44,5%. Dieses kleine Land an der Grenze von Deutschland, Frankreich und Belgien ist auch der Sitz von mehreren europäischen Institutionen. Die 238.844 Ausländer, die dort wohnen, stammen vor allem aus den EU-Mitgliedsstaaten: 86,3%.

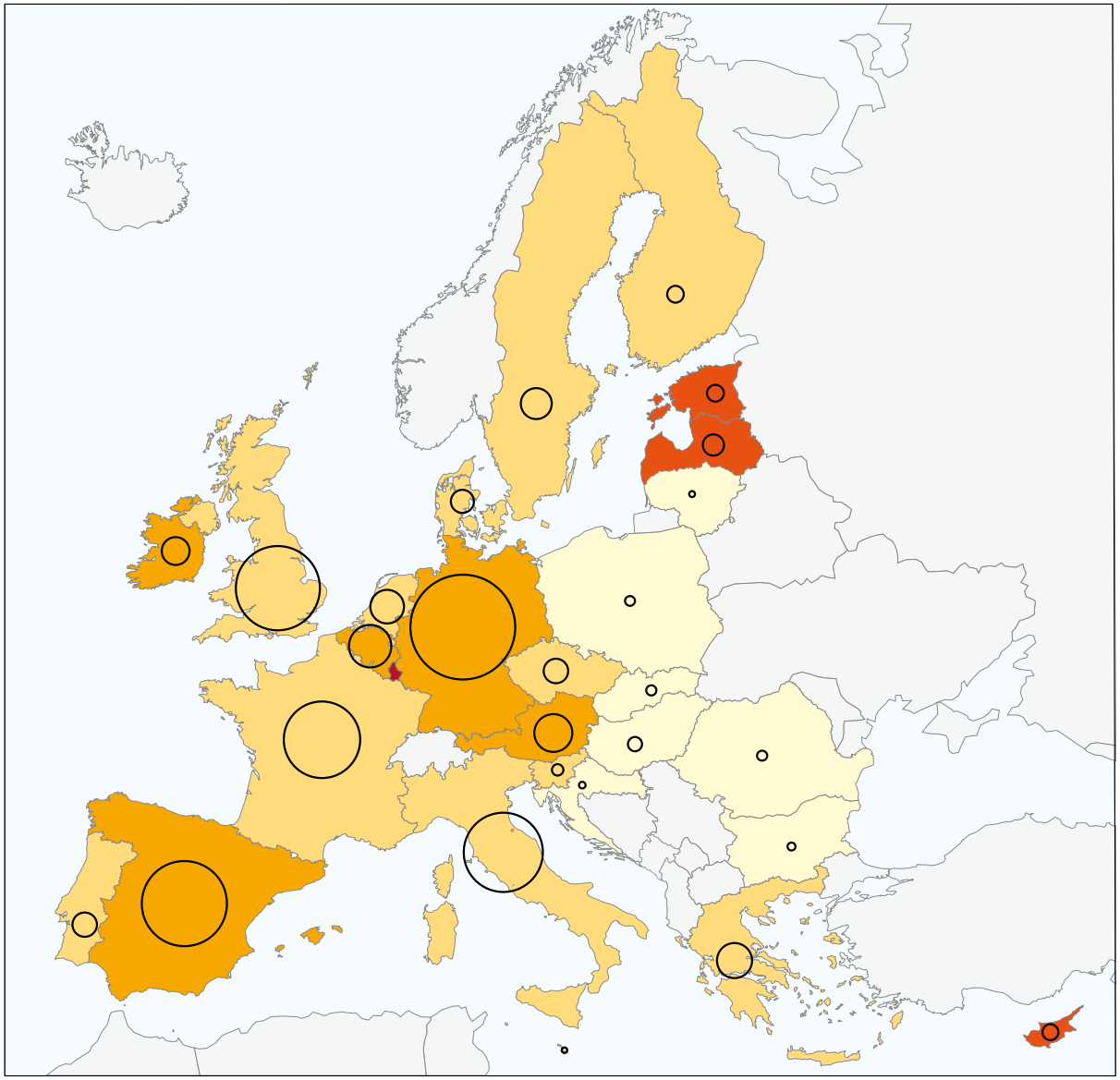
Estland, Lettland und Zypern folgen mit einem Ausländeranteil zwischen 15,0% und 20,5% in ihrer Bevölkerung (**Karte 1**). Man weiß, dass für die zwei baltischen Länder, der Einfluss der ehemaligen „Brüderländer“ stark bleibt, mit jeweils 95,5% und 98,2% Ausländern, die nicht aus der EU stammen. Es folgen Österreich, Irland, Spanien und Deutschland mit Prozentsätzen rund um 10,0%. In Deutschland belief sich im Jahr 2013 die Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit auf 7.696.413 Personen. Das entspricht. 9,4% der Gesamtbevölkerung. Damit wird das Land auf den 9. Platz der EU-Länder im Verhältnis zu ihrer Gesamtbevölkerung gesetzt. Jedoch auf den 1. Platz für die Anzahl der Ausländer (allerdings ist es auch das Land mit den meisten Einwohnern). Zwölf Länder haben Prozentsätze zwischen 3,6% und 7,8% darunter Großbritannien (7,8%), Italien (7,4%) und Frankreich (6,2%). Abschließend enthalten die ehemaligen kommunistischen Länder von Litauen bis Bulgarien und Kroatien einen geringen Ausländeranteil zwischen nur 0,2 und 1,3%

1. Migrationshintergrund und Migrationserfahrung

Das Wort Ausländer vermittelt die Vorstellung von der Ankunft von Einwanderern, die durch ein Land angezogen wurden und in dem sie einen mehr oder weniger langen Zeitraum wohnen, oft sogar dauerhaft bleiben. Die Bezeichnung „Ausländer“ bedeutet, dass man eine andere Staatsangehörigkeit hat, als die Bewohner des Landes in dem sie leben. Im Falle der Staatenlosen ohne Staatsangehörigkeit. Es handelt sich demnach um einen Rechtsstatus, der keinen ethnischen oder rassischen Charakter hat.

Die Personen mit Migrationshintergrund

Die demografische Geschichte Deutschlands im Laufe des 20. Jahrhunderts mit Umsiedlungen vieler Personen mit deutscher Sprache nach der Niederlage von 1945 und der Wiedervereinigung von 1989 macht es erforderlich, den Begriff von Personen mit Migrationshintergrund zu erklären.



Europäische Union
28 Mitglieder

Ausländer 2013

Anteil zu 100 Einwohnern

- 44,5
- 15,0 - 20,5
- 9,4 - 11,9
- 3,6 - 7,8
- 0,2 - 1,3
- Andere Staaten

Anzahl der Ausländer

- 7 696 413 Deutschland
- 4 953 079 Großbritannien
- 4 089 051 Frankreich
- 796 243 Niederlande
- 315 414 Lettland
- 22 466 Malta

Quelle : Eurostat - Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) - NUTS0 : Staaten

©Philippe Waniez - 2014

Karte 1

Es handelt sich hierbei um „alle Ausländerinnen und Ausländer sowie Deutsche, die nach 1955 selbst zugewandert sind oder bei denen mindestens ein Elternteil nach 1955 aus dem Ausland nach Deutschland kam“ (1). „Das soziale Merkmal Migrationshintergrund beschreibt Personen, die selbst oder deren Vorfahren aus einem anderen Staat eingewandert sind oder soziale Gruppen oder Gemeinschaften, die aus eingewanderten Personen oder deren Nachkommen bestehen“ (2). Diese Personen haben also Ihren Ursprung im Ausland, ohne notwendigerweise heute in ihrem Land Ausländer zu sein.

In dem Zensus aus dem Jahr 2011 haben 99,3% der befragten Personen auf die nach der Existenz von Migrationshintergrund betreffende Frage geantwortet. 15.297.460 haben einen Migrationshintergrund angegeben(19,2%) und 64.354.900 haben keinen (80,8%). Die Karte der 15 Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (**Tabelle 1**) lässt keinen Raum für die Auslegung von Mehrdeutigkeiten (**Karte 2**). In den neuen Ländern liegen alle Kreise unter 8,0% mit Personen mit Migrationshintergrund. Nur Berlin, internationale Stadt, macht mit 24,0% die Ausnahme zu dieser Regel. Diese Karte zeigt die Attraktivität der Regionen von Deutschland für entwurzelte Personen auf der Suche nach einem Lebensort auf. Aus dieser Sicht wird deutlich, dass die ehemalige DDR nicht sehr attraktiv erscheint!

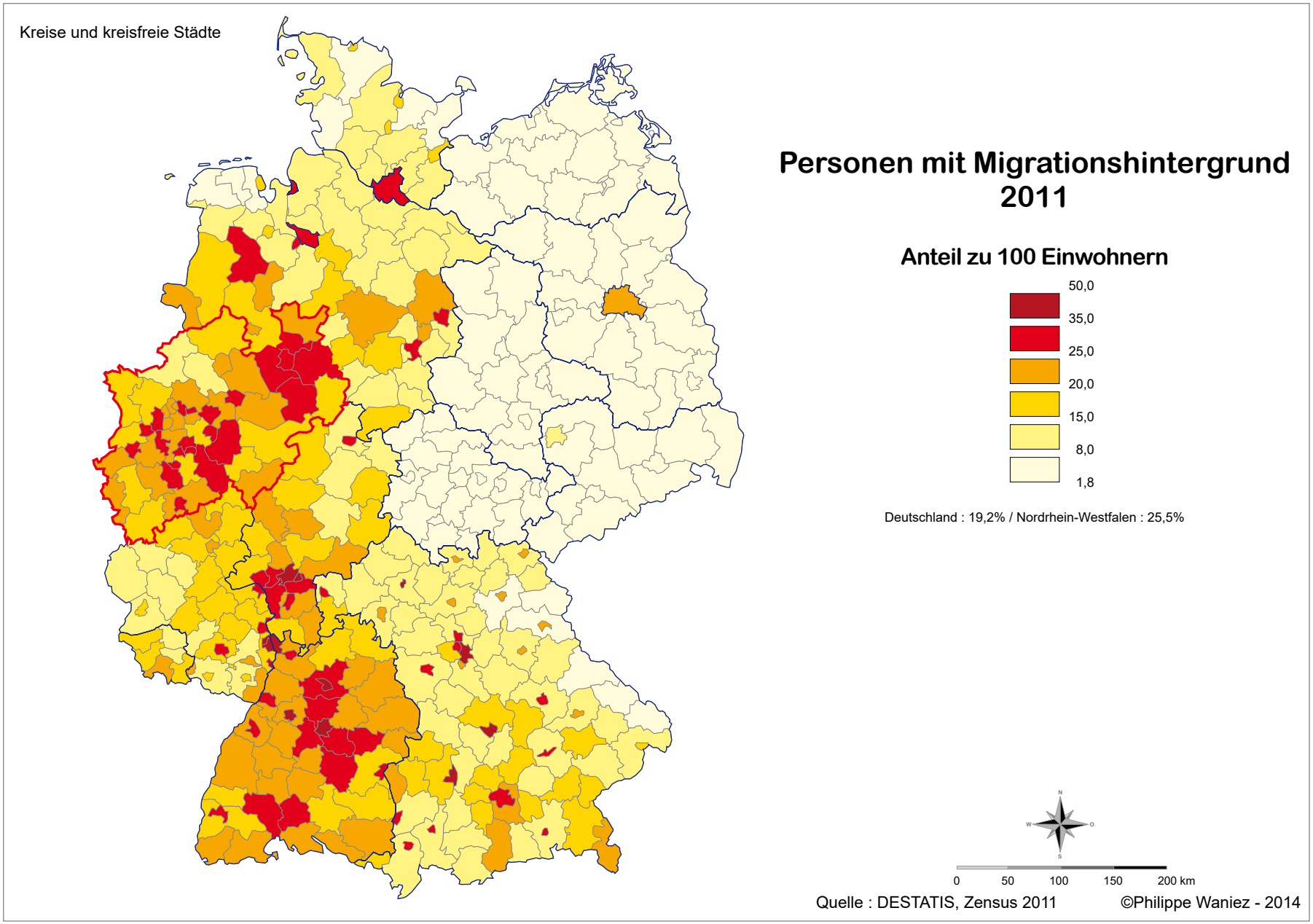
In den alten Bundesländern ist die Situation unterschiedlich. Frankfurt am Main, ein bedeutendes internationales Finanzzentrum, ist mit einem Anteil von 44,2% an der Spitze. Hamburg, Bremen und Bremerhaven zeigen 28,3%, 26,5% und 26,2% an.

Ausländer/-innen 6.080.870	**Mit** eigener Migrationserfahrung		4.537.620
	Ohne eigene Migrationserfahrung		1.543.250
Deutsche mit Migrationshintergrund 9.216.590	**Mit** eigener Migrationserfahrung		5.104.810
	Ohne eigene Migrationserfahrung		4.111.780
	davon	mit beidseitigem Migrationshintergrund	2.087.770
		mit einseitigem Migrationshintergrund	2.024.000

Tabelle 1: Deutsche und Ausländer mit Migrationshintergrund und mit oder ohne Migrationserfahrung. Quelle: Zensus 2011.

Die Hafenfunktion mit ausländischen Unternehmen und Ihren Mitarbeitern geben diesen Städten eine mehr oder weniger stabil gemischte Bevölkerung auf der geografischen Karte.

Die meisten großen Industriestädte mit wirtschaftlicher Ausdehnung liegen über 35,0%: Mannheim, Stuttgart, Nürnberg, Augsburg, Ingolstadt... Im Süden von Hessen und Baden-Württemberg verursachen die Städte einen Effekt der Ansiedlung auf die umliegenden Kreise, während sich in Bayern der Ort von Personen mit Migrationshintergrund auf die Stadt beschränkt. In diesem Sinne erweisen sich in der Regel die eher ländlichen Landkreise als unattraktiv. Oberhessen, Bayern (mit Ausnahme der Städte), Münsterland, Niedersachsen, Schleswig-Holstein übersteigen selten 15,0%.


Kreise und kreisfreie Städte
Personen mit Migrationshintergrund 2011
Anteil zu 100 Einwohnern
50,0
35,0
25,0
20,0
15,0
8,0
1,8
Deutschland : 19,2% / Nordrhein-Westfalen : 25,5%
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014

Karte 2

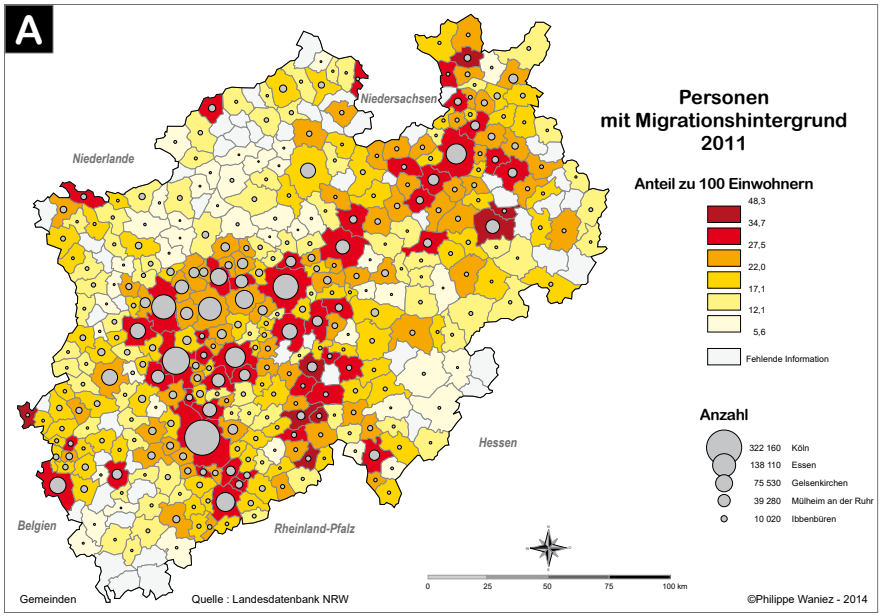
Nordrhein-Westfalen (**Karte 3A**) zeigt unterschiedliche Prozentsätze zwischen 5,6% und 48,3%. Von Bonn bis Düsseldorf liegen sie über 30,0%. Das ist ebenfalls so in Wuppertal, Hagen und Hamm. Einige Städte des Ruhrgebiets (Duisburg, Dortmund) liegen ebenfalls um 30,0%, aber die Prozentsätze im Ruhrgebiet sind im Allgemeinen etwas niedriger als man erwarten würde: 24,5% in Essen, 23.5% in Bochum… Das Viertel nordöstlich von NRW, mit Detmold, Gütersloh, Bielefeld und Paderborn zeigt Werte, nahe dem im Herzen des Landes.

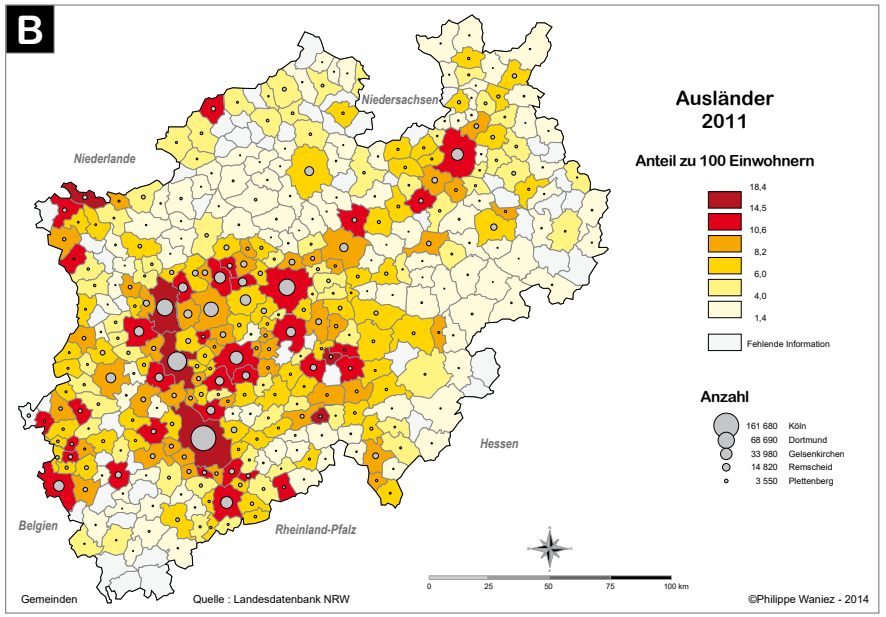
Die Deutschen mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung sind vor allem im Ausland geboren. Etwa ein Drittel von ihnen sind selbst zugewanderte Eingebürgerte (4). Aber der größte Teil besteht aus Aussiedler, d. h. die deutschen Staatsangehörigen, die östlich der Oder-Neiße-Linie geboren wurden und nicht mehr vor 1955 nach Deutschland zurückgekehrt sind; also die deutschen Volkszugehörigen mit Herkunft aus einem kommunistischen Land (vor allem der Sowjetunion und Polen), die sich in der BRD und DDR niederließen.

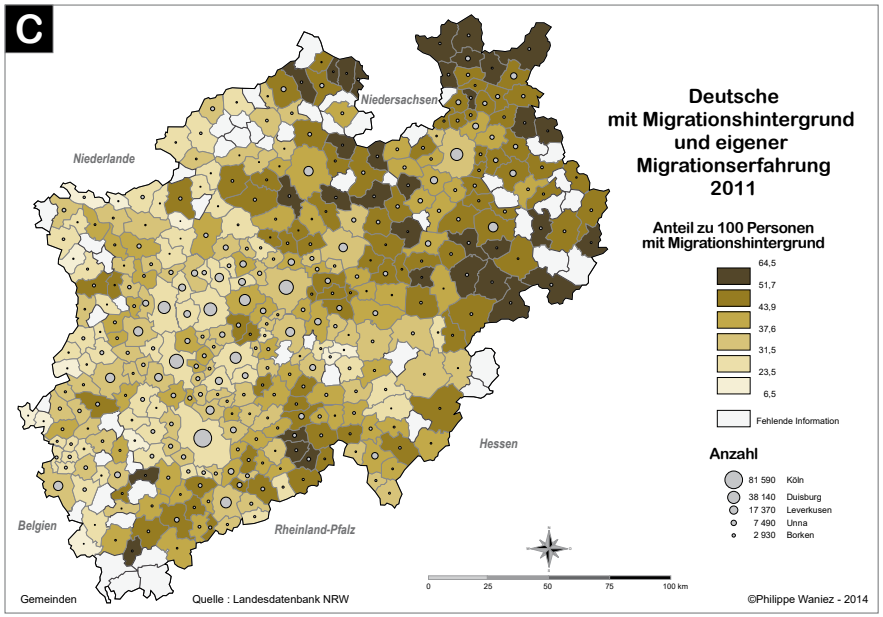
Für eine Anzahl dieser Deutschen mit einer persönlichen Migrationsgeschichte liegt NRW an der Spitze der Bundesländer (**Karte 4A**) mit 1.489.040 Leuten oder 29,2% insgesamt, gefolgt von Baden-Württemberg (16,9%), Bayern (14,6%) und Hessen (9,2%). Fast 200.000 sind in Berlin, jedoch nur ein geringer Teil in den neuen Bundesländern. In Hamburg erreichen sie 150.000. In Bayern sind sie hauptsächlich in München und Nürnberg. Man findet sie konzentriert um Hannover und Frankfurt am Main und weiter verstreut in den Bundesländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

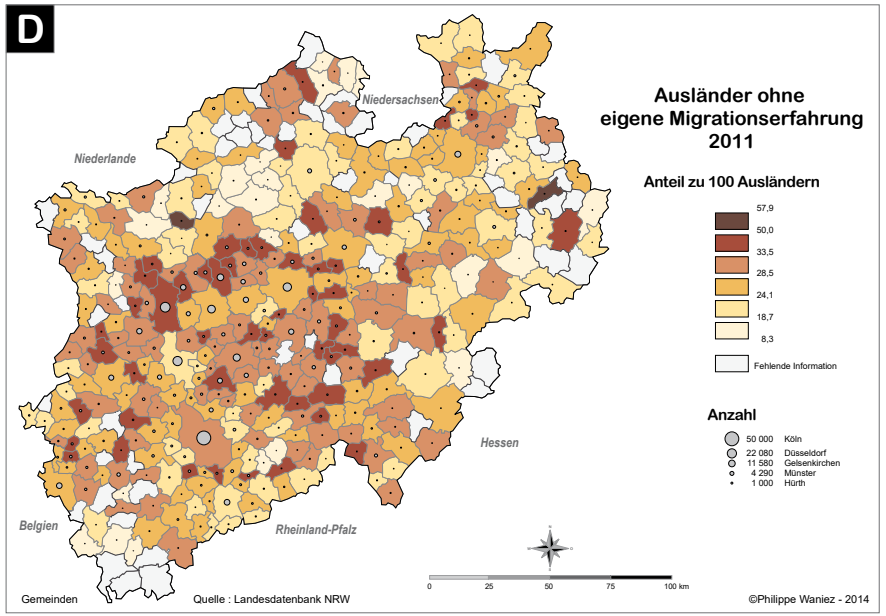
Die Karte mit den Prozentsätze der Deutschen mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund stellt eine erstaunliche Anordnung dar (**Karte 4B**): Sie enthält nicht die Gegensätze, die üblicherweise im gesamten Land auf dem Niveau der Kreise auftreten. Deutschland wird von Nord-West nach Süd-Ost durch eine Aneinanderreihung von Kreisen durchzogen, die Proportionen zwischen 45,0% und 55,0% ausweisen. Diese Ausrichtung geht entlang der Grenze zur Republik Tschechien, dann an der ehemaligen Grenze der DDR, dringt in Oberhessen ein, wird dann im Sauerland und Teutoburger Wald fortgesetzt und endet in Niedersachsen in dem Kreis von Cloppenburg. Andere Ausrichtungen von Kreisen weisen ebenfalls hohe Prozentsätze: von Kusel bis zum Rhein-Hunsrück-Kreis in Rheinland-Pfalz, rund um Schwäbisch Hall in Baden-Württemberg oder Gifhorn und Uelzen in Niedersachsen. Die Prozentsätze sind in der Regel in den neuen Bundesländern niedrig. Aber in Ostprignitz-Ruppin und Müritz in Mecklenburg-Vorpommern, an Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz in Brandenburg sind mehr als 45,0% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Während die Deutschen mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung in der Bevölkerung der großen Städte in den alten Bundesländern eher unauffällig sind, sind sie ein wichtiger Teil in vielen Landkreisen von Nord nach Süd des Landes. In NRW (**Karte 3C**), hauptsächlich in Westfalen und mehr noch in den Landgemeinden, haben sie einen bedeutsamen Anteil mit oft über 40,0%. Ihre Zahl ist in den großen Städten deutlich höher (über zehntausend) und das bestätigt, was über ihre Präsenz in Deutschland im Allgemeinen gesagt wurde.

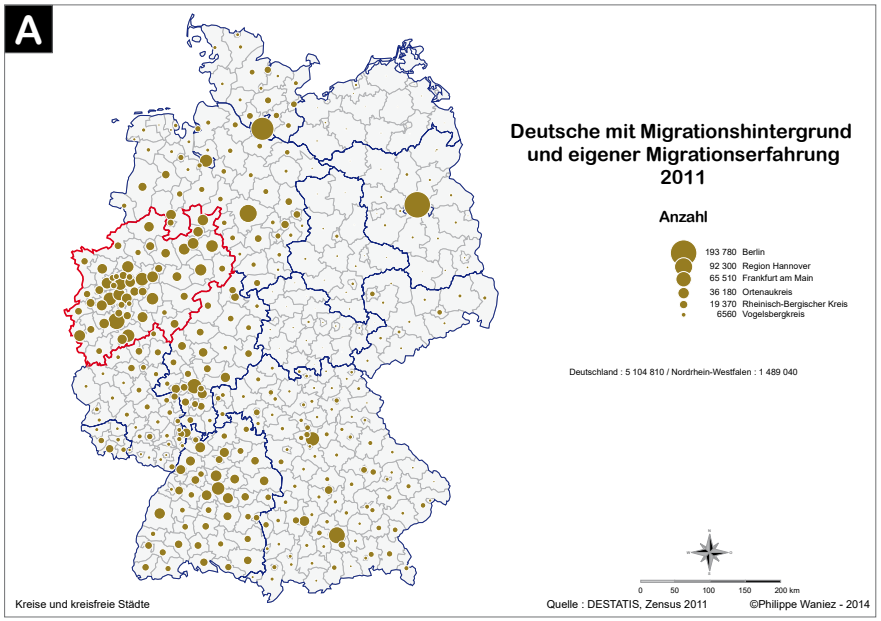

A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Personen
mit Migrationshintergrund
2011
Anteil zu 100 Einwohnern
48,3
34,7
27,5
22,0
17,1
12,1
5,6
Fehlende Information
Anzahl
322 160 Köln
138 110 Essen
75 530 Gelsenkirchen
39 280 Mülheim an der Ruhr
10 020 Ibbenbüren
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

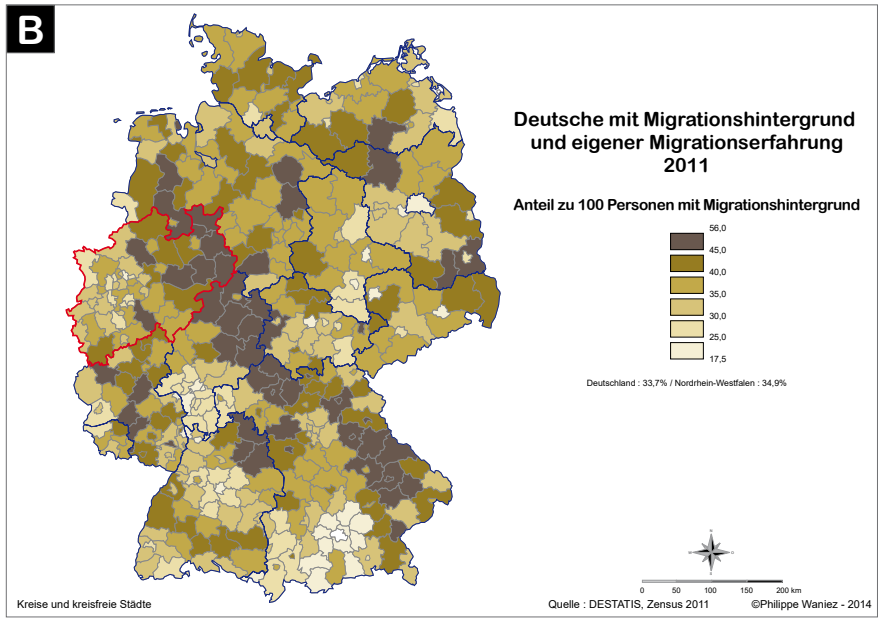

B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Ausländer
2011
Anteil zu 100 Einwohnern
18,4
14,5
10,6
8,2
6,0
4,0
1,4
Fehlende Information
Anzahl
161 680 Köln
68 690 Dortmund
33 980 Gelsenkirchen
14 820 Remscheid
3 550 Plettenberg
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

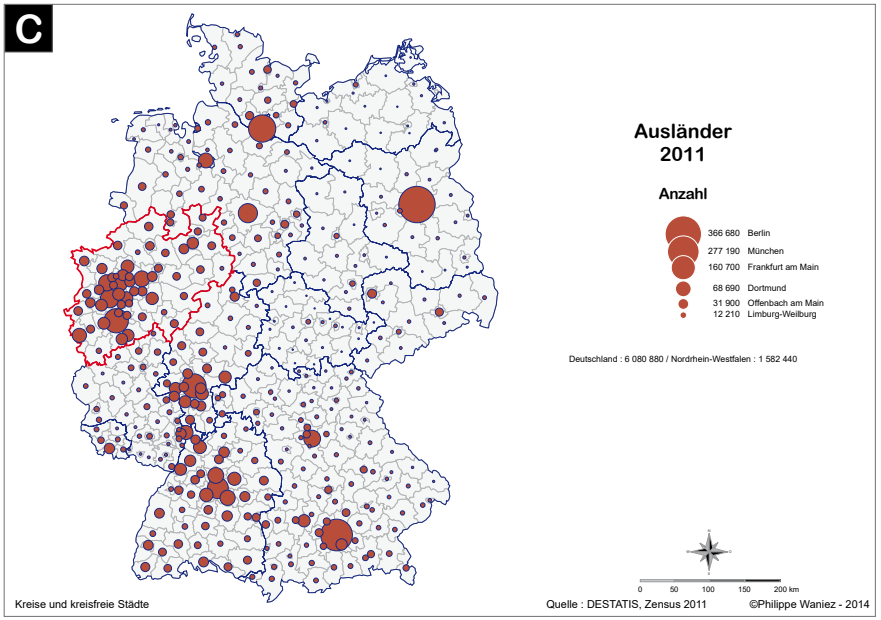

C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Deutsche
mit Migrationshintergrund
und eigener
Migrationserfahrung
2011
Anteil zu 100 Personen
mit Migrationshintergrund
64,5
51,7
43,9
37,6
31,5
23,5
6,5
Fehlende Information
Anzahl
81 590 Köln
38 140 Duisburg
17 370 Leverkusen
7 490 Unna
2 930 Borken
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

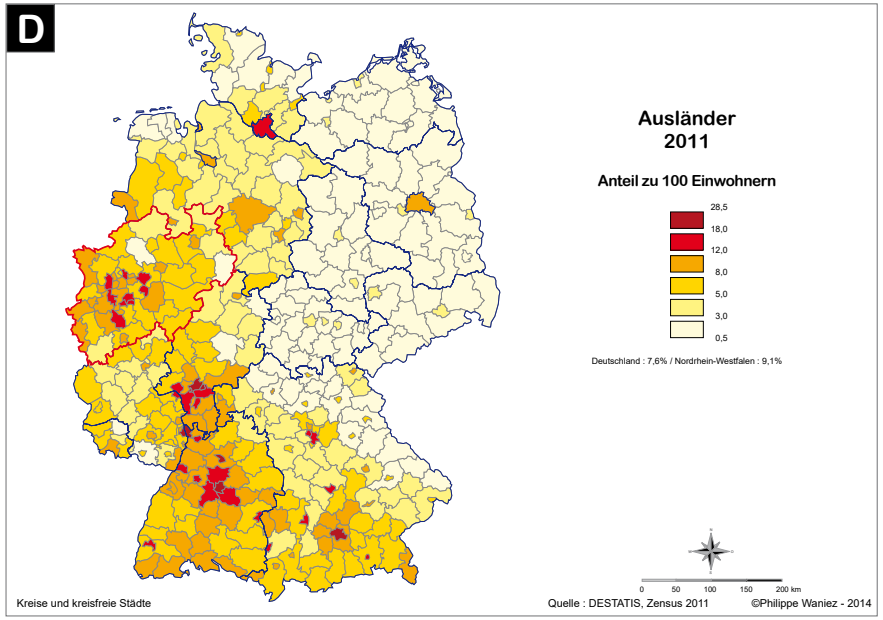

D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Ausländer ohne
eigene Migrationserfahrung
2011
Anteil zu 100 Ausländern
57,9
50,0
33,5
28,5
24,1
18,7
8,3
Fehlende Information
Anzahl
50 000 Köln
22 080 Düsseldorf
11 580 Gelsenkirchen
4 290 Münster
1 000 Hürth
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karten 3


A
Deutsche mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung 2011
Anzahl
193 780 Berlin
92 300 Region Hannover
65 510 Frankfurt am Main
36 180 Ortenaukreis
19 370 Rheinisch-Bergischer Kreis
6560 Vogelsbergkreis
Deutschland : 5 104 810 / Nordrhein-Westfalen : 1 489 040
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014


B
Deutsche mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung 2011
Anteil zu 100 Personen mit Migrationshintergrund
56,0
45,0
40,0
35,0
30,0
25,0
17,5
Deutschland : 33,7% / Nordrhein-Westfalen : 34,9%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014


C
Ausländer 2011
Anzahl
366 680 Berlin
277 190 München
160 700 Frankfurt am Main
68 690 Dortmund
31 900 Offenbach am Main
12 210 Limburg-Weilburg
Deutschland : 6 080 880 / Nordrhein-Westfalen : 1 582 440
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014


D
Ausländer 2011
Anteil zu 100 Einwohnern
28,5
18,0
12,0
8,0
5,0
3,0
0,5
Deutschland : 7,6% / Nordrhein-Westfalen : 9,1%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014

Karten 4

Die Ausländer

Unter den 6.080.870 Personen mit Migrationshintergrund, haben 39,8% nicht die deutsche Staatsangehörigkeit). Es handelt sich um Ausländer im üblichen Sinn. Sie repräsentieren 7,6% der erfassten Gesamtbevölkerung im Jahr 2011. Die Zahl der Ausländer mit Wohnsitz in Deutschland, die sich durch die Volkszählung im Jahr 2011 ergeben hat, scheint über 1 Million niedriger als von Eurostat (7.198.946) angegeben. Man kann ermessen, dass diese Unregelmäßigkeit in den Bevölkerungsregistern darin besteht, dass die Ausländer Schwierigkeiten bei den Behördengängen haben, insbesondere für die Abmeldung, wenn sie das Land verlassen.

Geografisch gesehen sind die Ausländer in den wichtigsten Städten der alten Bundesländer vertreten (**Karte 4C**): München (277.190), Hamburg (204.850), Köln (161.680), Frankfurt am Main (160.700) Stuttgart (120.950), Region Hannover (100.510). In den neuen Länder errechnet sich nur in der Bundeshauptstadt Berlin, eine bedeutsame Zahl von Ausländern: 366.680, die höchste Zahl in Deutschland. Diese 7 Großstädte vertreten allein etwa 20,0% von der Gesamtzahl. Innerhalb der Bundesländer leben die meisten Ausländer in NRW: 1.582.440 das sind 9,1% der Bevölkerung des Landes. In den drei Stadtstaaten Hamburg (12,1%), Berlin (11,2%), und Bremen (12,7%) ist der Ausländeranteil so hoch, wie in Baden-Württemberg (10,8%).

In groben Zügen ähnelt die Karte des Anteils der Ausländer an der Gesamtbevölkerung (**Karte 4D**) stark der zuvor analysierten Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Man kann trotzdem einige Unterschiede zwischen diesen zwei Karten feststellen.

Zum einen gibt es eine deutliche Verstärkung der höchsten Prozentsätze in den Metropolen und ihrer Großräume. Dies ist besonders deutlich in München (20,7%), Stuttgart (20,8%), Frankfurt am Main (24,1%), Mannheim (19,0%) und den großen Städten in NRW (12,0% bis 16,0% für Köln, Düsseldorf, Duisburg, Dortmund) und Hamburg (12,0%). Dadurch wird die Hypothese bestätigt, dass die Einwanderer sich vor allem in Bereichen niederlassen, die für sie attraktiv erscheinen. Hier herrschen vor allem wirtschaftliche Attraktivität, insbesondere Beschäftigungsmöglichkeiten und Wohnraum. Aber die ist nicht nur auf die Städte beschränkt. Dynamische Städte und Universitätsstädte sind ebenfalls betroffen: Freiburg im Breisgau (12,8%), Ulm (15,2%), Augsburg (15,6%), Nürnberg (16,1%), Mainz (14,2%).

Andererseits zeigen vielen Regionen nur sehr geringe Ausländeranteile. Dies ist in den neuen Bundesländern und ihren Hauptstädten der Fall (außer Berlin). Obwohl Dresden, Leipzig, Jena oder Weimar auch berühmte Universitäten besitzen, erreichen sie nur 5,0% der Ausländer. Dies ist auch der Fall in den Landkreisen von Franken und der Oberpfalz in Bayern mit Prozentsätzen von rund 2,0%, während die Städte in diesen Regionen einen Anteil von bis zu 8,0% aufweisen. Schließlich beobachtet man, dass die sehr deutlich sichtbare nordwestliche/südöstliche Achse auf der Karte der Deutschen mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung nicht die Ausländer anzieht.

In NRW, und im Gegensatz zu der Karte der Personen mit Migrationshintergrund sind der größte Teil von Westfalen, dem Sauerland und der Eifel fast völlig frei von ausländischer Bevölkerung (**Karte 3B**). Nur in Westfalen existiert ein Korridor, der das Ruhrgebiet in Hamm und Bielefeld verbindet.

Die Ausländer mit und ohne eigene Migrationserfahrung

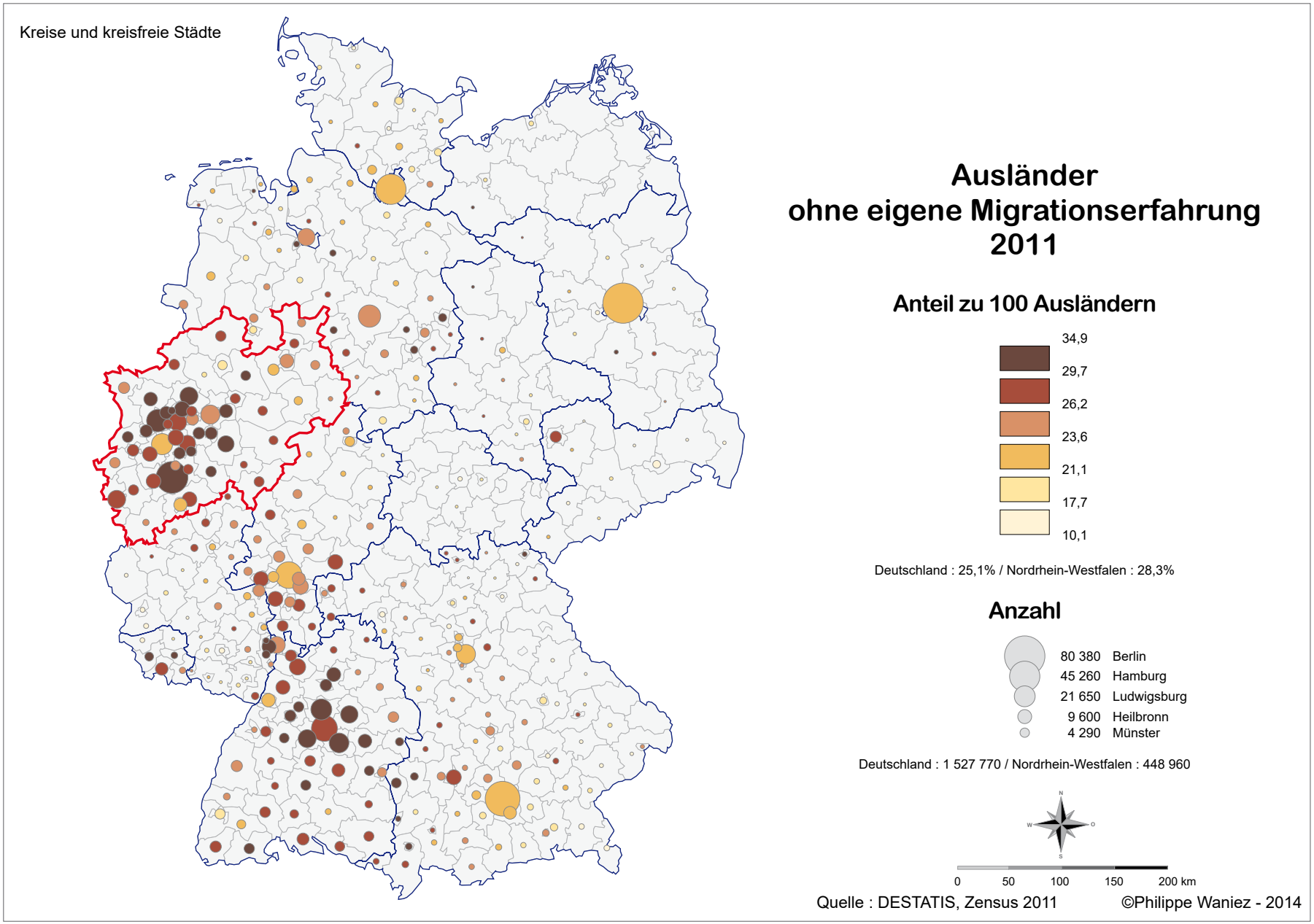
Unter den im Jahr 2011 registrierten Ausländern in Deutschland haben 25,0% bzw. 1,5 Millionen Menschen keine eigene Migrationserfahrung. Es handelt sich hauptsächlich um Personen, die in Deutschland geboren sind, die nicht die Einbürgerung beantragt oder erhalten haben. Das bedeutet, dass man Ausländer sein kann, ohne je eingewandert zu sein! Dies sind die Menschen in Deutschland, die ausländische Eltern haben aber keine deutsche Staatsangehörigkeit. Tatsächlich wird einem Kind die deutsche Staatsangehörigkeit bewilligt, wenn zum Zeitpunkt der Geburt seine Mutter oder der Vater seit mindestens acht Jahren mit einem Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet lebt (die illegalen Einwanderer sind von solcher Regelung ausgeschlossen). Bei ausländischen Eltern, die nicht Bürger der EU sind, muss ihr Aufenthaltsrecht zum Zeitpunkt der Geburt ihres Kindes unbegrenzt sein (5). Diese Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung kommen vor allem aus den Familien, deren Kinder in Deutschland zur Welt kommen, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch zu erhalten. Ihr an der ausländischen Bevölkerung mehr oder weniger starker Anteil erlaubt eine Vorstellung über den wechselhaften Charakter, den sie an der ausländischen Bevölkerung haben.

Auf der Karte über den Anteil von Ausländern ohne eigene Migrationserfahrung (**Karte 5**) beobachtet man zwei sehr unterschiedliche Situationen. In der ersten Gruppe befinden sich große Städte mit einem relativ kleinen Anteil Ausländer: Hamburg, Berlin, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München haben zwischen 21,1% und 23,6%. Diese internationalen Städte sehen die Ausländer kommen und gehen, denn deren Hauptziel ist es nicht in erster Linie in Deutschland zu bleiben. Selbst wenn ihre Kinder in Deutschland zur Welt kommen, bekommen sie nicht automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit.

Eine andere Situation tritt in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfallen ein: der Anteil der Ausländer, die in Deutschland geboren sind ist viel höher; beispielsweise 27,4% in Stuttgart und über 30,0% in den benachbarten Kreisen, 30,9% und 34,0% in Köln und in Duisburg. Ebenfalls sind die Zahlen in diesen beiden Bundesländern am höchsten: 448.960 in Nordrhein-Westfalen (28,4%) und 315.120 (28,1%) in Baden-Württemberg.

In NRW leben die wenigsten Ausländer mit eigener Migrationserfahrung in Westfalen. (**Karte 3D**). Überall sonst und vor allem im Herzen des Landes, wo die Ausländer in einer starken Proportion sind, stellen diese Ausländer immer mehr als ein Viertel aller Ausländer dar. Das Ruhrgebiet erscheint nicht gleichmäßig: In den großen Städten Essen, Bochum, Dortmund erreichen die in Deutschland geborenen Ausländer nicht 30,0% der Ausländer, während ihre Proportion in den nördlichen Kommunen von Duisburg (34,0%) bis Gelsenkirchen (34,0%) und Lünen (35,0%) ansteigen. Diese Situation kann vielleicht mit einer geringeren Integration bestimmter ausländischer Bevölkerungen erklärt werden (siehe die Studie der Staatsangehörigkeit weiter unten).

Die Lokalisierung dieser in Deutschland geborenen Ausländer in diesen zwei wichtigen industriellen Becken deutet darauf hin, dass es nicht hauptsächlich um Ausländer mit vorübergehendem Aufenthalt handelt, sondern eher um die Kinder von Ausländern, die in Deutschland bleiben werden. Ein Teil von ihnen werden Deutsche werden, mit Migrationshintergrund und ohne Migrationserfahrung nach der Einbürgerung.


Kreise und kreisfreie Städte
Ausländer
ohne eigene Migrationserfahrung
2011
Anteil zu 100 Ausländern
34,9
29,7
26,2
23,6
21,1
17,7
10,1
Deutschland : 25,1% / Nordrhein-Westfalen : 28,3%
Anzahl
80 380 Berlin
45 260 Hamburg
21 650 Ludwigsburg
9 600 Heilbronn
4 290 Münster
Deutschland : 1 527 770 / Nordrhein-Westfalen : 448 960
0 50 100 150 200 km
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014

Karte 5

Die Einbürgerungen von Ausländern

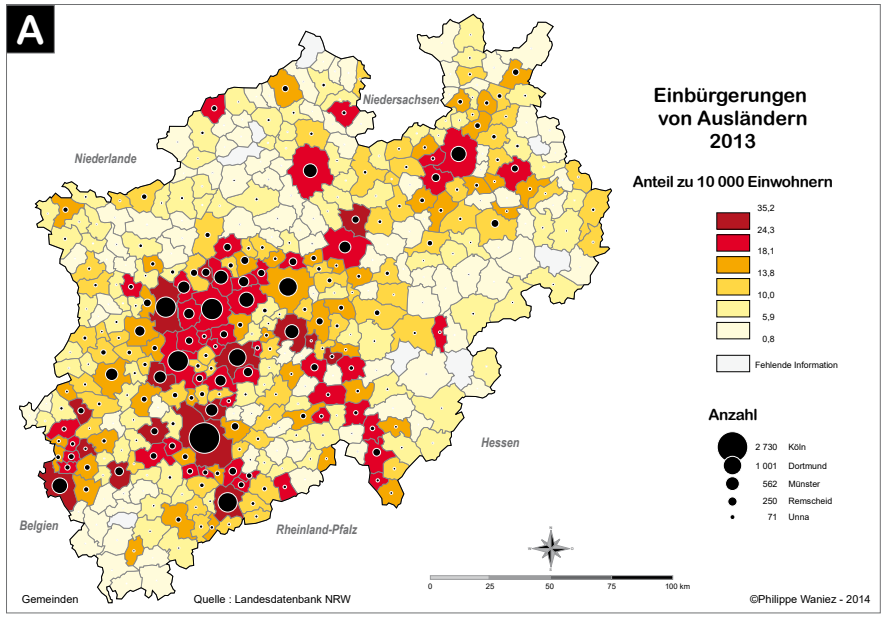
Im Jahr 2013 hat die Bundesrepublik Deutschland 112.353 Ausländer eingebürgert. Im Vergleich zu den 90er Jahren ist diese Zahl deutlich gesunken: im Jahr 1995, haben 313.606 Einbürgerungen stattgefunden, das Maximum seit 1981. Seit dem Jahr 2005 gab es einen starken Rückgang, wobei das Jahr 2008 mit nur 94.470 Einbürgerungen den Tiefpunkt erreichte (6). Deutschland hat also etwa 13,9 Personen zu 10.000 Bewohner und 142,2 Personen zu 10.000 Ausländer im Jahr 2013 eingebürgert.

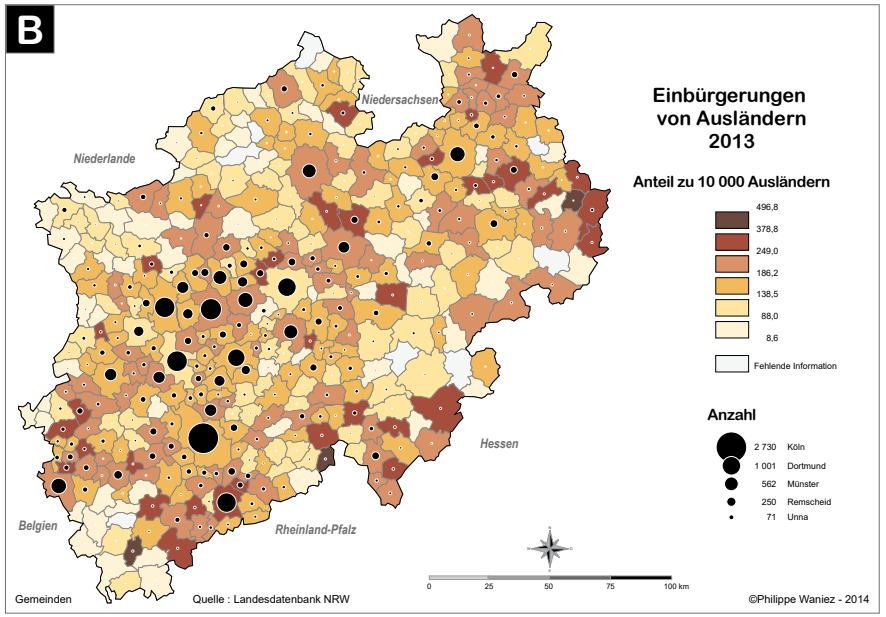
Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern liegt Deutschland an zweiter Stelle mit der Zahl an Einbürgerungen, weit hinter Großbritannien (193.000 Einbürgerungen), aber vor Frankreich (96.000) und Spanien (94.000). Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, liegt das Vereinigte Königreich mit 30,4 zu 10.000 Bewohnern und Spanien mit 20,2 vor Deutschland, das mit Frankreich gleichsteht. Abschließend im Verhältnis zu der Zahl der Ausländer (7), liegt Deutschland hinter Großbritannien (432 zu 10.000 Ausländern), Frankreich (251) und Spanien (177). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Deutschland nicht besonders großzügig erscheint für die Gewährung der Staatsbürgerschaft im Vergleich zu anderen wichtigen Ländern der EU, aber es scheint auch nicht besonders verschlossen. In allen Fällen sind die in Betracht kommenden Zahlen gering in Bezug auf die Zahl der Einwohner.

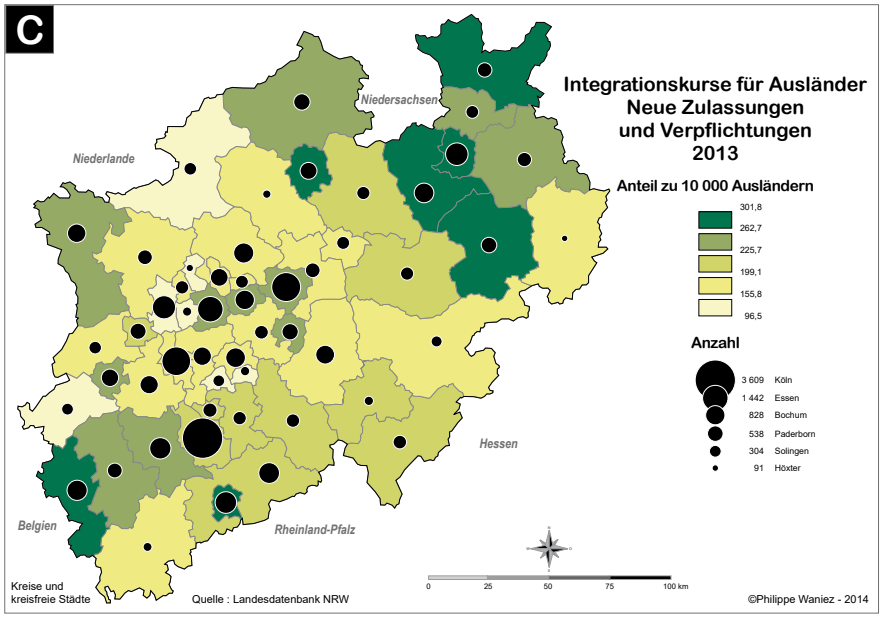
Mit 170 Einbürgerungen pro 10.000 Ausländern liegt NRW über dem nationalen Durchschnitt und nimmt den ersten Platz in der Anzahl der Einbürgerungen ein (29.629 im Jahr 2013), vor Baden-Württemberg (16.063) und Hessen (13.540). Im Jahr 2013 liegt NRW auf dem 7. Platz in der Anzahl der Einbürgerungen der Ausländer im Verhältnis zwischen der Zahl der Einbürgerungen in diesem Jahr und der Zahl der anwesenden Ausländern im selben Zeitraum. Hessen zeigt ein höheres Verhältnis an (182 und den 3. Platz) als Baden-Württemberg (127) und Bayern (110), die auf Rang 12 und 16 platziert werden.

Die Einbürgerung ist ein strenger administrativer Prozess, da kann man nur erstaunt sein, dass es keine Statistik für die Ebene aller Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland gibt (es existiert nur eine Statistik in der sehr zusammengefassten Ebene der Bundesländer). Allerdings liefert die Landesdatenbank NRW die Daten auf dem Niveau der Gemeinden und damit ist es möglich die Karte der Einbürgerung für 2013 zu erstellen. In Bezug auf die Bevölkerung jeder Stadt variiert die Anzahl der Einbürgerungen zu 10.000 Einwohner zwischen 1 und 35. Da dieser Bezug teilweise von der Zahl der Ausländer abhängt, ist es nicht überraschend, wenn seine geografische Verteilung (**Karte 6A**) in den Gebieten vorkommt, in denen Ausländer in einem hohen Anteil leben. Daher ist die Rate der Einbürgerungen im Vergleich zur Bevölkerung im Herzen des Landes am höchsten, von Bonn bis Düsseldorf, von Duisburg bis Hamm, in den Bergischen Drei und in der Region Aachen. Die Werte sind auch hoch in Bielefeld, Detmold und Münster. Schließlich, und obwohl die Anzahl der Eingebürgerten niedrig ist, gibt es relativ hohe Werte von Hagen bis Siegen.

Im Prinzip sollte die Karte der Einbürgerungszahlen im Vergleich zur Zahl der Ausländer ermöglichen, die integrative Kapazität der Kommunen aufzuzeigen. Die Einbürgerung ist in diesem Fall als die Endphase des Integrationsprozesses zu sehen.


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Einbürgerungen
von Ausländern
2013
Anteil zu 10 000 Einwohnern
35,2
24,3
18,1
13,8
10,0
5,9
0,8
Fehlende Information
Anzahl
2 730 Köln
1 001 Dortmund
562 Münster
250 Remscheid
71 Unna
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Einbürgerungen
von Ausländern
2013
Anteil zu 10 000 Ausländern
496,8
378,8
249,0
186,2
138,5
88,0
8,6
Fehlende Information
Anzahl
2 730 Köln
1 001 Dortmund
562 Münster
250 Remscheid
71 Unna
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Integrationskurse für Ausländer
Neue Zulassungen
und Verpflichtungen
2013
Anteil zu 10 000 Ausländern
301,8
262,7
225,7
199,1
155,8
96,5
Anzahl
3 609 Köln
1 442 Essen
828 Bochum
538 Paderborn
304 Solingen
91 Höxter
0 25 50 75 100 km
Kreise und
kreisfreie Städte
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karten 6

Für das gesamte NRW liegt der Wert bei 170 Einbürgerungen pro 10.000 Ausländer, innerhalb der Gemeinden variiert der Wert von 8 bis 497. Demnach schwanken die integrativen Fähigkeiten beachtlich (das Verhältnis ist von 1 zu 62, viel höher als im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung berechnet). Eine andere Interpretation basiert auf der Idee, dass bestimmte Ausländer mehr oder weniger leicht einzubürgern wären, vor allem, wenn es um Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung geht, die fließend Deutsch sprechen und im Laufe ihrer Existenz die Regeln vom gemeinsamen Leben in Deutschland aufgenommen haben (besonders durch die schulische Laufbahn). Leider kann die Karte weder diese noch die andere Hypothese bestätigen, da sie keine besondere geografische Organisation präsentiert (**Karte 6B**). Tatsächlich haben die Städte unterschiedliche Werte: 155 in Köln, 205 in Essen, 235 in Münster, 279 in Bonn, 316 in Detmold. Höchstens kann man auf der Karte erkennen, dass die Proportion der eingebürgerten Ausländer in den ländlichen Gegenden von Westfalen und Sauerland schwach ist, das ist gerade auch dort, wo sie in geringer Zahl leben.

Um die Einbürgerung der Ausländer möglich zu machen, hat die Bundesregierung Integrationskurse eingerichtet. Diese Politik, deren gezielten und vorbildlichen Charakter man begrüßen muss, wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge koordiniert. Das Prinzip dieser Kurse ist wie folgt: „Jeder Integrationskurs besteht aus einem Sprachkurs und einem Orientierungskurs. Der allgemeine Integrationskurs dauert 660 Stunden. Im Sprachkurs werden wichtige Themen aus dem alltäglichen Leben behandelt. Im Orientierungskurs spricht man zum Beispiel über: deutsche Rechtsordnung, Geschichte und Kultur, Formen des Zusammenlebens in der Gesellschaft“. (8)

Im Jahr 2013 wurden in NRW 35.066 neue Zulassungen und Verpflichtungen zur Teilnahme an Integrationskursen gezählt, das sind 201 auf 10.000 Ausländer. 21,0% der neuen Zulassungen und Verpflichtungen von Deutschland erfolgen in NRW, während in dem Land 25,0% der in Deutschland lebenden Ausländer wohnen. Die neuen Schüler bewohnen hauptsächlich die Großstädte (**Karte 6C**). Köln steht mit 3.609 Eingeschriebenen an der Spitze, gefolgt von Dortmund, Düsseldorf, Essen, Duisburg, Bielefeld und Bonn mit Werten zwischen 1.900 und 1.000 Angemeldeten. Bezüglich der Ausländer, beobachtet man höhere Zahlen in den Kreisen und kreisfreien Städte im Nordosten: Bielefeld, Gütersloh, Paderborn und Minden. Diese weisen Werte zwischen 275 und 300 Angemeldeten zu 10.000 Ausländern aus. In anderen Städten, scheinen die Kurse nicht dazu geeignet, um das Interesse der Ausländer zu gewinnen: es sind nur 179 zu 10.000 in Düsseldorf, 175 in Wuppertal und noch weniger in Duisburg mit 153. Remscheid, Solingen, Bottrop, Mülheim an der Ruhr verfügen über weniger als 150 Einschreibungen zu 10.000 Ausländern. Auf alle Fälle kann man nach den Gründen solcher Unterschiede fragen. Handelt es sich um örtliche Organisationsschwierigkeiten solche Kurse? Gibt es ein mehr oder weniger großes Interesse der lokalen Behörden für die Integration von Ausländern? Besteht mehr oder weniger große Bestrebungen der Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben?

2. Die Staatsangehörigkeiten

Von den 6 Millionen Ausländer, die in NRW durch den Zensus im Jahr 2011 gezählt wurden, sind 82,1% Europäer; diese Proportion ist vergleichbar mit der in Gesamtdeutschland. Aber NRW hat einen geringeren Anteil von Europäern die in der EU sind, als Deutschland: 34,4% im Vergleich zu 37,1%. Auf der anderen Seite erscheint der Anteil der übrigen Europäer höher: 48,7% gegenüber 43,8%. Andere Regionen der Welt sind weniger in ganz Deutschland und in NRW vertreten, mit unter 20,0% Ausländern.

Die ausländische Bevölkerung in NRW teilt sich in zahlreiche unterschiedlich stark vertretene Nationalitäten in Deutschland auf. Die Türken sind die zahlreichsten (26,5% der Ausländer in NRW) und ihre Anwesenheit ist in diesem Bundesland stärker als in Deutschland insgesamt (20,3%), aber auch hier stellen sie den größten Anteil an den Ausländern. Die zweitstärkste Staatsangehörigkeit, die infolge des Zusammenbruchs des Eisernen Vorhanges umverteilt wurde, betrifft das ehemalige Jugoslawien. Heute werden die Jugoslawen in mehrere Länder unterteilt: Serbien, Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro, Slowenien, Mazedonien. Wenn man diese neuen Nationalitäten mit der ehemaligen jugoslawischen Staatsbürgerschaft addiert, ergeben sich 11,5% „Jugoslawen“ in NRW etwas weniger als für Deutschland insgesamt. Die Bedeutung dieser zwei Staatsangehörigkeiten erklärt die starke Anwesenheit der Ausländer, die nicht Mitglieder der EU sind (weil die Türkei als ein europäisches Land betrachtet wird, selbst wenn der größte Teil seines Territoriums in Asien liegt).

Die Mehrheit der gegenwärtigen verschiedenen Nationalitäten in Deutschland sind weitgehend das Ergebnis der umgesetzten Einwanderungspolitik in den Jahren 1950-1960, um den Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften in der BRD zu erfüllen.
„Mit dem Wirtschaftswunder der Bundesrepublik wurden immer mehr Arbeitnehmer gesucht, die auf dem inländischen Markt nicht mehr zu finden waren. Und so schloss die Bundesrepublik am 20. Dezember 1955 mit Italien das erste Anwerbeabkommen ab. Es folgten Abkommen mit Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und dem ehemaligen Jugoslawien (1968)“ (9).

Die Türken

Die Verteilung der Türken im Gebiet der Bundesrepublik zeigt eine starke Verdichtung in den großen Metropolen (Karte 7B). An erster Stelle in Berlin (111.769), Köln (61.054), Hamburg (49.433), München (39.463), Frankfurt am Main (27.835) und Hannover (26.767). Wenn sie in den neuen Bundesländern fast nicht vorhanden sind, so ist ihre Anwesenheit in den alten Bundesländern mehr oder weniger akzentuiert. Sie sind unter 30.000 in Schleswig-Holstein; in Rheinland-Pfalz und dem Saarland zusammen weniger als 80.000; und in Niedersachsen erreichen sie nicht 100 000. Die meisten Türken leben in Nordrhein-Westfalen (520.573), Baden-Württemberg (269.471), Bayern (203.784) und in einem kleineren Maß in Hessen (111.769).

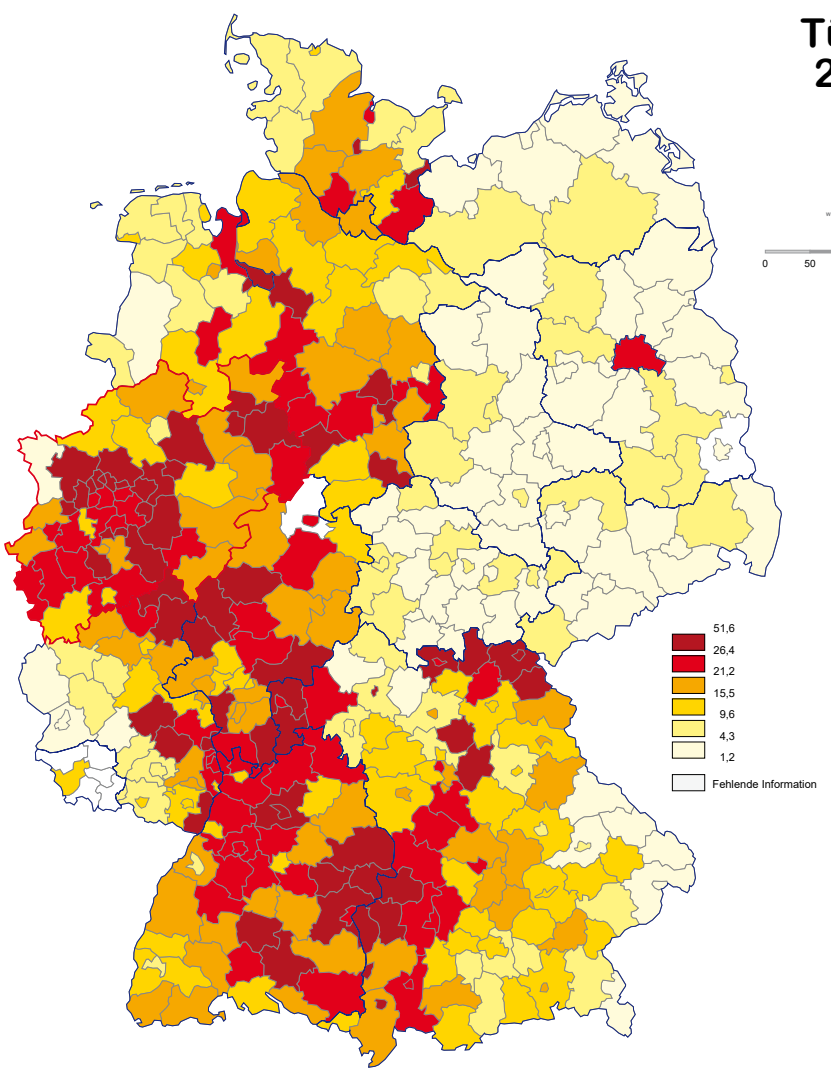
Auch in den Landkreisen, in denen es eine geringere Einwanderung gibt, stellen die Türken die Mehrheit der Ausländer dar, die oft über 30,0% liegt (**Karte 7A**).

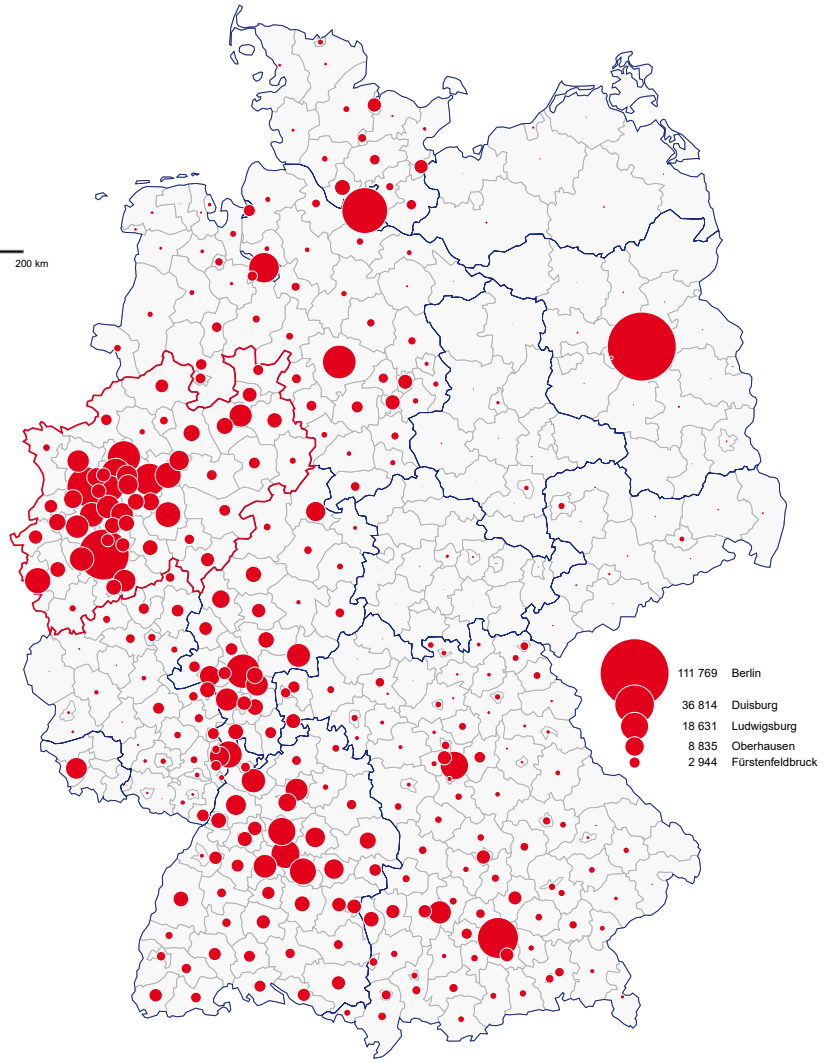
A Anteil zu 100 Ausländern

Staatsangehörigkeit

Türkei
2013

Anzahl **B**





Deutschland : 20,3 / Nordrhein-Westfalen : 26,5

Deutschland : 1 549 808 / Nordrhein-Westfalen : 520 573

Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Statistisches Bundesamt GENESIS-Online Datenbank

©Philippe Waniez - 2014

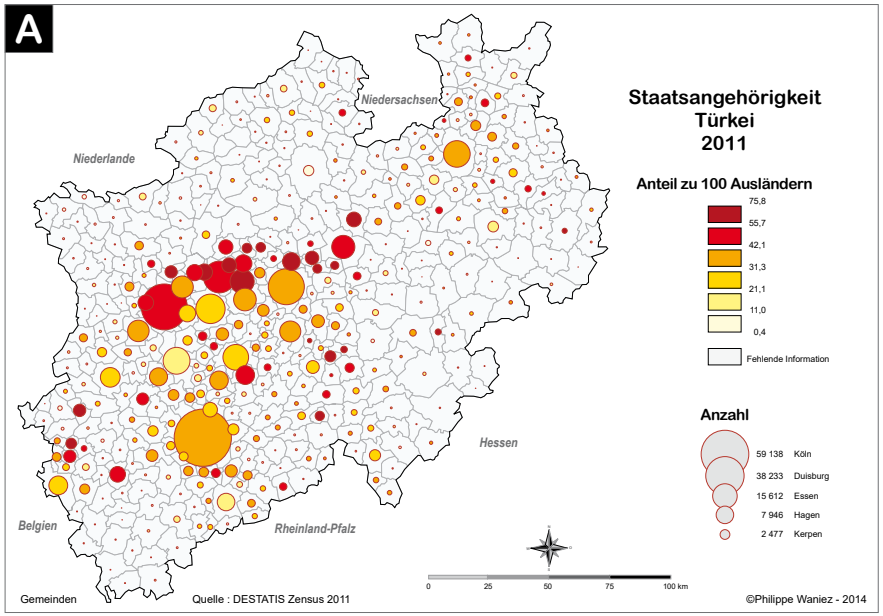
Dies ist besonders der Fall im Osten von Baden-Württemberg (Schwäbische Alb), in Nordbayern (Fichtelgebirge), dem Lahntal von Marburg bis Limburg und dem Wesertal von Höxter bis zur Mündung in Bremerhaven. Auch in vielen Großstädten ist die türkische Präsenz bedeutend, beginnend mit Berlin (22,7% der Ausländer), aber auch in Bremen (29,4%), Heilbronn (31,8%), ... Obwohl immer noch zahlreich, sind sie weniger deutlich sichtbar in den folgenden Städten, weil die Proportion der Ausländer insgesamt zu schwach ist: München (9,4%), Stuttgart (14,3%) und Frankfurt am Main (14,8%).

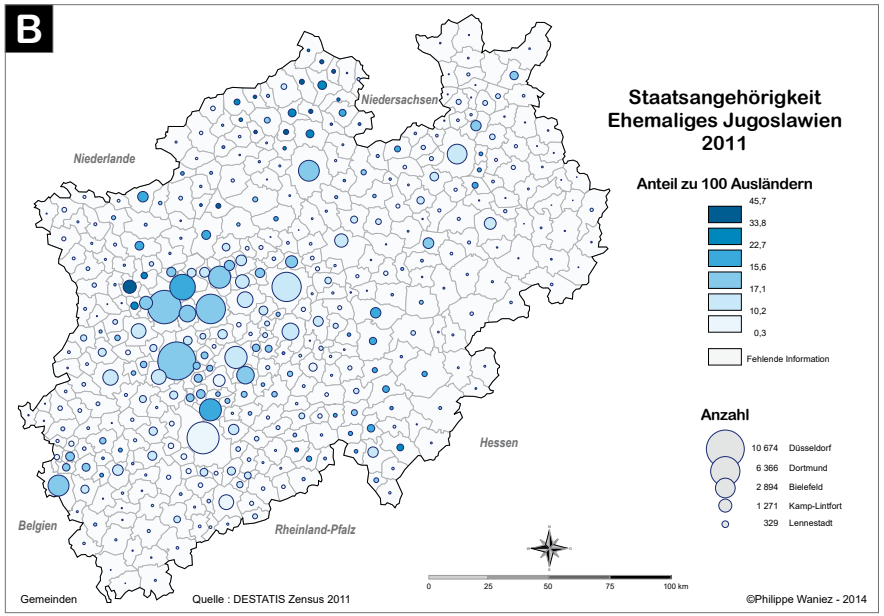
In NRW jedoch, ist ihre Anwesenheit am deutlichsten. Sowohl in der Anzahl, denn mit 520.573 türkischen Staatsbürgern im Jahr 2013 beherbergt das Land ein Drittel der in Deutschland lebenden Türken, als auch im Verhältnis zu den Ausländern mit Wohnsitz in NRW. Hier sind sie mit mehr als einem Viertel vertreten (26,5%).

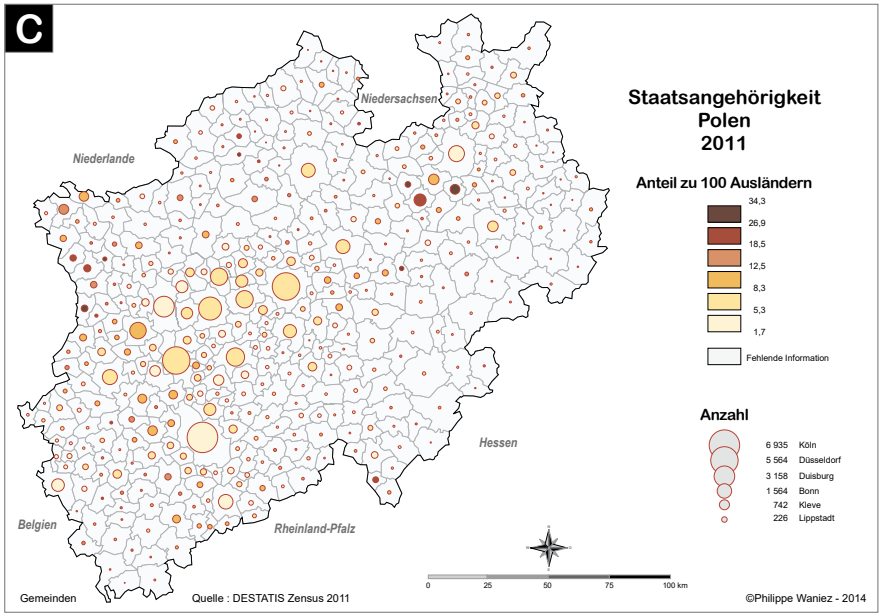
Seit der Unterzeichnung des Anwerbeabkommens zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland am 30. Oktober 1961 bis zum Jahr 2010 sind mehr als eine Million Türken nach NRW gekommen. Nicht alle sind geblieben, mehr als 700 Tausend sind wieder gegangen. Die Geschichte der türkischen Einwanderung in einem halben Jahrhundert (1961-2010) lässt sich in 4 Zeiten einteilen. In der ersten Phase (1961-1968) erfolgte die Einwanderung bescheiden, in der Regel unter 25 000 Einwanderer pro Jahr. In der zweiten Phase (1969-1980) war die Ankunft höher, immer über 30.000 und mit 70.000 mehr als zweimal so hoch in den Jahren 1973 und 1980. Die kurze dritte Periode (1981-1984) erreichte einen drastischen Abschwung; dessen tiefster Stand im Jahr 1983 erreicht wurde: weniger als 10.000 Ankünfte und fast 30.000 Abreisen. Diese Rezession in Form einer Ausblutung schreitet im Jahr 1984 mit der Ausreise von fast 75.000 Türken weiter fort. Ab 1985 setzte sich die türkische Einwanderung fort. Die Rate war noch geringer als 25.000 Einwanderer, jedoch mit einem insgesamt positiven Wanderungssaldo. In den Jahren 2000-2010, überstieg die Zahl der in Deutschland eingebürgerten Türken die Zahl der Einwanderer: 181.200 Einbürgerungen zu nur 114.600 Einreisen (10).

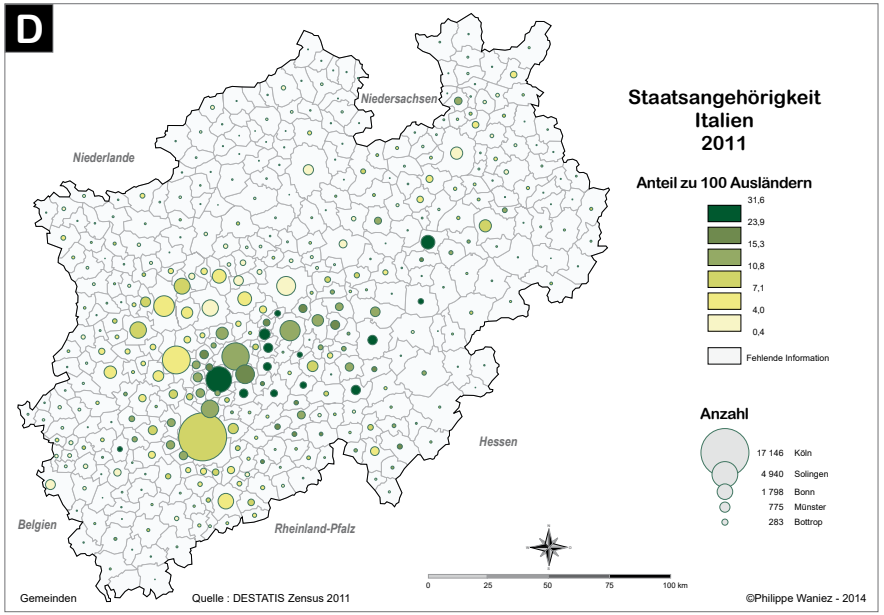
Die Wahrnehmung der Türken in NRW unterscheidet sich je nachdem, ob man ihre Anzahl oder ihren Anteil an der ausländischen Bevölkerung anschaut (**Karte 8A**). In der Anzahl liegt Köln mit 59.138 Personen im Jahr 2011 an der Spitze, das sind 11,0% der Türken von NRW. Gefolgt von Duisburg (38.233), Dortmund (23.401), Gelsenkirchen (18.259) und in einem geringeren Ausmaß Essen (15.612), Düsseldorf (12.983), Bielefeld (12.740) und Wuppertal (11.854). In anderen großen Städten des Landes sind sie geringer: weniger als 7.000 in Aachen, unter 6.000 in Bonn und weniger als 2.000 in Münster.

Wenn in Köln, Dortmund und Bielefeld ein Drittel der ausländischen Bevölkerung türkische Staatsangehörigkeit haben, so ist ihr Anteil in Ruhrgebiet viel größer, vor allem entlang der Nordachse von Duisburg bis Hamm über Gelsenkirchen, Herne, Recklinghausen und Lünen: hier stellen die Türken immer mehr als die Hälfte der ausländischen Bevölkerung. Auf der Südachse des Ruhgebiets, in Mülheim, Essen, Bochum und Dortmund, ist ihr Anteil etwa 30,0% bis ein Drittel. Unter den großen Städten in Düsseldorf ist ihre Anwesenheit mit nur 13,7% am niedrigsten.


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Staatsangehörigkeit
Türkei
2011
Anteil zu 100 Ausländern
75,8
55,7
42,1
31,3
21,1
11,0
0,4
Fehlende Information
Anzahl
59 138 Köln
38 233 Duisburg
15 612 Essen
7 946 Hagen
2 477 Kerpen
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Staatsangehörigkeit
Ehemaliges Jugoslawien
2011
Anteil zu 100 Ausländern
45,7
33,8
22,7
15,6
17,1
10,2
0,3
Fehlende Information
Anzahl
10 674 Düsseldorf
6 366 Dortmund
2 894 Bielefeld
1 271 Kamp-Lintfort
329 Lennestadt
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Staatsangehörigkeit
Polen
2011
Anteil zu 100 Ausländern
34,3
26,9
18,5
12,5
8,3
5,3
1,7
Fehlende Information
Anzahl
6 935 Köln
5 564 Düsseldorf
3 158 Duisburg
1 564 Bonn
742 Kleve
226 Lippstadt
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Staatsangehörigkeit
Italien
2011
Anteil zu 100 Ausländern
31,6
23,9
15,3
10,8
7,1
4,0
0,4
Fehlende Information
Anzahl
17 146 Köln
4 940 Solingen
1 798 Bonn
775 Münster
283 Bottrop
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014

Karten 8

Außerhalb des rein wirtschaftlichen Bereiches äußert sich die türkische Anwesenheit in Deutschland auf verschiedenste Weise im öffentlichen Raum: Die relative Jugend dieser Bevölkerung, die Anwesenheit der kinderreichen Familien (in den Jahren 2006/2007 haben 39,6% der türkischen Familien 3 Kinder oder mehr im Vergleich zu 24,4% der italienischen Familien zum Beispiel (11)) und die Frauen, die den Hidschab tragen kennzeichnen ein Land, in dem die Bevölkerung alt ist. Die Restaurants in der Art von Döner Kebap haben ihren Platz zwischen dem traditionellen Imbiss von Frikadelle und dem Fastfood der Hamburger gefunden. Eine neue Generation von Politikern türkischen Ursprungs erheben ihre Stimmen im politischen Geschehen (2013 zogen 11 Deutsch-Türken in den Deutschen Bundestag ein). Talentierte Fußballspieler (z.B. Mesut Özil, der bei Fußballweltmeister in Brasilien 2014 gefeiert wurde) aber anderer auch sportliche Sterne, die in der Front für die Farben von Deutschland bei internationalen Begegnungen glänzen.

Die „Jugoslawen“

Innerhalb der Bevölkerungsstatistik verursacht die Zersplitterung des ehemaligen Jugoslawiens schließlich eine geringe Sichtbarkeit der ehemaligen Jugoslawen. Wenn man jedoch die Zahl der Bürger der Länder summiert, die einmal Jugoslawien bildeten (Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Mazedonien, Kroatien und Slowenien) so erhält man die beträchtliche Anzahl von 945.889 Jugoslawen oder 12,4% an der Gesamtzahl der Ausländer, die im Jahr 2013 in der Bundesrepublik registriert wurden. Das ist die zweitgrößte ausländische Gemeinschaft im Land, nach den Türken. Die neuen Nationalitäten des ehemaligen Jugoslawiens, die in Deutschland vertreten sind verteilt sich wie folgt: Serbien und Montenegro 25,5%, Kroatien 25,4%, Kosovo 18,1%, Bosnien und Herzegowina 16,6%, Mazedonien 8,2%, ehemaliges Jugoslawien 3,6%, Slowenien 2,5%.

Die Verteilung der Jugoslawen auf der Karte erscheint enger. Tatsächlich ist sie vor allem in drei Bundesländern festzustellen: NRW (226.586) und Baden-Württemberg (223.924) sind nahezu gleich und dicht gefolgt von Bayern (194.704). In diesen drei Ländern zusammen gibt es zwei Drittel der Jugoslawen die in Deutschland leben. Wie die Türken werden sie in vielen Großstädten gefunden, aber dennoch erscheinen sie weniger allgegenwärtig als in den alten Bundesländern (**Karte 9B**). Im Verhältnis zur ausländischen Bevölkerung haben sich die Jugoslawen in der südlichen Hälfte des Landes hauptsächlich im Schwarzwald, aber auch in Oberbayern angesiedelt (**Karte 9A**). Sie repräsentieren 16,9% der Ausländer von Baden-Württemberg und 14,9% von Bayern.

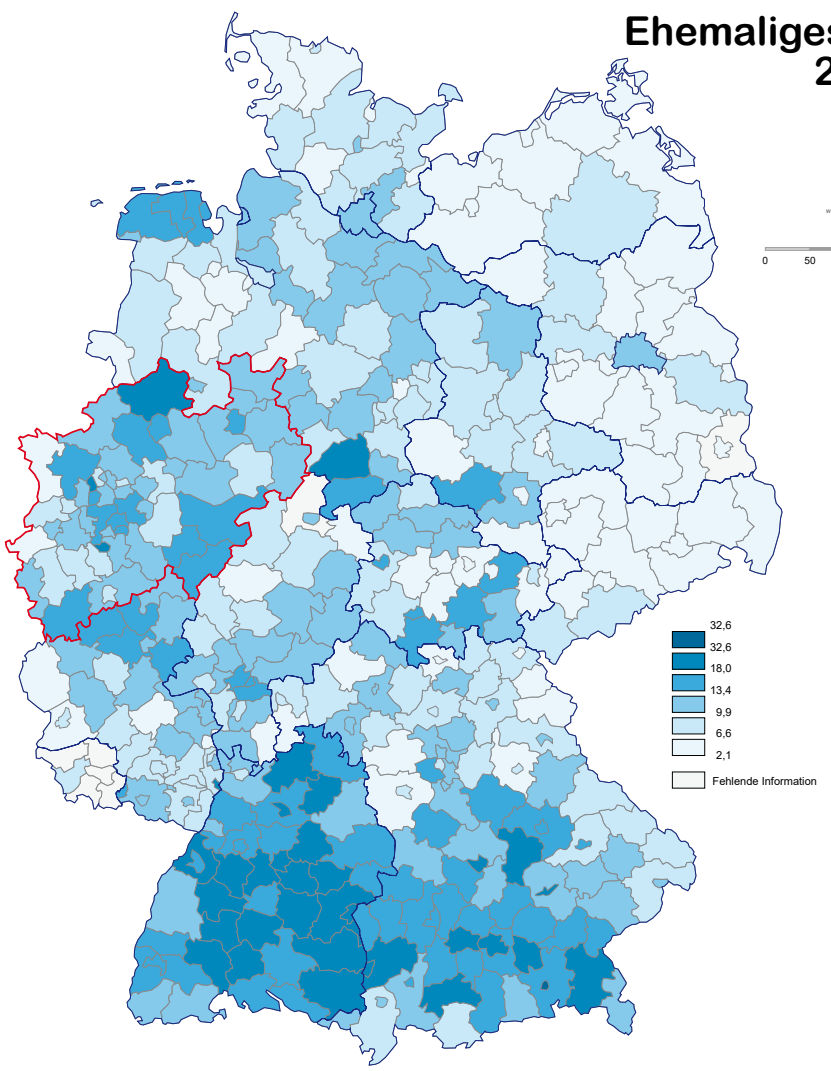
In NRW gibt es 226.586 Jugoslawen, d. h. 11,5% der Ausländer und weniger als die Hälfte vom Anteil der Türken an der Gesamtbevölkerung. Die nationale Zusammensetzung der Jugoslawen in NRW unterscheidet sich etwas von der in ganz Deutschland: die aus Serbien und Montenegro Abstammenden sind mehr vertreten (29,0%), während der Anteil der Staatsangehörigen aus Kroatien geringer ist (17,0%); dieser Unterschied wird durch Menschen aus dem Kosovo in NRW ausgeglichen, mit 20,9% gegenüber 18,1% in Deutschland.

A Anteil zu 100 Ausländern

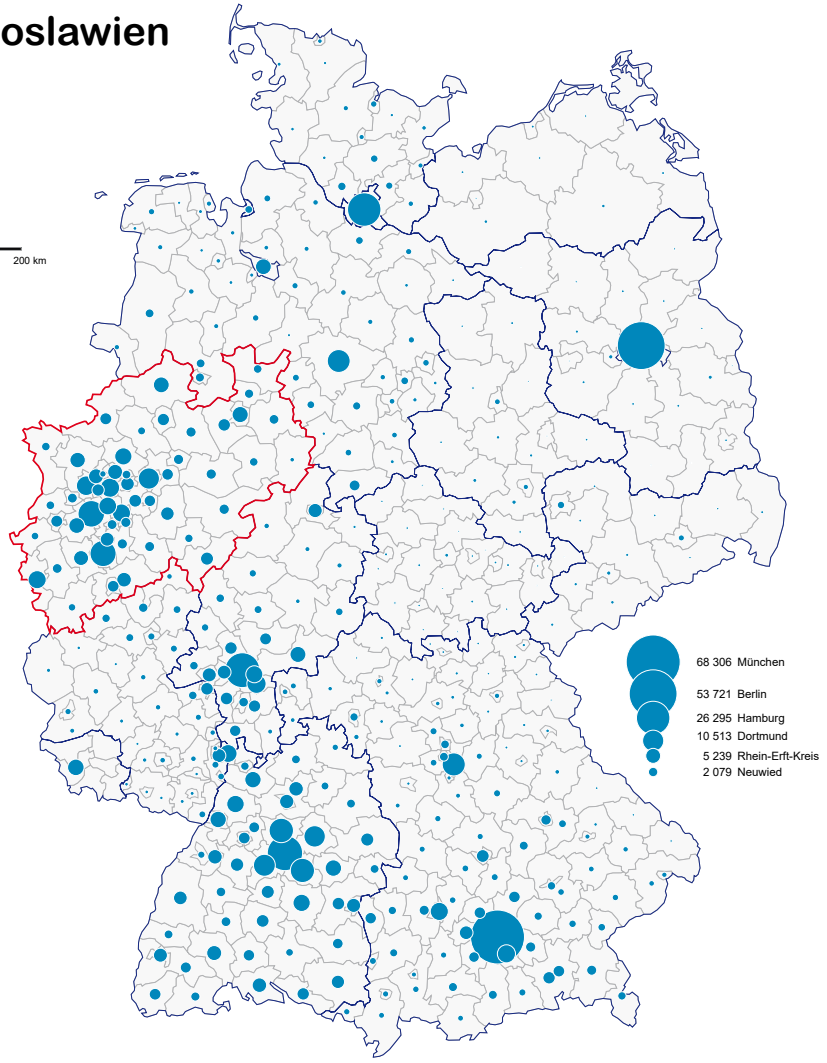
Staatsangehörigkeit

Ehemaliges Jugoslawien
2013

Anzahl B



Deutschland : 12,4 / Nordrhein-Westfalen : 11,5



Deutschland : 945 889 / Nordrhein-Westfalen : 226 586

Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Statistisches Bundesamt GENESIS-Online Datenbank

©Philippe Waniez - 2014

Wenn sie sich in den wichtigsten Städten des Landes niedergelassen haben (Karte 8B), so haben sie nicht Köln bevorzugt (7.591), sondern eher Düsseldorf (10.674). Man findet sie auch im Ruhrgebiet allerdings mit einem fünf Mal niedrigeren Wert als die Türken. Ihre Anwesenheit ist in Westfalen auffällig und zwar zuerst in Münster, wo sie 1,5 Mal so zahlreich sind wie die Türken, aber auch in dem ländlichen Raum im westlichen Westfalen (Gegend von Rheine) womit sie, angesichts der niedrigen Bevölkerungsdichte und schwacher ausländischer Einwanderung in dieser Gegend, ein Viertel der Ausländer bilden. Dies ist auch in einem geringeren Umfang im Sauerland der Fall.

Die Polen

Es ist eine alte und komplexe Geschichte von der polnischen Präsenz in Deutschland. Man weiß, dass nach der Teilung Polens, am Ende des 18. Jahrhunderts zwischen Russland, Österreich und Preußen, mehr als 3 Millionen polnisch sprechende Menschen in den neuen Provinzen Posen und Westpreußen lebten (12).

In den Jahren 1880-1890 emigrierten zahlreiche Polen nach Preußen, auf Grund der kombinierten Wirkung von der Agrarreform in Ostpreußen und des Bedarfs an neuen Arbeitskräften in den Industriegebieten von Rhein und Ruhr. Diese Polen wurden im Besonderen für die Kohleförderung eingestellt. Bis zum Zweiten Weltkrieg gab es einen Zustrom von mehr als zwei Millionen Menschen aus den östlichen Provinzen. So bilden die Polen im Jahr 1900 13,0% der Einwohner in Recklinghausen oder Gelsenkirchen.

Durch Festlegung der Oder-Neiße-Linie im Jahre 1945 erhielt Polen die Grenzgebiete von Posen, von Westpreußen, von Oberschlesien und von Ostpreußen zurück. Seit 1950 sind ungefähr 2,5 Millionen Personen aus Polen nach Deutschland ausgewandert. Es waren hauptsächlich Aussiedler, die mit deutscher Staatsangehörigkeit in den östlichen Provinzen Deutschlands oder Polen lebten.

Im Jahr 2013 wohnten 609.855 Personen mit polnischer Staatsangehörigkeit in Deutschland dies macht 8,0% der ausländischen Bevölkerung von Deutschland aus. So ist Polen die drittgrößte Quelle der Einwanderungen in die Bundesrepublik, hinter der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien.

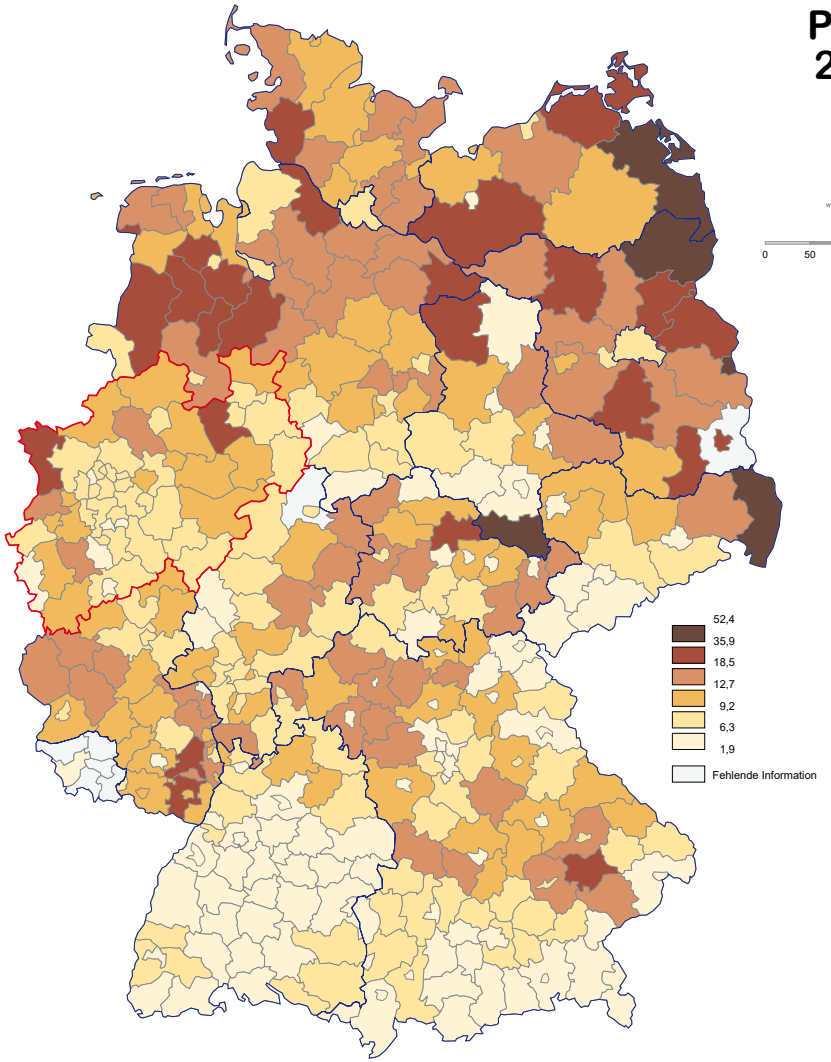
Die Verteilung der polnischen Bevölkerung in Deutschland unterscheidet sich gravierend von der der Türken und Jugoslawen. Natürlich beobachtet man eine große Anzahl in den Metropolen der wichtigsten Arbeitsanbieter: Berlin (35.995), Hamburg (21.289), München (17.783), Hannover (13.457) und Frankfurt am Main (13.351). Der Vergleich mit anderen Nationalitäten endet hier, vor allem aus zwei Gründen. Zunächst wird die relativ geringe Präsenz im Süden beobachtet (**Karte 10B**), insbesondere in Baden-Württemberg und Bayern. Auf der anderen Seite verstärkt sich der Anteil der Polen in der ausländischen Bevölkerung in einer Nord-Süd-Asymmetrie mit Prozentsätzen von nahe 20,0% besonders in Niedersachsen (**Karte 10A**). Zu dieser zweiten Auffälligkeit kommt eine Eigenart hinzu: In den neuen Ländern, in denen die Anwesenheit von Ausländern eher schwach ist, sind die Polen eine von zwei der häufigsten dargestellten Staatsangehörigkeiten (die andere ist die russische Staatsangehörigkeit).

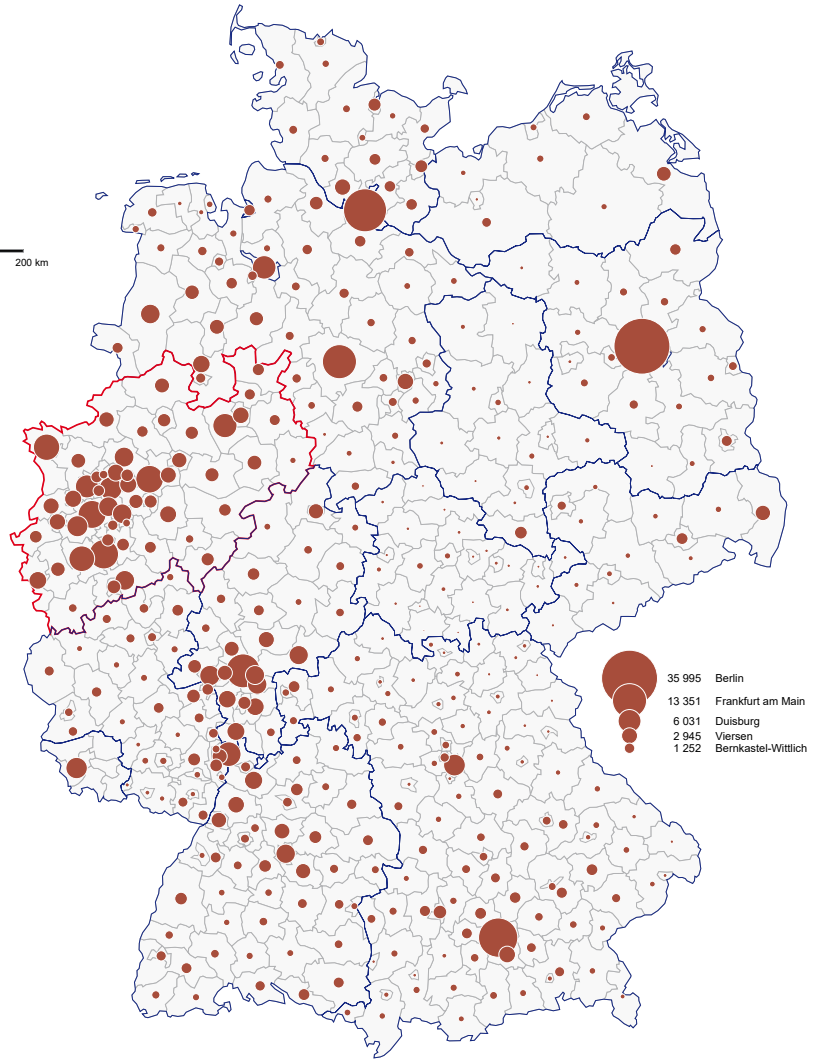
A Anteil zu 100 Ausländern

Staatsangehörigkeit

Polen 2013

Anzahl B





Deutschland : 8,0 / Nordrhein-Westfalen : 8,6

Deutschland : 609 855 / Nordrhein-Westfalen : 169 338

Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Statistisches Bundesamt GENESIS-Online Datenbank

©Philippe Waniez - 2014

Das erklärt sich sicher durch die geografische Nähe von Brandenburg und von Mecklenburg-Vorpommern, aber vielleicht auch durch das Gewicht der Geschichte, welches die Länder des Paktes von Warschau in derselben „Freundschaft“ vereinigte. Aber diese Zeit ist vorüber und die Überprüfung der Anzahl von Polen in den Bundesländen zeigt eine klare Konzentration in NRW. Dort sind über ein Viertel (27,8% für 169.338 Personen) der in Deutschland lebenden Polen angesiedelt. Bayern, ist das zweite Land, in dem eine Mehrzahl Polen leben, es zählt allerdings nur 84.147, das ist halb so viel wie in NRW.

Obwohl die Polen in NRW zahlreich sind, repräsentieren sie nur 8,6% der Ausländer, weit hinter den Türken und den Jugoslawen. Köln liegt an der Spitze, gefolgt von Düsseldorf und Dortmund (**Karte 11C**). In den meisten großen Städten erreichen sie zwischen 4,0% und 9,0% der ausländischen Bevölkerung. Dieser Prozentsatz steigt auf etwa 20,0% in den Kreisen Kleve und Gütersloh.

Die Italiener

Im April 2007 lebten 3,5 Millionen italienische Bürger im Ausland. 57,3% dieser Italiener haben sich in Europa und 34,3% in Amerika niedergelassen. Drei Länder werden von italienischen Emigranten bevorzugt: Argentinien, Deutschland und die Schweiz. Jedes Land verfügt über mehr als eine halbe Million italienische Bürger innerhalb seiner Grenzen (13).

Eine erste Welle der italienischen Emigration fand in den späten 1880er Jahren statt. Während Italien vor einer schweren Wirtschaftskrise in der Landwirtschaft, bei den Banken und den Immobilien stand, begann eine Massenauswanderung. In den Jahren 1876-1900 gibt es bereits mehr als 200.000 Ausreisen pro Jahr (14). Die deutsche Seite, das Königreich Preußen, dann später die Republik von Weimar wurde von der ersten Wanderungswelle wenig betroffen (15). Mit dem Wirtschaftswunder im Nachkriegsdeutschland begann die große Welle der italienischen Emigration nach Deutschland. Das Anwerbeabkommen, das mit Italien im Jahr 1955 unterzeichnet wurde, ermöglichte die Einstellung von italienischen Arbeitern aus dem Süden und Nord-Osten des Landes, vor allem im Kohle- und Stahlsektor nach der Gründung der Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS (1951). Diese Zuwanderung weitete sich in die Dienstleistungsbranche aus (Restaurants, Hotels...). Welche deutsche Stadt, ob klein oder groß verfügt heute nicht über eine italienische Eisdiele oder eine Pizzeria?

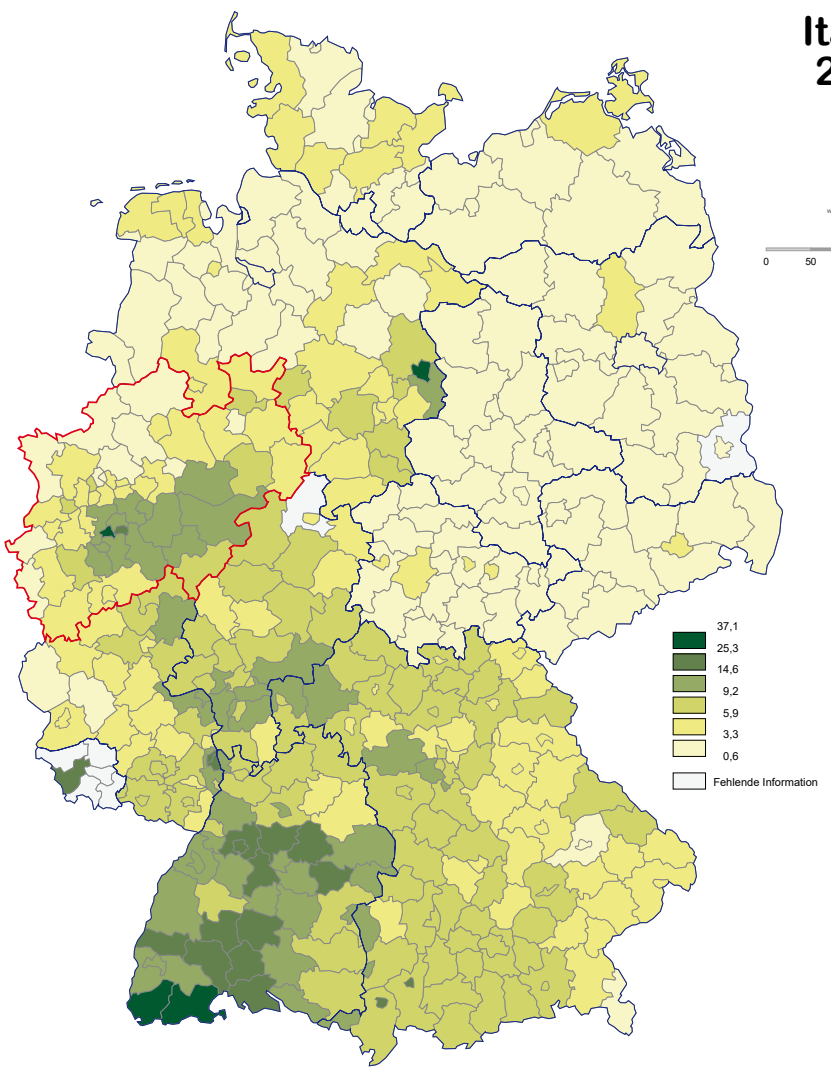
Im Jahr 2013 leben 552.943 italienische Staatsangehörige auf deutschem Boden, d.h. 7,2% der ausländischen Bevölkerung, die sich im Land aufhält. Dies macht die viertgrößte ausländische Gemeinschaft in Deutschland. Die Italiener teilen sich etwa zur Hälfte in zwei Länder (**Karte 11B**) der Bundesrepublik: Baden-Württemberg (167.534, 30,3%) und Nordrhein-Westfalen (127.631, 23,1%). Man findet sie auch in Süd-Hessen (Region von Frankfurt am Main) im Saarland (Region von Saarlouis) sowie in Berlin und München. Wenn es auch eine starke Präsenz der Italiener in den Metropolen gibt, so scheint sie dennoch begrenzt, da die Werte in Hamburg, Bremen oder Hannover registriert sind. In Wolfsburg, dem Produktionszentrum von Volkswagen werden 5.206 gezählt, das sind 37,1% der in dieser Stadt wohnenden Ausländer. Im Verhältnis zu der Zahl der Ausländer, betont die Karte in einem Teil von NRW die Anwesenheit der Italiener (**Karte 11A**), im Süden von Hessen und in drei Viertel vom Süden Baden-Württembergs erreichen sie fast 15,0% von Pforzheim bis Göppingen und mehr als 25,0% in Lörrach und Waldshut in der Nähe der Französisch und Schweizer Grenze.

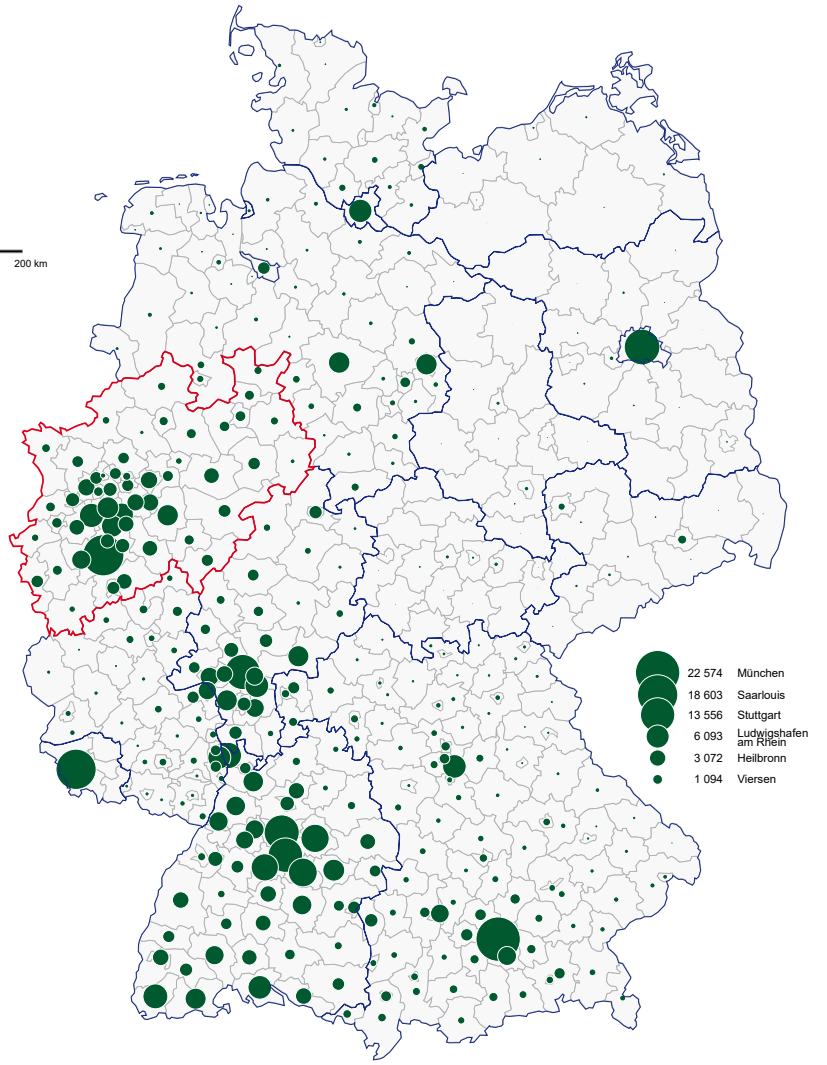
A Anteil zu 100 Ausländern

Staatsangehörigkeit

Italien 2013

Anzahl B





Deutschland : 4,1 / Nordrhein-Westfalen : 4,7

Deutschland : 316 331 / Nordrhein-Westfalen : 92 172

Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Statistisches Bundesamt GENESIS-Online Datenbank

©Philippe Waniez - 2014

In NRW repräsentieren die Italiener 6,5% der ausländischen Bevölkerung. Auf Köln entfallen 17.146 oder 10,4% der ausländischen Bevölkerung. Im Ruhrgebiet ist ihre Präsenz nicht so stark. Allerdings, im Dreieck Wuppertal, Remscheid, Solingen übersteigt ihre Zahl 13.000; in Solingen stellen sie 25,9% der ausländischen Bevölkerung. Zu diesen drei Städten sollte Hagen hinzugefügt werden. Im Rest des Bundeslandes sind geringere Werte, auch in den großen Städten wie Münster, Aachen und Bielefeld. Im Sauerland und Oberbergischen Kreis ist ihre Zahl niedrig, aber ihr Anteil unter den Ausländern manchmal über 20,0% (658 Personen und 28,5% in Attendorn zum Beispiel).

Die Griechen

Das Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Griechenland wurde am 30. März 1960 unterzeichnet und führte zum Beginn einer griechischen Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland (16). Die Militärdiktatur, die in Griechenland von 1967 bis 1974 geherrscht hat, hat die Emigration der Griechen begünstigt, die politisch links und manchmal sogar gemäßigt rechts orientiert waren, insbesondere Intellektuelle. 1973 war Deutschland die Heimat von 407.614 griechischen Bürgern. Mit der Rückkehr zur Demokratie, kehrte ein großer Teil der politischen Exilanten in ihr Land zurück. Durch den Beitritt Griechenlands zur EWG im Jahr 1981 und die damit verbundenen wirtschaftlichen Möglichkeiten begünstigte neue Auswanderungen. Im Jahr 2000 gab es 365.438 Griechen in Deutschland. Die Auslösung der griechischen Finanzkrise seit 2008 und die Haushaltsanierungsprogramme, die ab 2010 folgten, haben eine starke Zunahme an Arbeitslosigkeit hervorgerufen: 11,1% Arbeitnehmer im Januar 2010, 15,1% 2011, 22,0% 2012, 26,8% 2013. In der Zwischenzeit wurde eine Zunahme in der Zahl griechischer Einwanderer nach Deutschland beobachtet. Jedoch ist das Maximum aus den Jahren 1973 und 2000 noch lange nicht erreicht. Die Griechen besetzen den 5. Platz in der Klassifizierung der in Deutschland lebenden Ausländer.

Die Griechen sind vor allem in Nordrhein-Westfalen (92.172, 29,1%), Baden-Württemberg (74.656, 23,6%) und Bayern (65.584, 20,7%) angesiedelt. Sie sind im Wesentlichen auf einige große Metropolen verteilt (**Karte 12B**): München und Nürnberg, Stuttgart, Frankfurt am Main und Berlin. Der Anteil in der ausländischen Bevölkerung zeichnet keinen besonderen Trend ab (**Karte 12A**).

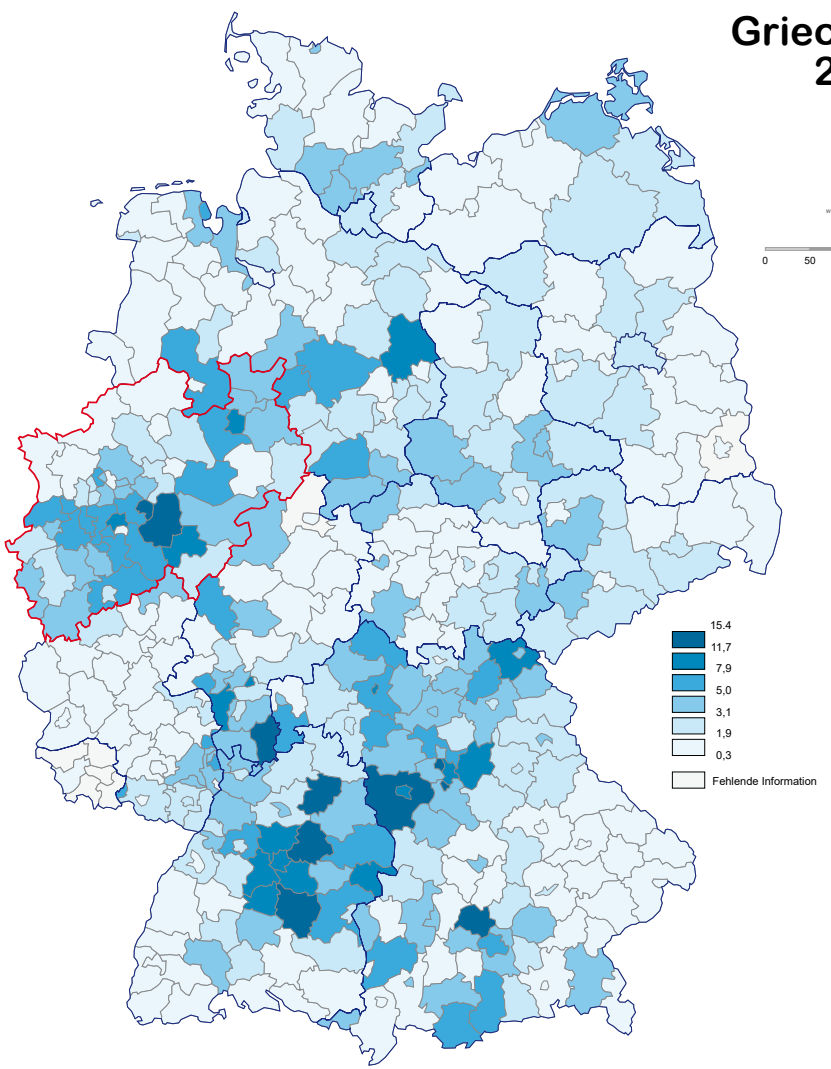
In NRW leben 29,1% der Griechen von Deutschland; 4,7% der Ausländer in NRW sind Griechen. Mit 8.363 Griechen in seiner Bevölkerung, liegt Düsseldorf an der Spitze (**Karte 13A**), Köln liegt an zweiter Stelle (5.081) und Wuppertal an dritter (4.382). Es gibt eine überraschend große Zahl von Griechen (2.692) in Lüdenscheid, dort bilden sie 28,6% der Ausländer. Man findet hier eine starke griechisch-orthodoxe Gemeinde und Kulturvereine, wie z.B. die Tanzgruppe „Der Verein pontische Panagia Soumela aus Lüdenscheid“ im Jahr 1974 gegründet und „Der griechische Folkloretanzverein Thrakien eV Lüdenscheid“, der aus dem Jahr 1978 stammt. Im Ruhrgebiet, ist die Anzahl der Griechen relativ niedrig, außer in Dortmund und Essen. An anderer Stelle in NRW sind die Griechen mit geringer Anzahl verteilt.

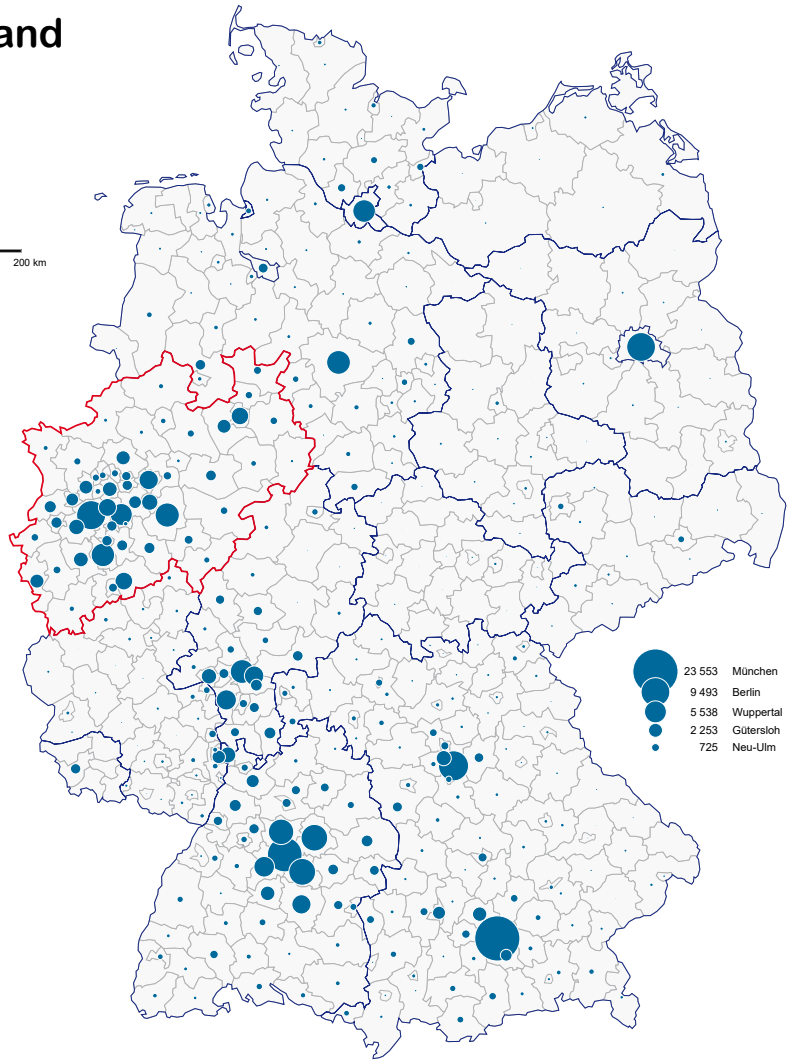
A Anteil zu 100 Ausländern

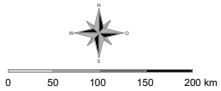
Staatsangehörigkeit

Griechenland
2013

Anzahl B







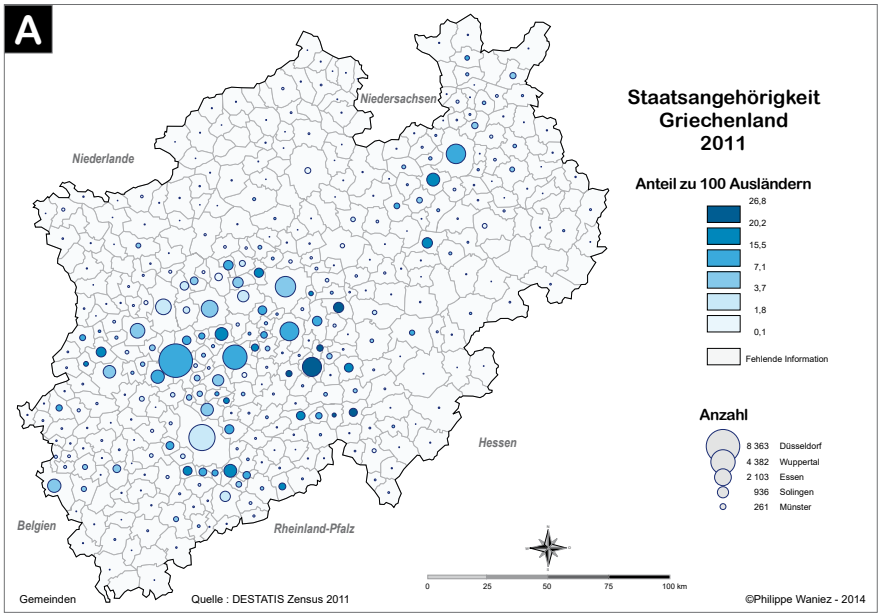
Deutschland : 4,1 / Nordrhein-Westfalen : 4,7

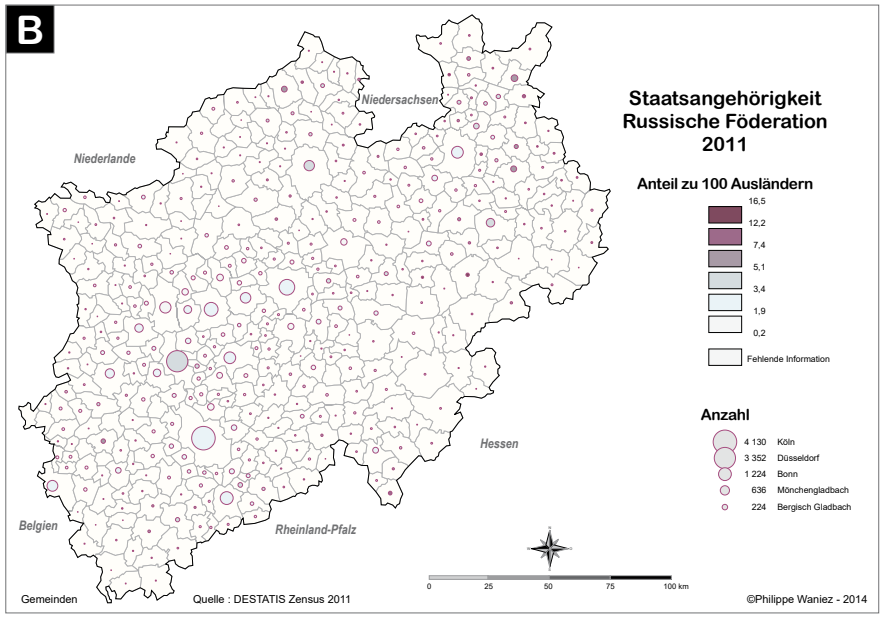
Deutschland : 316 331 / Nordrhein-Westfalen : 92 172

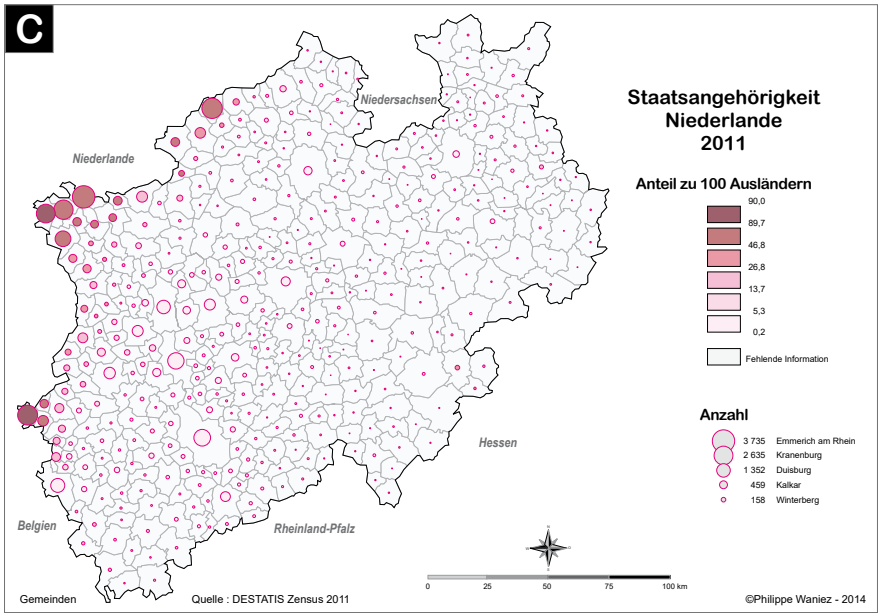
Kreise und kreisfreie Städte

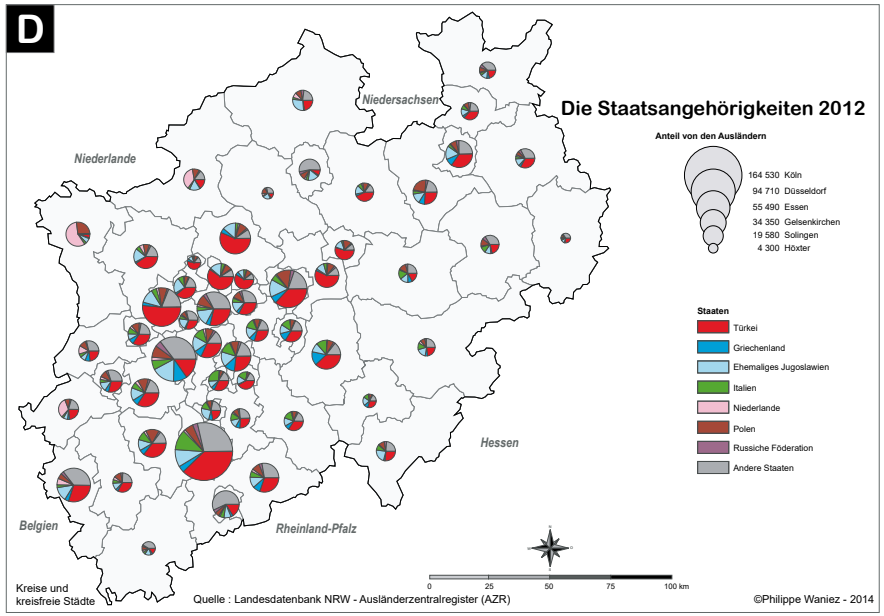
Quelle : Statistisches Bundesamt GENESIS-Online Datenbank

©Philippe Waniez - 2014


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Staatsangehörigkeit
Griechenland
2011
Anteil zu 100 Ausländern
26,8
20,2
15,5
7,1
3,7
1,8
0,1
Fehlende Information
Anzahl
8 363 Düsseldorf
4 382 Wuppertal
2 103 Essen
936 Solingen
261 Münster
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Staatsangehörigkeit
Russische Föderation
2011
Anteil zu 100 Ausländern
16,5
12,2
7,4
5,1
3,4
1,9
0,2
Fehlende Information
Anzahl
4 130 Köln
3 352 Düsseldorf
1 224 Bonn
636 Mönchengladbach
224 Bergisch Gladbach
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Staatsangehörigkeit
Niederlande
2011
Anteil zu 100 Ausländern
90,0
89,7
46,8
26,8
13,7
5,3
0,2
Fehlende Information
Anzahl
3 735 Emmerich am Rhein
2 635 Kranenburg
1 352 Duisburg
459 Kalkar
158 Winterberg
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2014


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Die Staatsangehörigkeiten 2012
Anteil von den Ausländern
164 530 Köln
94 710 Düsseldorf
55 490 Essen
34 350 Gelsenkirchen
19 580 Solingen
4 300 Höxter
Staaten
Türkei
Griechenland
Ehemaliges Jugoslawien
Italien
Niederlande
Polen
Russiche Föderation
Andere Staaten
0 25 50 75 100 km
Kreise und
kreisfreie Städte
Quelle : Landesdatenbank NRW - Ausländerzentralregister (AZR)
©Philippe Waniez - 2014

Karten 13

Die Russen

Die starke Präsenz der Russen in Deutschland hängt mit der Oktoberrevolution von 1917 zusammen (17). Am Ende des Zweiten Weltkrieges gab es 200.000 bis 250.000 Verschleppte und Überläufer die in Deutschland blieben. Im Laufe der Jahre 1970-1980, das heißt während des kalten Krieges, nimmt Deutschland Dissidenten aus der Sowjetunion auf. Aber der Zustrom russischer Immigranten begann mit der Perestroika (1985-1991). Die meisten dieser Neuankömmlinge stammen aus russisch-jüdischen Familien oder sind Deutsch-Russen, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit geltend machen, um in der Bundesrepublik zu leben. Sie werden automatisch deutsche Bürger und ihre russischen Familien können eingebürgert werden.

Im Jahr 2013 beläuft sich die Anzahl der Angehörigen aus der Russischen Föderation mit Wohnsitz in Deutschland auf 216.291 oder 2,8% der Gesamtanzahl der Ausländer. Berlin liegt an der Spitze (18.785), mit Abstand gefolgt von Hamburg (8.740) und München (7.904). Jedoch nimmt NRW die meisten Russen auf (**Karte 14B**). Die Anzahl ist 47.099, das heißt 21,8% der Russen in Deutschland, aber nur 2,4% der Ausländer von NRW.

In Anspielung auf die Geschichte, ist der Teil der Russen innerhalb der ausländischen Bevölkerung in der ehemaligen DDR wirklich hoch (**Karte 14A**), d.h. im Vergleich zur relativ niedrige Anzahl der Ausländer. Dies zeigt ein ähnliches Muster wie bei den Polen, nur etwas ausgeprägter. Aber die Anzahl der Russen in den neuen Ländern bleibt gering: 20,4% insgesamt mit Berlin und nur 11,8%, ohne die Bundeshauptstadt.

In NRW haben sich die Russen in geringer Anzahl in den Städten niedergelassen, zum Beispiel 4.130 in Köln und 3.352 in Düsseldorf (Karte 13B). Unter den Ausländern fallen sie kaum ins Gewicht, in der Regel weniger als 5,0%. Außerhalb der Städte überschreitet ihre Zahl nicht ein paar Dutzend.

Die Niederländer

In der ausländischen Bevölkerung von Deutschland, sind die Holländer eine Besonderheit von NRW: Man findet hier 48,4% der Staatsangehörigen dieses Landes in Deutschland, das sind 68.893 Menschen von insgesamt 142.417 im Jahr 2013. Ihre Verteilung in der Bundesrepublik begünstigt zwei Grenzländer: NRW und Niedersachsen (**Karte 15B**). Dieser Randeffekt wird durch den Anteil der Niederländer in der ausländischen Bevölkerung bestätigt (**Karte 15A**). In einigen Städten besteht die ausländische Bevölkerung fast ausschließlich aus Niederländern, wie in Selfkant, Kranenburg, und in geringerem Maße auch in Emmerich am Rhein, Kleve, Goch und Gronau (**Karte 16C**).

Die anderen Nationalitäten

Die detaillierte Analyse mit Karten der sieben häufigsten in NRW etablierten Nationalitäten erschöpft natürlich nicht das Thema der Geografie über den Ausländeranteil in Deutschland. Die **Karte 13D** bietet für NRW eine Zusammenfassung auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte: die Kreise präsentieren hier die Gesamtzahl der Ausländer und die Flächenbereiche spiegeln das Gewicht jeder Nationalität darin.

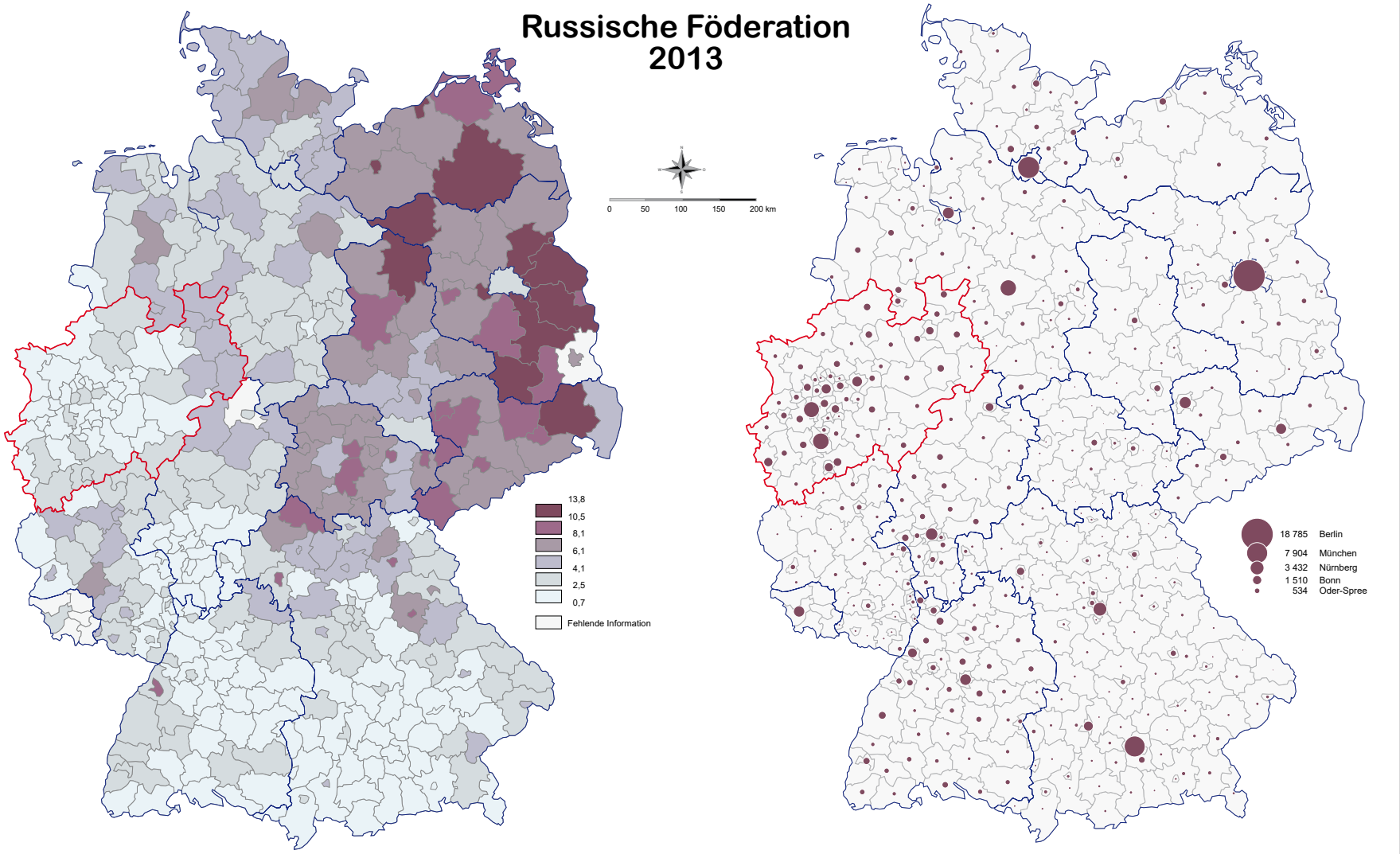
Diese Karte erfordert einige Bemerkungen. An erster Stelle zeigt sie die Bedeutung der türkischen Bevölkerung, die in

A Anteil zu 100 Ausländern

Staatsangehörigkeit

Russische Föderation
2013

Anzahl B



Deutschland : 2,8 / Nordrhein-Westfalen : 2,4

Deutschland : 216 291 / Nordrhein-Westfalen : 47 099

Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Statistisches Bundesamt GENESIS-Online Datenbank

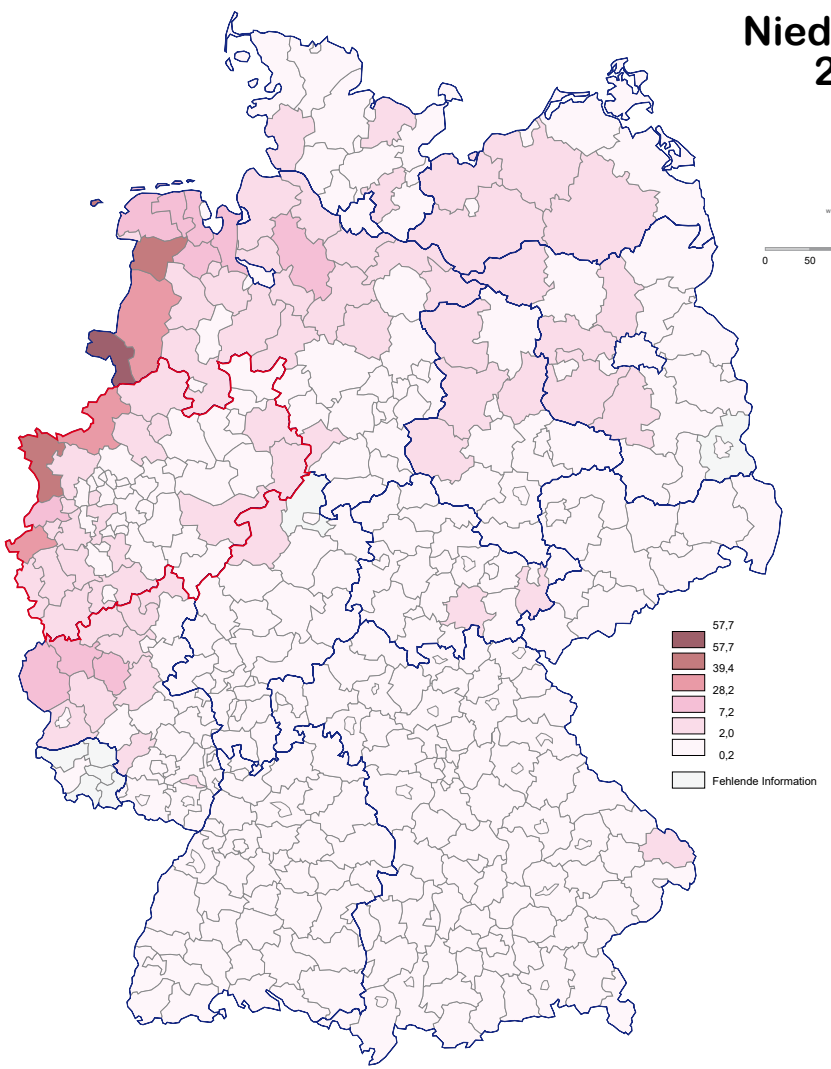
©Philippe Waniez - 2014

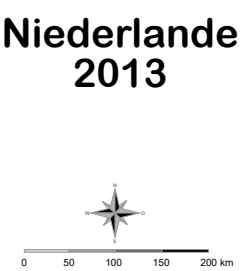
A Anteil zu 100 Ausländern

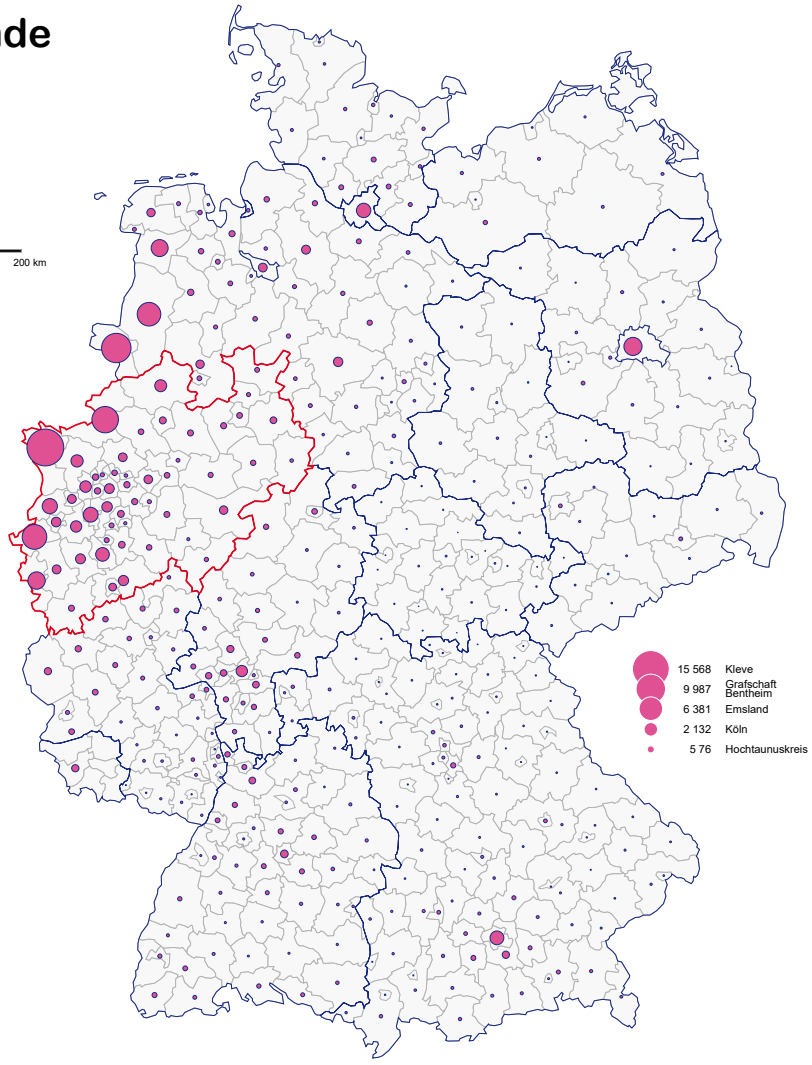
Staatsangehörigkeit

Niederlande 2013

Anzahl B







Deutschland : 1,9 / Nordrhein-Westfalen : 3,5

Deutschland : 142 417 / Nordrhein-Westfalen : 68 893

Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Statistisches Bundesamt GENESIS-Online Datenbank

©Philippe Waniez - 2014

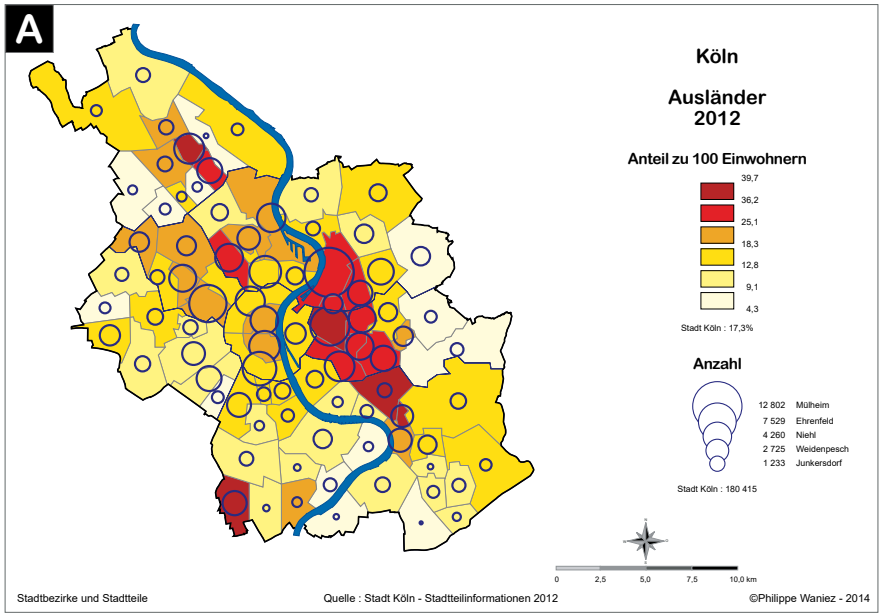
mehreren Städten vorherrschend ist: das sind im besonderen Duisburg, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Bottrop, Herne, Unna, Hagen. Und zweitens, dass die meisten der größten Städte in NRW (mit Ausnahme von Duisburg) durch eine mehr oder weniger ausgewogene Mischung aus sechs weiteren stark vertretenen Nationalitäten gekennzeichnet sind, auch wenn die Anzahl der Türken die größte Fläche in Köln oder Dortmund bilden. Der dritte Punkt ist die Existenz einiger Kreise, in denen die Verteilung der Ausländer keine Dominanz aufweist, wie im Sauerland, Wuppertal, Leverkusen oder Paderborn. Schließlich sollte die besondere Situation in Bonn und Münster und in geringerem Maße von Düsseldorf und Aachen erwähnt sein, in der andere Nationalitäten, die weniger in NRW vertreten sind als die hier untersuchten sieben, die Hauptgruppe bilden. Diese Städte sind auf Grund ihrer internationalen Funktionen einzigartig, die nicht nur die Arbeitnehmer aus den armen Regionen in Europa anziehen, sondern auch Unternehmer und Beamte aller Nationalitäten. Die Bestimmung der Nationalitäten in der ausländischen Bevölkerung erscheint daher als Indikator für die städtische Struktur: die Dominanz der Türken drückt mehr oder weniger die Funktionen für Industrieproduktion aus; eine ausgewogenere Mischung führt zu einer abwechslungsreicheren Wirtschaft. Eine größere Vielfalt an Nationalitäten ist das Zeichen von ehrgeizigen internationalen Funktionen.

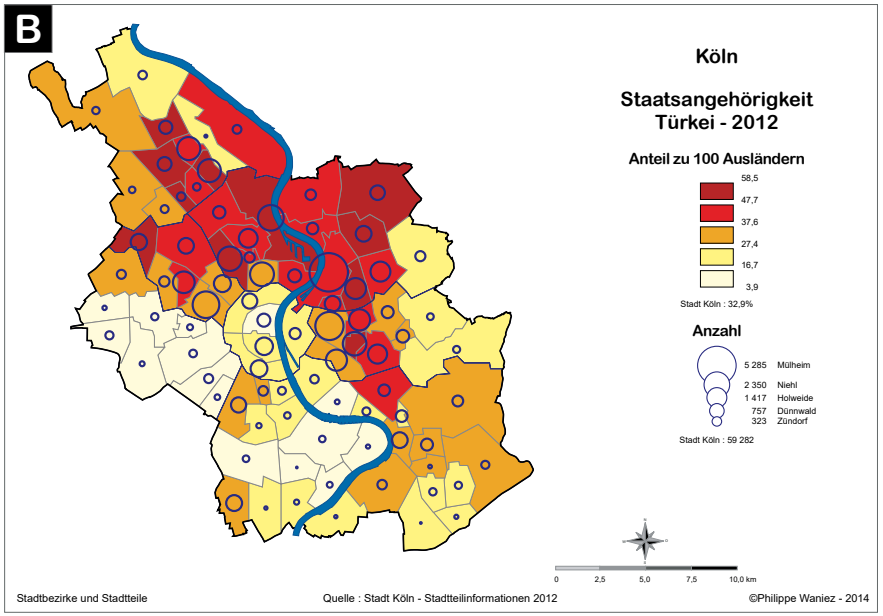
Die Ausländer in den Städten

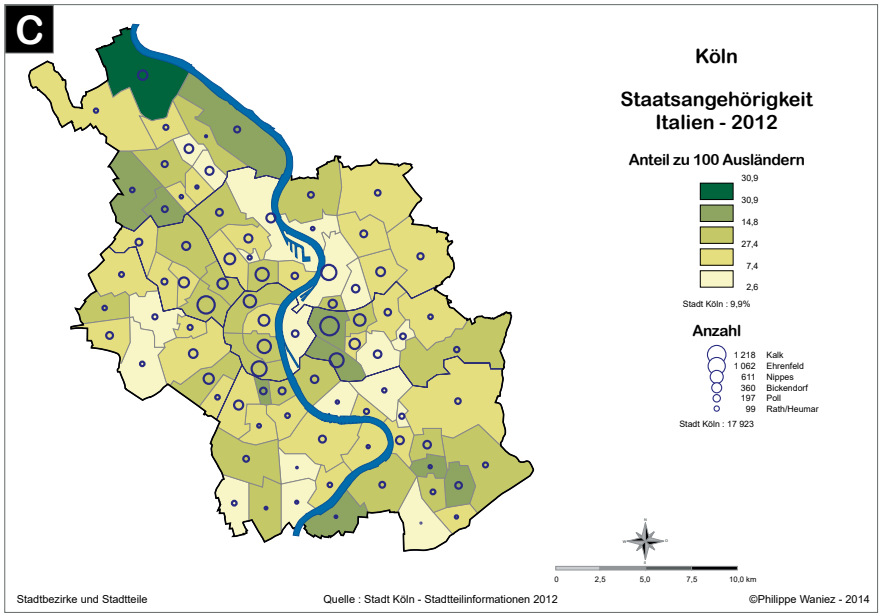
Das Zoom auf die Städte von NRW auf der Ebene der Stadtteile erweist sich als sinnvoll um die Analysen auf den Ebenen von Deutschland und dem Bundesland NRW zu präzisieren. Zu diesem Zweck wurden Köln, Düsseldorf, Bonn und Wuppertal ausgesucht, ebenso die Kernzone des Ruhrgebiets.

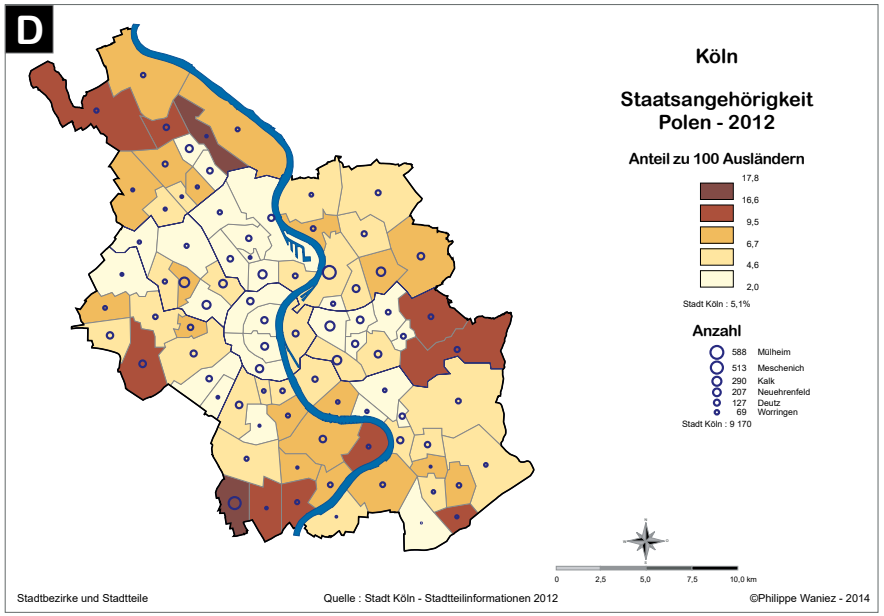
Köln

Im Jahr 2012 sind in Köln 180.415 Ausländer gemeldet das sind 17,3 zu 100 Einwohnern. Im südwestlichen Viertel der Stadt übersteigt der Anteil an Ausländern in der Regel nicht 20,0%. Vor allem findet man Ausländer auf der rechten Seite des Rheinufers (**Karte 16A**) Kalk (29.259) und Mülheim (28.532). Sie sind im Besonderen auch in großer Anzahl in der Innenstadt (21.712), in Nippes (20.676) und Ehrenfeld (19.811) angesiedelt. Ausländer sind in allen Stadtteilen von Köln vorhanden, aber ihre Anwesenheit ist unterschiedlich ausgeprägt: In Finkenberg und Meschenich leben sie mit fast 40,0% von der Gesamtbevölkerung, über 36,0% in Kalk, Gremberghoven und Chorweiler. Der Anteil an Ausländern liegt zwischen 25,0% und 30,0% in mehreren Stadteile: Ostheim, Humboldt/Gremberg, Vingst, Höhenberg, Buchheim, Buchforst, Mülheim und an dem rechten Rheinufer in Bilderstöckchen und Seeberg. Es handelt sich um die Bezirke mit größeren sozialen Problemen. In Mühlheim beispielsweise „die soziokulturelle Entwicklung des Stadtteils hängt unmittelbar mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel zusammen. Daher sind Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebedürftigkeit und Armut in Köln-Mülheim stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der Stadt Köln. (…) Der Trend zur Verinselung wird durch den industriellen Strukturwandel und aktuelle wohn- und städtebauliche Entwicklungen verstärkt, so dass teilweise harte räumliche Grenzen entstehen – sowohl zwischen gut und schlecht verdienenden Bevölkerungsteilen als auch zwischen der alteingesessenen deutschstämmigen Bevölkerung und der Einwohnerschaft mit Migrationshintergrund“ (18).


A
Köln
Ausländer
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
39,7
36,2
25,1
18,3
12,8
9,1
4,3
Stadt Köln : 17,3%
Anzahl
12 802 Mülheim
7 529 Ehrenfeld
4 260 Niehl
2 725 Weidenpesch
1 233 Junkersdorf
Stadt Köln : 180 415
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014


B
Köln
Staatsangehörigkeit
Türkei - 2012
Anteil zu 100 Ausländern
58,5
47,7
37,6
27,4
16,7
3,9
Stadt Köln : 32,9%
Anzahl
5 285 Mülheim
2 350 Niehl
1 417 Holweide
757 Dünnwald
323 Zündorf
Stadt Köln : 59 282
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014


C
Köln
Staatsangehörigkeit
Italien - 2012
Anteil zu 100 Ausländern
30,9
30,9
14,8
27,4
7,4
2,6
Stadt Köln : 9,9%
Anzahl
1 218 Kalk
1 062 Ehrenfeld
611 Nippes
360 Bickendorf
197 Poll
99 Rath/Heumar
Stadt Köln : 17 923
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014


D
Köln
Staatsangehörigkeit
Polen - 2012
Anteil zu 100 Ausländern
17,8
16,6
9,5
6,7
4,6
2,0
Stadt Köln : 5,1%
Anzahl
588 Mülheim
513 Meschenich
290 Kalk
207 Neuehrenfeld
127 Deutz
69 Worringen
Stadt Köln : 9 170
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2014

Die Türken bilden die wichtigste ausländische Nationalität in Köln. Mit 59.282 Personen ist das ein Drittel aller Ausländer. Ihre Anwesenheit ragt in den verschieden Vierteln der Stadt heraus (**Karte 16B**). In den Bezirken von Kalk und Mülhein im Osten und von Chorweiler und Nippes im Norden sind die Proportionen der Türken unter den Ausländern am höchsten. In der Regel sind es mehr als 35,0% und oft erreichen sie die Hälfte der Gesamtzahl an Ausländern. Auf der anderen Seite sind sie in Lindenthal und Rodenkirchen eindeutig in der Minderheit.

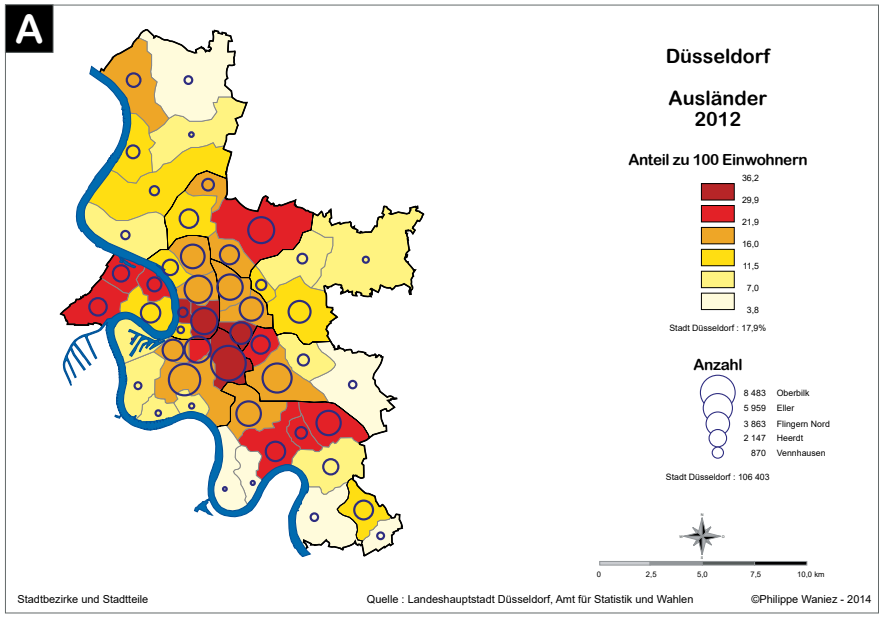
Unter den Ausländern leben 17.923 Italiener oder 9,9%, ihre Präsenz auf der Karte unterscheidet sich von der der Türken. Hauptsächlich befinden sie sich in der Peripherie der Innenstadt (**Karte 16C**) und ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung ist selten höher als 15,0%. Der höchste Anteil mit 30,0% wird in Worringen registriert, aber dieser Satz ist einzigartig und zudem betrifft es nur einen kleinen Personenkreis (320 Personen).

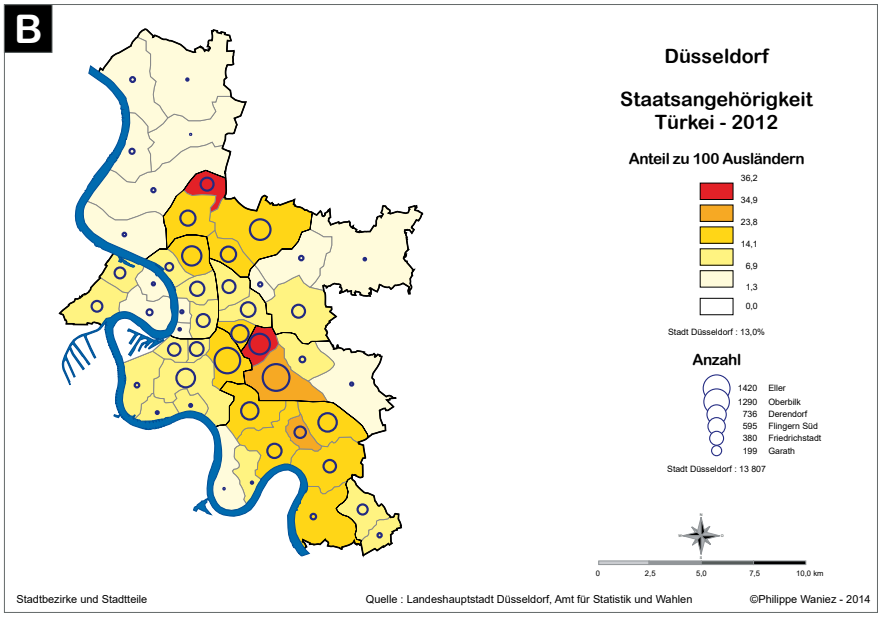
Die Polen sind mit 9.170 Personen in Köln und stellen nur 5,1% der Ausländer. Sie präsentieren eine ganz andere geografische Konfiguration die mehr oder weniger mit den Italienern übereinstimmt und somit ebenfalls gegensätzlich zu den Türken. Vor allem in den Außenbezirken belegen die Polen einen erheblichen Teil an der ausländischen Bevölkerung (**Karte 16D**). Im Süden der Stadt in Meschenich, Immendorf und Godorf, im Osten in Rath/Heumar und Bruck, im Norden in Fühlingen, Blumenberg und Roggendorf/Thenhoven, im Westen in Junkersdorf. In all diesen Bereichen ist ihre Anzahl niedrig, während sie am Rande der Innenstadt zahlreicher sind und mehr mit anderen Nationalitäten gemischt.

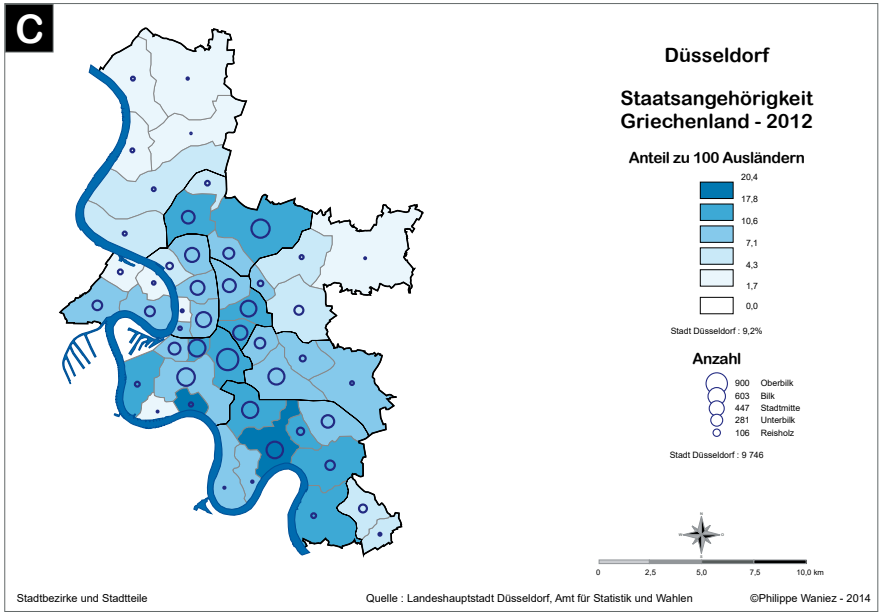
Düsseldorf

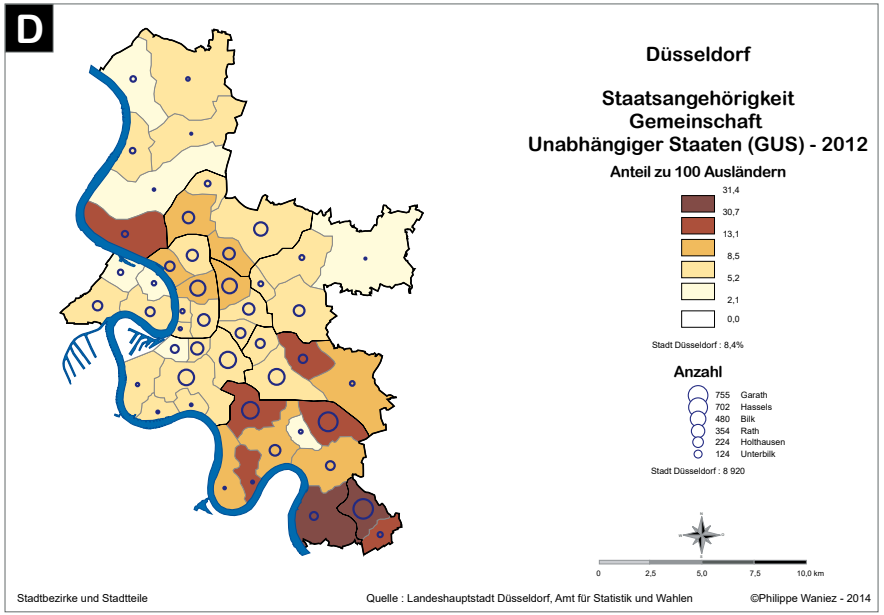
Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung von Düsseldorf im Jahr 2012 ist etwas anders als der in Köln: 17,9% auf 106.403 Personen, das gibt einen deutlich niedrigeren Wert als von Köln. Es gibt einige Ausländer am Rande der Stadt. Hauptsächlich findet man sie in den Kerngebieten und die angrenzenden Stadtteile: Oberbilk (8.483), Bilk (6.930), Eller (5.959), Pempelfort (5.261), Friedrichstadt (4.783), Stadtmitte (4.782), Rath (4.727) und Düsseltal (4.507). Die Karte über die Prozentsätze der Ausländer im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung (**Karte 17A**) unterstreicht einen deutlichen Unterschied zwischen den Bezirken und zwar in groben Zügen in Verbindung zum Hauptbahnhof. Im Norden überschreitet der Ausländeranteil keine 20,0%, während im Süden, Flingern Süd und Oberbilk die 30,0% erreicht oder überschritten werden; Lierenfeld und Friedrichstadt liegen nah bei 25,0%. Wenn man hierzu noch die Stadtmitte und Altstadt hinzufügt, so erhält man die Gruppierung der Stadtteile, die eine starke ausländische Präsenz aufzeigen.

Flingern und Oberbilk „war immer als Arbeiterviertel bekannt. Seine Prägung hatte es mit der Ansiedlung zahlreicher stahlverarbeitender Fabriken erhalten, in deren Nachbarschaft die Wohnquartiere der Arbeiter errichtet wurden. Mit der Deindustriealisierung verlor der Stadtteil seine ökonomische Basis und Identität. Teile der Arbeiterschaft wanderten ab. Unter den Wohnungssuchenden, die dann den freiwerdenden Wohnraum belegten, waren viele Einwanderer. Diese bevorzugten bei der Wohnungssuche Standorte, in denen bereits Landsleute lebten und wo die Infrastruktur auf die eigenen Bedürfnisse ausgerichtet war. So leben heute in keinem Stadtteil mehr türkische, jugoslawische, marokkanische und griechische Einwohner, als im Programmbereich“ (19).


A
Düsseldorf
Ausländer
2012
Anteil zu 100 Einwohnern
36,2
29,9
21,9
16,0
11,5
7,0
3,8
Stadt Düsseldorf : 17,9%
Anzahl
8 483 Oberbilk
5 959 Eller
3 863 Flingern Nord
2 147 Heerdt
870 Vennhausen
Stadt Düsseldorf : 106 403
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014


B
Düsseldorf
Staatsangehörigkeit
Türkei - 2012
Anteil zu 100 Ausländern
36,2
34,9
23,8
14,1
6,9
1,3
0,0
Stadt Düsseldorf : 13,0%
Anzahl
1420 Eller
1290 Oberbilk
736 Derendorf
595 Flingern Süd
380 Friedrichstadt
199 Garath
Stadt Düsseldorf : 13 807
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014


C
Düsseldorf
Staatsangehörigkeit
Griechenland - 2012
Anteil zu 100 Ausländern
20,4
17,8
10,6
7,1
4,3
1,7
0,0
Stadt Düsseldorf : 9,2%
Anzahl
900 Oberbilk
603 Bilk
447 Stadtmitte
281 Unterbilk
106 Reisholz
Stadt Düsseldorf : 9 746
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014


D
Düsseldorf
Staatsangehörigkeit
Gemeinschaft
Unabhängiger Staaten (GUS) - 2012
Anteil zu 100 Ausländern
31,4
30,7
13,1
8,5
5,2
2,1
0,0
Stadt Düsseldorf : 8,4%
Anzahl
755 Garath
702 Hassels
480 Bilk
354 Rath
224 Holthausen
124 Unterbilk
Stadt Düsseldorf : 8 920
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2014

Zwei weitere Einheiten mit einem hohen Anteil an Ausländern sind auf der Karte sichtbar: auf der einen Seite in der Rheinschleife Heerdt, Lörick, Niederkassel und in geringerem Maße Oberkassel und auf der anderen Seite im Süden der Stadt Holthausen, Reisholz und Hassels. Schließlich beträgt der Ausländeranteil in Rath 24,9% der Bevölkerung.

Als internationale Stadt und Hauptstadt von NRW, ist Düsseldorf durch eine ausländische Bevölkerung mit vielfältigen Nationalitäten geprägt. Obwohl hier, wie anderswo die Türken den Hauptbestandteil der ausländischen Präsenz mit 13.807 Menschen stellen, sind das nur 13,0% der Ausländer, also viel weniger als in Köln (32.9%). So kann man in Düsseldorf keine großen Konzentrationen beobachten, nur wenige Stadtteile sind stark typisiert (**Karte 17B**): Lichtenbroich (35,0%) Lierenfeld (36,2%), Eller (23,9%) und Reisholz (27,1%). In den weiter entfernten Vororten im Nord-Osten und Süd-Osten erreicht der türkische Anteil in der Regel 15,0% bis 20,0% der Ausländer.

In Düsseldorf leben 9.746 Griechen oder 9,1% der ausländischen Bevölkerung. Sie ließen sich vor allem in dem zweiten Stadtring (**Karte 17C**) von Unterrath und Rath Flingern, Oberbilk und Wersten nieder; in all diesen Stadtteilen erreichen sie keine 15,0% der ausländischen Bevölkerung. Ihre Anwesenheit ist ausgeprägter in Holthausen (20,4%). In anderen Stadteilen sind sie im Allgemeinen mit einer geringen Zahl verstreut, vor allem im Norden und Osten der Stadt.

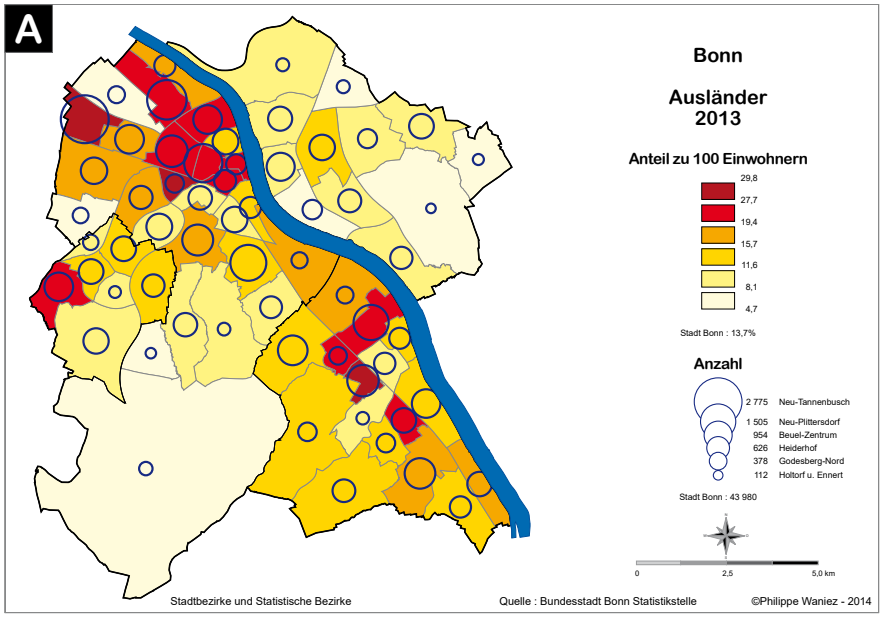
Die Menschen in Düsseldorf aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS, wie sie in der Statistik bezeichnet werden) sind mit 800 Menschen weniger als die Griechen ausgewiesen: 8.920 Personen, 8,4% der ausländischen Bevölkerung. Sie werden an vielen Stellen mit einem Wert von mehreren Hundert Menschen (**Karte 17D**) gefunden. Ein Teil der Russen von Düsseldorf befinden sich im Süden der Stadt, in Hassels, Wersten und Garath.

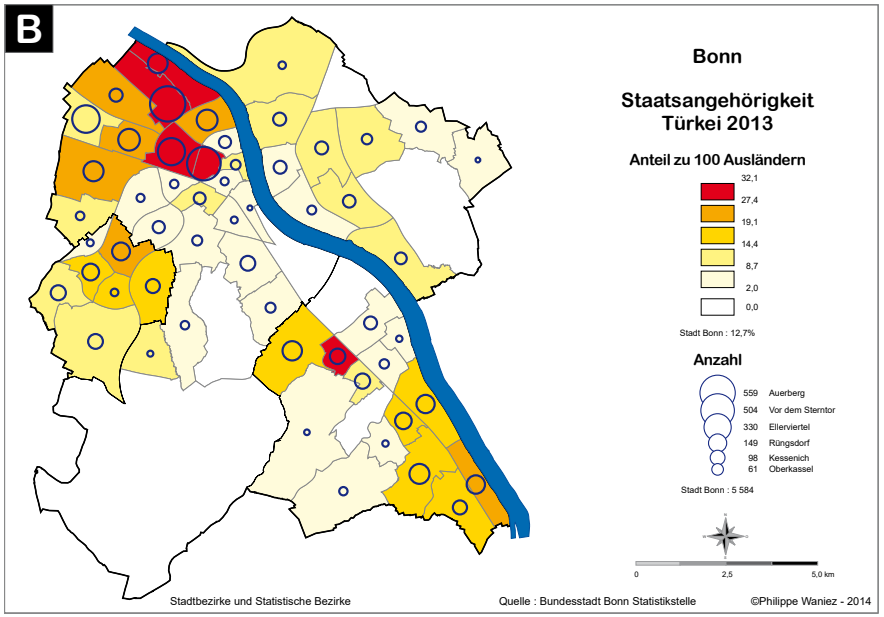
Bonn

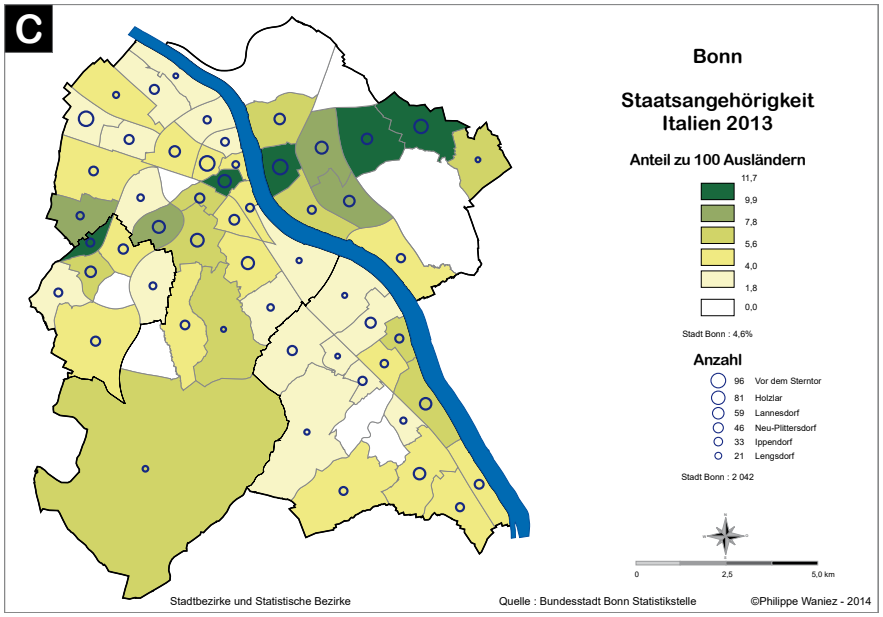
Im Jahr 2013 verzeichnet Bonn nur 43.980 Ausländer oder 13,7% der Gesamtbevölkerung, also viel weniger als in Köln oder Düsseldorf. Der Hauptanteil befindet sich in der nördlichen Hälfte von Bonn und Bad Godesberg; Beuel, Hardtberg. Der südliche Teil von Bonn ist weniger besiedelt (**Karte 18A**).

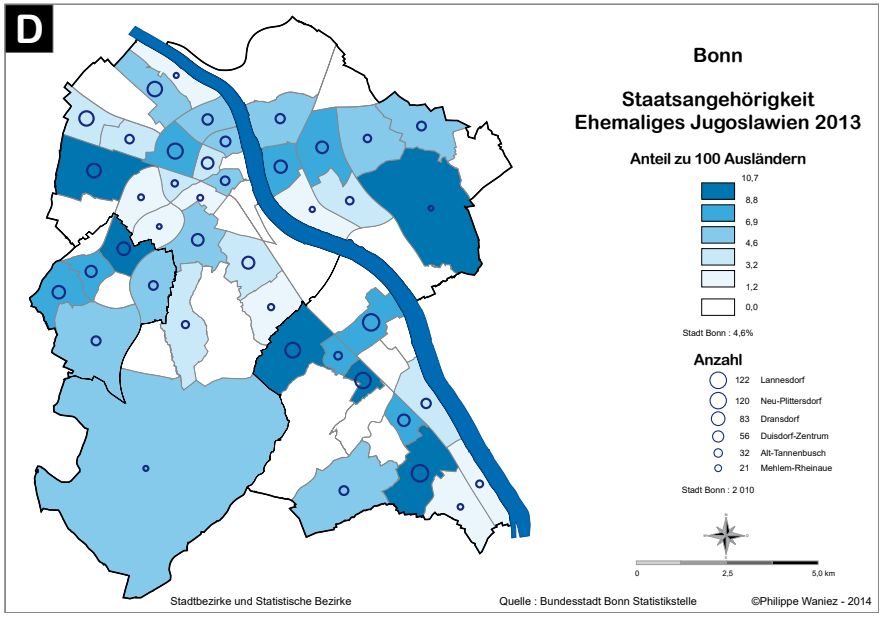
Im Zentrum der Stadt und den ersten Vororten werden die Ausländer sowohl in der Zahl als auch der Anteil an der Gesamtbevölkerung immer höher: Zentrum-Rheinviertel, Zentrum-Münsterviertel, Vor dem Sterntor, Ellerviertel, Rheindorfer Vorstadt, Auerberg haben alle etwa 20,0% Ausländer in ihrer Bevölkerung. Dieser Anteil erhöht sich deutlich in Neu-Tannenbusch, wo er 28,7% ausmacht. „Neu-Tannenbusch liegt mit seinen markanten Hochhäusern im Norden der Bundesstadt Bonn. Hier leben rund 10.000 Menschen aus aller Welt mit verschiedener Herkunft und mit verschiedenem kulturellem Hintergrund. Seit Dezember 2009 ist Neu-Tannenbusch deshalb in das Bund-Länderprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen“ (18). In Bad Godesberg leben in dem Bezirk Godesberg-Zentrum 27,7% Ausländer; in der Nähe in Godesberg Nord, Neu-Plittersdorf und Pennen übersteigen sie 20,0%. Schließlich im Westen, Medinghoven werden 23,0% erlangt.

Ebenso wie Düsseldorf, bleibt die ehemalige Bundeshauptstadt Bonn (1949-1990), in Bundesstadt Bonn umbenannt, eine internationale Stadt mit einer entsprechenden Vielzahl von Nationalitäten.


A
Bonn
Ausländer
2013
Anteil zu 100 Einwohnern
29,8
27,7
19,4
15,7
11,6
8,1
4,7
Stadt Bonn : 13,7%
Anzahl
2 775 Neu-Tannenbusch
1 505 Neu-Plittersdorf
954 Beuel-Zentrum
626 Heiderhof
378 Godesberg-Nord
112 Holtorf u. Ennert
Stadt Bonn : 43 980
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2014


B
Bonn
Staatsangehörigkeit
Türkei 2013
Anteil zu 100 Ausländern
32,1
27,4
19,1
14,4
8,7
2,0
0,0
Stadt Bonn : 12,7%
Anzahl
559 Auerberg
504 Vor dem Sterntor
330 Ellerviertel
149 Rüngsdorf
98 Kessenich
61 Oberkassel
Stadt Bonn : 5 584
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2014


C
Bonn
Staatsangehörigkeit
Italien 2013
Anteil zu 100 Ausländern
11,7
9,9
7,8
5,6
4,0
1,8
0,0
Stadt Bonn : 4,6%
Anzahl
96 Vor dem Sterntor
81 Holzlar
59 Lannesdorf
46 Neu-Plittersdorf
33 Ippendorf
21 Lengsdorf
Stadt Bonn : 2 042
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2014


D
Bonn
Staatsangehörigkeit
Ehemaliges Jugoslawien 2013
Anteil zu 100 Ausländern
10,7
8,8
6,9
4,6
3,2
1,2
0,0
Stadt Bonn : 4,6%
Anzahl
122 Lannesdorf
120 Neu-Plittersdorf
83 Dransdorf
56 Duisdorf-Zentrum
32 Alt-Tannenbusch
21 Mehlem-Rheinaue
Stadt Bonn : 2 010
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2014

Karten 18

Die Zahl der Türken beträgt 5.584, was nur 12,7% der Ausländer ausmacht. Sie wohnen vor allem im Norden der Stadt (**Karte 18B**), wo der Anteil 30,0% der Ausländer übersteigt: Vor dem Sterntor, Ellerviertel, Auerberg und Grau-Rheindorf. In Bad Godesberg, findet man sie vor allem im Süden, in den Vierteln parallel des Rheins: Mehlem-Rheinaue, Rüngsdorf und Lannesdorf; das sind 28,3% der Ausländer in Godesberg-Nord.

Es gibt 2042 Italiener in Bonn oder 4,6% der Ausländer. Sie sind in allen Teilen der Stadt in der Größenordnung von einigen zehn Personen verteilt (**Karte 18C**). In mehreren Bezirken von Beuel, die wenige Ausländer haben, erreichen sie 10,0% der ausländischen Bevölkerung (Holzlar, Pützchen / Bechlinghoven, Beuel-Zentrum).

Staatsangehörige des ehemaligen Jugoslawien sind so wenige wie Italiener: 2010 im Jahr 2013 oder 4,6% der Ausländer. Sie sind in der ganzen Stadt verstreut, ohne die Möglichkeit eine bevorzugte Lage zu beobachten (**Karte 18D**). In einigen Bezirken erreichen sie 10,0% der ausländischen Bevölkerung.

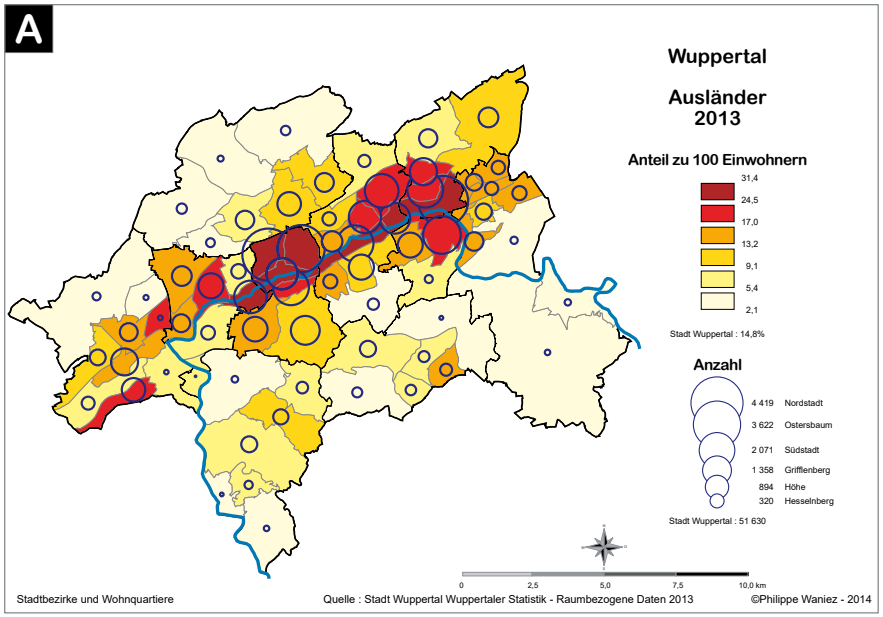
Wuppertal

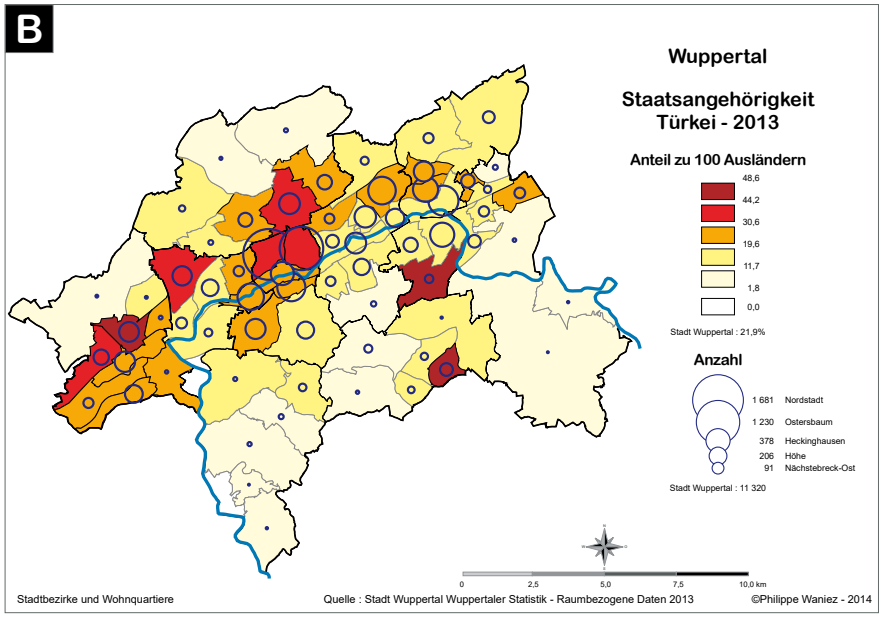
In Wuppertal gibt es 14,8% Ausländer im Jahr 2013, das sind 51.630 Personen. Die ausländische Bevölkerung ist in den Bereichen des Wupper-Tales (**Karte 19A**) zwischen Oberbarmen und Elberfeld konzentriert. Man findet sie hauptsächlich in der Nordstadt (4.419) und Ostersbaum (3.622) Elberfeld sowie Oberbarmen-Schwarzbach (4.073). Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung folgt ebenfalls dieser Achse und verlängert sich in einem kleineren Maß westwärts Richtung Vohwinkel. In den vorgenannten Vierteln liegt der Ausländeranteil im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung zwischen 25,0% und 30,0%. Dieser Anteil sinkt in Vohwinkel auf weniger als 20,0%. Auf den Höhen von Uellendahl-Katernberg, Cronenberg, Ronsdorf und in Langerfeld-Beyenburg ist der Anteil an Ausländern gering, er übersteigt selten die 10,0% und liegt in der Regel bei etwa 5,0%.

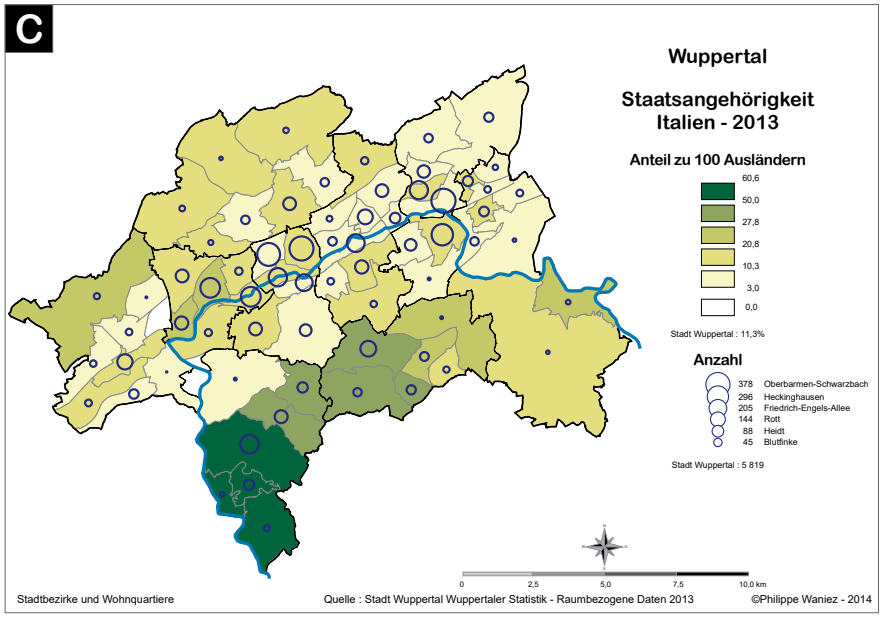
Die Türken bilden hier auch den Hauptanteil an ausländischer Nationalität mit 11.320 Staatsangehörigen, d.h. 21,9% der Ausländer. Sie wohnen (**Karte 19B**) vor allem in der Nordstadt (38,0% der Ausländer) und am Ostersbaum (34,0%). Ihr Anteil ist hoch, aber mit geringeren Zahlen in Uellendahl-West, Varresbeck, Tesche und Osterholz.

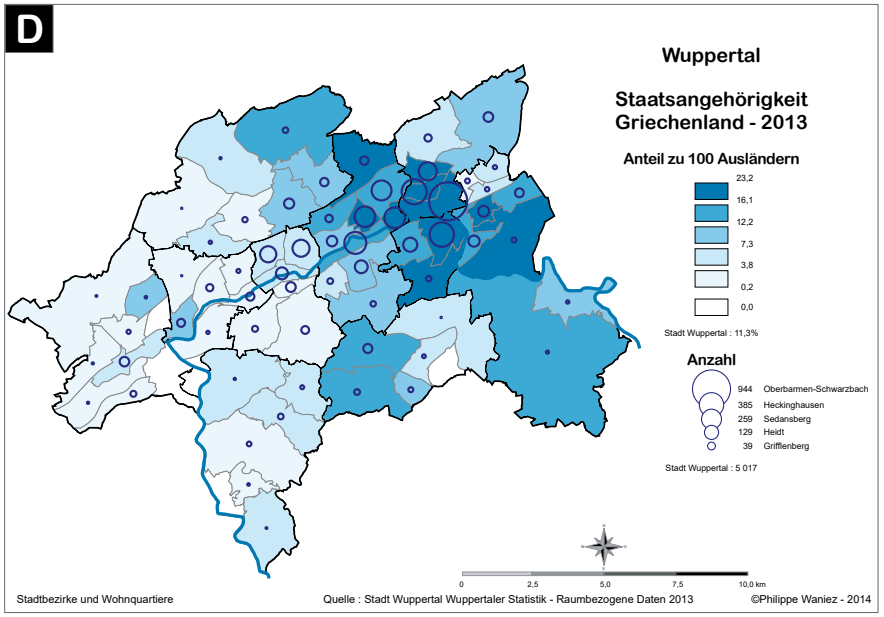
Die Italiener sind mit 5.819 Personen erfasst, das sind 11,3% der Ausländer. Sie sind in den meistbesiedelten Bereichen der Einwanderer in dem Tal, aber mit einem Anteil, der in der Regel 10,0% nicht überschreitet. Sie werden, noch im Tal in Nützenberg (24,5%) und in Sonnborn (22,0%) etwas stärker dargestellt. Die Anwesenheit der Italiener ist in Cronenberg und Ronsdorf wesentlicher (**Karte 19C**), dort, wo andere Staatsangehörigkeiten geringer sind: für nur 224 Italiener werden 54,1% der Ausländer in Cronenberg-Mitte erreicht…

Es gibt etwa 5.000 Griechen in Wuppertal. Sie bilden eine engere Gemeinschaft in Barmen und Oberbarmen; die Straßen dieser Viertel wurden während der Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien mit griechischen Fahnen geschmückt. Der größte griechische Bezirk von Wuppertal ist Oberbarmen-Schwarzbach (**Karte 19D**) wo sie mit 944 Personen 23,2% an der ausländischen Bevölkerung betragen. In den angrenzenden Bezirken von Wichlinghausen, Heckinghausen, Barmen-Mitte und dem Rott sind die Prozentsätze nahe 20,0%, aber mit kleinerer Personenanzahl.


A
Wuppertal
Ausländer
2013
Anteil zu 100 Einwohnern
31,4
24,5
17,0
13,2
9,1
5,4
2,1
Stadt Wuppertal : 14,8%
Anzahl
4 419 Nordstadt
3 622 Ostersbaum
2 071 Südstadt
1 358 Grifflenberg
894 Höhe
320 Hesselnberg
Stadt Wuppertal : 51 630
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2013
©Philippe Waniez - 2014


B
Wuppertal
Staatsangehörigkeit
Türkei - 2013
Anteil zu 100 Ausländern
48,6
44,2
30,6
19,6
11,7
1,8
0,0
Stadt Wuppertal : 21,9%
Anzahl
1 681 Nordstadt
1 230 Ostersbaum
378 Heckinghausen
206 Höhe
91 Nächstebreck-Ost
Stadt Wuppertal : 11 320
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2013
©Philippe Waniez - 2014


C
Wuppertal
Staatsangehörigkeit
Italien - 2013
Anteil zu 100 Ausländern
60,6
50,0
27,8
20,8
10,3
3,0
0,0
Stadt Wuppertal : 11,3%
Anzahl
378 Oberbarmen-Schwarzbach
296 Heckinghausen
205 Friedrich-Engels-Allee
144 Rott
88 Heidt
45 Blutlinke
Stadt Wuppertal : 5 819
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2013
©Philippe Waniez - 2014


D
Wuppertal
Staatsangehörigkeit
Griechenland - 2013
Anteil zu 100 Ausländern
23,2
16,1
12,2
7,3
3,8
0,2
0,0
Stadt Wuppertal : 11,3%
Anzahl
944 Oberbarmen-Schwarzbach
385 Heckinghausen
259 Sedansberg
129 Heidt
39 Grifflenberg
Stadt Wuppertal : 5 017
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2013
©Philippe Waniez - 2014

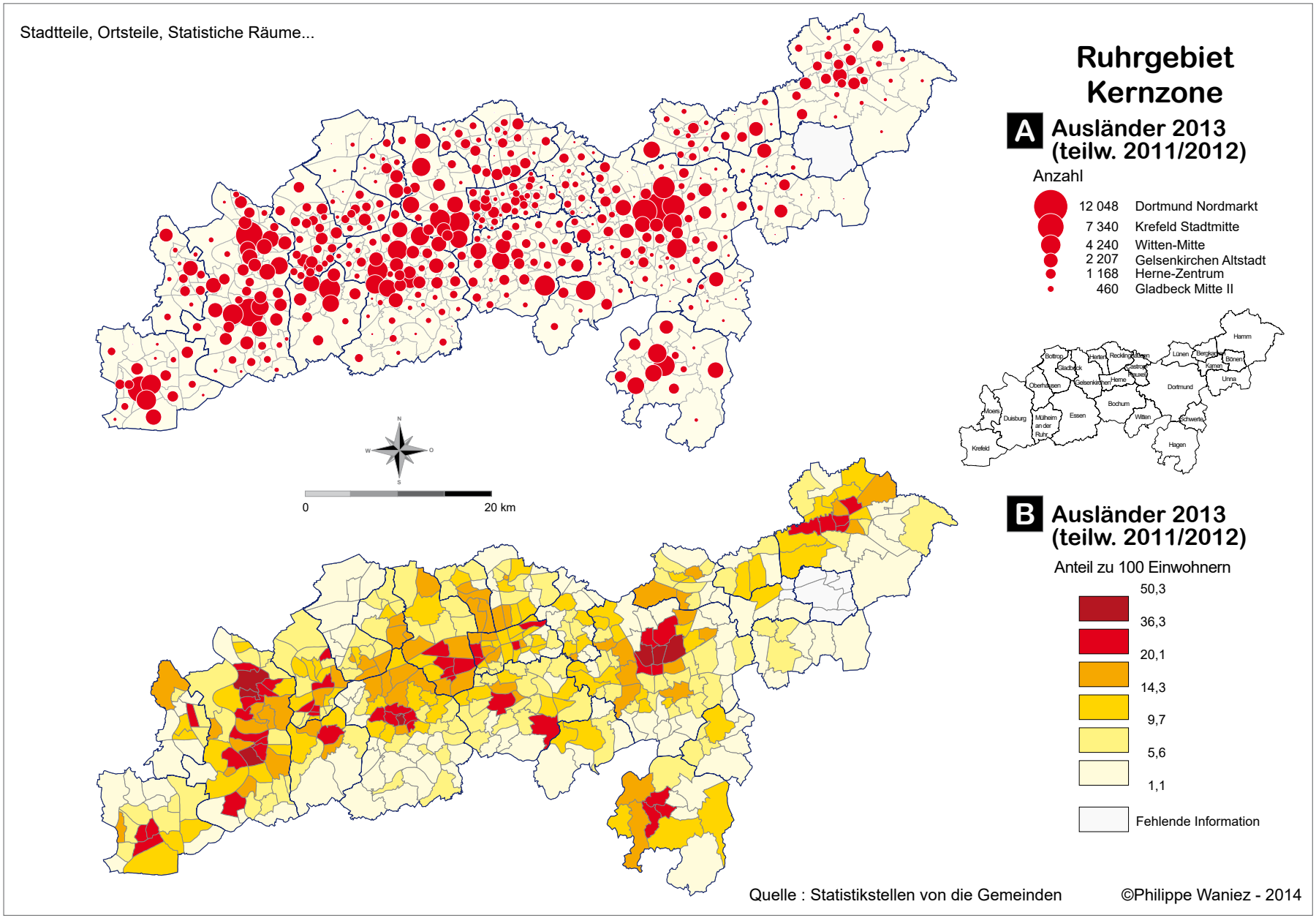
Ruhrgebiet Kernzone

In seiner offiziellen Definition mit 53 Gemeinden, zählte der Regionalverband Ruhr (RVR) in der Volkszählung im Jahre 2011, 540.893 Ausländer. Das macht 9,5% Ausländer im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung dieses Gebietes, in dem insgesamt 5.799.302 Einwohner leben. Im RVR sind somit 34,2% der Ausländer aus NRW beheimatet und 33,1% an der Gesamtbevölkerung.

Betrachtet man jedoch nicht den RVR sondern nur die Kernzone mit den 23 Gemeinden (d. h. den am dichtest bevölkerten RVR-Bereich), erhält man 466.433 Ausländer auf 4.426.511 Einwohner, oder 10,5% und damit 1 Punkt mehr als im Vergleich mit RVR insgesamt. Schließlich fällt der Anteil der Ausländer des RVRs, der nicht in der Kernzone enthalten ist, auf 6,1%. Die Kernzone ist daher durch eine starke Präsenz von Ausländern gekennzeichnet, viel mehr das gesamte NRW (9,2%) und etwas mehr als der ganze RVR. Allerdings sollte man nicht zu schnell auf eine starke Präsenz von Ausländern in der Kernzone schließen. Diese vier Städte zeigen einen viel höheren Ausländeranteil: 17,3% in Köln, 17,9% in Düsseldorf, 13,7% in Bonn und 14,8% in Wuppertal. Jedoch birgt der Durchschnitt der Ausländer in der Kernzone beträchtliche Unterschiede innerhalb der Kommunen aus der sie zusammengesetzt ist. Tatsächlich liegen sieben Städte über diesem Durchschnitt: Duisburg (14,9%), Gelsenkirchen (13,3%), Hagen (12,4%), Dortmund (12,2%), Herne (11,6%), Oberhausen (10,9%) und Herten (10,8%). Im Gegensatz dazu haben 15 Städte mit relativ geringer Bevölkerung weniger als 5,0% Ausländer gemessen an der Gesamtbevölkerung.

Zu dieser Ungleichheit der Verteilung der Ausländer zwischen den Kommunen des Ruhrgebiets kommt eine zweite Ungleichheit klar und deutlich wahrnehmbar auf den Karten hinzu (**Karten 20A** und **20B**). Es handelt sich um eine Verteilungsungleichheit innerhalb der Kommunen. In vier bereits angesehenen Städten wurde dies beobachtet. Dieses Phänomen wiederholt sich auch in der Kernzone. Häufig ist die Anwesenheit der Ausländer auf die historischen Zentren der Städte konzentriert und läuft auf die angrenzenden Stadtteile über. Zum Beispiel werden in der Innenstadt von Dortmund 21,2% der Ausländer verzeichnet, aber in den drei angrenzenden Bezirken im Norden, Hafen, Nordmarkt und Borsigplatz findet man zwischen 36,0% und 46,0% der Ausländer; man beobachtet Bezirke mit stark strukturierter Gruppierung der ausländischen Bevölkerung. Dieses Schema wiederholt sich in Essen: 36,3% im Stadtkern, von 22,0% bis 27,0% im Westviertel, Altendorf, dem Nordviertel, dem Ostviertel und dem Südostviertel. In Gelsenkirchen enthält die Altstadt 23,4% Ausländer, während die angrenzenden Bezirke zwischen 22,0% und 29,0% haben. Ebenso Hagen Mittelstadt, Altenhagen und Wehringhausen und auch noch in Krefeld Stadtmitte, Cracau und Dießem/Lehmheide.

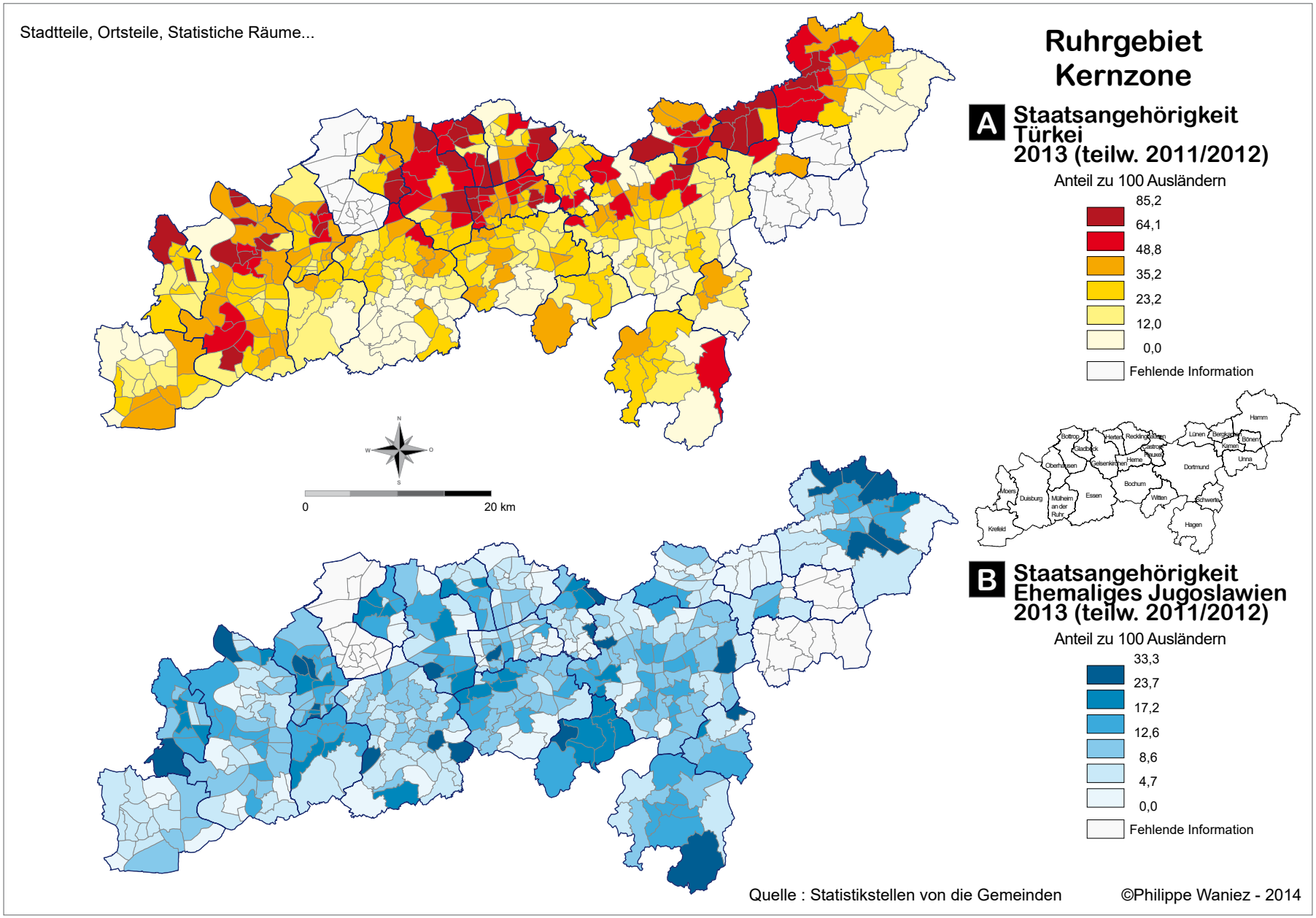
In Duisburg ist die Verteilung der Ausländer komplexer, weil man zwei Gruppierungen der Bezirke feststellt: die erste ist rund um die Altstadt angeordnet und umfasst Kasslerfeld, Hochfeld und auf dem linken Rheinufer Hochemmerich; die zweite liegt weiter im Norden um Alt-Hamborn versammelt, die Stadtteile Bruckhausen, Marxloh, Obermarxloh, Beeck und Laar. Es gibt also eine Logik in der Verteilung der Ausländer in der Kernzone, die sich in einer Verankerung auf die Zentren der Kommunen und ihrer umliegenden Bezirke ausdrückt.


Stadtteile, Ortsteile, Statistiche Räume...
Ruhrgebiet
Kernzone
A Ausländer 2013
(teilw. 2011/2012)
Anzahl
12 048 Dortmund Nordmarkt
7 340 Krefeld Stadtmitte
4 240 Witten-Mitte
2 207 Gelsenkirchen Altstadt
1 168 Herne-Zentrum
460 Gladbeck Mitte II
Hamm
Bottrop
Herten
Recklinghausen
Lünen
Bergkamen
Bönen
Kamen
Gladbeck
Castrop-Rauxel
Unna
Oberhausen
Gelsenkirchen
Herne
Dortmund
Bochum
Moers
Duisburg
Mülheim an der Ruhr
Essen
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
N
W
O
S
0
20 km
B Ausländer 2013
(teilw. 2011/2012)
Anteil zu 100 Einwohnern
50,3
36,3
20,1
14,3
9,7
5,6
1,1
Fehlende Information
Quelle : Statistikstellen von die Gemeinden
©Philippe Waniez - 2014

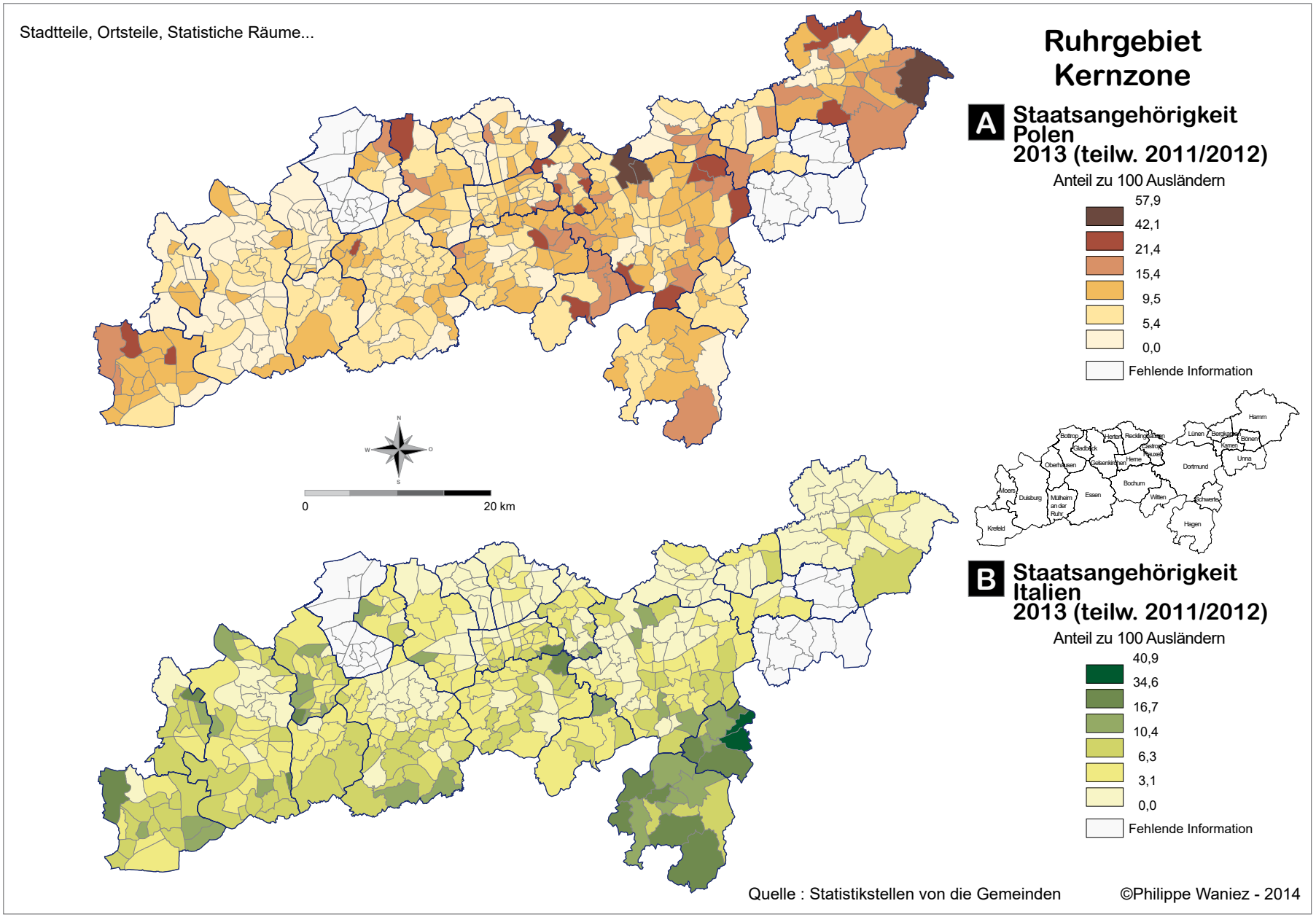
Umgekehrt gibt es in den Stadtteilen nördlich und südlich der Mittelachse in der Regel niedrigere Prozentsätze von 10,0%, wie im Süden von Essen die Stadtteile, die entlang des Baldeneysees gebaut wurden, wo die Villa Hügel, dem alten Wohnsitz der Familie Krupp, (nördlich des Sees Schuir und Heisingen, südlich Fischlaken), hier machen die Ausländer weniger als 5,0% der Gesamtbevölkerung aus.

In der Kernzone sind die Staatsangehörigkeiten nicht gleichmäßig verteilt. Die Türken stellen mit 201.452 Personen 43,6% der Ausländer dar. Sie beherrschen den Anteil in der ausländischen Bevölkerung in den Stadtteilen der nördlichen Hälfte (**Karte 21A**). Die Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien bilden die zweite Staatsangehörigkeit, weit hinter den Türken entfernt mit 47.195 Personen sind sie 10,1% der Ausländer. Sie fallen in der Geografie der ausländischen Bevölkerung nicht ins Gewicht (**Karte 21B**). Von den Polen gibt es noch weniger: 28.763 Personen und 6,2%.Sie werden meist bei den Ausländern im östlichen Teil der Kernzone dargestellt: Bochum, Dortmund, Hamm ebenso in Krefeld (**Karte 22A**) und eher in den abgelegenen Stadtteilen von diesen Gemeinden. Schließlich belegen die Italiener entsprechend der beobachteten Tendenz in ganz NRW einen wichtigen Platz innerhalb der ausländischen Bevölkerung im Süden der Kernzone, besonders in Hagen und Schwerte (**Karte 22B**).

Man könnte erstaunt sein, auf dieser Staatsangehörigkeitskarte in den Hauptorte der Ansiedlung nicht die Ausländer aus den Nationen aufgeführt zu sehen, wie sie im vorigen Abschnitt beschrieben werden. Diese Tatsache spiegelt eine starke Mischung der Nationalitäten, vor allem in den zentralen Stadtteilen. Es ist eines der ursprünglichen Merkmale dieser Region, wie ein Turm zu Babel, wo verschiedene Schichten von Einwanderern zusammen auf denselben Gebieten leben. Letztendlich, wenn eine mehr oder weniger ausgeprägte Konzentration einer Nationalität in Erscheinung tritt, so ist es häufig in Stadteilen, in denen die ausländische Bevölkerung nicht dominiert; zum Beispiel in Recklinghausen stellen die Türken 70,0% in Suderwich, insgesamt 7,7% der Ausländer an der Gesamtbevölkerung. Ein weiteres Beispiel ist der jugoslawische Anteil von 25,3% der Ausländer im Viertel Berge, in dem die Ausländer einen Anteil von nur 3,7% der Einwohner haben.


Stadtteile, Ortsteile, Statistiche Räume...
Ruhrgebiet
Kernzone
A
Staatsangehörigkeit
Türkei
2013 (teilw. 2011/2012)
Anteil zu 100 Ausländern
85,2
64,1
48,8
35,2
23,2
12,0
0,0
Fehlende Information
N
W
O
S
0
20 km
Hamm
Bottrop
Herten
Recklinghausen
Lünen
Bergkamen
Bönen
Gladbeck
Castrop-Rauxel
Kamen
Unna
Oberhausen
Gelsenkirchen
Herne
Dortmund
Bochum
Moers
Duisburg
Mülheim an der Ruhr
Essen
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
B
Staatsangehörigkeit
Ehemaliges Jugoslawien
2013 (teilw. 2011/2012)
Anteil zu 100 Ausländern
33,3
23,7
17,2
12,6
8,6
4,7
0,0
Fehlende Information
Quelle : Statistikstellen von die Gemeinden
©Philippe Waniez - 2014

Karten 21


Stadtteile, Ortsteile, Statistiche Räume...
Ruhrgebiet
Kernzone
A Staatsangehörigkeit
Polen
2013 (teilw. 2011/2012)
Anteil zu 100 Ausländern
57,9
42,1
21,4
15,4
9,5
5,4
0,0
Fehlende Information
N
W
O
S
0
20 km
Hamm
Lünen
Bergkamen
Bönen
Kamen
Unna
Bottrop
Herten
Recklinghausen
Gladbeck
Gelsenkirchen
Herne
Oberhausen
Dortmund
Bochum
Moers
Duisburg
Mülheim an der Ruhr
Essen
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
B Staatsangehörigkeit
Italien
2013 (teilw. 2011/2012)
Anteil zu 100 Ausländern
40,9
34,6
16,7
10,4
6,3
3,1
0,0
Fehlende Information
Quelle : Statistikstellen von die Gemeinden
©Philippe Waniez - 2014

Karten 22

3. Die Immigration, eine Lösung gegen die Alterung der deutschen Bevölkerung ?

Um die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zu gewährleisten, hat Mitte der 1950er Jahre eine große Anfrage nach ausländischen Arbeitskräften eingesetzt. In der Regel wurden die Verträge für einen begrenzten Zeitraum mit wenig qualifizierten Arbeitskräften abgeschlossen. Diese, zunächst als kurzfristig gedachten Migrationsströme, verwandelten sich dann zu dauerhafter Ansiedlung von Arbeitsmigranten, die eine Familie in Deutschland gründeten oder die ihre Familien aus ihrem Herkunftsland nachkommen ließen.

Mit einer sehr ungünstigen, natürlichen demografischen Bilanz ist Deutschland älter geworden und die Frage nach der Nachhaltigkeit der deutschen Wirtschaft ist akut. Die Senioren länger arbeiten zu lassen und das gesetzliche Mindestalter schrittweise von 63 auf 67 Jahre anzuheben, erscheint als eine der Lösungen für die Erholung und die Zukunft des Landes. Diese entstanden bei der Umsetzung der Agenda 2010 von Bundeskanzler Schröder im Jahr 2003. Aber dieses Vorgehen hat seine Grenzen erreicht, weil die älteren Arbeitnehmer nicht auf unbestimmte Zeit arbeiten können.

So ist Deutschland gezwungen, die Einwanderung nach den neuen auf der Internet-Seite www.Make-It-In-Germany.com vorgestellten Modalitäten wieder aufzunehmen. Man bekommt hier in einem Text auf englischer Sprache mitgeteilt: „In some industries, jobs and regions in Germany, there is a shortage of qualified professionals. More especially, qualified technical workers, such as engineers and IT specialists, as well as health specialists, are in short supply“. Dies sind die kleinen und mittleren Industrien, die einen Mangel an Fachkräften haben.

So sind es nicht mehr Hilfskräfte für die Großbetriebe der Schwerindustrie, sondern im Gegenteil es werden Fachleute für innovative Unternehmen gesucht. In einem Europa, wo es eine hohe Arbeitslosigkeit gibt, präsentiert sich Deutschland als ein El Dorado für qualifizierte Italiener, Spanier, Portugiesen, Griechen und Franzosen. Mit einem erheblichen Vorteil: die Kosten für die Ausbildung der Kandidaten wurden bereits von den Herkunftsländern übernommen.

Daher kann man stark davon ausgehen, dass angesichts des Abschwungs oder wirtschaftliche Stagnation, in der sich viele Länder der Europäischen Union befinden, diese selektive Einwanderungspolitik mit Erfolg gekrönt sein wird. Jedoch, eine strategische Frage bleibt: „Wie hoch ist der Grad der Akzeptanz der Deutschen bezüglich der Zunahme der ausländischen Bevölkerung?“.

Tatsächlich sind die Zahlen die auf dem Spiel stehen erheblich. Die Aufteilung der Bevölkerung in der von der UNO im Jahr 2002 veröffentlichten Studie zieht verschiedene Szenarien für demografische Zukunft von Deutschland bis zum Jahr 2050 in Erwägung. Sie zeigt, dass um den gegenwärtigen Bestand der erwerbstätigen Bevölkerung bis zum Jahr 2050 aufrecht zu erhalten, eine Nettozuwanderung von fast 18 Millionen Personen notwendig wäre (das heißt ungefähr 10 Millionen mehr, als gegenwärtig. Eine zweite Hypothese ist, dass die Beibehaltung der Zahl der Menschen im Alter von 15 bis 64 Jahre, dann mit 25 Millionen Ausländern erreicht wird. Mit anderen Worten gefragt, werden die Deutschen einen Ausländeranteil von über 20,0% akzeptieren (mit dem ersten Szenario) oder werden sie es vorziehen mit anzusehen, wie ihre Bevölkerung sich verringert, altert und ohne Lösung der Probleme ihrer Unternehmen zu sein?

Immer im Rahmen der Akzeptanz kann man in der Politik tatsächlich sehen, dass sie sich in der Weise eingerichtet hat, an den Gehältern zu sparen, um Arbeitskräfte einzuführen, die zu Opfern bereit sind um eine Stelle zu finden. Parallel unter dem Vorwand der Kriege im Mittleren Osten, gibt es eine wachsende Zahl von Erklärungen und offenen fremden- und islamfeindlichen Bewegungen.

Man kann sich auch über die geografische Lage der künftigen Wanderungsbewegungen fragen. Werden sie die Wirtschaft der neuen Bundesländer wiederbeleben? Und wenn, zugunsten welcher neuen Tätigkeiten? Werden sie sich in den gegenwärtigen Regionen starker Einwanderung begrenzen, während das berufliche Profil der neuen Immigranten sehr unterschiedlich sein wird? Werden diese neuen Migranten an der Entwicklung von den Bundesländern teilnehmen, die in guter ökonomischer Gesundheit sind? In diesem Fall, gibt es dann nicht das Risiko, dass der Unterschied zwischen den reicheren und ärmeren Regionen Deutschlands größer werden?

Die Frage der Wahl wird gestellt, ob die Deutschen zwischen einer Politik der gewählten Einwanderung den Unternehmen nutzen, oder dem Wiederauftreten einer Bewegung in Richtung „rein Deutsch“, gepredigt von dem Rechtsextremismus, nachgeben. Sicher müsste man den deutschen Bürgern noch besser erklären, warum Deutschlands Zukunft von den Ausländern abhängt und noch mehr in den zukünftigen Jahrzehnten abhängen wird.

Referenzen

(1) https://www.zensus2011.de/SharedDocs/Aktuelles/Ergebnisse/PM_Destatis_20140603.html?nn=3065474

(2) http://de.wikipedia.org/wiki/Migrationshintergrund

(3) http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i

(4) http://de.wikipedia.org/wiki/Aussiedler_und_Sp%C3%A4taussiedler

(5) http://www.integration-in-bonn.de/fr/sejour-et-naturalisation/naturalisation-acquisition-de-la-nationalite-allemande.html

(6) https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;jsessionid=A1DCC1422CA6CF7F6EFE6A70F63C566C.tomcat_GO_1_2?operation=previous&levelindex=3&levelid=1416150030077&step=3

(7) http://www.insee.fr/fr/themes/tableau.asp?reg_id=98&ref_id=CMPTEF02160

(8) http://www.bamf.de/DE/Willkommen/DeutschLernen/Integrationskurse/integrationskurse-node.html

(9) http://www.planet-wissen.de/alltag_gesundheit/gastarbeiter_und_migration/geschichte_der_gastarbeiter/

(10) http://www.migazin.de/2011/11/02/turkische-griechische-und-italienische-gastarbeiter-im-vergleich/

(11) http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb08-fortschritte-der-integration.pdf?__blob=publicationFile

(12) http://de.wikipedia.org/wiki/Polen_in_Deutschland

(13) http://www.rapportoitalianinelmondo.it/down/scheda_francese_2007.pdf

(14) http://fr.wikipedia.org/wiki/Diaspora_italienne#Premi.C3.A8re_vague_:_1880-1914.2C_l.E2.80.99ouverture_des_principales_voies_de_migration

(15) http://de.wikipedia.org/wiki/Italiener_in_Deutschland

(16) http://de.wikipedia.org/wiki/Anwerbeabkommen_zwischen_der_Bundesrepublik_Deutschland_und_Griechenland

(17) http://de.wikipedia.org/wiki/Russischsprachige_Bev%C3%B6lkerungsgruppen_in_Deutschland

(18) http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile_projekte/profil.php?st=koeln-muelheim

(19) https://www.duesseldorf.de/planung/stadterneu/flingernoberbilk/index.shtml

(20) http://www.bonn.de/umwelt_gesundheit_planen_bauen_wohnen/stadtplanungsamt/projekte_staedtebau/sozialestadt/index.html?lang=de

(21) http://www.un.org/esa/population/publications/ReplMigED/migration.htm

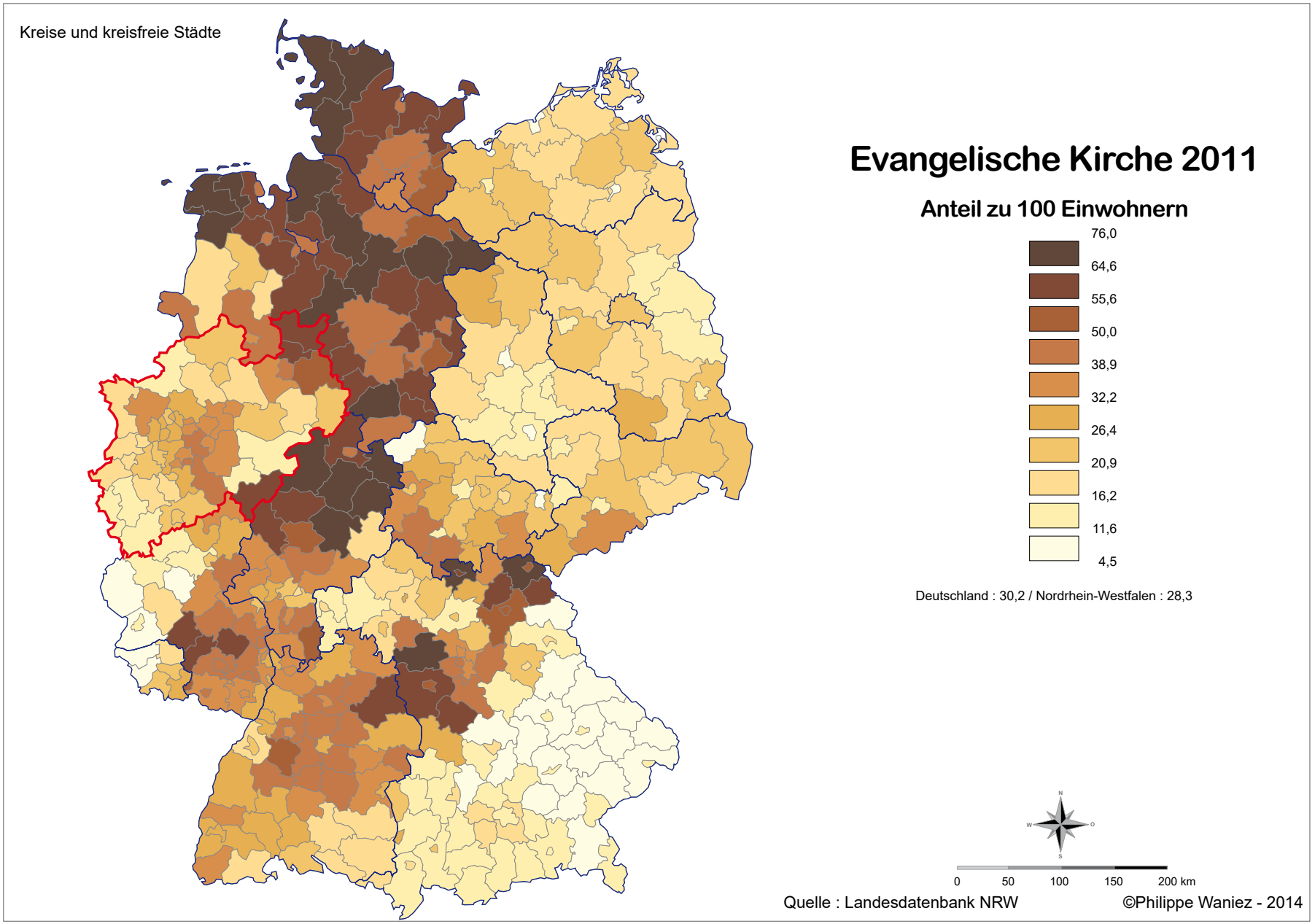
VII - Die Religionen

Die Volkszählung von 2011 enthält zwei Fragen bezüglich der Religionen. Die erste Frage hat einen steuerlichen Hintergrund: Sie erfasst die Mitglieder der „öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften“. Die zweite Frage ist freiwillig und bietet den Personen, die keinen offiziellen Beitritt erklärt haben an, anzuzeigen ob sie sich in einer Religion, einer Glaubensrichtung oder einer philosophischen Überzeugung wiedererkennen. Die durch diese Fragenkombination ermittelten Ergebnisse sind enttäuschend. Die Zahl der nichtchristlich Religiösen erscheinen zu niedrig, weil man weiß, dass während der Zählung die politische-medienwirksame Atmosphäre manchen Muslim nicht dazu ermuntert hat, seinen Glauben zu erklären (1). Vier Informationen bleiben auswertbar: die Anzahl der Mitglieder der römisch-katholischen Kirche und der evangelischen Kirche, sowie die Anzahl der Personen, die entweder erklärt hat, keine religiöse Zugehörigkeit zu haben oder abgelehnt hat, auf die beiden Fragen bezüglich der Religionen zu antworten.

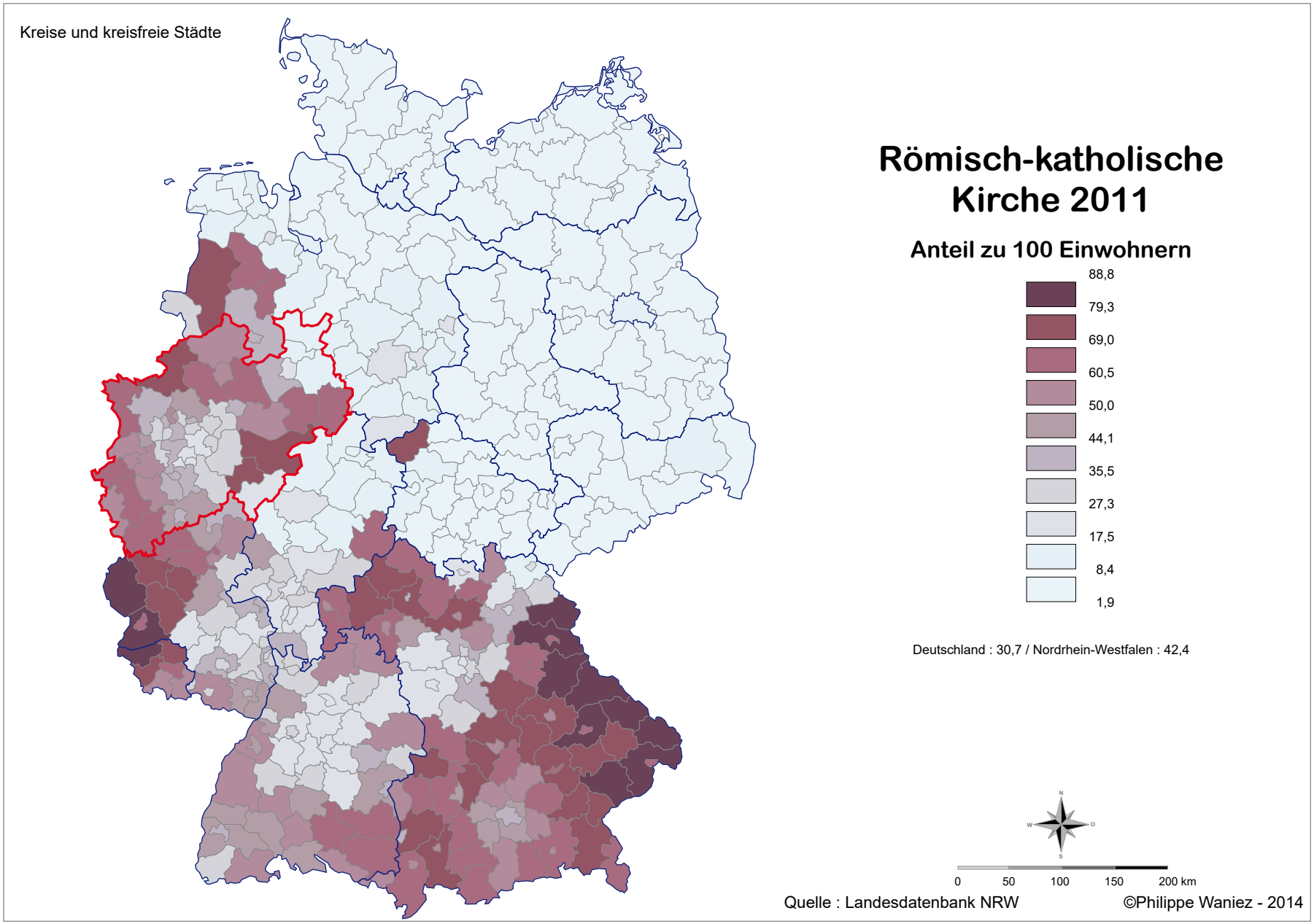
Die römisch-katholische Kirche hat 7.431.730 Mitglieder, die evangelische Kirche dagegen nur 4.971.860 Mitglieder. D.h. es ergibt sich ein Verhältnis von 1,5 Katholiken zu 1 Protestant in NRW. Wenn wir berücksichtigen, dass in Gesamtdeutschland, die Proportion in einer Größenordnung von 1 zu 1 steht, dann erscheint NRW also zuerst wie ein katholisch dominantes Land. In der Gesamtbevölkerung aber bleiben die Katholiken unter 50,0% (42,3%: 28,4% für die Protestanten). NRW liegt klar und deutlich außerhalb der protestantischen Hauptregionen (**Karte 1**), die jenseits seiner nordöstlichen (Niedersachsen) und südöstlichen (Hessen) Grenzen liegen. Aber man kann auch nicht sagen, dass NRW mit den katholischen Hauptregionen von Bayern, der Eifel oder Trier (**Karte 2**) vergleichbar ist, wo im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in der Regel mehr als 70,0% Katholiken sind. Verglichen mit anderen Ländern erweckt NRW den Eindruck einer religiösen Mischung mit einer katholischen Mehrheit.

1. Die Hochburgen der evangelischen Kirche

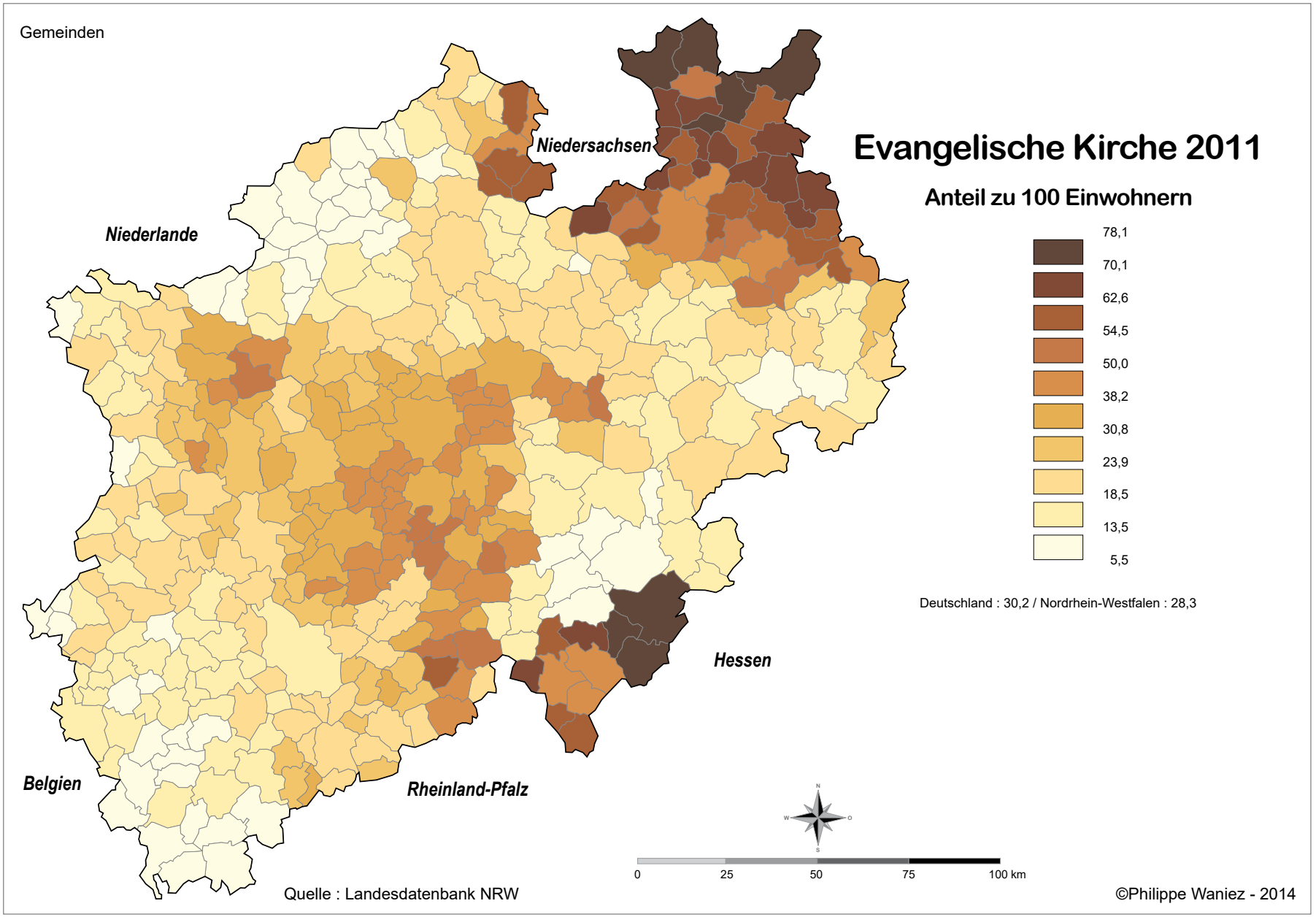
Hinter diesen Proportionen von Katholiken und Protestanten in NRW verbirgt sich aber das Wesentliche: die Existenz einer starken räumlichen Trennung der Religionen, die die kommunalen Karten deutlich zeigen. Dies wird im nördlichen Teil des Teutoburger Waldes besonders deutlich, wo die Zahl der Protestanten (**Karte 3**) in der Regel 60,0% übersteigt (mehr als das Doppelte des Landesdurchschnitts), jedoch mit einer geringeren Präsenz in den größeren Städten (55,3% in Minden, 48,2% in Detmold und 41,9% in Bielefeld). Der Kreis Siegen-Wittgenstein zeigt eine ähnliche Verteilung bei einer geringeren Fläche, die sich noch in das benachbarte Hessen ausdehnt. In beiden Fällen kann man


Kreise und kreisfreie Städte
Evangelische Kirche 2011
Anteil zu 100 Einwohnern
76,0
64,6
55,6
50,0
38,9
32,2
26,4
20,9
16,2
11,6
4,5
Deutschland : 30,2 / Nordrhein-Westfalen : 28,3
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 1


Kreise und kreisfreie Städte
Römisch-katholische Kirche 2011
Anteil zu 100 Einwohnern
88,8
79,3
69,0
60,5
50,0
44,1
35,5
27,3
17,5
8,4
1,9
Deutschland : 30,7 / Nordrhein-Westfalen : 42,4
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 2


Gemeinden
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Evangelische Kirche 2011
Anteil zu 100 Einwohnern
78,1
70,1
62,6
54,5
50,0
38,2
30,8
23,9
18,5
13,5
5,5
Deutschland : 30,2 / Nordrhein-Westfalen : 28,3
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 3

insofern von protestantischen Hochburgen sprechen, als dass die religiöse Zugehörigkeit zum Protestantismus hier deutlich dominiert.

2. Die Hochburgen der römisch-katholischen Kirche

Die römisch-katholische Kirche zeigt sich ihrerseits in einer ringförmigen geografischen Verteilung, die außerhalb der Mitte NRWs liegt. Drei Regionen zeichnen sich klar und deutlich ab (**Karte 4**). Das Münsterland weist insgesamt eine hohe Anzahl von Katholiken auf, vor allem im westlichen Teil mit dem Kreis Borken, wo die Obergrenze der Katholiken immer bei 70,0% liegt (mit Spitzenwerten von mehr als 80,0% für die Gemeinden im südlichen Kreis). In der Stadt Münster gibt es nicht so viele Katholiken wie im übrigen Münsterland, allerdings beträgt ihr Anteil noch 53,0%. Nur einige östlich der Ems im Kreis Steinfurt (- dem Tecklenburger Land) gelegene Gemeinden sind evangelisch.

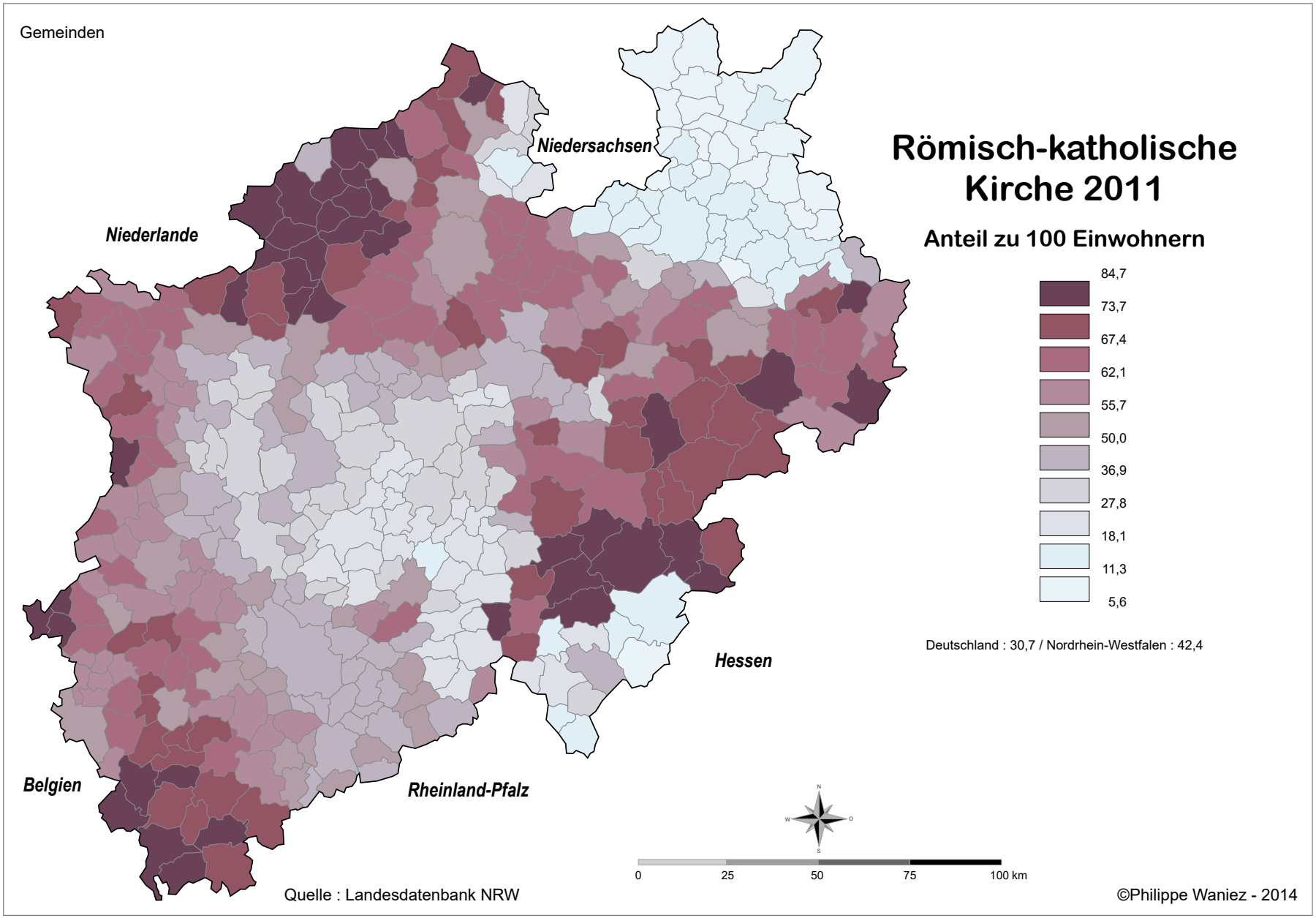
Die zweite Region NRWs, in der Katholiken stark vertreten sind, liegt im Süden des Teutoburger Waldes und zu großen Teilen im Sauerland (mit Ausnahme des westlichen Viertels). Hier sind die Katholiken klar in der Mehrheit, die Prozentsätze erreichen in der Regel über 60,0% und in vielen Fällen sogar 70,0%. Im südlichen Teil des Hochsauerlandkreises werden mehr als 75% der Einwohner von Katholiken repräsentiert. Dem gegenüber stehen die östlichen Gemeinden der protestantischen Hochburg im Kreis Siegen-Wittgenstein, wo die Zahl der Katholiken etwa 15,0% zu 75,0% der Protestanten ausmacht.

Entlang der belgisch-niederländischen Grenze, westlich des Niederrheins zwischen Eifel und Aachen, erstreckt sich das dritte Gebiet der katholischen Dominanz. Hier übersteigen die Werte im Allgemeinen 60,0% der Bevölkerung und in den südlichen Teilen sind sogar 75,0% der Befragten katholisch. Allerdings weisen die großen Städte wie Aachen, Düren, Mönchengladbach eine niedrigere katholische Präsenz aus, aber sie bleibt dominant mit über 50,0% der Bewohner, die sich zu diesem Glauben bekennen.

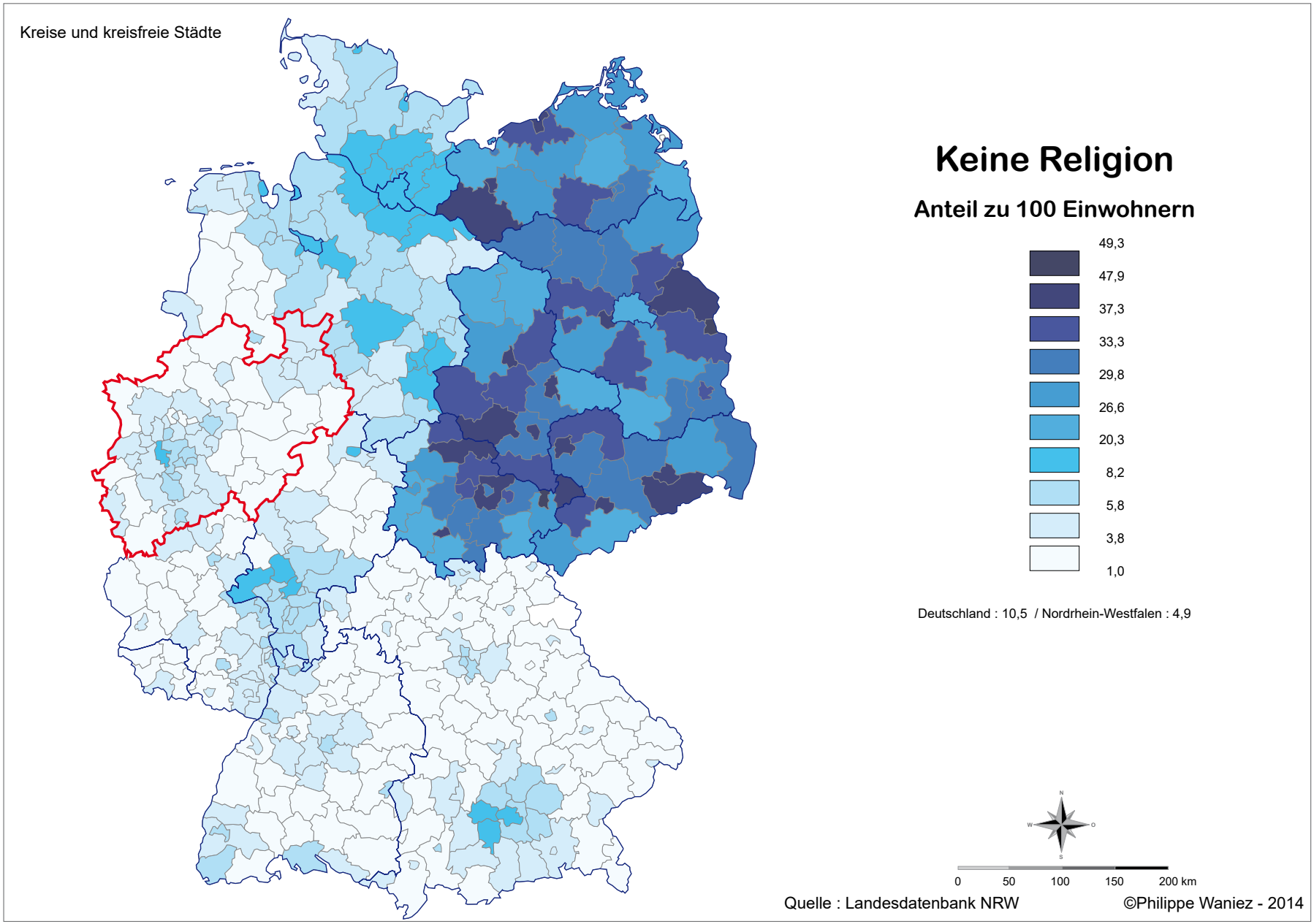
3. Im Herzen des Landes: die religiöse Vielfalt

Der Mittelteil des Landes (der bevölkerungsreichste, der städtischste und am meisten industrialisierte) lässt sich in Bezug auf Hochburgen nicht analysieren. Wie bereits erwähnt, erscheinen die Städte im Allgemeinen weniger klar auf der religiösen Karte, als die umliegenden ländlichen Gebiete. Anders ausgedrückt zeigen die städtischen Regionen zugleich eine größere religiöse Vielfalt und einen kleineren Grad der religiösen Zugehörigkeit. Man muss hier die Kulturvielfalt der Bevölkerung und bedenken und mit der Bedeutung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Verbindung setzen.

Dieses strukturelle Phänomen bezieht sich nicht nur auf NRW, sondern auf die gesamte westliche Bundesrepublik. Beispielsweise treten Menschen, die keine Konfession angegeben haben, in den großen Städten zahlreicher in Erscheinung als in den umliegenden Landkreisen (**Karte 5**): die Karte der Atheisten und Agnostiker zeichnet sich auf diese großen Städte ab.


Gemeinden
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Römisch-katholische Kirche 2011
Anteil zu 100 Einwohnern
84,7
73,7
67,4
62,1
55,7
50,0
36,9
27,8
18,1
11,3
5,6
Deutschland : 30,7 / Nordrhein-Westfalen : 42,4
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 4


Kreise und kreisfreie Städte
Keine Religion
Anteil zu 100 Einwohnern
49,3
47,9
37,3
33,3
29,8
26,6
20,3
8,2
5,8
3,8
1,0
Deutschland : 10,5 / Nordrhein-Westfalen : 4,9
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 5

Obwohl das nicht NRW betrifft, so beobachten wir gerade auch auf dieser Karte, dass in der ehemaligen DDR „das Gewicht des kommunistischen Erbes in den neuen Bundesländern [klar und deutlich sichtbar bleibt]: ohne die Erfahrung einer Kirchensteuer und weitgehender Entfremdung zum Christentum, haben drei Viertel der Einwohner im Osten sich zu offiziellen ausländischen Kirchen bekannt oder haben die Antwort verweigert, dagegen nur ein Fünftel im Westen“ (1).

Auch wenn die römisch-katholische Kirche im Bergischen Land, im Ruhrgebiet sowie in Düsseldorf und Duisburg wenig präsent und in Köln und Bonn kaum sichtbar ist, so kann nicht gesagt werden, dass die evangelische Kirche hier ihre besten Ergebnisse hat. Tatsächlich teilen sich diese zwei beherrschenden religiösen Gruppen die Bevölkerung mit anderen Christen, die sich zu evangelischen Kirchen (Freikirchen, Orthodoxe Kirchen…) (**Karte 6**) oder andere Religionen (**Karte 7**) bekennen und den Personen ohne Religion (**Karte 8**) besonders in den großen Städten und im Ruhrgebiet.

4. Die Abnahme der traditionellen Kirchen

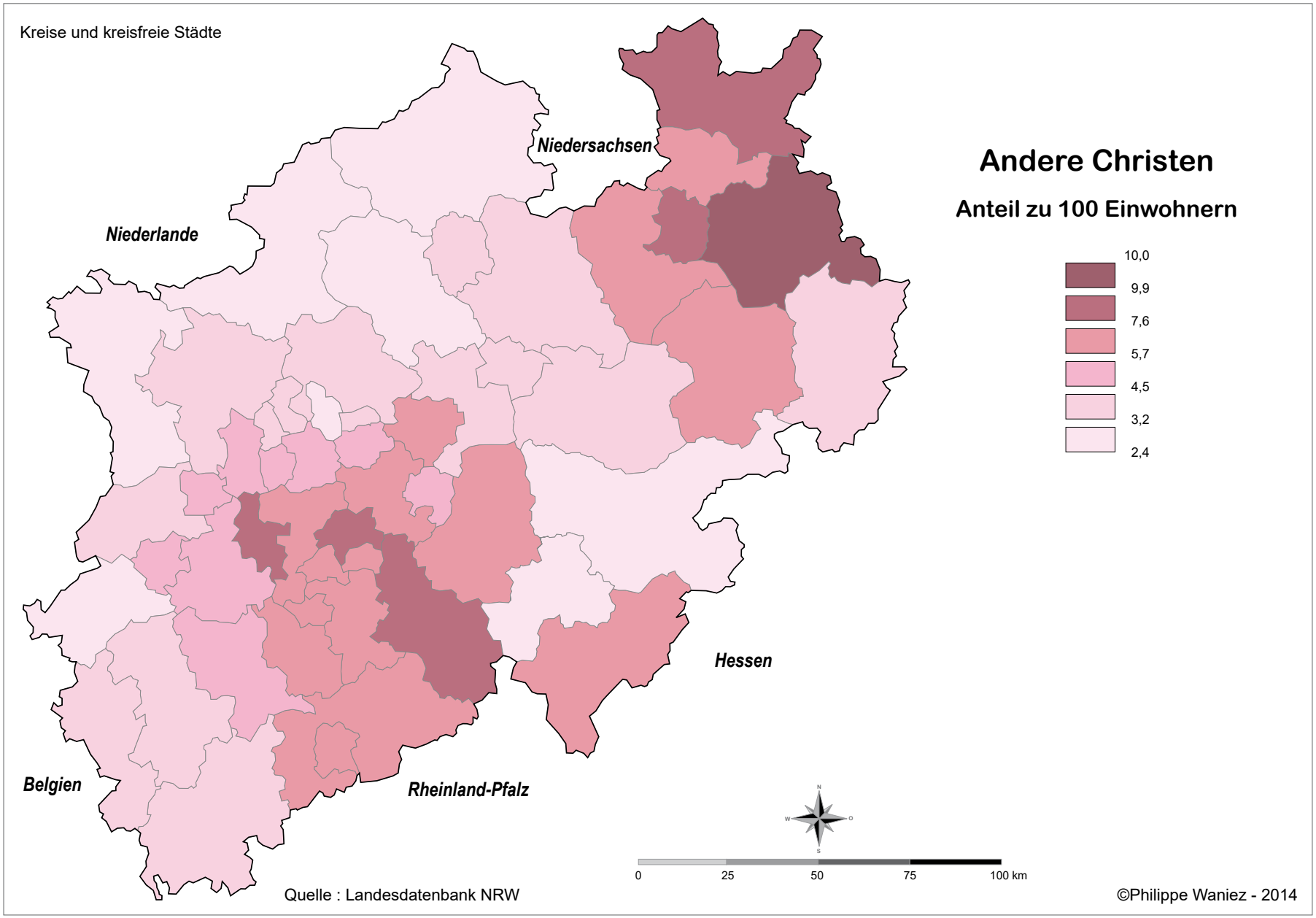
Zwischen 1987 und 2011 nahm die Bevölkerung von NRW um 826.406 Einwohner zu. Im selben Zeitraum hatte die römisch-katholische Kirche einen Rückgang von 838.695 Gläubigen zu verzeichnen. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sanken die Mitgliederzahlen von 49,4% auf 42,3%. Das bedeutet ein Verlust von 7,1 Prozentpunkten (diese Punkte sind nur die Differenz zwischen den Prozentsätzen von zwei Zählungen). Ihrerseits hat die evangelische Kirche 903.649 Mitglieder verloren. (Von 35,2% auf 28,3% der Gesamtbevölkerung) Das macht einen Verlust von 6,8 Prozentpunkten zu den kaum höheren der römisch-katholischen Kirche aus.

Während also die Bevölkerung NRWs zunimmt, erfahren die beiden grundlegenden Religionen des Landes ein kumuliertes Defizit von 1,7 Millionen Gläubigen und einen Verlust von Mitgliedern in der Bevölkerung von 13,9 Prozentpunkten.

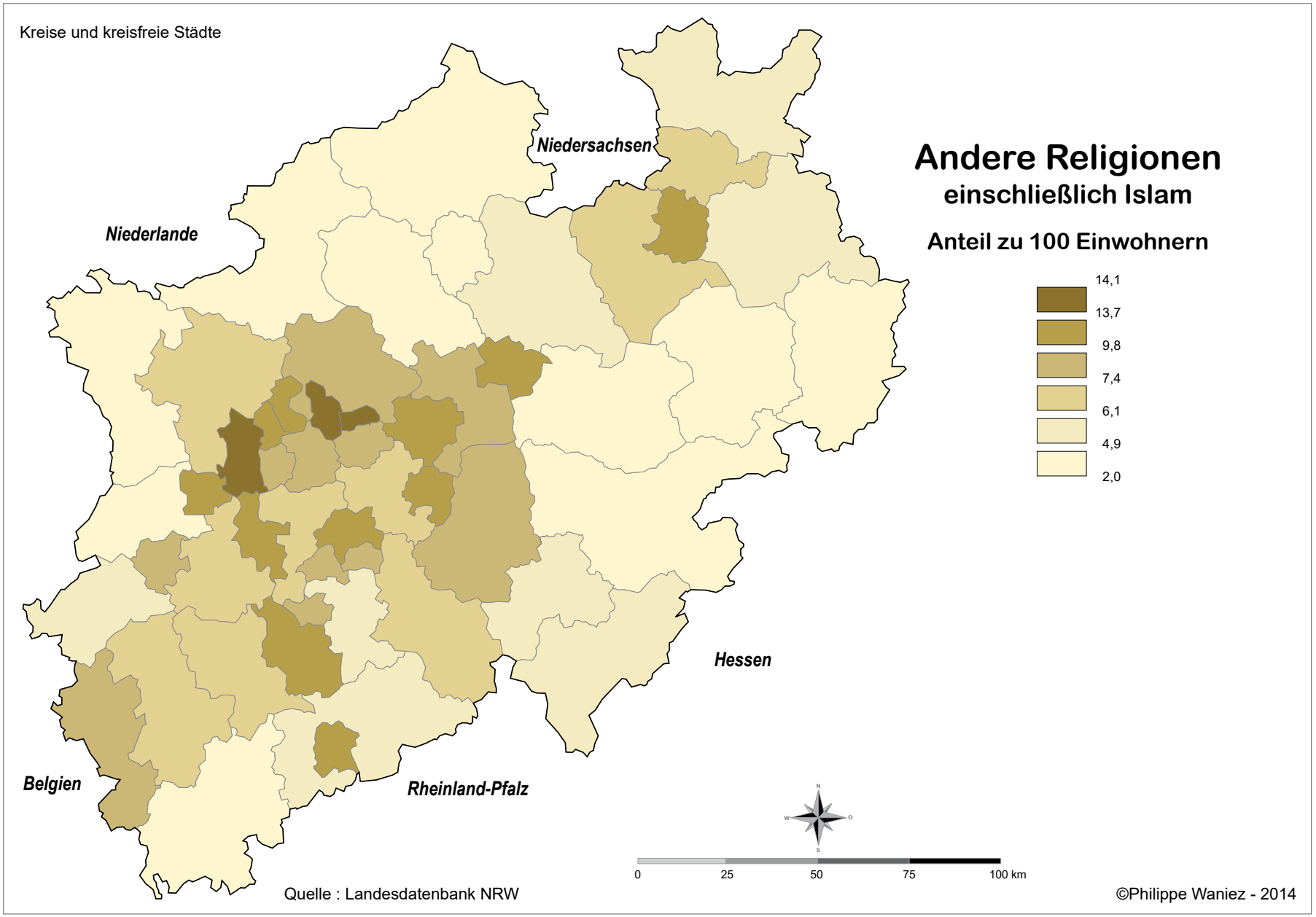
Diese Entwicklung, die in NRW beobachtet wird, steht im Einklang mit der Tendenz, die in der Bundesrepublik Deutschland vor 1990 registriert wurde: eine verhältnismäßig schnelle Abnahme der beiden wesentlichen Religionen (2), von zusammen 93,6% an der Gesamtbevölkerung im Jahre 1970 (3) auf 84,6% im Jahre 1987 und schließlich auf 69,14% im Jahre 2011 (71,1% für NRW).

Der Rückgang der traditionellen Kirchen trifft die Regionen NRWs in ganz unterschiedlicher Weise. Die römisch-katholische Kirche geht fast überall zurück (**Karte 9**). In den meisten großen Städten ist der Schwund erheblich. In Köln beträgt er 78.798 Personen. Ebenfalls sehr hoch ist der Rückgang in Essen (-67.023), Duisburg (-57.686) und Düsseldorf (-47.043) In der räumlichen Verteilung gleichen sich in der Regel, die registrierten Verluste der römisch-katholischen Kirche. Sogar das sehr katholische Münster registriert Verluste, wenn auch nur gering (-3.959, ein Minus von 10,9 Prozentpunkten).

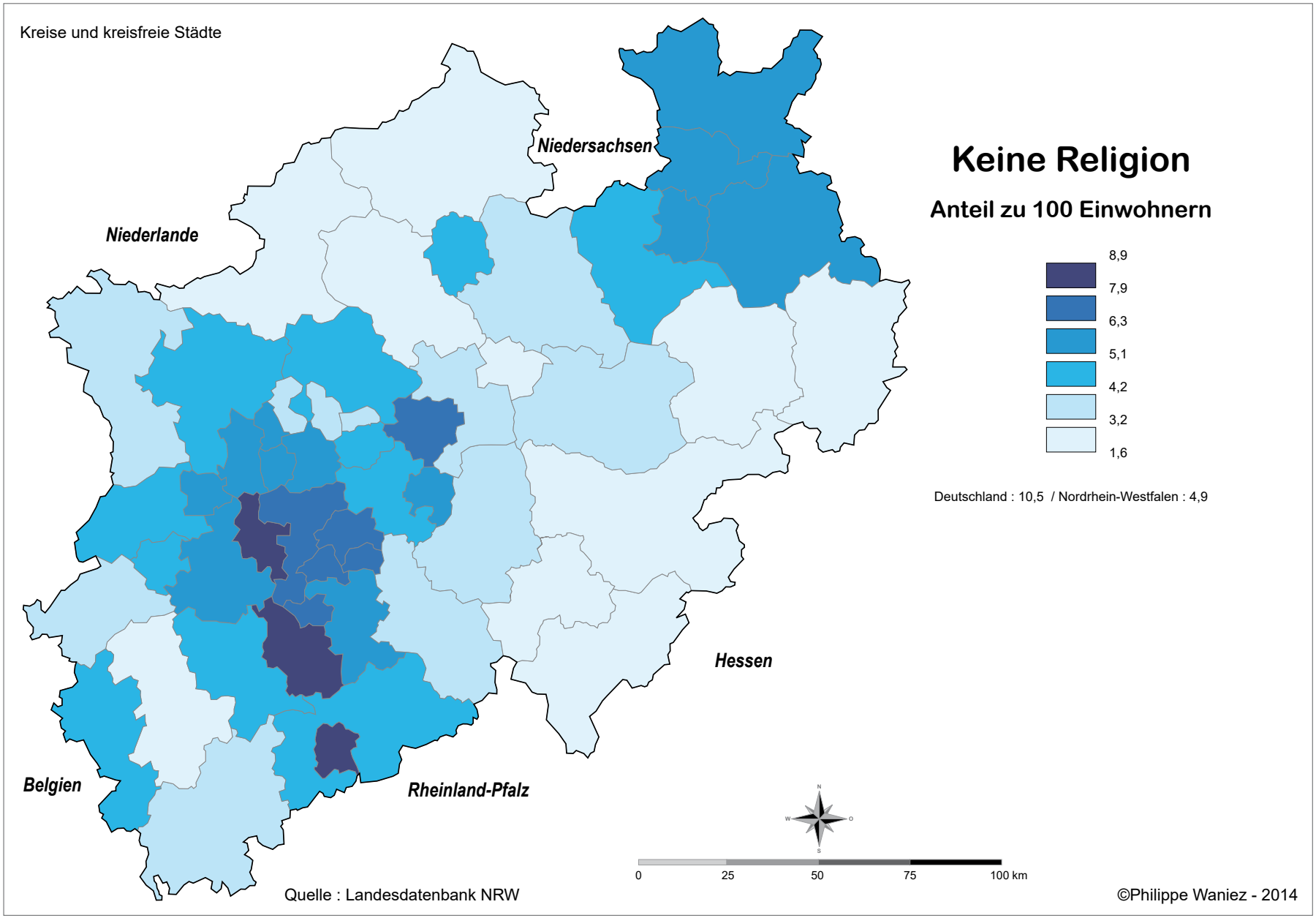
Außerhalb der großen Städte gehen die Mitgliederzahlen in allen katholischen Hochburgen zurück, wenn auch unterschiedlich stark. Wenn die tatsächlichen Verluste im Allgemeinen auch eher schwach sind, ist die Minderung an Katholiken in den kleinen Kommunen sehr stark (z.B. in der Umgebung von Düren oder Paderborn). Im Münsterland allerdings nimmt die Zahl von Katholiken zu, jedoch nicht ausreichend gemessen am Bevölkerungswachstum. Das kommt im Verlust der Punkte im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zum Ausdruck.


Kreise und kreisfreie Städte
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Andere Christen
Anteil zu 100 Einwohnern
10,0
9,9
7,6
5,7
4,5
3,2
2,4
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

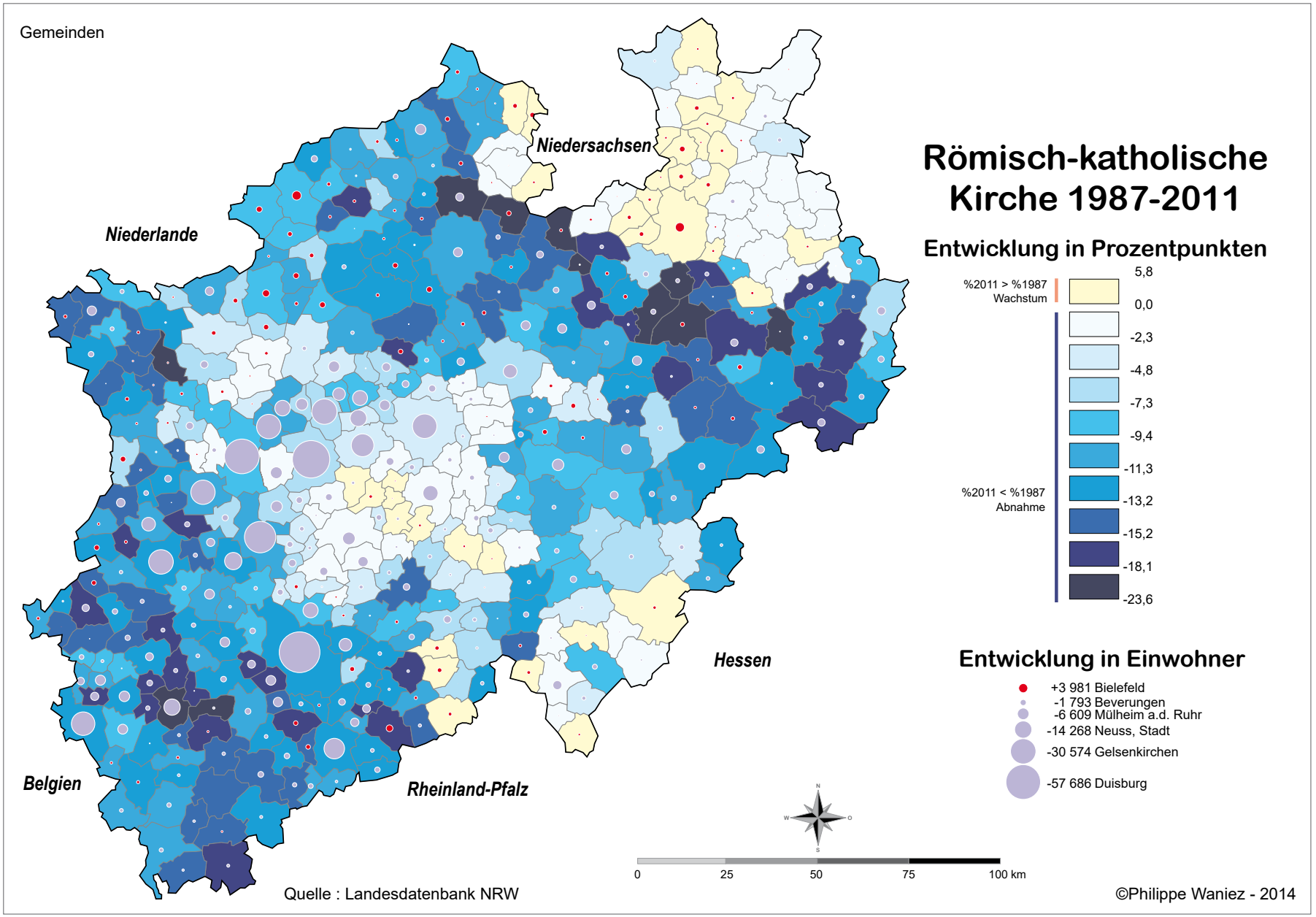
Karte 6


Kreise und kreisfreie Städte
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Andere Religionen
einschließlich Islam
Anteil zu 100 Einwohnern
14,1
13,7
9,8
7,4
6,1
4,9
2,0
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 7


Kreise und kreisfreie Städte
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Keine Religion
Anteil zu 100 Einwohnern
8,9
7,9
6,3
5,1
4,2
3,2
1,6
Deutschland : 10,5 / Nordrhein-Westfalen : 4,9
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 8


Gemeinden
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Römisch-katholische Kirche 1987-2011
Entwicklung in Prozentpunkten
%2011 > %1987
Wachstum
%2011 < %1987
Abnahme
5,8
0,0
-2,3
-4,8
-7,3
-9,4
-11,3
-13,2
-15,2
-18,1
-23,6
Entwicklung in Einwohner
+3 981 Bielefeld
-1 793 Beverungen
-6 609 Mülheim a.d. Ruhr
-14 268 Neuss, Stadt
-30 574 Gelsenkirchen
-57 686 Duisburg
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 9

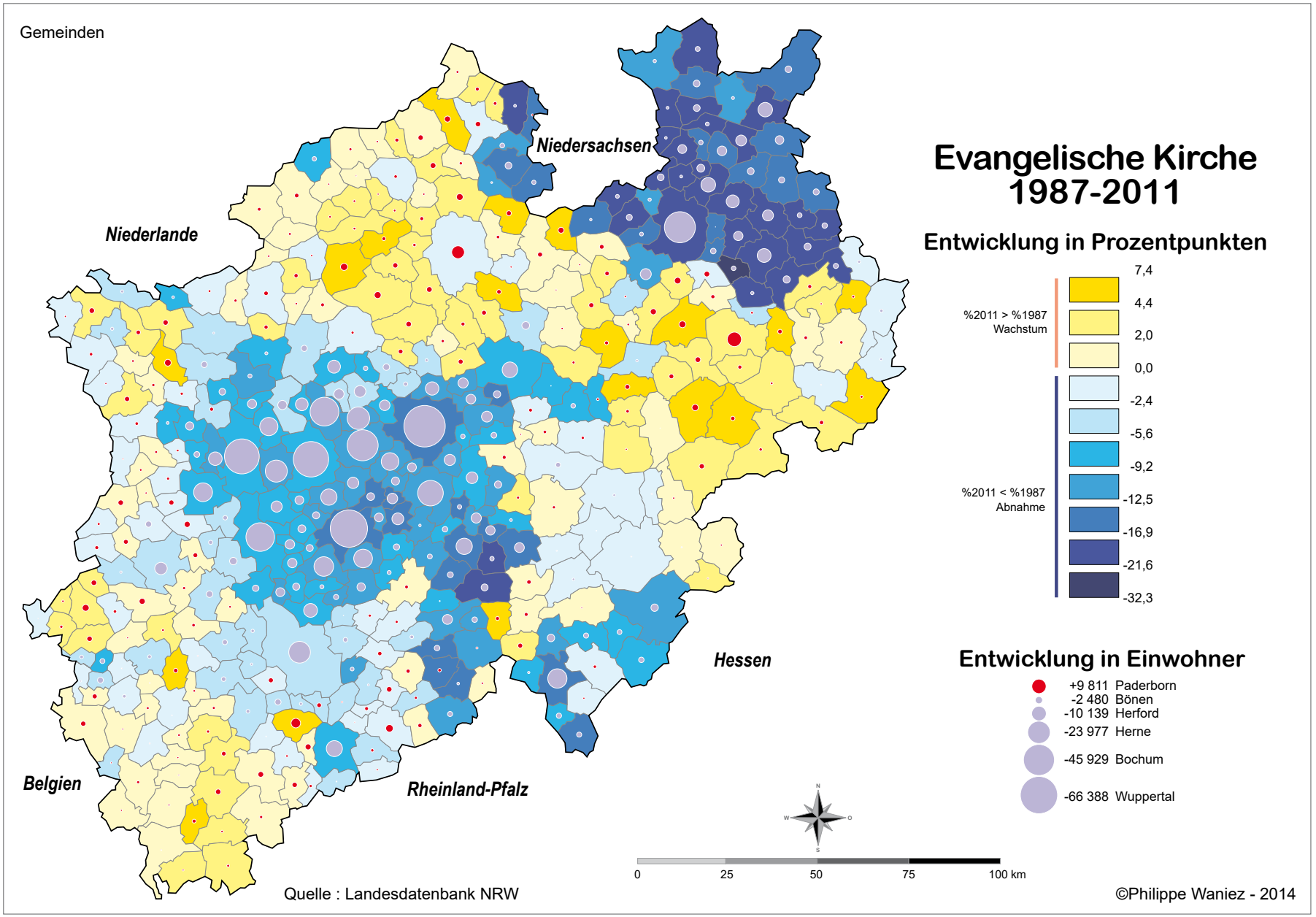
Schließlich nehmen die Katholiken im östlichen Teil der protestantischen Hochburg, dem Teutoburger Wald, sowohl im Bestand als auch in Prozentpunkten zu. In Bielefeld stellt sich das Plus von 3.981 Katholiken allerdings nur in 0,06 Prozentpunkten dar.

Auch wenn die evangelische Kirche einen Gesamtverlust in der gleichen Größenordnung verzeichnet wie die der römisch-katholischen Kirche, zeigt diese Gemeinsamkeit aber auch wichtige Unterschiede (**Karte 10**). Die grundlegende Gemeinsamkeit in der Entwicklung der beiden Religionen ist der starke Verlust in den großen Städten besonders im Ruhrgebiet und im Bergischen Land. In Dortmund beispielsweise erreicht der Verlust 81.900 Einwohner und 13,3 Prozentpunkte, in Wuppertal 66.388 und 16 Prozentpunkte. Der Hauptunterschied in der Entwicklung dieser beiden Religionen ist der gewinnende Charakter der evangelischen Kirche in den Hochburgen der Katholischen Kirche. Dies ist fast überall deutlich sichtbar, sowohl in der Bevölkerungszahl (evangelisch Gläubige sind also zahlreicher geworden in den katholischen Gemeinden) als auch in den Prozentpunkten (ihre Bedeutung in der Gesamtbevölkerung nimmt zu). Im Münsterland und im Süden des Teutoburger Waldes wird das deutlich sichtbar, im Sauerland, dem Niederrhein und der Region von Aachen weniger.

Alles in allem sind die Orte der massiven Schwächung der traditionellen Kirche die Städte und städtischen Regionen, während sich in den ländlichen Gebieten die evangelische Kirche auf Kosten der katholischen Kirche ausweitet. Aber die Größenordnung dieser beiden Phänomene ist sehr unterschiedlich: die derzeitige Entfremdung vom Christentum im städtischen Raum wird keinesfalls durch die bescheidene Entwicklung der evangelischen Kirche in den ländlichen Gebieten ausgeglichen.

5. Der Rückgang der Religionen und die religiöse Vielfalt

Was ist mit den Personen geschehen, die die katholische und evangelische Kirche verlassen haben? Die Personen, die sich als konfessionslos erklärt haben und diejenigen, die auf die Frage der Zählung nicht geantwortet haben, (keine Religionszugehörigkeit, ohne Angabe) sind, in Zahlen gesehen, auf 1.717.559 Einwohner angestiegen. Sie stellten 1987 6,6% der Gesamtbevölkerung dar, ihr proportionaler Anteil erreichte 2011 16,1%, eine Zunahme von 9,5 Prozentpunkten. Aber dieser Anstieg erklärt nicht alles, weil die anderen Religionen um 851.191 Gläubige zunahmen, d.h. 4,4 Prozentpunkte. Also erklärt sich die Schwächung der römisch-katholischen und evangelischen Kirche damit, dass etwas mehr als 2/3 die Kirche verlassen hat oder die Antwort verweigerte und etwas weniger als 1/3 anderen Religionsformen angehört (andere evangelische Religionen, Islam, andere Glaubensrichtungen). Man kann das mit den verfügbaren Daten nicht präzisieren, welche diese Religionen sind.


Gemeinden
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Evangelische Kirche
1987-2011
Entwicklung in Prozentpunkten
%2011 > %1987
Wachstum
%2011 < %1987
Abnahme
7,4
4,4
2,0
0,0
-2,4
-5,6
-9,2
-12,5
-16,9
-21,6
-32,3
Entwicklung in Einwohner
+9 811 Paderborn
-2 480 Bönen
-10 139 Herford
-23 977 Herne
-45 929 Bochum
-66 388 Wuppertal
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2014

Karte 10

Referenzen

(1) http://www.ined.fr/fichier/t_telechargement/63795/telechargement_fichier_fr_surprises.du.recensement.allemand_note.fheran_juin.2013.pdf

(2) http://en.wikipedia.org/wiki/Religious_disaffiliation_in_Germany

(3) http://fowid.de/fileadmin/datenarchiv/Religionszugehoerigkeit/Religionszugehoerigkeit_Bevoelkerung_1970_2011.pdf

VIII - Die Haushalte und die Familien

In den vorangegangenen Kapiteln wurde die Bevölkerung in Europa, Deutschland und NRW entsprechend der individuellen Merkmale (Geschlecht, Alter, Religion, etc.) analysiert. Dieses Kapitel konzentriert sich besonders auf die Gruppierung der Bewohner in den Haushalten und den Familien.

„Ein Privathaushalt oder Haushalt ist im ökonomischen Sinne eine aus mindestens einer Person bestehende systemunabhängige Wirtschaftseinheit, die sich auf die Nutzenmaximierung ausrichtet. (…) In der amtlichen Statistik zählt als privater Haushalt jede zusammen wohnende und eine wirtschaftende Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften“ (1).

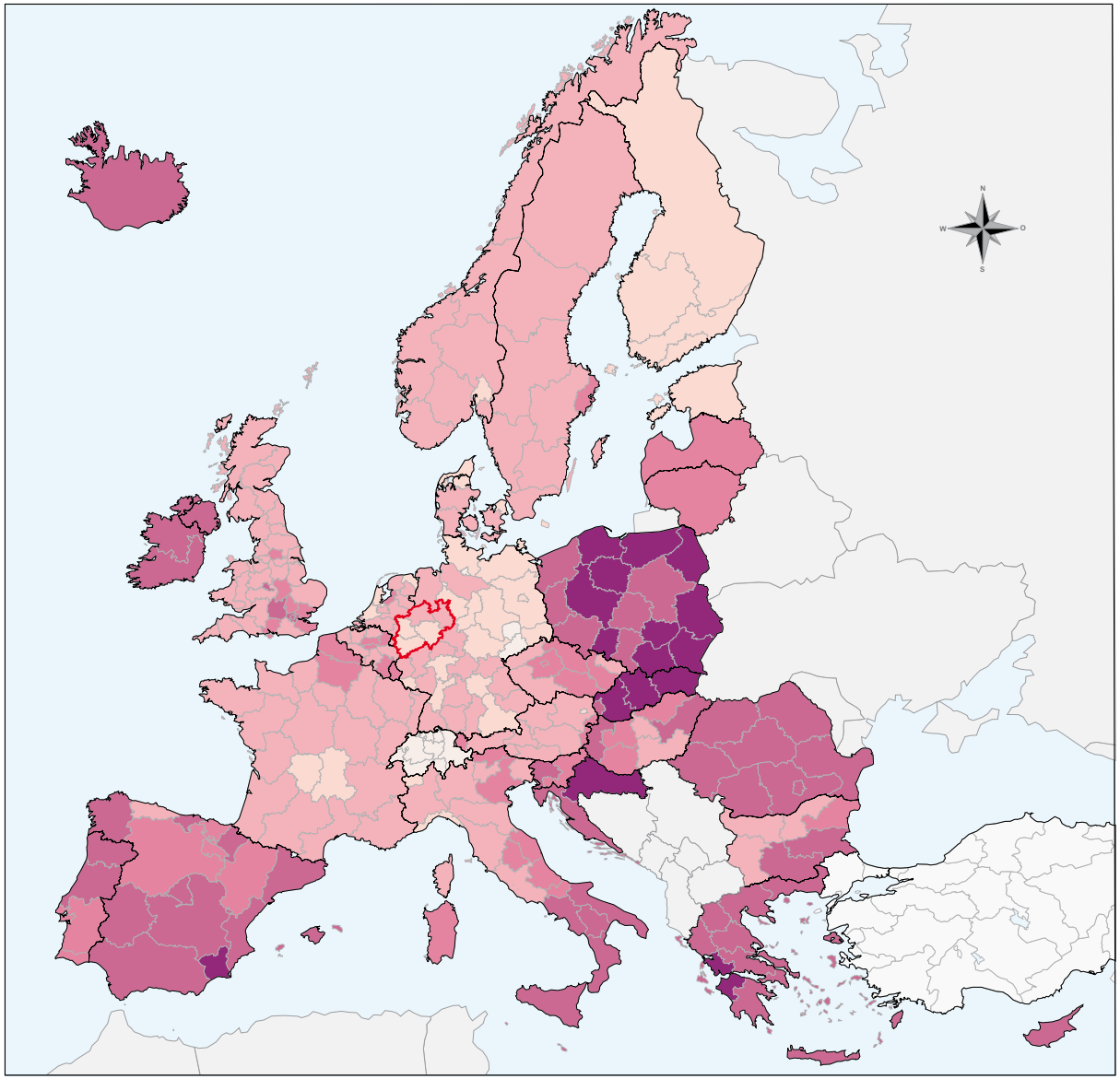
„Zu den Familien zählen danach alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d.h. Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie allein erziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einen Überblick über Aufbau und Inhalte des Lebensformenkonzeptes gibt das Schaubild“ (2). Aus statistischer Sicht bedeutet für die Existenz einer Familie die Anwesenheit von mindestens einem Kind und mindestens einem Elternteil; der häufigste Fall dieser Situation besteht aus einem Paar (Ehepaare Gemeinschaft) mit einem oder mehreren Kindern. Paare können auch kinderlos sein. In diesem Fall sind es einfach Haushalte bestehend aus zwei Personen. Schließlich bilden die unverheirateten Personen (Alleinlebende) einen Haushalt mit einer Person.

1. Die durchschnittliche Haushaltsgröße

Im Jahr 2011 gibt es in Deutschland 40.242.657 Haushalte. Bei einer Teilung der Gesamtbevölkerung (85.209.058) durch die Anzahl der Haushalte, erhält man einen Durchschnitt von 2,12 Personen pro Haushalt. Die Regionen von Deutschland (Niveau NUTS2, Regierungsbezirke) weisen innerhalb der EU eine im Allgemeinen eher schwache durchschnittliche Größe aus, die zwischen 2,0 und 2,4 liegen (**Karte 1**). Diese Zahl ist in den Randgebieten am höchsten, von 2,5 bis 3,5: Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Süditalien, Südspanien, Irland und Island. Aus wirtschaftlicher Sicht, nicht vergleichbar aber charakterisiert durch eine relativ hohe Größe der Haushalte. Im Gegensatz dazu sind Haushalte in den zentralsten EU-Ländern kleiner. Die niedrigsten Werte unter 2, sind in der Schweiz und in Sachsen verzeichnet. Andererseits ist die durchschnittliche Anzahl der Personen pro Haushalt relativ einheitlich innerhalb der Regionen des gleichen Landes (NUTS-2). Mit anderen Worten: die Streuung der Werte um den Mittelwert der einzelnen Länder ist relativ gering, um ohne Zweifel die Existenz eines nationalen Modells des durchschnittlichen gemeinsamen Lebens widerzuspiegeln. Im Gegensatz dazu erscheinen Italien und in geringerem Maße Spanien gespalten zwischen hohen Werten (im Zusammenhang mit der EU-Peripherie) im Süden (Mezzogiorno und Andalusien) und niedrigeren Werten im Norden (in Bezug auf das Herz der EU).

In seiner Gesamtheit erscheint NRW mit 2,16 Einwohnern pro Haushalt einen Wert entsprechend dem deutschen Durchschnitt auf. Jedoch ist diese Zahl veränderlich, wenn sie auf dem Niveau der Kreise berechnet wird, mit einem Minimum von 1,69 und einem Maximum von 2,80. Die Karte mit den durchschnittlichen Haushaltsgrößen unterstreicht mehrere bedeutende Gegensätze großer Spaltungen in der Sozialgeografie Deutschlands (**Karte 2A**). Es umfasst vor allem die Unterscheidung zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Während im Osten die durchschnittliche Anzahl der Personen pro Haushalt nie 2,3 überschreiten, findet man im Bericht des Westens höhere Werte. Insbesondere beobachtet man zwei Gruppen von Kreisen mit starken Werten. Zum einen im Westen von Niedersachsen (Oldenburg 2.4; Vechta 2,7, Cloppenburg 2.8; Osnabrück 2,5, Emsland 2,6 und Bentheim 2,5) und Westfalen (aber ohne Münster) in Richtung Süden von NRW diese Gruppe von Kreisen mit verhältnismäßig hoher Haushaltsgrößen. Die zweite Gruppe wird durch die Landkreise nördlich von München gebildet (und damit ohne die Kreise der Alpen). Diese Gruppe erstreckt sich in Richtung Westen, in Baden-Württemberg, besonders in den Alb-Donau-Kreis und Biberach, und im größten Teil dieses Landes, mit etwas niedrigeren Werten. Wie in den bayrischen Alpen, zeigt der Süden von Baden - Württemberg deutlich niedriger Werte an, insbesondere in Konstanz (2,1).

Die zweite räumliche Organisation, die auf der Karte der Haushaltsgrößen in Deutschland gezeichnet ist, weist einen deutlichen Unterschied zwischen der Mehrheit der kreisfreien Städte und der Landkreise aus. In den Städten, die bevölkerter sind als die ländlichen Räume, ist die Anzahl der Haushalte sehr wichtig. Sie sind auf der Karte über die Anzahl der Haushalte leicht identifizierbar (**Karte 2B**). Man kann beobachten, dass die durchschnittliche Anzahl der Personen pro Haushalt in der Regel in den Städten weniger bedeutend ist, als in den umliegenden Landkreisen.



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Haushalte 2011

Durchschnittliche Anzahl der Personen pro Haushalte

- 3,4
- 2,8
- 2,5
- 2,4
- 2,2
- 2,0
- 1,8
- Fehlende Information
- Andere Staaten

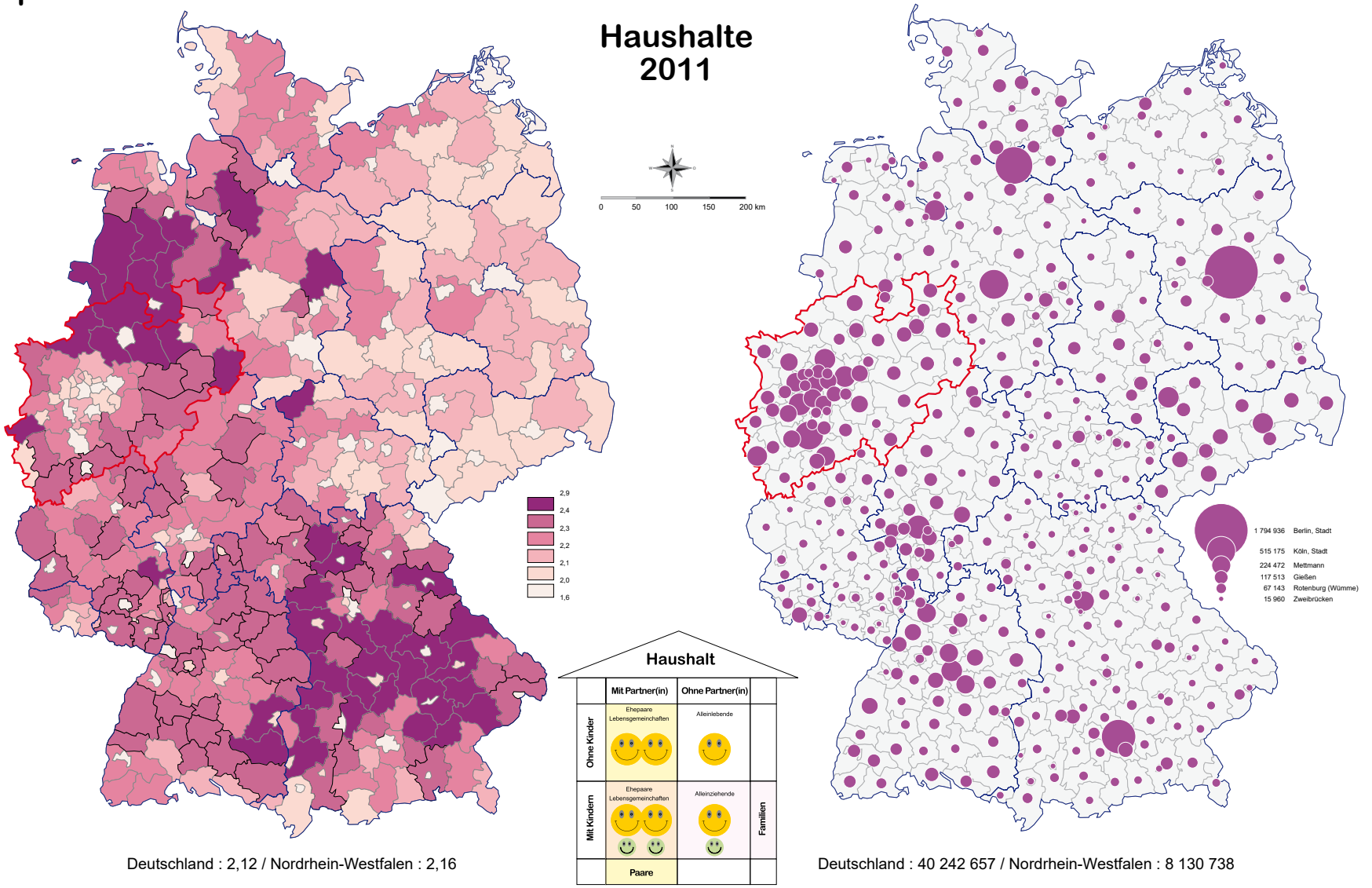
Quelle : Eurostat - Census Hub - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

©Philippe Waniez - 2015

Karte 1

A Durchschnittliche Anzahl der Personen pro Haushalte

Anzahl der Haushalte **B**



Deutschland : 2,12 / Nordrhein-Westfalen : 2,16

Deutschland : 40 242 657 / Nordrhein-Westfalen : 8 130 738

Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : DESTATIS, Zensus 2011

©Philippe Waniez - 2014

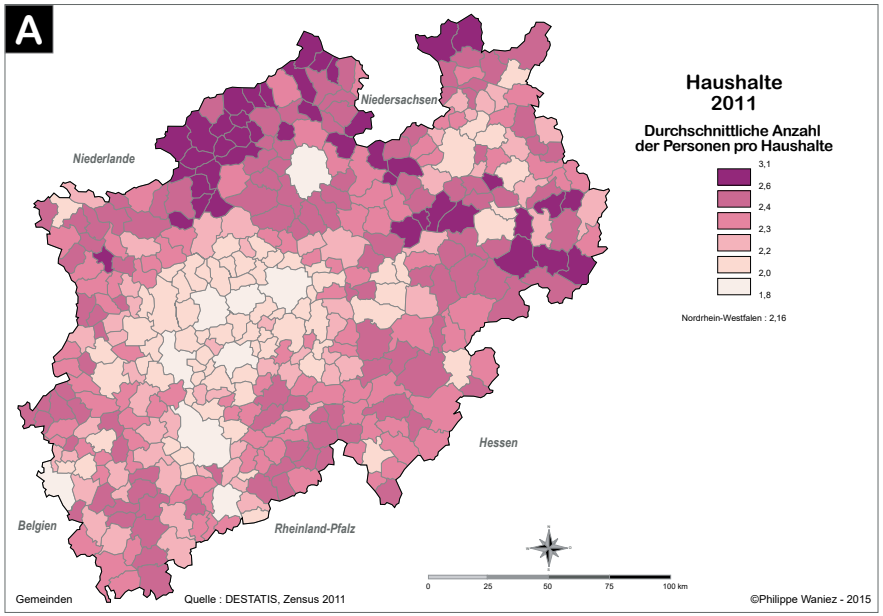
Der Kontrast ist in Bayern besonders auffällig. In Ingolstadt sind beispielsweise durchschnittlich 2,1 Personen pro Haushalt, in den benachbarten Kreisen liegt diese Zahl über 2,4. Das gleiche Phänomen ist, in Ansbach, Bamberg, Regensburg und Augsburg zu beobachten. In Niedersachsen hat Osnabrück Stadt nur 1,9 Personen pro Haushalt, aber die Landkreise zeigen 2.5. Dieses Phänomen wiederholt sich überall mit mehr oder weniger betonten Kontrasten je nach Region und auch in den neuen Ländern. Zum Beispiel sinkt der Wert von Schwerin auf 1,8, aber die umliegenden Kreise liegen alle über 2 (2,2 für Nordwestmecklenburg). Demnach sind die Haushalte im Durchschnitt in den ländlichen Gebieten größer als in den Städten.

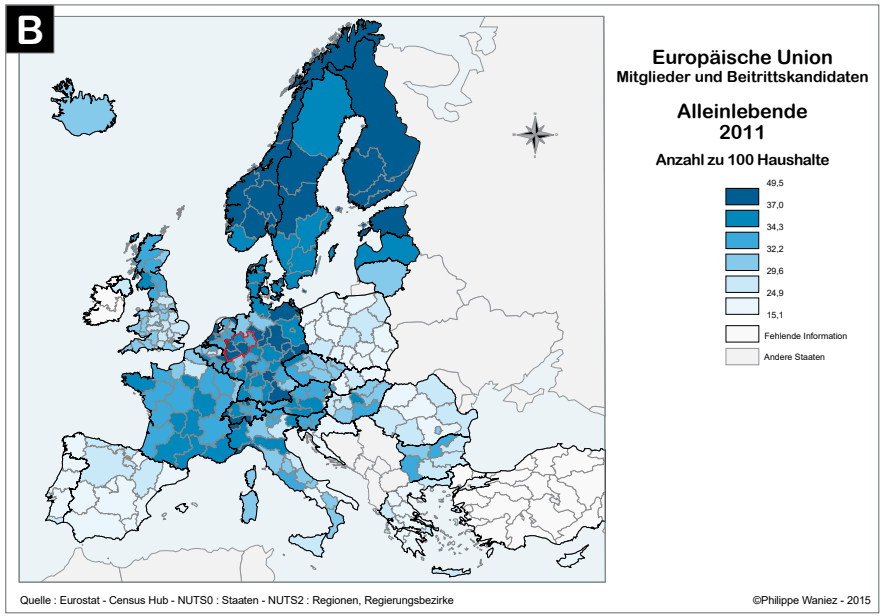
Die Größe der Haushalte in den Kommunen von NRW stellt eine deutliche Streuung dar, weil die Werte zwischen 1,8 und 3,1 zu finden sind (**Karte 3A**). Zwischen den großen Städten, den städtischen Regionen und den ländlichen Räumen sind die Kontraste durchdringend. Die wichtigsten Städte von NRW liegen unter 2,0 Personen pro Haushalt; das Minimum ist in Düsseldorf (1,8) zu finden. Selbst Münster erreicht nicht 2 Personen pro Haushalt. Die Kommunen, die um die Großstädte angesiedelt sind und die Stadtgegenden bilden (Ruhrgebiet, die Drei Bergischen) weisen eine etwas höhere durchschnittliche Größe aus, meistens zwischen 2 und 2,2. In den ländlichen Räumen ist die durchschnittliche Größe der Haushalte höher. In Westfalen stellt man die höchsten Werte fest, im Allgemeinen mehr als 2,4 aber manchmal auch viel mehr, besonders im Westen (Region von Coesfeld). Das Sauerland ist auch charakteristisch für große Haushalte, jedoch weniger häufig als in Westfalen. In der Eifel ist der Fall ähnlich.

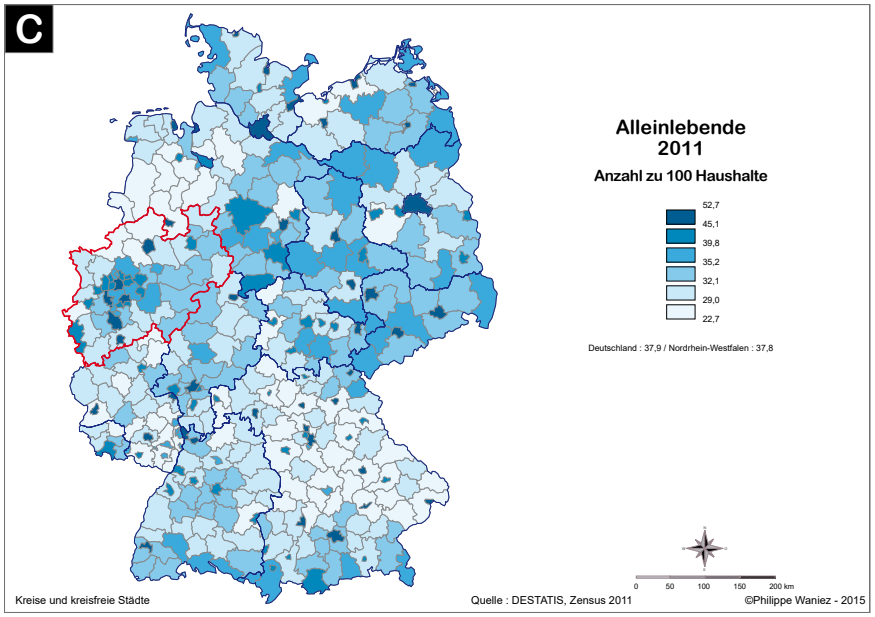
Man beobachtet solche Unterschiede der durchschnittlichen Größe der Haushalte in unterschiedlichen geografischen Maßstäben, weil die Haushaltszusammenstellung von einem Land zum anderen, von einer Gegend zur anderen und von einer Kommune zur anderen differiert.

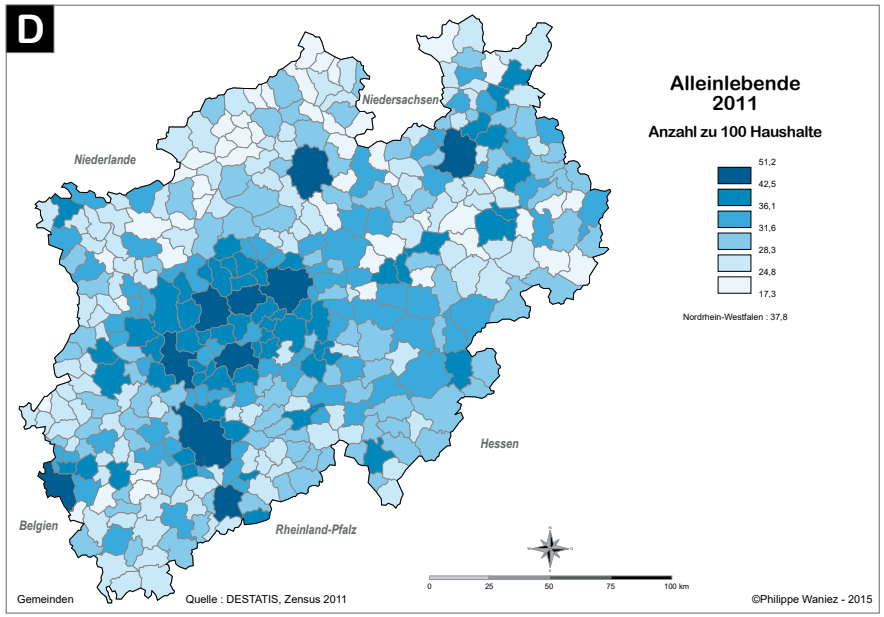
„Die Haushalte in Deutschland werden tendenziell immer kleiner. Dieser Trend ist seit Beginn der statistischen Erfassung Ende der 1950er-Jahre zu beobachten. Eine Besonderheit in der Entwicklung besteht darin, dass die Einpersonenhaushalte seit Mitte der 1970er-Jahre zahlenmäßig alle anderen Haushaltsgrößen übertreffen“ (3). Im Jahr 2011 betrug der Anteil der Einpersonenhaushalte 37,9% aller Haushalte. Auch die Zahl der Zweipersonenhaushalte hat sich kontinuierlich erhöht. Die Zahl der Haushalte mit drei und mehr Personen ist dagegen beständig gesunken. Die Haushalte in den alten Ländern mit mehr als fünf Leuten haben ihren Prozentsatz von 12,9% im Jahr 1970 auf 5,1% im Jahr 2011 verringert.

Es scheint also notwendig, zu präzisieren wie sich die Haushalte sowohl von der Anzahl der Personen als auch den Familienbeziehungen entsprechend aufteilen, die diese Zahl zur Grundlage haben.


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Haushalte
2011
Durchschnittliche Anzahl
der Personen pro Haushalte
3,1
2,6
2,4
2,3
2,2
2,0
1,8
Nordrhein-Westfalen : 2,16
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


B
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Alleinlebende
2011
Anzahl zu 100 Haushalte
49,5
37,0
34,3
32,2
29,6
24,9
15,1
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - Census Hub - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015


C
Alleinlebende
2011
Anzahl zu 100 Haushalte
52,7
45,1
39,8
35,2
32,1
29,0
22,7
Deutschland : 37,9 / Nordrhein-Westfalen : 37,8
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Alleinlebende
2011
Anzahl zu 100 Haushalte
51,2
42,5
36,1
31,6
28,3
24,8
17,3
Nordrhein-Westfalen : 37,8
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karten 3

2. Die Alleinlebenden

Es gibt 65.160.820 Haushalte mit einer Person im Jahr 2011, das macht 31,2% der Haushalte in der EU. Diese Situation ist die häufigste, knapp vor den Zwei-Personen-Haushalten (63.817.758). Man beobachtet einen starken negativen Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Größe der Haushalte und dem Prozentsatz von Alleinlebenden bei den Haushalten insgesamt (**Karte 3B**). Von Polen bis Griechenland, von Italien und im Süden von Spanien scheint der Prozentsatz der Alleinlebenden schwach; sie stellen oft weniger als ein Viertel der Haushalte dar. Anders ausgedrückt die Haushalte dieser Länder bevorzugen andere Lebensformen, die eine größere Zahl von Personen enthält. Im Gegensatz dazu sind die Regionen der EU, die durch eine geringe Anzahl von Personen pro Haushalt gekennzeichnet sind durch die Anwesenheit von Alleinlebenden stärker ausgeprägt. In Deutschland noch besonders ausgeprägt, vor allem aber in den neuen Bundesländern mit 42,0% in Leipzig zum Beispiel. Der Zusammenhang zwischen den beiden Indikatoren festigt sich auch für das Vereinigte Königreich, aber für Skandinavien ist er weniger klar. Dort erscheint der Prozentsatz der Alleinlebenden unnormal hoch in der durchschnittlichen Größe der Haushalte.

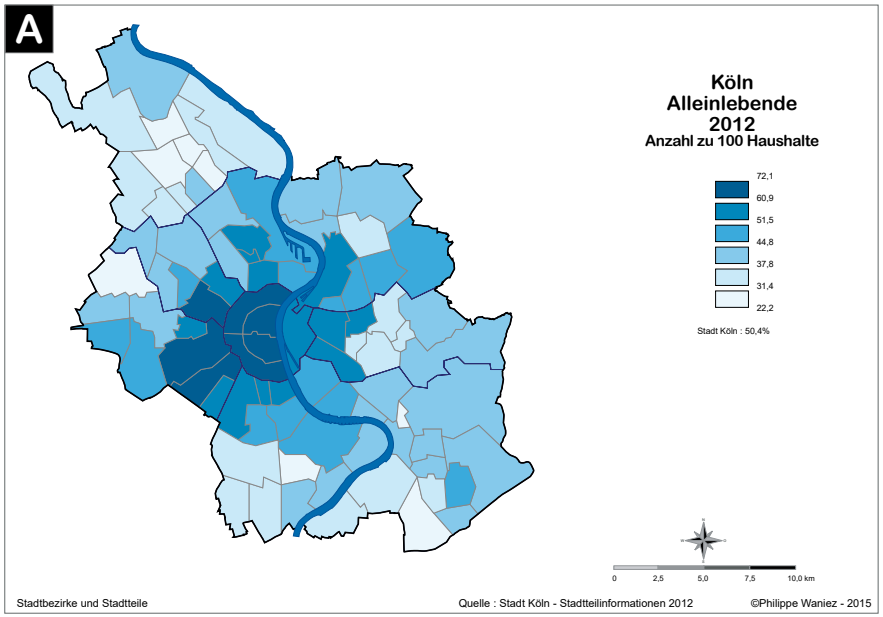
In 2011 lag der Anteil der Alleinlebenden bei 21,8% der Gesamtbevölkerung in Deutschland (4), das ist einer von fünf. Sie bilden auch 37,9% von 40.242.657 Haushalte Deutschlands in 2011. 53,3% sind Frauen und 46,7% Männer. Dieser Unterschied der Proportionen ist zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen, dass Frauen im Durchschnitt länger leben als Männer: 22,5% der Frauen sind verwitwet und nur 5,2% der Männer. Man weiß zudem, dass die Großstädte im Allgemeinen durch eine hohe Frauenproportion charakterisiert sind, weil es dort für sie mehr Möglichkeiten zur Anstellung gibt. Das erklärt ebenfalls einen Teil der Konzentration von Einpersonenhaushalten in den Städten.

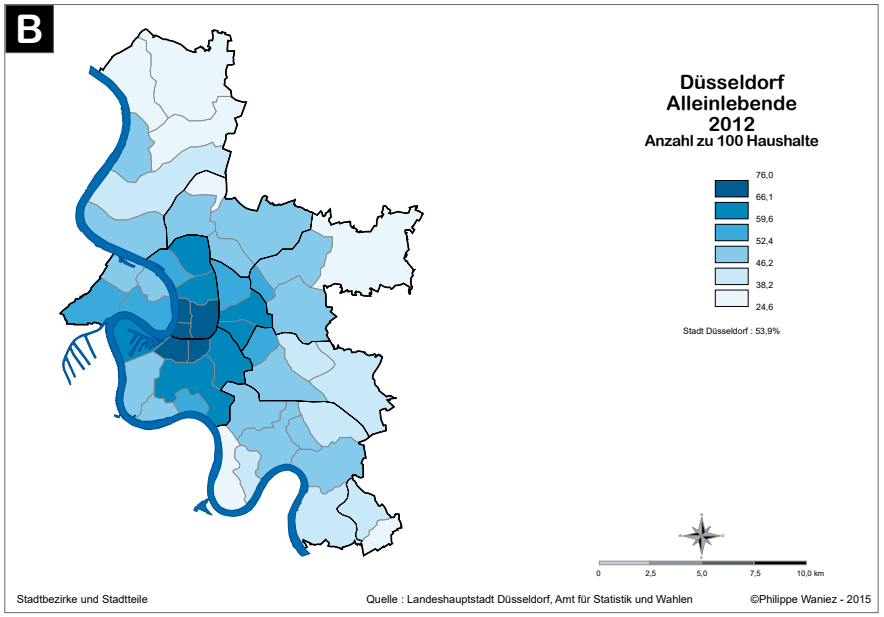
Wie in dem Rest von Europa, haben die Alleinlebenden eine starke Wirkung auf die Struktur der Haushalte in den deutschen Städten (**Karte 3C**), und dies sowohl im Westen als auch im Osten. Zum Beispiel besteht in München die Hälfte der Haushalte nur aus einer einzigen Person. In Hamburg sind es 46,6% und in Frankfurt am Main 48,1%; Berlin erreicht 49,1%, Leipzig 48,8% und Schwerin 48,5%. In den Landkreisen der neuen Bundesländer erscheint der Anteil der Einpersonenhaushalte im Allgemeinen höher als in den alten Ländern. Dies erklärt sich zweifellos mit der Alterung der Bevölkerung, die im Osten fortgeschrittener ist, als im Westen. Die schwächsten Werte charakterisieren Bayern (im Zentrum und Norden) sowie den Westen von Niedersachsen.

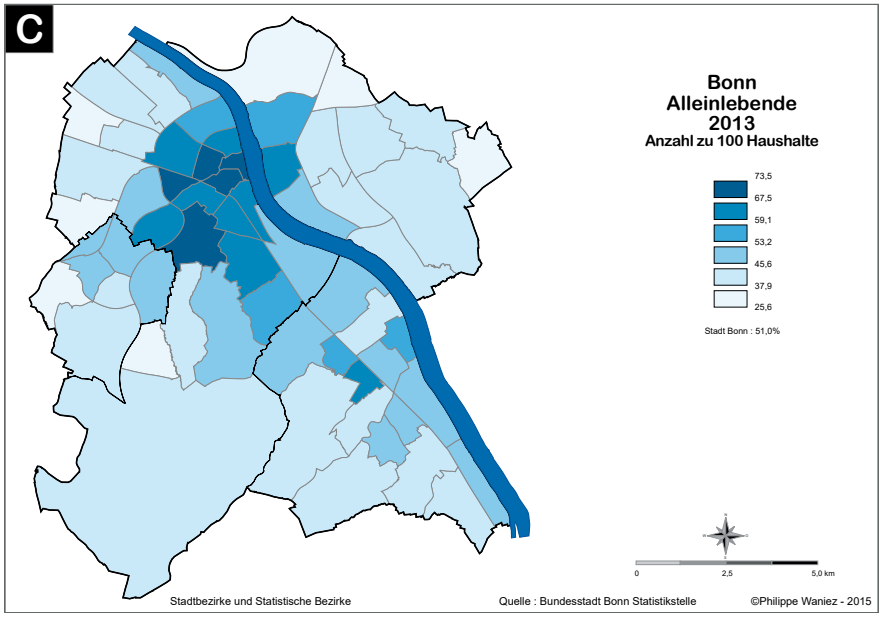
In NRW sind die Einpersonenhaushalte unter 3.075.391 oder 37,8% der von allen im Jahr 2011, ein ähnlicher Anteil wie der Durchschnitt von Deutschland. Aber diese Proportion variiert in den Kommunen zwischen weniger als einem Haushalt von fünf und mehr als einem Haushalt von zwei. Auch in den wichtigsten Städten in NRW haben die Alleinlebenden den größeren Anteil. Bonn, Köln, Düsseldorf, Wuppertal, Essen, Dortmund, Aachen, Münster und Bielefeld haben alle mehr als 42% der Einpersonenhaushalte (**Karte 3D**). Außerhalb dieser Großstädte zeigen im Ruhrgebiet die mittelgroßen Städte, wie Detmold, Paderborn, und Düren, immer mehr als ein Drittel Alleinlebende an und nur in den ländlichen Räumen fällt diese Proportion unter ein Viertel, besonders in Westfalen und in der Eifel. Im Sauerland sind die Prozentsätze etwas höher.

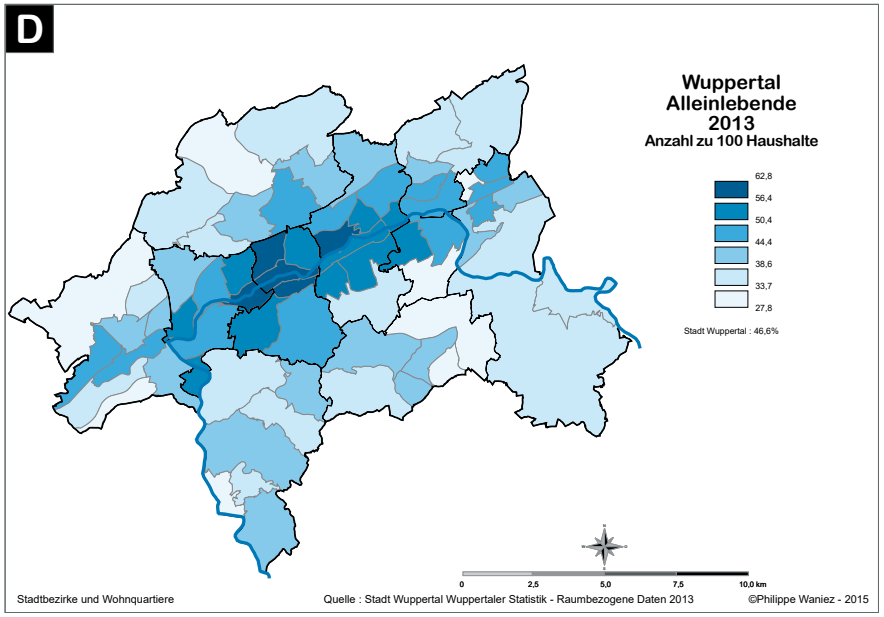
Die Verteilung von Einpersonenhaushalten in den Bezirken der Städte von NRW stellt sich in einer betonten Regelmäßigkeit dar. Sie entspricht dem Organisationsschema Zentrum-Stadtrand. Die Karten (**Karte 4A-4D** und **5A-5D**) zeigen deutlich die Ballung der Alleinlebenden in den zentralen Bezirken, wo ihre Anwesenheit 60,0% der gesamten Haushalte fast immer überschreitet. Manchmal durchdringen die betroffenen Bezirke den Ring, wie Köln, Münster oder Bonn. Wegen seiner linearen Stadtstruktur, bildet sich in Wuppertal das Zentrum in Elberfeld-Mitte flankiert von der Nordstadt, der Südstadt und Arrenberg. Jenseits des zentralen Kernes bilden sich zwei bis drei Ringe, mehr oder weniger deutlich ausgeprägt mit einer mehr oder weniger regelmäßigen Abnahme der Prozentsätze. Die Bezirke des ersten Ringes haben alle mehr als 50,0% Alleinlebende, Werte, die sich dann zur Außenseite stark vermindern.

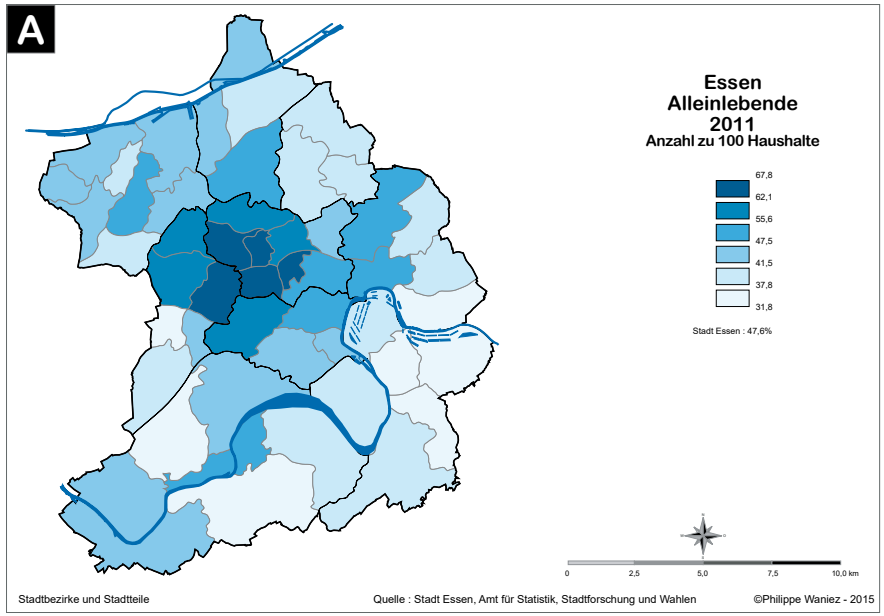
Durch die Darstellung der Karten in verschiedenen Perspektiven, nämlich die Kreise für Deutschland, die Gemeinden für NRW und die Stadtteile der Großstädte zeigt sich das geografische Zentrum der Alleinlebenden. Deren Anwesenheit erscheint wie ein starker Anzeiger des Stadtlebens. Das ist in einer Vielzahl von Faktoren begründet, die in Verbindung stehen mit der Verfügbarkeit angemessener Unterkünfte für diesen Lebensstil aber auch in dem guten Angebot, die von den zentralen Bezirken in Bezug auf Verkehrs- und Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe angeboten werden.

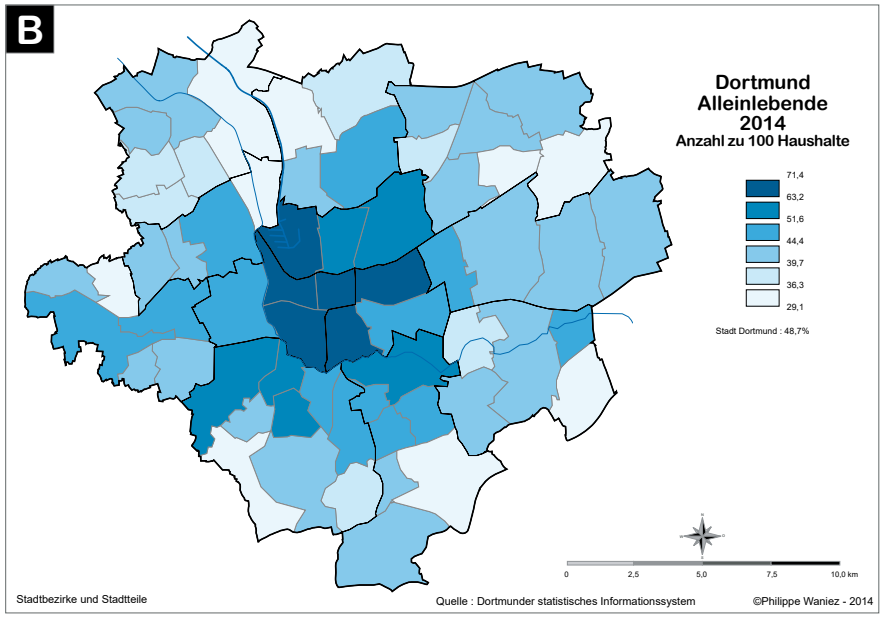

A
Köln
Alleinlebende
2012
Anzahl zu 100 Haushalte
72,1
60,9
51,5
44,8
37,8
31,4
22,2
Stadt Köln : 50,4%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2015

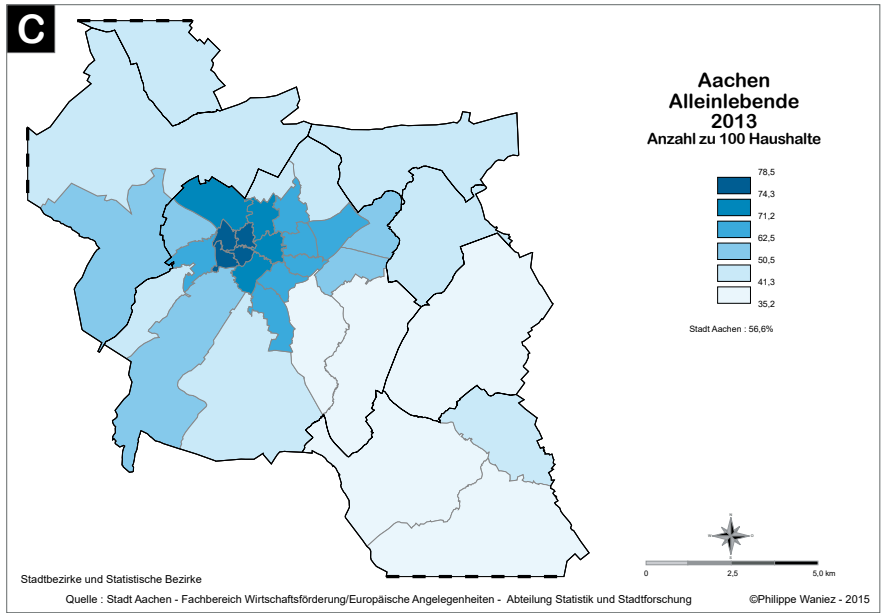

B
Düsseldorf
Alleinlebende
2012
Anzahl zu 100 Haushalte
76,0
66,1
59,6
52,4
46,2
38,2
24,6
Stadt Düsseldorf : 53,9%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015

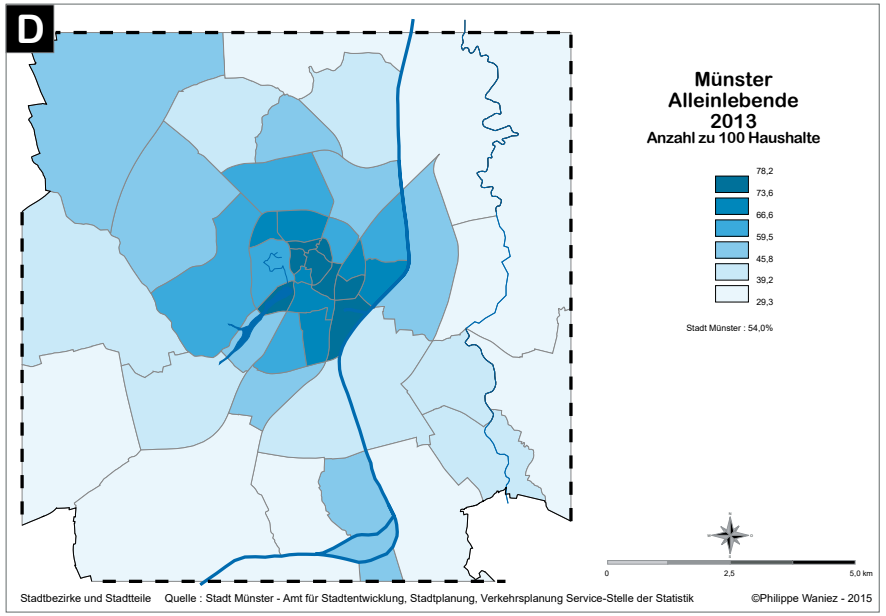

C
Bonn
Alleinlebende
2013
Anzahl zu 100 Haushalte
73,5
67,5
59,1
53,2
45,6
37,9
25,6
Stadt Bonn : 51,0%
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


D
Wuppertal
Alleinlebende
2013
Anzahl zu 100 Haushalte
62,8
56,4
50,4
44,4
38,6
33,7
27,8
Stadt Wuppertal : 46,6%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2013
©Philippe Waniez - 2015


A
Essen
Alleinlebende
2011
Anzahl zu 100 Haushalte
67,8
62,1
55,6
47,5
41,5
37,8
31,8
Stadt Essen : 47,6%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


B
Dortmund
Alleinlebende
2014
Anzahl zu 100 Haushalte
71,4
63,2
51,6
44,4
39,7
36,3
29,1
Stadt Dortmund : 48,7%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Dortmunder statistisches Informationssystem
©Philippe Waniez - 2014


C
Aachen
Alleinlebende
2013
Anzahl zu 100 Haushalte
78,5
74,3
71,2
62,5
50,5
41,3
35,2
Stadt Aachen : 56,6%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - Abteilung Statistik und Stadtforschung
©Philippe Waniez - 2015


D
Münster
Alleinlebende
2013
Anzahl zu 100 Haushalte
78,2
73,6
66,6
59,5
45,8
39,2
29,3
Stadt Münster : 54,0%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung Service-Stelle der Statistik
©Philippe Waniez - 2015

Karten 5

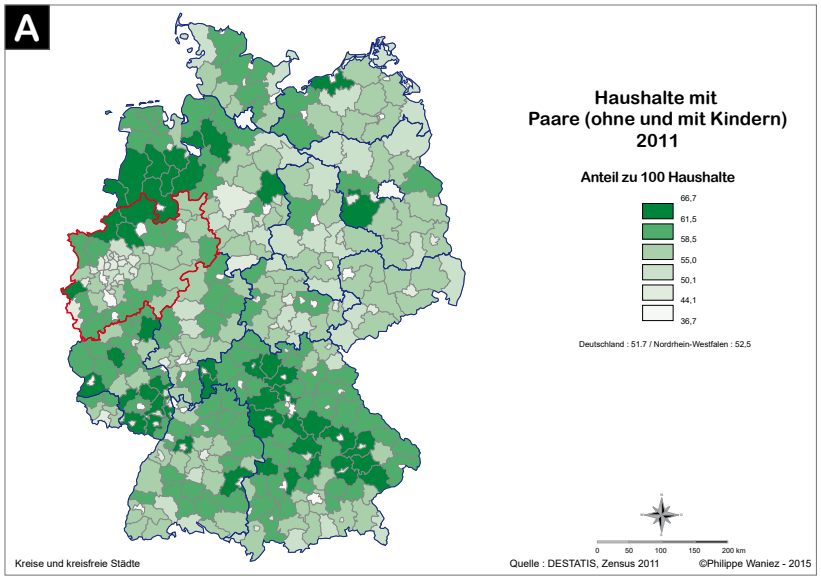
3. Die Paare

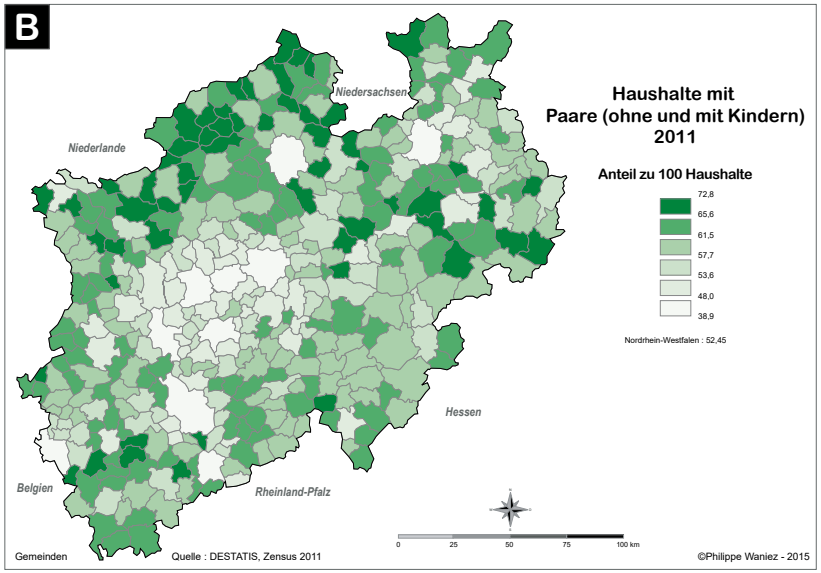
Von allen Formen des Zusammenlebens vertreten die Paare 51,7% der Haushalte von Deutschland im Jahr 2011. Ihre Verteilung auf dem Gebiet der Bundesrepublik (**Karte 6A**) ergibt ein Negativbild von dem der Alleinlebenden. In den wichtigsten Städten ist die Proportion der Paare weniger bedeutend; sie liegen häufig unter 45,0% der Haushalte. In Berlin und München ist der Prozentsatz unter 40,0%. So erscheint die Mischung von Alleinlebenden und von Paare zugunsten der Alleinlebenden (oder manchmal prozentgleich) wie eine starkes Merkmal in den deutschen Städten. Die Vorherrschaft von Paaren in einigen besonderen Gegenden ist die zweite Besonderheit ihre geografische Verteilung. Im Westen von Niedersachsen (und dem Münsterland in NRW), der Südpfalz und dem Zentrum von Bayern, übersteigen die Paare 60,0% der Haushalte, dies natürlich außerhalb der großen Städte. Im Allgemeinen haben die Landkreise der alten Bundesländer einen höheren Anteil von Paaren als Alleinlebende. Die dritte Tatsache, unterstreicht den niedrigen Anteil der Paare in der Mehrheit der Landkreise der neuen Bundesländer, in denen ihr Wert nur selten 55,0% der Haushalte übersteigt. Es geht um dieselben Landkreise, und im Unterschied zu den alten Bundesländern, ist der Wert der Alleinlebenden relativ hoch, oft über 35,0%. Man findet die gleiche Charakteristik in den alpinen Kreisen von Oberbayern und der Umgebung des Bodensees.

In NRW scheint die durchschnittliche Proportion der Paare in der Gesamtheit der Haushalte nicht sehr unterschiedlich innerhalb des gesamten Bundeslandes: 52,5% zu 51,7%. Die wahrnehmbaren Unterschiede zwischen den Kommunen des Landes (**Karte 6B**) spiegeln ebenfalls das wieder, was für Deutschland in seiner Gesamtheit vorher gesagt wurde: relativ niedrige Werte in den Städten; in Köln zum Beispiel, findet man 42,0% Paare und 47,0% Alleinlebende. Es sind die Landgemeinden vom Münsterland in denen man den höchsten Anteil der Paare findet, die in zahlreichen Kommunen 70,0% der Haushalte übersteigt. Man weiß, dass es sich um die Verlängerung der Merkmale des westlichen Niedersachsens in Richtung Süden handelt. Auf der geografischen Karte beobachtet man gleiche Proportionen in der Umgebung von Paderborn, jedoch nicht so gravierend. An anderen Orten von NRW und außerhalb der Städte und städtischen Gebiete, liegt der Anteil der Paare immer noch über dem Durchschnitt des Landes, jedoch ohne so hohe Werte, wie sie im Münsterland zu beobachten sind.

Die Nichteheliche Lebensgemeinschaften

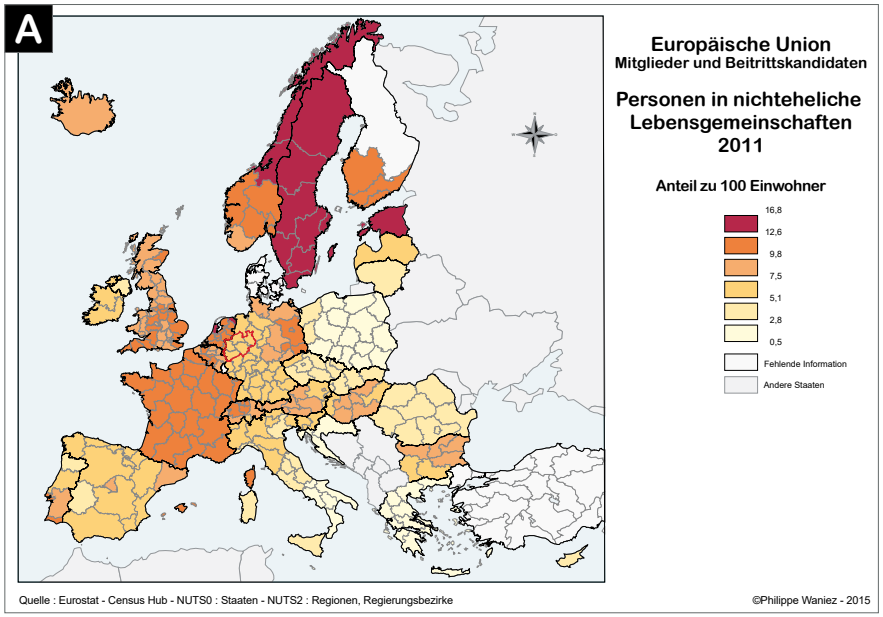
Im Jahre 2011 stellt der Anteil der verheirateten Personen ungefähr 40,0% der Gesamtbevölkerung in der EU dar. Die anderen Formen von „Partnerschaft“ ein Paar betreffend etwas mehr als 7,0% der Europäer. Aber es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. In Schweden ist der Anteil mit 14,5% doppelt so hoch wie im europäischen Durchschnitt, während er in Griechenland mit nur 1,4% sehr niedrig ist. Diese Unterschiede werden durch die unterschiedlichen Rechtsvorschriften erklärt und durch die mehr oder weniger von der Gesellschaft akzeptierten nichtehelichen Beziehungen. Auch wenn die Unterschiede zwischen den Ländern sehr markant sind, so ändern sich die Prozentsätze von den verheirateten Paaren nur wenig innerhalb der Regionen desselben Landes (**Karte 7A**). Das ist besonders für die hohen Prozentsätze in Frankreich, den Niederlanden und in Schweden der Fall und für die schwachen Prozentsätze in Griechenland und in Polen.

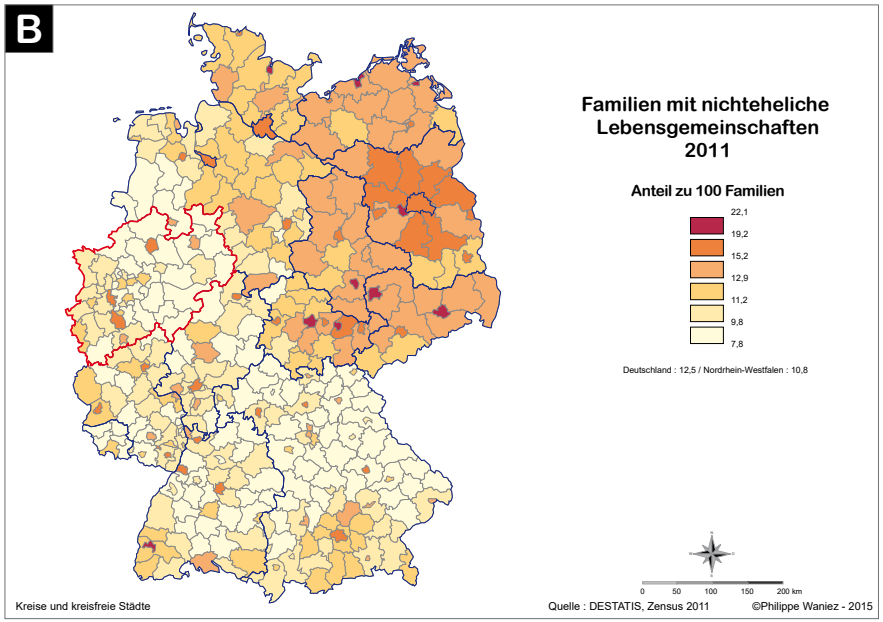


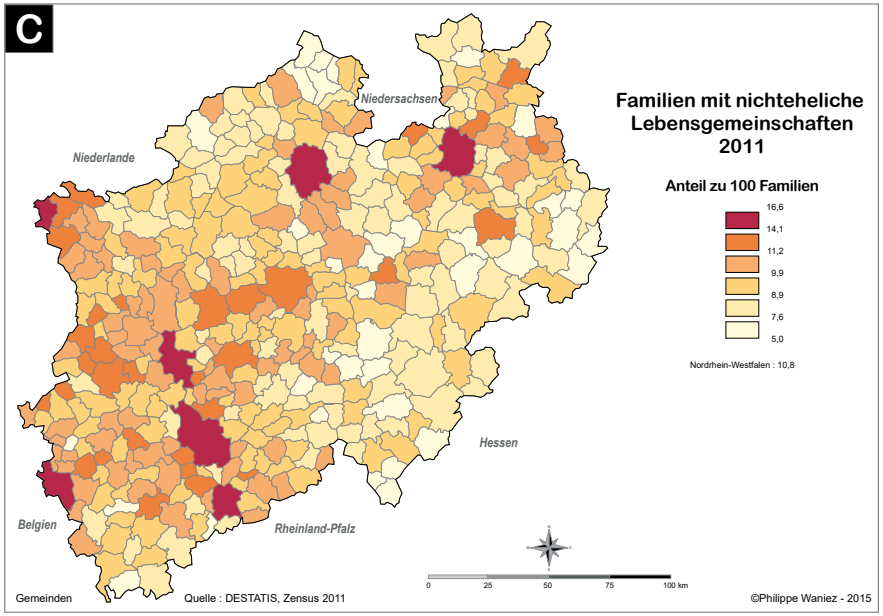


In Italien gibt es den besonderen Fall, dass sich dort, im Gegensatz zu anderen Ländern, der Anteil der unverheirateten Paare von Süd nach Nord erhöht. Man weiß, dass diese Abstufung auch ein Niveau sozioökonomischer Entwicklung der italienischen Regionen darstellt. Der Norden von Italien zeigt über 5,0%, nahe den Werten von Deutschland. Wie in Italien, zeigten sich in Deutschland deutliche Unterschiede zwischen den neuen Bundesländern (besonders Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen) in denen die Sätze der unverheirateten Paare zwischen 8,0% und 10% der liegen und den alten Bundesländern mit niedrigeren Prozentsätzen, in der Größenordnung von 5,0% bis 7,5%. Sogar in der Weise, sich als Paar niederzulassen, bleibt ein Unterschied zwischen dem Osten und dem Westen, der auf der Karte der europäischen Gegenden deutlich wird…

„Seit Ende der 70er Jahre nahmen die Nichtehelichen Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik quantitativ stetig und stark zu, und zwar in allen Teilen der Bundesrepublik, aber noch etwas stärker in den neuen Bundesländern und in städtischen Gebieten. Sie sind zu einem Massenphänomen nicht nur in Deutschland, sondern fast überall in Europa geworden“ (5). Mit 2.983.193 Familien die als „Nichteheliche Lebensgemeinschaften“ in den Ergebnissen der Zählung von 2011 aufgeführt sind wird diese Situation erfasst. Das sind 12,5% von den insgesamt 23.926.491 gezählten Familien. Man findet auf der Karte der Kreise und kreisfreien Städte den schon erwähnten Gegensatz zwischen alten und neuen Bundesländern wieder, die als erstes Merkmal einen größerer Anteil Familien mit unverheirateten Paarer anzeigt (**Karte 7B)**. Dies trifft besonders auf Berlin und Brandenburg zu: 18,0% in Berlin, 16,8% in Dahme-Spreewald.


A
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Personen in nichteheliche Lebensgemeinschaften 2011
Anteil zu 100 Einwohner
16,8
12,6
9,8
7,5
5,1
2,8
0,5
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - Census Hub - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015


B
Familien mit nichteheliche Lebensgemeinschaften 2011
Anteil zu 100 Familien
22,1
19,2
15,2
12,9
11,2
9,8
7,8
Deutschland : 12,5 / Nordrhein-Westfalen : 10,8
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Familien mit nichteheliche Lebensgemeinschaften 2011
Anteil zu 100 Familien
16,6
14,1
11,2
9,9
8,9
7,6
5,0
Nordrhein-Westfalen : 10,8
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

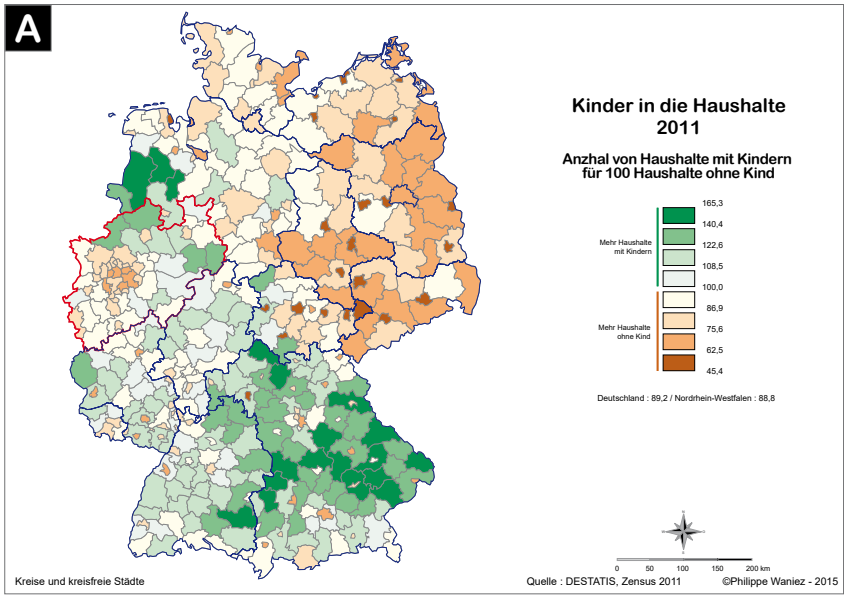
Ein zweiter Gegensatz, der sowohl den Osten wie den Westen des Landes betrifft, zeigt, dass sich die kreisfreien Städte von den Landkreisen durch stärkere Prozentsätze unterscheiden. In den alten Ländern sind die Prozentangaben der Landkreise in der Regel niedriger. Sie liegen zwischen 15,0% und 17,0% (16,9% in Hamburg, 16,3% in München, 15,4% in Stuttgart). In den neuen Ländern, ist der Anteil der Familien mit unverheirateten Paaren proportional viel höher, oft mehr als 20,0% der Familien (21,7% in Dresden, 20,8% in Potsdam, 19,9% in Rostock). So sind in diesen östlichen Städten fast zwei Drittel mehr Familien mit unverheirateten Paaren als der Durchschnitt von Deutschland. Mit anderen Worten, dieses Phänomen entwickelt sich in den Großstädten und das umso mehr, als ihre regionale Umwelt auch davon betroffen ist.

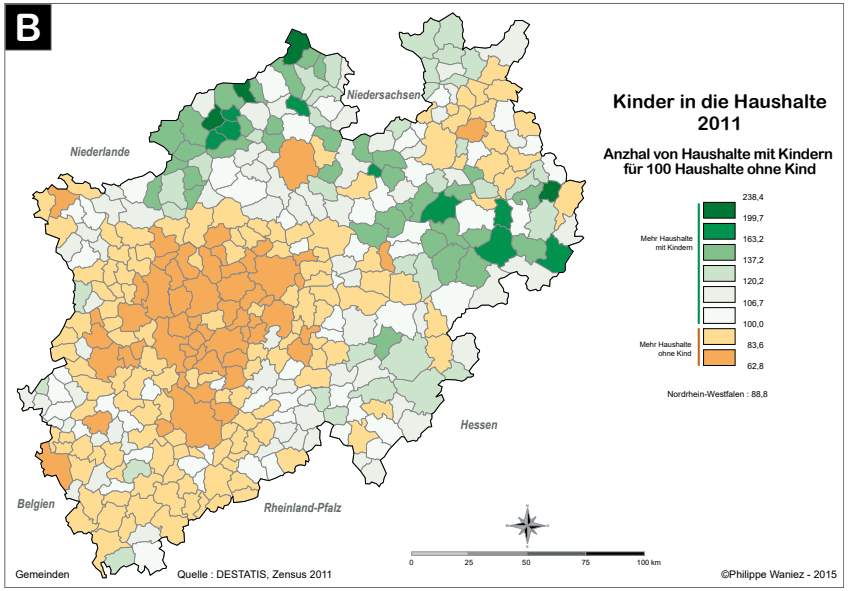
Dieser Schwerpunkt der Lokalisation in den Städten erklärt sich aus der Tatsache, dass die Nichtehelichen Lebensgemeinschaften vor allem die Personen im Alter von 25 bis 35 Jahren betreffen, welche einen hohen Anteil in der Bevölkerung der Städte ausmachen. Aber es reicht nicht aus, um die Ost-West-Unterschiede 25 Jahre nach der Wiedervereinigung zu erklären. In der ehemaligen DDR wirkte sich der Einfluss der Religion auf die Regelung der Ehebeziehungen zweifellos weniger aus, als in der BRD. Mehr noch war das Modell der verheirateten Frau, der Hausfrau und Mutter im Osten weniger geschätzt als im Westen. Die statistischen Erhebungen zeigen, dass der Anteil der Nichtehelichen Lebensgemeinschaften heute noch höher in den neuen Bundesländern sind und dies für alle Altersklassen nicht nur junge Menschen (6). Damit sind die ererbten Familienmodelle der kommunistischen Zeit immer noch in den Daten der Volkszählung 2011 nachweisbar.

In NRW ist der Anteil von Familien mit nicht verheirateten Paaren unter dem von Gesamtdeutschland zu beobachten: 10,8% gegenüber 12,5%. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass NRW ein altes Bundesland ist und sich diese Familien mehr in den neuen Bundesländern entwickelt haben. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Gemeinden von NRW; Unterschiede, die die vorstehenden Anmerkungen verstärken. In den Städten von NRW sind die höchsten Anteile von Familien mit unverheirateten Paaren (**Karte 7C**): 16,7% in Münster, 15,5% in Köln und in Düsseldorf, 14,8% in Aachen. Die bedeutendsten Städte im Ruhrgebiet erscheinen leicht eingesunken: 12,5% in Dortmund, 12,3% in Essen, 11,7% in Bochum. Die anderen Gemeinden des Ruhrgebiets sind sehr viel weniger betroffen. Abgesehen von Gelsenkirchen, das 11,0% erreicht, liegen die Prozentsätze unter 10,0%. Das Münster- und das Sauerland zeigen die niedrigsten Werte, in der Regel weniger als 9,0%.

Die Paare mit Kindern

Unter den vorgenannten Paaren versteht man Haushalte, deren Zusammenstellung nicht auf zwei Personen beschränkt sind und es können Kinder und Senioren hinzugefügt werden. Im Jahr 2011 gibt es in Deutschland mehr Paare ohne Kinder (10.984.357) als Paare mit Kindern (9.801.029). Das ergibt eine Differenz von etwa 10,0%. Auch ohne die Kinderzahl zu berücksichtigen, zeigt nur ihre einfache Anwesenheit in den Haushalten eine sehr kontrastreiche Geografie in Deutschland (**Karte 8A**). Mehrere Spaltungen zeichnen sich klar und deutlich ab. Einerseits ein Gegensatz zwischen West- und Ostdeutschland, wobei sich letzteres durch einen geringeren Anteil an kinderlosen Paaren ausweist.





Andererseits ein Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland, wobei sich letzteres durch einen höheren Anteil der Paare mit Kindern ausweist. Genauer gesagt stellen in vielen Landkreisen von Bayern die Paare mit Kindern oft mehr als drei Viertel der Paare dar. Da in Bayern der Anteil der unverheirateten Paare niedrig ist, ist es selbstverständlich, dass in dieser überwiegend katholischen Region die Ehe ein Muss bleibt für die Familiengründung. Schließlich sind in den Großstädten die kinderlosen Paare oft in der Mehrheit, aber mit einem deutlichen Unterschied zwischen den Weststädten und denjenigen des Ostens, die ein ausgeprägtes Defizit von Haushalten mit Kindern aufweisen.

Die Geografie von den Haushalten mit Kindern in NRW systematisiert die vorher gemachten Beobachtungen. Der Bericht mit/ohne Kinder ist in der Regel vergleichbar mit dem von ganz Deutschland, ebenfalls mit einem relativen Defizit von 10,0% zu Lasten der Haushalte mit Kindern. Aber in dieser verhältnismäßig schwachen Proportion verbergen sich sehr bedeutende geografische Kontraste. Man beobachtet nämlich eine markante Verteilung in Zentrum und Peripherie (**Karte 8B**). Außerhalb, das heißt hauptsächlich in den ländlichen Räumen von Münsterland, Teutoburger Wald, von Sauerland und von Siegerland, gibt es mehr Haushalte mit Kindern als Haushalte ohne Kinder; dies ist im Westen des Münsterlandes der Fall, aber nicht in der Stadt von Münster. In der Mitte der Karte haben alle Gemeinden deutlich mehr Haushalte ohne Kinder. Einige andere Städte wie Aachen, Mönchengaldbach, Münster und Bielefeld sind in der gleichen Situation. In allen diesen Fällen handelt es sich um städtische Räume, was zusammenhängend erscheint mit den bereits gemachten Anmerkungen über Gesamtdeutschland. Schließlich gibt es einen Ring zwischen den ländlichen und städtischen Gebieten, der ebenfalls eine geringere Anzahl an Haushalten mit Kindern ausweist.

4. Die Haushalte mit Senioren

In Bezug auf die Zusammensetzung der Haushalte, gibt die Volkszählung des Jahres 2012 zwei interessante Informationen über die älteren Menschen: Auf der einen Seite die Haushalte in denen ausschließlich Senioren/Seniorinnen leben, und zum anderen die Haushalte mit Senioren/Seniorinnen und Jüngeren. Diese Kategorien stellen eine unterschiedliche Geografie dar.

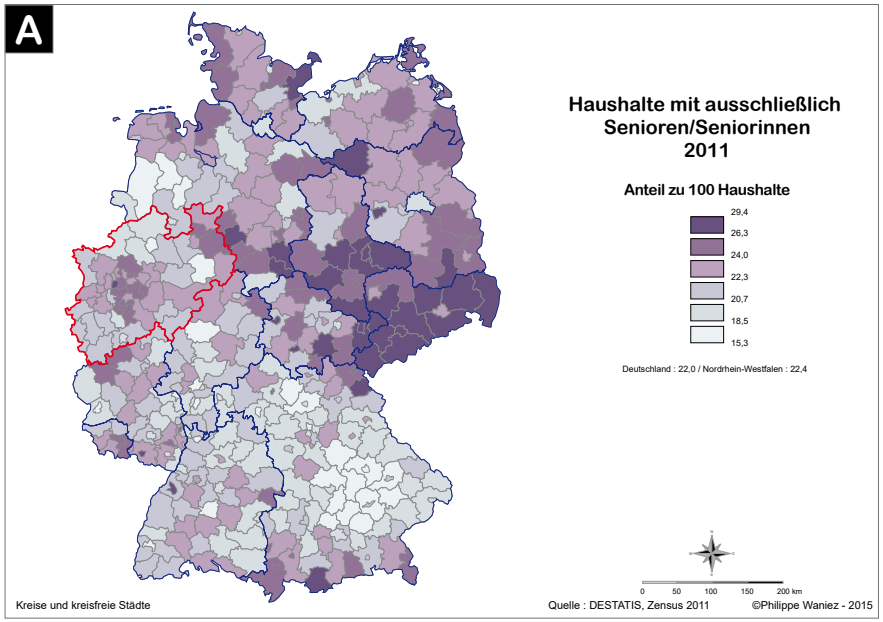
Die Haushalte mit ausschließlich Senioren/Seniorinnen

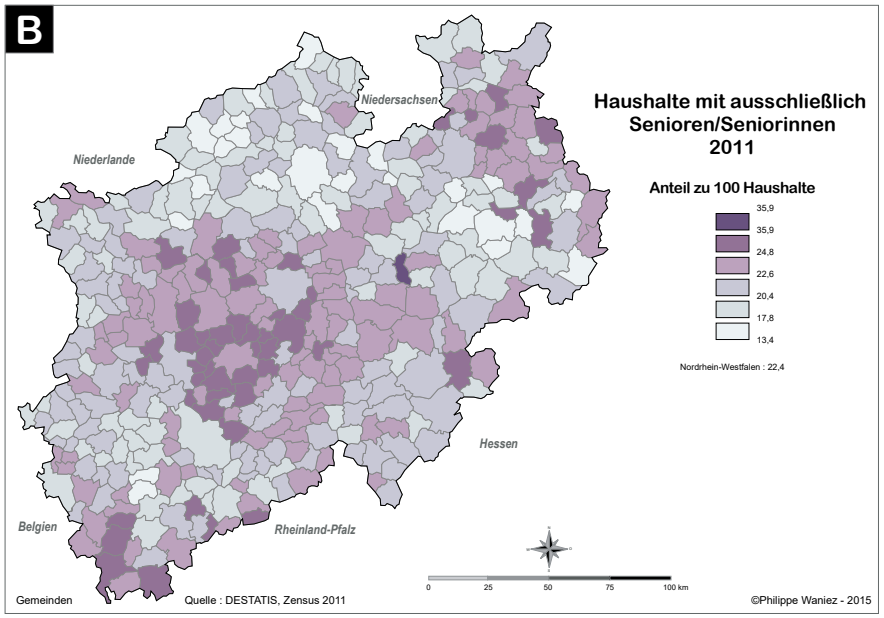
Dies sind Haushalte, deren Mitglieder im Alter von 65 Jahren und älter sind, Alleinstehend, verheiratete oder unverheiratete Paare oder auch Menschen, die zusammenleben mit oder ohne familiäre Bindungen. Sie repräsentieren 22,0% aller Haushalte in Deutschland im Jahr 2011. Natürlich ist der Anteil dieser Haushalte eng mit dem größeren oder geringeren Anteil der älteren Menschen in der Bevölkerung verbunden. Er variiert in den Kreisen und kreisfreien Städten von 15,3% bis 29,4%. Die neuen Bundesländer scheinen davon mehr betroffen zu sein, als die alten (**Karte 9A**), besonders die südliche Hälfte von Sachsen-Anhalt und von Sachsen (aber nicht die großen Städte). In den alten Ländern beobachtet man, dass die Gegenden mit alten Personen von der Nordsee und Alpen eine stärkere Proportion von Haushalten mit ausschließlich Senioren / Seniorinnen enthalten.

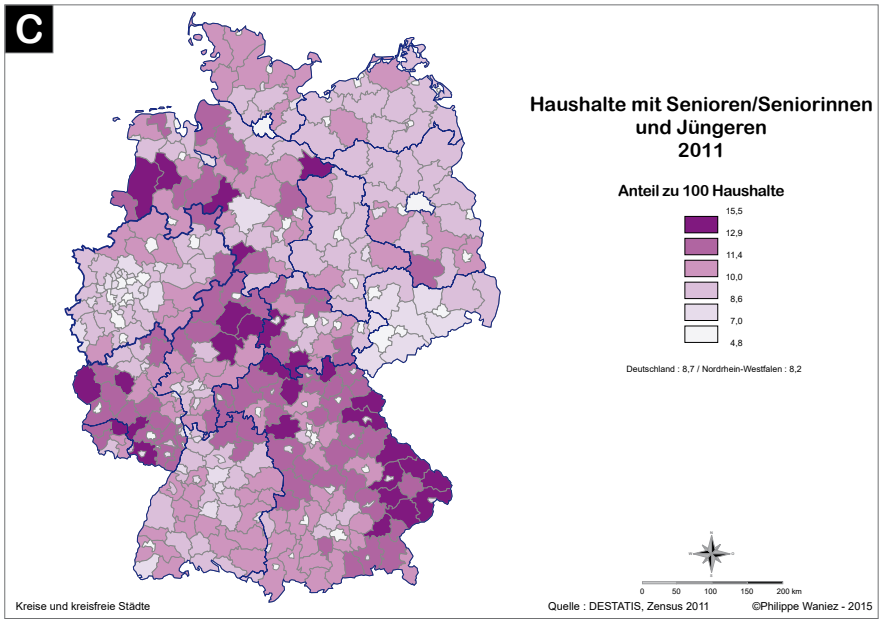
In NRW ist der Anteil dieser Haushalte im Verhältnis zu Gesamtdeutschland etwas anders: 22,4%. Ihre geografische Verteilung (**Karte 9B**) ist in jeder Hinsicht vergleichbar mit der von den Personen im Alter von 65 Jahren und darüber. Man findet diesen Ring der alten Menschen besonders um das Zentrum von Wuppertal wo er sich nördlich von Hagen bis Mülheim an der Ruhr anschließt, im Westen von Ratingen bis Solingen und Bergisch-Gladbach und im Osten von Remscheid bis Hagen. Die Eifel scheint genauso klar und deutlich von alten Haushalten gekennzeichnet.

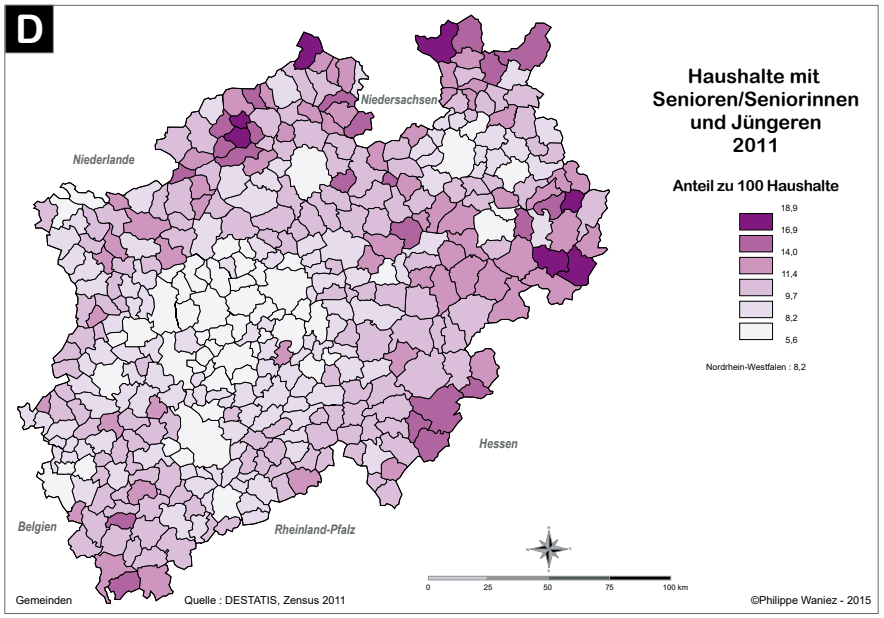
Die Haushalte mit Senioren/Seniorinnen und Jüngeren

Diese Kombination von jungen und alten Personen in denselben Haushalten zielt darauf ab, die Existenz von Großfamilien, in denen mehrere Generationen unter einem Dach leben zum Ausdruck zu bringen. Diese Definition ist nicht ausreichend, um diesen Tatbestand auf sichere Weise auszudrücken aber die geografische Verteilung dieses Haushalte lässt keinen Zweifel an der Existenz dieser großen Familien. Der Anteil dieser Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen ein wenig anders als der von Gesamtdeutschland: 8,2% gegenüber 8,7%. In den beiden Fällen sind die hauptsächlich betroffenen Gegenden die, für die man vorher einen hohen Prozentsatz an Haushalten mit Kindern beobachtet hat und dementsprechend hauptsächlich die Landkreise der südlichen Hälfte des Landes, besonders Bayern, und West-Niedersachsen (**Karte 9C**). In NRW sind es auch die peripheren ländlichen Gemeinden, die den höchsten Anteil der Mehrgenerationen-Haushalte haben: Münsterland, Sauerland und Teutoburger Wald (**Karte 9D**).


A
Haushalte mit ausschließlich Senioren/Seniorinnen 2011
Anteil zu 100 Haushalte
29,4
26,3
24,0
22,3
20,7
18,5
15,3
Deutschland : 22,0 / Nordrhein-Westfalen : 22,4
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Haushalte mit ausschließlich Senioren/Seniorinnen 2011
Anteil zu 100 Haushalte
35,9
35,9
24,8
22,6
20,4
17,8
13,4
Nordrhein-Westfalen : 22,4
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Haushalte mit Senioren/Seniorinnen und Jüngeren 2011
Anteil zu 100 Haushalte
15,5
12,9
11,4
10,0
8,6
7,0
4,8
Deutschland : 8,7 / Nordrhein-Westfalen : 8,2
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Haushalte mit Senioren/Seniorinnen und Jüngeren 2011
Anteil zu 100 Haushalte
18,9
16,9
14,0
11,4
9,7
8,2
5,6
Nordrhein-Westfalen : 8,2
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karten 9

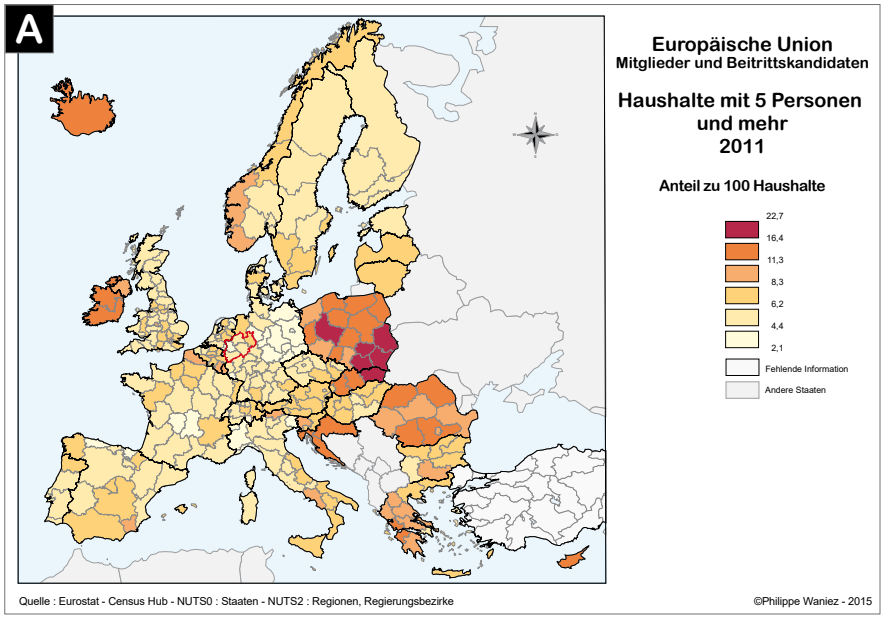
5. Die Großen Haushalte

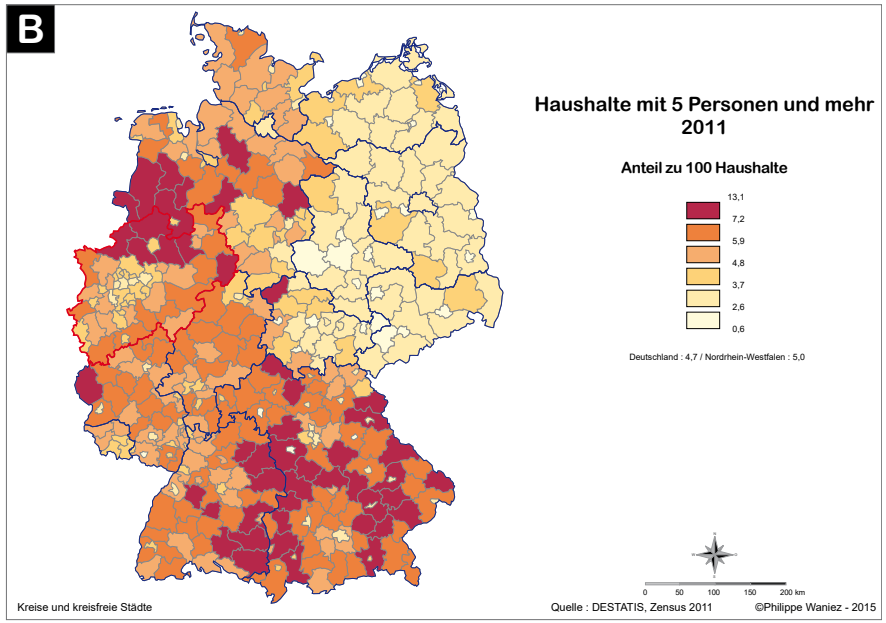
Die großen Haushalte sind die, die mehr als 5 Personen zählen. Dies sind in der Regel kinderreiche Haushalte und/ oder Haushalte mit Senioren/Seniorinnen (d.h, die Familie sind auf die Großeltern ausgeweitet). In den europäischen Regionen liegt der Anteil der großen Haushalte in einem Verhältnis von 1 bis 10 (**Karte 10A**); in Polen, der Slowakei, Rumänien und Kroatien liegt ihr Wert oft über 15,0%. So auch in Irland und in Island. Im Süden von Spanien, Italien und Griechenland registriert man zwischen 6,0% und 12,0% Großhaushalte.

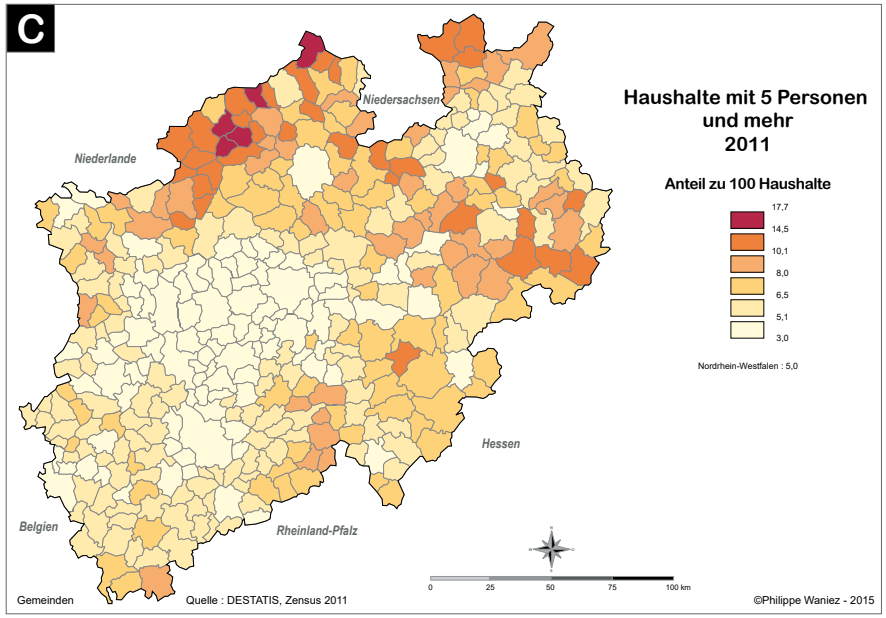
Insgesamt gehört Deutschland zur Landesgruppe, in der dieses Phänomen unwichtiger geworden ist, ebenso gehört Großbritannien, Niederlande, Frankreich und das nördliche Italien dazu. Dies ist das Ergebnis eines wahrnehmbaren Prozesses seit Anfang des 20. Jahrhunderts und besteht in der Zunahme der Proportion von Alleinlebenden und aus einer Verminderung der Großhaushalte. In jüngerer Zeit, nämlich von 2004 bis 2013 verlor Deutschland rund 250.000 große Haushalte, während die der Alleinlebenden um 1,6 Millionen anstieg. Der Zensus 2011 zeigt, dass die Haushalte von 5 Personen und mehr 4,7% aller Haushalte in Deutschland repräsentieren. Man findet auf der Karte von Deutschland die Großhaushalte (**Karte 10B**) dieselbe Verteilung wieder, wie schon auf der bezüglich der Haushalte mit Senioren / Seniorinnen und Jüngeren beobachtetet: hohe Proportion in den Landkreisen, vor allem in Bayern und im Westen Niedersachsens; sehr niedrige Proportionen in den neuen Ländern und in kreisfreien Städten der alten Länder. In NRW (**Karte 10C**) liegen nur in Westfalen und in einem kleineren Maß im Teutoburger Wald und im Sauerland die Werte über 10,0% was an die Karte mit den Haushalten der Senioren/Seniorinnen und Jüngeren erinnert. In den städtischen Herzen des Landes sind die Großhaushalte immer weniger als 5,0% aller Haushalte.

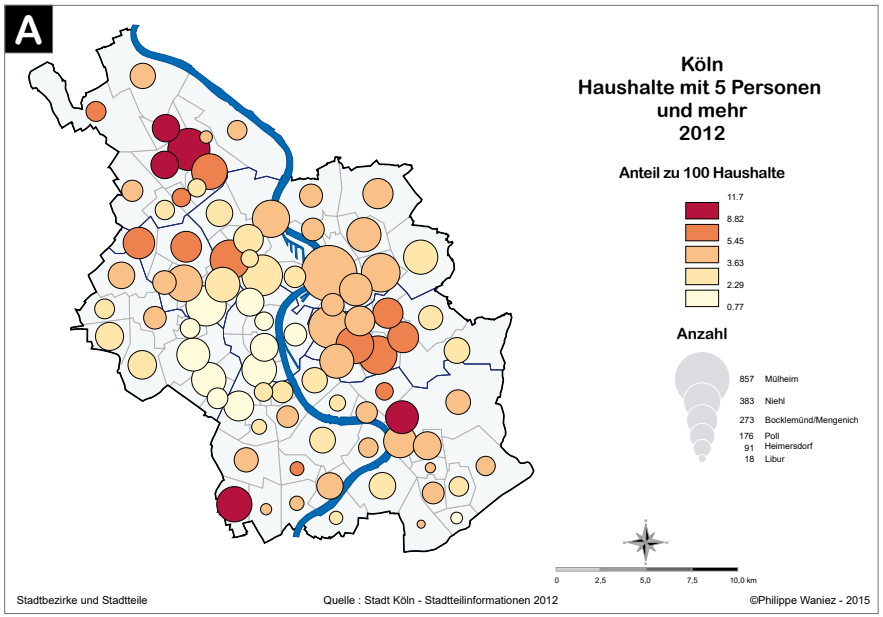
Auch wenn die Städte nicht von den Großhaushalten bevorzugt werden, ist es jedoch interessant, ihre Lokalisierung in den unterschiedlichen Bezirken sichtbar zu machen. Tatsächlich gibt es eine Geografie der Großhaushalte innerhalb der Städte, die sich in zwei ergänzenden Weisen organisiert: einerseits ein Gegensatz zwischen den zentralen Bezirken und den Randbezirken, der der andererseits von einer sektoralen Verteilung begleitet ist, wodurch der Stadtrand in mehr oder weniger betroffene Bezirke mit Großhaushalten aufgeteilt wird.

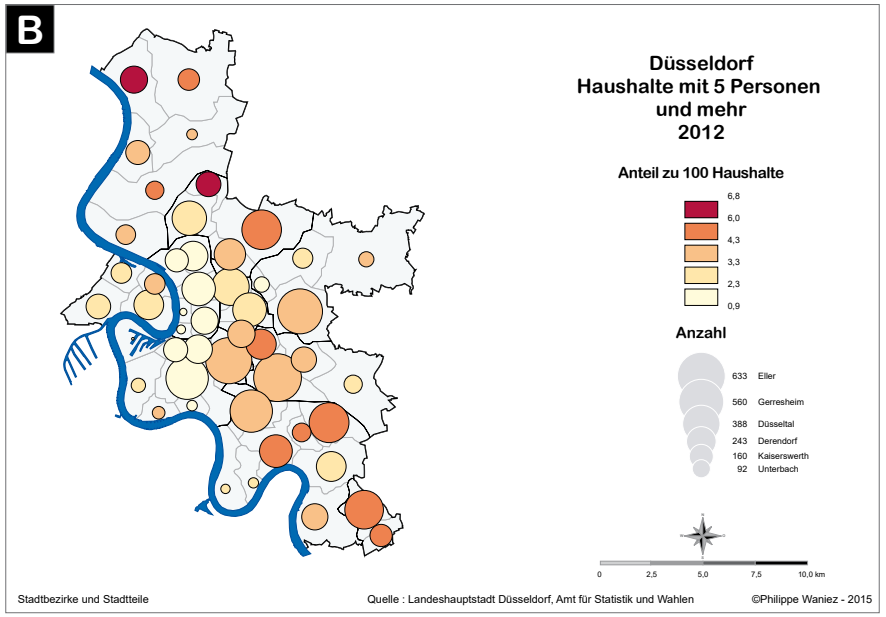
Die Kombination dieser beiden Formen der geografischen Verteilung ist besonders gut in Köln zu beobachten (**Karte 11A**). Im zentralen Teil der Stadt (Altstadt, Neustadt und Deutz) machen die Haushalte von 5 Personen und mehr weniger als 2,5% aller Haushalte aus. Dieses Merkmal dehnt sich nach Westen in die Bezirke von Ehrenfeld, Lindenthal, Sülz und Zollstock aus, die einen an das Zentrum angrenzenden Sektor bildet. In einigen besonderen Vororten, besetzen die Großhaushalte mit rund 10,0% aller Haushalte einen größeren Raum, insbesondere in Chorweiler, Finkenberg, Meschenich; es sind weiter entfernte Bereiche von der Stadt. Kalk und mehrere Stadtteile im Norden von Ehrenfeld (Bocklemünd / Mengenich, Ossendorf, Bilderstöckchen) zeigen relativ hohe Werte zwischen 6 und 8,0%. Schließlich beobachtet man eine deutliche Asymmetrie zwischen dem rechten Rheinufer und dem südlichen Viertel des linken Ufers: rechts sind die Großhaushalte gleichzeitig zahlreicher und entsprechen höheren Prozentsätzen.

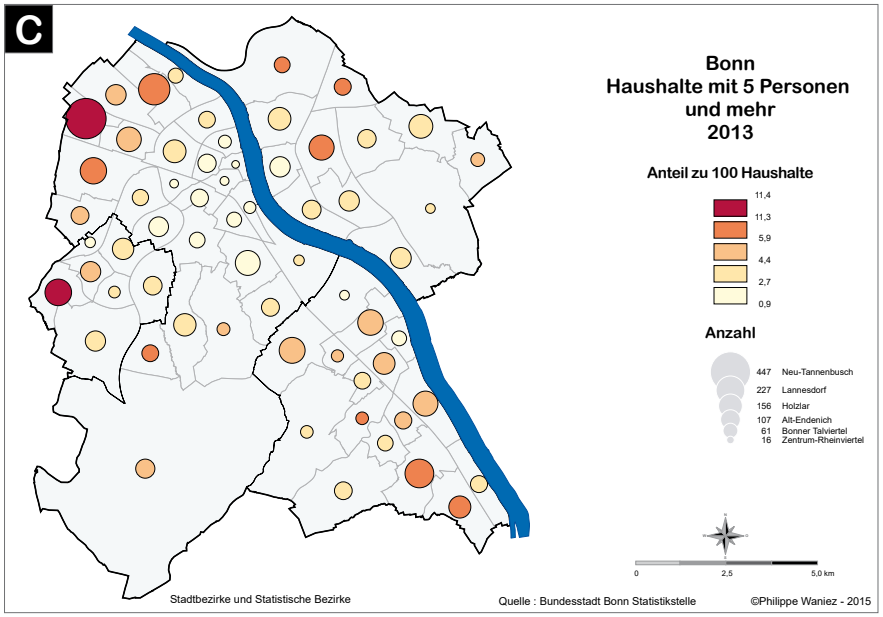

A
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Haushalte mit 5 Personen und mehr 2011
Anteil zu 100 Haushalte
22,7
16,4
11,3
8,3
6,2
4,4
2,1
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - Census Hub - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

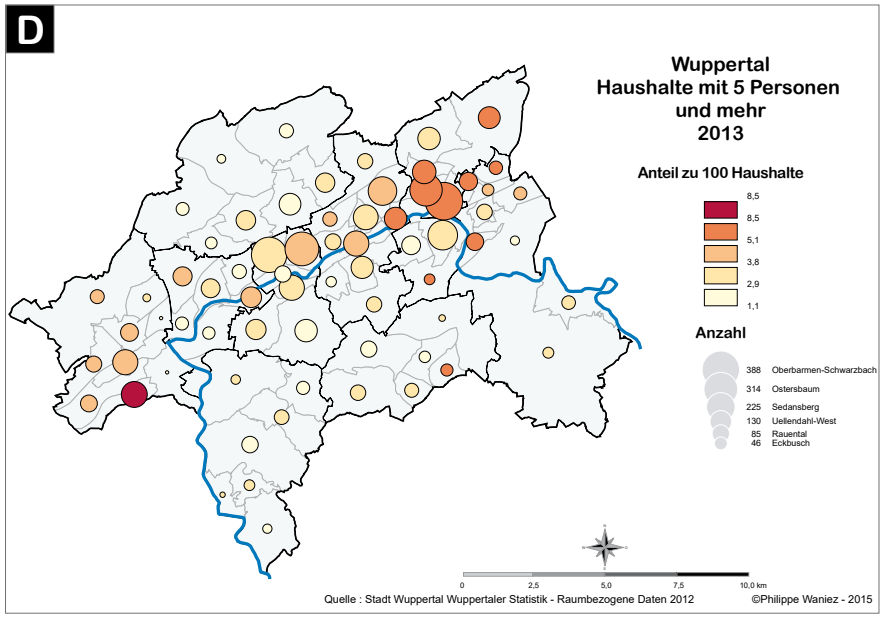

B
Haushalte mit 5 Personen und mehr 2011
Anteil zu 100 Haushalte
13,1
7,2
5,9
4,8
3,7
2,6
0,6
Deutschland : 4,7 / Nordrhein-Westfalen : 5,0
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Haushalte mit 5 Personen und mehr 2011
Anteil zu 100 Haushalte
17,7
14,5
10,1
8,0
6,5
5,1
3,0
Nordrhein-Westfalen : 5,0
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


A
Köln
Haushalte mit 5 Personen
und mehr
2012
Anteil zu 100 Haushalte
11.7
8.82
5.45
3.63
2.29
0.77
Anzahl
857 Mülheim
383 Niehl
273 Bocklemünd/Mengenich
176 Poll
91 Heimersdorf
18 Libur
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2015


B
Düsseldorf
Haushalte mit 5 Personen
und mehr
2012
Anteil zu 100 Haushalte
6,8
6,0
4,3
3,3
2,3
0,9
Anzahl
633 Eller
560 Gerresheim
388 Düsseltal
243 Derendorf
160 Kaiserswerth
92 Unterbach
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015

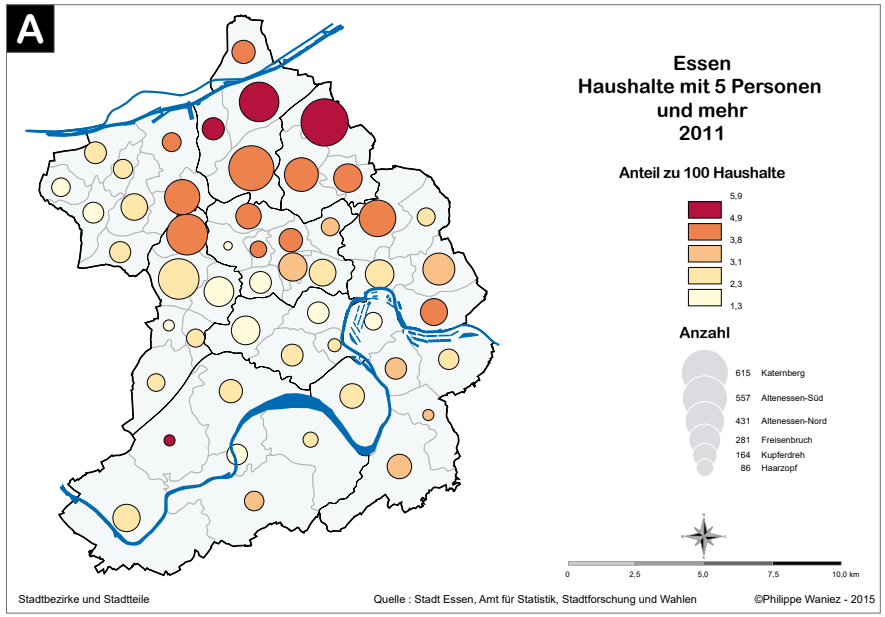

C
Bonn
Haushalte mit 5 Personen
und mehr
2013
Anteil zu 100 Haushalte
11,4
11,3
5,9
4,4
2,7
0,9
Anzahl
447 Neu-Tannenbusch
227 Lannesdorf
156 Holzlar
107 Alt-Endenich
61 Bonner Talviertel
16 Zentrum-Rheinviertel
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015

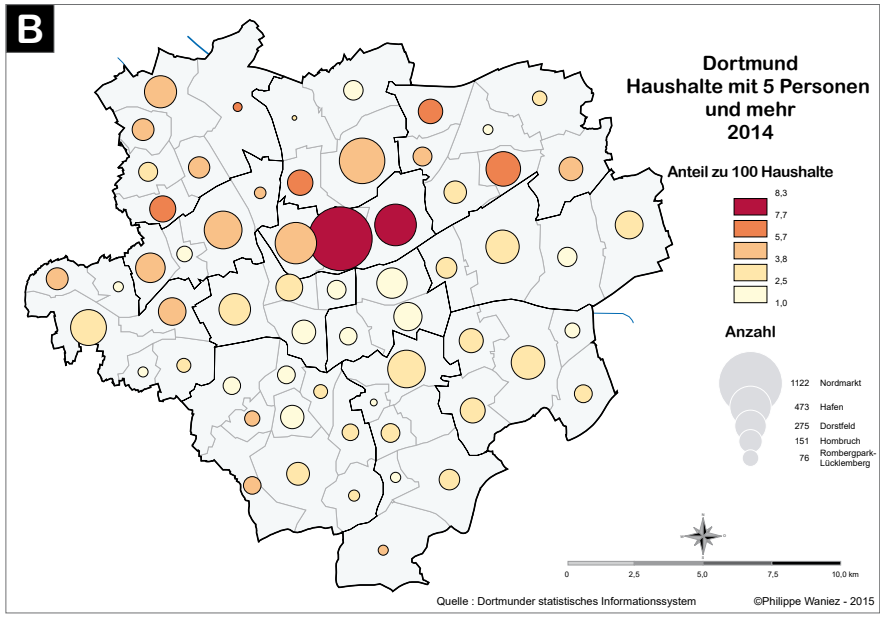

D
Wuppertal
Haushalte mit 5 Personen
und mehr
2013
Anteil zu 100 Haushalte
8,5
8,5
5,1
3,8
2,9
1,1
Anzahl
388 Oberbarmen-Schwarzbach
314 Ostersbaum
225 Sedansberg
130 Uellendahl-West
85 Rauental
46 Eckbusch
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2012
©Philippe Waniez - 2015

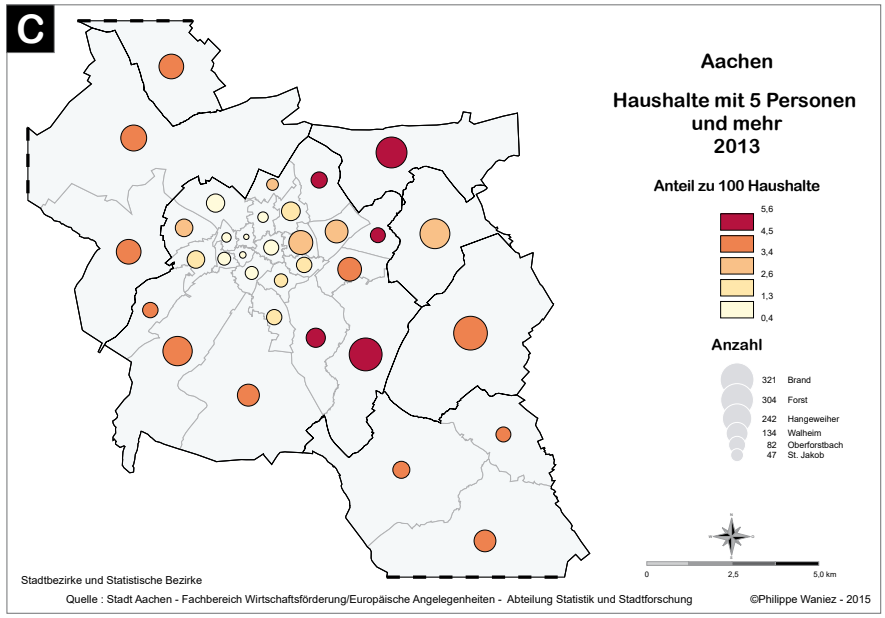
Die Verteilung der Haushalte mit 5 oder mehr Personen ist ähnlich wie die der Ausländer und da insbesondere der Türken. Die betroffenen Bereiche sind sehr oft dieselben, was wahrscheinlich an der Tatsache liegt, dass Familien mit Migrationshintergrund in der Regel mehr Kinder haben, als die ohne Migrationshintergrund (9). Im Allgemeinen stellen die türkischen Haushalte von 5 Personen oder mehr 25,0% aller Haushalte der Türken dar, gegen nur 3,0% für die Deutschen 2012 (10). Dies erklärt sich natürlich durch abweichende Lebensstile von den Deutschen, aber auch von anderen Ausländern. Zum Beispiel weiß man, dass die Anzahl der Kinder, die bei den Eltern vor ihrer Ehe wohnen (68,0%) höher ist als bei anderen Migranten.

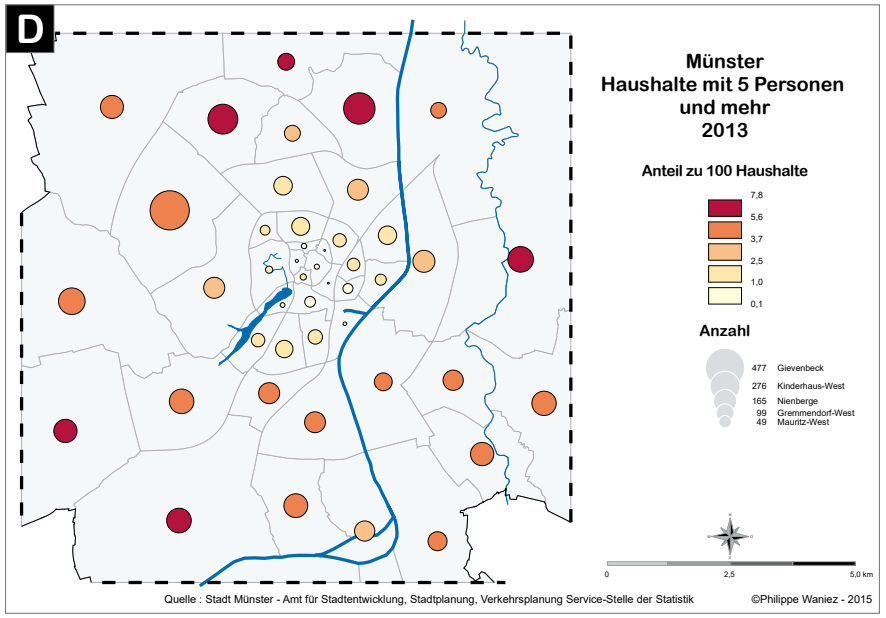
Mehrere andere Städte von NRW stellen dieselbe Struktur dar, Zentrum/ Peripherie/ Sektoren, wie z.B. Köln. Dies ist ganz klar sichtbar in Düsseldorf (**Karte 11B**), Bonn (**Karte 11C**), Aachen (**Karte 12C**) und Münster (**Karte 12D**). In all diesen Fällen ist die Verbindung mit der Proportion der Ausländer zur Gesamtbevölkerung vorhanden, jedoch gibt es Nuancen, auf die man hinweisen muss. Zum Beispiel ist in Düsseldorf ein hoher Ausländeranteil in der Stadtmitte und einigen angrenzenden Gebieten, während es dort nur einen geringen Anteil der Großhaushalte gibt. Das ist in Bonn ebenfalls der Fall. Damit ausländische kinderreiche Familien sich niederlassen können, braucht man dort Wohnungen, die geeignet sind um sie aufzunehmen; die ausländischen Alleinlebenden richten sich vorzugsweise in den von den Deutschen oft verlassenen Stadtzentren ein, während Haushalte von 5 Personen und mehr die für sie notwendigen Wohnungen oft in der fernen Peripherie der großen Städte finden. So beobachtet man zwei ganz verschiedene Formen der ausländischen Bevölkerung in den Städten.

Wuppertal, Essen und Dortmund entsprechen nicht dem Zentrum/Peripherie-Modell. In Wuppertal (K**arte 11D**) erklärt sich das natürlich durch die lineare Struktur der Stadt. Die großen Haushalte befinden sich nicht auf den Höhen der Stadt. Sie sind insbesondere in Teilen des Tals, wie die Nordstadt in Elberfeld und in Oberbarmenzu finden.Der Zusammenhang mit der Anwesenheit von Ausländern ist auch hier eindeutig: Türken in der Nordstadt, Griechen in Oberbarmen. In der südlichen Hälfte der Stadt von Dortmund (**Karte 12B**) gibt es kaum Großhaushalte. Diese konzentrieren sich in einigen zentralen Bezirken: Nordmarkt (8,3%) und Borsigplatz (7,7%) und der nördlichen Hälfte. Der Nord-Süd-Gegensatz steht weitgehend im Einklang mit dem der Ausländer und die Verbindung mit ihrer Anwesenheit wird in Nordmarkt und Borsigplatz bestätigt. Jedoch ist die Beziehung mit der türkischen Präsenz nicht gut erkennbar. In Essen (**Karte 12A**), gibt es auch eine deutliche Süd-Nord-Asymmetrie in der Verteilung der großen Haushalte, die zum Teil der Besiedlung entspricht (die Bevölkerungsdichte ist viel geringer im Süden als im Norden). Die Ausländer sind vor allem in den zentralen Bezirken von Essen konzentriert, während sich die Haushalte mit 5 oder mehr Personen am nördlichen Stadtrand der Stadt befinden. In groben Zügen gleichen sich die drei Karten (Bevölkerungsdichte, Ausländer und Großhaushalte) aber im Detail sind direkte Beziehungen zwischen diesen drei Eigenschaften nicht offensichtlich. Schließlich wird die Opposition Zentrum/Peripherie in Aachen und Münster bestätigt.


A
Essen
Haushalte mit 5 Personen
und mehr
2011
Anteil zu 100 Haushalte
5,9
4,9
3,8
3,1
2,3
1,3
Anzahl
615 Katernberg
557 Altenessen-Süd
431 Altenessen-Nord
281 Freisenbruch
164 Kupferdreh
86 Haarzopf
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


B
Dortmund
Haushalte mit 5 Personen
und mehr
2014
Anteil zu 100 Haushalte
8,3
7,7
5,7
3,8
2,5
1,0
Anzahl
1122 Nordmarkt
473 Hafen
275 Dorstfeld
151 Hombruch
76 Rombergpark-Lücklemberg
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Quelle : Dortmunder statistisches Informationssystem
©Philippe Waniez - 2015


C
Aachen
Haushalte mit 5 Personen
und mehr
2013
Anteil zu 100 Haushalte
5,6
4,5
3,4
2,6
1,3
0,4
Anzahl
321 Brand
304 Forst
242 Hangeweiher
134 Walheim
82 Oberforstbach
47 St. Jakob
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - Abteilung Statistik und Stadtforschung
©Philippe Waniez - 2015


D
Münster
Haushalte mit 5 Personen
und mehr
2013
Anteil zu 100 Haushalte
7,8
5,6
3,7
2,5
1,0
0,1
Anzahl
477 Gievenbeck
276 Kinderhaus-West
165 Nienberge
99 Gremmendorf-West
49 Mauritz-West
0 2,5 5,0 km
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung Service-Stelle der Statistik
©Philippe Waniez - 2015

Karten 12

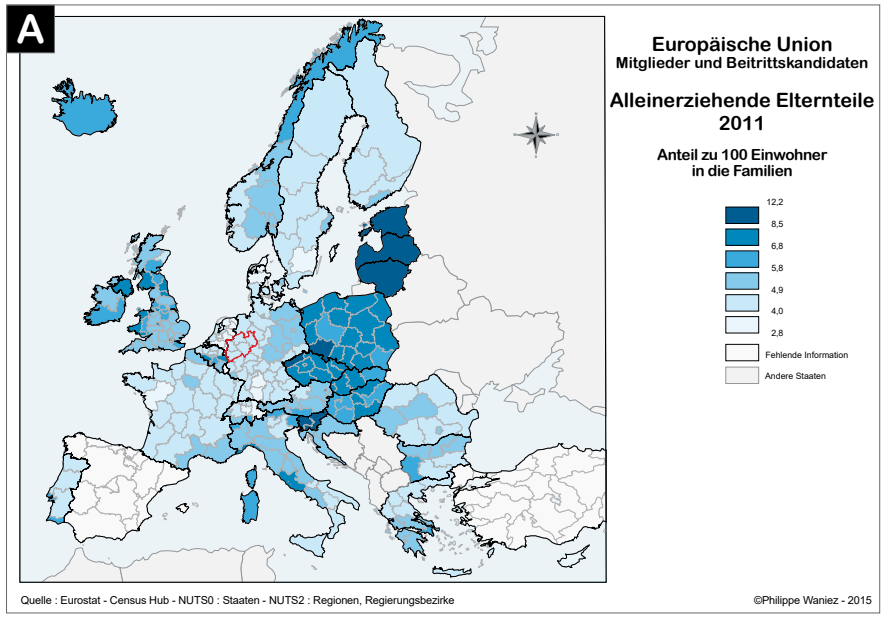
6. Die Alleinerziehenden Eltern

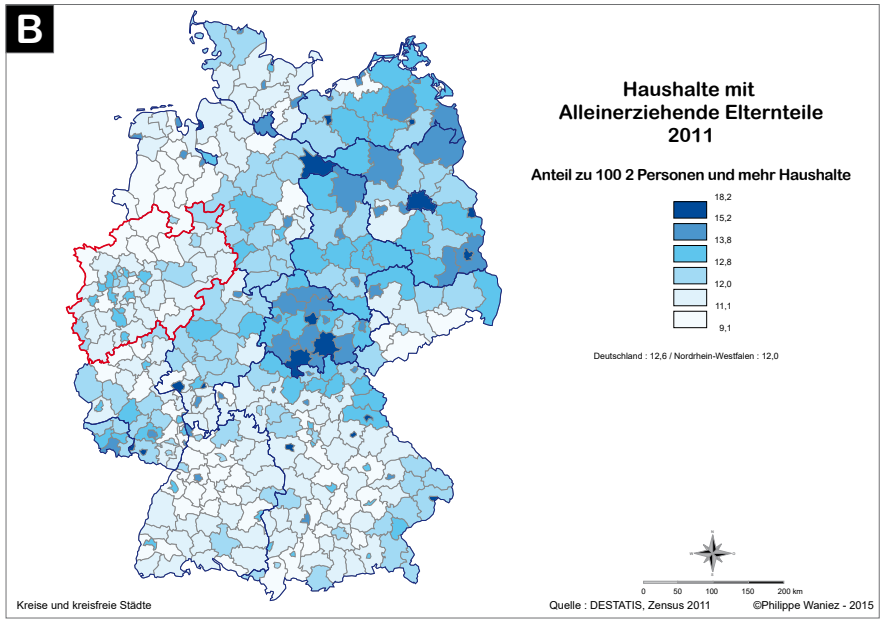
„In Deutschland leben die meisten Kinder nach wie vor mit Mutter und Vater gemeinsam. Allerdings wächst der Anteil derer, die bei nur einem Elternteil aufwachsen, deutlich weiter. Inzwischen erzieht fast jede fünfte Mutter hierzulande ihre Kinder allein“ (8). Im Vergleich mit dem Rest der Europäischen Union liegen die
Regionen von Deutschland eher bei schwachen Prozentsätzen von alleinerziehenden Eltern in der Bevölkerung der Familien (**Karte 13A**). Die hohen Werte von 7,0% bis 12,0% erstrecken sich über die baltischen Staaten von Polen, Ungarn und Slowenien. In Europa erscheint das Vereinte Königreich als eine Ausnahme, indem es verhältnismäßig hohe Proportionen aufweist, die zwischen 7,0% und 9,0% liegen, besonders in West Wales, Liverpool und Manchester, Leeds und London. In anderen Regionen Westeuropas ist das Phänomen weniger auffällig und liegt in der Regel unter 5,0%, wobei einige städtische Gebiete höhere Werte haben: Ile de France (Paris, 5,6%), Lazio (Rom, 7,1%), Lüttich (7,0%), Lissabon (7,5%), Athen (6,0%).

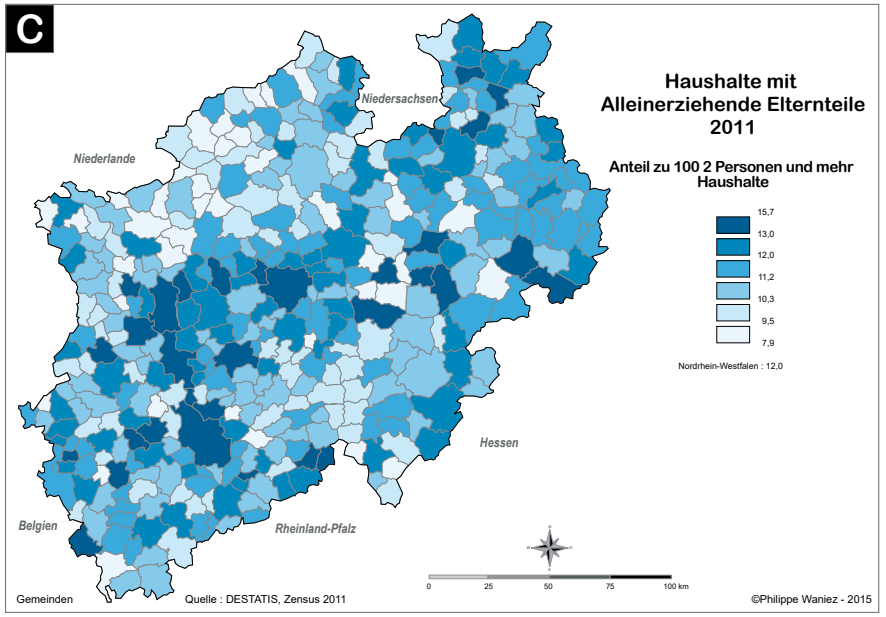
Im Jahre 2011 machen die Haushalte mit alleinerziehenden Eltern 7,8% aller Haushalte aus oder 3.134.841. Die betroffenen Eltern sind hauptsächlich Frauen (84,1%). Der Anteil der deutschen Mütter, die ihre Kinder allein erziehen, erhöhte sich von 12,0% im Jahr 1996 auf 17,0% im Jahr 2010. Man beobachtet einen deutlichen Entwicklungsunterschied zwischen den neuen Ländern, die in 1996 von einem etwas höheren Niveau ausgegangen sind (14,0%) aber das sich 2010 fast verdoppelt hat (26,0%). In den alten Ländern ist man von 12,0% alleinerziehenden auf 18,0% der Mütter angestiegen, was ein etwas geringeres Fortschreiten bedeutet.

Diese Entwicklung führt dazu, dass im Osten Deutschlands die höchsten Proportionen der Haushalte mit alleinerziehenden Eltern leben (**Karte 13B**). Alle neuen Länder sind betroffen, aber Sachsen weniger als die anderen. Im Verhältnis zu den aus zwei Personen oder mehr zusammengesetzten Haushalten ist das Phänomen im Allgemeinen mit 13,0% bis 18,0% ebenso in den Landkreisen angesiedelt wie in den Städten. In den alten Ländern ist die Tatsache Kinder allein zu erziehen seltener und ist vor allem charakteristisch für große Städte. In anderen Ländern sind die Prozentsätze immer unter 12,0%, außer im östlichen Niedersachsen, im Norden von Essen, im Saarland und im Süden von Rheinland-Pfalz. Diese deutlichen geografischen Ost-West-Unterschiede ergeben sich aus wichtigen soziologischen Eigenschaften: „Während es sich in Westdeutschland bei den alleinerziehenden Frauen mehrheitlich um geschiedene beziehungsweise verheiratet und getrennt lebende Frauen handelt, sind es in Ostdeutschland mehrheitlich ledige Frauen“ (6).

Im Vergleich zu ganz Deutschland, zeigt NRW etwa den gleichen Anteil von 12,0% an Haushalten mit alleinerziehenden Eltern wie der, von den Haushalten mit zwei oder mehr Personen. Das Phänomen der städtischen Verankerung bestätigt sich hier (**Karte 13C**): Köln, Düsseldorf, Duisburg, Dortmund, Wuppertal liegen zwischen 13,0% und 15,7%, das ist deutlich über dem Durchschnitt des Landes. Aber man beobachtet, trotzdem einige Unterschiede zwischen den Städten, denn Aachen, Münster, Paderborn, Detmold liegen auf dem Durchschnittsniveau oder ein wenig darunter. Die ländlichen Räume sind weniger betroffen, vor allem das Münsterland und Sauerland.


A
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Alleinerziehende Elternteile
2011
Anteil zu 100 Einwohner
in die Familien
12,2
8,5
6,8
5,8
4,9
4,0
2,8
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - Census Hub - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015


B
Haushalte mit
Alleinerziehende Elternteile
2011
Anteil zu 100 2 Personen und mehr Haushalte
18,2
15,2
13,8
12,8
12,0
11,1
9,1
Deutschland : 12,6 / Nordrhein-Westfalen : 12,0
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Haushalte mit
Alleinerziehende Elternteile
2011
Anteil zu 100 2 Personen und mehr
Haushalte
15,7
13,0
12,0
11,2
10,3
9,5
7,9
Nordrhein-Westfalen : 12,0
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karten 13

Referenzen

(1) http://de.wikipedia.org/wiki/Privathaushalt

(2) http://www.saarland.de/59153.htm

(3) http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61587/haushalte-nach-zahl-der-personen

(4) http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61572/alleinlebende

(5) http://www.familienhandbuch.de/familienforschung/demografie-und-strukturen/die-nichteheliche-lebensgemeinschaft-eine-soziologische-analyse

(6) https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Datenreport.html

(7) http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Download/Abbildungen/13/a_13_14a_hh_1_5um_personen_d_ab1900.pdf?__blob=publicationFile&v=7

(8) http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fast-jede-fuenfte-mutter-ist-laut-statistik-alleinerziehende-a-832717.html

(9) http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Monitor-Familienforschung-Nr.24,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf

(10) http://www.stimme.de/heilbronn/nachrichten/stadt/Heilbronner-verdienen-am-meisten;art1925,2335723

IX - Die Einkommen und die Steuern

Mit diesem Kapitel soll das Einkommensniveau der Haushalte, die Steuererhebungen und ihre Verteilung an die Gemeinden erkundet werden. Zu diesem Zweck ist es häufig notwendig, an die Definitionen zu erinnern, auf die sich die kartografierten Werte beziehen. Es geht nicht darum, aus der Sicht eines Buchhalters oder Wirtschaftswissenschaftlers eine Bilanz zu erstellen, sondern einfach nur darum die vielfältigen Situationen auf dem Gebiet des Einkommens und des Steuerwesens zu beleuchten, die die Regionen und die Kommunen Deutschlands und von NRW charakterisieren. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den regionalen und örtlichen Abweichungen, die oft Symptome sozialer oder vielmehr sozialräumlicher Ungleichheiten sind.

1. Die Einkommen der Haushalte

Die Statistiken, die sich auf das Einkommen beziehen, verweisen auf zwei ergänzende Begriffe und zwar auf das Primäreinkommen und das verfügbare Einkommen. „Das Primäreinkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) enthält die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, die den inländischen privaten Haushalten zugeflossen sind. Zu diesen Einkommen gehören im Einzelnen das Arbeitnehmerentgelt, die Selbständigen Einkommen der Einzelunternehmen und Selbständigen, die auch eine Vergütung für die mithelfenden Familienangehörigen enthalten, der Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigengenutztem Wohneigentum, sowie die netto empfangenen Vermögenseinkommen (einschließlich des Erwerbs von Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM))“ (1). „Unter dem verfügbaren Einkommen verstehen die Statistiker die Einkommenssumme (Arbeitnehmerentgelt und Einkommen aus selbstständiger Arbeit und Vermögen), die den privaten Haushalten nach der sog. Einkommensumverteilung, also abzüglich Steuern und Sozialabgaben und zuzüglich empfangener Sozialleistungen, durchschnittlich für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht. Es ist als Indikator für die finanziellen Verhältnisse der Bevölkerung der Gemeinden zu verstehen und ermöglicht mittelbar Aussagen zur lokalen Kaufkraft, wobei die regionale Preisentwicklung unberücksichtigt bleib“ (2).

Einkommensunterschiede in Deutschland und in Europa

Die „Regionaldatenbank Deutschland“ gibt für jeden Kreis und die kreisfreien Städte einen Wert des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte für die Jahre 2000 bis 2012.

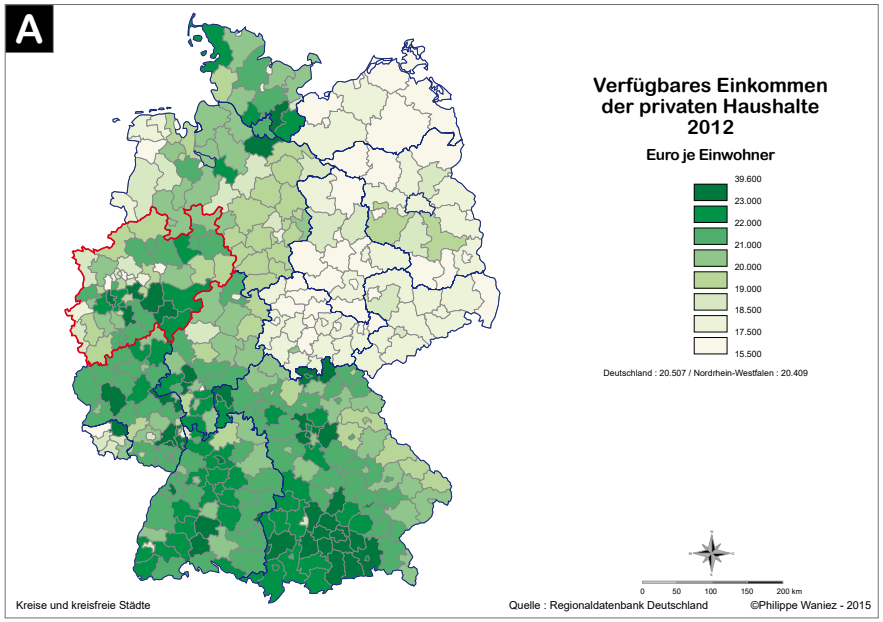
Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in einem Kreis oder einer Gemeinde, ist der Wert des Gesamteinkommens dividiert durch die Anzahl aller Einwohner in diesem geografischen Gebiet. Wie bei vielen soziodemografischen Indikatoren zeigt die geografische Verteilung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte je Einwohner im Jahr 2012 eine sehr ausgeprägte Ost-West-Differenzierung (**Karte 1A**). Im Osten die niedrigen oder sehr niedrigen Einkommen, immer unter 20 000€ pro Einwohner, im Westen hohe und auch, sehr hohe Einkommen, die oft 25.000€ pro Einwohner übersteigen. In den neuen Ländern beobachtet man einige Unterschiede, besonders für die Kreise im Süden und im Osten von Berlin, (Dahme-Spreewald und Potsdam-Mittelmark) die zweifellos von der wirtschaftlichen Dynamik der Bundeshauptstadt profitieren. Berlin selbst und in der Regel die kreisfreien Städte der neuen Länder weisen ein relativ schwaches Einkommen pro Einwohner aus, was nicht bedeutet, dass die Verteilung der Werte dieser Einkommen einigen Vermögenden ermöglicht, vom Wirtschaftspotenzial der Städte zu profitieren.

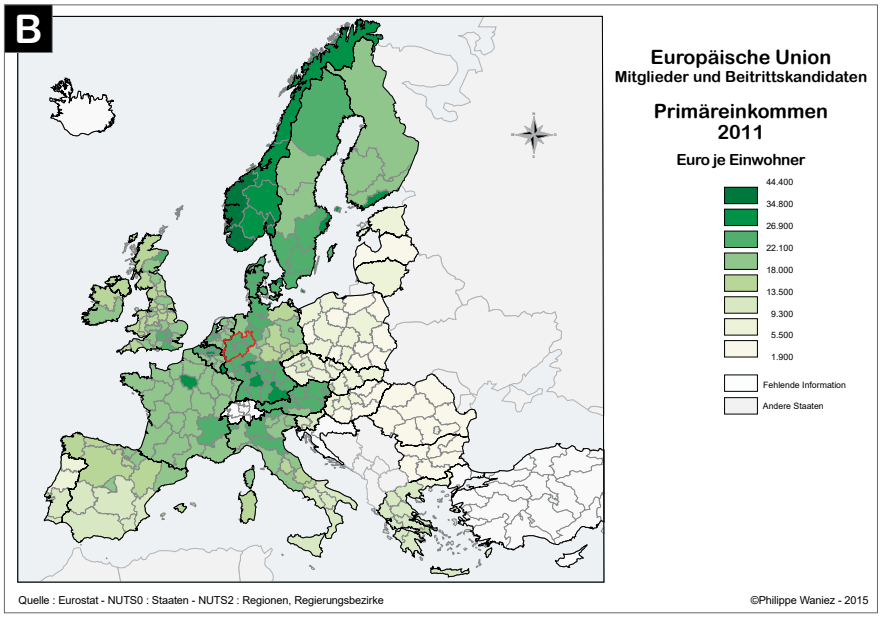
In Westdeutschland liegt das Durchschnittseinkommen innerhalb der Kreise in dem Bereich von 16.309€ bis 39.524€, das heißt, dass sie über den gesamten Wertebereich verteilt sind. Der Rekord liegt in Heilbronn, mit einem extrem hohem durchschnittlichen verfügbaren Einkommen pro Einwohner von 39.524€, der sich, zumindest teilweise durch die Anwesenheit der Autofabrik Audi (3) erklären ließe. Dieses Argument ist allerdings nicht wirklich überzeugend, um dieses außergewöhnliche Niveau zu erklären. Über dem nationalen Durchschnitt des verfügbaren Einkommens je Einwohner (20.507€) liegt Bayern an der Spitze der Bundesländer mit 22.767€, gefolgt von Hamburg (21.999€), Baden-Württemberg (21.968€), Rheinland-Pfalz (21.608€) Hessen (21.119€) und Schleswig-Holstein (20.892€). Nordrhein-Westfalen liegt unter dem Durchschnitt bei 20.409€.

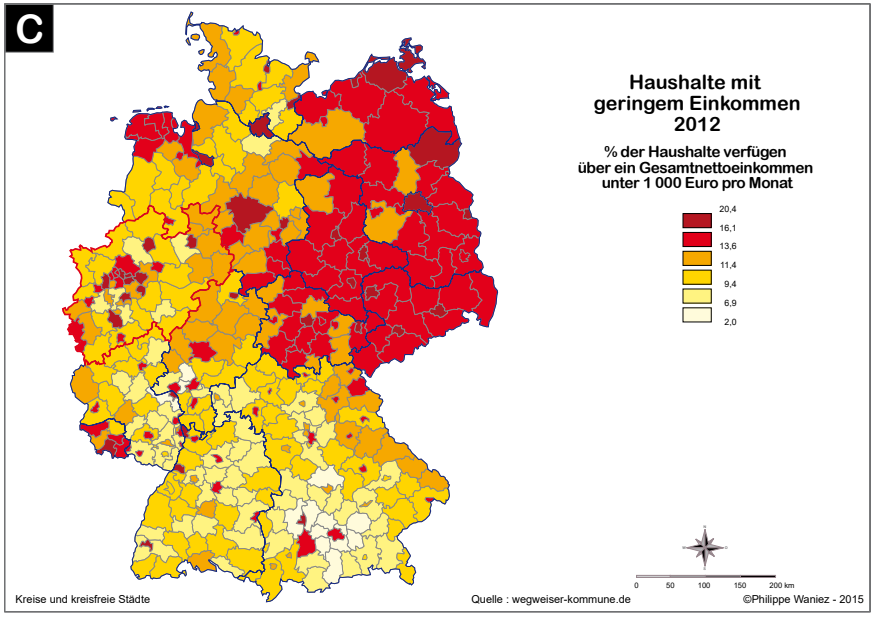
Jenseits dieser Durchschnitte der Länder liegen die wichtigsten Unterschiede zwischen den Kreisen, die sich als ziemlich groß erweisen. In Bayern, zum Beispiel, stehen München und die Gesamtheit von Oberbayern in der Gruppe der hohen Einkommen: 25.955€ in der Stadt von München und 29.394€ in dem Landkreis. Starnberg, die idyllische Kleinstadt mit 23.000 Einwohnern liegt am Rande des Sees mit demselben Namen. Diese Hauptstadt des Kreises liegt ungefähr 25 Kilometern im Südwesten von München und hier wird der zweite nationale Rekord hohen Einkommens mit 33.337€ ausgewiesen.

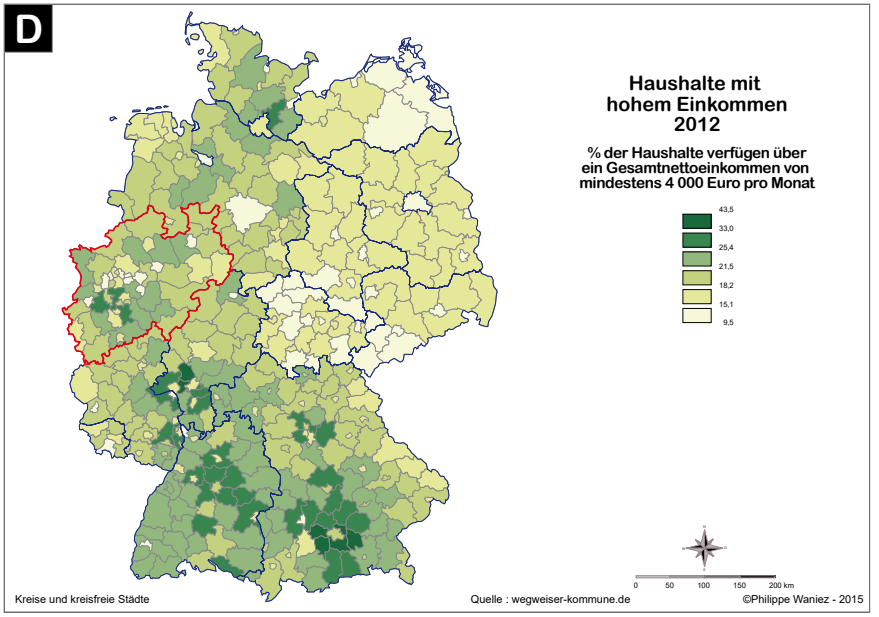
Generell beobachtet man, dass die Ränder der großen Städte höhere Einkommen anzeigen als die Innenstadt. Zum Beispiel liegt in Nürnberg das durchschnittliche Einkommen bei 20.810€, aber in Fürth beträgt es 23.586€. In Nürnberg Land sind es 25.289€ und bis zu 28.098€ in Erlangen-Höchstadt. Die Karte zeigt die gleiche räumliche Organisation in Mainz und Wiesbaden oder in Hamburg. Das erklärt sich durch die soziale Mischung in den Großstädten, wo die mehr oder weniger starke Anwesenheit armer Bevölkerungen das durchschnittliche Einkommen in die Tiefe zieht. Die Mittel- und Oberschichten befinden sich in diesen peripheren Gemeinden, die sich durch eine höhere soziale Wohnqualität auszeichnen.

Selbst wenn das relativ schwache Einkommensniveau in der Ex-DDR erkennbar bleibt, sollte man jedoch die Bedeutung der Einkommensunterschiede zwischen den unterschiedlichen Gegenden des Landes nicht überschätzen.


A
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2012
Euro je Einwohner
39.600
23.000
22.000
21.000
20.000
19.000
18.500
17.500
15.500
Deutschland : 20.507 / Nordrhein-Westfalen : 20.409
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


B
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Primäreinkommen 2011
Euro je Einwohner
44.400
34.800
26.900
22.100
18.000
13.500
9.300
5.500
1.900
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015


C
Haushalte mit geringem Einkommen 2012
% der Haushalte verfügen über ein Gesamtnettoeinkommen unter 1 000 Euro pro Monat
20,4
16,1
13,6
11,4
9,4
6,9
2,0
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : wegweiser-kommune.de
©Philippe Waniez - 2015


D
Haushalte mit hohem Einkommen 2012
% der Haushalte verfügen über ein Gesamtnettoeinkommen von mindestens 4 000 Euro pro Monat
43,5
33,0
25,4
21,5
18,2
15,1
9,5
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : wegweiser-kommune.de
©Philippe Waniez - 2015

In Europa gehört Deutschland zu den Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und reiht sich in eine Achse ein, die vom Norden Italiens über Österreich in die skandinavischen Länder verläuft (**Karte 1B**). Der Kontrast der Einkommen (Primäreinkommen pro Einwohner) ist zwischen Polen oder der Republik Tschechien und Deutschland stärker als zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Zwischen den südlichen und nördlichen Regionen in Italien und Spanien ist das Gefälle der Einkommen ebenfalls sehr hoch. Anders gesagt, sind die Unterschiede in Deutschland nicht außergewöhnlich, wenn man die gesamte EU berücksichtigt.

Das verfügbare Durchschnittseinkommen pro Einwohner sagt nichts aus über die Einkommensverteilung zwischen den Haushalten in zwei Kreisen, die sich auf beachtenswerte Weise für denselben Durchschnittswert ändern kann. Die Website http://www.wegweiser-kommune.de/ zeigt zwei interessante Indikatoren auf, die diese Diskrepanz deutlicher aufzeigen können Es handelt sich zum einen um den Anteil der Haushalte mit geringem Einkommen, d.h. der Prozentsatz der Haushalte, die über ein Gesamtnettoeinkommen unter 1.000€ pro Monat verfügen und andererseits um den Anteil der Haushalte mit hohem Einkommen, ausgewiesen in Prozent der Haushalte, die über ein Gesamtnettoeinkommen von mindestens 4.000€ pro Monat verfügen. Diese beiden Indikatoren ermöglichen, den Teil der niedrigsten und höchsten Einkommen zu untersuchen. Die zwei Karten bestätigen die vorherigen Beobachtungen mit Nuancierung.

In Anbetracht dessen, was über das durchschnittliche Einkommensniveau vorgestellt wurde, ist zu beobachten, dass alle niedrigsten Einkommen die neuen Bundesländer betreffen (**Karte 1C**). Nur einige Kreise fallen nicht in diese schlechte Einordnung, aber sie haben nie weniger als 11,0% der ärmeren Haushalte und das bleibt hoch. Allerdings bringt diese Karte neue Informationen, nämlich die Konzentration der Armut in den meisten großen Städten des Landes, sowohl im Westen als auch im Osten. Der Anteil der armen Haushalte übersteigt in der Regel 14,0%. Er liegt aber oft auch höher, wie in Hamburg (17,4%), Hannover (17,0%), Saarbrücken (16,9%); auch München und Frankfurt am Main übersteigen 15,0%. Im Osten ist die Situation mitunter schlimmer: 20,4% in Berlin, 19,3% in Leipzig, 18,6% in Halle. Die meisten Landkreise zeigen deutlich moderatere Verhältnisse, vor allem in Bayern und Baden Württemberg.

So wie die Armut der Haushalte zwischen den alten und den neuen Ländern aufgeteilt ist, so ist es nicht mit dem Wohlstand. Tatsächlich finden sich die Haushalte mit hohem Einkommen ausschließlich in Westdeutschland (**Karte 1D**). Die höchsten Prozentsätze bilden sich in der Peripherie der Landkreise, manchmal weit entfernt von den Landeshauptstädten, sie bilden die „Speckgürtel“: München, Nürnberg, Stuttgart, Wiesbaden-Mainz, Köln-Düsseldorf, Hamburg.

Während alle Landkreise in Baden-Württemberg sich durch hohe Prozentsätze der wohlhabenden Haushalte ausweisen, im Verhältnis immer über 20,0%, erscheint Bayern kontrastreicher mit seinem Vorteil gegenüber der südlichen Hälfte des Landes. Die Homogenität der neuen Länder ist bezüglich der schwachen Prozentsätze auffällig. Wenn auch die Einkommensverteilung im Jahr 2012 mehreren geografischen Merkmalen entspricht, die bereits mehrfach angesprochen waren (Bevölkerungsdichte, Ost-West-Unterschiede, städtische Netze ...), so lässt die Entwicklung der Haushaltseinkommen langfristig Veränderung erwarten.

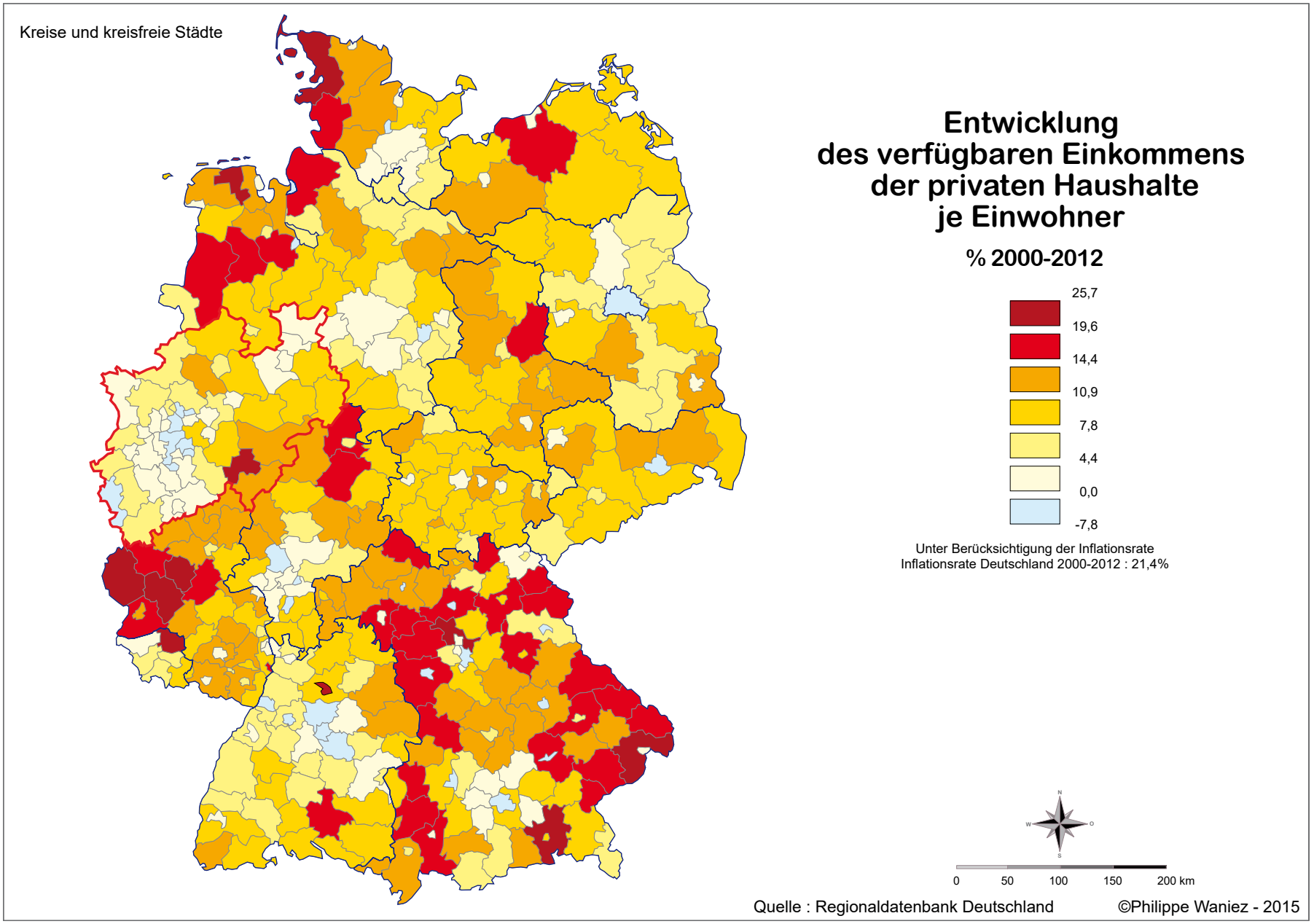
Es wurde zuerst eine unbearbeitete Entwicklung berechnet, dann ist diese durch die Inflation in Deutschland während derselben Periode korrigiert worden. Die Karte mit der Variation des verfügbaren Einkommens pro Bewohner stellt zwischen 2000 und 2012 eine ungewöhnliche Verteilung dar (**Karte 2**). Bemerken wir zuerst, dass in zahlreichen Städten das Einkommen ihrer Bewohner stagniert. Sich aber auch entweder im Rückgang (München, Nürnberg, Stuttgart, Dresden…) oder in der Steigerung (Leipzig, Schwerin, Hannover, Köln, Frankfurt am Main…) befindet. Ernster ist die Situation in Essen (-2,6%), Berlin (-2,1%), Wuppertal (-2,0%), Karlsruhe und Augsburg (-1,9%). Auf eine allgemeine Weise hat die Armut in den Großstädten vor und nach der Finanzkrise von 2008 Narben hinterlassen, jedoch auf unterschiedliche Weise. Hamburg, zum Beispiel, scheint in diesem Zusammenhang außergewöhnlich zu sein, weil das individuelle verfügbare Einkommen um 6,1% wächst.

In vielen Landkreisen gab es eine positive Entwicklung, sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern, aber in der Regel mit einer viel höheren Rate in den alten Bundesländern als in den neuen. So ergibt sich in den neuen Ländern ein Wachstum von ungefähr 10,0% außerhalb der großen Städte. Dieser positive Punkt muss besonders hervorgehoben werden angesichts des Ausmaßes der katastrophalen Situation in den neuen Ländern. Sicher stellt das eine Auswirkung der Umstrukturierungen und der Entwicklungspolitik dar, die seit 25 Jahren darauf hinzielt, die Wirtschaft in diesen Gebieten zu verbessern. Jedoch sind die registrierten Wachstumsraten der Landkreise in den neuen Bundesländer in der Regel bescheiden, abgesehen von einigen Ausnahmefällen (+16,5% im Jerichower Land und +14,4% für den Landkreis Rostock).

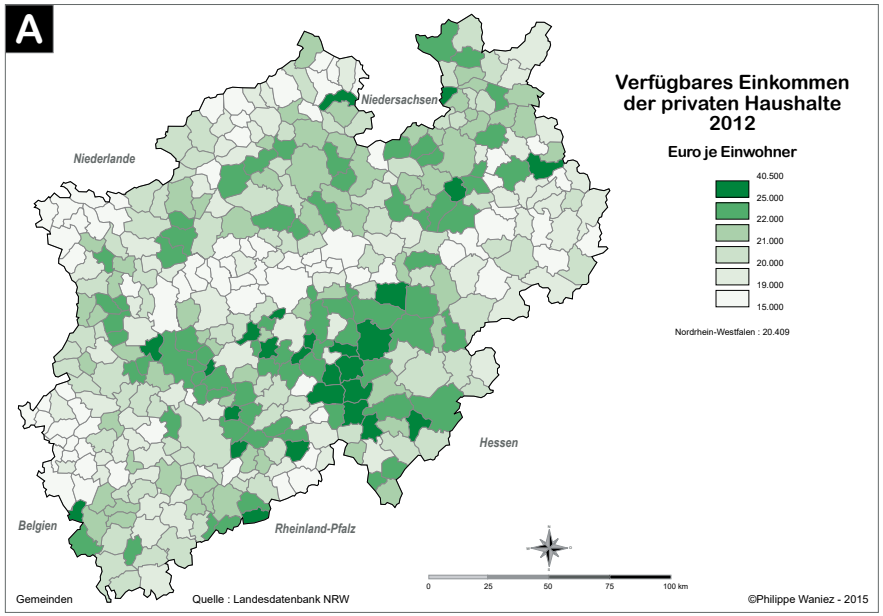
In vielen Landkreisen von Bayern gibt es ein starkes Wachstum der Haushaltseinkommen, allerdings weder rund um München, noch in den großen Städten. Dies ist auch in Rheinland-Pfalz, der nördlichen Hälfte von Hessen und im Westen von Niedersachsen der Fall. Die Wachstumsraten liegen oft zwischen +15,0% und +20,0%, aber sie können örtlich viel höher sein: +24,2% im Landkreis Rosenheim, +19,9% im Landkreis Passau, +23,1% im Landkreis Nordfriesland (Sylt) und +25,6% in Bernkastel-Wittlich. Überraschenderweise kann die mittelmäßige Leistung von Baden-Württemberg trotz der guten Sätze von Sigmaringen und Heilbronn nicht aufgewertet werden.

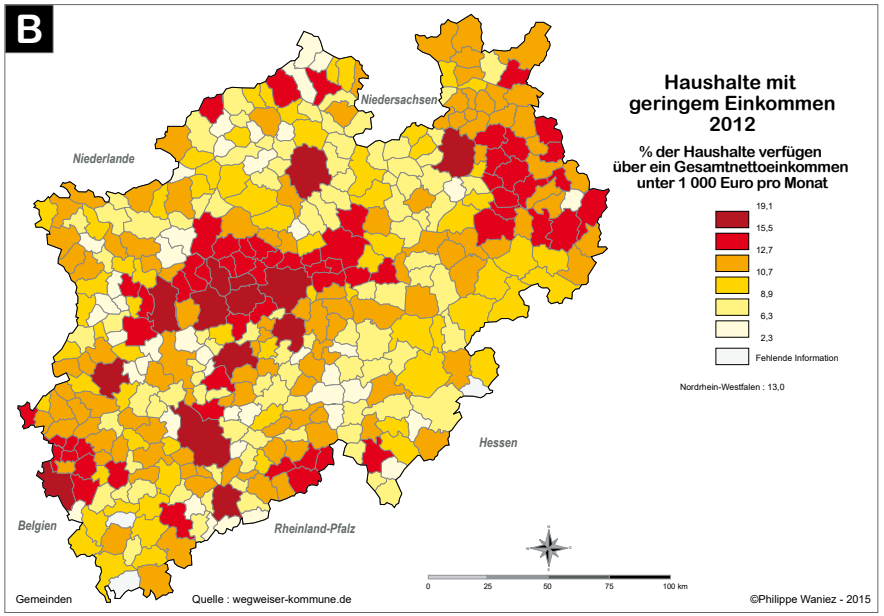
Die Einkommensunterschiede in NRW

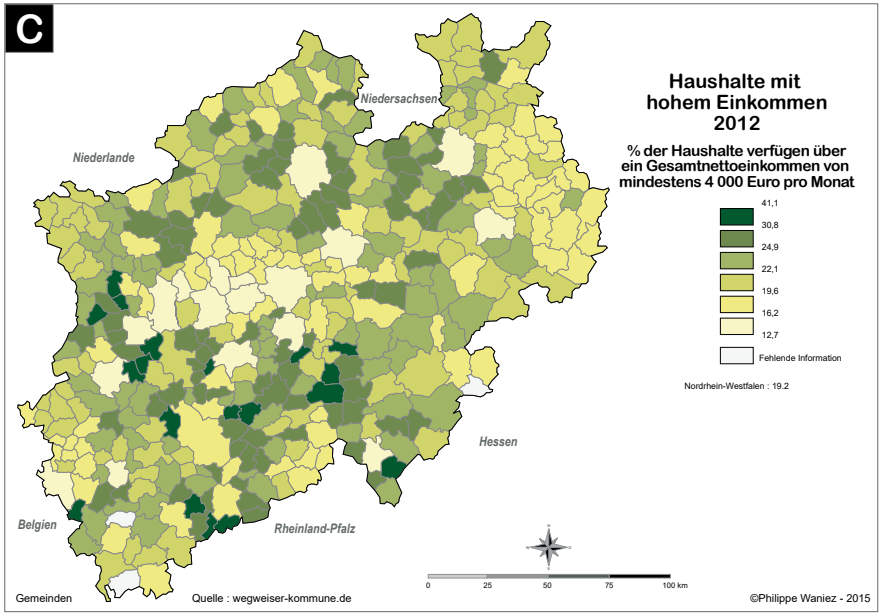
In NRW zeigt die Karte deutliche Unterschiede im Einkommen (**Karte 3A**). Die wichtigsten betreffen die Rheinachse und die der Ruhr. Auf der Achse des Rheins erscheinen mittelmäßige Ebenen, kaum über 20.000€ pro Einwohner. Im Gegensatz dazu erscheint im Osten des Rheins, von Düsseldorf aus südlich von Bergisch-Gladbach, eine Achse deren Einkommen immer über 22.000€ liegt und das mitunter höhere Werte erreicht (25.583€ in Rösrath im Südosten von Köln, zum Beispiel). Mit anderen Worten, von Düsseldorf aus, der Hauptstadt von NRW, findet man hier das Phänomen des Speckgürtels, der angesichts der regionalen Gestaltung nicht die Form eines Ringes annimmt, sondern sich linear entsprechend der Verkehrswege und vor allem der Autobahn E35 formiert (Amsterdam-Frankfurt am Main). Diese Achse spart im Westen Leverkusen (19.565€ pro Einwohner) und im Osten Wuppertal aus (19.903 €).

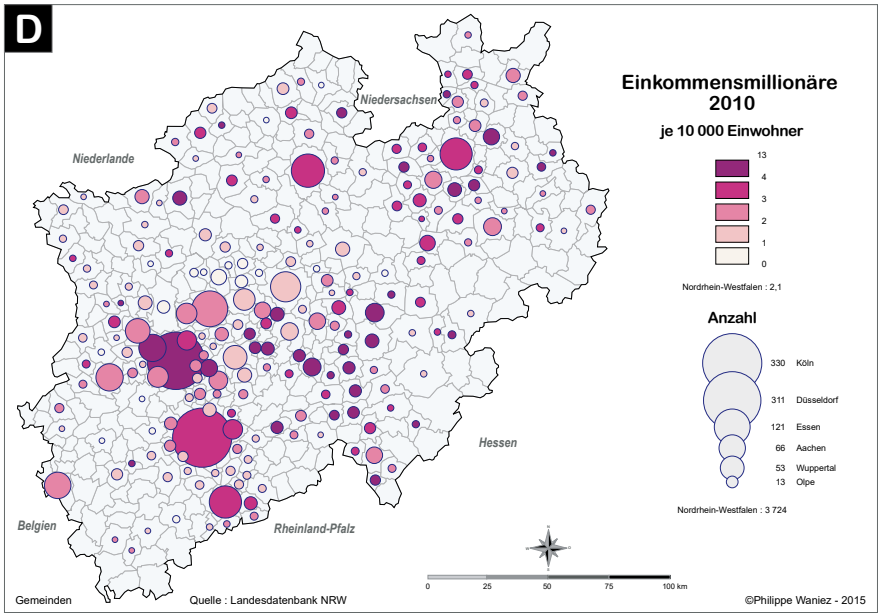

Kreise und kreisfreie Städte
Entwicklung
des verfügbaren Einkommens
der privaten Haushalte
je Einwohner
% 2000-2012
25,7
19,6
14,4
10,9
7,8
4,4
0,0
-7,8
Unter Berücksichtigung der Inflationsrate
Inflationsrate Deutschland 2000-2012 : 21,4%
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015

Karte 2


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2012
Euro je Einwohner
40.500
25.000
22.000
21.000
20.000
19.000
15.000
Nordrhein-Westfalen : 20.409
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Haushalte mit geringem Einkommen 2012
% der Haushalte verfügen über ein Gesamtnettoeinkommen unter 1 000 Euro pro Monat
19,1
15,5
12,7
10,7
8,9
6,3
2,3
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 13,0
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : wegweiser-kommune.de
©Philippe Waniez - 2015


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Haushalte mit hohem Einkommen 2012
% der Haushalte verfügen über ein Gesamtnettoeinkommen von mindestens 4 000 Euro pro Monat
41,1
30,8
24,9
22,1
19,6
16,2
12,7
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 19.2
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : wegweiser-kommune.de
©Philippe Waniez - 2015


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Einkommensmillionäre 2010
je 10 000 Einwohner
13
4
3
2
1
0
Nordrhein-Westfalen : 2,1
Anzahl
330 Köln
311 Düsseldorf
121 Essen
66 Aachen
53 Wuppertal
13 Olpe
Nordrhein-Westfalen : 3 724
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015

Karten 3

In der Gegenüberstellung bildet die Achse des Ruhrgebiets einen klaren Streifen der Verarmung. Von Duisburg bis nach Hamm liegt das verfügbare Einkommen der Bewohner fast immer zwischen 16.500€ und 19.000€. In Dortmund, erreicht es nur 17.893€ pro Einwohner, bzw. 2.516€ weniger als das Durchschnittseinkommen in NRW. Essen (19.422€) und vor allem Mühlheim an der Ruhr (21.980€) erscheinen da in einer etwas besseren Position.

Ein Streifen relativen Wohlstandes befindet sich zwischen Wuppertal (19.903€) und Hagen (19.572€): 27.812€ in Ennepetal, 28.892€ in Sprockhövel. Dieser Streifen dehnt sich weiter nach Hagen aus: 27.771€ pro Einwohner in Herdecke, 27.886€ in Nachrodt-Wiblingwerde und sogar 36.081€ in Schalksmühle. Man beobachtet starke Kontraste der Einkommen am Rande der wirtschaftlich geschwächten Städte: die mittleren und oberen Schichten haben bessere Lebensbedingungen, während Wuppertal und Hagen verarmt sind.

Der größte Teil von Westfalen zeigt ein gutes Einkommensniveau, vor allem rund um Münster und Bielefeld-Gütersloh. Die ländlichen Teile von den beiden Regionen werden mehr begünstigt als die Städte selbst. Schließlich erscheint das Dreieck Iserlohn, Olsberg, Siegen, das heißt Sauerland und Siegerland-Wittgenstein, auf der Karte mit den höchsten Einkommen. Besonders der Kreis Olpe mit Attendorn, der die 40.000- Euro-Hürde (40.419€) überschreitet.

Allerdings erscheinen einige abseits gelegene Kommunen im südwestlichen Viertel von NRW verhältnismäßig arm: 18.246€ pro Einwohner in Aachen, 17.504€ in Düren. Dies ist um Kleve (17.091€), um Rheine oder um Paderborn auch der Fall.

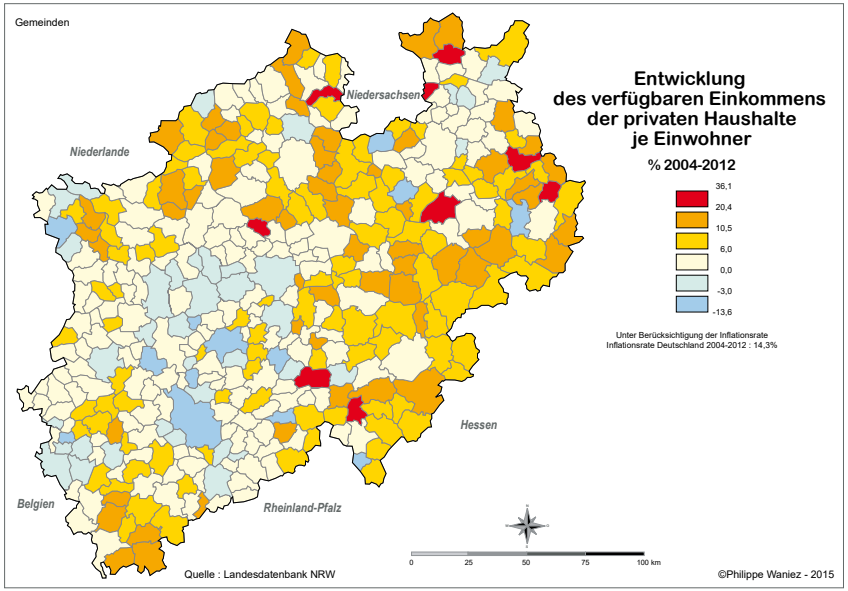
Die Haushalte mit geringem Einkommen sind in den Großstädten besonders konzentriert (**Karte 3B**) und bilden eine gleichbleibende Gruppe mit mehr als 15,5% armer Haushalte. Einzig Düsseldorf entgeht dieser Situation mit 12,5%. Städte, die man sich in einer besseren Lage vorgestellt hätte, wie Bonn oder Münster entkommen dieser traurigen Situation nicht. Das Ruhrgebiet erscheint weniger homogen als auf den vorherigen Karten: Obwohl Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund in der schlechtesten Kategorie liegen, erscheint der nördliche Teil des Beckens etwas weniger katastrophal, aber immer noch besorgniserregend, weil in der Mehrheit der Kommunen zwischen 13,0% und 15,0% der einkommensschwachen Haushalte leben. Der Teutoburger Wald und die Region von Aachen erscheinen auch in keiner guten Verfassung: um Bielefeld (17,1%) und Aachen (17,3%) findet man zahlreiche durch Armut charakterisierte Kommunen. Die beiden städtischen Zentren, Detmold und Paderborn zum einen und Düren zum anderen werden durch 13,0% bis 14,0% der armen Haushalte gekennzeichnet.

Die Haushalte mit hohem Einkommen beschränken sich vorzugsweise auf die Nähe der Großstädte, aus denen sich die wohlhabenden Vororte bilden (**Karte 3C**). Die Bevölkerungsdichten sind dort weniger hoch als in den sehr dichten Vierteln. Diese wohlhabenden Stadtteile liegen zu einem Großteil in der Peripherie. In einigen weniger zahlreichen Fällen ergibt sich dies auch in ländlichen Gegenden, besonders im Westen des Sauer- und des Siegerlands oder auch noch um Münster.

Im Jahr 2010 gab es in NRW 3.724 Einkommensmillionäre, d.h. 2,1 Millionäre auf 10.000 Einwohner. Sie wohnen hauptsächlich in den großen Städten des Landes (**Karte 3D**).

Köln und Düsseldorf liegen natürlich an der Spitze mit jeweils 330 und 311 Steuerzahlern, deren Jahreseinkommen mehr als 1.000.000€ beträgt. Allerdings hat Düsseldorf einen höheren Pro-Kopf-Anteil (5,3 Millionäre je 10.000 Einwohner), als Köln (3,3). In Meerbusch und Haan, nahe gelegene Städte von Düsseldorf, erhöhen sich diese Prozentsätze auf 12,9 und 9,6, was eine hohe Konzentration zum Ausdruck bringt. Im Ruhrgebiet wohnen die Millionäre vor allem in Essen und Dortmund. Andere Städte, Duisburg eingeschlossen beheimaten nur ein paar Dutzend. Essen und Mülheim an der Ruhr haben einen höheren Anteil der Millionäre als das Land und andere Städte im Ruhrgebiet. Münster, Bielefeld und Bonn zählen jeder Einhundert Millionäre und 3 bis 4 Millionäre auf 10.000 Bewohner. In der Gegend von Bielefeld beobachtet man eine Konstellation von Kommunen, die eine erhöhte Existenz an Millionären erreicht, ungefähr 200. Das bewirkt, dass in dieser Gegend zusammen mit Bielefeld ein fast ebenso hoher Anteil wohnt, wie zuvor in Köln oder Düsseldorf berechnet (allerdings auf einer größeren Ausdehnung). Dieses Phänomen existiert nicht um Münster. Schließlich erkennt man aufs Neue das reiche Sauerland auf der Karte bzw. in dem von Lüdenscheid-Arnsberg-Olpe gebildeten Dreieck, welches Einhundert Millionäre zählt und dies führt in diesen schwach bevölkerten Regionen zu verhältnismäßig hohen Proportionen, von 4 bis 5 Steuerzahlern mit sehr hohem Einkommen zu 10.000 Einwohner.

Für NRW ist es möglich mit den verfügbaren Statistiken die Entwicklung des Einkommens zwischen 2004 und 2012 auf der Ebene der Kommunen zu berechnen. Nach Bereinigung der Inflationsrate in Deutschland während derselben Periode beobachtet man einen starken räumlichen Unterschied im Wachstum des Einkommens (**Karte 4**). Nur die ländlichen Gebiete haben ein starkes Wachstum, nicht nur im Münster- und Sauerland, sondern auch in der Eifel mit Gewinnen von über 10,0% in vielen Gemeinden. Der Teutoburger Wald ist weniger gut gestellt. In Münster, Bielefeld, Paderborn jedoch stagniert das Einkommen der Bewohner mit schwachen Gewinnen in der Größenordnung von 1,0% bis 3,0%. Detmold bringt 12,5% ins Spiel. Im Herzen des Landes erscheint die Situation verhältnismäßig schlecht, auf Grund der Stagnation der Einkommen, oft im Rückgang. In großen Teilen des Ruhrgebiets ging das Einkommen um 0,7% bis 2,5% zurück. Dies könnte relativ wenig erscheinen, aber es betrifft Tausende Haushalte. Eine gleichartige Situation findet man auch in Aachen, Düren und Mönchengladbach. Köln, Neuss und Wuppertal weisen mit jeweils -4,1%, 5,5% und 3,4% die schlechtesten Ergebnisse aus. Im Herzen des Landes stagniert die Einkommen selbst wenn sie sich nicht verringern zwischen 0,0% und 6,0%.



Karte 4

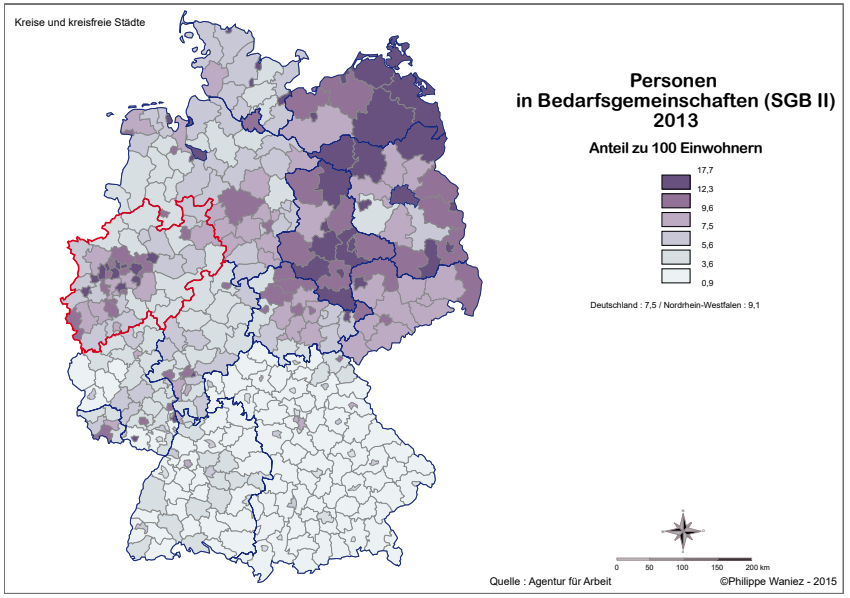
Die Bedarfsgemeinschaften in 8 Städten von Nordrhein-Westfalen

Auf dem detaillierten Niveau der Stadtteile verfügt man selten über neue und vergleichbare Informationen über die Höhe der Einkommen. Dennoch ist es möglich, eine Vorstellung von den finanziellen Schwierigkeiten der Bevölkerung durch die öffentliche Quelle der Agentur für Arbeit zu bekommen: Die Bedarfsgemeinschaften. „Bedarfsgemeinschaft (BG) ist ein Begriff der Sozialhilfe in Deutschland. Er wurde im deutschen Recht bei der Reform der Grundsicherung für Arbeitssuchende 2005 in das neu geregelte Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) übernommen“ (4). „Der Begriff der BG ist enger gefasst als derjenige der Haushaltsgemeinschaft respektive Wohnungsgemeinschaft, zu der alle Personen gehören, die auf Dauer mit einer BG in einem Haushalt leben und wirtschaften.

So zählen z. B. Großeltern und Enkelkinder sowie sonstige Verwandte und Verschwägerte nicht zur BG“ (5). Am Ende des Jahres 2013 hatte Deutschland 3.280.549 Bedarfsgemeinschaften mit durchschnittlich 1,84 Personen. Anders ausgedrückt leben 6.041.123 Personen in Bedarfsgemeinschaft und das sind 7,5% der Bevölkerung von Deutschland.

Die geografische Verteilung der Bedarfsgemeinschaften steht natürlich in einen gewissen Zusammenhang mit dem Einkommensniveau (**Karte 5**). An erster Stelle zeigen alle neuen Länder ein höheres Niveau als der nationale Durchschnitt an. Das trifft besonders auf Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zu: Ihre Kreise übersteigen immer 10,0% der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Bevölkerung. Im Gegensatz dazu erreichen die alten Bundesländer der südlichen Hälfte des Landes sehr geringe Prozentsätze, die fast immer unter 5,0% liegen, außer in einigen wenigen Städten, wie 11,2% in Wiesbaden, 10,1% in Frankfurt am Main, 9,2% in Nürnberg, 6,5% in Stuttgart. In der nördlichen Hälfte der alten Bundesländer sind die hohen Prozentsätze vor allem in den Städten: 13,2% in Bremen, 10,2% in Hamburg und Hannover.

Diese städtische Verankerung scheint in Nordrhein-Westfalen besonders im Ruhrgebiet vorzukommen, in dem dieses Phänomen klar und deutlich kennzeichnet wird, mit 14,8% in Essen und 14,1% in Dortmund. Außerhalb des Ruhrgebiets werden andere Städte von NRW durch hohe Prozentsätze charakterisiert, wie z.B Mönchengladbach (14,4%), Wuppertal (13,7%), Köln und Bielefeld (10,8%).



Karte 5

Es ist logisch, dass der Prozentsatz von in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen in Verbindung zu Haushalten mit geringem Einkommen steht. Das heißt, sofern wir diese Informationen für die Stadtteile haben (in der Regel 2013), sind die Bedarfsgemeinschaften ein interessanter Indikator für die niedrigen Einkommen in den Vierteln.

Im Verhältnis zur Anzahl der Haushalte ändert sich der Wert von Bedarfsgemeinschaften in den 8 hier kartografierten Städten zwischen 8,0% und 18,0%. Drei Städte zeigen ein Prozentsatz unter 10,0%: Bonn mit nur 8,0% (**Karte 6C**), Aachen mit 9,3% (**Karte 7C**) und Düsseldorf mit 9,7% (**Karte 6B**). In Bonn sind die in Betracht kommenden Werte verhältnismäßig gering, mit nur 13.308 BG. In der ehemaligen Bundeshauptstadt sind die Armen hauptsächlich in der nordwestlichen Peripherie der Stadt mit 1.161 BG hauptsächlich in Neu-Tannenbusch anzutreffen. In Aachen sind die Zahlen ungefähr gleich wie in Bonn, aber hier leben die BG am Nordostrand, mit einer starken Konzentration in den Vierteln Adalbertsteinweg (BG 1.139) Panneschopp (1.142) und Trierer Straße (902).

In Düsseldorf ist die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit 33.900 viel höher und sind in der ganzen Stadt zahlreich zu finden, außer dem Stadtbezirk 5 im Norden. Im Stadtbezirke 1 ist die Zahl nahe 1.000 BG und die Prozente in der Größenordnung von 6,0%-8,0%; aber in Friedrichstadt und in der Stadtmitte erreichen sie 10,0%. Die höchste Anzahl ist in den östlichen Randbezirken mit Bedarfsgemeinschaften die mehr als 15,0% der Haushalte ausmachen. Die Konzentration erreicht ihr Maximum in Oberbilk (2.892 und 15,8%), Flingern Süd (1.190 und 19,4%), Lierenfeld (1.009 und 17,6%). Mehr im Norden weist Rath 1.725 BG aus, das sind 17,0% der Haushalte, während im Süden Eller, Hassels, Garath je 13,6%, 18,8% und 20,2% ausweisen. Das bedeutet, das in vielen Bezirken von Düsseldorf 10,0% bis 20,0% der Haushalte von Bedarfsgemeinschaften repräsentiert werden und obwohl die Stadt in der Regel weniger betroffen scheint als viele andere Städte in NRW, ist die Konzentration der BG in manchen Vierteln sehr hoch.

Bielefeld (**Karte 7B**) und Köln (**Karte 6A**) liegen bei 11,1% der BG zu den gesamten Haushalten. Die in Düsseldorf gemachten Beobachtungen sind auf Köln übertragbar. Darin sind die Problembereiche in den Stadtbezirken Mülheim (11.880 BG), Kalk (10.699) und in einem geringeren Ausmaß in Weiler (5.116) auszumachen. Der Anteil der BG zu den Haushalten übersteigt oft 20,0% bis zu maximal 27,3% in Vingst, 28,5% in Ostheim und 37,8% in Chorweiler, was der absolute Rekord ist! In Bielefeld konzentrieren sich die Bedarfsgemeinschaften vor allem auf den Stadtbezirk Mitte mit mehreren Hundert, die zwischen 15,0% und 20,0% der Haushalte (bis 27,6% in Dürkopp) vertreten; ansonsten sind die Werte und Prozentsätze niedrig (außer Baumheide, 24,9%).

In Wuppertal (13,5%), Mönchengladbach (14,3%) und vor allem in Essen (18,0%) ist die Situation in Anbetracht dieser Prozentsätze von BG in den Haushalten besorgniserregend. Das umso mehr, als das viele andere Städte, vor allem im Ruhrgebiet, dasselbe Niveau erreichen, wie zum Beispiel, Duisburg, Gelsenkirchen und Dortmund. In Wuppertal (**Karte 6D**) findet man das schon beobachtete Schema wieder: man findet vor allem im Tal an dem rechten Ufer die meisten Bedarfsgemeinschaften, während die Anhöhen deutlich weniger betroffen sind.

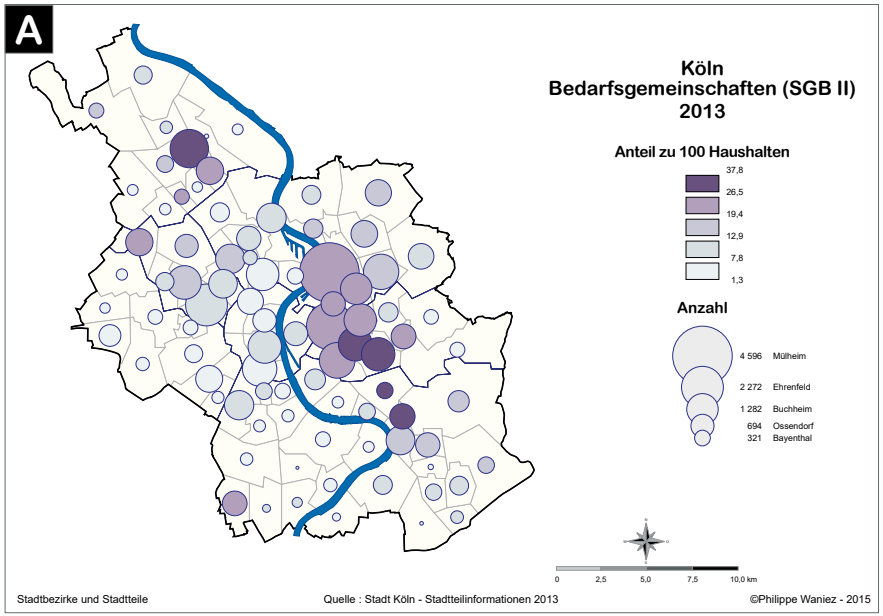
Städte	Haushalte 2013	Bedarfs-gemein-schaften 2013	% Bedarfs-gemein-schaften 2013
Aachen	143.039	13.368	9,3
Bielefeld	163.706	18.235	11,1
Bonn	166.037	13.308	8
Düsseldorf	350.816	33.900	9,7
Essen	300.958	54.191	18
Köln	545.050	60.297	11,1
Mönchengladbach	130.237	18.646	14,3
Wuppertal	178.178	24.112	13,5

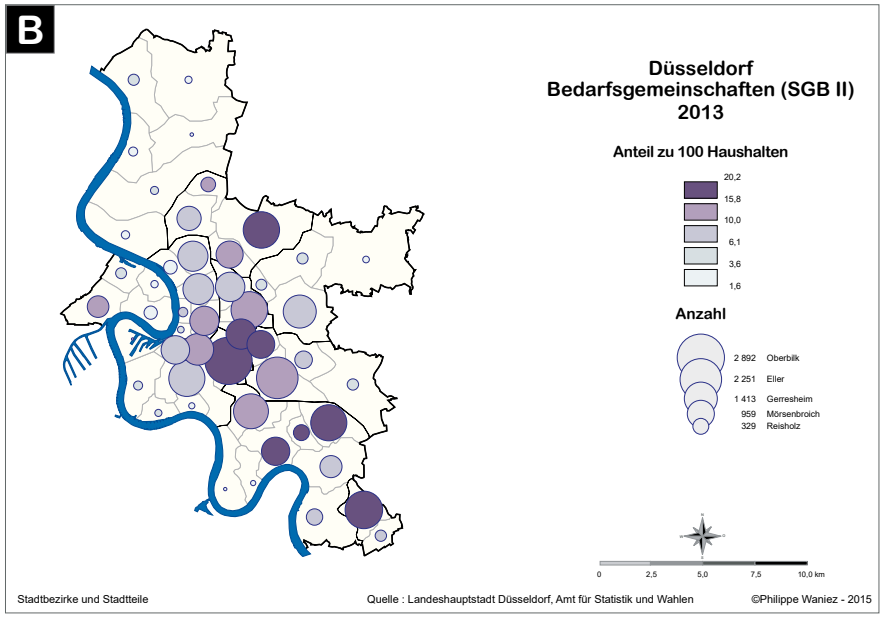
Tabelle 1: Die Bedarfsgemeinschaften in 8 Städte von NRW. Quelle: Zensus 2011.

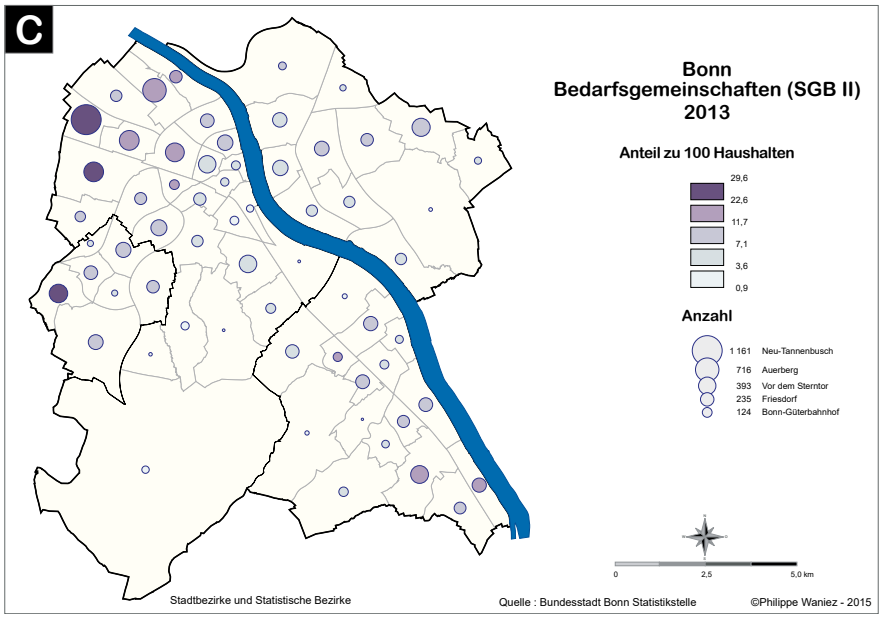
In der Elberfelder Nordstadt und Ostersbaum übersteigen die Bedarfsgemeinschaften die Zahl 1.500, damit sind mehr als 20,0% aller Haushalte betroffen. In Barmen haben Friedrich-Engels-Allee, Rott und Sedansberg knapp 1.000 BG, mit Prozentsätzen um rund 20,0%. Schließlich zeigt Oberbarmen-Schwarzbach den Rekord für die Stadt mit mehr als 25,0% Bedarfsgemeinschaften unter den Haushalten. Mönchengladbach zählt weniger BG als Wuppertal, aber diese sind deutlich erkennbar in den dicht besiedelten Teilen der Stadt konzentriert (Karte 7D), das heißt in den zentralen Vierteln der Stadtbezirke im Norden und Süden. Keiner der betroffenen Bezirke zeigt eine niedrigere Proportion als 20,0% der Bedarfsgemeinschaften zu allen Haushalten an. Dafür sind jedoch, wie in Wuppertal, die Randgebiete viel weniger betroffen.

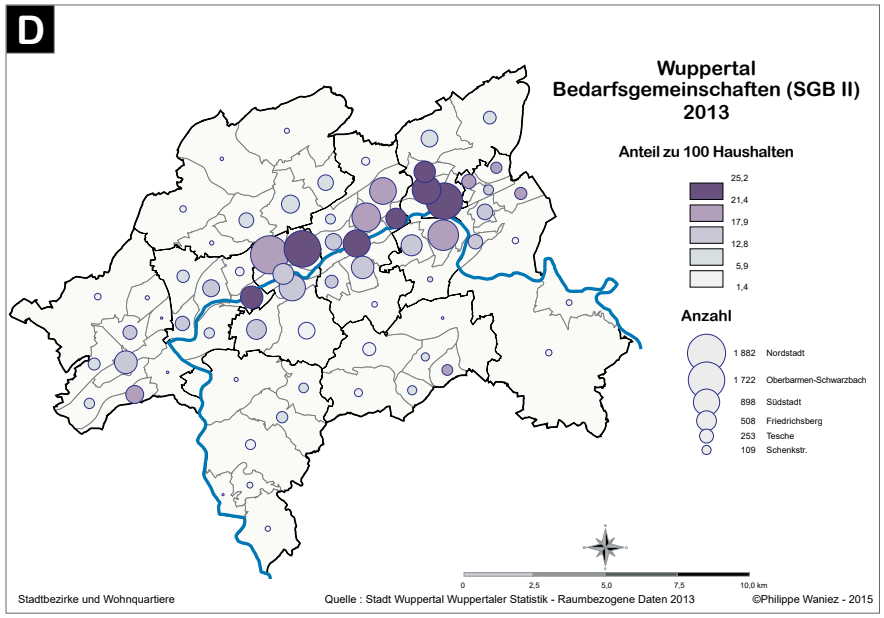
Schließlich hat Essen eine besondere Konfiguration, die an die der Bevölkerungsdichte erinnert (**Karte 7A**). Alle Bezirke in der Nordhälfte der Kommune, die ebenfalls die dicht besiedelten sind, haben einen hohen Anteil an Bedarfsgemeinschaften, die sogar manchmal sehr hoch sind, wie in Altendorf, Altenessen-Süd, Katernberg, in denen man 3.000 bis 4.000 BG findet, was mehr als 30,0% der Haushalte darstellt. Im Gegensatz dazu sind in der südlichen Hälfte der Stadt die Werte deutlich niedriger und erreichen nur 5,0% bis 10,0% der Haushalte.

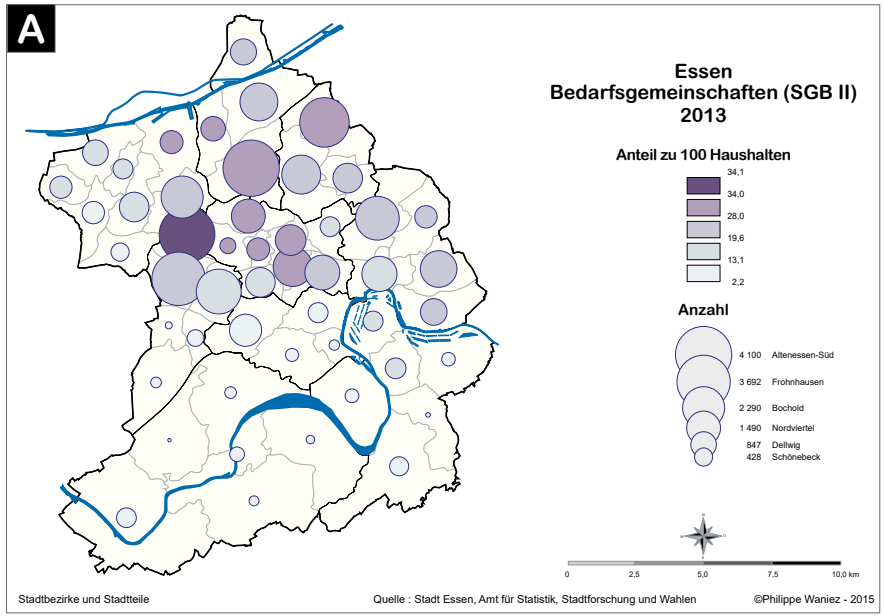
Diese 8 Karten zeigen, dass in den Städten von NRW die Probleme der Armut, gegen die sie anzukämpfen haben nicht gleichwertig sind. Zwischen Bonn und Essen sind die Unterschiede beachtlich: In Bonn scheint allein der Stadtrand betroffen zu sein, während in Essen oder in Mönchengladbach, alle städtischen Räume mit alarmierenden Proportionen betroffen sind. In anderen Städten, wie Köln, Aachen oder Bielefeld, erreicht die Verarmung vorwiegend einige Bezirke, während der Rest der Stadt verhältnismäßig verschont bleibt.

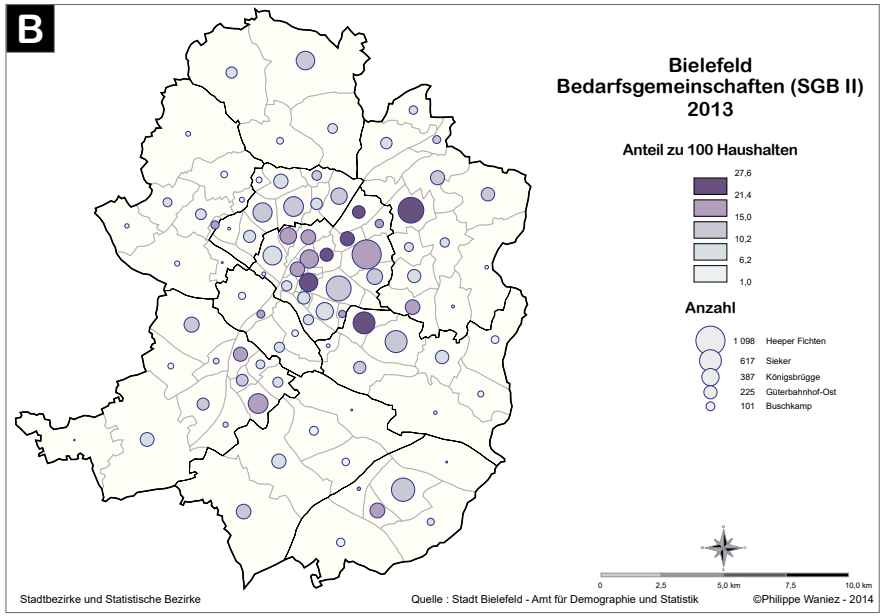

A
Köln
Bedarfsgemeinschaften (SGB II)
2013
Anteil zu 100 Haushalten
37,8
26,5
19,4
12,9
7,8
1,3
Anzahl
4 596 Mülheim
2 272 Ehrenfeld
1 282 Buchheim
694 Ossendorf
321 Bayenthal
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2013
©Philippe Waniez - 2015

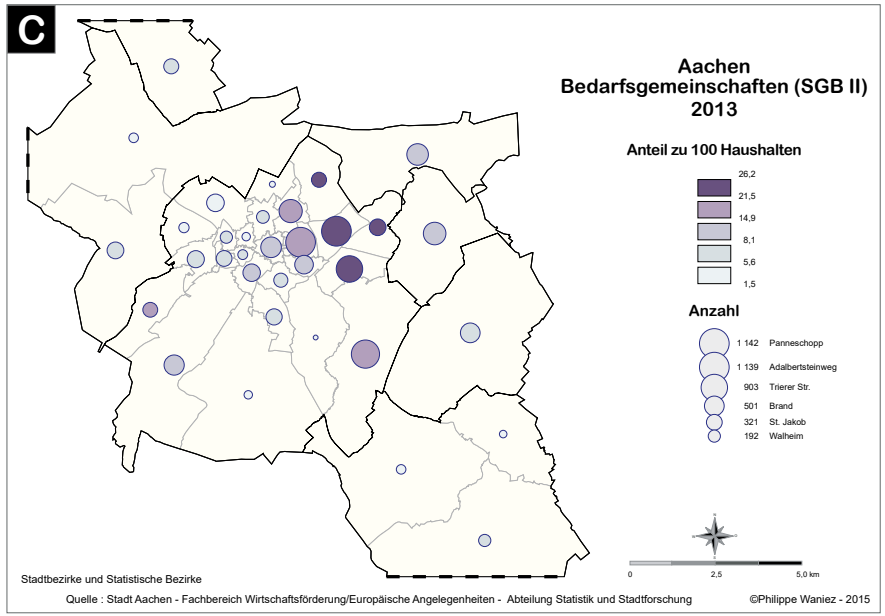

B
Düsseldorf
Bedarfsgemeinschaften (SGB II)
2013
Anteil zu 100 Haushalten
20,2
15,8
10,0
6,1
3,6
1,6
Anzahl
2 892 Oberbilk
2 251 Eller
1 413 Gerresheim
959 Mörsenbroich
329 Reisholz
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015

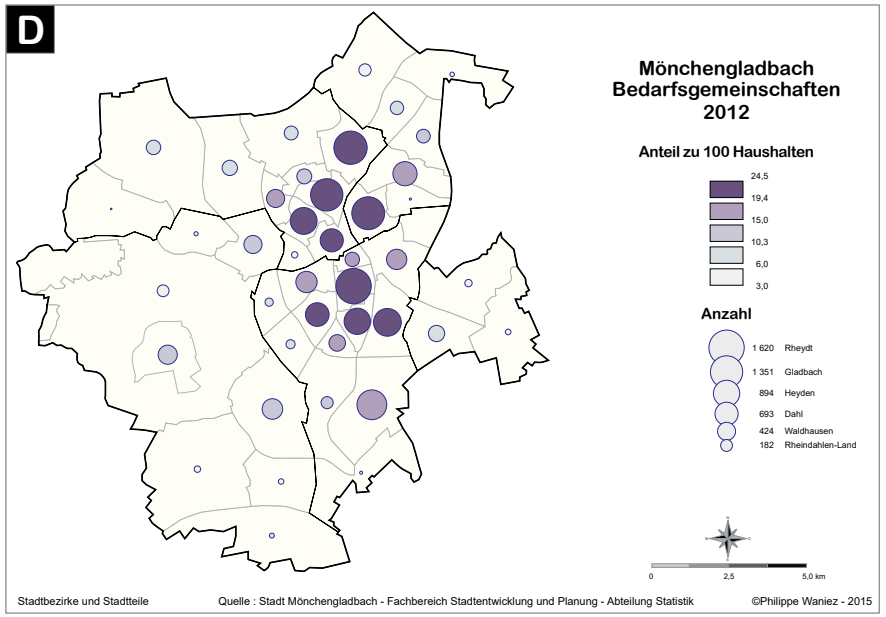

C
Bonn
Bedarfsgemeinschaften (SGB II)
2013
Anteil zu 100 Haushalten
29,6
22,6
11,7
7,1
3,6
0,9
Anzahl
1 161 Neu-Tannenbusch
716 Auerberg
393 Vor dem Sterntor
235 Friesdorf
124 Bonn-Güterbahnhof
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


D
Wuppertal
Bedarfsgemeinschaften (SGB II)
2013
Anteil zu 100 Haushalten
25,2
21,4
17,9
12,8
5,9
1,4
Anzahl
1 882 Nordstadt
1 722 Oberbarmen-Schwarzbach
898 Südstadt
508 Friedrichsberg
253 Tesche
109 Schenkstr.
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2013
©Philippe Waniez - 2015


A
Essen
Bedarfsgemeinschaften (SGB II)
2013
Anteil zu 100 Haushalten
34,1
34,0
28,0
19,6
13,1
2,2
Anzahl
4 100 Altenessen-Süd
3 692 Frohnhausen
2 290 Bochold
1 490 Nordviertel
847 Dellwig
428 Schönebeck
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


B
Bielefeld
Bedarfsgemeinschaften (SGB II)
2013
Anteil zu 100 Haushalten
27,6
21,4
15,0
10,2
6,2
1,0
Anzahl
1 098 Heeper Fichten
617 Sieker
387 Königsbrügge
225 Güterbahnhof-Ost
101 Buschkamp
0 2,5 5,0 km 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Stadt Bielefeld - Amt für Demographie und Statistik
©Philippe Waniez - 2014


C
Aachen
Bedarfsgemeinschaften (SGB II)
2013
Anteil zu 100 Haushalten
26,2
21,5
14,9
8,1
5,6
1,5
Anzahl
1 142 Panneschopp
1 139 Adalbertsteinweg
903 Trierer Str.
501 Brand
321 St. Jakob
192 Walheim
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - Abteilung Statistik und Stadtforschung
©Philippe Waniez - 2015


D
Mönchengladbach
Bedarfsgemeinschaften
2012
Anteil zu 100 Haushalten
24,5
19,4
15,0
10,3
6,0
3,0
Anzahl
1 620 Rheydt
1 351 Gladbach
894 Heyden
693 Dahl
424 Waldhausen
182 Rheindahlen-Land
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Mönchengladbach - Fachbereich Stadtentwicklung und Planung - Abteilung Statistik
©Philippe Waniez - 2015

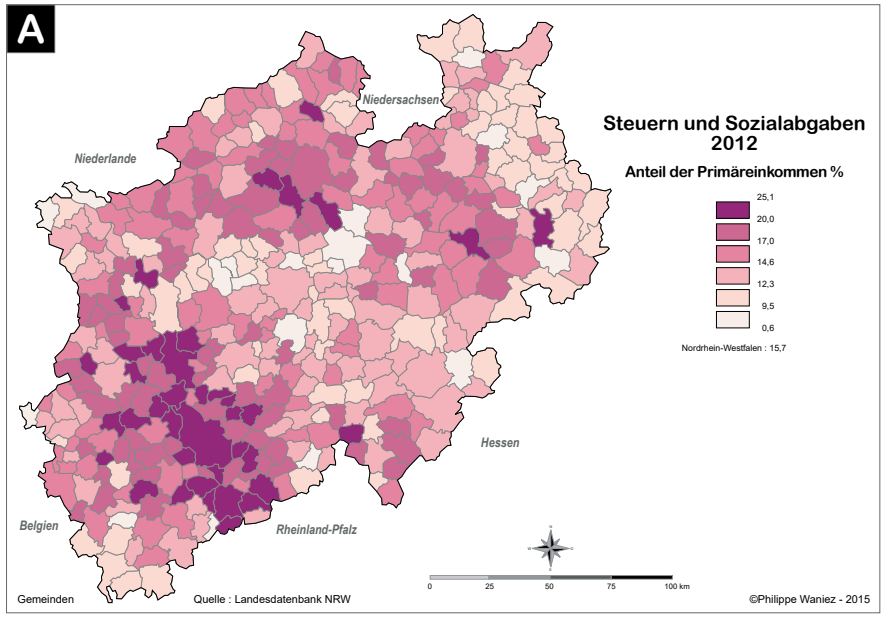
Karten 7

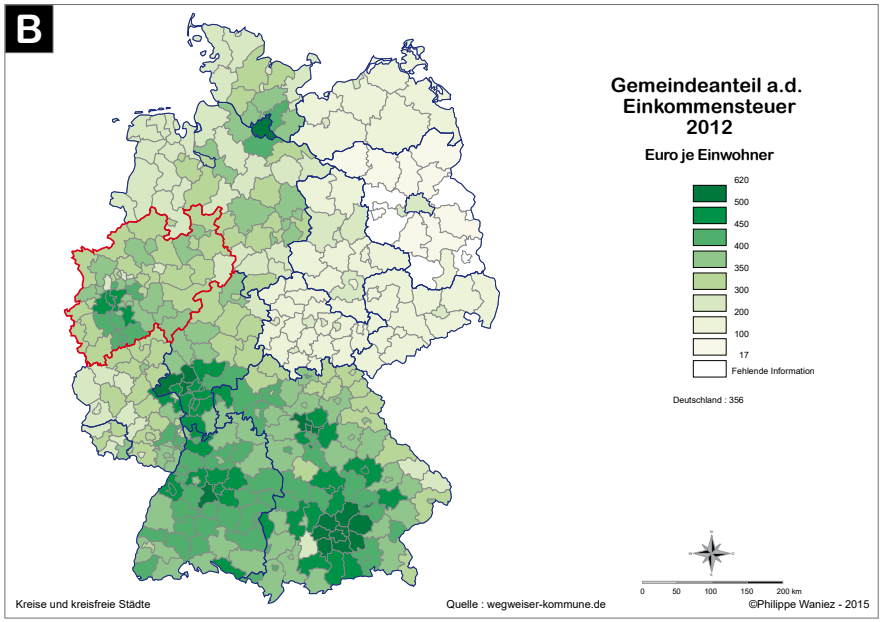
2. Die Steuern

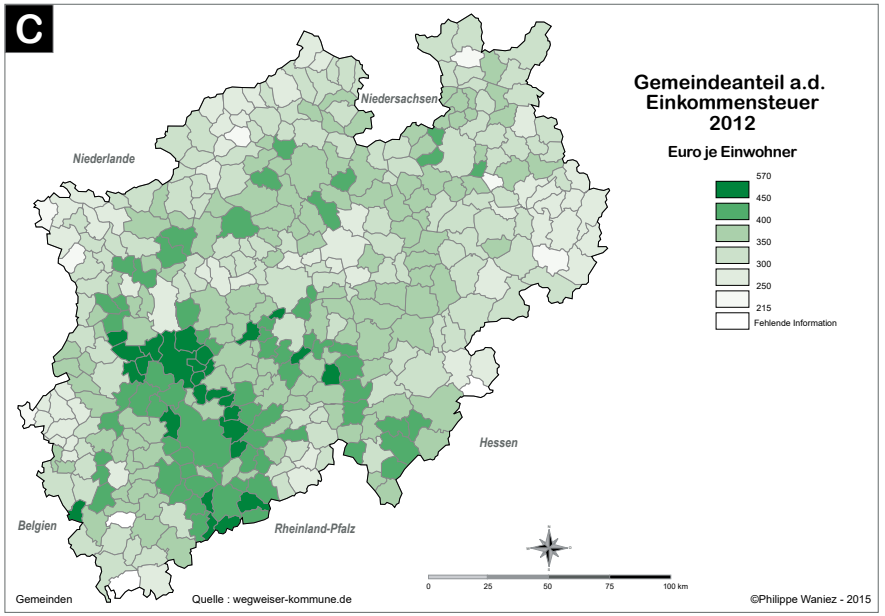
„Im Jahr 2011 wurden von Bund, Ländern und Gemeinden 573 Milliarden Euro Steuern eingenommen“ (6). Man muss die Personensteuern und die Realsteuern unterscheiden. „Die Personensteuern (Subjektsteuern) knüpfen an die Person des Steuerpflichtigen an. Sie sind Besitzsteuern, die auf das Einkommen und Vermögen natürlicher und juristischer Personen erhoben werden. Sie richten sich nach den persönlichen Verhältnissen (z. B. Alter, Familie, Leistungsfähigkeit). Beispiele hierfür sind die Einkommensteuer, Erbschaftsteuer und die Körperschaftsteuer (7). „Die Realsteuern (auch Objektsteuern genannt) knüpfen alleine an das Besteuerungsobjekt an, ohne dabei die persönlichen Verhältnisse des Steuerschuldners zu berücksichtigen (8). Die Lohn- und Einkommensteuer repräsentiert etwa ein Viertel der Abgaben, während die Realsteuern nicht einmal 10,0% vom Gesamten erreichen. Sie sind aber eine wichtige Einnahmequelle für die Kommunen. Hier wird zuerst auf die Einkommensteuer, dann auf die Grundsteuern und später auf die Gewerbesteuer eingegangen.

Primäreinkommen, Steuern und Sozialabgaben

Im Jahr 2012 betrug das NRW-Primäreinkommen pro Einwohner 24.197€, gegenüber einem verfügbaren Einkommen von 20.409€ ergibt dies eine Differenz von 3.788€ pro Einwohner und 15,7% des Primäreinkommens. Dies wird durch den Abzug von Steuern und Sozialabgaben vom Primäreinkommen erklärt. Das Gewicht dieser Nebenkosten ist nicht in allen Kommunen gleich; ihr Anteil variiert zwischen 4,6% und 25,1% vom Primäreinkommen. Die Karte der Unterschiede zeigt identifizierbare Teile von NRW (**Karte 8A**).


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Steuern und Sozialabgaben 2012
Anteil der Primäreinkommen %
25,1
20,0
17,0
14,6
12,3
9,5
0,6
Nordrhein-Westfalen : 15,7
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015


B
Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer 2012
Euro je Einwohner
620
500
450
400
350
300
200
100
17
Fehlende Information
Deutschland : 356
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : wegweiser-kommune.de
©Philippe Waniez - 2015


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer 2012
Euro je Einwohner
570
450
400
350
300
250
215
Fehlende Information
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : wegweiser-kommune.de
©Philippe Waniez - 2015

Karten 8

Um das Verhältnis zu verstehen, müsste diese Karte mit der über das verfügbare Einkommen verglichen werden. Die Achse Bonn, Köln, Düsseldorf und viele ihrer Nachbargemeinden sind durch hohe Abgaben gekennzeichnet, die 20,0% vom Primäreinkommen überschreiten. Da bekanntermaßen das verfügbare Einkommen pro Einwohner in den meisten dieser Kommunen verhältnismäßig gering ist, ist dies zweifellos der Grund für den hohen Wert der Abgaben. Dies erklärt die seltsam niedrigen Einkommen der Bewohner von der Rheinachse, obwohl man sich im Wirtschaftsherzen des Landes befindet. Im Münsterland und im Westen des Teutoburger Waldes ist das verfügbare Einkommen recht hoch und der Anteil der Steuern und Sozialabgaben ist ebenfalls beträchtlich, zwischen 15,0% und 25,0%. Diese Gegend scheint also wohlhabend, mit einem bedeutsamen Belastungsniveau, während das verfügbare Einkommen auf einem hohen Niveau bleibt. Es wurde vorher festgestellt, dass sich die Kommunen mit den höchsten verfügbaren Einkommen pro Einwohner im Sauerland befinden; doch der besonders niedrige Anteil von Steuern und Sozialabgaben erlaubt es hier, dieses Niveau des verfügbaren Einkommens zu erreichen. Schließlich sind im Ruhrgebiet die Steuern und Sozialabgaben die niedrigsten im Land, was zweifellos daran liegt, dass das verfügbare Einkommen selbst sehr niedrig ist.

Einkommensteuer

„Die Einkommensteuer besteuert das Einkommen von natürlichen Personen (Einzelpersonen und Mitunternehmer von Personengesellschaften). Grundsätzlich wird das gesamte, weltweit in den folgenden sieben Einkunftsarten erzielte Einkommen am Wohnort des Steuerpflichtigen besteuert: Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständige Arbeit, nichtselbständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sowie sonstige Einkünfte. Steuerpflichtig sind prinzipiell Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland sowie alle Personen, die im Inland Einkünfte erzielen“ (6).

Die Statistiken über die Einkommensteuer werden für das Jahr 2010 von den regionalen Datenbanken zur Verfügung gestellt. Dies liegt daran, dass bis zum Jahr 2011 diese Daten nur alle drei Jahre berechnet wurden. Ab 2012 werden sie jedes Jahr berechnet, aber zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Artikels sind sie noch nicht verfügbar. Glücklicherweise bietet die Webseite http://www.wegweiser-kommune.de umfangreiche Daten über die kommunalen Haushalte, einschließlich der Höhe der Einkommensteuer von den jeweiligen Gemeinden pro Einwohner. Die Gemeinden in Deutschland erhalten jeweils einen Anteil von 15,0% an der Einkommensteuer die in ihrem Gebiet erwirtschaftet wurde, bzw. 6,5 Milliarden Euro für die Gemeinden von NRW. Diese Statistik kann auch auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte berechnet sein, obwohl sie nur die von den Gemeinden erhaltenen Anteile betrifft.

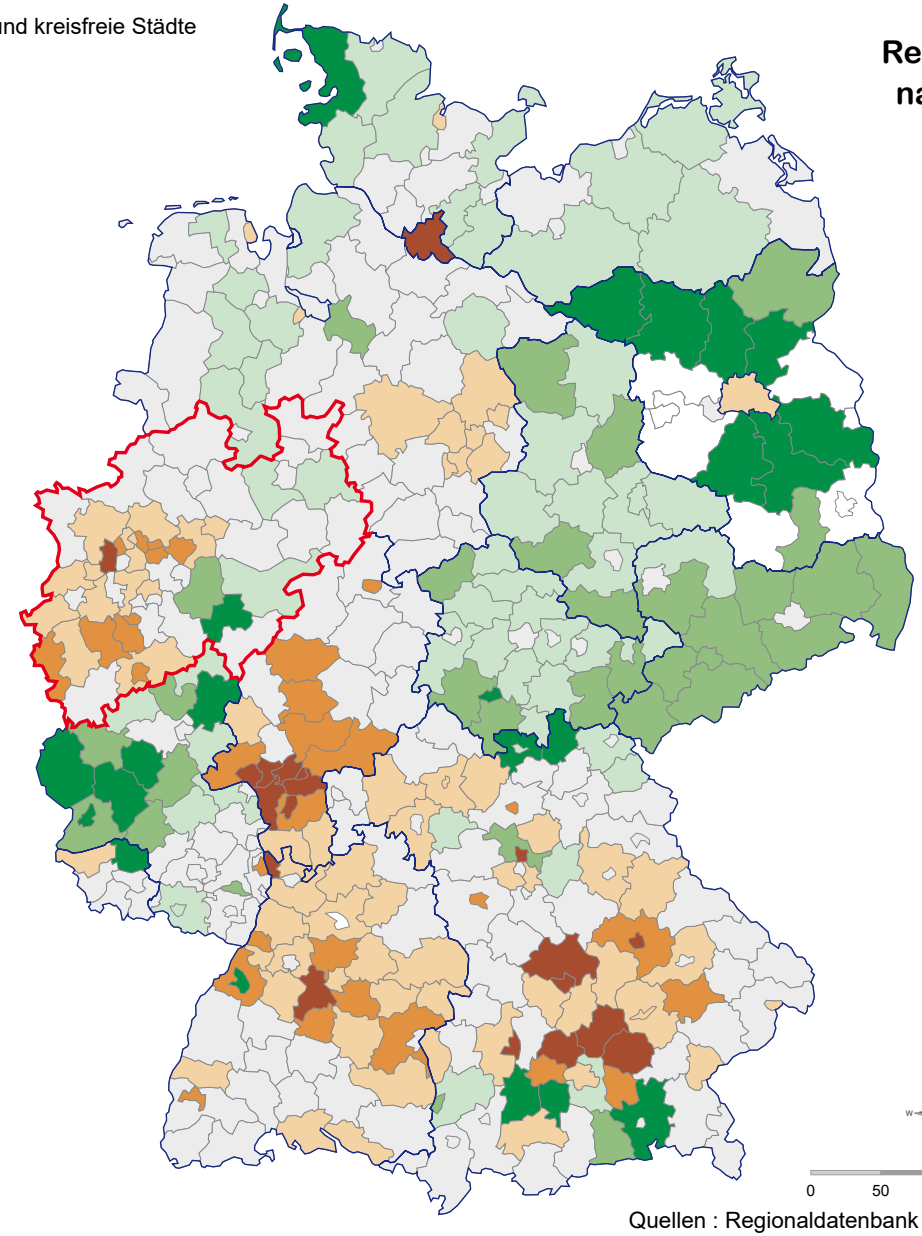
Die Karte der Einkommensteuer pro Bewohner für Gesamtdeutschland (**Karte 8B**) ist verständlicherweise mit der über das Einkommen vergleichbar. Man findet die Bereiche des Wohlstandes bereits auf der Karte der Haushaltseinkommen vor allem in den Regionen von München, Nürnberg, Stuttgart, Südhessen mit Wiesbaden und Mainz, Düsseldorf und einige benachbarte Kreise sowie Hamburg. Alle neuen Länder charakterisieren sich durch niedrige Abgaben, auch Berlin.

Obwohl die Karten **1A** und die Karte **8B** sich ähneln, ist es notwendig die Beziehung zwischen den zwei Indikatoren zu klären. Es ist logisch, dass man den Wert der Pro-Kopf-Einkommensteuer ermittelt, um den Wert des Pro-Kopf-Einkommens zu kennen. In dem Diagramm auf der **Karte 9** werden die Kreise und kreisfreien Städte nach Einkommen pro Einwohner (horizontale Achse) und bezahlter Einkommenssteuer (vertikale Achse) dargestellt. Die Neigung des Streudiagramms zeigt, dass es tatsächlich eine Beziehung zwischen diesen zwei Werten gibt: Je höher das Einkommen ist, desto höher wird die Einkommensteuer entrichtet, was logisch ist. Dies bestätigt die Verhältnismäßigkeit der Steuern zum Einkommen. Der Bestimmungskoeffizient R2 ermöglicht, die Stärke dieser Beziehung zu schätzen; der Wert 1 drückt eine lineare funktionale Beziehung aus (in diesem Fall, werden alle Punkte in gerader Linie aufgestellt) während der Wert 0 keine lineare Beziehung ausweist. Hier steigt der Wert von R2 auf 0,62, so dass ein bezeichnendes Verhältnis zwischen den beiden Werten bestätigt wird. Wenn die Punkte nicht in gerader Linie aufgestellt werden, ist es, weil es einen Unterschied zwischen der durch die gerade Linie dargestellten Beziehung und den beobachteten Werten gibt. Diese Differenz nennt sich „Regressionsresiduen“ und kann positiv oder negativ sein. Wenn sie positiv ist, bedeutet das, dass die Einkommensteuer höher ist, als sie unter Berücksichtigung des Einkommens sein sollte. Wenn die Differenz negativ ist, weist sie auf niedriger erhobene Steuern hin Schließlich liegen die Kreise in der Nähe der Geraden mit einer Regression, die man für normal halten kann.

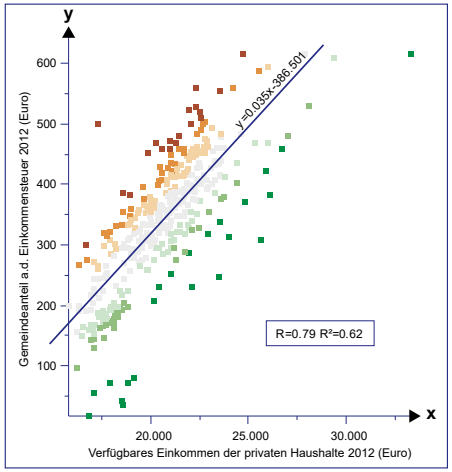
Die Karte zeigt deutlich, dass die Regressionsresiduen nicht zufällig verteilt sind, sondern im Gegenteil, geografische Gruppierungen bilden (**Karte 9**). Die neuen Länder (außer Berlin) sind bei der Einkommensteuer im Durchschnitt niedriger dargestellt angesichts der registrierten Einkommen. Sie zeigen also oft negative Regressionsresiduen an, außer für die Städte, die in einer normalen Situation erscheinen und Berlin, wo die Steuer etwas höher ist. Positive Regressionsresiduen sind im Wesentlichen in den alten Ländern lokalisiert: Bayern, Baden-Württemberg, der Süden von Hessen, Viertel im Südwesten von Nordrhein-Westfalen und Hamburg.

Diese Über- oder Unterbesteuerung im Vergleich zum Durchschnittseinkommen pro Einwohner erklären sich durch die Einkommensverteilung in jedem Kreis oder jeder kreisfreien Stadt. Tatsächlich sind die Steuersätze progressiv: im Jahr 2012 gibt die Grund-Tabelle an, dass ein Jahreseinkommen unter 8.000€ nicht besteuert wird; ab 9.000€, erhöhen sich die Sätze schrittweise: 10,0% für 15.100€, 20,0% bei 31.900€, 25,0% bei 46.100€ (9). Das entspricht einer gewissen Gerechtigkeit im Steuersystem, selbst wenn die Frage des Niveaus dieser Sätze diskutiert werden kann. Diese Art des Steuersystems, das darin besteht, auf höhere Einkommen des Steuerzahlers höhere Sätze anzuwenden, bewirkt, dass das Steueraufkommen in den Gegenden höher ist, in denen die Steuerzahler mit hohen Einkommen zahlreicher sind. Auch dann, wenn das durchschnittliche Einkommen pro Bewohner gleich hoch ist. Die Regionen, in denen die Residuen positiv sind mit dem gleichen Durchschnittseinkommen, ist die Anzahl der Steuerzahler mit hohem Einkommen größer. Die Karte der Haushalte mit hohem Einkommen bestätigt diese Tatsache.

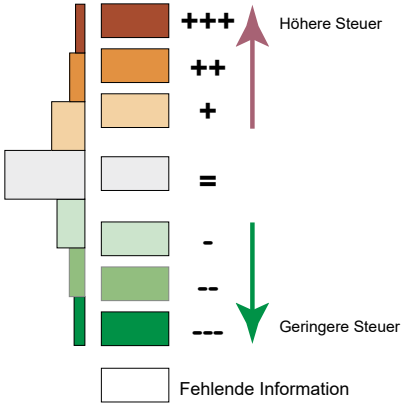
Kreise und kreisfreie Städte

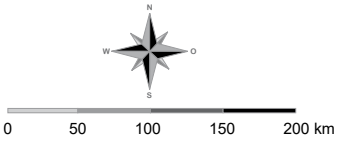


Regression von Einkommen der privaten Haushalte nach dem Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer Euro je Einwohner 2012



Residuen





Quellen : Regionaldatenbank Deutschland und wegweiser-kommune.de

©Philippe Waniez - 2015

Karte 9

Hingegen charakterisiert ein negatives Residuum die Gegenden, in denen häufiger niedrige Einkommen vorkommen, was mit einer insgesamt niedrigeren Steuer verbunden ist. Für die neuen Länder bestätigt die Karte über Haushalte mit geringem Einkommen diese Sachlage ebenfalls.

Jedoch ist diese Erklärung zu dem Steuersatz nicht im Detail ausreichend. Zum Beispiel sind die Residuen im Ruhrgebiet deutlich positiv, während die Haushalte mit geringem Einkommen einen hohen Anteil haben. In Hamburg gibt es eine ähnliche Konfiguration. In Starnberg bei München passiert das Gegenteil. Hier muss man andere Erklärungselemente einfließen lassen, wie zum Beispiel, die sozioökonomischen Besonderheiten der Steuerzahler, die durch die Steuerklassen Veränderungen in den zu bezahlenden Beträgen herbeiführen.

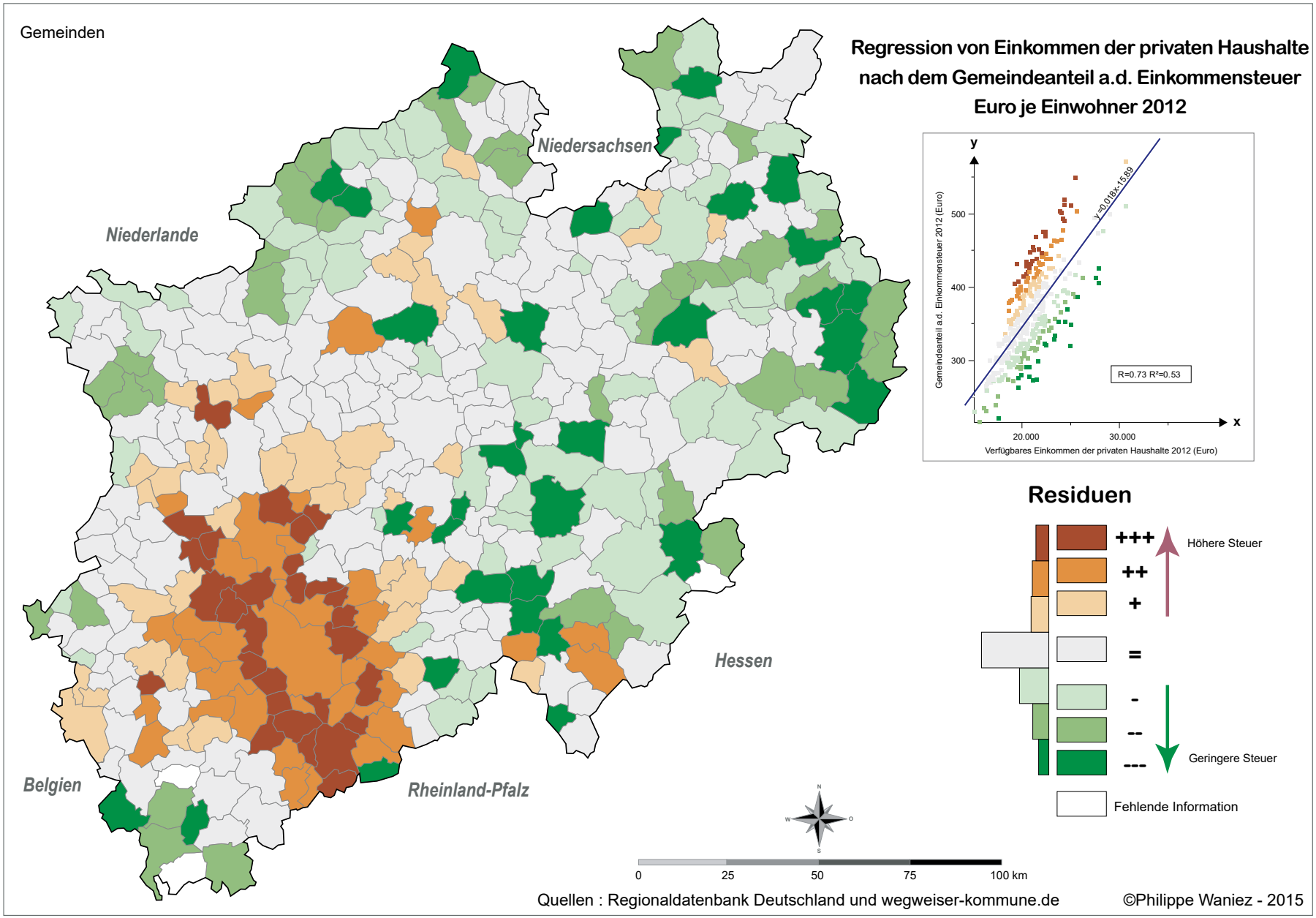
Das heißt, die Höhe der Steuer in einer Kommune, hängt gleichzeitig von der Verteilung der Einkommen und von den sozioökonomischen Besonderheiten der Steuerzahler ab. Aus dem gleichhohen durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen erhalten einige Kommunen höhere Steuererträge als andere. Dies ist genau das, was Regressionsresiduum ausdrückt.

Dieselben Überlegungen kann man für die Kommunen in NRW anwenden. Die Rheinachse von Bonn bis Düsseldorf, zeigt hohe Werte (Karte 8C), vor allem an dem rechten Flussufer, wo bereits auf der Karte der Einkommen eine Ausrichtung von Kommunen mit hohem Einkommen beobachtet werden konnte. In Westfalen, wo die Einkommen der Haushalte oft beträchtlich sind, erscheint eine niedrigere Steuer, die von den Bewohnern bezahlt wird. Dieselbe Feststellung kann für das Sauerland gemacht werden. Das Verhältnis zwischen dem Einkommen pro Einwohner und der Einkommenssteuer ist etwas niedriger als für Deutschland, R^2 = 0,53, aber ihre Form ist ähnlich.

Die Karte der Regressionsresiduen (**Karte 10**) ermöglicht, die charakterisierte Region mit positiven Residuen zu identifizieren. Sie enthält die drei Kerne der Rheinachse mit Bonn, Köln und Düsseldorf sowie die angrenzenden Kommunen, die überwiegend noch höhere Residuen anschlagen. Dieser Teil vom Herzen des Landes wird also durch einen höheren Wert in der Einkommensteuer gekennzeichnet, als es der Durchschnitt der Einkommen denken ließe. Das Ruhrgebiet ist geteilt zwischen einigen Kommunen mit etwas erhöhten positiven Residuen (Mülheim an der Ruhr, Essen, Bochum, Velbert und Hattingen), und dem restlichen Gebiet, in dem die Einkommensteuer dem Einkommen entspricht (neutrales Residuum, das nahe der Regression ist). Die meisten anderen Städte in NRW sind in dieser neutralen Situation, mit Ausnahme von Aachen mit einem schwach positiven Residuum und Bielefeld mit einem leicht negativen. Die Lokalisierung der negativen Residuen erscheint weniger gut strukturiert wie die positiven Residuen. Sie betreffen vor allem Westfalen, den Teutoburger Wald, das Sauerland und Siegerland. In der Regel sind es meist die ländlichen Kommunen.

Die Realsteuern

Realsteuern setzen sich aus Grundsteuer-A, Grundsteuer-B und der Gewerbesteuer zusammen. Die Erträge dieser Steuern für ganz Deutschland unterscheiden sich erheblich: im Jahr 2013 erreichte die Grundsteuer-A 0,37 Milliarden Euro, die Grundsteuer-B 11,98 Milliarden Euro. und die Gewerbesteuer 43,04 Milliarden Euro. Mit anderen Worten stellt allein die Gewerbesteuer 77,7% aller Realsteuern.


Gemeinden
Regression von Einkommen der privaten Haushalte nach dem Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer Euro je Einwohner 2012
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
y
x
Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer 2012 (Euro)
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2012 (Euro)
y=0.018x-15.89
R=0.73 R²=0.53
500
400
300
20.000
30.000
Residuen
+++
++
+
=
-
--

Höhere Steuer
Geringere Steuer
Fehlende Information
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quellen : Regionaldatenbank Deutschland und wegweiser-kommune.de
©Philippe Waniez - 2015

Karte 10

Vor der Kartenerstellung über die Realsteuer, ist es interessant, die Steuerbemessungsgrundlage genauer darzulegen. Die Grundsteuer „ist in Deutschland eine Steuer auf das Eigentum an Grundstücken und deren Bebauung. Man unterscheidet zwischen Grundsteuer-A (agrarisch - für Grundstücke der Land- und Forstwirtschaft) und Grundsteuer-B (baulich - für bebaute oder bebaubare Grundstücke und Gebäude). Der Einheitswert wird mit der Grundsteuermesszahl und mit dem von der Gemeinde festgesetzten Hebesatz multipliziert. Der Hebesatz wird durch Beschluss des Gemeinderates festgelegt“ (10).

Die Berechnung der Grundsteuer wird in drei Stufen durchgeführt:
1.Der Steuerzahler füllt eine Erklärung bezüglich seines Eigentums aus und gibt sie an das Finanzamt weiter, das den Grundsteuermessbetrag festlegt. Er basiert auf dem Einheitswert der einzelnen Eigenschaften (Boden-, Gebäude- und Außenanlagenwert) multipliziert mit einer variablen Grundsteuermesszahl je nach Art des Eigentums (beispielsweise 2,6‰ bei Einfamilienhäusern für die ersten 38.346,89€ des Einheitswerts in den alten Bundesländer) (11).

2.Die Grundsteuer wird mit einem Hebesatz berechnet. „Die Städte und Gemeinden wiederum legen jährlich in einem Ratsbeschluss einen sogenannten Hebesatz fest“ (12). „Der Hebesatz für die Grundsteuer bewegt sich meist zwischen 250%-350% bei der Grundsteuer-A und zwischen 250%-400% bei der Grundsteuer-B“ (14).

3.Entsprechend des Eigentumstyps wird der Grundsteuermessbetrag mit dem Hebesatz der Grundsteuer-A oder-B der Kommune multipliziert, in der sich das Eigentum befindet, daraus ergibt sich dann der Grundsteuerbetrag A oder B.

Die Gewerbesteuer „ist eine der ältesten Steuerarten (1936) und zudem die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden“ (6). „Besteuert werden gewerbliche Unternehmen im Sinne des Einkommensteuerrechts, also gewerblich tätige Einzelunternehmen und Personengesellschaften. Freiberufliche oder andere nichtgewerbliche selbständige Tätigkeiten unterliegen nicht der Gewerbesteuer. Eine Kapitalgesellschaft ist ein Gewerbebetrieb kraft Rechtsform und unterliegt immer der Gewerbesteuer. Land- und Forstwirtschaftliche Betriebe werden nur besteuert, wenn sie im Handelsregister eingetragen sind oder der Umsatz, der mit gewerblichen Dienstleistungen erzielt wird, 5.000€ übersteigt. Für natürliche Personen und Personengesellschaften ist ein Freibetrag von 24.500€ zu berücksichtigen“ (13).

Die Berechnung der Gewerbesteuer wird ebenfalls in drei Stufen durchgeführt:
1.„Die Berechnung der Gewerbesteuer erfolgt auf Basis des Gewerbeertrages. Die Grundlage bildet dabei der Gewinn eines Unternehmens nach Einkommenssteuergesetz oder Körperschaftssteuergesetz. Auf diesen Gewinn werden etwaige Hinzurechnungen und Kürzungen vorgenommen. Nach diesen Korrekturen wird der Gewerbesteuermessbetrag ermittelt. Dieser berechnet sich aus dem Gewerbeertrag mit Hinzurechnungen und Kürzungen multipliziert mit der Gewerbesteuersteuermesszahl, die auf 3,5% festgesetzt ist“ (14).

2.Wie für die Grundsteuern: „die Städte und Gemeinden wiederum legen jährlich in einem Ratsbeschluss einen Hebesatz fest. Der Gewerbesteuerhebesatz muss mindestens 200% betragen“. Bei der Mehrheit der Kommunen „liegen die Hebesätze für die Gewerbesteuer zwischen 250% und 400%“ (15).

3.Der Gewerbesteuermessbetrag wird mit dem Hebesatz für Gewerbesteuer von der Kommune in dem der Sitz des Unternehmens liegt multipliziert und daraus erhält man dann den Betrag der Gewerbesteuer.

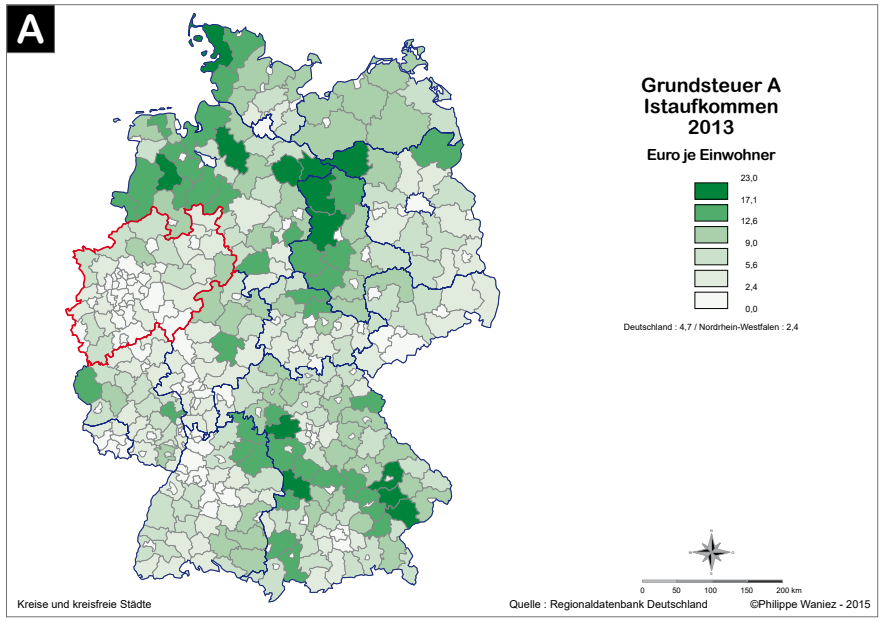
Für jede dieser drei Steuern enthalten die statistischen Daten in den jeweiligen Gemeinden drei Komponenten bezüglich der Realsteuern: Der Grundbetrag ist die Summe des Steuermessbetrags, der von der Gemeinde berechnet wird. Der Hebesatz wird durch den Gemeinderat verabschiedet und die Höhe der Steuer, die als Istaufkommen bezeichnet wird, errechnet sich aus der Multiplikation des Grundbetrags mit dem Hebesatz. Um diese Daten auf dem Niveau der Kreise herzustellen, berechnet man die Summe der Grundbeträge von den Kommunen jeden Kreises. Der Hebesatz von dem Kreis ist der gewichtete Durchschnitt der Grundbeträge aus den Hebesätzen der Kommunen jedes Kreises.

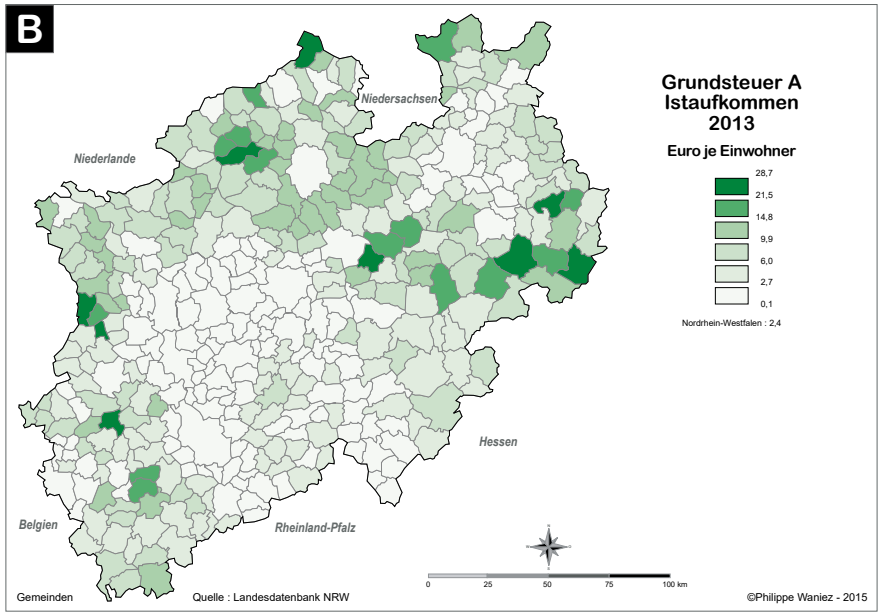
Der Wert des Grundsteuer-Istaufkommens-A-und-B spiegelt den Vermögenswert von Grundstücken und Immobilien jeder Gemeinde wieder. Auch der Wert von der Gewerbesteuer steht in Verbindung mit der Wirtschaftsleistung der Unternehmer. In allen Fällen spiegelt es jedoch kein realistisches Bild der Sachen wieder, weil es von verschiedenen Parametern beeinflusst ist; zuerst die Berechnung der Steuermessbeträge selbst und dann durch die Hebesätze. Um das Veranlagungsniveau für diese drei Steuern zu vergleichen, kann man ihre Istaufkommen pro Einwohner berechnen. Dann ist es möglich eine Kartografie, entweder im Rahmen der Gemeinden und Kreisfreien Städte einzurichten (für NRW), oder im Rahmen der Kreise und kreisfreie Städte (für Gesamtdeutschland).

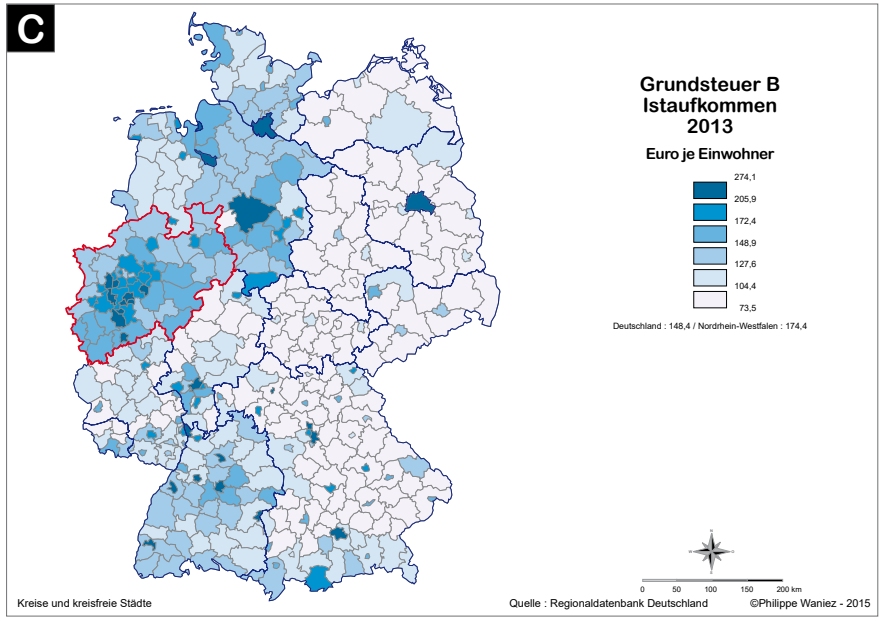
Die Grundsteuer-A „Agrarisch“

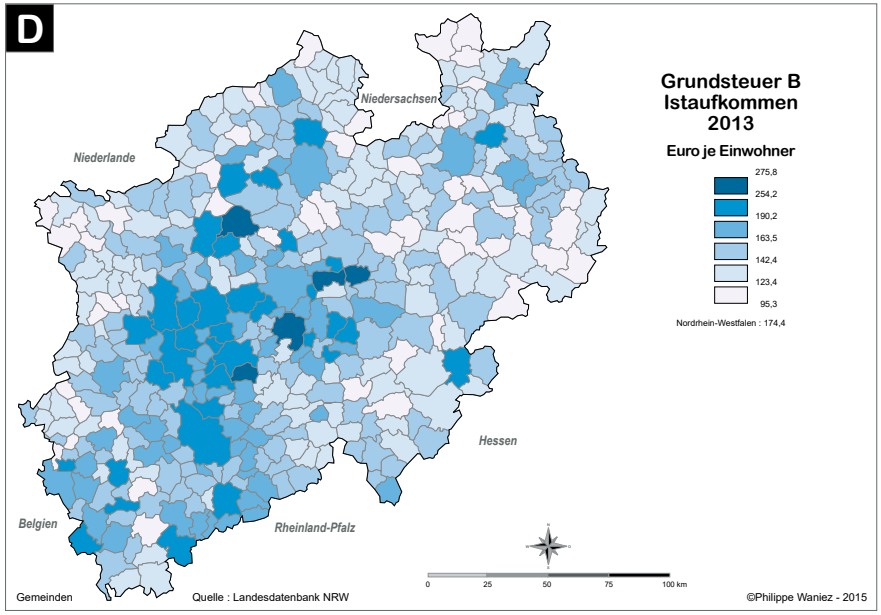
Das Grundsteuer-A-Istaufkommen (Agrarisch) basiert auf dem Wert des Bodens. Zahlreiche Faktoren erklären die örtlichen und regionalen Unterschiede des Preises für landwirtschaftlich genutzten Boden. An ersten Stelle stehtder Wert pro Hektar und die Höhe des Einkommen der Landwirte, welches die Direktbeihilfen der gemeinsamen Agrarpolitik und die Subventionen für bestimmte Kulturen zur Energieerzeugung einschließt. „Regierungsinstrumente können ebenfalls Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Bodenmärkte haben, wie die Verkäufe der alten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in den neuen Bundesländern“ (16, 17).

Die Werte des Grundsteuer-A-Istaufkommens pro Einwohner variiert zwischen 0,0€ und 23,0€ in den Kreisen. Die hohen Werte gelten vor allem im Westen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, in den meisten Teilen von Sachsen-Anhalt und im Zentrum von Bayern (**Karte 11A**). In den anderen Regionen sind niedrigere Werte ausgewiesen. Dies ist hauptsächlich in den neuen Bundesländern der Fall, in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Dies ist verständlich, wenn man bedenkt, dass der Preis für den landwirtschaftlichen Hektar in den neuen Ländern 2,5mal niedriger ist als in den alten Bundesländern (10.510€ zu 25.189€). (18) Die Werte sind ebenfalls im Süden von Hessen, im nördlichen Baden-Württemberg, im Becken von Nürnberg und München niedrig. Da es sich um städtische Regionen handelt, sind die landwirtschaftlichen Flächen weniger verbreitet und der Wert pro Einwohner wird auf Grund der starken Bevölkerungsdichte nach unten gezogen.


A
Grundsteuer A
Istaufkommen
2013
Euro je Einwohner
23,0
17,1
12,6
9,0
5,6
2,4
0,0
Deutschland : 4,7 / Nordrhein-Westfalen : 2,4
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Grundsteuer A
Istaufkommen
2013
Euro je Einwohner
28,7
21,5
14,8
9,9
6,0
2,7
0,1
Nordrhein-Westfalen : 2,4
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015


C
Grundsteuer B
Istaufkommen
2013
Euro je Einwohner
274,1
205,9
172,4
148,9
127,6
104,4
73,5
Deutschland : 148,4 / Nordrhein-Westfalen : 174,4
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Grundsteuer B
Istaufkommen
2013
Euro je Einwohner
275,8
254,2
190,2
163,5
142,4
123,4
95,3
Nordrhein-Westfalen : 174,4
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015

Karten 11

Das Grundsteuer-A-Istaufkommen pro Einwohner stellt in NRW die Hälfte von dem aus Gesamtdeutschland dar (2,40€ zu 4,70€). Doch der Wert für Ackerland ist in NRW doppelt so hoch wie in ganz Deutschland, 32.427€ je Hektar im Jahr 2013 gegenüber 16.381€ (17). Die sehr niedrigen Werte pro Bewohner auf der Achsen von Rhein und Ruhr erklären sich auch durch die starke Urbanisierung in diesen Gegenden, in denen die landwirtschaftlichen Flächen knapp sind und die Bevölkerungsdichten hoch (**Karte 11B**). Auch wenn der Preis für Grund und Boden gestiegen ist (teilweise auf Grund der relativen Seltenheit), ist das Steueraufkommen pro Einwohner auf diesen Flächen niedrig. Dies gilt auch für die Regionen Aachen-Düren und Bielefeld-Gütersloh-Paderborn-Detmold. Letztlich gibt es nur das Münsterland, den Niederrhein und den Süden des Teutoburger Waldes, wo das Grundsteuer-A-Istaufkommen je Einwohner relativ hoch ausgewiesen wird. Im Jahr 2013 liegt der Preis der landwirtschaftlichen Nutzfläche bei 46.325€ je Hektar im Regierungsbezirk Düsseldorf und bei 47.203€ im Regierungsbezirk Münster. Dies sind Werte, die deutlich über dem von Gesamtdeutschland liegen. Schließlich kann man die niedrigen Werte des Sauerlandes hinterfragen. Sicher handelt es sich hier um eine ländliche Gegend, aber hier beherrscht der Wald den Sektor und der Preis von landwirtschaftlich genutztem Land sinkt hier auf 28.389€ je Hektar im Jahr 2013 in dem Regierungsbezirk von Arnsberg. Zweifellos ist der Wert noch geringer für ein Waldhektar. Der Preis, ändert sich entsprechend des Alters und der Qualität der Bäume und des Abhanges. (Im März 2015, handelte man eine 23 Hektar aufgeforstete Parzelle im Ennepe-Ruhr-Kreis mit ungefähr 11.000€ pro Hektar).

Die Grundsteuer-B „Bau“

Mit Grundsteuer-B (B für Bau) verlassen wir die Welt der Landwirtschaft und widmen uns den Städten und Ballungszentren. Dies wird in der Karte für das Grundsteuer-B-Istaufkommen von Deutschland pro Einwohner gezeigt (**Karte 11C**). In der Tat sind es die kreisfreien Städte, die systematisch die höchsten Werte anzeigen, auch wenn das Land, in dem sie sich befinden, mit mehr oder weniger hohen Werten ausgewiesen ist. In mehreren Ländern sind im Allgemeinen die Werte außerhalb der kreisfreien Städte niedrig. Insbesondere in allen neuen Bundesländern sowie in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz. Hier erscheinen die Städte wie Inseln mit deutlicher Überbewertung. Darüber hinaus sind die in den Landkreisen beobachteten Werte höher als in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. NRW markiert seine Individualität mit einer viel höheren Bewertung von 174,4€ gegenüber 148,4€ für das ganze Land.

Ein anderer Aspekt soll hervorgehoben werden: die Hierarchie der Städte ist klar und dies unabhängig von dem Gesamtniveau des Landes, in dem sie sich befinden. Alle Städte zeigen das höchste Niveau der Besteuerung, mehr als 205€, die durch sehr hohe Preise der Immobilien erklärt werden. Die Liste dieser Städte zeigt, dass es sich um weltweitbekannte Metropolen handelt: Frankfurt (253€ pro Einwohner), Stuttgart (255), Hamburg (246), Bremen (246), Hannover (230), Düsseldorf (225), Nürnberg (221,9), München (218), Köln (210) … Es gibt auch einige wichtige Universitätsstädte: Bonn (228) Ulm (210), Freiburg (209), Mannheim (207).

Schließlich macht Baden-Baden (231) eine Ausnahme, weil es keine große Stadt ist, aber der weltweite Ruf der Kurstadt erklärt vermutlich den hohen Wert des Grundsteuer-B-Istaufkommen pro Einwohner. Im östlichen Deutschland erreichen die Großstädte, abgesehen von Berlin, nicht die höchsten Werte von Deutschland. Leipzig liegt an der Spitze (169), gefolgt von Schwerin (167), Chemnitz (148), Dresden (135) und Magdeburg (132). Diese Werte unterstreichen auch die städtische Hierarchie, aber auf einem niedrigeren Niveau als in den alten Ländern.

In NRW, auf der Rheinachse zwischen Bonn und Duisburg und im südlichen Teil des Ruhrgebiets, sind die Werte des Grundsteuer-B-Istaufkommens pro Einwohner hoch und relativ homogen, zwischen 190€ und 255€ (**Karte 11D**). Zu diesen zwei Komplexen kommen Wuppertal und Solingen hinzu. Andere Städte wie Aachen, Münster, Bielefeld, Minden, Rheine, Detmold, sind unmittelbar unterhalb dieser Kategorie, zwischen 160€ und 190€ pro Einwohner. Einige Städte haben viel höhere Werte, wie Unna und Werl (275), Remscheid (274), Haltern am See (265), Hagen (254). Es handelt sich um Kommunen, die äußerst hohe Hebesätze haben: 769 in Unna, 800 in Werl, 825 in Haltern am See und 750 in Hagen. Für diese Stadtverwaltungen geht es darum, mit höheren Steuereinnahmen den finanziellen Schwierigkeiten zu trotzen, was gerichtliche Auseinandersetzung mit den Bewohnern provoziert (19).

Im Allgemeinen werden die ländlichen Gebiete durch niedrigere Durchschnittswerte des Landes gekennzeichnet, wie im Fall vom Sauerland, dem Teutoburger Wald, Münsterland und Niederrhein. Man findet hier eine Hierarchie der Räume wieder, die schon mit anderen Themen gesehen wurden: Das Herz des Landes, gebildet von der Rhein-Ruhr-Achse und gekennzeichnet durch eine starke Aufwertung des Immobiliengeschäftes; die Städte, die die anderen Teile des Landes polarisieren, mit einer weniger starken Bewertung und dem ländlichen Raum mit einer schwächeren Bewertung. In dieser Ordnung erscheinen mehrere Kommunen der Nordhälfte des Ruhrgebiets wie abgewertet: Bottrop, Gelsenkirchen, Herten, Herne, Castrop-Rauxel, und sogar in einem kleineren Maß, Dortmund (177€).

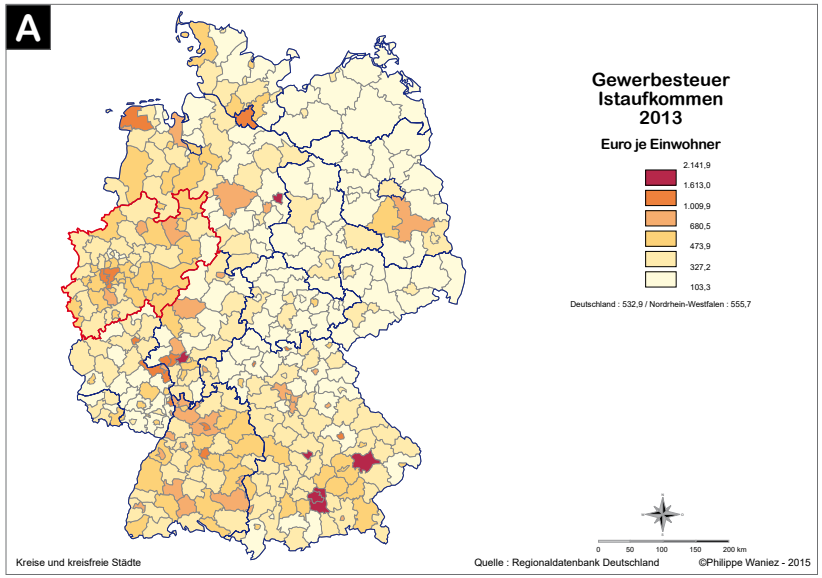
Die Gewerbesteuer

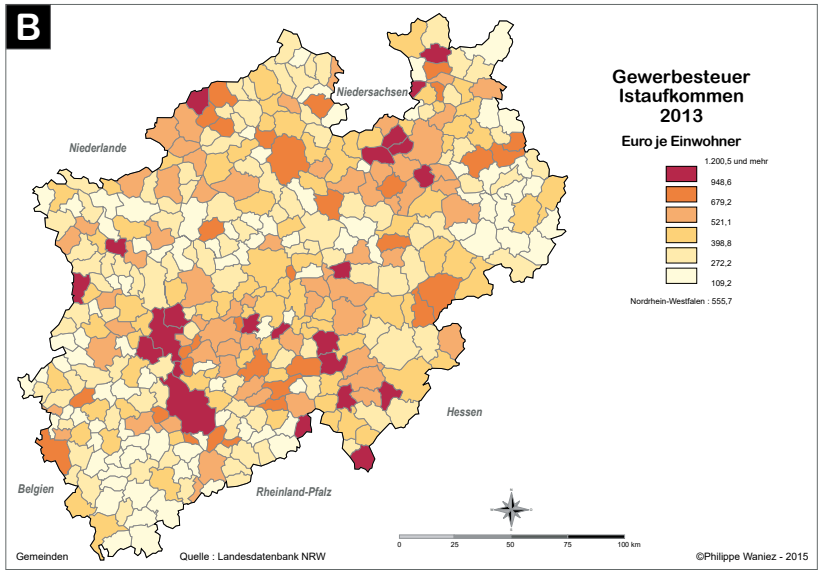
Diese Steuer betrifft die Gewinne aus den Gewerbebetrieben. Die Bemessungsgrundlage ist der Gewinn, dem bestimmte Beträge hinzugerechnet und abgezogen werden. Von diesem Betrag wird ein Freibetrag entsprechend der Gesellschaftsform abgezogen. Man kann davon ausgehen, dass es sich hier um einen Indikator in Verbindung mit den wirtschaftlichen Leistungen der finanziellen und kommerziellen, industriellen Tätigkeiten handelt.

Es ist das Gewerbesteuer-Istaufkommen pro Einwohner, das auf der Karte von Deutschland gezeigt wird (**Karte 12A**). Man beobachtet auf dieser Karte eine Konzentration dieser Steuer in einigen Punkten des Landes und an erster Stelle in einigen großen Metropolen: Hamburg (aber nicht Bremen), Düsseldorf, Frankfurt, Wiesbaden, Mainz, Stuttgart und München. Die Region von Hannover erreicht nur 703€ pro Einwohner im Durchschnitt, aber diese Zahl verbirgt viel höhere Werte in einigen Kommunen: 1.104€ (Jahr 2012) in der Stadt Hannover selbst, 617€ in Burgwedel und vor allen1.314€ in Langenhagen, wo sich der Flughafen befindet. Es handelt sich um die Liste der wirtschaftlichen Hauptzentren von Deutschland. Keine Stadt aus den neuen Ländern gehört dazu. Zu der Liste der Städte mit hohen

Gewinnen, fügt sich eine zweite Liste, die die Macht der deutschen Industrie, vor allem die Automobilindustrie zum Ausdruck bringt: Wolfsburg mit Sitz des Volkswagen-Konzerns (1.864€ pro Einwohner, fast das Vierfache des deutschen Durchschnitts), Ingolstadt, Audi-Zentrale (2.000€), Dingolfing-Landau, Stammwerk der BMW Gruppe (1.761€), Ludwigshafen BASF-Zentrale (1.035€) Heilbronn mit Unilever-Knorr (1.056€).

Neben diesen festen Punkten höchster Werte des Gewerbesteuer-Istaufkommens werden einige Bereiche mit gleichhohen oder höheren Werten als der nationale Durchschnitt beobachtet. So präsentiert sich Baden-Württemberg wie eine Konstellation von Kreisen mit einem Steuerniveau zwischen 500€ und 800€ pro Einwohner. Das erklärt sich durch die Existenz einer aktiven und innovativen Industrie (Holznutzung, Mechanik, Optik, Pharmazie…). Dieselben Feststellungen können für NRW gemacht werden (**Karte 12B**). Außerhalb der dominierenden Einheit von Köln, Düsseldorf, Neuss und Ratingen, gibt es viele Gemeinden, in denen das Gewerbesteuer-Istaufkommen nahe oder über dem Durchschnitt des Landes liegen (556€ pro Einwohner), beginnend mit Münster (847) und Aachen (738), die damit ihre Bedeutung in der Wirtschaft des Landes NRW bestätigen. Dann findet man Remscheid (626) und Solingen (606) sowie Wuppertal (550) gefolgt von Essen (549) und Mönchengladbach (531). Das Dreieck Bielefeld, Gütersloh, Paderborn im Norden des Landes bildet ein zusammenhängendes geografisches Gebiet, das von Detmold ergänzt wird. Im Allgemeinen weist sich Westfalen durch gleichhohe oder höhere Durchschnittswerte des Landes aus. Im Gegensatz dazu ist fast das ganze Ruhrgebiet (außer Essen) unter dem Durchschnitt platziert.





Zum Beispiel erreicht Bottrop keine 250€, ebenfalls Herne und Castrop-Rauxel. Auch wenn das Sauerland nicht in einer deprimierten Position erscheint, so ist dies im Südosten vom Teutoburger Wald und der Eifel der Fall, die mit sehr niedrigen Werten in dem Bereich zwischen nur 110€ und 250€ angezeigt werden.

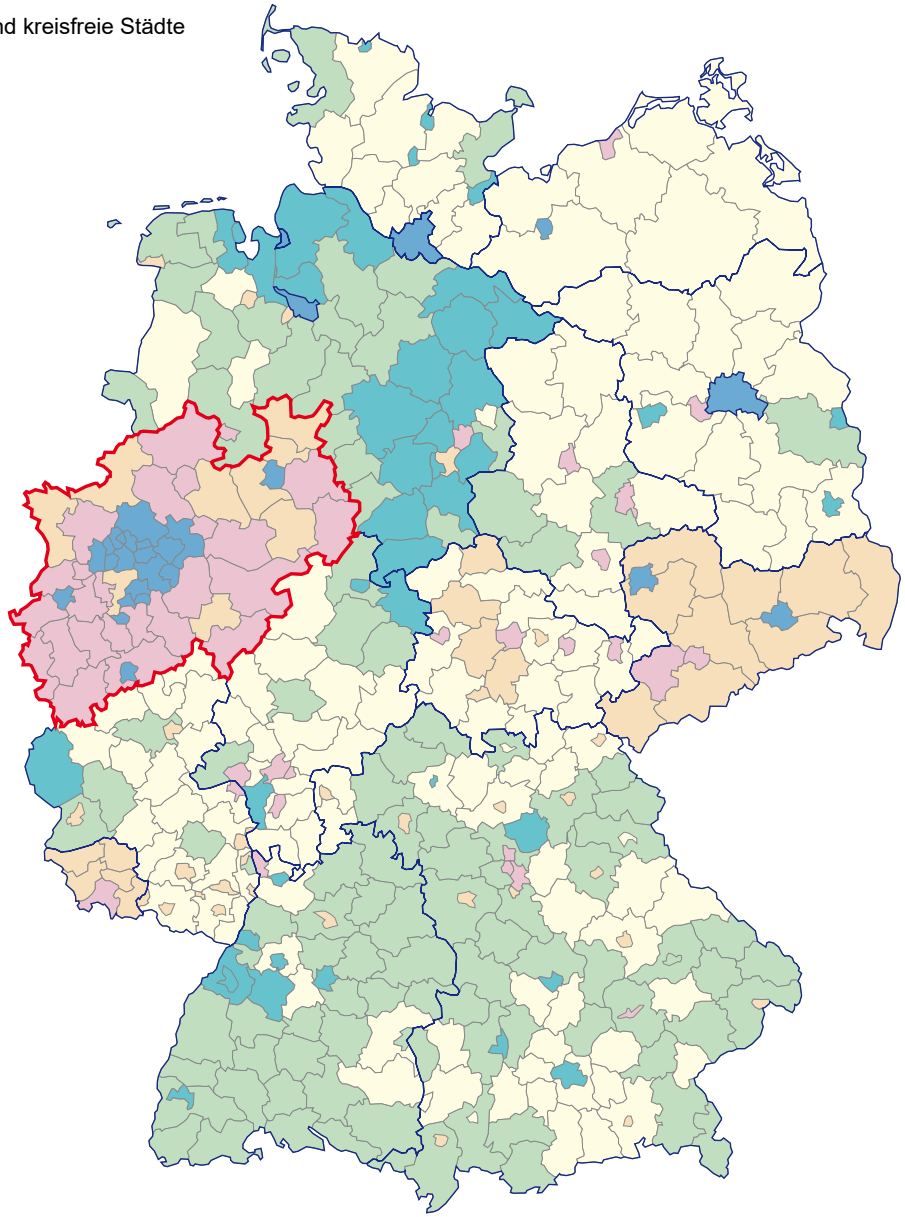
Die Hebesätze

Die Hebesätze sind das Mittel, mit dem eine Kommune jedes Jahr den Betrag der Realsteuer modulieren kann, der von den Einwohnern und den Unternehmen gefordert wird. Entsprechend ihren Entwicklungsprojekten, aber auch den Belastungen denen sie gegenüberstehen, können die Gemeinden durch eine Entscheidung des Gemeinderats beschließen, die Abgabenbelastung auf die ein oder andere Realsteuer zu erhöhen oder zu senken oder sogar auf alle Realsteuern gleichzeitig. Für Grundsteuer-B, zum Beispiel, kann die Höhe des Hebesatzes Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung (durch Zuzug bzw. Wegzug) haben. Das gleiche gilt für die Gewerbesteuer, „wählt die Gemeinde einen höheren Hebesatz, so vergrößert sie ihre Steuereinnahmen, allerdings besteht die Gefahr, dass sie als Gewerbestandort für potentielle Investoren unattraktiv wird“ (15). „Mit dem Gewerbesteuerhebesatz konkurrieren die Gemeinden um die Standortwahl der Unternehmen. Als Standort sollten Sie also eine Gemeinde mit möglichst niedrigen Hebesätzen auswählen“ (21) Mit den drei Hebesätzen der Realsteuern gibt es drei Stellhebel, die die Kommunen betätigen können, um zugleich ihr Einkommen zu maximieren aber auch ihre Wirtschaftsentwicklung zu begünstigen.

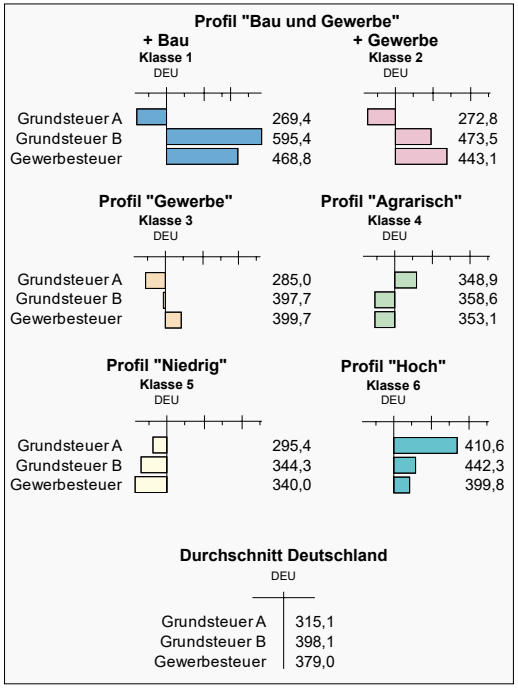
Die Karten der einzelnen Hebesätze pro Gemeinde und für ganz Deutschland im Jahr 2011 sind in der in (6) angegebenen Quelle erhältlich. Hier versuchen wir, die Werte der drei Hebesätze gleichzeitig zu analysieren. Die hierarchisch aufsteigende Klassifikation (AHC) ermöglicht, die verschiedenen Typen der Kombinationen von Hebesätzen in jedem Kreise zu präzisieren. Dabei handelt es sich hier um den Durchschnitt der Hebesätze des Kreises, kreisfreie Stadt oder der Gemeinde. Jede Klassennummer entspricht einem Profil, das die Unterbesteuerung oder die Überbesteuerung für jede der drei Steuern im Vergleich zum Durchschnitt der Hebesätze von Deutschland sichtbar macht. Diese Differenz wird durch die Streuung der einzelnen Steuer-Hebesätze (Standardabweichungen) gemessen.

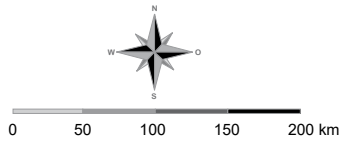
Die Klassifikation der Hebesätze für alle Kreise und kreisfreien Städte von Deutschland erfordert eine Deutung in sechs Klassen. Die Klassen 1 und 2 werden durch ein hohes Niveau der Hebesätze auf Grundsteuer-B und Gewerbesteuer im Vergleich zum Durchschnitt von Deutschland definiert (**Karte 13**). In der Klasse 1, sind es die Hebesätze der Grundsteuer-B, die eine Überbesteuerung im Vergleich zum nationalen Durchschnitt haben, während es für die Klasse 2 die der Gewerbesteuer sind; wohl wissend, dass das Niveau der Überbesteuerung durchschnittlich in der Klasse 1 höher ist als in Klasse 2. Die Karte der Klasse 1 kennzeichnet viele städtische Gebiete (jedoch nicht alle städtische Gebiete), in denen Wohnimmobilien und Gewinne aus wirtschaftlichen Aktivitäten stark versteuert sind. Dies sind einige der wichtigsten Städte des Landes: Hamburg, Bremen, Berlin, Dresden und Leipzig; angeschlossen vom Ruhrgebiet als Ganzes, die Drei Bergischen (Wuppertal, Solingen, Remscheid), Bonn, Mönchengladbach, Bielefeld und Schwerin. Die Gruppierung dieser Klasse in NRW ist bemerkenswert.

Kreise und kreisfreie Städte



Realsteuern - Hebesätze
Klassifizierung
2013





Quelle : Regionaldatenbank Deutschland

©Philippe Waniez - 2015

Karte 13

Die Klasse 2 betrifft auch NRW. Sie wird auch in vielen anderen Städten im Westen gefunden: Frankfurt am Main, Wiesbaden und Mainz, Darmstadt, Saarbrücken, Mannheim, Nürnberg, Braunschweig; im Osten, Erfurt, Jena, Gera, Zwickau, Chemnitz, Halle, Dessau, Magdeburg, Potsdam und Rostock.

Mit der Klasse 3, drängt sich der Hebesatz der Gewerbesteuer in den Vordergrund, während der von der Grundsteuer-A schwach ist und der von der Grundsteuer-B dem Durchschnitt des Landes nahe ist. Diese Kategorie umfasst viele Landkreise von Sachsen und Thüringen, die meisten landwirtschaftlichen Kreise von NRW und im zweiten Rang eine Reihe von Städten, wie Salzgitter, Regensburg, Bamberg und Bayreuth, Oldenburg und Emden, Koblenz und Kaiserslautern... Auf der geografischen Karte erscheint diese Klasse nicht homogen (es ist eine Mischung von Städten und Landkreisen), aber das gemeinsame Merkmal in allen diesen Kreisen oder kreisfreien Städte besteht in einer stärkeren Besteuerung der Unternehmen wegen der bebauten Gelände und die Unterbesteuerung der forst- oder landwirtschaftlich genutzten Erde.

Die Klasse 4 charakterisiert die Kommunen der Kreise, die einen Großteil ihrer Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft beziehen. Dies sind im Wesentlichen Landkreise in Bayern, Baden-Württemberg und im Westen von Niedersachsen. Man findet sie ebenfalls im Norden von Hessen, in Sachsen-Anhalt, in Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz.

Die zwei letzten Klassen haben eine gegensätzliche Bedeutung: Die Klasse 5 betrifft Kreise in denen die drei Typen von Hebesätze im Allgemeinen unter dem nationalen Durchschnitt liegen, also in der Unterbesteuerung. Diese Klasse gibt es von Schleswig-Holstein bis Rheinland-Pfalz und in großen Teilen der neuen Länder, mit Ausnahme ihrer Städte. Dies sind hauptsächlich ländliche Regionen. In Bayern ist vor allem Oberbayern betroffen, um München herum. Mit der Klasse 6 sind die drei Arten von Hebesätze in der Regel höher als der nationale Durchschnitt, mit einer starken Überbesteuerung für die Grundsteuer-A. Es betrifft vor allem einen Teil der Küste und der östlichen Region von Niedersachsen (einschließlich Hannover). Im Süden des Landes gehören eigenartigerweise vor allem Städte zu dieser Klasse: Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg, Pforzheim, Freiburg, Baden-Baden, in Baden-Württemberg; München, Ingolstadt, Augsburg im Bayern.

Die Beschreibung der Merkmale der Klassen und deren Verteilung auf der Karte zeigen, dass eine geografische Logik in der Kombination aus den Niveaus der Hebesätze existiert. Die erste Logik ist, dass die Städte hohe Werte für Grundsteuer-B und Gewerbesteuer wählen. Aber die Karte zeigt, dass es ein Gefälle zwischen den Klassen 1, 2 und 6 gibt. Die Klasse 1 ist durch eine höhere Besteuerung gekennzeichnet. Die zweite Logik ist, dass die Opposition Stadt / Land abhängig von der Überbesteuerung oder Unterbesteuerung der Grundsteuer-A ist (Klasse 4). Aber nicht alle ländlichen Gebiete sind davon betroffen, wie NRW oder Sachsen (Klasse 3), wo vielmehr die wirtschaftlichen Aktivitäten im Visier stehen. Die endgültige Logik ist, dass alle Überbesteuerungen oder Unterbesteuerungen im Verhältnis zum Durchschnitt des gesamten Landes stehen.

Die Karte zeigt eine große Situationsvielfalt, die zugleich der Dynamik der Wirtschaftstätigkeit und der finanziellen Lage der Kommunen entspricht. Zum Beispiel ist es verwunderlich, Kreise in der Peripherie von München zu sehen, deren

Reichtum bekannt sind, die zu derselben Klasse gehören wie die Mehrheit der ländlichen Kreise in den neuen Länder. Im ersten Fall genügen zweifellos niedrige Hebesätze die kommunalen Ausgaben zu sichern; im zweiten Fall führt die Erhöhung der Hebesätze vielleicht dazu, den gesamten Wirtschaftsentwicklungsversuch im Keim zu ersticken, weil es zum Beispiel die Unternehmen abschreckt sich in dieser Region einzurichten.

Die Klassifizierung der Hebesätze für alle Gemeinden in NRW führte zur Interpretation der sechs Klassen (**Karte 14**). Sie unterscheiden sich zum Teil in den definierten Klassen für Gesamtdeutschland, weil Klassen 4, 5 und 6 nicht in NRW präsent sind. Man findet die bereits beschriebenen Klassen 1 und 2 der Überbesteuerung von Grundsteuer-B und Gewerbesteuer wieder. Zwischen der Karte 13 und der Karten 14, gibt es einige Unterschiede in der Position von Klasse 1, weil sie sehr im Ruhrgebiet konzentriert ist; es fügt sich Iserlohn an, Hemer und Balve, alle drei östlich von Hagen in der nördlichen Hälfte des Märkischen Kreises und Düren sowie einige andere verstreute Städte.

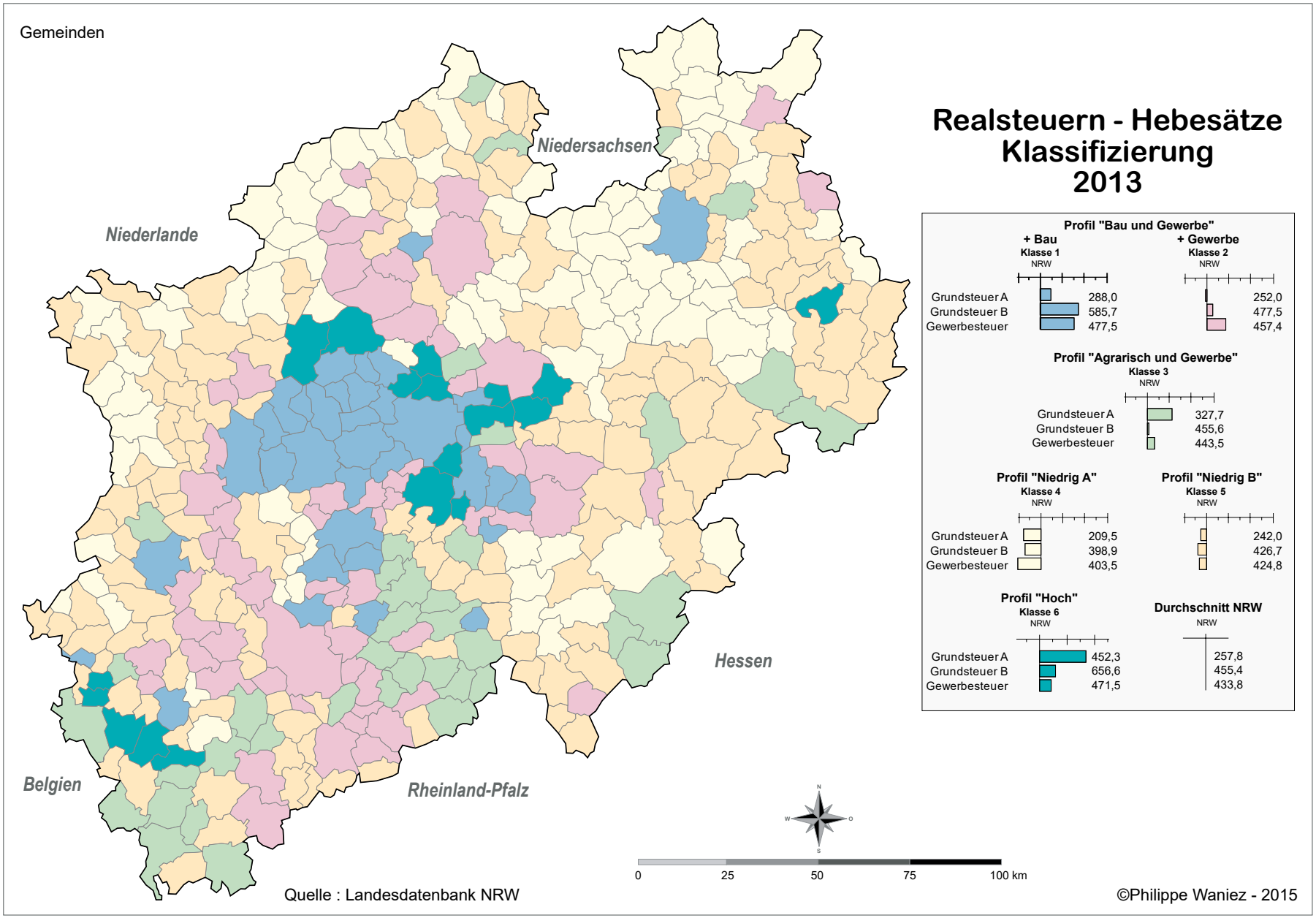
Die Klasse 2, die durch eine starke Übersteuerung der Gewerbesteuer gekennzeichnet ist, erscheint viel seltener in NRW als auf der Karte von Deutschland. Dies spiegelt eine gewisse Diversifizierung in den Gemeindebeständen der Kreise in der Klasse 2 auf der Karte 25 wieder, weil der Durchschnitt der Hebesätze die für die Kreise kalkuliert sind teilweise die kommunalen Differenzen verbirgt. Daraus ergibt sich eindeutig eine Achse die Köln mit Bonn verbindet mit Neuss, Krefeld und Moers und Düsseldorf auslässt. Es gibt noch andere wichtige Städte in dieser Klasse, in Westfalen insbesondere Münster, Minden und Hamm, und eine ganze Reihe von Gemeinden zwischen Köln und Düren.

Mit der Klasse 3 sind die forstwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Flächen des Bergischen Landes, das Sauerland, die Eifel und der Süden Teutoburger Waldes überbesteuert; die Gewerbesteuern sind ebenfalls überbesteuert, aber in einem kleineren Maß.

Zwei Profile der schwachen Hebesätze erscheinen in den Klassen 4 und 5. Sie kommen vor allem in kleinen Landgemeinden vor und bilden mit dieser Tatsache einen mehr oder weniger breiten Gürtel in der Peripherie des Landes. Die Unterbesteuerung (Klasse 4) ist in vielen Städten von Westfalen intensiver, aber auch in einigen Gemeinden des Niederrhein und des Sauerlands. Die Unterbesteuerung erscheint moderater im Teutoburger Wald, Sauerland und im Niederrhein. Vier Städte sind in dieser Klasse, die Landeshauptstadt Düsseldorf, Siegen, Detmold und Rheine.

Schließlich wird die Klasse 6 durch eine allgemeine Überbesteuerung gekennzeichnet, wobei die Grundsteuer-A höher ist als andere. Sie charakterisiert die Bergwerksregion von Stollberg, von Würselen und Alsdorf (Aachener Reviere) und eine große Zahl von Kommunen, die in der nördlichen und östlichen Peripherie des Ruhrgebiets liegen, wie Dorsten, Haltern am See, Selm, Waltrop und Lünen (im Norden von Dortmund), Unna, Werl und Welver (im Süden von Hamm), Schwerte und Nachrodt-Wiblingwerde nahe Hagen.

Auf der Karte von Deutschland beobachtet man eine gewisse Situationsvielfalt, die sich auch in der Dynamik der Wirtschaftstätigkeit und der finanziellen Lage der Kommunen äußern. Man kann sich fragen, ob das starke Übersteuerungsniveau der Grundsteuer-B und der Gewerbesteuer in der Mehrheit der Kommunen des Ruhrgebiets und in den Drei Bergischen von dauerhaften Charakter ist (Klasse 1).


Gemeinden
Niedersachsen
Niederlande
Belgien
Rheinland-Pfalz
Hessen
Realsteuern - Hebesätze
Klassifizierung
2013
Profil "Bau und Gewerbe"
+ Bau
Klasse 1
NRW
+ Gewerbe
Klasse 2
NRW
Grundsteuer A 288,0 252,0
Grundsteuer B 585,7 477,5
Gewerbesteuer 477,5 457,4
Profil "Agrarisch und Gewerbe"
Klasse 3
NRW
Grundsteuer A 327,7
Grundsteuer B 455,6
Gewerbesteuer 443,5
Profil "Niedrig A"
Klasse 4
NRW
Profil "Niedrig B"
Klasse 5
NRW
Grundsteuer A 209,5 242,0
Grundsteuer B 398,9 426,7
Gewerbesteuer 403,5 424,8
Profil "Hoch"
Klasse 6
NRW
Durchschnitt NRW
NRW
Grundsteuer A 452,3 257,8
Grundsteuer B 656,6 455,4
Gewerbesteuer 471,5 433,8
N
W
O
S
0 25 50 75 100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015

Karte 14

Ist es sinnvoll auch bei großen Schwierigkeiten der kommunalen Finanzen, eine so hohe Steuerlast aufrecht zu erhalten, in jenen Bereichen, in denen die wirtschaftlichen Tätigkeiten umstrukturiert wird? Riskiert man nicht, dass die Umstellungsbemühungen vorzeitig ins Wanken geraten, wegen einer abschreckenden Steuerpolitik für die Unternehmen?

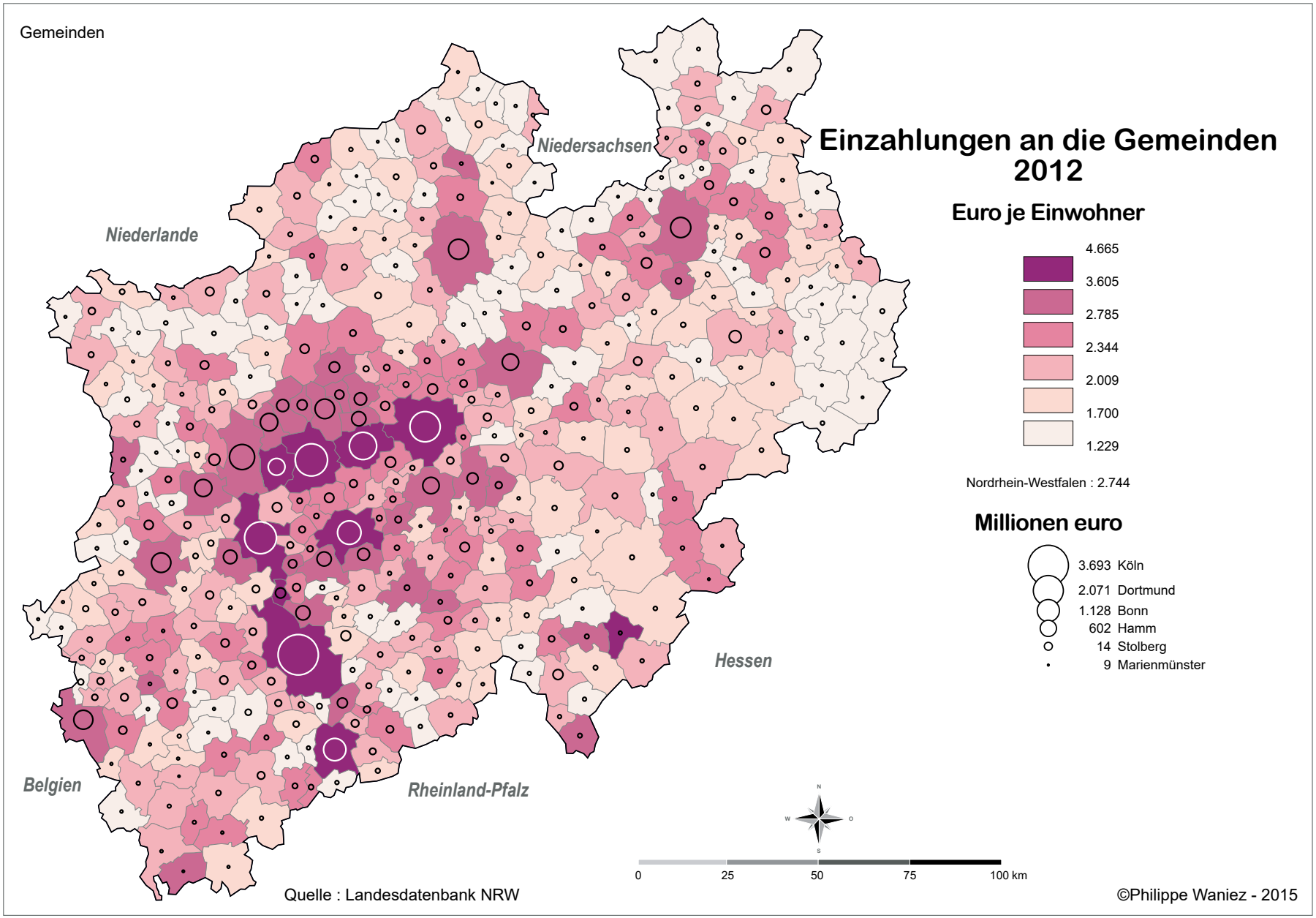
3. Die Einzahlungen an die Gemeinden

Im Jahr 2013 stellte der Gesamtsteuerbetrag im Bundesgebiet 620 Milliarden Euro (23) dar. Die Erhebung dieser Steuern ist folgendermaßen verteilt: 78,9%, auf dem Niveau der Kommunen, 17,6% auf dem Niveau des Bundes, 2,8% auf dem Niveau der Länder und 0,7% durch Zölle. Damit wird belegt, dass die Kommunen ein wichtiges Rädchen für die Erhebung von Steuern in Deutschland sind. Dies bedeutet nicht, dass die Gemeinden alle Steuern, die sie eingenommen haben für sich behalten. Tatsächlich belief sich die Verteilung der kassenmäßigen Steuereinnahmen nach Gebietskörperschaften in 2013 auf 41,9% von dem Gesamtbetrag für den Bund, auf 39,4% für die Länder und auf 13,7% für die Gemeinden (der Rest, d.h. 5,0% von dem Gesamtbetrag gehen an die Europäische Union).

Im Jahr 2012, erreichte die Steuereinnahme des Bundesgebiets 600 Milliarden Euro. 52,9% dieses Betrags ging an die Länder und Gemeinden, das sind 317 Milliarden. Von diesem Gesamtbetrag haben Land, Gemeinden und Gemeindeverbände von NRW 66 Milliarden Euro erhalten. Das entspricht 20,8% der Gesamtsumme bei einer Bevölkerungsdichte von 21,7% von Gesamtdeutschland. Der von den Gemeinden in NRW erhaltene Anteil beträgt 48 Mrd. Euro (73,0%), der Rest geht an die Kreisverwaltungen (6,4 Milliarden, 17,3%) und die drei Verbände des Ruhrgebiets: Landschaftsverband Rheinland (3,5 Milliarden, 5,4%), Landschaftsverband Westfalen-Lippe (2,8 Milliarden, 4,2%) und der Regionalverband Ruhr (RVR 58,3 Mio., 0,1%).

Die Einzahlungsniveaus im Verhältnis zur städtischen Hierachie

Wenn man nur die 48 Milliarden berücksichtigt, die in die Kommunen gehen, erhält man einen Durchschnitt von 2.744€ pro Bewohner im Jahr 2012. Der Medianwert für alle Gemeinden beläuft sich auf 2.029€, was bedeutet, dass die Hälfte der Gemeinden in NRW unter 2.029€ liegen, während die andere Hälfte darüber liegt. Die Karte der Einzahlungen an die Gemeinden unterstreicht die städtische Hierarchie des Landes (**Karte 15**). An der Spitze dieser Hierarchie findet man die wichtigsten kreisfreien Städte, die die zwei Achsen bestimmen. Sie strukturieren das Gebiet: die Rhein- und die Ruhrachse. Auf der Rheinachse sind Bonn, Köln und Düsseldorf deutlich mit Werten zwischen 3.600€ und 3.900€ pro Einwohner ausgewiesen. Auf der Süd-Achse des Ruhrgebietes, gehen hier Dortmund, Bochum, Essen und Mülheim an der Ruhr mit höheren Werten als auf der Rheinachse hervor, wie z.B. 4.665€ in Bochum und 4.171€ in Essen. Nur eine andere Stadt ergänzt die Liste und das ist Wuppertal mit 3.650€. In der Klasse unmittelbar unter der vorherigen gibt es Einzahlungen mit Werten zwischen 2.785€ und 3.605€. Hier strukturieren Münster, Aachen und Bielefeld die Peripherie des Landes. Die nördliche Achse des Ruhrgebiets, von Krefeld und Duisburg bis Recklinghausen gehört ebenfalls zu dieser zweiten Klasse. Ebenso eine andere Achse, die Leverkusen mit Hagen und dann Iserlohn verbindet. Hamm und Mönchengladbach fügen sich dort auch ein.


Gemeinden
Einzahlungen an die Gemeinden 2012
Euro je Einwohner
4.665
3.605
2.785
2.344
2.009
1.700
1.229
Nordrhein-Westfalen : 2.744
Millionen euro
3.693 Köln
2.071 Dortmund
1.128 Bonn
602 Hamm
14 Stolberg
9 Marienmünster
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015

Karte 15

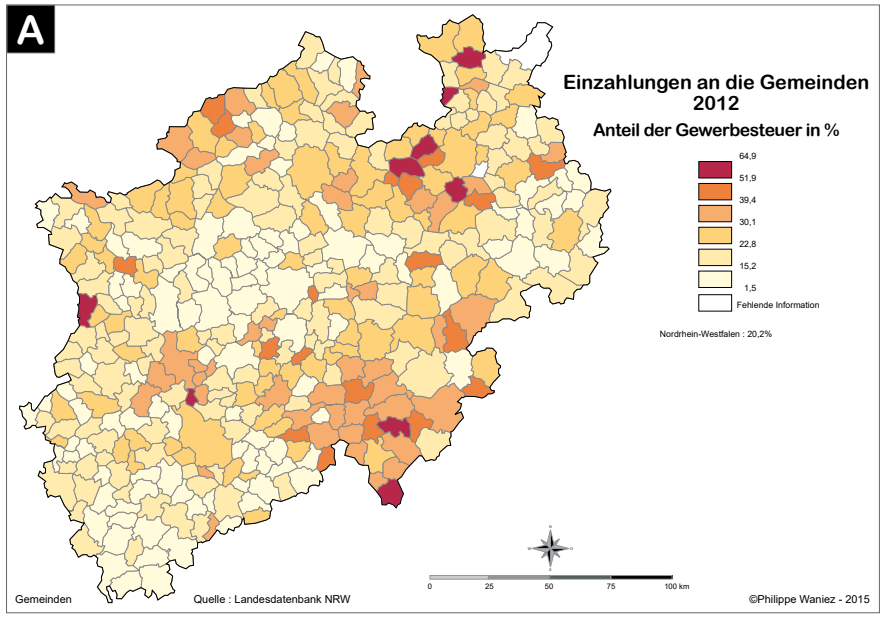
Die dritte Kategorie, mit Werten von 2.344€ bis 2.785€, das heißt größtenteils unter dem Durchschnitt des Landes betreffen dies Kommunen mit kleinerer Größe auf der demografischen Karte, die im Allgemeinen an die vorherigen angrenzen. Dies ist insbesondere der Fall in der Ausrichtung Witten-Hattingen-Haan, die das Ruhrgebiet von den Drei Bergischen abtrennt. Das ist auch bei den Kleinstädten in der Umgebung von Bielefeld der Fall, insbesondere Gütersloh, Detmold und Herford. Die Region Düren-Jülich ist auch in dieser Klasse und anderen Städte an der Peripherie des Ruhrgebiets, wie Dorsten, Haltern am See und Werne. Die folgenden drei Klassen bilden deutlich niedrigere Werte als der Durchschnitt des Landes (1.229-2.344), besonders charakteristisch für kleine Gemeinden vom Niederrhein, Münsterland, Sauerland und Teutoburger Wald.

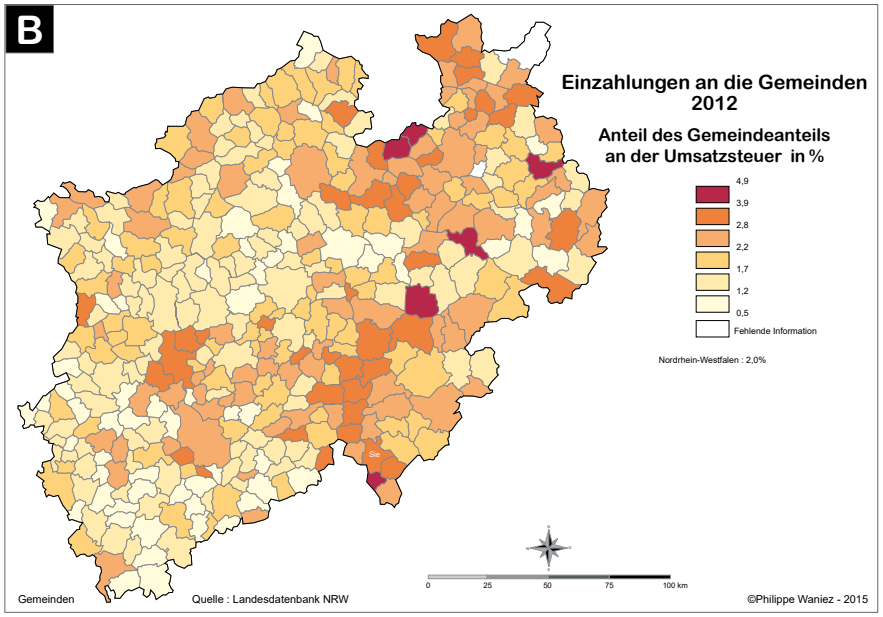
Die Vielfalt der Finanzierungsquellen von den Kommunen

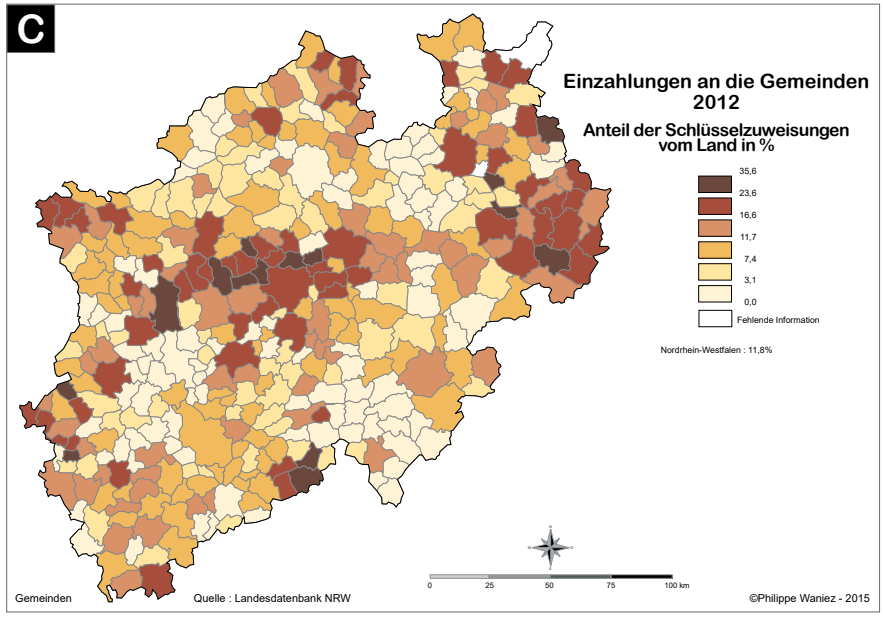
Die Einzahlungen der Gemeinden sind durch die Addition von 126 unterschiedlichen Finanzquellen nach den Werten im Jahr 2012 gebildet und von jeder Kommune der Landesdatenbank NRW mitgeteilt worden. Diese Mittel haben verschiedene Gewichte in der von jeder Kommune erhaltenen Gesamtsumme. Beispielsweise belief sich der Gesamtbetrag in NRW für Hundesteuer auf 91 Mio. Euro, während sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf 6,5 Milliarden Euro oder 14-mal! so viel belief. In Düsseldorf erreicht das Verhältnis 19,5-mal so viel. Hier wird der Beitrag zu den Mitteln der Kommunen aus einigen der wichtigsten Einkommensquellen untersucht.

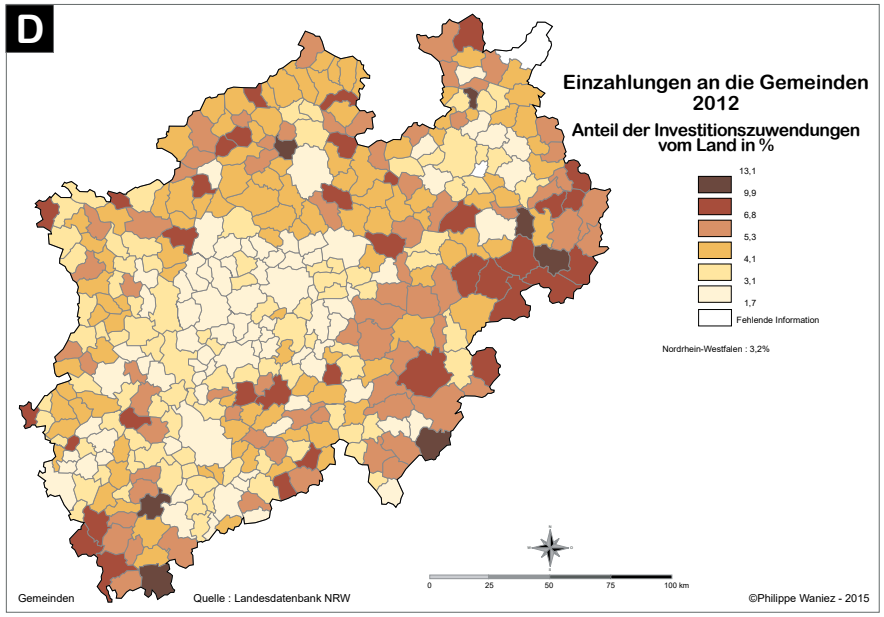
Der Anteil der bezahlten Gewerbesteuer an die Kommunen, beläuft sich auf 20,2% aller Einzahlung in NRW, was für das Land die höchste Einnahmequelle darstellt. In den Gemeinden des südlichen Siegerlandes und Sauerland und in der nördlichen Hälfte des Teutoburger Walds (einschließlich der benachbarten Kommunen von Gütersloh) belegt die Gewerbesteuer den wichtigsten Platz mit oft mehr als 30,0% der gesamten kommunalen Einzahlungen (**Karte 16A**). Unter den großen Städten erreicht nur Düsseldorf dieses Niveau mit 35,3% und einige nahe gelegene Städte wie Neuss. In Köln fällt das Verhältnis auf 23,9%. Die an der Grenze zu den Niederlanden befindlichen Gemeinden zeigen auch einige hohe Prozentsätze. In zahlreichen Gemeinden beträgt die Gewerbesteuer weniger als 15,0% ihrer Einnahmen: das gesamte Ruhrgebiet, der Osten des Teutoburger Walds, die Eifel sowie Aachen und seine Region.

Die Karte mit dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (**Karte 16B**) hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der der Gewerbesteuer. „Seit der Harmonisierung des Steuersystems im Jahr 1967 wird in Deutschland der Ausdruck „Umsatzsteuer“ gleichbedeutend mit Mehrwertsteuer (MwSt.) verwendet“ (26). Das ist nicht ganz richtig, denn diese indirekte Steuer wird auf jede Stufe Verkaufs eines Produkts eingefordert. Nicht nur der Endverbraucher, sondern auch der Verkäufer selbst muss diese Steuer entrichten und mitbezahlen. Die Gemeinden werden seit 1998 mit 2,2% am Aufkommen der Umsatzsteuer beteiligt. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer beträgt nur 1,9% der gesamten durchschnittlichen Einzahlungen an die Gemeinden in NRW. Aber dieser Anteil wird in der Regel größer in Gemeinden in denen der Anteil der Gewerbesteuer ebenfalls hoch ist. Dieses Verhältnis ist logisch, weil es sich um die Kommunen handelt, in denen die Frucht der Besteuerung von Wirtschaftstätigkeiten einen bedeutsamen verfügbaren Teil der Mittel bildet.


A
Einzahlungen an die Gemeinden 2012
Anteil der Gewerbesteuer in %
64,9
51,9
39,4
30,1
22,8
15,2
1,5
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 20,2%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015


B
Einzahlungen an die Gemeinden 2012
Anteil des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer in %
4,9
3,9
2,8
2,2
1,7
1,2
0,5
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 2,0%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015


C
Einzahlungen an die Gemeinden 2012
Anteil der Schlüsselzuweisungen vom Land in %
35,6
23,6
16,6
11,7
7,4
3,1
0,0
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 11,8%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015


D
Einzahlungen an die Gemeinden 2012
Anteil der Investitionszuwendungen vom Land in %
13,1
9,9
6,8
5,3
4,1
3,1
1,7
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 3,2%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015

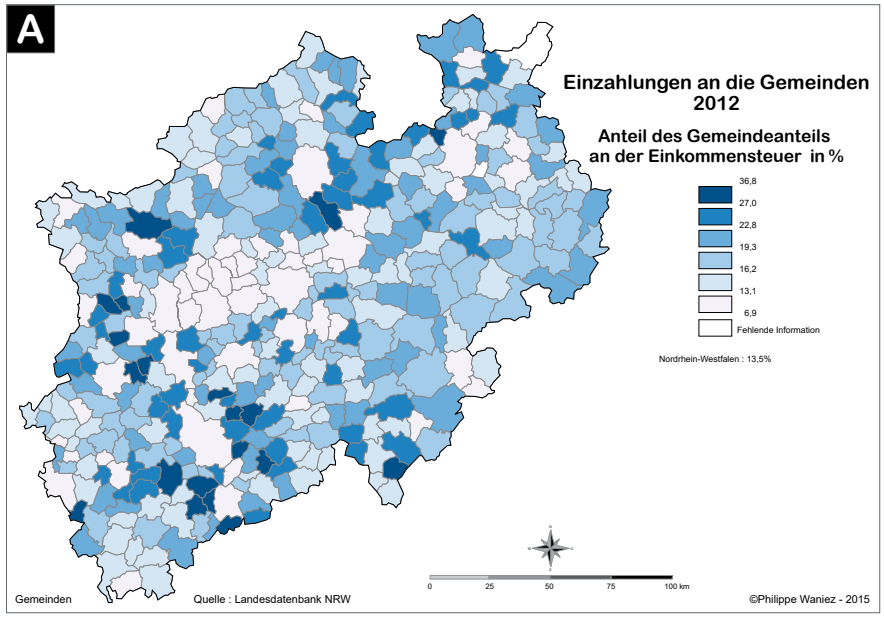
Karten 16

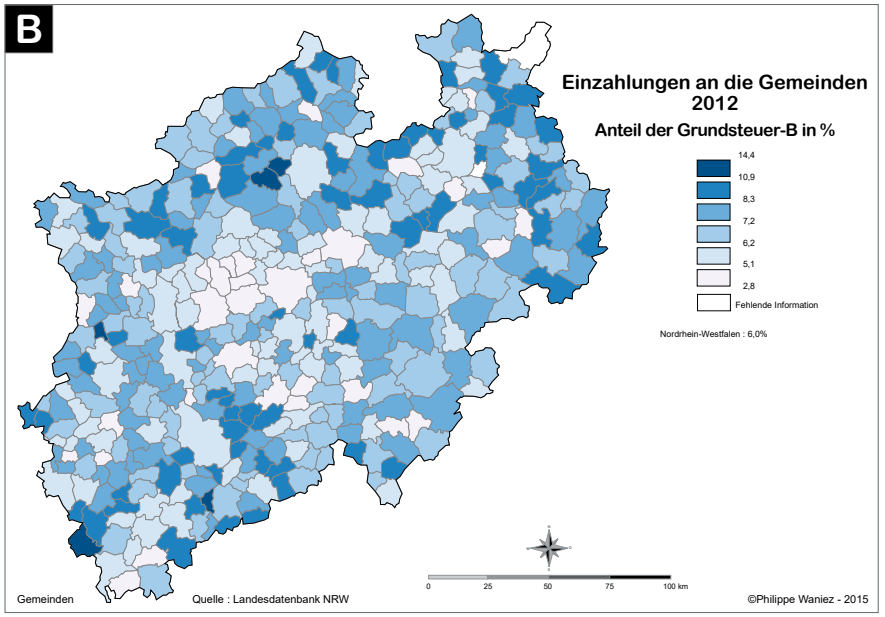
Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist der zweite Beitrag zu den Einzahlungen der Gemeinden in NRW und zwar mit 13,5% der gesamten kommunalen Mittel. Die geografische Verteilung dieses Gemeindeanteils lässt die großen Städte verblassen. Genau genommen sind es die Gemeinden am Rand der Großstädte, die die höchsten Prozentsätze (**Karte 17A**) haben. So beobachtet man deutlich Ringe mit höheren Prozentsätze um die wichtigsten Städte, die sich mit viel niedrigeren Prozenten präsentieren: Bonn, Köln und Düsseldorf am Rhein, aber auch Mönchengladbach, Wesel, Düren, Siegen. Das Ruhrgebiet wird wieder durch die niedrigsten Prozentsätze gekennzeichnet.

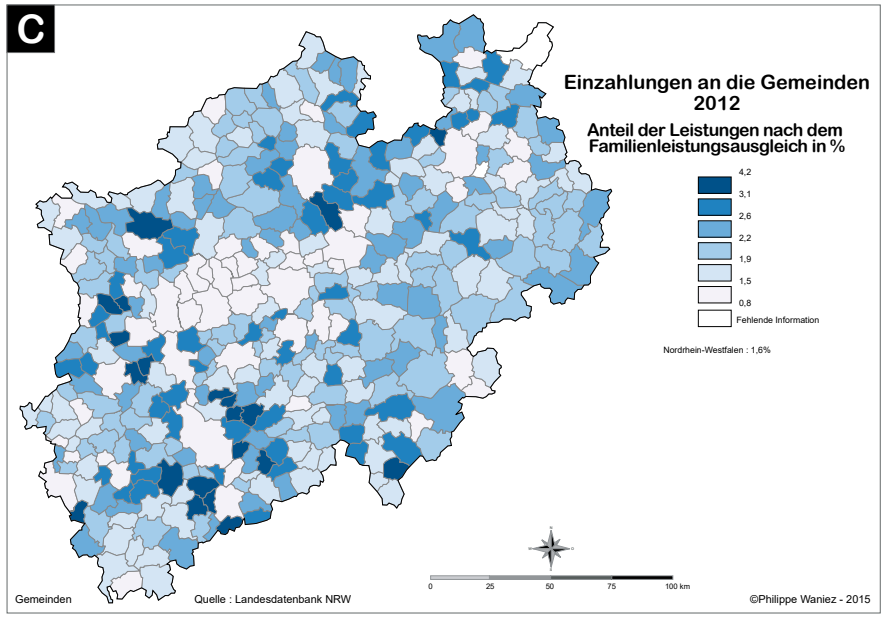
Zwei weitere Einzahlungen präsentieren eine ähnliche geografische Verteilung wie der vom Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Dies sind die Grundsteuer-B (**Karte 17B**) und Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich (**Karte 17C**), wobei letzteres ein wesentliches Element der Familienpolitik darstellt. Für ganz NRW stellen sie jeweils 6,0% und 1,6% der gesamten Einzahlungen dar, aber in den 122 am meisten betroffenen Kommunen übersteigen ihre kumulierten Anteile 10,0%. Wenn man den Gemeindeanteil zu der Einkommensteuer hinzufügt, hängen 82 Kommunen mit einem Drittel ihrer Einzahlungen von diesen drei Mitteln direkt ab. Es handelt sich vor allem um die in der Peripherie der Städte gelegenen Kommunen, deren Mittel zum großen Teil aus ihrer Wohnfunktion herkommen.

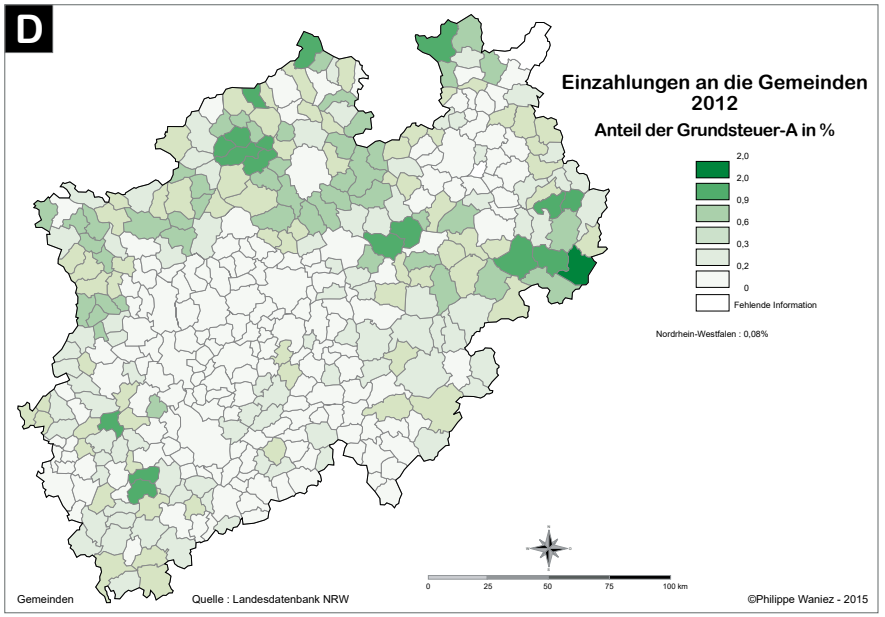
Auf den bisherigen vier Karten ist das Ruhrgebiet immer mit niedrigen Prozentsätzen erschienen. Dies bedeutet, dass, im Vergleich zu anderen Gemeinden in NRW, die Gemeinden vom Ruhrgebiet ihre Finanzierung mit anderen Einzahlungen als der Gewerbesteuer und Einkommenssteuer bestreiten. Ein sehr wichtiges Mittel im Ruhrgebiet und in einigen anderen Teilen von NRW sind die Schlüsselzuweisungen vom Land, die für Gesamt-NRW die dritte Finanzquelle der Kommunen in Höhe von 11,8% insgesamt ausmacht. Es handelt sich um „nicht zweckgebundene staatliche Finanzzuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände (Landkreise) zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs. Ihre Höhe bestimmt sich nach einem in den Finanzausgleichsgesetzen der Länder festgelegten Schlüssel, u. a. nach der Einwohnerzahl“ (24). Die Kommunen des Ruhrgebiets (außer Mülheim an der Ruhr) sind weitgehend von den vom Land übertragenen Mitteln abhängig (**Karte 16C**). In Duisburg beispielsweise sind es mehr als 30,0% der Mittel in der Kommune, die sich aus den Schlüsselzuweisungen vom Land ergeben; im Allgemeinen liegt sein Wert zwischen 20,0% und 25,0%. In Essen und Dortmund, ist die Abhängigkeit geringer, in einer Größenordnung von 13,0%. In Mönchengladbach, Wuppertal, Hagen und Hamm, variiert ihr Anteil von 17,5% bis 19,5%. Weitere Regionen von NRW profitieren von dieser Finanzquelle, es sind die Kreise von Höxter und von Paderborn. Beachtenswert ist, dass 65 Gemeinden nicht diese Mittel verwendeten, insbesondere Münster und Düsseldorf, sowie die am Stadtrand von Gütersloh, Siegen und Olpe gelegenen Gemeinden.

Die Investitionszuwendungen vom Land nehmen nur einen kleinen Stellenwert in der Finanzierung der Kommunen ein: 3,2% von den Einzahlungen die Gemeinden. Aber dieser Anteil ist doppelt so hoch (mindestens 6,4%) in 56 ländlichen Gemeinden, vor allem im Teutoburger Wald, im Sauerland und in der Eifel (**Karte 16D**).


A
Einzahlungen an die Gemeinden 2012
Anteil des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer in %
36,8
27,0
22,8
19,3
16,2
13,1
6,9
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 13,5%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015


B
Einzahlungen an die Gemeinden 2012
Anteil der Grundsteuer-B in %
14,4
10,9
8,3
7,2
6,2
5,1
2,8
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 6,0%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015


C
Einzahlungen an die Gemeinden 2012
Anteil der Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich in %
4,2
3,1
2,6
2,2
1,9
1,5
0,8
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 1,6%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015


D
Einzahlungen an die Gemeinden 2012
Anteil der Grundsteuer-A in %
2,0
2,0
0,9
0,6
0,3
0,2
0
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 0,08%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015

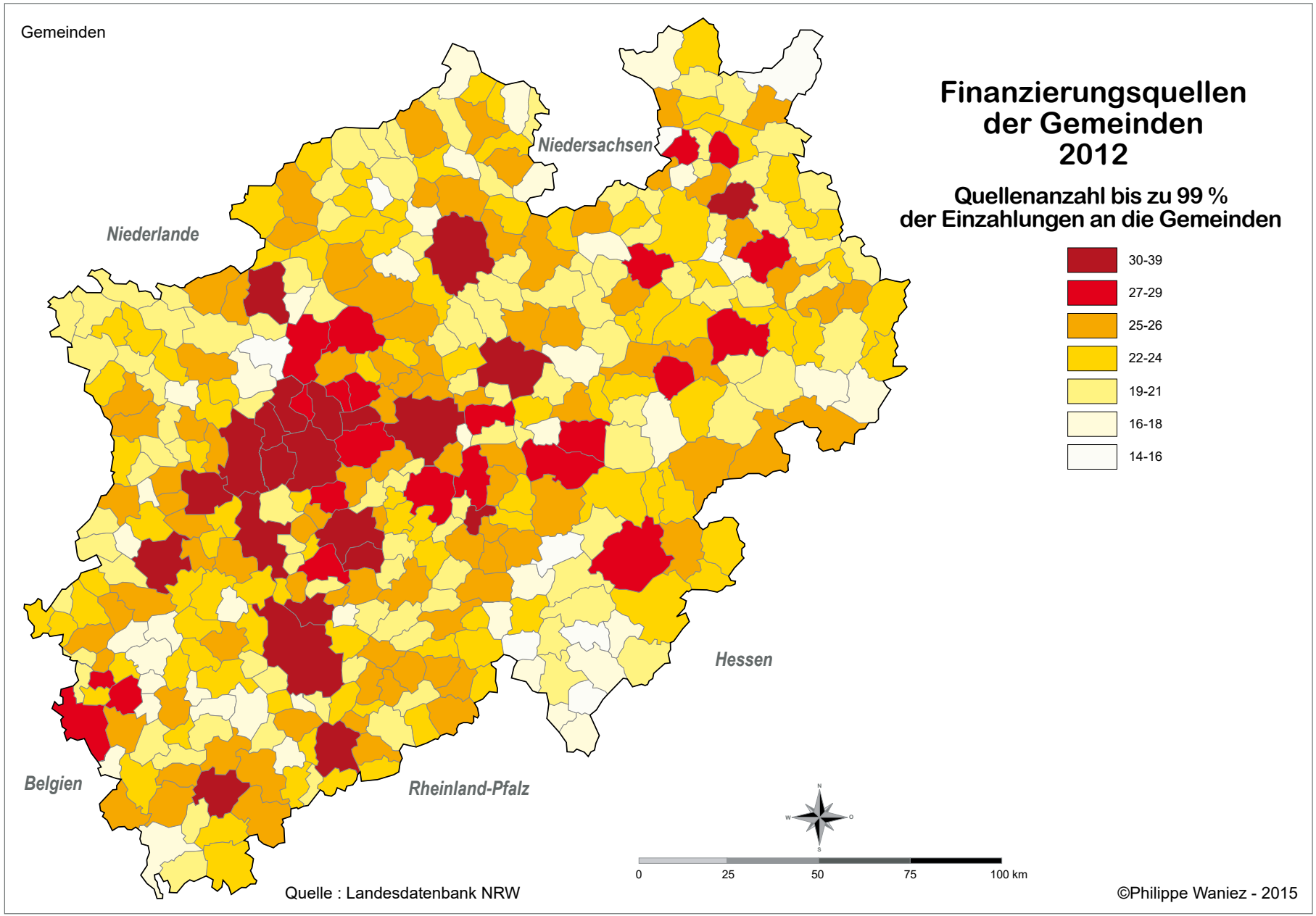
Karten 17

Im Allgemeinen sind es die wenig besiedelten Regionen, die von dieser Investitionsquelle profitieren „zur Erfüllung von Aufgaben, an denen der Staat ein erhebliches Interesse hat, z.B. zur Förderung eines bestimmten wirtschafts-, sozial- oder gesellschaftspolitisch erwünschten Zwecks“ (25). Der Anteil der Investitionszuwendungen vom Land an den Einzahlungen der Kommunen in den städtischen Regionen liegen im Allgemeinen unter 3,0%.

In NRW, liegt das Gewicht der Grundsteuer-A bei den kommunalen Mitteln mit durchschnittlich weniger als 0,1%! Aber in einigen ländlichen Kommunen bleibt sie ein interessantes ergänzendes Mittel, selbst wenn sie für das kommunale Budget nicht entscheidend ist. Natürlich kommt es eher vor, dass die Grundsteuer-A 0,5% beträgt, in den Gebieten, in denen die Landwirtschaft einen bezeichnenden Anteil einnimmt (**Karte 17D**). Das sind im Wesentlichen das Münsterland, die meisten ländlichen Teile und der östlichen Teil vom Teutoburger Wald und die landwirtschaftlichen Gemeinden des Niederrheins.

Auf den 8 hier vorgestellten Karten sieht man, dass die großen Städte nur selten mit hohen Prozentsätzen angezeigt sind. Es gibt eine Erklärung für diesen Zustand: in der Regel sind ihre Finanzierungsquellen vielseitig, was bedeutet, dass der Anteil der verschiedenen Steuern in der Gesamtsumme der Einzahlungen selten sehr hoch erscheinen. Um dies zu erreichen verwenden 99,0% der Gemeinden für ihre Finanzierung eine variable Anzahl von 14 bis 39 Quellen (von möglichen 126, die in der Tabelle enthalten sind). Man beachte (**Karte 18**), dass die wichtigsten Städte 27 bis 39 verschiedenen Quellen nutzen. Diese Verteilung erinnert an die der Einzahlungen an die Gemeinden pro Einwohner. Die Kommunen, die die meisten Einwohner haben, sind auch diejenigen, die Zugriff auf eine größere Anzahl von unterschiedlichen Quellen haben. Dies erklärt sich wahrscheinlich durch die ihnen zugewiesenen Funktionen nicht nur zum Nutzen der eigenen Bevölkerung sondern auch gegenüber den Gemeinden des Großraums. Die Logik der Stadtpole scheint vollkommen in diese Richtung zu gehen. Dagegen ist das in der Mehrheit der ländlichen Kommunen nicht der Fall, denen für ihre Finanzierung eine viel kleinere Anzahl von Quellen entsprechend ihren Möglichkeiten geboten werden..

Zusammenfassend stellt man fest, dass nach Erstellen von 126 Karten über Einnahmequellen der Kommunen, nur wenige Karten wirklich eine räumlich aufgebaute Organisation zutage brachten, wie sie in den vorigen Kapiteln für NRW beschrieben wurden. Diese Streuung der kommunalen Einzahlungsprofile kann als Zeichen einer großen Verschiedenheit der Kommunen gesehen werden, Prioritäten zu setzen um Projekte zu finanzieren, Schulden zurückzuzahlen...


Gemeinden
Finanzierungsquellen der Gemeinden 2012
Quellenanzahl bis zu 99 % der Einzahlungen an die Gemeinden
30-39
27-29
25-26
22-24
19-21
16-18
14-16
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015

Karte 18

Referenzen

(1) http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/Definitionen/P/Primaereinkommen.html

(2) http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2014/pres_248_14.html

(3) http://www.stimme.de/heilbronn/nachrichten/stadt/Heilbronner-verdienen-am-meisten;art1925,2335723

(4) http://de.wikipedia.org/wiki/Bedarfsgemeinschaft

(5) https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_280774/Statischer-Content/Grundlagen/Glossare/Grundsicherung-Glossar/Bedarfsgemeinschaft-BG.html

(6) http://www.statistikportal.de/statistik-portal/steuern_regional.pdf

(7) http://de.wikipedia.org/wiki/Personensteuer

(8) http://de.wikipedia.org/wiki/Realsteuer

(9) http://www.grundtabelle.de/Grundtabelle-2012.pdf

(10) http://de.wikipedia.org/wiki/Grundsteuer_(Deutschland)

(11) http://grundsteuer.biz/#Beispiel_Grundsteuer

(12) http://www.juraforum.de/lexikon/grundsteuer

(13) http://www.n-heydorn.de/gewerbesteuerrechner.html

(14) http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-unna-kamen-bergkamen-holzwickede-und-boenen/rekord-bei-klagen-gegen-grundsteuer-id7695764.html

(15) http://www.steuerberaten.de/tag/hebesatz/

(16) http://www.terre-net.fr/actualite-agricole/economie-social/article/le-prix-des-terres-en-europe-et-aux-etats-unis-marches-fonciers-202-102175.html

(17) http://www.tagesspiegel.de/politik/landgrabbing-in-deutschland-die-lpg-kader-haben-agrarkapitalisten-den-weg-bereitet/8621948-3.html

(18) https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Preise/Baupreise/KaufwerteLandwirtschaftlicheGrundstuecke2030240137004.pdf?__blob=publicationFile

(19) http://www.steuerberaten.de/tag/gewerbesteuermessbetrag/

(20) http://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-gewerbesteuer-istaufkommen.html

(21) http://gewerbesteuer-hebesatz.de/

(22) http://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-gemeindeanteil-an-der-einkommensteuer.html

(23) http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/1-kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuerarten-und-gebietskoerperschaften.html

(24) http://www.enzyklo.de/Begriff/Schlüsselzuweisungen

(25) www.voeb.de/download/rp10

(26) http://de.wikipedia.org/wiki/

X - Wohnen

Die Volkszählungen der Bevölkerung sind im Allgemeinen Zählungen der Bevölkerung und des Wohnraums. Die Volkszählung im Jahr 2011 in Deutschland wurde ebenfalls nach dieser fast universalen Regel durchgeführt. Entsprechend nehmen zahlreiche Tabellen verschiedene Merkmale der Wohnhäuser und der Wohnungen darin auf. Die ersten beiden Abschnitte dieses Kapitels beschreiben die wichtigsten Merkmale der Gebäude: Baujahr und Größe der Gebäude und Wohnungen. Die folgenden beiden Abschnitte behandeln die Art der Nutzung (Eigentümer, Mieter ...), als alleiniger Nutzer oder in Wohngruppen. Der fünfte Abschnitt untersucht die Preise der Wohnungen. Abschließend stellt sich die Frage nach der Obdachlosigkeit, die, wegen schwach verfügbarer Daten nur kurz berücksichtigt werden kann.

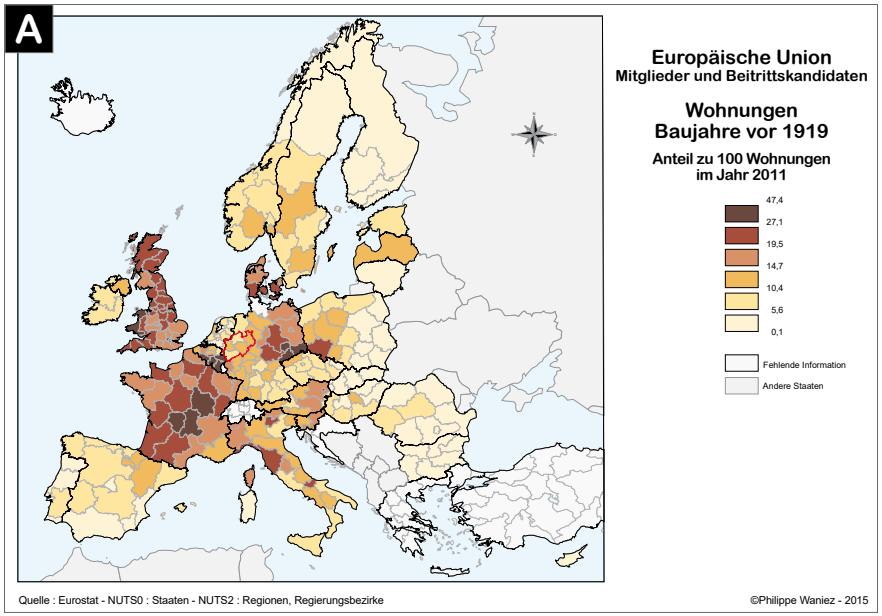
1. Die Baujahre

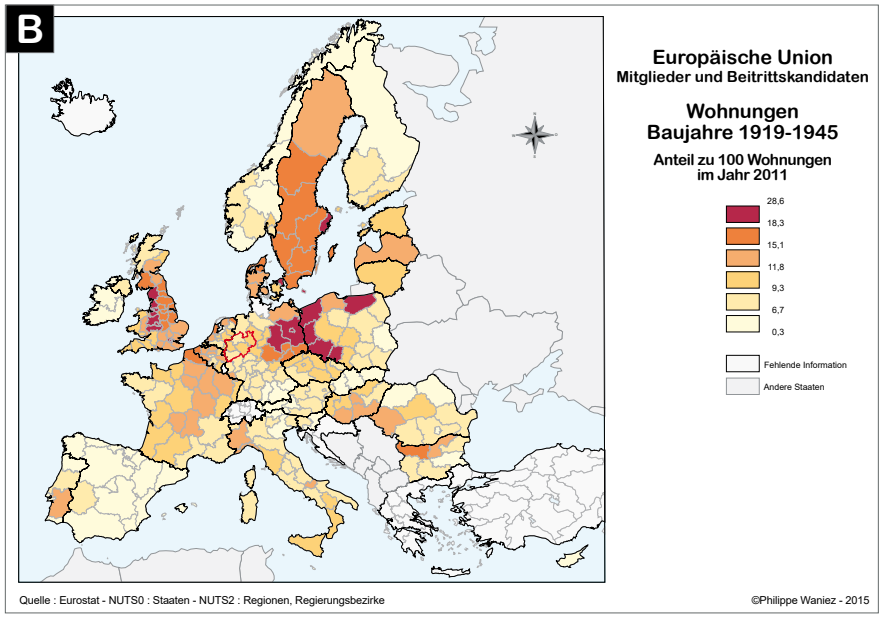
Die Zusammensetzung der Immobilien nach der Bauperiode ist ein interessantes Merkmal des Immobilienbestands. So kann man die Geschichte des Wohnungsbaus während des 20. Jahrhunderts verfolgen.

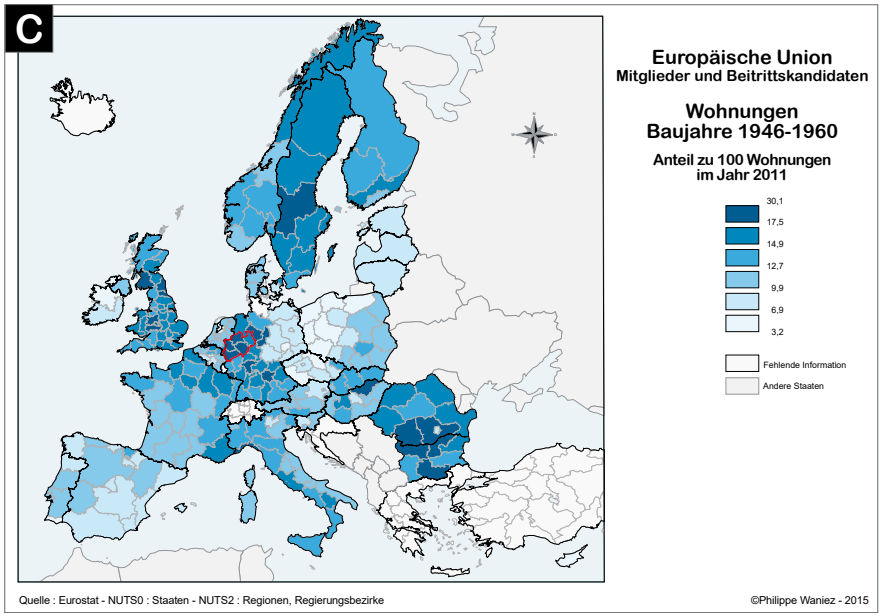
In Europa ergibt sich ein großer Situationsunterschied in den Ländern und den Regionen. Die von Eurostat gelieferten Daten auf dem Niveau NUTS2 decken die Periode von vor 1919 bis zum Jahr 2011 ab. Diese sind in 8 Perioden des Wohnungsbaus aufgeteilt: vor 1919, 1919-1945, 1946-1960, 1961-1970, 1971-1980, 1981-1990, 1991-2000, 2001-2011. Für Deutschland sind die Perioden für den Bau von Gebäuden mit Wohnraum, leicht abweichend von denen der Eurostat: vor 1919, 1919-1949, 1950-1959, 1960-1969, 1970-1979, 1980-1989, 1990-1999, 2000-2005, 2006 und später. Hier sind die zwei letzten Perioden in einer zusammengefasst, 2000-2011.

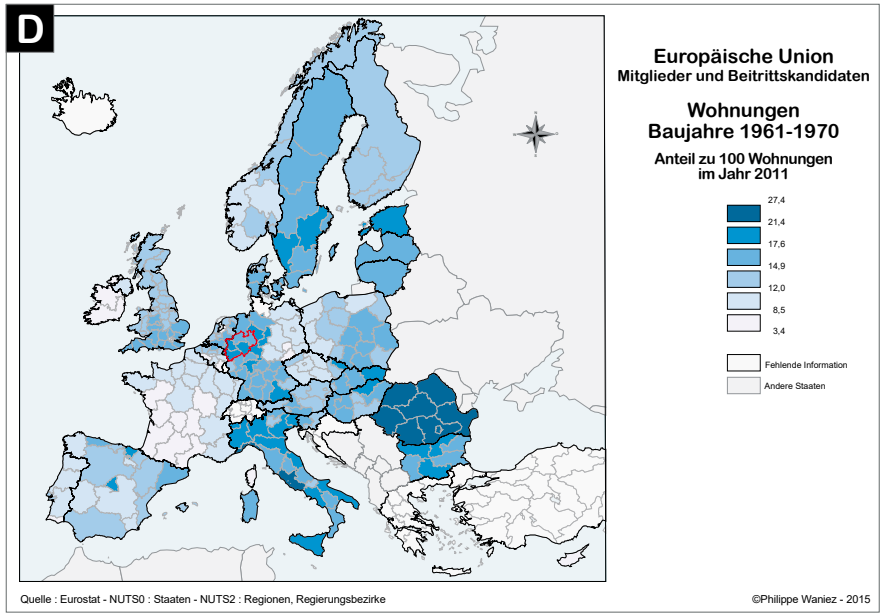
Von einem Weltkrieg zum anderen

Nur wenige Länder stellen sich mit einem hohen Anteil Gebäude dar, die vor 1919 gebaut wurden (**Karte 1A**): Frankreich, Belgien, Vereinigtes Königreich, Dänemark sowie die östlichen deutschen Bundesländer haben in diesem Fall oft mehr als 20,0% der Unterkünfte und manchmal sogar viel mehr, wie in den belgischen Provinzen von Lüttich (35,8%) und Hainaut (47,4%). Zahlreiche Regionen besitzen teilweise einen erhaltenen Immobilienbestand, besonders Wales, Cornwall und Schottland in dem Vereinigten Königreich und Burgund, die Auvergne und Limousin für Frankreich.


A
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Wohnungen
Baujahre vor 1919
Anteil zu 100 Wohnungen
im Jahr 2011
47,4
27,1
19,5
14,7
10,4
5,6
0,1
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015


B
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Wohnungen
Baujahre 1919-1945
Anteil zu 100 Wohnungen
im Jahr 2011
28,6
18,3
15,1
11,8
9,3
6,7
0,3
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015


C
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Wohnungen
Baujahre 1946-1960
Anteil zu 100 Wohnungen
im Jahr 2011
30,1
17,5
14,9
12,7
9,9
6,9
3,2
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015


D
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Wohnungen
Baujahre 1961-1970
Anteil zu 100 Wohnungen
im Jahr 2011
27,4
21,4
17,6
14,9
12,0
8,5
3,4
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

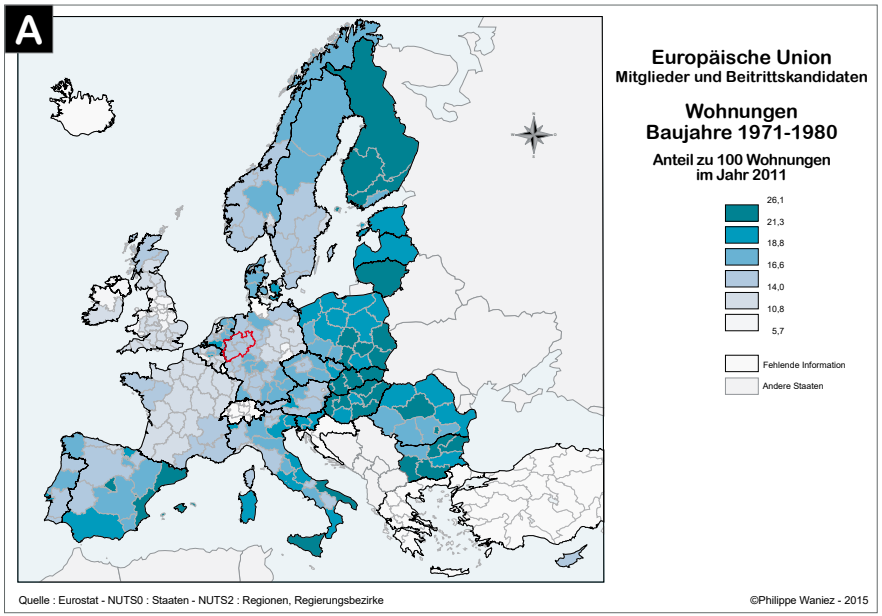
Karten 1

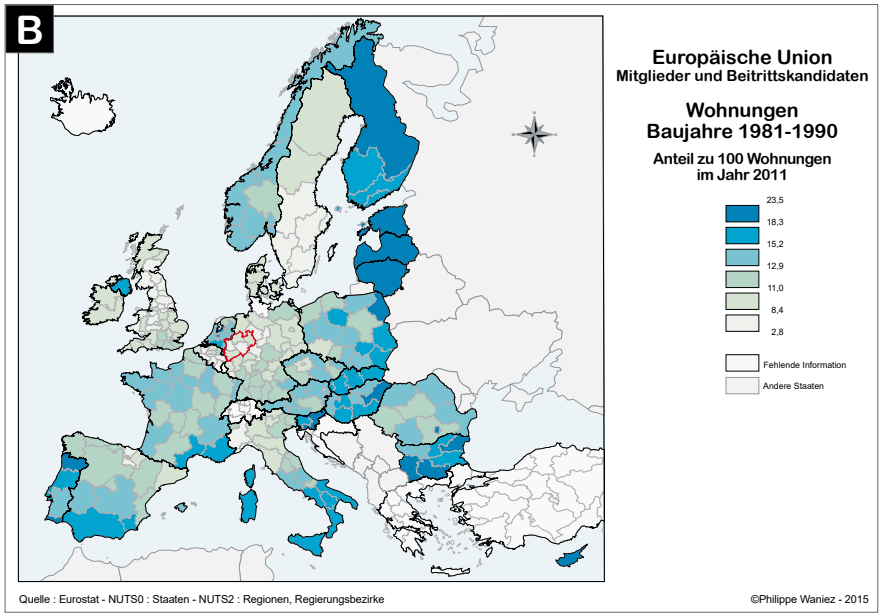
In Deutschland (**Karte 3A**) ist der nationale Durchschnitt relativ niedrig: 14,0% der Gebäude mit Wohnraum wurden vor 1919 gebaut. Der Unterschied ist klar zwischen den alten und den neuen Bundesländern, und man sieht erneut auf der Karte diese immer wieder betonte Dualität. In den neuen Ländern erscheinen die Proportionen oft deutlich über 25,0%, während man in den alten Ländern nur sehr selten 20,0% überschreitet. In der ehemaligen DDR überschreiten die Prozentsätze häufig 30,0%, vor allem in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Selbst wenn die Städte kleinere Proportionen von 20,0% bis 25,0% anzeigen (Dresden, Leipzig, Chemnitz, Gera, Jena, Weimar und Erfurt), so erscheinen die ebenfalls hohen Niveaus erstaunlich. Vielleicht muss man die Erklärung dieses Tatbestandes in der verhältnismäßig schwachen Investition suchen, die auf dem Gebiet der Wohnungen nach 1945 in der DDR (1) gemacht wurden und das drückt sich in einem hohen Anteil von alten Wohnungen aus.

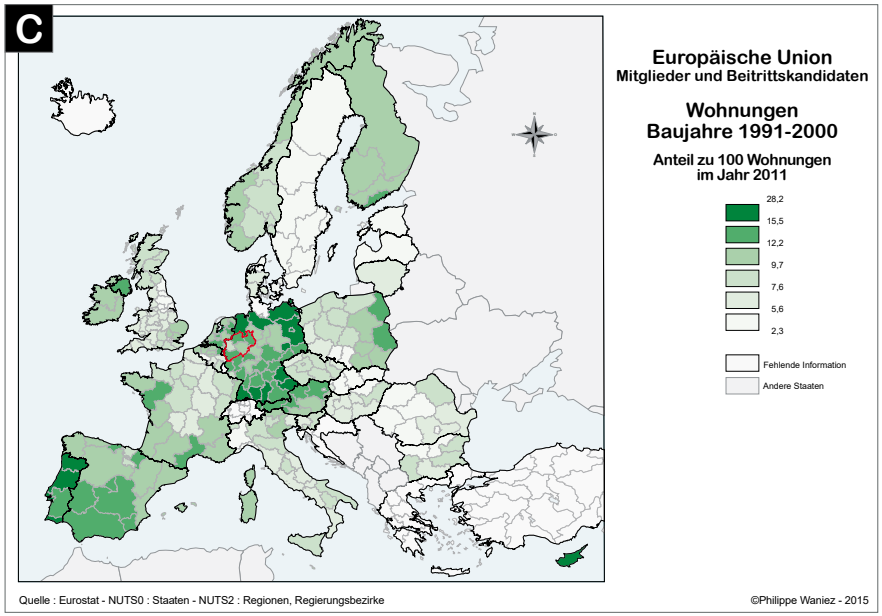
NRW gehört mit 11,5% Wohnungen, die vor 1919 gebaut wurden zu den Bundesländern mit einem niedrigen Anteil von sehr alten Häusern. Aber die Unterschiede zwischen den Gemeinden sind erheblich (**Karte 5A**). Zuerst sind die östlichen Ränder, der Teutoburger Wald, das Sauerland und Siegerland-Wittgenstein durch Prozentsätze zwischen 15,0% und 20,0% charakterisiert und damit höher als im Rest des Landes. Dies ist ebenfalls in einem Teil an der Ruhr und den Drei Bergischen der Fall. Das unterstreicht in NRW so wie in den ländlichen Regionen und den industriellen Räumen die Anwesenheit eines Erbes an alten bewahrten Gebäuden, die heute den Reiz einiger historischer Bezirke ausmachen.

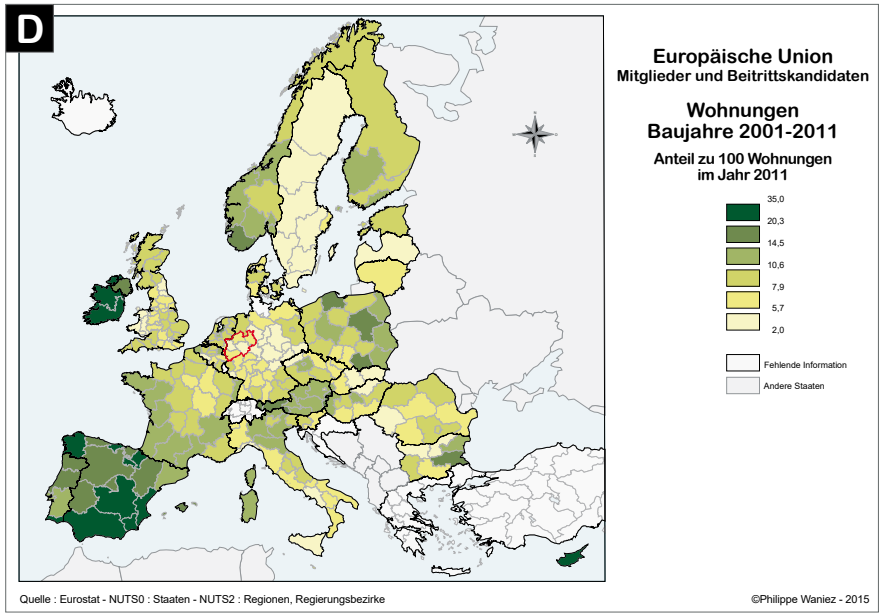
Für das in seiner Gesamtheit betrachtete Europa stellt die Periode 1919-1945, eine unterschiedliche geografische Gestalt der vergangenen Periode dar (**Karte 1B**). Unter den hohen Prozentsätzen erkennt man besonders die ehemaligen preußischen Regionen von Schlesien, die 1945 polnisch geworden sind, (Groß Strehlitz, Niederschlesien, Drossen, Westpommern und Ermland-Masuren) und in der Region des heutigen Brandenburg und Sachsen-Anhalt liegen. Mit anderen Worten, wurde ein hoher Anteil der bestehenden Wohnungen in diesen Regionen (etwa 20%) in der Weimarer Republik und dem III. Reich erbaut. Man muss Schweden und Großbritannien in der Liste der hohen Prozentsätze hinzufügen, aber auch den allgemein verbreiteten niedrigen Prozentsatz in Spanien unterstreichen (in der Größenordnung von 5%). Dies ist vielleicht eine Folge des Bürgerkrieges (1936 bis 1939) und den Zerstörungen, die er verursacht hat (man erinnere sich an Guernica und an das berühmte Gemälde von Picasso).

In Deutschland zeigt die Karte dagegen eine wirklich historische Kontinuität mit der vorigen Periode, insbesondere der Kluft zwischen Ost und West (**Karte 3B**).Die verhältnismäßig hohen Prozentsätze, die sich in den östlichen Ländern befinden, erscheinen insofern erstaunlich, als man weiß, dass der Krieg in manchen dieser Gegenden am Ende des zweiten Weltkrieges tobte. Man muss bedenken, dass Dresden fast vollständig durch Bomben im Februar 1945 zerstört wurde. Außerdem wütete auch die Schlacht von Berlin, die im April 1945 den Machtansprüchen des III. Reichs ein Ende gesetzt hat. Dennoch bestehen in diesen Regionen die Wohnungen, die zwischen 1919 und 1949 gebaut wurden mit mehr als 17,0% der Gesamtheit des Kreises. Von Dessau-Roßlau sogar mit einem Maximum von 40,8%. In dem Land Berlin stammen ¼ der Wohnungen aus dieser Epoche.

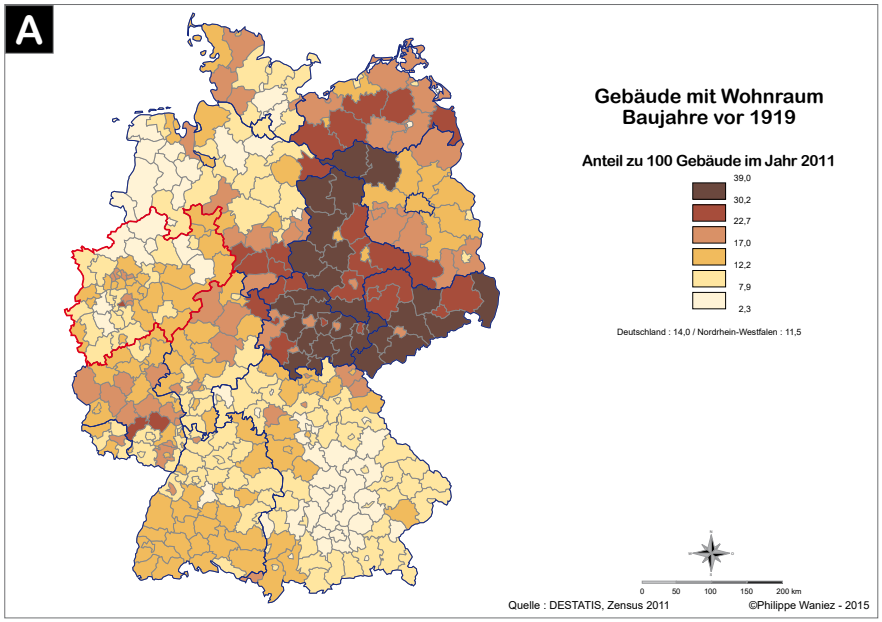

A
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Wohnungen
Baujahre 1971-1980
Anteil zu 100 Wohnungen
im Jahr 2011
26,1
21,3
18,8
16,6
14,0
10,8
5,7
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

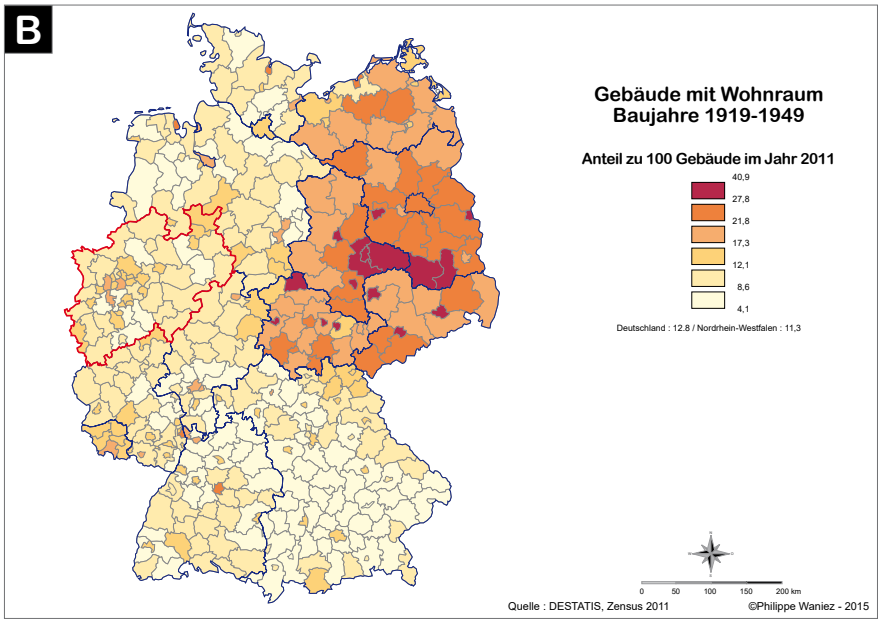

B
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Wohnungen
Baujahre 1981-1990
Anteil zu 100 Wohnungen
im Jahr 2011
23,5
18,3
15,2
12,9
11,0
8,4
2,8
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

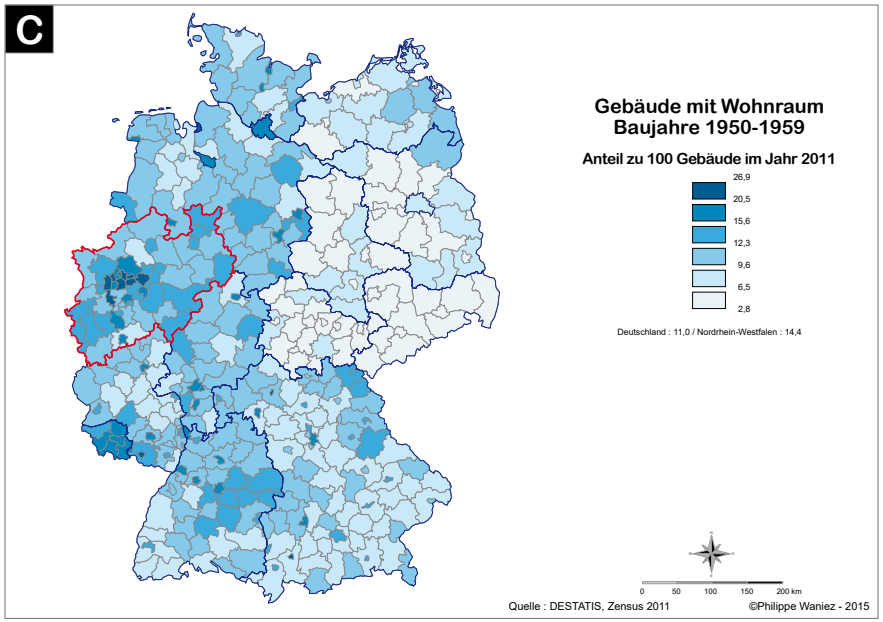

C
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Wohnungen
Baujahre 1991-2000
Anteil zu 100 Wohnungen
im Jahr 2011
28,2
15,5
12,2
9,7
7,6
5,6
2,3
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

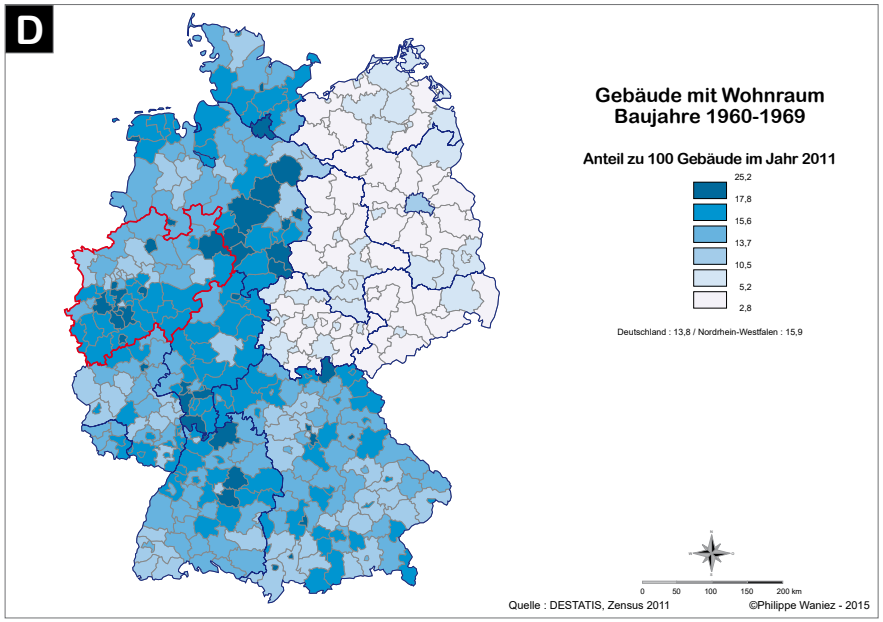

D
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Wohnungen
Baujahre 2001-2011
Anteil zu 100 Wohnungen
im Jahr 2011
35,0
20,3
14,5
10,6
7,9
5,7
2,0
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

Karten 2


A
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre vor 1919
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
39,0
30,2
22,7
17,0
12,2
7,9
2,3
Deutschland : 14,0 / Nordrhein-Westfalen : 11,5
0 50 100 150 200 km
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


B
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1919-1949
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
40,9
27,8
21,8
17,3
12,1
8,6
4,1
Deutschland : 12.8 / Nordrhein-Westfalen : 11,3
0 50 100 150 200 km
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1950-1959
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
26,9
20,5
15,6
12,3
9,6
6,5
2,8
Deutschland : 11,0 / Nordrhein-Westfalen : 14,4
0 50 100 150 200 km
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1960-1969
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
25,2
17,8
15,6
13,7
10,5
5,2
2,8
Deutschland : 13,8 / Nordrhein-Westfalen : 15,9
0 50 100 150 200 km
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karten 3

Wenn man sich an die Kriegszeit erinnert ist es verwunderlich, dass NRW auf der Rhein- und Ruhrachse Prozentsätze zwischen 15,0% und 20,0% von der Gesamtheit der Gebäude mit Wohnraum ausgewiesen werden (**Karte 5B**). Es ist bekannt, dass diese Bereiche intensiver Bombardierung im Jahre 1943 ausgesetzt waren: „Duisburg, Dortmund, Düsseldorf, Bochum und Aachen wurden schwer beschädigt, während Wuppertal-Barmen mit einem einzigen Angriff in der Nacht des 29. Mai 1943 verwüstet wurde“ (2). Ein hoher Anteil der Gebäude mit Wohnraum, der zwischen den beiden Kriegen gebaut wurde erscheint ebenfalls in Porta Westfalica-(Bielefeld-Minden).

Es gibt vier Jahre zwischen dem Ende des zweiten Weltkrieges (1945) und dem Ende der Periode die in den Statistiken (1949) berücksichtigt werden. Aber sind diese vier Jahre ausreichend, um den bedeutenden Anteil der vor 1949 gebauten Wohnungen in den Wohngegenden zu erklären, die durch den zweiten Weltkrieg stark betroffen waren? Ohne dieses Thema abschließen zu können, stellen wir fest, dass ein Teil von den Wohnhäusern nicht zerstört worden ist und dass diejenigen, die wiederverwertbar waren, in den dem Ende des Konflikts folgenden Jahren, insbesondere mit Hilfe des Marshallplans, wieder aufgebaut worden sind.

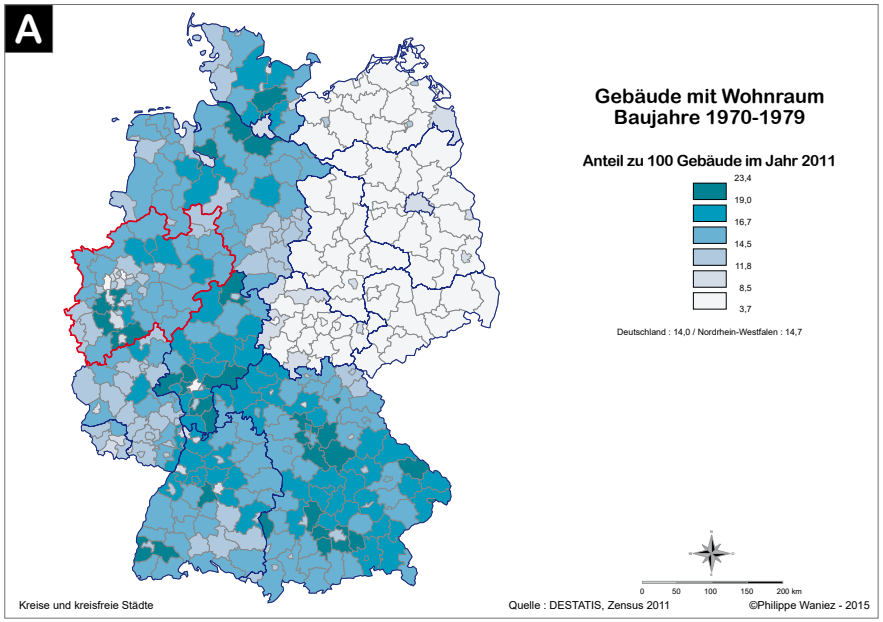
Der Wiederaufbau

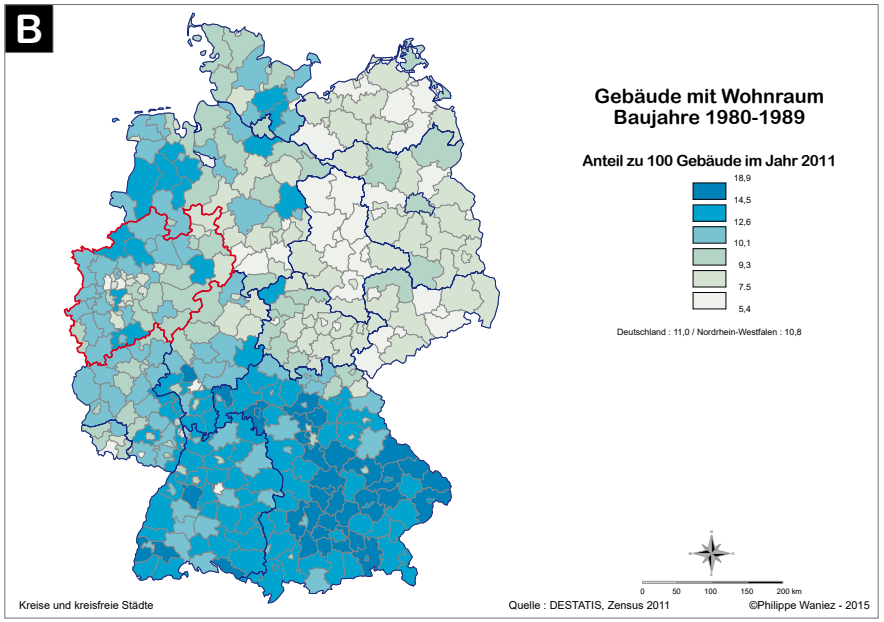
„Im Jahr 1945 ist ein Großteil des europäischen Kontinents durch den Krieg verwüstet: Die Nazis plünderten die Ressourcen von Frankreich, Skandinavien und Osteuropa. Die Bombardierungen verbrannten viele deutsche Städte (Dresden, Köln, Berlin ...) oder in Polen (Warschau). London erlitt den Luftangriff und Hunderttausende von Häusern wurden zerstört. In Frankreich gibt es unzählige Städte, die ebenfalls Opfer waren (Le Havre, Brest ...). Ein großer Teil der Kanäle, Hafeninfrastruktur, Brücken, Eisenbahnlinien waren unbrauchbar. Viele Zivilisten sind obdachlos“ (3).

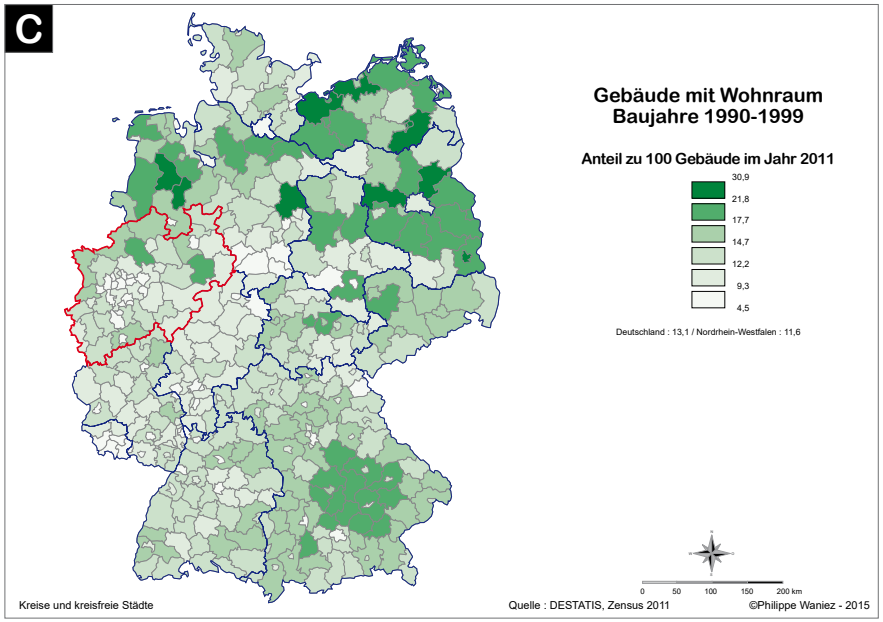
Der Marschallplan erlaubte (1948-1952) einen starken Neustart der westeuropäischen Wirtschaft. Die 1,3 Milliarden US-Dollar wurden vor allem in Großbritannien, Frankreich, Italien, der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden genutzt. Für die meisten dieser Länder zeigt die Karte einen hohen Anteil (ca. 15,0% bis 20,0%) der Wohnungen aus dieser Zeit (**Karte 1C**).

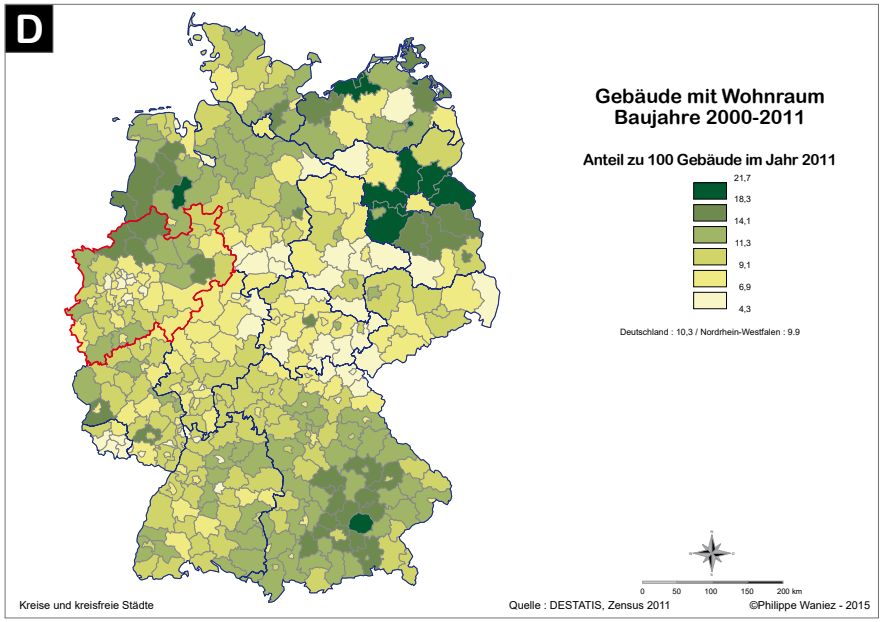
Östlich des Eisernen Vorhangs begann eine Wohnungspolitik, basierend auf standardisierten und uniformen „Blöcken“, von mittelmäßiger Qualität. Mit dem Ergebnis einer monotonen urbanen Landschaft, die sich nach und nach verschlechterte. Von 1946 bis 1960 breitet sich diese Bau-Politik in Ungarn, Rumänien und Bulgarien (Polen, Baltikum) aus. Sie wird allmählich auch auf andere „Bruderländer“ ausgedehnt und setzt sich mit unterschiedlichem Tempo in den einzelnen Ländern und Regionen bis zum Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 fort.

Schließlich bemerkt man, dass die DDR weniger von dieser intensiven Betonierung betroffen ist als die anderen Länder des Warschauer Paktes. Dies erscheint auch auf den Karten von Deutschland zwischen 1950 und 1959. Tatsächlich profitiert die Bundesrepublik an dem anfänglich durch den Marschallplan gestützten Wiederaufbau, der dann während 30 Jahre dank der großartigen Leistungen der deutschen Wirtschaft fortgesetzt wurde.

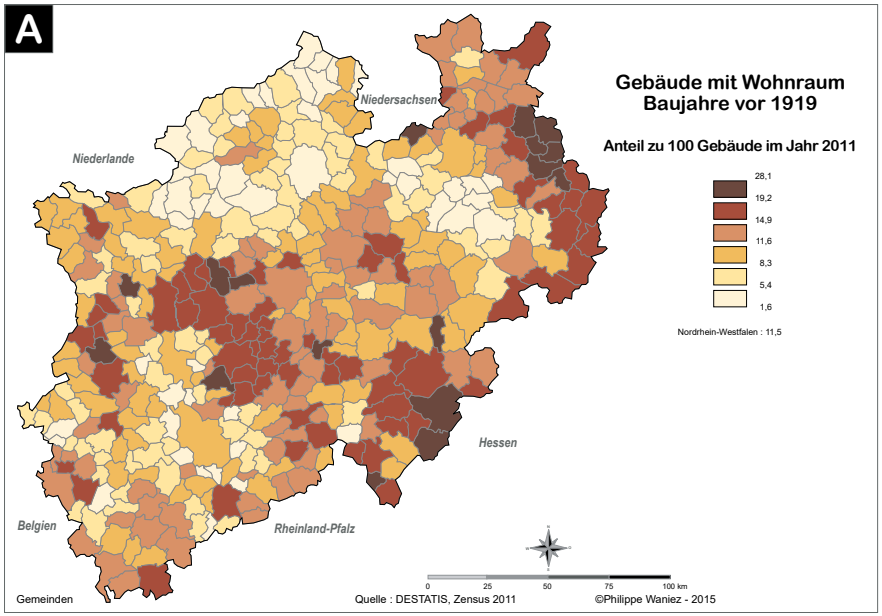

A
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1970-1979
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
23,4
19,0
16,7
14,5
11,8
8,5
3,7
Deutschland : 14,0 / Nordrhein-Westfalen : 14,7
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

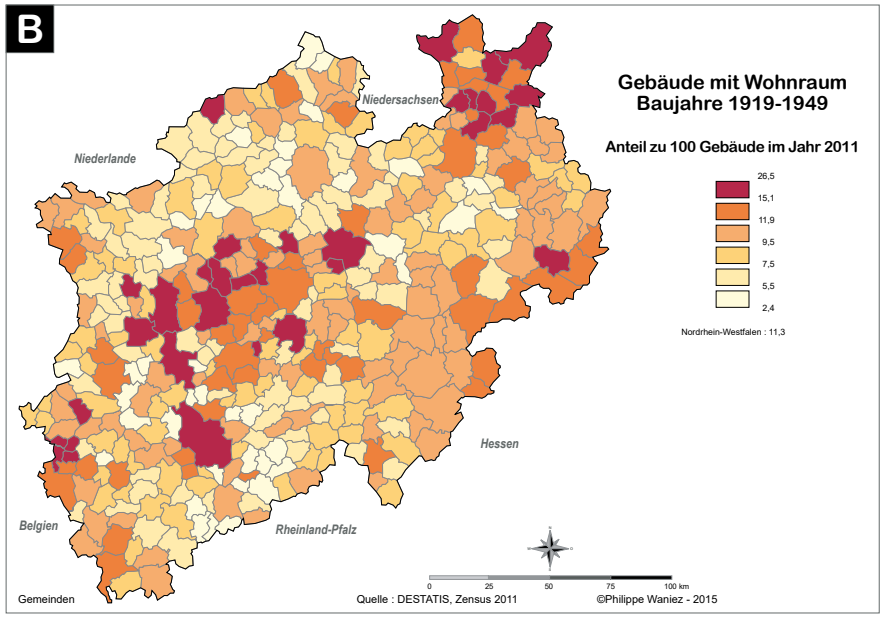

B
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1980-1989
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
18,9
14,5
12,6
10,1
9,3
7.5
5,4
Deutschland : 11,0 / Nordrhein-Westfalen : 10,8
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

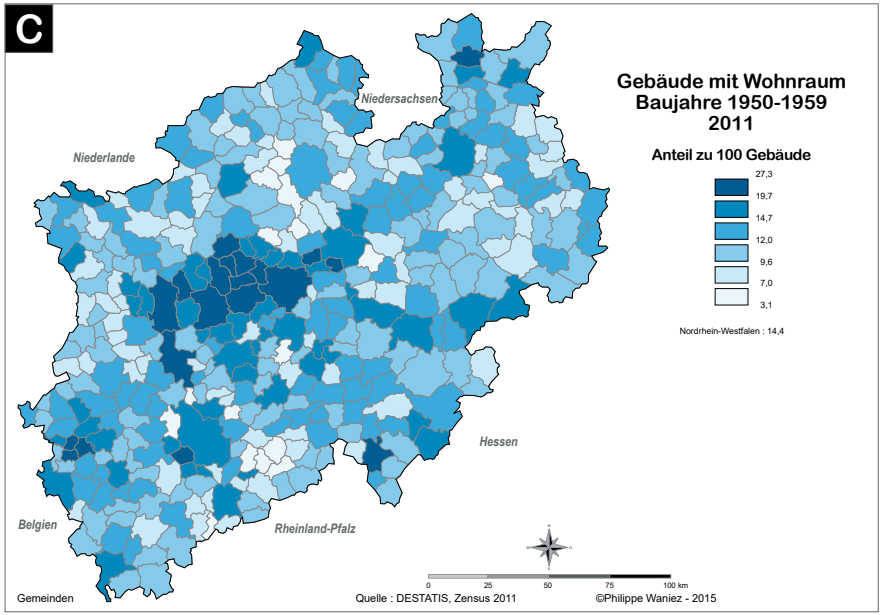

C
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1990-1999
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
30,9
21,8
17,7
14,7
12,2
9,3
4,5
Deutschland : 13,1 / Nordrhein-Westfalen : 11,6
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

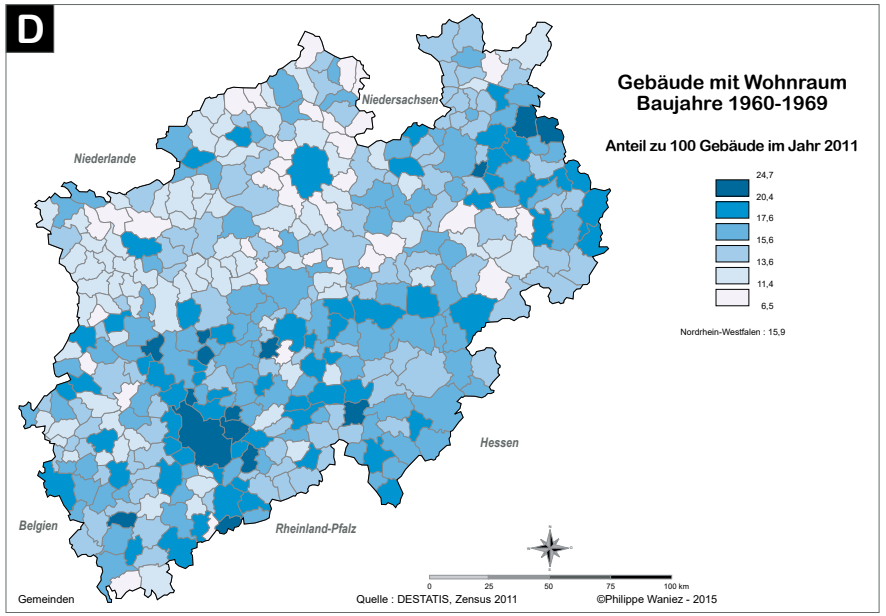

D
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 2000-2011
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
21,7
18,3
14,1
11,3
9,1
6,9
4,3
Deutschland : 10,3 / Nordrhein-Westfalen : 9.9
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karten 4


A
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre vor 1919
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
28,1
19,2
14,9
11,6
8,3
5,4
1,6
Nordrhein-Westfalen : 11,5
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


B
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1919-1949
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
26,5
15,1
11,9
9,5
7,5
5,5
2,4
Nordrhein-Westfalen : 11,3
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1950-1959
2011
Anteil zu 100 Gebäude
27,3
19,7
14,7
12,0
9,6
7,0
3,1
Nordrhein-Westfalen : 14,4
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1960-1969
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
24,7
20,4
17,6
15,6
13,6
11,4
6,5
Nordrhein-Westfalen : 15,9
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Die Gebäude aus dem Jahrzehnt 1950-1959 (**Karte 3C**) sind etwa 20,0% der Wohnungen in den Städten und Industriegebieten, die Opfer der Bombardierungen wurden: Hamburg, Bremen, Hannover, und vor allem die Rhein- und Ruhr-Achsen, Saarland, Frankfurt am Main, Stuttgart ... Im Osten sind die Prozentsätze viel niedriger und heben die Unterschiede bei der Konstruktion von Gebäuden mit Wohnraum zwischen den beiden Staaten in Deutschland hervor. Die gleiche Beobachtung kann man in NRW machen (**Karte 5C)**, wo die Rekonstruktion sehr intensiv war und zwar nicht nur in den Industriegebieten von Rhein und Ruhr sondern auch in der Region Aachen und in einigen Städten, die mehr verwüstet waren als Münster oder Siegen zum Beispiel. In ganz Deutschland oder in NRW prägt immer noch die Architektur (manche würden abwertend sagen es fehle an Architektur) aus dem Zeitraum von 1950 bis 1959 die Landschaft der großen Städte in der BRD.

Die „dreißig Glorreichen“

„Der Begriff „dreißig Glorreichen“ bezeichnet den Zeitraum eines starken Wirtschaftswachstums in den meisten entwickelten Ländern, vor allem den Mitgliedern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zwischen 1945 und 1973. Es handelt sich um eine Revolution (...) großer wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen, die den Übergang von Europa (...), in die Konsumgesellschaft geprägt haben.“ (4)

Auf dem Gebiet der Wohnungen haben vor allem die Küstenregionen im Süden Europas vom Wachstum profitiert: Zuerst in Italien von 1961 bis 1970 (K**arte 1D**) zum Beispiel mit 21,7% Wohnungen in Sizilien, die in diesem Zeitraum gebaut wurden. Darauf folgt von 1971 bis 1980 (**Karte 2A**) der Süden Spaniens mit der Entwicklung der Baderegion Costa Brava (22,5%), Dorada und Blanca (21,5%) und del Sol (20,2%). Schließlich sind es in einer dritten Phase von 1981 bis 1990 (**Karte 2B**) Regionen des Mittelmeers von Südfrankreich die den Gebäudebestand erhöhen, wie Languedoc-Roussillon (16%) und die Côte d’Azur (15.7%) und zur selben Zeit an der italienischen Küste in Mezzogiorno, Calabria (16,4%), Basilicata (15,7%) und Apulien (16,3%).

Für Deutschland stellen die Karten in den drei Jahrzehnten der Periode von 1960-1989 einen gemeinsamen Punkt dar: Es gibt nur wenige Bauten in der DDR. Doch für die BRD beobachtet man drei gut definierte Entwicklungen. Der Zeitraum 1960-1969 (**Karte 3D**) markiert die Fortsetzung des Wiederaufbaus der großen Städte, der während des vorigen Jahrzehnts begonnen wurde; dies dehnt sich in einige benachbarte Kreise aus. In NRW weisen vor allem die Rheinachse und einige andere Städte (Aachen, Münster, Siegen) im Jahr 2011 ungefähr 20,0% Wohnhäuser aus, die aus dieser Periode stammen (**Karte 5D**).

Alle Kreise der BRD zeigen einen hohen Anteil an Mehrfamilienhäusern, die während der zweiten Dekade der dreißig Glorreichen (1970-1979) errichtet wurden. Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland hat sich erholt und der Wohnungsbau betrifft das ganze Land, jedoch mit einigen Nuancen: Die Großstädte werden schneller wieder aufgebaut und sind weniger betroffen als ihre Vororte (**Karte 4A**). Dieses Phänomen ist auf der Karte deutlich erkennbar in der Umgebung von München, Nürnberg, Frankfurt am Main, Köln, Bremen und Hamburg, wo der Anteil der Gebäude aus dieser Zeit im Jahr 2011 insgesamt etwa 20,0% erreicht. Außerhalb dieser Vororte sind auch fast alle ländlichen Kreise betroffen aber auf einem weniger hohen Niveau, das unter 15,0% liegt.

Diese Bewegung des Gebäudewachstums am Rand der Großstädte ist auf der Karte von NRW besonders deutlich sichtbar (**Karte 6A**). Besonders um Bonn, Köln und Düsseldorf, sowie in Kommunen, die sich im ländlichen Rand des Ruhrgebiets befinden.

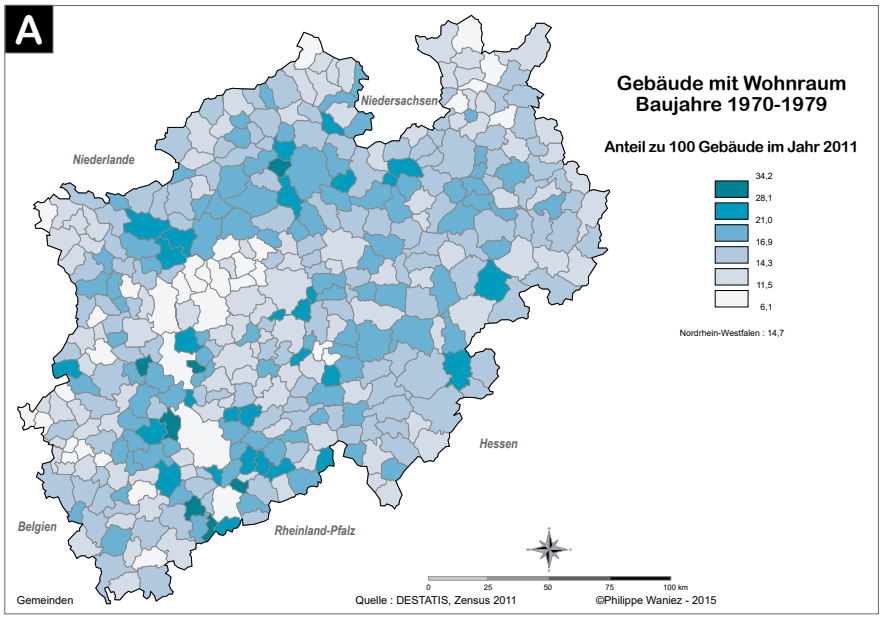
Im Laufe der dritten Periode, das heißt am Ende der „dreißig Glorreichen“, als der erste Ölschock seine negativen Wirkungen auf die deutsche Wirtschaft zeigt, beobachtet man eine klare Verlangsamung beim Bau in der nördlichen Hälfte der BRD, während zwei Länder im Süden höhere Prozentsätze an Wohnhäuser haben, die in dieser Epoche gebaut wurden, in der Größenordnung von 15,0% (**Karte 4B**). Das weist deutlich auf den Wirtschaftsrückgang der Länder im Norden im Vergleich zu denen im Süden aus. Das Herz von NRW macht eine beachtenswerte Verlangsamung lesbar, die in den Prozentsätzen aus dem Jahr 2011 erfasst werden. Diese überschreiten selten 10,0% (**Karte 6B**). Andernorts, außer in seltenen Fällen, scheint die Situation nicht wirklich besser zu sein.

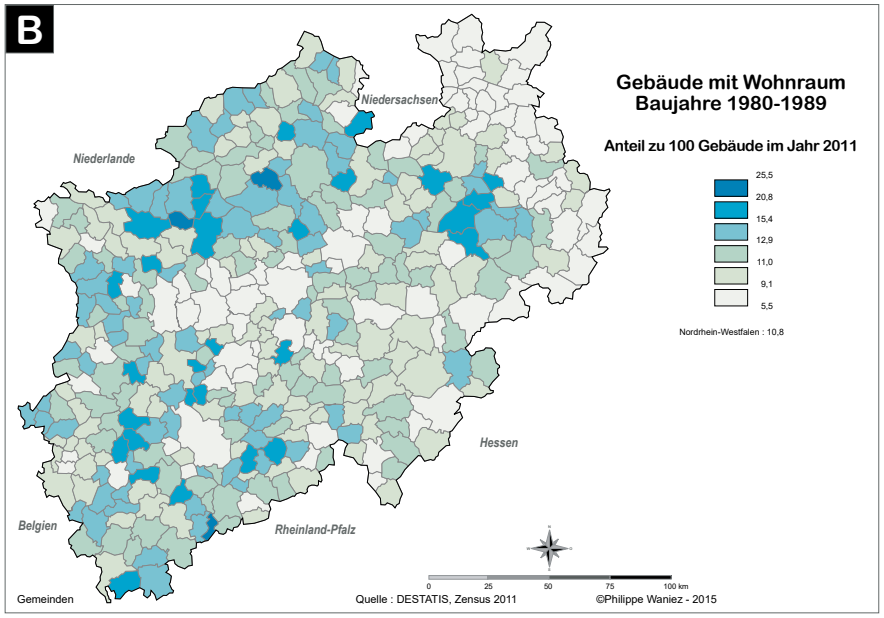
Der Fall der Mauer von Berlin in der Immobilienblase

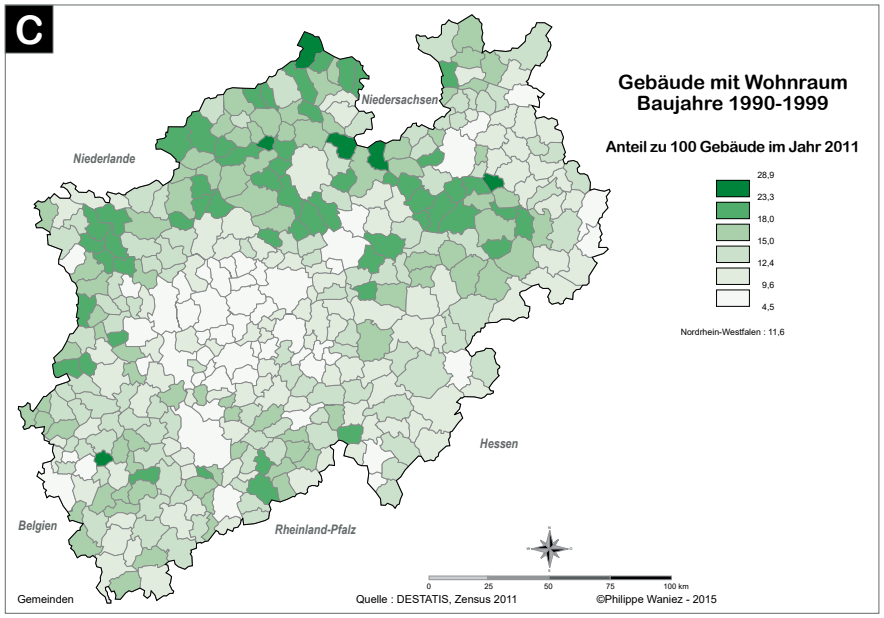
Die auf den Fall der Berliner Mauer folgende Periode, 1991-2000 (**Karte 2C**), kommt vor allem den neuen Ländern zugute, besonders Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin, aber auch Sachsen und Thüringen. Zwischen 12,0% und 17,0% der Wohnungen in diesen Ländern wurden nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gebaut. Aber das Baufieber stellt sich auch in den alten Ländern ein, insbesondere in Sachsen und Bayern. Man kann demnach, auf jeden Fall in Bezug auf den Wohnungsbau, nicht sagen, dass nur die neuen Bundesländer von der großen Sanierung des Gebiets nach der Wiedervereinigung von Deutschland profitierten. Während dieser Zeit, wurde ebenfalls in Spanien und Portugal gebaut.

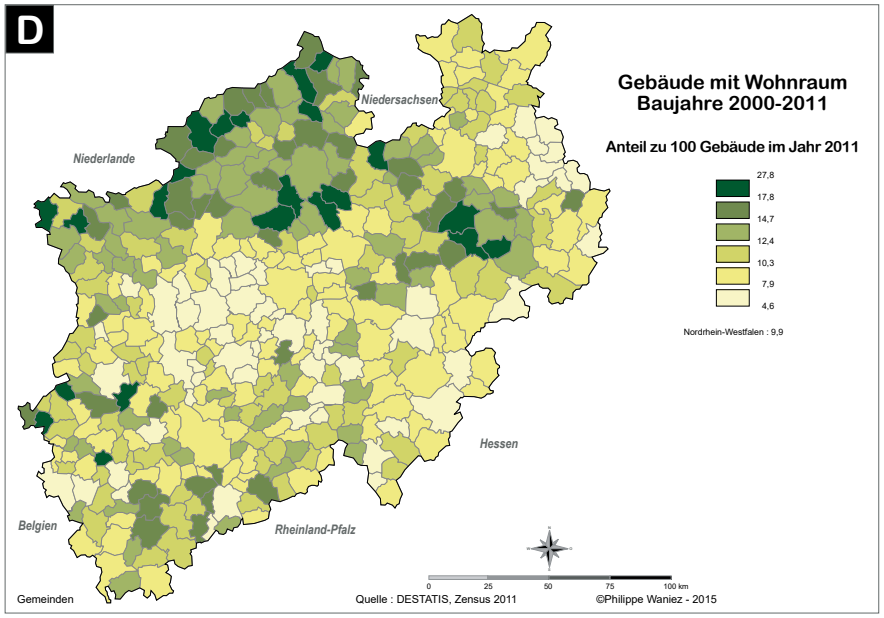
Die Karte aus der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts (2001-2011) zeigt die Verstärkung der Bauaktivität auf der Iberischen Halbinsel (**Karte 2D**). In Spanien hat die Regierung den Erwerb von Wohnungseigentum begünstigt, man kann sich noch an eine Begeisterung der Spanier für den Immobilienerwerb erinnern. Die meisten Regionen verzeichnen über 15,0% Gebäude aus diesem Zeitraum, dieser Prozentsatz steigt in Galizien im äußersten Nordwesten auf 23,5%. Allerdings liegt Katalonien zurück. „Die Immobilienspekulation, die durch sehr niedrige Kreditzinsen (aber veränderlichen Zinssätzen) ermutigt wurden, provoziert eine Finanzblase“ (5), die im Jahr 2010 explodiert und eine schwere Wirtschaftskrise verursacht, worunter dieses Land noch immer leidet. Ein ähnliches Phänomen fand in Portugal und Irland statt, das zeigt die Karte auch.

Die Karte der Kreise und kreisfreien Städte bestätigt und präzisiert die bisher für Deutschland gemachten Beobachtungen (**Karten 4C** und **4D**). In den neuen Bundesländern haben vor allem Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (und insbesondere die Ostseeküste) einen Nutzen aus der Entwicklung der Bautätigkeiten. In den alten Ländern bringt die Situation zugunsten Niedersachsens und Bayerns Kontraste. Die Kreise von Oberbayern sind besonders durch eine Wirtschaft betroffen, die die Münchner Lokomotive vorwärts zieht. Dies ist auch in einem Teil Baden-Württembergs der Fall, aber in geringerem verzögertem Maß.


A
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1970-1979
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
34,2
28,1
21,0
16,9
14,3
11,5
6,1
Nordrhein-Westfalen : 14,7
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


B
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1980-1989
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
25,5
20,8
15,4
12,9
11,0
9,1
5,5
Nordrhein-Westfalen : 10,8
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1990-1999
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
28,9
23,3
18,0
15,0
12,4
9,6
4,5
Nordrhein-Westfalen : 11,6
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 2000-2011
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2011
27,8
17,8
14,7
12,4
10,3
7,9
4,6
Nordrhein-Westfalen : 9,9
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karten 6

Die Karten zeigen, dass die Abschwächung der Bautätigkeiten im Herzen von NRW während des Übergangs vom 20. zum 21. Jahrhunderts fortbesteht (**Karten 6C** und **6D**). Allerdings scheinen die Regionen von Münster und von Paderborn nicht von dieser Abschwächung betroffen zu sein, denn es gibt in vielen ländlichen Gemeinden einen hohen Anteil Gebäude, die mit Prozentsätzen bis über 15,0% nach dem Jahr 2000 ausgewiesen sind.

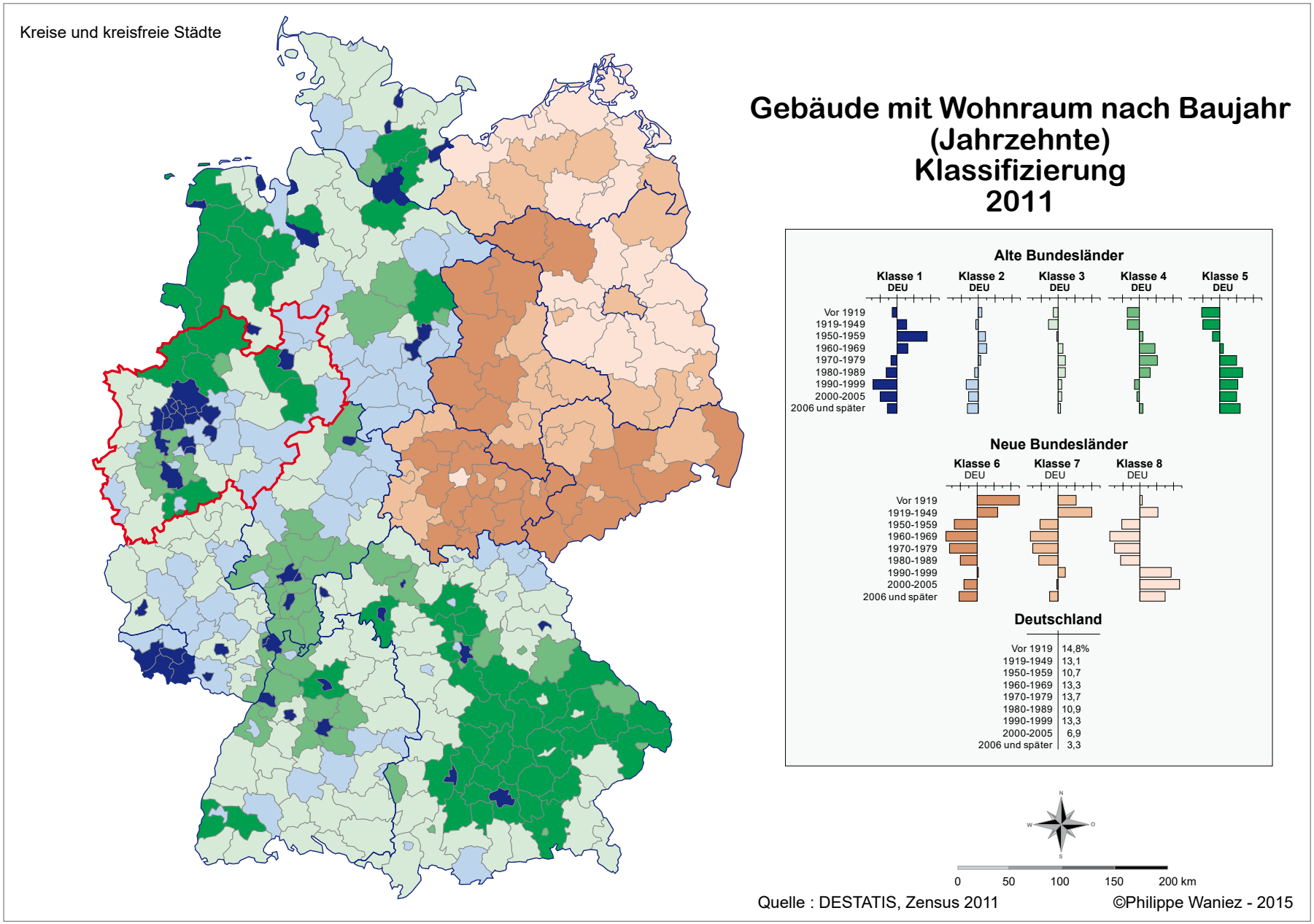
Eine Synthese der Baujahre von den Gebäuden mit Wohnraum in Deutschland

Um diese Analyse der Bauabschnitte von Wohnhäusern abzuschließen, bietet sich hier eine Synthese mit hierarchisch aufsteigender Klassifikation der Kreise und kreisfreien Städte an, die auf der Grundlage der Anzahl von Gebäuden aus jeder der beschriebenen Perioden durchgeführt wird. Natürlich findet man dort die großen geografischen Gebiete aus den bisherigen Karten, aber in einer schematischeren Form.

Die Klassifizierung umfasst 8 Klassen, die ersten 5 betreffen West-Deutschland, die drei folgenden beziehen sich auf die neuen Bundesländer (**Karte 7**). Die Klassen, die die alten Länder betreffen, haben das gemeinsame Merkmal in einem verhältnismäßig schwachen Anteil der vor 1919 gebauten Wohngebäude. Dieser Anteil ist in allen Fällen niedriger als der nationale Durchschnitt von 14,8% im Jahr 2011 (außer in der Klasse 2, in der dieser Prozentsatz sehr schwach bleibt und kaum über dem Durchschnitt liegt). Die Klassen ordnen die Kreise und kreisfreien Städte entsprechend der Bauperioden. Klasse 1 wird sowohl durch eine Überrepräsentation von gebauten Gebäuden zwischen 1950 und 1959 und eine deutliche Unterrepräsentanz von konstruierten Gebäuden zwischen 1970 und 2000 charakterisiert, mit einem negativen Spitzenwert für das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Dieses Merkmal betrifft im Wesentlichen die großen Städte des Landes sowie die industriellen Becken vom Ruhrgebiet und dem Saarland. Rund um diese Kerne mit altem Wohnungsbestand, findet man oft die Kreise der Klasse 4 mit einem Diagramm, welches eine klare Überrepräsentation im historischen Bauprozess der Dreißig Glorreichen unterstreicht, gefolgt von einer deutlichen Senkung in den darauffolgenden drei Jahrzehnten . In der Klasse 5 werden die Kreise mit jüngeren Wohnhäusern zusammengefasst: Das Diagramm zeigt einen klaren Kontrast zwischen der alten Zeit (bis 1959), die unterrepräsentiert ist und den folgenden Jahrzehnten, die immer über dem nationalen Durchschnitt liegt. Diese Klasse 5 ist hauptsächlich in den Landkreisen von Bayern, westlich von Niedersachsen und dem Münsterland in NRW lokalisiert. Schließlich beziehen sich die Klassen 3 und 4 ebenfalls auf Landkreise mit einem Profil nahe dem durchschnittlichen Profil von Deutschland, aber älter als Klasse 3 (Niedersachsen, Oberhessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) und jünger als die Klasse 4.

In NRW gibt es Kreise oder kreisfreie Städte, die zu diesen fünf Klassen gehören: Die städtischen Hauptzentren im Herzen des Landes sind in der Klasse 1; die Vororte von Köln und Düsseldorf sind in der Klasse 4, das Münsterland erscheint in der Klasse 5; Niederrhein und die Eifel gehören zur Klasse 3; Sauerland und das Siegerland erscheinen in der Klasse 2.

Die Klassen 6, 7 und 8 charakterisieren die neuen Bundesländer. Die Klassen 6 und 7 entsprechen einem alten Wohnungsbestand, wobei dieser in der Klasse 6 älter ist als in der Klasse 7.


Kreise und kreisfreie Städte
Gebäude mit Wohnraum nach Baujahr (Jahrzehnte) Klassifizierung 2011
Alte Bundesländer
Klasse 1
Klasse 2
Klasse 3
Klasse 4
Klasse 5
DEU
Vor 1919
1919-1949
1950-1959
1960-1969
1970-1979
1980-1989
1990-1999
2000-2005
2006 und später
Neue Bundesländer
Klasse 6
Klasse 7
Klasse 8
Deutschland
Vor 1919 14,8%
1919-1949 13,1
1950-1959 10,7
1960-1969 13,3
1970-1979 13,7
1980-1989 10,9
1990-1999 13,3
2000-2005 6,9
2006 und später 3,3
0 50 100 150 200 km
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karte 7

Sie betreffen hauptsächlich Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Die Städte, die sich in diesen Ländern befinden, gehören zur Klasse 7 und ihre Gebäude sind teilweise jünger als die der Kreise in der Klasse 6. Klasse 8 zeigt ein „post-Mauerfall-Profil“ an, mit einer starken Überrepräsentation der letzten drei Jahrzehnte. Dies kommt im Wesentlichen im Kreis von Brandenburg und an der Küste von Mecklenburg-Vorpommern vor.

Die Baujahre von vier Städten in NRW

Die Wahl dieser vier Städte, Bonn, Düsseldorf, Essen und Wuppertal erfolgt aufgrund der Verfügbarkeit von Daten auf dem Niveau der Stadtteile (oder ihren gleichwertigen Äquivalenten). Tatsächlich, und das ist ziemlich seltsam, teilen nicht alle großen Städte von NRW, wie z.B. Köln, den Anteil der Gebäude entsprechend des Bauzeitpunktes auf diesem geografischen Niveau mit.

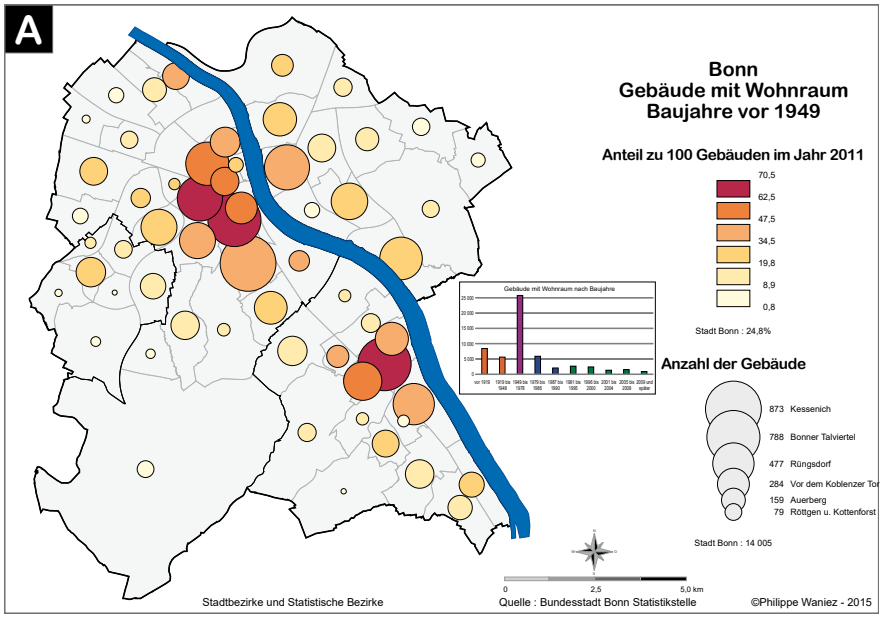
Wie auf den vorigen Karten übersetzt die Verteilung der Gebäude pro Bauperioden hauptsächlich die Geschichte der Stadtentwicklung während des 20. Jahrhunderts und das Auf und Ab, das sie begleitet hat.

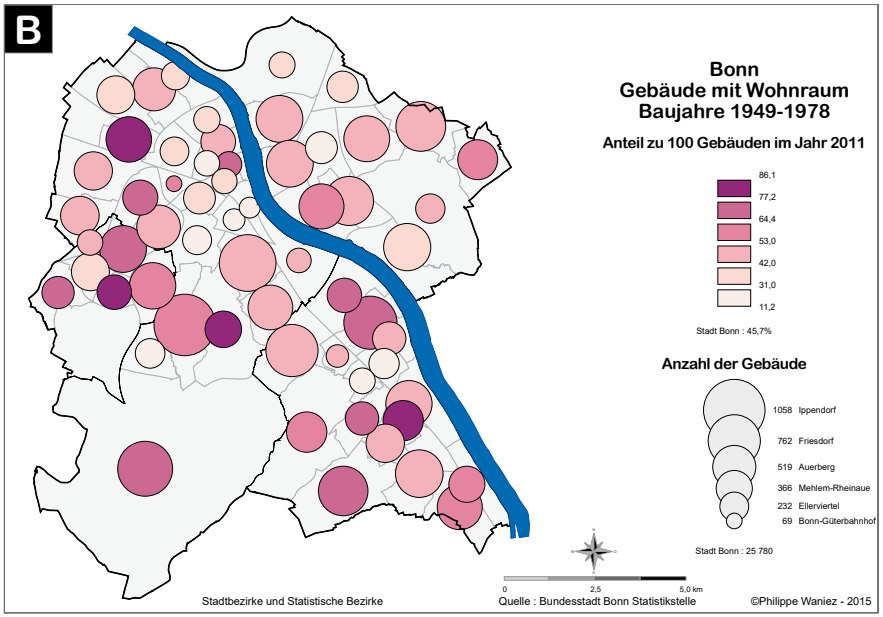
Bonn: Als die kleine Stadt am Rhein „Bundesstadt“ wird

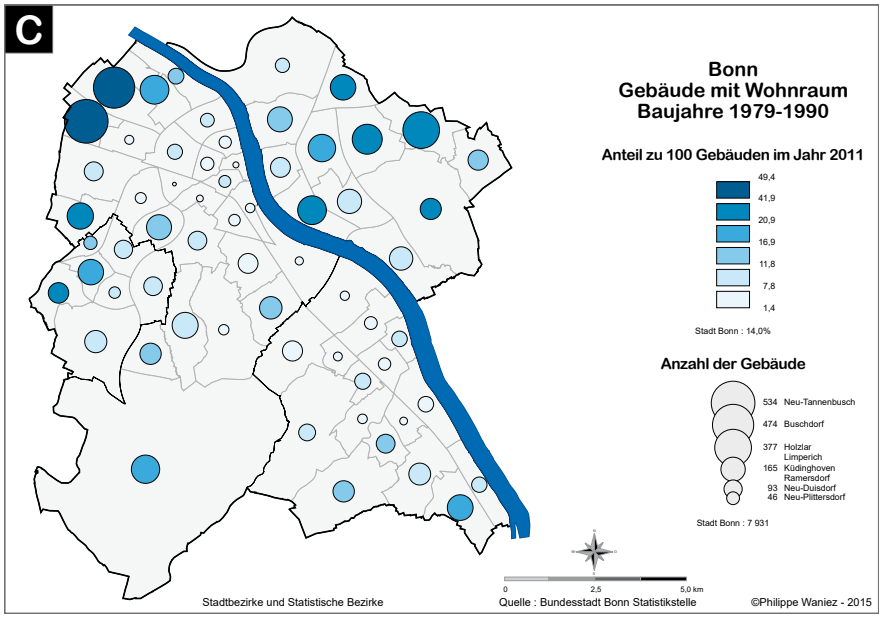
Ein Viertel der bewohnten Gebäude sind vor 1949 gebaut, weil die Stadt weit weniger als andere deutsche Städte vom Krieg betroffen war. Zahlreiche Bezirke auf der linken Rheinseite, wie das Bonner Baumschulviertel oder das Talviertel haben den Charme des romantischen 19. Jahrhunderts beibehalten (**Karte 8A**). Weiter südlich liegt Godesberg-Zentrum und die zwei nahe gelegenen Villenviertel, Alt-Plittersdorf und Rüngsdorf auch durch einen hohen Anteil von Altbauten gekennzeichnet. An dem rechten Flussufer, gibt es nur einige wenige Stadtteile die Gebäude aus dieser Zeit ausweisen, vor allem ist es die Altstadt.

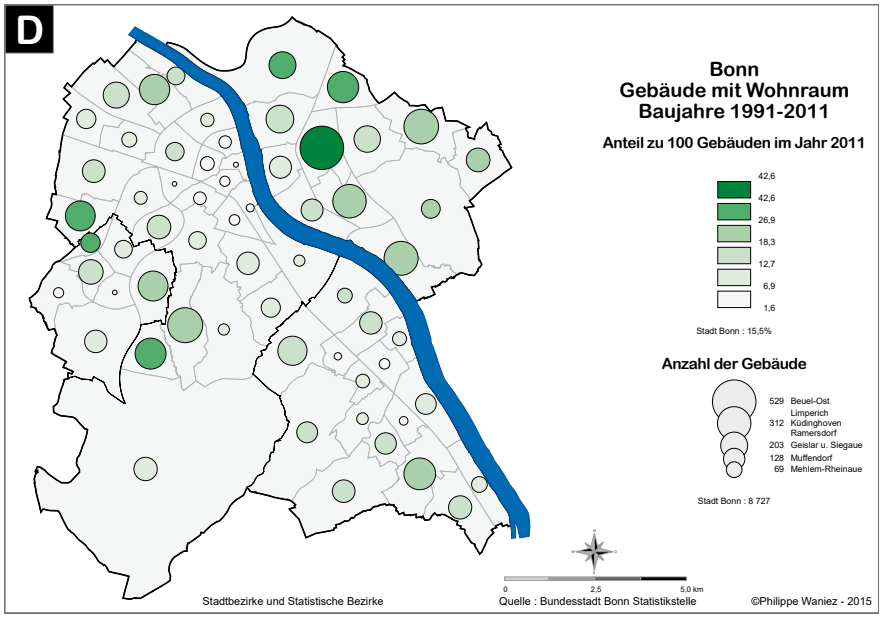
Die mittelgroße Stadt (100.788 Einwohner im Jahr 1939), in der „der Bonner Titan“ Ludwig van Beethoven (1770-1827) geboren wurde, verändert sich schnell nach dem 2. Weltkrieg, als sie zur vorläufigen Hauptstadt der Republik am 29. November 1949 nach der Wahl des ersten Bundestages ernannt wurde (7). Damit erfuhr sie „einen rasanten Auf- und Ausbau“ (8) und einen beachtlichen Bevölkerungswachstum (285.138 Einwohner im Jahr 1978) (9). In dem Zeitraum 1949-1978 gibt es jetzt mehr als 25.000 Gebäude, das sind mehr als 45,0% insgesamt. Sie werden vor allem außerhalb der zentralen Viertel gebaut, mehrheitlich in Bad Godesberg und Hardtberg (Duisdorf) sowie Beuel (**Karte 8B**). Ebenfalls in dem Viertel Röttgen (und Kottenforst).

Während des Zeitraums von 1979 bis 1990 wurde vor allem der Bau von Gebäuden in den Vororten, (***Karte 8C***) wie Neu-Tannenbusch und Buschdorf im Nordwesten, und Holzlar, Pützchen/Bechlinghoven und Vilich-Müldorf in Beuel vorangetrieben. Schließlich gab es zwischen 1991 und 2011 einen Rückgang in der Zahl der gebauten Gebäude, aber die Bevölkerung wächst weiter. Auch unter dem Gesichtspunkt des Verlustes ihres Status als Bundeshauptstadt scheint sie nicht an Attraktivität zu verlieren: von 292.234 Einwohner im Jahr 1991 auf 327.503 im Jahr 2011.Beuel-Ost und einige Außenbezirke wie Ückesdorf und Lessenich/Meßdorf sind besonders betroffene (***Karte 8D***).


A
Bonn
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre vor 1949
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2011
70,5
62,5
47,5
34,5
19,8
8,9
0,8
Stadt Bonn : 24,8%
Gebäude mit Wohnraum nach Baujahre
Anzahl der Gebäude
873 Kessenich
788 Bonner Talviertel
477 Rüngsdorf
284 Vor dem Koblenzer Tor
159 Auerberg
79 Röttgen u. Kottenforst
Stadt Bonn : 14 005
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


B
Bonn
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1949-1978
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2011
86,1
77,2
64,4
53,0
42,0
31,0
11,2
Stadt Bonn : 45,7%
Anzahl der Gebäude
1058 Ippendorf
762 Friesdorf
519 Auerberg
366 Mehlem-Rheinaue
232 Ellerviertel
69 Bonn-Güterbahnhof
Stadt Bonn : 25 780
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


C
Bonn
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1979-1990
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2011
49,4
41,9
20,9
16,9
11,8
7,8
1,4
Stadt Bonn : 14,0%
Anzahl der Gebäude
534 Neu-Tannenbusch
474 Buschdorf
377 Holzlar
Limperich
165 Küdinghoven
Ramersdorf
93 Neu-Duisdorf
46 Neu-Plittersdorf
Stadt Bonn : 7 931
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015

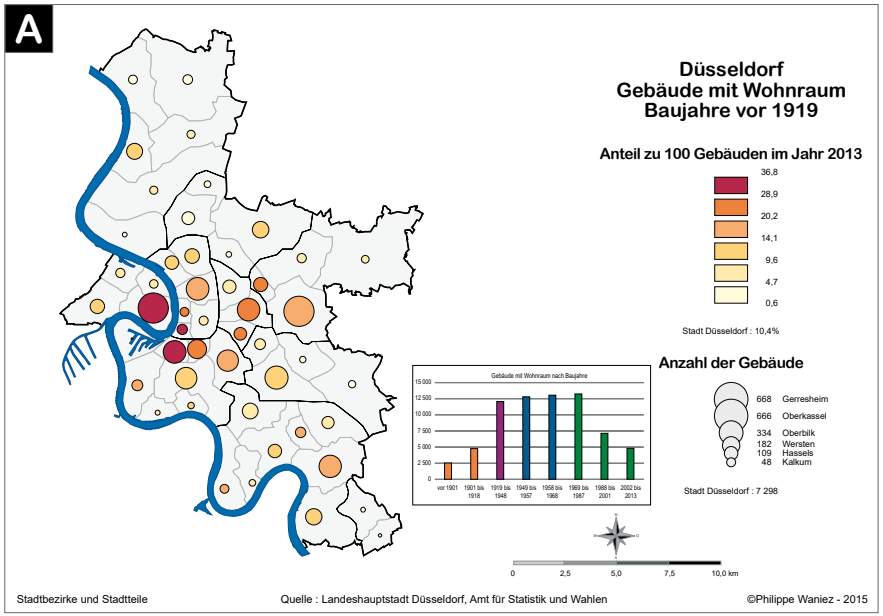

D
Bonn
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1991-2011
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2011
42,6
42,6
26,9
18,3
12,7
6,9
1,6
Stadt Bonn : 15,5%
Anzahl der Gebäude
529 Beuel-Ost
Limperich
312 Küdinghoven
Ramersdorf
203 Geisler u. Siegaue
128 Muffendorf
69 Mehlem-Rheinaue
Stadt Bonn : 8 727
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015

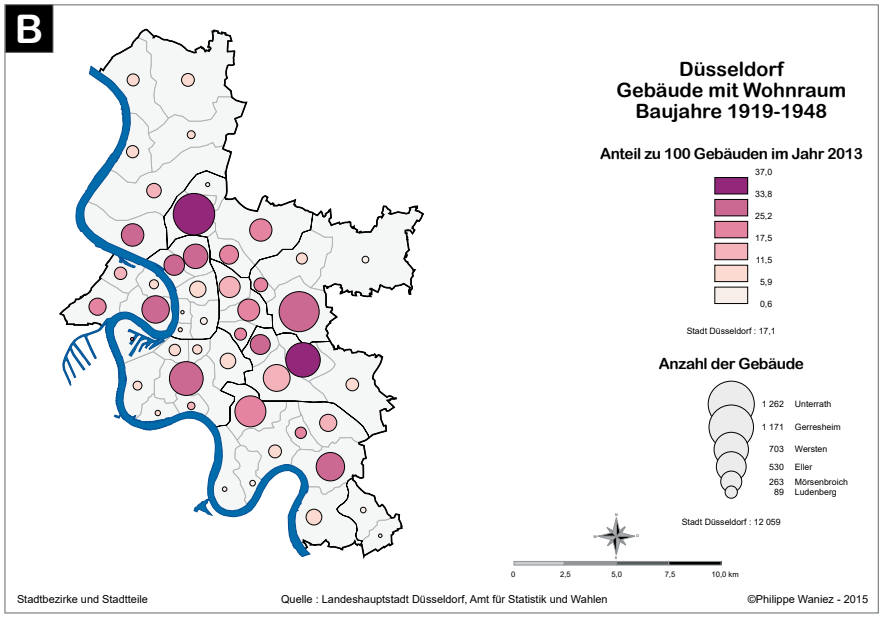
Die einzigartige Geschichte der gegenwärtigen „Bundesstadt“ (wie sie sich gerne nennt) prägte stark die Bauten der Stadt sowohl in Bezug auf die Wohnhäuser, um die es sich hier handelt, als auch in Bezug auf die Stadtlandschaft im Allgemeinen, insbesondere die offiziellen Gebäude, wie die ehemaligen Ministerien, die Botschaften und die Museen, die die Hauptstädte der meisten Länder in der Welt kennzeichnen.

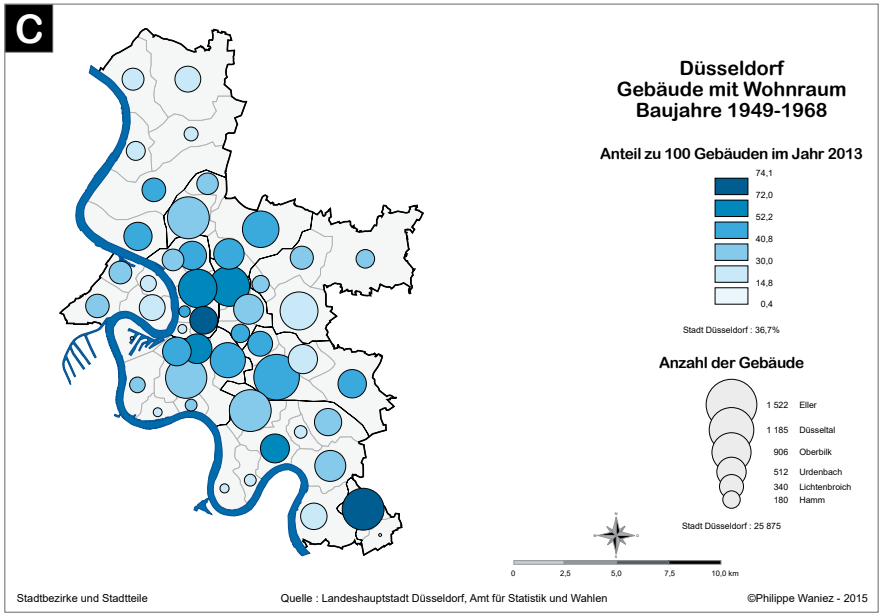
Düsseldorf: der Phönix von Nordrhein-Westfalen

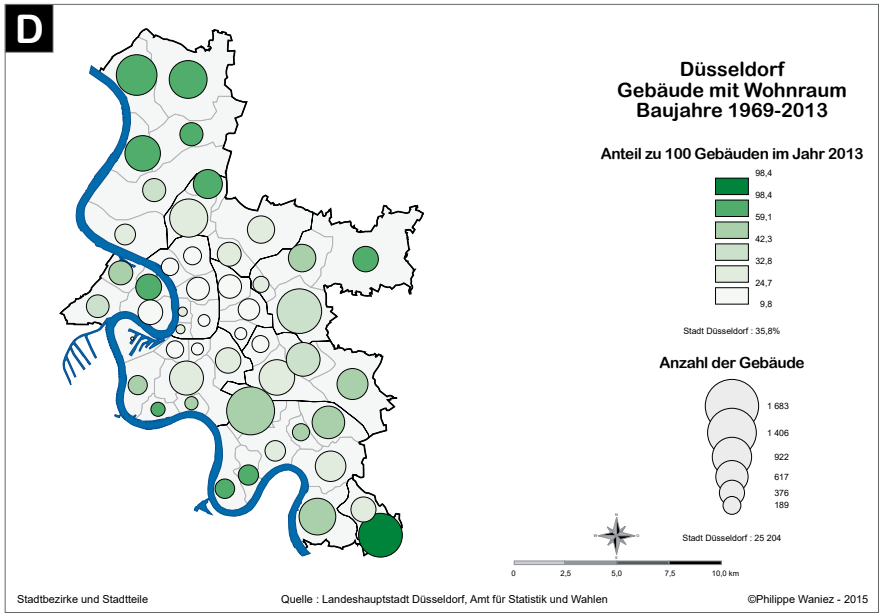
Wenn 36,7% der Wohnhäuser von Düsseldorf zwischen 1948 und 1968 mit einer höheren durchschnittlichen jährlichen Rate als in Bonn gebaut wurden, so erklärt sich dies nicht nur weil der „Schreibtisch des Ruhrgebietes“ (10) gute Geschäfte während des „Wirtschaftswunders“ (11) machte, sondern sich auch im Laufe dieser Periode erheblich entwikkelte. Dies auch, weil Bombardierungen von 1943 und 1944 „die den historischen Stadtkern, die Innenstadt und weitere angrenzende Stadtteile weitgehend zerstörte“ (12). Es gibt nur 7.298 Wohngebäude, die vor 1919 errichtet wurden, während die Stadt schon mehr als 400.000 Einwohner hat (13)! Diese Gebäude nehmen eine bedeutsame Stellung in den zentralen Bezirken und den ersten Vorstädten ein (**Karte 9A**), wie Carlstadt (36,8%), Oberkassel (31%), Unterbilk (28,9%), Altstadt (25,7%), Friedrichstadt (24,4%), Flingern Nord (21,4), Flingern Süd (20,2%) und Grafenberg (21,1%). Woanders liegen die Anteile unter 20%. In der Periode 1919-1948 zählt man 12.069 Wohngebäude, im Allgemeinen vom Stadtkern entfernt, hauptsächlich Unterrath, Gerresheim, Vennhausen und Bilk (**Karte 9B**). Damit blieben in der Zeit vor 1948 nur 19.357 Wohngebäude (27,5% der gesamten im Jahr 2013) für eine Stadt, die 535.753 Einwohner im Jahr 1939 hatte (597.102 im Jahr 2013 auf 70.436 Gebäude).
Die zwei folgenden Perioden nehmen ungefähr die gleiche Stellung für den Wohnungsbau von Düsseldorf ein, ungefähr 25.000 (ungefähr 35,0% je Periode); aber sie betreffen sehr unterschiedliche geografische Flächen. Der Gebäudeanteil aus den Jahren 1949-1968 wurde mit über 50,0% im zentralen Teil der Stadt und in den ersten Vororten erbaut (**Karte 9C**): Stadtmitte (70,1%), Düsseltal (57,8%) Pempelfort (53,4%), Friedrichstadt (59,8%). In den angrenzenden Bezirken und auch den nächsten wird häufig der Anteil von 40,0% überschritten. Man befindet sich in dem Teil der Stadt, die auf dem Plan basierend wiederaufgebaut wurde. Es ermöglicht, schön mit dem Auto auf breiten Boulevards zu fahren, wie z.B. die Berliner Allee. Im äußersten Süden der Stadt, wurde der Bezirk von Garath ab 1962 bebaut; seine „Architektur entspricht „einer explizit soliden, gediegenen Bauweise, die keinerlei Spielraum zuließ für architektonische Experimente oder Reformen“ (14). Im Jahr 2013 hat Garath den höchste Anteil an Bedarfsgemeinschaften (SGB II) von Düsseldorf: 20,2% der Haushalte.

Zwischen 1969 und 2013 gab es eine Verlagerung der Stadt, was zu dem Bau von zahlreichen Unterkünften in entfernten Vororten wie Wersten, Vennhausen und Gerresheim führte. In diesem Zeitraum entstanden 30,0%-45,0% der Wohnimmobilien (**Karte 9D**). Aber vor allem entwickelte sich der entfernte Stadtrand, der noch wenig urbanisiert war, besonders im Stadtbezirke Nr. 5 auf halbem Wege zwischen Düsseldorf und Duisburg, unweit vom Flughafen. Hunderte von Häusern wurden in Kaiserswerth (922), Angermund (1046) und Wittlaer (1210) gebaut.


A
Düsseldorf
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre vor 1919
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2013
36,8
28,9
20,2
14,1
9,6
4,7
0,6
Stadt Düsseldorf : 10,4%
Gebäude mit Wohnraum nach Baujahre
15 000
12 500
10 000
7 500
5 000
2 500
0
vor 1901
1901 bis 1918
1919 bis 1948
1949 bis 1957
1958 bis 1968
1969 bis 1987
1988 bis 2001
2002 bis 2013
Anzahl der Gebäude
668 Gerresheim
666 Oberkassel
334 Oberbilk
182 Wersten
109 Hassels
48 Kalkum
Stadt Düsseldorf : 7 298
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


B
Düsseldorf
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1919-1948
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2013
37,0
33,8
25,2
17,5
11,5
5,9
0,6
Stadt Düsseldorf : 17,1
Anzahl der Gebäude
1 262 Unterrath
1 171 Gerresheim
703 Wersten
530 Eller
263 Mörsenbroich
89 Ludenberg
Stadt Düsseldorf : 12 059
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


C
Düsseldorf
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1949-1968
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2013
74,1
72,0
52,2
40,8
30,0
14,8
0,4
Stadt Düsseldorf : 36,7%
Anzahl der Gebäude
1 522 Eller
1 185 Düsseltal
906 Oberbilk
512 Urdenbach
340 Lichtenbroich
180 Hamm
Stadt Düsseldorf : 25 875
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


D
Düsseldorf
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1969-2013
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2013
98,4
98,4
59,1
42,3
32,8
24,7
9,8
Stadt Düsseldorf : 35,8%
Anzahl der Gebäude
1 683
1 406
922
617
376
189
Stadt Düsseldorf : 25 204
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015

Hellerhof ist ein neuer, in 1980 gebauter Bezirk, der sich sehr in seinen städtebaulichen Grundsätzen von denen in Garath unterscheidet: „Es gibt in der Regel meist Ein- und Zweifamilienhäuser und es sind nur wenige Mehrfamilienhäuser und Hochhäuser gebaut worden, um südlich von Garath eine gut ausgebildete, wohlhabende Bevölkerung, die vor allem aus jungen Familien besteht, ansiedeln zu können“ (15).

Wie ein Phönix aus der Asche entstand Düsseldorf in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit. Heute ist es eine moderne Hauptstadt (manche finden es ein bisschen kalt), nicht frei von städtischen Fehlern oder sozialen Problemen. Mit 597.102 Einwohnern in 2013 ist sie jetzt „Auf dem Sprung zur 600.000-Stadt“ (16).

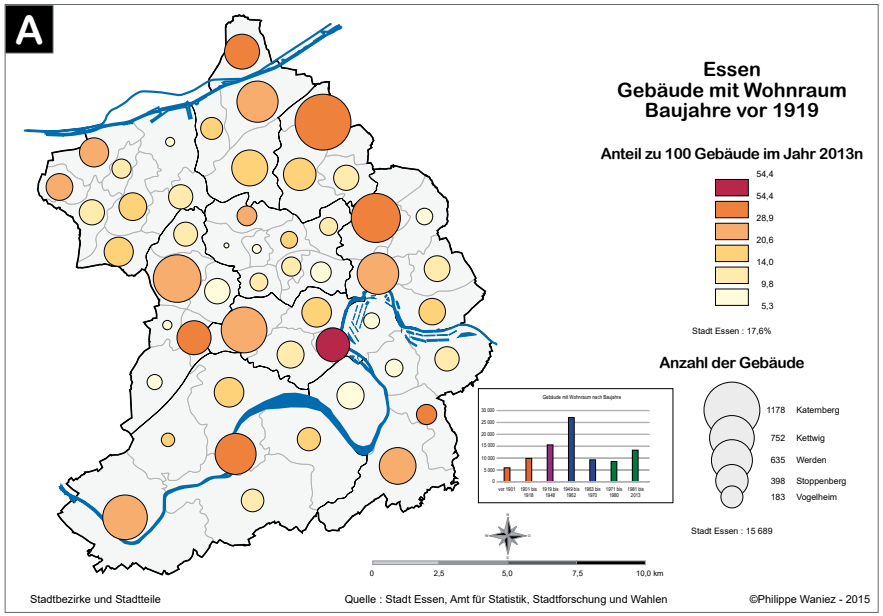
Essen: nach Kohle und Stahl, in der Entstehung zu einer Metropole ?

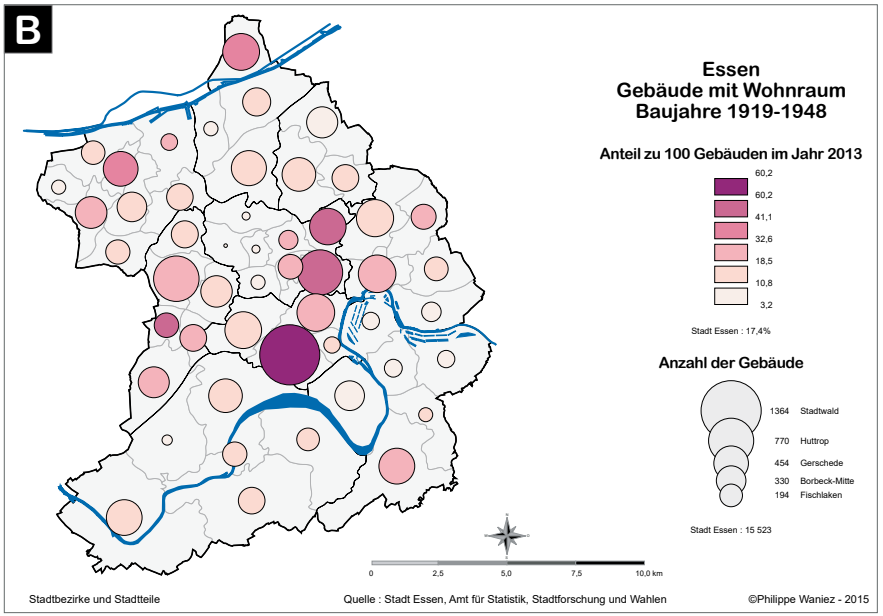
Die 89.255 Wohngebäude in Essen lassen sich in drei gleichgroße Gruppen einteilen: ein Drittel vor 1949 gebaut, ein weiteres Drittel aus der Zeit von 1949 bis 1962 und die dritte in der Periode nach 1963 erbaut. Man mag überrascht sein, in dieser Stadt noch so viele alte Gebäude zu finden: „Kaum eine andere Stadt hat so unter den Bomben-Angriffen gelitten wie die Ruhr-Metropole. Nur Berlin war häufiger Ziel alliierter Bomber. Insgesamt 242 Angriffe mussten die Essener ertragen – am Ende des Krieges waren 90 Prozent der Innenstadt und 60 Prozent der Außenbezirke zerstört. (…) Essen galt bei den Alliierten traditionell als Rüstungshochburg, vor allem wegen des Krupp-Konzerns. (…) Auch die Krupp-Werke wurden bei den Angriffen fast völlig zerstört.“ (17).

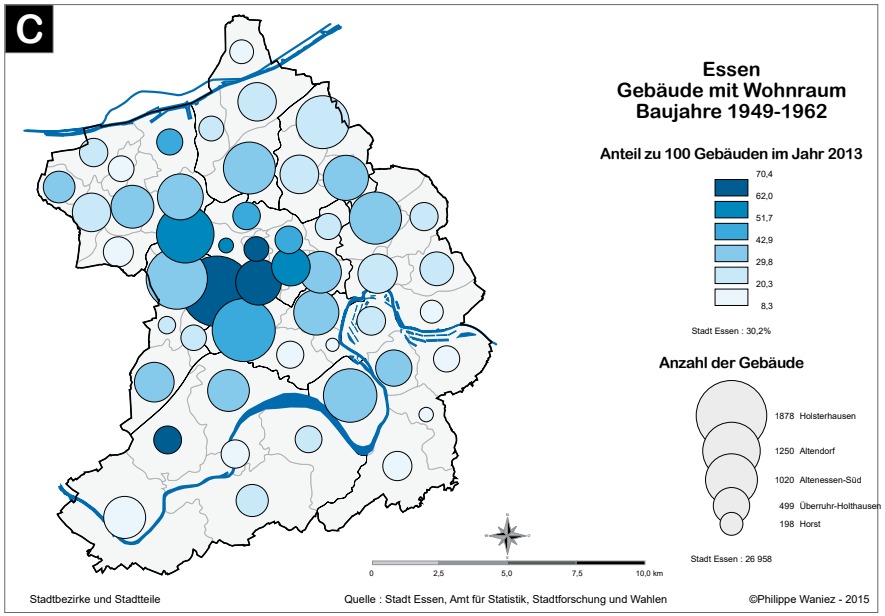
Die Zerstörung hat zu einem erheblichen Verlust an der Bevölkerung geführt, deren Zahl in den diesen Jahren halbiert wurde: 672.100 im Jahr 1939 und nur noch 285.192 im Jahr 1945 (18)! Die ältesten Gebäude, die von der massiven Zerstörung verschont wurden, liegen hauptsächlich in peripheren Bezirken: Karnap, Katernberg und Kray im Nordosten, Kettwig, Werden und Kupferdreh im Süden. Dort weisen sie 20,0% bis 30,0% der Wohngebäude aus (**Karte 10A**). Katernberg, zum Beispiel profitierte von: „konservatorische Pflege der geschichtlich wichtigen Arbeitersiedlungen wie der Kolonien Hegemannshof, Schlägel & Eisen und Ottekampshof geben dem Stadtteil, der sein gründerzeitliches Ortsbild weitgehend erhalten konnte, neue Anziehungskraft. Die erhofft man sich auch durch die wachsende Nutzung des nun als UNESCO-Welterbe ausgewiesenen Kulturbereichs Zeche Zollverein Schacht XII, der im Süden an den Stadtteil grenzt.“ (19).

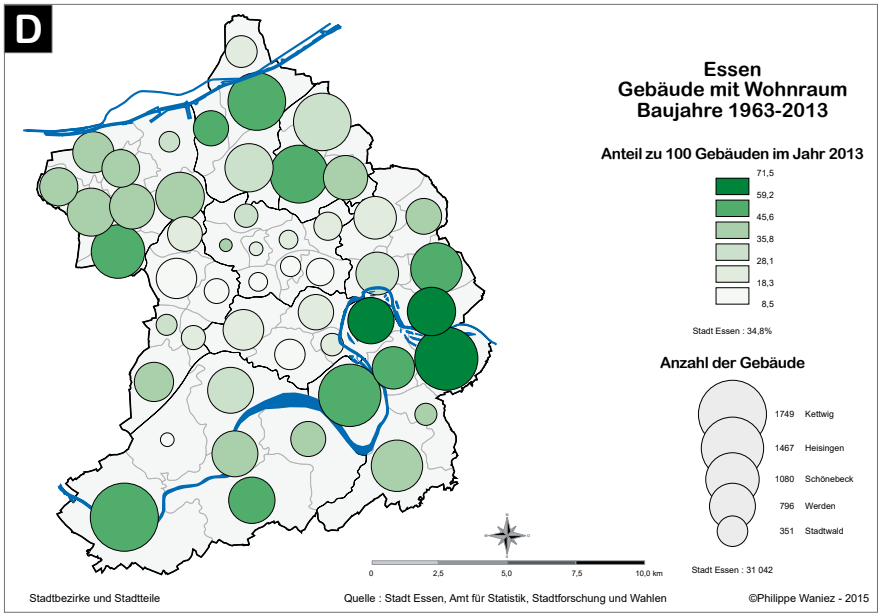
Einige Stadtteile sind repräsentativ für den Zeitraum 1919-1949: Huttrop und Frillendorf im Osten und vor allem Stadtwald im Süden mit 60,2% Gebäuden, die in dieser Zeit gebaut wurden (**Karte 10B**). Außerhalb dieser Bezirke sind die Gebäude, die mit dieser Periode datiert sind, in der ganzen Stadt verstreut und stellen nur einen schwachen Anteil der Bauten dar.

Die Jahre des Wiederaufbaus markieren speziell den zentralen Teil von Essen (**Karte 10C**) hauptsächlich die Viertel von Holsterhausen: im Jahr 2013 gibt es 1.878 Gebäude, die zwischen 1949 und 1962 erbaut wurden, das sind 68,8% der Wohngebäude. Dies ist auch in Rüttenscheid, Südviertel, Altendorf, Frohnhausen und sogar dem Stadtkern der Fall (aber mit einer viel geringeren Anzahl von Gebäuden als in anderen Stadtteilen).


A
Essen
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre vor 1919
Anteil zu 100 Gebäude im Jahr 2013n
54,4
54,4
28,9
20,6
14,0
9,8
5,3
Stadt Essen : 17,6%
Anzahl der Gebäude
1178 Katernberg
752 Kettwig
635 Werden
398 Stoppenberg
183 Vogelheim
Stadt Essen : 15 689
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


B
Essen
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1919-1948
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2013
60,2
60,2
41,1
32,6
18,5
10,8
3,2
Stadt Essen : 17,4%
Anzahl der Gebäude
1364 Stadtwald
770 Huttrop
454 Gerschede
330 Borbeck-Mitte
194 Fischlaken
Stadt Essen : 15 523
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


C
Essen
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1949-1962
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2013
70,4
62,0
51,7
42,9
29,8
20,3
8,3
Stadt Essen : 30,2%
Anzahl der Gebäude
1878 Holsterhausen
1250 Altendorf
1020 Altenessen-Süd
499 Überruhr-Holthausen
198 Horst
Stadt Essen : 26 958
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


D
Essen
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1963-2013
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2013
71,5
59,2
45,6
35,8
28,1
18,3
8,5
Stadt Essen : 34,8%
Anzahl der Gebäude
1749 Kettwig
1467 Heisingen
1080 Schönebeck
796 Werden
351 Stadtwald
Stadt Essen : 31 042
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015

Seit 1963 bis 2013 entwickelt sich das städtische Wachstum von Essen im Wesentlichen in den peripheren Bezirken der Stadt, hauptsächlich in den Stadtbezirken IV bis IX, in denen zwei Drittel von den 31.042 neuen Gebäude (**Karte 10D**) gebaut werden. Aber diese Ausdehnung von Wohngebäuden kommt nicht in einer Bevölkerungszunahme zum Ausdruck: Die Krise in der Stahlproduktion hat eine Ausblutung der Bevölkerung zur Folge und führt im Jahr 1970 zu unter 700.000 Einwohnern, unter 650.000 im Jahr 1980 und unter 600.000 im Jahr 1999.

Essen ist als Erbe einer reichen industriellen Geschichte auch zuerst das Symbol der kriegerischen preußischen Macht später dann der nazistischen. Die Stadt zahlte einen hohen Preis für ihre direkte Beteiligung an dem Ausbau der Waffenbestände während des II. und III. Reiches. Man kann nur von der Wiederherstellung der Stadt in den Jahren 1950-1960 durch den Neustart der Stahlindustrie und verwandter Branchen beeindruckt sein. Trotz der Schließung der Industrieanlagen in den 1970er Jahren, hat Essen immer noch 576.691 Einwohnern am Ende des Jahres 2014. Auch wenn Essen in wirtschaftlicher Hinsicht sicher keinen guten Ausgang genommen hat, so bleibt es eine interessante Stadt, mit Vierteln, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten in ihrer bewegten Geschichte gebaut wurden.

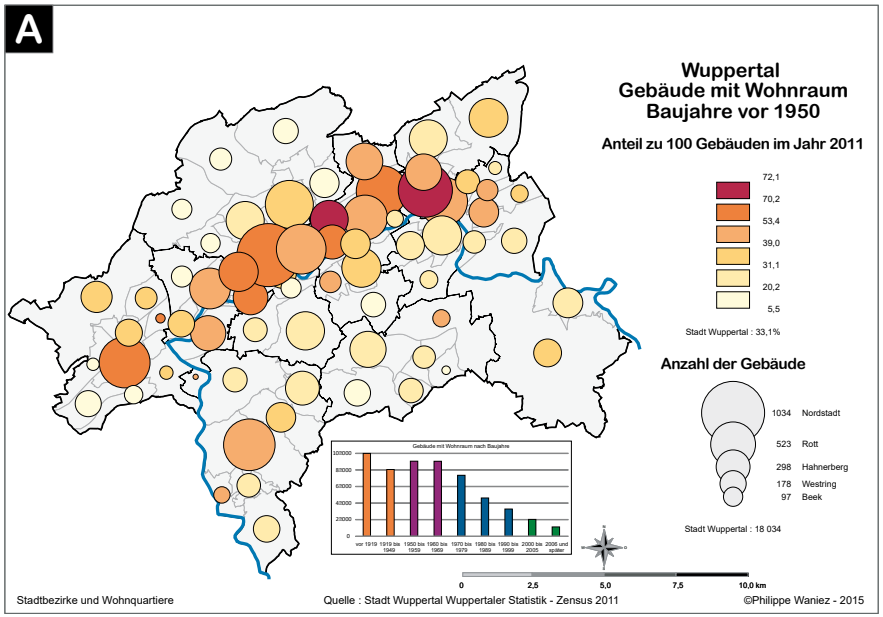
Wuppertal: die lineare Stadt im verlangsamten Wachstum

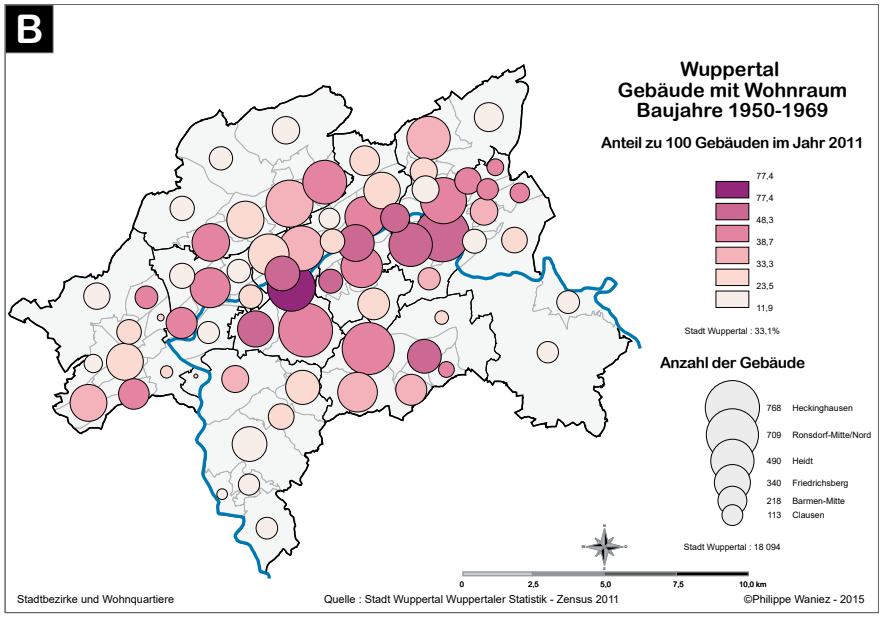
Wie in Essen, wurde der aktuelle Wohnungsbestand während drei Perioden von ungefähr gleicher Bedeutung gebaut: vor 1950, von 1950 bis 1969 und von 1970 bis 2011. Wuppertal hat ebenfalls starke Bombardierungen erlebt: „11.000 Häuser wurden aufgrund ihrer totalen Vernichtung nicht wieder aufgebaut.“ (20). Die demografischen Daten geben ein weiteres Maß für die Auswirkungen des Krieges im Jahre 1939. Wuppertal hatte 405.000 Einwohner; im Jahr 1945 hatte sie nur noch 318.209 ... (21).

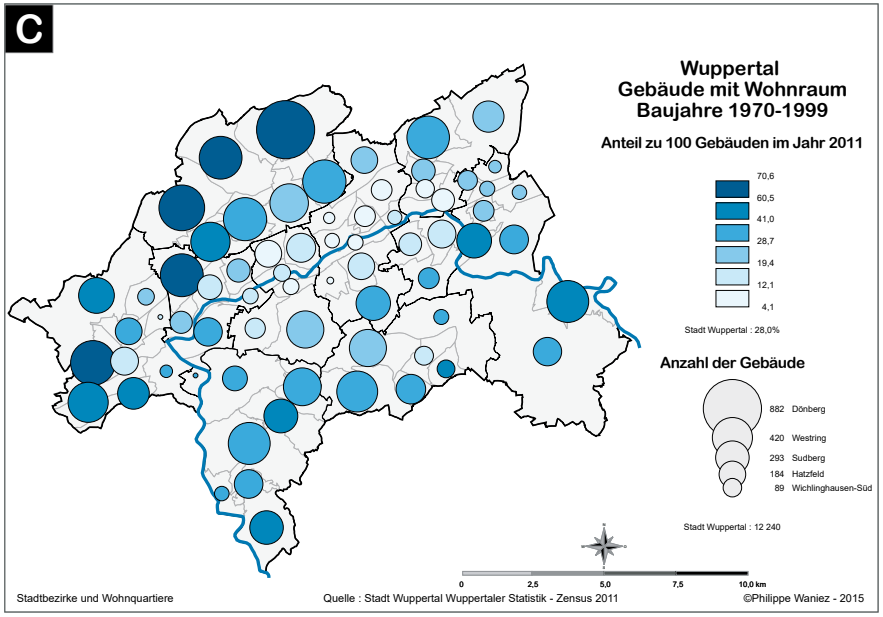
Aus der alten Zeit (vor 1919) blieben etwa 10.000 Gebäude, vor allem in dem Wupper-Tal oder in seiner Nähe und sie charakterisieren heute noch Stil und Stimmung in den verschiedenen Stadtteilen, wie Arrenberg (51,0%), Brill (41,9%) Nordstadt (52,9%), Loh (46,5%) und Wichlinghausen-Süd (46,9%). Diese alten Viertel haben heute einen bedeutenden Immobilienwert und ihre Gebäude sind begehrte Objekte der Rehabilitation für Großbürgertum, beispielsweise in Form von Wohnlofts.

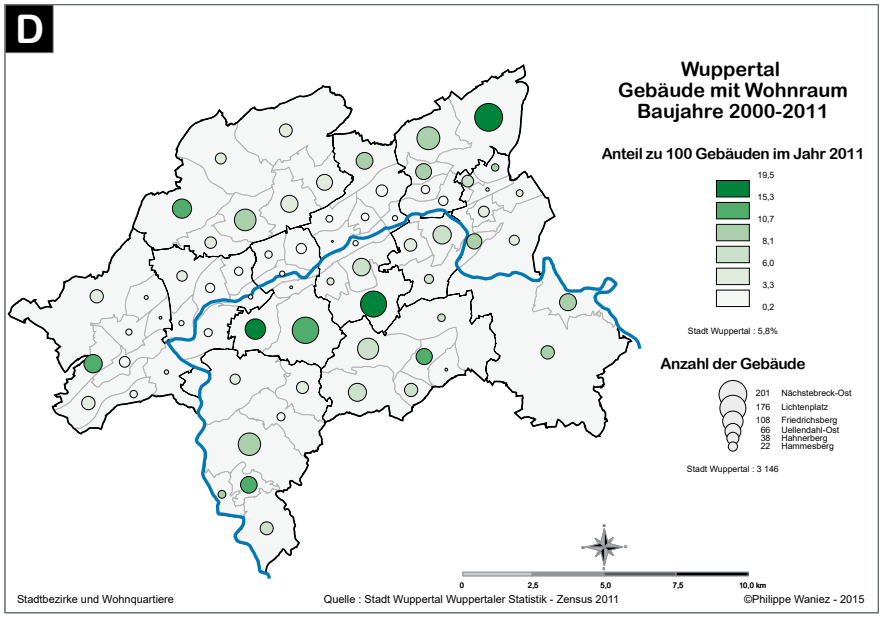
Die Gebäude aus der Epoche 1919-1949 sind weniger zahlreich, ungefähr 8.000. Sie befinden sich hauptsächlich im Norden von der Wupper und bleiben alle in der Achse des Flusses. Von West nach Ost, ist dies vor allem Nützenberg, Clausen und Rott. Die Karte der vor 1950 errichteten Gebäude (und vereint damit die beiden vorangegangenen Perioden), zeigt die axiale Ausrichtung der Altstadt, von Barmen nach Elberfeld, auf dem rechten Ufer der Wupper (**Karte 11A**). Einige andere alte Bezirke erscheinen hier, besonders in Vohwinkel-Mitte und Cronenberg-Mitte, zwei der Gründungsmitglieder der Stadt am 1. August 1929.

Aus der Zeit des Wiederaufbaus und der Stadtentwicklung in den zerstörten Stadtteilen, die 1950-1969 folgte, gibt es heute 18.000 Wohngebäude. Sie befinden sich in den ehemaligen von Bombardierungen zerstörten Bezirken, hauptsächlich in der Nähe der Eisenbahnverbindungen Düsseldorf-Köln-Hagen: Heckinghausen, Heidt, Barmen-Mitte, Friedrich-Engels-Allee, Südstadt, Elberfeld-Mitte, Friedrichsberg Hier sind mindestens 40,0% der gebauten Wohngebäude aus der Nachkriegszeit (**Karte 11B**).


A
Wuppertal
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre vor 1950
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2011
72,1
70,2
53,4
39,0
31,1
20,2
5,5
Stadt Wuppertal : 33,1%
Anzahl der Gebäude
1034 Nordstadt
523 Rott
298 Hahnerberg
178 Westring
97 Beek
Stadt Wuppertal : 18 034
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


B
Wuppertal
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1950-1969
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2011
77,4
77,4
48,3
38,7
33,3
23,5
11,9
Stadt Wuppertal : 33,1%
Anzahl der Gebäude
768 Heckinghausen
709 Ronsdorf-Mitte/Nord
490 Heidt
340 Friedrichsberg
218 Barmen-Mitte
113 Clausen
Stadt Wuppertal : 18 094
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Wuppertal
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 1970-1999
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2011
70,6
60,5
41,0
28,7
19,4
12,1
4,1
Stadt Wuppertal : 28,0%
Anzahl der Gebäude
882 Dönberg
420 Westring
293 Sudberg
184 Hatzfeld
89 Wichlinghausen-Süd
Stadt Wuppertal : 12 240
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Wuppertal
Gebäude mit Wohnraum
Baujahre 2000-2011
Anteil zu 100 Gebäuden im Jahr 2011
19,5
15,3
10,7
8,1
6,0
3,3
0,2
Stadt Wuppertal : 5,8%
Anzahl der Gebäude
201 Nächstebreck-Ost
176 Lichtenplatz
108 Friedrichsberg
66 Uellendahl-Ost
38 Hahnerberg
22 Hammesberg
Stadt Wuppertal : 3 146
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Im Jahr 1955 befand sich die Zahl der Einwohner wieder auf dem Stand von dem Jahr 1939. Im zweiten Teil dieses Zeitraums, in den 1960er Jahren entwickelte sich die Stadt. So entstand eine Ansiedlung zu den entlegenen Gebieten der Grundachse: Grifflenberg, Ronsdorf, Blombach Lohsiepen-Süd, Beek, Uellendahl, Nächstebreck. Im Norden nahm die Zahl ihrer Gebäude zu und dies dehnt sich weiter aus. Im Jahr 1963 erreicht Wuppertal seine historisch höchste Einwohnerzahl: 423.453.

In den letzten drei Jahrzehnten am Ende des 20.Jahrhunderts wurden über 12.000 Wohngebäude erstellt. Die Stadt wuchs dann vor allem in der Bezirken von Uellendahl-Katernberg, Vohwinkel, Cronenberg und Ronsdorf Cronenberg, das heißt vor allem in abgelegenen Gebieten (**Karte 11C**), wie Dönberg, Siebeneick, Eckbusch, Osterholz, Sudberg, Blutfinke, Beyenburg. Im Jahr 1970 hatte Wuppertal 417.566 Einwohner und in der Folge der Globalisierung ergab sich ein weiterer Rückgang (allgemeine Ölkrise, aber auch in der Textilindustrie). So sank die Stadt unter die Schwelle von 400.000 Einwohnern im Jahr 1977, weiter auf 375.000 im Jahr 1986, jedoch gab es einen leichten Anstieg im Jahr 1992 auf 388.102 Einwohner.

Aber die demografische Stabilisierung wird nur während der ersten 10 Jahre des 21. Jahrhunderts andauern. Der Rückgang wird fortgesetzt und zwar mit weniger als 350.000 Einwohnern im Jahr 2010 und nur noch 343.488 Ende 2013. Dieser Trend wird durch eine relative Verlangsamung im Wohnungsbau begleitet, mit einem Durchschnitt von 280 Gebäuden aus dieser Zeit in dem aktuellen Wohnungsbestand gegenüber 314 im vorangegangenen Zeitraum. Auch wenn überall in der Stadt ein wenig gebaut wird, sind einige Bezirke in diesem Bereich bevorzugt: Friedrichsberg, Grifflenberg, Lichtenplatz im Süden und Nächstebreck-Ost im äußersten Nordosten (**Karte 11D**).

Die Stadtlandschaft von Wuppertal weist echte Originalität auf, nicht nur durch den linearen Charakter der Stadt durch das Tal, deren Teile von der Schwebebahn verbunden werden, sondern auch durch die verschiedenen gut sichtbaren historischen Schichten, die an die industrielle Entwicklung der Stadt erinnern. Das Bergische Land lädt dazu ein, die außerhalb des Tales unaufhörlich nach oben und unten schlängelnden Straßen entlang zu gehen. Die Stadt scheint paradox, zugleich linear und abgerundet, zeitgenössisch und historisch, reich in ihrer Vergangenheit aber mit einer Zukunft, die schwer zu definieren ist.

2. Die Größe der Gebäude und der Wohnungen

Von all den Eigenschaften der Wohnungen werden drei quantitative Indikatoren in der Regel von Analysten verwendet: die durchschnittliche Wohnungsanzahl je Wohngebäude, die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung und die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner.

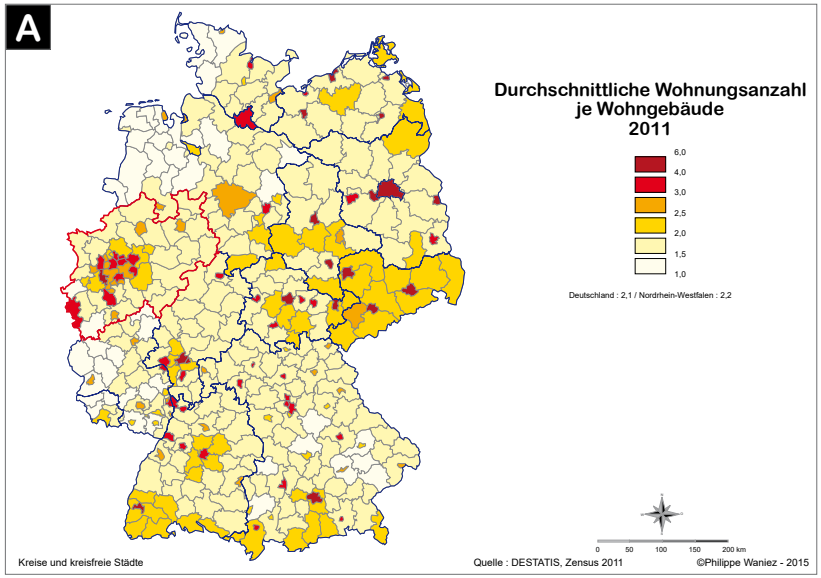
Die durchschnittliche Wohnungsanzahl je Wohngebäude

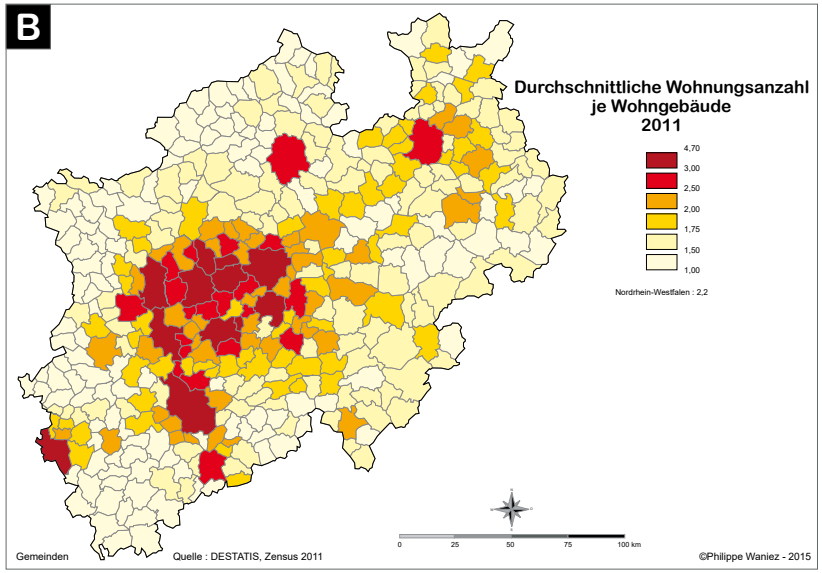
Im Jahr 2011 lag diese Zahl bei 2,1 für ganz Deutschland und für NRW bei 2,2. In diesen Durchschnittswerten verbergen sich jedoch erhebliche Unterschiede, in der Größenordnung von 1 bis 6. Die allgemeine Regel kann wie folgt angegeben werden: Städte sind durch eine hohe Anzahl von Wohneinheiten pro Gebäude gekennzeichnet, während in ländlichen Gebieten diese Zahl viel niedriger ist.

Diese Beobachtung ist nicht sehr originell und bestätigt nur die empirische Beobachtung, die zeigt, dass Wohnraum in Städten eher in Gebäuden und auf dem Land eher in Häusern zu finden ist. Aus diesem Grund weist die Karte der durchschnittlichen Wohnungsanzahl je Wohngebäude auf dem Niveau der Kreise Werte aus, die im Allgemeinen in fast allen kreisfreien Städten über 3 liegen (**Karte 12A**). Einige große Städte erreichen sehr hohe Werte, wie Berlin (5,9) oder Leipzig (5,5), während sie in der Regel zwischen 4 und 5 für andere Städte liegen. Im Gegensatz dazu sind die Landkreise durch Werte zwischen 1 und 2,5 gekennzeichnet, mit niedrigem Niveau in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern.

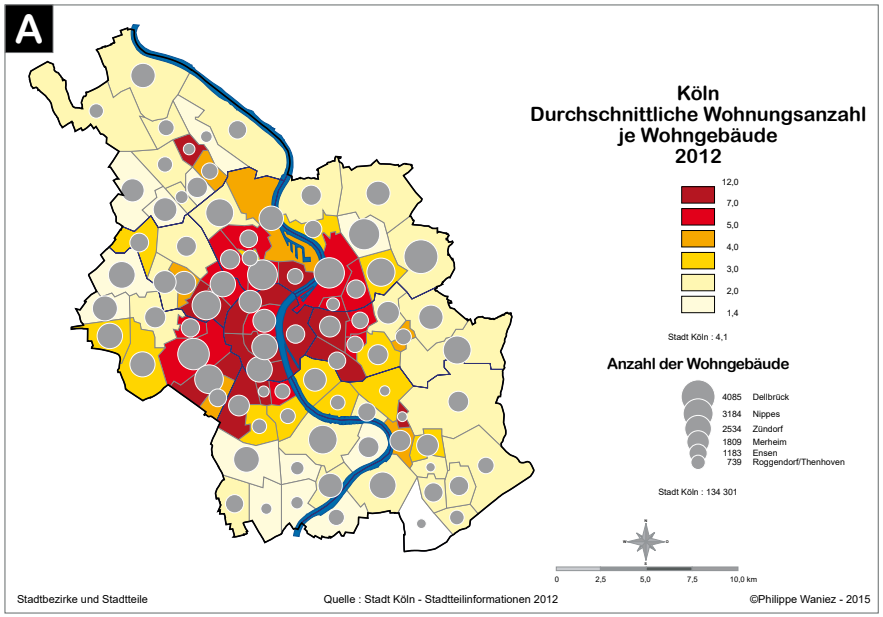
Die durchschnittliche Wohnungsanzahl je Wohngebäude kann wie ein ergänzender Indikator zur Besiedlungsdichte angesehen werden (neben der eigentlichen Bevölkerungsdichte). Dies ist in NRW (**Karte 12B**) besonders deutlich, weil hier die meisten der vorherigen, in Bezug auf die Regelung des Grundstücks beschriebenen Elemente zu finden sind.

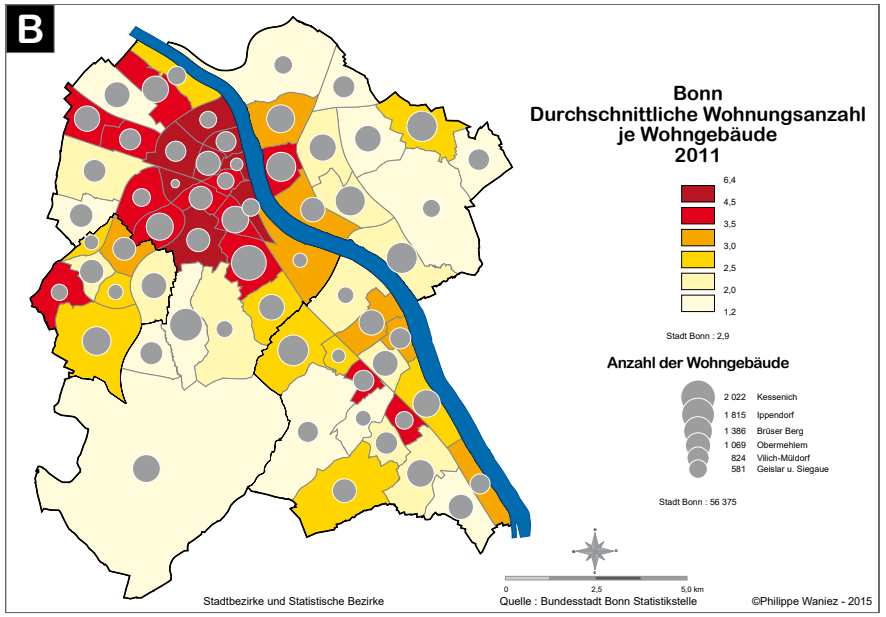
Der Maßstab der 4 Städte von NRW (Köln, Bonn, Essen und Wuppertal) die hier kartografiert sind, wurden ausgewählt auf Grund der Verfügbarkeit entsprechender Daten. Die durchschnittliche Wohnungsanzahl je Wohngebäude (**Karten 13A** bis **13D**) erlaubt auch, die unterschiedlichen Typen vom Wohnraum im Stadtraum sichtbar zu machen; mit anderen Worten zeigt dieser Indikator die Art und Weise, wie sich der Wohnraum in die Stadt integriert und zu ihrer Strukturierung beiträgt.

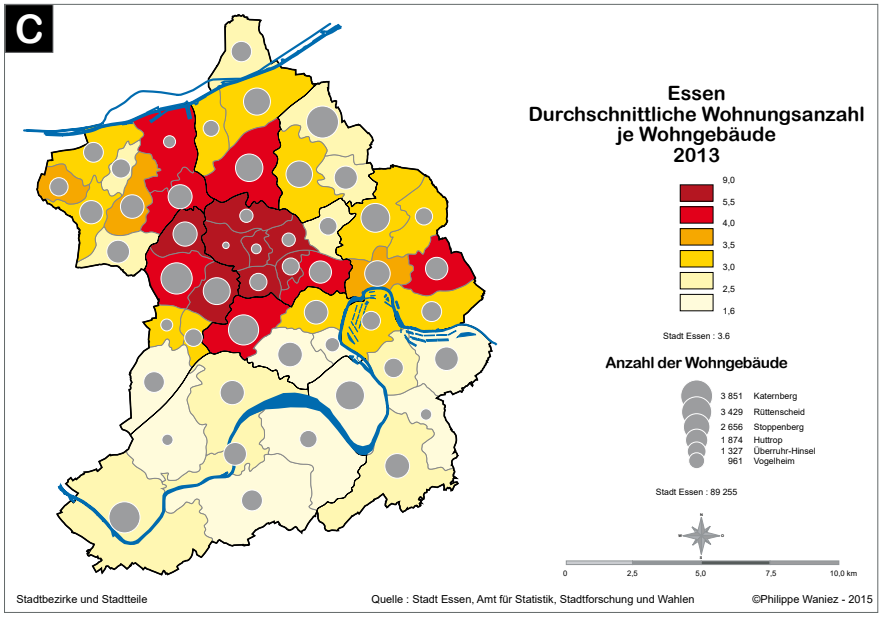


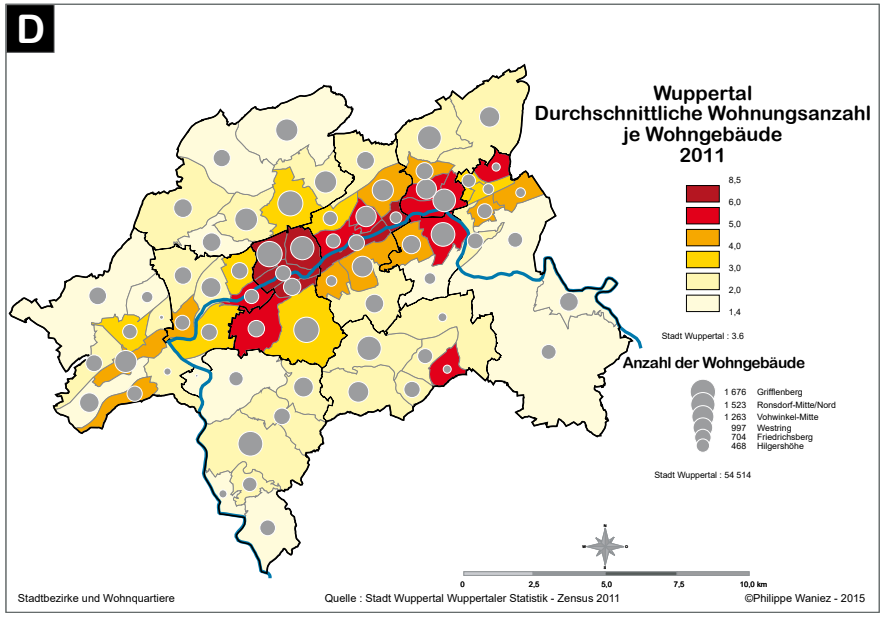


Karten 12


A
Köln
Durchschnittliche Wohnungsanzahl
je Wohngebäude
2012
12,0
7,0
5,0
4,0
3,0
2,0
1,4
Stadt Köln : 4,1
Anzahl der Wohngebäude
4085 Dellbrück
3184 Nippes
2534 Zündorf
1809 Merheim
1183 Ensen
739 Roggendorf/Thenhoven
Stadt Köln : 134 301
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2015


B
Bonn
Durchschnittliche Wohnungsanzahl
je Wohngebäude
2011
6,4
4,5
3,5
3,0
2,5
2,0
1,2
Stadt Bonn : 2,9
Anzahl der Wohngebäude
2 022 Kessenich
1 815 Ippendorf
1 386 Brüser Berg
1 069 Obermehlem
824 Vilich-Müldorf
581 Geislar u. Siegaue
Stadt Bonn : 56 375
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


C
Essen
Durchschnittliche Wohnungsanzahl
je Wohngebäude
2013
9,0
5,5
4,0
3,5
3,0
2,5
1,6
Stadt Essen : 3.6
Anzahl der Wohngebäude
3 851 Katernberg
3 429 Rüttenscheid
2 656 Stoppenberg
1 874 Huttrop
1 327 Überruhr-Hinsel
961 Vogelheim
Stadt Essen : 89 255
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


D
Wuppertal
Durchschnittliche Wohnungsanzahl
je Wohngebäude
2011
8,5
6,0
5,0
4,0
3,0
2,0
1,4
Stadt Wuppertal : 3.6
Anzahl der Wohngebäude
1 676 Grifflenberg
1 523 Ronsdorf-Mitte/Nord
1 263 Vohwinkel-Mitte
997 Westring
704 Friedrichsberg
468 Hilgershöhe
Stadt Wuppertal : 54 514
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karten 13

Auf den Karten beobachtet man immer ein dichtes städtisches Zentrum, Vorstädte und periphere Räume. Im dichten Zentrum findet man meistens keine Wohngebäude, was sich besonders in der Nutzung des Raums in anderer Form äußert, meist als Bürogebäude. Aber gerade im Zentrum sind es die Wohnungen je Gebäude, die eine hohe Wohndichte charakterisieren. Hier wird die Stadtlandschaft durch das fast ausschließliche Vorhandensein von mehrstöckigen Gebäuden gekennzeichnet, dazu bestimmt, dort zu leben oder zu arbeiten.

Am Stadtrand, ist die Zahl der Gebäude oft höher als in der Mitte, wie in Köln oder Essen, aber mit einer etwas geringeren Wohndichte. Es handelt sich um Gebäude in Wohnanlagen, die oft aus dem Wiederaufbau der Nachkriegszeit datiert sind und vor allem zu Wohnzwecken bestimmt sind. In derselben Kategorie der Dichte findet man auch die in den Jahren 1960-1980 standardisierten Wohnblöcke, wie in Neu-Tannenbusch in Bonn oder Rehsiepen in Wuppertal, deren Erbauung von der Wohnungsnot dieser Epoche gerechtfertigt wurde. Es handelt sich um Trabantenstädte, in denen das Leben schwer ist.

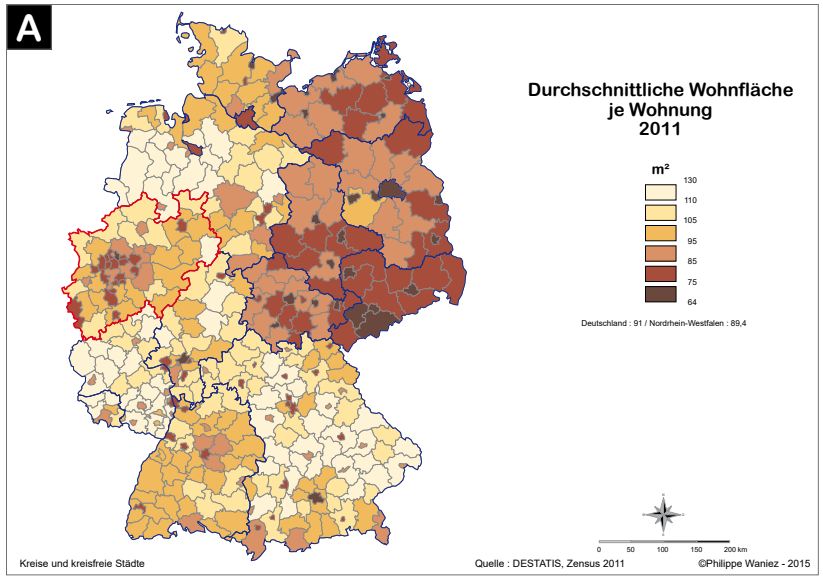
Die durchschnittliche Wohnungsanzahl je Wohngebäude vermindert sich zur äußeren Peripherie, zuerst in einer Mischung mit mehr oder weniger hohen Wohnungsgebäuden, dann die Bezirke, die in der Mehrheit aus freistehenden Häuser oder aus Doppelhaushälften zusammengesetzt sind, die einem schwachen Durchschnitt entsprechen. Bezirke mit geringer Dichte, wie Rondorf in Köln, Röttgen in Bonn, Fischlaken in Essen und Beyenburg in Wuppertal sind charakteristisch für diese abgelegenen Dörfer, die in die zentrale Stadt zugunsten einer Verwaltungs- und Gebietsreform integriert wurden und das städtische Wachstum rechtfertigen (Eingemeindung).

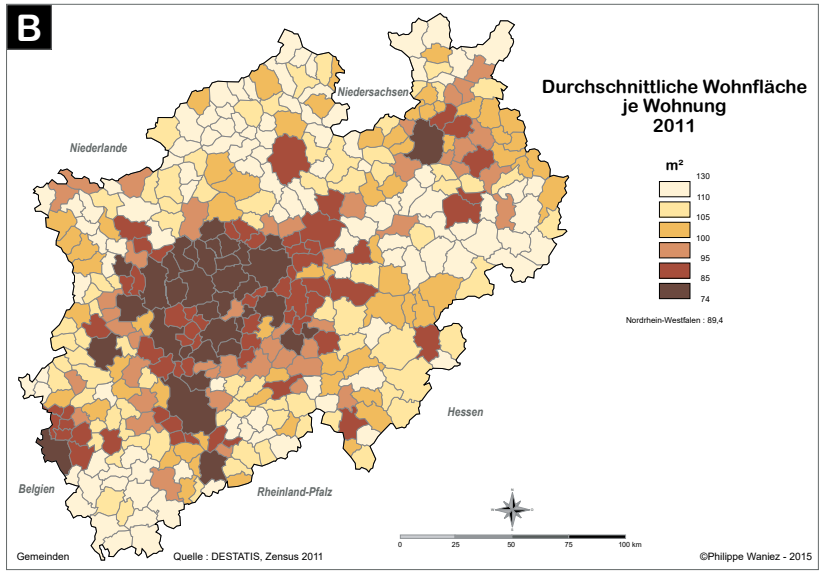
Die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung

Wie für den vorherigen Indikator, sind die Durchschnittswerte für Deutschland und für NRW mit jeweils 91 qm und 89,4 qm je Wohnung im Jahr 2011 nicht sehr voneinander entfernt. Für die Kreise und kreisfreien Städte, ist der mittlere Bereich der Wohnungen zwischen 64 und 130 qm (**Karte 14A**). Zum Gegensatz von städtischem und ländlichem Raum kann man sagen: die Wohnungen sind kleiner in den Städten als auf dem Land. In dieser Hinsicht muss man daran denken, dass die durchschnittliche Anzahl der Personen pro Haushalte in der Stadt auch niedriger ist als in ländlichen Gebieten. Wenn man bedenkt, dass im Allgemeinen eine Wohnung = ein Haushalt ist, erscheint das oben angesprochene Verhältnis logisch.

Ein anderes Phänomen erscheint klar auf der Karte: der Gegensatz alte Länder / neue Länder. In den neuen Ländern sind alle Kreise durch kleine Wohnflächen gekennzeichnet; und in den Städten noch kleiner. Im Gegensatz dazu zeigt sich in den alten Ländern und außerhalb der Großstädte die Wohnflächen im Rheinland-Pfalz, Oberhessen, Niedersachsen und Bayern veränderlicher, verhältnismäßig groß; sie ist in Baden-Württemberg und in NRW geringer.

In den Gemeinden von NRW (**Karte 14B**) findet man wieder den Gegensatz städtisch/ländlich, wie in ganz Deutschland beobachtet. Auf der Rhein- und Ruhr-Achse überschreitet die durchschnittliche Größe der Unterkünfte nicht 85 qm; dies ist ebenfalls in Bielefeld, Mönchengladbach und Aachen der Fall.



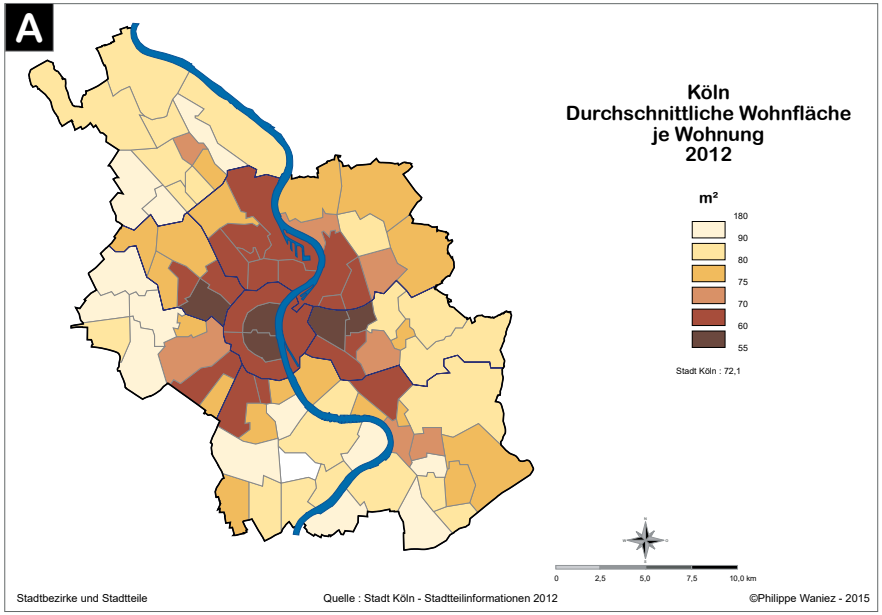


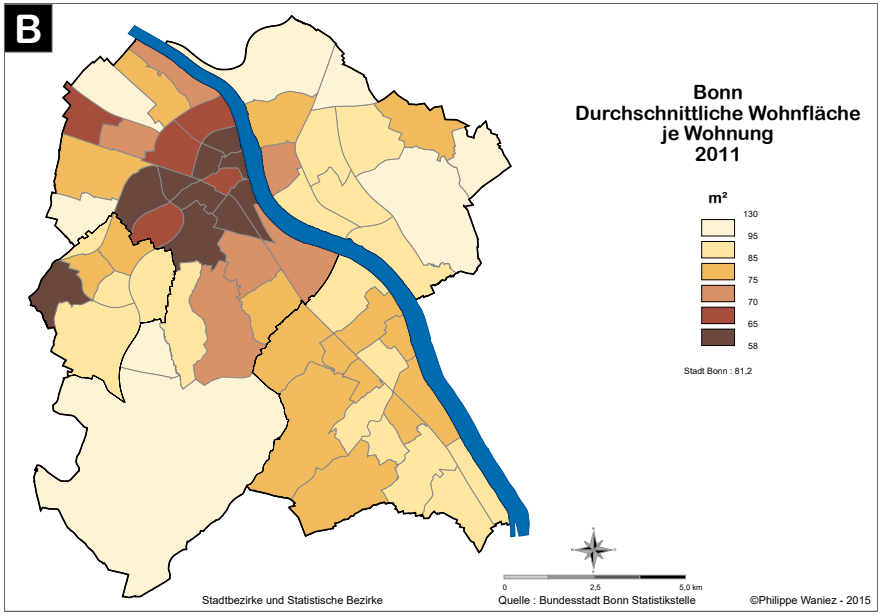
Karten 14

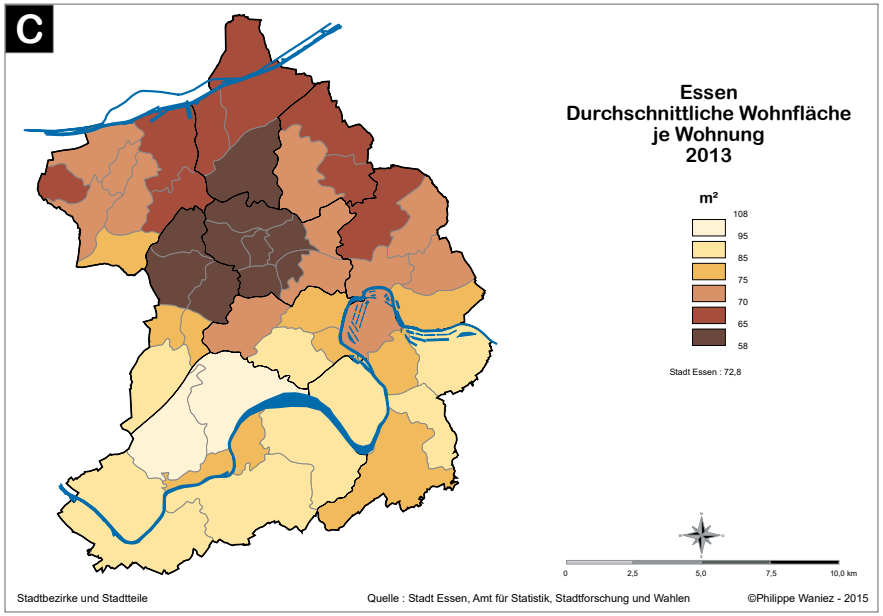
Andere Städte weisen etwas höhere Wohnflächen aus: Münster, Hamm, Paderborn und Detmold, Siegen, Düren … Dagegen sind die Unterkünfte im Münsterland, Sauerland und in der Eifel geräumiger.

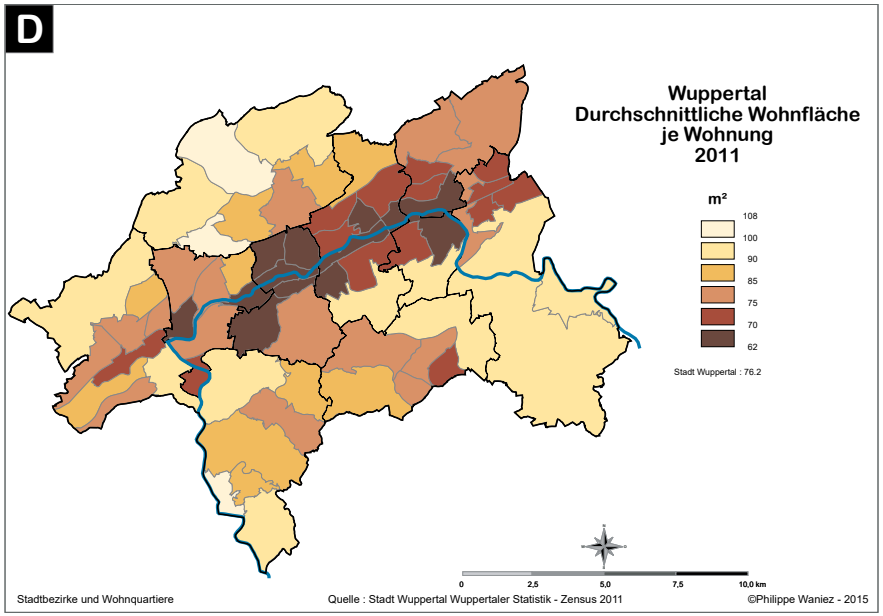
Die Verwendung einer umgekehrten Farbtonskala ermöglicht es den starken Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Wohnungsanzahl je Wohngebäude und der durchschnittlichen Wohnfläche je Wohnung (**Karten 15A** bis **15D**), zu erkennen. Diese Verbindung ist negativ, denn wenn die Wohnungsanzahl zunimmt, verringert sich die Wohnfläche. Anders und allgemein ausgedrückt: In den zentralen Bezirken zu leben bedeutet, dass man in kleineren Wohnungen wohnt. Um diese Beziehung zu erklären, kann man meinen, dass der Preis im Durchschnitt höher ist als am Stadtrand.

Aber man muss auch die Besonderheit der Bevölkerung und insbesondere die Tatsache berücksichtigen, dass die Haushalte der zentralen Bezirke oft weniger Personen haben als andere Bezirke. So stellt sich ein Gleichgewicht zwischen der Wohnfläche, Preis und Größe der Haushalte dar. In allen Fällen zeigen die Karten deutlich einen mehr oder weniger systematisch abnehmenden Gradienten vom Zentrum zum Stadtrand.


A
Köln
Durchschnittliche Wohnfläche
je Wohnung
2012
m²
180
90
80
75
70
60
55
Stadt Köln : 72,1
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2015


B
Bonn
Durchschnittliche Wohnfläche
je Wohnung
2011
m²
130
95
85
75
70
65
58
Stadt Bonn : 81,2
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


C
Essen
Durchschnittliche Wohnfläche
je Wohnung
2013
m²
108
95
85
75
70
65
58
Stadt Essen : 72,8
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015

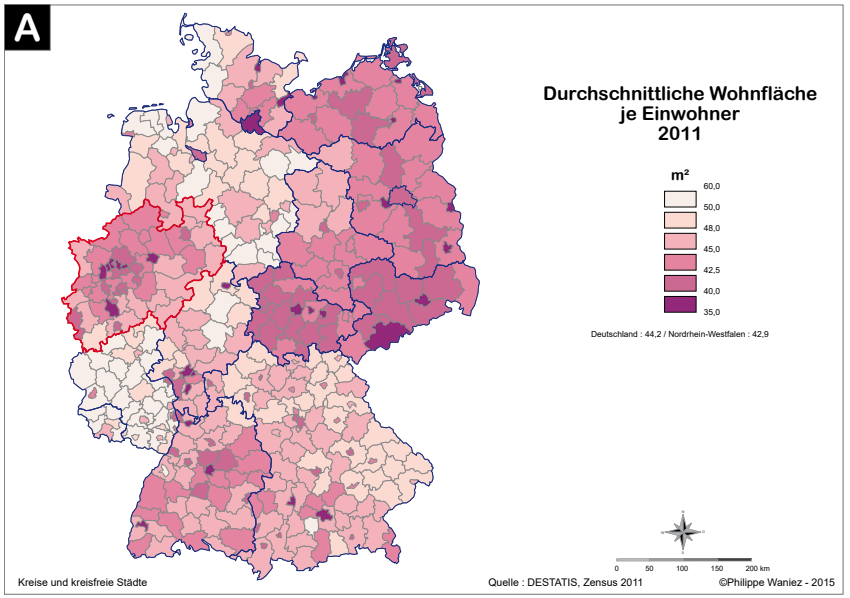

D
Wuppertal
Durchschnittliche Wohnfläche
je Wohnung
2011
m²
108
100
90
85
75
70
62
Stadt Wuppertal : 76.2
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

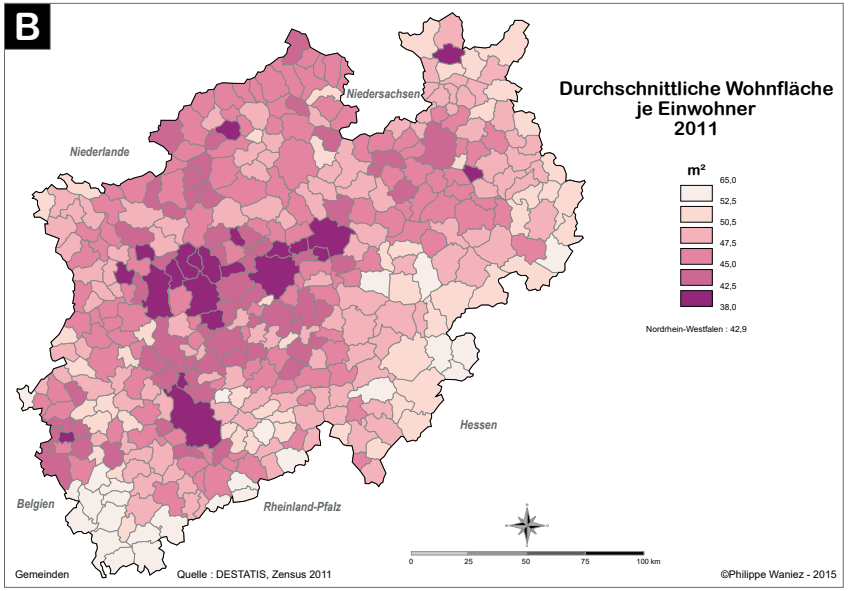
Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner

In den Kreisen und kreisfreien Städten, liegt der Durchschnitt zwischen 35qm und 60 qm für ganz Deutschland (**Karte 16A**). Man findet wieder den Gegensatz von städtischen/ ländlichen Räumen: Die bewohnbare Fläche pro Einwohner ist in der Stadt kleiner als auf dem Land. Dies gilt vor allem für die alten Bundesländer, wo die Städte systematisch mit kleinerer Durchschnittsflächen erscheint, unter 45 qm pro Kopf.

Man findet auch den Gegensatz von den alten und neuen Bundesländern wieder. In den alten Ländern, weisen sich alle Kreise (außer in der nördlichen Hälfte von Sachsen-Anhalt) durch sehr geringe Wohnflächen pro Kopf aus. Zweifellos kann man das Überleben der verschiedenen Wohnstandards der ehemaligen DDR und der ehemaligen BRD erkennen. Das heißt, in der DDR waren die Wohnungen kleiner als in der BRD: „Wie groß die Wohnung sein durfte, regelten ebenfalls gesetzliche Bestimmungen. Für eine Familie mit zwei Kindern waren das z. B. etwa 60 Quadratmeter“ (6), was 15 qm pro Person in den nach diesen „sozialistischen“ Normen gebauten Gebäuden entspricht.

In NRW, zeigen die Gemeinden in seinem Herzen feine Unterschiede (**Karte 16B**): Im Ruhrgebiet gehören die Werte zu den niedrigsten; von Hamm bis Duisburg fallen sie oft unter 42,5 qm. Man sollte meinen, dass die wirtschaftlich starke Stadt Köln, bessere Werte präsentiert; dies ist aber nicht der Fall mit 41,2 qm im Durchschnitt. In anderen Städten des Bundeslandes scheint die Situation etwas besser zu sein, außer in Bonn, Münster, Mönchengladbach oder auch Paderborn.



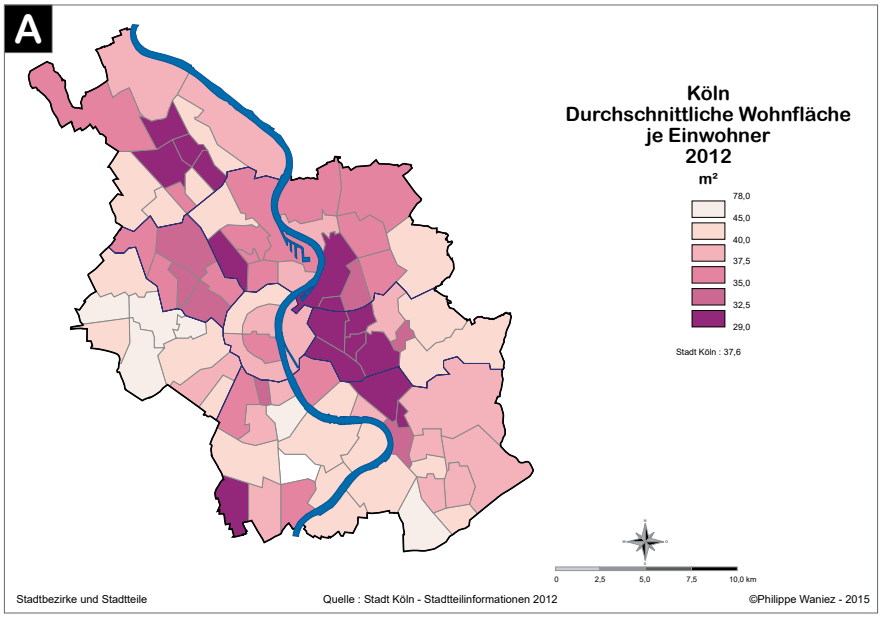


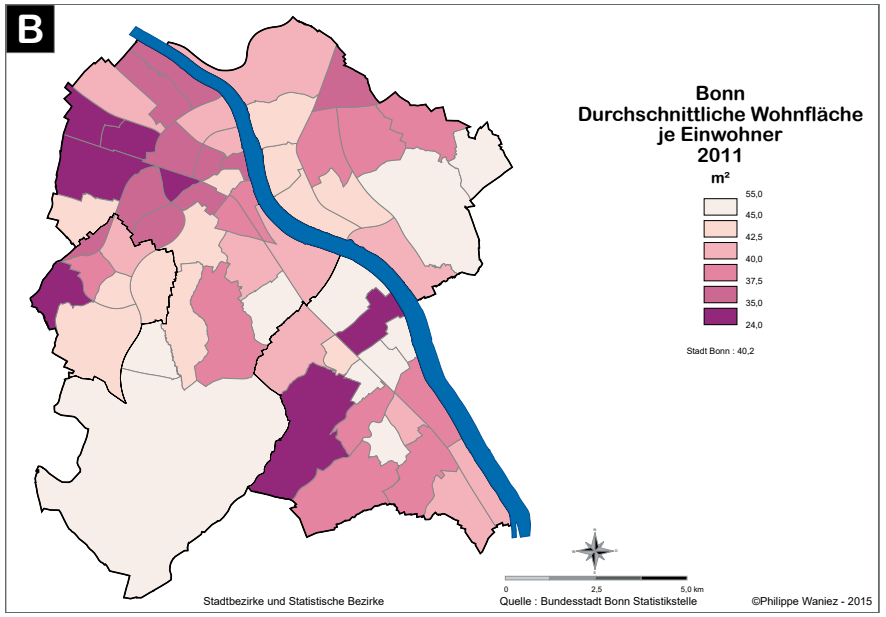
Karten 16

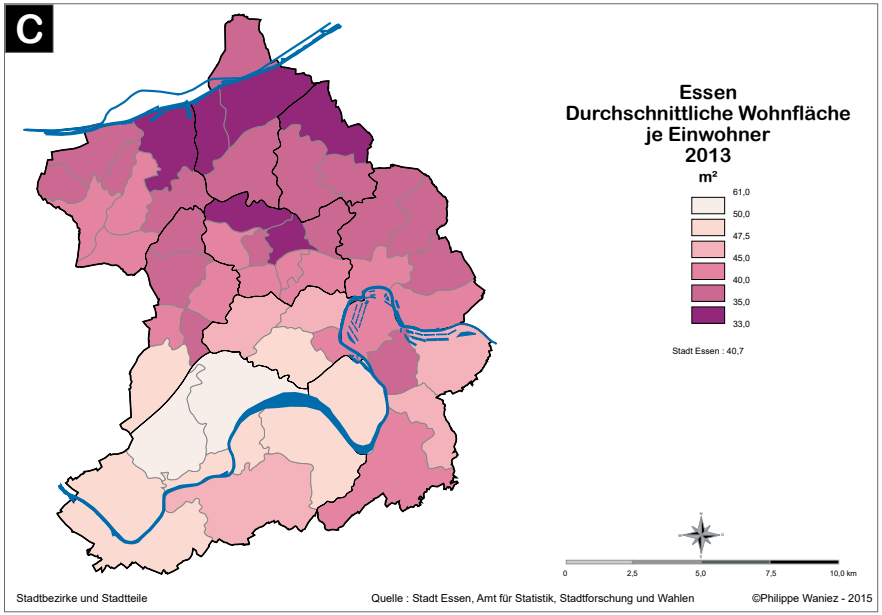
Anschließend charakterisieren die ländlichen Räume des Teutoburger Waldes, vom Sauerland und der Eifel Einwohner, die in größeren Wohnungen von 50 qm oder mehr leben.

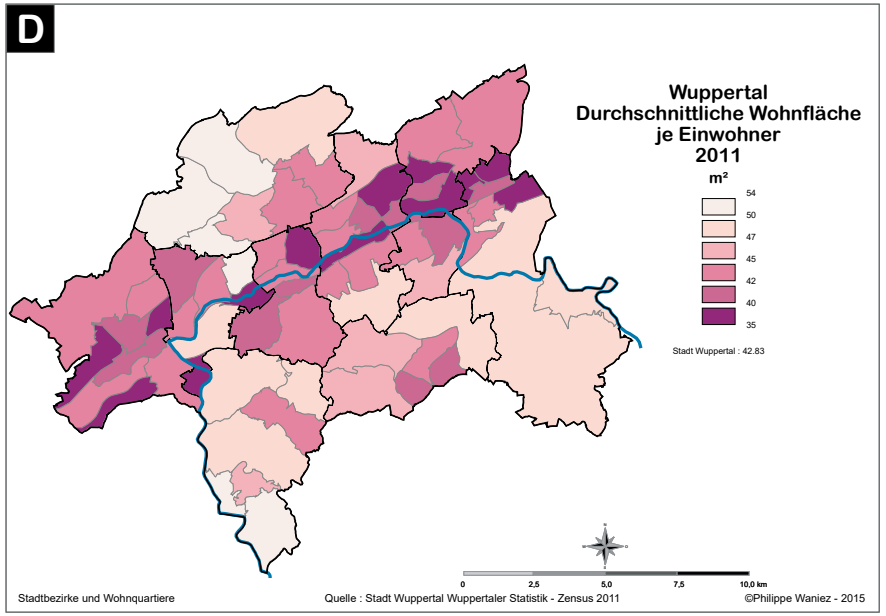
Auf den Karten der Städte erscheint immer die Anordnung Zentrum / Peripherie (**Karten 17A** bis **17D**), aber dieser Effekt ist viel weniger strukturiert als in vorherigen Karten. Auf systematische Weise sind die Bezirke, die Bewohner mit kleinerer Wohnfläche anzeigen, diejenigen, in denen der Anteil der eingewanderten Bevölkerung erhöht ist. Dies ist ebenfalls der Fall für den hohen Anteil an Haushalten von 5 Personen oder mehr und an Bedarfsgemeinschaften. Demnach drückt eine dunkle Farbe nicht nur eine niedrige Wohnfläche je Einwohner aus, sondern auf eine allgemeinere Art die soziale Stellung und den geringeren Lebensstandard dieser Einwohner.

In der Zusammenfassung geben diese drei quantitativen und sehr allgemeinen Indikatoren auf dem Niveau des Landes und der Bundesländer, ein eher ungünstiges Bild der städtischen Räume das von Enge und Überfüllung gekennzeichnet ist. Andererseits wird erneut die relative Verzögerung der neuen Länder im Vergleich zu den alten unterstrichen. Auf dem Niveau der Städte geben dieselben Indikatoren ein Bild der städtischen Struktur, das von dem Modell Zentrum-Peripherie charakterisiert ist. Es überlagert ein sektorales, an die sozialen Merkmale der Einwohner gebundenes Modell.


A
Köln
Durchschnittliche Wohnfläche
je Einwohner
2012
m²
78,0
45,0
40,0
37,5
35,0
32,5
29,0
Stadt Köln : 37,6
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2015


B
Bonn
Durchschnittliche Wohnfläche
je Einwohner
2011
m²
55,0
45,0
42,5
40,0
37,5
35,0
24,0
Stadt Bonn : 40,2
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


C
Essen
Durchschnittliche Wohnfläche
je Einwohner
2013
m²
61,0
50,0
47,5
45,0
40,0
35,0
33,0
Stadt Essen : 40,7
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


D
Wuppertal
Durchschnittliche Wohnfläche
je Einwohner
2011
m²
54
50
47
45
42
40
35
Stadt Wuppertal : 42.83
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karten 17

3. Die Wohnungen nach Art der Nutzung

Der Status der Nutzung umfasst im Wesentlichen drei Kategorien: die Wohnung wird vom Eigentümer genutzt (42,6% aller Wohnungen in Deutschland); die Wohnung ist von einem Mieter gegen Miete oder in seltenen Fällen auch kostenlos belegt (52,3%); die Wohnung ist nicht belegt (4,5%).

Deutschland ist ein Land der Mieter

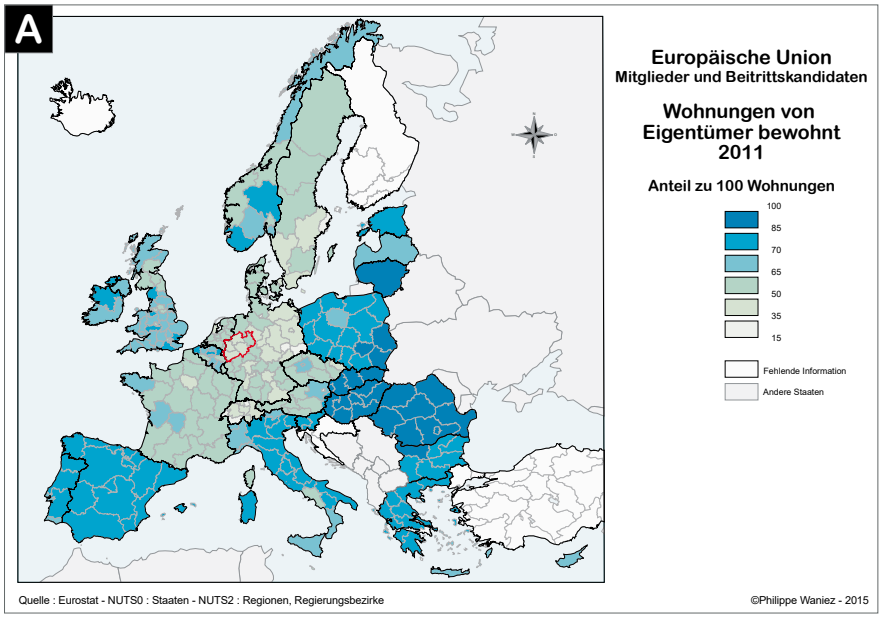
Deutschland ist demnach das Mieten von grundlegender Art. Nur die Schweiz verfügt mit 56,2% über einen höheren Anteil der Mieter. In allen anderen europäischen Ländern, kommen die Eigentümer an erster Stelle, allerdings mit sehr deutlichen Unterschieden (**Karte 18A**). In Frankreich, Niederlande, Österreich, Tschechien und Dänemark nehmen die Mieter die bedeutende Größenordnung von 40,0% der Wohnungen ein; diese Länder sind Deutschland nahe, auch wenn die Mieter in der Minderheit sind. Im Gegensatz dazu, sind die Wohnungen der am Ost- und Südrand gelegenen Länder überwiegend von den Eigentümern bewohnt, wie in Ungarn, Slowakei, Bulgarien, Italien, Spanien und Portugal.

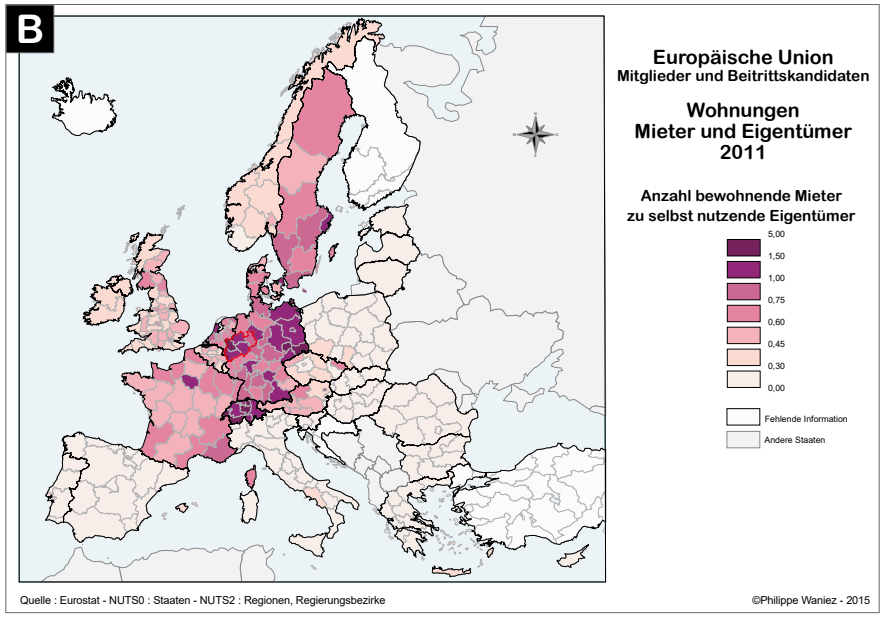
Die Anzahl der bewohnenden Mieter zu den selbstnutzenden Eigentümern zu berechnen, ist eine andere Art, die Unterschiede zwischen den europäischen Regionen in Bezug auf den Nutzungsstatus der Unterkünfte sichtbar zu machen. Man findet dann die peripherischen Länder mit einer sehr geringen Anzahl von Mietern wieder, während der westliche Teil Europas vielfältiger angezeigt wird (**Karte 18B**). Man beobachtet da auch eine Wirkung der „Hauptstadt“ wo der Anteil der Mieter deutlich höher ist als im Rest der Länder: Das ist für die Region Île-de-France (Paris), für Stockholm und Kopenhagen besonders deutlich, ebenso in Wien. Man könnte hier den hohen Preis der Immobilien in diesen Hauptstädten anführen, der die Möglichkeiten des Kaufs von Wohnungen der Einwohner begrenzt, aber London ist sicher eine der Städte in der Welt, in der die Lebenshaltungskosten sehr hoch sind und hier stellt sich diese Unausgeglichenheit nicht dar.

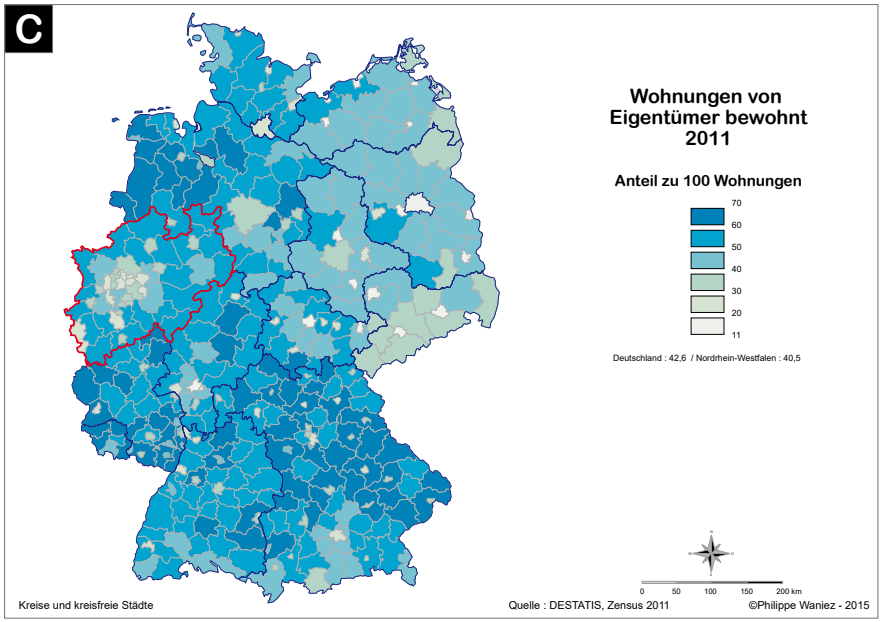
Viel mehr Eigentümer in den Landkreisen

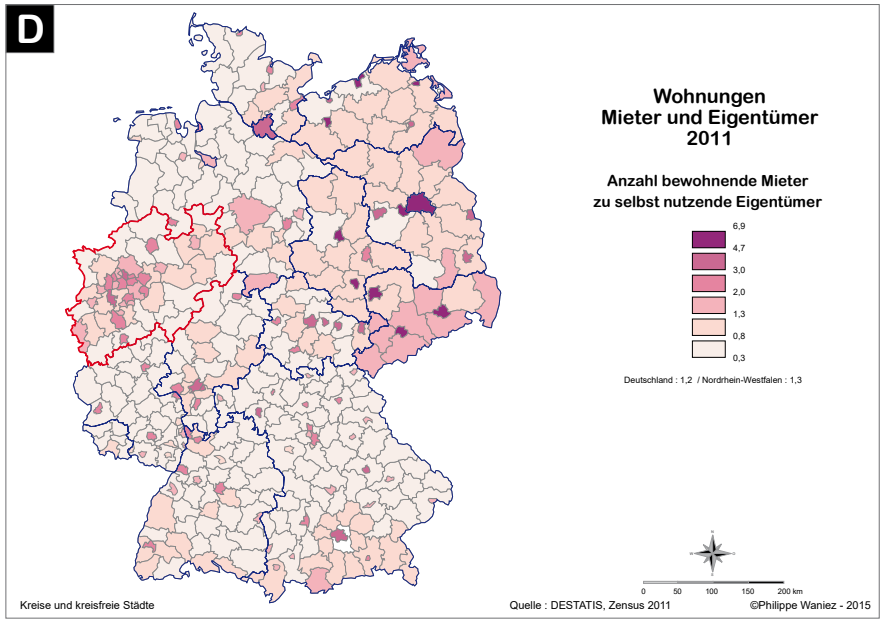
Der Anteil an Wohnungen, die von Eigentümern bewohnt werden, ist im Allgemeinen in den kreisfreien Städten geringer. Bei 18 von ihnen, alle in den neuen Ländern gelegen, ist der Prozentsatz der selbstnutzenden Eigentümer unter 20%. In Leipzig Rostock, Dresden, Schwerin, Halle und Chemnitz, sinkt dieser Anteil sogar unter 15%. In den alten Bundesländern beobachtet man dasselbe Phänomen aber etwas abgemildert: In den großen Städten sind ungefähr ein Drittel der Wohnungen von Eigentümern bewohnt, jedoch mit einer starken Schwankung in der Proportion, wie zum Beispiel, 22,7% in Düsseldorf, aber 32,0% in Mainz (**Karte 18C**).

Die Bedeutung der Mieter in deutschen Städten wird durch die Anzahl der bewohnenden Mieter zu selbstnutzende Eigentümer (**Karte 18D**) bestätigt. Man beobachtet die deutliche Unterscheidung der Städte im Vergleich zu den ländlichen Räumen. In den ländlichen Räumen wird die Anzahl der Mieter im Verhältnis zu den Eigentümern deutlich geringer als 1 angezeigt. Diese Karte zeigt auch, dass die Mieter in der ehemaligen DDR häufig in einer höheren Anzahl vorkommen als die Besitzer, einschließlich der Landkreise. Dies gilt vor allem in Sachsen, während es in Thüringen seltener der Fall ist.


A
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Wohnungen von Eigentümer bewohnt 2011
Anteil zu 100 Wohnungen
100
85
70
65
50
35
15
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015


B
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Wohnungen Mieter und Eigentümer 2011
Anzahl bewohnende Mieter zu selbst nutzende Eigentümer
5,00
1,50
1,00
0,75
0,60
0,45
0,30
0,00
Fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

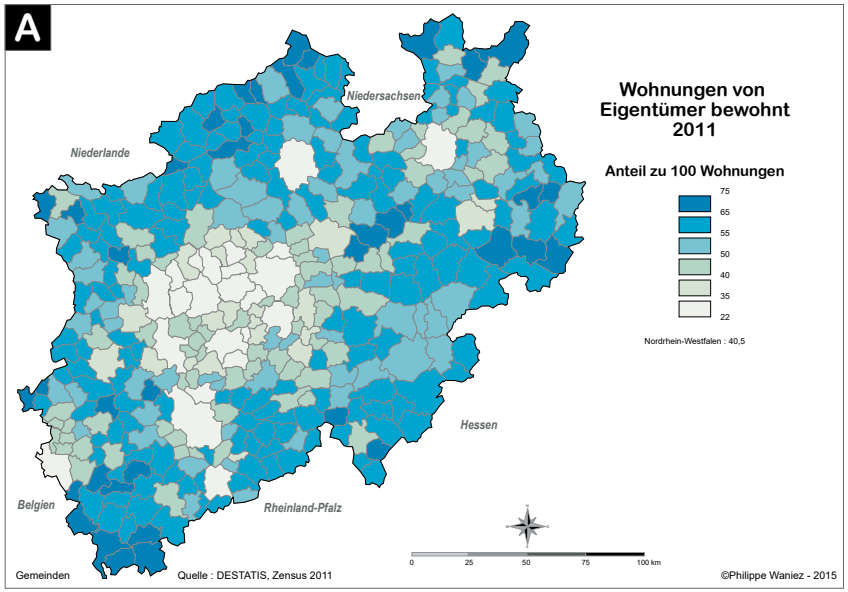

C
Wohnungen von Eigentümer bewohnt 2011
Anteil zu 100 Wohnungen
70
60
50
40
30
20
11
Deutschland : 42,6 / Nordrhein-Westfalen : 40,5
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

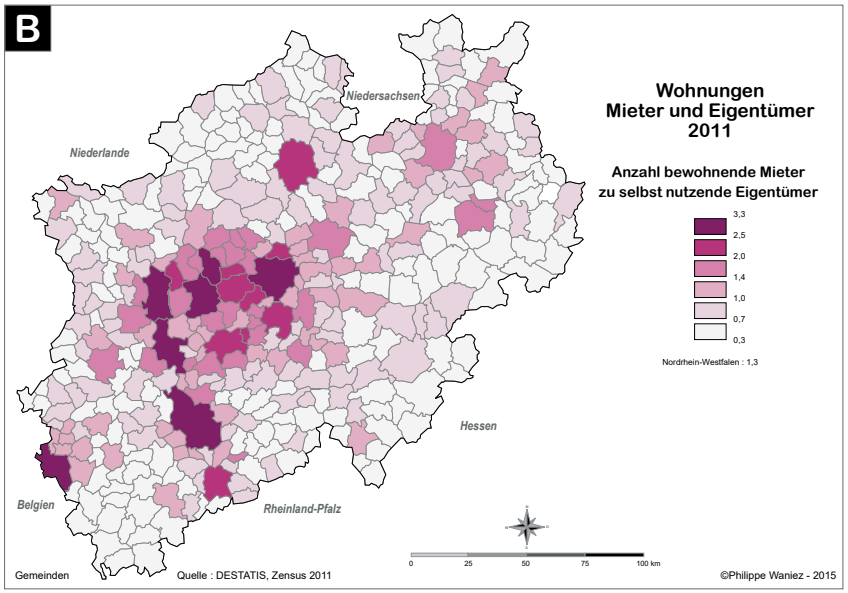

D
Wohnungen Mieter und Eigentümer 2011
Anzahl bewohnende Mieter zu selbst nutzende Eigentümer
6,9
4,7
3,0
2,0
1,3
0,8
0,3
Deutschland : 1,2 / Nordrhein-Westfalen : 1,3
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karten 18

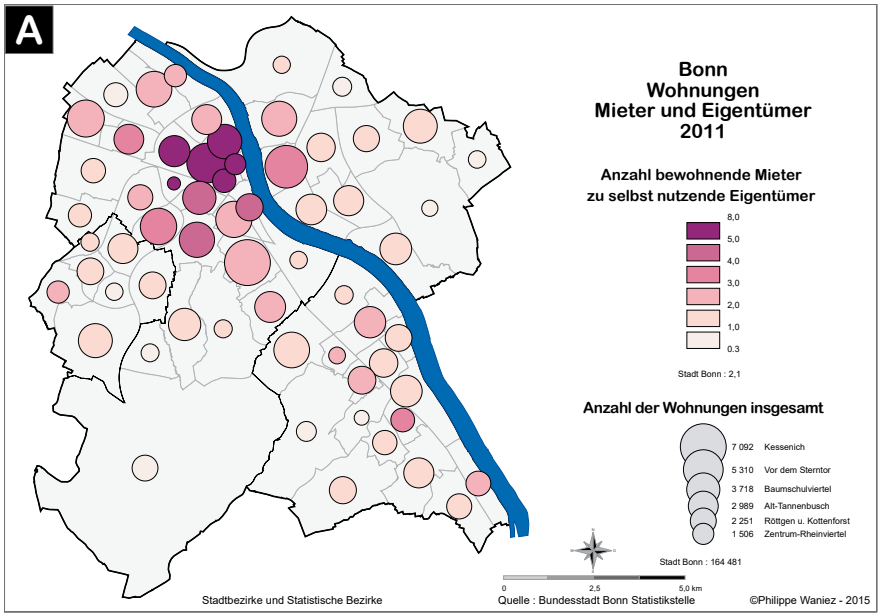
In NRW sind 40,5% des Gesamtbestandes an Wohnungen von den Eigentümern bewohnt. Die Bevorzugung der Eigennutzung gegenüber der Vermietung fällt hier noch mehr ins Gewicht, als für ganz Deutschland (42,6%). Im ländlichen Münsterland, Teutoburger Wald, Sauerland und der Eifel sind die Eigentürmer klar in der Mehrheit (**Karte 19A**). Jedoch unterstreicht die Karte von der Anzahl bewohnende Mieter zu selbst nutzenden Eigentümern (**Karte 19B**) die Dominanz der Mieter in allen Städten des Landes NRW, aber mit recht deutlichen Unterschieden zwischen den Städten. So ist der Anteil der Mieter (mehr als 2,5 Mieter zu einer bewohnten Wohnung vom Eigentümer) in Köln, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Dortmund und Aachen am höchsten. Dieses Verhältnis verringert sich leicht in Bonn, Wuppertal, Hagen, Bochum und Münster. Es ist noch etwas niedriger in Hamm, Mönchengladbach, Krefeld, Bielefeld und Paderborn. Die städtische Hierarchie ist verbunden mit der Nutzungsart der Wohnungen: Je bedeutender die Stadt, desto weniger zahlreich sind die Wohnungen, die von den Eigentümern bewohnt sind und ihre Proportion nimmt zu, je weiter man in der Hierarchie hinuntergeht.

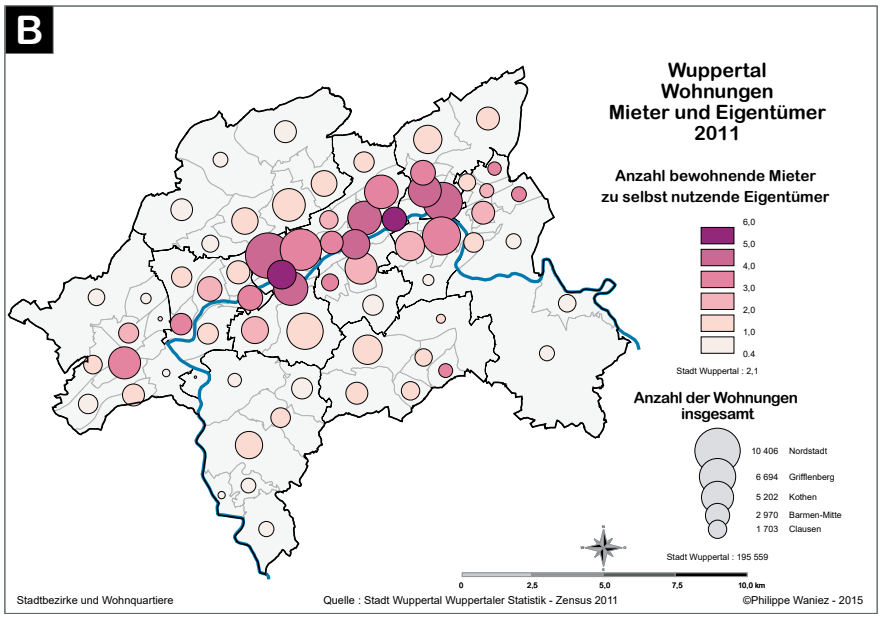
Ebenfalls festigt sich dieses zentrale Konzept selbst im Herzen der Städte .Die beiden Beispiele (Bonn und Wuppertal), für die Statistiken der Stadtteile zur Verfügung stehen, haben den gleichen Durchschnitt (2,1 Mieter zu einem Besitzer). Diese Zahl verbirgt erhebliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen. Die Anzahl der bewohnenden Mieter zu selbst nutzenden Eigentümern ist sogar noch höher, als es im zentralen Viertel der Fall ist (**Karte 20A** und **20B**). In Bonn gibt es gut fünf bis sieben Mal mehr Mieter als Eigentümer in den Vierteln Vor dem Sterntor, Wichelshof, Zentrum-Rheinviertel, Zentrum-Münsterviertel, Ellerviertel und Güterbahnhof.

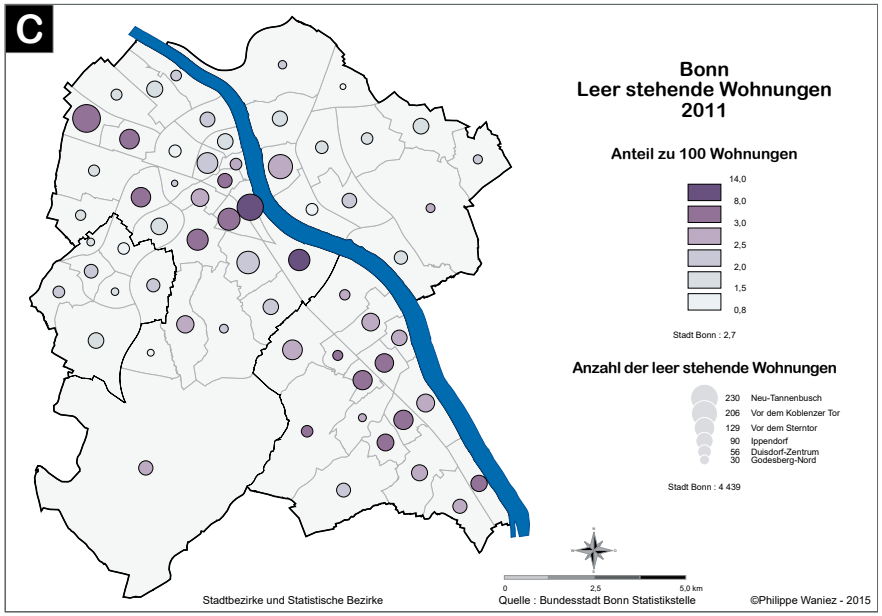


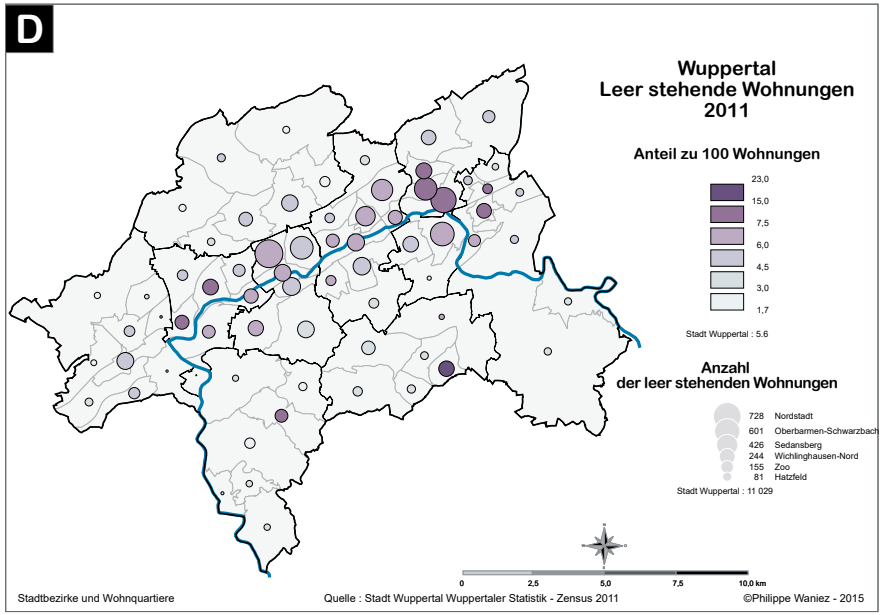


Karten 19


A
Bonn
Wohnungen
Mieter und Eigentümer
2011
Anzahl bewohnende Mieter
zu selbst nutzende Eigentümer
8,0
5,0
4,0
3,0
2,0
1,0
0.3
Stadt Bonn : 2,1
Anzahl der Wohnungen insgesamt
7 092 Kessenich
5 310 Vor dem Sterntor
3 718 Baumschulviertel
2 989 Alt-Tannenbusch
2 251 Röttgen u. Kottenforst
1 506 Zentrum-Rheinviertel
Stadt Bonn : 164 481
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


B
Wuppertal
Wohnungen
Mieter und Eigentümer
2011
Anzahl bewohnende Mieter
zu selbst nutzende Eigentümer
6,0
5,0
4,0
3,0
2,0
1,0
0.4
Stadt Wuppertal : 2,1
Anzahl der Wohnungen
insgesamt
10 406 Nordstadt
6 694 Grifflenberg
5 202 Kothen
2 970 Barmen-Mitte
1 703 Clausen
Stadt Wuppertal : 195 559
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Bonn
Leer stehende Wohnungen
2011
Anteil zu 100 Wohnungen
14,0
8,0
3,0
2,5
2,0
1,5
0,8
Stadt Bonn : 2,7
Anzahl der leer stehende Wohnungen
230 Neu-Tannenbusch
206 Vor dem Koblenzer Tor
129 Vor dem Sterntor
90 Ippendorf
56 Duisdorf-Zentrum
30 Godesberg-Nord
Stadt Bonn : 4 439
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


D
Wuppertal
Leer stehende Wohnungen
2011
Anteil zu 100 Wohnungen
23,0
15,0
7,5
6,0
4,5
3,0
1,7
Stadt Wuppertal : 5.6
Anzahl
der leer stehenden Wohnungen
728 Nordstadt
601 Oberbarmen-Schwarzbach
426 Sedansberg
244 Wichlinghausen-Nord
155 Zoo
81 Hatzfeld
Stadt Wuppertal : 11 029
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

In Wuppertal, sind die Unterschiede weniger ausgeprägt, hier liegt die Größenordnung bei 5 bis 6 in Elberfeld-Mitte und in Barmen-Mitte. In diesen zwei Städten zeigt die Entfernung vom Zentrum eine kleinere Ungleichheit und manchmal sogar mehr Besitzer als Mieter in den privilegierten Bezirken (0,3 in Bonn Ückesdorf, 0,7 in Wuppertal Beyenburg). Man kann zu der Meinung kommen, dass im Maßstab der städtischen Bezirke, die Anzahl der bewohnende Mieter zu den selbst nutzenden Eigentümern ein Indikator der sozialen Stellung in der Bevölkerung ist.

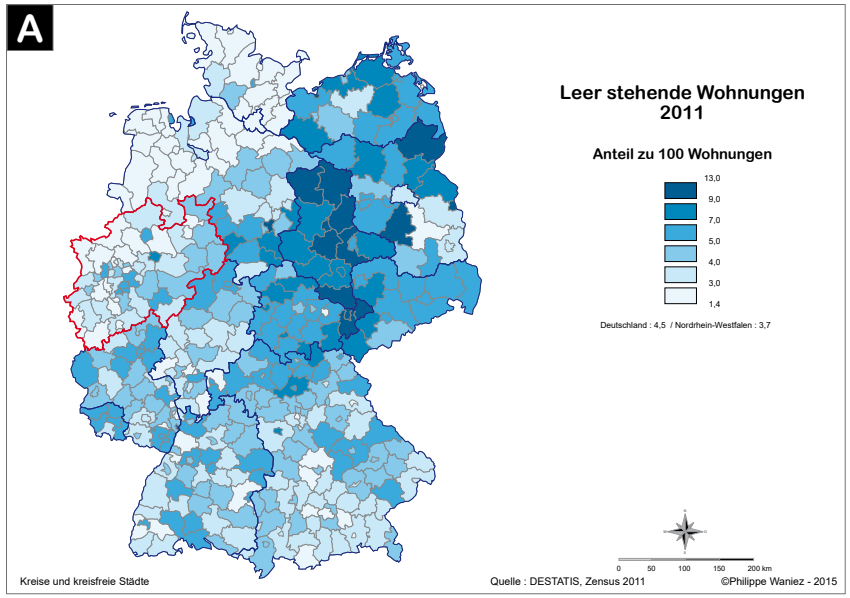
Die leer stehenden Wohnungen

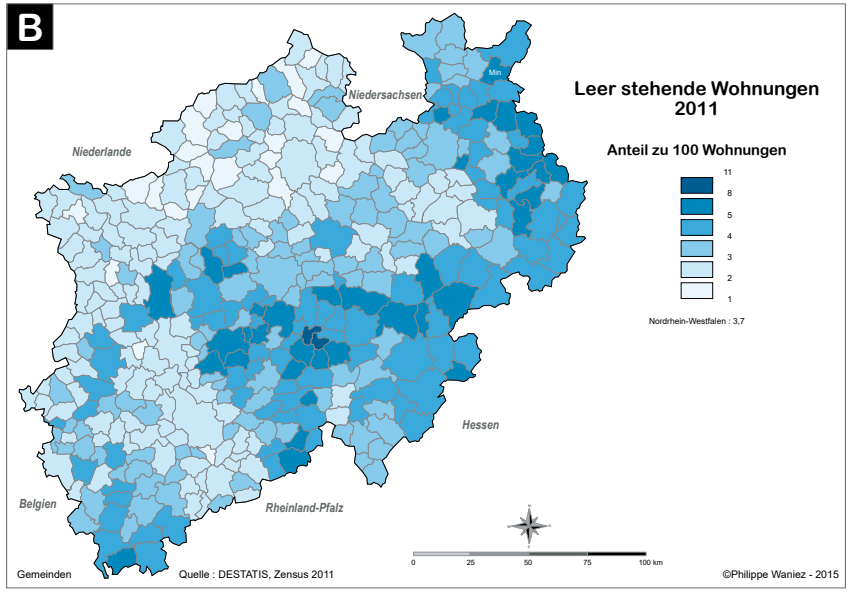
Die Volkszählung von 2011 zählte 1.828.846 leer stehende Wohnungen, oder 4,5% des Gesamtbestandes. Diese Zahl ist natürlich wandlungsfähig, da sie zumindest teilweise die Marktspannung zum Ausdruck bringt, sowohl für die Vermietung als für den Verkauf. Sie kann auch die Diskrepanz zwischen der Art der Nachfrage nach Wohnungen und dem bestehenden Angebot widerspiegeln. Erneut findet man auf der Karte von Deutschland (**Karte 21A**) den Kontrast zwischen alten und neuen Ländern wieder. Tatsächlich ist der Anteil der leer stehenden Wohnungen in den neuen Bundesländern immer höher als 5,0% und auf knapp 10,0% in Sachsen (9,9%) und Sachsen-Anhalt (9,4%). Berlin und der Südosten von Brandenburg machen eine Ausnahme mit weniger als 4,0% an leer stehenden Wohnungen. In West-Deutschland ist der Anteil in der Regel niedriger als 4,0% (außer dem Saarland, 5,7%) und noch niedriger in Hamburg (1,5%).

In NRW beträgt der Anteil der leerstehenden Wohnungen 3,7%, das sind 0,8 Prozentpunkte weniger als in ganz Deutschland. Aber in diesem Durchschnitt verbergen sich wichtige Kontraste, die dem ländlichen oder städtischen Charakter der Kommunen, aber auch ihrer wirtschaftlichen und demografischen Dynamik entsprechen. So liegt in den ländlichen Gebieten, die durch einen Rückgang der Bevölkerung und mit ungünstigen Aussichten auf eine Erholung gekennzeichnet sind, der Anteil des Wohnungsleerstands oft bei über 5%. Dies ist im Teutoburger Wald, dem Sauerland und der Eifel der Fall (**Karte 21B**). Im Gegensatz dazu liegt der Wert im Münsterland und Niederrhein, ebenfalls ländliche Gebiete, aber in einer besseren wirtschaftlichen und demografischen Lage, auf weniger als 3%.

Über die Städte von NRW kann man ebenfalls das gleiche sagen: Die Rheinachse, in der die Demografie verhältnismäßig schwach ist, ist durch eine starke Nutzung der Wohnungen charakterisiert. Im Gegenteil, in vielen Städten des Ruhrgebiets, wie Duisburg, Gelsenkirchen oder Herne überschreiten die leer stehenden Wohnungen 5,0% und sogar bis zu 6,7% in Gelsenkirchen. Den Drei Bergischen geht es nicht besser mit 6,5% in Remscheid und in seiner Nähe, liegt Hagen mit 7,1%.

Wenn Bonn nur 2,7% leer stehende Wohnungen ausweist, entfallen auf Wuppertal 5,6%. Man kann also davon ausgehen, dass der Immobilienmarkt (Verkauf und Vermietung) in der Regel in Bonn angespannter ist als in Wuppertal. In beiden Städten haben einige Stadtteile höhere Leerstände, die deutlich über dem Durchschnitt liegen (**Karte 20C** und **20D**) wie das Gronau-Bundesvietel (13,2%), in dem eine 90qm-Wohnung mit etwa 1000(e) (Kaltmiete) gehandelt wird. In Wuppertal, liegt der Leerstand in Oberbarmen-Schwarzbach, Wichlinghausen, Nützenberg und Sonnborn zwischen 7,0% und 8,0%. Die Bezirke, die in der Art einer Trabantenstadt erscheinen sind auch durch hohe Prozentsätze charakterisiert: 22,9% in Wuppertal Rehsiepen, 5,0% in Neu-Tannenbusch; diese Zahlen, die verhältnismäßig hoch sind, erklären sich vielleicht durch den Mangel an Attraktivität in diesen Bezirken.





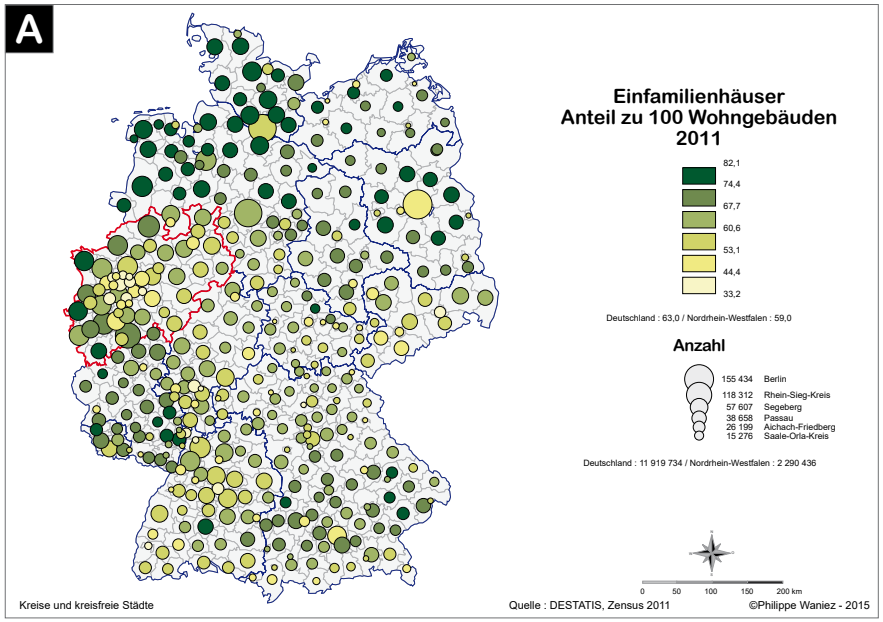
Karten 21

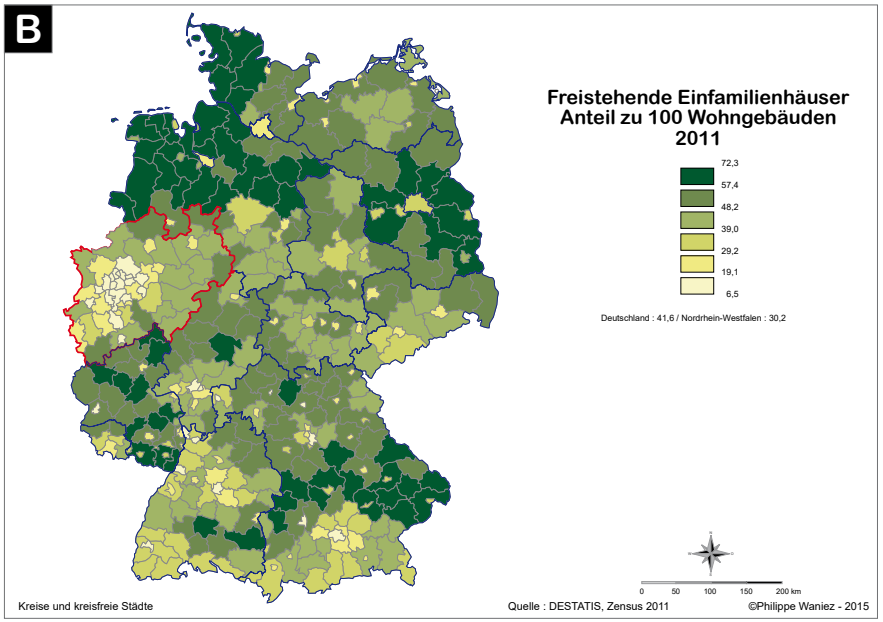
4. Die Bauart des Gebäudes nach dessen Größe

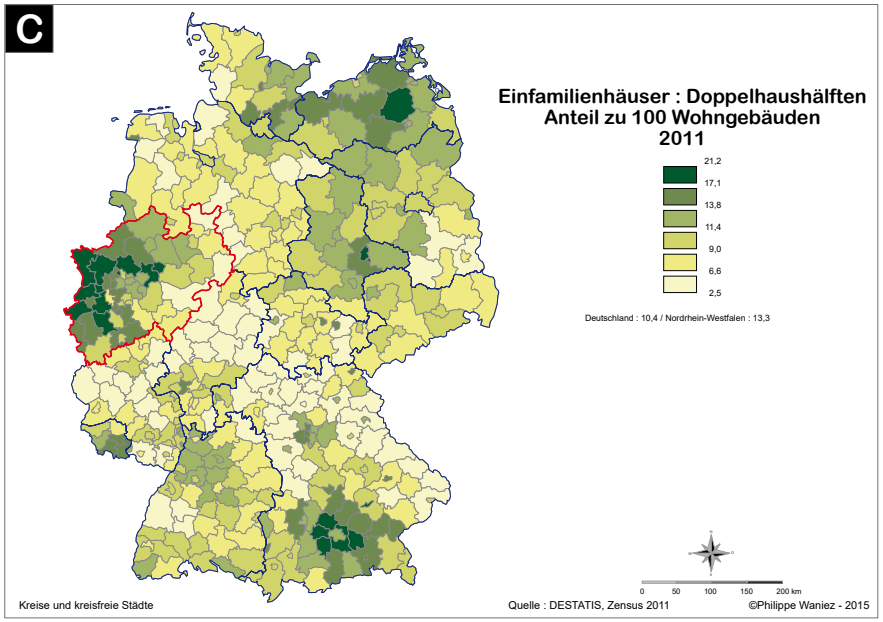
Basierend auf den Zensus 2011 hat DESTATIS 2014 eine Tabelle veröffentlicht, die den Gebäudetyp kreuzt (die Bauart des Gebäudes - freistehend, Doppelhaus, gereihtes Haus, anderer Gebäudetyp), mit ihrer Größe. „Es wird unterschieden zwischen Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern“ (21). Diese Daten, die sich auf die „Gebäudetyp-Größe“ beziehen, stehen für die Kreise und kreisfreien Städte zur Verfügung, aber leider nicht für die Gemeinden, jedoch ermöglicht eine Tabelle mit ergänzenden Daten, die Einfamilienhäuser auf dem Niveau der Gemeinden spezifisch zu untersuchen.

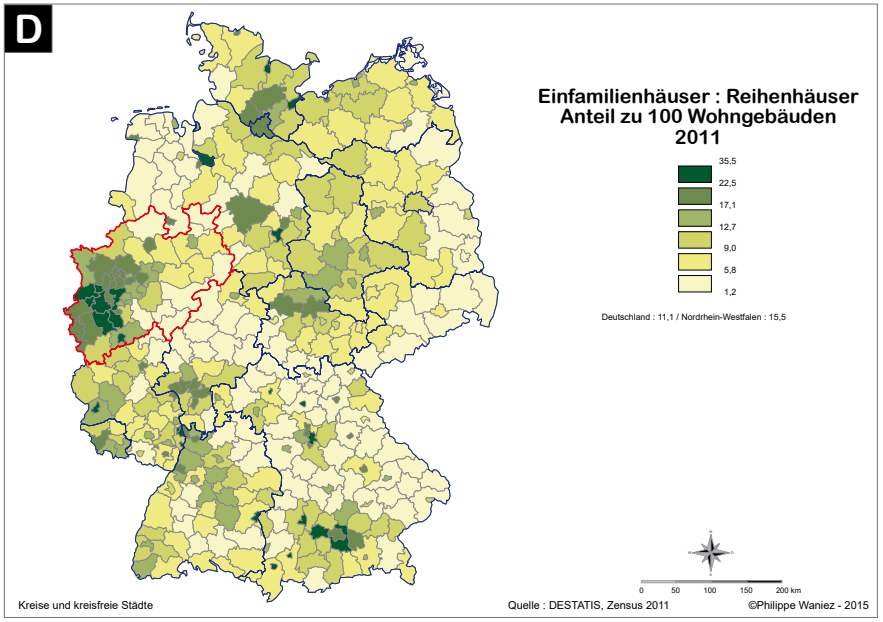
Die Einfamilienhäuser

In den 12 Kategorien „Gebäudetyp-Größe“ sieht man, dass die Einfamilienhäuser mit 63,0% aller Wohngebäude am stärksten vertreten sind. Dieses individuelle Gebäude ist also in Deutschland sehr häufig vorhanden aber sein demografisches Gewicht scheint schwächer, weil 38,2% der Bevölkerung und 29,8% der Haushalte darin wohnen. Nicht alle Regionen von Deutschland sind auf dieselbe Art von dieser Gebäudeart charakterisiert, die vor allem die Landkreise von Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Bayern und die neuen Bundesländer (**Karte 22A**) charakterisieren. Der Anteil an Einfamilienhäusern stellt da fast immer mehr als die Hälfte der Wohngebäude und manchmal sogar drei Viertel dar. Im Gegensatz dazu weisen die städtischen Zonen einen geringen Anteil an Einfamilienhäusern aus, im Allgemeinen weniger als 40%.


A
Einfamilienhäuser
Anteil zu 100 Wohngebäuden
2011
82,1
74,4
67,7
60,6
53,1
44,4
33,2
Deutschland : 63,0 / Nordrhein-Westfalen : 59,0
Anzahl
155 434 Berlin
118 312 Rhein-Sieg-Kreis
57 607 Segeberg
38 658 Passau
26 199 Aichach-Friedberg
15 276 Saale-Orla-Kreis
Deutschland : 11 919 734 / Nordrhein-Westfalen : 2 290 436
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


B
Freistehende Einfamilienhäuser
Anteil zu 100 Wohngebäuden
2011
72,3
57,4
48,2
39,0
29,2
19,1
6,5
Deutschland : 41,6 / Nordrhein-Westfalen : 30,2
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Einfamilienhäuser : Doppelhaushälften
Anteil zu 100 Wohngebäuden
2011
21,2
17,1
13,8
11,4
9,0
6,6
2,5
Deutschland : 10,4 / Nordrhein-Westfalen : 13,3
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Einfamilienhäuser : Reihenhäuser
Anteil zu 100 Wohngebäuden
2011
35,5
22,5
17,1
12,7
9,0
5,8
1,2
Deutschland : 11,1 / Nordrhein-Westfalen : 15,5
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

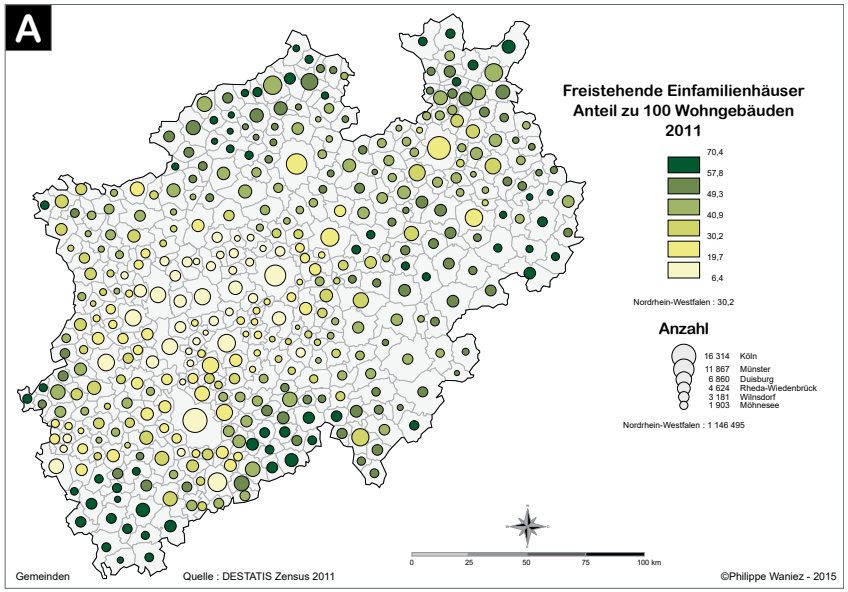
Zwei Drittel der Einfamilienhäuser sind freistehende Einfamilienhäuser (41,6% aller Gebäude und 25,2% der Bevölkerung); der Rest schließt folgende Einfamilienhäuser ein: Doppelhaushälften und das Einfamilienhaus: Reihenhaus, mit gleichartigen Proportionen, in der Größenordnung von 10,0% der Gebäude und 6,0% der Bevölkerung.

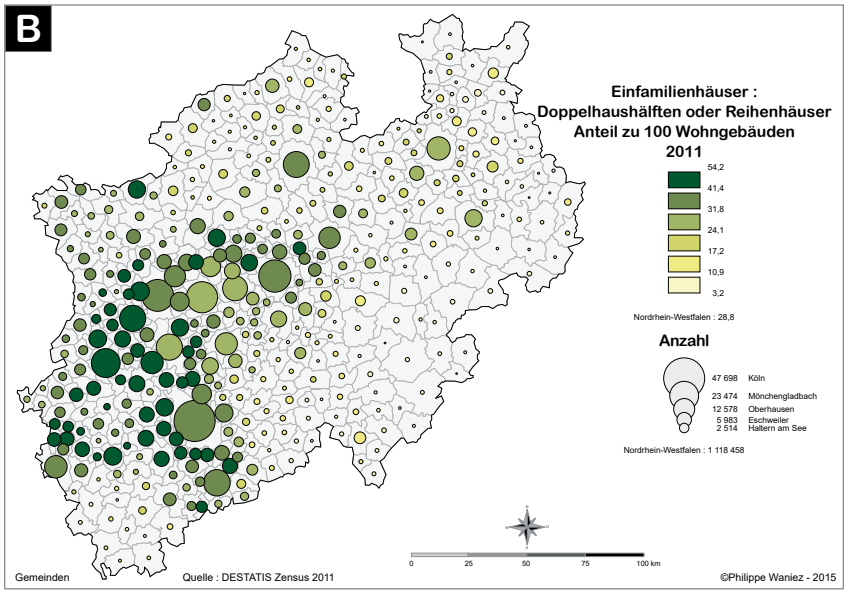
Die freistehenden Einfamilienhäuser sind freistehende Gebäude mit nur einer Wohnung. Ihre Lokalisierung entspricht dem, was gerade im Allgemeinen über die Einfamilienhäuser gesagt wurde, das heißt mit einem klaren Gegensatz zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raum. Die freistehenden Einfamilienhäuser fehlen in den großen Städten zwar nicht, aber sie sind dort in der Minderheit (**Karte 22B**): 16,1% in München, 13,4% in Stuttgart, 9,2% in Frankfurt am Main; sie befinden sich häufig dort, wo die wohlhabenden (begüterten) Bezirke sind. Berlin und Hamburg schlagen auf Grund seiner großen Ausdehnung höhere Prozentsätze (29,4% und 27,4%) an, die auch die peripheren Bezirke betreffen. Aber die Karte zeigt deutlich, dass die freistehenden Einfamilienhäuser den größten Teil der ländlichen Siedlungsweise bestimmt, ob es sich nun um Einzelhöfe, Dörfer oder um Marktflecken handelt. In den Landkreisen im Norden und Osten von Niedersachsen, im Osten von Schleswig-Holstein und Brandenburg macht die Form der freistehenden Einfamilienhäuser zwei Drittel des Lebensraums aus. Dies ist ebenfalls in der Eifel und auf der Weinstraße von Rheinland-Pfalz und in den Landkreisen der Fall, die die Donau von Tuttlingen bis Passau durchfließt und den angrenzenden Landkreisen.

In NRW liegen die freistehenden Einfamilienhäuser unter 1.146.495 oder 30,2% aller Wohnungsgebäude, das heißt 11,4 Prozentpunkte niedriger als in Gesamtdeutschland. Durch die Wirkung der Ballungsräume, sind in den Städten eine große Anzahl dieser Häuser zu finden (zum Beispiel 16.314 in Köln, 12.366 in Dortmund, 11.867 in Münster), eine höhere Zahl als in den ländlichen Gemeinden. Aber der ländliche Raum wird von der Bedeutung dieser Häuser im Vergleich zu allen Wohnungsgebäuden charakterisiert. Häufig werden 50,0% in den Kommunen der Eifel, des Bergischen Lands und im Siegerland-Wittgenstein, im Teutoburger Wald und im Westen des Münsterlands überschritten (**Karte 23A**). So besteht der größte Teil des ländlichen Wohnraums in NRW aus freistehenden Einfamilienhäusern; die allerdings in größerer Anzahl in den Städten vorkommen, was die vorher gemachten allgemeinen Bemerkungen bestätigt.

Die beiden anderen Arten der Einfamilienhäuser, die Doppelhaushälften und Reihenhäuser, unterscheiden sich in ihrer geografischen Verteilung ziemlich stark von den freistehenden Einfamilienhäusern. Zuerst scheinen sie im größten Teil des Landes wenig vertreten und dann besonders in den Gegenden, in denen freistehende Einfamilienhäuser seine stärksten Proportionen anzeigen.

Reihenhäuser sind Gebäude mit einer Wohnung, die mit mindestens zwei anderen Gebäuden aneinander gebaut sind. Der Bau solcher Wohnhäuser entspricht geplanten Aufteilungen (Wohnsiedlung), die mehrere Parzellen gleichzeitig betreffen, wie man sie häufig in den Vororten der großen Städte findet. Es handelt sich demnach um eine individuelle Siedlungsweise innerhalb kollektiven städtebaulichen Projekts, das häufig von gewinnorientieren Baugesellschaften, von Industriegesellschaften für ihre Arbeitskräfte oder von nicht kommerziellen Genossenschaften realisiert werden.





Karten 23

Die Lage der Einfamilienhäuser: Reihenhäuser verankern sich in den Kreisen am Stadtrand der Städte, wie in Hamburg, Köln, Wiesbaden, Frankfurt am Main, Saarbrücken, Stuttgart, München, Nürnberg und in vielen kreisfreien Städten: Kiel, Lübeck, Bremen, Salzgitter, Nürnberg, Augsburg… (**Karte 22C**).

Die Einfamilienhäuser: Doppelhaushälften sind Gebäude mit einer Wohnung, die mit einem anderen Gebäude baugleich aneinander gebaut ist. Sie betreffen zwei verschieden Regionstypen. Einerseits ähnelt ihre Lokalisierung der der Einfamilienhäuser: Reihenhäuser, das heißt in der Form einer städtischer Siedlungsweise aber mit einer Ausdehnung, die besonders in München und in NRW, in Stuttgart und Nürnberg ausgestreckt ist (Karte 22D). In München, beobachtet man aufeinanderfolgende Ringe mit 12,7% in der Mitte, um 17,0% bis 21,0% in den Kreisen der ersten Peripherie, etwa 15,0% in der zweiten Peripherie und 10,0% bis 13,0% in der dritten. Diese Häuser sind charakteristisch für einen individuellen Lebensraum städtischen Typs, die das Wachstum der Urbanisierung mit mehr Gewicht begleitet als die der Reihenhäuser. Andererseits stellen die Doppelhaushälften einen bezeichnenden Anteil der Wohngebäude in Teilen der ländlichen Kreise von Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und in einem kleineren Maß von Brandenburg dar.

Für die Kommunen von NRW erlauben die verfügbaren Statistiken auf der Internet Seite der Zählung von 2011 von DESTATIS im Moment dieser Studie nicht, die Einfamilienhäuser, Reihenhäuser und Doppelhaushälften auf dem Niveau der Gemeinden detailliert darzustellen. Aber es ist möglich ihre Menge zu ermitteln, indem man die Freistehenden Einfamilienhäuser von allen Einfamilienhäusern, deren Werte zur Verfügung stehen, abzieht.

Die Zahl der Doppel- und Reihen-Einfamilienhäuser entspricht in etwa der der freistehenden Einfamilienhäuser: 1.118.458 oder 28,8% aller Wohnungsgebäude, d.h. 7,3 Prozentpunkte mehr als in gesamt Deutschland. Diese Anhäufung wird auf die Bedeutung der Urbanisierung in NRW bezogen. Die Karte zeigt tatsächlich klar, dass Doppel- und Reihen-Einfamilienhäuser nicht nur in den Städten in hoher Zahl sondern auch in verhältnismäßig hoher Proportion vorkommen (**Karte 23B**). Zum Beispiel in Dortmund, Köln, Münster, Duisburg stellen sie mehr als ein Drittel der Wohnungsgebäude dar. Dieser Anteil erreicht 43,0% in Moers, Krefeld, Mönchengladbach und 45,0% in Neuss und Düren. Ähnliche Werte wurden in den Gemeinden des westlichen Stadtrands von Köln beobachtet. Das Ruhrgebiet, die Bergischen Drei und Düsseldorf zeigen Anteile von etwa einem Viertel der Wohngebäude. An anderer Stelle in NRW, sind die Doppel- und Reihen-Einfamilienhäuser weniger häufig und ihr Gewicht bei den Wohngebäuden ist gering, unter 20,0% und oft viel weniger.

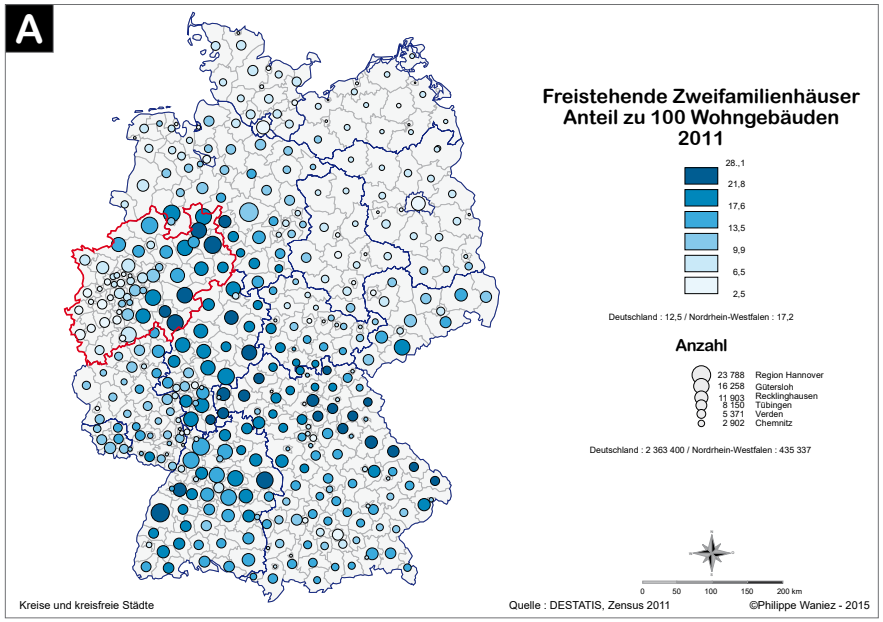
Die Zweifamilienhäuser

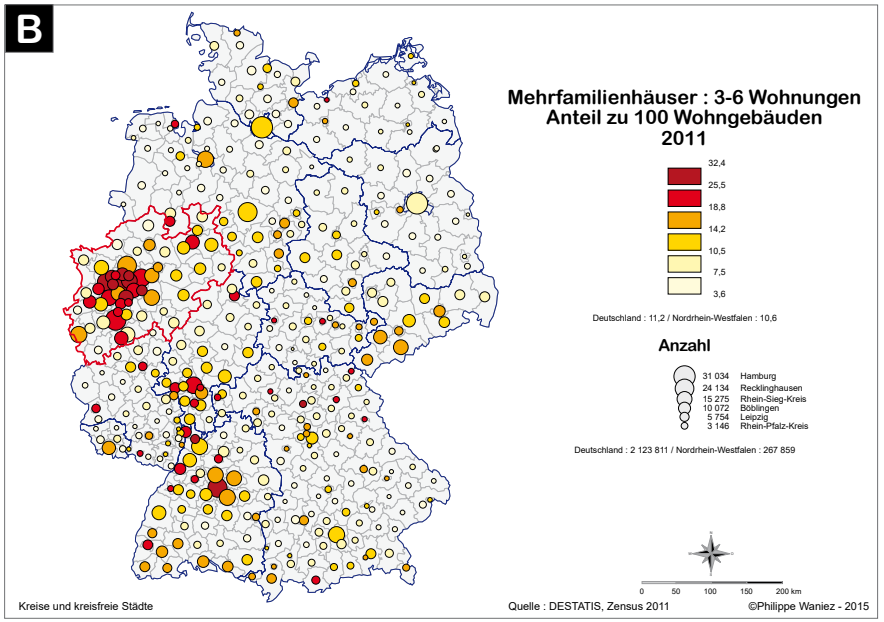
Die Zweifamilienhäuser sind vier Mal weniger zahlreich als die Einfamilienhäuser (3,1 Millionen zu 11,9 Millionen) und repräsentieren nur 16,4% der Wohngebäude für 14,6% der Bevölkerung. Dabei beherrschen die freistehenden Zweifamilienhäuser diesen Wohnungstyp mit 76,2% der Zweifamilienhäuser. Dennoch kann man zu diesem Thema eine geografische Eigentümlichkeit beobachten: sie sind in der Zahl und im Verhältnis zu der Gesamtheit der Wohngebäude vor allem zu einem großen Teil in den Mittelgebirgen konzentriert (**Karte 24A**). Die Mittelgebirge, in denen die Konzentration der freistehenden Zweifamilienhäuser insgesamt 18,0% übersteigen, erstrecken sich vom Schwarzwald über den Odenwald bis zum Teutoburger Wald, Spessart und Rhön, dann Oberhessen und Sauerland; in Ostbayern ist dies im Bayerischen Wald, Oberpfälzer Wald, Fichtelgebirge, Frankenwald ebenso der Fall und erstrecken sich dann nach Norden in den Thüringer Wald und nach Osten auf das Erzgebirge. Andere Mittelgebirge weisen diesen Wohnungstyp weniger aus. In Rheinland-Pfalz, dem Hunsrück und der Eifel sind die freistehenden Zweifamilienhäuser nicht bedeutsam; das ist ebenfalls in den Alpen der Fall.

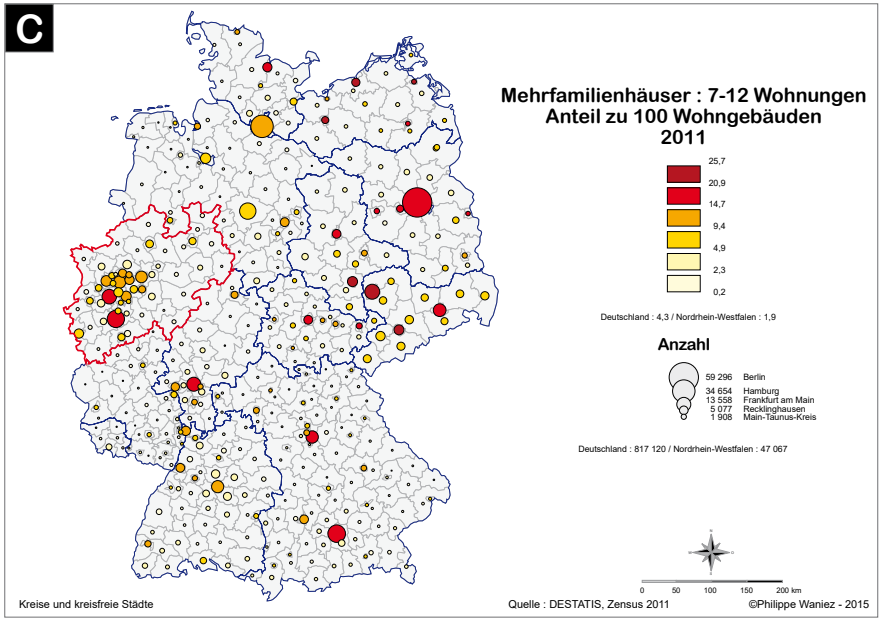
Selbstverständlich gibt es keinen direkten Bezug von der Konzentration der freistehenden Einfamilienhäuser in den Ebenen und den freistehenden Zweifamilienhäusern in Mittelgebirge. Da es sich um Häuser handelt, die in den Landkreisen lokalisiert sind, findet man in diesen zwei Typen vielleicht den Hinweis auf das traditionelle Familienverhalten (nicht städtisches) und auf die gemeinsamen Lebensarten im Familienkreis wieder (22). Vielleicht muss man auch in diesen zwei geografischen Aufteilungen das Bild der Entstehung der Dörfer sehen, die in den Ebenen mehr verteilt sind und in den Bergen mehr zusammengefasst. Leider erlauben die verfügbaren Statistiken keine solide Erklärung über die Beobachtung zu machen, die durch die Karten deutlich werden.

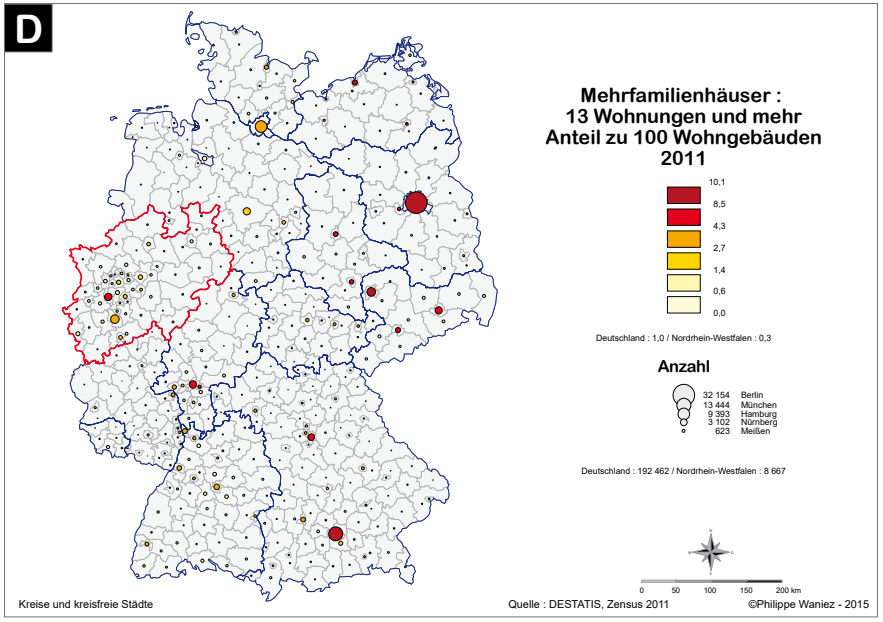
Die Mehrfamilienhäuser

Die Mehrfamilienhäuser sind Wohngebäude, die mehr als zwei Familien beherbergen, ohne dass die Stelle der Gebäude auf den Parzellen präzisiert wird. Sie stellen nur 16,6% aller deutschen Wohngebäude dar, aber sie beherbergen 41,7% der Bevölkerung. Sie sind charakteristisch für städtische Wohnverhältnisse und eine hohe Bevölkerungsdichte.


A
Freistehende Zweifamilienhäuser
Anteil zu 100 Wohngebäuden
2011
28..1
21,8
17,6
13,5
9,9
6,5
2,5
Deutschland : 12,5 / Nordrhein-Westfalen : 17,2
Anzahl
23 788 Region Hannover
16 258 Gütersloh
11 903 Recklinghausen
8 150 Tübingen
5 371 Verden
2 902 Chemnitz
Deutschland : 2 363 400 / Nordrhein-Westfalen : 435 337
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


B
Mehrfamilienhäuser : 3-6 Wohnungen
Anteil zu 100 Wohngebäuden
2011
32,4
25,5
18,8
14,2
10,5
7,5
3,6
Deutschland : 11,2 / Nordrhein-Westfalen : 10,6
Anzahl
31 034 Hamburg
24 134 Recklinghausen
15 275 Rhein-Sieg-Kreis
10 072 Böblingen
5 754 Leipzig
3 146 Rhein-Pfalz-Kreis
Deutschland : 2 123 811 / Nordrhein-Westfalen : 267 859
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Mehrfamilienhäuser : 7-12 Wohnungen
Anteil zu 100 Wohngebäuden
2011
25,7
20,9
14,7
9,4
4,9
2,3
0,2
Deutschland : 4,3 / Nordrhein-Westfalen : 1,9
Anzahl
59 296 Berlin
34 654 Hamburg
13 558 Frankfurt am Main
5 077 Recklinghausen
1 908 Main-Taunus-Kreis
Deutschland : 817 120 / Nordrhein-Westfalen : 47 067
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Mehrfamilienhäuser :
13 Wohnungen und mehr
Anteil zu 100 Wohngebäuden
2011
10,1
8,5
4,3
2,7
1,4
0,6
0,0
Deutschland : 1,0 / Nordrhein-Westfalen : 0,3
Anzahl
32 154 Berlin
13 444 München
9 393 Hamburg
3 102 Nürnberg
623 Meißen
Deutschland : 192 462 / Nordrhein-Westfalen : 8 667
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Die Statistik unterscheidet in dieser Angelegenheit drei Kategorien entsprechend der Anzahl von Wohnungen (ohne dass ihre Wohnungsgröße präzisiert sind): kleine Mehrfamilienhäuser bestehend aus 3 bis 6 Wohnungen, durchschnittliche Mehrfamilienhäuser mit 7 bis 12 Wohnungen und die großen mit mehr als 12 Wohnungen.

Die Mehrfamilienhäuser mit 3-6 Wohnungen (**Karte 24B**) sind zahlreich mit mehr als zwei Millionen Gebäuden oder 11,2% aller Wohngebäude; sie vertreten zwei Drittel der Mehrfamilienhäuser und beherbergen 18,7% der Bevölkerung von Deutschland. Man findet sie in großer Menge im gesamten Land. Ihre Konzentration ist in kleinen und großen Städten charakteristisch. Das betrifft in erster Linie die Städte von NRW, besonders das Ruhrgebiet: 29,9% Essen, 28,8% in Bochum, 26,3% in Duisburg. Auf der Rheinachse, sind die Prozentsätze niedriger, knapp 23,0% in Düsseldorf, 20,9% in Köln und 21,9% in Bonn. Die anderen wichtigen Städte in NRW verfügen über weit weniger mit einem kleineren Anteil: 16,4% in Münster, 15,1% in Aachen. Anderswo im Land, zeigen die Städte Wiesbaden/Frankfurt und Stuttgart auch die starke Präsenz dieser Mehrfamilienhäuser. Dies ist auch der Fall, im Süden von Sachsen, von Dresden und von Bremen, aber in geringerem Ausmaß. Die Konzentration scheint aber schwächer in den Landkreisen außer in einigen touristischen Gebieten wie den Ufern des Bodensees.

Von den Mehrfamilienhäusern mit 7-12 Wohnungen (**Karte 24C**) gibt es fast dreimal weniger als von den vorherigen, aber sie beherbergen eine relativ große Anzahl von Menschen (15,1% der Bevölkerung gegenüber 18,7%). Es handelt sich um die Gebäude der Städte mit verhältnismäßig großen Dimensionen. Sie werden in einem hohen Anteil in den Städten der neuen Bundesländer gefunden: etwa ein Viertel der Gebäude in Leipzig, Halle und Schwerin; über 20,0% in Rostock und Chemnitz; Berlin verfügt über etwa 60.000 oder 18, 7% der Wohngebäude. Zweifellos handelt es sich um einen Typ von Mehrfamilienhäusern, der an die Wohnungs- und Baunormen des „sozialistischen Realismus“ angepasst war.

Die Mehrfamilienhäuser mit 13 und mehr Wohnungen (**Karte 24D)** sind relativ gering (weniger als 200.000), auch wenn sie fast 8,0% der Bevölkerung in Deutschland ein zu Hause bieten. Es handelt sich um die Gebäude von großer Dimension, zum Beispiel Gebäudestangen „à la française“ oder Hochhäuser.

Die Karten der drei Kategorien von Mehrfamilienhäusern zeigen in klarer Weise eine direkte Beziehung zwischen ihrer Anzahl, ihrer Proportion und dem Niveau der Städte in der Hierarchie: 3-6 Wohnungen sind in allen Städten und wichtigen Industriegebieten, 7-12 Wohnungen sind vor allem in den großen Hauptstädten und man findet Gebäude mit 13 Wohnungen und mehr im Wesentlichen in den Metropolen.

5. Der Preis der Häuser und der Wohnungen

Der Zensus 2011 bringt zahlreiche Informationen über die Wohngebäude und über die Wohnungen. Es handelt sich um erklärende Daten, die zahlreiche Themen aufgreifen. Zu einem der wichtigsten Themen allerdings gibt der Zensus keine Auskunft und zwar zu dem des Preises einer Wohnung: Miet- oder Kaufpreis. Dies ist keine Besonderheit im deutschen Zensus, die im Allgemeinen offiziellen Daten über Immobilienpreise sind selten und schwer zu bekommen. Es ist ziemlich paradox, zu sehen, wie ein so wichtiges Thema für die Haushalte durch die amtlichen Stellen gefüllt werden, die für die Produktion von Wirtschafts- und Sozialdaten verantwortlich sind. Es geht darum, dass auf dem Gebiet des Preises von Wohnungen das Gesetz des Marktes dominiert. Aber im Gegensatz zu den liberalen Prinzipien die möchten, dass alle Marktteilnehmer gut informiert sind um auf ihre Weise zur Preisbildung beizutragen, liegt der Wohnimmobilienmarkt in einem undurchsichtigen Rahmen: Das Gesetz des Marktes ist hier mehr ein Gesetz des Dschungels, in dem jeder angetrieben ist, Tricks anzuwenden, um einen fairen Preis zu bekommen, weil der Preis einfach nicht vorhanden oder bekannt ist.

Die Behörden sind sich diesem Problem bewusst und sie haben in manchen Kommunen einen Mechanismus des Mietspiegels eingerichtet, der dazu dienen soll, die Mieter besser zu informieren: „Er dient als Begründungsmittel für Mieterhöhungen und wird von Städten (selten auch von größeren Gemeinden) in Zusammenarbeit mit einschlägigen Interessengruppen (d. h. Mieter- und Vermieterverbände) aufgestellt. Der Mietspiegel bezieht sich räumlich auf die jeweilige Stadt oder Gemeinde. Es gibt keine Verpflichtung, einen Mietspiegel aufzustellen, deshalb gibt es nicht für jede Gemeinde eine solche Übersicht“ (23). Auch wenn die Idee des Mietspiegels interessant erscheint, so sind die in der Praxis gewonnenen Ergebnisse ziemlich enttäuschend. Eine Untersuchung der Daten, die auf der Website „Sammlung sämtlicher Links zu Mietspiegeln aus Deutschland“ (24) zur Verfügung stehen, beweisen den uneinheitlichen Charakter der gesammelten Daten. Dies Daten sind jedoch auf lokaler Ebene nicht Nutzlos, denn sie informieren die Mieter-Verbraucher über den Mietspiegel der Region. Aber es scheint nicht möglich, diese Informationen zu verwenden, um den Mietpreis der Kreise in Deutschland oder der Gemeinden von NRW zu kartografieren.

Um die Frage des Preises von der Unterkunft in der Weise aufzugreifen, wie in den anderen Themen dieses Kapitels, muss man die von der Privatwirtschaft ausgearbeiteten Datenbanken hinzuziehen. Es gibt verschiedene Unternehmen, die Marktforschung und / oder die ihre produzierten Statistiken zum Verkauf anbieten: GfK Handelsimmobilienberatung (25), NRW Bank (26), Nexiga (27), Empirica (28). Wenn Statistiken zur Verfügung stehen, stehen sie in einem kommerziellen Kontext und mit Preisen, die nicht zugänglich für die akademische Forschung sind. Jedoch geben die von diesen Unternehmen realisierten Berichte zahlreiche Informationen über den Wohnungsmarkt und enthalten oft interessante Karten. Es können noch andere Mittel herangezogen werden, um den Preis der Wohnungen zu studieren: Es handelt sich um Immobilienportale im Internet (29).

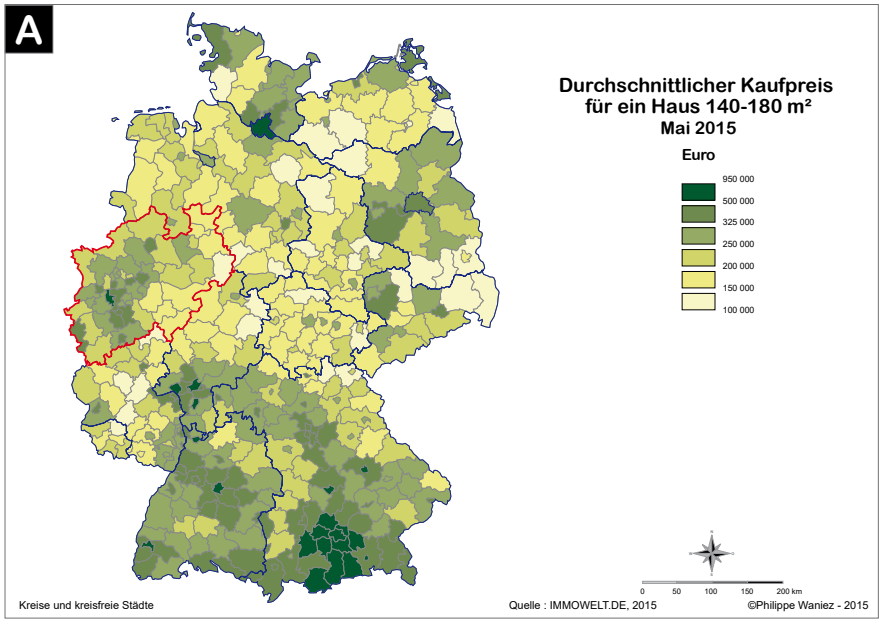
Manche dieser Webseiten mit Immobilienanzeigen sind dazu bestimmt, um Miet- oder Verkaufsangebote vorzustellen und die potentiellen Käufer mit Verkäufern oder Vermietern in Verbindung zu setzen. Einige unter ihnen erstellen mehr oder weniger detaillierte Statistiken, die das Rohmaterial darstellt, das zum Gegenstand einer Kartografie genutzt werden kann unter der Voraussetzung diese mit einem kritischen Geist zu betrachten.

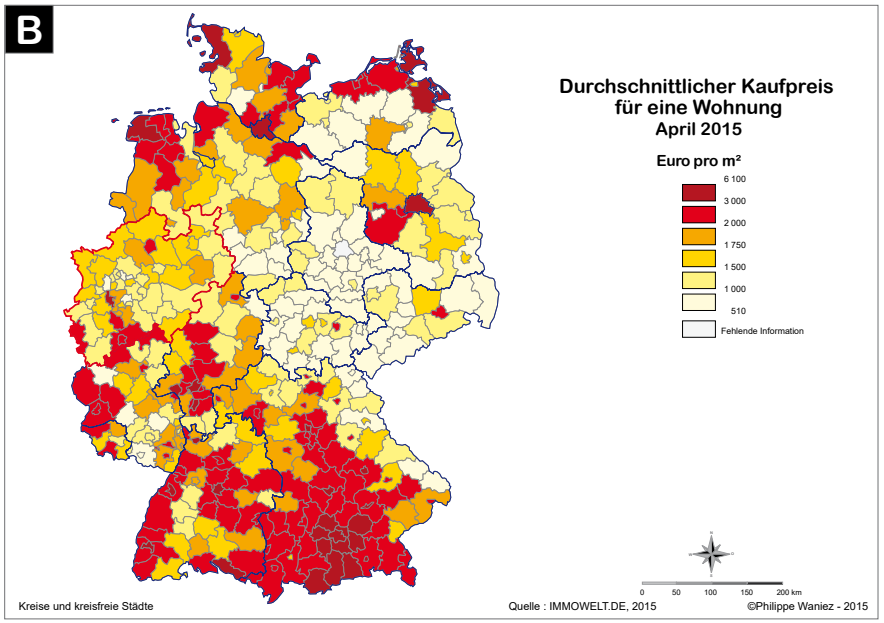
IMMOWELT.de ist eine von diesen Seiten. Die vorliegenden Daten sind Durchschnittspreise, die sich auf den Verkauf und die Vermietung von drei Eigentumsarten beziehen: Grundstücke, Wohnungen und Häuser. Diese Durchschnittspreise werden in Kategorien für Flächen unterteilt; sie sind in qm für die Grundstücke und die Wohnungen angegeben und bei den Häusern für das gesamte Grundstück (und nicht pro m2) angegeben. Die angegebenen Werte stammen aus dem Vormonat der Abfragen dieser Datenbank. Auf dem geografischen Plan sind die Daten für verschiedene Bereiche erstellt: Kreis, kreisfreie Stadt, Gemeinde und für einige Städte, Stadtbezirk oder Stadtteil. Das Herunterladen der Daten dauert verhältnismäßig lang, um die Gesamtheit von Deutschland oder von NRW abzudecken, weil es von geografischer Einheit zu geografischer Einheit geschieht.

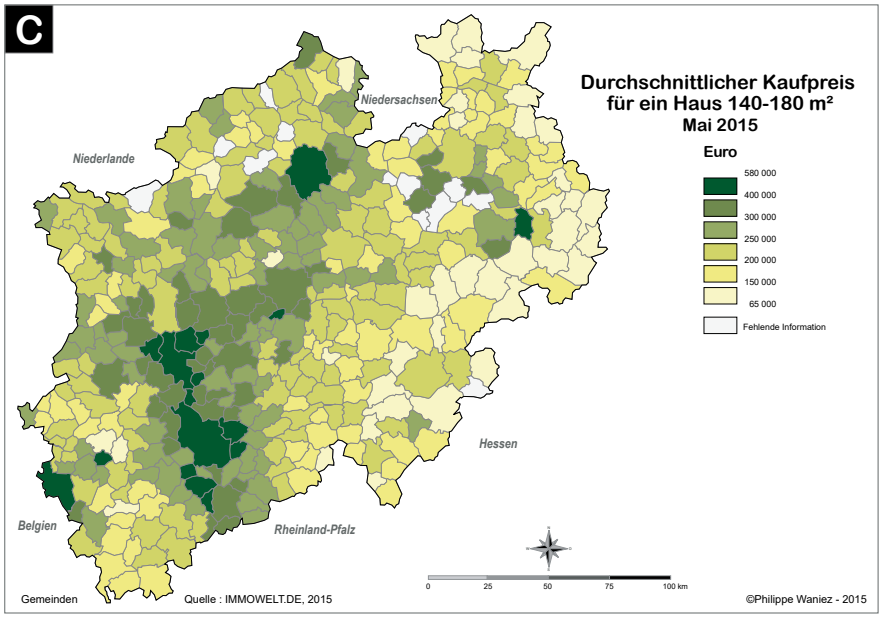
Man kann die Zuverlässigkeit der dargestellten statistischen Durchschnittswerte von IMMOWELT.de in Frage stellen und dies umso mehr, als dass die Gesellschaft sich weigert, aus Gründen der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen anzuzeigen auf wie viele Elemente sich diese Durchschnittswerte beziehen. Der Zweifel wird verstärkt durch teilweise fehlende Daten für bestimmte Flächentypen oder Stückzahl und der großen Unsicherheit des Durchschnitts in diesen Kategorien. Von diesen Vorbehalten abgesehen, sind die aus IMMOWELT.de stammenden Statistiken hier die Grundlage einer Kartografie gewesen, die nicht ohne Interesse ist, weil sie einige geografische Beziehungen darstellt. Die Karten beziehen sich auf den Durchschnittspreis pro qm aller Wohnungen insgesamt; für die Häuser wurde die Kategorie 140 bis 180 qm gewählt, was einem relativ großen Haus entspricht. Die Durchschnittspreise sind von Mai oder Juni 2015. Im Folgenden werden sämtliche Beträge in Tausend Euro (T€) angegeben.

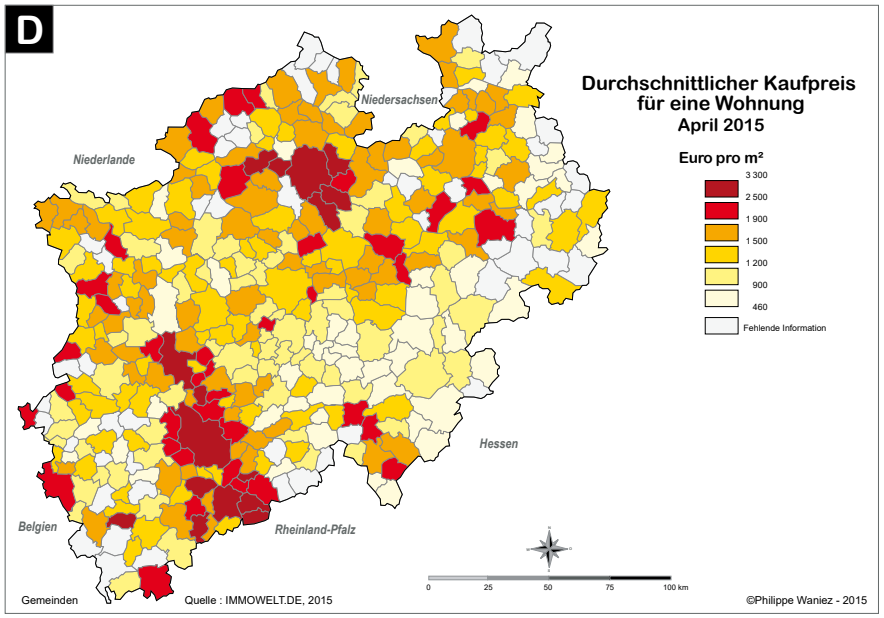
Der Kaufpreis eines Hauses

Um ein Haus in der Größe von 140 bis 180 qm in München zu kaufen, muss man im Durchschnitt 916T€ ausgeben. Das ist der Rekord in Deutschland für ein Haus dieser Größenordnung (**Karte 25A**). Da es sich um einen Durchschnittswert handelt, können natürlich die Preise für eine viel höhere Qualität oder einem in der Stadt sehr aufgewerteten Bezirk höher sein. Im Landkreis München ist der durchschnittliche Preis nur geringfügig niedriger (875,0T€). In den Kreisen der Umgebung bleibt das Niveau ebenfalls hoch, in einer Größenordnung von 800T€ in Starnberg, 670 in Fürstenfeldbruck, 560 in Dachau. In den nahe gelegenen Alpen, liegt der Wert über 600T€ in Garmisch-Partenkirchen und in Bad Tölz-Wolfratshausen und 835 in Miesbach. Insgesamt bildet die große Region von München eine sehr hohe Preiszone, die einzigartig in Deutschland ist. Dies bedeutet nicht, dass es keine anderen städtischen Gebiete mit hohen Preisen gibt, aber sie sind im Durchschnitt nie so hoch wie München: 750T€ in Freiburg aber nur 380 in Breisgau-Hochschwarzwald, 850 in Stuttgart, aber nur 470 in Esslingen, 650 in Frankfurt am Main, aber nur 510 in Darmstadt und Wiesbaden, 540 in Düsseldorf aber nur 430 in Köln, 500 in Hamburg und nur 340 in Pinneberg.


A
Durchschnittlicher Kaufpreis
für ein Haus 140-180 m²
Mai 2015
Euro
950 000
500 000
325 000
250 000
200 000
150 000
100 000
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : IMMOWELT.DE, 2015
©Philippe Waniez - 2015


B
Durchschnittlicher Kaufpreis
für eine Wohnung
April 2015
Euro pro m²
6 100
3 000
2 000
1 750
1 500
1 000
510
Fehlende Information
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : IMMOWELT.DE, 2015
©Philippe Waniez - 2015


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Durchschnittlicher Kaufpreis
für ein Haus 140-180 m²
Mai 2015
Euro
580 000
400 000
300 000
250 000
200 000
150 000
65 000
Fehlende Information
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : IMMOWELT.DE, 2015
©Philippe Waniez - 2015


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Durchschnittlicher Kaufpreis
für eine Wohnung
April 2015
Euro pro m²
3 300
2 500
1 900
1 500
1 200
900
460
Fehlende Information
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : IMMOWELT.DE, 2015
©Philippe Waniez - 2015

Man kann beobachten, dass die Region von München außergewöhnlich teuer ist aber auch, dass die Preise in den Metropolen im Allgemeinen besonders erhöht sind, weniger als in München, und weniger in den angrenzenden Kreisen der zentralen kreisfreien Stadt. Das Niveau des Durchschnittpreises ist in Berlin und Potsdam deutlich niedriger (in der Größenordnung von 410T€).

Außerhalb der großen städtischen Regionen beobachtet man einen klaren Unterschied zwischen dem Süden von Deutschland und dem Norden. Der Norden erweist sich klar und deutlich als weniger teuer. So kann man die günstigsten Preise in den Landkreisen Oberhessen (180T€ im Vogelsbergkreis), Niedersachsen (170 Wesermarsch), Sachsen-Anhalt (115 Altmarkkreis Salzwedel) finden. In den touristischen Landkreisen sind die Durchschnittspreise in der Regel höher als in den benachbarten Kreisen: 270T€ auf der Südlichen Weinstraße, 357 in Rügen, 420 für den Bodenseekreis, 547 für Nordfriesland (Sylt).

NRW folgt denselben allgemeinen Regeln bei der Verteilung der durchschnittlichen Kaufpreise von Häusern in der Größe von 140 bis 180 qm wie Gesamtdeutschland. Demnach sind sie in den großen Städten sehr teuer mit absteigender Reihenfolge: Düsseldorf (536T€), Münster (448), Köln (429), Aachen (405), Bonn (377). Die Rheinachse erscheint besonders teuer, nicht nur in den großen Städten, sondern auch die angrenzenden Städte wie Meerbusch, Hilden, Monheim am Rhein, Brühl mit Durchschnittspreisen von mehr als 450T€ und sogar manchmal 500 (**Karte 25C**). Man könnte meinen, dass die Ruhrachse auf Grund der charakteristischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten billiger sein könnte; dies ist auf eine umfassende Weise auch tatsächlich der Fall aber mit Preisen, die trotzdem noch in vielen Gemeinden des Ruhrgebiets hoch bleiben, besonders in Mühlheim an der Ruhr (334T€), Essen (318), Bochum (342), Dortmund (337). 100T€ bis 200T€ unterscheiden den Durchschnittspreis auf der Rheinachse von der Ruhrachse. In den östlichen Städten des Landes ist das Preisniveau deutlich niedriger: 208T€ s in Siegen, 265 in Paderborn, 222 in Detmold und 240 in Bielefeld. Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück individualisieren sich mit stärkeren Werten, jeweils 325T€ und 331T€. Außerhalb der Städte, erscheinen die Kaufpreise im Sauerland und Teutoburger Wald wesentlich günstiger: zwischen 100T€ und 200 T€. Dies ist auch in der Eifel der Fall.

Der Kaufpreis von einer Wohnung

In groben Zügen ist die Karte mit den durchschnittlichen Kaufpreisen pro qm für eine Wohnung (alle Größen) nahe dem Preis für ein Haus. Man beobachtet hier deutlich die Asymmetrie von Nord (günstig) nach Süd (teuer) und ebenfalls die Verankerung der hohen Preise in den Städten. Auf der obersten Ebene findet man München und seine Region, mit mehr als 6T€ pro qm in der Landeshauptstadt und der Durchschnittspreis liegt in den benachbarten Kreisen immer über 3T€ (**Karte 25B**). Aber der hohe Preis zwischen 2T€ und 3T€ erstreckt sich fast in gesamt Bayern außer den Landkreisen Oberpfalz und Franken (während ihre Städte teurer bleiben). Fast das gleiche Schema wiederholt sich in Baden-Württemberg: Stuttgart, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg liegen alle über 3T€ mit einem Höchststand von 4,1T€ in Freiburg. Im Rest des Landes, befinden sich die Durchschnittspreise in der Regel zwischen 2T€ und 3T€, außer in den abgelegenen Kreisen Calw, Freudenstadt und Rottweil, die mit Preisen unter 1,5T€ relativ günstig sind.

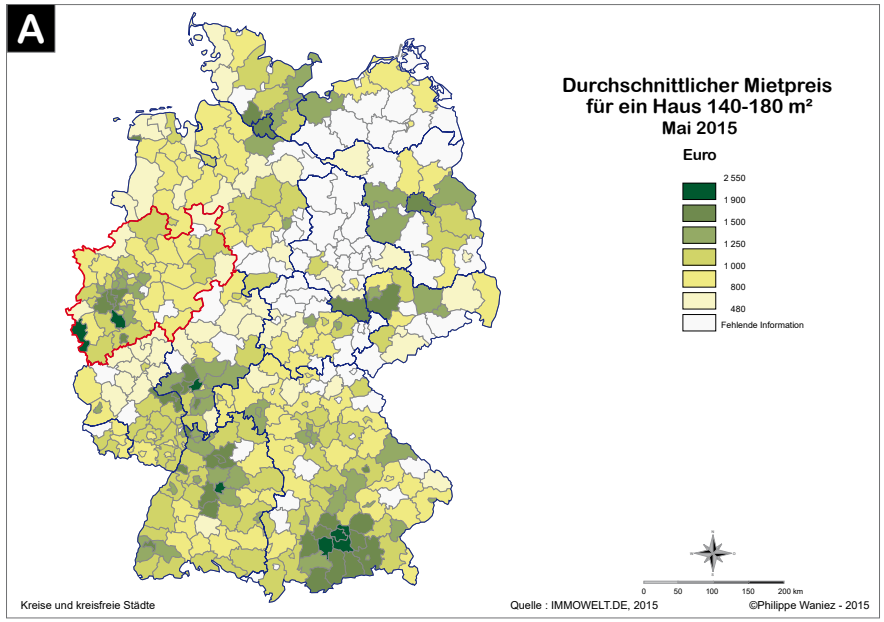
In Hessen, liegen die ausgewiesenen Preise für das Trio Wiesbaden, Frankfurt am Main, Darmstadt über 3T€, während die umliegenden Landkreise zwischen 2 und 3T€ liegen. Diese hohen Preise erstrecken sich weiter nach Norden in Richtung Marburg-Biedenkopf, nicht weit von NRW. Die Region von Hamburg strukturiert sich auch nach dem Modell eines sehr teuren Zentrums (4T€) und einer teuren Peripherie, die sich bis nach Lübeck und Ostholstein erstreckt. Obwohl Berlin, die Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland geworden ist, liegt hier der Preis (noch?) nicht an der Spitze: 3,4T€ im Durchschnitt, während er sich in Potsdam bei 2,7T€ befindet.

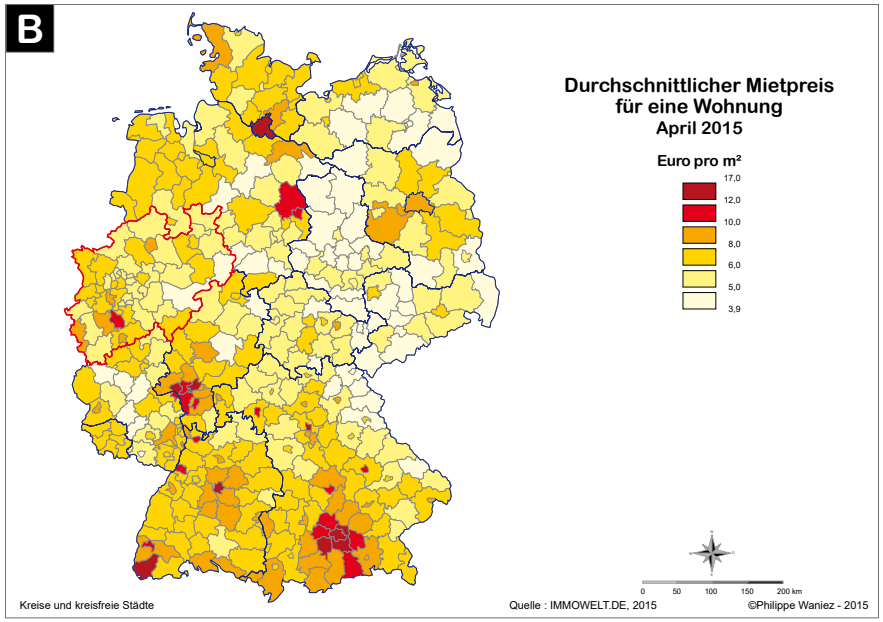
In den neuen Ländern, liegen die Preise in der Regel unter dem Durchschnitt von Deutschland, einschließlich der Städte, außer in Jena und Dresden. Man stellt jedoch fest, dass die Kaufpreise der Wohnungen in Kreisen der Küstengebiete an der Ostsee, wie Bad Doberan, Rostock, Nordvorpommern, Rügen oder Ostvorpommern erheblich teurer sind als im Rest des ehemaligen DDR-Gebietes. Man kann dort die touristische Anziehung des Meeres sehen und das umso mehr, als dass dieses Phänomen in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen ebenfalls identifizierbar ist. Zweifellos gelingt es nicht das Angebot in den Sommerkurorten (Sommerurlaubsorten) der Nachfrage anzupassen, was das Ergebnis von Preisen ist, die oft über 2,5T€ liegen und können bis 3T€ in Rügen und sogar 4,9T€ pro qm in Sylt erreichen. In demselben Zusammenhang beobachtet man, dass die Kreise nahe der Grenze zu Frankreich (Elsass) selten einen Durchschnittspreis von 3T€ unterschreiten (Lörrach, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Ortenaukreis, Rastatt). Dies ist ebenfalls Bitburg-Prüm und Trier-Saarburg an der Grenze zu Luxemburg und für Aurich und Leer nahe den Niederlanden der Fall. Sind diese hohen Preise mit dem Touristencharakter dieser Regionen in Verbindung zu setzen, oder handelt es sich um eine Wirkung, die an die Grenzen und an die Preisunterschiede zwischen den Grenzgebieten verbunden ist?

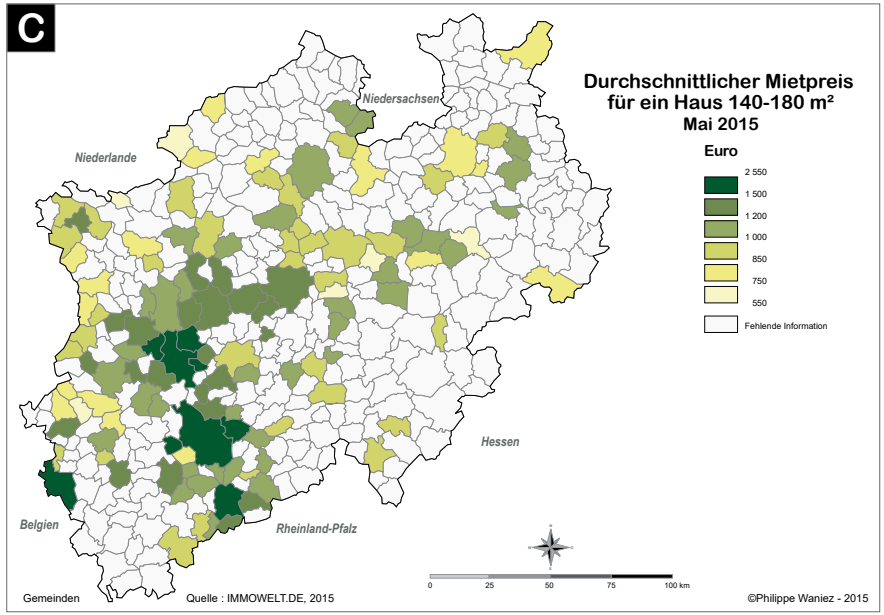
In NRW übersteigen die Preise der Wohnungen 2,5T€ auf der Achse Bonn, Köln, Düsseldorf und Münster (**Karte 25D**). Die angrenzenden Kommunen dieser großen Städte weisen kaum niedrigere Preise aus, was eine starke Spannung auf dem Wohnungsmarkt auf der Rheinachse anzeigt. Im Ruhrgebiet scheinen die Durchschnittspreise aber zwischen 1,5 und 1,7T€ pro qm besonders günstig zu sein und noch günstiger in Duisburg und Gelsenkirchen (0,9T€ s). Der Preisunterschied zwischen den beiden Achsen (Rhein- und Ruhrgebiet) ist demnach für Wohnungen viel größer als für die Häuser und unterstreicht selbst im Ruhrgebiet den Reiz der Häuser für ein verhältnismäßig wohlhabendes Publikum. Das gleiche gilt auch für Wuppertal. Allerdings gibt es keinen Unterschied dieser Art in den dünn besiedelten Regionen des Sauerland, Teutoburger Wald und dem Niederrhein.

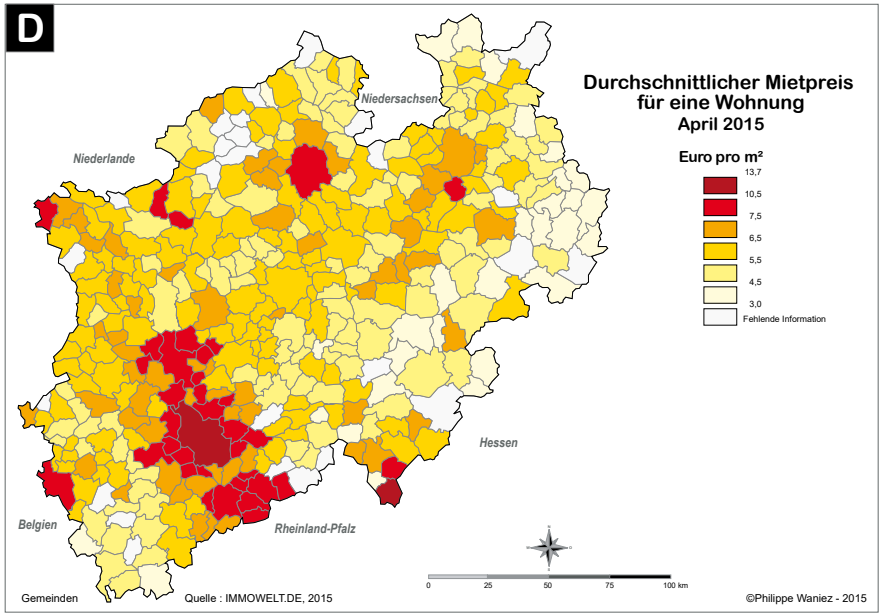
Der Mietpreis für ein Haus

In der Statistik über die Miete von Häusern die auf der Internet-Seite IMMOWELT.DE enthalten sind, fehlen häufig die Daten für zahlreiche Kreise oder Gemeinden (**Karten 26A** und **26C**). Diese fehlenden Daten sind im Allgemeinen unabhängig von der Größe des gemieteten Hauses.


A
Durchschnittlicher Mietpreis
für ein Haus 140-180 m²
Mai 2015
Euro
2 550
1 900
1 500
1 250
1 000
800
480
Fehlende Information
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : IMMOWELT.DE, 2015
©Philippe Waniez - 2015


B
Durchschnittlicher Mietpreis
für eine Wohnung
April 2015
Euro pro m²
17,0
12,0
10,0
8,0
6,0
5,0
3,9
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : IMMOWELT.DE, 2015
©Philippe Waniez - 2015


C
Durchschnittlicher Mietpreis
für ein Haus 140-180 m²
Mai 2015
Euro
2 550
1 500
1 200
1 000
850
750
550
Fehlende Information
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : IMMOWELT.DE, 2015
©Philippe Waniez - 2015


D
Durchschnittlicher Mietpreis
für eine Wohnung
April 2015
Euro pro m²
13,7
10,5
7,5
6,5
5,5
4,5
3,0
Fehlende Information
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : IMMOWELT.DE, 2015
©Philippe Waniez - 2015

Karten 26

Dies kann auf zwei verschiedene Arten interpretiert werden. An erster Stelle könnte das Anmieten eines Hauses eine seltene Wohnmodalität sein, weil der Preis im Allgemeinen hoch ist und/oder eine verhältnismäßig schwache Nachfrage besteht. Die andere Möglichkeit könnte ein geringeres Angebot als für Wohnungen darstellen, was sich in der Anzahl der registrierten Meldungen von IMMOWELT.DE widerspiegelt. Man kann sich auch vorstellen, dass das Anmieten dieser Art über andere Kanäle läuft, wie zum Beispiel eine direkte Akquise bei den potenziellen Mietern über die Besitzer oder ihre Vertreter; die freien Vermittler, die Unternehmen, die Verwaltungen. Auf jeden Fall ist es eine Tatsache, dass die verfügbaren Daten für die Hausanmietung noch unsicherer sind als für die anderen Wohnungsarten.

In Deutschland werden die fehlenden Daten hauptsächlich in ländlichen Kreisen lokalisiert, vor allem in den neuen Ländern. Darüber hinaus gibt es eine ähnliche Geografie wie bei den Hausverkäufen, mit den gleichen Faktoren, aber in einer weniger ausgedehnten Konfiguration um die großen Städte. So ist der oben beschriebene Nord/Süd-Gegensatz kaum nachweisbar, weil sich die Strukturierung des Phänomens auf die Stadtringe beschränkt. Es ist, als ob über die nahen städtischen Gebiete, die Preise unsicher würden und eher zu den niedrigen Werten ausgewiesen werden. In den großen Städten tendieren die Preise zu durchschnittlich 2,2T€ pro Monat in München für ein Haus von 140 bis 180 qm, 2T€ in Frankfurt am Main, 2,5T€ in Köln; in Hamburg und Berlin, ist der durchschnittliche Preis unter 1,8T€.

In NRW scheint die Vermietung eines Hauses außerhalb der Großstädte selten. Man verfügt für fast alle ländlichen Kommunen über keine Informationen. Die Verteilung der Preise für die Kommunen, die über die Daten einer Hausanmietung verfügen, ähnelt sehr stark derjenigen des Hauskaufs: Sehr hohe Preise auf der Rheinachse (1,5T€ in Bonn und Düsseldorf) und auf der Achse des Ruhrgebiets kaum schwächere Preise (von 1,3 bis 1,5T€ von Mülheim an der Ruhr bis Dortmund).

Der Mietpreis für eine Wohnung

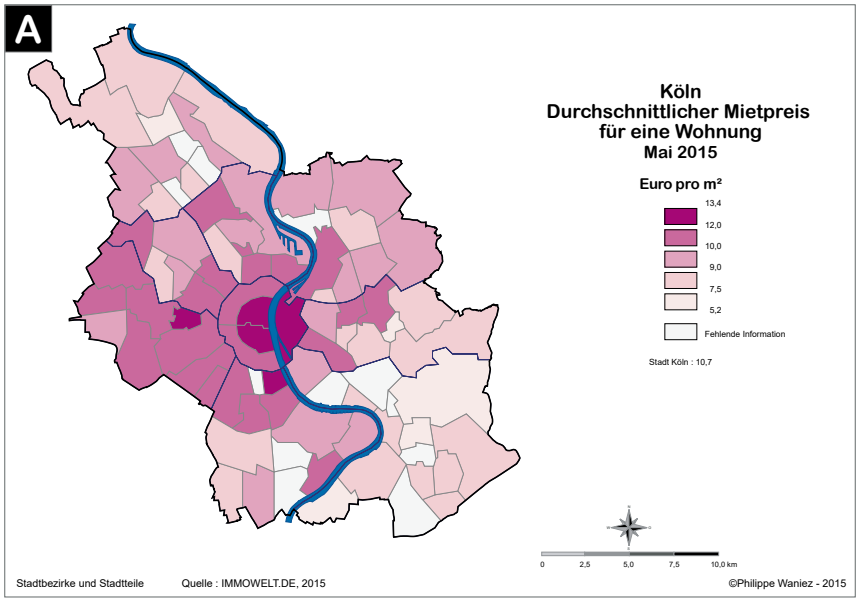
Auf der Karte von Deutschland haben alle Kreise und kreisfreien Städte einen durchschnittlichen Wert pro qm. Er variiert zwischen den Ländern von 3,9 bis 17 Euro. Die auf der Karte sichtbar gemachte geografische Gestalt (**Karte 26B**) stellt nicht mehr den deutlichen Nord/Süd Gegensatz dar, wie auf der Karte der Verkäufe von Wohnungen. In diesem Sinne ähnelt die Karte über die Miete von Wohnungen mehr derjenigen der Hausanmietung. Dies scheint viel mehr an der Stadtstruktur zentriert, quasi mit dem Fehlen einer regionalen Auswirkung jenseits der Städte. Das ist in NRW ebenfalls so (Karte 26D), selbst wenn die Mehrheit der Kommunen über die Daten verfügt: Hohe Werte auf der Rheinachse, die in einigen anderen Städten sinken wie z.B. in Aachen und Münster.

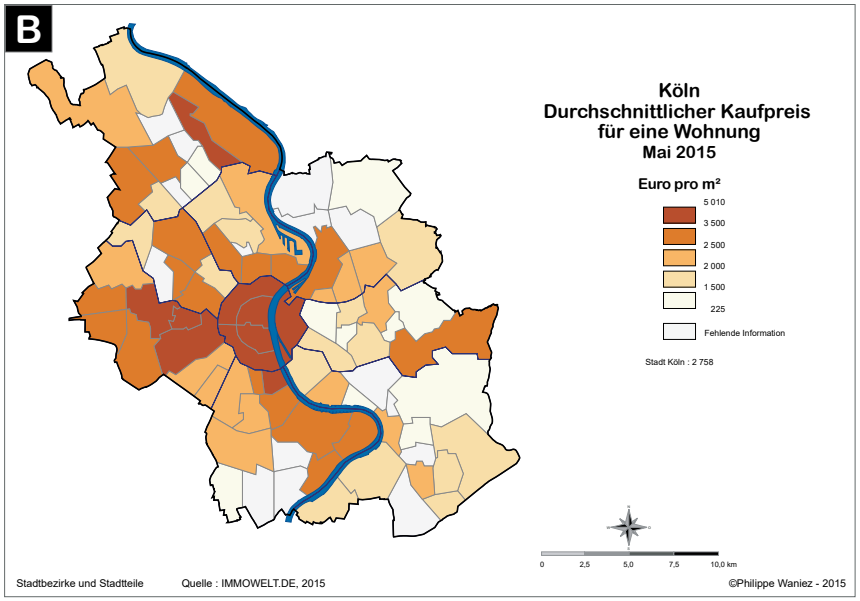
Für die Stadtteile von Köln, Düsseldorf und Essen sind die Karten über den durchschnittlichen Mietpreis von Wohnungen realisiert worden. Das durchschnittliche Niveau der Mietpreise für die gesamte Stadt Köln ist mit 10,7€ pro qm am höchsten; Düsseldorf ist kaum günstiger (10,2), während Essen durchschnittlich deutlich billiger ist (6,6).

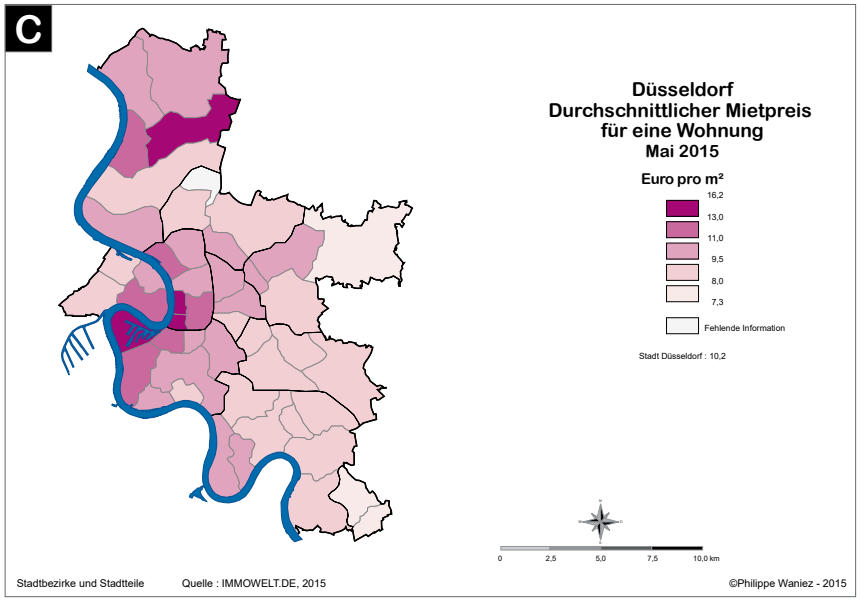
In Köln organisiert sich die Verteilung der Preise vom Zentrum aus in mehr oder weniger konzentrischen Ringen. Im Zentrum ist die Altstadt der Bezirk, in dem die Preise mit 13,4€ pro qm am höchsten sind (**Karte 27A**): Außer seiner Zentralität, ist es auch der bevorzugte Wohnsitz von Alleinlebenden (die hier mehr als 70,0% der Haushalte darstellen). Dies hat einen direkten Einfluss auf den Durchschnittspreis für die Anmietung kleiner Wohnungen von weniger als 40 qm (13,02). Somit wird die relative Knappheit des Angebots von einer starken Nachfrage vor allem für kleine Wohnungen in dem Preis widergespiegelt. Der zweite Ring ist westlicher, von der Stadt versetzt (Ehrenfeld und Lindenthal), der östliche Teil ist weniger angesprochen. Die Preise bleiben relativ hoch, im Allgemeinen über 13,0 € pro qm. Der dritte Ring wird durch Preise charakterisiert, die unter dem Durchschnitt liegen. Er betrifft hauptsächlich Mülheim und sekundär Rodenkirchen und Nippes mit Teilen nahe dem Rhein. Die billigen Mieten betreffen die nördlichen äußeren Bezirke und den Süden, Chorweiler und Porz mit Preisen unter 7,0€ pro qm. Man stellt fest, dass die Geografie der Verkaufspreise nicht mit der Karte mit den Mietpreisen (**Karte 27B**) überein stimmt. Man findet dort wieder den Gegensatz zwischen Zentrum (teuer) und Stadtrand (günstiger) aber man bemerkt auch eine sektorale Tendenz, die sich westwärts mit sehr hohen Preisen und in einer Nord/Süd-Achse auf dem linken Rheinufer ausdehnt (die zahlreichen Datenmängel verhindern eine detailliertere Analyse).

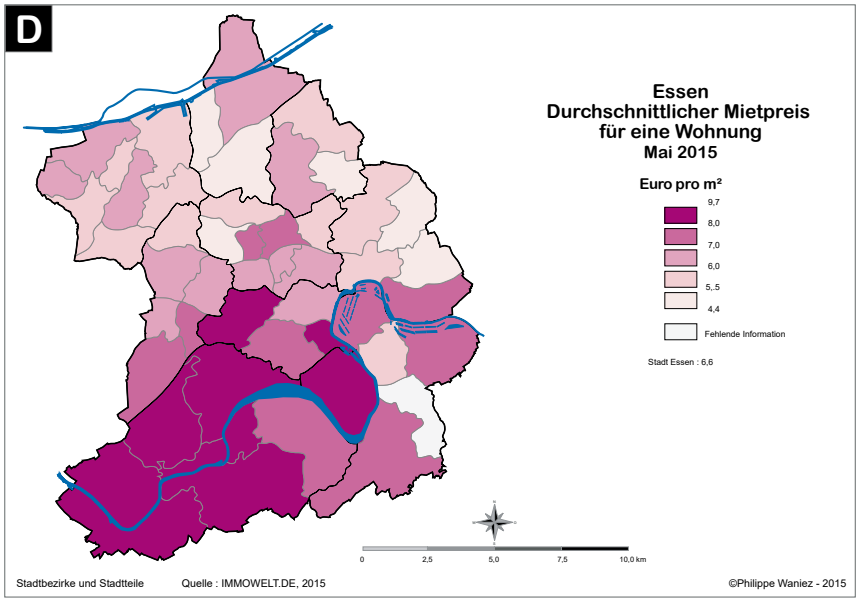
In Düsseldorf, sieht man die gleiche Art räumlicher Struktur mit Preisen wie in Köln, aber mit einigen bemerkenswerten Unterschieden (**Karte 27C**). In der Altstadt von Düsseldorf, steigt der durchschnittliche Mietpreis genau wie in Köln, auf über 13,0€ pro qm. Aber nicht in der Altstadt sind die höchsten Werte registriert, sondern in Carlstadt (14,5) und im Hafen (16,2). Zu diesen verschiedenen kostspieligen Kernen kommen wenige andere Bezirke hinzu, die weniger teuer sind (von 11,0€ bis 13,0€ pro qm: Oberkassel auf dem linkem Rheinufer und auf dem rechten Ufer: Golzheim, Unterbilk und Hamm; die Stadtmitte angrenzend an die Altstadt, liegt in derselben Preisstufe. Jenseits dieser Bezirke verbindet eine durchschnittliche Preisspanne von 9,5 bis 11 Itter und Himmelgeist im Süden mit Stockum im Norden. Die günstigsten Preise von 9,0€ bis 7,5€ je qm werden jenseits dieses Bogens, hauptsächlich in den Stadtbezirken 6, 7, 8 und 9 ausgwiesen. Am Rande der Stadt in Hubbelrath, Garath und Hellerhof sind die Mieten billiger. Eine Besonderheit von Düsseldorf ist die Erscheinung, dass sich ein Raum mit höheren Mieten weit weg vom Zentrum nordwärts, in den Bezirken von Kalkum (14,6) Kaiserswerth (13,0), Angermund (9,8) und Wittlaer (10,2) darstellt. Man befindet sich hier, nördlich des Flughafens, in einer Wohngegend mit einer niedrigen Dichte und vielen Grünflächen; wahrscheinlich ziehen diese Gegenden eine wohlhabende Bevölkerung an.

In Essen nehmen im Gegensatz zu den zwei vorigen Städten die Preise ab dem Zentrum zur Peripherie nicht ab. Sicher weisen die zwei zentralen Bezirke (Stadtkern und der Ostviertel) die höheren Durchschnittsmieten aus als in den benachbarten Bezirken aber darin liegt hier nicht die Hauptsache (**Karte 27D**).


A
Köln
Durchschnittlicher Mietpreis
für eine Wohnung
Mai 2015
Euro pro m²
13,4
12,0
10,0
9,0
7,5
5,2
Fehlende Information
Stadt Köln : 10,7
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : IMMOWELT.DE, 2015
©Philippe Waniez - 2015


B
Köln
Durchschnittlicher Kaufpreis
für eine Wohnung
Mai 2015
Euro pro m²
5 010
3 500
2 500
2 000
1 500
225
Fehlende Information
Stadt Köln : 2 758
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : IMMOWELT.DE, 2015
©Philippe Waniez - 2015


C
Düsseldorf
Durchschnittlicher Mietpreis
für eine Wohnung
Mai 2015
Euro pro m²
16,2
13,0
11,0
9,5
8,0
7,3
Fehlende Information
Stadt Düsseldorf : 10,2
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : IMMOWELT.DE, 2015
©Philippe Waniez - 2015


D
Essen
Durchschnittlicher Mietpreis
für eine Wohnung
Mai 2015
Euro pro m²
9,7
8,0
7,0
6,0
5,5
4,4
Fehlende Information
Stadt Essen : 6,6
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : IMMOWELT.DE, 2015
©Philippe Waniez - 2015

Karten 27

Was die Preisverteilung in Essen charakterisiert, ist der markante Gegensatz zwischen der südlichen Hälfte (billiger) und der nördlichen Hälfte (teurer). Man findet dieses Merkmal der Stadt öfter wieder, zum Beispiel, wie schon beschrieben bei der Wohnungsanzahl je Wohngebäude oder der Wohnfläche je Einwohner. Der Süden von Essen, der von der Ruhr durchquert wird, wird von einer über den Durchschnitt der Stadt liegenden Miete charakterisiert: 9,1€ pro qm in Schuir, 8,9 in Werden und Heidhausen, 8,5 in Kettwig und Heisingen, 8,2 in Bredeney. Dort ist ein Bereich der Wohlhabenden mit Parks und kleinen vornehmen Gebäuden. Der Südosten ist etwas günstiger mit Preisen zwischen 7 und 8 Euro. Die Durchschnittspreise der Mieten in der nördlichen Hälfte von Essen sind in der Regel unter 6; sie sind besonders günstig in den vier Stadtbezirken nördlich und östlich der Stadt (Borbeck, Altenessen, Katernberg- Schonnebeck-Stoppenberg und Steele-Kray).

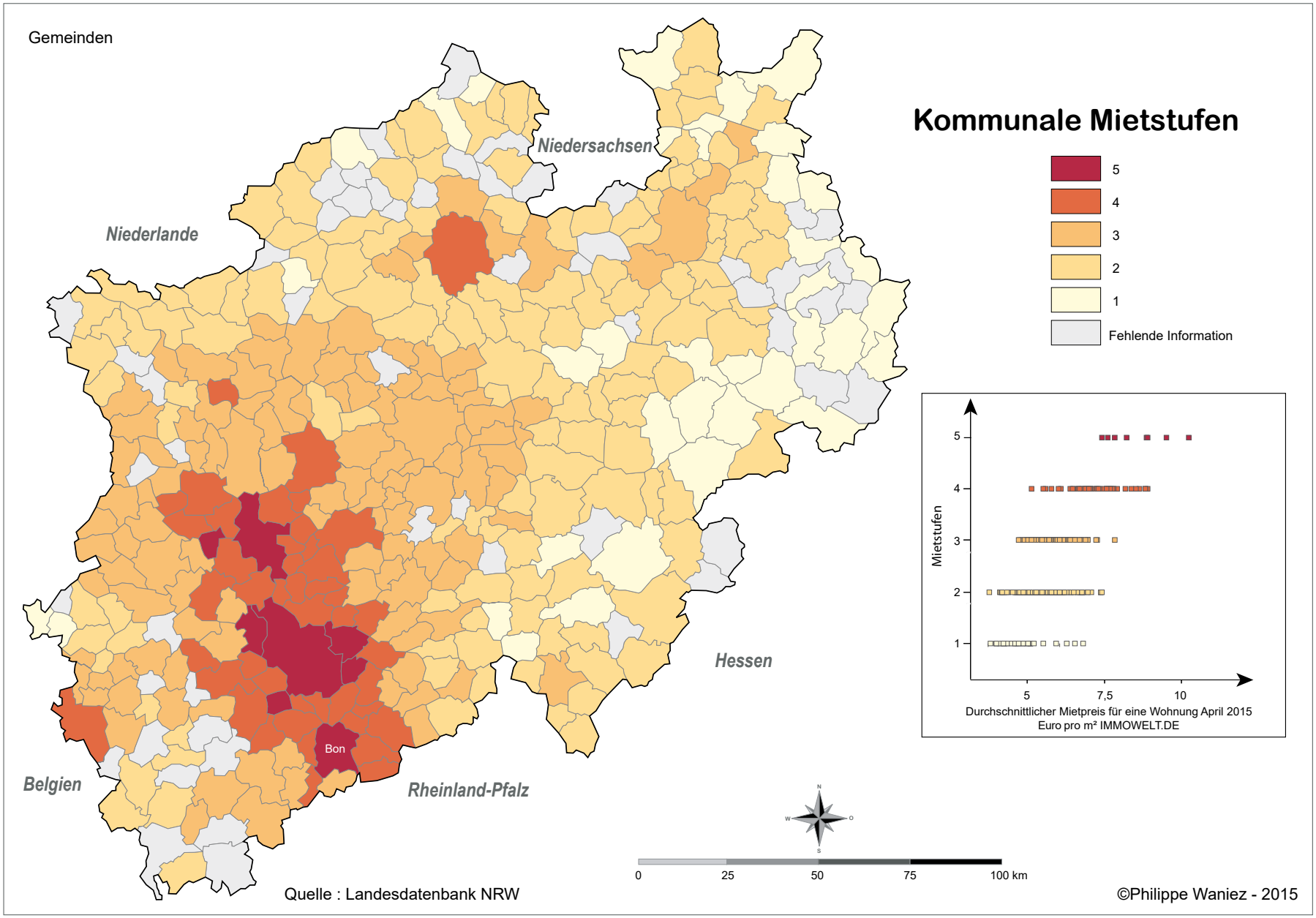
Das Wohngeld

Das Niveau der Ausgaben für die Unterkunft, die Haushalte mit bescheidenen Mitteln bezahlen können, ist ein wesentliches Element der Preisbildung in der Palette der Wohnmöglichkeiten, die für sie bestimmt sind. Um ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern gibt es das Wohngeld. „Wohngeld ist kein Almosen des Staates - auf Wohngeld besteht ein Rechtsanspruch. Wohngeld wird zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens als Miet- oder Lastenzuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum geleistet“ (31). Wohngeld wendet sich an verschiedene Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel Arbeitslose, ältere Menschen mit geringen Mitteln, Familien mit sehr niedrigem Einkommen. Die Empfänger können Mieter oder Besitzer sein, unter der Bedingung, dass ihre Wohnung den Bedingungen entspricht, die das Recht auf Wohngeld eröffnet.

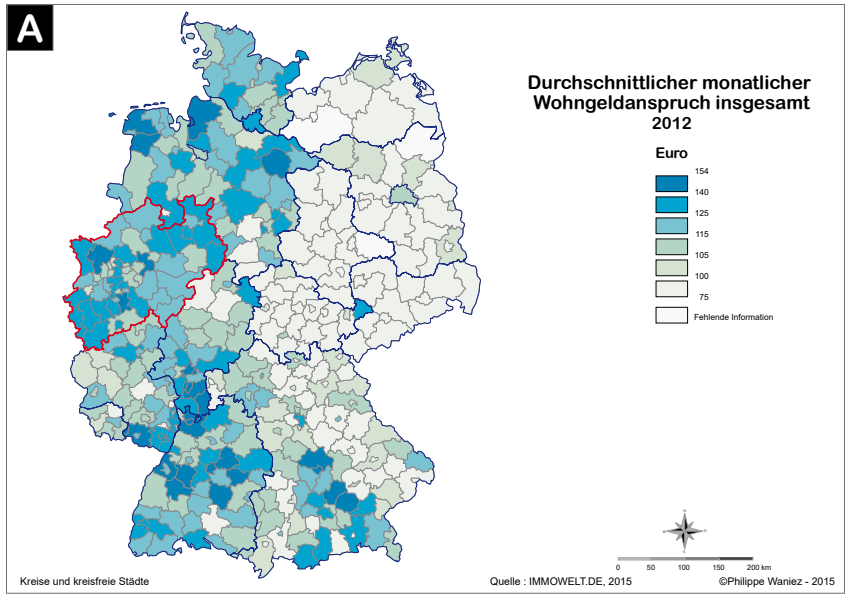
2012 stieg die Zahl der durch Wohngeld unterstützten Haushalte in Deutschland auf 770.369 d.h. 2,1% aller Haushalte. 91,0% von ihnen erhielten Mietzuschuss, der Rest nimmt den Lastenzuschuss wahr. In NRW sind 151.081 Haushalte die Empfänger von Wohngeld, das sind 19,1% der gesamten Empfänger in Deutschland (d.h. zwei Prozent weniger als sein demografischer Anteil). Auch hier ist der Mietzuschuss ausschlaggebend: 92,0%.

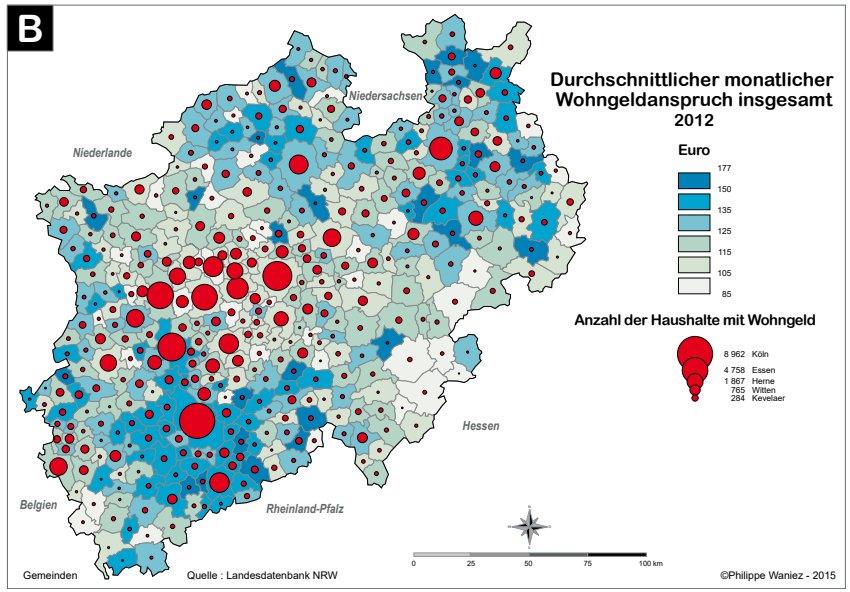
Die Berechnung des monatlichen Wohngeldanspruchs umfasst mehrere Parameter: die Kaltmiete, die Mietstufe der Gemeinde, die Anzahl der Haushaltsmitglieder und die Einkommen (32). So wird bei der Berechnung der Beihilfe, die geografische Lage durch die Mietstufe der Gemeinde mit aufgenommen (Werte zwischen 1 und 6 wobei 6 den teuersten Städten entspricht). Die Karte der Mietstufen in NRW ist nur unvollkommen mit den Durchschnittspreisen der Mieten, so wie sie in IMMOWELT.DE (**Karte 28**) dargestellt sind. Die grafische Darstellung zeigt eine starke Streuung der Mieten in jeder Stufe und sogar der Überlappung von Preisausdehnungen. Die Notwendigkeit, die angesetzten Preise besser zu kennen ist wichtig, um die Zuweisung der Mietstufen in jeder Kommune nachvollziehen zu können.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch insgesamt in Deutschland variiert zwischen 75,0€ und 154,0€ pro Monat. Der Betrag dieser Hilfe scheint also im absoluten Wert verhältnismäßig bescheiden. Seine Verteilung zeigt einen deutlichen Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern (**Karte 29A**).


Gemeinden
Kommunale Mietstufen
5
4
3
2
1
Fehlende Information
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Rheinland-Pfalz
Belgien
Bon
Mietstufen
5
4
3
2
1
5
7,5
10
Durchschnittlicher Mietpreis für eine Wohnung April 2015
Euro pro m² IMMOWELT.DE
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015

Karte 28





Karten 29

Im Osten sind die Werte niedrig, in der Regel zwischen 75 und 100 Euro. Dies entspricht im Großen und Ganzen der Geografie der niedrigen Mieten und die Angemessenheit zwischen Hilfe und dem Preis scheint mehr oder weniger wirksam. Aber in den neuen Bundesländern ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte Deutschlands auch mit geringen Mieten noch am niedrigsten. Diese Hilfe ist für die 184.536 Empfänger der Ex-DDR sicher unentbehrlich (27,7% der Gesamtanzahl der Empfänger in Deutschland). In den alten Bundesländern zeigt sich der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch insgesamt im Osten und Norden von Bayern relativ niedrig, oft unter 105 Euro. Darüber hinaus gibt es ein höheres Maß an Unterstützung in einigen Großstädten (145,0€ in Stuttgart, 149,0€ in Frankfurt am Main), aber dies ist nicht systematisch, wie in München, wo das Niveau bei 134,0€ liegt oder auch noch in Hamburg bei 131,0€.

In NRW verbinden sich mehrere Phänomene, um eine Originalkarte zu erhalten. Zuerst zentriert sich eine große Fläche an der Rheinachse mit einem insgesamt hohen monatlichen Durchschnittswohngeldanspruch, zwischen 135,0€ und 150,0€ (**Karte 29B**). Dies entspricht den höchsten Miet-Zonen. Im Ruhrgebiet dann ist die Höhe der Beihilfen niedriger, weil in dieser Region die Mieten im Durchschnitt billiger sind. In diesen zwei Regionen ist die Zahl der Empfänger höher als im Rest des Landes auf Grund der Gegenwart großer Städte. Schließlich scheint das Niveau der Beihilfe in Westfalen verhältnismäßig hoch, selbst wenn die Zahl der Empfänger in Münster und Bielefeld viel niedriger sind. Vielleicht liegt der Grund in der relativ hohen durchschnittlichen Anzahl der Personen pro Haushalt, die diese Region auszeichnet, Dies ermöglicht den Erhalt von Wohngeld auch bei niedrigeren Mieten, weil die Anzahl der Haushaltsmitglieder in die Berechnung einfließt.

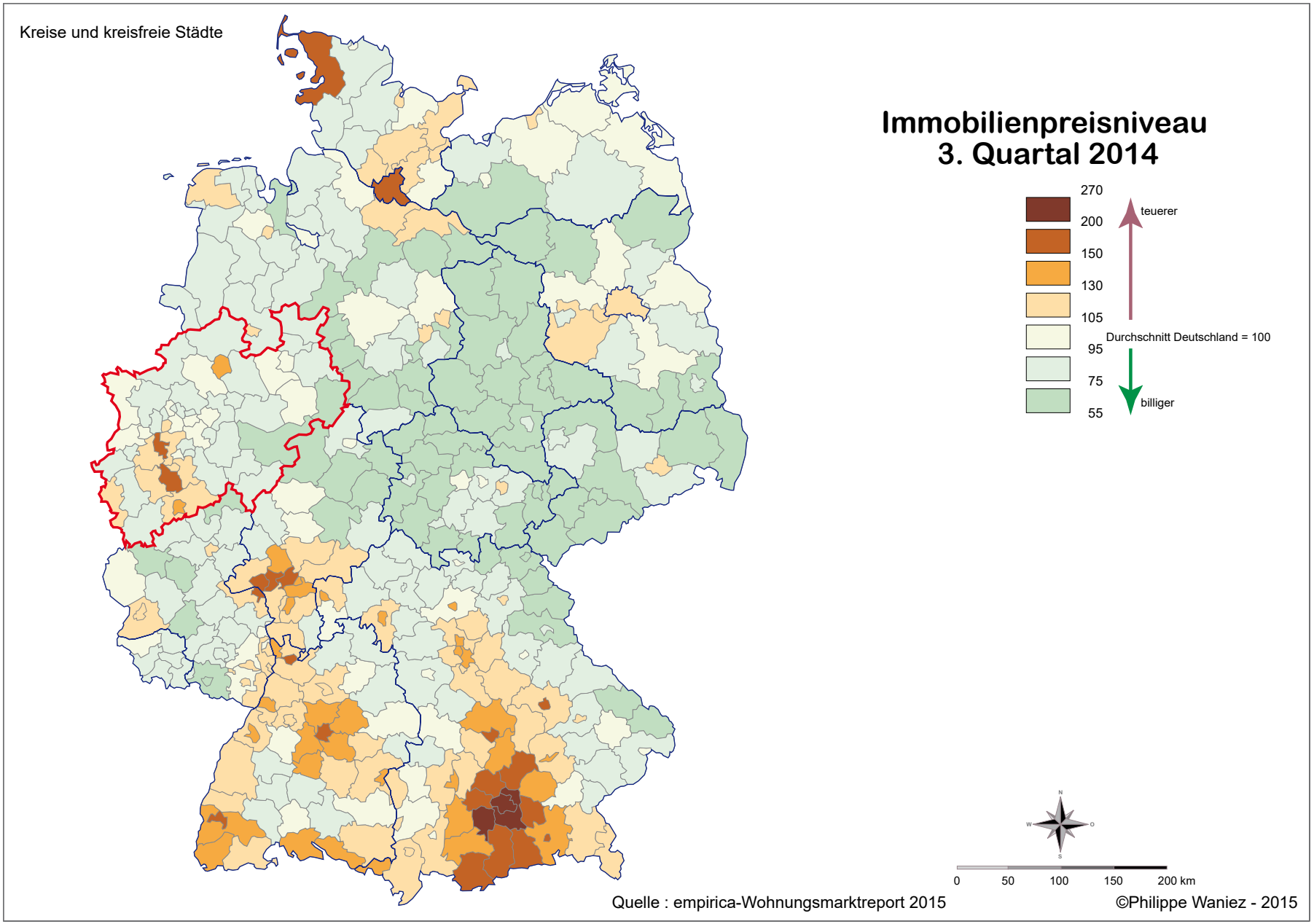
Eine Synthese der Wohnungspreise: das Empirica Immobilienpreisniveau

Freundlicherweise hat das Unternehmen Empirica (30) seine errechneten Werte, des jeweiligen Immobilienpreisniveaus für alle Kreise und kreisfreien Städte von Deutschland mitgeteilt. Dieser Index „ist die gewichtete Abweichung von Miet- und Kaufpreisen (Eigentumswohnungen (ETW) und Wohnungen in Ein- oder Zweifamilienhäusern (EZFH)) gegenüber dem bundesweiten Durchschnitt (Deutschland = 100)“. „Der Wert 100 setzt sich wie folgt zusammen (in Klammern ist jeweils das Gewicht angegeben, mit dem die einzelnen Werte in den Gesamtwert einfließen): Miete: 6,2 (0,5); ETW: 1.512,4 (0,25); EZFH: 1.665,4 (0,25)“. „Je höher der Wert, desto höher ist das Immobilienpreisniveau in der Regio“.

Die mit diesen Daten erarbeitete Karte (**Karte 30**) steht im Einklang mit den Ergebnissen, die man unter Verwendung der Statistiken von IMMOWELT.de erhielt. Die eindeutigste Bestätigung ist die Existenz einer starken Polarisation der Preise in den wichtigsten kreisfreien Städten: Die zentrale Metropole weißt das Niveau des höchsten Preises aus, dann vermindern sich diese Niveaus mehr oder weniger stark in Verbindung mit der Entfernung zum Zentrum der Metropole. Man muss verhältnismäßig weite Kreise um München ziehen, um Niveaus zu finden, die dem Durchschnitt von Deutschland nahe sind. Das bedeutet, dass die Preise in ganz Oberbayern hoch bleiben. Doch in den meisten anderen Städten in Deutschland, verringert sich das Preisniveau recht schnell mit dem Abstand zur Mitte des Stadtzentrums. Dies ist vor allem in Hamburg, Köln und Düsseldorf oder sogar Nürnberg der Fall. Die Verringerung ist nicht so stark in Wiesbaden und Frankfurt am Main, sowie Stuttgart oder Freiburg im Breisgau. Die Bestätigung der besonderen Stellung von München auf dem Wohnungsmarkt wird also ebenfalls von dieser Karte unterstrichen.

Außerhalb großer urbaner Zentren und ihres mehr oder weniger ausgedehnten Einflussbereiches, je nach Größe der Stadt und der lokalen Preismuster, liegt der Rest des Landes in der Regel unter dem nationalen Durchschnitt. Weit unter diesem Durchschnitt liegen auch die meisten der neuen Länder, abgesehen von einigen großen Städten wie Dresden, Jena, Rostock und Berlin. Ebenso erscheinen Magdeburg und Schwerin sehr preiswert. Auch erreichen, im Zusammenhang mit der Ex-DDR, die Länder von Vorpommern einen höheren Preis, sicherlich auf Grund ihres Badecharakters. Die ländlichen Kreise der alten Bundesländer sind oft günstiger, jedoch weniger deutlich als in den neuen Ländern.

Empiricas Immobilienpreisniveau ist ein gewichteter Durchschnitt der die Kontraste zwischen Kauf und Verkauf einerseits und Haus und Wohnung andererseits glättet. Wenn diese Glättung die Polarisation der Großstädte gut voranschiebt, verwischt es den wahrnehmbaren Gegensatz von Nord-/Süd auf den Karten der Kaufpreise. Der Gegensatz entspricht eher einer regionalen Wirkung, als einer Polarisationswirkung, selbst wenn diese sogar deutlich bleibt. Weil die Struktur der Preise von den Städten zweifellos ein wichtiger Faktor ist, ist das Niveau der akzeptablen Preise von potenziellen Kunden auch ein Element der Preisbildung. In diesem Sinne entspricht der Nord-/Süd und noch mehr der Ost/West-Kontrast auch den deutlichen Unterschieden auf der Karte des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte.


Kreise und kreisfreie Städte
Immobilienpreisniveau
3. Quartal 2014
270
200
150
130
105
95
75
55
teuerer
Durchschnitt Deutschland = 100
billiger
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : empirica-Wohnungsmarktreport 2015
©Philippe Waniez - 2015

Karte 30

6. Die Obdachlosigkeit

„Der Begriff „Obdach“ bedeutet Unterkunft oder Wohnung (33). Obdachlosigkeit wird definiert als Zustand, in dem Menschen über keinen festen Wohnsitz verfügen und im öffentlichen Raum, im Freien oder in Notunterkünften übernachten“ (33). Die Ursachen der Obdachlosigkeit sind vielfältig und können miteinander kombiniert werden: Arbeitslosigkeit, Armut, Migration, Alterung, Gesundheitsprobleme, soziale Isolation, Mangel an sozialen Einrichtungen.

Das Einrichten einer Statistik über die Obdachlosigkeit stößt auf zahlreiche Schwierigkeiten, eine der ersten besteht darin, zu definieren was „eine Wohnung haben“ bedeutet. Die europäische Typologie für Wohnungslosigkeit gibt verschiedene Formen Obdachlosigkeit an: „einen angemessenen Wohnraum haben, in dem eine Person und seine Familie ausschließlich leben können (physischen Domäne); einen Ort der Privatsphäre für die sozialen Beziehungen (Sozialbereich); einen Rechtsanspruch darauf haben (Rechtsbereich). Man unterscheidet vier Formen der Obdachlosigkeit: obdachlos sein, ohne Wohnung sein, in einer prekären Wohnungslage sein, in einer unangemessenen Wohnung zu sein. Diese Situationen zeigen alle das Nichtvorhandensein einer anständigen Wohnung“ (34).

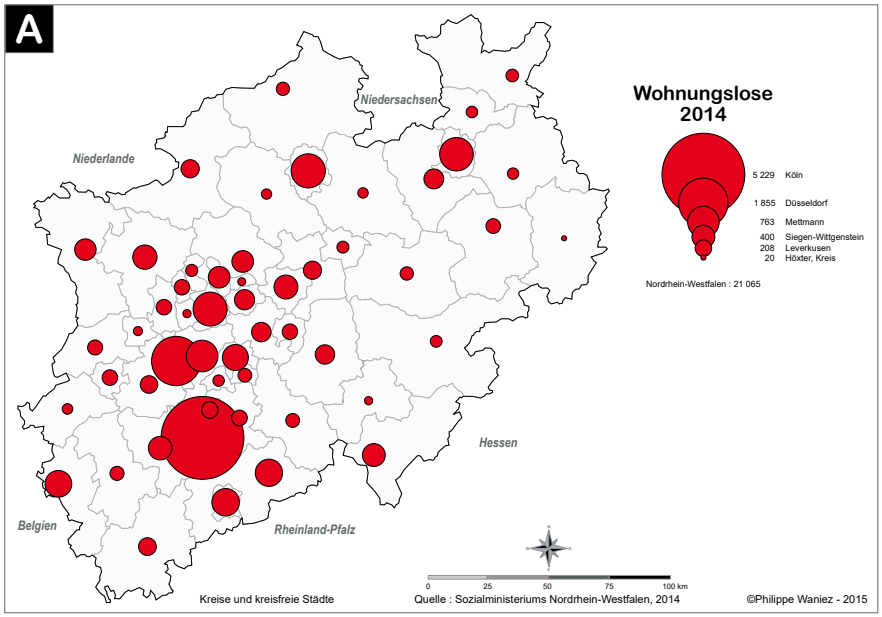
„In Deutschland ist die Zahl der Obdachlosen in keiner Bundesstatistik erfasst. Bundesweit gibt es Schätzungen, die von Wohlfahrtsverbänden aufgestellt werde“. Das sind religiöse, humanitäre oder politische Organisationen, wie zum Beispiel der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Rote Kreuz, die Diakonie Deutschland im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung…

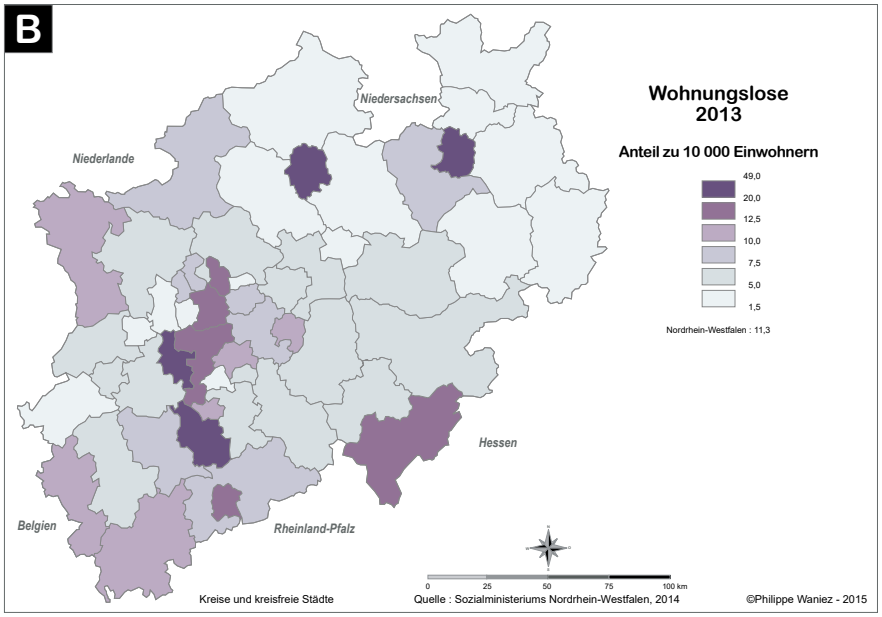
Die internationale soziale Bewegung Homeless Worldcup (35) beschrieb die Situation in 70 Ländern weltweit. Für Deutschland, sagt sie, „In 2012 hatten mehr als 284.000 Menschen keinen Platz zum Leben, was eine Zunahme von 15,0% beträgt, verglichen mit 2010 und man erwartetet eine Zunahme der Zahlen von zusätzlich 30,0% auf 380.000 bis 2016 (Deutsche Welle, 2014). Mehr als 15,0% der Menschen in den Hilfsprogrammen für Obdachlosigkeit waren Ausländer (Spiegel, 2013“. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gibt seinerseits für 2012 an, dass die Zahl von ungefähr 284.000 Wohnungslosen einen Anteil von 35 auf 10.000 Einwohner beträgt mit einem Anstieg von 14,5% seit 2006. Man rechnet 106.000 Mehrpersonengemeinschaften und 178.000 Alleinstehende, von denen 24.000 ohne jede Unterkunft auf der Straße leben (diese Daten stammen von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe BAGW). Man versteht, dass die Statistiken unsicher sind aber es setzten sich zwei Schlussfolgerungen durch: Die Zahl von Wohnungslosen in Deutschland liegt zwischen 250.000 und 300.000 und sie hat eine zunehmende Tendenz. Die Personen ohne Unterbringungslösung, also „auf der Straße“, das heißt wirklich Obdachlose, stellen ungefähr 10,0% aller dar.

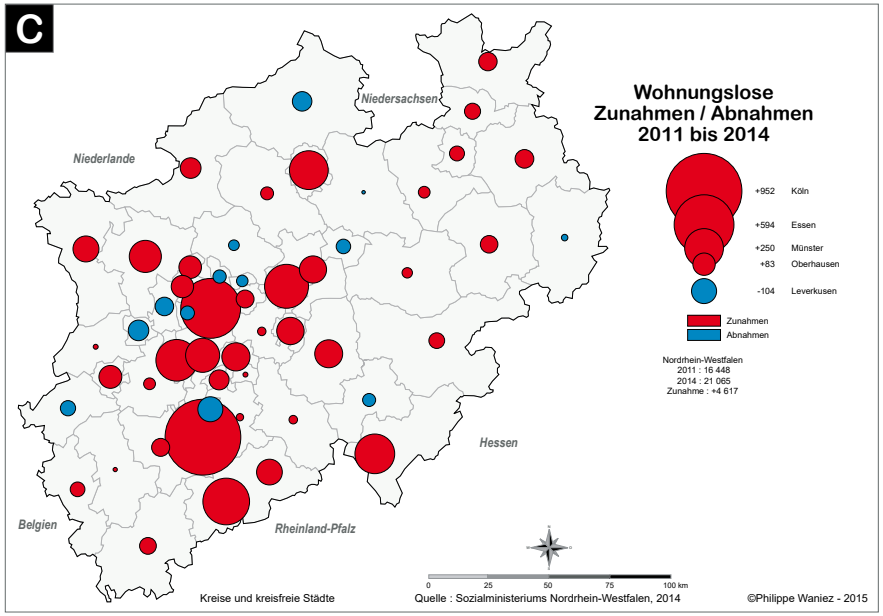
In NRW sind die Statistiken der Obdachlosigkeit auf dem Niveau der Kommunen bis 2006 erstellt worden. Eine Reform des Sozialministeriums Nordrhein-Westfalen hat veranlasst, dass diese Statistiken seit 2011 verfügbar sind, aber leider nur auf dem Niveau der Kreise und kreisfreien Städte und damit auf der geografischen Karte weniger detailliert.

In 2014 wurden 21.065 Wohnungslose in NRW gezählt, das sind 11,3 auf 10.000 Einwohner. Dieser Anteil erscheint ganz anders als der nationale Durchschnitt: bedeutet das, dass die Obdachlosigkeit in NRW geringer ist oder dass die benutzte Definition restriktiver ist, als diejenige der caritativen Organisationen? Wie dem auch sei, die Anzahl der Wohnungslosen nimmt tendenziell zu. Es waren 16.448 im Jahre 2011, was ein Wachstum von etwas mehr als 1.000 Personen für jedes Jahr bedeutet.

In Köln ist die Anzahl der Wohnungslosen mit 5.229 Personen (**Karte 31A**) am höchsten, das ist ein Wert von 48,5 auf 10.000 Bewohner (**Karte 31B**); ein Viertel aller Wohnungslosen von NRW wurden in Köln registriert. In Köln steigt ihre Zahl ebenfalls mehr: +952 Personen zwischen 2011 und 2014 (**Karte 31C**). In der Regel ist die Wohnungslosigkeit vor allem ein städtisches Phänomen; wobei die größten Städte des Landes unterschiedlich stark betroffen sind. Die Situation erscheint verhältnismäßig schlecht in Düsseldorf, Münster und Bielefeld; auch in Bonn, Mettmann, Essen ist sie nicht besser. Aber das Ruhrgebiet ist eher weniger betroffen, als die Rheinachse. Es sind meist die Städte, in denen sich Reichtum produziert und sich oft auf arrogante Weise zur Schau stellt, in denen sich große Armut entwikkelt. Das ist übrigens eine allgemeine Regel in einer Anzahl entwickelter Länder.


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Wohnungslose
2014
5 229 Köln
1 855 Düsseldorf
763 Mettmann
400 Siegen-Wittgenstein
208 Leverkusen
20 Höxter, Kreis
Nordrhein-Westfalen : 21 065
0 25 50 75 100 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Sozialministeriums Nordrhein-Westfalen, 2014
©Philippe Waniez - 2015


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Wohnungslose
2013
Anteil zu 10 000 Einwohnern
49,0
20,0
12,5
10,0
7,5
5,0
1,5
Nordrhein-Westfalen : 11,3
0 25 50 75 100 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Sozialministeriums Nordrhein-Westfalen, 2014
©Philippe Waniez - 2015


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Wohnungslose
Zunahmen / Abnahmen
2011 bis 2014
+952 Köln
+594 Essen
+250 Münster
+83 Oberhausen
-104 Leverkusen
Zunahmen
Abnahmen
Nordrhein-Westfalen
2011 : 16 448
2014 : 21 065
Zunahme : +4 617
0 25 50 75 100 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Sozialministeriums Nordrhein-Westfalen, 2014
©Philippe Waniez - 2015

Referenzen

(1) https://tel.archives-ouvertes.fr/tel-00103398/document, s. 303

(2) http://www.interet-general.info/spip.php?article167

(3) http://fr.wikipedia.org/wiki/Plan_Marshall

(4) http://fr.wikipedia.org/wiki/Trente_Glorieuses

(5) http://fr.wikipedia.org/wiki/Bulle_immobili%C3%A8re_espagnole

(6) http://www.zeitklicks.de/ddr/zeitklicks/zeit/alltag/zu-hause/wohnen/

(7) http://fr.wikipedia.org/wiki/Bonn#Bonn.2C_capitale_f.C3.A9d.C3.A9rale

(8) http://de.wikipedia.org/wiki/Bonn#cite_ref-6

(9) http://de.wikipedia.org/wiki/Einwohnerentwicklung_von_Bonn

(10) http://de.wikipedia.org/wiki/Schreibtisch_des_Ruhrgebiets_(D%C3%BCsseldorf)

(11) http://fr.wikipedia.org/wiki/Wirtschaftswunder

(12) http://de.wikipedia.org/wiki/Luftangriffe_auf_D%C3%BCsseldorf#cite_note-1

(13) https://www.duesseldorf.de/statistik/stadtforschung/sachthemen/bevoelkerung.shtml

(14) http://de.wikipedia.org/wiki/Garath

(15) http://de.wikipedia.org/wiki/Hellerhof_(D%C3%BCsseldorf)?uselang=en

(16) http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/einwohnerzahl-duesseldorf-auf-dem-sprung-zur-600000-stadt-aid-1.3918617

(17) http://www.bild.de/regional/ruhrgebiet/das-inferno-in-der-das-alte-essen-fuer-immer-versank-10386060.bild.html

(18) http://de.wikipedia.org/wiki/Einwohnerentwicklung_von_Essen

(19) https://www.essen.de/leben/stadtteile/katernberg_1/geschichte_4.de.html

(20) http://de.wikipedia.org/wiki/Luftangriffe_auf_Wuppertal

(21) https://www.zensus2011.de/SharedDocs/Downloads/DE/Merkmale/Merkmale_GWZ.pdf?__blob=publicationFile&v=13

(22) René Lebeau: l'Habitat rural en Allemagne. http://www.persee.fr/web/revues/home/prescript/article/geoca_1164-6268_1945_num_20_3_6607

(23) http://de.wikipedia.org/wiki/Mietspiegel

(24) http://www.mietspiegeltabellen.de/

(25) https://www.gfk.com/de/loesungen/geomarketing/Real-estate-consultancy/Seiten/Real-estate-consultancy.aspx

(26) http://www.nrwbank.de/de/corporate/presse/pressearchiv/2013/131223_PI_Wohnungsmarktbericht_Mieten.html

(27) http://www.nexiga.com/infocenter/produktbroschueren/

(28) https://www.empirica-systeme.de/Produkte

(29) http://www.immobilienportale.com/uebersicht-immobilienportale/

(30) http://www.empirica-institut.de/kufa/empirica_wohnungsmarktreport_2015_MUSTER.pdf

(31) http://www.wohngeld.de/wohngeld.de_neu/portal/allg_wg1.aspx

(32) http://www.wohngeld.org/wohngeldrechner.html

(33) https://de.wikipedia.org/wiki/Obdachlosigkeit

(34) http://www.feantsa.org/spip.php?article121&lang=en

(35) https://www.homelessworldcup.org/homelessness-statistics/#europe

(36) http://www.bagw.de/de/themen/zahl_der_wohnungslosen/

XI - Lernen

Die Schule hat eine große Bedeutung in den modernen Gesellschaften, sie gibt ihr gleichzeitig eine Rolle des Erlernens von Fähigkeiten und eine Rolle des wichtigsten Sozialisationsmittels. Die von der Schule übermittelte Kultur setzt sich aus theoretischem Wissen, dem Erlangen von Kenntnissen und Fertigkeiten und Verhalten zusammen. Um die Schüler an das soziale und kulturelle Kapital heranzuführen, ist es wichtig ihnen Werte zu vermitteln, ihnen durch Erwachsene vorgegebene Regeln nahezubringen, einen Austausch von Ideen zu ermöglichen und eine Anbahnung an musische Inhalte zu fördern. Diese Möglichkeiten sollten die Schüler akkumulieren, um sie in der Gesellschaft stärker zu machen, wo die individuelle Leistung eine Bedingung für ein erfolgreiches Leben geworden ist. Daher ist die Schule eine wesentliche Einrichtung für die Vorbereitung der „Bürger“ von morgen. Als Institution ist die Schule vom Staat organisiert, um der größtmöglichen Anzahl von Kindern einen Zugang von Kenntnissen zu garantieren. Die europäischen Regierungen verwenden einen bedeutenden Teil des Bruttosozialprodukts des Landes in den Schulen: 6,5% in Finnland im Jahr 2011, 6,1% in Frankreich, 5,1% in Deutschland. Selbstverständlich gewährleistet die Höhe der Investitionen den schulischen Erfolg der Kinder, aber es zeigt trotzdem die strategische Natur, die die politischen Entscheidungsträger der Erstausbildung und der Berufsausbildung beimessen.

Die Schule wird nur selten aus geografischer Sicht betrachtet. Allerdings kann die Kartografie zeigen, dass der Betrieb des Schulsystems, dessen Zugang in der Regel als universell und für alle gleich erklärt wird, unter vielen sozialen und geografischen Ungleichheiten leidet. Um diese Ungleichheiten aufzuzeigen, nimmt man hier drei verschiedene Blickwinkel der Studie an. Zunächst untersucht man das Niveau der Ausbildung der gesamten Bevölkerung. Der verwendete Indikator ist der höchste Schulabschluss, der von den Einwohnern erreicht wird. Daraus ergibt sich ein kontrastreiches geografisches Bild der Regionen in Europa, Deutschland und NRW. Der zweite Ansatz betrifft die Schülerzahl oder anders gesagt, die „Kunden“ des Bildungssystems. Es heißt, „das Bildungssystem in Deutschland ist fünfstufig. Die fünf Stufen sind die Primarstufe, die Sekundarstufe I und Sekundarstufe II, der tertiäre und der quartäre Bereich, zu dem vorwiegend die Weiterbildungsangebote gehören, beispielsweise beruflicher Anbieter oder der Volkshochschule“ (1). Schließlich besteht in der dritten Art das Funktionieren des schulischen Systems zu analysieren darin, die Qualität ihres „Produktes“ zu bewerten. In dieser Perspektive nutzen wir die Daten des Deutschen Lernatlas.

1. Die Bevölkerung nach Schulabschlüssen

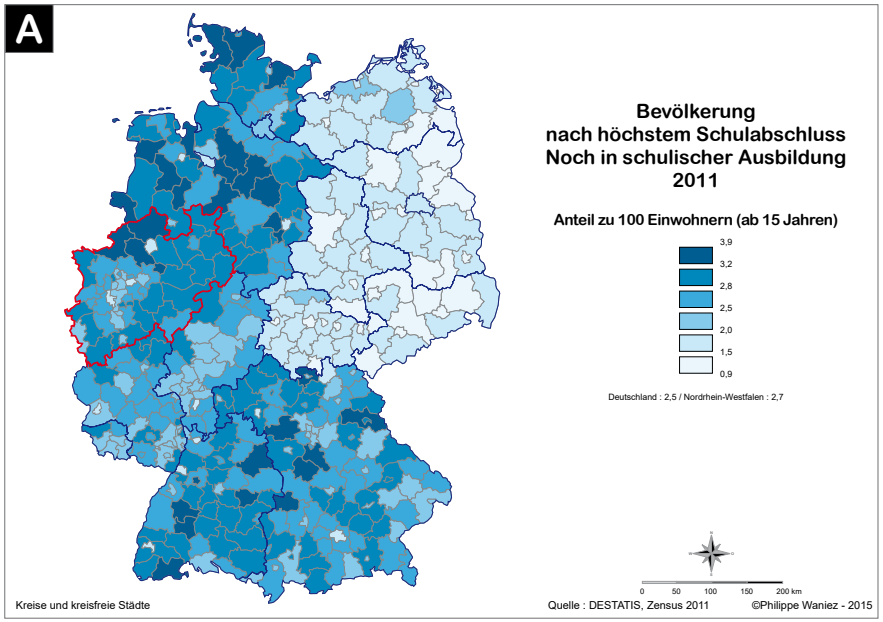
Der Schwerpunkt liegt hier auf der Schulebene der Bevölkerung in Europa und in Deutschland. Die statistischen Daten ermöglichen, die Verteilung der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren nach dem höchsten erreichten schulischen Niveau auszuwerten. Für Europa verwendet Eurostat die International Standard Classification of Education (ISCED) in seiner Fassung von 1997. Sie besteht aus 7 angeordneten Ebenen; die Ebene 0 ist die niedrigste (Vorschulische Erziehung), Stufe, Ebene 6 die höchste (Tertiäre Bildung, Forschungsqualifikation). Für Deutschland ermöglicht der Zensus 2011, die Verteilung der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren nach dem höchsten erreichten schulischen Niveau zu beurteilen. Sieben Niveaus, die auf den Typ der besuchten Schule aufgebaut sind, erscheinen in der Tabelle der Volkszählung: Ohne Schulabschluss, Haupt/Volksschulabschluss, Realschul- oder gleichwertiger Abschluss, Gymnasiale Oberstufe, Fachhochschulreife, Allgemeine /fachgebundene Hochschulreife (Abitur), Fachhoch- /Hochschulabschluss. Zu diesen Kategorien kommt eine achte Einteilung mit dem Titel „Noch in schulischer Ausbildung“ hinzu, die die Personen betrifft, die, obwohl sie das Alter von 15 Jahren erreicht oder überschritten haben, die Schule noch während der Zählung besuchten. Man erkennt, dass hier das höchste Niveau das Abitur ist; demnach handelt es sich hier um eine enge Bedeutung des Wortes „Schule“ handelt es sich hier, das heißt genau genommen die Lehranstalten. Um die Anzahl der Personen zu erhalten, die die Universität und ganz allgemein die Hochschulen besucht haben, ist es notwendig eine andere Statistik zu verwenden, als die der Beruflichen Abschlüsse. Ebenfalls auf der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr basierend, enthält sie eine Kategorie Fachhoch-/Hochschulabschluss, die ermöglicht das Panorama der Bildungsebenen unter Berücksichtigung des Hochschulwesens zu ergänzen.

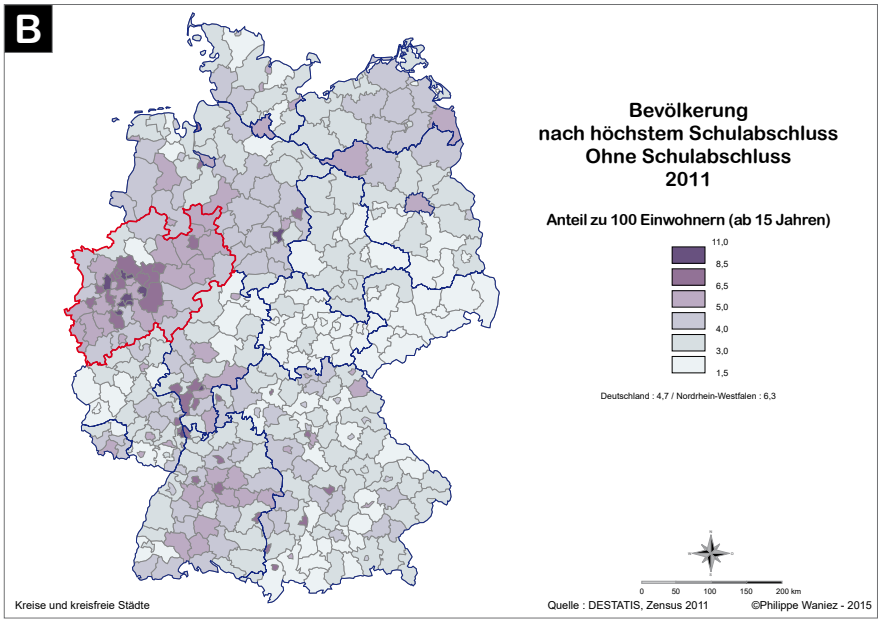
Noch in schulischer Ausbildung

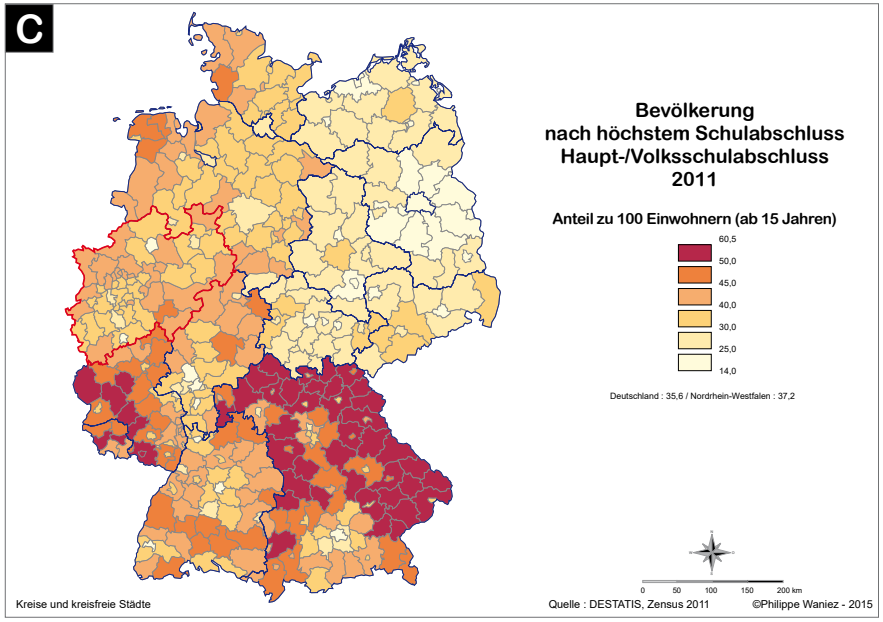
Der Anteil der Bevölkerung, der noch in schulischer Ausbildung ist, weist in Deutschland nur durchschnittlich 2,5% der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr aus, das sind 1.691.700 Personen; der Anteil ist in NRW mit 2,7% kaum höher. Diese Kategorie betrifft vor allem die ländlichen Gebiete von den alten Bundesländern, hauptsächlich Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein (**Karte 1A**); die Prozentsätze überschreiten im allgemeinen 3,0%. In den Städten fallen die Werte jedoch oft unter 2,0%. In den neuen Ländern findet man, sicher aufgrund der verstärkten Alterung ihrer Bevölkerung, die schwächsten Proportionen.

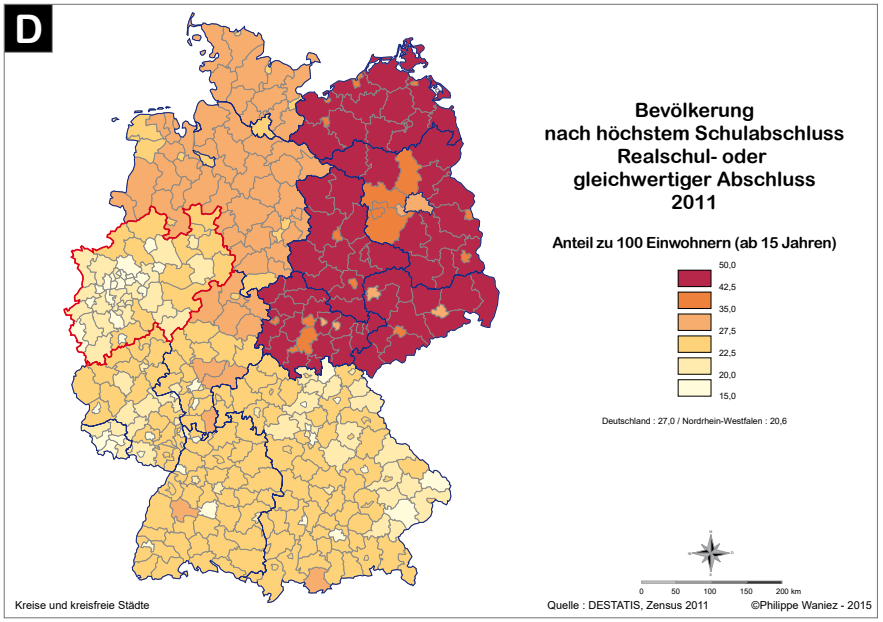
In den Kommunen von NRW variieren die Prozentsätze zwischen 1,7% und 5,1%. Die höchsten Werte werden auch in den ländlichen Gemeinden, entlang dem Niederrhein, im Münsterland und im Sauerland festgestellt (**Karte 2A**). Doch das stark urbanisierte Herz des Landes zeigt häufig Prozentsätze unter 2,5%. Dies ist ebenso der Fall bei Städten, die außerhalb des Herzens liegen: Aachen, Münster, Bielefeld, Siegen...

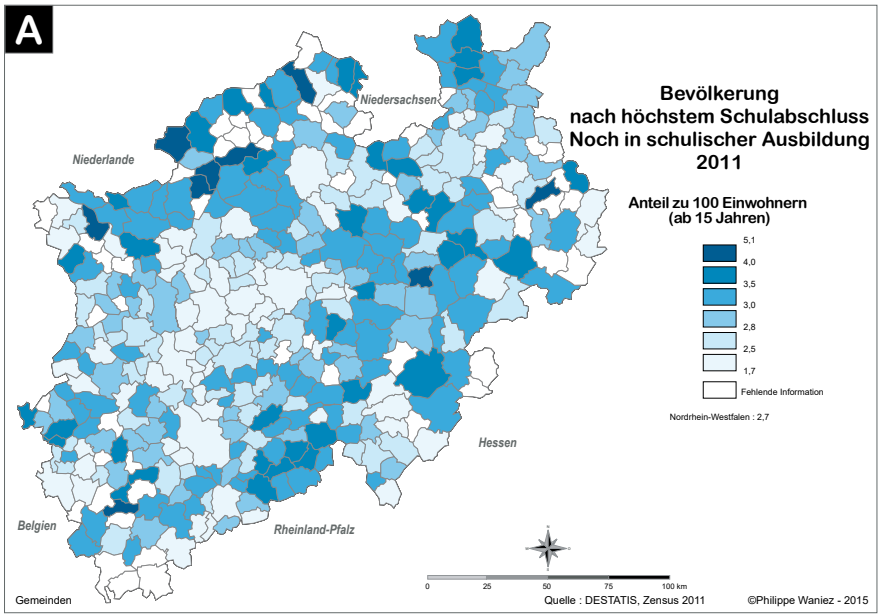
Aus dem Zensus 2011 weiß man, dass 92,0% der Personen in der Kategorie „Noch in schulischer Ausbildung“ Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren beinhaltet. Die Karten der Altersklasse 15-19 Jahre (**Karten 3A** und **3B**) bestätigen diesen Zusammenhang sowohl für Gesamtdeutschland als auch für NRW. Mit anderen Worten ist die geografische Verteilung der Personen, die noch in schulischer Ausbildung ist, mit der Verteilung der Bevölkerung verbunden, die von dieser besonderen Situation betroffen ist.

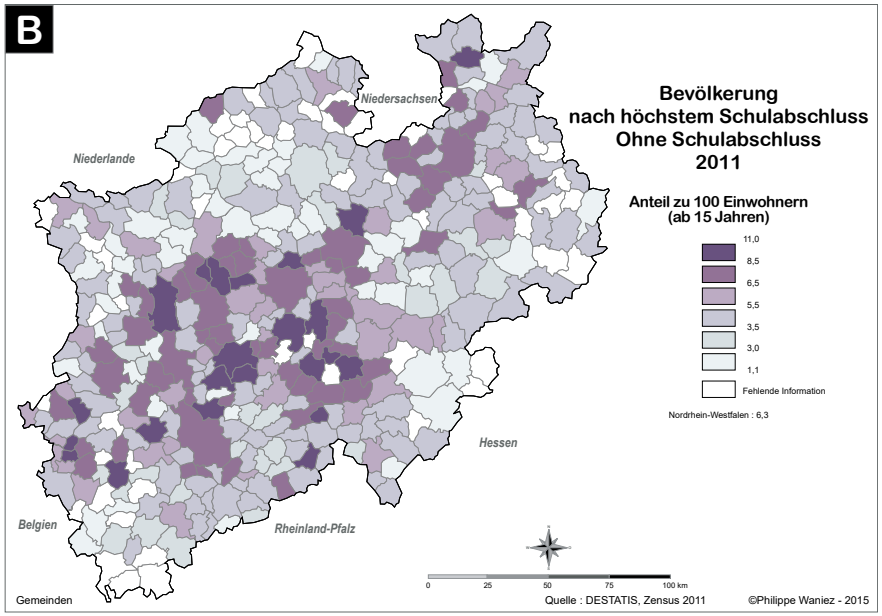

A
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Noch in schulischer Ausbildung
2011
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
3,9
3,2
2,8
2,5
2,0
1,5
0,9
Deutschland : 2,5 / Nordrhein-Westfalen : 2,7
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

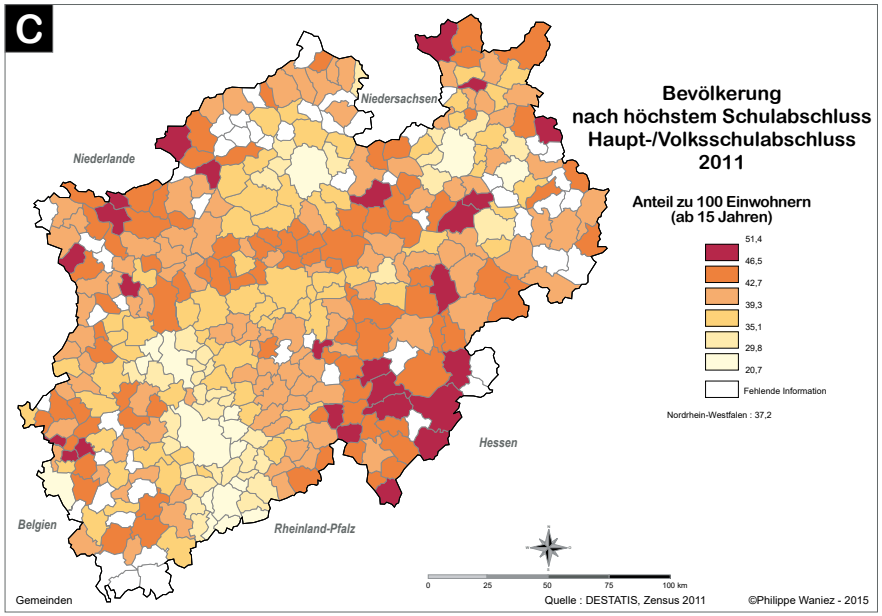

B
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Ohne Schulabschluss
2011
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
11,0
8,5
6,5
5,0
4,0
3,0
1,5
Deutschland : 4,7 / Nordrhein-Westfalen : 6,3
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

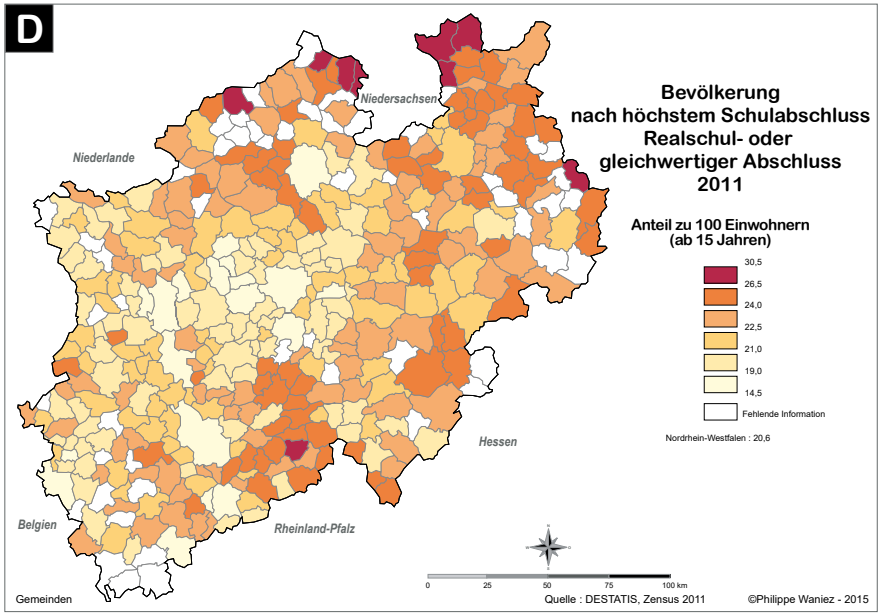

C
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Haupt-/Volksschulabschluss
2011
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
60,5
50,0
45,0
40,0
30,0
25,0
14,0
Deutschland : 35,6 / Nordrhein-Westfalen : 37,2
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Realschul- oder
gleichwertiger Abschluss
2011
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
50,0
42,5
35,0
27,5
22,5
20,0
15,0
Deutschland : 27,0 / Nordrhein-Westfalen : 20,6
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


A
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Noch in schulischer Ausbildung
2011
Anteil zu 100 Einwohnern
(ab 15 Jahren)
5,1
4,0
3,5
3,0
2,8
2,5
1,7
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 2,7
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


B
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Ohne Schulabschluss
2011
Anteil zu 100 Einwohnern
(ab 15 Jahren)
11,0
8,5
6,5
5,5
3,5
3,0
1,1
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 6,3
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Haupt-/Volksschulabschluss
2011
Anteil zu 100 Einwohnern
(ab 15 Jahren)
51,4
46,5
42,7
39,3
35,1
29,8
20,7
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 37,2
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

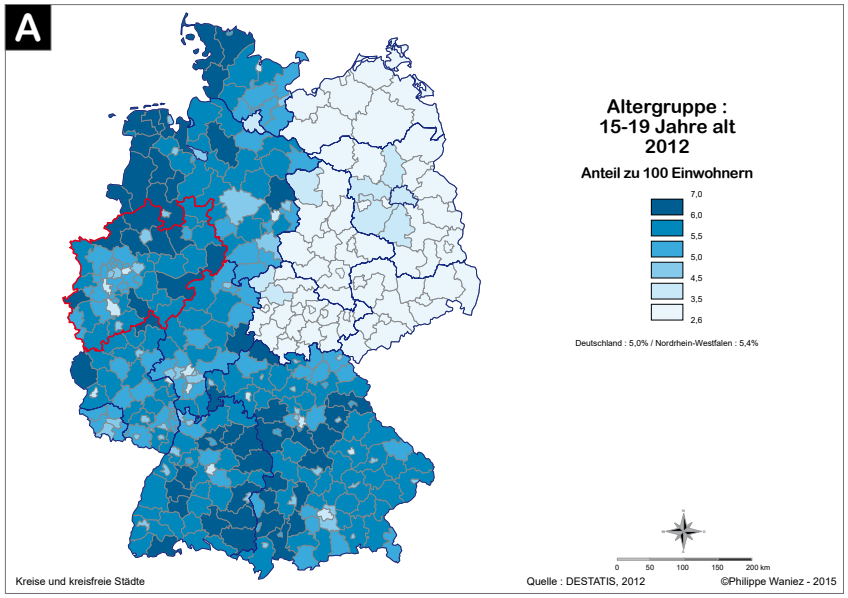

D
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Realschul- oder
gleichwertiger Abschluss
2011
Anteil zu 100 Einwohnern
(ab 15 Jahren)
30,5
26,5
24,0
22,5
21,0
19,0
14,5
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 20,6
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

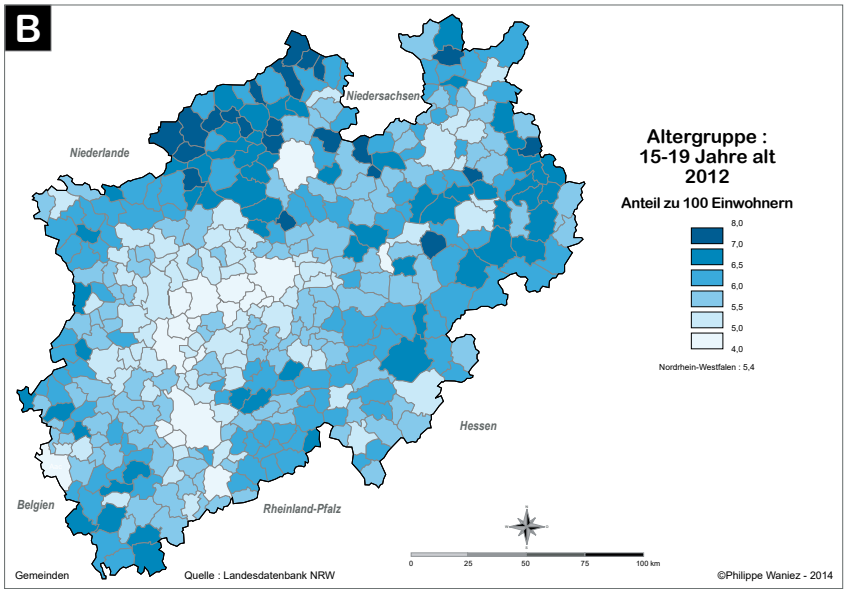
Karten 2

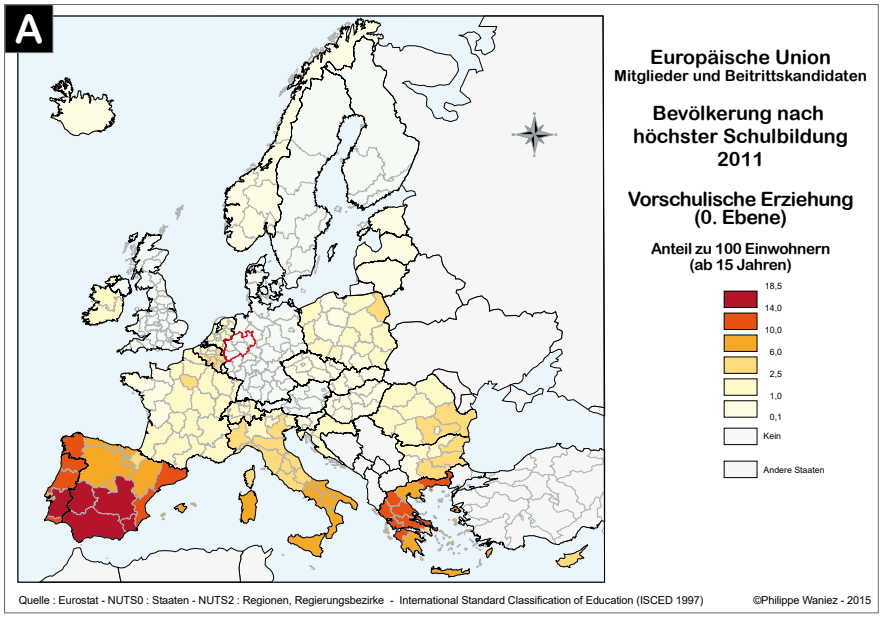
Ohne Schulabschluss

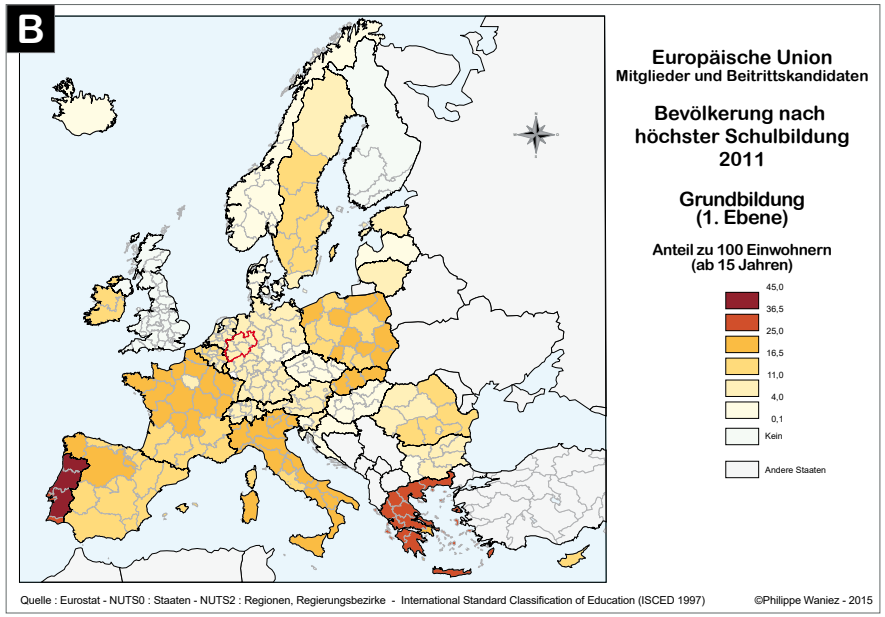
Für Deutschland: „In der Ausprägung ohne Schulabschluss werden nicht nur alle Personen ohne Schulabschluss, sondern auch Schüler ab 15 Jahren, die noch keinen Schulabschluss erworben haben, sowie alle Personen, die ihren Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch (insbesondere im Ausland) erhalten haben nachgewiesen» (2). Der direkte Vergleich der ISCED Nomenklatur auf dem Niveau Ohne Schulabschluss scheint in Deutschland schwer herzustellen. Wenn man annimmt, dass diese Bevölkerungsgruppe ein sehr niedriges Bildungsniveau besitzt, könnte es sich um die Stufen 0 (Vorschulische Erziehung) und 1 (Grundbildung) handeln. In Europa zeigt die Kategorie Vorschulische Erziehung (in Deutschland handelt es sich um Kindergarten und Vorschule) eine relativ geringe Zahl von etwa 11 Millionen Menschen im Jahr 2011 zu mehr als 440 Mio. Einwohnern, das sind 2,5%. Es sind meist die südlichen Länder Europas, die davon betroffen sind (Karte 4A): Portugal (Alentejo: 15,4%), Spanien (Extremadura: 18,4%), Griechenland (Anatoliki Makedonia: 12,9%) und in einem geringerem Maß Italien (Calabria: 9,5%. Die anderen Länder der EU sind weniger betroffen und viele unter ihnen, wie Deutschland, melden keinen ihrer Bewohner in dieser schwächsten Kategorie.

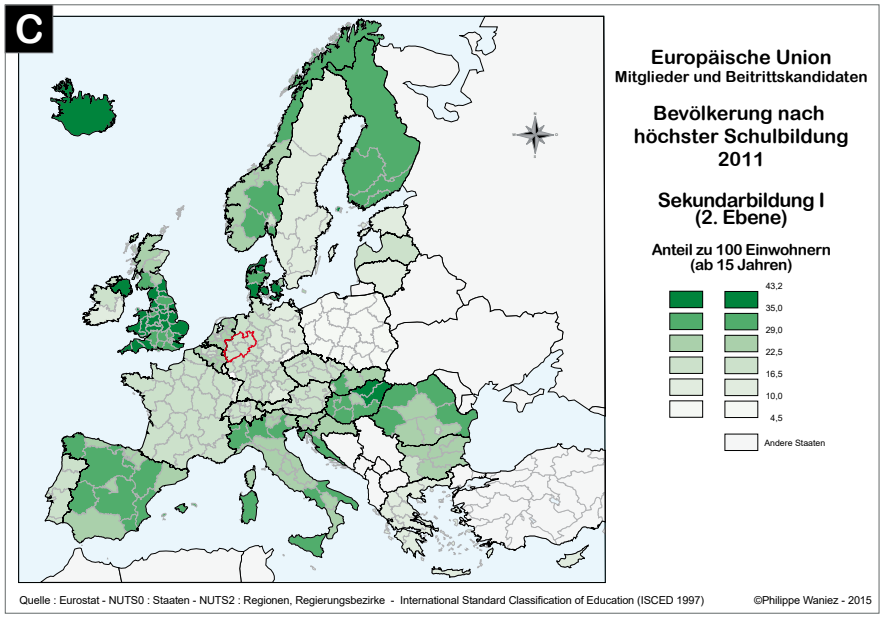
Mit 48 Millionen Personen befinden sich 10,9% der Europäer auf dem Niveau der Grundbildung (in Deutschland handelt es sich um die Grundschule). Man findet auf den schlechtesten Plätzen Portugal (Norte: 45,4%) (Karte 4B) und Griechenland (Peloponnisos: 30,2%) wieder. Hinzu kommen, mit geringeren Prozentsätzen, mehrere Regionen Italiens (Toscana: 21,2%), Frankreichs (Champagne-Ardenne: 19,7%) und Polens (Podlaskie: 20,5%).

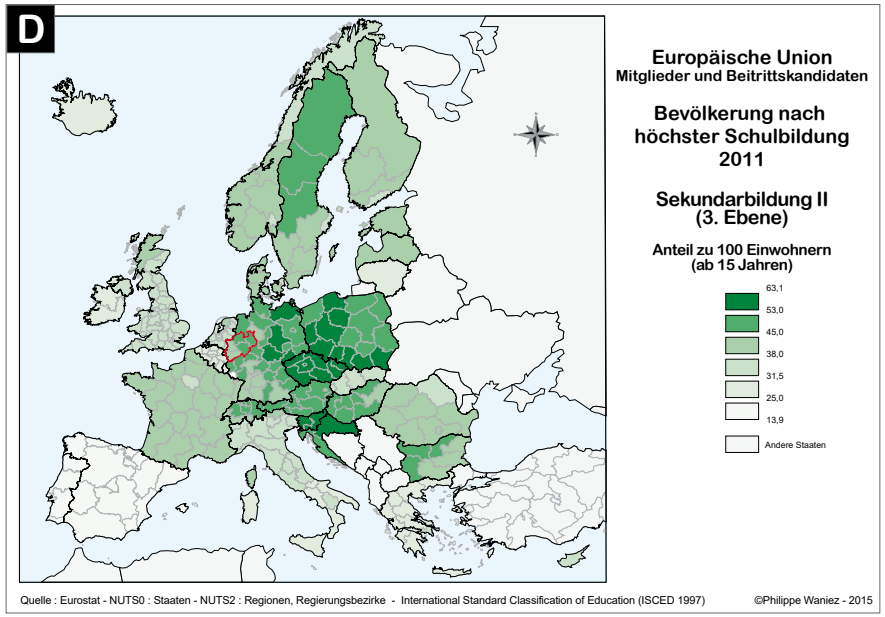





A
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Bevölkerung nach höchster Schulbildung 2011
Vorschulische Erziehung (0. Ebene)
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
18,5
14,0
10,0
6,0
2,5
1,0
0,1
Kein
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - International Standard Classification of Education (ISCED 1997)
©Philippe Waniez - 2015


B
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Bevölkerung nach höchster Schulbildung 2011
Grundbildung (1. Ebene)
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
45,0
36,5
25,0
16,5
11,0
4,0
0,1
Kein
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - International Standard Classification of Education (ISCED 1997)
©Philippe Waniez - 2015


C
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Bevölkerung nach höchster Schulbildung 2011
Sekundarbildung I (2. Ebene)
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
43,2
35,0
29,0
22,5
16,5
10,0
4,5
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - International Standard Classification of Education (ISCED 1997)
©Philippe Waniez - 2015


D
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Bevölkerung nach höchster Schulbildung 2011
Sekundarbildung II (3. Ebene)
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
63,1
53,0
45,0
38,0
31,5
25,0
13,9
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - International Standard Classification of Education (ISCED 1997)
©Philippe Waniez - 2015

Karten 4

Deutschland scheint kaum betroffen zu sein, weil die Werte immer unter oder gleich 4,0% sind. Das Vereinigte Königreich und Finnland melden keinen ihrer Bewohner in der Kategorie Grundbildung.

In Deutschland liegt die Zahl der Personen Ohne Schulabschluss im Jahr 2011 bei 3.241.010, das sind 4,7% der Bevölkerung mit 15 Jahren und älter. Es handelt sich vor allem um die Erwachsenen: 87,4% sind über 30 Jahre alt und fast ein Drittel hat 65 Jahre oder mehr erreicht. Außerdem beobachtet man einen starken Anteil der Ausländer in dieser Kategorie: Während sie nur 7,9% der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr ausmachen, erreicht ihr Anteil in diesem Abschnitt der Bevölkerung 39,0%. Schließlich ist dies eines der Niveaus, in denen man mehr Frauen als Männer findet (53,3% zu 46,7%). Dementsprechend ist die Wahrscheinlichkeit ebenfalls sehr hoch, dass in den Regionen mit hohem Ausländeranteil, eine bedeutende Präsenz von Menschen, die die Schulbildung nicht abgeschlossen haben anzutreffen sind. Aber man kann sich auch fragen, ob die Kategorien des Zensus geeignet sind, den Bildungsgrad der ausländischen Bevölkerung, die in Deutschland lebt, aufzunehmen (da einige in unterschiedlichen europäischen Schulsystemen ausgebildet wurden).

Die geografische Karte in dem Kapitel über die Ausländer zeigte, dass sie stark in den wichtigsten Städten der alten Bundesländer angesiedelt sind. Dies ist auch der Fall bei den Personen Ohne Schulabschluss (**Karte 1B**). Anders ausgedrückt, wenn ein höherer Anteil von Personen auf diesem Niveau angezeigt wird, liegt es auch daran, weil die ausländische Bevölkerung in den großen Städten zahlreicher ist, wie z.B. in Stuttgart (7,1%), Köln (7,7%), Frankfurt am Main (8,0%). Andere große Städte erscheinen ebenfalls in derselben Kategorie, wie Ingolstadt und Augsburg, Heilbronn und Pforzheim, Wiesbaden, Wolfsburg. Die höchsten Prozentsätze charakterisieren Industriestädte wie Wuppertal (8,6%), Ludwigshafen am Rhein (9,0%), Salzgitter (9,1%), Hagen (9,7%), Duisburg (10,2%).

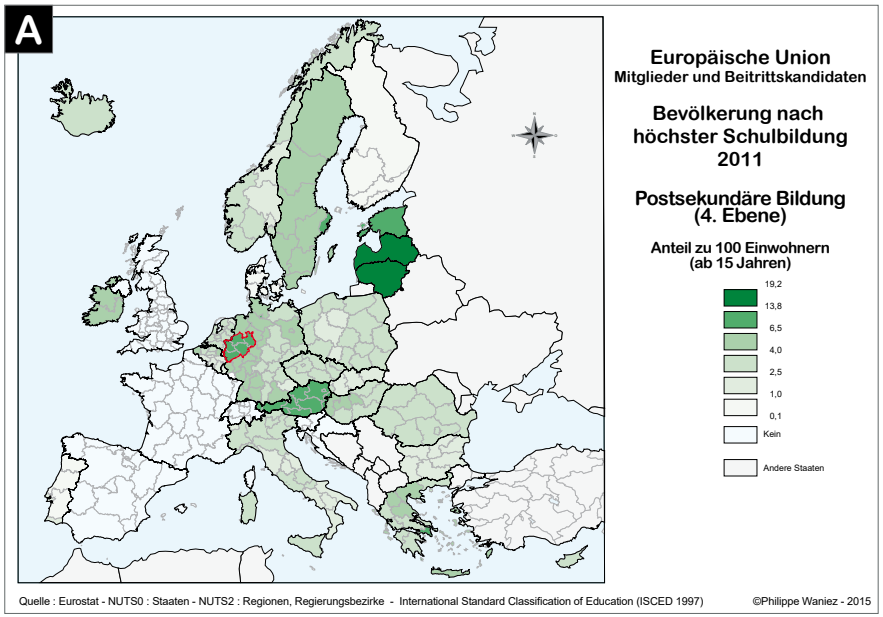
Die Verdichtung der Bevölkerung Ohne Schulabschluss in den Städten wird auch in NRW bestätigt. Außer in Bonn, Aachen und Münster, haben alle größeren Städte Werte, die höher als 6,5% sind: 6,8% in Düsseldorf, 6,9% in Bielefeld, 7,6% in Dortmund (**Karte 2B**). Die Bergischen Drei liegen über 8,5% (9,6% in Remscheid). Mehrere Städte des Ruhrgebiets überschreiten sogar die 10,0% (10,6% in Gelsenkirchen). Auch hier beeinflussten das Gewicht der Ausländer und der industrielle Charakter der betreffenden Städte die Anteile der Bewohner, die die Schule nicht abgeschlossen haben.

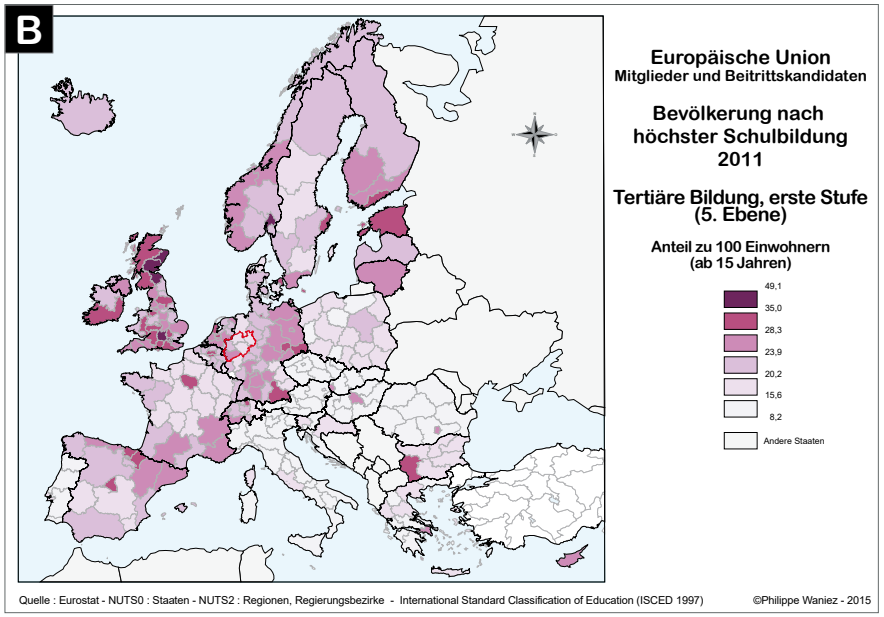
Drei Kategorien der ISCED betrifft die Sekundarbildung mit den Ebenen 2 bis 4. Die Ebene 2, Sekundarbildung I/Unterstufe, Mittelstufe, wird in deutschsprachigen Systemen Sekundarstufe I genannt. Es handelt sich um die Altersstufen von 10/12 bis 14/16 Jahren (9). 100 Millionen EU-Bürger haben dieses Niveau erreicht, etwas weniger als ein Viertel der EU-Bevölkerung ab 15 Jahren (22,6%). Obwohl höher als die ersten beiden Stufen, bleibt Stufe 3 in der Hierarchie relativ gering. Dazu gehören mehrere Länder des Südens mit einem hohen Prozentsatz, wie bereits erwähnt Spanien und Italien (**Karte 4C**), die mehrere Länder im Süd-Zentrum des ehemaligen kommunistischen Blocks verbinden: Kroatien (Jadranska Hryatska: 30,8%), Ungarn (Nördliche Tiefebene: 35,9%), Slowakei (Westslowakei: 30%), Rumänien (Nordosten: 33,1%) und Bulgarien (Severozapaden: 27,2%).

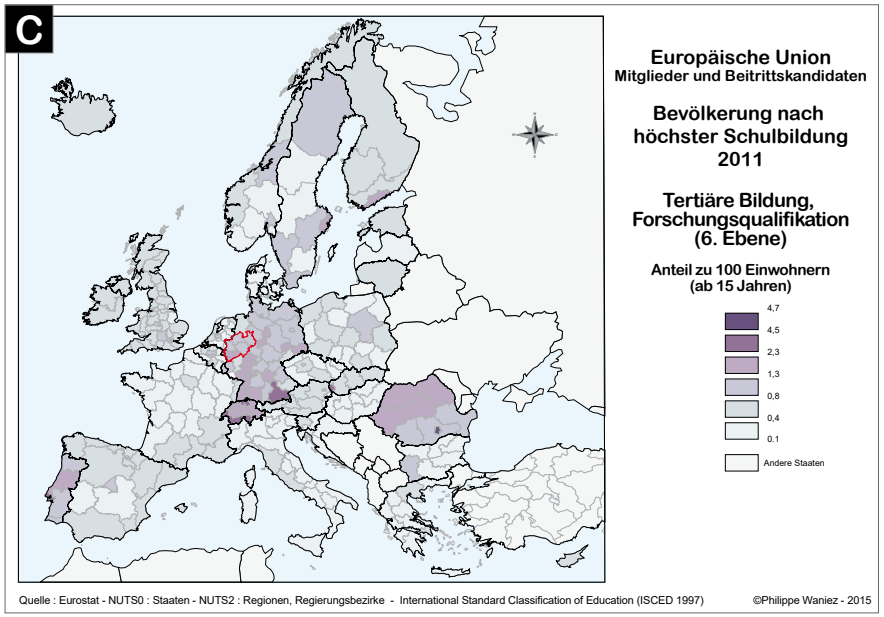
Da diese Länder nur schwache Werte in den zwei ersten Karten auswiesen, kann man meinen, dass das Niveau 2 ihr Grundniveau ist, mit im Allgemeinen höheren Prozentsätzen als der Durchschnitt der EU. Das ist auch der Fall in mehrere Länder des Nordens von Europa, allerdings wesentlich akzentuierter: Vereinigtes Königreich, Dänemark, Island, Norwegen, Finnland und in einem kleineren Maß Belgien und die Niederlande. Eine große Anzahl von Regionen dieser Länder überschreiten die Prozentsätze von 35,0%, wie in Wales (West Wales und The Valleys: 41,5%) oder in Nordirland (40,8%), in Jütland (Nordjütland: 36,6%). Im Gegensatz dazu liegen Teile von Frankreich, Deutschland, Schweiz, Österreich und der Tschechischen Republik immer unter dem europäischen Durchschnitt.

Im deutschsprachigen Raum versteht man unter der Ebene 3, Sekundarbildung II/Oberstufe, die Sekundarstufe II und die verschiedenen Ausbildungsgänge der dualen Berufsausbildung. Die Altersstufe reicht von 15/16 bis 18/20 Jahren. 170 Millionen Europäer sind auf dieser Ebene, die mit 38,2% der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter als die zahlreichste erscheint. Die Länder in Südeuropa, wie Portugal, Spanien, Griechenland und der Süden von Italien (**Karte 4D**), sind auf dieser Ebene nicht sehr stark vertreten, auf der man nur 20,0% und 30,0% ihrer Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren findet, d.h. deutlich weniger als im europäischen Durchschnitt. Über diesem Durchschnitt findet man alle Regionen Polens (Wielkopolskie: 56,2%), der Tschechischen Republik (Severovýchod: 63,0%), Sloweniens (Vzhodna Slovenija: 53,6%), Kroatiens (Kontinentalna Hrvatska: 55,6%), Ungarns und Bulgariens. Mehr als die Hälfte ihrer Bevölkerung auf dem Niveau 3 zu haben, ist also ein gemeinsames Merkmal vieler Länder des Ostblocks. Die Slowakei, Rumänien und die baltischen Länder fallen aus dieser Konzentration heraus. Teile der Schweiz und Österreich haben Werte nahe 50,0% (außer Wien, dem Tessin und der Genferseeregion). In Frankreich haben fast alle Regionen (mit Ausnahme der Ile de France) einen Anteil, der bei knapp 40,0% liegt und damit leicht über dem europäischen Durchschnitt. Deutschland weist große Unterschiede in ihren Gegebenheiten auf: Die neuen Bundesländer haben alle mehr als die Hälfte der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter, die in das Niveau 3 gehören; die alten Bundesländer sind eher zwischen 45,0% und 50,0% (mit Ausnahme von Hamburg, Bremen und Hannover); dies ist auch in Bayern der Fall mit Ausnahme von Oberbayern, dass wahrscheinlich durch den Einfluss von München einen niedrigeren Prozentsatz als 43,0% aufweist. Schließlich liegen die Gegenden von Baden-Württemberg unter 45,0%, ebenso wie der Süden von Hessen (zweifellos aufgrund der Anwesenheit von Frankfurt am Main und einem städtischen Netz der leistungsstarken Wirtschafts- und Dienstleistungssektoren), Köln und Düsseldorf.

Die ISCED weist unter der Ebene 4 die Kategorie Postsekundäre Bildung aus. Sie folgt nach Abschluss der Sekundarbildung, die aber nicht dem tertiären Bereich zuzuordnen ist. Sie umfasst die Abendgymnasien, Kollegs, Fachoberschulen oder auch die Berufs-/Technischen Oberschulen. Zu dieser Kategorie gehören etwa 10 Millionen Menschen oder 2,5% der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr. Es gibt viele europäische Länder, in denen diese Ebene nicht existiert (**Karte 5A**): Portugal, Spanien, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Dänemark, Kroatien. Sie erscheint häufig in den baltischen Staaten (Litauen 19,2%), Österreich (Niederrösterreich: 10,1%) und in geringerem Maße auch in den alten Bundesländern von Deutschland (außer Bayern), darunter NRW mit Prozentsätzen zwischen 7,5% und weniger als 8,0%.


A
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Bevölkerung nach höchster Schulbildung 2011
Postsekundäre Bildung (4. Ebene)
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
19,2
13,8
6,5
4,0
2,5
1,0
0,1
Kein
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - International Standard Classification of Education (ISCED 1997)
©Philippe Waniez - 2015


B
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Bevölkerung nach höchster Schulbildung 2011
Tertiäre Bildung, erste Stufe (5. Ebene)
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
49,1
35,0
28,3
23,9
20,2
15,6
8,2
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - International Standard Classification of Education (ISCED 1997)
©Philippe Waniez - 2015


C
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Bevölkerung nach höchster Schulbildung 2011
Tertiäre Bildung, Forschungsqualifikation (6. Ebene)
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
4,7
4,5
2,3
1,3
0,8
0,4
0,1
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke - International Standard Classification of Education (ISCED 1997)
©Philippe Waniez - 2015

Die Sekundarstufe I in Deutschland: Haupt-/Volksschulabschluss

„In der Bundesrepublik Deutschland bezeichnete die Volksschule eine Schulform, in der man nach acht Schuljahren den sogenannten Volksschulabschluss erwarb. Je nach Bundesland gibt es seit den 1960er bis 1970er Jahren mit dem Hauptschulabschluss nach neun Jahren eine vergleichbare Ausbildung. Sofern der Begriff Volksschule heute bundeslandspezifisch verwendet wird, beinhaltet er Grund- und Hauptschule in einem Gebäude“ (3). „Die Hauptschule ist eine allgemeinbildende weiterführende Schule im Rahmen des gegliederten Schulsystems. Sie umfasst in der Regel die Klassenstufen 5 bis 9 bzw. 10 im Bereich der Sekundarstufe 1 und wird mit dem Hauptschulabschluss (Berufsschulreife) abgeschlossen“(4). „Der Hauptschulabschluss ist in Deutschland der erste allgemeinbildende Schulabschluss. Er kann in allen Bundesländern am Ende der Jahrgangsstufe 9 (9. Klasse) erworben werden“ (5). Anders gesagt, hat eine Person, die den Hauptschulabschluss erreicht damit die elementare Schulbildung abgeschlossen. Danach hätte sie die Möglichkeit weiter zu lernen, um einen höheren Abschluss zu machen; ohne Beendigung bleibt diese Person nur mit einem Hauptschulabschluss. Andere Personen scheiden direkt aus dem Schulsystem aus und sind damit auch „mit Hauptschulabschluss“ klassifiziert. Die Altersverteilung dieser Kategorie ist ziemlich hoch, mit 42,7% der Menschen im Alter von 65 und mehr gegenüber insgesamt 23,8% im Alter von 15 Jahren und älter.

Die Chancen für Hauptschüler sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich: 40 Prozent der Hauptschulabsolventen schaffen den Übergang in eine Ausbildung im dualen System; 8 Prozent schaffen den Übertritt in das Schulberufssystem. Einige Hauptschulen haben einen schlechten Ruf und gelten als „Restschule“ und „in sozial belasteten Wohngebieten teilweise als „Brennpunktschulen“ (4). Mehr als ein Drittel (35,6%) der deutschen Bevölkerung ab 15 Jahren (24.513.350 Personen) befindet sich im Bereich des Haupt- / Volksschulabschlusses. In NRW ist der Anteil mit 37,2% etwas höher. Während die Personen ohne Schulabschluss eher für die Städte charakteristisch waren (teilweise aufgrund des bedeutenden Anteils an Ausländern in ihrer Bevölkerung), werden die Personen auf dem Niveau Haupt-/Volksschulabschluss hauptsächlich in Landkreisen der alten Länder vorgefunden (**Karte 1C**). Dieses Phänomen tritt stärker in Bayern (mit Ausnahme von Oberbayern), in Rheinland-Pfalz und in geringerem Maße auch in Baden-Württemberg auf. In ländlichen Kreisen von Franken, Oberpfalz und Niederbayern, ist es nicht ungewöhnlich, dass der Anteil der Menschen, die das Niveau des Haupt- / Volksschulabschlusses erreicht haben bei 55,0% liegt, das ist die Mehrheit der Bevölkerung mit 15 Jahren und älter. Auch in mehreren Kreisen von Rheinland-Pfalz ist dies der Fall, und zwar in sieben Kreisen mit mehr als 50,0% (53,4% für Südwestpfalz) und in 11 Kreisen zwischen 45,0% und 50,0%. An den nördlichen Grenzen von Baden-Württemberg und Bayern liegen die Proportionen zwischen 45,0% und 50,0%: 48,0% für Neckar-Odenwald-Kreis, 50,1% in Miltenberg. Im südlichen Baden-Württemberg gibt es eine Achse Ortenaukreis – Rottweil – Tuttlingen – Sigmaringen - Biberach, die immer mit Werten über 45,0% gekennzeichnet ist.

Die Situation in NRW bestätigt auch, was gerade beschrieben wurde: Die ländlichen Räume wie Sauerland, Eifel, Niederrhein und der Westen vom Münsterland werden durch hohe Prozentsätze charakterisiert.

Im Allgemeinen haben zwischen 45,0% und 50,0% der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr nur den Haupt-/Volksschulabschluss erreicht (**Karte 2C**). NRW weist dabei eine Besonderheit auf: Die Proportionen sind ebenfalls hoch auf der nördlichen Achse des Ruhrgebiets von Duisburg nach Gelsenkirchen, Hamm und darüber hinaus. Jetzt wird diese Achse auch durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Personen ohne Schulabschluss gekennzeichnet; die Kombination dieser beiden Kategorien ist wahrscheinlich für die wirtschaftliche Erholung in dieser Region nicht förderlich, wo es auch die höchste Arbeitslosenquote des Landes gibt. Als Kontrapunkt wirkt die Rheinachse vorteilhafter, mit nur etwa einem Viertel der Bevölkerung von Düsseldorf und Köln die nur das Niveau des Haupt- / Volksschulabschlusses erreicht haben und noch niedriger in Bonn (20,7%).

Die Sekundarstufe I in Deutschland: Realschul- oder gleichwertiger Abschluss

„Die Realschule ist eine allgemeinbildende weiterführende Schule im Rahmen des gegliederten Schulsystems. Sie umfasst die Klassen 5 bis 10 bzw. 7 bis 10 der Sekundarstufe 1 und wird mit der mittleren Reife (Realschulabschluss/Fachoberschulreife) abgeschlossen (…). Ab der 7. Klasse besteht für die Schüler die Möglichkeit, im Rahmen des sogenannten Wahlpflichtunterrichts zwischen unterschiedlichen fachlichen Profilen zu wählen“ (6). Diese Kategorie umfasst 18.568.560 Einwohner, davon 5.608.520 in den neuen Bundesländern (30,2%). Diese Kategorie wird am stärksten in der Altersgruppe von 30-49 Jahren vertreten: 42,8% (gegenüber 32,9% der Menschen im Alter von 15 Jahren und älter). Es sind vor allem die Menschen, die zwischen 1960 und 1980 geboren wurden.

In den acht Karten von Deutschland, die hier dargestellt sind, liegt die ehemalige DDR fast immer mit geringen Anteilen im Vergleich zur ehemaligen BRD. In einer einzigen Kategorie, Realschule- oder gleichwertiger Abschluss (**Karte 1D**), übersteigt sie weit die im Westen aufgenommenen Prozente (40,5% gegenüber 23,5% in den alten Bundesländern). Dieses Phänomen erklärt sich vielleicht durch die administrative Gleichwertigkeit zwischen der östlichen Polytechnischen Oberschule und der westlichen Realschule. Diese Gleichwertigkeit hat eine starke Auswirkung, auch wenn es Einzelnuancen für manche der neuen Länder gibt, besonders Berlins und Brandenburg. Die wichtigen Großstädte der EX-DDR weisen etwas weniger hohe Prozentsätze aus als die der meisten Kreise, die im Allgemeinen über 45,0% liegen. Die Prozentsätze von diesen Städten sind mehr in der Größenordnung von 40,0%. Sie sind viel niedriger in Berlin (29,0%) und Potsdam (33,7%), Jena (29,4%), Weimar (33,1%), Dresden (34,2%), Leipzig (34.6%). Alle diese Städte sind gekennzeichnet von der Präsenz ihrer Hochschulen, die Lehrer, Forscher und Studenten anziehen und in dessen Folge Menschen mit niedrigem Bildungsniveau seltener anzutreffen sind.

Der Anteil der Menschen, der, die Realschule- oder einen gleichwertigen Abschluss in der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr erreicht, ist in NRW niedriger als in ganz Deutschland: 20,6% gegenüber 27,0%. Das Herzstück des Landes ist weniger davon betroffen als die meisten anderen Großstädte (**Karte 2D**). Man beobachtet eine Lokalisierung an dem Stadtrand einiger Städte, in den Vororten der Kommunen von Bielefeld, Münster und des Oberbergischen Kreises.

Die Sekundarstufe II in Deutschland: die Gymnasiale Oberstufe

„Die gymnasiale Oberstufe im Bildungssystem Deutschlands umfasst die der Sekundarstufe II zugerechneten oberen Jahrgangsstufen von Gymnasium, beruflichem Gymnasium (auch: Fachgymnasium) und Gesamtschule und führt vom Realschulabschluss (mittlere Reife) zum Abitur (allgemeine Hochschulreife)“ (7). Die Zahlen in dieser Kategorie sind mit nur 1.339.490 Personen gering. Das entspricht 1,9% der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr. Dass die Zahlen mit diesem Schulabschluss so niedrig sind, liegt höchstwahrscheinlich daran, dass mit diesem Abschluss der Zugang zu einem Studium gewährleistet ist und die meisten dann ein höheres Bildungsniveau erreichen. Auf diesem Niveau sind die Frauen in der Mehrheit (52,9% gegen 47,1%) und dieser Bevölkerungsteil ist fast völlig unter 30 Jahre alt.

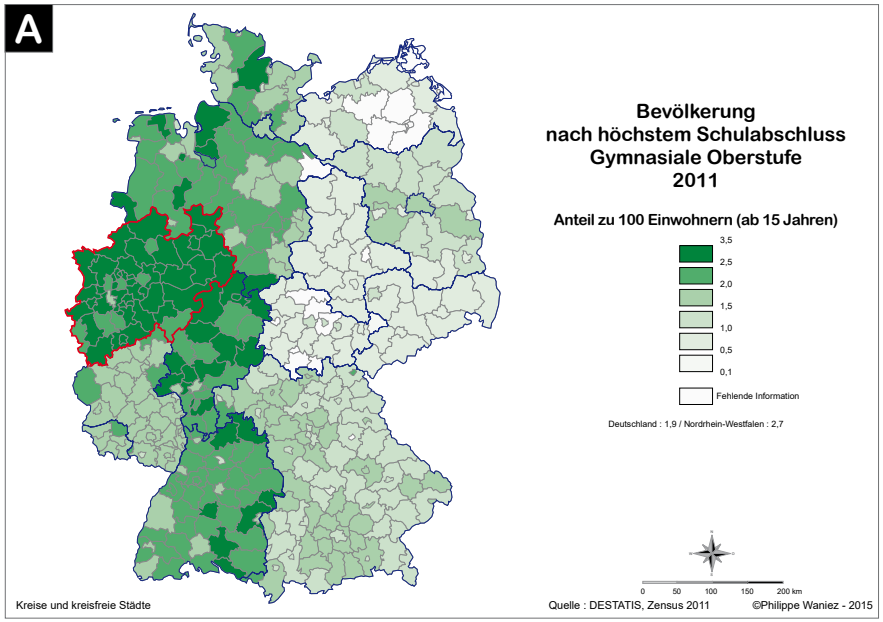
Diese Kategorie betrifft selten die neuen Länder sowie Bayern und Rheinland-Pfalz und nur etwas mehr Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Schleswig Holstein, deren Kreise häufig über 2,0% liegen (**Karte 6A**). Die kreisfreien Städte sind eher weniger betroffen als die Landkreise. Die Karte zeigt außerdem, dass für dasselbe Land die Prozentsätze sehr homogen sind. Vielleicht aufgrund der Regeln oder der gültigen Normen in jedem Land.

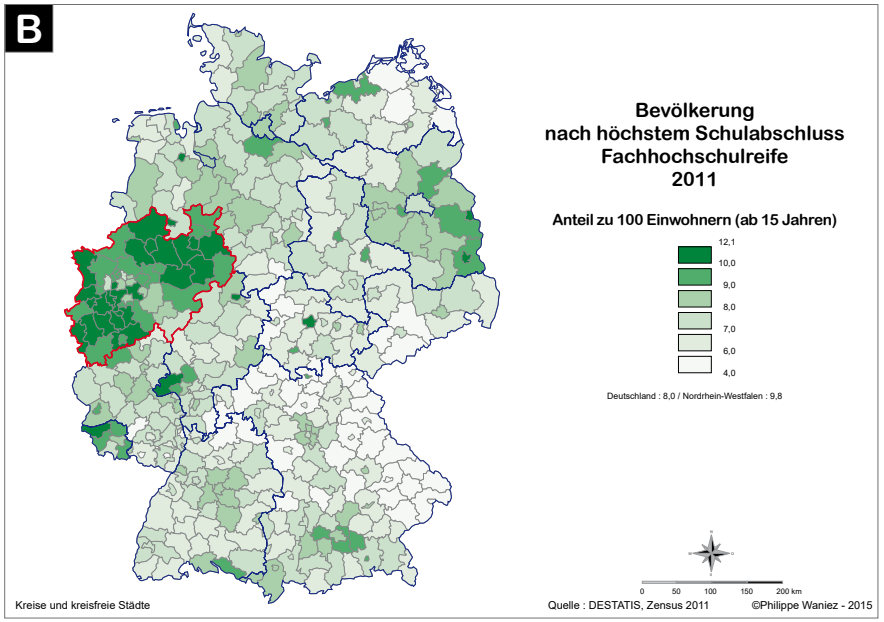
NRW ist eines der Länder, in denen die Prozentsätze unter den Höchsten sind. In einigen Gemeinden liegen sie höher als 4,0%. Man beobachtet jedoch keine bezeichnende räumliche Verteilung, selbst wenn es offensichtlich ist, dass diese Kategorie nicht die Städte, sondern eher Räume betrifft, die an ihrem fernen Stadtrand gelegen sind (**Karte 7A**).

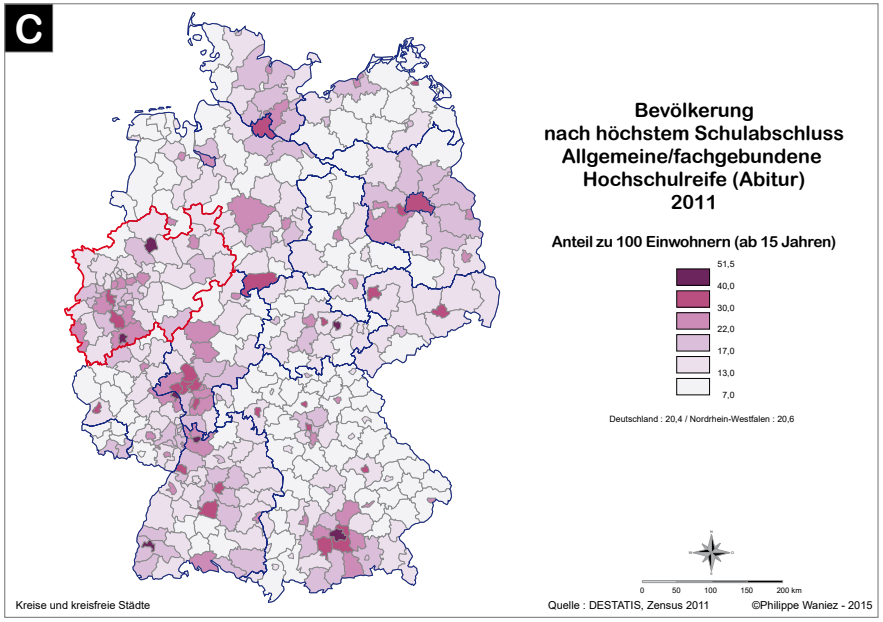
Die Sekundarstufe II in Deutschland: die Fachhochschulreife

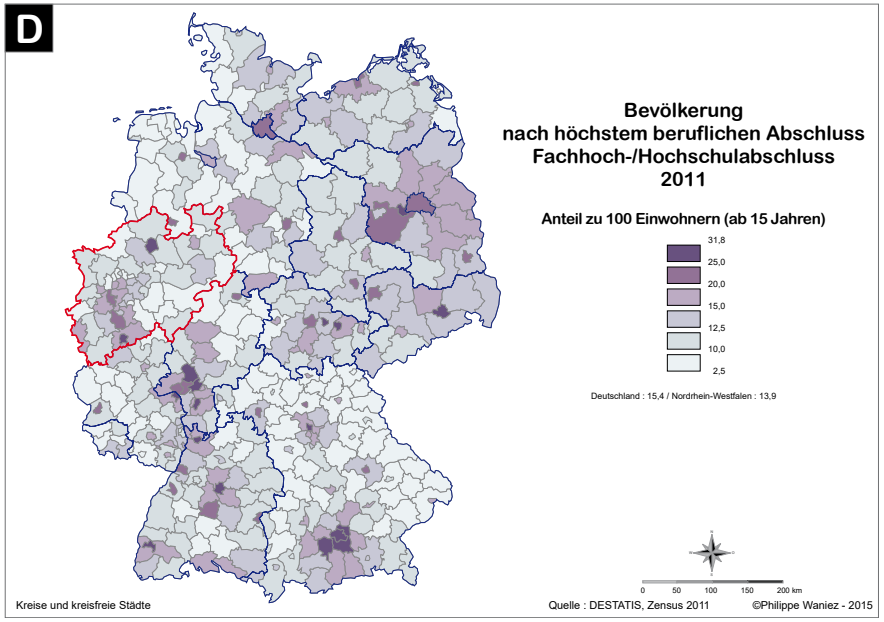
Die Fachhochschulreife ist ein gehobener Bildungsabschluss, der zum Studium an einer Fachhochschule berechtigt. Die Fachhochschulreife besteht aus einem schulischen und einem berufsbezogenen Anteil: Den schulischen Teil der Fachhochschulreife erwerben Schüler in der Regel nach dem Abschluss der 11. Klasse einer höheren Schule: Sekundarstufe II, Gymnasium, Gesamtschule, Fachoberschule, Berufsoberschule … oder nach Abschluss von Belegfächern auf Oberstufenniveau an Fachschulen verbunden mit einer Berufsausbildung. Der berufsbezogene Teil der Fachhochschulreife besteht aus einem einjährigen Berufspraktikum, einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einem Praktikum in der 11. Jahrgangsstufe der Fachoberschule (8).

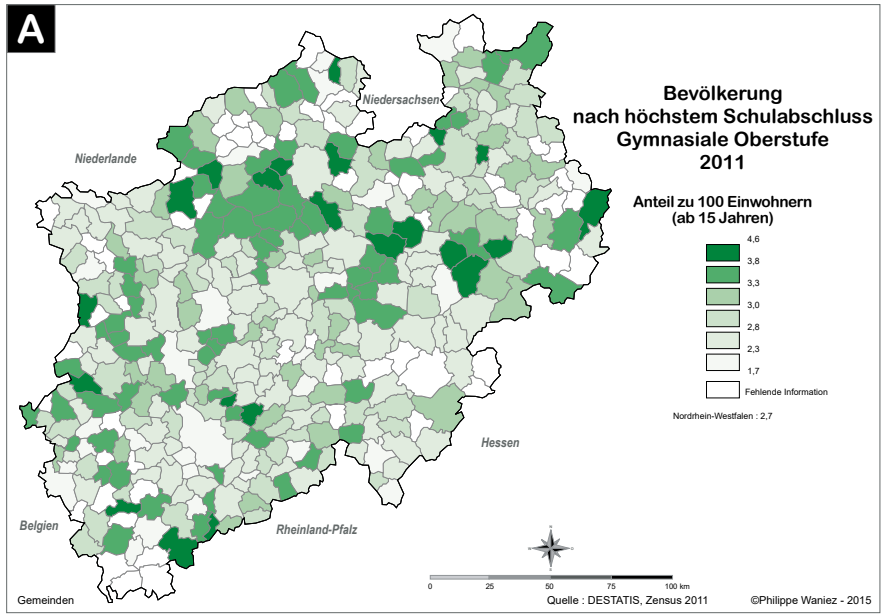
Im Jahr 2011 gab es in Deutschland 5.531.480 Menschen, die die Schule auf dem Niveau der Fachhochschulreife erreicht haben. Das sind 8,0% der Bevölkerung über 15 Jahren. Die Männer haben einen größeren Anteil als die Frauen (56,7% gegenüber 43,3%). Die höchsten Prozentsätze beobachtet man um die Großstädte und manchmal darin, wie München, Nürnberg, Stuttgart, Saarbrücken, Wiesbaden, Hamburg-Harburg (**Karte 6B**). In den neuen Ländern sind die wesentlichen kreisfreien Städte in gleicher Weise betroffen sowie der größte Teil von Brandenburg (aber nicht Berlin) und einige andere Städte: Cottbus und Frankfurt an der Oder. Man beobachtet ebenfalls eine Gruppierung von Kreisen am nördlichen Ufer des Bodensees, wo man hochtechnologische Unternehmen findet.

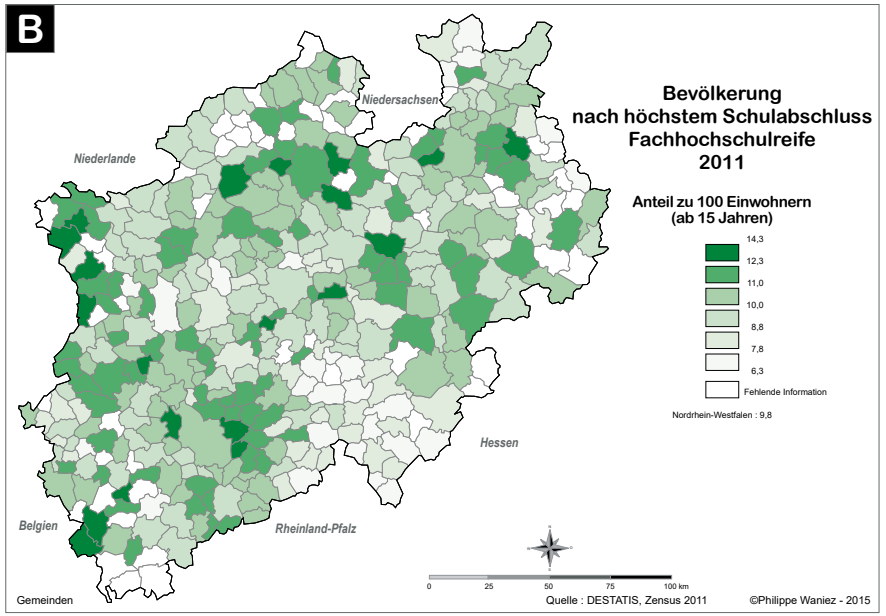

A
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Gymnasiale Oberstufe
2011
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
3,5
2,5
2,0
1,5
1,0
0,5
0,1
Fehlende Information
Deutschland : 1,9 / Nordrhein-Westfalen : 2,7
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

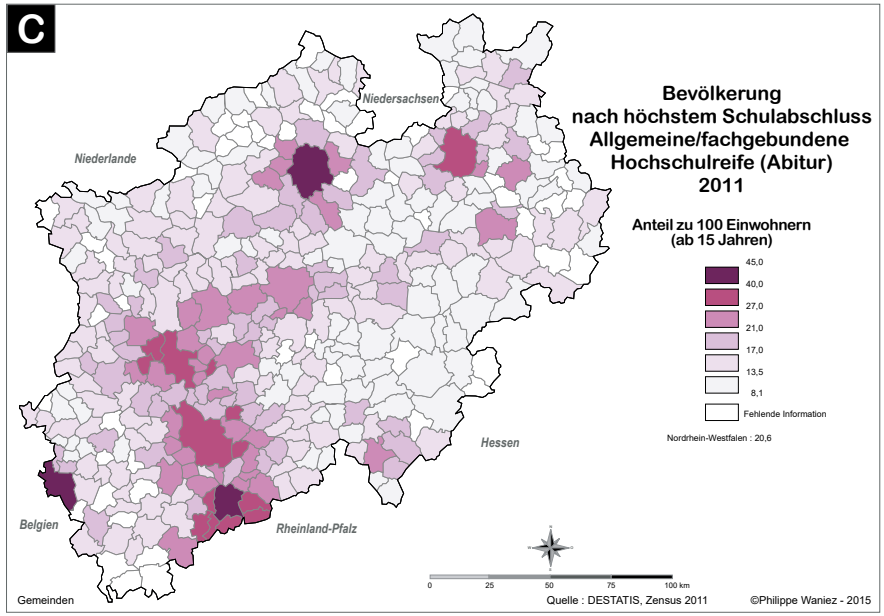

B
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Fachhochschulreife
2011
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
12,1
10,0
9,0
8,0
7,0
6,0
4,0
Deutschland : 8,0 / Nordrhein-Westfalen : 9,8
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

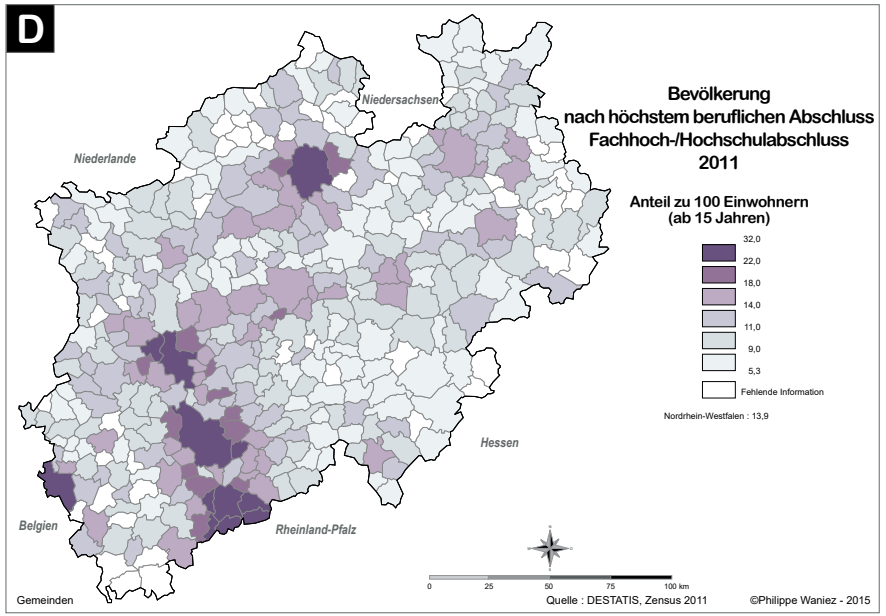

C
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Allgemeine/fachgebundene
Hochschulreife (Abitur)
2011
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
51,5
40,0
30,0
22,0
17,0
13,0
7,0
Deutschland : 20,4 / Nordrhein-Westfalen : 20,6
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Bevölkerung
nach höchstem beruflichen Abschluss
Fachhoch-/Hochschulabschluss
2011
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 15 Jahren)
31,8
25,0
20,0
15,0
12,5
10,0
2,5
Deutschland : 15,4 / Nordrhein-Westfalen : 13,9
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Gymnasiale Oberstufe
2011
Anteil zu 100 Einwohnern
(ab 15 Jahren)
4,6
3,8
3,3
3,0
2,8
2,3
1,7
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 2,7
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Fachhochschulreife
2011
Anteil zu 100 Einwohnern
(ab 15 Jahren)
14,3
12,3
11,0
10,0
8,8
7,8
6,3
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 9,8
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Bevölkerung
nach höchstem Schulabschluss
Allgemeine/fachgebundene
Hochschulreife (Abitur)
2011
Anteil zu 100 Einwohnern
(ab 15 Jahren)
45,0
40,0
27,0
21,0
17,0
13,5
8,1
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 20,6
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Bevölkerung
nach höchstem beruflichen Abschluss
Fachhoch-/Hochschulabschluss
2011
Anteil zu 100 Einwohnern
(ab 15 Jahren)
32,0
22,0
18,0
14,0
11,0
9,0
5,3
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 13,9
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karten 7

Aber die Kategorie Fachhochschulreife scheint eine Besonderheit von NRW zu sein: mit 1.477.030 Personen stellt das Land 9,8% der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren und 26,5% der Personengruppe dieses Niveaus in Deutschland dar. Die Kommunen von NRW weisen tatsächlich oft Prozentsätze über 10,0% aus, besonders an der Rheinachse (**Karte 7B**). Dies ist auch der Fall in Aachen, Münster und Bielefeld. Im Allgemeinen findet man in der Peripherie der Städte höhere Werte als 11,0% und in einigen Fällen bis zu 12,0%. Wie im gesamten Land ist diese peripherische Ausrichtung mit der bevorzugten Niederlassung der technischen Mitarbeiter in der Nähe der Fabriken und der Werkstätten in Verbindung zu setzen.

Die Tertiäre Bildung in Europa

Zwei Kategorien von ISCED betreffen die tertiäre Bildung, das heißt das Hochschulwesen. Die Ebene 5 ist die erste Stufe der tertiären Bildung. Sie dauert mindestens 2 Jahre. Die Ebene 6 ist die Tertiäre Bildung mit Forschungsqualifikation. Sie umfasst die höchsten hochschulischen Ausbildungsformen, also die Promotion und die Habilitation (9).

Die Ebene 5 erfassen 94,6 Millionen Menschen in der EU, das sind 21,4% der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren. Das bringt zweifellos ein gutes gesamtes Bildungsniveau zum Ausdruck, aber es verbergen sich beachtenswerte Unterschiede zwischen den Ländern und in jedem Land innerhalb der Regionen. Die ehemaligen kommunistischen Länder haben niedrige Prozentsätze, in der Regel weniger als 20,0%, außer in ihren Hauptstädten: 28,6% in Sofia, 27,5% in Bratislava, 25,8% in Budapest, 25,5% in Bukarest, 23,4% in Warschau (Karte 5B). Die baltischen Länder belegen einen besseren Platz, darunter Estland, das 30,0% erreicht. Griechenland und Italien zeigen nur mittelmäßige Werte, dies ist jedoch nicht der Fall in Spanien, vor allem in der nördlichen Hälfte, von Asturien nach Navarra und Katalonien; Madrid erreicht 32,3%. In Frankreich charakterisieren die hohen Werte des Niveaus 5 vor allem die Regionen der wichtigen Städte: Paris (34,5%), Lyon, Marseille und Toulouse im Vordergrund und im Hintergrund Strasbourg, Montpellier, Bordeaux, Nantes und Rennes. Fast alle Regionen des Vereinigten Königreichs liegen über 25,0%. London erreicht 36,8%; die Bereiche von Berkshire, Buckinghamshire und Oxfordshire weisen 35,2% aus. Der Osten von Schottland übersteigt 37,0%. In den skandinavischen Ländern entfernen sich die Hauptstädte von anderen Regionen: 36,3% in Oslo, 33,5% für Helsinki, 31,3% in Stockholm, 30,3% für Kopenhagen. In den Niederlanden sind vor allem Amsterdam (30,7%) und Utrecht (33,6) bemerkenswert. Mehrere andere Regionen haben Werte nahe 25,0%. Im Gegensatz dazu betrifft die Stufe 5 vor allem die beiden Provinzen von Brabant (Brüssel). In Deutschland weisen die neuen Länder ähnliche Werte wie in den Regionen des Südens aus, mit immer noch mehr als ein Viertel der Bevölkerung über 15 Jahren, die zum Level 5 gehören. Leipzig und Dresden sind auf dem gleichen Niveau wie Oberbayern (mit München) und Hamburg mit fast 30,0%.

Die Ebene 6 entspricht der intellektuellen Elite, die ihre Studien über die notwendigen 5 Jahre verlängert hat, um den Master zu erhalten. Dieses Niveau führt zur Erlangung eines höheren Studienabschlusses, wie den Doktorgrad. Es handelt sich um Grundlagenforschung, eingehende Studien, die nicht nur auf Kursen basieren. Diese Stufe erfordert die Vorlage einer Diplomarbeit oder Dissertation, die Grundlage für eine Publikation sein kann und einen wesentlichen wissenschaftlichen Beitrag darstellt.

In allen sieben Ebenen der ISCED, ist die 6. diejenige, die die Personen darstellt: 3,4 Millionen Menschen, d.h. 0,8% der Europäer, was auf andere Weise den Charakter der Elite dieser Bevölkerung ausdrückt, eine Art „happy few“ in der europäischen Skala. 1,3% der Bevölkerung in Deutschland gehört zur Ebene 6 das sind 1,3% der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr. Diese Zahl scheint gering, aber sie ist viel höher als in anderen europäischen Ländern. Aus einem anderen Blickwinkel gesehen, vertritt Deutschland 31,5% auf der Ebene 6 von Europa. Dies erklärt auf anschauliche Weise die Bedeutung der Forschung in Deutschland gegenüber den anderen europäischen Ländern (zum Vergleich: Frankreich erreicht mühselige 6,6% an der Gesamtzahl der Ebene 6 in Europa). Deshalb unterscheidet sich Deutschland stark von seinen Nachbarn (**Karte 5C**) mit Ausnahme der Schweiz, die vergleichbare Bildungsstufen hat.

Hochschulreife und beruflicher Fachhoch/ Hochschulabschluss in Deutschland und Nordrhein-Westfalen

„Wer in Deutschland studieren möchte, muss dafür eine Hochschulzugangsberechtigung (HZB) haben. Das bedeutet, man muss sich durch seine Vorbildung dafür qualifizieren, an einer deutschen Hochschule zu studieren. In Deutschland erlangt man die Hochschulzugangsberechtigung mit dem Abitur; wer kein deutsches Abitur hat, muss eine Vorbildung nachweisen, die dem Niveau des deutschen Abiturs entspricht. Das kann ein Sekundarschulabschluss sein, unter Umständen auch in Kombination mit einer Hochschulaufnahmeprüfung, zum Teil muss man aber auch schon bestimmte Studienleistungen erbracht haben, in einigen Fällen bis hin zum Abschluss“ (10). „Gilt als Hochschulzugangsberechtigung (HZB) die allgemeine Hochschulreife, die fachgebundene Hochschulreife oder eine (…) anerkannte Vorbildung“ (11).

Die Volkszählung von 2011 zeigt, dass ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland, etwas mehr als 14 Millionen Menschen, das Schulniveau Allgemeine/ fachgebundene Hochschulreife (Abitur) erreicht haben. Aber diese Zahl ist nicht zufriedenstellend, da es der höchste Schulabschluss ist: es wird kein Unterschied gemacht zwischen Menschen, die ihre Ausbildung mit dem Abitur beendeten und denjenigen, die ihr Studium im Hochschulwesen fortgesetzt haben...

Diese Mischung der Schulabschlüsse erklärt sicher die große Ähnlichkeit zwischen der Karte mit dem Niveau Abitur (**Karte 6C**) und derjenigen mit dem Niveau beruflicher Fachhoch/Hochschulabschluss (**Karte 6D**). Diese beiden Karten unterstreichen die Bedeutung der Bevölkerung mit hohem Schulabschluss in den Metropolen. Sie verfügen alle über Universitäten und Hochschulen, die oft international renommiert sind und dort finden die Studenten dann das passende professionelle Umfeld für ihre Fähigkeiten. Hamburg, Köln, Berlin, Frankfurt am Main, Stuttgart und München sind durch hohe Prozentsätze für diese zwei Indikatoren gekennzeichnet, in der Größenordnung von 30,0% bis 40,0% für das Abitur und von 20,0% bis 30,0% für den Beruflichen Fachhoch/Hochschulabschluss. Es sind jedoch nicht nur die Metropolen, die das hohe Niveau der Ausbildung vertreten. Viele Universitätsstädte, die nicht an der Spitze der städtischen Rangordnung stehen, haben auch einen hohen Anteil der Bevölkerung mit einem Bildungsniveau wie das Abitur oder höher. Dies ist insbesondere der Fall in Münster, Heidelberg, Freiburg, Tübingen, Würzburg, Augsburg, Weimar, Jena... Es ergeben sich oft Prozentsätze in der gleichen Größenordnung, wie bei den Metropolen: 31,7% in Heidelberg, 30,8% in Jena, 28,7% in Münster zum Beispiel.

In NRW gibt es die Ähnlichkeit zwischen den beiden Karten (**Karten 4C** und **4D**). Sie bestätigen, was über ganz Deutschland gesagt wurde. In Städten wie Köln und Düsseldorf etwa hat ein Viertel der Bevölkerung eine höhere intellektuelle Ausbildung. Dies ist auch der Fall von drei kleineren Städten: Aachen, Münster und Bonn. So findet man auf den beiden Karten die Rheinachse wieder, die die drei wichtigsten Städte beinhaltet: Bonn, Köln und Düsseldorf, ebenso die Städte, die ihren Peripherien nahe sind. Dagegen wirkt die Ruhrachse schwächer: Duisburg scheint zu diesem Thema fast nicht zu existieren, mit nur 15,7% für das Abitur und 9,2% für den Hochschulabschluss. Von Mülheim bis Dortmund sind die Prozentsätze etwas höher (zwischen 20,0% und 25,0% für das Abitur und etwa 15,0% für den Hochschulabschluss). Aber diese Werte sind mit ungefähr 10 Punkten deutlich niedriger im Vergleich zur Rheinachse. Schließlich haben Bielefeld, Paderborn und Detmold einen erheblichen Anteil der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr, die sich mit einem guten Bildungsniveau ausweisen, insbesondere für das Abitur (jeweils 27,5%, 21,6% und 25,1%).

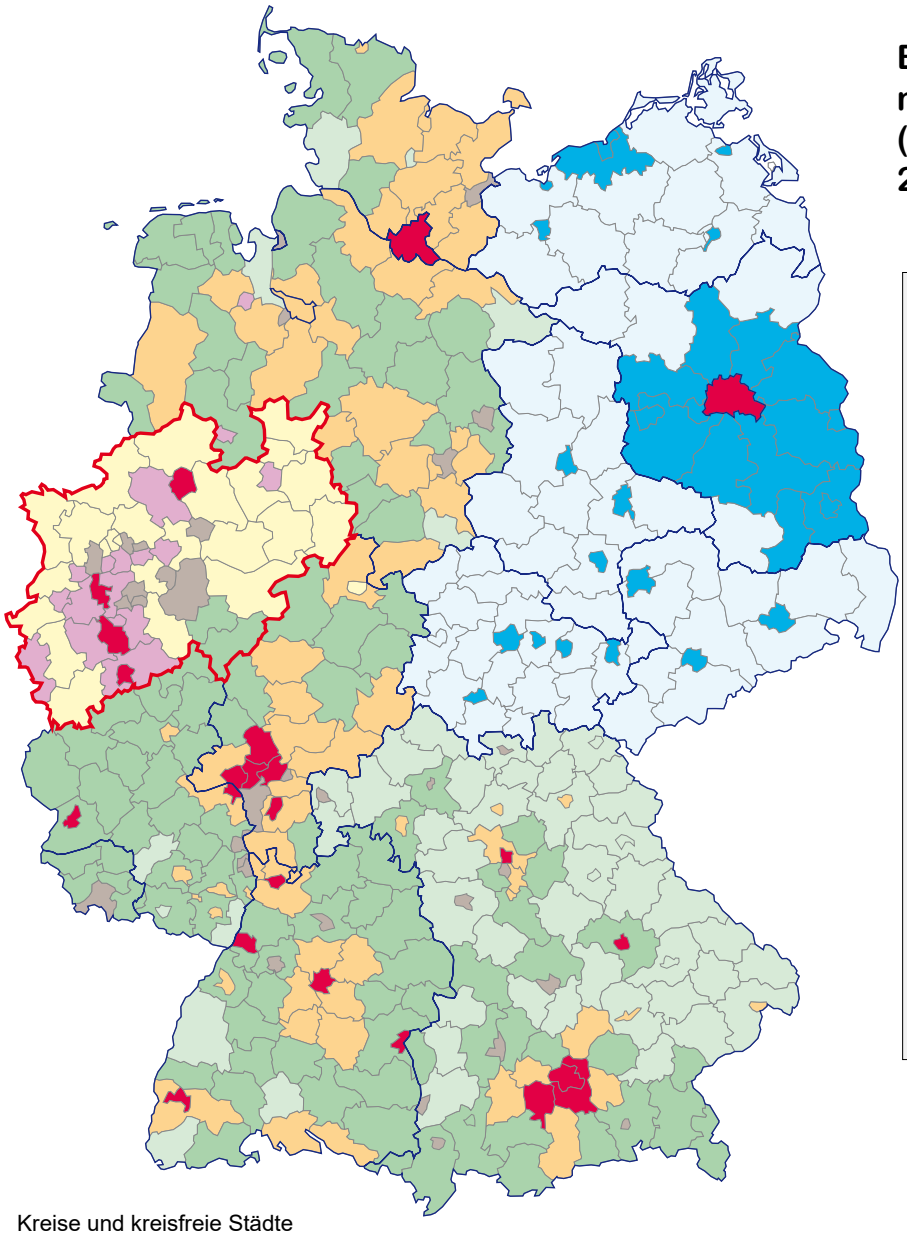
Eine Zusammenfassung der Bildungsstufen

Um die Analyse der Schulniveaus in der Bevölkerung abzuschließen, wird hier eine Synthese angeboten, die auf der hierarchisch aufsteigenden Klassifikation der Kreise und kreisfreien Städte für Deutschland insgesamt und der Gemeinden für NRW realisiert wurde. Diese zwei Klassifikationen stützen sich auf die Gewichte der Bildungsebenen in der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren. Man findet dort natürlich die großen geografischen Einheiten der vorher gezeigten Karten wieder aber in einer zusammengefassteren Form.

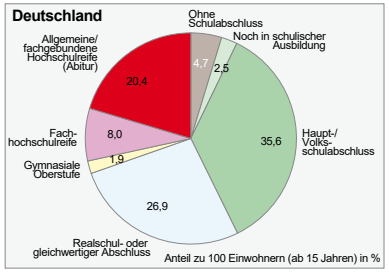
Die Einstufung für das gesamte Land umfasst neun Klassen, die ersten sieben beziehen sich auf die alten Bundesländer, während die folgenden zwei die neuen Bundesländer betreffen (**Karte 8**). Die Klasse 1 mit dem Titel „Häufig ohne Schulabschluss» ist deshalb etwas Besonderes, da sie noch schulpflichtige Personen enthält, sich jedoch auch durch eine hohe Proportion von Personen über 15 Jahren charakterisiert, die tatsächlich keinen Schulabschluss haben. Es handelt sich vor allem um Industriestädte, wie Wolfsburg (7,7% Ohne Schulabschluss, während der nationale Durchschnitt nur bei 4,7% ist), Salzgitter (9,1%), Ludwigshafen am Rhein (9,1%), Duisburg (10,3%), Offenbach am Main (10,6%), Ingolstadt (7,4%) … Die meisten Städte der Klasse 1 haben auch als gemeinsames Merkmal einen hohen Ausländeranteil in ihrer Bevölkerung.

Die Klassen 2 und 3 erfassen Landkreise, deren Hauptmerkmal die Grundschulebene (Haupt- / Volksschulabschluss) ist und ein hoher Anteil an jungen Schülern. Die Klasse 2 umschließt im Wesentlichen die nördlichen und östlichen Landkreise von Bayern, während die Klasse 3 die anderen südlichen Landkreise von Bayern erfasst und sich weiter über Landkreise von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem nördlichen Hessen, einem Teil von Niedersachsen und von Schleswig-Holstein ausdehnt. Zwischen diesen zwei Klassen besteht der Unterschied in der Klasse 3 mit einer geringeren Vorherrschaft von Haupt-/Volksschulabschluss und etwas mehr gymnasiale Oberstufe.

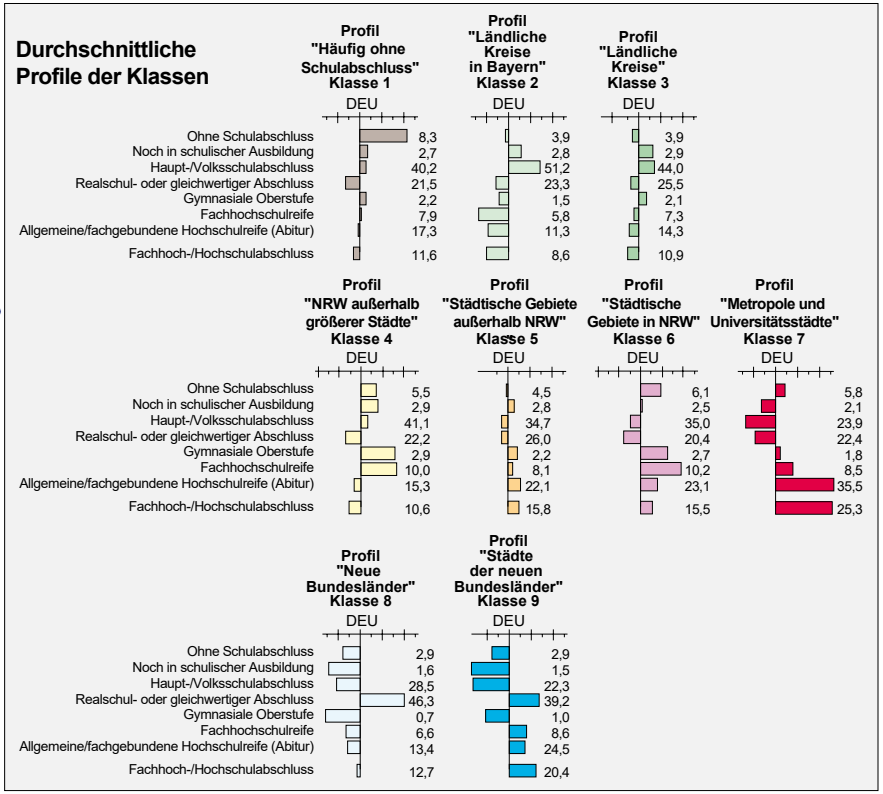
Die Klassen 4 bis 7 unterstreichen eine Abstufung der Bildungsniveaus. Die Klasse 4 betrifft ausschließlich die ländlichen Regionen von NRW, von der Eifel bis zum Niederrhein, dem Münsterland, dem Teutoburger Wald und dem Sauerland (Siegerland-Wittgenstein gehört zur Klasse 3).

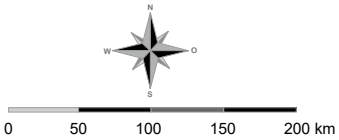


Bevölkerung nach höchstem Schulabschluss (und beruflichen Abschluss) 2011



Durchschnittliche Profile der Klassen





Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Regionaldatenbank Deutschland

©Philippe Waniez - 2015

Karte 8

In Bezug auf die Bildungsniveaus beobachtet man eine höhere Proportion als der nationale Durchschnitt von Personen Ohne Schulabschluss oder noch im Schulsystem befindliche Personen, aber vor allem ein deutliches Vorhandensein des Niveaus gymnasiale Oberstufe und Fachhochschulreife. Das Abitur und höhere Ebenen sind jedoch unter dem nationalen Durchschnitt.

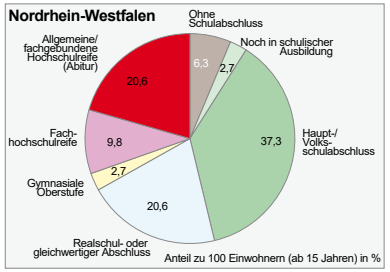
In der Klasse 7 sind die meisten höheren Ebenen (allgemeine/fachgebundene Hochschulreife (Abitur) und vor allem Fachhoch-/Hochschulabschluss) dargestellt. Sie umfasst vor allem die Metropolen (Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Köln, den Ballungsraum Wiesbaden-Mainz, Frankfurt am Main, Stuttgart, München) und einige große Universitätsstädte (Münster, Bonn, Heidelberg, Freiburg im Breisgau, Regensburg, Erlangen…). In der Peripherie der Städte mit der Klasse 7 findet man die Klassen 5 und 6 mit einer Originalität, die unterstrichen werden soll: Die Klasse 6 ist in den Städten von NRW auf exklusive Art peripher, während die Klasse 5 in anderen Städten der alten Länder peripher ist. Zwischen diesen Klassen liegt der grundlegende Unterschied in den Prozentsätzen des Niveaus der Gymnasiale Oberstufe und der Fachhochschulreife deutlich erhöht in NRW (zu dem auch ein höherer Anteil ohne Schulabschluss hinzukommt). Die Klasse 5 hat ein niedrigeres Profil und ist daher näher an den Mittelwerten des Landes.

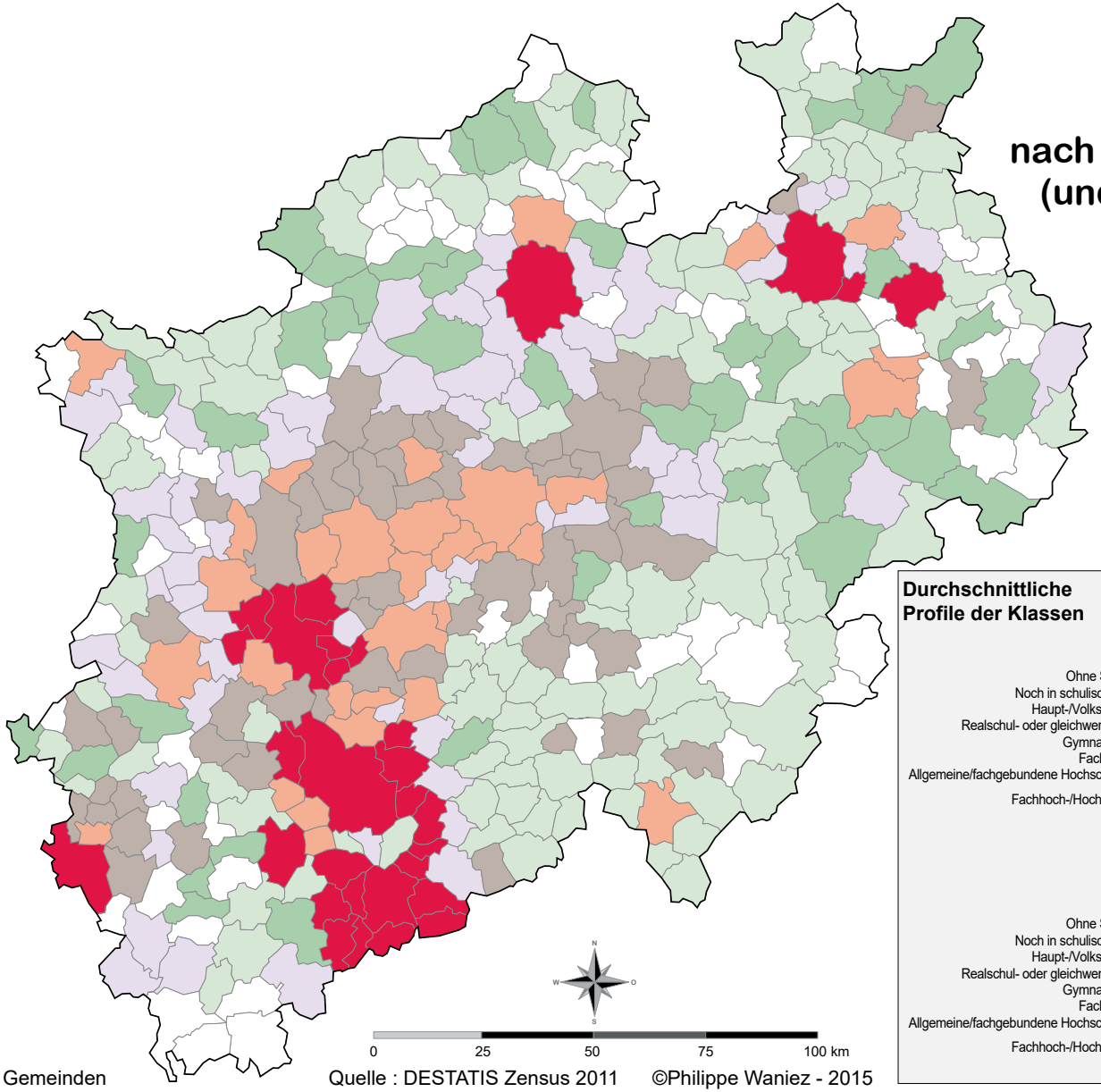
Die Klassen 8 und 9 erscheinen nur in den neuen Ländern. Sie sind zuerst gekennzeichnet durch einen viel höheren Anteil von Personen auf dem Niveau von Realschul- oder gleichwertigem Abschluss als im Rest des Landes. Weiter vorne wurde bereits auf die Besonderheit der Ex-DDR hingewiesen. Zwischen der Klasse 8 und 9 besteht der Unterschied im größeren Anteil an den höheren Ebenen in der Klasse 9. Obwohl diese Werte nicht die der Klasse 7 erreichen, charakterisieren sie doch alle Städte in den neuen Bundesländern. Die Stadt Berlin macht jedoch eine Ausnahme von dieser Regel (sie gehört der Klasse 7 an), aber die Kreise von Brandenburg, die Berlin umgeben, sind auch Mitglied der Klasse 9 und haben damit ein höheres Bildungsniveau als in den meisten anderen Kreisen der ehemaligen DDR, mit Ausnahme der großen Städte.

Die gleiche Einstufung wurde über die Gemeinden von NRW durchgeführt (für 62 Kommunen mit geringer Bevölkerung existieren die Daten der schulischen Niveaus leider nicht). 6 Klassen ermöglichen es, die Verteilung der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren entsprechend dem Schulniveau zu beschreiben. Die Klassen 1, 5 und 6 betreffen vor allem städtische und industrielle Bereiche. In NRW ist die Klasse 6 in ihrer Zusammensetzung der Klasse 7 für gesamt Deutschland ähnlich: Hier sind die höheren Ebenen (allgemeine / fachgebundene Hochschulreife (Abitur) und vor allem Fachhoch-/Hochschulabschluss) am meisten dargestellt. Sie umfassen vor allem Städte wie Köln und Düsseldorf und bildet die Rheinachse von Bonn nach Düsseldorf (**Karte 9**). Diese Achse vereint zahlreiche peripherische Kommunen der drei Hauptzentren. Man findet auch in der Klasse 7 andere Universitätsstädte wie Münster, Aachen oder Städte, die über Hochschulen verfügen wie Bielefeld und Detmold.

Die Klasse 5 mit dem Titel „Ruhrgebiet Profil und andere Städte“ betrifft vor allem die südliche Achse des Ruhrgebiets von Krefeld und Moers bis Unna, durch Essen, Bochum und Dortmund.

Bevölkerung nach höchstem Schulabschluss (und beruflichen Abschluss) 2011





Durchschnittliche Profile der Klassen

	Profil "Häufig ohne Schulabschluss" Klasse 1	Profil "Ländliche Gebiete 1" Klasse 2	Profil "Ländliche Gebiete 2" Klasse 3	Profil "Ländliche Gebiete 3 und ländliche Peripherie" Klasse 4	Profil "Ruhrgebiet und andere Städte" Klasse 5	Profil "Metropole und Universitätsstädte" Klasse 6
Ohne Schulabschluss	8,4	5,5	4,5	3,7	6,8	5,9
Noch in schulischer Ausbildung	2,8	3,0	3,6	2,8	2,4	2,2
Haupt-/Volksschulabschluss	42,5	41,8	41,2	37,6	36,9	26,9
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	19,8	23,7	22,9	22,4	19,7	18,8
Gymnasiale Oberstufe	2,8	2,7	3,3	3,3	2,6	2,4
Fachhochschulreife	8,8	9,4	10,4	11,5	9,8	10,6
Allgemeine/fachgebundene Hochschulreife (Abitur)	14,9	14,0	14,1	18,7	21,8	33,2
Fachhoch-/Hochschulabschluss	9,4	9,7	10,1	13,8	14,1	23,1

Fehlende Information

Karte 9

Dies ist eine schwächere Version der Klasse 6, in der das Abitur und die Hochschulbildung gut, aber mit niedrigeren Prozentsätzen vertreten sind und mit einer Überrepräsentation von „Ohne Schulabschluss“. Diese Klasse umfasst andere Städte außerhalb des Ruhrgebiets, wie Mönchengladbach, Wuppertal, Siegen, Kleve und Paderborn. Sie vervollständigt die Rheinachse mit Neuss, Leverkusen, Brühl…

An der Peripherie der Klassen 5 und 6 findet man die Klasse 1 „Häufig ohne Schulabschluss“, die durch einen relativ hohen Anteil von Menschen, die keinen Schulabschluss haben gekennzeichnet ist. Dabei handelt es sich vor allem um die Nordachse des Ruhrgebiets, von Duisburg bis Hamm über Oberhausen, Gelsenkirchen, Herne, Lünen ... Man beobachtet ein ähnliches Phänomen rund um Aachen, südlich von Wuppertal (Remscheid und Solingen) und im Westen von Köln (Grevenbroich, Bedburg und Bergheim). Die Rheinachse und die Süd-Ruhrgebiet-Achse bilden demnach Landstriche der Klasse 1 mit schwachem Bildungsniveau (im Allgemeinen unter dem Durchschnitt des Landes mit Ausnahme von Haupt-/Volksschulabschluss).

Die Klassen 2, 3 und 4 betreffen eher den ländlichen Raum. Die Klasse 2, genannt „Ländliche Gebiete 1“ ist durch einen positiven Unterschied zum Durchschnitt des Landes in dem Niveau Realschul- oder gleichwertiger Abschluss und Haupt-/Volksschulabschluss gekennzeichnet. Es handelt sich also um die Kommunen, in denen die Bevölkerung ein relativ schwaches Schulniveau hat, aber ohne wesentlichen Anteil von Personen, die keinen Schulabschluss haben. 106 Gemeinden, die vor allem im Sauerland, Siegerland-Wittgenstein, Teutoburger Wald und im Osten von Münster liegen, gehören zu dieser Klasse. Man findet sie auch im Niederrhein und in der Eifel.

Klasse 3, mit dem Titel „Ländliche Gebiete 2“ sieht wie die Klasse 2 aus. Sie unterscheidet sich jedoch durch eine bessere Darstellung der Ebenen gymnasiale Oberstufe und Fachhochschulreife. Sie ist in sämtlichen ländlichen Regionen von NRW verbreitet, besonders im Norden des Sauerlandes (Brilon und Warburg), in der Nähe der Grenze mit den Niederlanden (Borken und Vreden) und mit Niedersachsen (Rheine). Es handelt sich in der Regel um Marktflecken in nahe gelegener ländlicher Umgebung.

Die Einwohner in den Kommunen mit der Klasse 4, „Ländliche Gebiete 3 und ländliche Peripherie“ haben die schulischen Merkmale, die an die Städte erinnern. Sie haben ein verhältnismäßig hohes Niveau mit positiven Unterschieden zum Durchschnitt des Landes, hauptsächlich des Niveaus gymnasiale Oberstufe und der Fachhochschulreife und in einem geringeren Maß Fachhoch-/Hochschulabschluss. Aber die Lagen der Gemeinden dieser Klasse erscheinen meist im ländlichen Raum, vor allem im Münsterland, rund um Münster, aber auch am Niederrhein. Sie ist auch manchmal im Osten der Rheinachse und im Süden des Ruhrgebietes angesiedelt.

Abschließend müssen einige Punkte, die sich aus diesen beiden Einstufungen ergeben, hervorgehoben werden. Die Bevölkerung der Metropolen und der Universitätsstädte wird durch hohe Bildungsniveaus charakterisiert. Im Gegensatz dazu haben die ländlichen Gebiete eher die grundlegenden Bildungsebenen. Aber die ländlichen Räume von NRW findet man auch in besserer Situation. In der Peripherie der städtischen und industriellen Räume scheint der Anteil der Bevölkerung ohne ein höheres Bildungsniveau relativ hoch zu sein: Das ist ein neuer Indikator der starken Präsenz benachteiligter Bevölkerungen, besonders Ausländer. Im Allgemeinen ist das Modell Zentrum/Peripherie ebenso in den alten Ländern anwendbar, wie in den neuen. Die Städte erscheinen immer in einer besseren Situation. Dies erklärt sich wahrscheinlich durch den Bedarf an qualifizierten Personen um die hohen städtischen Funktionen abzusichern, die die großen städtischen Zentren charakterisieren.

2. Schülerinnen und Schüler nach Schulformen des Berufs-bildungssystems

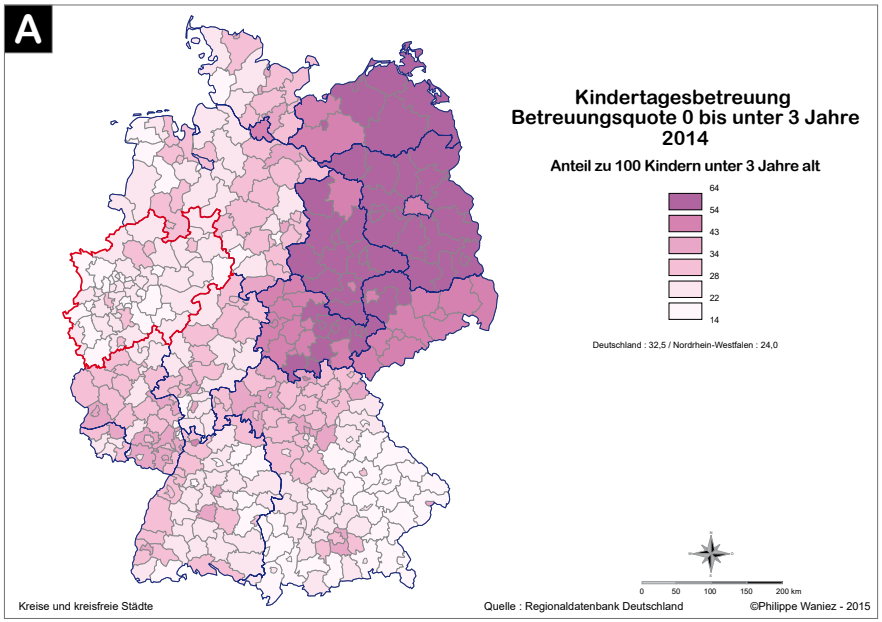
Nach der Analyse des Bildungsniveaus der Bevölkerung nach dem höchsten erreichten Schulabschluss, wird hier versucht, die Verschiedenheit der geografischen Situationen im Hinblick auf die Organisation und die Teilnahme an dem eigentlichen Schulsystem zu zeigen. Dafür kann man über eine Statistik verfügen, die die Verteilung von Schülerinnen und Schülern nach Schulformen des Berufsbildungssystems für Deutschland nach Kreisen und kreisfreien Städten und für NRW nach Gemeinden beinhaltet. Diese Daten unterscheiden einerseits die allgemeinbildende Schulen und andererseits die Beruflichen Schulen.

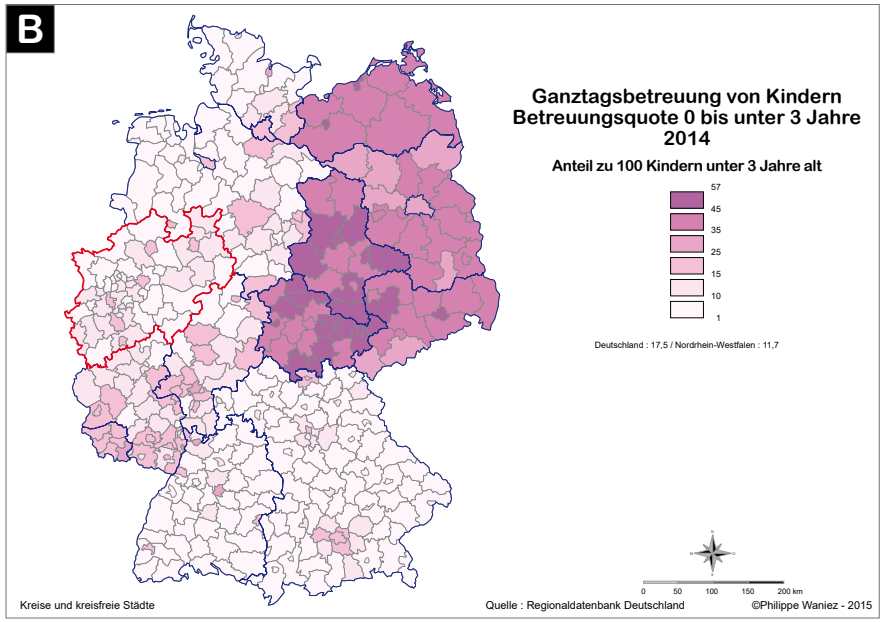
2.1. Die Betreuung von Kleinkindern

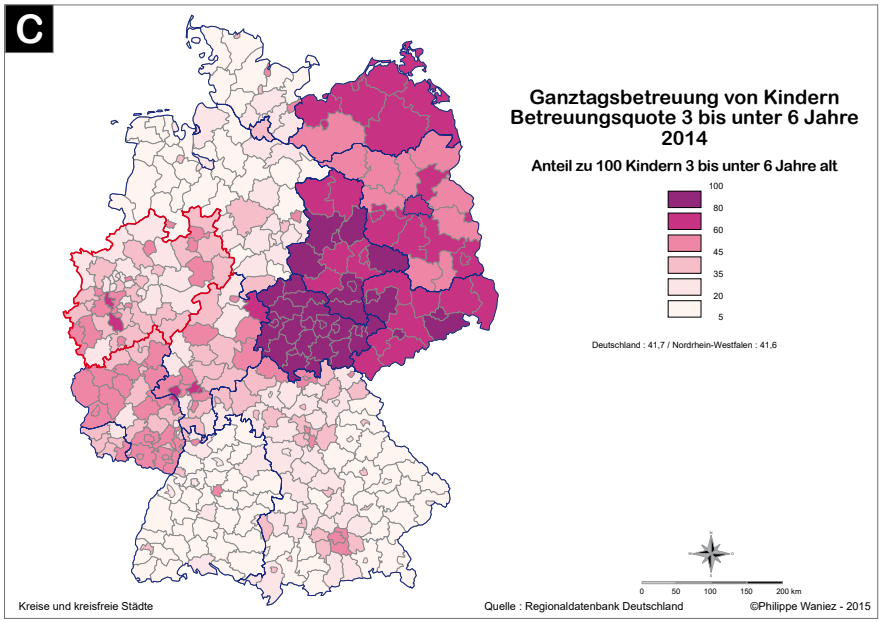
In Deutschland findet die Betreuung von Kleinkindern in unterschiedlicher Weise statt. Die verfügbaren statistischen Daten unterscheiden „die Kindertageseinrichtungen“, „die Kindertagesbetreuung“ und „die Ganztagsbetreuung von Kindern“. In mehreren Ländern gibt es die Kinderbetreuung in „Vorschulklassen“. Diese verschiedenen Formen sind mit den Bildungspolitikern in Verbindung zu setzen. Im Besonderen ist die Stichtagsfestsetzung für die Einschulungspflicht Ländersache. Ebenso gibt es Unterschiede bei der vorzeitigen Einschulung innerhalb der Länder. Diese Frage führt zu lebhaften Debatten pädagogischer Natur, besonders im Hinblick auf die Vorbereitungsdauer, die für den lückenlosen Eintritt in die Grundschule notwendig ist und weiter auf die Rolle der Eltern, besonders der Frauen in Bezug auf die Erziehung der Kinder.

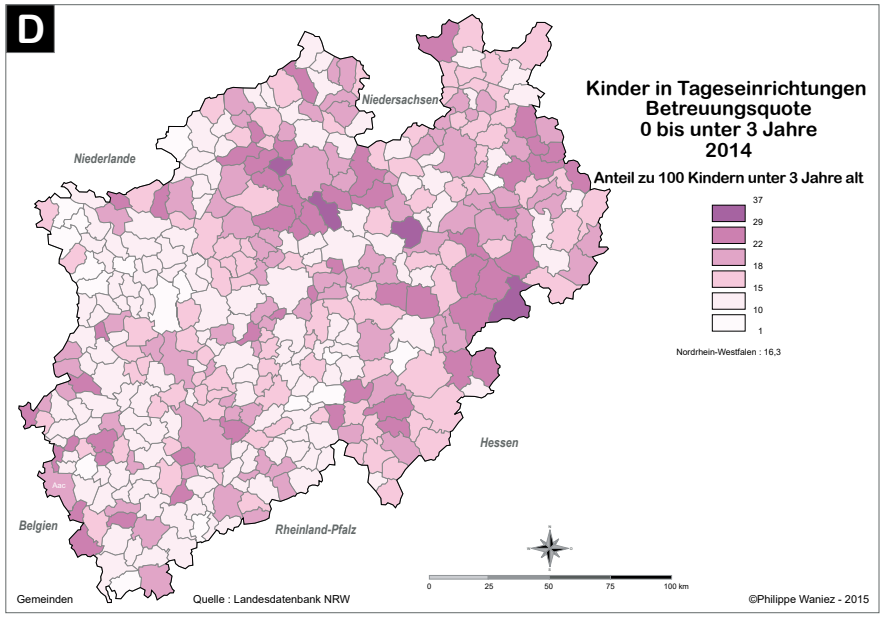
Kindertagesbetreuung ist ein Sammelbegriff für alle Formen der Betreuung von Kindern außerhalb der Familien (12). Als Kindertagesbetreuung wird die öffentlich organisierte und finanzierte Form der Kindertagesbetreuung bezeichnet. Sie gehört zur Kinder- und Jugendhilfe. Ihre rechtliche Grundlage findet sie im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Kindertagesbetreuung umfasst die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege (12). Die zur Verfügung stehenden Statistiken unterscheiden zwischen zwei Gruppen von Kindern: Kinder unter 3 Jahren und Kinder von 3 Jahren bis weniger als 6 Jahren. Für die zweite Gruppe sind 95,3% der Kinder dieser Altersklasse gemeldet; jedoch ist es möglich, dass die Proportionen für 3, 4 und 5 Jahre nicht gleich sind und die Daten erlauben nicht, eine differenzierte Unterscheidung des Alters darzulegen. Für Kinder unter 3 Jahren ist die Leistung der Aufnahme deutlich schlechter: 32,5%. Das bedeutet, dass im Durchschnitt mehr als zwei Drittel der Kinder dauerhaft in ihrer Familie bleiben, obwohl es Unterschiede gibt, zwischen Kindern, die jünger als ein Jahr und älter als zwei Jahre sind.

Die Karte der Prozentsätze für die Kleinsten, die die Kindertagesbetreuung genießen, zeigt große geografische Ungleichheiten (**Karte 10A)**. Die offensichtlichste ist die Bedeutung der Kindertagesbetreuung in den neuen Bundesländern, in denen zumindest die Hälfte der Kinder unter 3 Jahren einen städtischen oder staatlichen Betreuungsplatz bekommen. In vielen dieser Kreise liegt der Prozentsatz bei 60,0% oder darüber. Dies ist die Prolongierung des Teils des alten Bildungssystems der ehemaligen DDR: „In der DDR standen schon die kleinen Kinder im Zentrum des staatlichen Interesses.


A
Kindertagesbetreuung
Betreuungsquote 0 bis unter 3 Jahre
2014
Anteil zu 100 Kindern unter 3 Jahre alt
64
54
43
34
28
22
14
Deutschland : 32,5 / Nordrhein-Westfalen : 24,0
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


B
Ganztagsbetreuung von Kindern
Betreuungsquote 0 bis unter 3 Jahre
2014
Anteil zu 100 Kindern unter 3 Jahre alt
57
45
35
25
15
10
1
Deutschland : 17,5 / Nordrhein-Westfalen : 11,7
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


C
Ganztagsbetreuung von Kindern
Betreuungsquote 3 bis unter 6 Jahre
2014
Anteil zu 100 Kindern 3 bis unter 6 Jahre alt
100
80
60
45
35
20
5
Deutschland : 41,7 / Nordrhein-Westfalen : 41,6
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Kinder in Tageseinrichtungen
Betreuungsquote
0 bis unter 3 Jahre
2014
Anteil zu 100 Kindern unter 3 Jahre alt
37
29
22
18
15
10
1
Nordrhein-Westfalen : 16,3
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015

Von klein auf sollten sie sozialistisch erzogen und auf ein Leben in der sozialistischen Gesellschaft vorbereitet werden. Kinderkrippen für Kinder bis zum Alter von drei Jahren sowie Kindergärten für die Drei- bis Sechsjährigen waren selbstverständlicher Teil des Lebens der Familien in der DDR. Sie bildeten zusammen die erste Stufe des staatlichen Bildungssystems. Die Kinderbetreuung ermöglichte auf der einen Seite den Müttern die Möglichkeit zur Berufstätigkeit. Auf der anderen Seite hatte der Staat so die Möglichkeit, schon die Erziehung der Kleinsten zu beeinflussen (13)". Die alten Bundesländer schlagen alle schwächere Prozentsätze an, das bedeutet allerdings auch nicht, dass alle Kreise identisch sind. NRW, der Süden von Bayern und der Westen von Niedersachsen stellen die schlechtesten Ergebnisse dar, mit einer Aufnahme von weniger als einem Viertel der Kinder unter 3 Jahren. Dagegen erscheint der Osten von Niedersachsen in einer besseren Lage mit etwa 30,0%, ebenso wie Rheinland Pfalz, der Westen von Baden-Württemberg und die Nordhälfte von Bayern. Im Allgemeinen haben die Städte bessere Ergebnisse als die Landkreise. Hamburg führt mit 43,3%. Dies ist das Ergebnis einer bewussten Politik wie auf der Website Hamburg.de behauptet: „Hamburg Spitzenreiter Krippenausbau Westdeutschland". „Alle Kinder sollen gleiche Chancen beim Start ins Leben haben – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft", betont Senatorin Melanie Leonhard. „Ein früh einsetzendes, qualitativ hochwertiges Förderangebot in einer Kita ist die beste Basis für einen erfolgreichen Bildungsweg. (…) Seit Beginn des Krippenausbauprogramms 2008 hat sich die Zahl, der in Kitas und in Kindertagespflege betreuten unter dreijährigen Kindern, um knapp 12.000 erhöht und damit mehr als verdoppelt" (14). Andere große Städte der alten Länder zeigen verhältnismäßig hohe Ergebnisse: Frankfurt am Main (35,1%), Stuttgart (34,2%), München (32,6%) und München Landkreis mit 40,9%.

Eine zweite Statistik auf dem Niveau der Kreise betrifft die Ganztagsbetreuung von Kindern. „Von einer Ganztagsbetreuung kann gesprochen werden, wenn das Kind mehr als sieben Stunden pro Tag in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreut wird" (15). Es handelt sich hier um eine restriktivere Definition als die vorherige, da die infrage kommenden Kinder mindestens 7 Stunden pro Tag betreut werden. Man unterscheidet auch hier Kinder im Alter unter 3 Jahren und die zwischen 3 bis 5 Jahre. Für das gesamte Bundesgebiet erscheinen niedrigere Betreuungssätze: 17,5% für die Kleinsten, und 41,7% für die anderen (wenn man bedenkt, dass sie jeweils bei 32,5% und 95,3% ohne Begriff von „Ganztag" liegen). Mit anderen Worten, das ist ungefähr die Hälfte der Kinder, die in der Ganztagsbetreuung sind. Die beiden Karten darüber (**Karten 10B** und **10C**) zeigen wieder in einer deutlichen Weise die besondere Situation der neuen Länder im Vergleich zu den alten Bundesländern. Man beobachtet ebenfalls die Anstrengung, die in den Metropolen der alten Bundesländer für die Kinderbetreuung gemacht werden. Schließlich gibt es ein verhältnismäßig gutes Niveau für die Betreuung der Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahre in Rheinland-Pfalz und im Süden von Hessen, ebenso wie in einem guten Teil der Kreise, die im Nordosten und in Südwesten von NRW liegen.

Auf dem Niveau der Gemeinden von NRW beziehen sich die verfügbaren Statistiken auf „Kindertageseinrichtungen". „Tageseinrichtungen für Kinder sind Einrichtungen, in denen Kinder ganztägig oder für einen Teil des Tages aufgenommen sowie erzieherisch und pflegerisch betreut werden, die über haupt- oder nebenberufliches Personal verfügen" (15). Die durchschnittliche Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren liegt bei etwa 16,3%, aber die Situation im Land erscheinen sehr unterschiedlich (**Karte 10D)**.

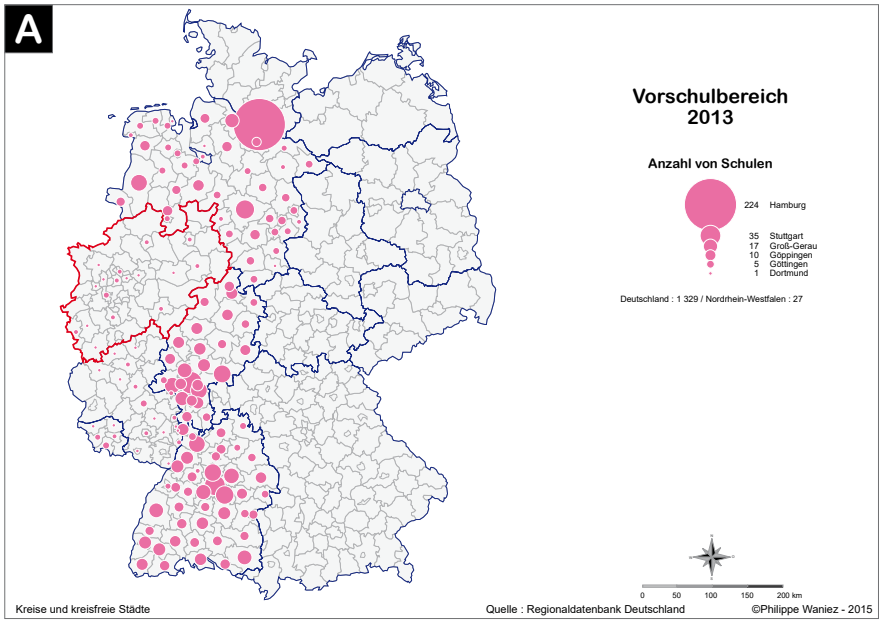
Die Situation an der Rheinachse scheint weniger schlecht als im Ruhrgebiet, mit Prozentsätzen von betreuten Kindern bei knapp 20,0% in Bonn, Köln und Düsseldorf, während sie in Essen, Bochum und Dortmund bei 13,0% und sogar bei 8,7% in Duisburg liegen. Die Lage in Aachen, Münster und Bielefeld ist vergleichbar mit den Städten am Rhein. Die westlichen ländlichen Regionen von NRW werden sowohl am Niederrhein als auch in der Eifel mit, im Allgemeinen unter 15,0% liegenden Sätzen schlechter dargestellt. Dagegen weist ein großer Teil der Kommunen im Münsterland, Teutoburger Wald, Sauerland und Siegen-Wittgenstein oft höhere Sätze mit mehr als 25,0% aus.

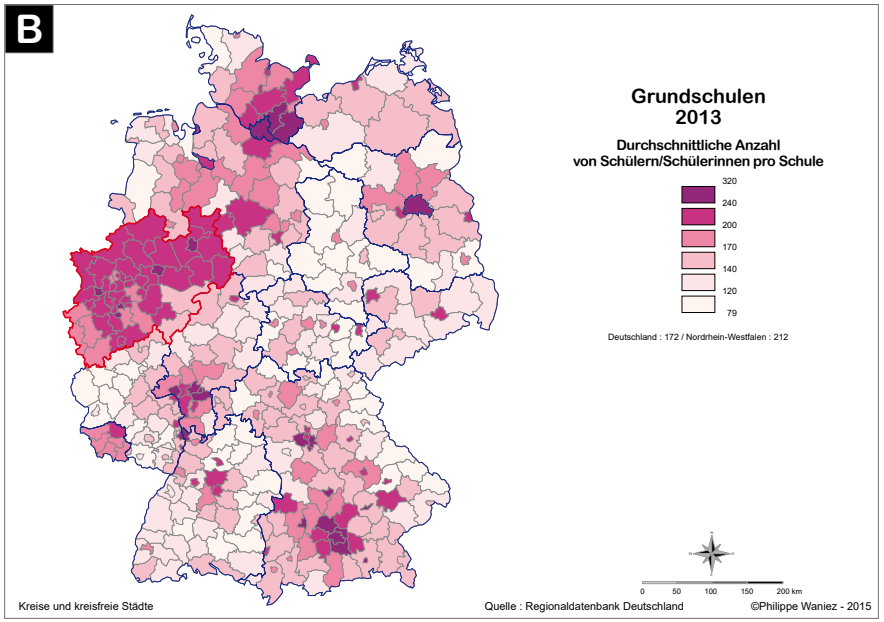
Der Vorschulbereich betrifft die Vorklassen, „die von schulreifen, aber noch nicht schulpflichtigen Kindern besucht werden können und Schulkindergärten, die für schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder eingerichtet sind“ (15). Im Jahr 2013 zählt man für ganz Deutschland nur 1.329 Schulen im Vorschulbereich für insgesamt 27.696 Kinder oder im Durchschnitt 21 Schüler pro Schule. Diese Integration der Betreuung von sehr jungen Kindern ins Schulsystem betrifft nicht alle Länder: Die neuen Länder, Bayern und Schleswig-Holstein haben einen anderen Weg gewählt (**Karte 11A**). Dafür ist diese Betreuung der sehr jungen Kinder in Baden-Württemberg, in Hessen, hauptsächlich in der Gegend von Frankfurt am Main, in Niedersachsen und vor allem in Hamburg ein fester Bestanteil. In Hamburg gibt es 224 Vorschulen, das sind 15,0% vom gesamten Bundesgebiet (Diese Stadt ist Pionierin auf diesem Gebiet mit der Schaffung der ersten Vorschulen in den 70er Jahren).

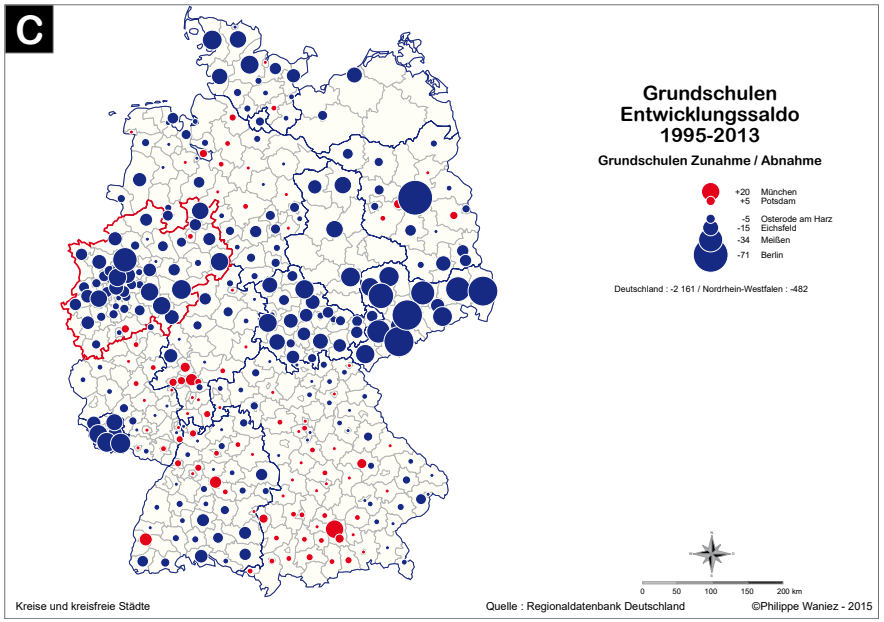
2.2. Die Primarstufe: die Grundschulen

Die Primarstufe setzt sich hauptsächlich aus den Grundschulen zusammen; dazu fügt sich ein Teil der Schüler aus den Sonderschulen hinzu, die auch die Kinder bis zu der Sekundarstufe I aufnehmen. „Die Grundschule umfasst die in der Bundesrepublik Deutschland ab Ende der 1960er Jahre aus den unteren Klassen der Volksschulen hervorgegangenen Schulen, die von Kindern der Klassen 1 bis 4 (nur in Berlin und Brandenburg Klassen 1 bis 6) besucht werden. Für die Grundschule gilt die allgemeine Schulpflicht“ (16).

Für ganz Deutschland gab es im Jahre 2013, 15.749 Grundschulen für insgesamt 2.708.400 Schüler, das sind durchschnittlich 172 Schüler pro Schule. Dieses Verhältnis sagt nichts über die Qualität der Schule aus. Für diesen Aspekt wäre es nötig, die Anzahl der Schüler pro Klasse zu verwenden. aber es gibt eine Vorstellung von Vernetzung des Gebietes durch das Schulsystem auf dieser Ebene. Vergleichsweise hatte Frankreich im Jahr 2014, 37.009 Grundschulen für 2.574.900 Schüler (etwas weniger als in Deutschland) das ist ein Durchschnitt von 69 Schülern pro Schule, viel niedriger als der von Deutschland (17). Dieser Multiplikator 2,5 zwischen Frankreich und Deutschland kann sich durch die Bevölkerungsdichte erklären, die in Frankreich schwächer ist als in Deutschland: Um den Kindern für die Fahrt in ihre Klasse eine zu lange tägliche Reise zu ersparen, erhält man in Frankreich Schulen mit geringer Schülerzahl (zum Beispiel, 3.341 Grundschulen haben nur eine einzige Klasse, in der Schüler verschiedener Niveaus gleichzeitig existieren und den verschiedenen Lernprogrammen folgen). Auf einer anderen Ebene besteht die Tatsache, dass die französischen öffentlichen Grundschulen von den Kommunen verwaltet werden (in viel größerer Zahl in Frankreich - mehr als 36.000 – als in Deutschland - etwa 11.000 (18)). Möglicherweise ist das lokale Interesse in Frankreich größer, standortnahen Schulen Bestandsschutz zu gewähren als in Deutschland. Dort werden kleine Schulen oft geschlossen.


A
Vorschulbereich
2013
Anzahl von Schulen
224 Hamburg
35 Stuttgart
17 Groß-Gerau
10 Göppingen
5 Göttingen
1 Dortmund
Deutschland : 1 329 / Nordrhein-Westfalen : 27
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


B
Grundschulen
2013
Durchschnittliche Anzahl
von Schülern/Schülerinnen pro Schule
320
240
200
170
140
120
79
Deutschland : 172 / Nordrhein-Westfalen : 212
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


C
Grundschulen
Entwicklungssaldo
1995-2013
Grundschulen Zunahme / Abnahme
+20 München
+5 Potsdam
-5 Osterode am Harz
-15 Eichsfeld
-34 Meißen
-71 Berlin
Deutschland : -2 161 / Nordrhein-Westfalen : -482
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015

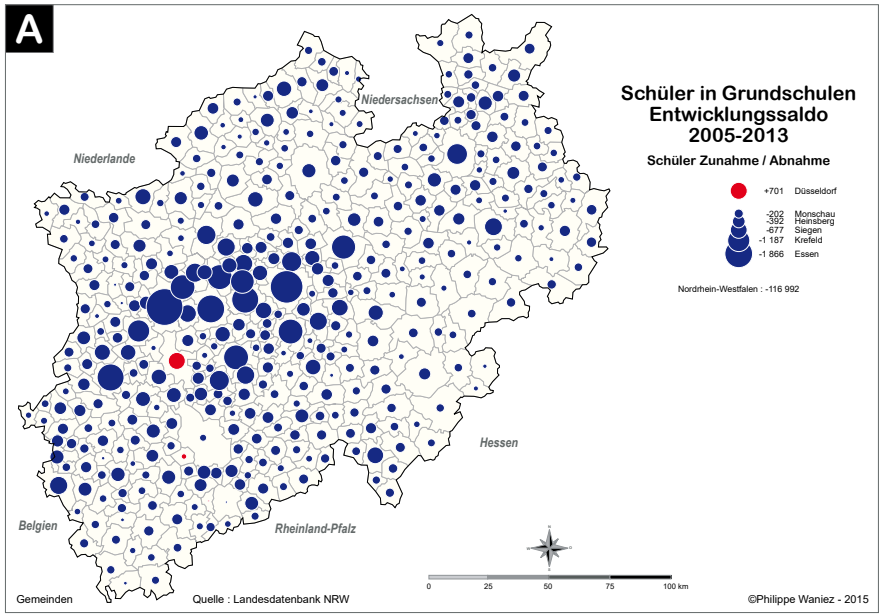
Die Karte der durchschnittlichen Anzahl von den Schülern pro Schule in Deutschland im Jahre 2013 stellt eine große Variabilität mit Werten zwischen 80 und 320 dar (**Karte 11B**). Natürlich sind die höchsten Zahlen in den Städten mit hoher Bevölkerungsdichte: 268 in München, 263 in Frankfurt am Main, 251 in Berlin, 243 in Hamburg. Im Allgemeinen markiert der Kontrast kreisfreie Städte und die Landkreise, wobei die Landkreise meist durch niedrigere Werte als 140 Schüler pro Schule charakterisiert sind.

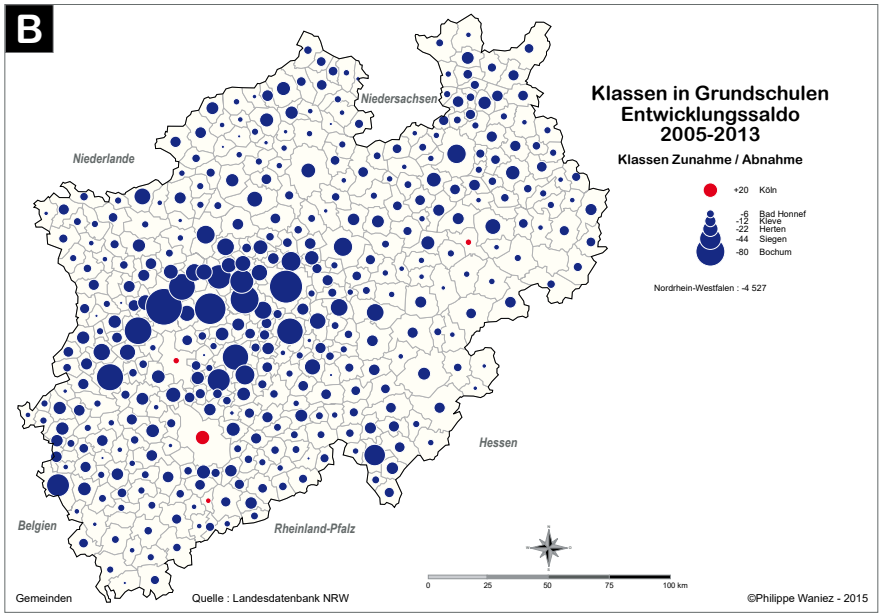
NRW ist ein Sonderfall, weil die Zahl der Schüler pro Grundschule dort relativ hoch erscheint, oft über 200 und dies in den meisten Teilen des Landes (mit Ausnahme von dem Südosten). Was hier im Vergleich zum Rest des Landes einzigartig ist, ist, dass ländliche Grundschulen des Kreises sogar hohe Werte anzeigen, wie zum Beispiel im Münsterland.

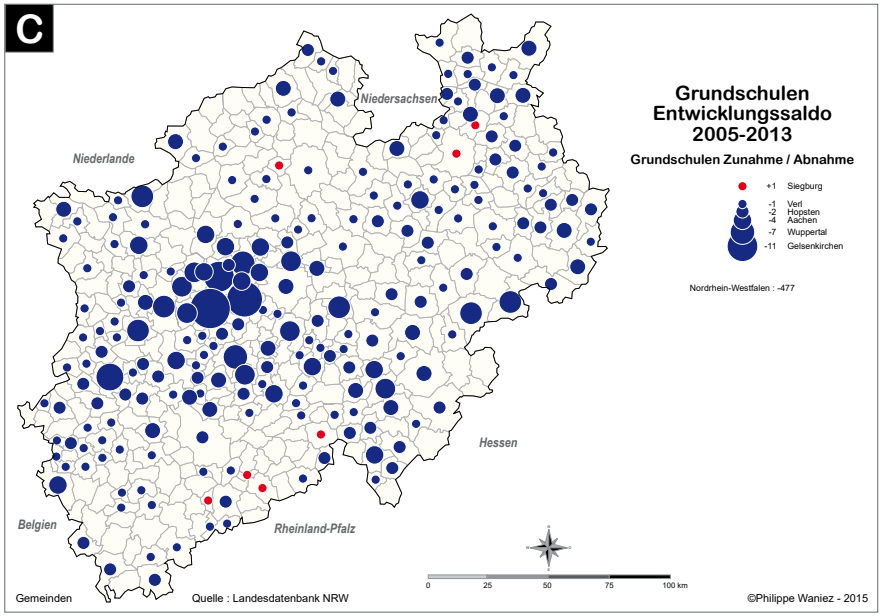
Die demografische Alterung in Deutschland ist zweifellos ein wesentlicher Faktor in der Verminderung der Anzahl von Grundschulen. 1995 besuchten 3.634.342 Kinder 17.910 Grundschulen, dies macht einen registrierten Rückgang von 925.942 Schülern zwischen 1995 und 2013 aus, was das Schließen von 2.161 Schulen im gleichen Zeitraum nach sich zog. Gleichzeitig vermindert sich die durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Grundschule von 203 auf 172. Das drückt eine weniger schnelle Senkung der Anzahl von Schulen im Hinblick auf die Anzahl von Schülern aus (eine mechanische Anwendung des Verminderungssatzes der Anzahl von Schülern hätte zur Schließung von über 3.000 Schulen geführt!). Da die demografische Entwicklung nicht in allen Regionen gleich ist, sind beachtliche Unterschiede in der Verminderung der Anzahl von Schulen festzustellen (**Karte 11C**). Aber die Karte ist deutlich: Die Errichtungen sind weniger zahlreich und weniger massiv auf der geografischen Karte, als die Schließungen. Neue Schulen sind in Bayern eröffnet worden: ca. 20 in München, 6 in Regensburg und mindestens eine in den meisten Kreisen von Oberbayern. Baden-Württemberg erhält auch neue Schulen: 10 in Freiburg im Breisgau, 9 in Stuttgart, 3 in Karlsruhe und Heidelberg. Dies ist auch in der Metropole Frankfurt am Main und Wiesbaden der Fall. Schließlich erhöhen sich die Anzahl der Grundschulen bescheiden in Bremen und mehreren Kreisen von Niedersachsen bis nach Hannover.

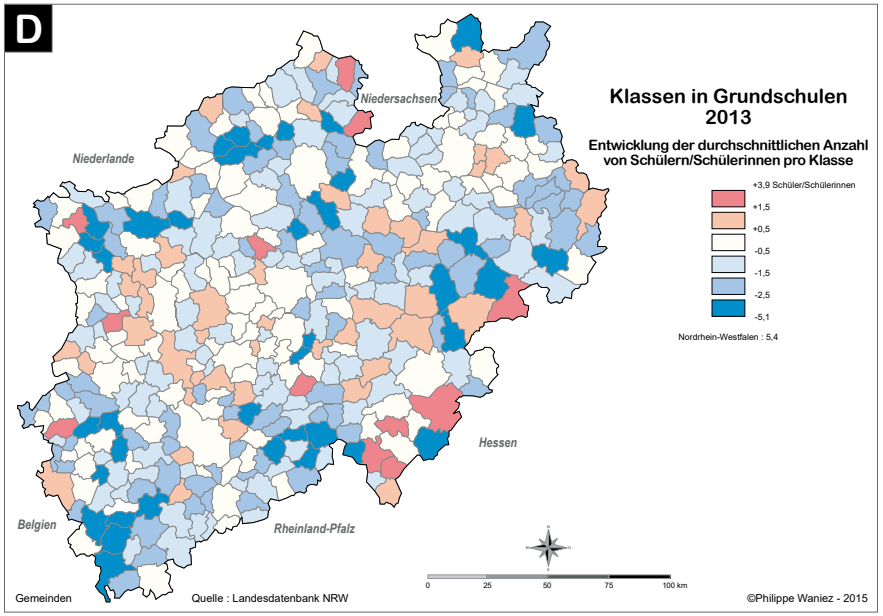
In den neuen Ländern ist die Anzahl der Schließungen stärker und die wenigen Eröffnungen in Potsdam oder in einigen Kreisen nahe Berlin lassen diese deutlich negative Bilanz nicht anzweifeln. Die Reform der Kreise der Ex-DDR macht es unmöglich, die Daten zwischen 1995 und 2013 zu vergleichen. Dies erklärt auch die fehlenden Daten in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt; was aber nicht bedeuten muss, dass die Entwicklung dort anders ist. Von den alten Ländern hat NRW 482 Grundschulen verloren und die durchschnittliche Schülerzahl pro Schulen verringert sich von 230 auf 212 aufgrund der Verringerung der gesamten Schülerzahl (ungefähr -164.000 Schüler). Saarland und Schleswig-Holstein (außer Kiel und Stormarn) zeigen eine ähnliche Entwicklung auf, ebenso wie das südöstliche Viertel von Baden-Württemberg.

Zwischen 2006 und 2013 verlor NRW 477 Grundschulen, dies entspricht einer Schließung von 4.527 Klassen. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit dem Verlust von 116.992 Schülern in den Grundschulen. Dieser Rückgang betrifft fast alle Städte (**Karten 12A** bis **12C**). In einigen Städten gibt es einen geringen Wachstum. Die durchschnittliche Zahl der Schüler pro Klasse hat sich von 23,5 im Jahr 2006 auf 23.1 im Jahr 2013 entwickelt.


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Schüler in Grundschulen
Entwicklungssaldo
2005-2013
Schüler Zunahme / Abnahme
+701 Düsseldorf
-202 Monschau
-392 Heinsberg
-677 Siegen
-1 187 Krefeld
-1 866 Essen
Nordrhein-Westfalen : -116 992
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Klassen in Grundschulen
Entwicklungssaldo
2005-2013
Klassen Zunahme / Abnahme
+20 Köln
-6 Bad Honnef
-12 Kleve
-22 Herten
-44 Siegen
-80 Bochum
Nordrhein-Westfalen : -4 527
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Grundschulen
Entwicklungssaldo
2005-2013
Grundschulen Zunahme / Abnahme
+1 Siegburg
-1 Verl
-2 Hopsten
-4 Aachen
-7 Wuppertal
-11 Gelsenkirchen
Nordrhein-Westfalen : -477
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Klassen in Grundschulen
2013
Entwicklung der durchschnittlichen Anzahl
von Schülern/Schülerinnen pro Klasse
+3,9 Schüler/Schülerinnen
+1,5
+0,5
-0,5
-1,5
-2,5
-5,1
Nordrhein-Westfalen : 5,4
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2015

Aber es existieren unterschiedliche Entwicklungen in der Zahl der Schüler pro Klasse in NRW, so kann man nicht auf eine weitverbreitete Verbesserung schließen. Das Herz des Landes zeigt wenig Veränderung (**Karte 12D**), obwohl einige Städte eine Erhöhung aufzeigen. Zum Beispiel hat Düsseldorf einen Zuwachs von 701 Schülern, aber nur eine Steigerung von 4 Klassen und durch die Schließung von 4 Schulen begleitet, kommt dies durch eine Zunahme von 0,75 Schülern pro Klasse schließlich zum Ausdruck. In vielen kleinen Städten an der ländlichen Peripherie verringert sich die Anzahl der Klassen in einem langsameren Tempo als die Zahl der Schüler. Vielleicht ist es schwierig geworden, eine bereits reduzierte Anzahl von Klassen weiter zu komprimieren und so wird die Zahl der Schüler pro Klasse reduziert. Dies ist deutlich in der Eifel sichtbar (z.B. Hellenthal), in einem Teil des Niederrheins (Hamminkeln), in Münster (Rosendahl), im Teutoburger Wald (Kalletal) und in einem Teil des Sauerlands (Rüthen). Im Gegensatz dazu nehmen in anderen wichtigeren Kommunen der peripheren Räume die Schülerzahlen pro Klasse zu, wie im Sauerland (zum Beispiel Meschede oder Brilon), Teutoburger Wald (Höxter) und Münsterland (Gronau). Dennoch ist es schwierig, diese Tendenz zu verallgemeinern, da die lokalen Entwicklungen sich verschieden darstellen.

2.3. Nach der Grundschule: allgemeinbildende Schulen

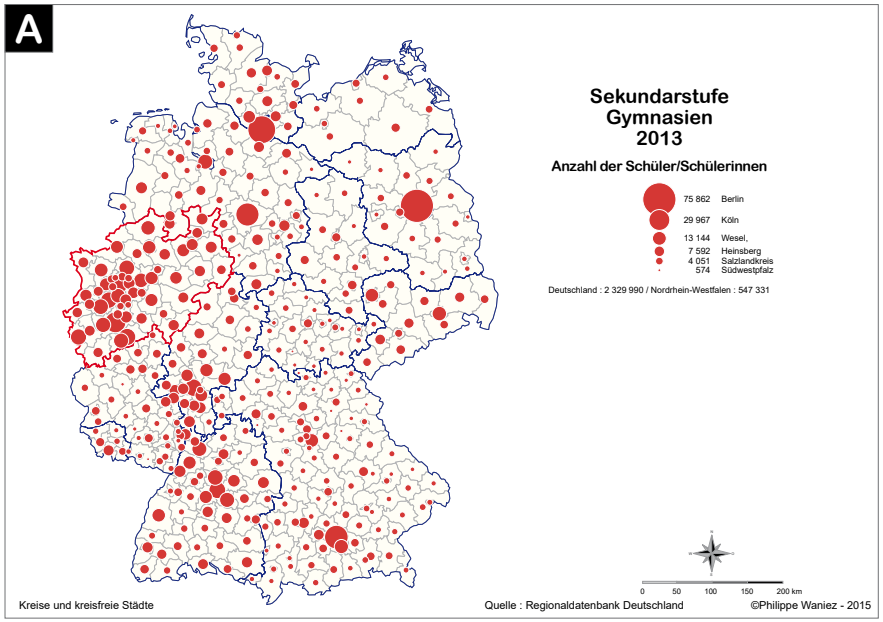
Die verfügbaren statistischen Daten unterscheiden 9 Typen von allgemeinbildenden Schulen, die Schüler nach der Grundschule aufnehmen, ohne dass die beiden Ebenen der Sekundarstufe unterschieden werden können, dies begrenzt die Möglichkeiten der Analyse. In dieser Zusammenfassung beläuft sich die Gesamtzahl der Schüler auf 5,7 Mio. oder 2,1-mal so viel wie die Schüler an den Grundschulen.

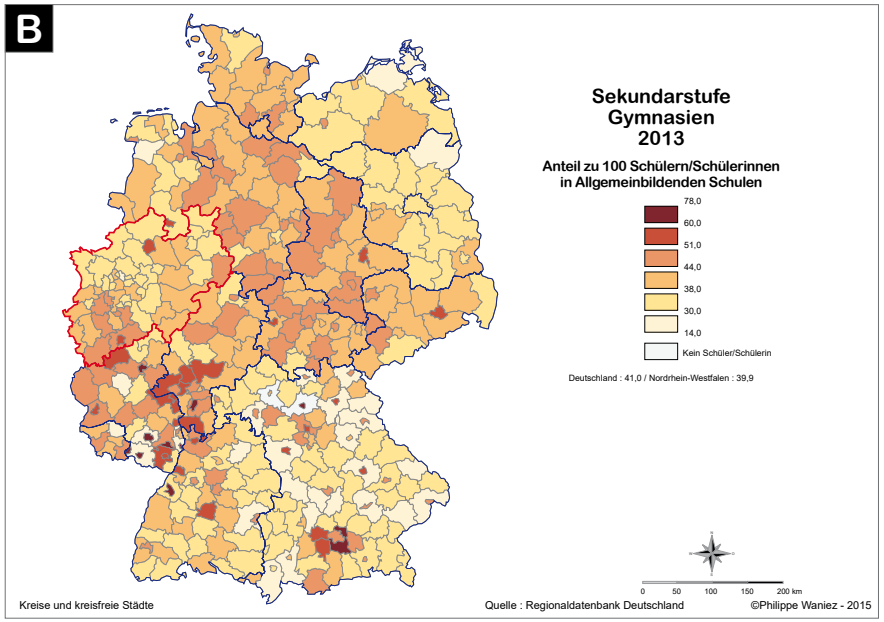
Die Gymnasien

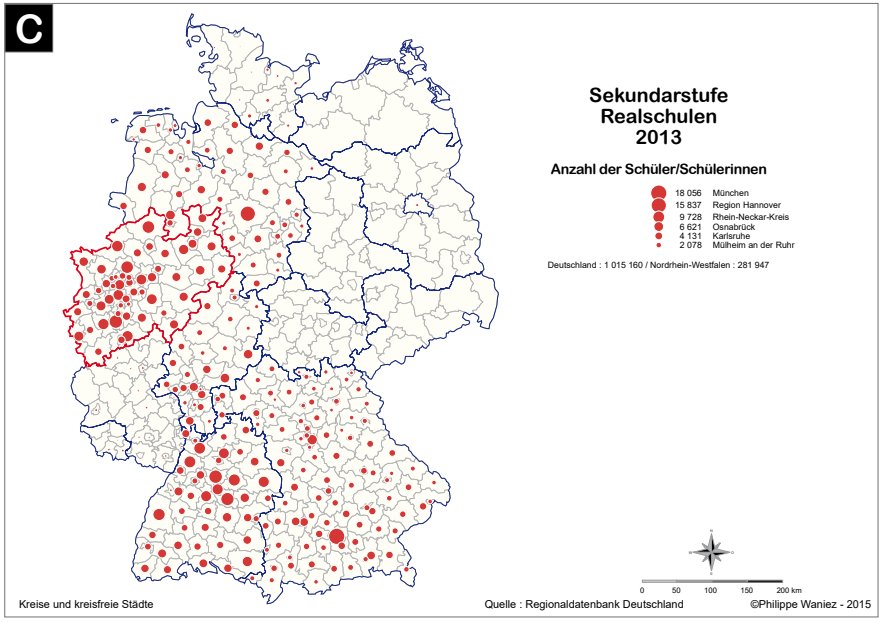
Insgesamt gibt es im Jahr 2013 für Deutschland 3.124 Gymnasien, die 2.329.990 Schüler aufgenommen haben, das sind 41,0% der Sekundarstufen-Schüler. In relativ großen Schulen gibt es einen Durchschnitt von 746 Schülern. Die große Zahl der Schüler erklärt sich teilweise durch die Länge der Schulzeit am Gymnasium von Klasse 5 (11 Jahre) bis zur Klasse 12 oder 13 (18 oder 19 Jahre), das heißt während der Sekundarstufe I und II (20).

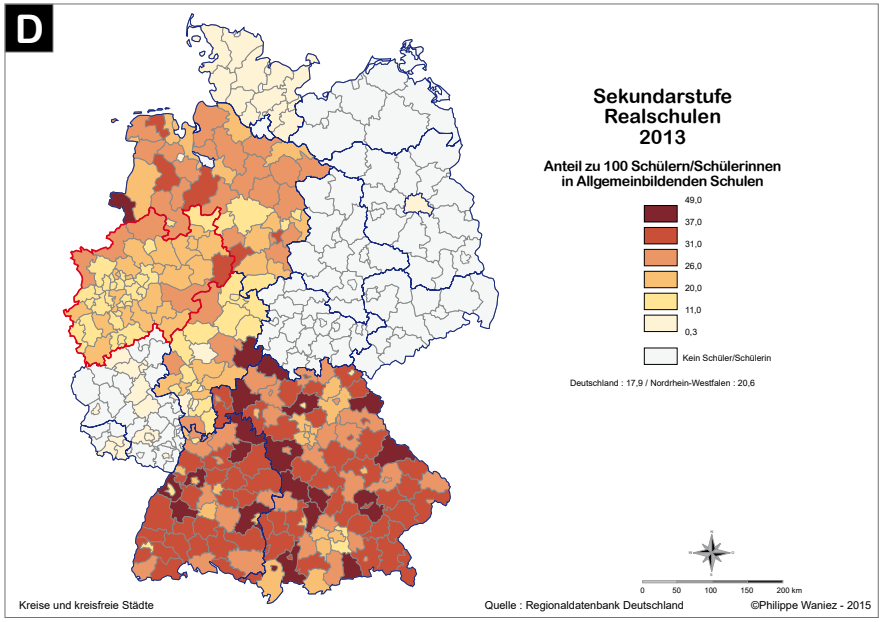
Man findet Gymnasien überall in Deutschland und die Zahl ihrer Schüler ist in den großen städtischen Zentren besonders hoch (**Karte 13A**): Berlin, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart, Frankfurt am Main. NRW liegt leicht zurück mit 39,9% Schülern aus der Sekundarstufe, die in Gymnasien gehen.

Auch wenn Gymnasien in allen Ländern existieren, scheint das Niveau ihrer Teilnahme an der erzieherischen Anstrengung unterschiedlich (**Karte 13B**). Tatsächlich ändert sich die Schüleranzahl der allgemeinbildenden Schulen, die in Gymnasium aufgenommen werden nach Kreisen zwischen 14,0% und 78,0%. Dies ist besonders in Bayern bemerkenswert, wo in vielen Landkreisen oft weniger als 30,0% der Schüler auf die Gymnasien gehen, während in vielen kreisfreien Städten, die Anteile über 50,0% liegen und manchmal höher: 68,8% in Bamberg, 62,2% in München. So ist in Bayern das Gymnasium ein Attribut der Stadt.


A
Sekundarstufe
Gymnasien
2013
Anzahl der Schüler/Schülerinnen
75 862 Berlin
29 967 Köln
13 144 Wesel,
7 592 Heinsberg
4 051 Salzlandkreis
574 Südwestpfalz
Deutschland : 2 329 990 / Nordrhein-Westfalen : 547 331
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


B
Sekundarstufe
Gymnasien
2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen
in Allgemeinbildenden Schulen
78,0
60,0
51,0
44,0
38,0
30,0
14,0
Kein Schüler/Schülerin
Deutschland : 41,0 / Nordrhein-Westfalen : 39,9
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


C
Sekundarstufe
Realschulen
2013
Anzahl der Schüler/Schülerinnen
18 056 München
15 837 Region Hannover
9 728 Rhein-Neckar-Kreis
6 621 Osnabrück
4 131 Karlsruhe
2 078 Mülheim an der Ruhr
Deutschland : 1 015 160 / Nordrhein-Westfalen : 281 947
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


D
Sekundarstufe
Realschulen
2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen
in Allgemeinbildenden Schulen
49,0
37,0
31,0
26,0
20,0
11,0
0,3
Kein Schüler/Schülerin
Deutschland : 17,9 / Nordrhein-Westfalen : 20,6
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015

Diese Besonderheit erscheint auch in anderen Ländern, aber auf weniger markante Weise, in Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz. Im Norden und Osten des Landes verschwindet der Stadt/Land-Unterschied fast vollständig: Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein weisen zwischen 40,0% und 50,0% Schüler aus, die in Gymnasien aufgenommen wurden. Der Anteil senkt sich auf ungefähr 35,0% in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

In den Kommunen von NRW variiert das Verhältnis der Gymnasien zwischen 37,4% und 47,9% zu allen aufgenommenen allgemeinbildenden Schulen. Münster und Bonn sind mit 53,0% an der Spitze. Das Viertel im Südwesten des Landes liegt nahe 50,0%. Düsseldorf weist 47,9% aus, in Köln senkt sich der Anteil auf 43,4%. Das Ruhrgebiet liegt bei rund 35,0% (außer in Essen: 42,0%); Gelsenkirchen erreicht 30,0%. Bei den Bergischen Drei gehen nur ungefähr ein Drittel ihrer Schüler auf das Gymnasium: 35,2% in Wuppertal, 33,0% in Remscheid und 32,4% in Solingen. So schwache Proportionen rücken an die Stadtgebiete der nördlichen ländlichen Gegenden des Landes heran, während sich das Münsterland und der Teutoburger Wald sowie das Sauerland und Siegerland-Wittgenstein an die 40,0% herannähert und manchmal überschreitet. So zeigt NRW ein gemischtes Bild für den Besuch auf dem Gymnasium; zwar findet man dort den gegebenen Vorteil der Städte wie in ganz Deutschland wieder, aber das Ruhrgebiet scheint zurückzuliegen, während das Sauerland einen besser aussieht, als viele ländliche Gegenden in Deutschland.

Die Realschulen

Mit 17,9% der Schüler von den allgemeinbildenden Schulen liegen die 2.399 Realschulen von Deutschland weit hinter den Gymnasien, dies äußert sich teilweise in einem kürzeren Schulbesuch ab Klasse 5 (ca. 11 Jahre) bis Klasse 10 (ca. 16 Jahre). Es handelt sich also um eine erweiterte Grundbildung. „Bei erfolgreichem Abschluss berechtigt diese zur Aufnahme berufsqualifizierender Bildungsgänge, zum Eintritt in die mittlere Beamtenlaufbahn oder zum Besuch höherer Berufsfachschulen bzw. von Fachoberschulen oder der gymnasialen Oberstufe“ (21).

Ein anderer Faktor trägt zu diesem geringen Anteil bei: Es gibt zahlreiche Länder, in denen kaum Realschulen oder nur sehr wenige existieren. Dies ist in allen neuen Ländern, Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein der Fall (K**arte 13C**). Hessen hat einige Realschulen und man kann sagen, dass in vier Bundesländern Realschulen charakteristisch sind: Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Im Durschnitt zählen die Realschulen 423 Schüler, viel weniger, als die Gymnasien. Dies wird zum Teil durch die Tatsache erklärt, dass die Realschulen in erster Linie Schulen im ländlichen Raum sind. Besonders deutlich wird dies in Bayern und Baden-Württemberg (**Karte 13D**), während die Landkreise in der Regel mehr als ein Drittel ihrer Schüler in der Realschule anzeigen und häufig sogar mehr als 40,0% ausweisen. So haben die kreisfreien Städte im Gegensatz dazu nur einen geringeren Anteil ihrer Kinder in den Realschulen, meist zwischen 25,0% und 30,0%. Dasselbe Phänomen, jedoch etwas abgeschwächt, ist in NRW wahrnehmbar: Landkreise am Rand des Landes haben zwischen 20,0% und 30,0% Schüler, die die Realschulen besuchen, während im Herzen des Landes der Prozentsatz immer unten 20,0% liegt. Niedersachsen hat eine ähnliche Anordnung: nur 19,6% in der Region Hannover, aber 34,1% im Landkreis Cloppenburg.

Die integrierte Gesamtschule

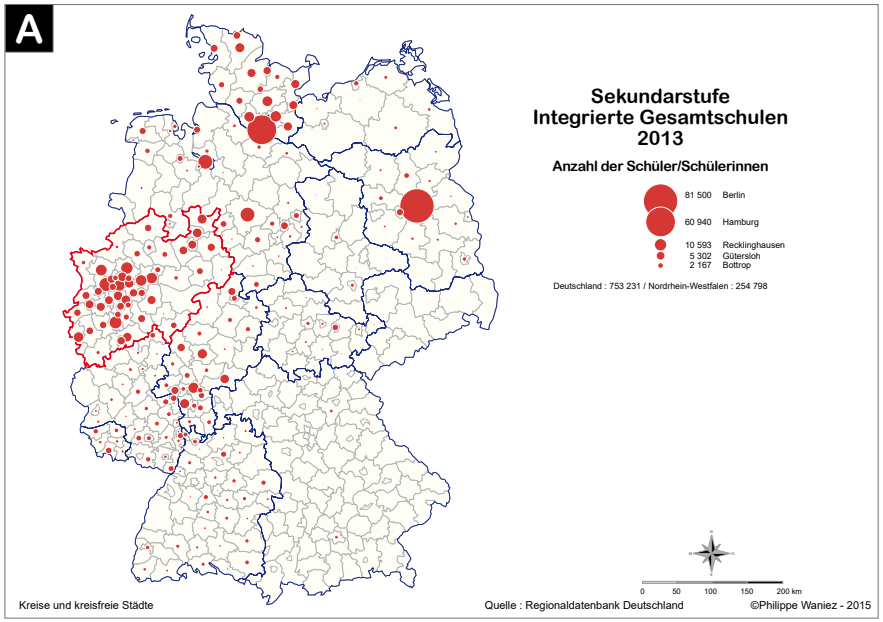
Die integrierte Gesamtschule kommt an dritter Stelle der allgemeinbildenden Schulen dessen Anteil 13,3% der Schüler ausmacht. Auf 1.452 Schulen werden die 753.231 Schüler mit einem Durchschnitt von 519 Schülern pro Schule verteilt. Wie bei den Gymnasien erstreckt sich die Gesamtschule über die gesamte Sekundarstufe von der Klasse 5 (ca. 11 Jahren) bis zur Klasse 13 (ca. 19 Jahre). „Eine integrierte Gesamtschule ist eine Schule, in der Schüler mit Haupt-, Real- und Gymnasialempfehlung gemeinsam unterrichtet werden. Ziel der integrierten Gesamtschule ist, dass die Schüler das gemeinsame Lernen und den sozialen Umgang miteinander erleben und gleichzeitig auch entsprechend ihrem individuellen Leistungsvermögen unterrichtet und vor allem gefördert werden“ (22). Die integrierte Gesamtschule unterscheidet sich von anderen Schularten, sowohl durch die Mischung aus sozialer Herkunft, dem Bildungsniveau der Schüler und der Art und Weise des Lernens. Es geht darum, eine zu frühe Orientierung der Schüler zu vermeiden.

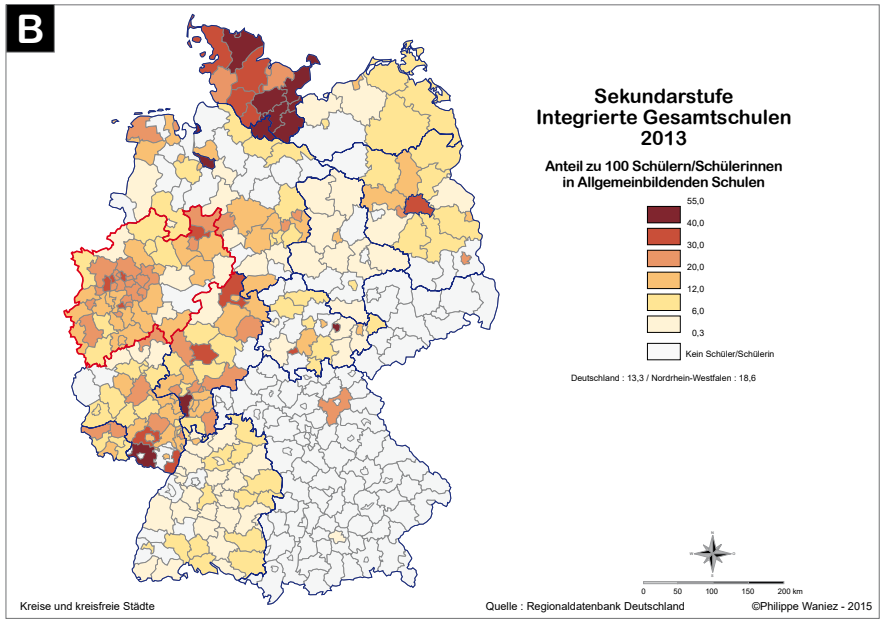
Dieser Schultyp ist 1967 entstanden, danach hat bis 1982 eine Probezeit in verschiedenen alten Bundesländern stattgefunden. „Bayern schaffte sie wieder ab, Nordrhein-Westfalen behielt sie bei“ (23). Das ist eine der wichtigen Besonderheiten der integrierten Gesamtschulen: sie existieren nicht in allen Ländern (Bayern und Sachsen) und wenn sie existieren, erscheint die aufgenommene Schülerzahl äußerst veränderlich, schwach in allen neuen Ländern (außer Berlin) ebenso in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. In etwas höherer Zahl sind es Schüler aus Hessen und Niedersachsen. Aber die Schulen sind auffallend etabliert in Berlin und Hamburg sowie in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein und in den Städten von Bremen und Hannover (**Karte 14A**).

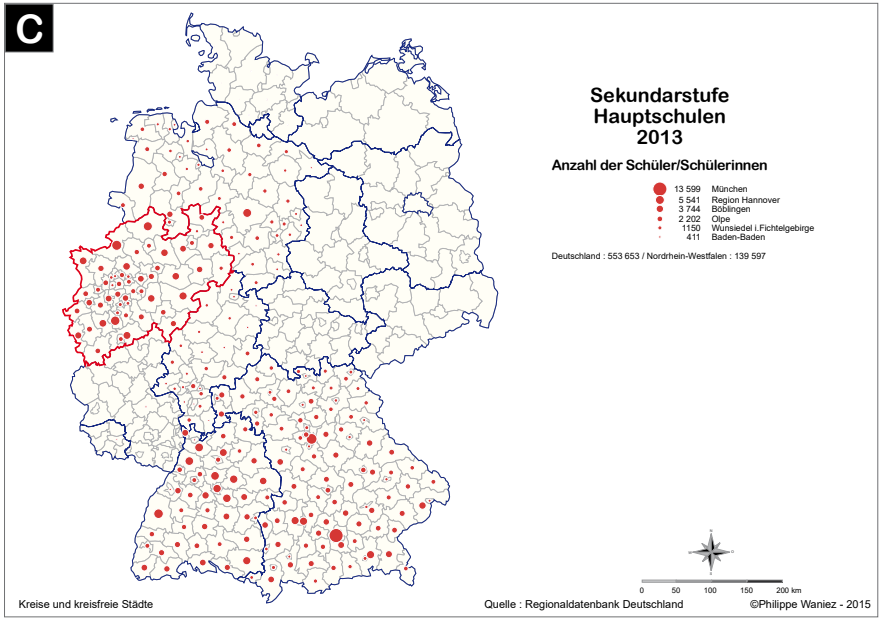
Hamburg und Schleswig-Holstein bilden zusammen den Hauptbereich der integrierten Gesamtschulen (**Karte 14B**); in Hamburg sind 49,0% der Schüler in dieser Art Schule untergebracht; in Lübeck sind es mehr als 41,0% und in Kiel 45,0%. An anderer Stelle in Deutschland beobachtet man hohe Anteile in Jena 43,3%, Bremen 42,5% und Bremerhaven 42,1%. Berlin stellt die höchste Anzahl an Schülern für diese Schulart (81.500) oder etwa 37,0% seiner Schüler von den allgemeinbildenden Schulen dar. NRW zählt 254.798 Schüler in den integrierten Gesamtschulen, das sind 18.6% seiner Schüler in den allgemeinbildenden Schulen. Ihre Aufnahme erfolgt in großen Einrichtungen mit einer durchschnittlichen Größe von 904 Schülern pro Schule, das ist fast das Doppelte des nationalen Durchschnittes. Vielmehr sind die Industriegebiete betroffen: Ruhrgebiet (39,6% in Duisburg), Bielefeld und seine Region (30,9% in Herford), Bergischen Drei (34,8% in Solingen). Dafür werden die ländlichen Räume von NRW durch diese Schulart kaum berührt.

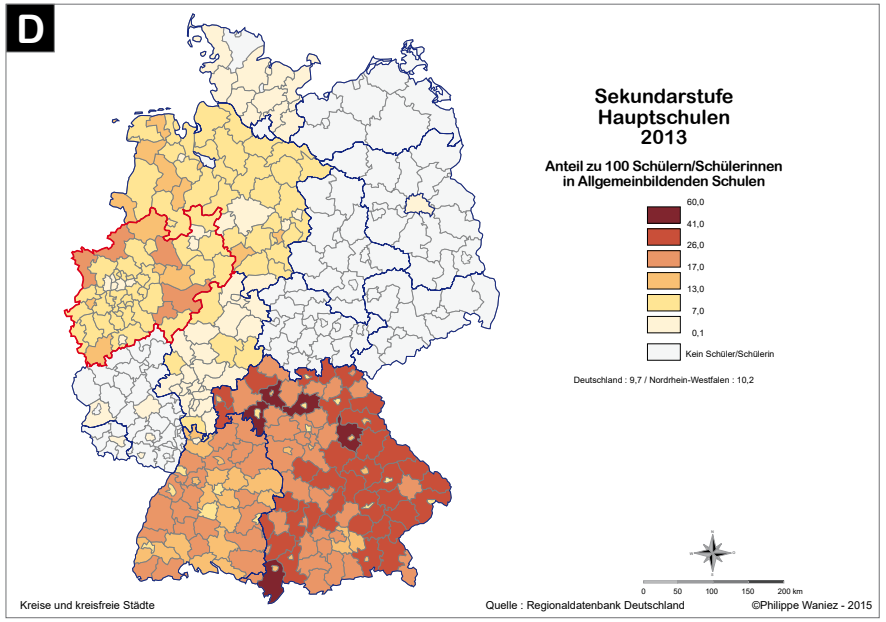
Die Hauptschulen

Diese Schulen nehmen 9,7% der Schüler der allgemeinbildenden Schulen auf. Die Dauer der Schulzeit in der Hauptschule ist verhältnismäßig kurz, weil sie sich von Klasse 5 (ca. 11 Jahre) bis Klasse 9 (ca. 15 Jahre) bzw. bis Klasse 10 (ca. 16 Jahre) erstreckt. Hier wird praktischer Unterricht angeboten, um die Schüler für die Lehre vorzubereiten: Entweder sie gehen in eine Berufsausbildung oder sie beginnen zu arbeiten.


A
Sekundarstufe
Integrierte Gesamtschulen
2013
Anzahl der Schüler/Schülerinnen
81 500 Berlin
60 940 Hamburg
10 593 Recklinghausen
5 302 Gütersloh
2 167 Bottrop
Deutschland : 753 231 / Nordrhein-Westfalen : 254 798
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


B
Sekundarstufe
Integrierte Gesamtschulen
2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen
in Allgemeinbildenden Schulen
55,0
40,0
30,0
20,0
12,0
6,0
0,3
Kein Schüler/Schülerin
Deutschland : 13,3 / Nordrhein-Westfalen : 18,6
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


C
Sekundarstufe
Hauptschulen
2013
Anzahl der Schüler/Schülerinnen
13 599 München
5 541 Region Hannover
3 744 Böblingen
2 202 Olpe
1150 Wunsiedel i.Fichtelgebirge
411 Baden-Baden
Deutschland : 553 653 / Nordrhein-Westfalen : 139 597
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


D
Sekundarstufe
Hauptschulen
2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen
in Allgemeinbildenden Schulen
60,0
41,0
26,0
17,0
13,0
7,0
0,1
Kein Schüler/Schülerin
Deutschland : 9,7 / Nordrhein-Westfalen : 10,2
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015

Karten 14

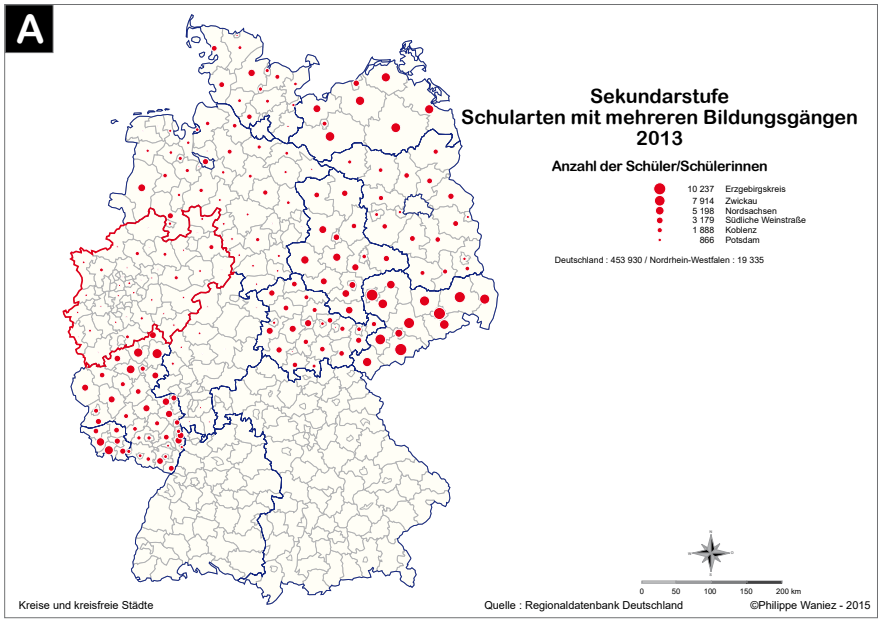
Die geografische Verteilung ihrer Schüler ähnelt stark der von den Realschulen mit einer klaren Präferenz für den ländlichen Raum (**Karte 14C**). In Bayern sind es oft mehr als ein Viertel der Schüler in den Landkreisen, die in die Hauptschule gehen, während in den meisten Städten dieser Anteil im Allgemeinen auf weniger als 15,0% reduziert wird (**Karte 14D**). Das ist auch in Baden-Württemberg der Fall, aber mit weniger ausgeprägten Unterschieden (12,3% in Stuttgart zu 18,3% im Landkreis von Biberach zum Beispiel). Niedersachsen stellt keinen großen Kontrast dar und der Anteil der Hauptschüler überschreitet selten 15,0%.

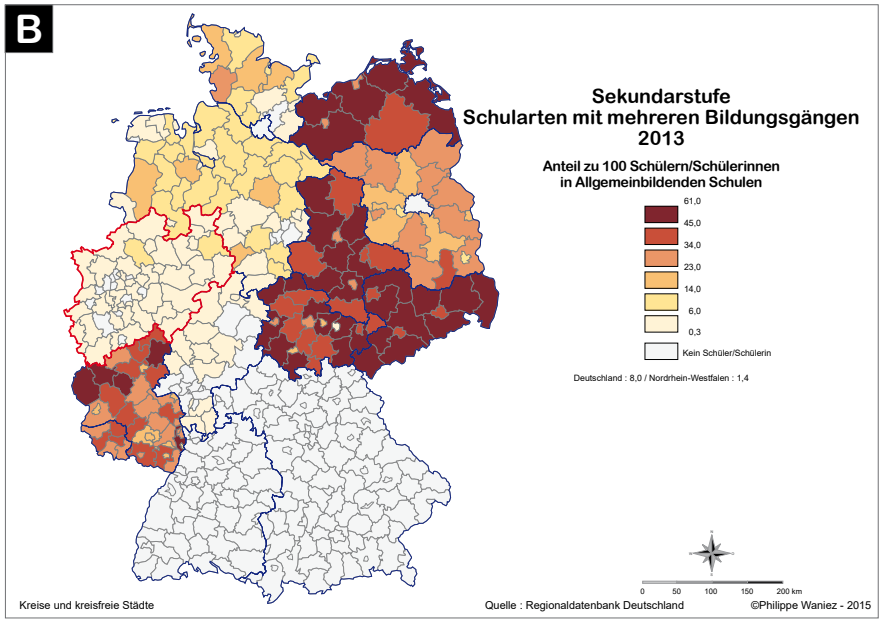
NRW hat 139.597 Schüler in Hauptschulen, einen viel höheren Anteil als der Durchschnitt in Deutschland (16,9% gegenüber 9,7%). Die Größe dieser Schulen ist ebenfalls signifikant höher (260 Schüler zu durchschnittlich 173). Ihre Bedeutung ist in ländlicher Umgebung am Rande des Landes größer: 22,1% in Borken und 21,6% im Hochsauerlandkreis. Andernorts ist die Proportion der Schüler der allgemeinbildenden Schulen, die in der Hauptschule untergebracht sind eher schwach, besonders im Ruhrgebiet: 6,7% in Duisburg, 5,0% in Essen … Köln und Düsseldorf weisen weniger als 8,0% Hauptschüler aus.

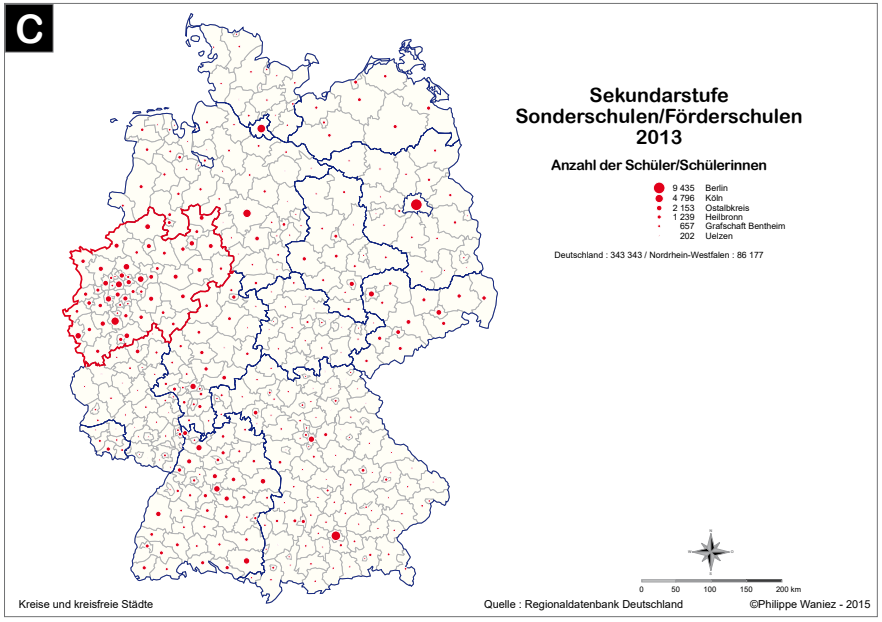
Die Schularten mit mehreren Bildungsgängen

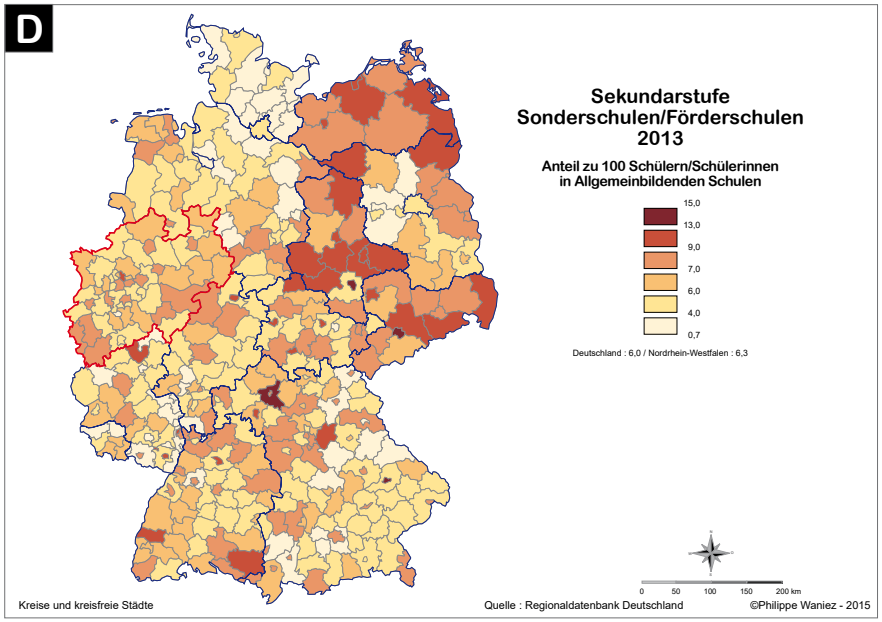
„In der Schulstatistik verwendete Kategorie, in der Schularten zusammengefasst werden, an denen die Bildungsgänge von Hauptschule und Realschule angeboten werden. Die folgenden Schularten fassen die Bildungsgänge der Haupt- und der Realschule pädagogisch und organisatorisch zusammen: Mittelschule, Regelschule, Sekundarschule, Erweiterte Realschule, Verbundene Haupt- und Realschule, Zusammengefasste Haupt- und Realschule, Haupt- und Realschule, Regionale Schule, Realschule plus, Regionalschule, Oberschule (Brandenburg)“ (24). Im Jahr 2013 existierten 1.782 Schulen dieses Typs. Im Vergleich zu den integrierten Gesamtschulen, sind sie zahlreicher aber fassen nur 453.930 Schüler. Die durchschnittliche Zahl der Schüler pro Schule beläuft sich auf nur 255, sozusagen die Hälfte.

Man findet die Schularten mit mehreren Bildungsgängen nicht im gesamten Bundesgebiet (**Karte 15A**). Es gibt kleine Bestände in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Aber hauptsächlich betrifft es die neuen Länder (jedoch nicht Berlin) sowie Rheinland-Pfalz und Saarland (**Karte 15B**). Der Anteil der Schüler, der diese Schulen besucht, ist unterschiedlich: In Rheinland-Pfalz, zum Beispiel, ist fast die Hälfte der Schüler, die an den allgemeinbildenden Schulen lernen aus der Eifel; das ist ebenfalls im Moseltal der Fall sowie im Westerwaldkreis. Im Gebiet der Ex-DDR scheint Brandenburg weniger betroffen, während die anderen Länder hohe Prozentsätze anzeigen, die nahe 50,0% liegen und sogar höher sind, wie zum Beispiel im Landkreis Ludwigslust-Parchim bei 57,2%. In den Städten der neuen Länder haben diese Schulen in der Gesamtheit weniger Gewicht: 36,7% in Leipzig, 35,7% in Dresden, 31,5% in Erfurt, 26,3% in Schwerin, 26,0% in Rostock, 24,9% in Magdeburg, 24,8% Halle. Diese Schulen erscheinen demnach wie eine Lösung der ländlichen Kreise, um den Bildungsbedürfnissen zu entsprechen, ohne die Anzahl der Lehranstalten zu erhöhen. In den Städten der neuen Bundesländer nehmen sie ein Viertel bis ein Drittel der Schüler auf. In NRW ist ihre Präsenz gering: 1,4% der Schüler von den allgemeinbildenden Schulen, das sind nur 19.335 Personen.


A
Sekundarstufe
Schularten mit mehreren Bildungsgängen
2013
Anzahl der Schüler/Schülerinnen
10 237 Erzgebirgskreis
7 914 Zwickau
5 198 Nordsachsen
3 179 Südliche Weinstraße
1 888 Koblenz
866 Potsdam
Deutschland : 453 930 / Nordrhein-Westfalen : 19 335
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


B
Sekundarstufe
Schularten mit mehreren Bildungsgängen
2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen
in Allgemeinbildenden Schulen
61,0
45,0
34,0
23,0
14,0
6,0
0,3
Kein Schüler/Schülerin
Deutschland : 8,0 / Nordrhein-Westfalen : 1,4
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


C
Sekundarstufe
Sonderschulen/Förderschulen
2013
Anzahl der Schüler/Schülerinnen
9 435 Berlin
4 796 Köln
2 153 Ostalbkreis
1 239 Heilbronn
657 Grafschaft Bentheim
202 Uelzen
Deutschland : 343 343 / Nordrhein-Westfalen : 86 177
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


D
Sekundarstufe
Sonderschulen/Förderschulen
2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen
in Allgemeinbildenden Schulen
15,0
13,0
9,0
7,0
6,0
4,0
0,7
Deutschland : 6,0 / Nordrhein-Westfalen : 6,3
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015

Die Sonderschulen/Förderschulen

„Sonderschulen sind Einrichtungen mit Vollzeitschulpflicht zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. Der Nachweis der Schüler/-innen in der 7. Klassenstufe bzw. in der 11. Klassenstufe erfolgt ohne Schüler/-innen an Schulen/Klassen für geistig Behinderte“ (15).

Die 3.191 Schulen in dieser Kategorie bieten Platz für fast 350.000 Schüler in kleinen Einrichtungen mit einem Durchschnitt von 110 Schülern. Sie stellen 6,0% der Schüler der allgemeinbildenden Schulen. Die höchsten Schülerzahlen findet man in den Städten (**Karte 15C**). Manche unter ihnen weisen bis zu 14,0% aus, wie Halle und Chemnitz oder Straubing (**Karte 15D**). Die ländlichen Regionen haben Prozentsätze im Bereich von 6,0% bis 8,0%, vor allem im Osten Deutschlands, aber auch in Baden-Württemberg und Franken (Bayern). NRW zählt 693 Sonderschulen / Förderschulen für 86.177 eingetragene Schüler im Jahr 2013. Man findet sie in den wichtigsten Großstädten sowie dem Teutoburger Wald und der Eifel.

Die Schulartunabhängige Orientierungsstufe

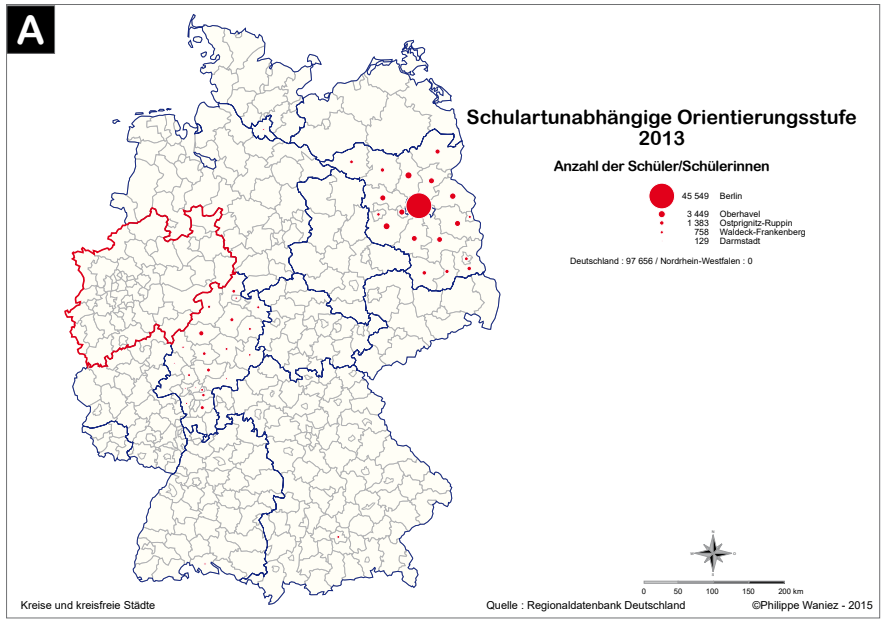
„Schulartunabhängige Orientierungsstufen sind schulartübergreifende Einrichtungen der Klassenstufen 5 und 6. Soweit die Orientierungsstufen aus organisatorischen Gründen bei einzelnen Schularten integriert sind, werden sie - ohne die Möglichkeit einer Trennung - bei diesen nachgewiesen“ (15). Diese Einrichtungen zählen nur 1,7% aller Schüler der allgemeinbildenden Schulen. Sie betreffen vor allem Berlin und Brandenburg und auf sekundäre Art Hessen (**Karte 16A**).

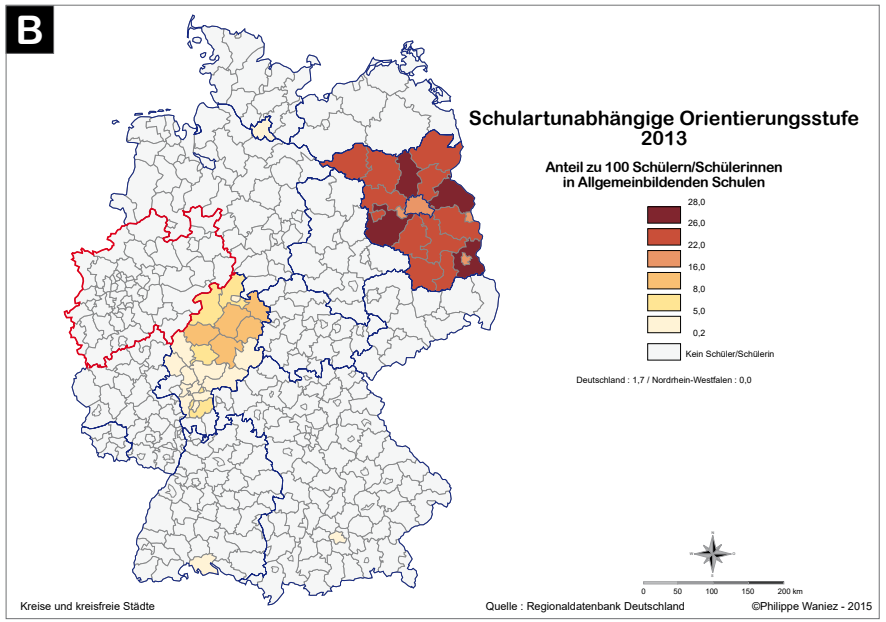
In Berlin und Brandenburg sind mehr als 20,0% der Schüler betroffen (**Karte 16B**). „In Nordrhein-Westfalen wurde die Orientierungsstufe nicht eingeführt. Die Klassen 5 und 6 werden schulformabhängig als Erprobungsstufen an Haupt-, Realschulen und dem Gymnasium geführt. Häufig wird der Begriff Orientierungsstufe synonym verwandt“ (25).

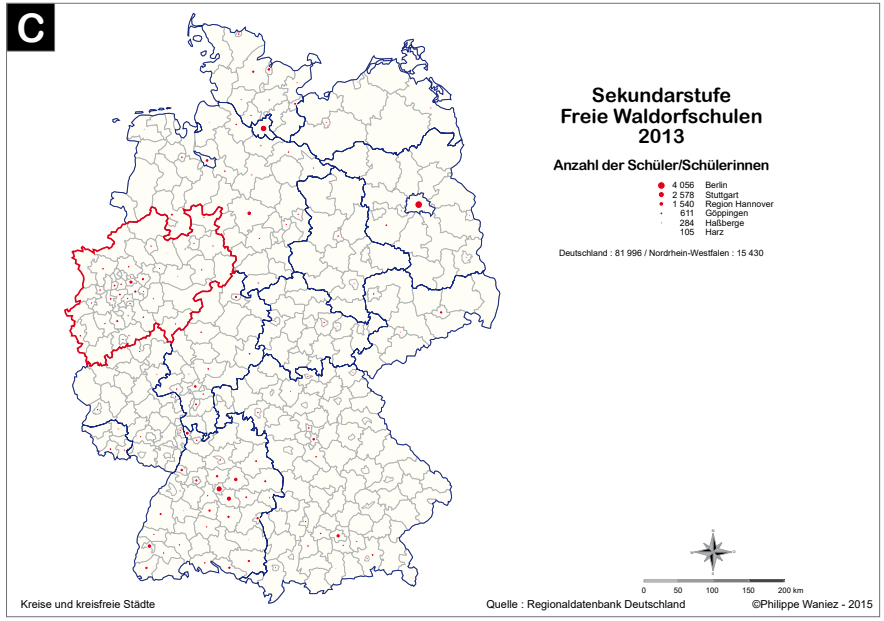
Die Freie Waldorfschulen

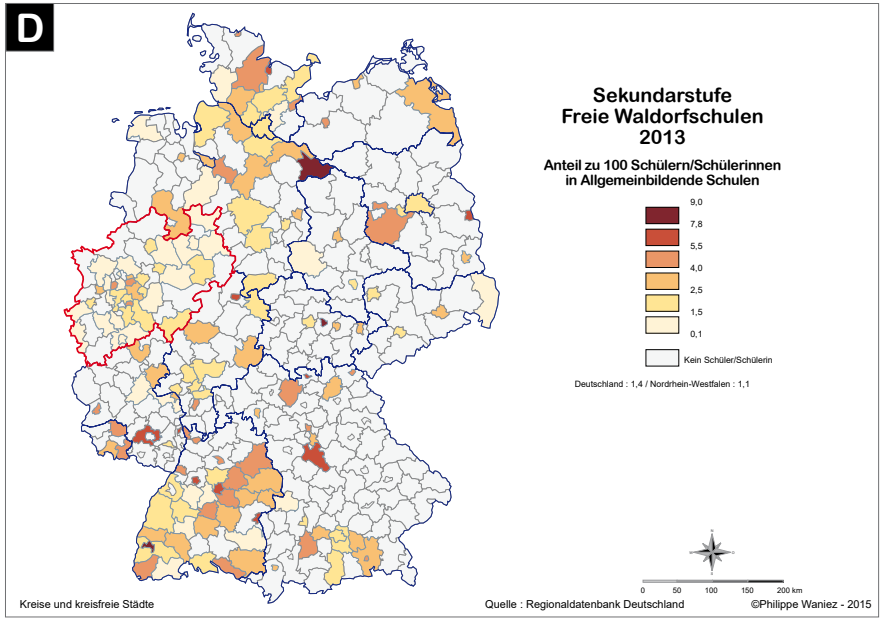
„Die Freie Waldorfschulen sind Schulen, an denen nach der von Rudolf Steiner (1861–1925) begründeten Waldorfpädagogik unterrichtet wird. Die Waldorfpädagogik beruht auf der Grundlage der ebenfalls von Steiner begründeten Anthroposophie. In Deutschland sind Waldorfschulen staatlich anerkannte Ersatzschulen in freier Trägerschaft“ (26).

Im Jahr 2013 gab es in Deutschland 214 freie Waldorfschulen für insgesamt 81.996 Schüler oder durchschnittlich 383 Schüler pro Schule. Sie stellen nur 1,4% aller Schüler in allgemeinbildenden Schulen dar. Man findet die freien Waldorfschulen in allen Bundesländern, aber ihre Anwesenheit ist sowohl mit niedrigen Schülerzahlen ausgewiesen als auch in ihrer geografischen Verteilung sporadisch (**Karte 16C**). Diese Schulen sind oft in den Städten angesiedelt. In den neuen Ländern findet man daher mindestens eine in jeder wichtigen Stadt, in der sie zwischen 2,0% und 7,0% der Schüler unterrichten (**Karte 16D**).


A
Schulartunabhängige Orientierungsstufe 2013
Anzahl der Schüler/Schülerinnen
45 549 Berlin
3 449 Oberhavel
1 383 Ostprignitz-Ruppin
758 Waldeck-Frankenberg
129 Darmstadt
Deutschland : 97 656 / Nordrhein-Westfalen : 0
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


B
Schulartunabhängige Orientierungsstufe 2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen in Allgemeinbildenden Schulen
28,0
26,0
22,0
16,0
8,0
5,0
0,2
Kein Schüler/Schülerin
Deutschland : 1,7 / Nordrhein-Westfalen : 0,0
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


C
Sekundarstufe Freie Waldorfschulen 2013
Anzahl der Schüler/Schülerinnen
4 056 Berlin
2 578 Stuttgart
1 540 Region Hannover
611 Göppingen
284 Haßberge
105 Harz
Deutschland : 81 996 / Nordrhein-Westfalen : 15 430
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


D
Sekundarstufe Freie Waldorfschulen 2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen in Allgemeinbildende Schulen
9,0
7,8
5,5
4,0
2,5
1,5
0,1
Kein Schüler/Schülerin
Deutschland : 1,4 / Nordrhein-Westfalen : 1,1
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015

In den alten Ländern ist ihre Anwesenheit dichter, wie in Baden-Württemberg mit Stuttgart (6,5%), Ulm (6,8%), Pforzheim (7,1%) und vor allem in Freiburg im Breisgau (8, 3%). Im Norden von Deutschland sind auch bedeutende Standorte in Schleswig-Holstein (4,2% in Rendsburg -Eckernförde und in Kiel 5,7%) und im Norden von Niedersachsen (9,0% in Lüchow-Dannenberg) anzutreffen.

NRW hat 40 freie Waldorfschulen für 15.430 Schüler. d.h. 1,1% von der Gesamtzahl. Sie nehmen einen bedeutenden Platz ein, in Krefeld (2,5%), Remscheid (4,5%), Mülheim an der Ruhr und Bochum (4,7%) sowie in dem Ennepe-Ruhr-Kreis (3,6%).

Die Abendschulen und Kollegs

„Abendhauptschulen führen in einem einjährigen Ausbildungsgang zum Hauptschulabschluss. Abendrealschulen führen Erwachsene in Abendkursen zum Realschulabschluss; Dauer zwei bis drei Jahre. Abendgymnasien ermöglichen befähigten Erwachsenen, in einem Zeitraum von mindestens drei Jahren die allgemeine Hochschulreifeprüfung abzulegen. Kollegs sind Vollzeitschulen zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife“ (15).

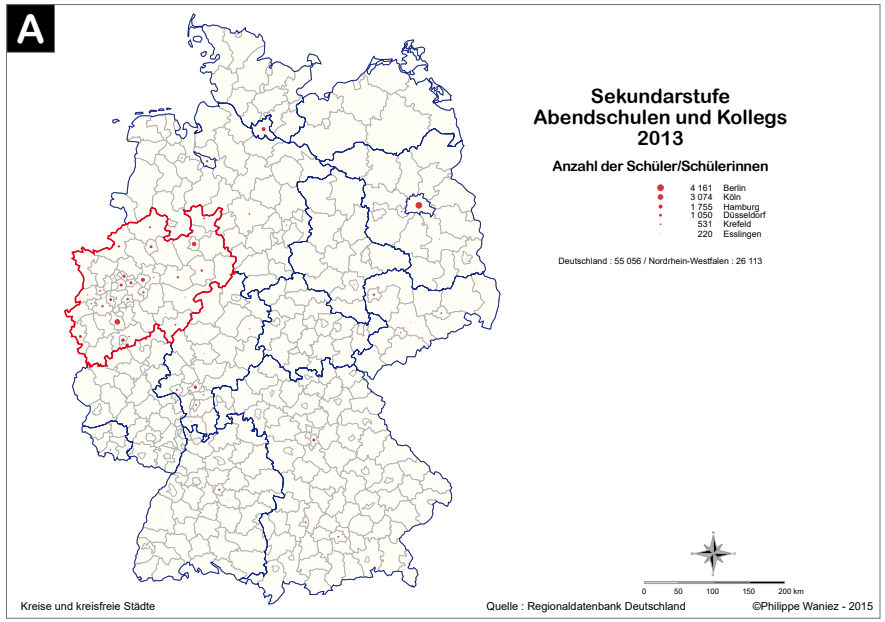
Mit 322 Schulen und 55.056 Schülern stellen Abendschulen und Kollegs nur 1,0% der gemeldeten Schüler in den allgemeinbildenden Schulen dar. Die Kreise und kreisfreien Städte, die keine besitzen, sind zahlreich (**Karte 17A)**. In NRW ist der Anteil fast doppelt so hoch (1,9%). Ihre Anwesenheit ist in den wichtigsten Städten des Landes verankert, in denen ihr Gewicht zwischen 4,0% und 5,0% liegen (Bonn, Köln, Dortmund, Bochum, Hagen), in Gelsenkirchen auf 6,4% ansteigt und auf 7,7% in Bielefeld (**Karte 17B)**. Außerdem ist diese Verankerung auf die Städte in unterschiedlichem Maße bestätigt.

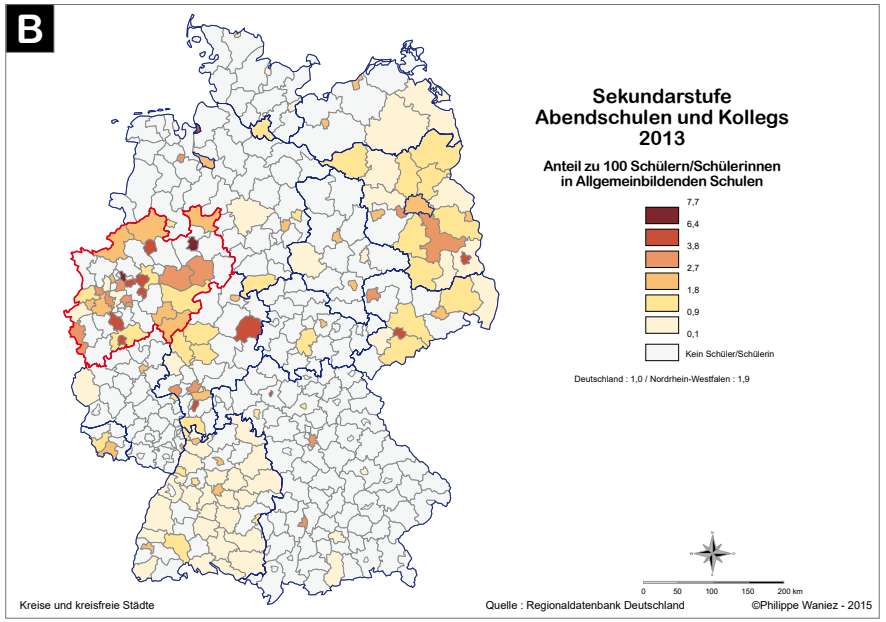
Die Vielzahl der allgemeinbildenden Schulen

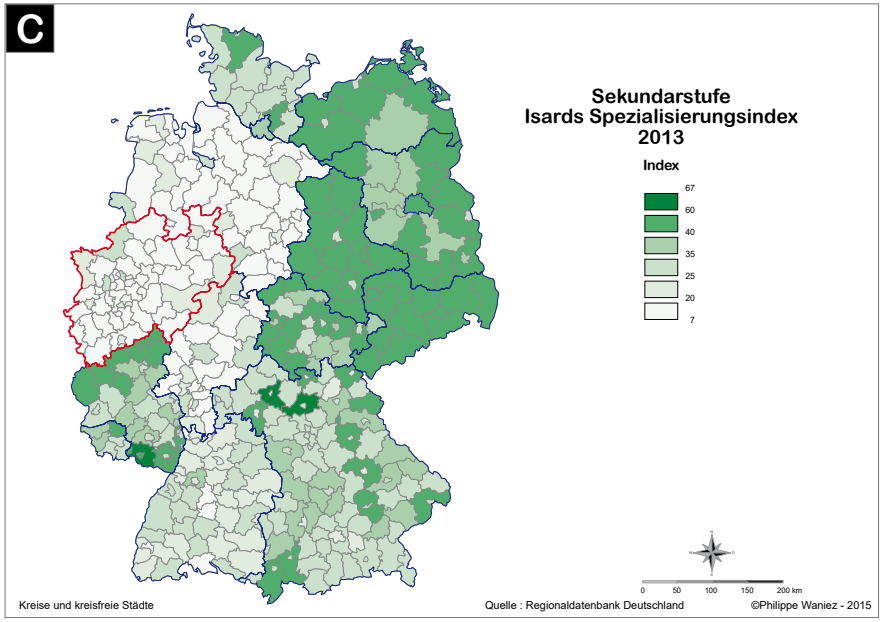
Der Isard Spezialisierungsindex ermöglicht die Komplexität der Kombinationen, die lokal niedergelassen sind (auf dem Niveau der Kreise und kreisfreien Städte). Dieser Index misst den Unterschied zwischen dem Bildungsprofil (mit anderen Worten die Verteilung der Schüler in jedem Schultyp) von jedem Kreis mit dem Profil von Gesamtdeutschland. Seine Werte variieren zwischen 0 ohne Spezialisierung (die Summe der Unterschiede im durchschnittlichen Profil ist Null) und 100, falls alle Schüler in einem einzigen Schultyp konzentriert wären.

Der Isard Spezialisierungsindex liegt im Jahr 2013 für die allgemeinbildenden Schulen in ganz Deutschland zwischen 7 und 67. Geografisch sind drei verschiedene Situationen zu beobachten (**Karte 17C**). Im Allgemeinen zeigen die Kreise und kreisfreien Städte der alten Bundesländer ein Index zwischen 7 und 25, dies ist als eine Vielzahl von Bildungsmöglichkeiten zu verstehen. Besonders deutlich wird dies in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg. Doch Rheinland-Pfalz und das Saarland sind noch stärker spezialisiert, vor allem in der Eifel und in der Süd-Pfalz. Dies bedeutet nicht, dass die Bildungschancen vielseitig sind, sondern nur, dass der Unterricht in Schularten mit mehreren Bildungsgängen erfolgt.

Die zweite besondere Situation findet man in Bayern. Man beobachtet dort im Allgemeinen eine schwache Spezialisierung, besonders in den Städten und in Oberbayern, die durch Indexe unter 35 gekennzeichnet sind.


A
Sekundarstufe
Abendschulen und Kollegs
2013
Anzahl der Schüler/Schülerinnen
4 161 Berlin
3 074 Köln
1 755 Hamburg
1 050 Düsseldorf
531 Krefeld
220 Esslingen
Deutschland : 55 056 / Nordrhein-Westfalen : 26 113
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


B
Sekundarstufe
Abendschulen und Kollegs
2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen
in Allgemeinbildenden Schulen
7,7
6,4
3,8
2,7
1,8
0,9
0,1
Kein Schüler/Schülerin
Deutschland : 1,0 / Nordrhein-Westfalen : 1,9
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


C
Sekundarstufe
Isards Spezialisierungsindex
2013
Index
67
60
40
35
25
20
7
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015

Dafür weisen zahlreiche Landkreise einen höheren Index aus, der im Allgemeinen über 35 und manchmal sogar über 50 liegt. In diesen Fällen fehlen in Bayern nicht die Schularten mit mehreren Bildungsgängen, sondern ein begrenztes Angebot an wenigen Schultypen, vor allem Hauptschulen und Realschulen und in geringerem Maße auch Gymnasien.

Schließlich ist der dritte Fall derjenige im Gebiet der Ex-DDR, der, einmal mehr, seine Besonderheit zeigt. Die Indexe sind enorm hoch. Man findet hier die Wirkung der Schularten mit mehreren Bildungsgängen wieder, die schon in Rheinland Pfalz gesehen wurden, aber allgemein verbreitet in allen neuen Ländern sind, außer in einigen wichtigen Städten wie Erfurt, Weimar, Halle, Magdeburg, Schwerin und Rostock: Diese Hauptstädte des Landes bieten eine größere Vielfalt an als im Rest der neuen Länder.

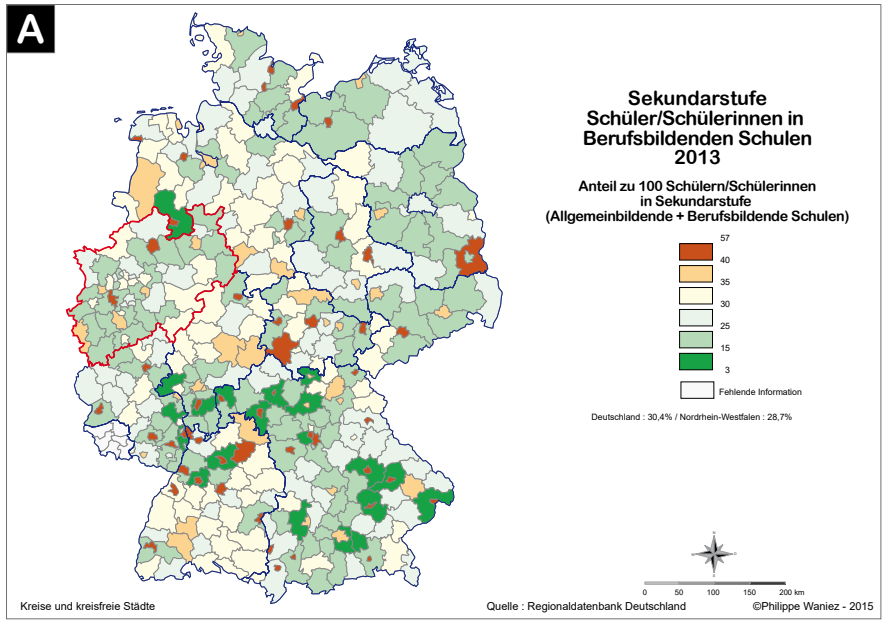
Die Analyse der Karten von den allgemeinbildenden Schulen gibt ein vielschichtiges Bild der Gesamtorganisation, die der Spezialisierungsindex teilweise bestätigt. Das ist der Ausdruck unterschiedlicher Schulpolitik in jedem Land, das Deutschland als ein Land mit einem wenig einheitlichen Schulsystem darstellt, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern.

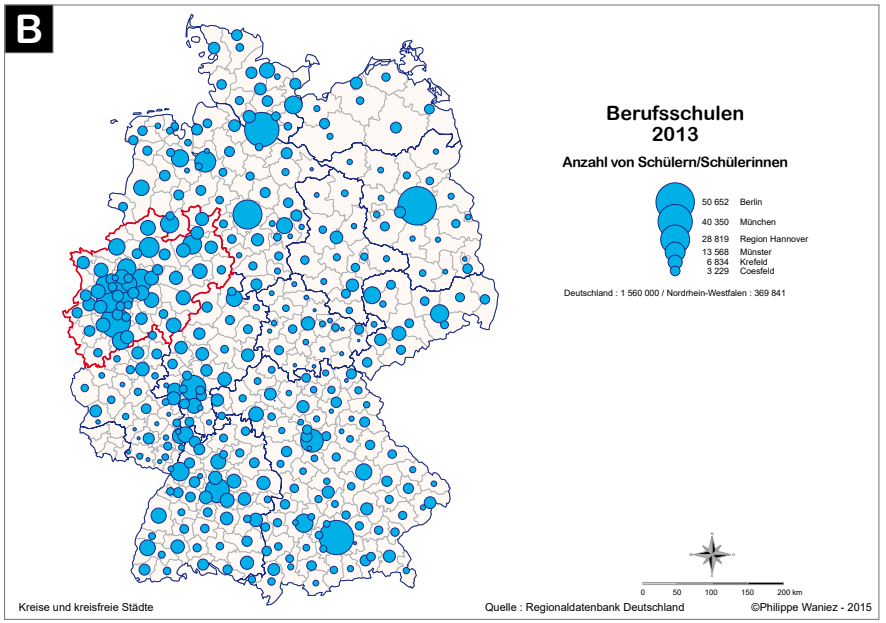
2.4. Die Berufsbildende Schulen

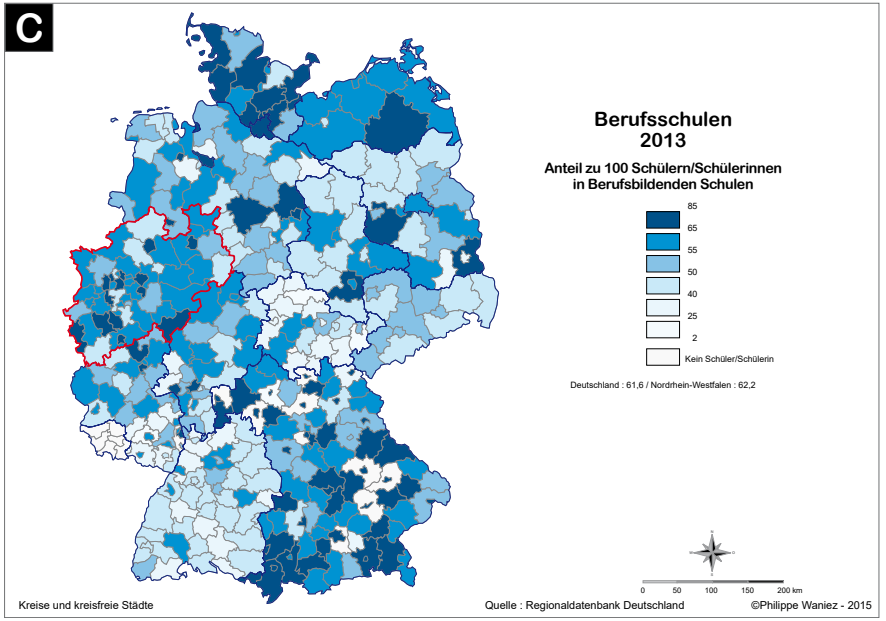
Deutschland praktiziert, was Ökonomen angebotsorientierte Wirtschaft nennen (Angebotspolitik). „Sie verwirklicht Regierungsmaßnahmen, die vorgesehen sind, auf das Angebot der Unternehmen und nicht auf die Anfrage einzuwirken wie es die keynesianische Politik macht. Im Allgemeinen handelt es sich darum, bessere Bedingungen für den Ausbau der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu schaffen, besonders die Senkung der Steuern, die auf den Unternehmen lasten, die Förderung des Gewinns in der Aufteilung des Mehrwerts, Ermunterung der Haushalte zu Einsparungen, die Haushaltsausgaben des Staates verringern, das alles angelehnt an eine Deregulierungspolitik“ (27) Aus dieser Perspektive nimmt die berufliche Bildung strategische Bedeutung an, weil es den produktiven Sektoren eine Arbeitskraft liefert, die fähig ist, die Produktion der konkurrenzfähigen Produkte in Bezug auf ihre Qualität und ihren Preis zu gewährleisten.

Man weiß, dass die meisten Absolventen der Haupt- und Realschule ihre Ausbildung mit einer Berufsausbildung abschließen. Das geltende duale System in Deutschland (Schule+Unternehmen) bietet eine Ausbildung von zwei oder drei Jahren für Schüler aus der Haupt- oder Realschule. Diese praktische Ausbildung wird durch die allgemeine und technische Ausbildung in einer Berufsschule ergänzt. Die Jugendlichen, die die Lehre abgeschlossen haben, erhalten einen berufsqualifizierenden Abschluss (Geselle, Kaufmann...), der ihr Qualifikationsniveau gewährleistet (20).

Im Jahr 2013 hatte das Bundesgebiet 8.833 berufsbildende Schulen, die 2.330.963 Schüler in dem Niveau der Sekundarstufe-II aufnahmen, das ist etwas weniger als die Hälfte (40,9%) von der Gesamtzahl der Schüler in allgemeinbildenden Schulen. Dazu kommen 191.325 Schüler im Tertiärbereich. Obwohl die Altersstruktur der zwei Schülergruppen nicht die gleiche ist (für die allgemeinbildenden Schulen natürlich jünger) und der Umfang des Vergleichs begrenzt, ist es immer noch lehrreich, um das Gewicht der Bedeutung des Berufsschulwesens in der Schülerschaft zu ermessen. Auf einer anderen Ebene scheint der Anteil der Schüler, die die berufsbildenden Schulen der Sekundarstufe besuchen im Verhältnis zu allen Schülern auf der geografischen Karte


A
Sekundarstufe
Schüler/Schülerinnen in
Berufsbildenden Schulen
2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen
in Sekundarstufe
(Allgemeinbildende + Berufsbildende Schulen)
57
40
35
30
25
15
3
Fehlende Information
Deutschland : 30,4% / Nordrhein-Westfalen : 28,7%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


B
Berufsschulen
2013
Anzahl von Schülern/Schülerinnen
50 652 Berlin
40 350 München
28 819 Region Hannover
13 568 Münster
6 834 Krefeld
3 229 Coesfeld
Deutschland : 1 560 000 / Nordrhein-Westfalen : 369 841
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


C
Berufsschulen
2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen
in Berufsbildenden Schulen
85
65
55
50
40
25
2
Kein Schüler/Schülerin
Deutschland : 61,6 / Nordrhein-Westfalen : 62,2
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015

An erster Stelle beobachtet man eine mehr oder weniger betonte Verankerung in den Städten. Das ist in einer Anzahl von den Großstädten besonders deutlich. Es sind jedoch keine Metropolen, wie Lübeck, Braunschweig, Kassel, Osnabrück, Koblenz, Pforzheim, Ulm, Regensburg, Passau, Schwerin, Eisenach, Erfurt, Gera, Chemnitz, Dessau-Roßlau… Es gibt kaum Metropole, die zu dieser Gruppe mit mehr als 40,0% der Schüler in Berufs- und Fachschulen auf dem Niveau der Sekundarstufe gehören. Das bedeutet nicht, dass die Metropolen keine Ausbildungsmöglichkeiten anbieten, ganz im Gegenteil, aber es unterstreicht, dass die Jugendlichen, die dort lernen andere Bildungsmöglichkeiten haben. Zum Beispiel gibt es in Hamburg nur 28,4% der Schüler in diesen Bereichen, 33,1% in Hannover, 35,6% in Bremen; aber im Allgemeinen liegt der Anteil der Berufsbildung in den großen Städten zwischen 35,0% und 40,0%, wie in Köln, Frankfurt am Main, München, Augsburg, Ingolstadt, Dresden, Leipzig, Magdeburg und Rostock ... Es ist nicht verwunderlich zu sehen, wie sich das Berufsschulwesen in den Städten konzentriert, weil gerade dort ein Ort der wirtschaftlichen Akkumulation und starke Präsenz von Unternehmen vorliegt und die zukünftigen jungen Arbeiter ebenso von den Praktikumsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen profitieren.

Außerhalb der Städte haben die berufsbildenden Schulen einen von Region zu Region unterschiedlichen Anteil an der Gesamtschülerzahl. Dieser Anteil ist relativ gering, oft unter dem nationalen Durchschnitt, in den neuen Bundesländern sowie Bayern. Es erscheint besser und in allen Fällen über dem Durchschnitt in Baden-Württemberg, Hessen und im Osten von Niedersachsen.

In NRW ist das Bild gemischt: Während die meisten Städte in diesem Bereich eine wichtige Rolle spielen, sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Ruhrgebietes und der Bergischen Drei auch in der Ausbildung erkennbar. Dies ist auch in Mönchengladbach der Fall. Darüber hinaus sind die Werte in der Regel niedriger als der nationale Durchschnitt, außer in einigen Kreisen, die ein wenig höher erscheinen.

Die zur Verfügung stehenden Statistiken unterscheiden 8 Arten berufsbildende Schulen, aufgeführt in der Reihenfolge der Anzahl der untergebrachten Schüler im Jahr 2013: Berufsschulen (61,6% aller Schüler der berufsbildenden Schulen) Berufsfachschulen (17,0%), Fachschulen (7,5%), Fachgymnasien (7,1%), Fachoberschulen (5,4%), Berufsober- / Technische Oberschule (0,9%), Fachakademien /Berufsakademien (0,3%), Berufsaufbauschulen (0,014%). Also haben wir mit einer Vielzahl von Institutionen zu tun, deren Name nicht ihre Richtung erklärt…

Die Berufsschulen

2.795 Berufsschulen nehmen 2013 in Deutschland 1.560.000 Schüler auf, d.h. im Durchschnitt 558 Schüler pro Einrichtung. Die Zahl ist vergleichbar mit der durchschnittlichen Größe der Realschulen. Das ist das am meisten verbreitete Angebot der Berufsausbildung im Land.

„Berufsschulen bilden den schulischen Teil der dualen Berufsbildung (28). In Deutschland absolvieren gut die Hälfte der Jugendlichen eines Altersjahrgangs eine je nach Beruf zwei- oder dreijährige, in Ausnahmefällen dreieinhalbjährige, Berufsausbildung im dualen System.

Das System wird als dual bezeichnet, weil die Ausbildung an zwei Lernorten durchgeführt wird: im Betrieb und in der Berufsschule. Die Berufsausbildung hat zum Ziel, in einem geordneten Ausbildungsgang die notwendigen Kompetenzen und Qualifikationen für die Ausübung einer qualifizierten Tätigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt zu vermitteln. Ferner soll sie die erforderliche Berufserfahrung ermöglichen. Der erfolgreiche Abschluss befähigt zur unmittelbaren Berufsausübung als qualifizierte Fachkraft in einem von derzeit etwa 340 anerkannten Ausbildungsberufen“ (29).

Die Karte mit der Anzahl der eingetragenen Schüler in den Berufsschulen zeigt eine Ausdehnung im ganzen Land, deren Verteilung der Bevölkerung entspricht (**Karte 18B**). Aufgrund dieser Tatsache beobachtet man eine deutliche Verankerung im städtischen Netz: Alle Großstädte weisen hohe Werte aus, während in den ländlichen Gegenden, die Anzahl der Schüler schwächer ist. NRW hat 22,0% der Berufsschulen in Deutschland, was in etwa seinem demografischen Gewicht entspricht.

Wenn man jetzt den Anteil der Anzahl an Schülern in den Berufsschulen im Vergleich zu allen Schülern der berufsbildenden Schulen überprüft, erscheinen die Kreise ziemlich unterschiedlich (**Karte 18C**). Dieser Anteil ist relativ niedrig in Baden-Württemberg und in einem großen Teil der neuen Bundesländer. Das bedeutet, dass man in diesen Regionen, andere Schultypen für die Berufsausbildung anbietet. In Bayern sind die Kontraste bezeichnend: In bestimmten Landkreisen sind mehr als 70,0% der Schüler in berufsbildenden Schulen in den Berufsschulen (74,2% in Deggendorf); in anderen Landkreisen gibt es keine und im Stadtzentrum konzentrieren sich die Schüler (68,8% in Straubing): Diese Kontraste sind ohne Zweifel mit der Lokalisierung der Schulen verbunden. Die Metropolen liegen fast immer über 70,0%, wie in Hamburg (74,4%) und in seinem Hinterland Schleswig-Holstein, Bremen (72,9%), die Region Hannover (68,1%), Frankfurt am Main (73,5%), München (73,4%). Es gibt kaum eine Großstadt, die dieser Regel nicht entspricht, wie Stuttgart (53,0%).

In NRW ist der Anteil der Schüler, die die Berufsschulen besuchen, im Verhältnis zu allen berufsbildenden Schulen 62,2%, nicht weit entfernt von den 61,6% des Bundesgebiets. Alle größeren Städte liegen auf der Rheinachse bei etwa 70,0% (70,5% in Köln), ebenso auf der Achse der Ruhr (72,8% in Dortmund), Münster (69.2%) oder Bielefeld (69,6%).

Die Berufsfachschulen

Mit 2.455 Schulen im ganzen Land liegen die Berufsfachschulen auf dem zweiten Platz der Schüleraufnahme, direkt hinter den Berufsschulen. Aber ihre Zahlen sind mit nur 431.200 Schülern viel niedriger, fast viermal weniger als die Berufsschulen und nur 17,0% der Schüler in berufsbildenden Schulen. Diese Schulen sind in der Regel klein, mit nur 176 Schülern pro Schule im Durchschnitt.

„Die Berufsfachschulen sind Einrichtungen der beruflichen Ausbildung, das heißt, für ihren Besuch wird keine Berufsausbildung oder berufliche Tätigkeit vorausgesetzt. Die Ausbildung in diesen Bildungsgängen vermittelt die erforderlichen Qualifikationen zur Ausübung eines anerkannten Ausbildungsberufes nach Berufsbildungsgesetz bzw. Handwerksordnung.

Die Dauer dieser Bildungsgänge geht zwischen zwei und drei Jahren Vollzeit und orientiert sich an dem Zeitraum für vergleichbare Ausbildungen im Dualen System (betriebliche Ausbildung). Der Status des Auszubildenden bleibt jedoch Schüler“ (30). Man findet mehrere berufliche Orientierungen in den Berufsfachschulen: Technische Berufe (z.B. Technischer Assistent für Informatik); Kaufmännische Berufe (z.B Touristikassistent); Künstlerische Berufe (z.B. Goldschmied, Metallbildner, Silberschmied und Schmucksteinfasser); Soziale Berufe (z.B Sozialassistent/Sozialhelfer).

Hauptsächlich konzentriert erscheint die Anzahl der Berufsfachschulen in zwei Bundesländern: Baden-Württemberg und NRW (**Karte 19A**). Darüber hinaus gibt es eine hohe Schülerzahl in den großen Städten: Berlin (17.118), Region Hannover (6.701), Hamburg (5.578), Leipzig (5.177), Dresden (4.141). Ihre Anwesenheit ist sehr gering in Bayern und Rheinland-Pfalz. Im Verhältnis zur Anzahl der Schüler in berufsbildenden Schulen beobachtet man eine deutliche Spezialisierung von Baden-Württemberg, wo die Prozentsätze fast 22,0% ausweisen, die im Allgemeinen bei rund 30,0% liegen (**Karte 19B**). Das gleicht den verhältnismäßig schwachen Prozentsätzen, die in diesem Land bei den Berufsschulen beobachtetet werden.

In NRW belegen drei Kreise die Spitzenposition: Bottrop (30,3%), Rheinisch-Bergischer Kreis (29,3%) und Mettmann (28,4%). Die wichtigen Städte zeigen nur schwache Prozentsätze und es sind eher die ländlichen Kreise, deren Schüleranteile in den Berufsfachschulen hoch sind: Wesel (25,7%), Märkischer Kreis (22,7%), Euskirchen (25,1%).

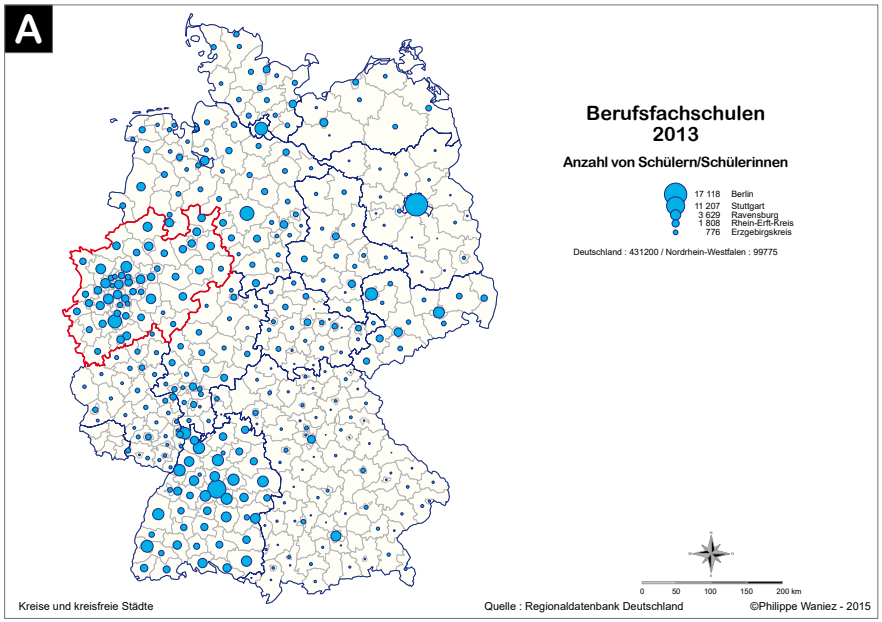
Die Fachgymnasien

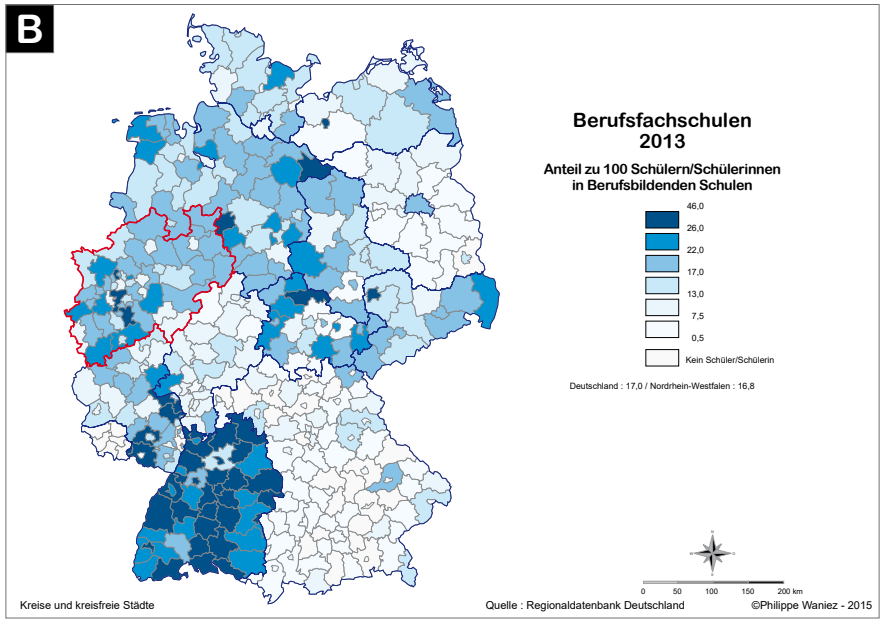
Alle anderen Arten von berufsbildenden Schulen repräsentieren weniger als 10,0% aller Schüler in Deutschland. Hinter den Berufsfachschulen findet man 877 Fachgymnasien, die 180.712 Schüler aufnehmen, das sind 7,1% der Gesamtzahl und etwas mehr als durchschnittlich 200 Schüler pro Schule.

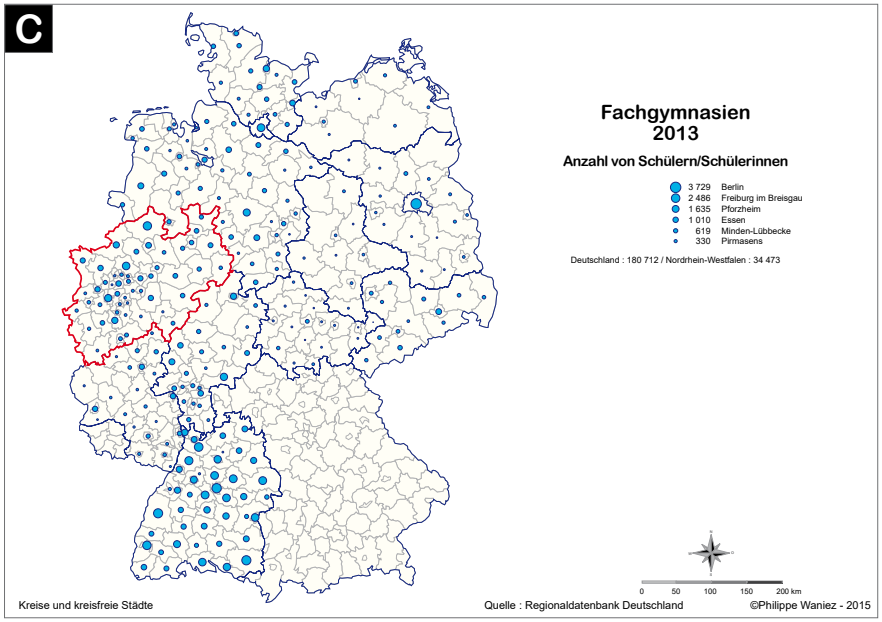
„Die Fachgymnasien sind berufsbezogene Gymnasien, für deren Besuch der Realschulabschluss, ein gleichwertiger Abschluss beziehungsweise die so genannte Oberstufenreife vorausgesetzt wird. Der Schulbesuch dauert in der Regel drei Jahre (11. bis 13. Schuljahrgang). Der Abschluss des Fachgymnasiums gilt als Befähigungsnachweis für das Studium an Hochschulen“ (31).

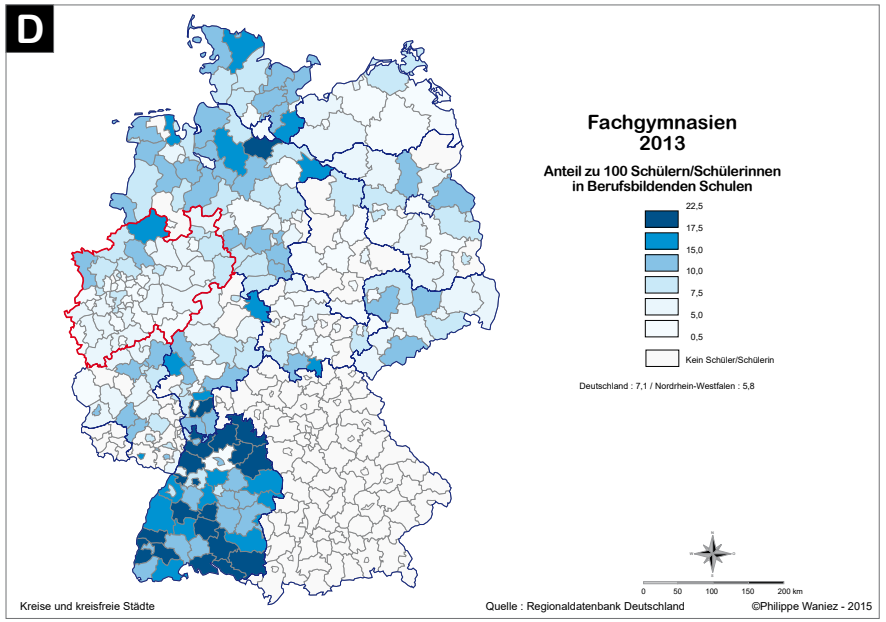
Die Lokalisation der Schüler in Fachgymnasien ähnelt der Lokalisation der Berufsfachschulen, mit einer deutlichen Konzentration in Baden-Württemberg (**Karte 19C**). NRW scheint hier weniger betroffen, aber immer noch mehr als die meisten anderen Bundesländer. Man bemerkt eine sehr schwache Anwesenheit in den neuen Ländern (einige Hundert Schüler in Erfurt, Dresden, Leipzig), außer in Berlin (3.729 Anmeldungen).

Die Schüler im Fachgymnasium vertreten im Allgemeinen nur einen schwachen Teil der Anmeldungen in den berufsbildenden Schulen. Die einzige bemerkenswerte Ausnahme bildet Baden-Württemberg, das eine große Vielfalt von Berufsausbildungsmöglichkeiten aufzeigt (**Karte 19D**). Man bemerkt auch eine starke Präsenz im Landkreis Harburg (19,2%), am südlichen Stadtrand von Hamburg. Woanders scheint diese Schulart kaum verbreitet; in Bayern ist sie gar nicht vorhanden.


A
Berufsfachschulen
2013
Anzahl von Schülern/Schülerinnen
17 118 Berlin
11 207 Stuttgart
3 629 Ravensburg
1 808 Rhein-Erft-Kreis
776 Erzgebirgskreis
Deutschland : 431200 / Nordrhein-Westfalen : 99775
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


B
Berufsfachschulen
2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen
in Berufsbildenden Schulen
46,0
26,0
22,0
17,0
13,0
7,5
0,5
Kein Schüler/Schülerin
Deutschland : 17,0 / Nordrhein-Westfalen : 16,8
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


C
Fachgymnasien
2013
Anzahl von Schülern/Schülerinnen
3 729 Berlin
2 486 Freiburg im Breisgau
1 635 Pforzheim
1 010 Essen
619 Minden-Lübbecke
330 Pirmasens
Deutschland : 180 712 / Nordrhein-Westfalen : 34 473
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


D
Fachgymnasien
2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen
in Berufsbildenden Schulen
22,5
17,5
15,0
10,0
7,5
5,0
0,5
Kein Schüler/Schülerin
Deutschland : 7,1 / Nordrhein-Westfalen : 5,8
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015

Die Fachoberschulen

Mit 136.658 Schülern repräsentieren die Fachoberschulen nur 5,4% aller in berufsbildenden Schulen angemeldeten Schüler. Es handelt sich um 869 Schulen in verhältnismäßig geringer Größe mit durchschnittlich 157 Schülern pro Schule.

„Die Fachoberschulen umfassen die Jahrgangsstufen 11 und 12 und bauen auf einem mittleren Schulabschluss auf. Sie vermittelt allgemeine, fachtheoretische und fachpraktische Kenntnisse und Fähigkeiten und führen zur Fachhochschulreife. Die Fachoberschule gliedert sich in die Fachrichtungen: Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Gesundheit und Soziales, Gestaltung, Ernährung und Hauswirtschaft und Agrarwirtschaft“ (32).

Die geografische Verteilung dieser Schulen betrifft nur einige Bundesländer: Niedersachsen, NRW, Hessen, Bayern und Berlin. Sie umfassen mehr als 5.000 Schüler in München und Berlin, mehr als 2.500 in Frankfurt am Main, in der Region Hannover und Nürnberg (**Karte 20A**).

Die Ansiedlung dieser Schulen scheint in Bayern verstreut: In Oberbayern gibt es zahlreiche Landkreise mit fast 20,0% der Schüler, die eine Fachoberschule besuchen, während andere Kreise keine Schulen haben. Die Verteilung ist in Hessen homogener, aber in niedrigeren Proportionen als in Bayern (**Karte 20B**).

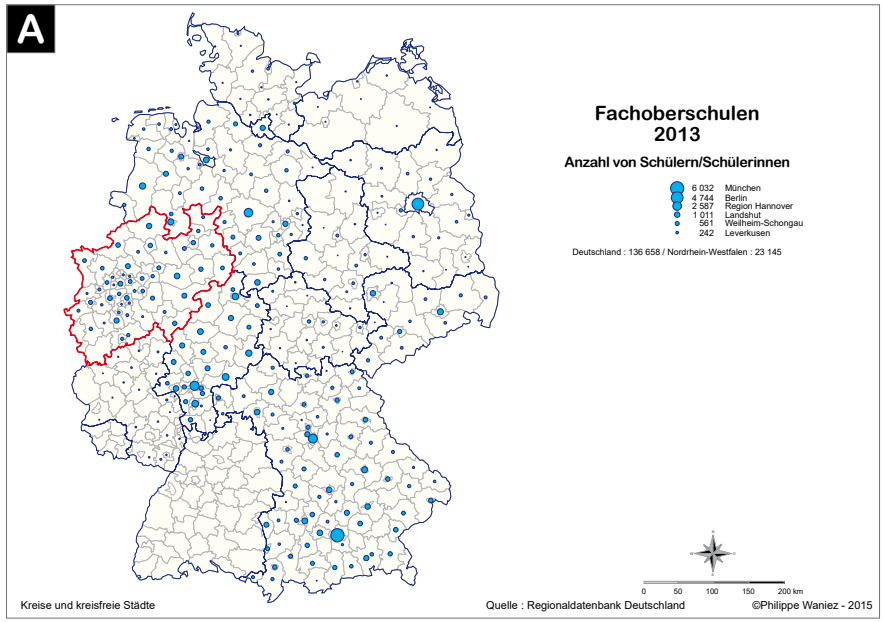
Die Fachschulen

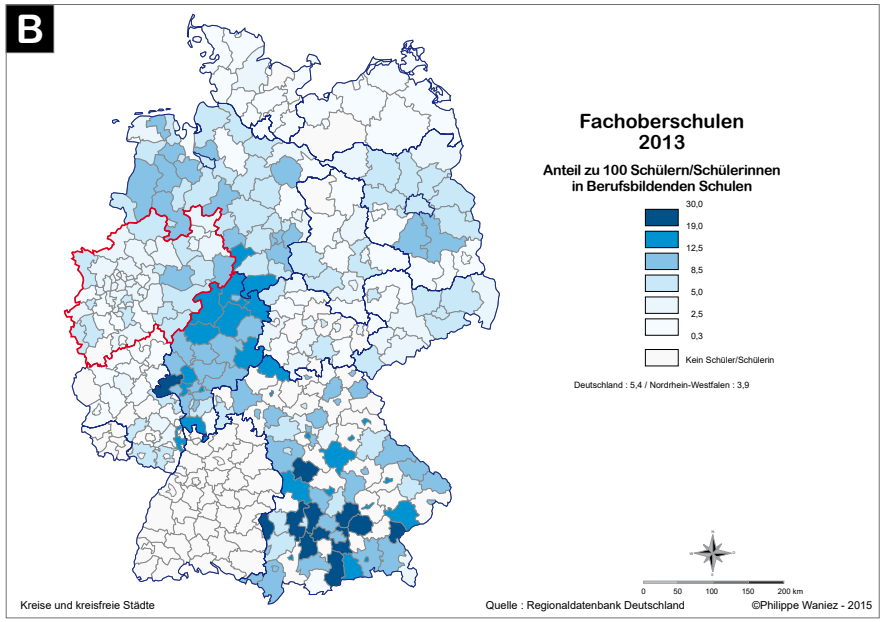
Die Fachschulen nehmen 190.965 Schüler in 1.454 Schulen auf, d.h. im Durchschnitt 131 Schüler pro Schule. Ihr Anteil an eingetragenen Schülern der berufsbildenden Schulen insgesamt erhebt sich auf 7,5%.

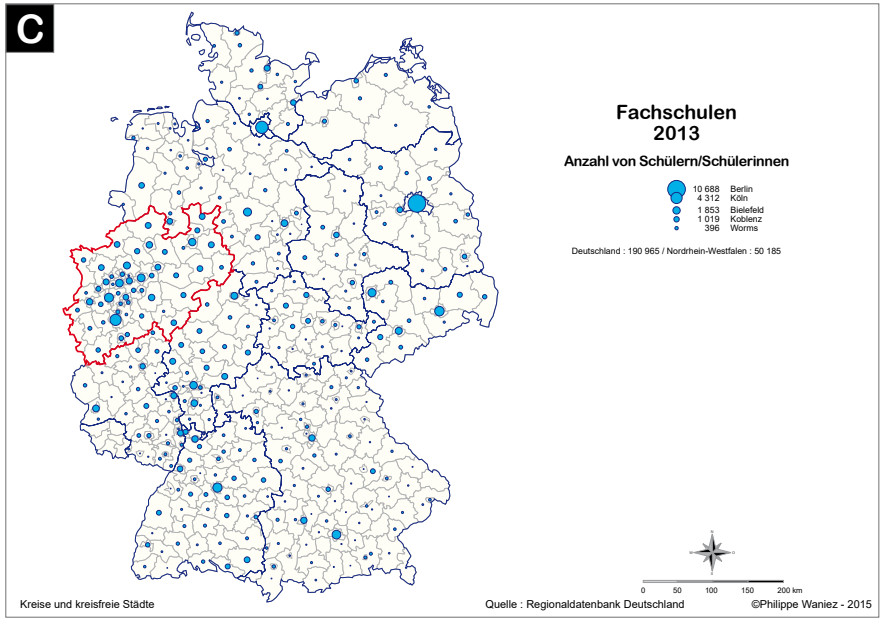
„Die Fachschulen sind Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung im postsekundären Bereich, die grundsätzlich den Abschluss einer einschlägigen Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf und eine entsprechende Berufstätigkeit voraussetzen. Für folgende Fachbereiche gibt es Fachschulen: Agrarwirtschaft, Gestaltung, Technik, Wirtschaft, Sozialwesen. Fachschulen führen in Vollzeit- oder Teilzeitform zu einem staatlichen Berufsabschluss nach Landesrecht. Darüber hinaus können Fachschulen Ergänzungs- und Aufbaubildungsgänge sowie Maßnahmen der Anpassungsweiterbildung anbieten. Die Absolventen der Fachschulen nehmen eine Mittlerfunktion zwischen dem Funktionsbereich der Hochschulabsolventen und dem Funktionsbereich der qualifizierten Fachkräfte in einem anerkannten Ausbildungsberuf ein“ (33).

Überall in Deutschland begünstigt die Lage der Fachschulen die Großstädte mit Zahlen, die 5.000 Schüler nicht überschreiten, außer in Berlin (10.688). Im Gegensatz zu den anderen Ländern betrifft die Verteilung der Schüler der Fachschulen in NRW den größten Teil des Landes, besonders die Städte der Achsen von Rhein und Ruhr (**Karte 20C**).

Andere Arten von berufsbildenden Schulen repräsentieren 1,2% aller Schüler... das sind Berufsoberschulen/Technische Oberschulen (22.033 Schüler), Fachakademien/Berufsakademien (8.658 Schüler) und Berufsaufbauschulen (360 Schüler).


A
Fachoberschulen
2013
Anzahl von Schülern/Schülerinnen
6 032 München
4 744 Berlin
2 587 Region Hannover
1 011 Landshut
561 Weilheim-Schongau
242 Leverkusen
Deutschland : 136 658 / Nordrhein-Westfalen : 23 145
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


B
Fachoberschulen
2013
Anteil zu 100 Schülern/Schülerinnen
in Berufsbildenden Schulen
30,0
19,0
12,5
8,5
5,0
2,5
0,3
Kein Schüler/Schülerin
Deutschland : 5,4 / Nordrhein-Westfalen : 3,9
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


C
Fachschulen
2013
Anzahl von Schülern/Schülerinnen
10 688 Berlin
4 312 Köln
1 853 Bielefeld
1 019 Koblenz
396 Worms
Deutschland : 190 965 / Nordrhein-Westfalen : 50 185
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Regionaldatenbank Deutschland
©Philippe Waniez - 2015

Abschließen kann man unterstreichen, dass die Berufsschulen im Angebot der Bildungsmöglichkeiten der jungen Menschen von Deutschland vorherrschen und dies im gesamten Land. Jedoch beobachtet man, wie für die allgemeinbildenden Schulen, dass eine ziemlich große Situationsvielfalt der Länder herrscht, die ihr berufliches Bildungsangebot durch andere Schultypen ergänzen: Berufsfachschulen und Fachgymnasien in Baden-Württemberg, Fachoberschulen in Bayern.

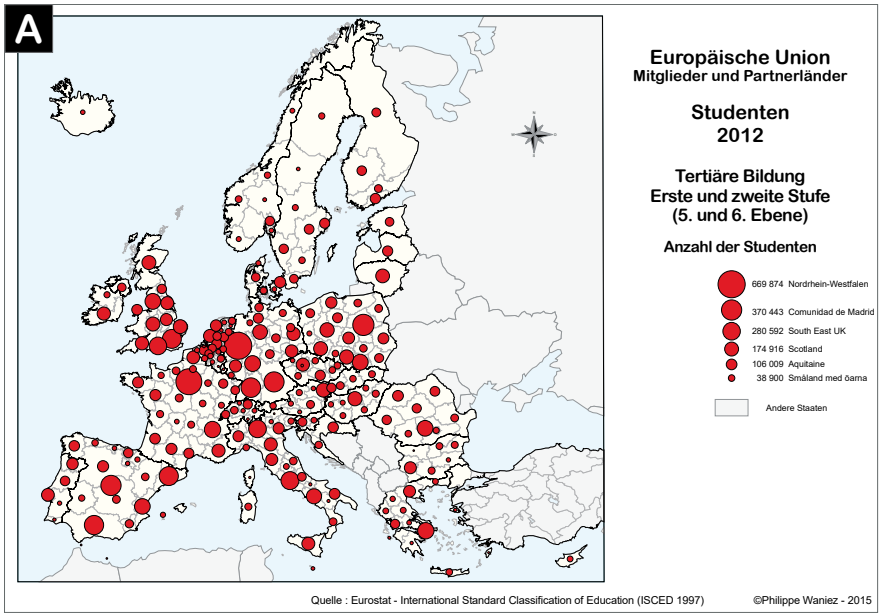
2.5. Die Hochschulen

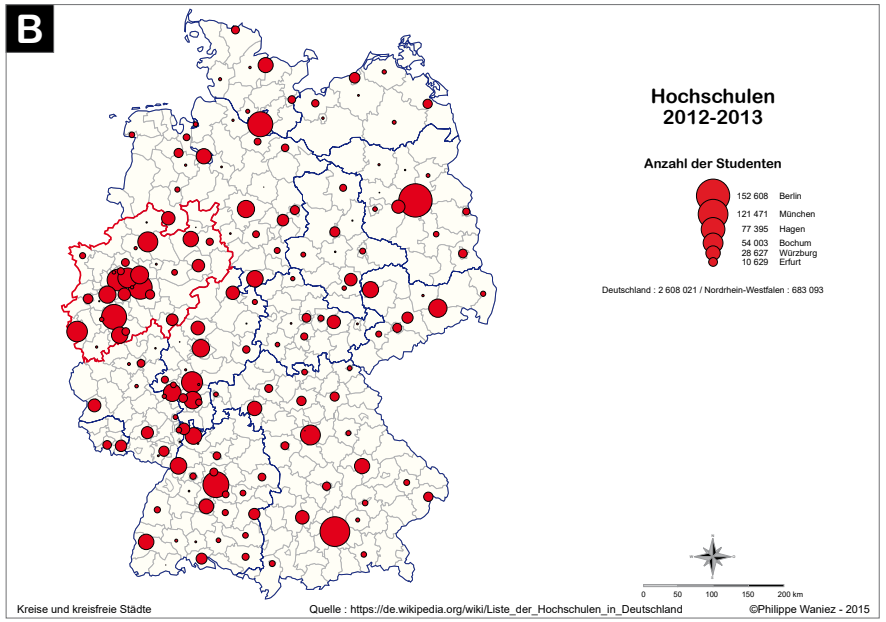
„Hochschule ist der Oberbegriff für eine Einrichtung des tertiären Bildungsbereichs. (…) Im engeren Sinn bezeichnet eine Hochschule eine Einrichtung, die Forschung betreibt und damit neues Wissen schafft, wissenschaftliche Lehre (Studium und wissenschaftliche Weiterbildung) vermittelt und akademische Grade als Studienabschlüsse verleiht. (…) Eine besondere Form der Hochschulausbildung kennzeichnet eine Fernuniversität oder Fernhochschule. Neben staatlichen Hochschulen gibt es auch private Hochschulen. (...) Hochschulen haben sich im Laufe der Zeit zusammengeschlossen, sich spezialisiert oder umbenannt. Ein Beispiel hierfür sind Technische Hochschulen, die fast alle in „Technische Universität" umbenannt wurden, wie erstmals 1946 die Technische Universität Berlin. Ausnahmen sind beispielsweise die RWTH Aachen. (…). Viele „Fachhochschulen" bezeichnen sich seit einigen Jahren einfach als „Hochschule" mit dem Fachgebiet, beispielsweise „Hochschule für Wirtschaft", „Hochschule für Technik" usw." (34).

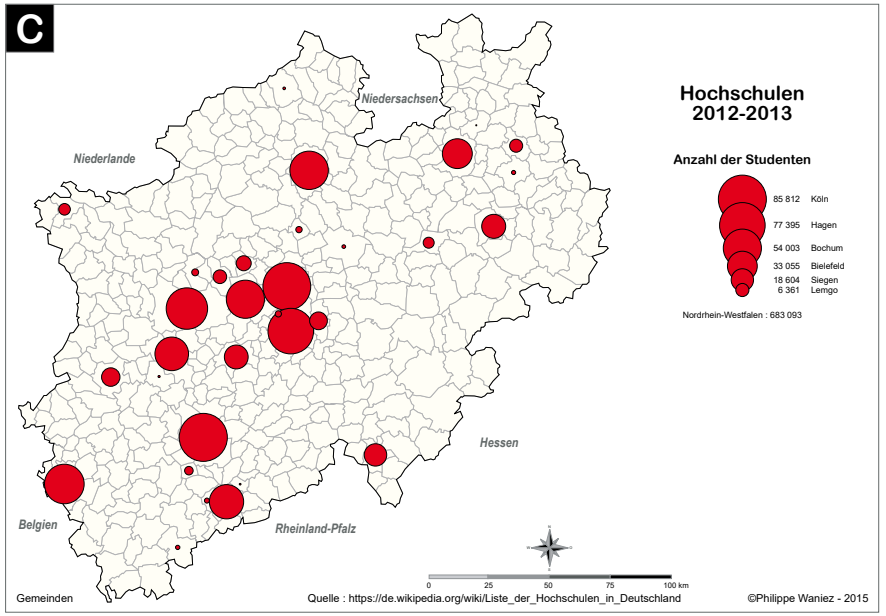
Die wichtigste Quelle für statistische Informationen über Hochschulen ist die Hochschulrektorenkonferenz (35). Sie veröffentlichte ein Dokument mit dem Titel „Hochschulen in Zahlen", das für das Jahr 2015 anzeigt, dass in Deutschland 399 Hochschulen existieren, die in 121 Universitäten, 220 Fachhochschulen und 58 Kunst- und Musikhochschulen eingeteilt sind. Diese Hochschulen bilden zusammen 2,7 Millionen Studenten aus, davon 48,0% Frauen und 11,8% Ausländer.

In Europa liegt Deutschland an erster Stelle der Mitgliedsländer der Europäischen Union mit der Zahl der eingeschriebenen Studenten. Es wird gefolgt von dem Vereinigten Königreich (2,5 Millionen), Frankreich (2,3 Millionen), Polen (2,0 Mio.), Spanien und Italien (1,9 Millionen). Zusammen kommen diese sechs Länder auf 13,4 Millionen Studenten d.h. 66,8% der EU-Studenten und 70,6% der Bevölkerung. Im Durchschnitt haben die sechs Länder 3,8% Studenten in ihrer Gesamtbevölkerung mit nationalen Unterschieden: 3,2% für Italien, 3,3% für Deutschland, 3,5% für Frankreich, 4,0% für Großbritannien, 4,3% für Spanien und 5,2% für Polen.

Die von Eurostat veröffentlichten Statistiken für 2012 ermöglichen, eine Karte mit der Verteilung der Studenten nach Regionen NUTS2 aufzustellen (aber nur NUTS1 beinhaltet die Länder für Deutschland). Man beobachtet eine starke Verankerung der studentischen Bevölkerung in den Metropolen wie London, Paris, Warschau, Madrid, Mailand und Rom sowie in den Hauptstädten wie Bukarest, Wien und Athen (**Karte 21A**).


A
Europäische Union
Mitglieder und Partnerländer
Studenten
2012
Tertiäre Bildung
Erste und zweite Stufe
(5. und 6. Ebene)
Anzahl der Studenten
669 874 Nordrhein-Westfalen
370 443 Comunidad de Madrid
280 592 South East UK
174 916 Scotland
106 009 Aquitaine
38 900 Småland med öarna
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - International Standard Classification of Education (ISCED 1997)
©Philippe Waniez - 2015


B
Hochschulen
2012-2013
Anzahl der Studenten
152 608 Berlin
121 471 München
77 395 Hagen
54 003 Bochum
28 627 Würzburg
10 629 Erfurt
Deutschland : 2 608 021 / Nordrhein-Westfalen : 683 093
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Hochschulen_in_Deutschland
©Philippe Waniez - 2015


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Hochschulen
2012-2013
Anzahl der Studenten
85 812 Köln
77 395 Hagen
54 003 Bochum
33 055 Bielefeld
18 604 Siegen
6 361 Lemgo
Nordrhein-Westfalen : 683 093
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Hochschulen_in_Deutschland
©Philippe Waniez - 2015

Man findet auf dieser Karte die „europäischen Megalopolis“ wieder, die den Süden von England mit den Niederlanden, das Rheinland Deutschlands und den italienischen Norden miteinander verbindet. Frankreich erscheint abseits von diesem territorialen Komplex und zeigt ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen Paris, mit 607.750 Studenten und der zweiten Stadt und der Region Rhône-Alpes (Lyon, Saint-Etienne, Grenoble ...), die 2,5-mal weniger Studenten hat (243.569). Wegen ihres relativ geringen demografischen Gewichts sind die skandinavischen Länder auf der Karte bescheiden dargestellt.

In Deutschland gibt es ein deutliches Ungleichgewicht zwischen den alten und den neuen Bundesländern. NRW liegt mit 669.874 Studenten im Jahr 2012 an der Spitze, weitab gefolgt von Bayern (369.116) Baden-Württemberg (352.325) Hessen (232.150), Niedersachsen (196.368). Die Stadtstaaten haben deutlich geringer Werte: 161.768 Studenten in Berlin, 91.011 in Hamburg und 33.651 in Bremen. In der globalen Rangliste der Universitäten, genannt „Shanghai Academic Ranking of World Universities“ (36), hat Deutschland vier Universitäten in den Top 100: Universität Heidelberg (46. Rang), Technische Universität München (51.), Ludwig-Maximilians Universität München (52.), Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (97). Auch wenn vier der deutschen Universitäten zu den 100 besten Universitäten der Welt gehören, so erscheinen sie in der zweiten Hälfte dieses Rankings hinter anderen europäischen Universitäten in England (Cambridge, Oxford, London, Manchester), der Schweiz (Zürich), Dänemark (Kopenhagen) und Frankreich (Paris). Allerdings muss diese Beurteilung gewichtet werden, um die Berücksichtigung des Rests des Rankings zu verdeutlichen: Deutschland steht als europäisches Land an zweiter Stelle für die Anzahl der Universitäten zwischen den Rängen von Platz 1 bis 200 (13 deutsche Hochschulen gegenüber 21 für das Vereinigte Königreich und nur 8 für Frankreich); und Deutschland führt die Liste der europäischen Länder für die Gesamtwertung bis zum 500. Rang, eingestuft mit 39 Universitäten gegen 37 für Großbritannien aber nur 22 für Frankreich. Obwohl diese Klassifizierung fraglich ist, zeigt es unbestreitbar die Macht der Hochschulbildung und der damit verbundenen Bedeutsamkeit der deutschen Forschung.

Die von der Hochschulrektorenkonferenz veröffentlichten statistischen Daten beschränken sich auf unterschiedliche Länder und sind aufgrund dieser Tatsache unzureichend, um die studentische Bevölkerung in detaillierterer Weise zu lokalisieren. Es kann eine alternative Quelle aus dem Internet heruntergeladen werden (37). Sie gibt, für jede der 426 in das Register aufgenommenen Einrichtungen des Hochschulwesens, den Ansiedlungsort, den Namen der Einrichtung, den Träger (staatlich, privat oder konfessionell), ob sie das Promotionsrecht hat, das heißt, über das Recht verfügt den Doktortitel zu gewähren, die Anzahl der immatrikulierten Studenten. Auf der Basis dieser Daten ist es möglich, die Studentenzahl nach Kreisen für die Periode 2012-2013 zu errechnen (teilweise 2013-2014 oder 2014-2015). Man erhält dann die Zahl von 2.608.021 Studenten in Deutschland, derselben Größenordnung wie diejenige, die von der Hochschulrektorenkonferenz angezeigt wird (man kann also meinen, dass diese zweite Quelle wirklich zuverlässig ist).

Die geografische Verteilung der Studierenden in Deutschland erfasst zunächst die Metropole, wie schon in anderen europäischen Ländern beobachtet (**Karte 21B)**: Berlin, München, Stuttgart, Köln und Hamburg belegen die ersten fünf Plätze mit Werten zwischen 152.608 und 85.501 Studenten. Frankfurt am Main kommt nur auf die 8. Position mit knapp über 60.000 Studenten.

Auch wenn diese Verankerung in den Metropolen klar ist, stellt die Verteilung der Studenten auf dem Bundesgebiet trotzdem einige Eigenheiten dar: An erster Stelle erscheinen die Universitätsstädte mit einer historischen Universität, ohne dass diese Städte in der Spitze der städtischen Hierarchie stehen, denn wenn man die 28 Hochschulen betrachtet, die mehr als 10.000 Studenten im Jahr 2012 haben und vor 1900 gegründet wurden, wird man beobachten, dass sich nur ein Drittel davon in Städten befindet. Zum Beispiel die Eberhard-Karls-Universität Tübingen (gegründet in 1477) weist 28.700 Studenten bei nur 85.871 Einwohner aus oder 33 Studenten pro 100 Einwohner; die Georg-August-Universität Göttingen (1734) zählt 30.600 Studenten auf 129.582 Einwohner, das sind 23 Studenten pro 100 Einwohner, die Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (gegründet in 1386) 30.880 eingeschriebene Studenten auf 150.000 Einwohner, also 20 Studenten auf 100 Einwohner. Man könnte die Beispiele durch mittelgroße Städte fortsetzen, die sich um ihre Universität entwickelt haben, wie Münster, Gießen, Marburg, Greifswald...

Wie so oft bemerkt man die relative Schwäche der neuen Länder. Wenn Berlin noch 4,4 Studenten auf 100 Bewohner ausweisen kann, verringert sich dieser Prozentsatz auf 3 in Sachsen und auf 2,5 oder weniger für die anderen neuen Länder. In den alten Ländern liegt der Durchschnitt bei 3,3 Studenten auf 100 Bewohner mit einem Maximum von 5,3 in Bremen und einem Minimum von 1,9 im Saarland.

In NRW (**Karte 21C**) weist Köln die größte Konzentration an Studenten mit 85.812 Einschreibungen auf, dicht gefolgt von Dortmund (84.735). Die dritte Stadt ist Hagen, was überraschend ist, weil diese Stadt 77.395 Studenten und nur 186.243 Einwohner hat. Dies wird durch die Tatsache erklärt, dass Hagen die größte Fernuniversität Deutschlands hat, die als „ein Campus fast ohne Studenten“ (38) betrachtet werden kann. Das Ruhrgebiet belegt den ersten Platz in NRW mit 202.572 Studenten (Summe der Studenten von Duisburg-Essen, Bochum und Dortmund), während die Rheinachse mit 170.023 Studenten etwas schwächer erscheint (insbesondere Bonn, Köln und Düsseldorf). Zusammen nehmen die Achsen von Rhein und Ruhr 55,0% der Studenten von NRW auf. An der Peripherie des Landes sind drei andere wichtige Bereiche: Aachen (58.433 Studenten), Münster (54.900) und Bielefeld (33.055). –Auch einige Städte haben eine bedeutende Anzahl: Paderborn (21.376), Wuppertal (21.129), Siegen (18.604) und Mönchengladbach (12.629). Schließlich ist zu bemerken, dass Gelsenkirchen, Recklinghausen, Lippstadt, Lemgo zwischen 4.500 und 8.500 Studenten in Hochschulen oder Fachhochschulen zählen.

3. Die vier Dimensionen des Lernens

Die vielen Karten in diesem Kapitel unterstreichen die Komplexität des deutschen Bildungssystems. Um die Untersuchung der geografischen Verteilung des Bildungsniveaus der Bevölkerung und die verschiedenen Formen der Ausbildung abzuschließen, wird nun eine Synthese angeboten, die erlaubt die Ausbildungsbedingungen in den unterschiedlichen Gegenden des Landes deutlich und vergleichbar zu machen.

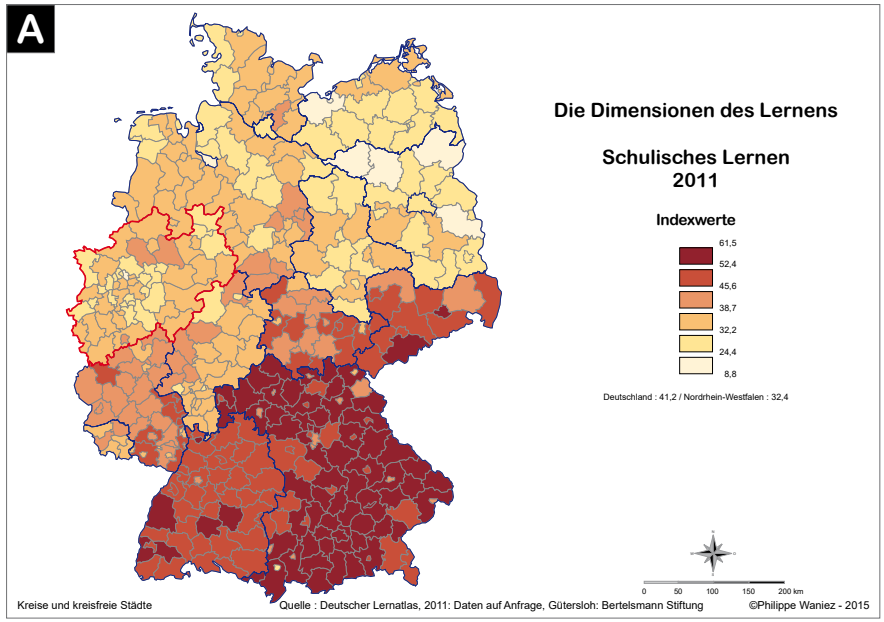
Die verwendeten Daten für diese Synthese stammen aus dem Deutschen Lernatlas für das Jahr 2011 (39). Man findet dort besonders vier Hinweise, um die Unterschiede zwischen den Kreisen nach vier Dimensionen des Lernens zu messen: Schulisches Lernen, Berufliches Lernen, Soziales Lernen, Persönliches Lernen. Man findet auf der Internetwebsite vom Deutschen Lernatlas die Definition dieser vier Dimensionen (40). Jede dieser Dimensionen bringt eine originale Perspektive auf diese vielschichtige Realität, die Bildung ist.

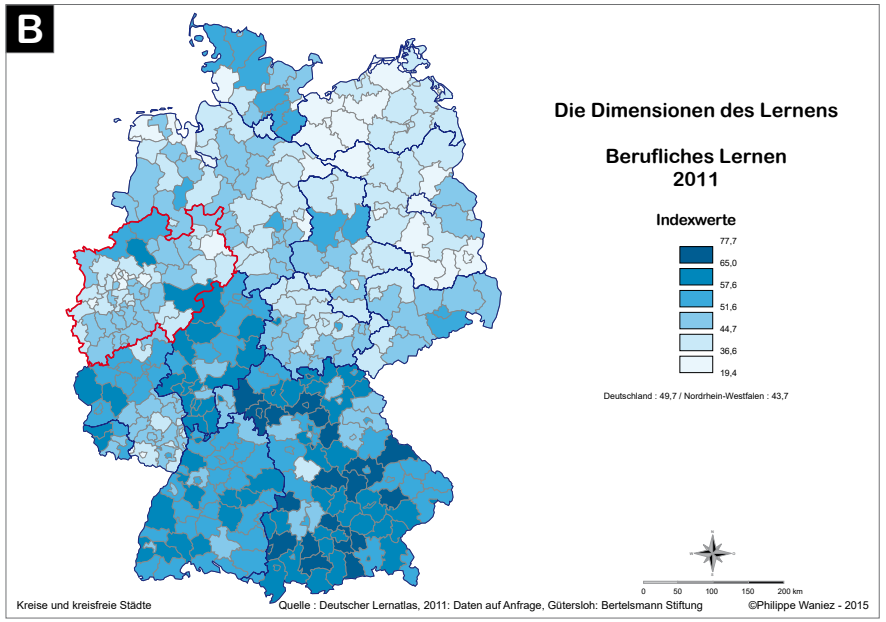
Schulisches Lernen

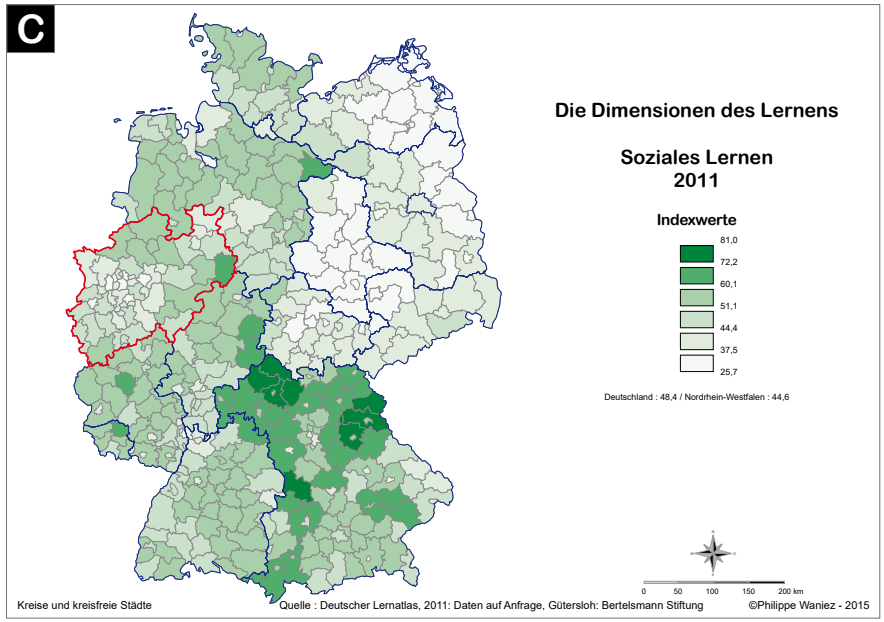
„Wie lernen Menschen in den Bildungsinstitutionen? Die Lerndimension Schulisches Lernen gibt Hinweise auf die Lernentwicklung von Kindern und Jugendlichen in Schulen, das Studienplatzangebot und das Bildungsniveau von jungen Menschen und Erwerbstätigen in der ausgewählten Region“ (40).

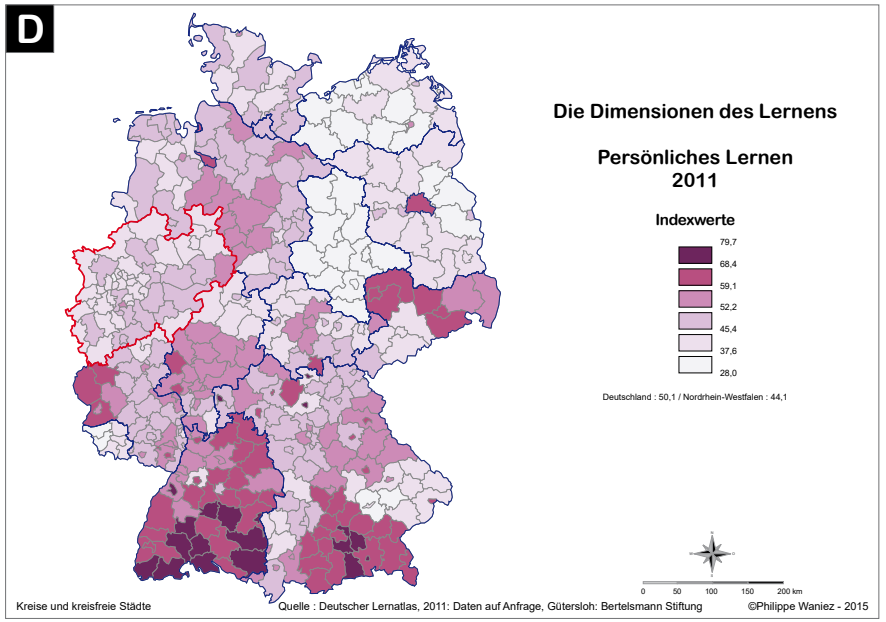
Diese erste Dimension zeigt deutlich einen Gradienten, der sich zuerst von Süd nach Nord, dann von Ost nach West niederschlägt (**Karte 22A**). In der südlichen Hälfte zeigen die meisten Kreise von Bayern die besten Ergebnisse im Land. Man beobachtet jedoch einen leichten Unterschied zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten. Zwei wichtige Städte erscheinen deutlich im Hintergrund: Nürnberg und Würzburg; im Gegensatz dazu erscheinen München und Oberbayern in ausgezeichneter Lage. Die Ergebnisse von Baden-Württemberg sind auch unter den Besten, liegen jedoch hinter denjenigen von Bayern. Einige Kreise sind mit ihrem hohen Niveau mit den Landkreisen Bayerns vergleichbar: Ortenaukreis, Reutlingen, der Zollernalbkreis, der Breisgau-Hochschwarzwald und Heidelberg, dessen Universitäten einen exzellenten Weltruf hat.

Die nördliche Hälfte von Deutschland liegt in der Regel unter dem nationalen Durchschnitt. Auch wenn die Kreise von Rheinland-Pfalz manchmal gute Werte ausweisen, sind die von Hessen, NRW, Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Allgemeinen mittelmäßig und in einigen Fällen unzureichend. In NRW ist das besonders der Fall im nördlichen Teil des Ruhrgebiets, von Duisburg nach Gelsenkirchen und Hamm, den Bergischen Drei und den beiden Bergischen Kreisen sowie im Norden des Teutoburger Waldes (Kreise von Herford, Minden-Lübbecke und Lippe). Hamburg hat schlechte Ergebnisse, Bremen noch mehr, aber die peripheren Kreise von Hamburg, wie in Niedersachsen sowie Schleswig-Holstein erscheinen in besserer Situation. Die Regionen von Wolfsburg und von Göttingen sind gut aufgestellt. In den neuen Ländern beobachtet man einen Unterschied zwischen einerseits Sachsen und Thüringen, klar und deutlich über dem nationalen Durchschnitt, und der nördlichen Hälfte andererseits, die sehr benachteiligt scheint.
Berlin gehört auch in die untere Rangliste.


A
Die Dimensionen des Lernens
Schulisches Lernen
2011
Indexwerte
61,5
52,4
45,6
38,7
32,2
24,4
8,8
Deutschland : 41,2 / Nordrhein-Westfalen : 32,4
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Deutscher Lernatlas, 2011: Daten auf Anfrage, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
©Philippe Waniez - 2015


B
Die Dimensionen des Lernens
Berufliches Lernen
2011
Indexwerte
77,7
65,0
57,6
51,6
44,7
36,6
19,4
Deutschland : 49,7 / Nordrhein-Westfalen : 43,7
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Deutscher Lernatlas, 2011: Daten auf Anfrage, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
©Philippe Waniez - 2015


C
Die Dimensionen des Lernens
Soziales Lernen
2011
Indexwerte
81,0
72,2
60,1
51,1
44,4
37,5
25,7
Deutschland : 48,4 / Nordrhein-Westfalen : 44,6
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Deutscher Lernatlas, 2011: Daten auf Anfrage, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
©Philippe Waniez - 2015


D
Die Dimensionen des Lernens
Persönliches Lernen
2011
Indexwerte
79,7
68,4
59,1
52,2
45,4
37,6
28,0
Deutschland : 50,1 / Nordrhein-Westfalen : 44,1
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Deutscher Lernatlas, 2011: Daten auf Anfrage, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
©Philippe Waniez - 2015

Karten 22

Auf der Grundlage dieser Beobachtungen kann man sagen, dass die Lernbedingungen zwischen Stadt und Land zeigen, dass die dicht besiedelten Regionen schlechtere Werte haben als die umliegenden ländlichen Räume. Es wird auch darauf hingewiesen, dass die Nord-Süd-Unterschiede deutlich stärker ausgeprägt sind als die Ost-West-Unterschiede. Außerdem bilden die neuen Länder insgesamt kein schwaches Niveau. In Bezug auf ihre schulischen Leistungen sind Sachsen und Thüringen mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vergleichbar.

Berufliches Lernen

„Wie lernen Menschen für und in ihrem Beruf? Die Lerndimension Berufliches Lernen gibt Hinweise auf die Chancen von Jugendlichen, eine qualifizierende Ausbildung abzuschließen, sowie auf den Stellenwert der beruflichen Weiterbildung und des Lernens am Arbeitsplatz in der ausgewählten Region“ (40).

Die Karte mit diesem Indikator unterscheidet sich nicht sehr von der vorherigen: Die Süd-Nord-Opposition ist auch deutlich gekennzeichnet, insbesondere die hervorragenden Werte von Bayern und Baden-Württemberg (**Karte 22B**). Der Vorteil der Landkreise im Vergleich zu den nahe gelegenen Städten scheint jedoch weniger ausgeprägt. Zwei wichtige Nuancen erscheinen dennoch. Auf der einen Seite scheint Hessen in einer besseren Position zu sein, besonders in seinem südlichen Drittel, was sich zweifellos mit der wirtschaftlichen Dynamik dieser Gegend erklärt und den Arbeitsplätzen die daraus entstehen. Im Gegensatz dazu stehen Sachsen und Thüringen auf einer deutlich ungünstigeren Position, sicherlich wird aufgrund einer ungünstigen Wirtschaftslage und einer relativ hohen Arbeitslosigkeit das Einsetzen und Fortschreiten von jungen Menschen zu einer Berufsausbildung erschwert. Ein ähnliches Phänomen kann in Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin und im Süden Brandenburgs nachgewiesen werden.

Soziales Lernen

„Wie lernen Menschen im und für das soziale Miteinander? Die Lerndimension Soziales Lernen gibt Hinweise darauf, in welcher Form und in welchem Ausmaß die Menschen in einer Region Möglichkeiten zum sozialen Lernen wahrnehmen. Dieser vielseitige Aspekt des lebenslangen Lernens wird durch Kennzahlen zum sozialen Engagement, zur politischen Teilhabe und zum Stellenwert der sozialen Integration von Jugendlichen abgebildet“ (40).

Im Vergleich zur Karte von „Schulisches Lernen“ scheint die von „Soziales Lernen“ ziemlich differenziert (**Karte 22C**). Auch wenn Bayern immer den ersten Platz einnimmt, zeigt sich das Land viel weniger homogen als vorher: Oberbayern scheint, besonders die Region von München, weniger begünstigt und die Werte der kreisfreien Städte treten in den Hintergrund. Baden-Württemberg zeigt nicht die vorherigen guten Ergebnisse an und die Mehrheit seiner Kreise sind vergleichbar mit vielen anderen in Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Schließlich bilden alle neuen Länder das Ende in der Verteilung und ihre Kreise bilden jetzt eine einheitliche Gesamtheit, die die letzten Plätze der Einordnung auf diesem Indikator einnehmen.

Persönliches Lernen

„Wie lernen Menschen, um sich persönlich weiterzuentwikkeln? Die Lerndimension Persönliches Lernen gibt Hinweise darauf, welche Lernmöglichkeiten die Menschen in einer Region zur persönlichen Entwicklung und Entfaltung vorfinden und nutzen – in Form von Kursen zur persönlichen Weiterbildung, beim Sport, im kulturellen und durch selbst gesteuertes Lernen mit Medien“ (40).

Die geografische Verteilung der Werte dieses Indikators (**Karte 22D**) wird auch durch einen klaren Süd-Nord-Gegensatz charakterisiert, der jedoch bei näherer Betrachtung von der Karte „Schulisches Lernen“ abweicht. Baden-Württemberg hat hier die gleichen Ausgangsbedingungen wie Oberbayern; aber der Rest von Bayern wird wesentlich weniger deutlich dargestellt, besonders die Landkreise des Dreiecks Landshut-Straubing-Passau. Das zentrale Drittel von Hessen, das den Ballungsraum (Mainz) -Wiesbaden-Frankfurt am Main enthält, stellt sich gut dar. Dies ist auch der Fall von Sachsen und von Leipzig bis Dresden. Südniedersachsen auf Hannover konzentriert, zeigt auch ein gutes Niveau. All diese Räume sind durch ein hohes Niveau gekennzeichnet, das im Allgemeinen die Städte gut platziert (aber nicht Stuttgart). Darüber hinaus sind die Werte wesentlich niedriger in NRW und vor allem im Osten Deutschlands, insbesondere Sachsen-Anhalt. Berlin mit einem Wert, der mit München vergleichbar ist, macht eine Ausnahme.

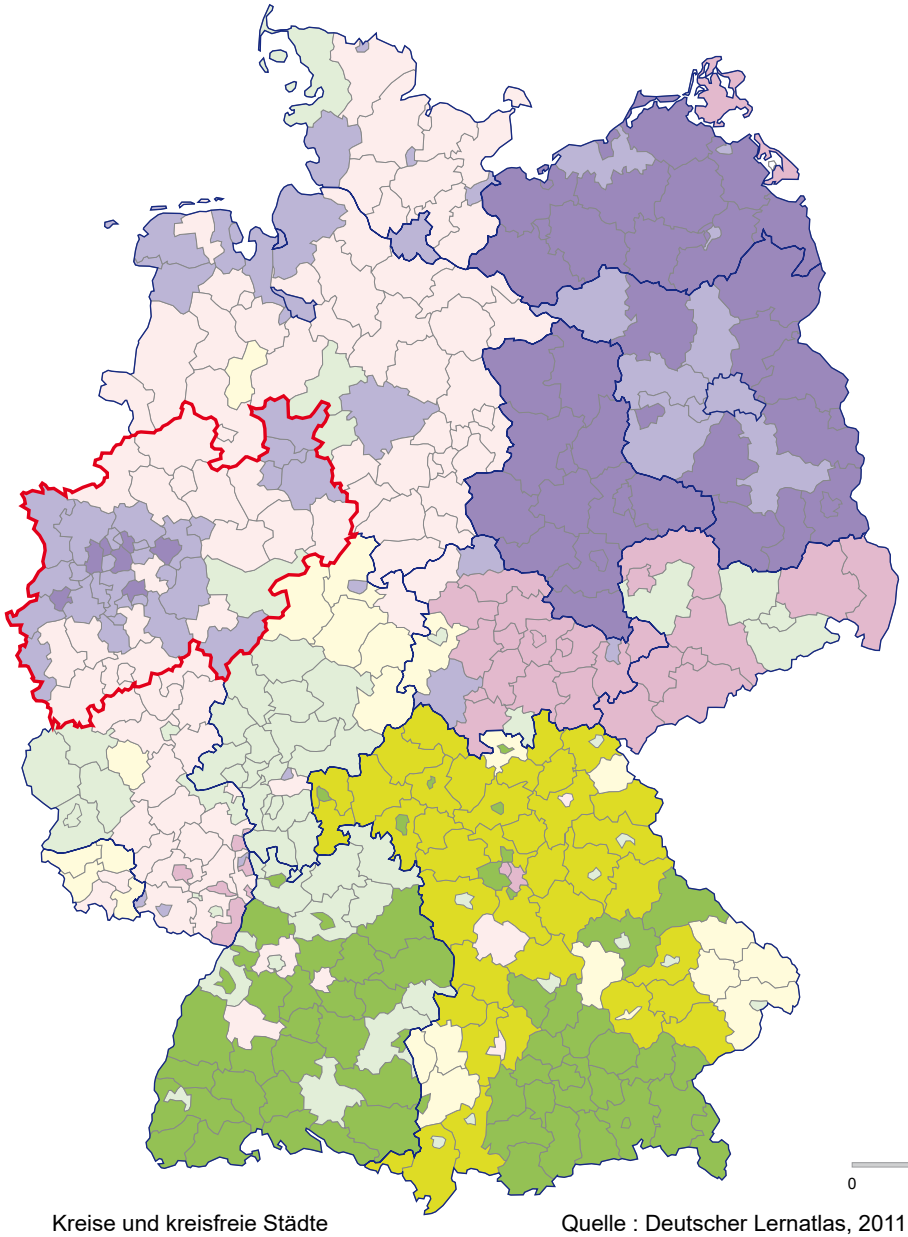
Eine Zusammenfassung dieser vier Dimensionen

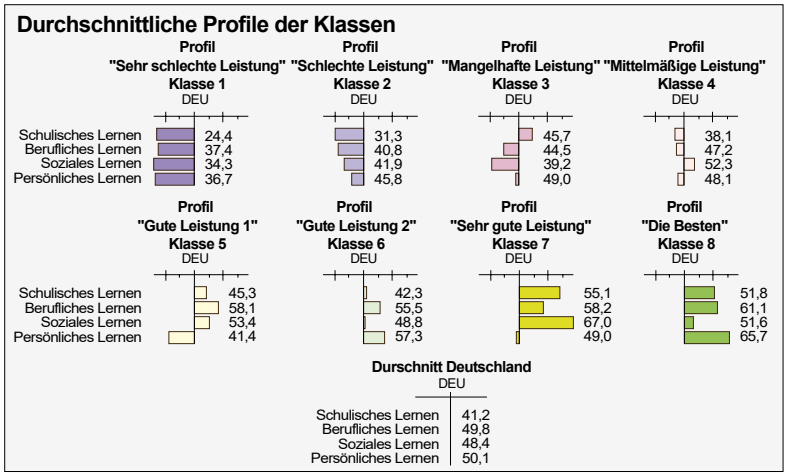
Die vier vom Deutschen Lernatlas vorgeschlagenen Dimensionen sind nicht streng unabhängig voneinander. Die Korrelationsgrafiken (Karte 23) zeigen, dass alle diese Indikatoren positiv korreliert sind, was bedeutet, dass sich ein guter Wert in einer Dimension im Allgemeinen in einem guten Wert in einer anderen Dimension ausdrückt. Aber diese Diagramme zeigen auch, dass die Dinge komplexer sind. Es erscheint zum Beispiel zwischen den Werten für Schulisches Lernen und den für Berufliches Lernen ein ziemlich starker Zusammenhang (R = +0,66). Aber mit einem solchen Wert, der deutlich unter +1 ist (was eine absolute Verbindung zwischen diesen zwei Indikatoren ausdrücken würde), ist die Beziehung zwischen diesen zwei Dimensionen eher als eine Tendenz zu sehen als eine starke Verbindung. Die anderen grafischen Darstellungen und Faktoren zeigen eine noch größere Zerstreuung; die Verbindung zwischen Sozialen Lernen und Persönlichen Lernen erscheint noch schwächer (R = +0,28). So kann man annehmen, dass diese vier Dimensionen zu besonderen regionalen Kombinationen führen.

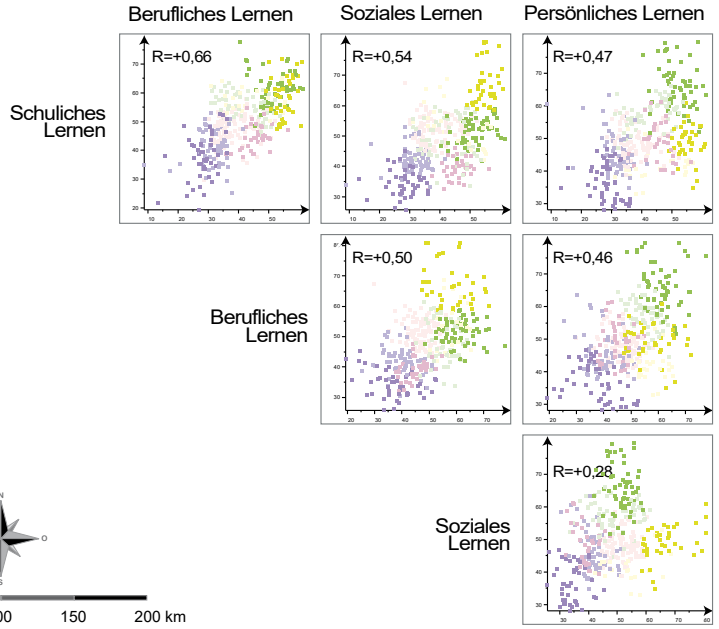
Die hierarchische Klassifizierung erstellt Klassen der Kreise und kreisfreien Städte, die auf den vier gleichzeitig betrachteten Dimensionen gleich bleiben. Die durchschnittlichen Klassenprofile helfen, zu verstehen, wie sich diese Klassen voneinander unterscheiden und wie sie im Zusammenhang mit dem nationalen Durchschnitt zu sehen sind. Alle Klassen sind Teil einer Leistungsskala, die von Kreisen mit „Sehr schlechter Leistung“ bis „Die Besten“ geht.

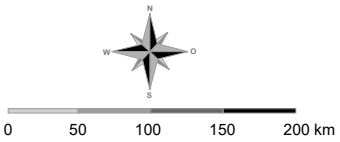
Die zwei ersten Klassen (Klasse 1 und die Klasse 2) drükken ein schlechtes Niveau aus: „Sehr schlechte Leistung“ für die erste und „Schlechte Leistung“ für die zweite. Der Unterschied zwischen den beiden besteht in besseren Werten auf allen Dimensionen in der zweiten Klasse; Werte, die für Soziales Lernen und Persönliches Lernen deutlich besser sind. Diese zwei Klassen betreffen die Nordhälfte der Ex-DDR (ohne Thüringen und Sachsen)

Die vier Dimensionen des Lernens 2011









Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Deutscher Lernatlas, 2011: Daten auf Anfrage, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

©Philippe Waniez - 2015

Karte 23

In diesem Rahmen stellt sich ein Teil von Brandenburg und Berlin in der Klasse 2 etwas besser dar. Die Klasse 2 definiert auch in NRW eine geografische Einheit innerhalb einer Zone ausgehend von Hamm nach Kleve, Aachen, Köln und Siegen-Wittgenstein. In diesem Raum erscheinen mehrere kreisfreie Städte in einer schlechten Situation: Duisburg, Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen, Dortmund, Wuppertal und Mönchengladbach. Ebenfalls findet man die Klasse 2 mehr im Norden, im Teutoburger Wald, der Region Hannover und einem Teil der Kreise des Küstengebietes der Nordsee (von Leer bis Dithmarschen) wieder. Auch Hamburg und Bremen sind in dieser Klasse, ebenso wie Lübeck, Neumünster und Flensburg in Schleswig-Holstein. Andere Städte, die ebenfalls in der Klasse 2 sind, verteilen sich im Land: Kassel, Offenbach am Main, Pirmasens …

Die Klassen 3 und 4 übertragen eine bessere Situation, allerdings ohne, dass damit alles zum Besten wäre. Die Klasse 3 zeigt über dem nationalen Durchschnitt liegenden Wert für Schulisches Lernen an; aber die Werte von Berufliches Lernen und Soziales Lernen bleiben schlecht, während Persönliches Lernen leicht unter dem Durchschnitt liegt. Diese Klasse umfasst vor allem Thüringen und Sachsen und man findet sie auch in Nürnberg und Fürth und in einigen Kreisen von Rheinland-Pfalz, einschließlich Worms und Ludwigshafen. Man kann sagen, dass die Klasse 4 die Durchschnittsklasse bildet, weil die positiven und negativen Unterschiede zum nationalen Durchschnitt von schwacher Ausdehnung sind. Auf dem Durchschnittsprofil dieser Klasse ist Soziales Lernen leicht erhöht, während die drei anderen Dimensionen leicht darunter liegen. Auf dem geografischen Plan zeigt die Klasse 3 eine breite Ausdehnung, von Rheinland-Pfalz bis Schleswig-Holstein; sie ist in den neuen Ländern nicht vorhanden und betrifft Baden-Württemberg und Bayern kaum.

Die Klassen 5 und 6 werden „Gute Leistung“ genannt, weil ihre Profile meist positive Abweichungen zeigen. Doch in der Klasse 5, hat Persönliches Lernen schlechte Werte. Es handelt sich um: Nordhessen, Südost und Südwest von Bayern, ein Teil des Saarlandes. Die Klasse 6 stellt durchschnittliche Werte für Berufliches Lernen und Persönliches Lernen dar, aber die zwei anderen Dimensionen sind dem nationalen Durchschnitt nah. Man findet sie im Süden von Hessen und im Norden von Baden-Württemberg sowie im Westen von Rheinland-Pfalz. Dresden, Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Leipzig Landkreis sind ebenfalls in der Klasse 6 eingegliedert und führen so zu einer Differenzierung in Sachsen.

In den Klassen 7 und 8 findet man die Kreise, die in Bezug auf die Bildung am meisten in Deutschland begünstigt sind. Diese zwei Klassen betreffen nur zwei Länder im Süden des Landes: Baden-Württemberg und Bayern. Ausschließlich in Bayern unter Ausschluss von Oberbayern etabliert sich die Klasse 7. Sie leidet unter den Werten von Persönlichen Lernen, die durch die deutlich niedrigeren von Oberbayern oft niedriger als der nationale Durchschnitt sind. Aber auch die anderen drei Dimensionen zeigen eine deutlich positive Abweichung im Verhältnis zum ganzen Land. In diesem eher begünstigten geografischen Raum erscheinen einige Städte als Mitglied in der Klasse 8 in einer besseren Situation als ihre ländliche Umgebung (Coburg, Bamberg, Würzburg, Aschaffenburg). Im Gegensatz dazu sind andere Städte auf einem weniger guten Platz in der Klasse 6 (Ingolstadt, Regensburg, Passau, Kempten). Schließlich umfasst die Klasse 8 Kreise, die die besten Werte in allen Dimensionen darstellen.

Sie werden in Oberbayern und in drei Viertel des Südens von Baden-Württemberg lokalisiert. Man beachte jedoch, dass Stuttgart und Freudenstadt zur Klasse 4 gehören und mit Pforzheim in der Klasse 5 in einer weniger guten Situation als drei Viertel vom Süden des Landes dastehen.

In Bezug auf die Bildung scheint Deutschland also ziemlich unterteilt. Die geografischen Einheiten entsprechen oft den Ländern. Das lässt sich gut verstehen für ein Land, das die erzieherische Funktion jedem ihrer regionalen politischen Wesenheiten, den Ländern, anvertraut und nicht in einer organisierten Struktur von einheitlicher Art und Weise gebildet wird (wie das in Frankreich der Fall ist).

Schließlich ist zu beachten, dass „die Franzosen und die Deutschen etwa die gleiche Menge für ihr Schulsystem ausgeben, 70 Milliarden € pro Jahr, während Frankreich 1,2 Millionen weniger Studenten hat. Was die Ergebnisse betrifft, sind sie in Deutschland besser: In der PISA-Einordnung von 2009 ist Deutschland auf 497 Punkte aufgestiegen, ein Anstieg von 13 Punkten seit seiner katastrophalen Einordnung von 2000. Was Frankreich anbetrifft, hat es 9 Punkte verloren, während sein Budget ständig steigt. Die Erklärungen dieser unterschiedlichen Entwicklungen sind zahlreich. Die kommunale Selbstverwaltung der Institutionen, der Wettbewerb zwischen den Ländern und eine aktive Politik der Berufsberatung für Schüler kann diese gute Bildungs- und Haushaltsentwicklung in Deutschland erklären“ (41).

Referenzen

(1) https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Deutsches_Bildungssystem-quer.svg

(2) http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/

(3) https://de.wikipedia.org/wiki/Volksschule

(4) https://de.wikipedia.org/wiki/Hauptschule

(5) https://de.wikipedia.org/wiki/Hauptschulabschluss

(6) https://de.wikipedia.org/wiki/Realschule

(7) https://de.wikipedia.org/wiki/Gymnasiale_Oberstufe

(8) https://de.wikipedia.org/wiki/Fachhochschulreife

(9) https://de.wikipedia.org/wiki/International_Standard_Classification_of_Education

(10) http://www.uni-assist.de/wissenswertes.html

(11) http://www.studium.uni-konstanz.de/bewerbung/deutsche-studienbewerberinnen/zugangsvoraussetzungen/allgemeine-und-fachgebundene-hochschulreife-deltapruefung/

(12) https://de.wikipedia.org/wiki/Kindertagesbetreuung

(13) http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/MagazinSozialesFamilieBildung/080/s-d-kleinkinderziehung-in-der-ddr-und-heute.html

(14) http://www.hamburg.de/kita/nofl/4610462/2015-10-02-basfi-kita-betreuungsquote/

(15) https://www.regionalstatistik.de/

(16) https://de.wikipedia.org/wiki/Grundschule

(17) http://cache.media.education.gouv.fr/file/2015/67/2/depp_rers_2015_etablissements_454672.pdf

(18) https://fr.wikipedia.org/wiki/Nombre_de_communes_en_France#2015

(19) https://de.wikipedia.org/wiki/Schulsystem_in_Deutschland#Schulen

(20) http://download.diplo.de/Paris/Systeme-educatif.pdf

(21) https://de.wikipedia.org/wiki/Realschule

(22) https://de.wikipedia.org/wiki/Integrierte_Gesamtschule

(23) http://www.ksta.de/region/hintergrund-geschichte-der-gesamtschule,15189102,12623254.html

(24) http://www.bildungsserver.de/glossarset.html?sp=0&Id=172

(25) https://de.wikipedia.org/wiki/Orientierungsstufe

(26) https://de.wikipedia.org/wiki/Waldorfschule

(27) http://ses.webclass.fr/cqB/notion/politique-demande-offre

(28) https://de.wikipedia.org/wiki/Berufsschule

(29) http://www.kmk.org/bildung-schule/berufliche-bildung/berufsschule-berufsgrundbildungsjahr.html

(30) https://de.wikipedia.org/wiki/Berufsfachschule_(Deutschland)

(31) https://www.destatis.de

(32) http://www.kmk.org/bildung-schule/berufliche-bildung/fachoberschule.html

(33) http://www.kmk.org/bildung-schule/berufliche-bildung/fachschule.html

(34) https://de.wikipedia.org/wiki/Hochschule

(35) http://www.hrk.de/themen/hochschulsystem/arbeitsfelder/statistik/

(36) http://www.shanghairanking.com/fr/ARWU2015.html

(37) https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Hochschulen_in_Deutschland

(38) http://www.tagesspiegel.de/zeitung/campus-fast-ohne-studenten/6351304.html

(39) Deutscher Lernatlas, 2011: Daten auf Anfrage, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

(40) http://www.deutscher-lernatlas.de/deutscher-lernatlas/informationen/

(41) http://www.ifrap.org/education-et-culture/le-systeme-scolaire-allemand

XII - Arbeiten

Zweifellos ist eine der Vorstellungen, die die Ausländer sich von den Deutschen machen, dass diese unermüdliche Arbeiter sind und die Arbeitsbedingungen akzeptieren, gegen die sich andere Völker vielleicht sträuben... Man kann also sagen, dass die Arbeit eine wichtige Rolle in der deutschen Gesellschaft spielt. Dieses Kapitel hat zum Ziel, die Arbeitnehmer aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beschreiben. Mit den Erwerbsquoten beginnend, die den Grad der Beschäftigung der Bevölkerung beschreiben soll. Aber arbeiten ist nicht nur sich beschäftigen, sondern auch und vielleicht sogar in erster Linie die Herstellung materieller Güter oder Dienste, die einen Marktwert haben. Die Studie über die Arbeitsproduktivität, erlaubt den Beitrag der Regionen zu Deutschlands Bruttoinlandsprodukt zu präzisieren.

Die Analyse der Bevölkerung geht dann weiter mit dem Studium der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf, nach Wirtschaftszweigen und nach Berufen. Die Kartografie dieser Berufsgruppen bezogenen Versionen von Erwerbstätigen zeigt nicht nur die Vielfalt der Situationen, sondern auch das erneute Auftreten von starken regionalen Strukturen. Um diese Strukturen zu verstehen, erfordert es die Kenntnis über ein wesentliches Merkmal der Beschäftigung in Deutschland: das Pendeln zur Arbeit. Dann muss man nach der Arbeitslosigkeit fragen, über die gesagt wird, dass sie sich in Deutschland in einer viel besseren Situation befindet, als bei den meisten europäischen Nachbarn. Zweifellos sind die Arbeitslosigkeitsquoten insgesamt in Deutschland niedriger als anderswo, aber einige Gegenden des Landes zeigen eine zumindest problematische Lage aus diesem Blickwinkel. Schließlich zeigt die Verteilung der geringfügig entlohnten Beschäftigten (es handelt sich teilweise um die Arbeiter mit prekären Status), dass sich diese Entlohnungsart, die teilweise die Probleme von Arbeitslosigkeit lösen sollte, weit im Land verbreitet ist, einschließlich der Gegenden mit schwacher Arbeitslosigkeit…

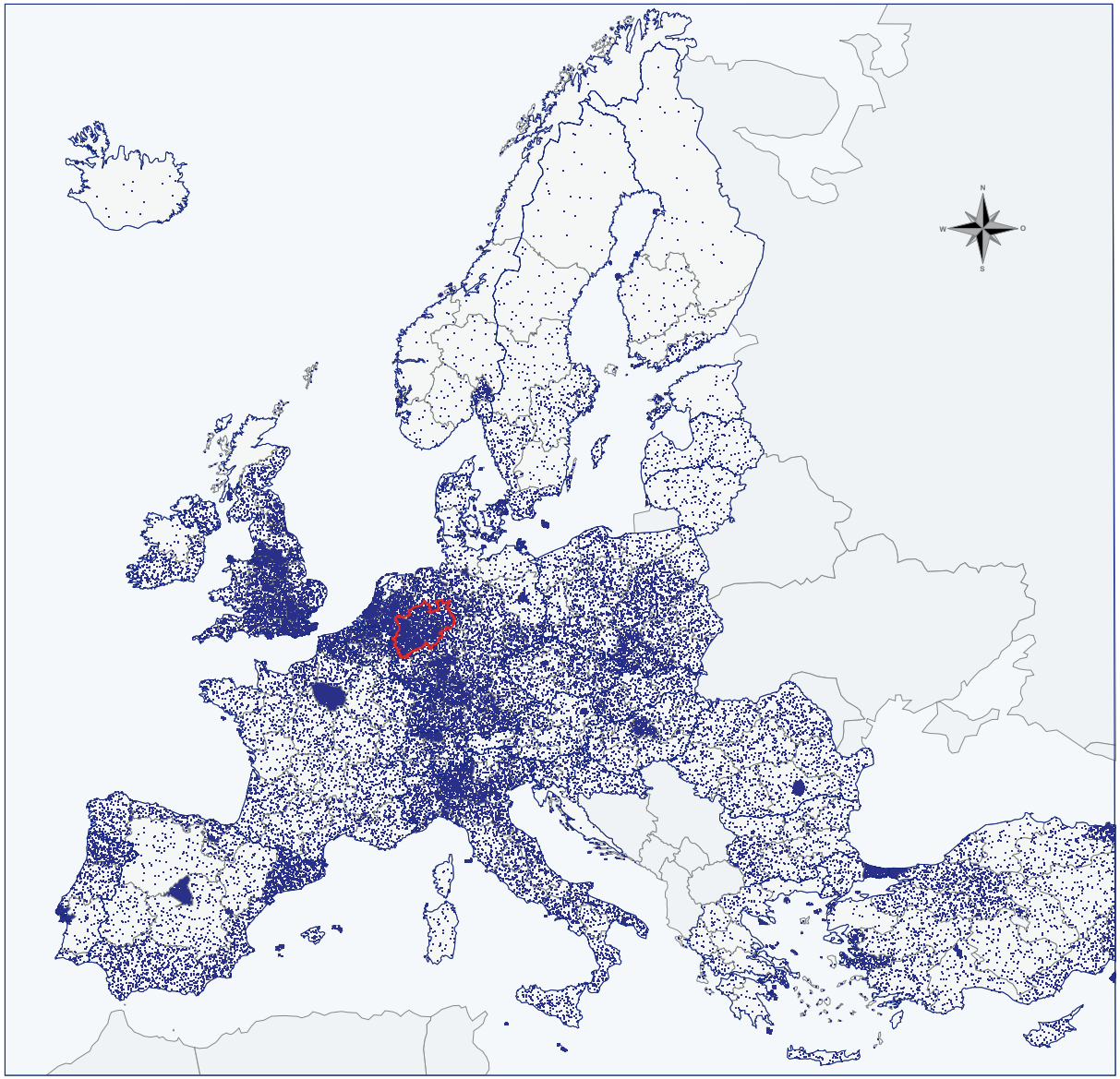
1. Die Erwerbsquoten

Die Erwerbsbevölkerung umfasst alle Personen im erwerbsfähigen Alter, die auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, wenn sie einen Job haben (Erwerbsbevölkerung) oder arbeitslos sind (nicht beschäftigte Erwerbsbevölkerung) mit Ausnahme derjenigen, die keine Beschäftigung suchen (Hausfrauen, Studenten, Personen, die nicht in der Lage sind zu arbeiten, Rentner). Das arbeitsfähige Alter liegt in der Regel zwischen 15 und 64 Jahren, auch wenn es tatsächlich jüngere oder ältere Erwerbstätige gibt als in diesem Altersabschnitt. Er ist jedoch ausreichend, um ungefähr vergleichbare statistische Indikatoren zwischen den europäischen Ländern zu berechnen. Eine andere Definition, die weniger angewandt wird, sagt aus, dass man ab 15 Jahren ohne Obergrenze tätig sein kann, was sehr alte Menschen in die aktive Erwerbsbevölkerung einschließt. Darüber hinaus kann die berücksichtigte Bevölkerung am Wohnort oder am Arbeitsort lokalisiert werden; diese Genauigkeit ist wichtig, um zusätzlich zum Beschäftigungsgrad der örtlichen Bevölkerung, auch den Grad der Attraktivität des Arbeitsortes zu bewerten. In großen Städten liegt die Quote am Arbeitsort häufig über 100%. Wenn es mehr Arbeitsplätze als Menschen im arbeitsfähigen Alter gibt, bedeutet dies, dass einige Arbeiter jeden Tag von außerhalb der Stadt kommen: Das sind die Pendler.

Es gibt eine weitere Möglichkeit, die Beschäftigung der Bevölkerung zu bewerten; das ist der „Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (am Wohnort) am 30.06. an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren am 31.12. des Vorjahres. Die Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten- oder pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Die Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird von der Bundesagentur für Arbeit erstellt und beruht auf den Meldungen der Arbeitgeber zur Kranken-, Renten-, Pflege- und/oder Arbeitslosenversicherung“. „Nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen dagegen Beamtinnen und Beamte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten; desgleichen die ausschließlich geringfügig Beschäftigten“. In diesem Kapitel wird die Erwerbsbevölkerung genutzt, um die Erwerbsquoten zu berechnen, weil ihre Definition breiter ist, als die der Bevölkerung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die Erwerbstätigen und die Erwerbsquoten

Die Verteilung der Erwerbsbevölkerung in Europa unterscheidet sich im Großen und Ganzen nicht von der Gesamtbevölkerung (**Karte 1**). Man findet im Besonderen die „blaue Banane“ wieder, die bereits bei dem Thema über die Bevölkerungsdichten erwähnt wurde. Sie verbindet Großbritannien mit dem Norden Italiens: Hier konzentrieren sich die große Masse der Beschäftigten und ein bedeutender Teil des Reichtums, der auf dem Kontinent hergestellt wird (jedoch ist nur ein Teil dieses Reichtums tatsächlich von ihnen hergestellt, das ist es, was Karl Marx in seinen ersten Schriften „Entfremdung“ nennt). Man entdeckt ebenfalls Metropole, die nicht der blauen Banane hinzugefügt sind: Kopenhagen, Hamburg, Berlin, Prag, Wien und weiter Bukarest und Istanbul. Der Mittelmeerbogen ist ebenfalls vorhanden, von dem südlichen Portugal bis zum Süden von Italien, auch wenn es sich in Frankreich deutlich abschwächt, aufgrund der großen Anzahl von Rentnern, die in Languedoc-Roussillon und Provence-Côte d’Azur leben.



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

15 bis 64 jährige Erwerbstätige 2014

1 Punkt = 5 Personen

Andere Staaten

Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

©Philippe Waniez - 2015

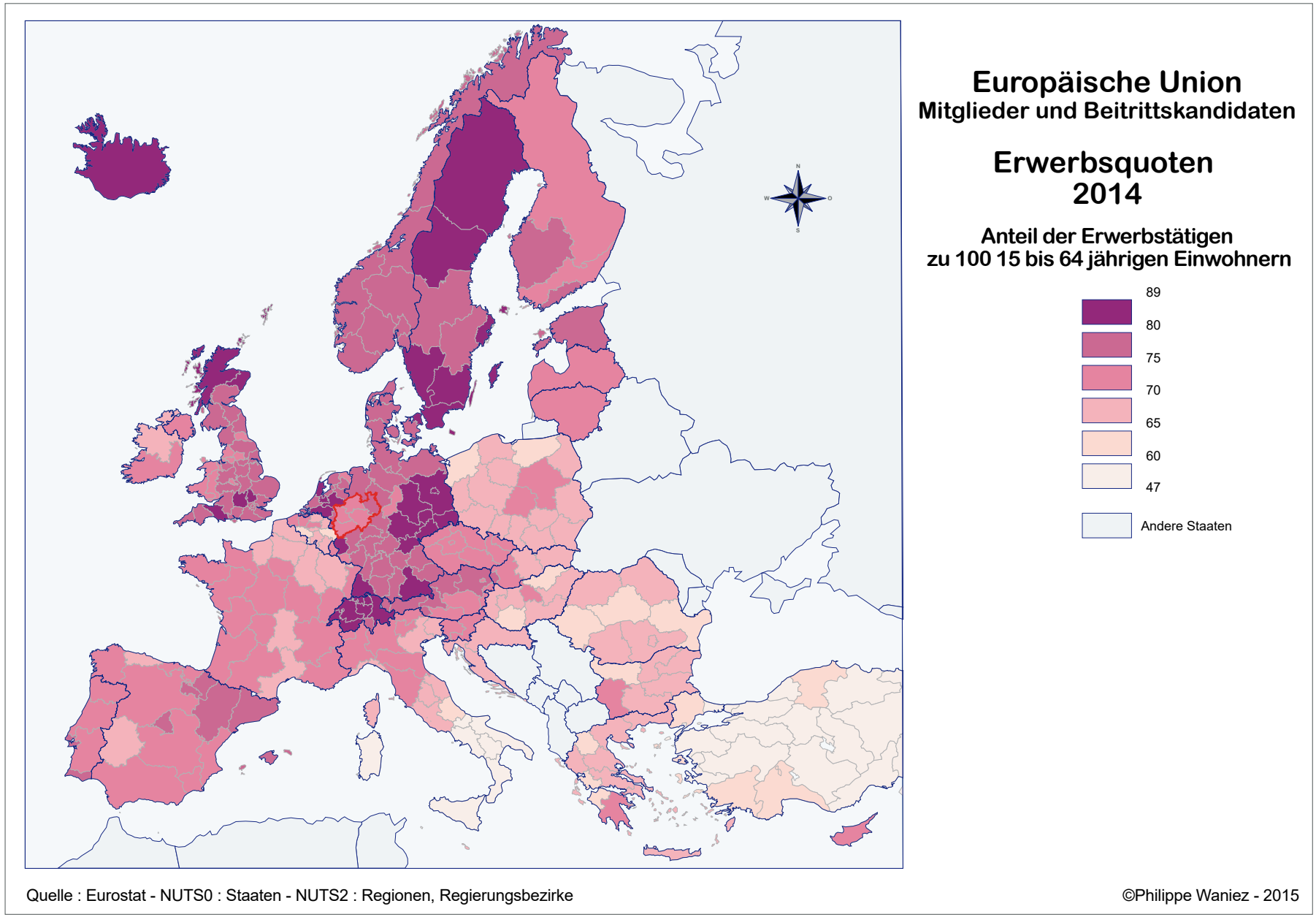
Karte 1

In Skandinavien und im Zentrum der Iberischen Halbinsel, ist die Zahl der Erwerbstätigen niedrig, außer in den Hauptstädten Madrid, Stockholm, Oslo, die auch die demografischen Dichten widerspiegelt. Demnach folgt die Verteilung der Erwerbsbevölkerung der der Gesamtbevölkerung und sie entfernt sich davon nur, wenn das Gewicht der Nichtbeschäftigten höher wird, dabei sind in Europa besonders die Rentner wichtig.

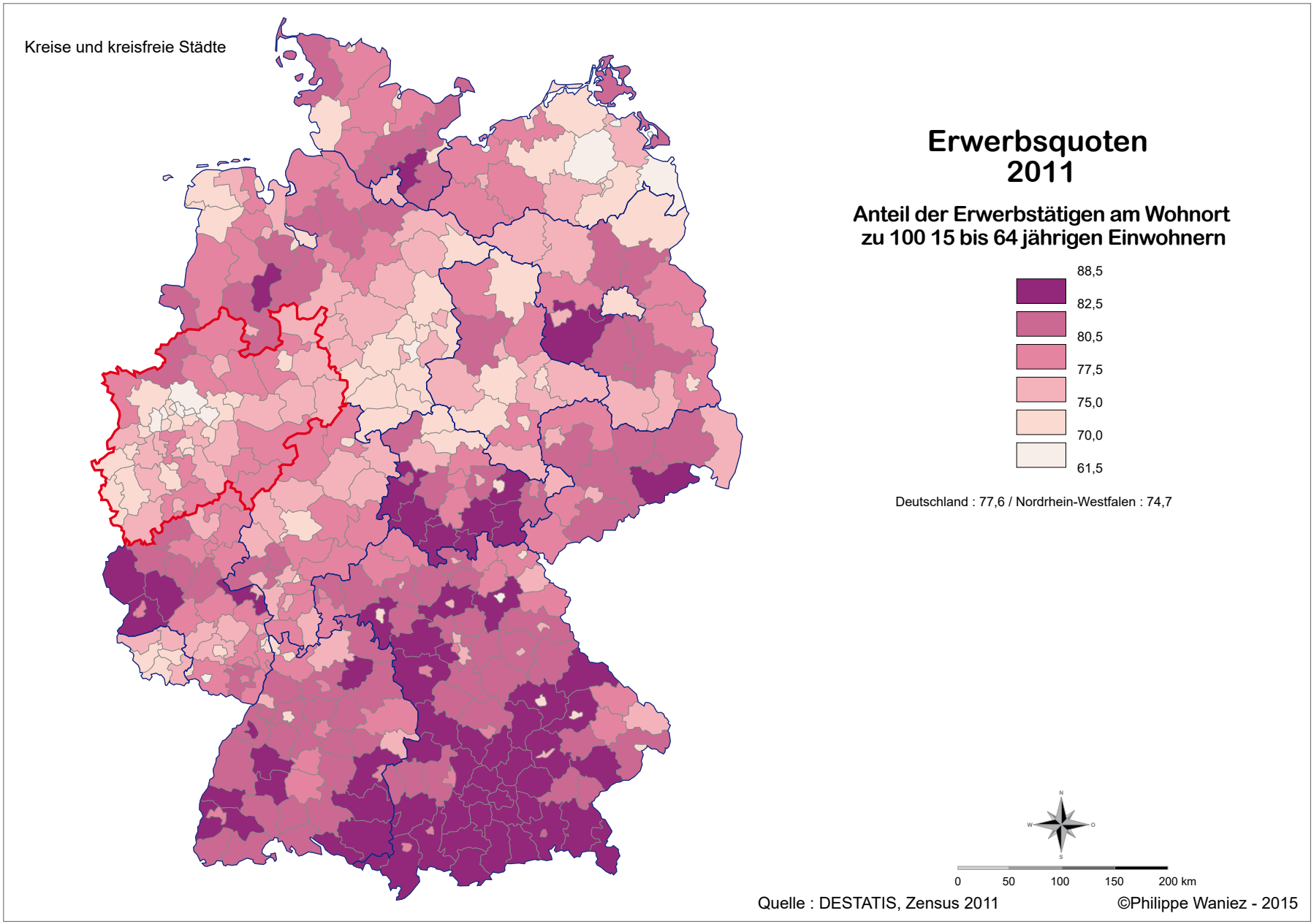
Die Karte der Erwerbsquoten am Wohnort im Jahr 2014 erlaubt den Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren (**Karte 2**) präziser darzustellen. Die Werte variieren zwischen 47 Personen auf 100 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren bis fast 90 zu 100. Die niedrigsten Quoten unter 60,0% findet man in der Türkei, im italienischen Mezzogiorno, in Sizilien und in Sardinien.

Für die Türkei, wird dies teilweise durch die Jugend der Bevölkerung erklärt, für die es schwierig ist in den Arbeitsmarkt einzutreten; aber für Italien muss man diese niedrigen Werte als Zeichen der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit sehen und wahrscheinlich auch als Notwendigkeit für die Erwerbstätigen, die Arbeit in anderen Teilen des Landes oder im Ausland zu suchen. Die höchsten Sätze, die über 75,0% liegen, bilden eine Achse, die die Schweiz und Österreich mit Skandinavien verbinden und Deutschland, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Norwegen ganz einschließt. Das ist auch für einen großen Teil des Vereinigten Königreichs der Fall. Im Osten der Hauptachse, von Polen bis Griechenland, liegt die Erwerbsquote im Allgemeinen unter 70,0 (außer in der Tschechischen Republik, dort ist sie höher). Im Westen liegen die Sätze hingegen oft über 75,0%, besonders in Frankreich, in Spanien und im nördlichen Italien.

Im Jahr 2014 gehört Deutschland auf der europäischen Skala zu den Ländern mit den höchsten Erwerbsquoten, in der Größenordnung von 77,7% für das ganze Land und mit höheren Werten bis 80,0 in Oberbayern, ebenso in den neuen Ländern (außer Mecklenburg-Vorpommern). Die Regierungsbezirke, die die niedrigsten Werte in Deutschland ausweisen, liegen vor allem in NRW: Düsseldorf, Köln, Münster und Arnsberg überschreiten nie 75,0%. Die Daten am Wohnort mit den vom Zensus 2011 auf dem Niveau der Kreise und kreisfreien Städte berechneten Sätze ergeben ein komplexeres Bild der Realität (**Karte 3**). Insgesamt liegen Bayern mit 81,5% und Baden-Württemberg mit 80,3% Beschäftigten, deutlich über dem nationalen Durchschnitt. Die südliche Hälfte von Bayern besonders das um München zentrierte Oberbayern weisen noch höhere Sätze aus: 82,5% in München, vor allem in den Alpenkreisen: 85,9% in Oberallgäu, 84,7% Bad Tölz-Wolfratshausen, 84,4% in Berchtesgaden. In Baden Württemberg sind die Prozentsätze etwas niedriger, aber einige Kreise bleiben unter den höchsten Deutschlands: 83,0% für den Bodenseekreis, 83,8% in Lindau (in Bayern gelegen), 83,2% im Alb-Donau-Kreis, 83,0% in Breisgau-Hochschwarzwald... Man beobachtet auch, dass die Beschäftigungsrate in den Landkreisen besonders hoch ist, in denen die Wirtschaft auf Tourismus ausgerichtet ist. Man findet dieses Phänomen in zahlreichen anderen Kreisen mit derselben Natur wieder: Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Thüringer Wald, Eifel und Moseltal und in einem kleineren Maß Rügen und Nordfriesland (Sylt)…


Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Erwerbsquoten
2014
Anteil der Erwerbstätigen
zu 100 15 bis 64 jährigen Einwohnern
89
80
75
70
65
60
47
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

Karte 2

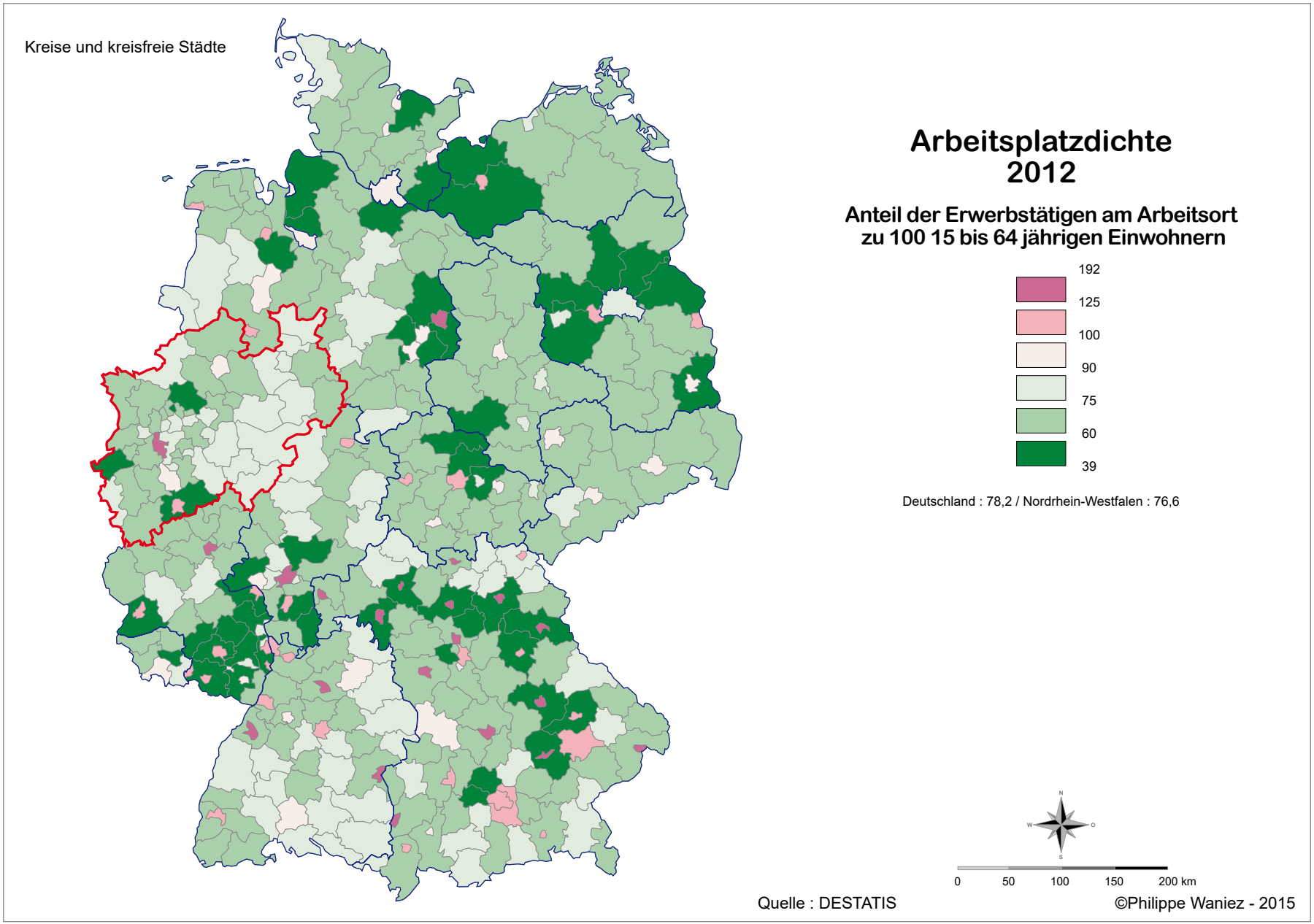

Kreise und kreisfreie Städte
Erwerbsquoten
2011
Anteil der Erwerbstätigen am Wohnort
zu 100 15 bis 64 jährigen Einwohnern
88,5
82,5
80,5
77,5
75,0
70,0
61,5
Deutschland : 77,6 / Nordrhein-Westfalen : 74,7
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karte 3

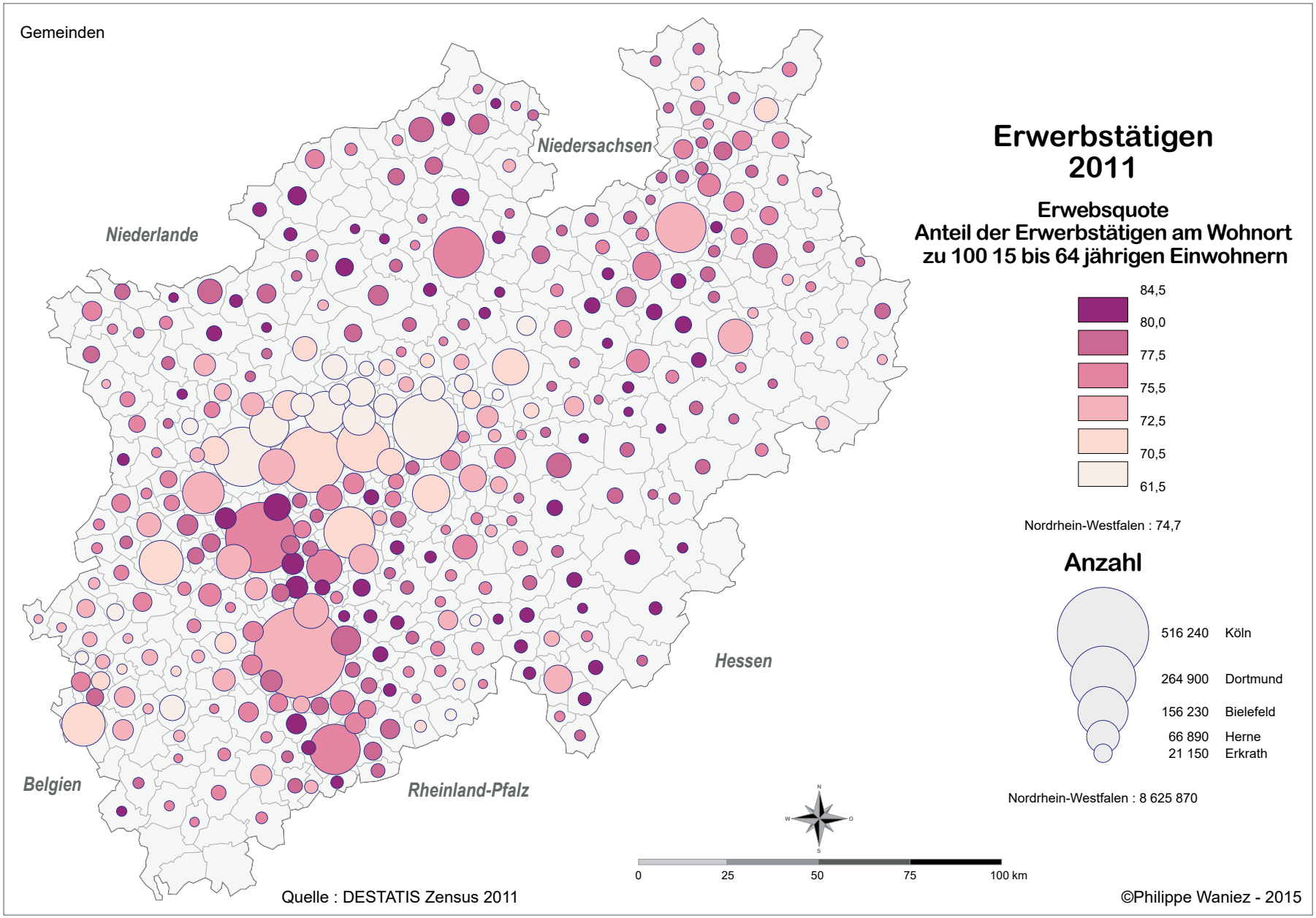
Sie liegen zum Beispiel, in Brandenburg, Potsdam und Mittelmark zwischen 82,0% und 83,0%, Dahme-Spreewald erreicht 80,8%, aber die Uckermark erreicht keine 74,0% und Berlin liegt unter 72,0%. Das ist auch in Niedersachsen der Fall, wo der Südosten weniger Beschäftigung anzeigt als der Mittelteil des Landes, der aus den Kreisen von Hamburg bis Bremen zusammengesetzt ist und bis Osnabrück einen Korridor von mehr als 80,0% bildet, während in den erwähnten Städten kleinere ausgewiesen werden: 73,7% in Bremen, 76,6% in Osnabrück und 77,4% in Hamburg. Tatsächlich, und in einer generellen Form, erreichen die Städte weniger hohe Sätze als die umliegenden Kreise; das ist zum Beispiel der Fall in Leipzig, Nürnberg, Stuttgart, Frankfurt... Selbst wenn es die Karte nicht zeigt, weil die Werte insgesamt sehr hoch sind, macht München da keine Ausnahme mit den benachbarten Kreisen, die durch etwas höhere Beschäftigungsquoten gekennzeichnet sind. Man könnte jedoch meinen, dass große Städte mehr Beschäftigungen ausweisen als ihre mehr oder weniger entfernten Vororte; dies ist sicherlich auch andernorts der Fall. Dieses Phänomen erklärt sich durch die Tatsache, dass die Bevölkerungen an ihrem Wohnort und nicht an ihrem Arbeitsort registriert sind. Aufgrund dieser Tatsache zeigen die umliegenden Kreise die erhöhten Sätze einer Bevölkerung, die dort zwar wohnt, aber die teilweise nicht dort arbeitet.

Die Erwerbsquoten am Arbeitsort (in diesem Fall als Arbeitsplatzdichte von DESTATIS bezeichnet) stellen sich in einer deutlich abweichenden Gestalt von der vorherigen dar (**Karte 4**). Die Mehrheit der Landkreise weisen Sätze von unter 100% aus, während die Mehrheit der kreisfreien Städte von Sätzen über 100% charakterisiert sind. Darüber hinaus liegen die Landkreise, die eine kreisfreie Stadt in ihrem Zentrum haben (oder daran angrenzen) unter einem Wert von 100. Man misst so die starke Anziehungskraft der kreisfreien Städte auf ihre Umgebung. Dieses Phänomen ist in Bayern deutlich sichtbar. 56 Städte haben einen Wert über 100, darunter findet man Landeshauptstädte (München, Stuttgart, Wiesbaden, Düsseldorf, Erfurt, Schwerin), Industriestädte (Wolfsburg und Dingolfing-Landau), Geschäftsstädte (Frankfurt am Main), Grenzstädte (Passau, Frankfurt an der Oder), Touristenstädte (Baden-Baden, Kempten), Universitätsstädte (Heidelberg, Augsburg). Die Stadt-Staaten haben niedrigere Werte als andere große Städte: 99,0% für Hamburg, 95,2% für Bremen und 76,4% in Berlin. Dies wird wahrscheinlich durch die Tatsache erklärt, dass das Land weitgehend in das Arbeitsmarktgebiet fällt (welches jedoch über die Grenzen des Landes hinausgeht).

In NRW stellen die Erwerbsquoten am Wohnort mehrere bemerkenswerte Asymmetrien dar (**Karte 5**). Die Werte sind auf der Rheinachse tatsächlich höher als auf der Achse des Ruhrgebietes. Auf der Rheinachse weisen Bonn (76,3%) und Düsseldorf (77,2%) höhere Sätze aus als Köln (74,3%). Außerdem haben die Kommunen der Vororte dieser Geschäftsstädte oft höhere Sätze als diejenigen des Zentrums. Sie bringen einen Teil ihrer Arbeitskräfte in das Stadtzentrum. Für Düsseldorf beispielsweise liegen die Prozentsätze bei 77,7% in Erkrath, 80,0%, in Meerbusch, 81,6% in Ratingen und 82,6% in Hilden. Auf der Achse des Ruhrgebiets liegen die Werte im südlichen Teil, bestehend aus Mülheim, Essen und Bochum, höher als die der meisten Gemeinden im Norden. Von Duisburg nach Dortmund über Oberhausen, Gelsenkirchen, Herne, Recklinghausen und Castrop-Rauxel liegen alle bei unter 70,0% Beschäftigte im Verhältnis zu ihrer erwachsenen Bevölkerung und in einigen Fällen etwas mehr als 60,0%, wie in Gelsenkirchen (61,8%).


Kreise und kreisfreie Städte
Arbeitsplatzdichte
2012
Anteil der Erwerbstätigen am Arbeitsort
zu 100 15 bis 64 jährigen Einwohnern
192
125
100
90
75
60
39
Deutschland : 78,2 / Nordrhein-Westfalen : 76,6
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2015

Karte 4


Gemeinden
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Erwerbstätigen 2011
Erwebsquote
Anteil der Erwerbstätigen am Wohnort zu 100 15 bis 64 jährigen Einwohnern
84,5
80,0
77,5
75,5
72,5
70,5
61,5
Nordrhein-Westfalen : 74,7
Anzahl
516 240 Köln
264 900 Dortmund
156 230 Bielefeld
66 890 Herne
21 150 Erkrath
Nordrhein-Westfalen : 8 625 870
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : DESTATIS Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karte 5

Außerhalb der zwei großen Achsen sind die bedeutenden Städte mit sehr unterschiedlichen Werten gekennzeichnet: 77,3% in Münster, 72,8% in Bielefeld, 70,6% in Aachen. Im Rest des Landes erreichen die kleinen Kommunen von Westfalen, Sauerland und Siegerland-Wittgenstein deutlich höher Erwerbsquoten als der Durchschnitt.

Frauen und Männer als Arbeitskräfte

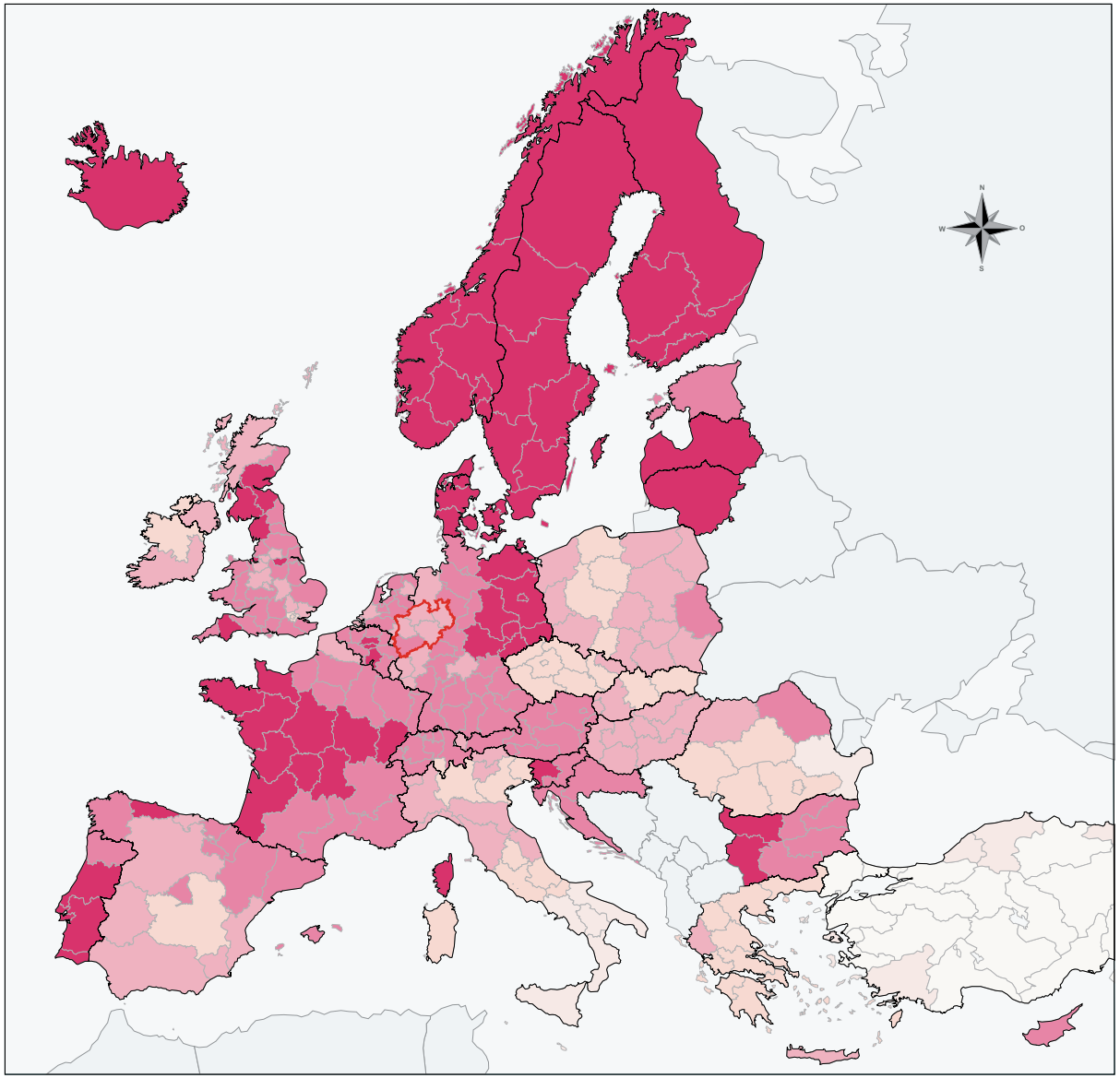
Man weiß, dass die Entwicklung der Arbeit von Frauen mit der Zunahme der Arbeitnehmer selbst verbunden ist, was an der wirtschaftlichen Entwicklung in den kommerziellen und industriellen Sektoren liegt. Für die Frauen ist der Status als Arbeitnehmerin gleichbedeutend mit beruflicher und familiärer Autonomie. Die weiblichen Arbeitnehmerinnen sind nicht nur „Frau von…“ Man kann also die Unterschiede zwischen den Werten sowohl als Emanzipationsanzeiger der Frauen als auch als Transformationsanzeiger der Wirtschaft verstehen.

Um Unterschiede im Beschäftigungsniveau zwischen Männern und Frauen zu messen, berechnet man zuerst die Erwerbsquote von den Männern und Frauen am Wohnort. Man berechnet dann die Differenz zwischen der Erwerbsquote von den Männern und den Frauen. Es ist eine prozentuale Differenz, die somit in Prozentpunkten ausgedrückt wird (oder einfacher in Punkten).

In Europa belief sich die durchschnittliche Erwerbsquote im Jahr 2014 auf 72,3% (berechneter Wert der 28 Länder in der EU). Aber es gibt einen signifikanten Unterschied zwischen den männlichen und weiblichen Werten: 11,6 Prozentpunkte zwischen den Männern (78,1) und den Frauen (66,5). Das heißt, dass die Frauenerwerbsquote deutlich niedriger ist, als die der Männer. Dies gilt in allen europäischen Regionen: der Unterschied zwischen den männlichen und den weiblichen Quoten ist immer zugunsten der Männer.

Jenseits dieser allgemeinen Beobachtung gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen (NUTS-2). Zunächst nähert sich in den skandinavischen Ländern die männlich/weibliche Parität, ohne jedoch ein Gleichgewicht zu erreichen: +6,1 Punkte zugunsten der Männer in Dänemark, +4,3 in Schweden, +4,2 in Norwegen (**Karte 6**). Zu diesen Ländern fügen sich Finnland, Lettland und Litauen hinzu. Andere Regionen sind ebenfalls durch eine verhältnismäßig schwache Ungleichheit zwischen den Männern und den Frauen charakterisiert: Schottland, der Westen von Frankreich, der Süden von Portugal und der Osten von Bulgarien. Im Gegensatz dazu weisen mehrere Länder wesentliche Unterschiede aus, die die schlechte Lage der Frauen im Vergleich zu den Männern im Bereich der Beschäftigung widerspiegeln. Das ist besonders der Fall von Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, von Slowenien und Rumänien. Man könnte vorschnell folgern, dass die Unterbeschäftigung der Frauen ein gemeinsames Merkmal in diesen ehemaligen kommunistischen Ländern ist, aber diese Beobachtung gilt nicht für die baltischen Staaten und Bulgarien. Außerdem zeigen Griechenland und Italien ebenfalls eine weibliche Unterbeschäftigung. Schließlich gibt es in der Türkei erhebliche Unterschiede mit 43 Punkten zugunsten der Männer.

Im europäischen Kontext stellt Deutschland sich mit drei Gesichtern dar. Im Nordwesten (NRW und Westen von Niedersachsen) liegen die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Größenordnung von 11 bis 12 Punkten.



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Unterschiede zwischen den Erwerbsquoten von Männern und Frauen 2011

Pünkte

Geringe Unterschiede zwischen Männern und Frauen

52,1
35,9
24,5
15,2
11,2
7,5
1,9

Andere Staaten

Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

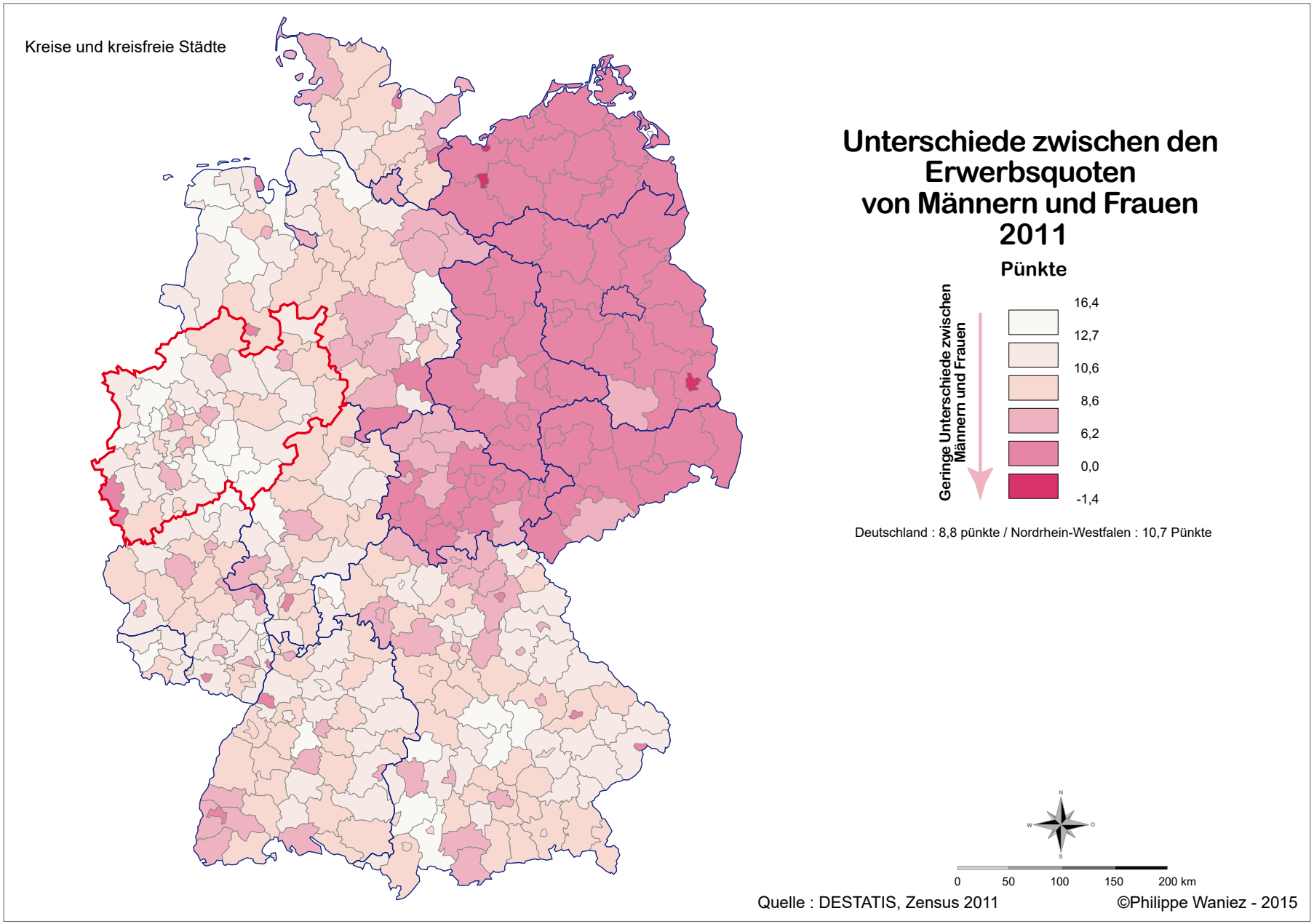
©Philippe Waniez - 2015

Karte 6

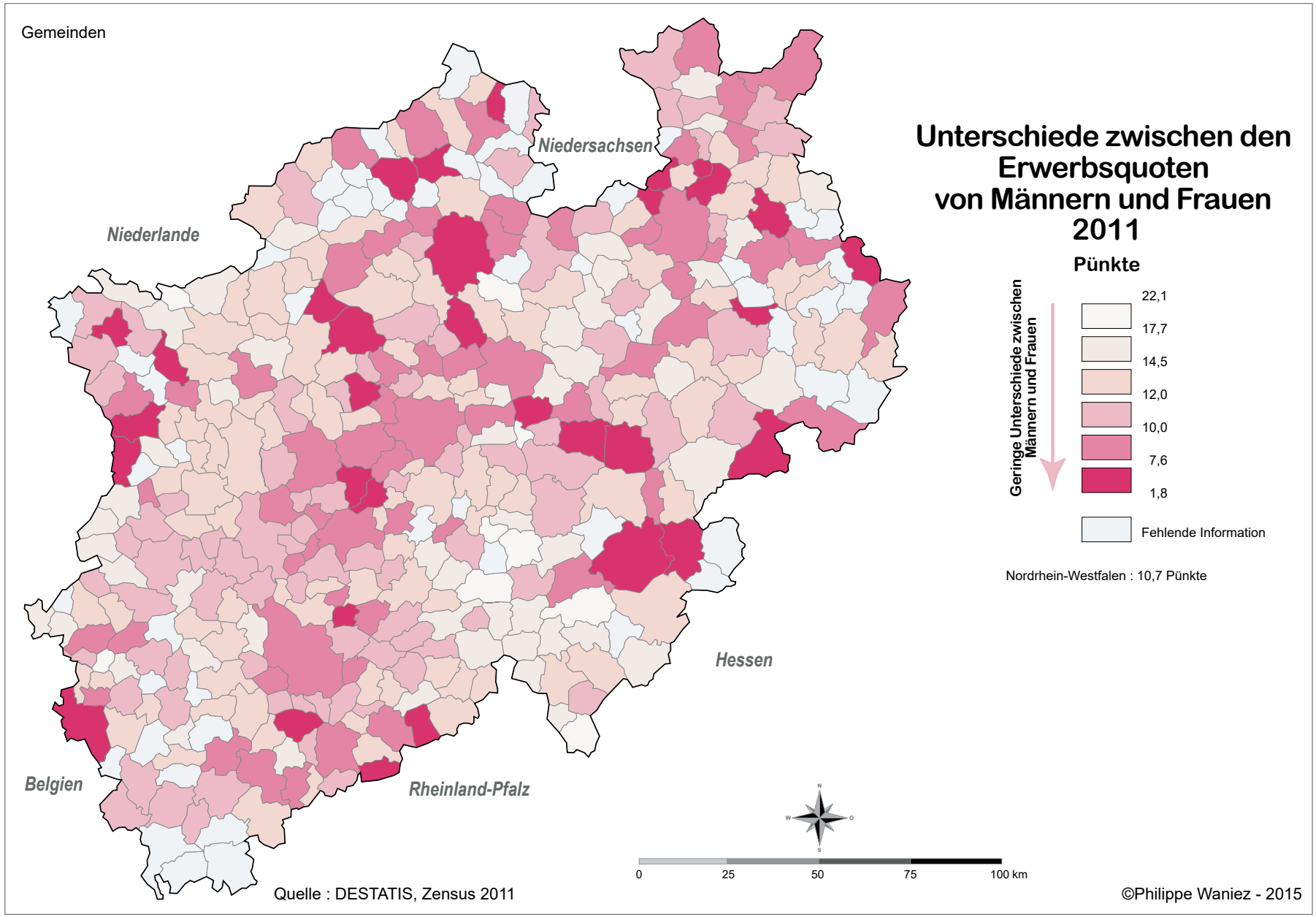
Im Rest der alten BRD sind die Unterschiede schwächer, oft bei 9 bis 10 Punkten. Schließlich werden in der ehemaligen DDR die Männer von den Frauen nur mit 4 bis 5 Punkten getrennt. Man versteht sehr gut, dass diese drei Gesichter einerseits mit der Emanzipationspolitik der Frauen für die Arbeit in der DDR und mit dem Wirtschaftswachstum, besonders in der südlichen Hälfte von Deutschland, in Verbindung zu setzen sind.

Für ganz Deutschland offenbaren die Erwerbsquoten nach Geschlecht einen Unterschied von 8,80 Prozentpunkten zwischen Männern (82,0%) und Frauen (73,2%). Hier, wie auch anderswo in Europa, sind mehr Männer als Frauen erwerbstätig. Die Arbeit der Männer ist sogar noch höher in NRW, man registriert 10,7 Punkte Unterschied (80,0% zu 69,3%). Auf der geografischen Karte erinnern die Kontraste wahrnehmbar an bekannte geografische Strukturen (**Karte 7**). Der offensichtlichste davon, ist der hohe Beschäftigungsanteil der Frauen in den neuen Bundesländern. Da wird die Gleichheit der Sätze manchmal erreicht. In den drei kreisfreien Städten Wismar, Schwerin und Cottbus gibt es sogar etwas mehr erwerbstätige Frauen als Männer. Im Allgemeinen ist die Berufstätigkeit von Frauen im Osten mehr entwickelt als im Westen. In den Landkreisen der alten Bundesländer beherrschen die Männer den Anteil der Erwerbstätigen, manchmal auf sehr markante Art, wie im Westen von Niedersachsen oder im Osten von Bayern, manchmal auf schwächere Art, wie in Schleswig-Holstein, Oberhessen, Hunsrück, Schwarzwald und in Franken. Doch nach wie vor weisen die kreisfreien Städte in den alten Bundesländern höhere Frauenraten aus, als die Landkreise, die sie umgeben. Außerhalb der ehemaligen DDR haben die Frauen in städtischen Gebieten die höchsten Erwerbsquoten, auch wenn sie nie das gleiche Niveau wie das der Männer erreichen. Dies wird durch die Tatsache erklärt, dass das Wesen der städtischen Beschäftigung oft für Frauen günstig ist, insbesondere im Handel und bei den Dienstleistungen.

In NRW weisen sich nur zwei Großstädte durch einen relativ kleinen Unterschied zwischen Männern und Frauen aus: Aachen mit 3,9 Punkten und Münster mit 6,9 Prozentpunkten (**Karte 8**). Auf der Rheinachse zeigen Köln (8.4) und Bonn (9.2) deutlichere Unterschiede zugunsten der Männer, aber immer noch schwächer als Düsseldorf, wo Männer und Frauen mit über 10,5 Punkten fast im Landesdurchschnitt liegen. Auf der Ruhrachse, in Essen, Bochum, Dortmund, Unna und Hamm liegen die Unterschiede zwischen 8 und 10 Punkten höher für die Männer. So bestätigt sich die vorherige Schlussfolgerung, nach der die Bedingungen in den Großstädten zur Beschäftigung von Frauen günstiger sind, nur teilweise in NRW. In allen Fällen scheint der allgemeine Rahmen für die Arbeit der Frauen weniger gut als in anderen Großstädten Deutschlands. In den ländlichen Regionen dominieren die Männer ziemlich klar, das ist vor allem in Sauerland und Siegerland-Wittgenstein zu sehen. Während zahlreiche Kommunen von Westfalen oder vom Niederrhein geringe Unterschiede ausweisen, wie die von Duisburg oder Krefeld. Auf dem kommunalen Niveau erweisen sich die vorher beobachteten Regelmäßigkeiten weniger systematisch, der Grund dafür kann sein, dass die Typen der verfügbaren Arbeitsstellen eine mehr oder weniger starke Nachfrage an weiblichen Arbeitskräften ergibt.


Kreise und kreisfreie Städte
Unterschiede zwischen den Erwerbsquoten von Männern und Frauen 2011
Pünkte
Geringe Unterschiede zwischen Männern und Frauen
16,4
12,7
10,6
8,6
6,2
0,0
-1,4
Deutschland : 8,8 pünkte / Nordrhein-Westfalen : 10,7 Pünkte
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karte 7


Gemeinden
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Unterschiede zwischen den Erwerbsquoten von Männern und Frauen 2011
Pünkte
Geringe Unterschiede zwischen Männern und Frauen
22,1
17,7
14,5
12,0
10,0
7,6
1,8
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 10,7 Pünkte
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karte 8

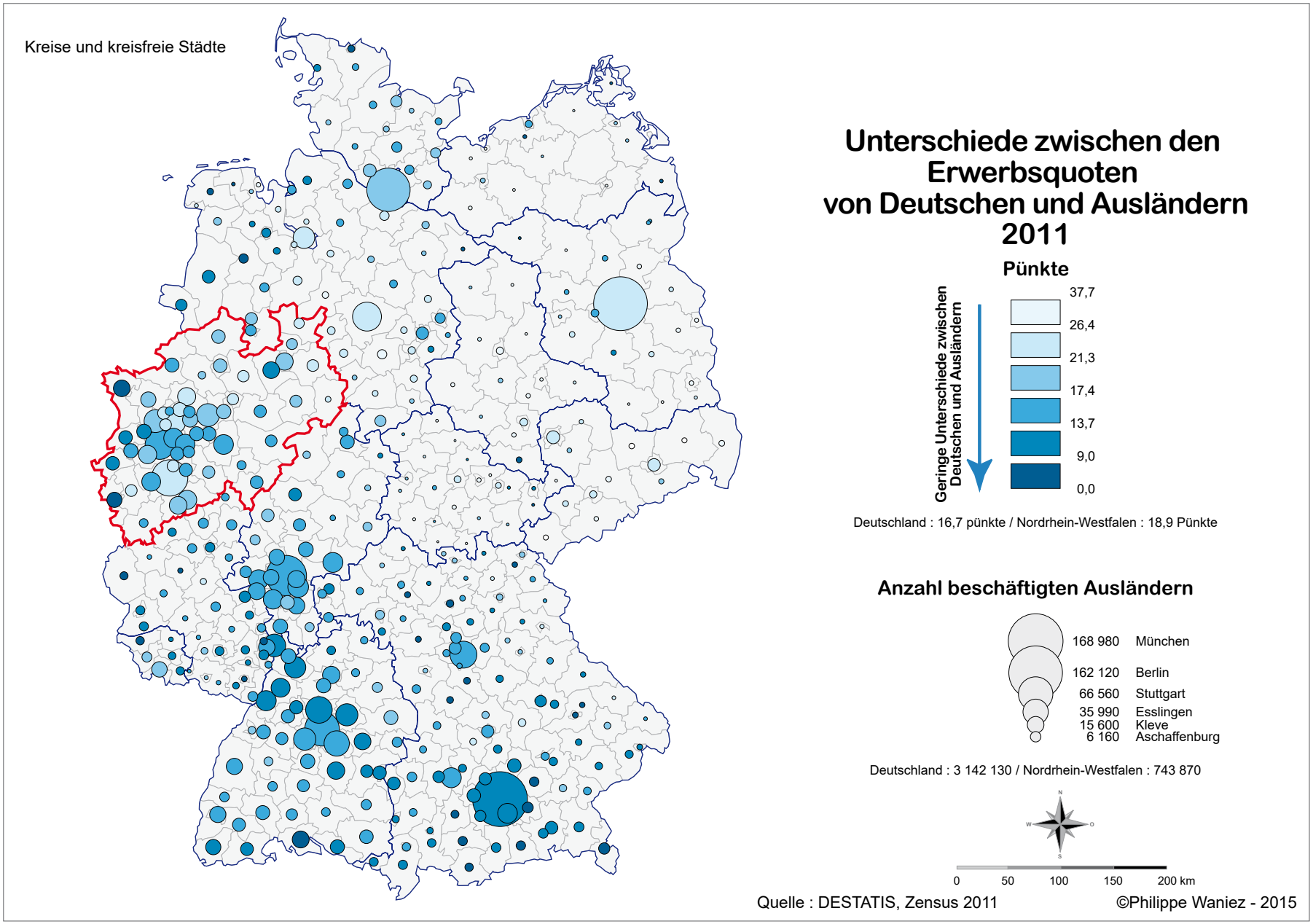
Deutsche und Ausländer als Arbeitskräfte

Erinnern wir uns daran, dass sich die durchschnittliche Erwerbsquote in Deutschland im Jahr 2011 bei 77,6% befindet. Für die 37.907.610 Arbeitskräfte deutscher Staatsangehörigkeit (92,3% der Erwerbstätigen) ist dieser Wert mit 1,6 Punkten etwas höher und liegt bei 79,2%. Für die 3.142.130 ausländischen Arbeitnehmer (das sind 7,7% der Erwerbstätigen) sinkt die Erwerbsquote auf 62,5%. Das ist ein beträchtlicher Unterschied im Vergleich zu den Deutschen von 16,7 Punkten. Mit anderen Worten weist der Anteil der Deutschen 90,5% der gesamten Bevölkerung Deutschlands im Alter von 15 bis 64 Jahre aus und 92,3% der Erwerbstätigen. Während die Ausländer 9,5% der Bevölkerung, aber nur 7,7% der Erwerbstätige darstellen. Basierend auf diesen Daten können wir schließen, dass die Erwerbsquote der Ausländer geringer ist als die der Deutschen.

Was sind die Gründe zu dieser Sachlage? Erinnern wir, dass ein Teil von diesen Ausländern Asylbewerber sind (77.650 in 2012) (1). „An Gesundheitsproblemen oder an psychologischen Verletzungen leidend können noch mehr Schwierigkeiten haben, um eine Stelle oder eine unabhängige Arbeit zu finden“ (2). Aber über diese Minderheitskategorie der Ausländer hinaus muss man ihre sozialen Besonderheiten und besonders die der Frauen betrachten. Nach dem BAMF, „die Erwerbsquote auf Basis des Mikrozensus zeigt, dass Männer unabhängig vom Migrationshintergrund generell ein höheres Erwerbspotential als Frauen haben. Frauen mit Migrationshintergrund stehen dem Arbeitsmarkt am seltensten zur Verfügung (…)“ (3). Anders ausgedrückt ist einer der fundamentalen Gründe der verhältnismäßig schwachen Erwerbsquote der Ausländer an die Tatsache gebunden, dass ein Teil der ausländischen Frauen keine Beschäftigung haben. Entweder suchen sie keine Erwerbstätigkeit (besonders aufgrund ihrer Familientätigkeiten) oder sie können aus verschiedenen Gründen (keine Sprachkenntnisse, keine Qualifikation, keine Verfügbarkeit) erfolgreich zu einer Beschäftigung kommen und verlieren den Mut und verlassen den Teil der Bevölkerung die eine Arbeit sucht.

Ein anderes zu berücksichtigendes Merkmal ist die Staatsangehörigkeit der ausländischen Frauen. Während die Deutschen eine durchschnittliche Erwerbsquote von 68,4% (Mikrozensus 2009) haben, scheinen die Ausländer weniger erwerbstätig: zu sein. Man findet sie in der Reihenfolge: die Italienerinnen und die Kroatinnen (61,0%), die Bosnierinnen (60,6%), danach die Polinnen (58,2), die Griechinnen (58,1%), die Serbinnen (52,0%), die Russinnen (51,7%) und viel weiter die Türkinnen (37,8%). In der Zusammenfassung wird die Erwerbsquote der ausländischen Bevölkerung nicht nur vom Unterschied der Höhe des Beschäftigungsgrads zwischen den Ausländern (Männern) und den Ausländerinnen (Frauen) betroffen, sondern auch von der Staatsangehörigkeit der Ausländerinnen, die die Erwerbsquote aller Ausländer beeinflusst (während für die Männer, die Erwerbsquote im Allgemeinen höher als 70,0% ist, außer für die Türken, für die sie auf 48,5% sinkt). Je nach Stärke der verschiedenen Staatsangehörigkeit kann die Erwerbsquote der entsprechenden Ausländer nahe der der Deutschen sein, oder sich davon mehr oder weniger deutlich entfernen.

Die Karte der Unterschiede in der Erwerbsquote zwischen den Deutschen und den Ausländern zeigt eine hohe Variabilität (**Karte 9**).


Kreise und kreisfreie Städte
Unterschiede zwischen den Erwerbsquoten von Deutschen und Ausländern 2011
Pünkte
Geringe Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern
37,7
26,4
21,3
17,4
13,7
9,0
0,0
Deutschland : 16,7 pünkte / Nordrhein-Westfalen : 18,9 Pünkte
Anzahl beschäftigten Ausländern
168 980 München
162 120 Berlin
66 560 Stuttgart
35 990 Esslingen
15 600 Kleve
6 160 Aschaffenburg
Deutschland : 3 142 130 / Nordrhein-Westfalen : 743 870
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karte 9

Man weiß, dass in den neuen Bundesländern die ausländische Bevölkerung gering ist, hier erreicht die durchschnittliche Erwerbsquote nur 53,5% oder 24,5 Punkte weniger vom Durchschnitt der deutschen Erwerbstätigen. In Berlin steigt die Erwerbsquote der Ausländer auf 61,3%, der Unterschied besteht immer noch auf einem hohen Niveau mit 22,8 Punkten.

In den alten Bundesländern ist die Anwesenheit der erwerbstätigen Ausländer im Einklang mit der Ausländerverteilung im Allgemeinen. Das heißt, dass sie in den großen Städten fest verankert ist: München (168.980), Hamburg (105.640), Köln (74.080), Frankfurt am Main (91.400), Stuttgart (66.560), Region Hannover (46.980). In diesen Großstädten ist der Unterschied im Beschäftigungsniveau zwischen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung sehr variabel. In München und in den nahen Kreisen erreicht der Unterschied nur die Größenordnung von 9 bis 13 Punkten. In Stuttgart und seiner Umgebung ist die Situation etwas weniger ausgeglichen, mit Unterschieden zwischen 12 und 16 Punkten. Dies ist ebenso der Fall im Großraum Frankfurt am Main und Wiesbaden. In Hamburg liegt die Erwerbsquote der ausländischen Bevölkerung mit 20,2 Punkten unter der der deutschen Bevölkerung. Der Unterschied ist auch in der Region Hannover (21,4 Punkte) und in Bremen (25,4 Punkte) deutlicher.

In NRW sind die Unterschiede zwischen den Deutschen und den Ausländern auch relativ hoch und geografisch gemischt (durchschnittlich 18,9 Punkte, das sind 2,2 Punkte mehr als für ganz Deutschland). Alle Städte im Ruhrgebiet zeigen einen Unterschied zwischen 18 und 23 Punkten. Dies gilt auch für Köln (21,7 Punkte). Diese Stadt steht an der ersten Stelle von NRW in der Höhe der Anzahl ausländischer Beschäftigter. An zweiter Stelle steht Düsseldorf und zeigt einen kleineren Unterschied von 16,9 Punkten, ebenso wie Mettmann und Wuppertal, Solingen und Remscheid (die Drei Bergischen), Unna und Hagen. In Kleve, Viersen und Aachen, die nah an der Grenze zu den Niederlanden und Belgien liegen gehören die Unterschiede zu den niedrigsten des Landes (nur 4 Punkte in Kleve).

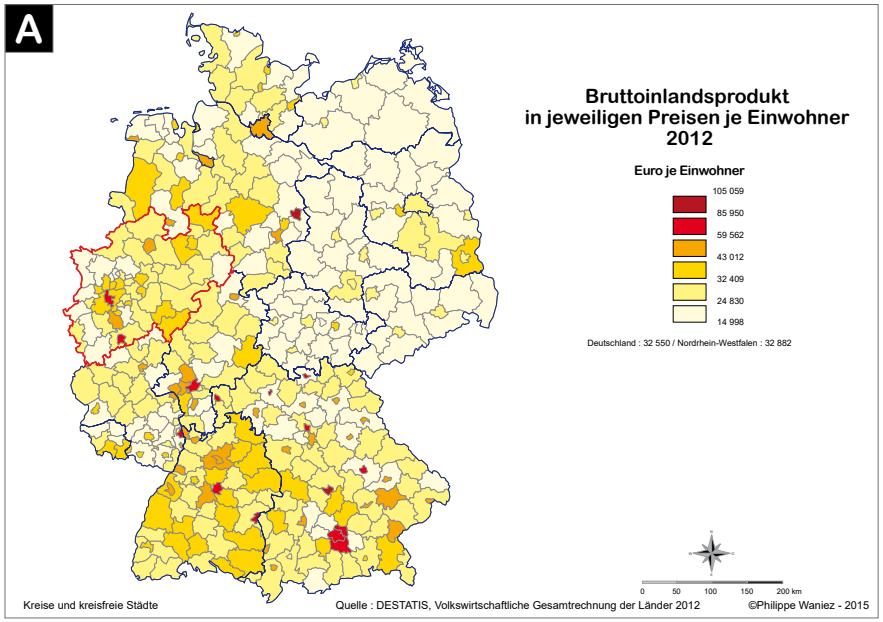
2. Die Arbeitsproduktivität

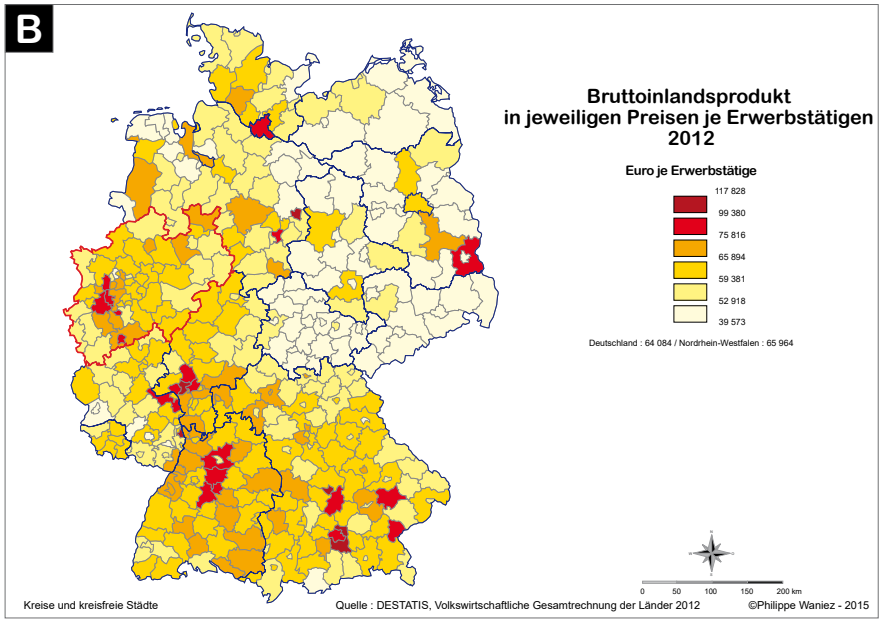
Hier schauen wir uns die Beziehung zwischen dem hergestellten Wert in den verschiedenen Regionen von Deutschland und den Menschen, die diesen Wert produzieren an. Die Frage, die sich hiebei ergibt, sind die der Leistungsunterschiede in der Arbeit. Denn auch wenn Deutschland unter den europäischen Ländern zu denen mit den höchsten Erwerbsquoten zählt, gibt es erhebliche regionale Unterschiede. In der Wirtschaft zielt die Leistungsidee darauf hin, den Beitrag verschiedener Produktionsfaktoren zum Endprodukt zu berücksichtigen. Demnach ist die Produktivität den Begriffen der Effizienz und Effektivität nahe (4). Die Arbeitsproduktivität kann über den erzeugten Wert für jede Arbeitsstunde berechnet werden.

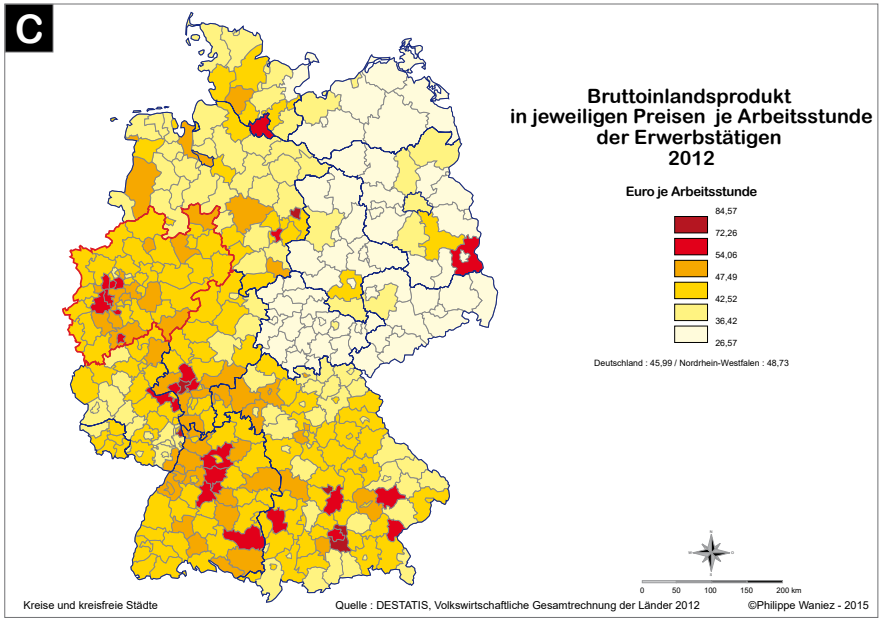
Um den Wert der Produktion in einem Land zu messen, ziehen die Ökonomen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinzu (früher Bruttosozialprodukt) „der gilt als die umfassendste Größe für die Einkommen der Inländer". „Das Bruttoinlandsprodukt gibt den Gesamtwert aller Güter, d. h. Waren und Dienstleistungen an, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt wurden, nach Abzug aller Vorleistungen. (…) Das BIP ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum" (5).

Das BIP wird verwendet um Länder wirtschaftlich zu vergleichen, aber man kann es auch zur Kalkulation auf verschiedenen geografischen Ebenen benutzen. Dieser Vorgang wird mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) durchgeführt:
sie stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung (6). Unter dem Namen „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 2012" sind die statistischen Reihen während der Periode von 1992 bis 2012 veröffentlicht, die besonders drei Indikatoren enthalten, die das Bruttoinlandsprodukt mit der Zahl der Einwohner, mit den Erwerbstätigen und mit den Arbeitsstunden der Erwerbstätigen in Verbindung setzen. Diese Statistiken werden nicht nur für das gesamte Land und für jedes Bundesland, sondern auch für Kreise und kreisfreie Städte berechnet, was ihre Kartografie möglich macht. Das BIP pro Kopf wird häufig für die internationalen Vergleiche mit den in Kaufkraftparität umgerechneten Werten benutzt. Sie spiegelt das Niveau der wirtschaftlichen Aktivität besser wider, als die Arbeitsproduktivität, da nicht alle Bewohner beschäftigt sind und nicht direkt zur Produktion beitragen, während sie jedoch mehr oder weniger davon profitieren. Es wird auch als ein Maß für den Lebensstandard und, ganz grob, als eine Gesamtbeurteilung der Kaufkraft betrachtet, die die internen Ungleichheiten des Einkommens nicht berücksichtigt.

Die Karte des BIP pro Einwohner (**Karte 10A**) unterstreicht die Bedeutung der deutschen Städte in der Wirtschaftstätigkeit. Düsseldorf, Frankfurt am Main, Stuttgart und München schlagen hohe Werte an, die zwischen 60.000 und 80.000 € pro Einwohner liegen. Aber nicht in diesen Metropolen beobachtet man Maximalwerte, sondern in kleineren Städten mit industrieller Produktion mit hohem Mehrwert: Wolfsburg, zum Beispiel auf dem ersten Platz mit 105.059 € pro Kopf, gefolgt von Ingolstadt mit 101.016. Man ermisst die Bedeutung der Produktion von Automobilen für die wirtschaftliche Vitalität der Städte.


A
Bruttoinlandsprodukt
in jeweiligen Preisen je Einwohner
2012
Euro je Einwohner
105 059
85 950
59 562
43 012
32 409
24 830
14 998
Deutschland : 32 550 / Nordrhein-Westfalen : 32 882
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 2012
©Philippe Waniez - 2015


B
Bruttoinlandsprodukt
in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen
2012
Euro je Erwerbstätige
117 828
99 380
75 816
65 894
59 381
52 918
39 573
Deutschland : 64 084 / Nordrhein-Westfalen : 65 964
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 2012
©Philippe Waniez - 2015


C
Bruttoinlandsprodukt
in jeweiligen Preisen je Arbeitsstunde
der Erwerbstätigen
2012
Euro je Arbeitsstunde
84,57
72,26
54,06
47,49
42,52
36,42
26,57
Deutschland : 45,99 / Nordrhein-Westfalen : 48,73
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 2012
©Philippe Waniez - 2015

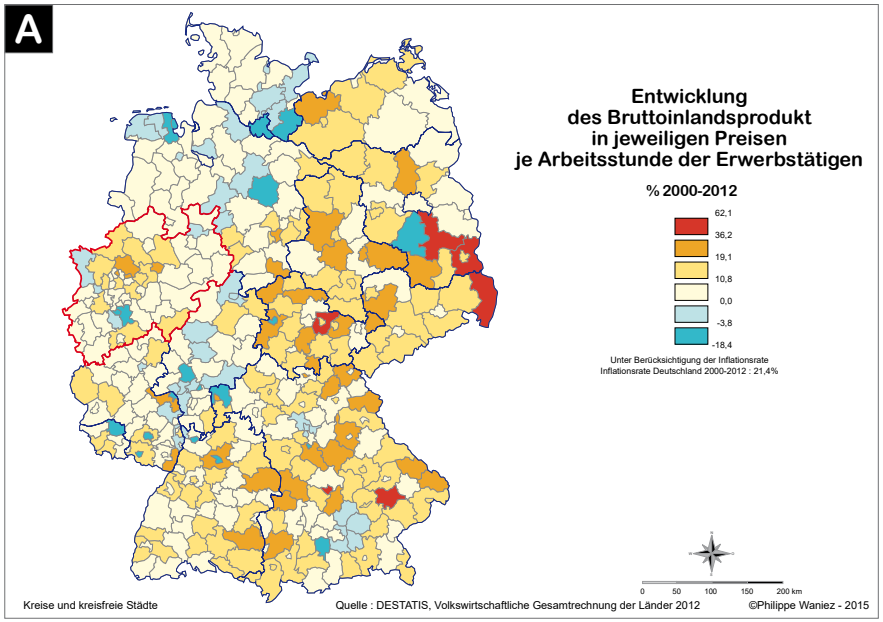
Auf einer mehr allgemeinen Art erkennt man auf der Karte das Gewicht des städtischen Netzes, obwohl der Wettbewerb zwischen den Städten Beschäftigungen anzuziehen eine wirkliche Unterscheidung im Bereich von Werten zwischen 40.000 und 60.000 € pro Kopf zur Folge hat. Das zweite wesentliche Merkmal dieser Karte ist das Andauern eines bedeutenden Kontrastes zwischen den alten und neuen Bundesländern. Selbst wenn die Städte der Ex-DDR in günstigerer Situation erscheinen als die anderen Kreise der neuen Länder, erreichen sie auf keinen Fall das BIP der westlichen Städte; dasselbe gilt in Berlin. Mit einem BIP pro Einwohner von 29.865 € erreicht Berlin kein mit den westlichen Metropolen vergleichbares Niveau. NRW unterscheidet sich nicht von anderen westlichen Bundesländern: die Bedeutung der großen Städte liegt auf der Hand, aber das Ruhrgebiet präsentiert Werte nahe dem Median. Die ländlichen Kreise der westlichen Hälfte erscheinen schlechter als die in der östlichen Hälfte.

Die folgenden beiden Indikatoren nähern sich dem Begriff der Arbeitsproduktivität: BIP je Erwerbstätigen (**Karte 10B**) und BIP pro Arbeitsstunde des Erwerbstätigen (**Karte 10C**). In beiden Fällen weitet sich die Kluft zwischen den alten und neuen Bundesländern, auch wenn man ein höheres Niveau der Werte in der einen oder andere Region abzeichnen sieht. Im Westen ist es für Hamburg der Fall, sowie im Herzen von NRW und insbesondere von der Rheinachse, von der Region Mainz-Wiesbaden-Frankfurt am Main, der Region Stuttgart mit Böblingen, Ludwigsburg und Heilbronn und der Raum München. Zu dieser Liste fügen sich einige kreisfreie Städte, wie die beiden bereits erwähnten Wolfsburg und Ingolstadt. Im Osten ist eine Achse zu sehen, die durch Berlin führt und an die sich der Landkreis Oberhavel Spree-Neiße anschließt. Darüber hinaus zeigen diese beiden Indikatoren keine signifikanten Unterschiede in der geografischen Verteilung.

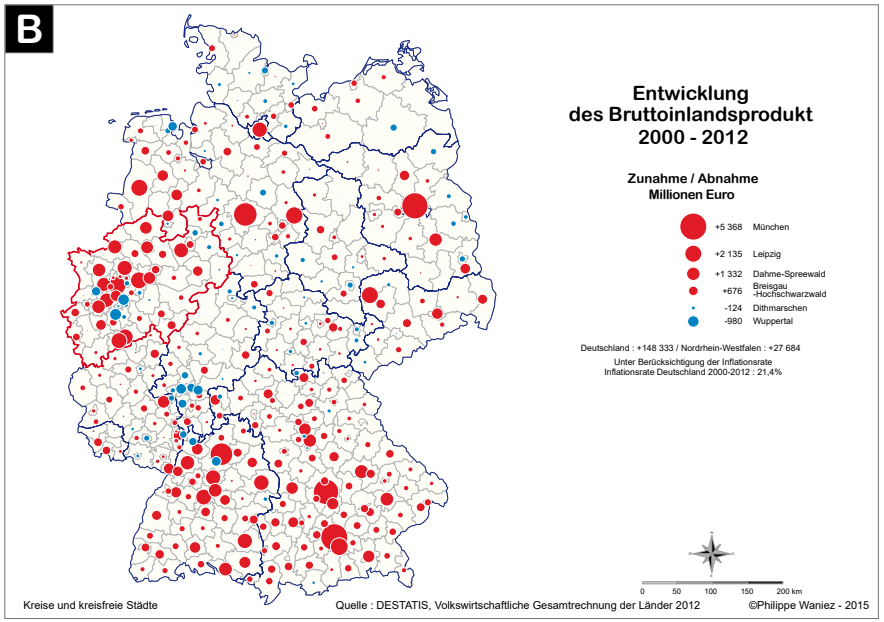
Noch einmal den deutlichen Unterschied zwischen den alten und den neuen Ländern betrachtend, kann man sich fragen, ob diese Aufteilung des nationalen Territoriums zwischen stark ertragreichen und weniger ertragreichen Bereichen dauerhaft ist. Die Karte der Veränderung des BIP pro Arbeitsstunde der Erwerbstätigen zeigt zwischen 2000 und 2012 (die Werte wurden inflationsbereinigt) eine ungewöhnliche Konfiguration. Tatsächlich beobachtet man Regionen, in denen die Produktivität steigt und andere, in denen sie zurückgeht (**Karte 11A**). Unter denjenigen, deren Produktivität steigt befinden sich zahlreiche Kreise der neuen Länder. Sicher sind diese viel niedriger angefangen, aber die registrierte Entwicklung ist die der Vermehrung der Produktivität der Arbeit je gearbeitete Stunde. Die Zunahme der Produktivität ist übrigens nicht spezifisch für die neuen Länder: Sie betrifft auch den größten Teil des südlichen Landes sowie die Nordhälfte von NRW. Allerdings zeigen viele Großstädte der Länder Produktivitätsverluste. Dies ist insbesondere der Fall in München, Frankfurt am Main, Köln, Hamburg. Angesichts der Art der Berechnung des Indikators müssen zwei Faktoren berücksichtigt werden, um diese Entwicklungen zu verstehen: erstens die Zunahme oder Abnahme des BIPs und zweitens die Erhöhung oder Reduzierung der Anzahl von Arbeitsstunden.

Das inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt zeigt zwischen 2000 und 2012 einen Zuwachs von 148,333 Milliarden € für das gesamte Land an. Die Wirtschaftskrise von 2009, die ein negatives Wachstum verursachte (wie in anderen europäischen Ländern), hatte nur einen vorübergehenden Effekt: fast alle Regionen des Landes haben einen Wachstum des BIPs, jedoch in unterschiedlichem Maße.

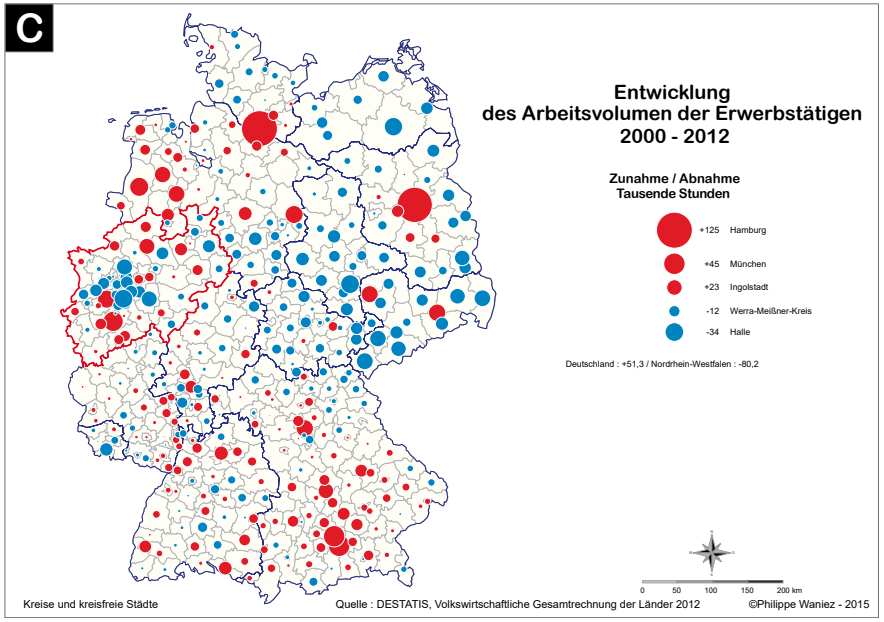
A


Entwicklung
des Bruttoinlandsprodukt
in jeweiligen Preisen
je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen
% 2000-2012
62,1
36,2
19,1
10,8
0,0
-3,8
-18,4
Unter Berücksichtigung der Inflationsrate
Inflationsrate Deutschland 2000-2012 : 21,4%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 2012
©Philippe Waniez - 2015

B


Entwicklung
des Bruttoinlandsprodukt
2000 - 2012
Zunahme / Abnahme
Millionen Euro
+5 368 München
+2 135 Leipzig
+1 332 Dahme-Spreewald
+676 Breisgau -Hochschwarzwald
-124 Dithmarschen
-980 Wuppertal
Deutschland : +148 333 / Nordrhein-Westfalen : +27 684
Unter Berücksichtigung der Inflationsrate
Inflationsrate Deutschland 2000-2012 : 21,4%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 2012
©Philippe Waniez - 2015

C


Entwicklung
des Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen
2000 - 2012
Zunahme / Abnahme
Tausende Stunden
+125 Hamburg
+45 München
+23 Ingolstadt
-12 Werra-Meißner-Kreis
-34 Halle
Deutschland : +51,3 / Nordrhein-Westfalen : -80,2
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 2012
©Philippe Waniez - 2015

Baden-Württemberg und Bayern ragen deutlich als Sieger hervor, mit nur leichtem Rückgang in einigen Kreisen (**Karte 11B**). Dies ist auch der Fall in NRW, aber mit einer besorgniserregenden Situation in Leverkusen, Wuppertal und Krefeld. Die Situation der Metropole Wiesbaden-Frankfurt am Main ist auch nicht gut angezeigt. Niedersachsen präsentiert sich mit einem gemischten Bild, durch ein starkes Wachstum in Hannover und Wolfsburg sowie dem Westen des Landes, während die östliche Hälfte stagniert. Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein befinden sich auch in der Stagnation. Im Osten Deutschlands haben die Entwicklungen seit dem Jahr 2000 im Wesentlichen zugunsten einiger großen Städten stattgefunden: Berlin (und den angrenzenden Kreisen) und Leipzig sind die ersten Nutznießer, gefolgt von Dresden und von Görlitz.

Die Karte über die Entwicklung der Anzahl von Arbeitsstunden (**Karte 11C**) stellt ein abweichendes Bild zum vorherigen dar. Es gibt viele Regionen, in denen sich die Anzahl der Stunden deutlich verringert. Dies ist vor allem in den neuen Bundesländern der Fall, mit Ausnahme von Brandenburg, Leipzig und Dresden. Das erklärt zum großen Teil die anscheinend positive Entwicklung der Produktivität in diesem Teil des Landes: Das Bruttoinlandsprodukt nimmt verhältnismäßig gering zu, aber das ausgeführte Arbeitsvolumen verringert sich sehr. Man ist weit entfernt von einer großen Bewegung der östlichen Aufholung im Vergleich zum Westen. In Berlin und in den umliegenden Kreisen ist die Entwicklung umgekehrt: Beide Größen wachsen gleichzeitig, was positiver erscheint. In Bayern ist die Entwicklung ebenfalls positiv aber in den peripherischen Kreisen von München erhöht sich die Anzahl der gearbeiteten Stunden schneller, als der Wert der Produktion, dies verursacht einen Rückgang der Produktivität.

NRW stellt ein kontrastiertes Bild dar: in einem Dreieck, das Viersen mit Recklinghausen und mit dem Märkischen Kreis verbindet und der die Drei Bergischen einschließt, verringert sich die Anzahl der Arbeitsstunden deutlich. Dies ist auch der Fall im Nordosten des Landes von Höxter bis Minden. An anderer Stelle in NRW nimmt das Arbeitsvolumen zu, insbesondere von Bonn bis Düsseldorf. Demnach entwickelt sich die Produktivität der Arbeit unterschiedlich, mit Kreisen, die positiv fortschreiten (Westfalen) und anderen, die stagnieren (Teutoburger Wald, Sauerland, Eifel und die Region von Aachen) und schließlich relativ wenige Kreise, die zurückgehen (Leverkusen, Rheinisch-Bergischer Kreis). Während die Produktivität von Düsseldorf stagniert, verringert sich die von Köln schwach, weil die Erhöhung der Anzahl von Arbeitsstunden nicht in Übereinstimmung zu dem schwachen Fortschreiten des hergestellten Wertes steht.

3. Die Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf

Der Zensus in Deutschland von 2011 definiert 5 Kategorien erwerbstätige Personen entsprechend der Stellung im Beruf. Für die europäischen Regionen gibt Eurostat die Verteilung der Erwerbstätigen nur in drei großen Kategorien an. Die Daten berücksichtigen nicht die Beamten und sind mit denen vom deutschen Zensus nicht direkt vergleichbar.

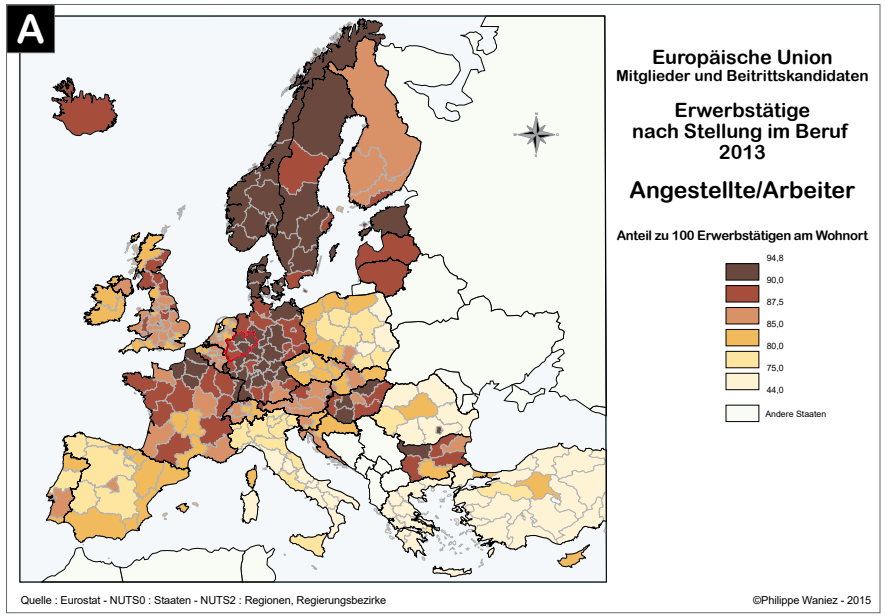
Die Angestellte/Arbeiter

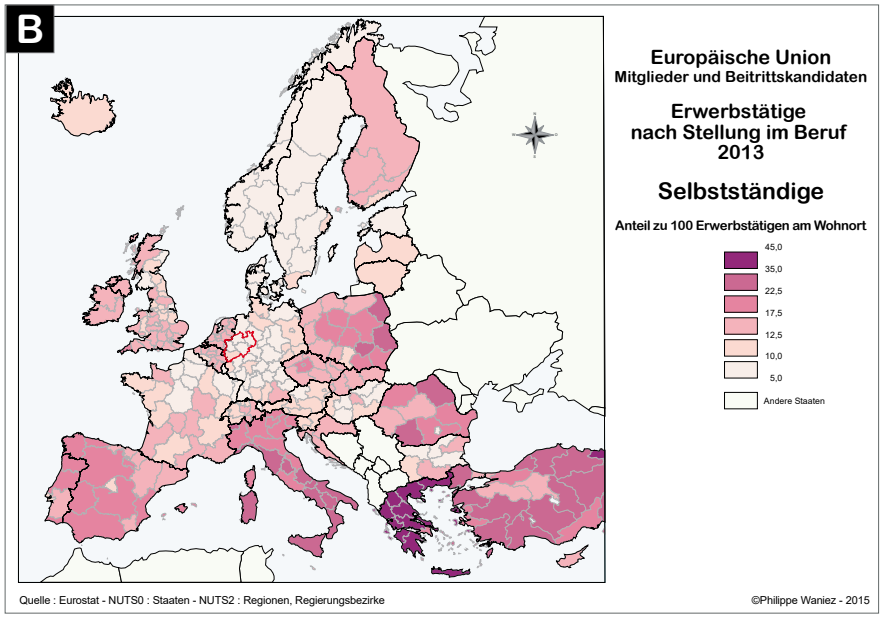
Dies sind alle Personen, die in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehen. Auf der Karte von Europa (**Karte 12A**) gehört Deutschland zu den Ländern mit einem hohen Anteil von Angestellten/Arbeitern. Nur Dänemark, Schweden und Norwegen befinden sich auf demselben Niveau, ebenso wie der Norden von Frankreich und in einem kleineren Maß Ungarn, Bulgarien und die baltischen Länder. Solche Prozentsätze sind demnach eine der nordeuropäischen Besonderheiten, aber sie besitzen nicht die Exklusivität. In den meisten Ländern im Osten und Süden hingegen dominieren die Angestellten/Arbeiter weniger stark unter den Beschäftigten. Dies ist insbesondere in Griechenland, der Türkei, Italien der Fall sowie Spanien, Polen, Rumänien und Tschechien.

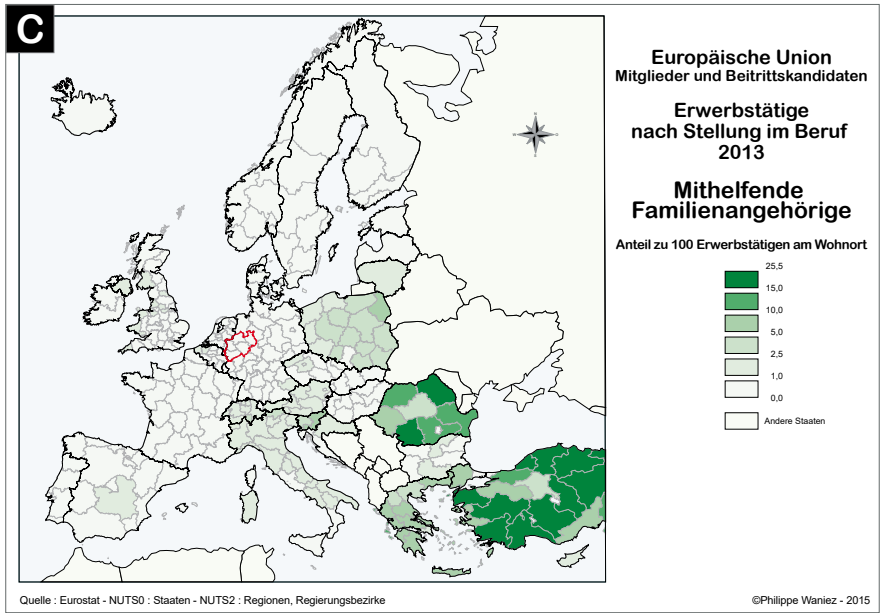
In Deutschland, bilden Angestellte/Arbeiter mit mehr als 34 Millionen die größte Kategorie, das sind 83,4% der Beschäftigten. Die Karte der erwerbstätigen Bevölkerung (**Karte 13A**) zeigt einen klaren Kontrast zwischen den neuen Ländern, in denen sie häufig 85,0% übersteigt und den alten Ländern, in denen sie schwächer erscheint, ohne jemals die 72,0% zu unterschreiten. In den neuen Bundesländern liegen nur Berlin und Brandenburg bei Prozentsätzen unter dem nationalen Durchschnitt; in Berlin sind es nur 78,5% der Beschäftigten. In den alten Bundesländern ist das Gewicht der Angestellten/Arbeiter unterschiedlich. Die Großstädte liegen oft unter dem Durchschnitt, z. B. 80,0% in München und Köln, 82,0% in Hamburg oder leicht darüber Stuttgart oder Bremen mit 84,0%. Es ist zu beobachten, dass der Alpenteil von Oberbayern durch verhältnismäßig schwache Prozentsätze charakterisiert ist (78,0% in Garmisch-Partenkirchen). Im Gegensatz dazu haben die ländlichen Gebiete von Baden-Württemberg hohe Werte, in der Größenordnung von 85,0% und das ist in Westfalen ebenso.

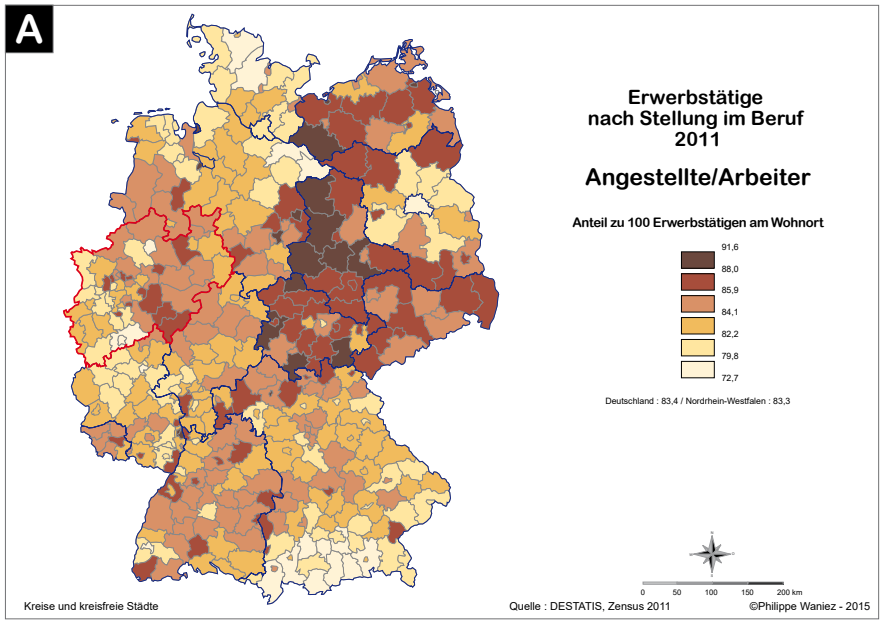
In NRW liegen die ländlichen Regionen von Siegerland-Wittgenstein, dem Sauerland, dem Teutoburger Wald und dem Osten von Westfalen (**Karte 14A**) deutlich über dem Durchschnitt des Landes (83,3%). Stattdessen weisen die meisten Städte einen niedrigeren Anteil Angestellte / Arbeiter aus: In Münster erreichen sie nicht die 79,0% und in Köln und Düsseldorf keine 81%. Bonn und seine Region haben weniger als 78,0% unter den Beschäftigten.

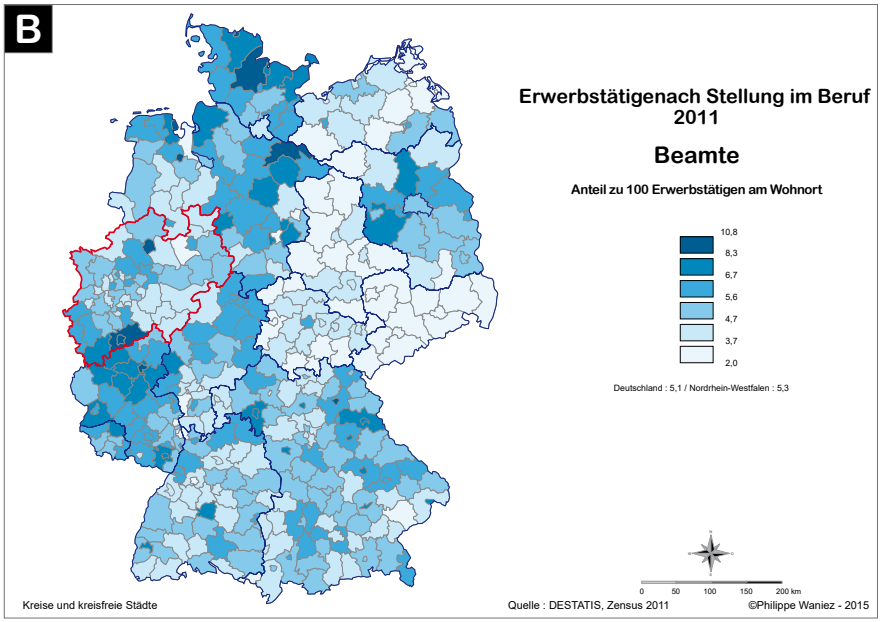
Trotz des hohen Anteils Angestellte/Arbeiter und dem Gewicht in der Erwerbsbevölkerung sind sie nicht gleichmäßig über das gesamte Gebiet verteilt. Während sie stark im Osten des Landes und in vielen ländlichen Gebieten vertreten sind, sind sie etwas geringer in den Städten. Diese Kontraste sind nicht nur das Zeichen einer mehr oder weniger großen Repräsentanz anderer Stellungen im Beruf, sondern auch der Art und Weise, in der sich die Arbeitskräfte organisieren.

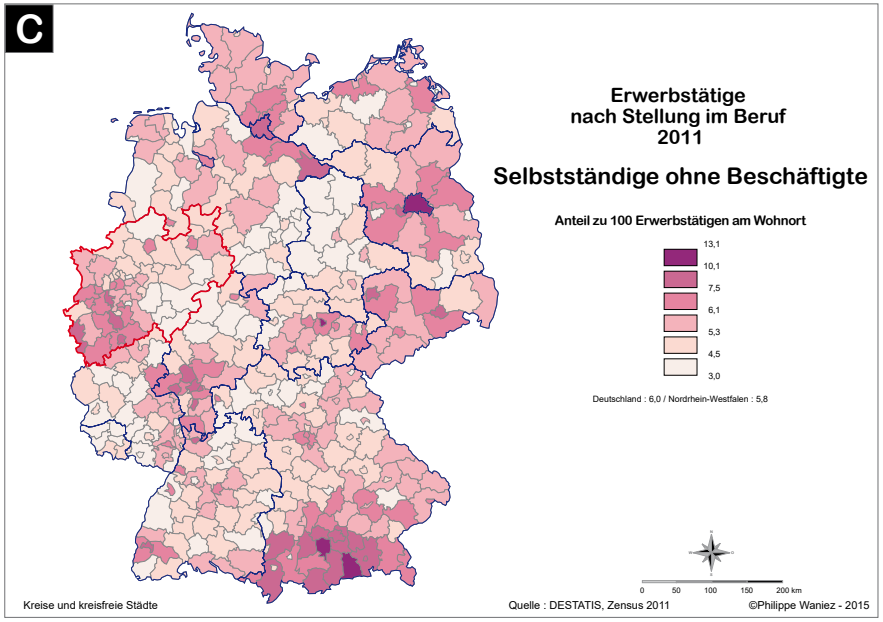

A
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Erwerbstätige
nach Stellung im Beruf
2013
Angestellte/Arbeiter
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
94,8
90,0
87,5
85,0
80,0
75,0
44,0
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

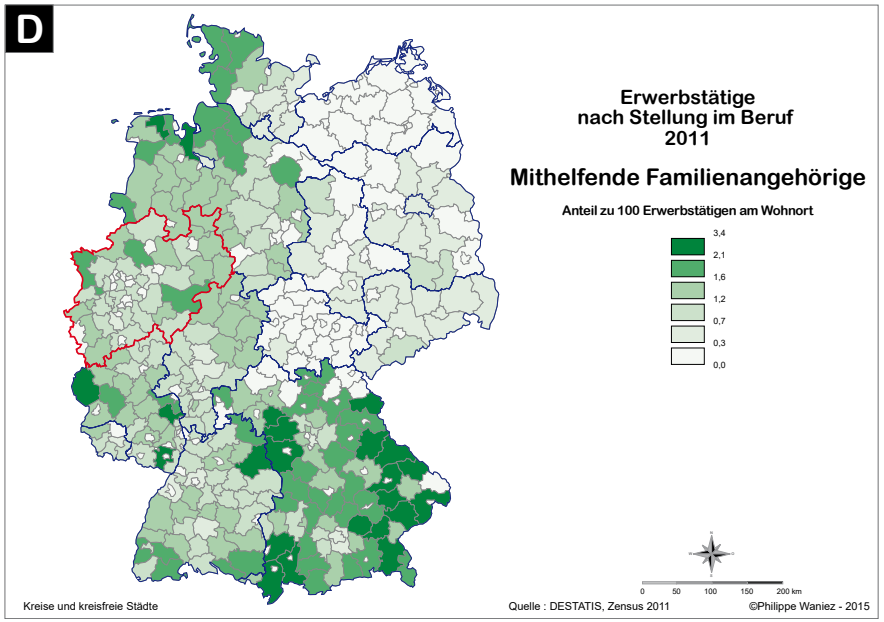

B
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Erwerbstätige
nach Stellung im Beruf
2013
Selbstständige
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
45,0
35,0
22,5
17,5
12,5
10,0
5,0
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

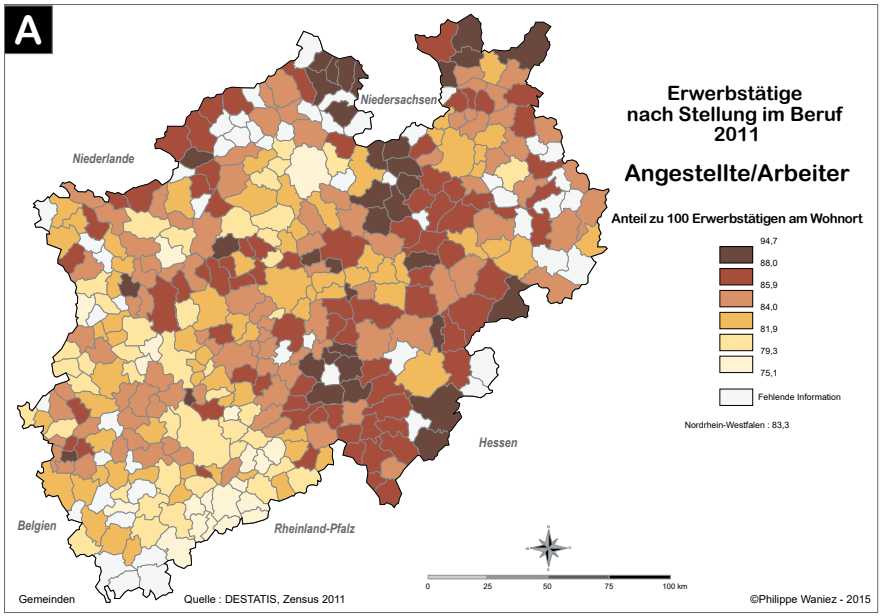

C
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Erwerbstätige
nach Stellung im Beruf
2013
Mithelfende
Familienangehörige
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
25,5
15,0
10,0
5,0
2,5
1,0
0,0
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

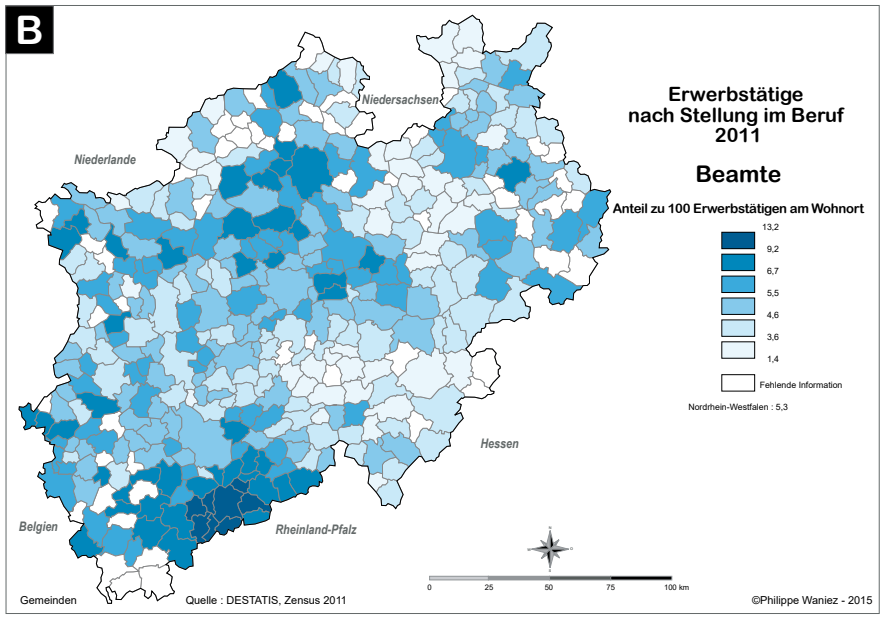

A
Erwerbstätige
nach Stellung im Beruf
2011
Angestellte/Arbeiter
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
91,6
88,0
85,9
84,1
82,2
79,8
72,7
Deutschland : 83,4 / Nordrhein-Westfalen : 83,3
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

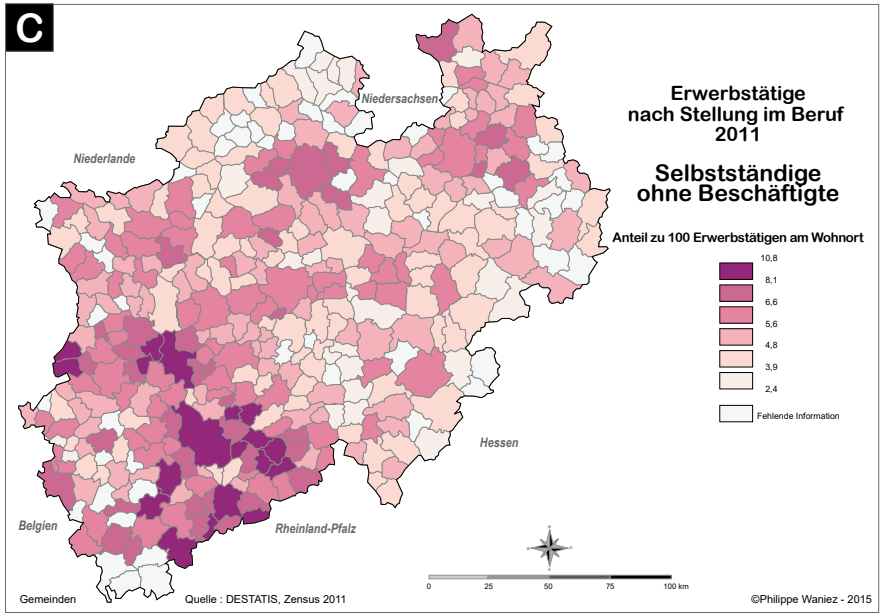

B
Erwerbstätigenach Stellung im Beruf
2011
Beamte
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
10,8
8,3
6,7
5,6
4,7
3,7
2,0
Deutschland : 5,1 / Nordrhein-Westfalen : 5,3
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Erwerbstätige
nach Stellung im Beruf
2011
Selbstständige ohne Beschäftigte
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
13,1
10,1
7,5
6,1
5,3
4,5
3,0
Deutschland : 6,0 / Nordrhein-Westfalen : 5,8
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Erwerbstätige
nach Stellung im Beruf
2011
Mithelfende Familienangehörige
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
3,4
2,1
1,6
1,2
0,7
0,3
0,0
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Erwerbstätige
nach Stellung im Beruf
2011
Angestellte/Arbeiter
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
94,7
88,0
85,9
84,0
81,9
79,3
75,1
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 83,3
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Erwerbstätige
nach Stellung im Beruf
2011
Beamte
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
13,2
9,2
6,7
5,5
4,6
3,6
1,4
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 5,3
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Erwerbstätige
nach Stellung im Beruf
2011
Selbstständige
ohne Beschäftigte
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
10,8
8,1
6,6
5,6
4,8
3,9
2,4
Fehlende Information
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Karten 14

Die Beamten

Darunter zählen alle Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden oder sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Richter und alle Soldaten. Das sind 2.085.380 Personen und 5,1% der Beschäftigten von Deutschland. Die neuen Länder haben eine geringe Präsenz an Beamten, außer Brandenburg (**Karte 13B**). Die Nähe zu Berlin und die Arbeitsplätze in der Bundesregierung kann diese Besonderheit in diesem Zusammenhang erklären. Im Allgemeinen werden die Hauptstädte der Bundesländer mit einem hohen Anteil an Beamten ausgewiesen, weil man dort die meisten Landesverwaltungen findet: 4,6% in München und 4,5% in Hamburg, 4,3% in Düsseldorf. Diese Metropolen konzentrieren eine beachtenswerte Menge an Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft, die die Bedeutung der Beamten in der erwerbstätigen Bevölkerung verdeckt. In anderen Hauptstädten von kleinerer Größe sind die Prozentsätze höher: 6,0% in Erfurt, 5,8% in Schwerin. In den in Regierungsbezirke aufgeteilten Ländern, wie NRW, Bayern oder Baden-Württemberg, weisen die Hauptstädte dieser Regierungsbezirke mehr Beamte aus: 8,8% in Münster, 7,3% in Landshut, 6,9% in Regensburg, 8,3% in Bayreuth.

In mehreren Kreisen an der Ost- und Nordsee beobachtet man einen hohen Anteil von Beamten: 9,7% in Wilhelmshaven, 8,1% in Plön, 7,7% in Schleswig-Flensburg, 7,3% in Cuxhaven. Diese Kreise sind Standorte der deutschen Marine (Häfen, Marineluftwaffe und militärische Anlagen) und entsprechen auf dem lokalen Plan einer echten Wirtschaftsbedeutung (7). Das bestätigt sich örtlich ebenso für das Heer (9,2% in Lüneburg) oder die Luftwaffe (9,2% für den Kreis von Cochem-Zell, wo die Luftwaffenbasis von Büchel liegt) (8).

In NRW stellen die Beamten der ländlichen Ostgebiete im Allgemeinen einen geringen Anteil der Arbeitskräfte dar (**Karte 14B**). In den wichtigsten Städten der Achsen von Rhein und Ruhr sind die Prozentsätze oft nahe dem Durchschnitt des Landes oder niedriger: 5,4% in Köln, 4,3% in Düsseldorf, 4,0% in Duisburg, 5,3% in Essen 5,3% und 5,4% in Dortmund. Die vom Herzen des Landes entfernteren Städte zeigen eine höhere Präsenz der Verwaltung: 5,7% in Bielefeld und Aachen, 6,7% in Detmold und Rheine, 8,8% Münster. Das Vorhandensein eines zentralen Pols von 9,6% in Bonn und seiner umliegenden Region ist eine Besonderheit: zur Bundesstadt geworden, hat die ehemalige Hauptstadt von der Aufrechterhaltung eines Teils der bundesstaatlichen Verwaltung auf diesem Gebiet profitiert, dies erklärt sicher diese Originalität.

Die Selbstständigen

Die Selbstständigen sind alle Personen, die in keinem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehen. In Europa charakterisiert dieser Status die peripheren Länder (**Karte 12B**), im Osten von Finnland bis Polen, Rumänien, Türkei und im Süden insbesondere Griechenland (31,5%), Italien, Spanien und Portugal. In den Ländern Nordeuropas wird die Stelle der Selbstständigen oft auf weniger als 10,0% der Beschäftigten reduziert, aber in Benelux und in Großbritannien ist der Anteil etwas höher, jedoch weniger als 15,0%.

In Deutschland repräsentieren 10,6% Selbstständige den Anteil der Erwerbsbevölkerung. Die Volkszählung unterscheidet zwischen Selbstständigen mit Beschäftigten und Selbstständigen ohne Beschäftigte. Die Selbstständigen mit Beschäftigten sind alle Personen, die in keinem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehen und abhängig Beschäftigte haben, die ein Arbeitsentgelt erhalten.

Das sind 1.873.770 Personen und 4,6% der Beschäftigten von Deutschland. Die Selbstständigen ohne Beschäftigte sind alle Personen, die in keinem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehen und höchstens mithelfende Familienangehörige ohne Entgelt beschäftigen. Sie sind zahlreicher als die vorherige Gruppe, mit 2.446.560 Personen und 6,0% der Beschäftigten von Deutschland.

Während die Karte der Selbstständigen mit Beschäftigten keine besonderen Merkmale darstellt, ist die der Selbstständigen ohne Beschäftigte auf der geografischen Karte interessant. Es ist darauf hinzuweisen, dass es sich um Individuen handelt, die ihre Dienste entweder größeren Unternehmen oder Privatpersonen anbieten. Dies ist oft ein prekärer Beschäftigungsstatus für die Erwerbstätigen, die keine dauerhafte Anstellung finden (und manchmal nicht finden möchten), um ihr eigenes Unternehmen zu gründen. Für junge Menschen ist es ein Weg, um Geschäfte auf einem Arbeitsmarkt zu führen, die ihnen sonst verschlossen sind; für ältere Erwachsene ist es die Möglichkeit ein zusätzliches Einkommen zu bekommen. Auf der Karte von Deutschland (**Karte 13C**) findet man sie hauptsächlich in den Großstädten oder in ihren umliegenden Kreisen. Dort befindet sich eben die Kundschaft und das ist gleichermaßen in den alten wie in den neuen Bundesländern. In Berlin erreichen sie 11,0% der Erwerbstätigen, aber Starnberg in Bayern präsentiert sich mit dem maximalen Anteil von 13,1%. Darüber hinaus bildet der Süden von Bayern insgesamt eine starke Proportion von Selbstständigen ohne Beschäftigte; vielleicht muss man diese Besonderheit in Verbindung mit der Touristentätigkeit und dem Bergsport in dieser Region sehen.

In NRW sind die Selbstständigen ohne Beschäftigte wie im Rest von Deutschland in den bedeutenden Städten verankert; stärker auf der Rheinachse als auf der Ruhrachse: 8,1% in Bonn, 8,7% in Köln, 8,3% in Düsseldorf und von 5,5% bis 6,5% von Essen bis Dortmund (**Karte 14C**). Diese Unterschiede äußern sich sicher durch die teilweise vorkommenden Möglichkeiten, die man hier oder da findet, um eine individuelle Tätigkeit zu entwickeln. Mit anderen Worten, die prekäre Beschäftigung wächst auf dem Boden der reichsten Städte des Landes. In geringerem Maße ist dies auch in Münster (7,3%) und Aachen (7,6%) der Fall.

Die Mithelfenden Familienangehörige

Die Mithelfenden Familienangehörige sind Familienangehörige, die regelmäßig und überwiegend in einem landwirtschaftlichen oder nichtlandwirtschaftlichen Betrieb, der von einem Familienmitglied als Selbstständigem geleitet wird, mithelfen, ohne hierfür Lohn oder Gehalt zu erhalten und ohne dass für sie Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

Diese Kategorie von Arbeitskräften umfasst rund 2,6 Millionen Menschen in der Europäischen Union, die nicht zu missachten sind. Allerdings betreffen sie nur eine kleine Anzahl von Ländern in bedeutsamer Weise (**Karte 12C**): Polen, Griechenland, Italien besonders und die Türkei (die nicht zur EU gehört). Im Westen von Europa ist dieser Status unwesentlich, weil er im Allgemeinen weniger als 1,0% der erwerbstätigen Bevölkerung darstellt.

In Deutschland gibt es 402.390 mithelfende Familienangehörige, das sind 0,9% der Beschäftigten. Allerdings kann ihr Anteil in einigen Regionen relativ hoch sein (**Karte 13D**). Die neuen Länder sind praktisch nicht betroffen, ebenso die Städte. In den ländlichen Gebieten steigt ihr Anteil manchmal über 1,0%, wie im Westen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen, in Oberhessen, Eifel und Hunsrück, Schwarzwald und die meisten Landkreise von Bayern. Es handelt sich fast immer um Regionen, in denen Zuchtbetriebe zu finden sind (Rinderhaltung und Schweinehaltung) (9).

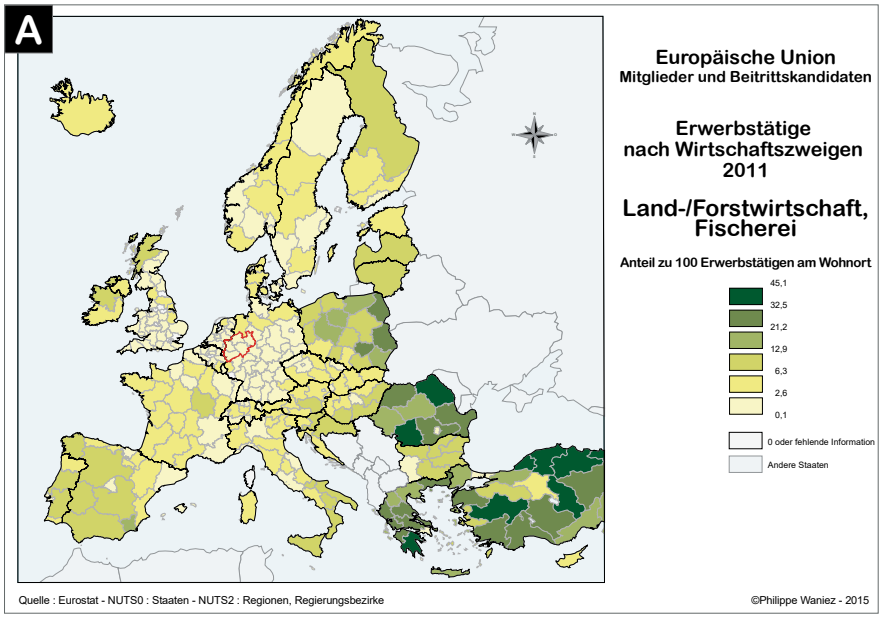
4. Die Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen

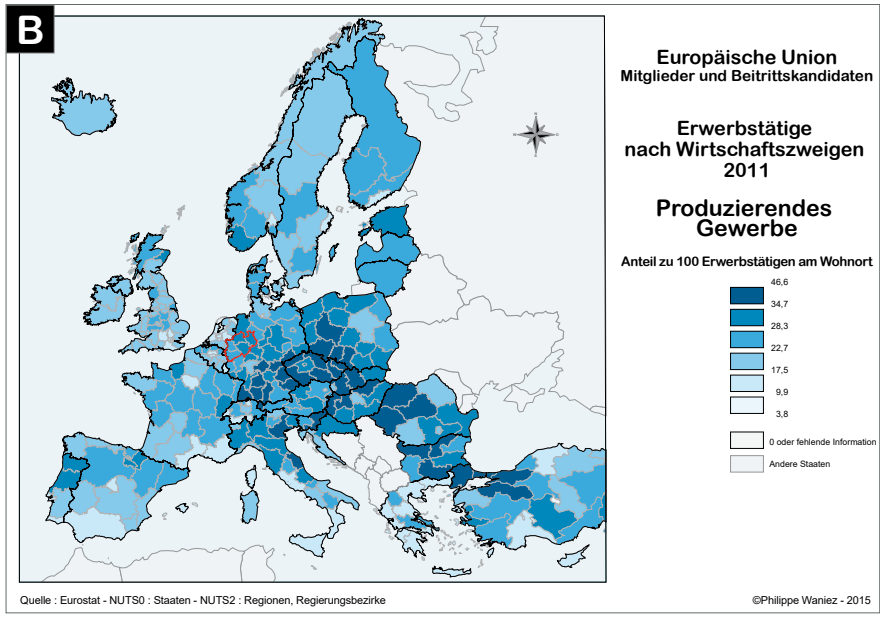
„Der Wirtschaftszweig bezieht sich auf die Art der Produktion oder Tätigkeit des Betriebes oder einer ähnlichen Wirtschaftseinheit, in dem bzw. in der sich der Arbeitsplatz einer erwerbstätigen Person im Alter von 15 Jahren und älter befindet“ (10). Die benutzte Nomenklatur um alle tätigen Personen in einem Wirtschaftszweig zu registrieren, datiert aus dem Jahr 2008 (WZ 2008). Sie umfasst mehrere Detailstufen: 38, 21, 10 oder drei verschiedene Kategorien. Hier wird das Niveau in 3 Kategorien benutzt, ergänzt um manche Elemente aus dem Niveau in 10 Kategorien. Die drei großen Wirtschaftszweige sind die folgenden: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, das Produzierende Gewerbe und die Dienstleistungsbereiche. In der Ausprägung des Produzierenden Gewerbes findet man hauptsächlich Baugewerbe, Verarbeitendes Gewerbe, Energieversorgung und Wasserversorgung. Die Ausprägung des Dienstleistungsbereiches ist sehr unterschiedlich in ihrer Zusammensetzung: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Verwaltung, Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Gesundheits- und Sozialwesen, Kunst... Die in den verschiedenen Karten enthaltenen Angaben beziehen sich hier auf die Bedeutung jeden Wirtschaftszweigs hinsichtlich der Erwerbstätigen, nicht auf den entsprechend erzeugten Wert.

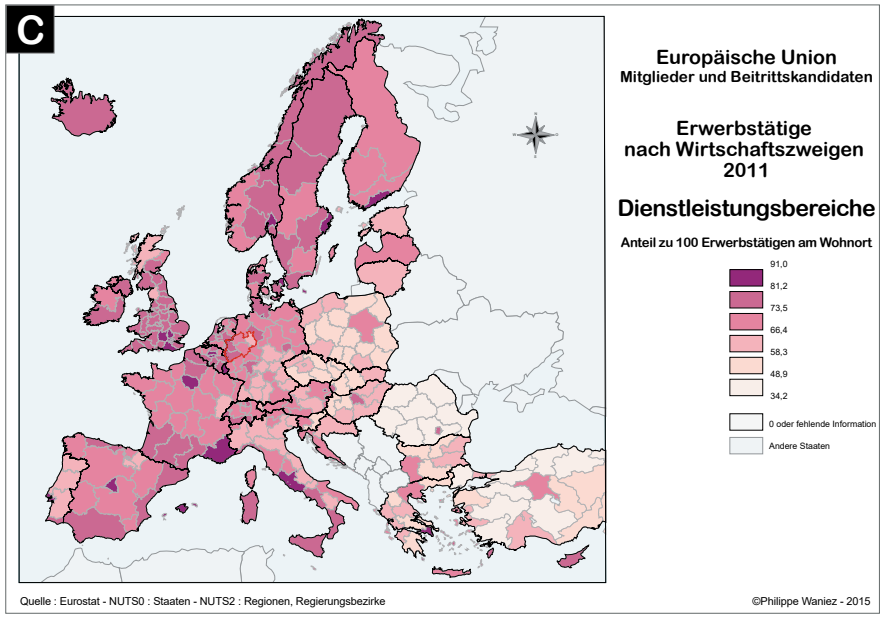
Die Erwerbstätigen in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Insgesamt stellen heute in der EU die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei einen winzigen Bruchteil der Erwerbstätigen dar: weniger als 5,0% im Jahr 2014. Dieser Anteil variiert recht stark zwischen den einzelnen Ländern (**Karte 15A**). Er ist in Deutschland (1,3%) sehr niedrig, dem Vereinigten Königreich und Belgien (1,1%), in den Niederlanden (1,96%) und den skandinavischen Ländern. Frankreich (2,8%) und Italien (3,5%) nehmen eine Zwischenstellung ein. Die höchsten Anteile werden in Spanien (4,2%), Irland (4,7%) und Portugal (5,5%) registriert. In Osteuropa liegt das Gewicht der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei viel höher: Polen (11.2%), Griechenland (13,0%), Rumänien (25,4%). Innerhalb der Länder sind die Unterschiede der beobachteten Prozente zwischen den Regionen weniger bedeutend als die, die zwischen den Ländern sichtbar sind. Man beobachtet jedoch bedeutsame Kontraste in Polen, Italien und Frankreich. In Deutschland variieren die Anteile zwischen 0,5% (Region Karlsruhe) und 3,7% (Region Lüneburg).

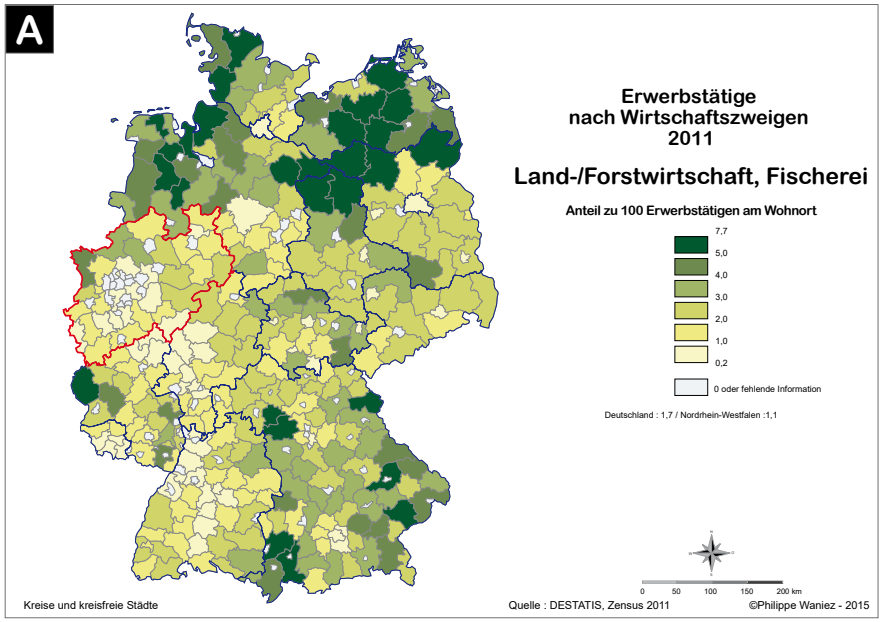
Wenn man Deutschland auf detailliertere Weise betrachtet, beobachtet man ziemlich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Der Norden auf einer Linie von Hannover-Berlin erscheint besonders landwirtschaftlich jedoch unter Ausschluss von Hamburg und seiner Region (**Karte 16A**). Diese Kreise von Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern liegen häufig über 4,0% Beschäftigte in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und sogar manchmal über 5,0%. Das ist auch in Bayern der Fall, in seinen südlichen Landkreisen (Allgäu) und denen im Südosten (Rottal-Inn und der Straubing-Bogen), des Nordens von Thüringen (Kyffhäuserkreis) und der westlichen von Rheinland-Pfalz (Bernkastel-Wittlich und der Eifelkreis Bitburg-Prüm). Darüber hinaus scheint ihre Präsenz schwach, sogar in Baden-Württemberg und Hessen.

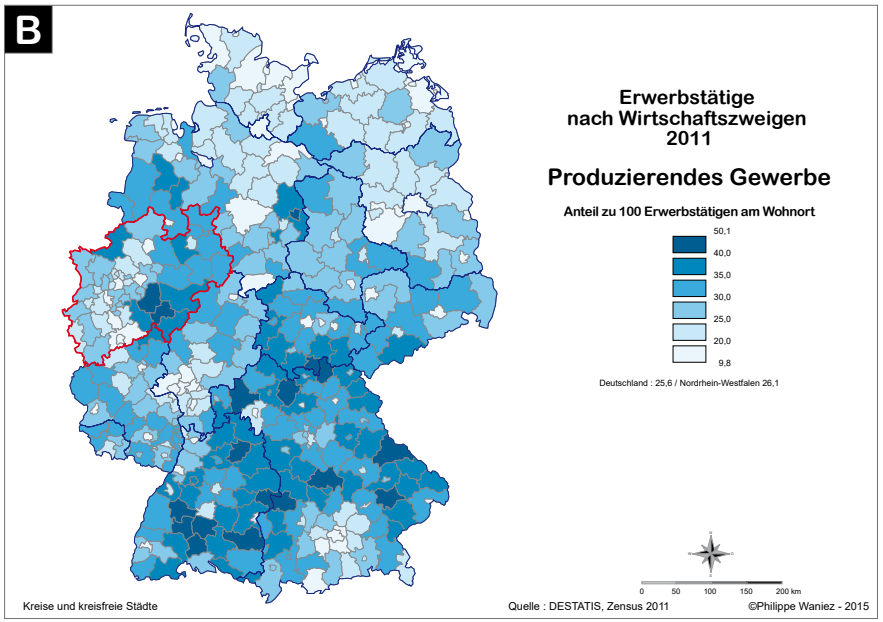

A
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2011
Land-/Forstwirtschaft,
Fischerei
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
45,1
32,5
21,2
12,9
6,3
2,6
0,1
0 oder fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

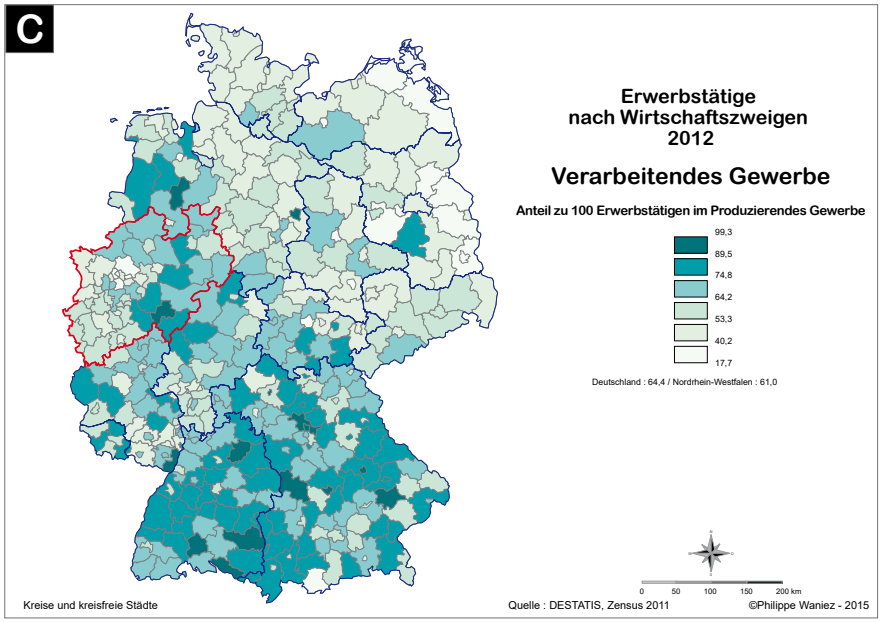

B
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2011
Produzierendes
Gewerbe
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
46,6
34,7
28,3
22,7
17,5
9,9
3,8
0 oder fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

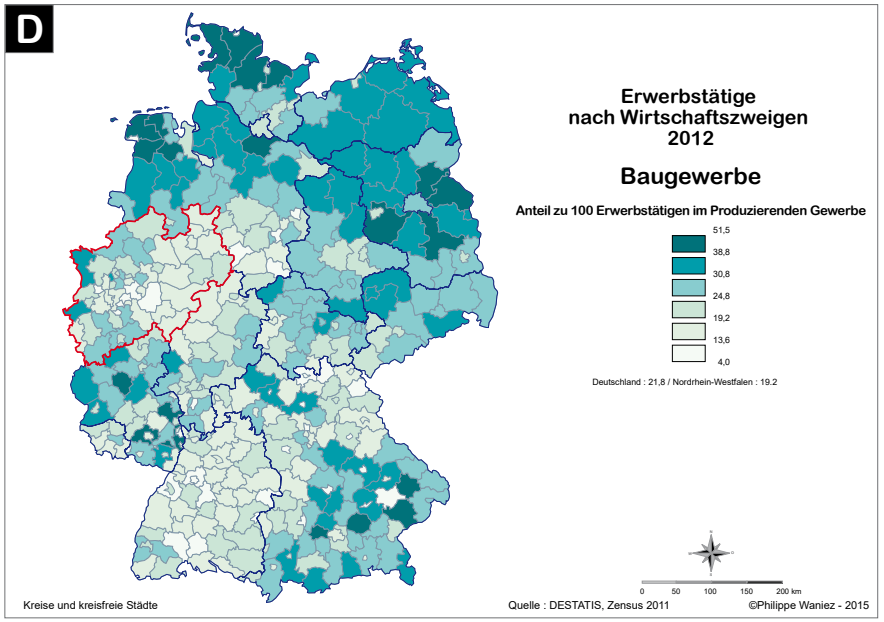

C
Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2011
Dienstleistungsbereiche
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
91,0
81,2
73,5
66,4
58,3
48,9
34,2
0 oder fehlende Information
Andere Staaten
Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke
©Philippe Waniez - 2015

Karten 15


A
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2011
Land-/Forstwirtschaft, Fischerei
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
7,7
5,0
4,0
3,0
2,0
1,0
0,2
0 oder fehlende Information
Deutschland : 1,7 / Nordrhein-Westfalen :1,1
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


B
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2011
Produzierendes Gewerbe
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
50,1
40,0
35,0
30,0
25,0
20,0
9,8
Deutschland : 25,6 / Nordrhein-Westfalen 26,1
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2012
Verarbeitendes Gewerbe
Anteil zu 100 Erwerbstätigen im Produzierendes Gewerbe
99,3
89,5
74,8
64,2
53,3
40,2
17,7
Deutschland : 64,4 / Nordrhein-Westfalen : 61,0
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


D
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2012
Baugewerbe
Anteil zu 100 Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe
51,5
38,8
30,8
24,8
19,2
13,6
4,0
Deutschland : 21,8 / Nordrhein-Westfalen : 19.2
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

In NRW betragen die Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei kaum 1,1% der Erwerbstätigen. Aber ihre Verteilung ist sehr kontrastreich (**Karte 17A**): sie sind praktisch nicht in dem Herzen des Landes, sondern viel mehr in der Peripherie, vor allem am Niederrhein und im Sauerland ebenso in Westfalen, Teutoburger Wald und der Eifel.

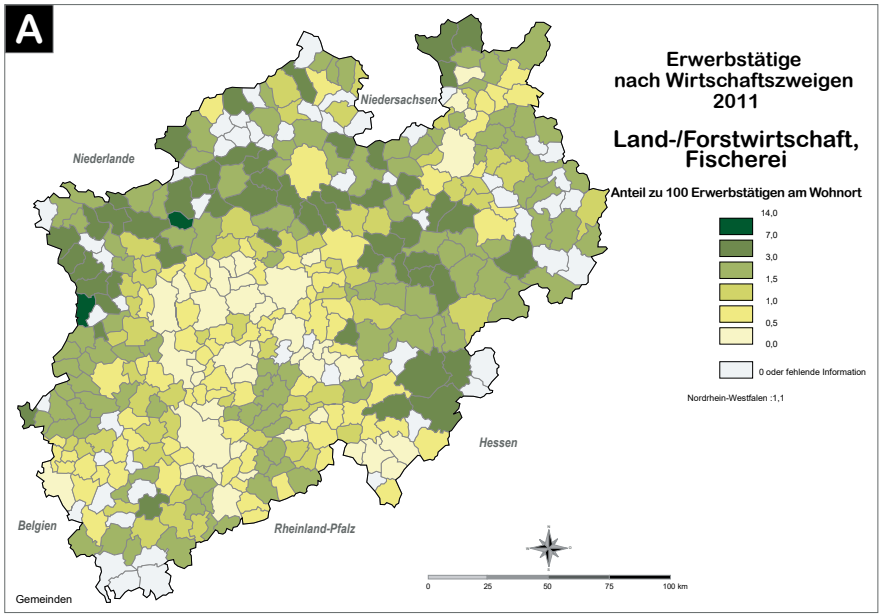
Die Erwerbstätigen in dem Produzierenden Gewerbe

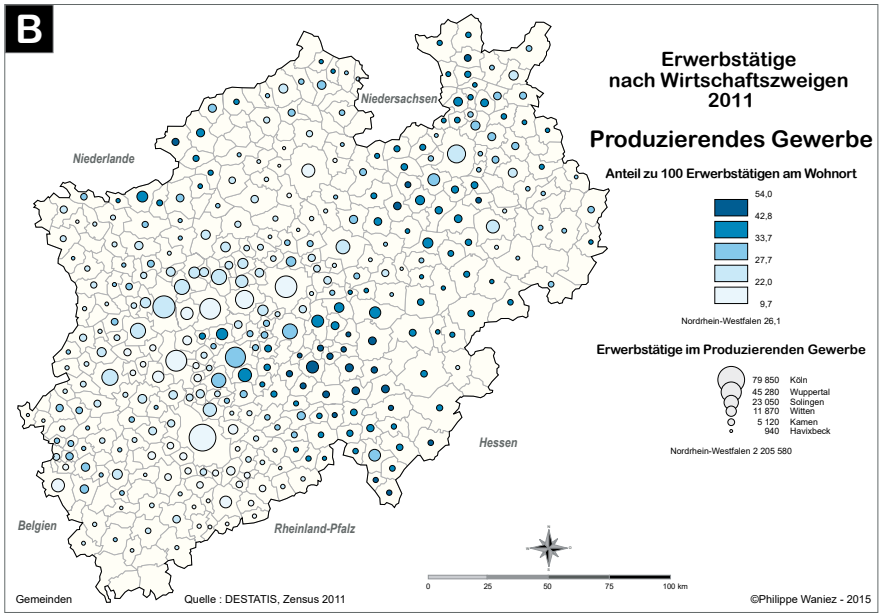
Das Produzierende Gewerbe beschäftigt 24,3% der Erwerbstätigen in der Europäischen Union, das sind fast 5-mal mehr als in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Es ist ein Wirtschaftszweig, deren Bedeutung für die Erwerbstätigen von einer Region zur anderen in Europa beträchtlich variiert. In erster Linie ist der östliche Teil des Kontinents betroffen (**Karte 15B**): Die Herstellungskosten sind relativ günstig, um Massenprodukte für den Westen herzustellen. Darüber hinaus sind die Dienstleistungsbereiche dort noch schwach entwickelt. Viele Regionen von Polen, Rumänien und Bulgarien haben im Vergleich zum europäischen Durchschnitt ca. 10 bis 20 höhere Prozentpunkte. Der zweite Komplex, in dem das Produzierende Gewerbe vorherrscht, wird in Süddeutschland gebildet (Baden-Württemberg und Bayern) sowie von der Tschechischen Republik, die mit den vorher genannten Ländern eine Einheit bildet und dann ohne Unterbrechung den Schwarzwald mit der Türkei verbindet. Fügt man den Norden Italiens und Mitteldeutschland hinzu, erhält man einen geografischen Komplex, in dem das Produzierende Gewerbe herrscht.

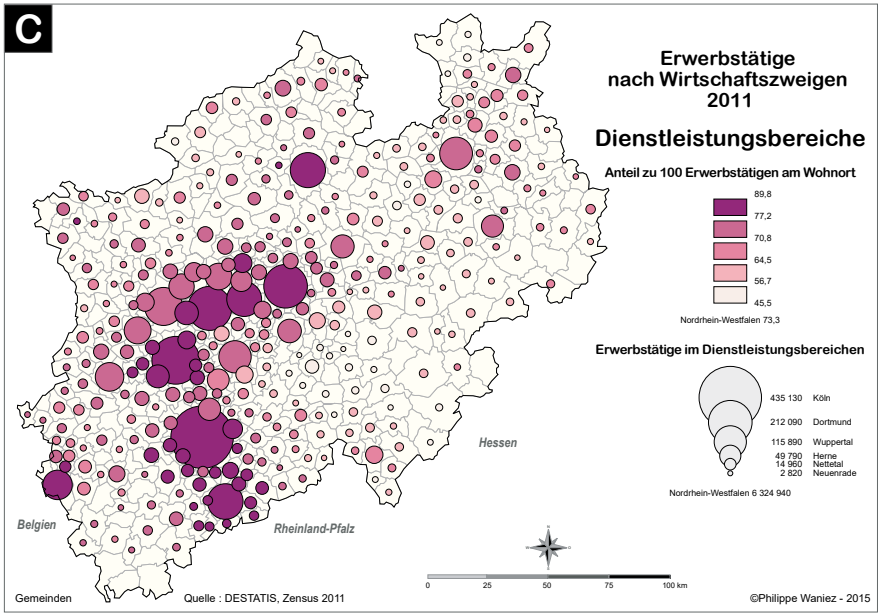
In Deutschland dominieren die Arbeitskräfte des Produzierenden Gewerbes in den Landkreisen von Baden-Württemberg und Bayern; im gesamten Land sind die Städte weniger betroffen (**Karte 16B**). Achtung! Das gibt nur den Anschein, weil Arbeiternehmer des Produzierenden Gewerbes in den Städten erheblich zahlreicher vorkommen als in den ländlichen Räumen. Dieses Artefakt erklärt sich durch den Dienstleistungsbereich, der in den Städten höher entwickelt ist und der das tatsächliche Gewicht des Produzierenden Gewerbes verschleiert. In den südlichen Landkreisen ist diese Konkurrenz weniger ausgeprägt: die Präsenz der deutschen Industrie in den Tälern des Mittelgebirges hat eine anhaltende Geschichte. Gemeinsam mit dem Produzierenden Gewerbe der großen Metropole macht es aus dem Land eine industrielle Großmacht mit einem Angebot von verschiedenartig gestalteten Produkten.

Das Produzierende Gewerbe bildet eine große Gruppe verschiedener Aktivitäten, in Unterkategorien eingeteilt. Unter ihnen besetzt das Verarbeitende Gewerbe den größten Platz (64,4% der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe). Es handelt sich tatsächlich um die Produktion von Maschinen, von chemischen Produkten, Verkehrsmitteln... Das Baugewerbe erreicht den zweiten Platz mit 21,8%. Wenn die Karte des Verarbeitender Gewerbes (**Karte 16C**) mehr oder weniger der des Produzierenden Gewerbes entspricht, so ist dies beim Baugewerbe nicht der Fall (**Karte 16D**). Die nördliche Hälfte des Landes und das südöstliche Viertel von Bayern drängen sich hier in den Vordergrund. In den neuen Ländern scheinen das Verarbeitende Gewerbe weniger und mehr das Baugewerbe vorhanden zu sein. Das erklärt sich wahrscheinlich mit der Anstrengung des Wiederaufbaus der Ex-DDR.

Der Anteil des Produzierenden Gewerbes in NRW weist nur 0,5 Punkte mehr aus als der Durchschnitt in Deutschland (26,1% gegenüber 25,6). Das ist sehr wenig für ein Land, das einmal eines der Flaggschiffe der deutschen Schwerindustrie war… Der Sektor Südost (Sauerland und Siegerland-Wittgenstein) zeigt verhältnismäßig hohe Prozentsätze, die um 40,0% liegen.


A
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2011
Land-/Forstwirtschaft,
Fischerei
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
14,0
7,0
3,0
1,5
1,0
0,5
0,0
0 oder fehlende Information
Nordrhein-Westfalen :1,1
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0
25
50
75
100 km
Gemeinden


B
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2011
Produzierendes Gewerbe
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
54,0
42,8
33,7
27,7
22,0
9,7
Nordrhein-Westfalen 26,1
Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe
79 850 Köln
45 280 Wuppertal
23 050 Solingen
11 870 Witten
5 120 Kamen
940 Havixbeck
Nordrhein-Westfalen 2 205 580
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0
25
50
75
100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


C
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2011
Dienstleistungsbereiche
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
89,8
77,2
70,8
64,5
56,7
45,5
Nordrhein-Westfalen 73,3
Erwerbstätige im Dienstleistungsbereichen
435 130 Köln
212 090 Dortmund
115 890 Wuppertal
49 790 Herne
14 960 Nettetal
2 820 Neuenrade
Nordrhein-Westfalen 6 324 940
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0
25
50
75
100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

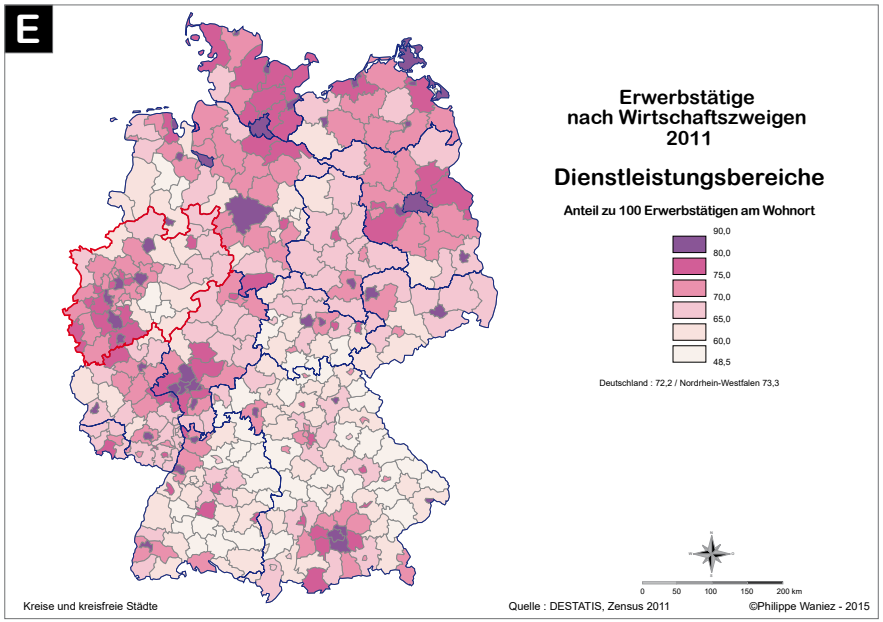
Aber das hat auch eine Ursache in den relativ schwachen Dienstleistungsbereichen dieser Gegend (**Karte 17B**). Der Großteil der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe wird sowohl auf der Rhein- als auch auf der Ruhr-Achse lokalisiert, mit geringen Prozentsätzen für die großen Städte, aber einem höheren Anteil an Erwerbstätigen von rund 25,0% auf der Achse nördlich des Ruhrgebiets, von Hamm nach Gelsenkirchen, Duisburg, Krefeld bis Mönchengladbach. Die Drei Bergischen zeigen ebenfalls ihre industrielle Bestimmung: 28,0% in Wuppertal, 30,0% in Solingen, 36,6% in Remscheid. Das Produzierende Gewerbe hat sich auch in dem Viereck Bielefeld-Gütersloh-Paderborn –Detmold gut sichtbar angesiedelt.

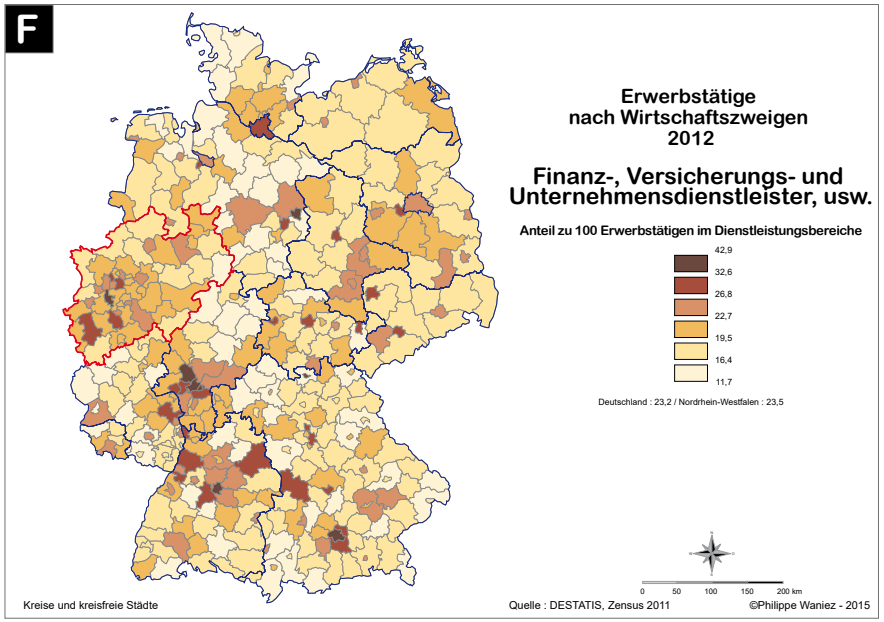
Die Industrie ist demnach nicht gestorben im Herzen von NRW, aber sie beherrscht die Wirtschaftstätigkeiten nicht mehr so, wie das in den 70er Jahren noch der Fall war, als sie noch 53,8% der Erwerbstätigen (11) ausmachte. Anders gesagt hat sich der Anteil des Produzierenden Gewerbes im Laufe von 40 Jahren um die Hälfte reduziert. Diese Entwicklung nennt man „Deindustrialisierung“ und ist zurückzuführen auf „die Auslagerung dieser Tätigkeiten in andere Länder oder Regionen, auf die Automatisierung der Montagebänder, dem Verschwinden dieser Tätigkeiten. Dieses Phänomen wirkt sich insbesondere (wenn auch ungleichmäßig) über Europa und Nordamerika seit den 1970er Jahren aus“ (12). Die bedeutenden Großstädte haben den Sektor der Dienstleistungsbereiche entwickelt, der jetzt dort vorherrschend ist.

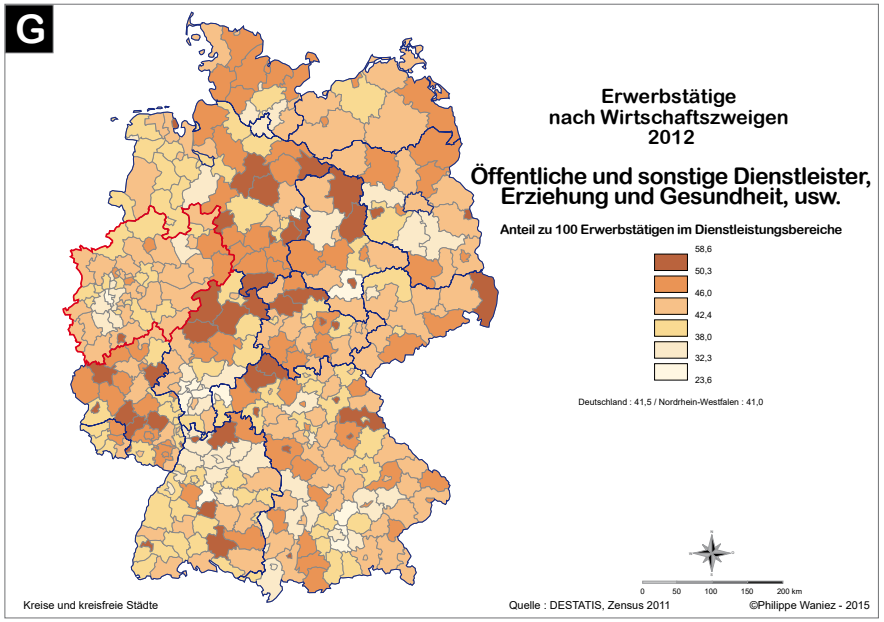
Die Dienstleistungsbereiche

Die Dienstleistungsbereiche repräsentieren 70,7% der Erwerbstätigen von Europa. Es handelt sich zuerst um eine städtische Tätigkeit, und wenn das Niveau der Fachkenntnisse einer Tätigkeit hoch ist (z. B. Finanz…), ist es besonders in den Metropolen verankert. Aus diesem Grund haben die Regionen der europäischen Hauptstädte deutlich höhere Werte als der europäische Durchschnitt (**Karte 15C**): 90,3% für Inner London, 89,1% in Stockholm, 85,7% in Luxemburg, 85,6% in Wien und Madrid, 86,5% in Kopenhagen, 84,3% in der Ile de France (Paris)… Aber die Dienstleistungsbereiche beschränken sich nicht allein auf die großen Städte: Man beobachtet einen klaren Gegensatz zwischen dem Osten von Europa, in dem die Prozentsätze verhältnismäßig niedrig sind und dem Westen, in dem sie deutlich höher sind. Im Osten erreicht Rumäniens Dienstleistungsbereich nicht die Hälfte der Erwerbstätigen, 65,0% werden in Bulgarien, Polen, der Tschechischen Republik und Slowakei, Ungarn (außer in den Regionen der Hauptstädte mit 72,4% für Sofia, 66,8% für Warschau, 78,1% in Bratislava, 77,5% in Budapest) nicht überschritten. Im Gegensatz dazu übersteigt der Anteil der Dienstleistungsbereiche im Westen wesentlich den europäischen Durchschnitt. Vor allem in Großbritannien übersteigen fast alle Regionen 74,0% (außer Nord Schottland) und noch mehr in dem London-Becken, das über 80% liegt. Das nördliche und südliche Frankreich zeigen ebenfalls hohe Werte an, besonders die sehr touristische Côte d’Azur mit 81,6% für die Region insgesamt, während die ländlicheren Gegenden des Landes nahe dem europäischen Durchschnitt liegen. Man kann dieselbe Beobachtung in Spanien machen.

Die Verankerung der Dienstleistungsbereiche in den Metropolen und generell in den Städten wird auf der Karte von Deutschland (**Karte 18A**) deutlich unter Beweis gestellt.


E
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2011
Dienstleistungsbereiche
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
90,0
80,0
75,0
70,0
65,0
60,0
48,5
Deutschland : 72,2 / Nordrhein-Westfalen 73,3
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


F
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2012
Finanz-, Versicherungs- und
Unternehmensdienstleister, usw.
Anteil zu 100 Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereiche
42,9
32,6
26,8
22,7
19,5
16,4
11,7
Deutschland : 23,2 / Nordrhein-Westfalen : 23,5
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015


G
Erwerbstätige
nach Wirtschaftszweigen
2012
Öffentliche und sonstige Dienstleister,
Erziehung und Gesundheit, usw.
Anteil zu 100 Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereiche
58,6
50,3
46,0
42,4
38,0
32,3
23,6
Deutschland : 41,5 / Nordrhein-Westfalen : 41,0
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS, Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015

Der Durchschnitt liegt in Deutschland bei 72,2% (leicht über dem europäischen Durchschnitt), aber alle großen Städte liegen über 80,0% und manchmal sogar darüber, zum Beispiel mit 88,2% in Frankfurt am Main, 85,9% in Berlin, 85,3% Hamburg, 84,8% in München ... Um die Metropolen bilden sich Ringe mit leicht niedrigeren Werten, die die Anziehungskraft der Großstädte auf diesen Wirtschaftszweig bestätigen.

Wie das Produzierende Gewerbe, setzen sich die Dienstleistungsbereiche aus verschiedenen Tätigkeiten zu einer großen Kategorie zusammen, die aus den Unterkategorien gebildet wird. Zwei von ihnen beherrschen diesen Wirtschaftszweig. Auf der einen Seite eine große auf finanzielle Tätigkeiten gegründete Kategorie mit 23,2% der Erwerbstätigen des Dienstleistungsbereiches: Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen. Die Karte des Finanzsektors (**Karte 18B**) unterstreicht die Bedeutung des städtischen Netzes; sie unterscheidet sich insgesamt nicht in ihren großen Linien von diesem Wirtschaftszweig und das Prinzip der geografischen Organisation ist gleich. Andererseits besetzt eine größere Unterkategorie, 41,5% der Erwerbstätigen der Dienstleistungsbereiche, die durch die Dienste von Personen charakterisiert ist: öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit Hauspersonal. Die geografische Verteilung dieser Dienste von Personen unterscheidet sich ziemlich von den finanziellen Tätigkeiten (**Karte 18C**). Die ländlichen Gebiete sind mehr präsent. Dies gilt insbesondere für das westliche Deutschland, aber auch für die Bereiche mit landwirtschaftlicher Ausrichtung von Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Nordhessen und die Landkreise von Bayern.

Die Dienstleistungsbereiche nehmen in NRW einen größeren Anteil von Erwerbstätigen in NRW ein, als in ganz Deutschland: 73,3% gegenüber 72,2%. Man findet die Verankerung in den großen Städten wieder (**Karte 17C**), Köln und Düsseldorf belegen die ersten Plätze mit 84,3% und 83,7%. Die axiale räumliche Organisation von Rhein und Ruhr ist auf der Karte absolut deutlich, ebenso wie die Nordachse des Ruhrgebiets von Hamm nach Duisburg und Mönchengladbach. Man findet Aachen und Münster und in geringerem Maße Bielefeld. Unter den ländlichen Gebieten haben der Teutoburger Wald und das Sauerland niedrige Werte, während der Wirtschaftszweig in Westfalen, am Niederrhein und in der Eifel ausgeprägt erscheint.

5. Die Erwerbstätigen nach Berufen

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist eine spezialisierte Institution der Organisation der Vereinten Nationen. Im Jahr 2008 definierte sie eine internationale Standard Klassifikation der Berufe, bekannt als ISCO-8. Dies ist eine hierarchische Struktur, die 10 „Hauptgruppen“, 43 „Unter-Hauptgruppen“, 130 „Untergruppen“ und 436 „Basisgruppen“ umfasst. Die Berufe sind in diesen Gruppen nach dem Niveau der erforderlichen Kompetenzen aufgeteilt, die man benötigt um sie auszuüben und der Natur dieser Kompetenzen. Das Niveau der Kompetenzen dient dazu, acht der zehn großen Gruppen zu charakterisieren.

Die große Gruppe 9, Hilfsarbeitskräfte, ist aus Berufen zusammengesetzt, deren Kompetenzen in den Berufen gleichwertig sind und die in der Grundschulbildung erlernt wurden. Eine Ausnahme von dieser Regel: die große Gruppe 0 (Angehörige der regulären Streitkräfte) und 1 (Führungskräfte), weil sie durch das Kriterium des Kompetenz-Levels definiert sind (und nicht durch das Bildungsniveau). Innerhalb jeder großen Gruppe werden die Berufe nach dem Kompetenztyp auf der Basis von vier Dimensionen angeordnet: der Umfang der notwendigen Kenntnisse, die Nutzung von Handwerkszeug und Maschinen, das Material mit dem man arbeitet und dem Typ der Ware und hergestellten Dienste (13). Die **Tabelle 1** listet die Namen der 10 Gruppen auf und gibt die jeweiligen Werte und Prozentsätze für Deutschland insgesamt und NRW im Jahr 2011 an.

Auch wenn die festgestellten Prozentsätze für ganz Deutschland und NRW nur geringe Kontraste haben, so erscheint der Anteil in jeder Beruf Hauptgruppe ISCO-8 sehr unterschiedlich für alle Erwerbstätigen im Jahr 2011.

Haupt-tgruppen ISCO-08	Namen	Deutschland	% Deuts-chland	NRW	% NRW
1	Führungskräfte	1 976 240	4,90	426 000	5,05
2	Akademische Berufe	6 986 700	17,40	1 450 950	17,19
3	Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe	7 663 850	19,10	1 633 870	19,35
4	Bürokräfte und verwandte Berufe	5 434 530	13,50	1 183 740	14,02
5	Dienstleistungs-berufe und Verkäufer	6 233 890	15,50	1 313 550	15,56
6	Fachkräfte in Land-/Fors-twirtschaft und Fischerei	590 780	1,50	101 640	1,20
7	Handwerks- und verwandte Berufe	5 107 070	12,70	1 011 070	11,98
8	Bediener von Anlagen/Mas-chinen und Montageberufe	2 631 950	6,60	551 450	6,53
9	Hilfsarbeitskräfte	3 373 670	8,40	742 540	8,79
0	Angehörige der regulären Streitkräfte	181 030	0,50	27 980	0,33
	Insgesamt	40 179 710	100,00	8 442 790	100,00

Tabelle 1: die Hauptgruppen ISCO-08 in Deutschland und NRW.
Quelle: Zensus 2011.

Die Angehörigen der regulären Streitkräfte und Fachkräfte in Land- / Forstwirtschaft und Fischerei bilden nur niedrige Werte. Wenn es für Angehörige der Streitkräfte in Zeiten des Friedens ganz normal erscheint, bestätigt die geringe Anzahl der Fachkräfte in Land/Forstwirtschaft und Fischerei, was vorher über die Wirtschaftszweige über das geringe Gewicht in der Landwirtschaft und die damit verbundenen Aktivitäten in die Anzahl der Erwerbstätigen gesagt wurde. Die anderen Berufe weisen bedeutendere Werte zwischen 2 und 7 Millionen Erwerbstätigen aus, was die Prozentsätze von 5,0% der Erwerbstätigen für Führungskräfte (Hauptgruppe 1) und 19,4% für Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe (Hauptgruppe 3) ausdrückt.

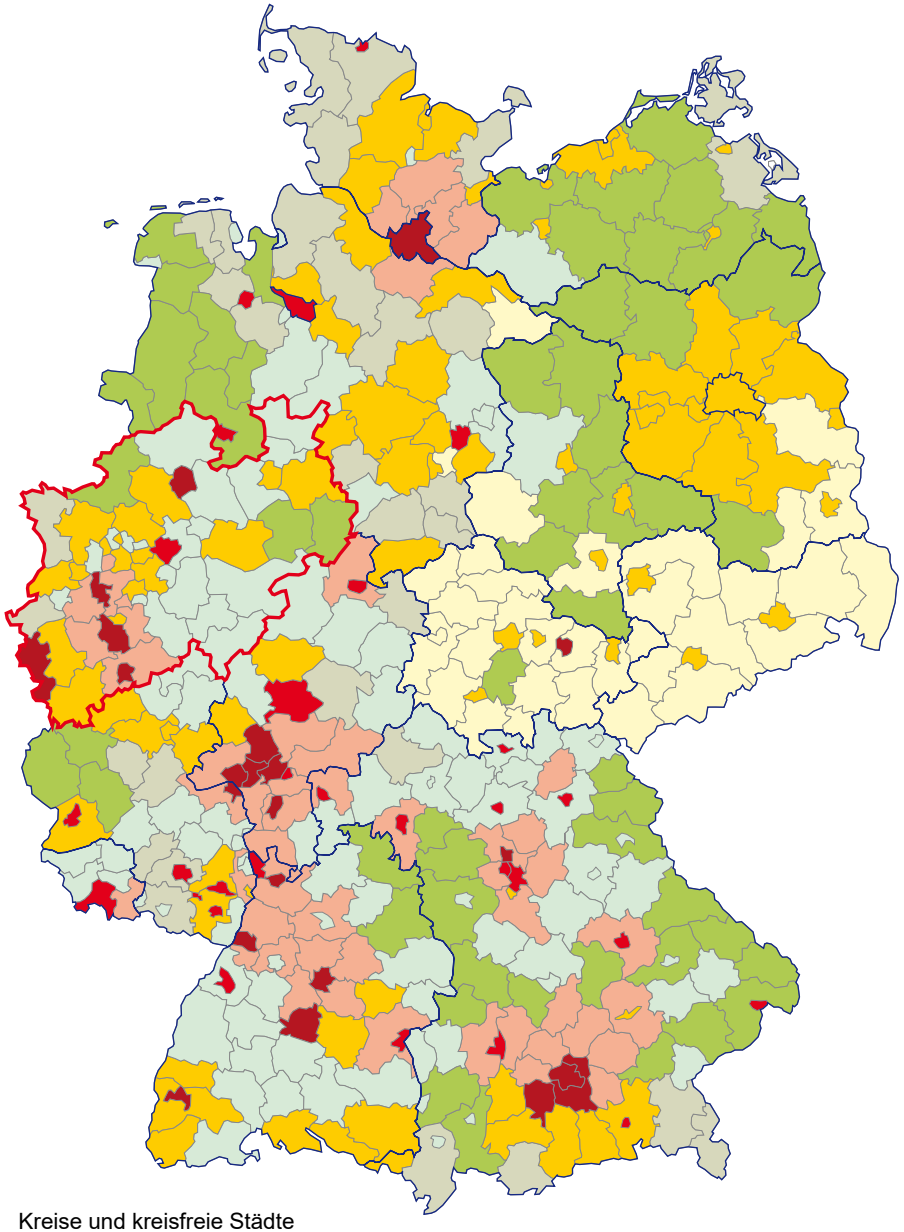
Hier bietet sich eine Kartografie der Beruf Hauptgruppen ISCO-8 an, die auf eine Klassifikation ihrer jeweiligen Gewichte in jedem Kreis oder kreisfreien Stadt gestützt ist. Der Vorteil dieser Methode ist, zu präzisieren, wie die Berufe sich gruppieren, um bestimmte Raumorganisationen zu beschreiben.

Die räumliche Organisation der Berufe in Deutschland

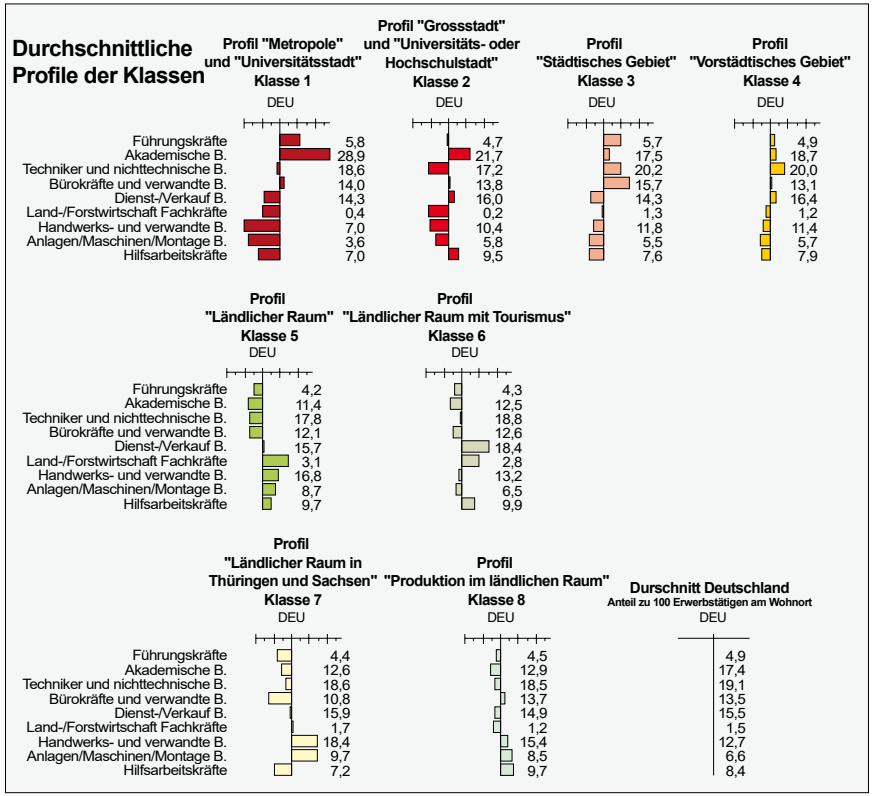
Das durchschnittliche Profil von Deutschland für Berufe entspricht den Prozentsätzen, die in der vierten Säule der Tabelle 1 erscheinen. Der Prozess hierarchisch aufsteigender Klassifikation führt zur Definition von 8 Klassen, deren Profile charakteristisch sind für unterschiedliche Proportionen der Berufe in Kreise und kreisfreien Städten. Um die Klassifikation zu realisieren, wurde die Hauptgruppe 0 nicht berücksichtigt, weil seine Werte (weniger als 200.000 Personen) sehr niedrig sind. Die erhaltenen Klassen teilen sich in zwei Komplexe mit je 4 Klassen auf: die Städte und ihre mehr oder weniger urbanisierten umliegenden Regionen und die mehr oder weniger landwirtschaftlich genutzten ländlichen Räume.

Die Spitze der städtischen Hierarchie ist die Klasse 1 (**Karte 19**), es ist die der „Metropole und Universitätsstädte“. Ihre Profile werden von einer Überrepräsentation von den zwei ersten Berufsgruppen charakterisiert: Führungskräfte und die akademischen Berufe. Hier konzentrieren sich die Macht und das Wissen mit Erwerbstätigen des hohen Kompetenz- und Bildungsniveaus. Es ist also verständlich, dass in dieser Klasse München, Stuttgart, Frankfurt am Main-Wiesbaden, Köln und Düsseldorf, Bremen und Hamburg zu finden sind. In dieser Liste erscheint keine Stadt der neuen Länder. Man beobachtet auch, dass diese Klasse nicht nur Metropole umfasst, sondern auch von den bedeutendsten Universitätsstädten gebildet wird, aber mit bescheidenerem wirtschaftlichem und demografischem Gewicht: Freiburg im Breisgau, Tübingen, Karlsruhe, Heidelberg, Bonn, Münster. In allen Fällen handelt es sich um die Städte, in denen die Funktion Ausbildung-Forschung-Industrie eine bedeutende Rolle in der regionalen Wirtschaft spielt. In der ehemaligen DDR, ist Jena ein Mitglied dieser Klasse.

Die Klasse 2 ähnelt teilweise der Klasse 1 aufgrund des bedeutenden Platzes an akademischen Berufen. Aber sie unterscheidet sich von der vorherigen mit einer kleineren Präsenz der Führungskräfte und einer größeren Präsenz der Dienstleistungsberufe, Verkäufer und Hilfsarbeitskräfte. Es handelt sich um „Großstädte und Universitäts- oder Hochschulstädte“, die durch ausgedehnte städtische Funktionen gekennzeichnet sind. Bayern weist 9 dieser Städte aus, darunter Augsburg, Regensburg, Würzburg und Nürnberg. Saarbrücken, Mannheim, Kassel, Dortmund, Braunschweig sowie einige andere Städte sind ebenfalls Mitglieder dieser Klasse.



Berufe ISCO-8 Klassifizierung 2011



Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Regionaldatenbank Deutschland

©Philippe Waniez - 2015

Karte 19

Die Klasse 3 wird durch die Überrepräsentation der ersten vier Berufsebenen und vor allem der Führungskräfte, Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe und die Bürokräfte und verwandte Berufe ausgewiesen. Diese Berufe charakterisieren produktiven städtischen und industriellen Raum. Diese „Städtischen Gebiete“, bilden große Regionen in der unmittelbaren Peripherie der Metropolen und mehrerer anderer großer Städte, entweder in einer ringförmigen Anordnung, wie in Hamburg oder Nürnberg oder in einer polyzentrischen Form mit Bonn, Köln und Düsseldorf oder von Stuttgart nach Frankfurt am Main oder auf sektorale Art wie die nördliche Hälfte der Peripherie von München. Auf jeden Fall stellen die täglichen Pendler für die Arbeit einen wichtigen Teil der Erwerbstätigen dar. Diese Klasse existiert nicht in den neuen Ländern.

Die Klasse 4 besteht in erster Linie aus Berufen der Stufe 3, Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe und in zweiter Linie aus dem Qualifikationsniveau 1, 2 und 5. Das ist auch eine Klasse des Stadttyps, aber von einem niedrigeren Niveau gegenüber den drei präsentierten vorherigen Klassen und uneinheitlich auf der geografischen Karte. Man beobachtet mehrere dieser „Vorstädtische Gebiete“ mit unterschiedlicher Gestalt. Wenn es sich um eine ringförmige städtische Struktur (Hamburg) handelt oder polyzentrische (Bonn-Köln-Düsseldorf), findet man in der Klasse 4 Kreise, die weiter von der Metropole gelegen sind als die der Klasse 3. Sie bilden somit eine zweite hauptstädtische Verlängerung mit einem wahrscheinlich erheblichen Anteil der Pendler unter den Erwerbstätigen. In München unterscheidet sich die Gestalt. Während die Nordhälfte Mitglied in der Klasse 3 ist, gehört die südliche Hälfte zur Klasse 4. Eine andere zweite räumliche Organisation ist die einer großen Stadt und seiner unmittelbaren Umgebung. In diesem Fall ist die Klasse 3 nicht vorhanden, und es geht direkt von Klasse 1 in Klasse 4 (Freiburg im Breisgau) oder Klasse 2 in Klasse 4 (Rosenheim und Braunschweig). Die dritte Gestalt ist die der großen Regionen von Berlin-Brandenburg und der Region Hannover. Hier erscheinen die Führungsfunktionen nicht, weil sie als Folge der regionalen Dimension von Verwaltungseinheiten verwässert werden: es besteht kein Zweifel, dass die beiden Stadtzentren zur Klasse 1 gehören sollen. Für zwei andere Gestaltungen der Klasse 4 trifft der Name „Vorstädtische Gebiete“ nicht wirklich zu. Es handelt sich, einerseits um die touristischen Gegenden, wie der Bodensee und andererseits auch um die Mehrheit der Großstädte der neuen Länder, wie Dresden, Leipzig, Erfurt, Magdeburg, Schwerin, Rostock, dies reflektiert eine relative Schwäche der städtischen Hierarchie des Ostens gegenüber der der Bundesrepublik Deutschland.

Die folgenden vier Klassen sind charakteristisch für die ländlichen Gebiete. In den Klassen 5 und 6 sind die Berufe der Fachkräfte in Land-/Forstwirtschaft und Fischerei, obwohl in der Regel mit niedrigem Anteil, ist er deutlich höher als der nationale Durchschnitt. Während in den Klassen 7 und 8 der Anteil dieser Berufe gleich hoch oder niedriger ist als der Durchschnitt. Die Klasse 5 ist typisch für die „Ländlichen Räume“. Sie betrifft den Westen von Niedersachsen, die peripherischen Landkreise westlich und östlich von Bayern, die Eifel in Rheinland-Pfalz und den größten Teil von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. In allen diesen Kreisen sind die Land- und Forstwirtschaft und die damit verbundenen technischen Dienstleistungen wichtig für die Beschäftigung. Das ist auch in einem geringeren Maß für Kreise der Klasse 6, „Ländliche Räume mit Tourismus“ der Fall.

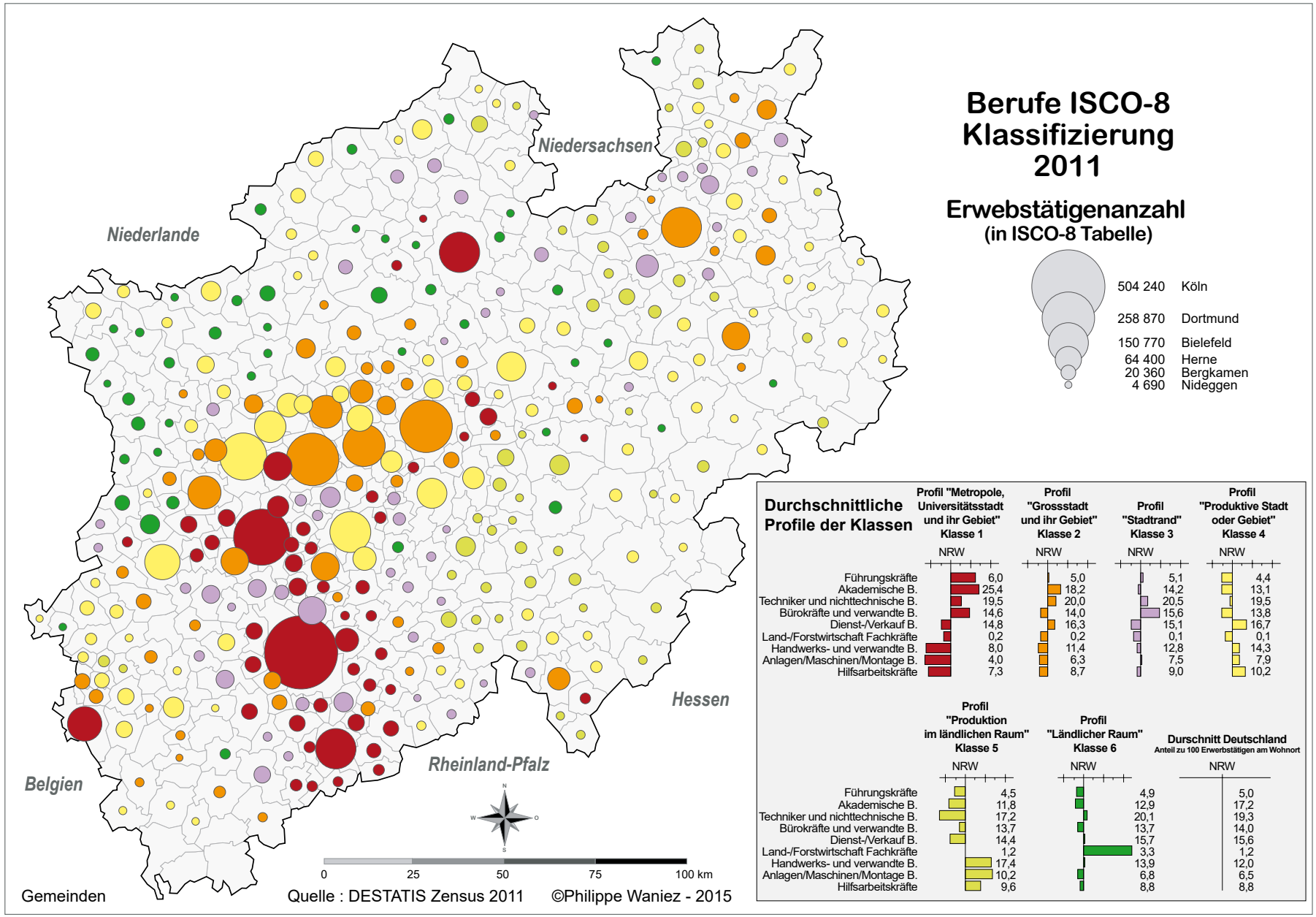
Mit einem hohen Anteil der Dienstleistungsberufe und Verkäufern charakterisieren die Touristenregionen der Nordsee (Schleswig-Holstein und Niedersachsen), der Ostsee (Rügen und Ostvorpommern), der Alpen (Berchtesgadener Land, Garmisch-Partenkirchen, Oberallgäu), von Rheinland-Pfalz (Cochem-Zell) und Niedersachsen (Osterode am Harz und Goslar).

Die Klasse 7, „Ländlicher Raum in Thüringen und Sachsen“, ist von zwei Berufen charakterisiert: Handwerks- und verwandte Berufe, sowie Bediener von Anlagen/Maschinen und Montageberufe, das heißt, die Kategorien vereinen unterschiedliche Arbeitstypen. Die 5 höheren Kategorien sind unterrepräsentiert, in diesen Kreisen, obwohl ländlich, mit relativ geringer landwirtschaftlicher Arbeit. Auch für die Klasse 8 ist dies der Fall „Produktion im ländlichen Raum“, sie betrifft nur die alten Länder, hauptsächlich im Mittelgebirge von Franken, Schwarzwald, Oberhessen, Sauerland usw. Hier ist das statistische Profil verhältnismäßig flach, dem nationalen Durchschnitt nah, aber mit einem Vorteil in den unteren Kategorien der Berufe.
Man kann aus dieser Klassifikation mehrere Lehren ziehen. Die Wichtigste ist zweifellos die beachtenswerte Rolle, die die Städte spielen. Sie organisieren und gliedern hierarchisch die erwerbstätige Bevölkerung entsprechend der Distanz zum Zentrum und dem Qualifikationsniveau, besonders in den alten Ländern. In diesem Sozio-Öko-Raum-System nehmen die ländlichen Regionen immer einen peripheren Platz ein. Die zweite Lehre ist, noch einmal, die Originalität der neuen Länder, die, hier in Bezug auf die Qualifikationen immer im Hintergrund erscheinen: Das beste in der Ex-DDR erreichte Niveau ist das des zweiten Ringes der Metropolen der alten Länder.

Die räumliche Organisation der Berufe in Nordrhein-Westfalen

Das durchschnittliche Profil von NRW für die Berufe entspricht den Prozentsätzen in der rechten Spalte der Tabelle 1. In NRW führt der Prozess hierarchisch aufsteigender Klassifikation zur Definition von 6 Klassen, deren Profile unterschiedliche Proportionen der Berufe in den Gemeinden kennzeichnen. Erneut wurde die Hauptgruppe 0 nicht berücksichtigt, weil sie sehr schwache Werte ausweist (weniger als 28.000 Personen). Wieder teilen sich die Klassen in zwei Einheiten auf, die durch 4 Klassen gebildet sind. Dies entspricht den Städten und den sie umgebenden mehr oder weniger städtischen Kommunen. Zwei andere Klassen werden im Großen und Ganzen von den landwirtschaftlichen ländlichen Kommunen gebildet.

Die Spitze der städtischen Hierarchie ist die Klasse 1, die als „Metropole, Universitätsstadt und ihr Gebiet“ bezeichnet wird (**Karte 20)**. Sie wird zuerst von den beiden ersten Berufen Führungskräfte und akademische Berufe und sekundär von den zwei folgenden Niveaus Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe und Bürokräfte sowie verwandte Berufe charakterisiert. Diese Städte von NRW haben eine berufliche, von den Erwerbstätigen charakterisierte Zusammensetzung in den Bereichen der Unternehmensführung, der Bildung, der Forschung und der administrativen und technischen Unterstützung. Fünf große Städte in NRW bilden die starken Kerne dieser Klasse: Köln, Düsseldorf, Bonn, Münster und Aachen. Auf der Rheinachse verbinden sich mit den führenden Zentren viele peripheren Städte (darunter sind Bergisch Gladbach, Ratingen, Meerbusch ...), die ähnliche Profile aufweisen. Sie bilden so Großräume, die diese Achse festigen.


Berufe ISCO-8
Klassifizierung
2011
Erwebstätigenanzahl
(in ISCO-8 Tabelle)
504 240 Köln
258 870 Dortmund
150 770 Bielefeld
64 400 Herne
20 360 Bergkamen
4 690 Nideggen
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Rheinland-Pfalz
Belgien
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS Zensus 2011
©Philippe Waniez - 2015
Durchschnittliche Profile der Klassen
Profil "Metropole, Universitätsstadt und ihr Gebiet" Klasse 1
Profil "Grossstadt und ihr Gebiet" Klasse 2
Profil "Stadtrand" Klasse 3
Profil "Produktive Stadt oder Gebiet" Klasse 4
Profil "Produktion im ländlichen Raum" Klasse 5
Profil "Ländlicher Raum" Klasse 6
Durschnitt Deutschland
Anteil zu 100 Erwerbstätigen am Wohnort
NRW
Führungskräfte 6,0 5,0 5,1 4,4 4,5 4,9 5,0
Akademische B. 25,4 18,2 14,2 13,1 11,8 12,9 17,2
Techniker und nichttechnische B. 19,5 20,0 20,5 19,5 17,2 20,1 19,3
Bürokräfte und verwandte B. 14,6 14,0 15,6 13,8 13,7 13,7 14,0
Dienst-/Verkauf B. 14,8 16,3 15,1 16,7 14,4 15,7 15,6
Land-/Forstwirtschaft Fachkräfte 0,2 0,2 0,1 0,1 1,2 3,3 1,2
Handwerks- und verwandte B. 8,0 11,4 12,8 14,3 17,4 13,9 12,0
Anlagen/Maschinen/Montage B. 4,0 6,3 7,5 7,9 10,2 6,8 6,5
Hilfsarbeitskräfte 7,3 8,7 9,0 10,2 9,6 8,8 8,8

Karte 20

Die Klasse 2 ist in ihrer Zusammensetzung der Klasse 1 ähnlich, aber sie genießt nicht die Bezeichnung „Metropole“, weil weniger Erwerbstätige in Führungsfunktionen anwesend sind als die in Dienstleistungsberufen und Verkäufer, die hier in großen Proportionen erscheinen. Man findet hier die Achse des Ruhrgebiets mit einer klaren Ausrichtung wieder, die von Essen, Bochum und Dortmund ergänzt durch den Westen von Krefeld gebildet wird (man beachte, dass Duisburg nicht zu dieser Klasse gehört) und der Norden von Gelsenkirchen. Wie vorher schließen sich in diesen starken Kernen ebenfalls zahlreiche nahe gelegene Kommunen zusammen (unter denen man Recklinghausen, Castrop-Rauxel, Moers, Hattingen, Schwerte findet) und bilden so Großräume. Weitere wichtige Städte auf der regionalen Ebene sind ein Teil dieser Klasse: in Nord-Ost Bielefeld, Paderborn, Minden und in Süd-Ost Siegen.

Die Kommunen der Klasse 3 bilden einen „Stadtrand“ für die Hauptkerne der Klasse 1. Das ist zum Beispiel der Fall von Troisdorf, Leverkusen, Velbert… Die Überrepräsentation von Technikern und gleichrangigen nichttechnischen Berufen sowie Bürokräfte und verwandte Berufe bilden die Originalität ihrer Profile. Ein ähnliches Phänomen, jedoch mit niedrigeren Zahlen erscheint rund um Münster und Bielefeld (die zur Klasse 2 gehören).

Die Klasse 4 wird durch die Überrepräsentation des unteren Qualifikationsniveaus charakterisiert: Handwerks- und verwandte Berufe, Bediener von Anlagen/Maschinen und Montageberufe und Hilfsarbeitskräfte. Sie bezeichnet eine starke Ausrichtung auf produktive Funktionen, daher der Name „Produktive Stadt oder Gebiet“. Fünf Städte gehören zu dieser Klasse: Duisburg, Wuppertal, Mönchengladbach, Oberhausen und Hamm. An diese Liste fügen sich mehrere mittelgroße Städte: Düren, Remscheid, Witten, Bottrop, Gladbeck, Marl, Lünen ... In dieser Liste ist das Ruhrgebiet besonders gut vertreten, insbesondere seine Nordachse. Schließlich vervollständigen viele kleine Gemeinden ein wenig diese Einheit überall im Land.

Im Vergleich zu den vorherigen Stadtklassen, in denen Erwerbstätige in Land-/Forstwirtschaft und Fischerei kaum vorhanden waren, zeigen die Klassen 5 und 6 die Anwesenheit von Landwirten, die gleich oder höher als der Durchschnitt von NRW ist. Die Klasse 6 ist am stärksten von Landwirten bestimmt, mit 2,5-mal mehr Landwirten als der Durchschnitt. Der Rest des statistischen Profils unterstreicht die Schwäche an Industriearbeitern, akademischen Berufen und Führungskräften; das rechtfertigt den für diese Klasse gewählten Namen „Ländlicher Raum“. Die Gemeinden, die Mitglieder dieser Klasse sind, befinden sich vor allem in der nördlichen Hälfte des Niederrheins und, weniger ausgeprägt, im westlichen Münsterland. Viersen, Geldern, Goch, Borken und Dülmen sind die wichtigsten Mitglieder der Klasse 6. Die Klasse 5 ist auch eine ländliche Klasse, allerdings zusammengestellt aus Gemeinden, die den Durchschnittsanteil der Erwerbstätigen in Land-/Forstwirtschaft und Fischerei von NRW nicht übersteigt. Es handelt sich um kleine Städte, in denen die Erwerbstätigen zu den drei unteren Ebenen des Bildungssystems gehören, das heißt eher Arbeiter. Man findet diese Kommunen hauptsächlich im Sauerland besonders Arnsberg und Lüdenscheid und in einem zweiten Ring um Bielefeld.

Schließlich steht diese Einstufung mit vielen Beobachtungen in den vorherigen Kapiteln im Einklang: Unterschiede zwischen Rheinachse und Ruhrgebiet, die Existenz einer zweiten Achse weniger begünstigt in der nördlichen Hälfte des Ruhrgebietes, eine Besonderheit von Aachen und Münster, die Polarisation der Region Bielefeld sowie die Eigenheiten von Sauerland und Niederrhein. Anders ausgedrückt weist die Zusammensetzung der Erwerbstätigen nach Berufen ein zusammenhängendes Bild der regionalen Organisation von NRW auf, das auf die Herrschaft der Städte und die produktiven Räume weitgehend verankert ist.

6. Die Pendler

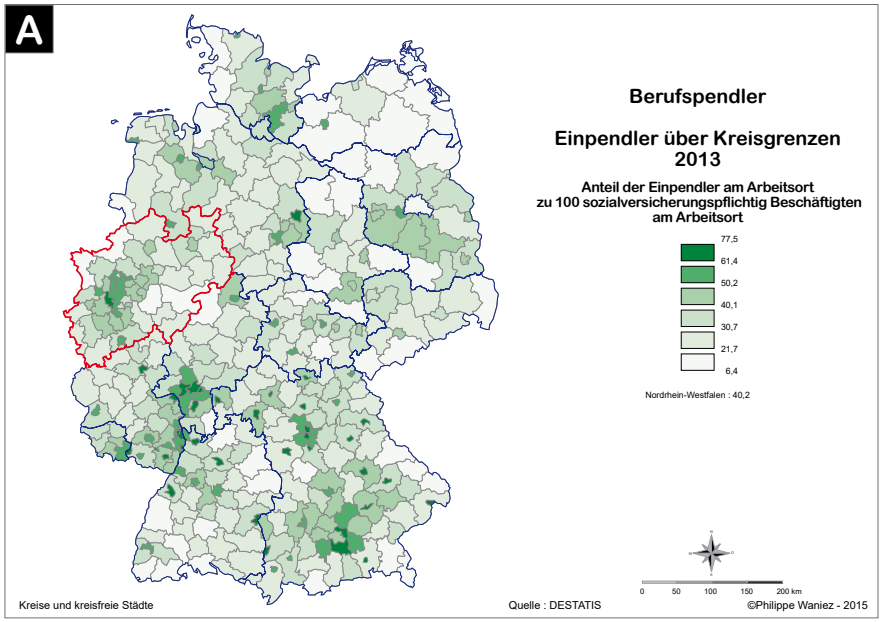
„Pendeln ist definiert als die tägliche Bewältigung der Wegstrecke zwischen Arbeits- und Wohnort. (…) Zu den Berufspendlern zählen alle Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen, selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als unbezahlt mithelfendes Familienmitglied tätig sind. (…) Innergemeindliche Pendler sind Erwerbstätige, deren Arbeits- und Wohnort in derselben Gemeinde liegen. Hierzu gehören auch Erwerbstätige, die auf demselben Grundstück arbeiten und wohnen“ (14). Andere Pendler überqueren eine oder mehrere Verwaltungsgrenzen, Gemeinden, Kreise oder kreisfreie Städte, Länder, den Staat. Die Letzteren sind Grenzgänger und deren Status wird durch internationale Abkommen festgelegt, insbesondere im Hinblick auf die Besteuerung. Der erste Satz der hier vorgestellten Karten betrifft Berufspendler in Deutschland, die mindestens eine Grenze des Kreises oder kreisfreien Stadt überqueren. Eine zweite Reihe von Karten betrifft Berufspendler, die mindestens eine Grenze der Gemeinden in NRW überqueren.

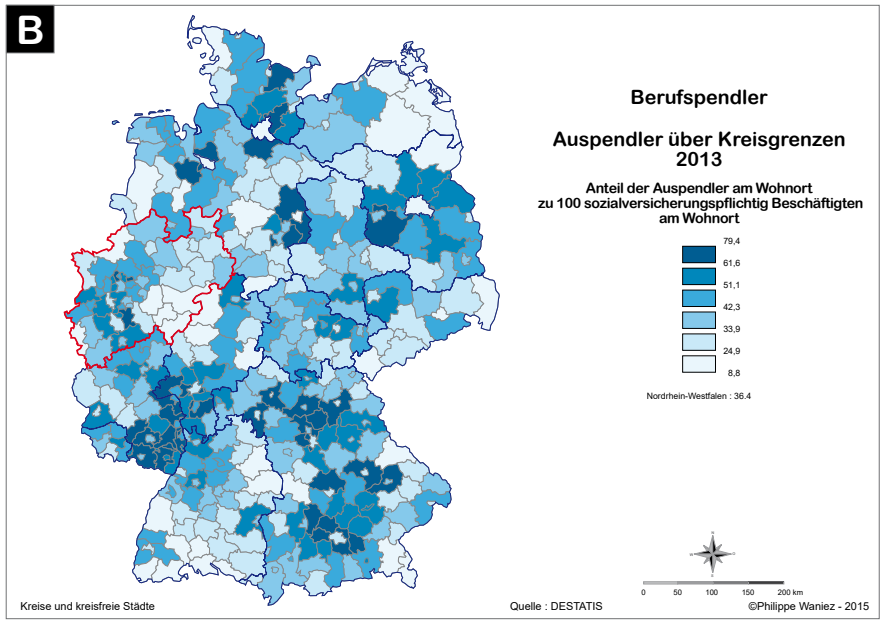
Die Analyse dieser Wanderbewegungen kann auf zwei Arten erfolgen. Zuerst aus der Sicht der Gemeinden oder Kreise, aus denen die Arbeitnehmer gehen, das heißt die Sicht des Wohnortes interessiert. Ob es sich nun um eine Gemeinde oder um einen Kreis handelt, in diesem Fall werden die Pendler als Auspendler bezeichnet und man berechnet ihren Anteil in der Bevölkerung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Wohnort. Die zweite Sichtweise ist aus den Gemeinden oder der Kreise, in die jeden Morgen die Arbeitnehmer hereinkommen, diese nennt man dann Einpendler. Deren Anteil kann man auf symmetrische Art zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort berechnen. Ein dritter interessanter Indikator ist die Balance zwischen den Einpendlern und Auspendlern, um den Grad der Zentralität der einzelnen Gemeinden oder Kreise mit anderen zu vergleichen. Schließlich versucht ein vierter Indikator, den Grad der „Bewegung“ von der ein- und ausgehenden Bevölkerung zu messen im Vergleich zur erwerbstätigen Bevölkerung am Wohnort. Ein solcher Indikator zielt darauf ab, die Existenz interregionaler Gruppierungen zu beurteilen.

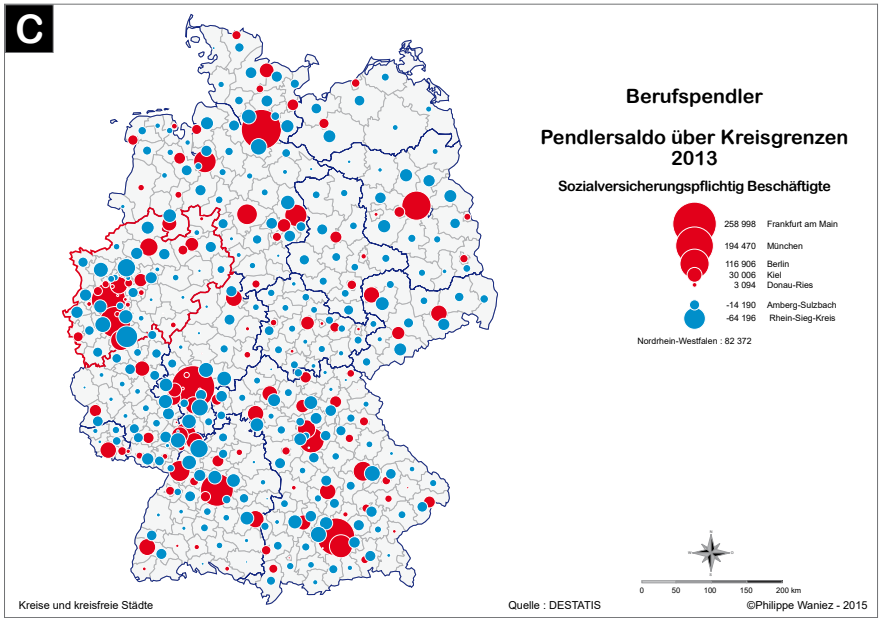
Die Berufspendler in Deutschland

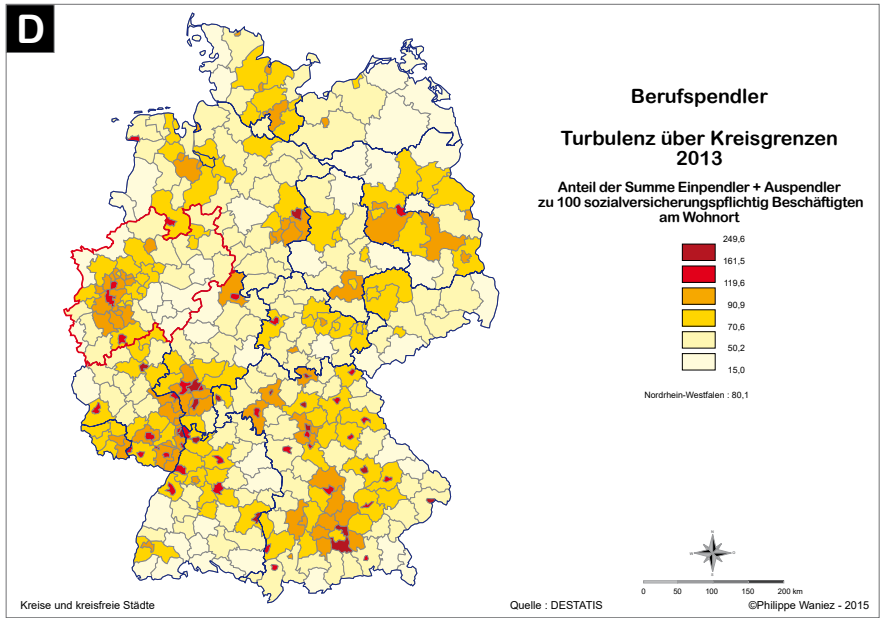
Die geografische Referenz ist hier Kreis oder kreisfreie Stadt des Wohnortes und der Pendler ist der sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, der mindestens eine Grenze vom Kreis oder von der kreisfreien Stadt überschreitet, um sich zu seiner Arbeit zu begeben. Die Bewegungen in den einzelnen Kreisen oder kreisfreien Städten werden nicht berücksichtigt. Über 37,0% der 29 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind Pendler über Kreisgrenzen in Deutschland im Jahr 2011. Diese Bewegungen sind von erheblicher Bedeutung und umfasst den effizienten Betrieb von komplexen und ergänzenden Verkehrsnetzen (S-Bahn, U-Bahn, Regionalbahn, Busse ...).

Nicht alle Regionen Deutschlands sind in gleicher Weise durch diese Bewegungen betroffen, die, je nach Kreis, zwischen 6,0% und 80,0% der Beschäftigten repräsentieren. Wie es die Karte von Einpendlern zeigt (**Karte 21A**), erhalten die Städte die meisten Erwerbstätigen: Sie bieten die Arbeiten an, die durch Arbeitnehmer aus anderen Kreisen übernommen werden.


A
Berufspendler
Einpendler über Kreisgrenzen 2013
Anteil der Einpendler am Arbeitsort zu 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort
77,5
61,4
50,2
40,1
30,7
21,7
6,4
Nordrhein-Westfalen : 40,2
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2015


B
Berufspendler
Auspendler über Kreisgrenzen 2013
Anteil der Auspendler am Wohnort zu 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort
79,4
61,6
51,1
42,3
33,9
24,9
8,8
Nordrhein-Westfalen : 36.4
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2015


C
Berufspendler
Pendlersaldo über Kreisgrenzen 2013
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
258 998 Frankfurt am Main
194 470 München
116 906 Berlin
30 006 Kiel
3 094 Donau-Ries
-14 190 Amberg-Sulzbach
-64 196 Rhein-Sieg-Kreis
Nordrhein-Westfalen : 82 372
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2015


D
Berufspendler
Turbulenz über Kreisgrenzen 2013
Anteil der Summe Einpendler + Auspendler zu 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort
249,6
161,5
119,6
90,9
70,6
50,2
15,0
Nordrhein-Westfalen : 80,1
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2015

Da es sich um ein physisches Phänomen handelt (es gibt eine Distanz zu überwinden, um sich zu seinem Arbeitsort zu begeben), scheinen die weniger ausgebreiteten Städte mehr betroffen zu sein als die Städte mit großen Flächen. Zum Beispiel Berlin und Hamburg, wo nur 21,0% und 37,0% der Arbeitsstellen von Arbeitern von außerhalb besetzt sind, während in Frankfurt am Main dieser Anteil 65,0% erreicht. Aber jenseits dieser Merkmale zeigt die Karte deutlich die Polarisierung der Beschäftigung von großen Städten.

Diese Polarisation wird auf einen Raum ausgeübt, der Arbeitskräfte nach Polen sendet. Die Karte der Auspendler zeigt klar diese Sendungsphänomene (**Karte 21B**): Im Allgemeinen organisiert sich um jede Stadt mit einem hohen Prozentsatz von Einpendlern ein Ring von Kreisen, in dem der Prozentsatz der Auspendler hoch ist. Das ist systematisch für Hamburg, Bremen und Berlin und betrifft nicht nur die Metropolen, sondern auch die mittleren Städte wie zum Beispiel Wolfsburg, wo Volkswagen seine Arbeitskräfte aus der Region um seine Fabriken anwirbt. Das ist ebenfalls der Fall in Bayern, wo das Paar Stadt/Landkreis in Bayreuth, Bamberg, Schweinfurt, Würzburg, Regensburg, Straubing, Ingolstadt... funktioniert.

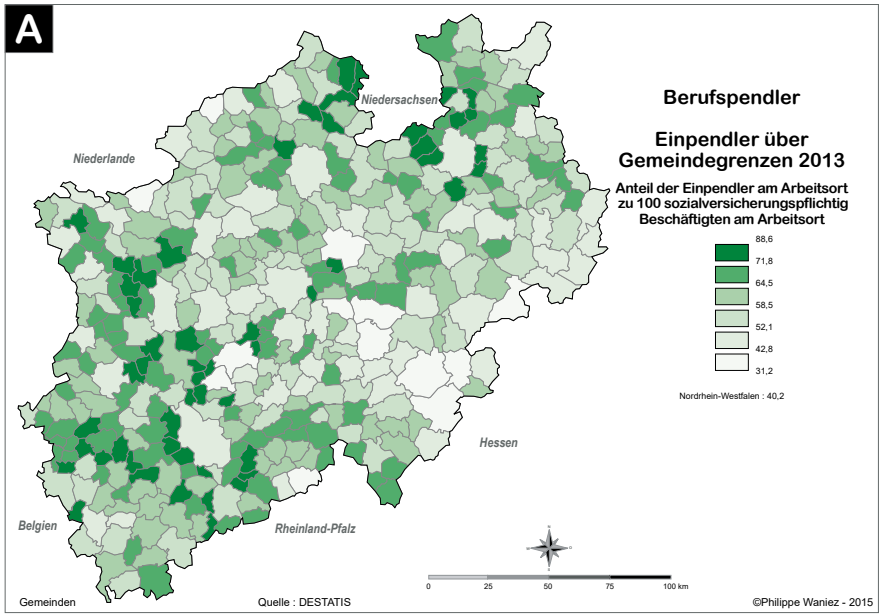
Mehrere Regionen Deutschlands sind kaum von diesem räumlichen Polarisierungssystem der Städte betroffen: Diese Kreise senden wenige Erwerbstätige nach außen und empfangen auch nur wenige. Das ist besonders östlich von Mecklenburg-Vorpommern der Fall sowie an der Peripherie von Sachsen-Anhalt und Sachsen, vom Sauerland und Siegerland-Wittgenstein, Schwaben und Schwarzwald/Bodensee in Baden-Württemberg. Zu dieser Liste fügen sich die landwirtschaftlichen Kreise von Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Ostbayern.

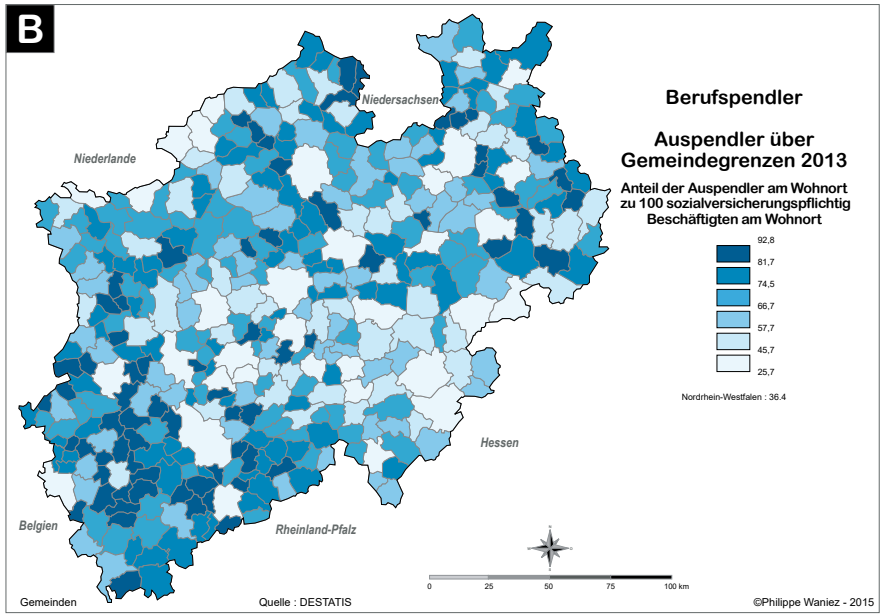
Die Karte des Pendelwanderungssaldos (**Karte 21C**) gibt ein durchdringendes Bild der Metropolisation des Landes: Die Metropolen genießen das stärksten positiven Salden. Man findet unter ihnen an der Listenspitze Frankfurt am Main (+258.998 Beschäftigte), Hamburg (+221.219), München (+194.470), Düsseldorf (+160.251) und Köln (+133.221), Stuttgart (+147.223), Berlin (+116.906). Im Allgemeinen ziehen die Landeshauptstädte Pendler an, während die umliegenden Kreise Ringe mit negativen Salden um diese Pole bilden.

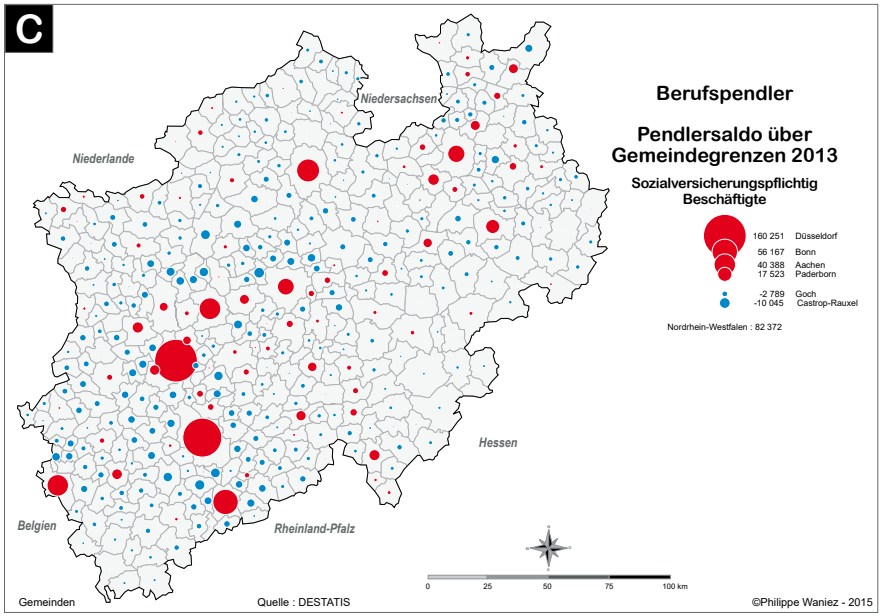
Die Metropolisation erscheint in einer anderen Form in der Karte der Turbulenz. In großen städtischen Gebieten wie München, Frankfurt am Main und Düsseldorf, breitet sich die Anziehungskraft der Pole auf die benachbarten Kreise aus, die nicht nur Arbeitskräfte in einen anderen Teil der Metropole senden, sondern auch aus der Region, was eine starke Turbulenz verursacht (**Karte 21D**); man beobachtet so Anordnungen starker uni- oder multipolarer Turbulenz.

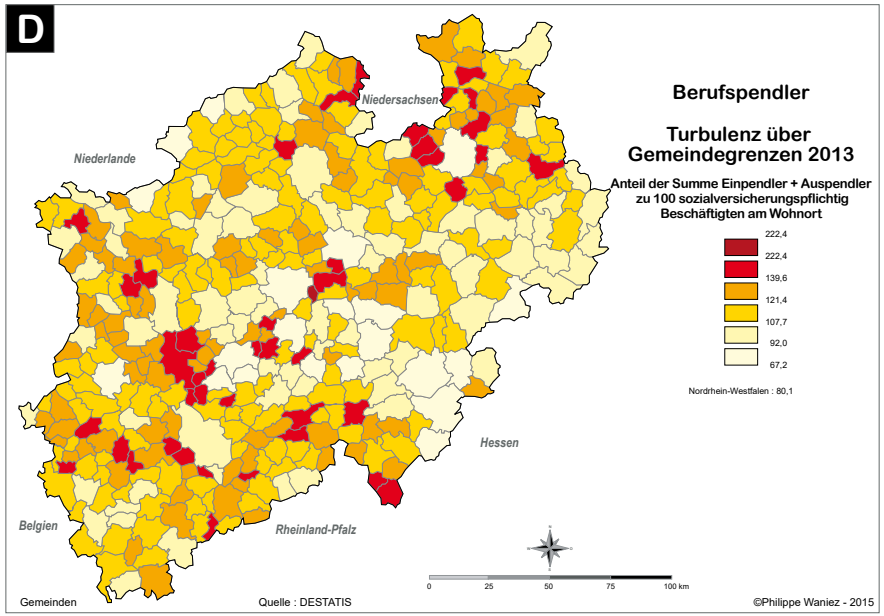
Die Berufspendler in Nordrhein-Westfalen

Die geografische Referenzeinheit ist hier die Gemeinde des Wohnsitzes und der Pendler ist der sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, der mindestens eine Gemeindegrenze überquert um seine Arbeit zu erreichen. In diesem Untersuchungsmaßstab zeigen die Karten der Einpendler (**Karte 22A**) und Auspendler (**Karte 22B**) eine abweichende Raumorganisation als bei den vorher beschriebenen Kreisen. Tatsächlich weisen alle Hauptstädte schwache Prozentsätze sowohl im Ausgang als auch im Eingang aus; es sind die städtischen Ringe, die hohe Werte in beide Richtungen darstellen.


A
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Berufspendler
Einpendler über Gemeindegrenzen 2013
Anteil der Einpendler am Arbeitsort zu 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort
88,6
71,8
64,5
58,5
52,1
42,8
31,2
Nordrhein-Westfalen : 40,2
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2015


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Berufspendler
Auspendler über Gemeindegrenzen 2013
Anteil der Auspendler am Wohnort zu 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort
92,8
81,7
74,5
66,7
57,7
45,7
25,7
Nordrhein-Westfalen : 36.4
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2015


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Berufspendler
Pendlersaldo über Gemeindegrenzen 2013
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
160 251 Düsseldorf
56 167 Bonn
40 388 Aachen
17 523 Paderborn
-2 789 Goch
-10 045 Castrop-Rauxel
Nordrhein-Westfalen : 82 372
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2015


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Berufspendler
Turbulenz über Gemeindegrenzen 2013
Anteil der Summe Einpendler + Auspendler zu 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort
222,4
222,4
139,6
121,4
107,7
92,0
67,2
Nordrhein-Westfalen : 80,1
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2015

Das bedeutet zum einen, dass die Mehrheit der Beschäftigten in den großen Städten ihres Wohnsitzes arbeiten; und auf der anderen Seite, die gleichen großen Städte einen Teil ihrer Erwerbstätigen in die nahe gelegenen Gemeinden senden, die auch Arbeitsplätze anbieten. Wechselseitig schicken benachbarte Gemeinden auch Arbeitskräfte in die benachbarten großen Städte.

Man hat also gekreuzte Wechselschritte (Hin und Her?), die die Karte der Turbulenz (**Karte 22D**) besonders um Düsseldorf, Köln, Münster, Bielefeld darstellt. Die Gemeinden, die zwischen den Polen angeordnet sind, sind ebenfalls Gegenstand dieser Attraktionen: Düsseldorf-Krefeld-Mönchengladbach, Köln-Düren-Aachen, Wuppertal-Hagen, Dortmund-Hamm.

In Anbetracht der betreffenden Zahlen ist das Ergebnis der Pendler in NRW natürlich zugunsten der Städte. Die Karte des Saldos (**Karte 22C**) zeigt die Bedeutung von drei Achsen und von zwei Städten. Die wichtigste Achse ist die, die durch Düsseldorf (+160.251), Köln (+133.221) und Bonn (+56.167) gebildet wird. Die Mehrheit ihrer benachbarten Gemeinden hat negative Salden außer Leverkusen und Langenfeld einerseits und Neuss und Ratingen andererseits. Die zweite Achse wird durch weniger starke Städte zusammengesetzt und verbindet Krefeld und Unna mit zwei Polen: Essen (+41.069) und Dortmund (+24.631).Die anderen Kommunen des Ruhrgebiets, besonders die im Norden der Region gelegenen, zeigen mit wenigen Ausnahmen, nur negative Salden. Eine dritte Achse verbindet Gütersloh mit Minden mit einem Knotenpunkt in Bielefeld (+26.199). Außerhalb dieser drei Achsen bildet Münster (+46.030) und Aachen (+40.388) zwei Anziehungspunkte, zu denen man Paderborn hinzufügen muss (+17.523), weil diese Stadt eine bedeutende regionale Rolle spielt.

Berufspendler, Wirtschaftspol und polarisierte Regionen

Die vorherigen Karten zeigen, dass das Phänomen der Pendler an die Existenz von Wirtschaftspolen gebunden ist. Sie bieten mehr Arbeitsplätze als ihre Kreise oder Gemeinden an Arbeitskräften zur Verfügung stellen können. Um diese Überzahl an Stellen zu besetzen, werben diese Wirtschaftspole Arbeitskräfte an, die in den Kreisen oder in den mehr oder weniger nahen Kommunen wohnen und die jeden Tag reisen, um ihre Stelle in dem Pol zu besetzen. Je größer der Pol ist (je mehr Stellen er anbietet), desto mehr zieht er an und desto mehr breitet sich der Raum aus, auf den er seine Anziehungskraft ausübt. Wenn mehrere Pole von ungleicher Größe in demselben Raum existieren, teilen sie sich den Raum entsprechend ihres Gewichtes. Diese Formulierung erinnert an das Gravitationsgesetz von Newton: „nach dem jeder Massenpunkt auf jeden anderen Massenpunkt mit einer anziehenden Gravitationskraft einwirkt. Diese Gravitationskraft ist entlang der Verbindungslinie beider Massenpunkte gerichtet sowie in ihrer Stärke proportional zum Produkt der beiden Massen und umgekehrt proportional zum Quadrat ihres Abstandes“ (15).

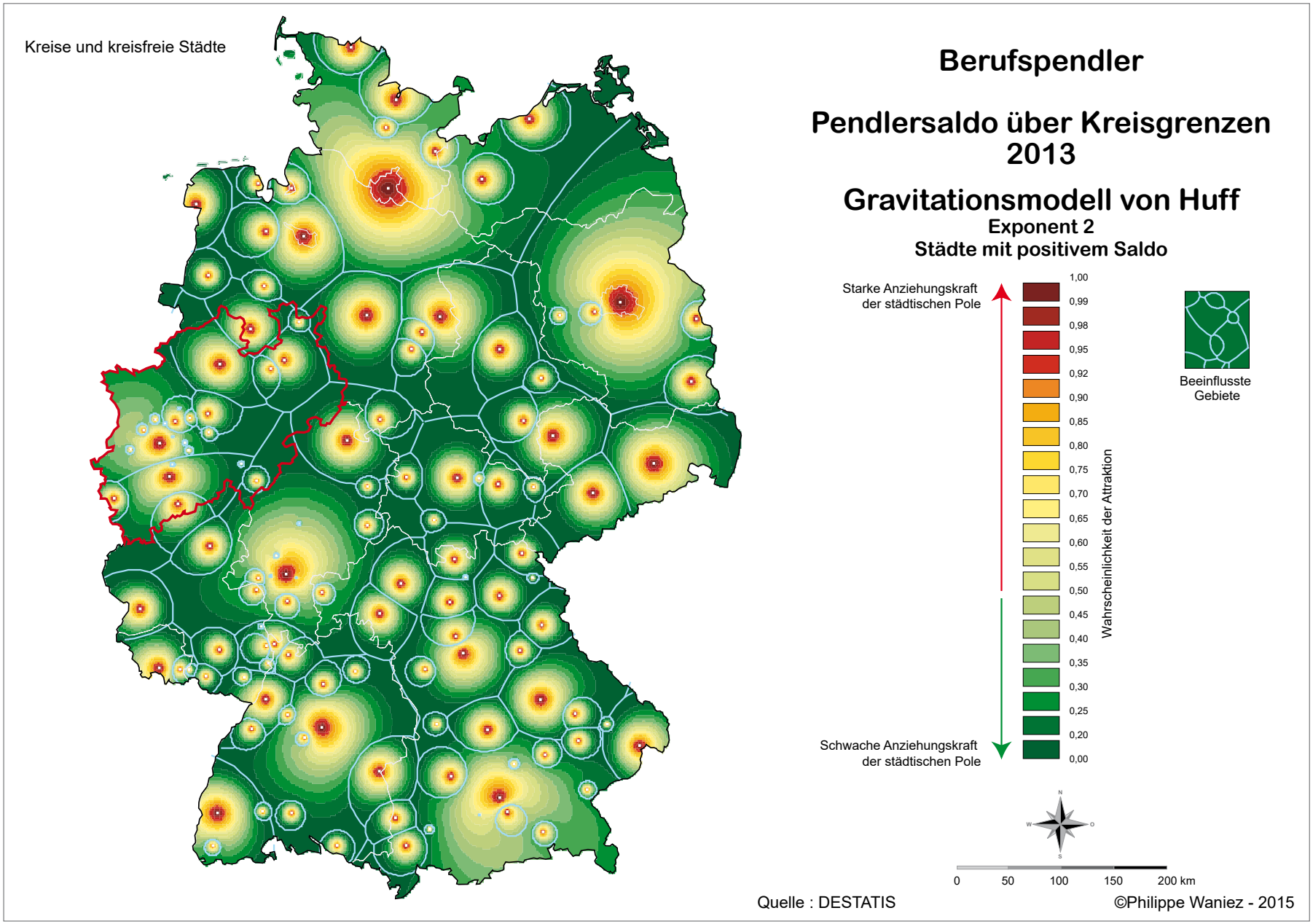
Sinngemäß kann man denken, dass Wirtschaftspole physische Körper sind, deren Massen ein Wert hinzugefügt werden kann, z.B. die Bevölkerungsanzahl, oder eine andere Größe, die diese Masse charakterisiert. Man bestimmt so eine Familie mathematischer Modelle räumlicher Wechselwirkung, die erlauben, das Wechselwirkungsvolumen zu berechnen. Die Formel des Modells benutzt den umgekehrten Wert des Quadrates der Distanz zwischen Empfangs- und Sendeorten und ihre Massen (16).

Diese Gravitationsmodelle geben eine sehr vereinfachte Darstellung der Einzugsgebiete, mit der die Teilung des umgebenden Raumes, die durch die Anhäufung von zentralen Faktoren in einem Ort verursacht wird. Man erhält Iso-Attraktionslinien zwischen zwei Polen: von einem bestimmten Pol bedeutet das Überspringen dieser Linie, dass ein anderer Pol die Nachfolge antritt und auf den Raum überträgt, der eine stärkere Anziehungskraft umgibt als dem ursprünglichen Pol. Das Schließen der Iso-Attraktionslinien grenzt den Einflussbereich jedes Pols ein. Jedoch informieren die Iso-Attraktionslinien über die Intensität dieser Anziehungskräfte nicht. Das Modell von Huff, auch auf dem Begriff der Schwerkraft gestützt, bietet eine interessante Ergänzung an, weil es eine Attraktionswahrscheinlichkeit in jedem Ort innerhalb einer Einflussfläche gibt.

Das für den Saldo der Berufspendler über Kreisgrenzen in Deutschland im Jahr 2013 angewandte Modell von Huff gibt ein erstaunliches Bild der Aufteilung des Territoriums (**Karte 23**) wider. Auf dieser Karte werden nur die Pole dargestellt, die einen positiven Saldo haben (Einpendler-Auspendler > 0); man stellt so die Annahme an, dass die Städte, deren Saldo negativ ist, entweder von anderen Zentren beherrscht sind oder keine wirksame Rolle im Austauschsystem von Arbeitskräften spielen.

Fünf Städte zeichnen sich durch sehr großräumigen Einfluss aus. Berlin herrscht über gesamt Brandenburg und sein Einfluss ist an den Rändern von Cottbus, Frankfurt an der Oder und Brandenburg an der Havel kaum zu bestreiten. Potsdam bildet trotzdem eine kleine Enklave, die zweifellos von der Nähe der Bundeshauptstadt profitiert. Hamburg übt starken Einfluss auf das nordöstliche Drittel von Niedersachsen und dem Westen Schleswig-Holsteins; im Südwesten teilt er ihn mit Bremen. Im Norden sind Flensburg und Kiel weit genug entfernt, um einen eigenen Einfluss zu genießen (mit einem Relais in Neumünster zwischen Hamburg und Kiel). Dies ist auch für Lübeck der Fall, jedoch in geringerem Maße. München beherrscht das südliche Drittel Bayerns, das heißt den größten Teil von Oberbayern, aber sein Einfluss ist durch eine Reihe von großen Städten im Norden und Osten begrenzt: Augsburg, Ingolstadt, Regensburg und Passau. Diese beiden letzten Städte werden in ihrem Bereich von Landshut, Dingolfing-Landau und Straubing begrenzt. Der Stuttgarter Einflussbereich deckt einen großen Teil des Landes Baden-Württemberg; im Südosten fügen sich Ulm und Augsburg zwischen Stuttgart und München ein; Freiburg im Breisgau strahlt auf das südwestliche Baden. Drei Städte, markieren die Grenze nach Nordwesten, Baden-Baden, Karlsruhe und Heilbronn, die in einer weiteren Einheit auch Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen umfasst. Schließlich stellt Frankfurt am Main einen auf den Norden von Hessen ausgebreiteten Einfluss dar, der nur von Kassel konkurriert wird. Im Süden, dagegen, wird die Vorherrschaft der wirtschaftlichen Hauptstadt durch Wiesbaden, Mainz, Darmstadt und Aschaffenburg angefochten.

Neben diesen fünf Komplexen erscheinen Zellen kleinerer Dimensionen, die dem Wettbewerb zwischen den nahen Städten mit niedrigerem demografischem Gewicht entsprechen. Die Städte der Region von Franken im Norden von Bayern geben ein interessantes Beispiel für dieses Phänomen. Sieben Städte bilden hier eine Einheit von Zellen ähnlicher Dimensionen: Würzburg, Schweinfurt, Coburg, Bamberg, Bayreuth, Hof und Weiden in der Oberpfalz. Die Grenzen des Einflusses entsprechen mehr oder weniger genau den sie umgebenden Landkreisen, die immer einen negativen Pendlersaldo anschlagen.


Kreise und kreisfreie Städte
Berufspendler
Pendlersaldo über Kreisgrenzen 2013
Gravitationsmodell von Huff
Exponent 2
Städte mit positivem Saldo
Starke Anziehungskraft der städtischen Pole
Schwache Anziehungskraft der städtischen Pole
1,00
0,99
0,98
0,95
0,92
0,90
0,85
0,80
0,75
0,70
0,65
0,60
0,55
0,50
0,45
0,40
0,35
0,30
0,25
0,20
0,00
Wahrscheinlichkeit der Attraktion
Beeinflusste Gebiete
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2015

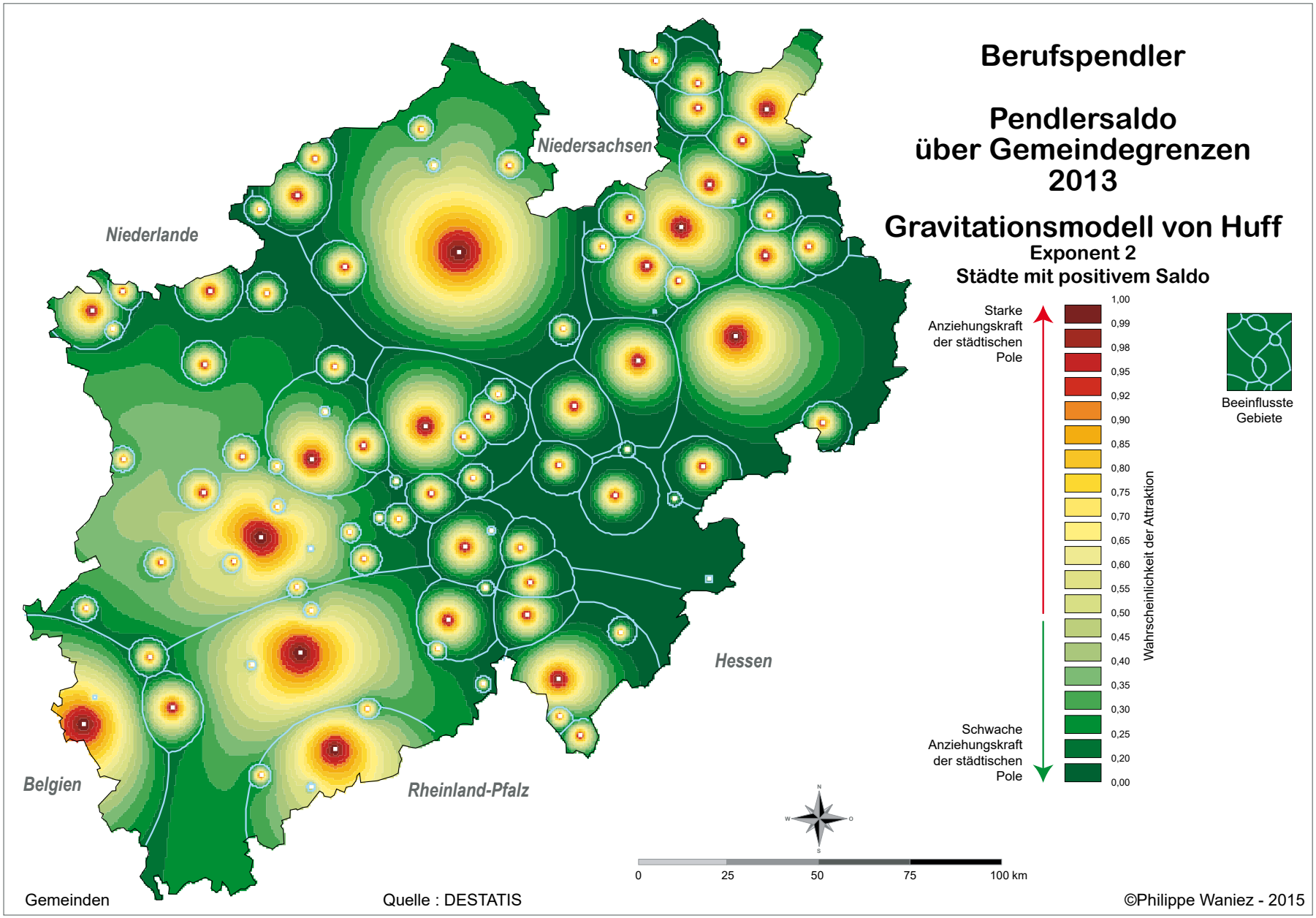
Karte 23

Anders ausgedrückt geben sich diese Städte mit ihrer unmittelbaren Umwelt zufrieden, um in ihnen ihre Bedürfnisse an Handwerkern auf verhältnismäßig unabhängige Art als andere Städte zu stillen. Ein solches System ist in anderen Teilen des Landes ebenfalls erkennbar, obwohl die Übereinstimmung mit einem Landkreis nicht immer so klar ist: im Westen von Niedersachsen mit Emden, Oldenburg, Wilhelmshaven und Bremerhaven; nördlich von NRW mit Münster, Bielefeld und Osnabrück, dem Gütersloh, Minden und Vechta hinzugefügt werden kann.

Zwischen den beiden zuvor beschriebenen extremen Situationen, die einerseits den Metropolen und andererseits den mittelgroßen Städten entsprechen, beobachtet man dazwischenliegende originale Situationen. Dies ist zum Beispiel der Fall, für die drei wichtigsten Städte des Landes Sachsen, Leipzig, Dresden und Chemnitz, die sich fast das ganze Land teilen. Kassel, Hannover und Magdeburg nehmen jeweils einen Raum ein, in dem sie von Braunschweig, Salzgitter oder Göttingen wenig Konkurrenz erhalten. Im Gegensatz dazu bilden Bonn, Köln und Düsseldorf im Herzen von NRW (Koblenz kann nach Süden hinzugefügt werden) eine sehr konkurrenzfähige Einheit. Zum einen aufgrund ihrer Nähe und zum anderen wegen des positiven Pendlersaldos; der sich in den Einflussbereichen ausdrückt, die sich von West nach Ost ausbreiten und auf der Rheinachse verstärken.

Ebenso wie für das gesamte Deutschland, kann man versuchen, die Pendler in NRW auf Grund der Pendlersaldos der Gemeinden zu modellieren; dieses Mal sind die Bewegungen über die Gemeindegrenzen berücksichtigt. Nach wie vor gibt die resultierende Karte eine auffallende Zusammenfassung der Strukturierung des Raumes von NRW durch die Städte (**Karte 24**). Die Präsentation enthält eine leistungsstarke Rheinachse, die von drei Städten polarisiert ist: Bonn, Köln und Düsseldorf. Wenn sie in Konkurrenz mit anderen nahen Städten treten, sind diese wenig einflussreiche Satelliten im Vergleich zu dem grundlegenden Pol: Euskirchen und Siegburg für Bonn, Leverkusen und Langenfeld für Köln/Düsseldorf, Mönchengladbach, Krefeld und Duisburg für Düsseldorf. Da diese drei Pole konkurrieren, erzeugt dies eine Abflachung der beeinflussten Gebiete. Im Vergleich zu den Städten am Rhein erscheinen die Städte des Ruhrgebiets schwach. Nur Essen und Dortmund zeigen relativ breite beeinflusste Gebiete. Münster dominiert das gesamte Münsterland aber mit der Konkurrenz aus einigen westlichen Subzentren, darunter Ahaus. Paderborn zeigt einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf den Osten des Teutoburger Waldes, der im Verhältnis zur Größe der Stadt ist, es gibt keine Konkurrenz, die sich nach Osten und Süden wendet; Lippstadt bricht deutlich seinen Einfluss im Westen. Schließlich scheint Aachen wenig Gewicht gegenüber den Städten des Rheins zu haben, die dort mit Düren konkurrieren.

Neben diesen wichtigen regionalen Zentren erscheinen Zellen kleinerer Dimensionen, die den Wettbewerb zwischen nahen Städten und bescheidenere Attraktivität reflektieren. Im Osten wird Münster von einer multipolaren Achse konkurriert, bestehend aus Gütersloh, Bielefeld, Herford, Bad Oeynhausen und Minden. Obwohl jede dieser Zellen nicht sehr ausgedehnt ist, spiegelt diese Ausrichtung eine starke wirtschaftliche Solidarität zwischen diesen Städten wider, mit denen sich andere Kommunen verbinden und so eine multipolarisierte Region bildet. Man kann dasselbe über den Westen des Sauerlandes sagen, der jedoch eine andere, weniger mächtige multipolare Gesamtheit mit Lüdenscheid, Gummersbach, Plettenberg, Attendorn und Olpe bildet als der Präzedenzfall.


Berufspendler
Pendlersaldo
über Gemeindegrenzen
2013
Gravitationsmodell von Huff
Exponent 2
Städte mit positivem Saldo
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Starke Anziehungskraft der städtischen Pole
Schwache Anziehungskraft der städtischen Pole
Wahrscheinlichkeit der Attraktion
1,00
0,99
0,98
0,95
0,92
0,90
0,85
0,80
0,75
0,70
0,65
0,60
0,55
0,50
0,45
0,40
0,35
0,30
0,25
0,20
0,00
Beeinflusste Gebiete
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2015

Karte 24

Ein anderer «Treffer» kann im Sauerland mit Soest, Arnsberg, Meschede und Brilon identifiziert werden. Im Südosten dominiert Siegen das Siegerland. Schließlich unterstreichen Kleve, Emmerich, Bocholt, Borken, Vreden, Ahaus und Gronau die Nordwestgrenze mit den Niederlanden. Abschließend beobachtet man den Mangel an Anziehungskraft der Drei Bergischen gegenüber den Städten von Rhein und Ruhr.

Die Aufteilung des Territoriums der Städte entsprechend des Pendlersaldos lässt eine große Vielfalt räumlicher Formen erscheinen, die unterschiedliche Arten von Beziehungen zwischen den Stadt-Polen und den Umgebungen reflektieren, die sie polarisieren. Allerdings ist es hier nur die Annäherung an die Frage nach einem Modell, was definitionsgemäß, die Tatsache vereinfacht, um die vorspringenden Sachverhalte besser sichtbar zu machen.

7. Die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist ein wichtiges politisches und wirtschaftliches Thema, weil sie unmittelbar die Lebensbedingungen der Einzelpersonen und der Familien beeinflusst. So wird die Reduzierung der Arbeitslosigkeit zur nationalen Priorität, wenn die Arbeitslosenquote ein höheres Niveau erreicht, als die Öffentlichkeit akzeptieren kann und dann droht, sich gegen seine politischen Eliten zu wenden. Das war in Deutschland während der Jahre 2003-2005 der Fall, als der Kanzler Gerhard Schröder mit seiner SPD-Mehrheit das Arbeitsgesetz geändert hat, mit der sogenannten Hartz-Reform. Die Antisozialmaßnahmen dieses Gesetzes sind immer noch gültig, obwohl sich die Wirtschaftslage des Landes gebessert hat, und zielten darauf hin, den Anstieg der Arbeitslosigkeit nach dem „weichen“ Wachstum der Jahre 1990-2000 zu verhindern. Das ist heute der Fall in Frankreich, wo die Verminderung der Arbeitslosigkeit („die Wende der Kurve der Arbeitslosigkeit“ wie der Präsident François Hollande sagt) ein Hauptziel geworden ist. Leider trifft die französische Regierung keine starken Entscheidungen, die eine kurzfristige Wirkung haben könnten, während die Arbeitslosigkeit weiter zunimmt... also keine Wende der Kurve!

„Die Arbeitslosigkeit im Sinne der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erkennt Personen im arbeitsfähigen Alter (üblicherweise ab 15 Jahren), die: 1. nicht gearbeitet haben, nicht einmal eine Stunde in der Berichtswoche; 2. für Arbeit innerhalb von zwei Wochen verfügbar sind; 3. an der aktiven Arbeitssuche im vorangegangenen Monat teilnehmen oder einen Job gefunden haben, der innerhalb von 3 Monaten beginnt“ (17).

Die Organisationen, die in jedem Land für die Bilanzierung der Arbeitslosen verantwortlich sind (und sie, mehr oder weniger wirksam bei der Jobsuche unterstützen), passen auf ihre Weise die Definition des ILO an und bestimmen Kategorien von Arbeitsuchenden, die an die unterschiedlichen nationalen Situationen angepasst sind. Also, in Deutschland, „Arbeitslose sind nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (§ 16 SGB III) Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, das 15 Wochenstunden und mehr umfasst, eine versicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden suchen, dabei den Vermittlungsbemühungen der Agenturen für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen und sich dort persönlich arbeitslos gemeldet haben. Zudem müssen sie in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, nicht jünger als 15 Jahre sein und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben. Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos“ (18).

Um das Niveau der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck zu bringen, verwendet man die Arbeitslosenquote, die aus dem Verhältnis der Anzahl der Arbeitslosen zu einer Bezugsbevölkerung resultiert. Die Definition dieser Bevölkerung ist von Land zu Land veränderlich. Für Eurostat ist der Nenner der Arbeitslosenquote die Erwerbsbevölkerung, das heißt die Anzahl von Personen, die eine Stelle haben oder keine Stelle haben, aber die imstande sind zu arbeiten. Für Deutschland: „Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die (registrierten) Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (EP=Erwerbstätige+Arbeitslose) als Quoten in Beziehung setzen. Die Nennergröße wird als Bezugsgröße bezeichnet.

Der Kreis der Erwerbspersonen bzw. der Erwerbstätigen kann unterschiedlich abgegrenzt werden. Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen (EP): Alle zivilen Erwerbstätigen sind die Summe aus den abhängigen zivilen Erwerbstätigen sowie Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Arbeitslosenquote, bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (AEP): Der Nenner enthält nur die abhängigen zivilen Erwerbstätigen, d. h. die Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschl. Auszubildende), geringfügig Beschäftigten und Beamten (ohne Soldaten)“ (19).

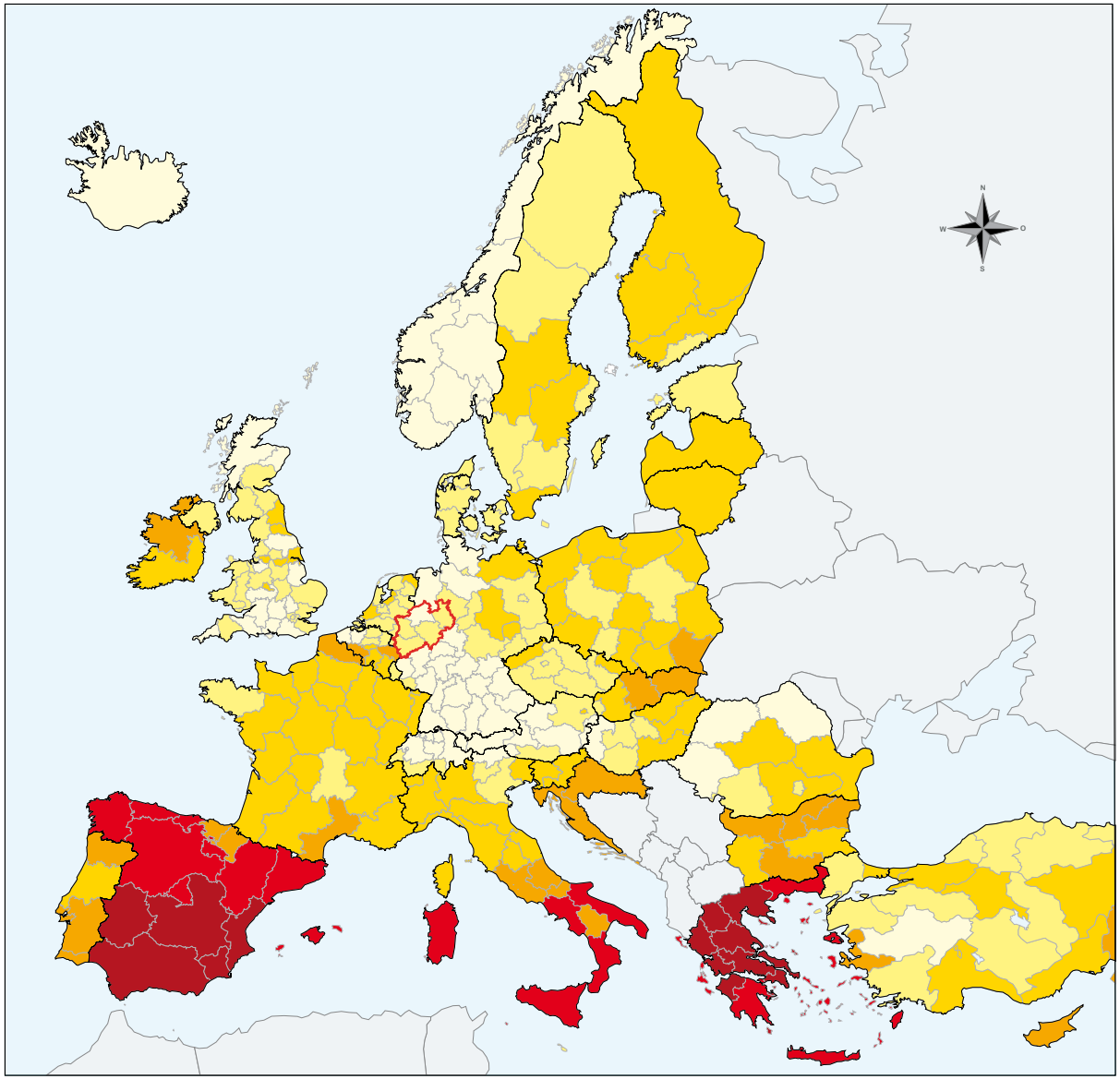
Man kann die Arbeitslosenquoten auch in Untergruppen der Bevölkerung von Arbeitslosen abwandeln: die Männer und die Frauen, die Jungen und die Alten, die Ausländer und die Nationalen, etc. In allen Fällen müssen die erhaltenen Werte vorsichtig betrachtet werden, weil Zweifel über die Werte der zu berücksichtigten Bevölkerungen bestehen, die sich in mehr oder weniger hohen Aufschlägen auswirken: denkt man zum Beispiel an die Arbeit, die im Verborgenen stattfindet (Schwarzarbeit) oder sogar illegale Ausländer, die arbeiten, ohne dass man es weiß (oder ohne dass die Behörden tatsächlich Kenntnis davon erhalten)…

Die Arbeitslosenquoten in Europa

In der Lektüre über Arbeitslosenquoten in Europa kann man sagen, dass Deutschland im Jahr 2015 einen sehr günstigen Platz besetzt. Im Jahr 2014 hat das Land eine tatsächliche Arbeitslosenquote von nur 5,0% (nach Eurostat-Definition), dies setzt Deutschland auf den 4. Platz der europäischen Länder (hinter Norwegen, Schweiz und Island, die nicht wirklich vergleichbar mit dem deutschen Riesen sind) und auf Rang 1 der EU-Länder. Ihr folgt Österreich und Luxemburg.

Die geografische Verteilung der Arbeitslosenquoten auf dem Niveau von NUTS2, zeigt eine extreme Veränderlichkeit, zwischen 2,5% (Oberbayern und Prag) und 34,8% in Andalusien (**Karte 25**). Man beobachtet eine Zone mit Absenkorientierung, die sich von der Schweiz und Österreich nach Norwegen durch die alten Bundesländer und Dänemark ausstreckt und im Allgemeinen niedrigere Rate von 8,0% und häufig von 5,0% ausweist. Außerhalb dieser privilegierten Achse werden andere Gegenden ebenfalls mit niedrigen Werten charakterisiert, besonders im Vereinigten Königreich, aber auch, und das ist sehr kurios, im Norden und Osten von Rumänien.

Auf jeder Seite der zentralen Achse sind die Werte weniger positiv. Im Osten sind die neuen Länder von Deutschland mehrheitlich den ehemaligen kommunistischen Ländern wie Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und die baltischen Länder ähnlich. Hier variieren die Arbeitslosenquoten je nach regionalen Situationen zwischen 5,0% und 12,0%, das heißt, dass sie in den Gegenden der Hauptstädte (Berlin, Stockholm, Helsinki, Budapest, Bukarest und Prag,) eher gut sind und dass sie in den peripherischen Gegenden dieser Länder eher sinken. Im Westen von Frankreich ist der Prozentsatz mit 10,3% besorgniserregend (etwas weniger in den Gegenden der Bretagne (7,4%) und der Auvergne (7,3%); deutlich mehr in den Nordgegenden (13,8%) und Languedoc-Roussillon (12,2%)). Die nördliche Hälfte von Italien zeigt ein ähnliches Niveau an wie in Frankreich, in Bereichen von 8,0% bis 11,0%, aber immer noch deutlich unter dem nationalen Durchschnitt (12,7%). Irland zeigt auch schlechte Werte (11,3% für das ganze Land).



Europäische Union
Mitglieder und Beitrittskandidaten

Arbeitslosenquote
2014

Anteil der Arbeitslosen
zu 100 15 bis 74 jährigen Einwohnern

- 34,8
- 25,0
- 18,0
- 12,0
- 8,0
- 5,0
- 2,5
- Andere Staaten

Quelle : Eurostat - NUTS0 : Staaten - NUTS2 : Regionen, Regierungsbezirke

©Philippe Waniez - 2015

Karte 25

Man weiß, dass die Wirtschaftskrise von 2008 besonders die Länder in Südeuropa betroffen hat. Im Jahr 2014 ist die Arbeitslosigkeit immer noch weit verbreitet und man weiß auch, dass es ein langer Weg zur Rückkehr von besseren Arbeitslosenquoten ist.

Die Arbeitslosenquoten in Deutschland

Auch wenn die Arbeitslosenquote in Deutschland niedrig erscheint im Vergleich zu einem großen Teil von Europa, bedeutet das nicht, dass alles zum Besten steht in diesem Land! Die von der Bundesagentur für Arbeit gelieferten Statistiken für den Juni 2015 zeigen eine insgesamt bedeutende Zahl von 2.777.642 Arbeitslosen, dies drückt eine Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen von 6,3% aus. Dieser Wert ist natürlich ein ausgezeichnetes Ergebnis, wenn man es mit den anderen europäischen Ländern vergleicht, aber es kann nicht als befriedigend betrachtet werden: Hinter diesen anscheinend guten Werten verstecken sich Situationen menschlicher Not, auf die das System der sozialen Sicherung, so wie es gegenwärtig ausgelegt wird, nur unvollkommen reagieren kann.

Die Verteilung der Arbeitslosen auf deutschem Gebiet entspricht in der Regel der der Bevölkerung (**Karte 26A**). Anders gesagt sind es vor allem die städtischen Regionen, in denen sich eine zahlreiche Bevölkerung befindet und in denen eine große Zahl von Arbeitslosen zu finden ist. Eine andere Ansicht des Problems wird durch die Arbeitslosenquoten in den verschiedenen Regionen des Landes gegeben. Diese Arbeitslosenquoten variieren zwischen 1,2% und 15,3%, also in einem Verhältnis von 1 zu 13, das führt zu erheblichen regionalen Unterschieden, was den Durchschnittswert von 6,3% ausmachen kann.

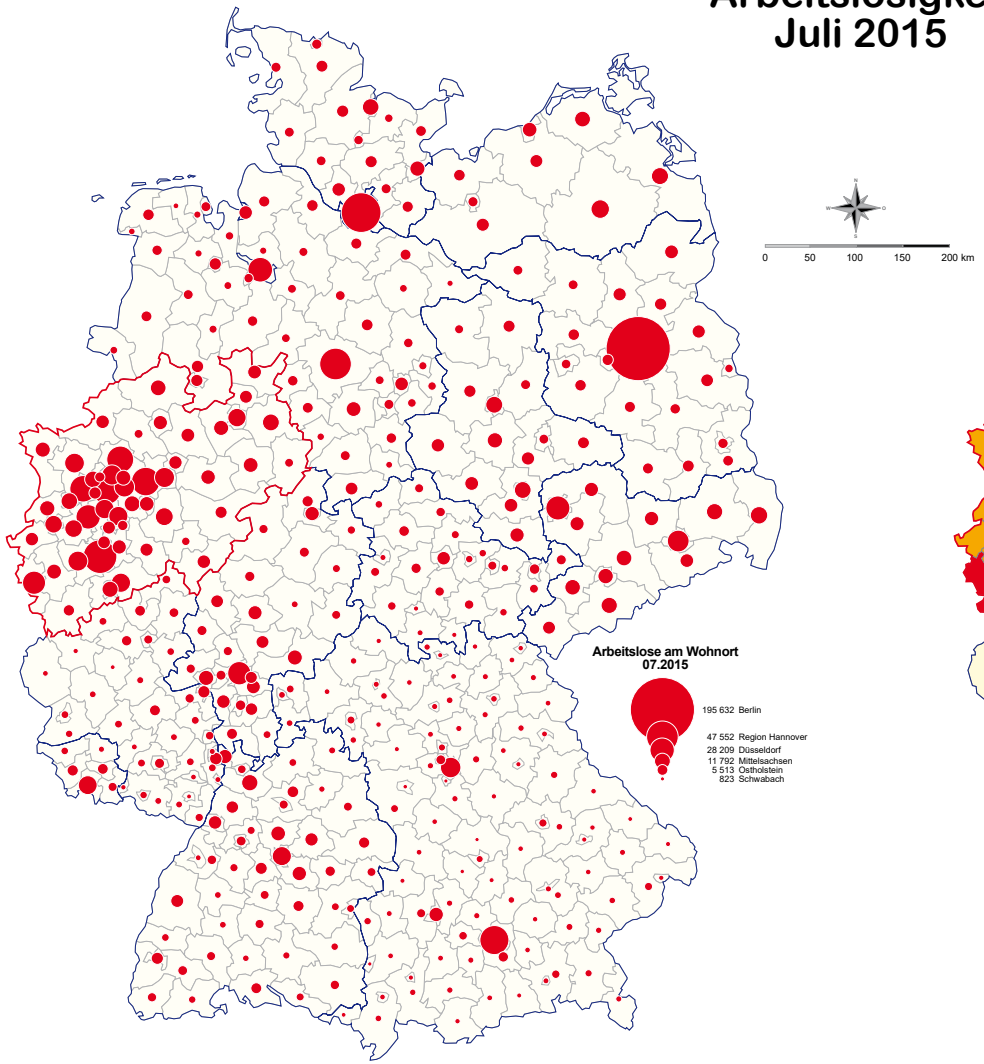
Die neuen Bundesländer bilden einen Block, der durch hohe oder sehr hohe Niveaus der Arbeitslosigkeit charakterisiert ist, die aber Unterschiede von Kreis zu Kreis darstellen (**Karte 26B**). Thüringen weist sehr heterogene Kreise aus, mit deutlich niedrigeren Sätzen als der nationale Durchschnitt, wie in Hildburghausen und Sonneberg nahe der Grenze zu Bayern und den Kreisen des nördlichen Landes, deren Werte knapp 10,0% erreichen als da sind Nordhausen, Unstrut-Hainich-Kreis und besonders der Kyffhäuserkreis. Im Allgemeinen sind die Kreise von Sachsen nahe des Durchschnitts, außer Leipzig, Chemnitz und Görlitz, die durch Arbeitslosigkeit zwischen 9,0% und 11,0% gekennzeichnet sind. Sachsen-Anhalt hat eine eher schlechte Situation, vor allem die östliche und südliche Hälfte des Landes in denen die Sätze 10,0% überschreiten, zum Beispiel in Magdeburg mit 11,1% der Arbeitslosen, Halle 11,5% und 12,9% Mansfeld-Südharz. Im Westen des Landes, hingegen, sind die Prozentsätze moderater, nahe denen des angrenzenden Niedersachsens.

Die gleiche Beobachtung kann über Mecklenburg-Vorpommern mit 14,2% Arbeitslosigkeit in der Uckermark gemacht werden. Brandenburg erscheint verhältnismäßig verschont, obwohl mehrere Kreise jenseits der 10,0% (Brandenburg an der Havel, Frankfurt an der Oder, Prignitz) liegen. Mit anderen Worten sind die neuen Länder sehr von Arbeitslosigkeit betroffen, aber schließlich doch eher weniger, als man sich entsprechend des Themas in den vorherigen Kapiteln vorgestellt hätte und auf weniger allgemeiner Weise, als auf einer Anzahl der vorherigen Karten.

Zwei Länder, Bayern und Baden-Württemberg haben ein herausragendes Beschäftigungsniveau, das entsprechend hoch im Vergleich zu ihren Nachbarn liegt.

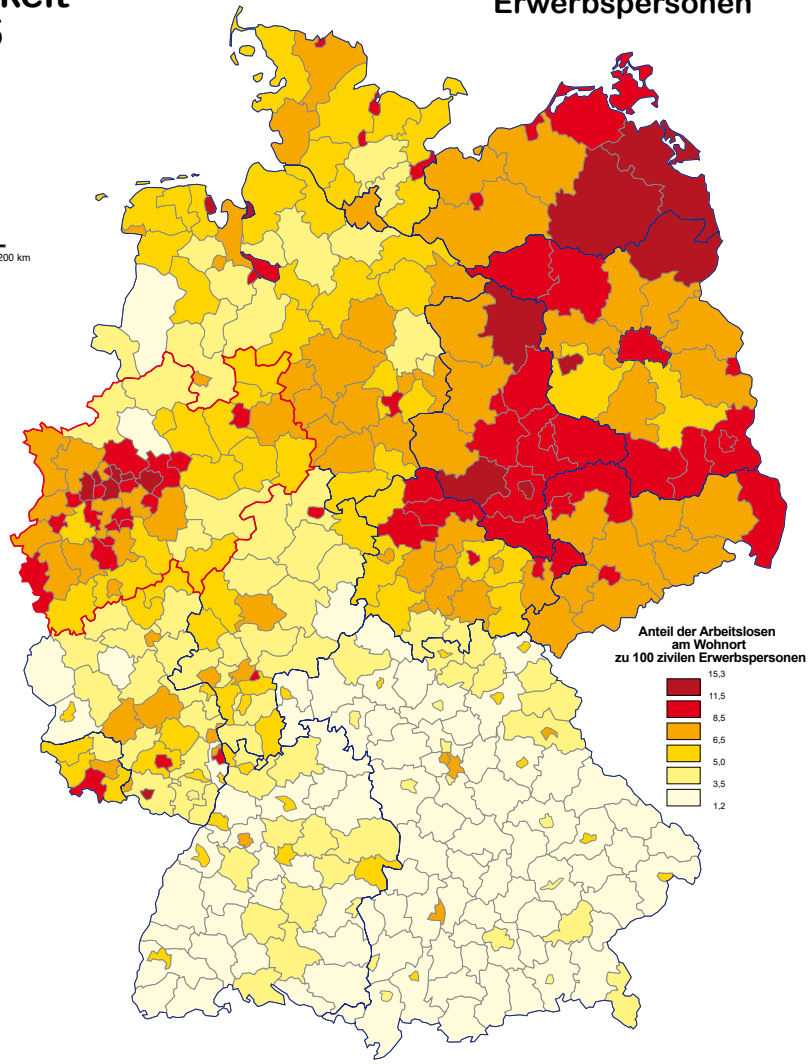
Arbeitslosigkeit Juli 2015

A **Arbeitslose insgesamt**



Deutschland : 2 777 642 / Nordrhein-Westfalen : 760 474

B **Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen**



Deutschland : 6,3 / Nordrhein-Westfalen : 8,1

0 50 100 150 200 km

Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Bundesagentur für Arbeit

©2015 Philippe Waniez

Dies bedeutet nicht, dass die Arbeitslosenquoten überall ausgezeichnet sind, zum Beispiel zeigen Nürnberg und Augsburg 7,0% bzw. 6,5% und damit Werte über dem nationalen Durchschnitt. In den anderen alten Ländern ist die Situation kontrastreicher, mit bedeutenden Städten, in denen die Arbeitslosigkeit den nationalen Durchschnitt weit überschreitet und mit ländlichen Kreisen, in denen die Arbeitsprobleme weniger ausgeprägt sind. Hessen ist in diesem zweiten Fall mit Frankfurt am Main, Wiesbaden, Gießen und Kassel in einer weniger guten Situation als das ländliche Oberhessen. Das gleiche Phänomen ist für Rheinland-Pfalz mit mäßigen Quoten in der nördlichen Hälfte zu beobachten, allerdings in den Städten der südlichen Hälfte höher: 9,5% in Kaiserslautern, 12,6% in Pirmasens und 8,8% in Ludwigshafen am Rhein. Auch in den ländlichen Gebieten von Nordrhein-Westfalen, Sachsen und einem Teil von Schleswig-Holstein beobachtet man niedrige Quoten.

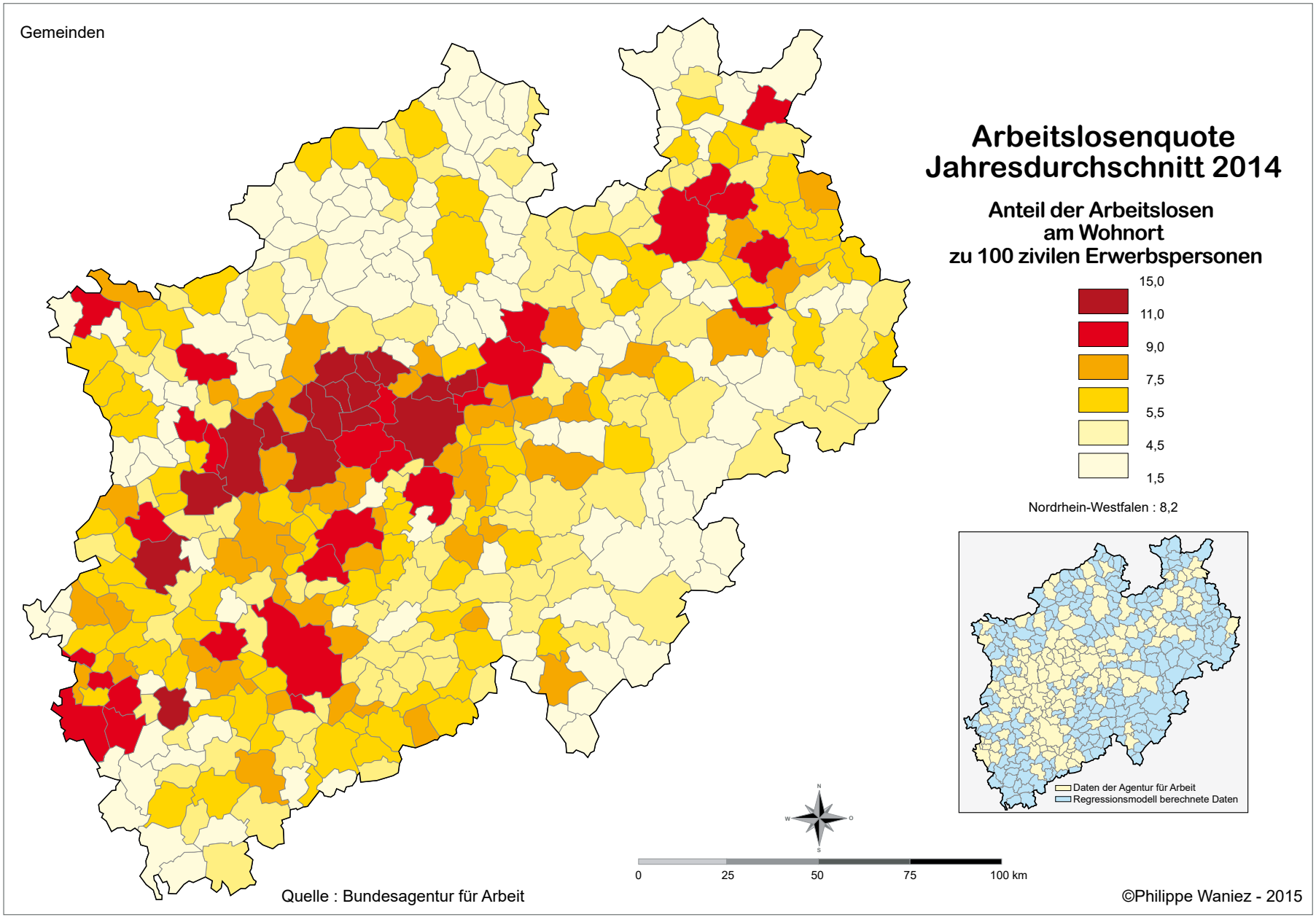
In den Städten, die in der Nordhälfte der alten Länder liegen, konzentriert sich Arbeitslosigkeit in Verbindung mit dem Urbanisierungsniveau: Hannover, Bremen, Hamburg, Kiel sind aber mit mehr oder weniger erhöhten Graden deutlich berührt.

Die Arbeitslosenquoten in Nordrhein-Westfalen

Im Vergleich zu anderen alten Bundesländern ist die Beschäftigungssituation in NRW besonders kritisch: 760.474 Arbeitslose oder 27,4% aller Arbeitslosen in der Bundesrepublik. Dies ist deutlich mehr als das demografische Gewicht des Landes (21,8%) im Bundesgebiet. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote von NRW ist ebenfalls deutlich höher als die von Deutschland: 8,1% gegenüber 6,3%.

Um die Niveauunterschiede der Arbeitslosigkeit in NRW zu analysieren, ist es besser Gemeinden als Kreise zu verwenden, um größtmögliche Detailgenauigkeit zu erreichen. Die Quoten für kreisangehörige Städte und Gemeinden mit weniger als 15.000 zivilen bzw. weniger als 15.000 abhängig zivilen Erwerbspersonen werden von der Bundesagentur für Arbeit aus methodischen Gründen nicht veröffentlicht. Durch einen Rückgang wurde das durchschnittliche Niveau der Arbeitslosigkeit im Jahr 2014 für alle Gemeinden im Land geschätzt (**Karte 27**). Die kleine Karte zeigt in Gelb die Kommunen, für die die Bundesagentur für Arbeit die Werte berechnete und in Blau die Kommunen mit weniger als 15.000 abhängigen zivilen Erwerbspersonen für die Schätzungen berechnet wurden (mit weniger Genauigkeit als die offiziellen Werten). Die Arbeitslosenquote variieren zwischen 1,5% und 15,0%, das heißt, ähnlich in den Proportionen wie für ganz Deutschland.

Die meisten kreisfreien Städte scheinen stärker betroffen als die ländlichen Regionen von Münsterland, Sauerland und Eifel. Die Städte, in denen die Industrie noch einen großen Anteil an Erwerbstätigen besetzt (ohne jedoch jemals die Mehrheit zu erreichen) scheinen in der Regel stärker betroffen als andere. Die stärksten Arbeitslosenquoten beobachtet man im Ruhrgebiet, einschließlich Essen (12,4%) und Dortmund (12,8%); aber Mülheim an der Ruhr (7,9%) und Bottrop (8,5%) werden besser dargestellt. Krefeld, Mönchengladbach und Düren ergänzen diese Gruppe der Kommunen mit beunruhigender Arbeitslosigkeit. Weitere große Städte befinden sich in einer besorgniserregenden Situation: Wuppertal (10,8%), Hagen (10,4%), Köln (9,6%), Aachen und Bielefeld (9,5%). Düsseldorf (8,8%), Siegen (8,0%), Paderborn (7,8%) haben bessere Ergebnisse und sind näher am Durchschnitt des Landes. Schließlich erscheinen Münster (6,0%) und Bonn (7,2%) sowie Rheine und Gütersloh bevorzugt gegenüber anderen Städten in NRW.


Gemeinden
Arbeitslosenquote
Jahresdurchschnitt 2014
Anteil der Arbeitslosen
am Wohnort
zu 100 zivilen Erwerbspersonen
15,0
11,0
9,0
7,5
5,5
4,5
1,5
Nordrhein-Westfalen : 8,2
Daten der Agentur für Arbeit
Regressionsmodell berechnete Daten
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : Bundesagentur für Arbeit
©Philippe Waniez - 2015

Karte 27

Die Arbeitslosenquoten in den Städten von Nordrhein-Westfalen

Die Studie der Arbeitslosenquoten in den Städten von NRW wird durch die ungleiche Verfügbarkeit der Daten erschwert. Im Allgemeinen wird die Zahl der Arbeitslosen in den Stadtteilen per 31.12.2014 auf der Website der jeweiligen Stadt angegeben (außer Bonn (2013) und Aachen (2012)). Jedoch ist der Nenner für die Berechnung der Arbeitslosenquote nicht einheitlich für alle Städte ausgestattet. Für Köln, Bonn und Dortmund gibt es den am meisten befriedigenden Indikator der Kartografie, die Arbeitslosenquote bezieht sich auf alle zivilen Erwerbspersonen. In Wuppertal und Münster ist die Anzahl der Arbeitslosen bezogen auf die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Schließlich ist für Düsseldorf, Aachen und Essen der Nenner die Bevölkerung im Arbeitsalter (15-64 Jahre für Düsseldorf, 18-64 Jahre für die beiden anderen). Aus diesem Grund sind die Quoten zwischen den acht kartografierten Städten nicht vergleichbar. Dafür ist jede Stadt für sich genommen durch die Stadtteile tatsächlich vergleichbar, was ermöglicht, die Bezirke entsprechend ihren Arbeitslosigkeitsniveaus zu charakterisieren.

In Köln sind die Problemstadtteile in den Stadtbezirken von Mülheim, Kalk und Chorweiler (**Karte 28A**) angeordnet. In Chorweiler erreichte die Arbeitslosenquote 21,3%, was der absolute Rekord für die Stadt ist. Im Süden weisen Ostheim und Gremberghoven jeweils 19,2% und 18,8% aus. Aber nicht in allen Bezirken von Köln sind die Werte so hoch: Von der Mitte ausgehend erstreckt sich eine Fläche des Wohlstands über das gesamte südwestliche Viertel mit Quoten, die im Allgemeinen unter 8,0% liegen (mit Ausnahme von Meschenich, 14,8%).

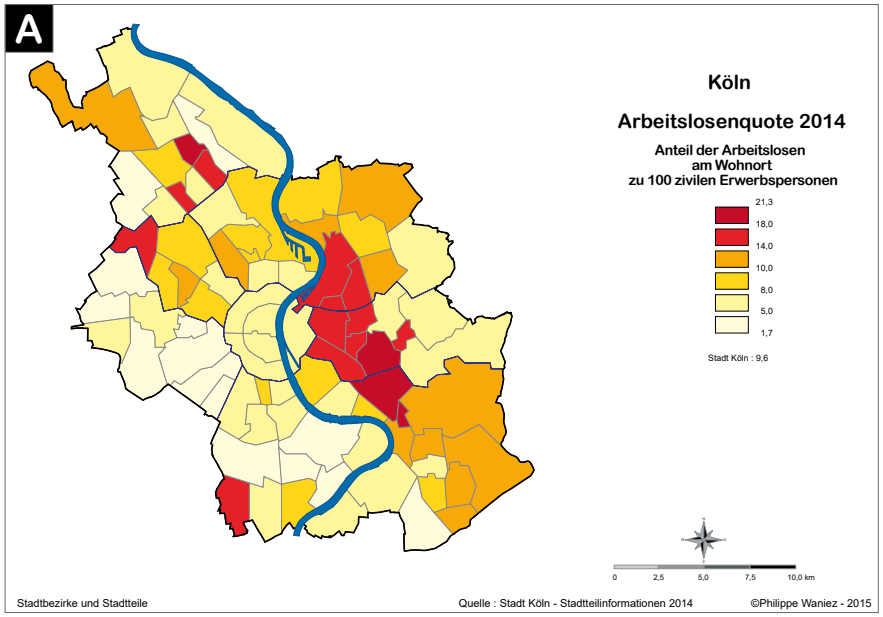
Obwohl Düsseldorf etwas weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen scheint als andere Städte in NRW, sind hohe Quoten in den östlichen und südlichen Vororten konzentriert, von Flingern Nord nach Garath (**Karte 28B**). Der Norden und Westen scheinen nicht betroffen, aber das Zentrum verfügt über ein differenziertes Bild, auf dem sich sehr niedrige und mittlere Quoten abwechseln.

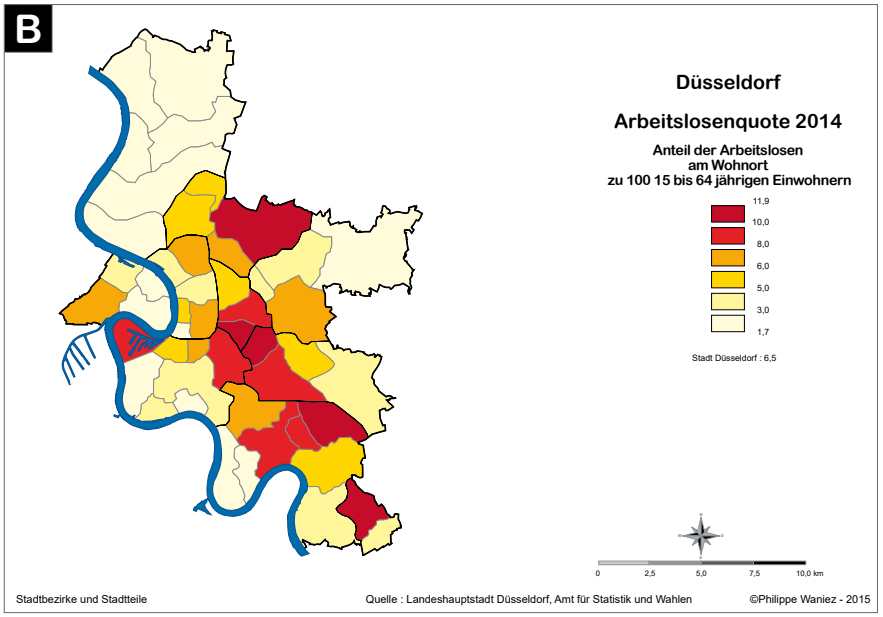
Wie bereits hingewiesen, ist die Bundestadt Bonn nicht frei von ärmeren Vierteln, die hauptsächlich im südwestlichen Viertel der Stadt liegen: 17,5% der Arbeitslosen leben in Neu-Tannenbusch, 17,8% in Medinghoven und 14,5% in Dransdorf (**Karte 28C**). Auch Bad-Godesberg im Süden wird nicht verschont, aber dort sind die Quoten trotzdem moderater, von 6,0 bis 11,0% auf einer Achse, die Godesberg-Nord mit Mehlem-Rheinaue verbindet.

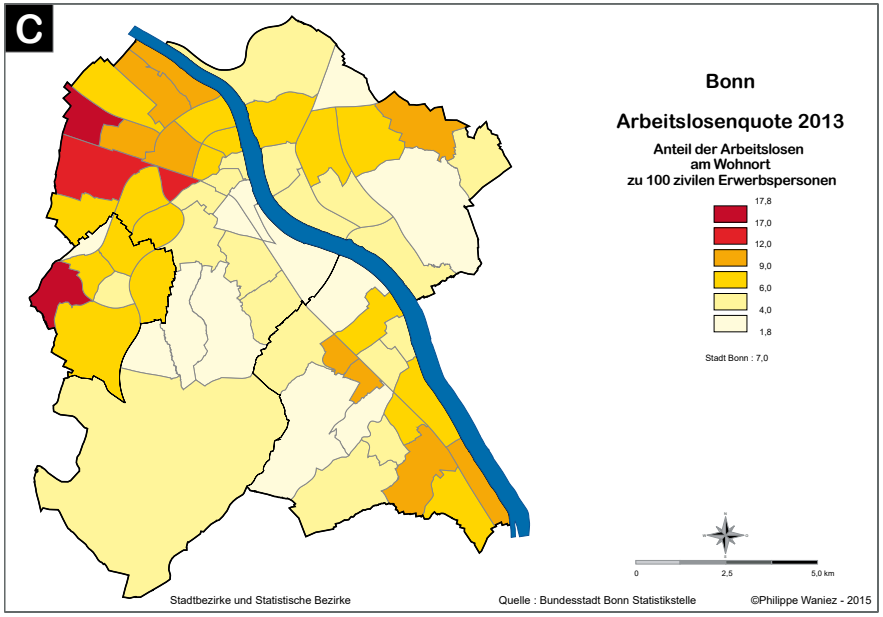
In Wuppertal sind die armen Viertel hauptsächlich im Tal der Wupper, von Oberbarmen bis Elberfeld angesiedelt (**Karte 28D**). Hier erfährt man die stärkste Arbeitslosigkeit. Quoten vermindern sich zu den Villenvierteln schrittweise, um in der Peripherie der Stadt schwache Werte zu erreichen.

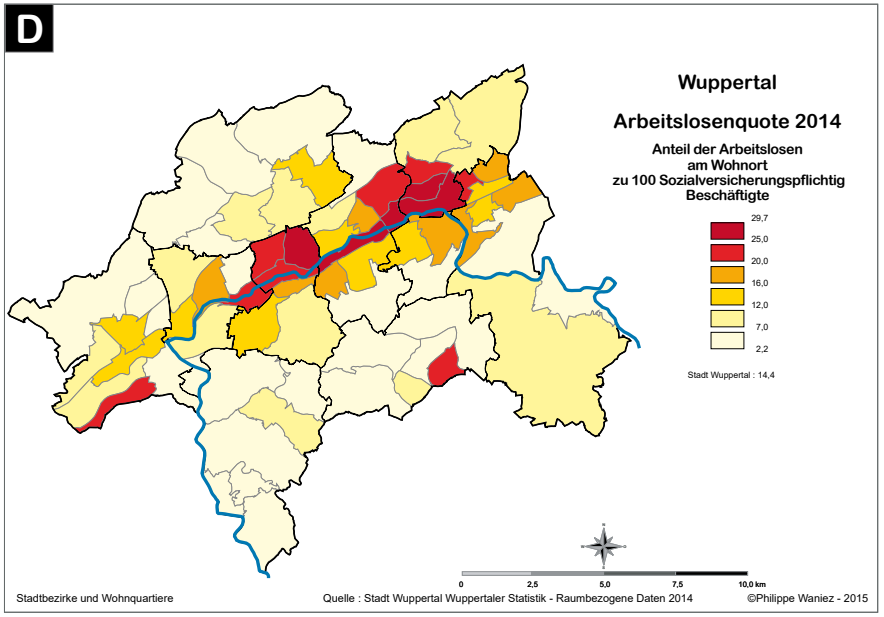
In Essen findet man wieder den Gegensatz Nord-Süd, der auch einem armen/reichen Gegensatz entspricht. Danach befindet sich in der nördlichen Hälfte der Stadt die stärkste Arbeitslosigkeit, vom Stadtkern bis Katernberg (**Karte 29A**). Der Osten und der Westen der nördlichen Hälfte werden jedoch kaum davon berührt.

Ein Schema, das dem von Essen ähnlich ist, ist auch in Dortmund sichtbar: die Stadtteilen von Hafen, Nordmarkt, Borsigplatz stellen die Arbeitslosen ein Viertel der Erwerbstätigen dar (**Karte 29B**).


A
Köln
Arbeitslosenquote 2014
Anteil der Arbeitslosen
am Wohnort
zu 100 zivilen Erwerbspersonen
21,3
18,0
14,0
10,0
8,0
5,0
1,7
Stadt Köln : 9,6
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2014
©Philippe Waniez - 2015


B
Düsseldorf
Arbeitslosenquote 2014
Anteil der Arbeitslosen
am Wohnort
zu 100 15 bis 64 jährigen Einwohnern
11,9
10,0
8,0
6,0
5,0
3,0
1,7
Stadt Düsseldorf : 6,5
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


C
Bonn
Arbeitslosenquote 2013
Anteil der Arbeitslosen
am Wohnort
zu 100 zivilen Erwerbspersonen
17,8
17,0
12,0
9,0
6,0
4,0
1,8
Stadt Bonn : 7,0
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


D
Wuppertal
Arbeitslosenquote 2014
Anteil der Arbeitslosen
am Wohnort
zu 100 Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte
29,7
25,0
20,0
16,0
12,0
7,0
2,2
Stadt Wuppertal : 14,4
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Wohnquartiere
Quelle : Stadt Wuppertal Wuppertaler Statistik - Raumbezogene Daten 2014
©Philippe Waniez - 2015

Die Arbeitslosenquoten in den Städten von Nordrhein-Westfalen

Die Studie der Arbeitslosenquoten in den Städten von NRW wird durch die ungleiche Verfügbarkeit der Daten erschwert. Im Allgemeinen wird die Zahl der Arbeitslosen in den Stadtteilen per 31.12.2014 auf der Website der jeweiligen Stadt angegeben (außer Bonn (2013) und Aachen (2012)). Jedoch ist der Nenner für die Berechnung der Arbeitslosenquote nicht einheitlich für alle Städte ausgestattet. Für Köln, Bonn und Dortmund gibt es den am meisten befriedigenden Indikator der Kartografie, die Arbeitslosenquote bezieht sich auf alle zivilen Erwerbspersonen. In Wuppertal und Münster ist die Anzahl der Arbeitslosen bezogen auf die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Schließlich ist für Düsseldorf, Aachen und Essen der Nenner die Bevölkerung im Arbeitsalter (15-64 Jahre für Düsseldorf, 18-64 Jahre für die beiden anderen). Aus diesem Grund sind die Quoten zwischen den acht kartografierten Städten nicht vergleichbar. Dafür ist jede Stadt für sich genommen durch die Stadtteile tatsächlich vergleichbar, was ermöglicht, die Bezirke entsprechend ihren Arbeitslosigkeitsniveaus zu charakterisieren.

In Köln sind die Problemstadtteile in den Stadtbezirken von Mülheim, Kalk und Chorweiler (**Karte 28A**) angeordnet. In Chorweiler erreichte die Arbeitslosenquote 21,3%, was der absolute Rekord für die Stadt ist. Im Süden weisen Ostheim und Gremberghoven jeweils 19,2% und 18,8% aus. Aber nicht in allen Bezirken von Köln sind die Werte so hoch: Von der Mitte ausgehend erstreckt sich eine Fläche des Wohlstands über das gesamte südwestliche Viertel mit Quoten, die im Allgemeinen unter 8,0% liegen (mit Ausnahme von Meschenich, 14,8%).

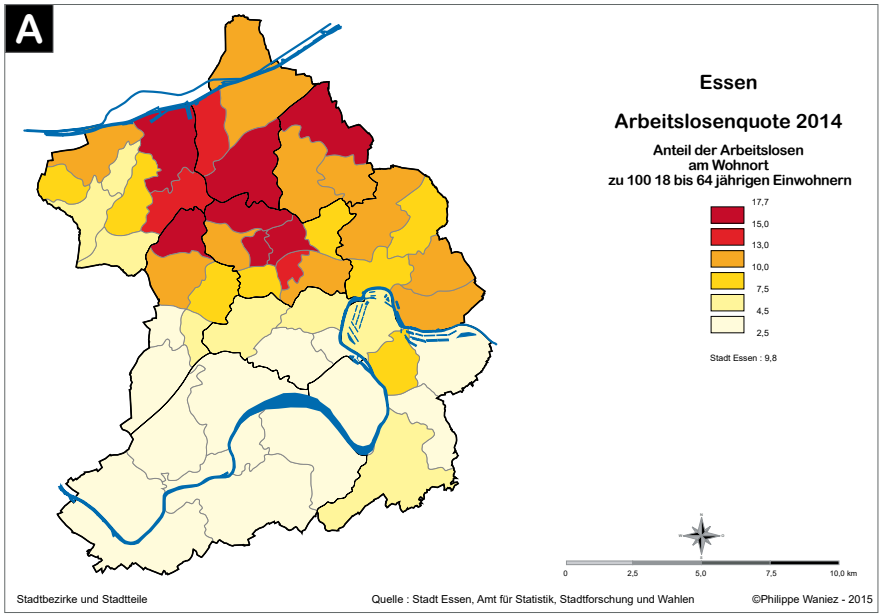
Obwohl Düsseldorf etwas weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen scheint als andere Städte in NRW, sind hohe Quoten in den östlichen und südlichen Vororten konzentriert, von Flingern Nord nach Garath (**Karte 28B**). Der Norden und Westen scheinen nicht betroffen, aber das Zentrum verfügt über ein differenziertes Bild, auf dem sich sehr niedrige und mittlere Quoten abwechseln.

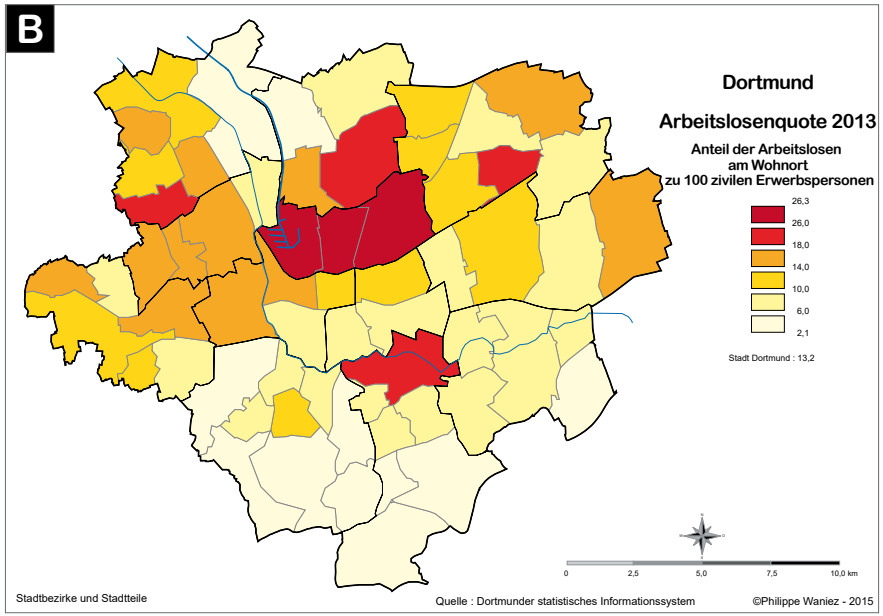
Wie bereits hingewiesen, ist die Bundestadt Bonn nicht frei von ärmeren Vierteln, die hauptsächlich im südwestlichen Viertel der Stadt liegen: 17,5% der Arbeitslosen leben in Neu-Tannenbusch, 17,8% in Medinghoven und 14,5% in Dransdorf (Karte 28C). Auch Bad-Godesberg im Süden wird nicht verschont, aber dort sind die Quoten trotzdem moderater, von 6,0 bis 11,0% auf einer Achse, die Godesberg-Nord mit Mehlem-Rheinaue verbindet.

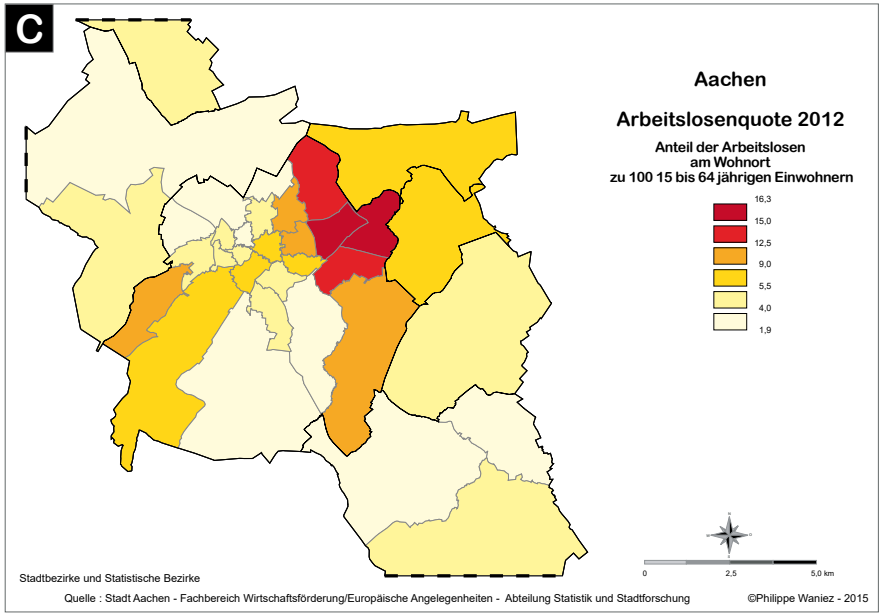
In Wuppertal sind die armen Viertel hauptsächlich im Tal der Wupper, von Oberbarmen bis Elberfeld angesiedelt (**Karte 28D**). Hier erfährt man die stärkste Arbeitslosigkeit. Quoten vermindern sich zu den Villenvierteln schrittweise, um in der Peripherie der Stadt schwache Werte zu erreichen.

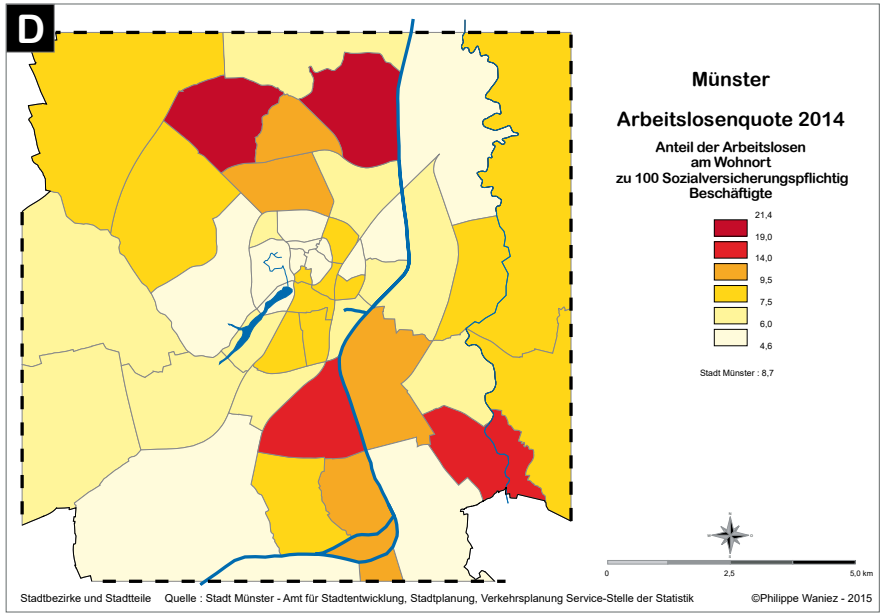
In Essen findet man wieder den Gegensatz Nord-Süd, der auch einem armen/reichen Gegensatz entspricht. Danach befindet sich in der nördlichen Hälfte der Stadt die stärkste Arbeitslosigkeit, vom Stadtkern bis Katernberg (**Karte 29A**). Der Osten und der Westen der nördlichen Hälfte werden jedoch kaum davon berührt.

Ein Schema, das dem von Essen ähnlich ist, ist auch in Dortmund sichtbar: die Stadtteilen von Hafen, Nordmarkt, Borsigplatz stellen die Arbeitslosen ein Viertel der Erwerbstätigen dar (**Karte 29B**).


A
Essen
Arbeitslosenquote 2014
Anteil der Arbeitslosen
am Wohnort
zu 100 18 bis 64 jährigen Einwohnern
17,7
15,0
13,0
10,0
7,5
4,5
2,5
Stadt Essen : 9,8
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2015


B
Dortmund
Arbeitslosenquote 2013
Anteil der Arbeitslosen
am Wohnort
zu 100 zivilen Erwerbspersonen
26,3
26,0
18,0
14,0
10,0
6,0
2,1
Stadt Dortmund : 13,2
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Dortmunder statistisches Informationssystem
©Philippe Waniez - 2015


C
Aachen
Arbeitslosenquote 2012
Anteil der Arbeitslosen
am Wohnort
zu 100 15 bis 64 jährigen Einwohnern
16,3
15,0
12,5
9,0
5,5
4,0
1,9
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Statistische Bezirke
Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - Abteilung Statistik und Stadtforschung
©Philippe Waniez - 2015


D
Münster
Arbeitslosenquote 2014
Anteil der Arbeitslosen
am Wohnort
zu 100 Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte
21,4
19,0
14,0
9,5
7,5
6,0
4,6
Stadt Münster : 8,7
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung Service-Stelle der Statistik
©Philippe Waniez - 2015

Im Gegensatz dazu ist die südliche Hälfte der Stadt weniger betroffen, außer Hörde mit 19,3% der Arbeitslosen.

In Aachen ist der Osten der Stadt am stärksten betroffen, vor allem Panneschopp, Rothe Erde, Trierer Straße und Kalkofen (**Karte 29C**). An anderer Stelle erscheinen Quoten relativ niedrig, was den sozial trennenden Charakter der Stadt verstärkt.

Dies ist auch in Münster der Fall, wo die Arbeitslosigkeit in einigen Gebieten der Peripherie stark ausbreitet ist: Kinderhaus-West und Coerde im Norden, Berg Fidel und Angelmodde im Süden (**Karte 29D**). Der zentrale Teil der Stadt ist kaum betroffen und der sektorale Charakter der sozialen Trennung ist deutlich eingerichtet.

So beobachtet man einen starken Zusammenhang zwischen den Karten der Arbeitslosenquoten und denen der Bedarfsgemeinschaften, die natürlich mit den Einkommensniveaus verwandt sind (siehe das Kapitel „Einkommen und Steuer“). Mit anderen Worten sind dieselben Stadtteile, die erhöhte Quoten ausweisen auch auf allen Karten der Armut zu finden.

Die Zu- und Abgänge von Arbeitslosen

Die Arbeitslosenquoten entstehen aus dem Verhältnis zwischen der Anzahl der Arbeitsuchenden, die in der Bundesagentur für Arbeit registriert sind und der Gesamtzahl der zivilen Erwerbstätigen. Die Öffentlichkeit ist gewöhnt, im Laufe der Zeit Informationen über die Entwicklung der Beschäftigung und damit über die Änderungen in den Arbeitslosenquoten Monat für Monat, Quartal für Quartal usw. zu erhalten. Eine weitere Möglichkeit, die Entwicklung der Beschäftigung zu beurteilen, besteht darin, die Anzahl der Arbeitnehmer zu vergleichen, und zwar denjenigen, die sich in Bundesagentur für Arbeit arbeitssuchend (im Monat, Quartal etc.) gemeldet haben (Zugänge) mit der Anzahl derjenigen, die die Agentur im Laufe derselben Periode verlassen haben (Abgänge). Die Anzahl der Anmeldungen und der Löschungen ändert sich zeitlich in Verbindung mit der wirtschaftlichen Konjunktur.

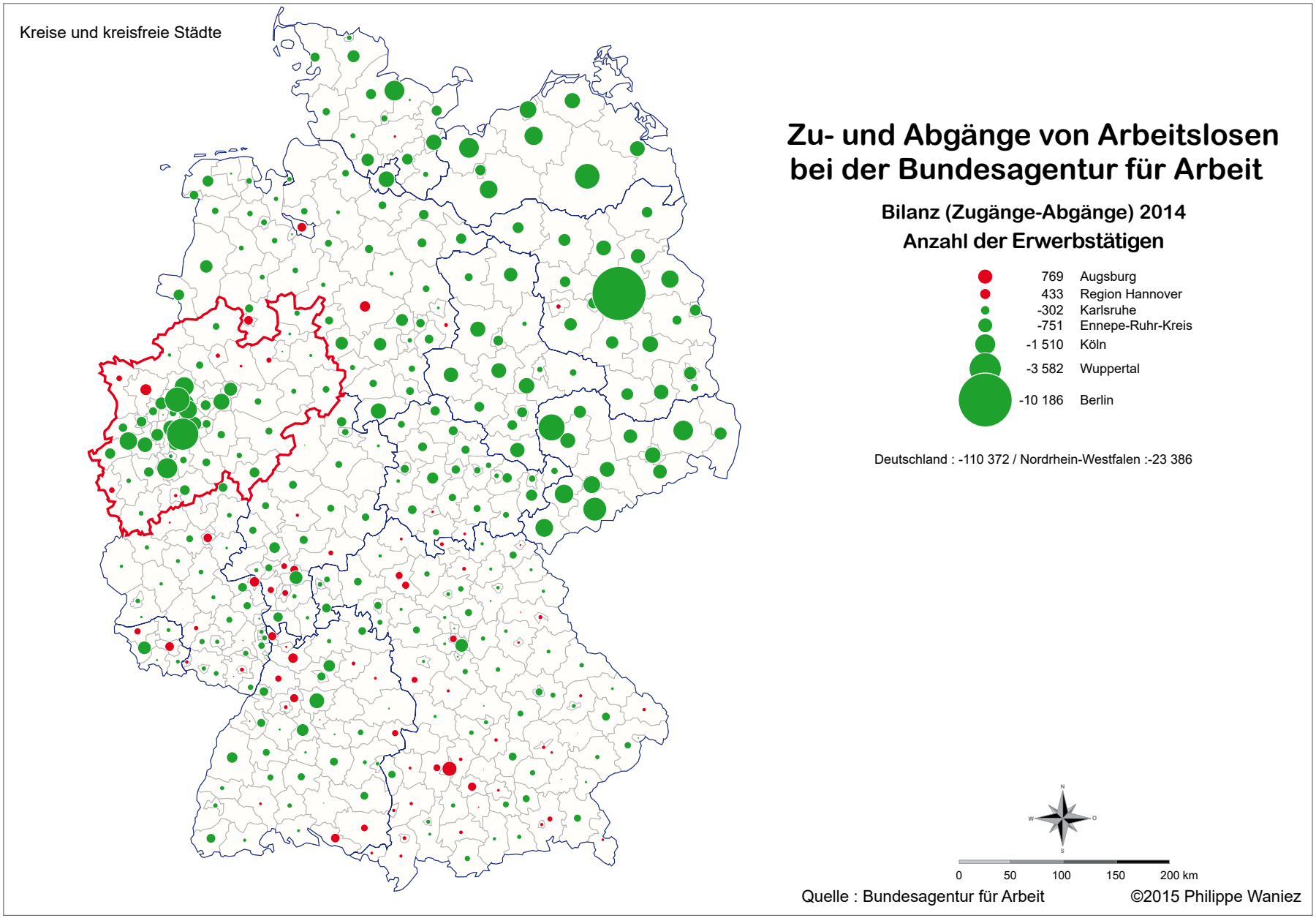
Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Artikels gibt es Statistiken über diese Ströme für das Jahr 2014: 7.648.999 Zugänge und 7.759.371 Abgänge, das ergibt eine Differenz zwischen den beiden Werten von -110.372 Personen. Diese Bilanz erscheint relativ gering angesichts der Zahl der Betroffenen und könnte eine leichte Verbesserung der Beschäftigung im Bundesgebiet zum Ausdruck bringen. Die Werte der tatsächlichen Bewegungen (Ströme) von insgesamt mehr als 15 Millionen Arbeitnehmern, scheinen erheblich umfangreicher mit 2.898.388 Arbeitslosen (Bestand) im Jahr 2014. Man könnte die Bundesagentur für Arbeit mit einem großen Bahnhof vergleichen: Ungefähr 7,6 Millionen Personen kommen an (Zugang), 7,8 Millionen fahren ab (Abgang), während 2,9 Millionen auf eine Abfahrmöglichkeit warten (Bestand).

Die Zugänge setzen sich für das ganze Land im Jahr 2014 wie folgt zusammen: 39,1% Erwerbstätige (Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren und nach einem neuen Job suchen), 34,0% Nichterwerbstätige (Nichterwerbstätige, die sich in der Agentur registrieren, um Arbeit zu suchen), 22,7% Personen, die aus der Ausbildung kommen (die einer Ausbildung gefolgt sind und die nun eine Anstellung suchen) und 4,2% kommen aus verschiedenen oder unbekannten Situationen.

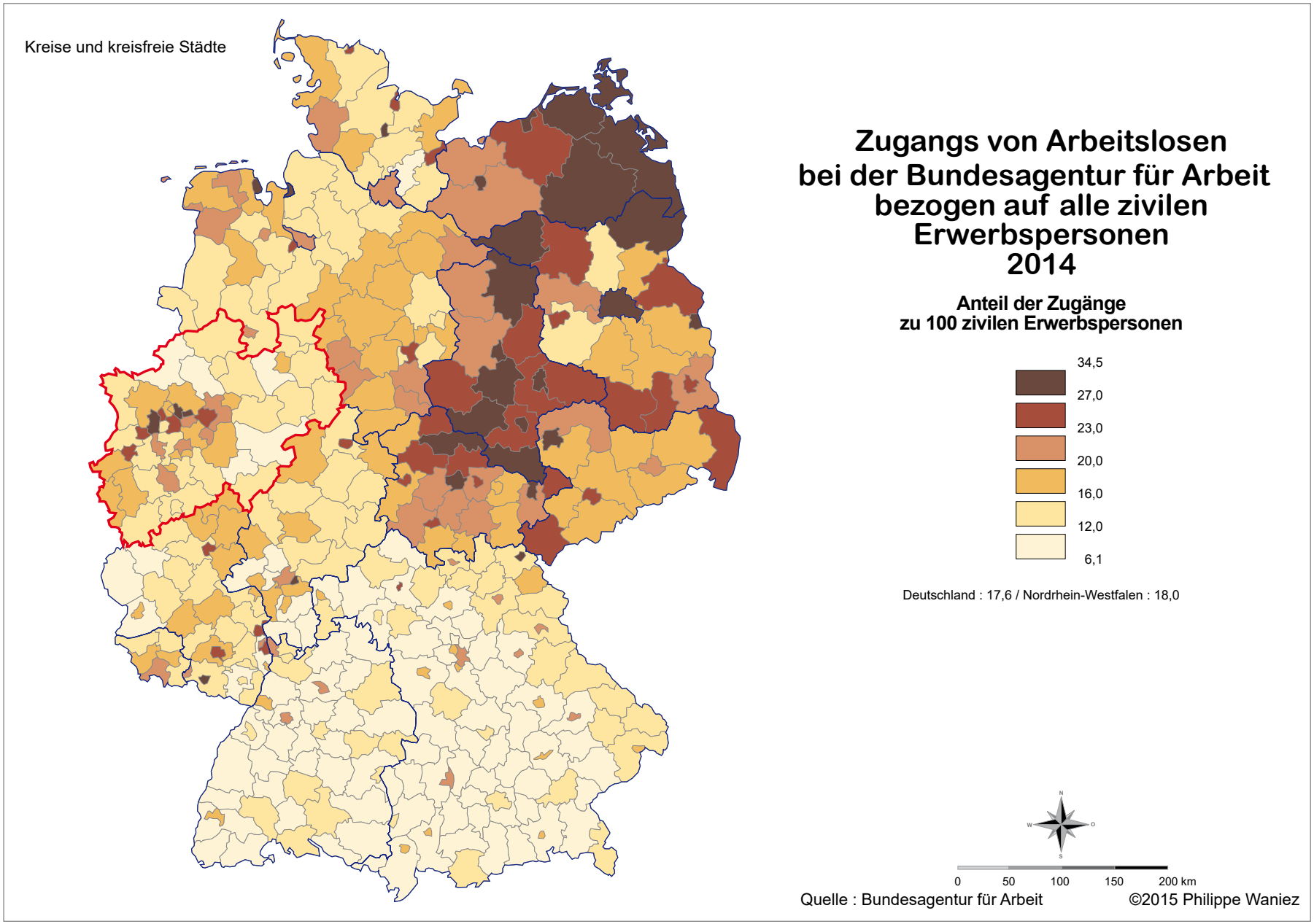
Bei den Abgängen nimmt der erste Platz mit 38,6% der Abgang in die Nichterwerbstätigkeit ein, das Verlassen für eine Beschäftigung nur die zweite Position mit 32,9%, der Abgang für Ausbildung beläuft sich auf 21,5%, das macht einen Prozentsatz weniger als bei den Anmeldungen aus demselben Grund. Eine Studie, die von der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2007 veröffentlicht wurde (20), zeigt, dass die Hauptursache für den Abgang in die Nichterwerbstätigkeit die Arbeitsunfähigkeit ist (53,0%); die zweite Ursache ist die fehlende Verfügbarkeit/Mitwirkung (26,0%); schließlich fallen 21,0% auf die Nichterneuerung der Meldung oder den besonderen Verwaltungsregeln. Mit anderen Worten führt das Verlassen der Dateien von der Bundesagentur für Arbeit in die Nichterwerbstätigkeit und die Hälfte dieser Abgänge ist arbeitsunfähig. Unter diesen Voraussetzungen kann man sich also über die Natur dieser Bilanz von -110.372 eingeschriebenen Personen im Jahr 2014 fragen: Gibt es eine tatsächliche Verbesserung oder wird das Auge getäuscht mit dem zahlreichen Abgang in die Kategorie Nichterwerbstätigkeit? Im Allgemeinen kann man sich aber auch über den Wahrheitsgehalt der Arbeitslosenquoten in der Art fragen, als dass einige der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Personen zum Abgang aus den Dateien ohne professionelle Lösung gedrängt werden ... Erscheinen die Statistiken so gesehen als weniger sozial akzeptabel?

Die jährliche Bilanz der von der Bundesagentur für Arbeit aufgenommenen Ströme (Zugänge-Abgänge) auf dem Niveau der Kreise und kreisfreien Städte zeigt, dass der Süden von Deutschland niedrige Werte im Zusammenhang mit schwacher Arbeitslosigkeit darstellt. Doch in vielen von der Arbeitslosigkeit stark betroffenen Kreisen erscheinen höhere Werte mit geringeren Zugängen als Abgängen. Dies ist insbesondere der Fall in den neuen Bundesländern, besonders Berlin (591.147 Zugänge und 601.333 Abgänge) und ebenso in NRW (**Karte 30**). Aber man muss diesen Optimismus der Werte in diesen Bilanzen gewichten. Sie bleiben verhältnismäßig bescheiden und sind nicht geeignet, das allgemeine Beschäftigungspanorama auf radikale Weise zu verändern; auch wegen der benutzten Ausgangstür zur Beschäftigung oder zur Nichtbeschäftigung.

Man kann sich auch über die Beziehung zwischen der Anzahl von Zugängen und der Anzahl aller zivilen Erwerbstätigen fragen: die Zugangsquote beläuft sich auf 17,6,0 für ganz Deutschland. Das ist ein deutlich höherer Wert als die Arbeitslosenquote und drückt das Ausmaß der Bewegungen aus, die von der Bundesagentur für Arbeit verwaltet werden. Diese Zugänge betreffen natürlich Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, aber auch diejenigen, die sich ohne Beschäftigung registrieren lassen (Zugang aus Nichterwerbstätigkeit) oder ausgebildet wurden (Zugang aus Ausbildung); der Druck auf den Arbeitsmarkt wird also durch einen solchen Zustrom von Zugängen verstärkt. In den Gegenden, wo die Beschäftigungslage schlecht ist, erscheint der Druck am höchsten; mit den neuen Ländern beginnend (**Karte 31**): Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben mehrere Kreise, in denen die erreichte Zugangsquote sogar ein Viertel der Erwerbstätigen überschreitet. In den alten Ländern ist die Situation im Allgemeinen weniger angespannt aber mit beachtlichen Unterschieden: schwache Zugangsquoten in Bayern und Baden-Württemberg, höhere im Osten Niedersachsens und sehr hoch im Ruhrgebiet. In der Regel haben die Städte höhere Zugangsquoten als die umliegende Umgebung, dies liegt wahrscheinlich an der größeren Bewegung von Arbeit in den Städten.


Kreise und kreisfreie Städte
Zu- und Abgänge von Arbeitslosen bei der Bundesagentur für Arbeit
Bilanz (Zugänge-Abgänge) 2014
Anzahl der Erwerbstätigen
769 Augsburg
433 Region Hannover
-302 Karlsruhe
-751 Ennepe-Ruhr-Kreis
-1 510 Köln
-3 582 Wuppertal
-10 186 Berlin
Deutschland : -110 372 / Nordrhein-Westfalen :-23 386
N
W
O
S
0 50 100 150 200 km
Quelle : Bundesagentur für Arbeit
©2015 Philippe Waniez

Karte 30


Kreise und kreisfreie Städte
Zugangs von Arbeitslosen bei der Bundesagentur für Arbeit bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen 2014
Anteil der Zugänge zu 100 zivilen Erwerbspersonen
34,5
27,0
23,0
20,0
16,0
12,0
6,1
Deutschland : 17,6 / Nordrhein-Westfalen : 18,0
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Bundesagentur für Arbeit
©2015 Philippe Waniez

Karte 31

8. Die geringfügig entlohnten Beschäftigte

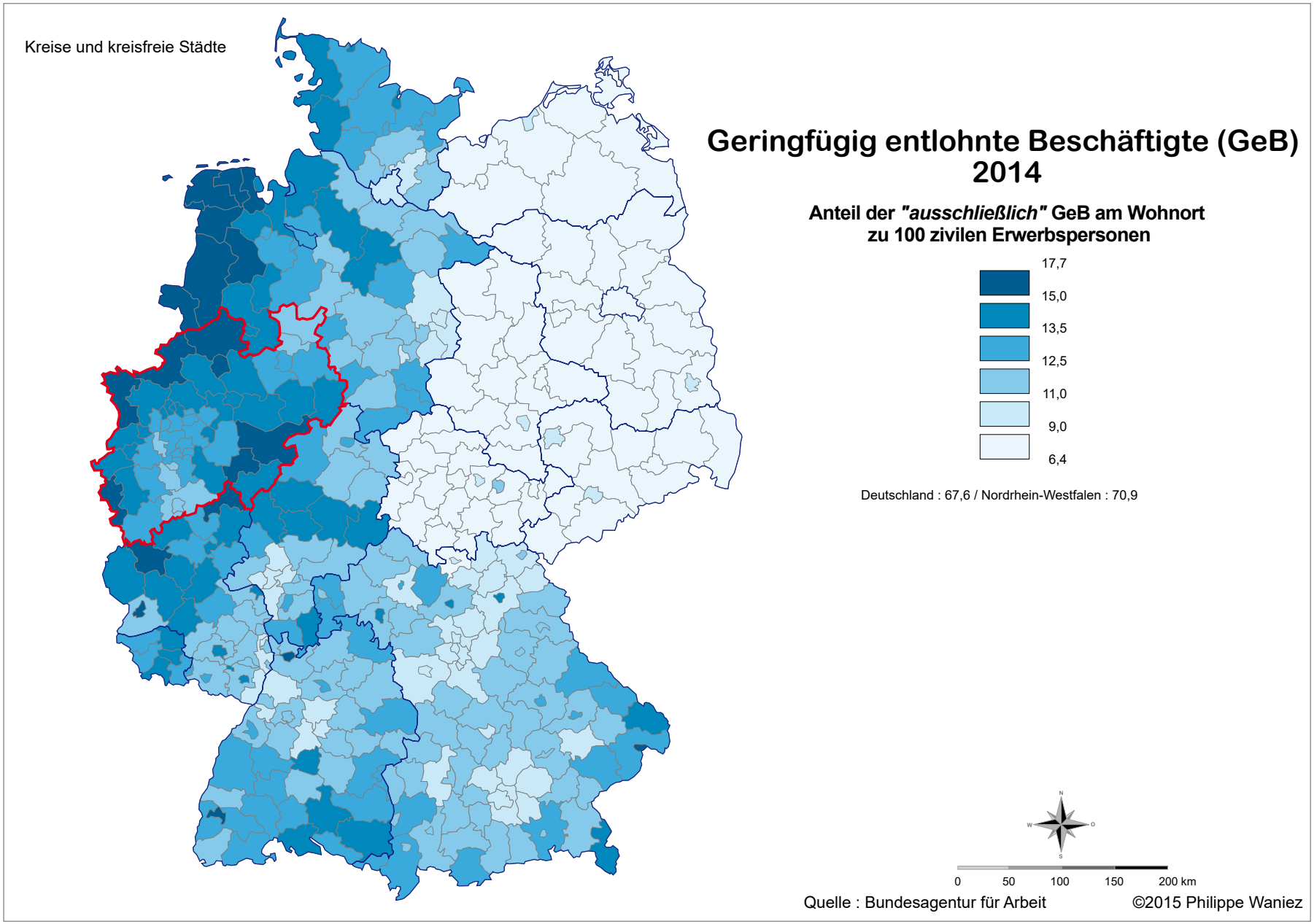
„Eine geringfügige Beschäftigung ist ein Beschäftigungsverhältnis, bei dem das Arbeitsentgelt eine bestimmte Grenze nicht überschreitet oder das nur kurz andauert. (…).In Deutschland spricht man auch von einem Minijob oder einem 450-Euro-Job. (…) Geringfügig Beschäftigte sind nach deutschem Recht in dieser Beschäftigung in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung nicht versicherungspflichtig“ (21). Zum 30. Juni 2014 und für das gesamte Land wurden 7.461.280 Personen geringfügig entlohnte Beschäftigte von Bundesagentur für Arbeit genannt. Dies entspricht rund 17,0% aller zivilen Erwerbstätigen.

Diese Arbeitsart enthält zwei Komponenten, deren Wichtigkeit und Bedeutung präzisiert werden müssen. Einerseits gibt es Beschäftigte, die nur in Minijobs ohne andere Arbeitsmöglichkeit angestellt sind; das sind zwei Drittel der Minijobber (67,6%). Andererseits können Beschäftigte auch Minijobs beanspruchen, um ihr Einkommen zu verbessern; in diesem Fall handelt es sich um einen Nebenjob, das sind 32,4% der Minijobber.

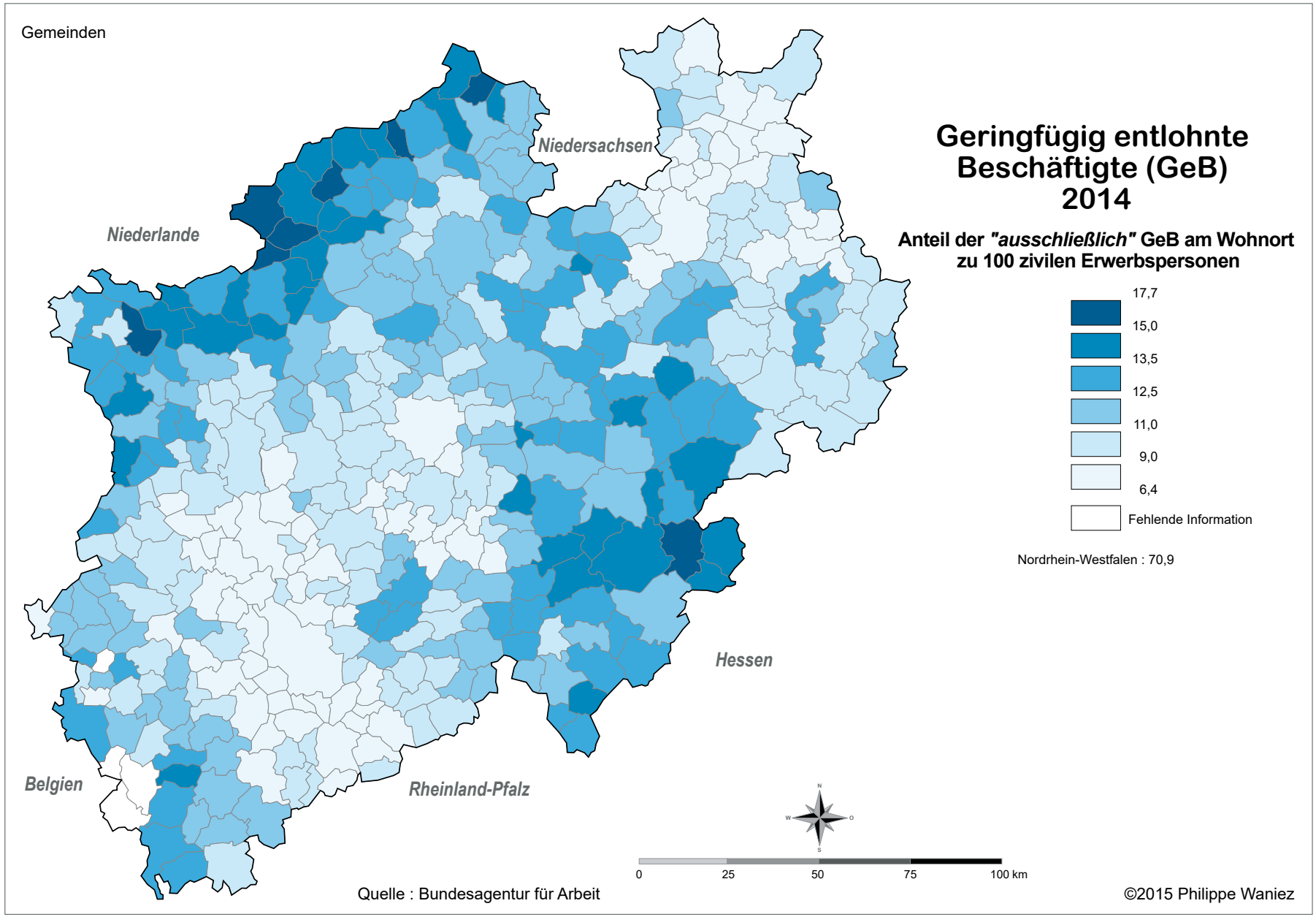
Die geografische Verteilung der Anteile der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten am Wohnort zu 100 zivilen Erwerbspersonen (**Karte 32**) zeigt, dass diese Beschäftigungsmöglichkeit kaum in den neuen Bundesländern beansprucht wird: nie mehr als 10,0% (außer in Jena). Hauptsächlich wird dieses System in den alten Ländern genutzt. Die höchsten Prozentsätze befinden sich in ländlichen Kreisen von Schleswig-Holstein bis nach Baden-Württemberg; auch in Bayern ist dies der Fall, allerdings in einem kleineren Maß. Die großen Städte sind mehr oder weniger beteiligt: Hamburg, Frankfurt am Main, Stuttgart, München, Nürnberg haben relativ niedrige Werte unter 11,0%. Andere Städte sind stärker betroffen: Köln (12,2%), Mainz (13,6%), Saarbrücken (13,8%). Schließlich sind die Werte in den Städten, in denen der Tourismus ein wichtiger Teil der Beschäftigung ist, sogar noch höher: Freiburg im Breisgau (15,3%), Bayreuth (13,5%), Heidelberg (15,6%), Konstanz (14,0%), Bamberg (14,6%), Passau (15,8%)… Trotz dieser Proportionen sind die meisten Minijobber in den Städten, aufgrund ihrer größeren Zahl an Arbeitnehmern, zu finden. Schließlich beobachtet man eine Grenzwirkung im Westen des Landes, vor allem auf der Seite der Niederlande mit Werten, die häufig 16% übersteigt.

In NRW, so wie im Rest der alten Länder, besonders in den ländlichen Randgebieten, findet man die stärksten Proportionen von Minijobbern (**Karte 33**), über 17,0% im Westen von Münsterland und vom Niederrhein. Das Phänomen von oft verwendeten Leiharbeitern in Tourismusregionen ist auch in der Eifel und im Sauerland nachweisbar. Im Herzen des Landes sind die Proportionen schwächer, im Allgemeinen weniger als 15,0%. Aber die Anzahl der Arbeitnehmer in diesem Status, ist natürlich in diesen dicht besiedelten Gebieten höher. Man erkennt einen Unterschied zwischen der Rheinachse, die Prozentsätze unter 12,0% ausweist und dem Ruhrgebiet, in dem sie meistens zwei Punkte höher liegt.

Insgesamt entspricht der Anteil der Nebenjobs einer bestimmten Logik: In Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit niedriger ist, dort ist der Anteil größer. In diesem Fall besteht die Funktion des Minijobs nicht darin, die Bevölkerung oft zum niedrigsten Preis, oft mit geringer Qualifikation und im privaten Sektor arbeiten zu lassen, sondern in der Möglichkeit, den Arbeitnehmern, die nicht arbeitslos sind, eine Ergänzung zum Gehalt zu erlauben.


Kreise und kreisfreie Städte
Geringfügig entlohnte Beschäftigte (GeB) 2014
Anteil der "ausschließlich" GeB am Wohnort zu 100 zivilen Erwerbspersonen
17,7
15,0
13,5
12,5
11,0
9,0
6,4
Deutschland : 67,6 / Nordrhein-Westfalen : 70,9
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Bundesagentur für Arbeit
©2015 Philippe Waniez

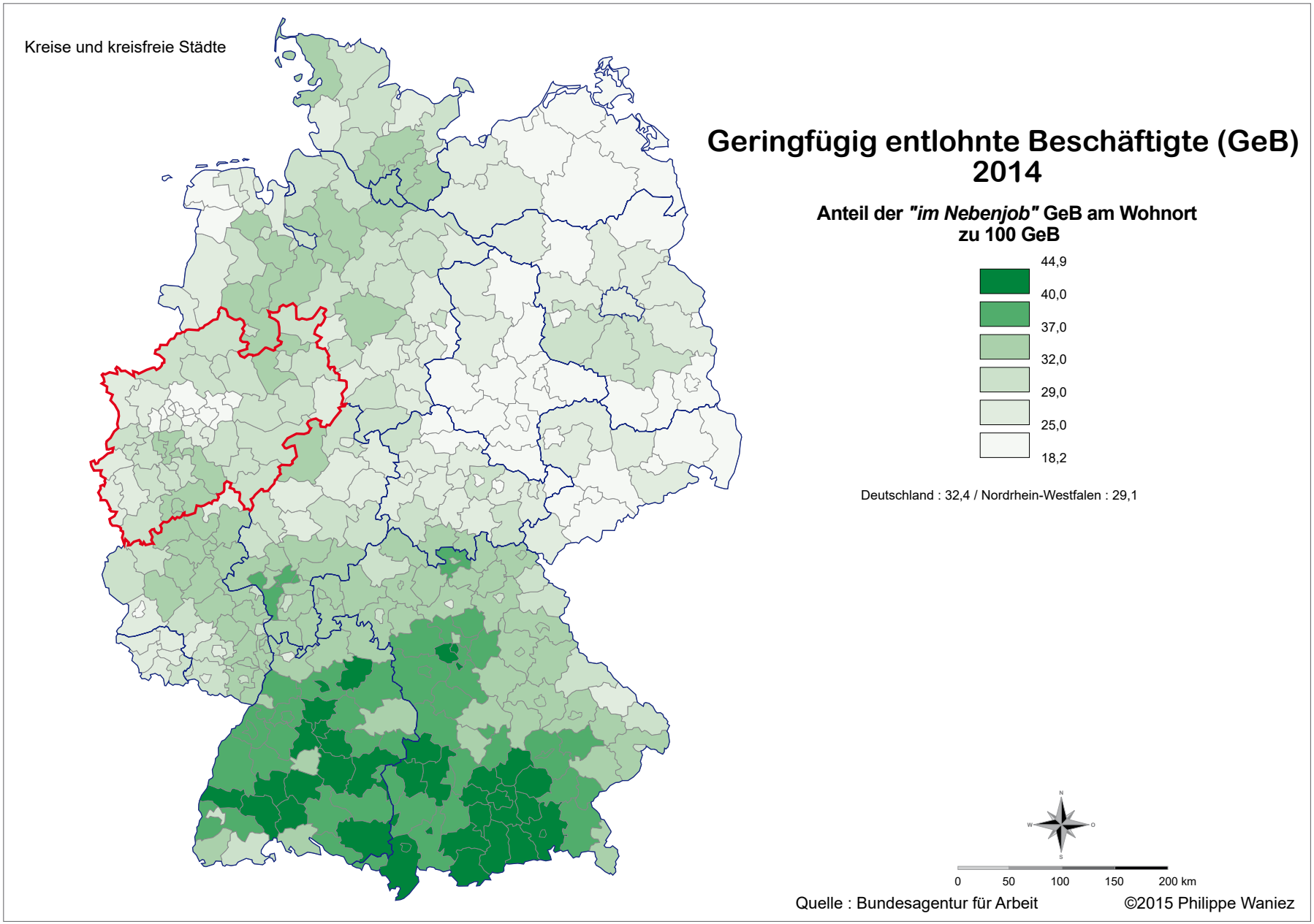
Karte 32


Gemeinden
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Geringfügig entlohnte Beschäftigte (GeB) 2014
Anteil der "ausschließlich" GeB am Wohnort zu 100 zivilen Erwerbspersonen
17,7
15,0
13,5
12,5
11,0
9,0
6,4
Fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 70,9
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : Bundesagentur für Arbeit
©2015 Philippe Waniez

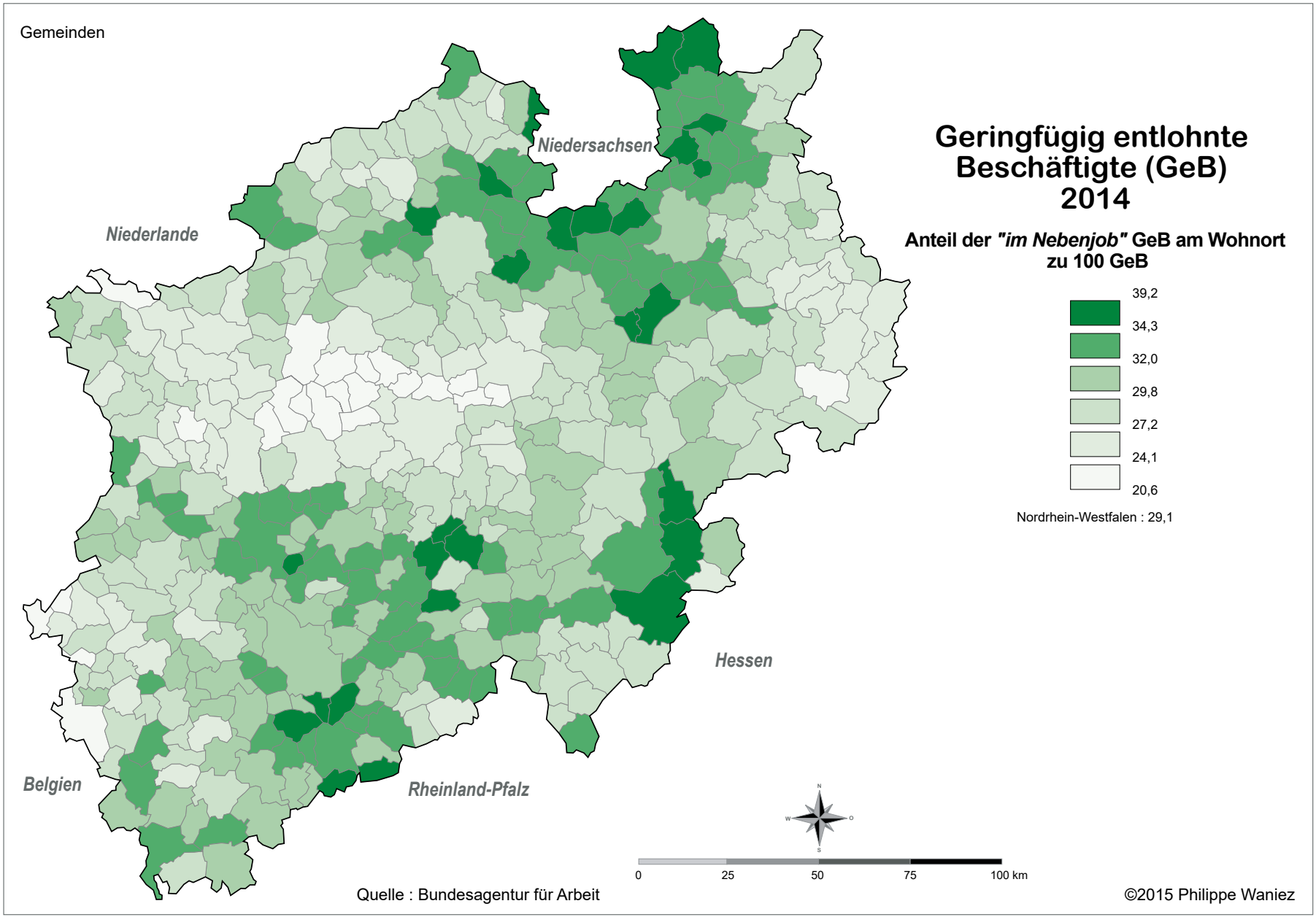
Karte 33

Dies wird besonders auf der Karte von ganz Deutschland deutlich (**Karte 34**). In den südlichen Ländern ist der Anteil der Nebenjobber im Verhältnis zu der Gesamtanzahl der Minijobber am höchsten, fast immer über 20,0% und oft viel höher: 38,0% in Frankfurt am Main, 40,0% in Stuttgart, 44,8% in München. In der nördlichen Hälfte sind die Prozentsätze niedriger, obwohl Hannover und Hamburg bei über 30,0% liegen. Man kann annehmen, dass die Proportion der Nebenjobs zu der Gesamtheit der Minijobs auf seine eigene Weise eine Form der wirtschaftlichen Vitalität zum Ausdruck bringt.

In NRW, variieren die Anteile der Nebenjobs an den Minijobs zwischen 20,0% und 39,0%. Die Verbindung zum Grad der Arbeitslosigkeit ist weniger offensichtlich als für das ganze Land, aber der Einfluss der Beschäftigungssituation scheint ohnehin eine Rolle zu spielen. In den ländlichen Gebieten des Niederrheins und des Teutoburger Waldes, sowie in der Region von Aachen, haben die Nebenjobs einen geringen Anteil, obwohl die Arbeitslosenquoten in einigen Fällen relativ hoch sind (Aachen) oder niedriger (**Karte 35**). Im Ruhrgebiet werden die Nebenjobs, weniger häufig ausgewiesen. Vor allem auf der Nordachse von Oberhausen nach Hamm machen die Minijobs weniger als ein Viertel von den Nebenjobs aus. Hier bestätigt sich die Regel des Umkehr-Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und Nebenjobs: Das Arbeitsangebot ist gering und es ist zweifellos schwer, eine Ergänzung zum Gehalt durch einen Nebenjob zu erhalten. In den Regionen mit stärkerer Proportion der Nebenjobs beobachtet man, dass vor allem die in der Peripherie der großen Städte gelegenen Kommunen die höchsten Prozentsätze haben, sowohl zwischen Düsseldorf und Wuppertal als auch zwischen Köln und Bonn sowie zwischen Münster und Bielefeld. In diesen Regionen liegt die Mehrheit der großen Städte über 30,0% und ihre peripheren Kommunen im Allgemeinen zwischen 32,0% und 34,0%, d.h. mehr als ein Drittel der Minijobs insgesamt. Schließlich findet man die Spur von Tourismus in Eifel und Sauerland wieder, wo die Nebenjobs mehr als ein Drittel der Minijobs darstellen.


Kreise und kreisfreie Städte
Geringfügig entlohnte Beschäftigte (GeB) 2014
Anteil der "im Nebenjob" GeB am Wohnort zu 100 GeB
44,9
40,0
37,0
32,0
29,0
25,0
18,2
Deutschland : 32,4 / Nordrhein-Westfalen : 29,1
N
W
O
S
0
50
100
150
200 km
Quelle : Bundesagentur für Arbeit
©2015 Philippe Waniez

Karte 34


Gemeinden
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Geringfügig entlohnte Beschäftigte (GeB) 2014
Anteil der "im Nebenjob" GeB am Wohnort zu 100 GeB
39,2
34,3
32,0
29,8
27,2
24,1
20,6
Nordrhein-Westfalen : 29,1
N
W
O
S
0
25
50
75
100 km
Quelle : Bundesagentur für Arbeit
©2015 Philippe Waniez

Karte 35

Referenzen

(1) https://de.wikipedia.org/wiki/Asylbewerber

(2) http://www1.umn.edu/humanrts/edumat/IHRIP/frenchcircle/M-07.htm

(3) https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp36-migranten-am-arbeitsmarkt-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile

(4) https://fr.wikipedia.org/wiki/Productivit%C3%A9#Productivit.C3.A9_du_travail

(5) https://de.wikipedia.org/wiki/Bruttoinlandsprodukt

(6) https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/VGRderLaender/ZusammenhaengeBedeutungErgebnisse.html

(7) https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Marine

(8) https://mil.bundeswehr-karriere.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMyZTM2MzIzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY5MzMzNTczNzg2OTc0MzUyMDIwMjAyMDIw/Broschüre%20Arbeitgeber%20Bundeswehr.pdf

(9) http://www.ima-agrar.de/fileadmin/redaktion/download/pdf/agraratlas/Agraratlas_Web_neu.pdf

(10) https://www.regionalstatistik.de/

(11) https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_Nordrhein-Westfalens#Geschichte

(12) https://fr.wikipedia.org/wiki/D%C3%A9sindustrialisation

(13) http://www.insee.fr/fr/ffc/docs_ffc/cs125d.pdf

(14) https://www.it.nrw.de/statistik/b/daten/Textdateien/r543Text_Pendler.html

(15) https://de.wikipedia.org/wiki/Newtonsches_Gravitationsgesetz

(16) http://grasland.script.univ-paris-diderot.fr/go303/ch5/doc_ch5.htm

(17) http://travail-emploi.gouv.fr/etudes-recherches-statistiques-de,76/statistiques,78/chomage,79/les-mots-du-chomage,1413/le-chomage-au-sens-du-bit,9575.html

(18) http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61718/arbeitslose-und-arbeitslosenquote

(19) http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_598672/Statischer-Content/Grundlagen/Glossare/AST-Glossar/Arbeitslosenquote.html

(20) http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Arbeitsmarktstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Abgang-Arbeitslosigkeit-Foerderart.pdf

(21) https://de.wikipedia.org/wiki/Geringf%C3%BCgige_Besch%C3%A4ftigung

XIII - Wählen

Das Funktionieren der deutschen Demokratie beruht auf der Wahl von Vertretern unterschiedlicher Verfassungs- und Verwaltungsorgane, nach den demokratischen Prinzipien: allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl. Wahlen betreffen den Bundestag (das ist ein gesetzgebendes Organ der Bundesrepublik Deutschland, das alle vier Jahre erneuert wird); das Europäische Parlament (alle fünf Jahre erneuert); die Landesparlamente (die Landtage werden in der Regel alle fünf Jahre erneuert); die Stadträte oder Gemeinderäte und in kreisangehörigen Gemeinden die Kreistage und in den kreisfreien Städten die Bezirksvertretung / Bezirksparlament (diese lokalen Organe werden im Allgemeinen alle fünf Jahre erneuert) (1).

Der Wahlprozess betrifft jedoch nicht nur die politischen Versammlungen. Es werden andere Wahlen organisiert an zahlreichen Veranstaltungsorten und haben einen rein funktionellen Charakter, der nicht im Wesentlichen politischer Natur ist. Da ist zum Beispiel der Fall in den Unternehmen für den Betriebs- und Personalrat, in den religiösen Versammlungen, die Kirchengemeindeleitung, der Kirchengemeinderat, Gemeindekirchenrat, Presbyterium (2), Industrie-und Handelskammer und Handwerkskammer jeder Region, und in den Schulen von Schulkonferenzen (auch in manchen Gegenden bezeichnet als Schulforum, Schulvorstände, Schulausschüsse) in denen die Professoren, die Schüler und die Eltern der Schüler vertreten sind.

Man kann sich fragen, warum die Studie der Wahlen einen Platz in einer Arbeit findet, die sich für die Organisation und für die Veränderungen der Territorien interessiert. Seit der Pionierarbeit von dem Franzosen André Siegfried (3) zu Beginn des Jahrhunderts ist die Kartografie der Wahlergebnisse eine regelmäßige Tätigkeit für eine Anzahl von Politologen, Soziologen, Demografen und Geografen geworden. Einige dieser Wissenschaftler werden von den Medien zurate gezogen, um die Ergebnisse am Wahlabend zu präsentieren, zu kommentieren und für die nahe Zukunft zu extrapolieren. Die von diesen Wissenschaftlern realisierten Karten zeigen oft ein stark strukturiertes Bild, das man als eine Momentaufnahme der etablierten politischen und sozialen Kräfteverhältnisse in dem geografischen Raum betrachten kann. So visualisieren diese Karten aufschlussreich Stetigkeit (oft überraschend) und Brüche (manchmal brutal) der Strukturen und der territorialen Dynamiken so, wie sind, sowie die Lebensbedingungen oder die Wirtschaftstätigkeiten.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, um die Wahlergebnisse in einem bestimmten territorialen Rahmen zu untersuchen: zuerst, in chronologischer Reihenfolge, Abstimmung nach Abstimmung, die grundlegenden Tendenzen unterstreichend.

Dann nach der Art der Abstimmung (national, regional, lokal), um auf diesen verschiedenen Niveaus entsprechend der politischen Parteien gegliedert, Akzente der Fortschritte und Rückschritte anzuzeigen. Schließlich, nach der jeweiligen politischen Tendenz, von extrem links nach extrem rechts … Die gesellschaftspolitische Studie des Wahlverhaltens in NRW erfordert wahrscheinlich ein umfangreiches Buch. Viele Publikationen (Bücher, Zeitungsartikel, Atlanten im Internet) befassen sich mit dieser Frage, mit mehr oder weniger Originalität. Die Arbeit von Karl-Rudolf Korte (4) „Wahlen in Nordrhein-Westfalen“ analysiert die

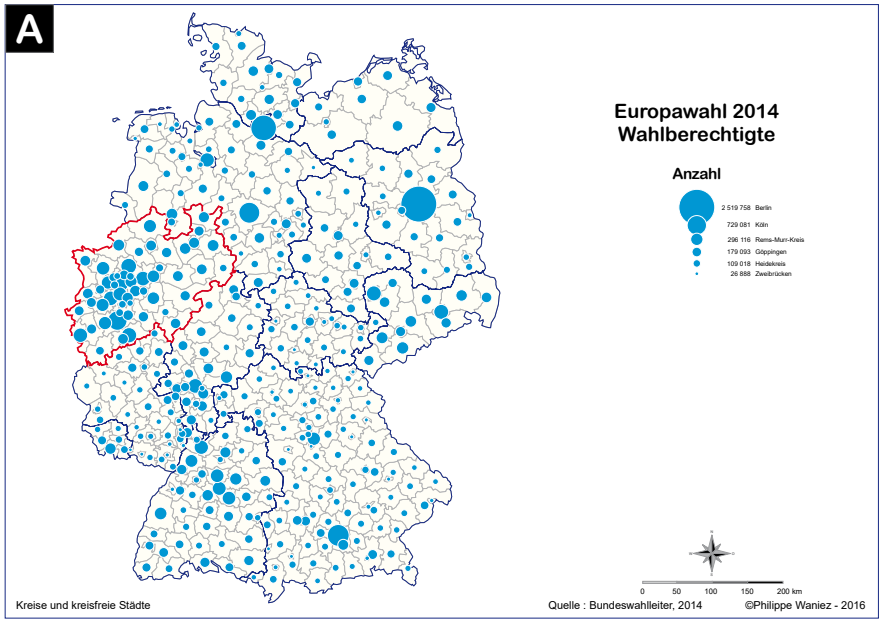
Wahlrealität des Landes auf der Basis einer Gliederung auf institutioneller Ebene: Kommunalwahl, Landtagswahl, Bundestagswahl, Europawahl. Es handelt sich um eine seriöse Forschung in der Politologie, leider aber mit einer ziemlich schwachen Kartografie.

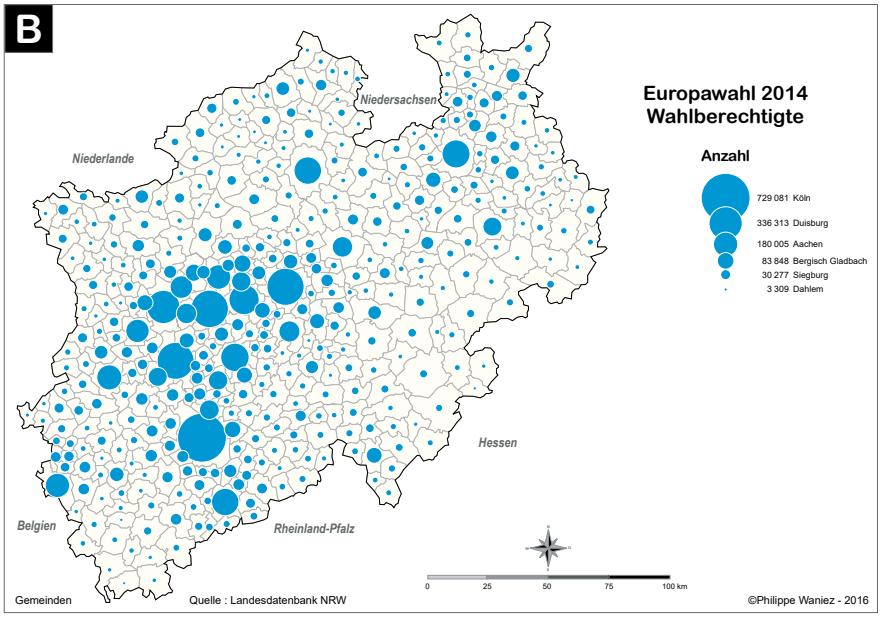
Das Ziel dieses Kapitels ist sowohl bescheidener als auch von anderer Art als das Buch. Es geht darum, die vorigen Kapitel mit einem Bild der politischen Kräfte zu ergänzen, so wie sie nach den Wahlen erscheinen, die von 2012 bis 2015 stattgefunden haben. Es ist jedoch keine abschließende Ausführung, dessen Proportionen stark den Rahmen dieses Buches überschreiten würde, sondern es zeigt die Eigentümlichkeit von NRW in den nationalen, regionalen und örtlichen Maßstäben, durch die gewählten Beispiele entsprechend der zugänglichen statistischen Quellen. Dieses Bild berücksichtigt jede anwesende Partei, um anschließend die Machtverhältnisse anlässlich der Europawahl im Jahr 2014 zu etablieren.

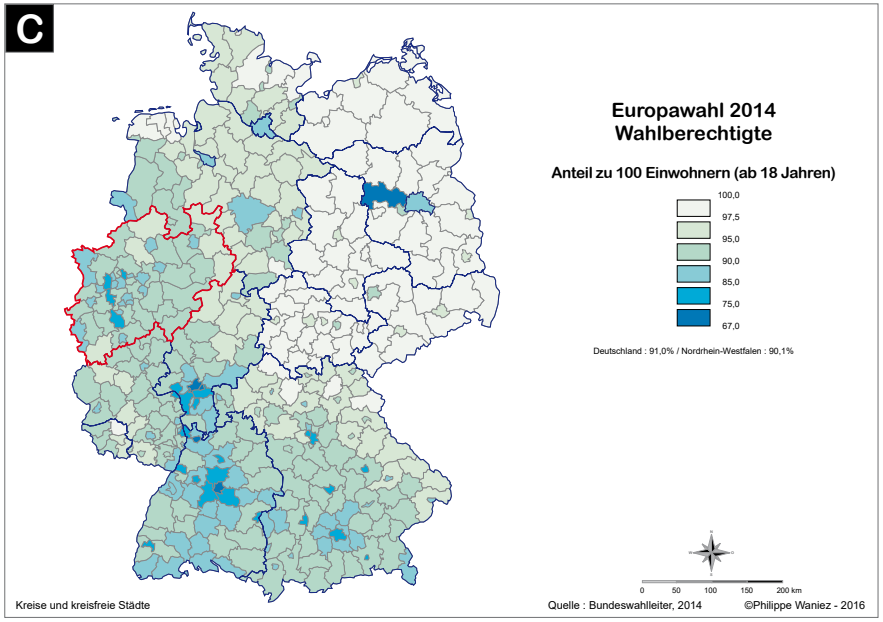
1. Die Wahlberechtigten

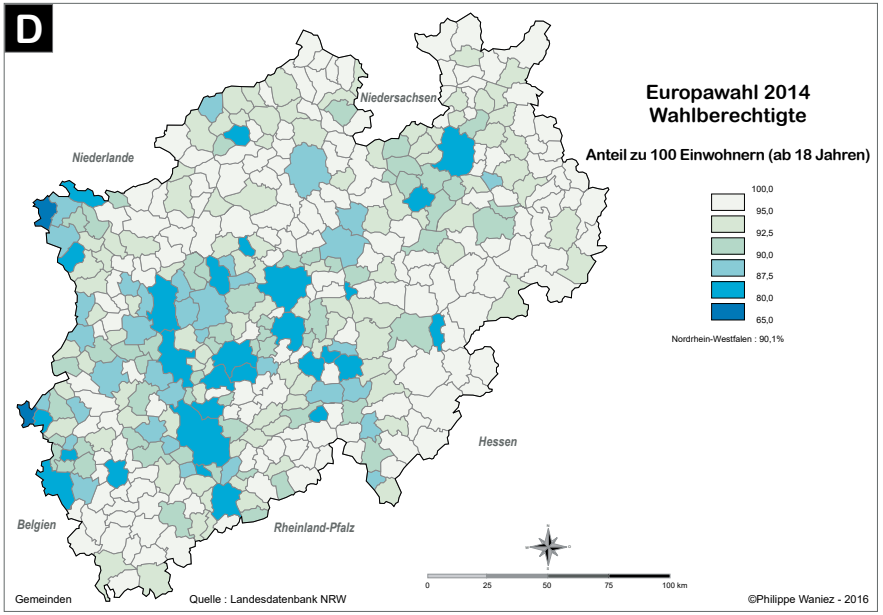
„Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der das 18. Lebensjahr vollendet hat sowie im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, welche nur bei schweren Straftaten als Teil eines Gerichtsurteils entzogen werden können“. „Bei Europa- und Kommunalwahlen sind auch Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten, die in Deutschland wohnen, wahlberechtigt“. (5). Zur Bundestagswahl im Jahr 2013 belief sich die Anzahl von Wahlberechtigten auf 61.946.900; zur Europawahl 2014 waren es mit 61.998.824 kaum mehr, das ergibt ein Plus von 51.924. Dieser Wert ist viel geringer, als die Anzahl der EU-Einwohner über 18 Jahren, die in Deutschland wohnen (mehr als 2 Mio. Personen in der Zählung von 2011). Natürlich entspricht die geografische Verteilung der Wahlberechtigten derjenigen der Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren (**Karte 1A**). Das bedeutet, dass bei den Wahlen auf nationalem Niveau (Bundestagswahl, Europawahl), jedes der Bundesländer ein unterschiedliches Stimmengewicht darstellt. So entfallen bei der Europawahl im Jahr 2014, fast die Hälfte der Wahlberechtigten auf nur drei Bundesländer: Nordrhein-Westfalen (21,4%), Bayern (15,3%), Baden-Württemberg (12,4%). In Niedersachsen sind es 9,9%; der Anteil der anderen Länder variiert zwischen 7,1% (Hessen) und 0,8% (Bremen). Berlin steht unter den Stadt-Staaten an erster Stelle (4,1%), deutlich vor Hamburg (2,2%).

Dieses Ungleichgewicht der Wahlberechtigten in den Ländern sieht man auch deutlich in einem anderen Maßstab zwischen den Städten und den Ländern. Besonders deutlich wird dies in Bayern mit München und Nürnberg, in Baden-Württemberg mit dem Großraum Stuttgart und in der südlichen Hälfte von Hessen mit Wiesbaden und Frankfurt am Main.


A
Europawahl 2014
Wahlberechtigte
Anzahl
2 519 758 Berlin
729 081 Köln
296 116 Rems-Murr-Kreis
179 093 Göppingen
109 018 Heidekreis
26 888 Zweibrücken
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


B
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Europawahl 2014
Wahlberechtigte
Anzahl
729 081 Köln
336 313 Duisburg
180 005 Aachen
83 848 Bergisch Gladbach
30 277 Siegburg
3 309 Dahlem
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2016


C
Europawahl 2014
Wahlberechtigte
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 18 Jahren)
100,0
97,5
95,0
90,0
85,0
75,0
67,0
Deutschland : 91,0% / Nordrhein-Westfalen : 90,1%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Europawahl 2014
Wahlberechtigte
Anteil zu 100 Einwohnern (ab 18 Jahren)
100,0
95,0
92,5
90,0
87,5
80,0
65,0
Nordrhein-Westfalen : 90,1%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2016

In NRW zeigt die geografische Verteilung der Wahlberechtigten (**Karte 1B**) ganz offensichtlich die Hauptcharakterzüge der Besiedlung: einerseits das Herz des Landes, das entlang der Achse vom Rhein (Bonn - Düsseldorf) und der von der Ruhr (Duisburg-Dortmund) organisiert ist und seine Ausdehnungen (Mönchengladbach, Krefeld, Wuppertal, Hagen); andererseits die großen peripheren Städte (Aachen, Münster und Bielefeld) und schließlich die ländlichen Regionen von Eifel, Niederrhein, Münsterland, dem Teutoburger Wald, Sauerland und Siegerland-Wittgenstein.

Selbst wenn die Verteilung der Wähler den Besiedlungskomplexen entspricht, bedeutet das nicht, dass sie die Gesamtheit der Bevölkerung im stimmberechtigten Alter repräsentiert. Wenn man die Anzahl der Wahlberechtigten für die Europawahl im Jahr 2014 zur Bevölkerung im Alter von 18 und mehr in diesem Jahr in Beziehung bringt, ergeben dies Prozentsätze von durchschnittlich 91% für Deutschland und 90% für NRW. In den Kreisen bzw. Gemeinden jedoch werden Variabilität der Prozentsätze zwischen 65% und 100% beobachtet. In Deutschland kann man die stärksten Werte in den neuen Ländern finden, sie bilden eine homogene Masse, in der die Wählerschaft genau der Bevölkerung im stimmberechtigten Alter entspricht (**Karte 1C**). In dem Gebiet der ehemaligen DDR weisen die größten Städte jedoch leicht niedrigere Prozentsätze aus (in der Größenordnung von 95%); einzige Ausnahmen, mit schwächeren Werten sind Berlin (86%) und der Landkreis Havelland (70%). Im westlichen Deutschland ist der Anteil der Wähler zur Bevölkerung im wahlfähigen Alter im Allgemeinen niedriger als im Osten. Hier zeigen nicht mehr die Städte die höchsten Prozentsätze, sondern einige ländliche Gegenden, wie in Niedersachsen, Nord-Hessen und der Nordosten von Bayern. Woanders sind die Prozentsätze manchmal viel niedriger. Dies ist vor allem der Fall in Frankfurt am Main mit nur 70% der Wähler von der Bevölkerung im Wahlalter, 73% in Stuttgart und 76% in München. Im Allgemeinen weisen die großen Städte Prozentsätze in der Größenordnung von 80,0 bis 85% aus.

Die Situation in NRW bestätigt, was gerade bezüglich Westdeutschland geschrieben wurde: In den größten Städten ist der Anteil der Wahlberechtigten in der Bevölkerung schwächer: 86% in Dortmund und Aachen, 85% in Wuppertal, 83% in Köln und Duisburg, 81% in Düsseldorf (**Karte 1D**). Die schwächsten Werte finden sich jedoch in den Grenzgebieten: die Regionen von Kleve mit den Niederlanden und von Aachen mit Belgien. Dagegen liegen in den ländlichen Regionen die Prozentsätze bei fast 95%.

So ändert sich das Gewicht der Wähler in der Bevölkerung bedeutend zwischen den neuen und den alten Ländern sowie innerhalb der alten Länder zwischen den Metropolen, den Großstädten und den ländlichen Räumen. Außerdem begegnet man im Allgemeinen in den Städten den schwächsten Proportionen. Diese Karten zeigen den Anteil der Einwohner, die nicht das Recht haben, an der demokratischen Debatte teilzunehmen, die die politischen Wahlen darstellen. Dies sind vor allem Ausländer. In NRW zum Beispiel: „Bei den Kommunalwahlen Ende Mai dürfen fast 15 Mio. Menschen ihre Häkchen setzen. Ausländer, die nicht aus der EU stammen, sind dagegen ausgeschlossen. In NRW sind das etwa 700Tsd. Menschen, vor allem Türken. Wie könnte ein „Wahlrecht für alle“ aussehen?“ (6). Denn hier liegt der Hauptschlüssel der Erklärung des zuvor beschriebenen Phänomens: In den Regionen, in denen zahlreiche Ausländer leben, werden die schwächsten Prozentsätze errechnet.

Dies unterstreicht den tatsächlichen Ausschluss dieser Ausländer am demokratischen Leben des Landes, in dem sie wohnen. Im Übrigen fordern oft genau eben dieselben Politiker von Ausländern eine bessere Integration in die deutsche Gesellschaft, die ihnen das Wahlrecht bei den Wahlen, auch bei den Kommunalwahlen, verweigert. „Viele Ausländer wohnen bereits in der dritten Generation in Deutschland, haben Unternehmen gegründet und zahlen Steuern. Sie sind von politischen Entscheidungen genauso betroffen wie deutsche Staatsbürger“ (7).

Diese Debatte existiert in vielen europäischen Ländern, Deutschland ist da kein Einzelfall. Das Stimmrecht der Ausländer ist übrigens eine der fiesen Debatten, die von den fremdenfeindlichen populistischen Parteien entwickelt wurden, die natürlich gegen ein solches Recht sind.

2. Die Wahlbeteiligung

Wähler sind Wahlberechtigte, die tatsächlich gewählt haben, indem sie sich zum Wahllokal begeben, das ihnen vorher zugeteilt wurde oder indem sie die Möglichkeit zur Briefwahl nutzen. Zahlreiche Faktoren können die Wahlbeteiligung an einer Wahl beeinflussen: Darunter kann man den Grad des Interesses der Wähler für die eine oder andere Wahl (national, regional oder örtlich) anführen; die gesamte politische und soziale Situation, besonders in Krisenzeiten, die Anwesenheit von Leitfiguren, die fähig sind die Wahlberechtigten zu beeindrucken, der schwankende Glauben an der Wirksamkeit der Demokratie, die um die Parteien organisiert ist und der mehr oder weniger anekdotischen Phänomene wie das Wetter, das am Tag der Wahl herrscht… Die Wahlbeteiligung hat manchmal eine große Auswirkung auf das Endergebnis einer Wahl, da der Ausfall eines bestimmten Teils der Wähler insbesondere zugunsten einer anderen Partei den Ausschlag geben kann, wenn das Ergebnis sehr knapp ist.

Die Bundestagswahl in 2013 und die Europawahl 2014 sind zwei Wahlen, die sich gleichzeitig an die Wähler gerichtet haben. Trotz ihrer zeitlichen Nähe beobachtet man hier wesentliche Unterschiede in der Wahlbeteiligung. Im gesamten Land sind die Prozentsätze von 71,5% zur Bundestagswahl in 2013 und nur 48,1% im Jahr 2014 zur Europawahl. Ein solcher Unterschied ist nicht Deutschland spezifisch; man findet ihn auch in anderen Ländern wieder, wie z.B. Frankreich. Man erklärt den Mangel am Interesse der Europawahl im Allgemeinen mit einer zu großen Distanz zwischen den Wählern und den Abgeordneten des europäischen Parlaments in Straßburg.

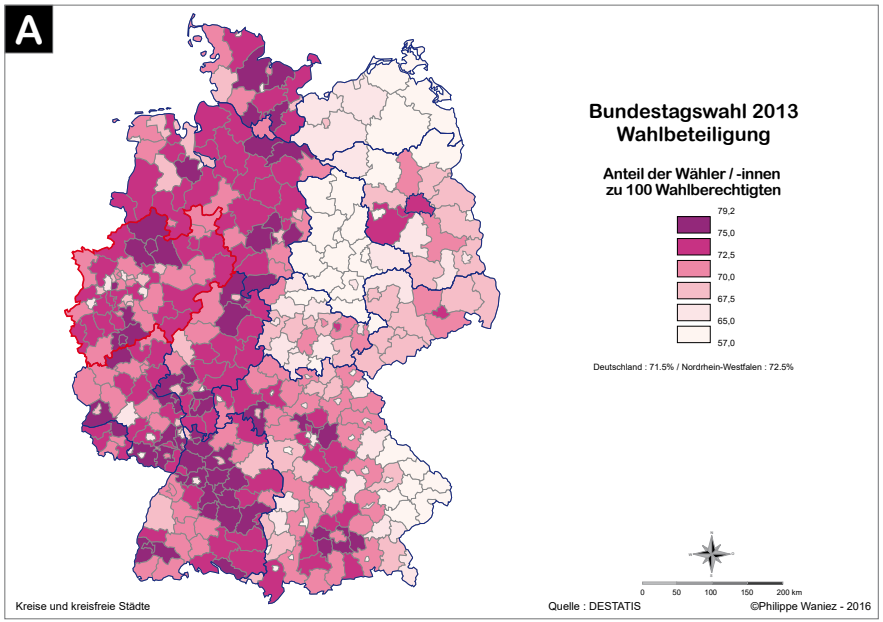
Zu dieser Distanz kommt ein gewisser Informationsmangel (oder Verständnismangel) über die Rolle der europäischen Abgeordneten hinzu. Im Gegensatz dazu verstehen die deutschen Bürger sicher besser, wie der Bundestag mehr oder weniger direkt ihren Alltag beeinflusst durch die Gesetze die er verabschiedet; in diesem Fall fühlen sich die Wahlberechtigten mehr angesprochen.

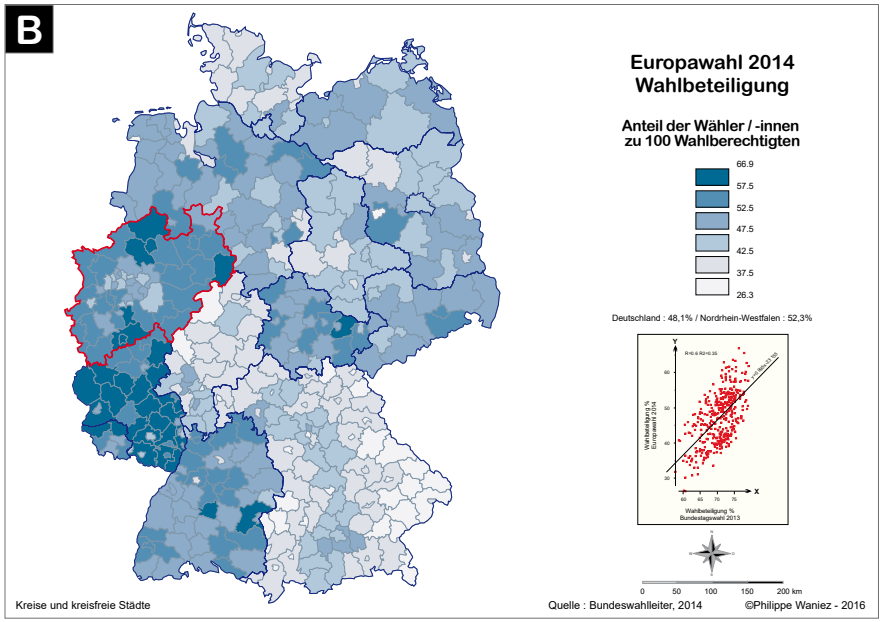
Die Wahlbeteiligung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen

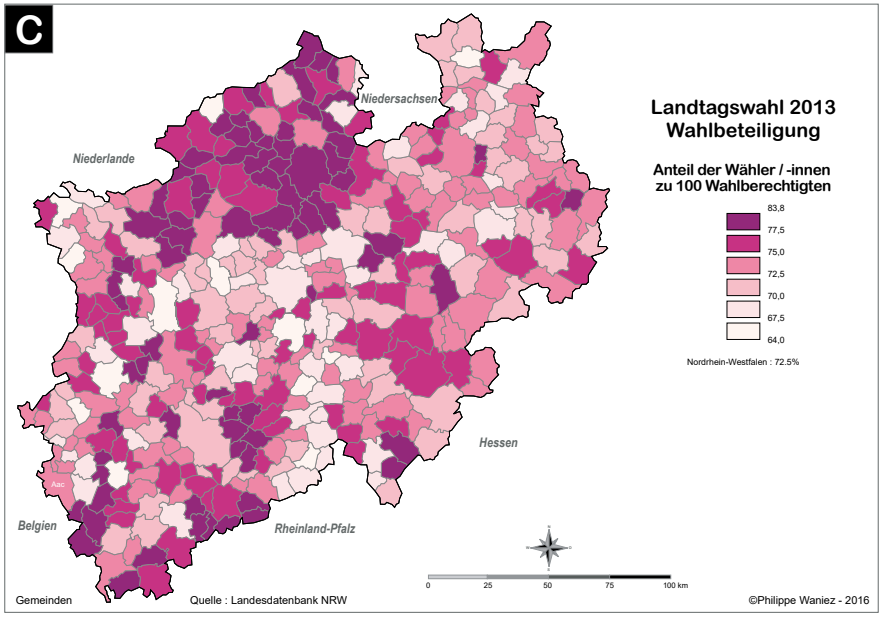
Für ganz Deutschland erscheint die geografische Verteilung der Wahlbeteiligung auf dem Niveau der Kreise sehr unterschiedlich für die beiden Wahlen. Für die Bundestagswahl in 2013 liegt der Hauptunterschied in einem klaren Gegensatz zwischen den alten Ländern, in denen die Anteile in der Regel höher als 70% sind und den neuen Ländern, in denen die Anteile in der Regel niedriger als 70% sind (**Karte 2A**). Allerdings erscheinen Ausnahmen in zwei Fälle: zum einen Berlin, Brandenburg und Sachsen, in denen die Beteiligung höher liegt und zum anderen zahlreiche westliche Städte, die niedrigste Prozentsätze ausweisen, vor allem in Bayern (außer in München und seiner Region). Außerhalb dieser gut erkennbaren Gegensätze erscheint die Karte schwer verständlich, ohne dass man behaupten kann, dass in den ländlichen Regionen mehr gewählt wird als in den großen städtischen Gebieten (das stimmt in Niedersachsen und oft in NRW, ist aber unrichtig für die Regionen von Stuttgart, München, Hamburg, Berlin…).

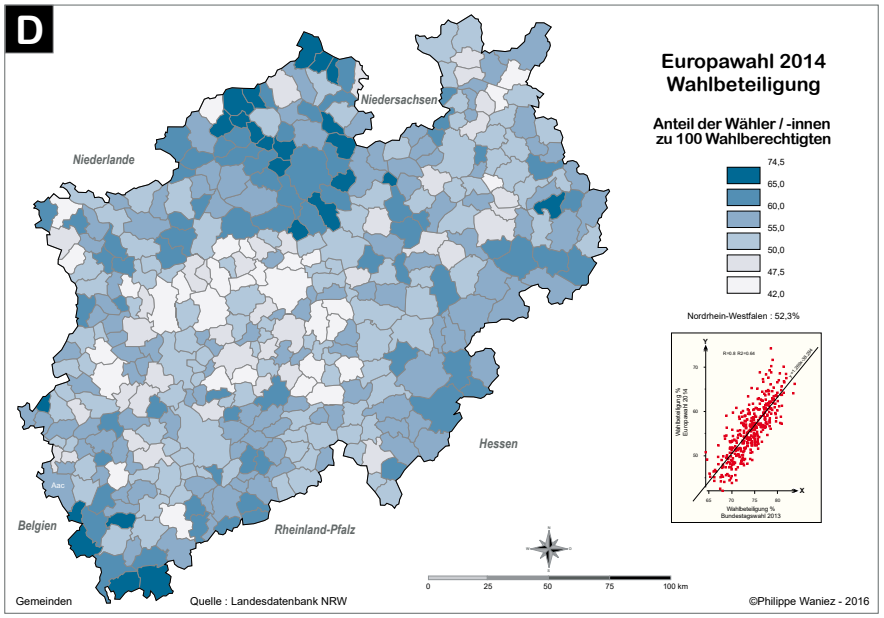
Die Karte zur Wahlbeteiligung bei der Europawahl im Jahr 2014 zeigt eine etwas andere Konfiguration (**Karte 2B**). Der Gegensatz zwischen Ost (niedrig) / West (hoch) ist unscheinbar. Allerdings umfassen die Räume mit geringer Wahlbeteiligung vor allem Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein. Es ist erstaunlich zu sehen, dass das Land, in dem die Europäische Zentralbank ihren Sitz hat das Interesse an der Europawahl verloren hat: nur 44,5% Wahlbeteiligung in Frankfurt am Main! Die grafische Darstellung zeigt eine Tendenz (die die gerade Linie sichtbar macht), die ausdrückt, dass im Allgemeinen dieselben Kreise und kreisfreien Städte mehr oder weniger an der Wahl teilnehmen. Aber von einer Wahl zu anderer kann sich die Wahlbeteiligung auf bedeutsame Art ändern und die Streuung, bei beiden Seiten dieser Tendenz, zeigt eine große Situationsvielfalt.

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung von NRW liegt über der von Deutschland, mit einem Punkt für die Bundestagswahl 2013 und mit 4,2 Punkten für die Europawahl 2014. In den Kommunen von NRW entspricht die Verteilung der Wahlbeteiligung im Allgemeinen einer Organisation des Typs Zentrum / Stadtrand. Im Herzen des Landes sind die Prozentsätze relativ niedrig sowohl für die Bundestagswahl 2013 (**Karte 2C**) als auch für die Europawahl 2014 (**Karte 2D)**. Dennoch stellt man Nuancen im Ruhrgebiet fest, die die schlechtesten Werte registrieren (im Jahr 2013 68,1% in Dortmund, 47,5% im Jahr 2014) und den Städten am Rhein, die etwas mobilisierter erscheinen, darunter Düsseldorf, Köln und vor allem Bonn (77,3% im Jahr 2013 und 59,8% im Jahr 2014). Im Allgemeinen ist die Beteiligung an der Wahl in den Städten niedriger als auf dem Land mit einer wichtigen Ausnahme: dem Münsterland. Da liegen die Wahlbeteiligungen unter den höchsten von NRW, egal ob in Münster (79,1% 2013, 61,1% 2014) oder in den umliegenden Gemeinden. In den ländlichen Gebieten am Rande von NRW sind die Prozentsätze niedriger als in Münster, aber meistens über dem Landesdurchschnitt. Die Geografie der Wahlbeteiligung scheint verhältnismäßig beständig, selbst wenn sich das Durchschnittsniveau ändert; das Diagramm bestätigt diese Tendenz viel stärker als im Fall von Deutschland (da die Streuung um die Gerade enger erscheint als bisher).


A
Bundestagswahl 2013
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
79,2
75,0
72,5
70,0
67,5
65,0
57,0
Deutschland : 71.5% / Nordrhein-Westfalen : 72.5%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2016


B
Europawahl 2014
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
66.9
57.5
52.5
47.5
42.5
37.5
26.3
Deutschland : 48,1% / Nordrhein-Westfalen : 52,3%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Landtagswahl 2013
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
83,8
77,5
75,0
72,5
70,0
67,5
64,0
Nordrhein-Westfalen : 72.5%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2016


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Europawahl 2014
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
74,5
65,0
60,0
55,0
50,0
47,5
42,0
Nordrhein-Westfalen : 52,3%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Landesdatenbank NRW
©Philippe Waniez - 2016

Karten 2

Die Wahlbeteiligung in den Städten

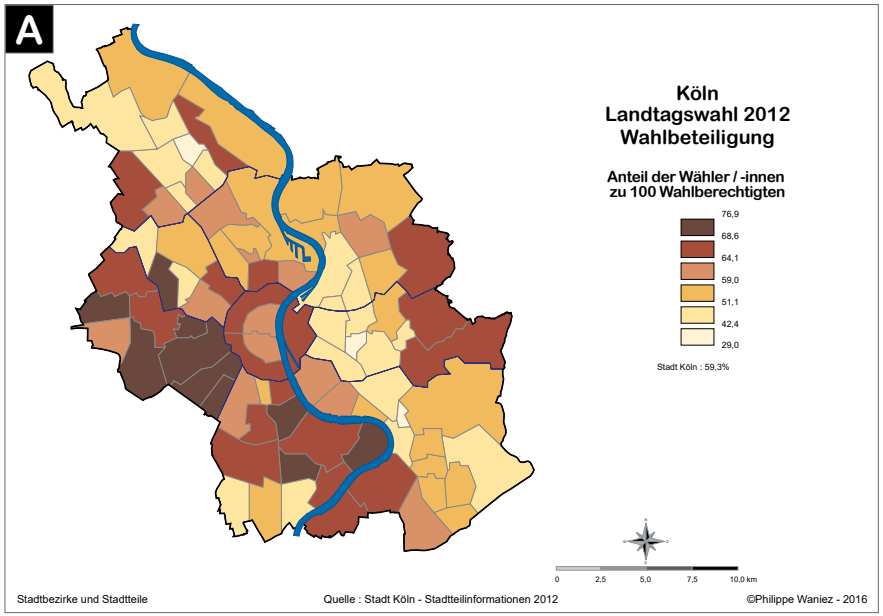
Für die Gemeinden werden die Ergebnisse der Wahlen im Allgemeinen von den Stimmbezirken, die den Wahlkreis bilden zur Verfügung gestellt. Die Stimmbezirke werden zu Kommunalwahlbezirken zusammengefasst. Während der Auszählung der Stimmen stellt sich die Frage nach der Zuordnung der Briefwahlbezirke zu verschiedenen Kommunalwahlbezirken. Wenn es einen Briefwahlbezirk für jeden Kommunalwahlbezirk gibt, geschieht die Addition der Stimmen ohne Schwierigkeiten. Wenn das aber nicht der Fall ist, ist die Addition der Stimmen von Briefwahlbezirken und von Stimmbezirken nicht möglich. In diesem Fall drücken die Karten die Abstimmung der Wähler aus, die sich in das Wahllokal in ihrem Stimmbezirk begeben haben und nicht die Abstimmung aller Wähler. In seltenen Fällen werden die Wahlergebnisse auf dem Niveau der Stadtteile erneut errechnet, wie in Köln und Düsseldorf.

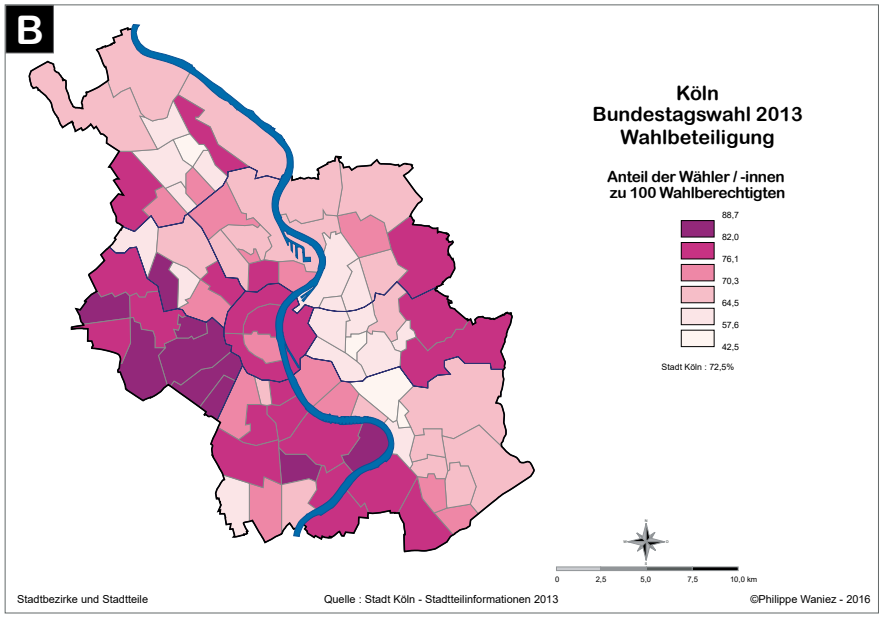
In Köln gibt es große Schwankungen in der Wahlbeteiligung abhängig von der Art der Wahl: 72,5% für die Bundestagswahl 2013, 59,3% für die Landtagswahl 2012, 53,2% für die Europawahl 2014, 49,7% für die Gemeinderatswahl 2014 und 40,3% bei der Oberbürgermeisterwahl von 2015. Das bedeutet, dass sich die Wahlbeteiligung der Stadt in einem Verhältnis von 1 zu 1,8 ändert. Andererseits zeigen die Karten eine große Stabilität in den Stadtteilen trotz der Unterschiede zwischen den Wahlen. Anders ausgedrückt gibt es Stadteile, deren Bürger/innen sehr aktive Wahlteilnehmer sind und Stadtteile, deren Bürger/innen sich bei den Wahlen stark enthalten, egal um welche Wahl es sich handelt. Für die vier hier abgebildeten Wahlen (Landtagswahl 2012: **Karte 3A**; Bundestagswahl 2013: **Karte 3B**, Gemeinderatswahl 2014: Karte 3C; Oberbürgermeisterwahl 2015: **Karte 3D**) werden die gleichen geografischen Konfigurationen beobachtet.

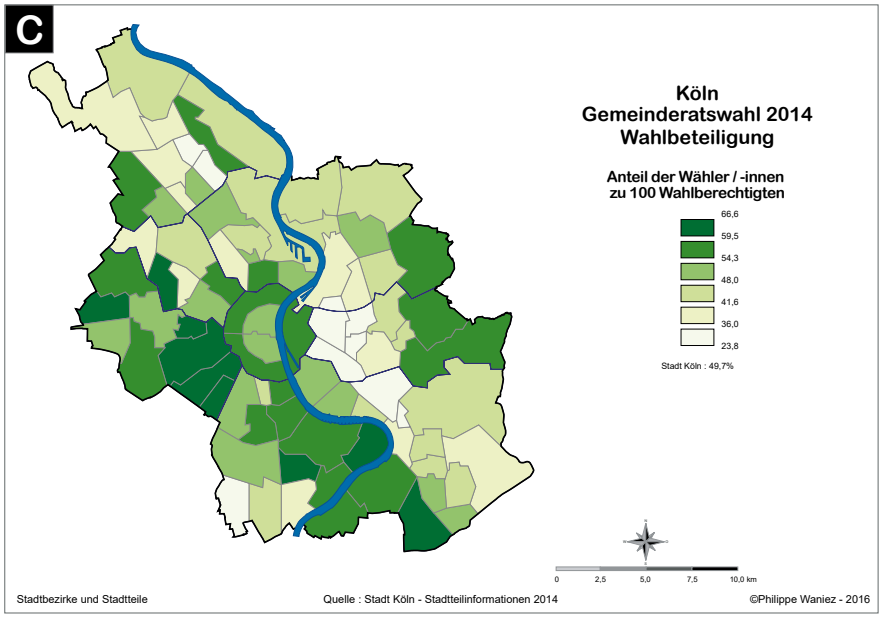
Die Wahlbeteiligung erscheint im Westen der Stadt hoch, vor allem in Rodenkirchen und Lindenthal, sowie der äußerste Osten in Dellbrück, Brück und Rath/Heumar. Diese Stadtteile haben gemeinsam einen hohen Anteil an Alleinlebende, Erwachsene und Senioren. In dem zentralen Teil der Stadt sind die Wahlbeteiligungen hoch, aber die der Altstadt liegen oft unter denen des direkten Stadtrandes (Neustadt Nord und Süd und Deutz); in Chorweiler, Mülheim und Kalk erscheinen die Wahlbeteiligungen schwächer. Die schwächsten Wahlbeteiligungen betreffen Vingst, Ostheim, Humboldt/Gremberg, Kalk, Höhenberg, Buchheim, Buchforst und Mülheim. Diese Stadtteile haben gemeinsam eine starke Konzentration an Ausländern und eine junge Bevölkerung.

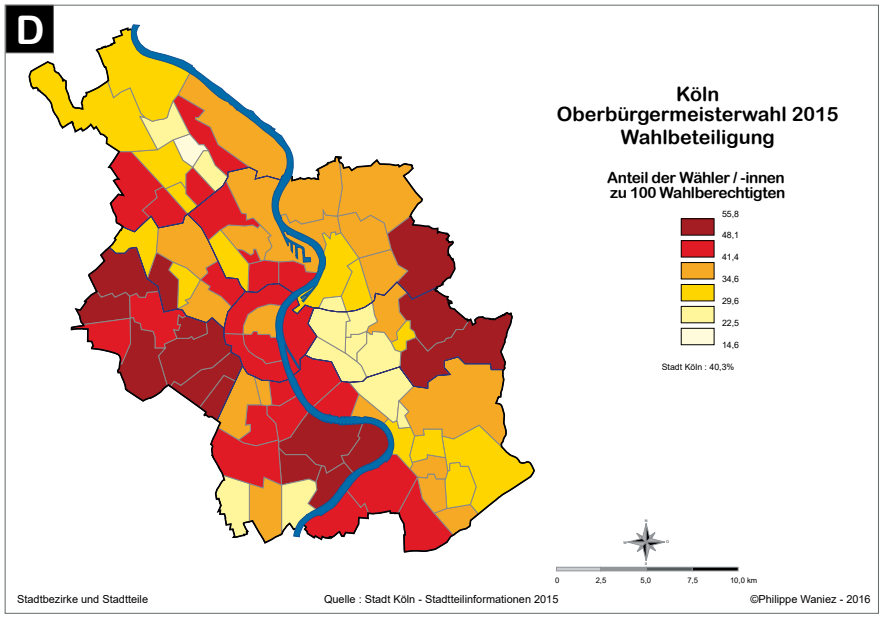
In Düsseldorf gibt es ebenfalls große Schwankungen in der Wahlbeteiligung in Abhängigkeit von der Art der Wahl: 73,3% für die Bundestagswahl 2013, 60,8% zur Landtagswahl 2012, 53,8% für die Europawahl 2014, 49,2% zur Gemeinderatswahl 2014, 49% bei der Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2015. Bemerkenswert ist, zu beobachten, dass das Interesse der Wähler für den Wahlprozess auf dem gleichen Niveau liegt wie in Köln. Die Bundestagswahl liegt weit vorn, während die Oberbürgermeisterwahl weit zurückliegt.

In den Bezirken von Düsseldorf stellt die Verteilung der Werte der Wahlbeteiligung deutliche Unterschiede dar. Die höchsten Prozentsätze findet man im Norden, in Kalkum und Angermund und im Süden in Itter und Himmelgeist. Für die vier kartografierten Wahlen (**Karten 4A bis 4D**) nehmen diese Bezirke immer die ersten Plätze ein, mit Wahlbeteiligungen weit über zwei Dritteln der Wahlberechtigten.

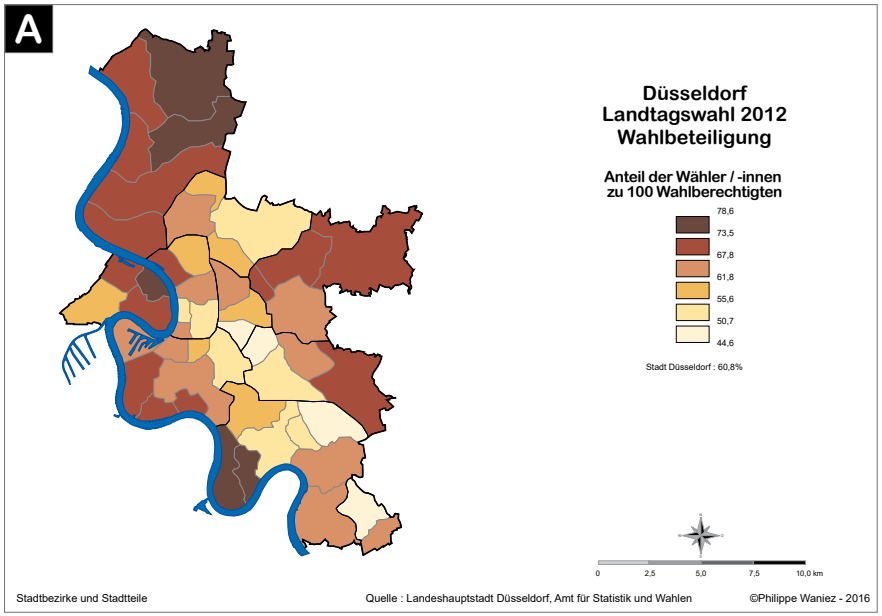

A
Köln
Landtagswahl 2012
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
76,9
68,6
64,1
59,0
51,1
42,4
29,0
Stadt Köln : 59,3%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2012
©Philippe Waniez - 2016

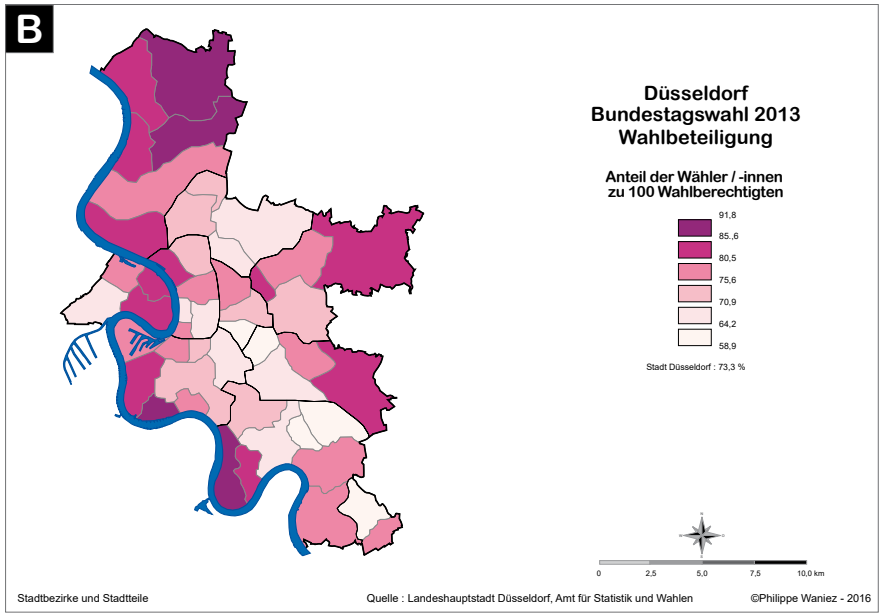

B
Köln
Bundestagswahl 2013
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
88,7
82,0
76,1
70,3
64,5
57,6
42,5
Stadt Köln : 72,5%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2013
©Philippe Waniez - 2016

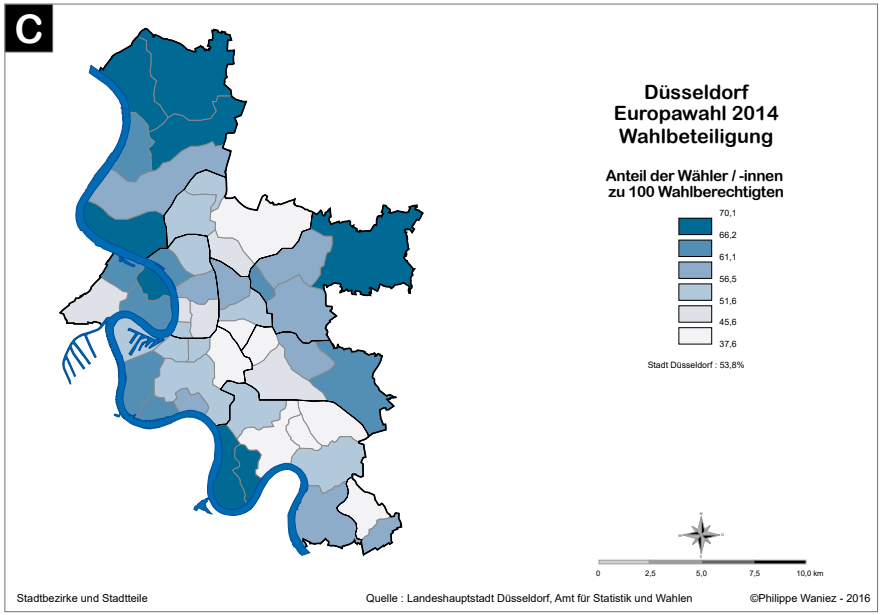

C
Köln
Gemeinderatswahl 2014
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
66,6
59,5
54,3
48,0
41,6
36,0
23,8
Stadt Köln : 49,7%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2014
©Philippe Waniez - 2016

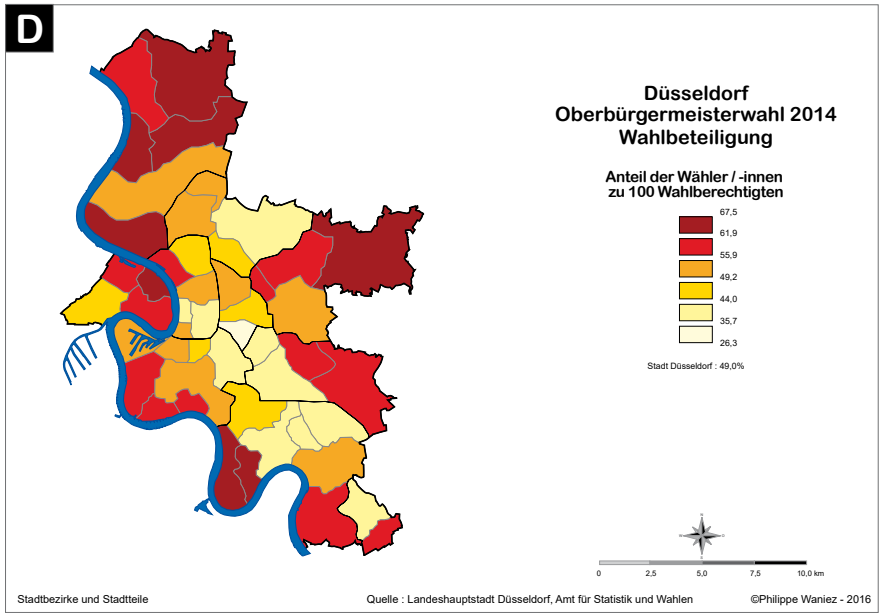

D
Köln
Oberbürgermeisterwahl 2015
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
55,8
48,1
41,4
34,6
29,6
22,5
14,6
Stadt Köln : 40,3%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2015
©Philippe Waniez - 2016

Karten 3


A
Düsseldorf
Landtagswahl 2012
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
78,6
73,5
67,8
61,8
55,6
50,7
44,6
Stadt Düsseldorf : 60,8%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016


B
Düsseldorf
Bundestagswahl 2013
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
91,8
85,,6
80,5
75,6
70,9
64,2
58,9
Stadt Düsseldorf : 73,3 %
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016


C
Düsseldorf
Europawahl 2014
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
70,1
66,2
61,1
56,5
51,6
45,6
37,6
Stadt Düsseldorf : 53,8%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016


D
Düsseldorf
Oberbürgermeisterwahl 2014
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
67,5
61,9
55,9
49,2
44,0
35,7
26,3
Stadt Düsseldorf : 49,0%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016

Karten 4

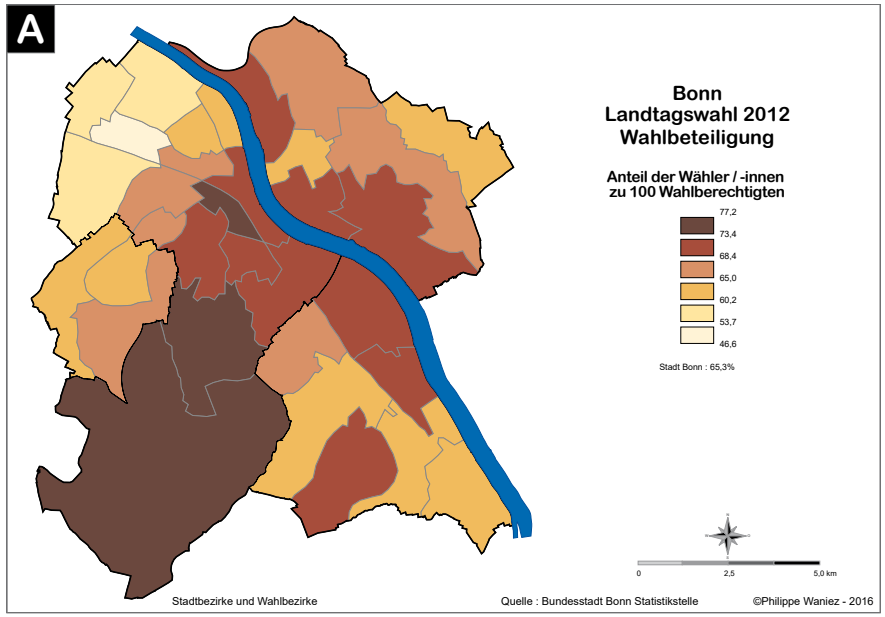
Auf eine allgemeinere Weise zeigt die Mehrheit der am Rand des Rheins gelegenen Stadteile hohe Prozentsätze an (außer im Mittelteil der Stadt, die Altstadt und Stadtmitte, die sich im Gegenteil bei den schwachen Werten befinden). Dies sind in der Regel Gebiete mit relativ geringer Bevölkerungsdichte, sehr niedriger Arbeitslosenquote, einem sehr geringen Anteil an Ausländern, einer niedrigen Präsenz an Bedarfsgemeinschaften ... Man findet im Osten der Stadt zwei Viertel mit hoher Wahlbeteiligung, deren soziodemografischen Merkmale ähnlich sind: Es handelt sich um Hubbelrath und Unterbach.

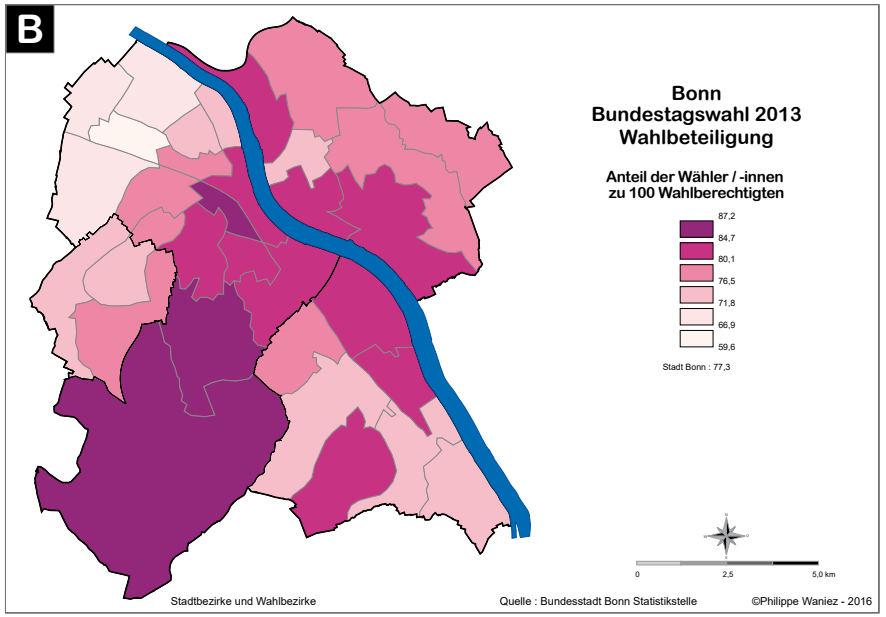
Im übrigen Düsseldorf liegen die Werte der Wahlbeteiligung oft unter oder knapp über 50%, je nach Art der Wahl (außer bei der Bundestagswahl im Jahr 2013, bei der liegt die niedrigste Wahlbeteiligung bei weniger als 70%). Dies sind die dicht besiedelten Viertel. Unter den Vierteln, deren Wähler nur in geringer Zahl abstimmen, beobachtet man eine hohe Arbeitslosenquote, einen starken Ausländeranteil, ein hohes Niveau von Bedarfsgemeinschaften … Hassels, Lierenfeld und Rath sind Beispiele von Vierteln, wo die Bewohner nicht sehr am Wahlprozess beteiligt sind und deren soziodemografischen Merkmale eher niedrig erscheinen.

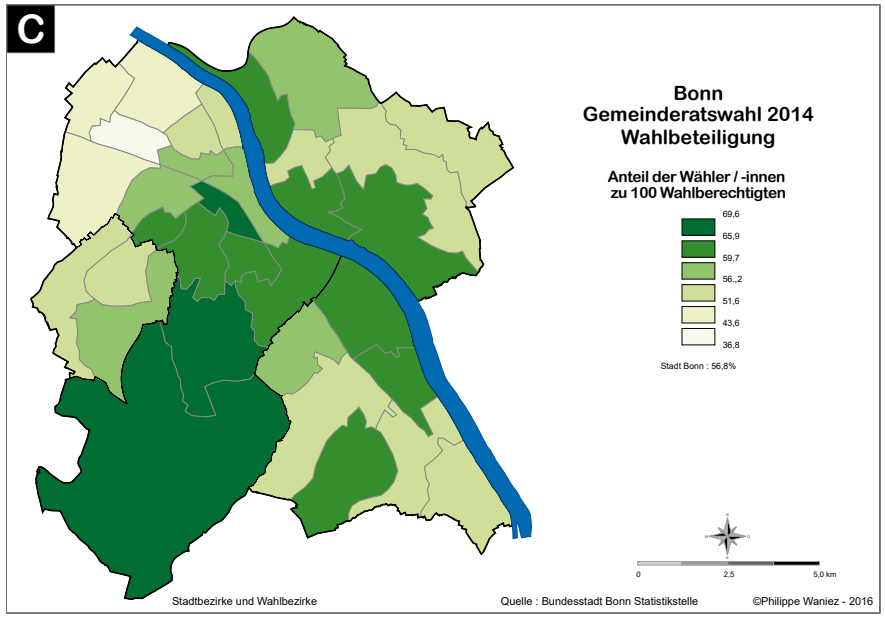
In Bonn zieht die Bundestagswahl in 2013 auch mehr Wähler an (77,3%) und die Oberbürgermeisterwahl 2015 hat das geringste Interesse (45,1%). Die Karten der Wahlbeteiligung stellen hier auch eine starke Ähnlichkeit dar, unabhängig, um welche die Art von Wahl es sich auch handelt (**Karten 5A bis 5D**). Die am stärksten betroffenen Gebiete liegen im Südwesten mit den Kommunalwahlbezirken Röttgen/Ückesdorf und Venusberg/Ippendorf. In einem weiteren Kommunalwahlbezirk gibt es eine hohe Beteiligung, das ist Baumschulviertel/Südstadt, in dem Arbeitslose und Bedarfsgemeinschaften selten sind, jedoch mit einer höheren Bevölkerungsdichte. Die Kommunalwahlbezirke im Zentrum von Bonn und am Ufer des Rheins zeigen ein hohes Niveau der Wahlbeteiligung, das bei jeder Wahl immer über dem Durchschnitt liegt.

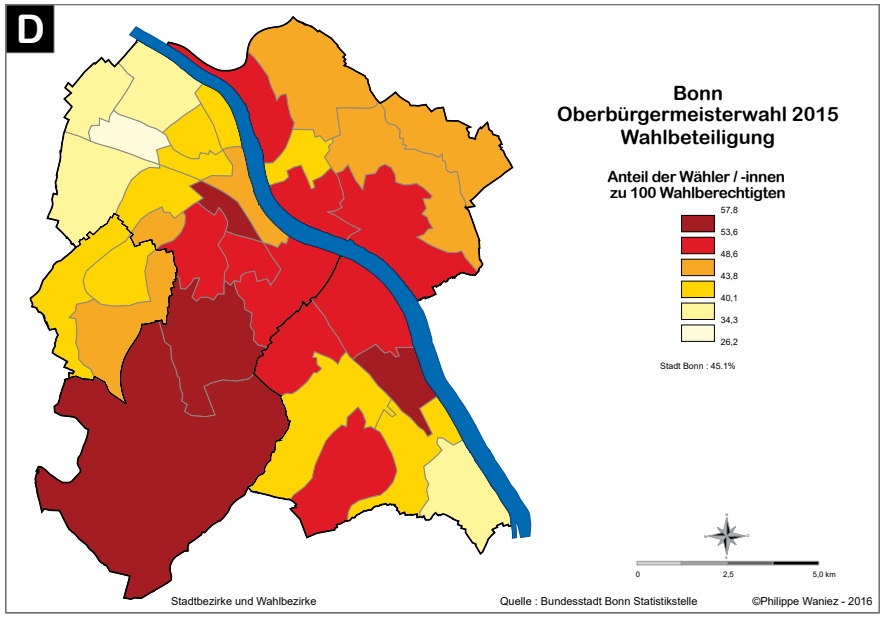
In den Randgebieten von Bonn, im Süden von Bad Godesberg, im Osten von Beuel, in Hardtberg und vor allem in Bonn-West liegt die Wahlbeteiligung auf einem niedrigen Niveau. Die betroffenen Bezirke haben nicht das gleiche Maß der Bevölkerungsdichte. Sie sind, wenn auch mit unterschiedlichen Graden, von Arbeitslosigkeit, der Präsenz von Bedarfsgemeinschaften und einem hohen Ausländeranteil, insbesondere türkische Einwohner, betroffen. Neu-Tannenbusch, Alt-Tannenbusch, Auerberg, Medinghoven, Lannesdorf verbindet soziale Probleme und eine schwache Wahlbeteiligung.

Die Situation in Essen unterscheidet sich wenig von den zuvor aufgeführten drei Städten. Die Bundestagswahl 2013 überwiegt bei weitem die Teilnahme der Wähler mit einer Wahlbeteiligung von 71,3%, in großem Abstand gefolgt von der Landtagswahl 2012 (58,8%), der Gemeinderatswahl 2014 (45,3%) und der Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2015 (33,9%). In den vorigen Kapiteln hat man schon einen sehr klaren Bruch zwischen dem südlichen Teil der Stadt, ein sozioökonomischer Standort des wohlhabenden Bürgertums und der nördlichen Hälfte und deren volkstümlichen Charakter (oder wenn man „proletarischen“ vorzieht) beobachten können. Diese Dualität zeigt sich auch sehr deutlich bei der Wahlbeteiligung, unabhängig von der Art der Wahl (**Karten 6A bis 6D**).

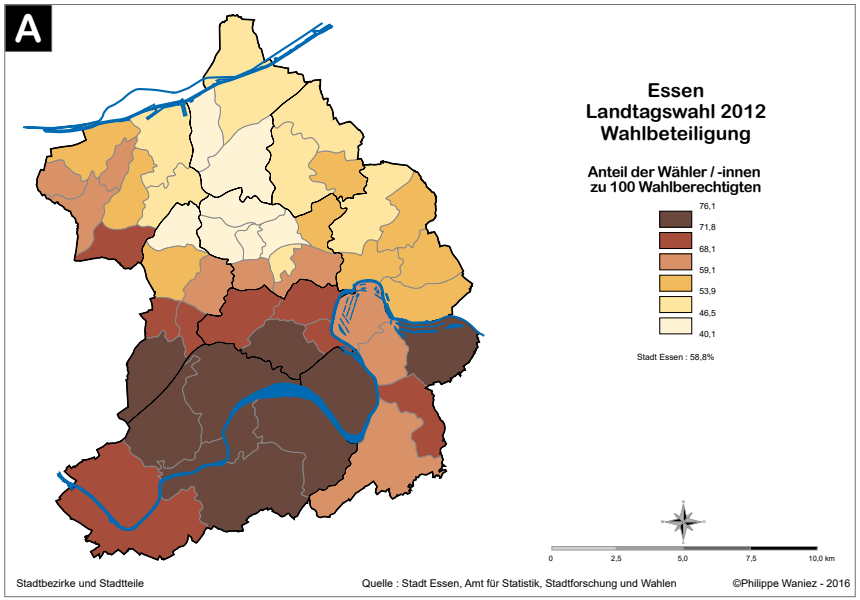

A
Bonn
Landtagswahl 2012
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
77,2
73,4
68,4
65,0
60,2
53,7
46,6
Stadt Bonn : 65,3%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Wahlbezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2016

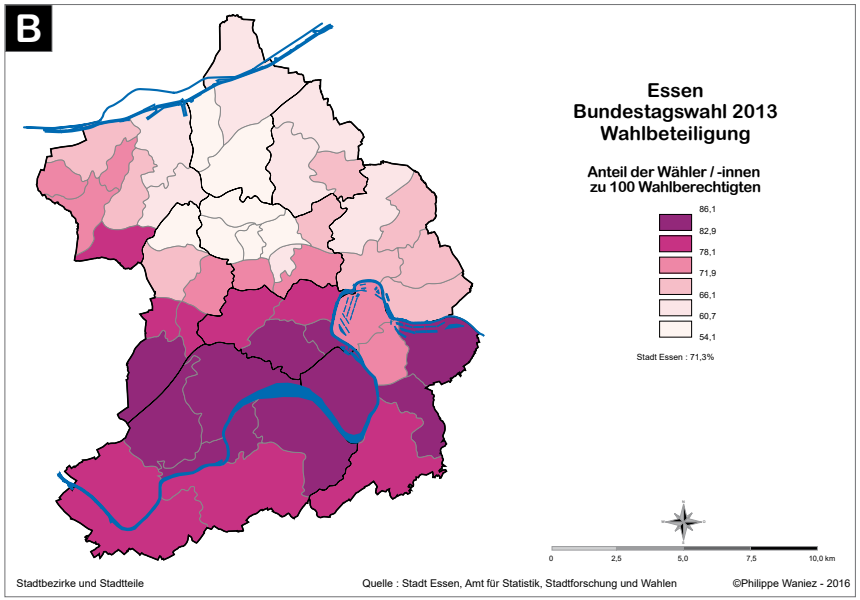

B
Bonn
Bundestagswahl 2013
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
87,2
84,7
80,1
76,5
71,8
66,9
59,6
Stadt Bonn : 77,3
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Wahlbezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2016

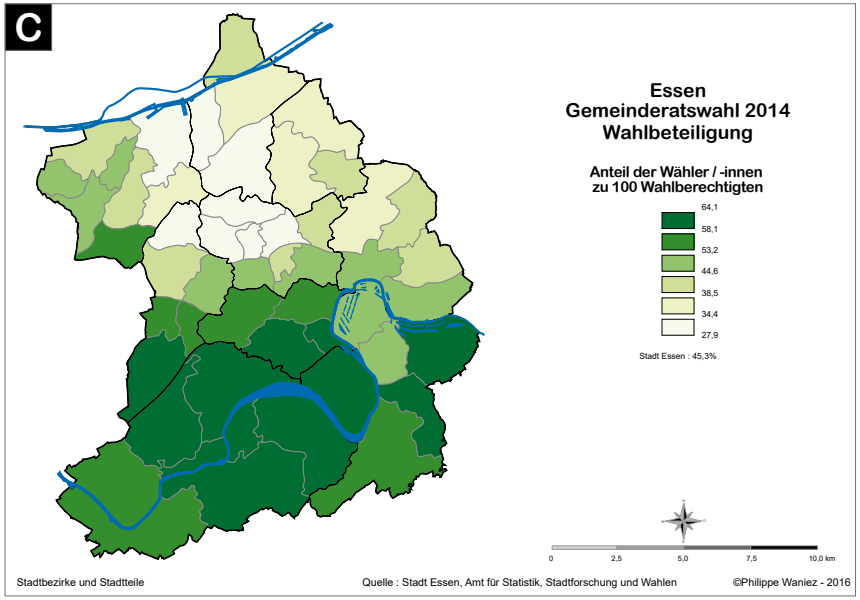

C
Bonn
Gemeinderatswahl 2014
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
69,6
65,9
59,7
56,,2
51,6
43,6
36,8
Stadt Bonn : 56,8%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Wahlbezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2016

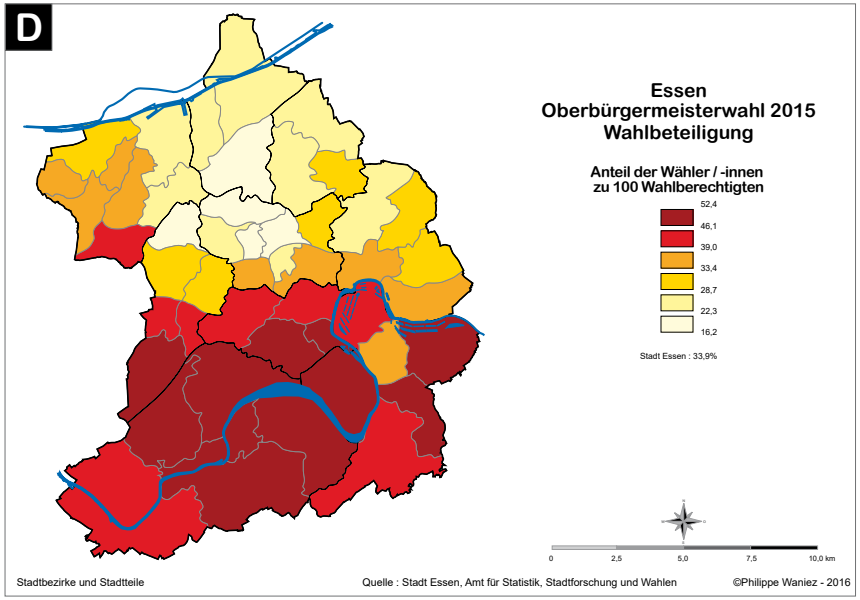

D
Bonn
Oberbürgermeisterwahl 2015
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
57,8
53,6
48,6
43,8
40,1
34,3
26,2
Stadt Bonn : 45.1%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Wahlbezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2016

Karten 5


A
Essen
Landtagswahl 2012
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
76,1
71,8
68,1
59,1
53,9
46,5
40,1
Stadt Essen : 58,8%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016


B
Essen
Bundestagswahl 2013
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
86,1
82,9
78,1
71,9
66,1
60,7
54,1
Stadt Essen : 71,3%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016


C
Essen
Gemeinderatswahl 2014
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
64,1
58,1
53,2
44,6
38,5
34,4
27,9
Stadt Essen : 45,3%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016


D
Essen
Oberbürgermeisterwahl 2015
Wahlbeteiligung
Anteil der Wähler / -innen
zu 100 Wahlberechtigten
52,4
46,1
39,0
33,4
28,7
22,3
16,2
Stadt Essen : 33,9%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016

Karten 6

Genauer gesagt, weisen alle Stadtteile in der südlichen Hälfte der Stadt, in der Nähe des Baldeneysees (und oft auch davor oder dahinter), den höchsten Anteil von über 80% für die Bundestagswahl, 70% für die Landtagswahl, 50% für die Gemeinderatswahl und 45% für die Oberbürgermeisterwahl aus. Unter diesen Stadtteilen findet man Bredeney, Werden, Fischlaken, Heisingen und Burgaltendorf. Niedrige Wahlbeteiligungen betreffen den größten Teil der nördlichen Hälfte, jedoch mit Nuancen. Das Zentrum und seine nahe Peripherie (Stadtkern, Ostviertel, Nordviertel, Westviertel sowie Altenessen-Süd und Altendorf) erscheinen auf allen Karten mit den schwächsten Werten. Diese Viertel sind durch einen hohen Anteil von Arbeitslosigkeit, Bedarfsgemeinschaften und Ausländern in der Bevölkerung gekennzeichnet. Weiter westlich (Herschede, Bedin Grade, Frintrop) oder Osten (Schonnebeck und Frillendorf) gehen die Prozentsätze ein wenig zurück und liegen unter dem Durchschnitt. Zwischen den beiden Hälften der Gemeinde zeigt sich ein Streifen, der nahe der Durchschnittswerte liegt: Frohnhausen, Holsterhausen, Südviertel, Huttrop.

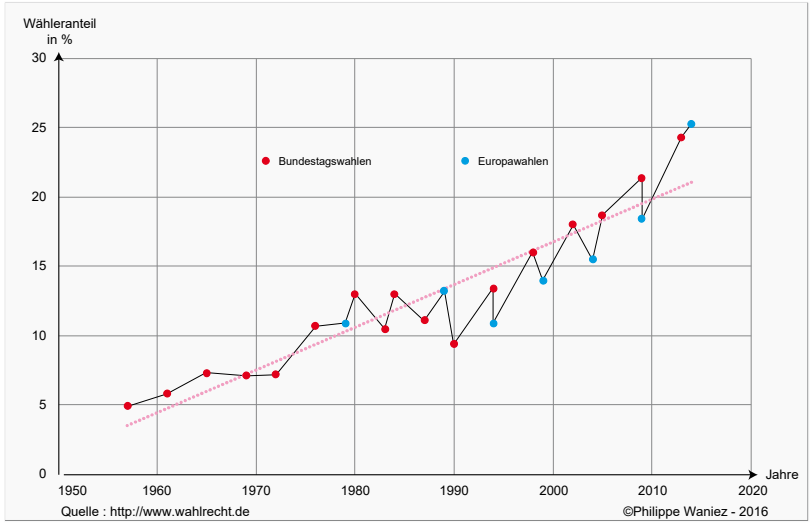
Die geografische Verteilung der Wahlbeteiligung in Köln, Düsseldorf, Essen und Bonn haben starke Ähnlichkeiten. Die wichtigste Erkenntnis aus dieser Analyse liegt in der Existenz einer starken geografischen Strukturierung, die durch die Existenz von schwacher oder starker Wahlbeteiligung in den innerstädtischen Zonen zum Ausdruck kommt. Die Gebiete mit geringer politischer Mobilisierung (im Zusammenhang mit der Wahl) sind die, in denen die Armutsindikatoren am stärksten ausgeprägt sind. Die umgekehrte Aussage ist ebenfalls wahr: Die wohlhabenden Viertel haben die höchste Wahlbeteiligung. Damit übersetzt dieser Indikator innerhalb der Städte, die Synthese, die auf Begriffe von Inklusion und von Exklusion basiert, dort wo die Politik sich mit der Wirtschaft verbindet.

3. Die Briefwähler

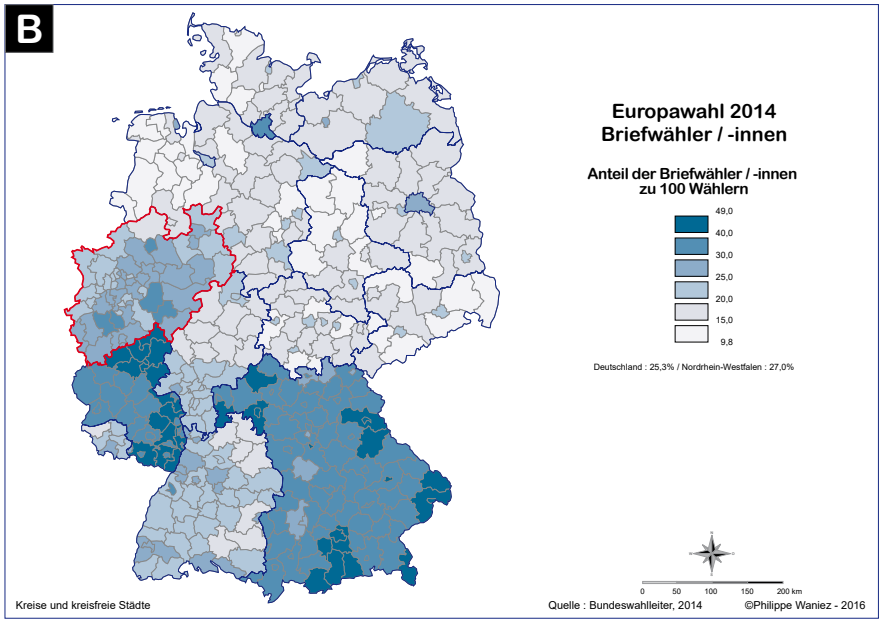
„Mit Briefwahl wird die Gesamtheit der Möglichkeiten bezeichnet, eine Wahl per Brief statt an der Wahlurne im Wahllokal durchzuführen“ (7). Entsprechend der WebsiteWahlrecht.de (8) hat die Anzahl der Wähler, die diese Möglichkeit nutzen stark zugenommen, seitdem sie möglich ist (Bundestagswahl 1957). Nach einem relativ langsamen Start 1957-1972 (weniger als 7,5% der Wähler), überschreitet der Anteil der Briefwähler die 10% im Jahr 1976, dann folgt eine Phase der Stagnation zwischen 10,0 und 15% bis 1998. Danach beschleunigt sich das Wachstum: 18% im Jahr 2000, 21,4% im Jahr 2009. 2014 und 2015 wird der Gipfel erreicht mit fast einem Viertel Briefwähler von den Wählern (**Grafik 7A**).

„Da die gesetzlichen Rahmenbedingungen bei der Bundestagswahl im gesamten Bundesgebiet dieselben sind, könnte man meinen, dass es keine regionalen Unterschiede bei der Briefwahlbeteiligung gibt. Dem ist aber keineswegs so“ (9). Tatsächlich ist der Prozentsatz der Briefwähler im Verhältnis zu allen Wählern von Land zu Land ziemlich unterschiedlich, in jedem Land jedoch zeigt sich eine große Homogenität der Werte (**Karte 7B**). Bei der Europawahl 2014 lag Rheinland-Pfalz mit einem Durchschnitt von 39,4% der Briefwähler an der Spitze und hier gab es viele Kreise, die die 40% und manchmal sogar mehr überschritten: 45,7% in Bad Dürkheim und sogar fast ein Briefwähler zu zwei Wählern in Germersheim. Bayern war nahe von Rheinland-Pfalz mit 37,1% der Briefwähler. Auch hier sind die Werte sehr homogen und selten niedriger als 30%; 19 der 96 Kreise und kreisfreien Städte liegen über 40% und Passau (43,1%), München (43,6%) und Garmisch-Partenkirchen (48,6%) übernehmen hier die Spitze. Hamburg (32,1%) und Berlin (28,5%) belegen den 3. und 4. nationalen Rang.

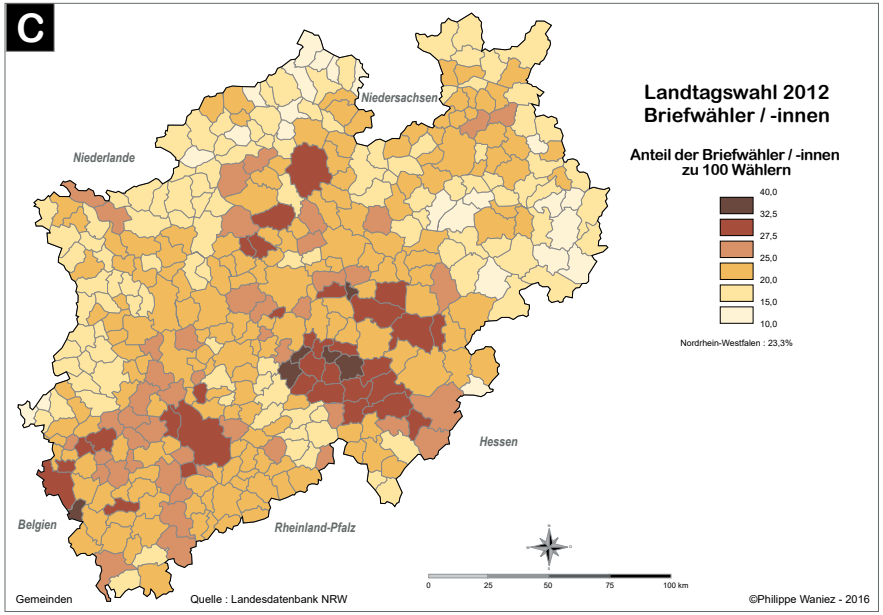
A **Anteil der Briefwähler bei den Bundestagswahlen 1957-2013 und Europawahlen 1979-2014**



B



C



Nordrhein-Westfalen (27%), Baden-Württemberg (23,5%) und Hessen (21,2%) gestalten sich vielfältiger als die vorherigen Länder. In Baden-Württemberg nehmen die Kreise des Nordostens (Schwäbisch Hall, 16,9%) und ebenfalls im Südosten (Sigmaringen 16,9%) die Briefwahl wenig in Anspruch. Im Gegensatz dazu nutzen 30,6% der Wähler von Baden-Baden diese Möglichkeit. Freiburg im Breisgau, Karlsruhe und Stuttgart liegen zwischen 25% und 30%. Hessen erscheint in zwei Teilen: Im Norden zeigt das Oberhessen weniger als 20% Briefwähler, während der Süden des Landes über diesem Wert liegt, mit 25,3% in Wiesbaden und 23,7% in Frankfurt am Main .

Abgesehen von der nördlichen Hälfte Nordrhein-Westfalens, die kaum an der Briefwahl teilnimmt, sieht man keinen deutlichen Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern. Dagegen nehmen die Städte systematisch stärker an Briefwahlen teil als die Länder: Braunschweig mit 23,3% liegt deutlich über die 16,7% von Niedersachsen insgesamt und Kiel überschreitet mit 21,4% die 16,8% von Schleswig-Holstein. Auch in den neuen Bundesländern liegen die kreisfreien Städte immer mit 3 bis 5 Punkten über den Briefwählern, die in den Ländern durchschnittlich zwischen 16% und 18% ausgewiesen werden.

In Nordrhein-Westfalen waren bei der Landtagswahl 2012, etwas weniger als ein Viertel der Wähler mit der Briefwahl dabei (23,3%). Im Allgemeinen sind die Prozentsätze der Briefwähler in den Ländern niedriger als in den Städten (**Karte 7C**). Die meisten Gemeinden am Niederrhein, im Münsterland und Teutoburger Wald zeigen oft weniger als 20% Briefwähler. Im Sauerland jedoch findet man die stärksten Werte: 29,4% in Meschede und sogar 38,6% in Werdohl. Köln (32%), Münster (31,5%) und Aachen (28,5%) bilden das Trio an der Spitze der Städte. Die anderen großen Städte des Landes haben viel niedrigere Werte, oft unter 25%.

Ob in ganz Deutschland oder im Land Nordrhein-Westfalen, die Karten zeigen, dass es erhebliche regionale Unterschiede bei der Briefwahl gibt. Aber es scheint schwierig, die Unterschiede zu begründen. Vielleicht gibt es in den Städten eine stärkere Tendenz zur Briefwahl, weil die Verfügbarkeit der Bürger geringer ist? Vielleicht ist in den Ländern der Tag der Wahl eine Zeit, in der sich die Bürger nicht in der Nähe des Wahllokals aufhalten, weil sie verreist sind (aber das wäre in Bayern und in Rheinland-Pfalz viel weniger der Fall)? Vielleicht nutzen die Wahlberechtigten in den Bergregionen eher die Briefwahl, weil es umständlicher ist zu den Wahlorten zu gelangen? Vielleicht ermuntern die Länder mehr oder weniger zur Briefwahl, was die Einheitlichkeit des Verhaltens in jedem Land erklärte? Diese Fragen bleiben zurzeit ohne Antwort.

4. Die Ungültigen Stimmen

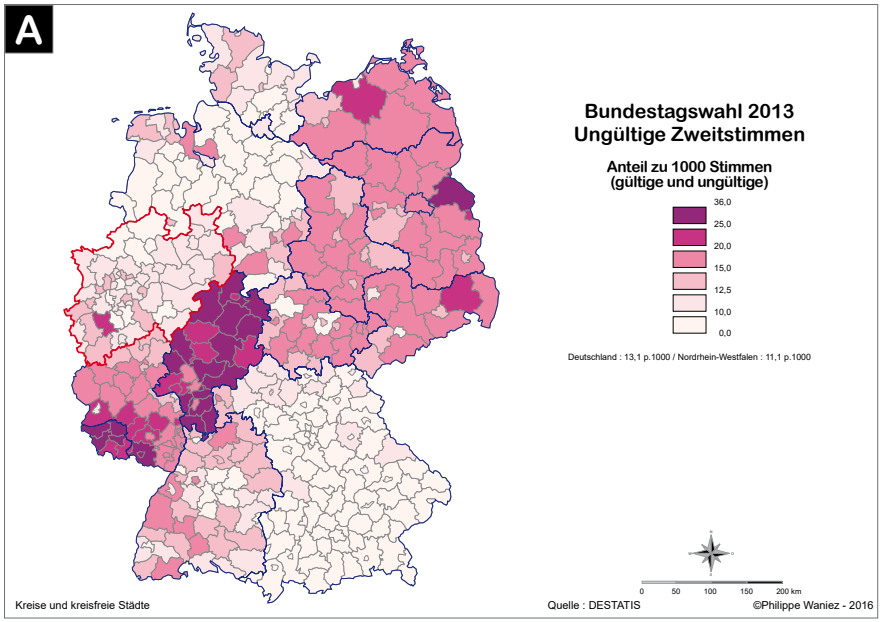
Die Anzahl der Stimmen von den Wählern teilt sich in zwei ungleiche Gruppen: Die meisten sind die gültigen Stimmen und ein viel geringerer Teil sind die ungültigen Stimmen. Sie gibt es in vielen Ländern (Frankreich, Brasilien ...) und eine dritte Kategorie: die weißen Stimmen, die dem Fehlen der Wahl eines Kandidaten aus einer Liste oder Partei von den Wählern entsprechen, die trotzdem abgestimmt haben. Die deutsche Wahlstatistik macht diese Unterscheidung nicht.

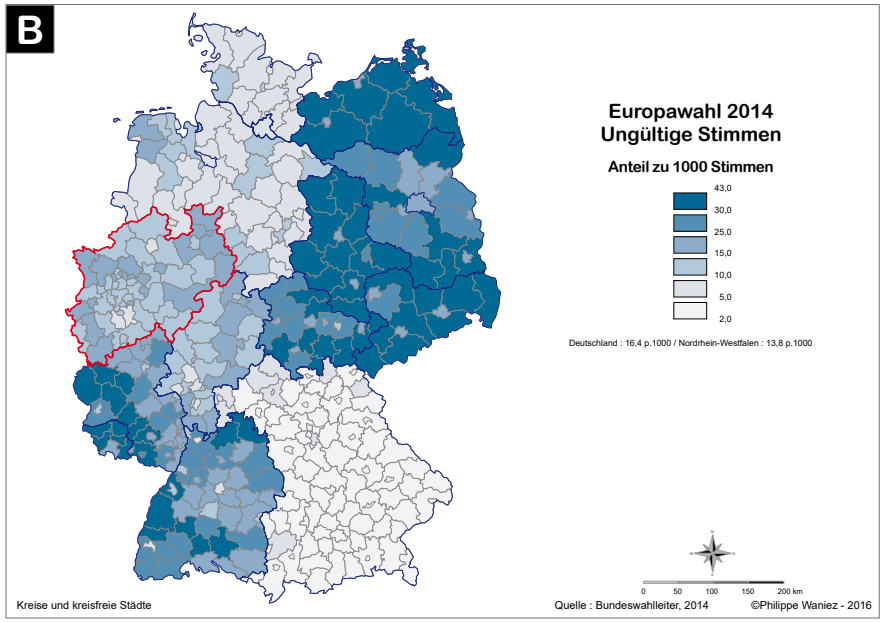
„Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel: nicht amtlich hergestellt ist oder für einen anderen Wahlkreis gültig ist; keine Kennzeichnung enthält; den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt; einen Zusatz oder Vorbehalt enthält“ (10).

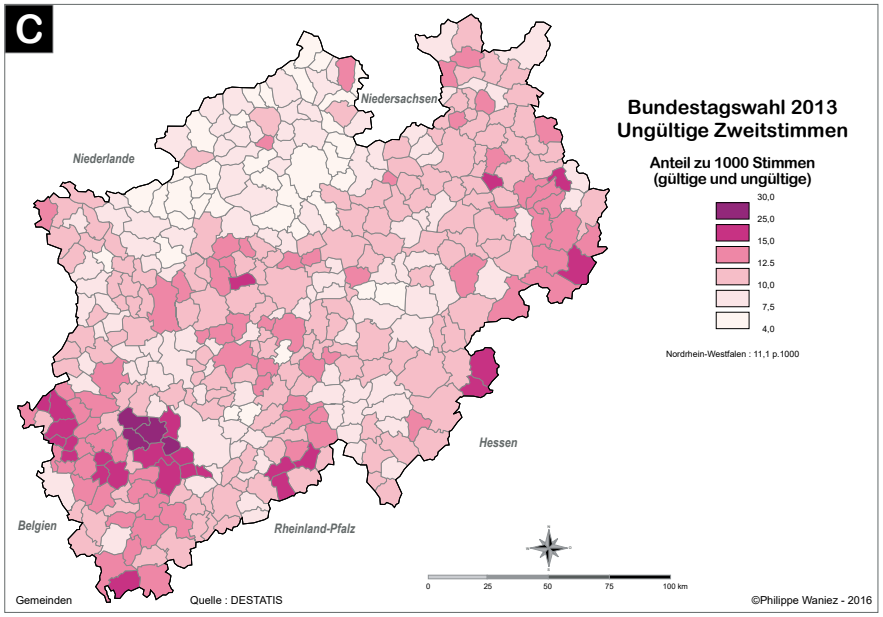
Eine ungültige Abstimmung entspricht am häufigsten einer schlechten unabsichtlichen Nutzung des Wahlzettels. Zum Beispiel „bei der Briefwahl sind außerdem beide Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel nicht im amtlichen Wahlumschlag abgegeben worden ist“ (10). Eine andere Situation: bei der Bundestagswahl hat jeder Wähler zwei Stimmen „die Wählerinnen und Wähler [können] zwei Kreuze auf dem Stimmzettel machen. Mit der Erststimme wählt man einen Kandidaten oder eine Kandidatin aus seinem Wahlkreis. Von diesen Wahlkreisen gibt es in Deutschland insgesamt 299 (…). Die Zweitstimme entscheidet über die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag – also darüber, wie viele der insgesamt 598 Sitze im Bundestag jeweils einer Partei zustehen“ (11). In diesem Fall wird der Wahlzettel erst ungültig bei zwei Stimmen in einer Spalte. Bei nur einem Kreuz bleibt der Wahlzettel gültig. So kann ein schlecht über die gültigen Regeln informierter Wähler sich mit der Anzahl der Haken irren und seine abgegebene Abstimmung wird als „ungültig“ erklärt.

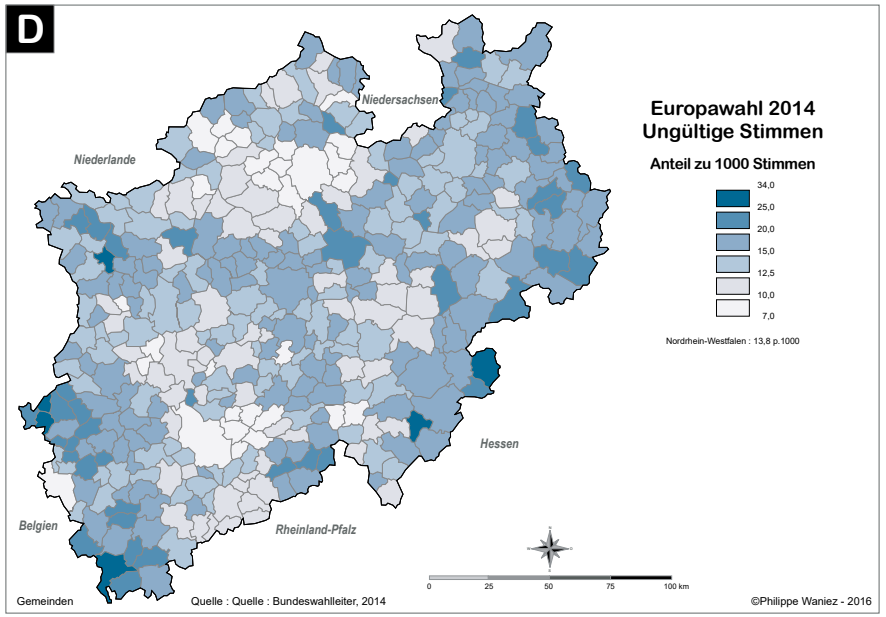
Diese Schwierigkeit trifft einige Wähler und sollte nicht unterschätzt werden. Bei der Bundestagswahl 2013 wurde das Land Hessen durch einen relativ hohen Anteil an „ungültigen Stimmen“ betroffen, in der Höhe von rund 2,6%, dies war deutlich über dem Anteil anderer Länder (ohne Saarland). Diese Besonderheit erscheint deutlich bei der Verteilung der ungültigen Stimmen in 2013 (**Karte 8A**): Hessen bildet für diese Wahl eine Insel mit hohen Werten, während dieses Ergebnis für die Europawahl in 2014 nicht so deutlich erscheint (**Karte 8B**). Also, was ist passiert? Es findet sich, denn „die hessische Staatskanzlei hat heute [05.03.2013] mitgeteilt, dass das Landeskabinett am Vortag per Verordnung den Termin der Landtagswahl 2013 in Hessen offiziell auf den 22. September 2013 (dem Wahltermin der Bundestagswahl) festgelegt hat“ (12). So hatten also die Wähler zweimal am selben Tag zu wählen, dies hat möglicherweise Verwirrung verursacht, die das Ausmaß der ungültigen Stimmen in Hessen zu der Bundestagswahl in 2013 erklären kann.

Abgesehen von diesem besonderen Fall zeigen die beiden Karten, dass die neuen Länder in der Regel einen höheren Anteil an ungültigen Stimmen haben als die meisten anderen Länder. Aber unter den alten Ländern liegen das Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden Württemberg auch an der Spitze dieser „schlechten Schüler“. Kreise und kreisfreie Städte von Hessen und NRW liegen um den Durchschnitt, während das nordwestliche Viertel von Deutschland deutlich niedrigere Werte ausweisen. Bayern stellt sich als „Klassenbester“ mit insgesamt schwachen Prozentsätzen dar. Die massive und gleichmäßige Art der Verteilung an ungültigen Stimmen in den Ländern ist gleichermaßen für die niedrigen Niveaus als auch für die hohen Niveaus bemerkenswert.


A
Bundestagswahl 2013
Ungültige Zweitstimmen
Anteil zu 1000 Stimmen
(gültige und ungültige)
36,0
25,0
20,0
15,0
12,5
10,0
0,0
Deutschland : 13,1 p.1000 / Nordrhein-Westfalen : 11,1 p.1000
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2016


B
Europawahl 2014
Ungültige Stimmen
Anteil zu 1000 Stimmen
43,0
30,0
25,0
15,0
10,0
5,0
2,0
Deutschland : 16,4 p.1000 / Nordrhein-Westfalen : 13,8 p.1000
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Bundestagswahl 2013
Ungültige Zweitstimmen
Anteil zu 1000 Stimmen
(gültige und ungültige)
30,0
25,0
15,0
12,5
10,0
7,5
4,0
Nordrhein-Westfalen : 11,1 p.1000
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : DESTATIS
©Philippe Waniez - 2016


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Europawahl 2014
Ungültige Stimmen
Anteil zu 1000 Stimmen
34,0
25,0
20,0
15,0
12,5
10,0
7,0
Nordrhein-Westfalen : 13,8 p.1000
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016

Karten 8

Sowohl bei der Bundestagswahl 2013 als auch bei der Europawahl 2014 zeigt NRW Anteile an ungültigen Stimmen, die unter dem nationalen Durchschnitt liegen. Im Detail jedoch werden recht deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen des Landes beobachtet (**Karten 8C und 8D**). Die Rheinachse unterscheidet sich von Ruhrachse: Von Bonn bis Köln sind die Prozentsätze niedrig, sie liege zwischen 9 und 12 zu 1.000, während sich das Ruhrgebiet durch höhere Werte charakterisiert. Das Münsterland zeichnet sich durch geringe Prozentsätze aus, besonders bei der Bundestagswahl 2013 und in einem geringen Maß bei der Europawahl 2014. Dies ist auch für einen Teil des Sauerlands der Fall (Arnsberg, Warstein, Meschede, Finnentrop ...). Die schlechtesten Ergebnisse sind in den peripherischen Regionen des Landes registriert: Eifel, Niederrhein, Teutoburger Wald und der Osten vom Sauerland.

5. Die Wahlergebnisse der politischen Parteien

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland ist eine repräsentative Demokratie auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems. Die Kandidaten sind im Allgemeinen einer politischen Partei angeschlossen (manche entscheiden sich jedoch unabhängig von diesen Parteien zu sein, besonders während der Kommunalwahlen). Die Kandidaten (oder die Kandidatenlisten) bewerben sich für die verschiedenen Räte und politischen Organe und die Wahlberechtigten wählen frei für die Kandidaten, die sie bevorzugen. Alle EU-Länder haben dieses System, auch wenn jedes Land ein Grundgesetz hat und verschiedene Wahlgesetze. Die Ergebnisse der Wahlen drücken sich auf statistische Weise in der Anzahl der erhaltenen Stimmen für jeden Kandidaten (oder Liste) und die Anzahl der gewählten Vertreter aus, die sich für jede Partei in den spezifischen Wahlbezirken zur Wahl gestellt haben (Wahlkreise, Gemeinden…).

Um die Bedeutung jeder politischen Partei zu bewerten, bringt man die Anzahl der Stimmen in jedem Bezirk ins Verhältnis zu den gültigen Stimmen (nicht zu der Gesamtanzahl der Stimmen oder der Anzahl der Wahlberechtigten). Die Prozentsätze geben ein Bild von der kollektiven Entscheidung der Wähler für diesen oder jenen Kandidaten und Partei. Es gibt einige „große Parteien“, die im Allgemeinen eine große Anzahl der Stimmen auf ihre politischen Ziele zusammenbringen, die ihnen die Legitimität gibt zu regieren (in diesem Fall werden sie Regierungsparteien genannt). Andere Parteien, in größerer Zahl, erhalten stattdessen eine kleine Anzahl von Stimmen.

Man sagt, dass es sich um „kleine Parteien“ handelt, was nicht heißt, dass ihre Bedeutung immer vernachlässigt werden kann: Wenn keine Partei eine Mehrheit erhält, können die kleinen Parteien das Gleichgewicht in einem politischen Lager sein oder in Verbindung mit einer großen Partei ein Lager kippen und eine Koalitionsregierung bilden (lokal, regional oder national).

Ein interessantes Dokument des Bundeswahlleiters ist betitelt mit „Ausgewählte Daten Politischer Vereinigungen“ (13) und listet die politischen Parteien auf, die bestehen oder in Deutschland bestanden haben. Wenn man den Zeitraum vom 01.01.1969 bis 31.12.2014 betrachtet, liegt die Anzahl der aufgenommenen politischen Vereinigungen bei 489… Für das Jahr 2014 zählt der Bundeswahlleiter 110 „Politische Vereinigungen deren Unterlagen am 31.12.2014 gemäß § 6 Abs. 3 PartG beim Bundeswahlleiter hinterlegt sind“. In dieser Liste erscheint die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) als die älteste politische Gruppierung von Deutschland, weil der Zeitpunkt seiner Gründung am 23.05.1863 war. Das offizielle Datum der Gründung der anderen Parteien ist in der Regel nach dem Ende des 2. Weltkrieges (08.05.1945). Sie können aber auch viel älter sein, wie die „Deutsche Zentrumspartei“, die eine der wichtigsten politischen Parteien im Deutschen Reich und während der Weimarer Republik (katholisch philosophische Orientierung) war und 5. Juli 1933 aufgelöst wurde. Erneut wird die „Deutsche Zentrumspartei“ zum 15.07.1945 gegründet und seine letzte Teilnahme an der Wahl zum Deutschen Bundestag war am 27.09.2009.

Die Wahlergebnisse, die durch den Bundeswahlleiter veröffentlicht werden, vereinfachen in der Praxis die Wahrnehmung der Machtbalance zwischen den politischen Parteien. Auf der nationalen Ebene kann man die Bedeutung der politischen Parteien entsprechend der Finanzierungen erkennen, die sie als staatliche Teilfinanzierung bekommen: „Die Parteien erhalten staatliche Mittel als Teilfinanzierung der allgemein ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeit. Maßstäbe für die Verteilung dieser Mittel bilden: der Erfolg, den eine Partei bei den Wählern bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erzielt; die Summe ihrer Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge; der Umfang der von ihr eingeworbenen Spenden“ (14).

Die Regierungsparteien

Das sind die Parteien, die aufgrund ihres starken Stimmenanteils, das Land führen sollen. Mit einer Mehrheit im Bundestag bilden sie das Rückgrat der Bundesregierung und lassen eine(n) Kanzler(in) aus ihren Reihen wählen. Je nach Ausmaß ihres Wahlerfolges können sie entweder allein oder in Koalition mit anderen Parteien zusammen regieren, (die hier Koalitionsparteien nennen wird) darunter sind im Falle einer „großen Koalition“ von 1966-1969 (Kabinett Kiesinger), 2005-2009 (Kabinett Merkel I) und von 2013 bis heute (Kabinett Merkel III).

Die CDU/CSU in Deutschland

Die „Christlich Demokratische Union Deutschlands“ CDU und die „Christlich-Soziale Union in Bayern“ CSU sind „zwei Schwesterparteien“ der christlich-demokratischen und konservativen Rechten. (...) Obwohl es sich um zwei getrennte Parteien handelt, stellen sie seit 1949 einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten zur Bundeskanzlerwahl und handeln im Einvernehmen bei der Bildung der Koalition“(15). Man kann die CDU/CSU als „liberal-konservative“ Partei bezeichnen. Die CDU umfasst 467 Tsd. Mitglieder (2013), während die CSU nur 148 Tsd. hat.

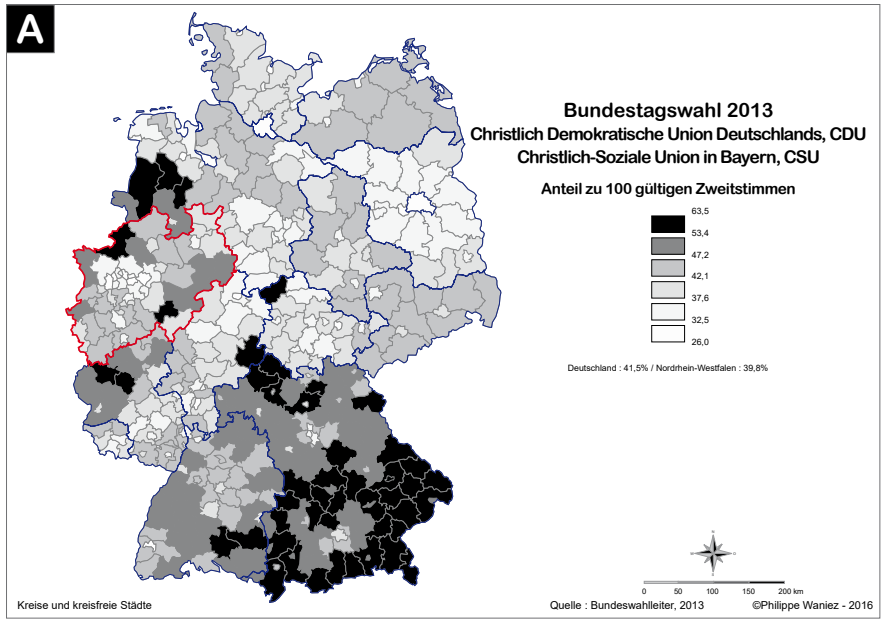
In diesem Bündnis CDU / CSU gehören also 75% der Mitglieder zu der CDU, was man gut versteht, da sich das Territorium der CSU auf Bayern beschränkt, während die CDU im restlichen Land anwesend ist. Die CDU erhält den zweitgrößten Teil der staatlichen Teilfinanzierung (15) mit 49,2 Mio. € im Jahr 2015 oder 31% von der Gesamtsumme. Die CSU erhält 13,4 Mio. € bzw. 8,4%. Zusammen bekommen diese beiden Parteien daher insgesamt 39,4% der staatlichen Teilfinanzierung, d.h. die höchste staatliche Teilfinanzierung. Für ihre Außendarstellung verwendet die CDU die Farbe schwarz und die CSU blau.

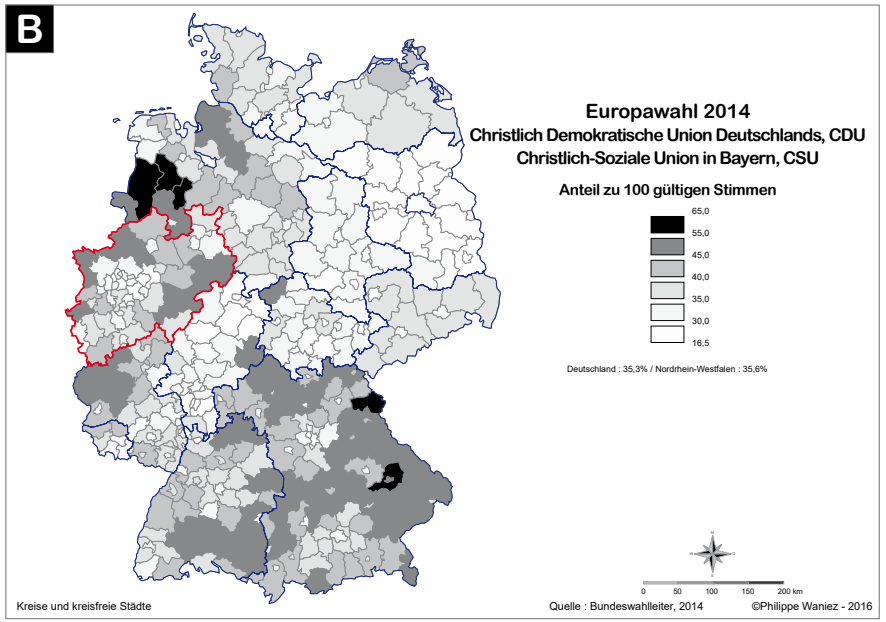
Im Jahr 2013 ist das Bündnis CDU/CSU mit 37,2% Erststimmen und 34,1% Zweitstimmen an die Spitze der Bundestagswahl gekommen. Dabei hat die CSU 8,1% und 7,4% erhalten. In Bayern überschreitet sie ihre Ergebnisse mit der absoluten Mehrheit für die Erststimmen mit 53,9% und liegt knapp unter dieser Mehrheit für die Zweitstimmen mit 49,3%. Mit 255 Abgeordneten, die im Bundestag für die CDU gewählt wurden und 56 für die CSU, hat das Bündnis nicht die absolute Mehrheit im Bundestag erreicht. Als sein traditioneller Verbündeter, die „Freie Demokratische Partei“, FDP, kein ausreichendes Ergebnis hatte, um im Bundestag vertreten zu sein, hat sich die CDU/CSU mit der „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, SPD verständigt, um eine große Regierungskoalition zu bilden.

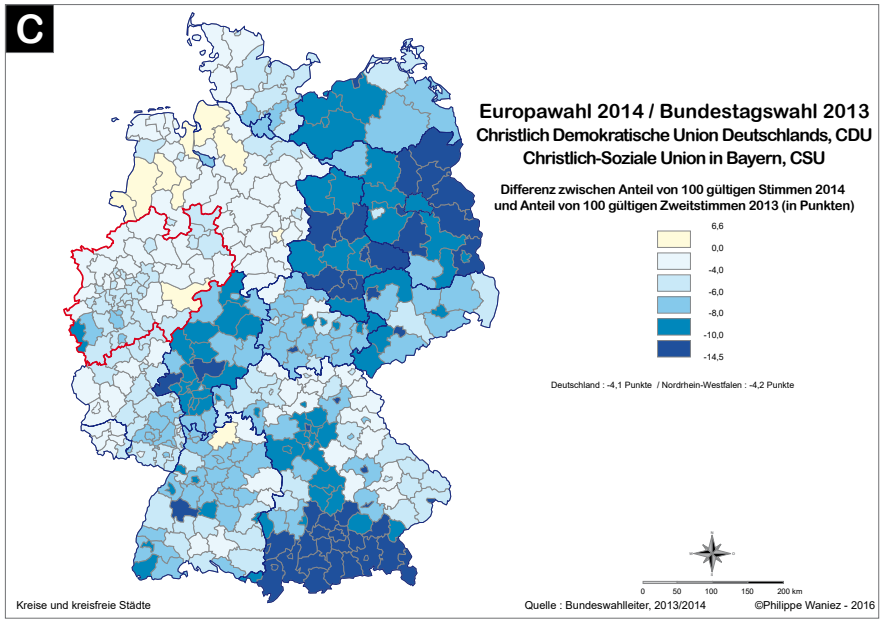
Im Jahr 2014 ist die Europawahl für die CDU/CSU mit 30% für die Erststimme und 5,3% für die Zweitstimme weniger günstig. Das Ergebnis steht in einem Zusammenhang mit einer stark reduzierten Wahlbeteiligung (48,1% 2014 gegen 71,5% 2013) und einer größeren Anzahl von politisch konkurrierenden Parteien, die die Zerstreuung der Stimmen verursacht. Insgesamt kommt das Bündnis an die Spitze mit 35,3% der gültigen Stimmen und erhält 34 Sitze von den 96 für Deutschland im Parlament von Straßburg zugeteilten.

Auf dem nationalen Niveau erlauben die Karten der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 die Geografie der Allianz CDU/CSU zu präzisieren (**Karten 9A und 9B**). Diese beiden Wahlen sind aus verschiedenen Gründen nicht gut vergleichbar. Erstens im Hinblick auf ihre Voraussetzungen: europäisch oder national. Zweitens in Bezug auf ihre institutionelle Organisation (vor allem mit den 2 Stimmen für die Bundestagswahl). Schließlich in Bezug auf den Grad der Wahlbeteiligung mit einer starken Enthaltung im Jahr 2014. Die Gegenüberstellung der zwei Karten ermöglicht vor allem, die starken Zonen des Bündnisses abzugrenzen.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass sich zwischen den zwei Abstimmungen ein wichtiges Ereignis ergeben hat: die Bildung der Großen Koalition und die Bildung des Kabinetts Merkel III nach der Bundestagswahl 2013. So kann die Entwicklung zwischen den beiden aufeinanderfolgenden Abstimmungen als Zustimmung oder Ablehnung der neuen Koalition von einer Wählerschaft gesehen werden, die die eine der beiden Parteien gewählt hat, ohne zu wünschen, dass die andere an die Macht kommt. Für die anderen Parteien ist er interessant, ihre Stärkung angesichts dieser neuen politischen Situation oder im Gegensatz dazu, das Verlieren von enttäuschten Wählern zu bewerten. Um die Änderungen zwischen den beiden aufeinanderfolgenden Abstimmungen (**Karte 9C**) zu beschreiben, wird die Differenz der erhaltenen Prozentsätze im Jahr 2014 und die in der Wahl von 2013 (Zweitstimmen) berechnet. Wenn die Differenz negativ ist, bedeutet dies, dass die Partei an Bedeutung verloren hat; im Gegensatz dazu ist es eine Zunahme, wenn die Differenz positiv ist. Man misst so die örtliche Veränderung des Wahlgewichtes der Partei.


A
Bundestagswahl 2013
Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
Christlich-Soziale Union in Bayern, CSU
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
63,5
53,4
47,2
42,1
37,6
32,5
26,0
Deutschland : 41,5% / Nordrhein-Westfalen : 39,8%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


B
Europawahl 2014
Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
Christlich-Soziale Union in Bayern, CSU
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
65,0
55,0
45,0
40,0
35,0
30,0
16,5
Deutschland : 35,3% / Nordrhein-Westfalen : 35,6%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


C
Europawahl 2014 / Bundestagswahl 2013
Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
Christlich-Soziale Union in Bayern, CSU
Differenz zwischen Anteil von 100 gültigen Stimmen 2014
und Anteil von 100 gültigen Zweitstimmen 2013 (in Punkten)
6,6
0,0
-4,0
-6,0
-8,0
-10,0
-14,5
Deutschland : -4,1 Punkte / Nordrhein-Westfalen : -4,2 Punkte
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013/2014
©Philippe Waniez - 2016

Hauptsächlich in Bayern, also in der Wahlhochburg der CSU, realisiert das Bündnis CDU/CSU seine besten Leistungen: Die Landkreise sind zahlreich, die der CSU die absolute Mehrheit mit Spitzenergebnissen mit 10% bis 15% über dem Durchschnitt des Landes geben. Diese Homogenität wird jedoch durch das Wahlverhalten in den Städten durchkreuzt, die der CSU viel weniger zugeneigt sind. Im Jahr 2013 erreichen sie keine 40% in München, Nürnberg, Würzburg, Bamberg und bleiben unter 45% in Augsburg, Regensburg und Bayreuth. Man beobachtet dieselbe Raumorganisation in 2014, jedoch mit niedrigeren Niveaus, weil die CSU 8,8 Punkte in Bayern zwischen zwei Abstimmungen verloren hat. Besonders deutlich wird dies in Oberbayern mit Verlusten von zwischen -14 und -10 Punkte. Diese Schwächung erscheint in den Kreisen an der Grenze zu Österreich besonders vom Oberallgäu bis Traunstein deutlich. Während die CSU in 2013 uneingeschränkt in diesen Kreisen mit mehr als 55% herrschte, verringerte sich ihr Ergebnis in 2014 auf 45% in Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgaden.

Auch wenn diese Änderung von einer Wahl zur anderen nicht die Vorherrschaft der CSU in Bayern infrage stellt, so zeigt sie doch, dass die nationale politische Situation und die besondere Herausforderung bei jeder Wahl dazu führen können, dass ein Teil der Wähler zu anderen politischen Angeboten abgleitet. Man kann meinen, dass die Große Koalition im Jahr 2013 die rechtesten Wähler zu den politischen Parteien der Opposition geführt hat. So haben zum Beispiel einige Vorsitzende der CSU nicht gezögert, zu erklären: die CSU „und die AfD-Wähler haben viel gemeinsam“ (16). In zahlreichen großen Städten scheint sich ein Teil der Wählerschaft ebenfalls von der Partei zu distanzieren: München, Ingolstadt, Landshut, Passau, Regensburg, Ansbach, Bayreuth, Aschaffenburg.

Außerhalb von Bayern ist die CDU in Baden-Württemberg gut angesiedelt, mit einem ausgeprägten Nord/Süd-Unterschied: der Süden des Landes unterstützt die CDU stark bei der Wahl in 2013 und auch in 2014. In der Mitte des Landes sind die Verluste gering. Zum Beispiel vergibt Sigmaringen 54,9% seiner Stimmen an die CDU in 2013 und noch 52,1% in 2014. Auch wenn die Partei im ganzen Land Punkte verliert, sind die Verluste von Tuttlingen bis zum Ostalbkreis schwach und stellen so der CDU eine gute Widerstandsfähigkeit im Vergleich zum allgemeinen Rückgang der Parteien. Man bemerkt auch, dass der Norden des Landes ähnliche Eigenschaften darstellt und sogar einen kleinen Anstieg im Neckar-Odenwald-Kreis hat. Dagegen scheint die CDU weniger dominierend in einem großflächigen um Stuttgart zentrierten Gebiet, deren Ergebnisse jedoch nah von 45% in 2013 und über 35% in 2014 liegen. Hier weicht die Entwicklung nicht merklich von der ab, die in der Mitte des Landes beobachtet wird. Schließlich weisen mehrere große Städte ebenso deutliche Verluste wie in Bayern: Das ist der Fall in Freudenstadt (-10,1 Punkte) und in einem geringeren Maß in Tübingen, Freiburg im Breisgau, Baden-Baden, Pforzheim und Karlsruhe.

In Niedersachsen wird eine Reihe von Kreisen durch eine starke Präsenz der CDU charakterisiert: Einerseits umfasst eine Gruppe das Emsland (60,4% in 2013), Cloppenburg (62,9%) und Vechta (63,5%) und andererseits die Wesermarsch, Cuxhaven Landkreis und Rotenburg (Wümme). Mit weniger überwältigenden Ergebnissen fügen sich Bentheim (50,8%) und Osnabrück (48,4%) zu der ersten Gruppe und bilden eine Verlängerung in Richtung Süden. Nicht nur, dass die Ergebnisse sehr hoch sind, sie steigen in 2014 auch leicht an. Hier scheint die politische Dynamik der CDU sich also von der in den beiden südlichen Ländern beobachteten Tendenz zu unterscheiden.

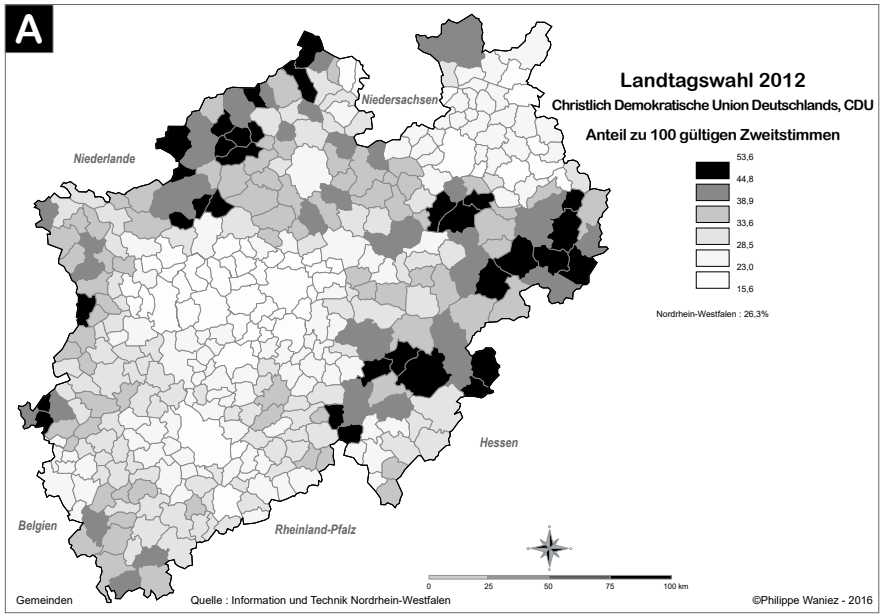
Sowohl in 2013 als auch in 2014 sind es zahlreiche Regionen von Deutschland, in denen die CDU/CSU ein deutlich niedriges Ergebnis erzielte, als sein nationaler Durchschnitt. Diese relative Schwäche ist in mehreren Ländern eindeutig, in denen die Prozentsätze im Allgemeinen die 40% nicht überschreiten: Brandenburg, Schleswig Holstein, Hessen, Thüringen. In anderen Ländern bieten der CDU/CSU ganze Regionen nur wenig Unterstützung: der Süden von Niedersachsen, das Ruhrgebiet, die Pfalz. Wie bereits vorher erwähnt, sind die Städte in Bayern nicht sehr unterstützend, sondern auch in Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Köln, Frankfurt am Main. In einem großen Teil dieser Räume mit relativer Schwäche gehen die Prozentsätze zwischen den zwei Abstimmungen stärker ausgeprägt zurück als im Durchschnitt: Das ist deutlich sichtbar in den neuen Ländern, in Hessen und in der Mehrheit der großen Städte.

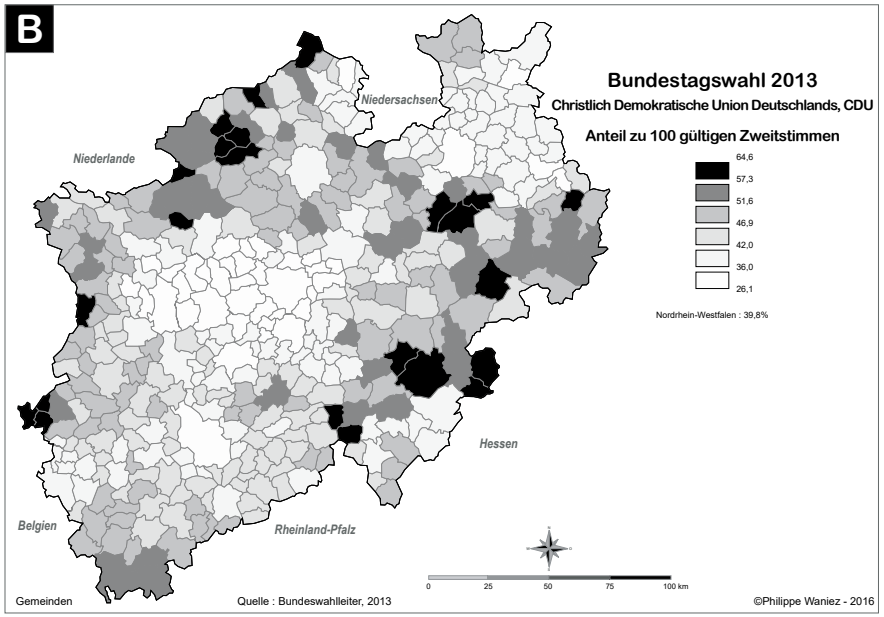
Die CDU in Nordrhein-Westfalen

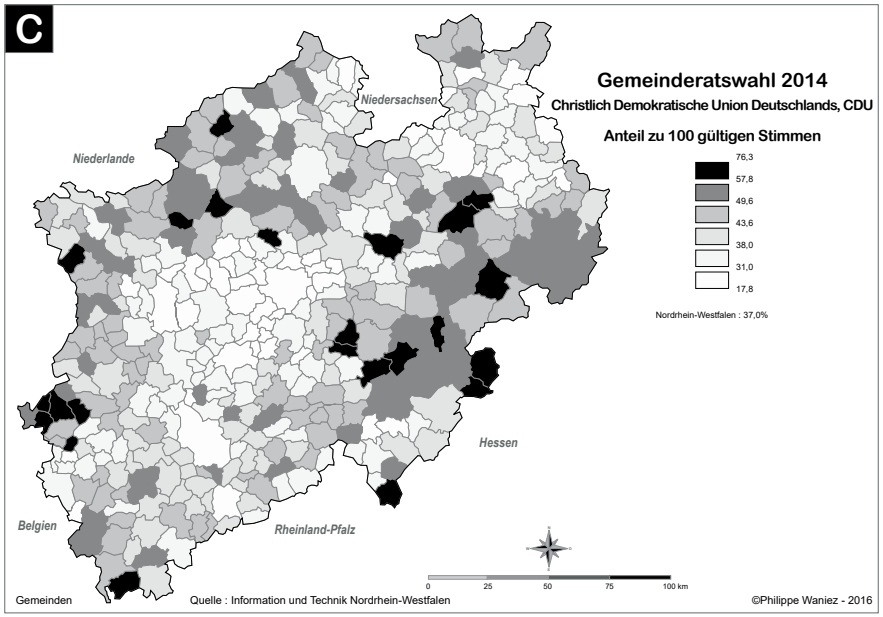
In NRW kommt die CDU an die Spitze bei der Bundestagswahl 2013 mit 43,8% der Erststimmen und 39,8% der Zweitstimmen. Doch ein Jahr zuvor besetzte sie nur den zweiten Platz bei der Landtagswahl von 2012 mit 26,3% für die Zweitstimme, weit hinter ihrem Hauptkonkurrenten, der SPD (-12,8 Punkte). Während der Gemeinderatswahl in 2014 und der Europawahl in 2014 bleibt die CDU vorn, jedoch sind die Werte niedriger im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 mit jeweils 37% und 35,6%. Für die drei letzten Wahlen bekommt die CDU also mehr als ein Drittel der Stimmen. Die Karten dieser vier Abstimmungen sind ähnlich (**Karten 10A bis 10D**) und unterstreichen den peripherischen Charakter der CDU-Abstimmung. Man beobachtet, dass diese Partei vorzugsweise die Wähler der ländlichen Gebiete von NRW anzieht: Niederrhein, Münsterland, Sauerland, Eifel. In all diesen Regionen variiert die Zustimmung für die CDU in den Kommunen, erreicht aber oft mehr als 50% ab 2013 und sogar 55% in einer ganzen Reihe der Gemeinden unter den ländlichen Regionen macht der Teutoburger Wald eine Ausnahme, weil die CDU hier keine 40% erreicht.

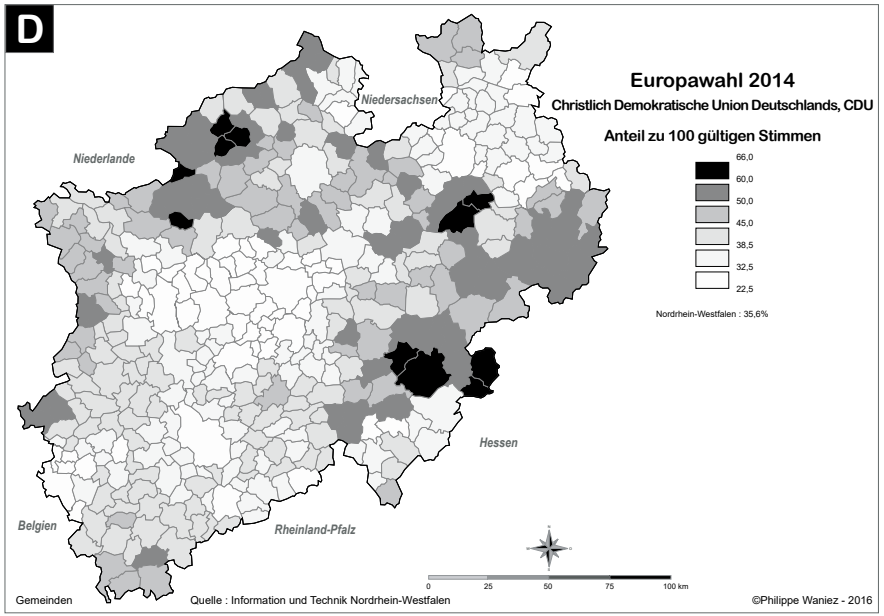
In dem städtischen und industriellen Herzen des Landes liegt die CDU deutlich unter dem Durchschnitt von NRW. Dies gilt für die Rheinachse (bei der Europawahl 2014: 29,7% in Bonn, 26,3% in Köln, 33,6% in Düsseldorf). Dies ist auch im gesamten Ruhrgebiet der Fall mit Werten, die selten die 30% übersteigen; in den großen Städten am Rand, sind die Prozentsätze geringfügig höher (30,7% in Aachen, 32.9% in Münster, 30,6% in Bielefeld).

Wenn auch die Städte, sowohl in Deutschland als auch in NRW im Allgemeinen nicht die Vorzugsgebiete der CDU/CSU sind, so stellt sich die Verteilung der Abstimmungen für die CDU innerhalb jeder großen Stadt in NRW sehr unterschiedlich dar. Die Karten **11A bis 11D** und **12A bis 12B** stellen den Stimmenanteil für die CDU im Verhältnis zu den Gesamtstimmen bei der Europawahl 2014 in den Stadtteilen oder Wahlbezirken von Köln, Düsseldorf, Bonn, Aachen, Wuppertal und Münster dar. Die **Karte 12C** entspricht der Kernzone des Ruhrgebiets. Man beobachtet in allen Fällen, natürlich mit örtlichen Variationen, eine räumliche Organisation, in der die Zentren dieser Städte für die CDU ungünstig erscheinen. Im Gegensatz dazu bringen nur die peripheren Stadtteile ganz oder teilweise eine starke Unterstützung für die CDU zum Ausdruck.


A
Landtagswahl 2012
Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
53,6
44,8
38,9
33,6
28,5
23,0
15,6
Nordrhein-Westfalen : 26,3%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016


B
Bundestagswahl 2013
Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
64,6
57,3
51,6
46,9
42,0
36,0
26,1
Nordrhein-Westfalen : 39,8%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


C
Gemeinderatswahl 2014
Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
76,3
57,8
49,6
43,6
38,0
31,0
17,8
Nordrhein-Westfalen : 37,0%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016


D
Europawahl 2014
Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
66,0
60,0
50,0
45,0
38,5
32,5
22,5
Nordrhein-Westfalen : 35,6%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016

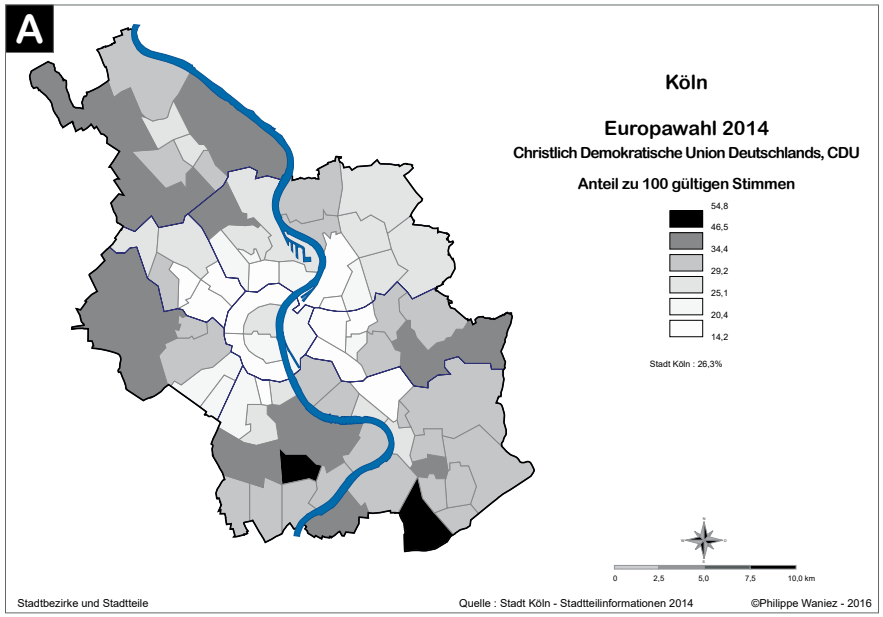
In Köln äußert sich eine relative Ablehnung nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in allen Stadtteilen in ihrer Nähe, wie z.B. Ehrenfeld, Nippes, Mülheim Kalk, Zollstock. Die Bezirke, die die CDU begünstigen sind in den verschiedenen Sektoren zerstreut, die vom Zentrum entfernt liegen. Im Westen ist das Müngersdorf und Junkersdorf; Longerich und Merkenich, im Osten Rath/Heumar, Neubrück, im Süden Hahnwald und Libur. Damit stehen die Bezirke, die dicht mit einem hohen Anteil junger Erwachsener (21-34 Jahre) im Zentrum besiedelt sind den peripherischen Bezirken mit älterer Bevölkerung entgegen, die wirtschaftlich und sozial besser ausgestattet sind und die CDU wählen.

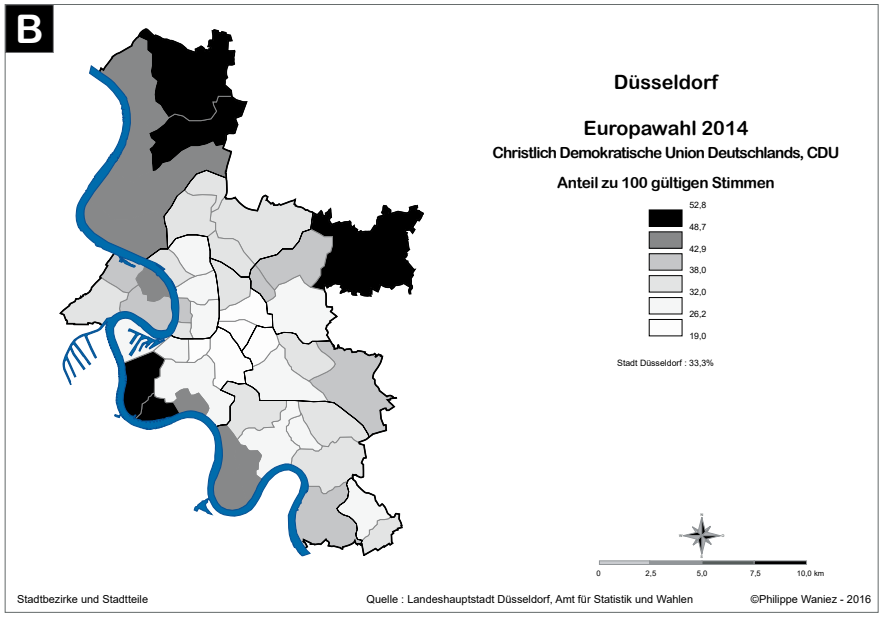
In Düsseldorf scheint die peripherische Präsenz der CDU noch stärker. Die stärksten Unterstützungen der Partei sind im Norden in Angermund und Kalkum, im Süden in Hamm und Volmerswerth und im Westen in Hubbelrath zu finden. Es handelt sich um dünn besiedelte Bezirke mit schwachem Ausländeranteil und nur sehr wenigen Bedarfsgemeinschaften.

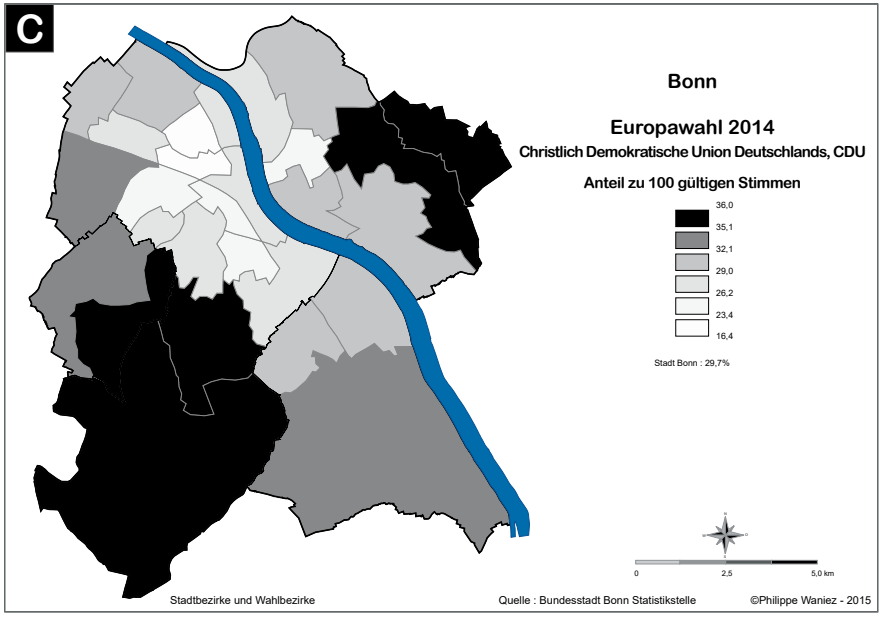
In Bonn, Aachen und Münster beobachtet man einen ausgeprägten peripheren Ring mit Stimmen für die CDU. Die zentralen Bezirke dieser Städte begünstigen im Allgemeinen nicht die CDU. Jedoch gibt es einige Besonderheiten: Das Zentrum und Monheimsallee in Aachen liegen nahe 30% und die Altstadt von Münster bei einem Ergebnis von 35,9%. Aber das Modell, schwache Zustimmung im Zentrum / stärkere Zustimmung in Richtung Peripherie, wird auch hier bestätigt.

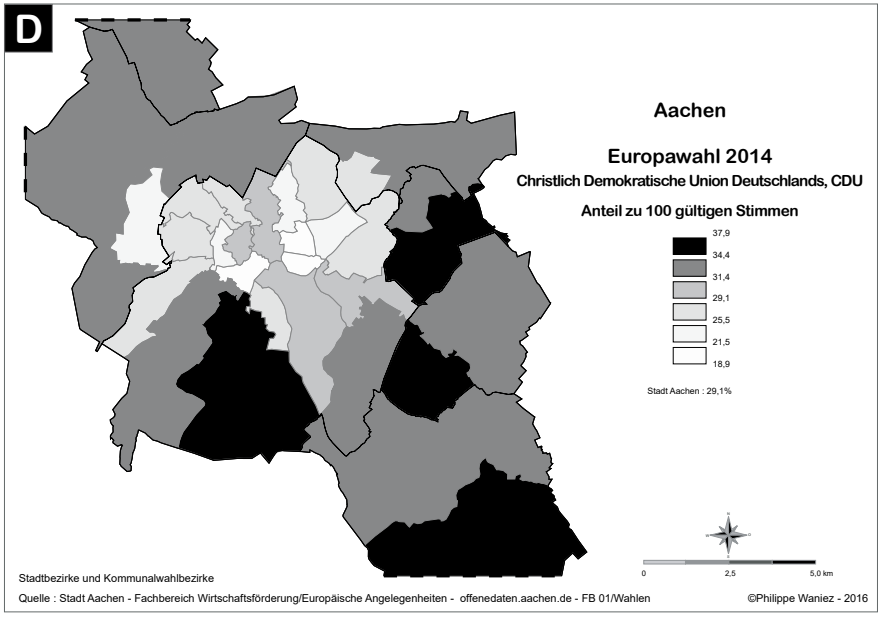
In Wuppertal zeigt das Tal oft mit Werten unter 20% wenig Zustimmung für die CDU. Auf den Höhen dagegen werden häufig die 30% überschritten, mit Spitzenwerten von 35,1% in Katernberg, 36% in Nächstebreck und 36,5% in Uellendahl-Ost.

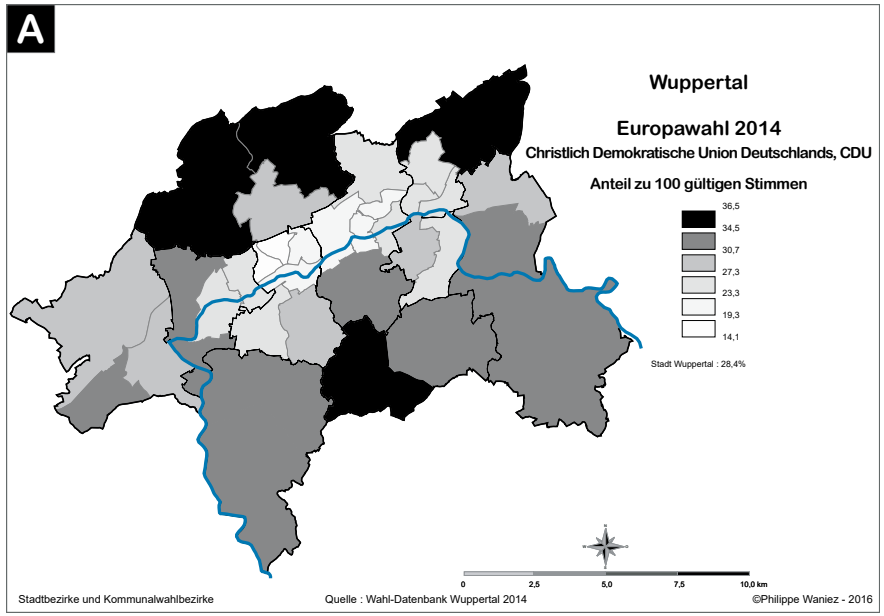
In Anbetracht dessen, was bereits über die geringe Aufstellung der CDU im Ruhrgebiet gesagt worden ist, sollte man nicht über die Blässe in seinen zentralen Bereichen überrascht sein. Tatsächlich ist die CDU deutlich am Rande der Kernzone gegenwärtig, im Norden von Bottrop und Recklinghausen und nach Süden in Krefeld, Duisburg, Mülheim an der Ruhr und Essen. Man findet sie auch weiter südlich von Dortmund und dem östlichen Stadtrand von Hagen. Die Städte nahe von der Zonengrenze, insbesondere Krefeld und Moers einerseits sowie Hamm andererseits, weisen ihre Gunst für die CDU ebenfalls aus. Allerdings liegen alle zentralen Teile der industriellen und städtischen Gebiete bei Werten zwischen 25% und 30%. Dies bedeutet eine schwache Zustimmung für eine Region mit großem Stimmengewicht aufgrund seiner hohen demografischen Dichte.

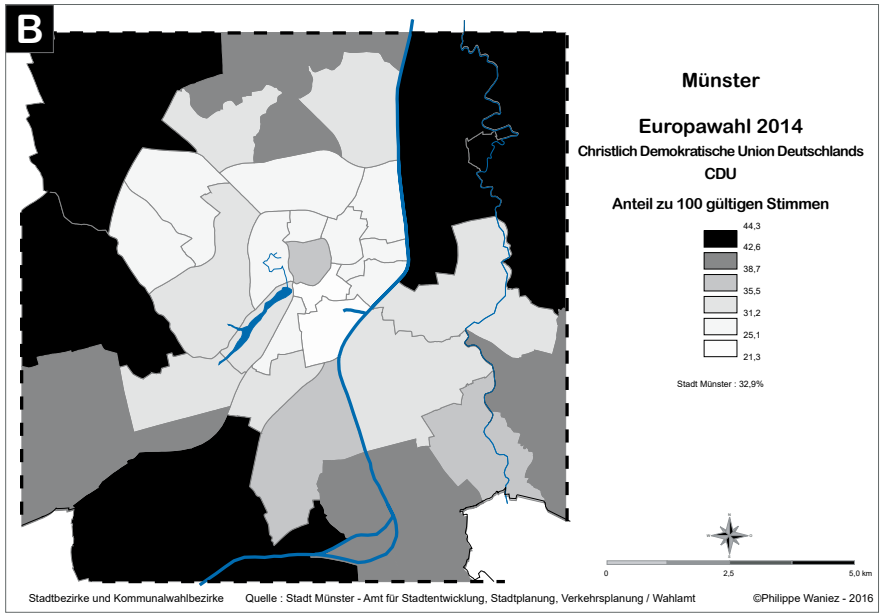

A
Köln
Europawahl 2014
Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
54,8
46,5
34,4
29,2
25,1
20,4
14,2
Stadt Köln : 26,3%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2014
©Philippe Waniez - 2016

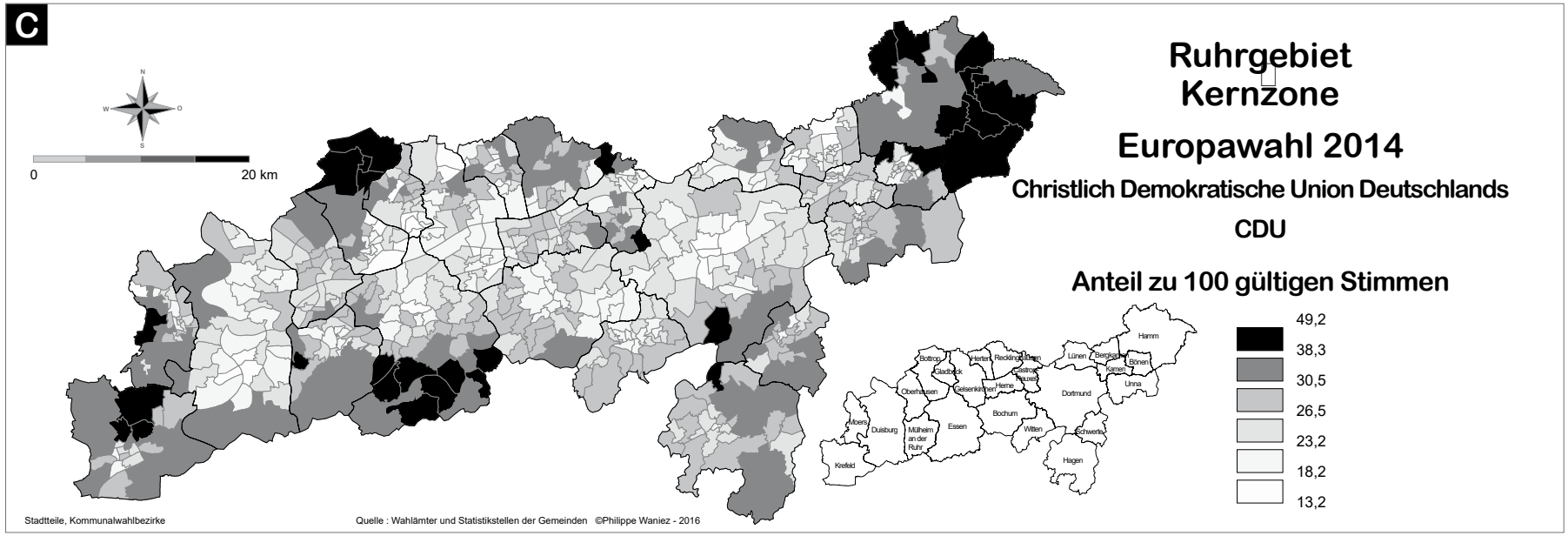

B
Düsseldorf
Europawahl 2014
Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
52,8
48,7
42,9
38,0
32,0
26,2
19,0
Stadt Düsseldorf : 33,3%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016


C
Bonn
Europawahl 2014
Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
36,0
35,1
32,1
29,0
26,2
23,4
16,4
Stadt Bonn : 29,7%
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Wahlbezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


D
Aachen
Europawahl 2014
Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
37,9
34,4
31,4
29,1
25,5
21,5
18,9
Stadt Aachen : 29,1%
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - offenedaten.aachen.de - FB 01/Wahlen
©Philippe Waniez - 2016


A
Wuppertal
Europawahl 2014
Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
36,5
34,5
30,7
27,3
23,3
19,3
14,1
Stadt Wuppertal : 28,4%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Wahl-Datenbank Wuppertal 2014
©Philippe Waniez - 2016


B
Münster
Europawahl 2014
Christlich Demokratische Union Deutschlands
CDU
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
44,3
42,6
38,7
35,5
31,2
25,1
21,3
Stadt Münster : 32,9%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung / Wahlamt
©Philippe Waniez - 2016


C
N
W
O
S
0
20 km
Ruhrgebiet
Kernzone
Europawahl 2014
Christlich Demokratische Union Deutschlands
CDU
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
49,2
38,3
30,5
26,5
23,2
18,2
13,2
Bottrop
Gladbeck
Herten
Recklinghausen
Castrop-Rauxel
Lünen
Bergkamen
Kamen
Hamm
Oberhausen
Gelsenkirchen
Herne
Dortmund
Unna
Moers
Duisburg
Mülheim an der Ruhr
Essen
Bochum
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
Stadtteile, Kommunalwahlbezirke
Quelle : Wahlämter und Statistikstellen der Gemeinden
©Philippe Waniez - 2016

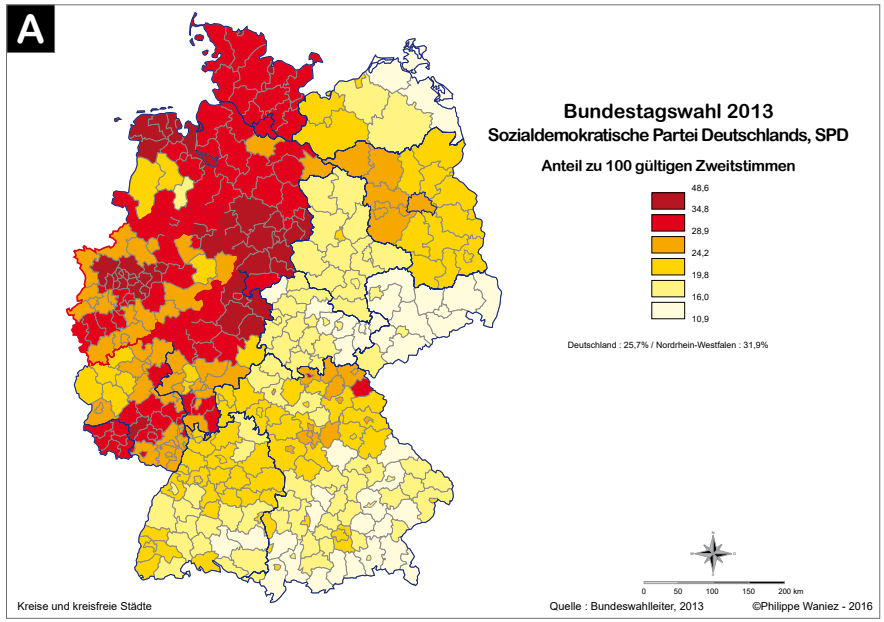
Die SPD in Deutschland

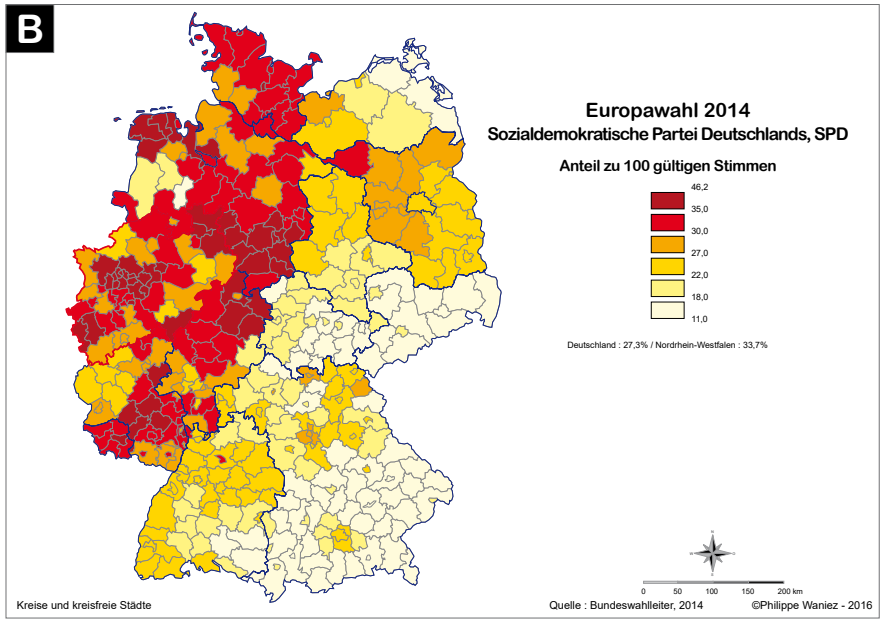
Die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, SPD, steht auf demselben Niveau wie die CDU/CSU in Bezug auf die politische Bedeutung und den Wahleinfluss. Sie war „im Jahr 1875 gegründet (unter dem Namen SAP, im Jahr 1890 unbenannt in SPD) und sie ist die älteste politische Partei von Deutschland. Es ist die einzige der großen Parteien, die es gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland gibt und die in einer vergleichbaren Form vor dem Zweiten Weltkrieg existierte“ (17). Der letzte von der SPD abstammende Kanzler war Gerhard Schröder (1998-2005). Die SPD hat 473 Tsd. Mitglieder (2013); sie erhält 50 Mio. € der staatlichen Teilfinanzierung in 2015, d.h. 31,4% des Gesamtbetrags. Für ihre Außendarstellung verwendet die SPD die Farbe Rot, obwohl diese revolutionäre Farbe immer weniger angemessen erscheint, für eine „sozialdemokratische“ Partei, die reformistisch geworden ist, mit liberaler Tendenz nach der Umsetzung der Agenda 2010 zwischen 2003 und 2005. Es handelte sich um ein Paket liberaler Reformen des Wohlfahrtsstaates, der besonders eine Reform des Arbeitsmarktes und der Sozialversicherungen einschloss (bekannt unter dem Reformnamen Hartz, nach seinem Inspirator Peter Hartz). Diese Änderungen haben dann den Ärger der SPD-Wählerschaft und den Fall des Bundeskanzlers Gerhard Schröder im Jahr 2005 hervorgerufen.

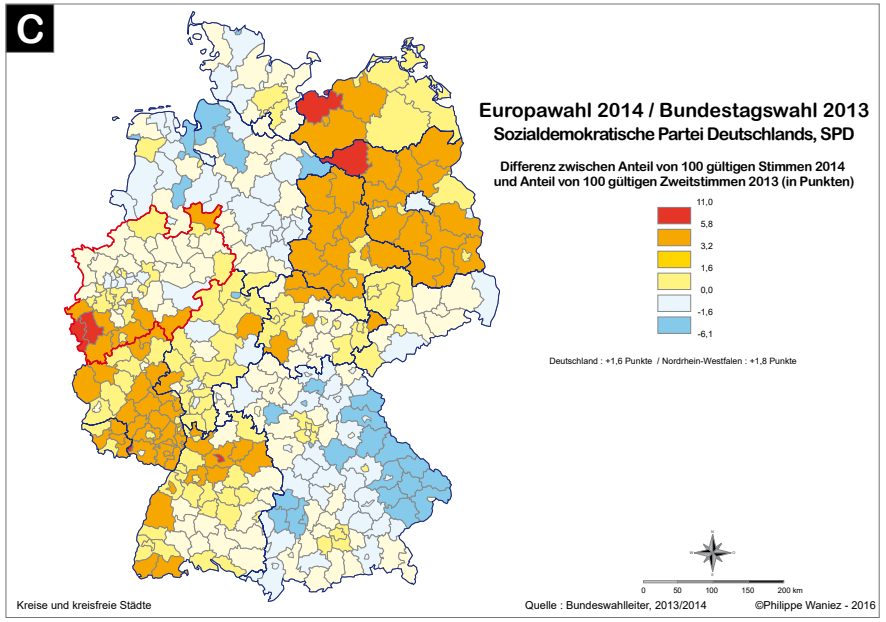
In 2013 liegt die SPD mit 34,1% der Zweitstimmen und mit 8,4 Punkten hinter der CDU, auf dem zweiten Platz. Tatsächlich hat sie nur 193 Abgeordnete erhalten, zu wenig, um damit den Kanzler aus ihren Reihen zu stellen aber genug, um an der Großen Koalition im Kabinett Merkel III teilzunehmen und den „Stellvertreter der Bundeskanzlerin“ (Sigmar Gabriel) einzusetzen sowie 7 Ministerposten zu erhalten. Im Jahr 2014 erlebt die SPD einen Rückgang der Stimmen im Vergleich zu 2013 (wie die CDU/CSU) mit 27,3% der Stimmen. Sie erhielt 27 Sitze im Parlament von Straßburg.

Auf dem nationalen Niveau zeigen die Karten von der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 (**Karten 13A und 13B**), dass die Verteilung der Wählerschaft für die SPD geografisch gut abgegrenzt ist und eine große Stabilität zwischen den beiden Wahlen aufweist. Der lineare Korrelationskoeffizient zwischen den beiden Reihen der Prozentsätze auf dem Niveau der Kreise und kreisfreien Städte, mit einem Wert von +0,96, bestätigt diese Tatsache, selbst wenn man einige interessante Entwicklungen feststellen kann.

Die SPD ist mächtig in einem großen Viertel im Nordwesten von Deutschland, vom Saarland bis nach Schleswig-Holstein, über Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Bremen und Hamburg zählen ebenfalls zu den grundlegenden Einflussbereichen der Partei. In dieser großen Gebietseinheit erreicht die SPD nie die absolute Mehrheit, anders als bei der CDU/CSU in ihren Wahlhochburgen Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen. Man unterscheidet trotzdem vier Territorien mit sehr starker Präsenz der Partei: das Saarland und der Süden von Rheinland-Pfalz (Region von Bad Kreuznach); die nördliche Hälfte des Landes von Hessen und besonders Oberhessen; der größte Teil von NRW und vor allem das Ruhrgebiet, zu dem Aachen und der Teutoburger Wald hinzukommen; der Süden von Niedersachsen (Hildesheim und der Goslar) und die zwischen Ems und Weser gelegene Region (Leer, Emden, Aurich, Wittmund, Friesland, Wesermarsch). Alle diese Regionen werden durch die Stabilität der Wahl für die SPD gekennzeichnet und in einigen Fällen von einer Tendenz des Absplitterns, das besonders in Niedersachsen mit im Allgemeinen begrenzten Verlusten zum Ausdruck kommt (**Karte 13C**).


A
Bundestagswahl 2013
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
48,6
34,8
28,9
24,2
19,8
16,0
10,9
Deutschland : 25,7% / Nordrhein-Westfalen : 31,9%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


B
Europawahl 2014
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
46,2
35,0
30,0
27,0
22,0
18,0
11,0
Deutschland : 27,3% / Nordrhein-Westfalen : 33,7%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


C
Europawahl 2014 / Bundestagswahl 2013
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
Differenz zwischen Anteil von 100 gültigen Stimmen 2014
und Anteil von 100 gültigen Zweitstimmen 2013 (in Punkten)
11,0
5,8
3,2
1,6
0,0
-1,6
-6,1
Deutschland : +1,6 Punkte / Nordrhein-Westfalen : +1,8 Punkte
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013/2014
©Philippe Waniez - 2016

Die SPD erzielt Ergebnisse von einem durchschnittlichen Niveau (zwischen 20% und 25%) in der Nordhälfte von Baden-Württemberg und von Bayern (Nürnberg, Schweinfurt, Coburg). Im Westen und im Norden von Baden-Württemberg besteht die Tendenz zum Wachstum der Partei, die hier einige Punkte gewinnt. Der Rest des Landes zeigt sich recht stabil.

In den neuen Ländern erreicht die SPD akzeptable Ergebnisse in Berlin und Brandenburg, vor allem im Westen von Uckermark bis Prignitz und Teltow-Fläming. Im Allgemeinen gewinnt die SPD Punkte, aber in Thüringen und Sachsen ist es nur eine Verfestigung ohne Veränderung zu den vorherigen Salden.

Auch wenn die SPD eine nationale Parteiengröße ist, löst sie keine große Zustimmung aus (weniger als 20%, manchmal weniger als 15%). Zahlreiche Regionen in Deutschland gehören zu den wichtigsten: der Süden von Bayern (außer München) und von Baden-Württemberg (Sigmaringen, Ravensburg), Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und besonders Sachsen. Im Bayern ist die Tendenz rückläufig, wobei die Partei dort schon schlechte Ergebnisse erzielt.

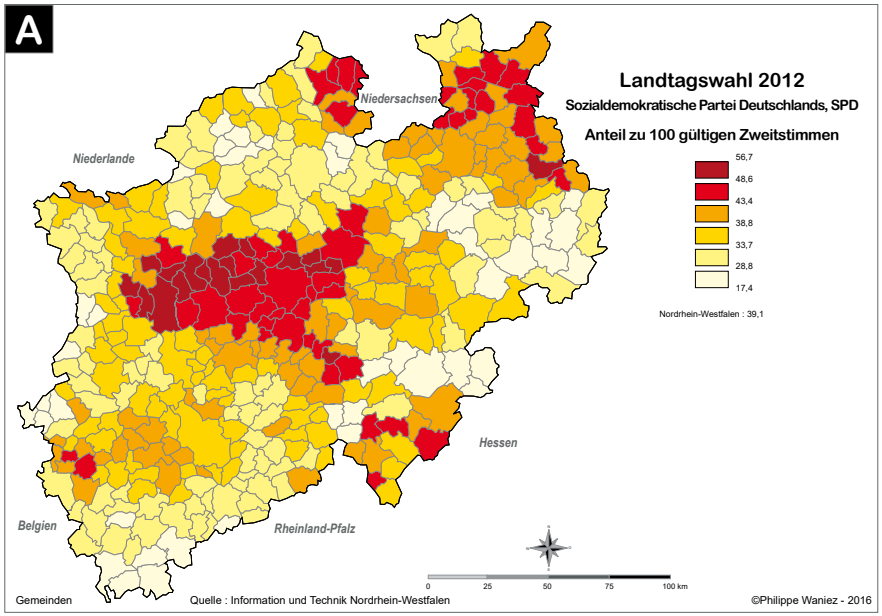
Schließlich muss man die besondere Situation der Kreise von Emsland und Cloppenburg unterstreichen, die ihre Vorliebe für die CDU hervorheben, obwohl Niedersachsen insgesamt die SPD bevorzugt.

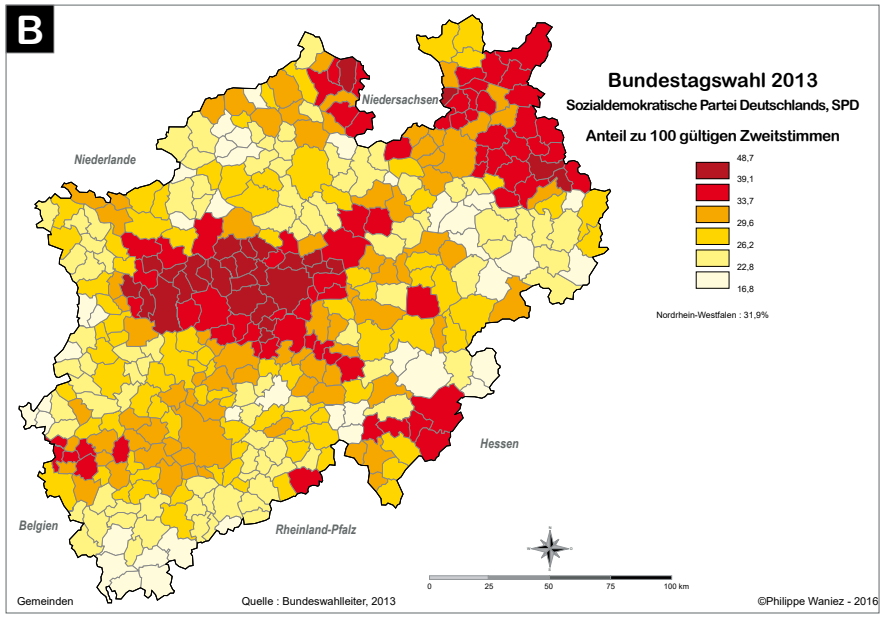
Die SPD in Nordrhein-Westfalen

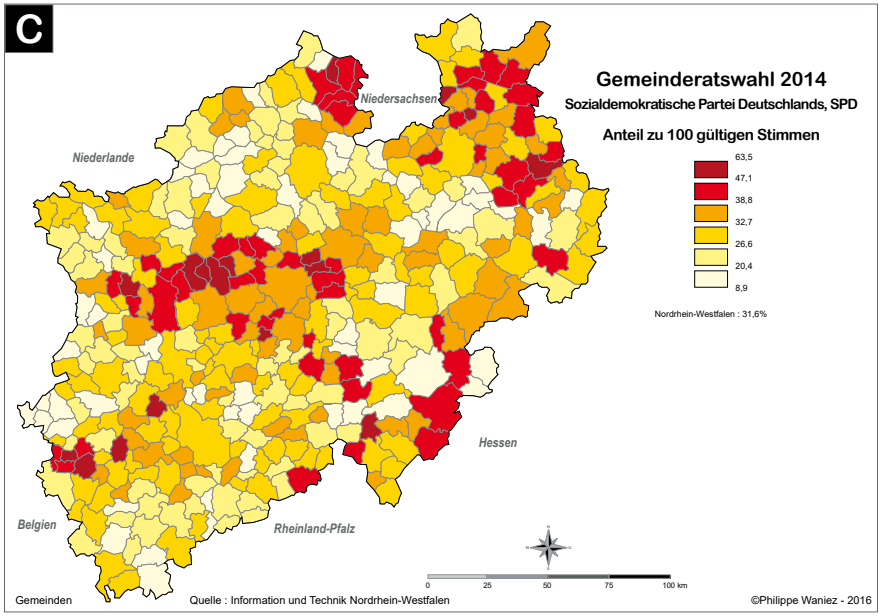
In NRW kommt die SPD bei der Bundestagswahl 2013 auf den zweiten Platz mit 36,7% der Erststimmen und 31,9% der Zweitstimmen. Ein Jahr früher belegten sie jedoch während der Landtagswahl von 2012 den ersten Platz mit 39,6% für die Zweitstimmen, weit genug von ihrem Hauptkonkurrenten der CDU entfernt (26,3%). Bei der Gemeinderatswahl in 2014 und bei der Europawahl in 2014 bleibt die SPD auf der zweiten Position, mit einem geringeren Ergebnis (33,7%) als bei der Bundestagswahl 2013. Demnach erhielt die SPD bei den letzten drei Wahlen etwa ein Drittel der Stimmen.

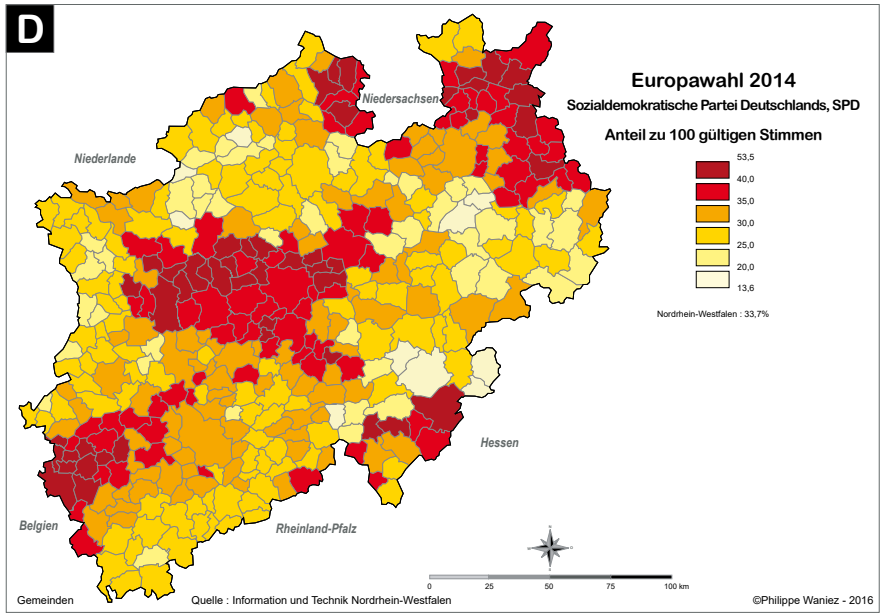
Die Karten dieser vier Abstimmungen sind ähnlich (**Karten 14A bis 14D**), allerdings mit mehr oder weniger betonten Nuancen. Das Ruhrgebiet ist zweifellos das Hauptzentrum der SPD-Befürworter in NRW. Das ist bei der Bundestagswahl in 2013 besonders sichtbar in der Nordachse von Duisburg bis Gelsenkirchen und Dortmund, die fast immer bei 40% liegen. Die Südachse, Mülheim an der Ruhr und Essen erscheint die SPD etwas weniger stark, trotzdem aber noch mit mehr als 35%. Die Vorherrschaft der SPD im Ruhrgebiet schwindet deutlich im Jahr 2014 bei der Gemeinderatswahl einschließlich der Südachse von Mülheim bis Dortmund. Der harte Kern der SPD besteht in Bottrop (47,7%), Gladbeck (47,3%), Gelsenkirchen (50,2%) und Herten (51%). Diese Städte sind gekennzeichnet als Zeugen einer Sozialgeschichte mit der Anwesenheit der Arbeiter in den Eisenhütten (Schalke), Gussstahlwerken (Thyssen) und andere Maschinenfabriken. Die Veränderlichkeit der Ergebnisse bei der Gemeinderatswahl erklärt sich zweifellos über die lokalen Anliegen, die nicht reduzierbar sind auf das Spiel der politischen Parteien.

Drei andere Regionen von NRW bekräftigen ihre Zustimmung für die SPD auf mehr oder weniger ausgeprägte Weise. Im Nordosten des Landes individualisiert sich der Teutoburger Wald deutlich.


A
Landtagswahl 2012
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
56,7
48,6
43,4
38,8
33,7
28,8
17,4
Nordrhein-Westfalen : 39,1
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016


B
Bundestagswahl 2013
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
48,7
39,1
33,7
29,6
26,2
22,8
16,8
Nordrhein-Westfalen : 31,9%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


C
Gemeinderatswahl 2014
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
63,5
47,1
38,8
32,7
26,6
20,4
8,9
Nordrhein-Westfalen : 31,6%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016


D
Europawahl 2014
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
53,5
40,0
35,0
30,0
25,0
20,0
13,6
Nordrhein-Westfalen : 33,7%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016

Karten 14

Das Gewicht der SPD wird da weniger bestätigt als im Ruhrgebiet, aber die Homogenität der Stimmen ist bemerkenswert: im Allgemeinen über 40% in 2012, zwischen 30% und 35% in 2013 und zwischen 35% und 40% bei der Europawahl 2014. Wie vorher beschrieben sind die Ergebnisse der Gemeinderatswahl variabler. Für jede der Abstimmungen bildet sich eine Ausrichtung hoher Prozentsätze für die SPD, die die Gemeinden von Rödinghausen, Lübbecke, Hille, Minden und Porta Westfalica umschließen. Mehr im Westen scheinen Lotte, Westerkappeln, Mettingen und Ibbenbüren diese Ausrichtung zu verlängern, die mehr oder weniger dem Verlauf des Mittellandkanals zwischen Ems und Weser entspricht. Mehr im Süden sind Bielefeld und die umliegenden Gemeinden der SPD weniger zugeneigt, als man sich es aufgrund des industriellen Charakters der Region vorstellen könnte (zwischen 30 und 38% je nach Abstimmung).

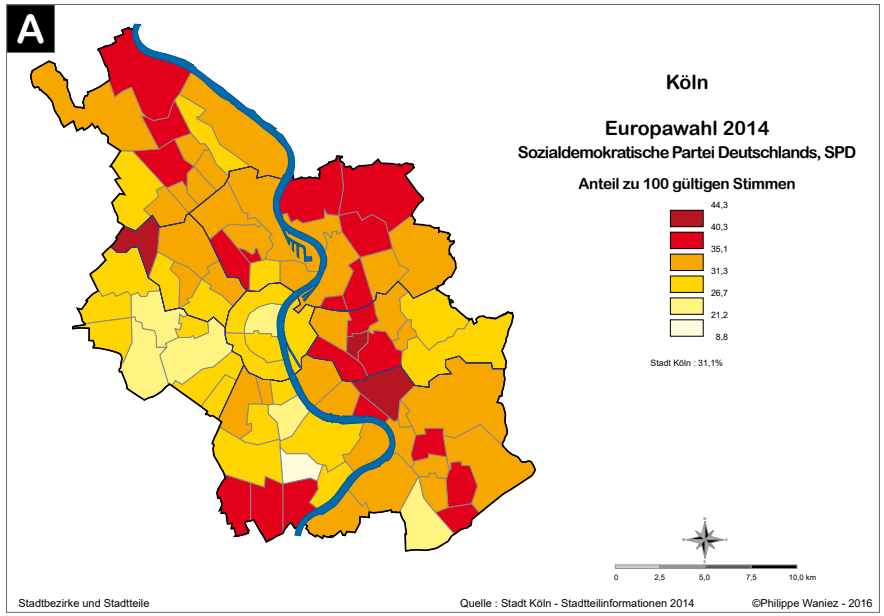
Im Südwesten von NRW werden Stimmen für die SPD von Aachen und der umliegenden Region unregelmäßig vergeben. Die Anhängerschaft ist für die Europawahl in 2014 mit Ergebnissen über 40% in Aachen, Stolberg, Eschweiler und mehreren anderen angrenzenden Kommunen deutlich sichtbar. Dadurch entsteht der Eindruck, dass die Städteregion Aachen, die im Jahr 2009 gebildet wurde (18), eine saubere politische Realität vertritt, insbesondere, weil der im Jahr 2009 gewählte Städteregionsrat (der Präsident der Städteregion) Helmut Etschenberg im Jahr 2014 wiedergewählt wurde. Die Karten der Bundestagswahl von 2013 und der Europawahl in 2014 zeigen eine Konsolidierung der Positionen für die SPD in Aachen, Köln und Wuppertal bis ins Ruhrgebiet. Hier erreicht die SPD Ergebnisse in der Größenordnung von 30%.

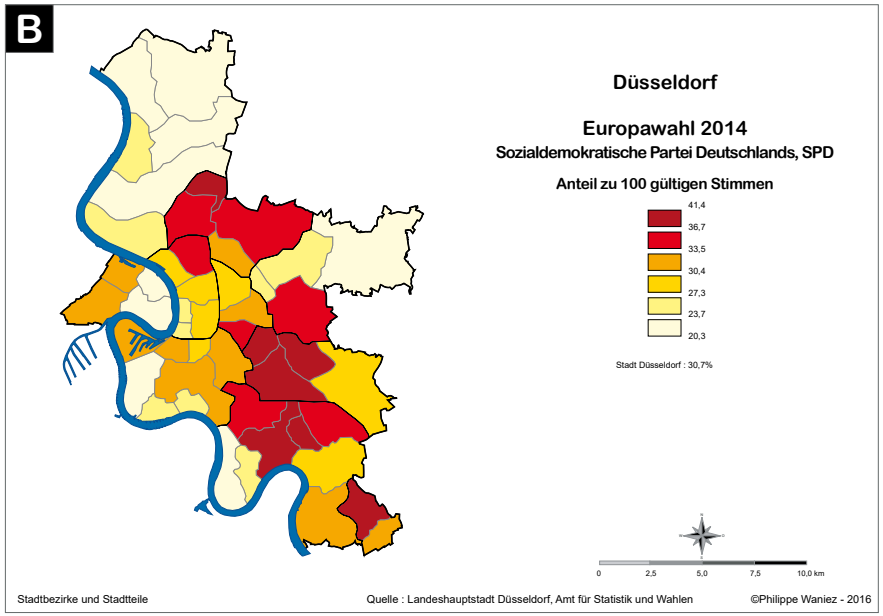
Schließlich zeigt die SPD eine starke Präsenz in Siegerland-Wittgenstein im Gegensatz zu seiner Schwäche im benachbarten Sauerland. Sie hat immer gute Ergebnisse in Siegen und in den benachbarten Gemeinden gemacht, während sich Schwächen bei der Gemeinderatswahl in 2014 zeigen.

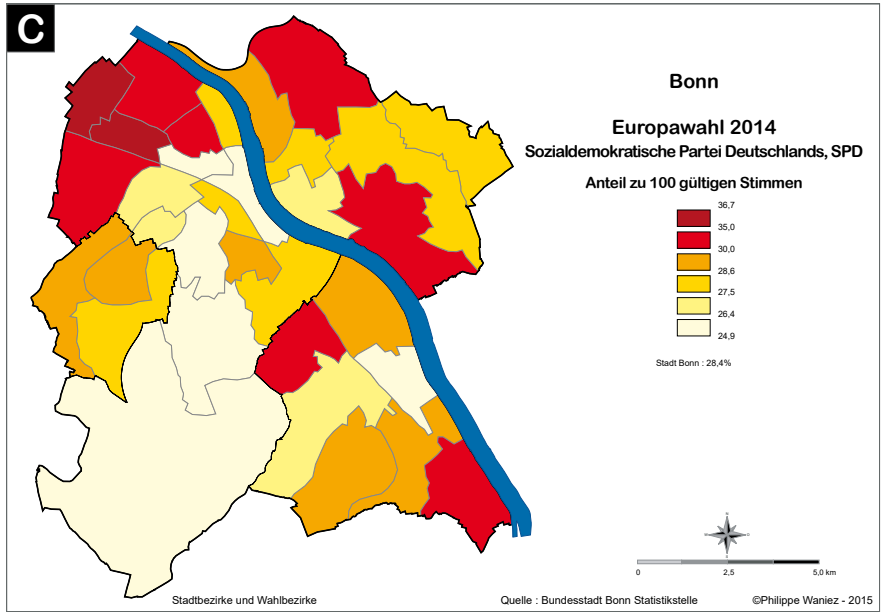
Im Allgemeinen liegen die Abstimmungsergebnisse für die SPD in den großen Städten im Durchschnitt des Landes (außer im Ruhrgebiet und in Aachen, hier sind sie höher). Münster individualisiert sich mit weniger SPD als CDU Zustimmungen. In den ländlichen Regionen erscheint die SPD besonders schwach: Niederrhein, Münsterland, Sauerland und Eifel. In diesen Regionen bevorzugen die Wähler die CDU.

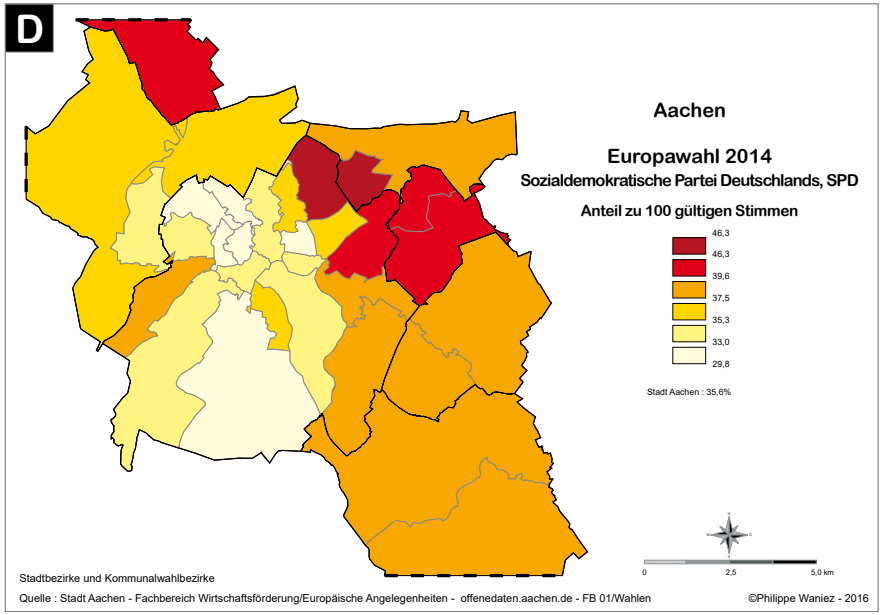
Die Karten 1**5A bis 15D und 16A bis 16B** stellen den Anteil der SPD-Stimmen zu den Gesamtstimmen der Europawahl in 2014 in den Stadtteilen oder Wahlbezirken von Köln, Düsseldorf, Bonn, Aachen, Wuppertal und Münster dar. Die **Karte 16C** entspricht der Kernzone des Ruhrgebiets. In allen Fällen ist die SPD in den Vierteln der Peripherie nahe den Stadtzentren besser verwurzelt. Es handelt sich vor allem um den zweiten Ring der Vorstädte, wenn er existiert. Natürlich erscheinen örtliche Veränderungen, die den SPD-Aufstellungen eine eher sektorale Form geben. Es gibt auch relativ schlechte Werte für die SPD in den zentralen Vierteln. In der Zusammenfassung und im Vergleich zur CDU, sind die Bezirke, die die SPD bevorzugen weder die Stadtzentren noch die ferne Peripherie noch die Vorstädte insgesamt, sondern nur einige ihrer Bereiche.

In Köln hat die SPD hauptsächlich in den östlichen Bezirken der Stadt eine gute Resonanz. Ihnen ist ein hoher Anteil an Arbeitslose, Bedarfsgemeinschaften, Ausländer gemeinsam. Diese Merkmale haben die Viertel, deren Einwohner in mehr oder weniger prekärer Situation sind.


A
Köln
Europawahl 2014
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
44,3
40,3
35,1
31,3
26,7
21,2
8,8
Stadt Köln : 31,1%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2014
©Philippe Waniez - 2016


B
Düsseldorf
Europawahl 2014
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
41,4
36,7
33,5
30,4
27,3
23,7
20,3
Stadt Düsseldorf : 30,7%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016


C
Bonn
Europawahl 2014
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
36,7
35,0
30,0
28,6
27,5
26,4
24,9
Stadt Bonn : 28,4%
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Wahlbezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


D
Aachen
Europawahl 2014
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
46,3
46,3
39,6
37,5
35,3
33,0
29,8
Stadt Aachen : 35,6%
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - offenedaten.aachen.de - FB 01/Wahlen
©Philippe Waniez - 2016

Die höchsten Ergebnisse werden in Mülheim lokalisiert (37,9% in Höhenhaus) und Kalk (41,5% in Vingst). Man findet auch einige Bezirke in den Randbezirken von Chorweiler, Ehrenfeld, Rodenkirchen und Porz.

In Düsseldorf bildet die SPD eine starke Zone, die die Vorstädte der Stadt in einem Bogen verbindet. Von Norden beginnend mit Lichtenbroich (38,1%) nach Holthausen (36,8%) zu den östlichen Bezirken Vennhausen (37,9%), Eller (37,7%), Lierenfeld (41,4%). Der Mittelteil der Stadt scheint der SPD nicht zugeneigt. Dies ist auch der Fall bei den entferntesten Gebieten vom Zentrum, die, wie bereits erwähnt, die CDU bevorzugen.

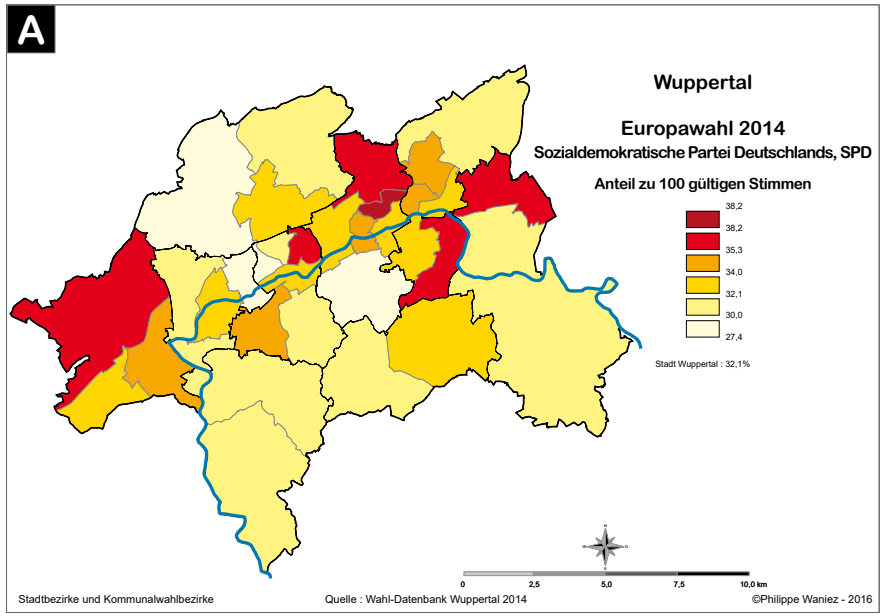
Bonn ist, von allen hier kartografierten Städten, eine, die am wenigsten Vertrauen in die SPD hat einem Gesamtergebnis von 28,4%. Die Wähler der Innenstadt und die der wohlhabenden Stadtteile gewähren der SPD nicht ihren Vorzug. Sie stimmen für die CDU. Man findet die besten Ergebnisse am nordwestlichen Rand der Stadt, in den eher finanzschwachen Vierteln von Neu-Tannenbusch (35%) und in den angrenzenden Vierteln. An anderer Stelle in der Stadt haben mehrere Stadtteile Werte von der Größenordnung um 30% (Vilich, Geislar, Vilich-Müldorf, Küdinghoven Ramersdorf, Oberkassel, Friesdorf, Mehlem).

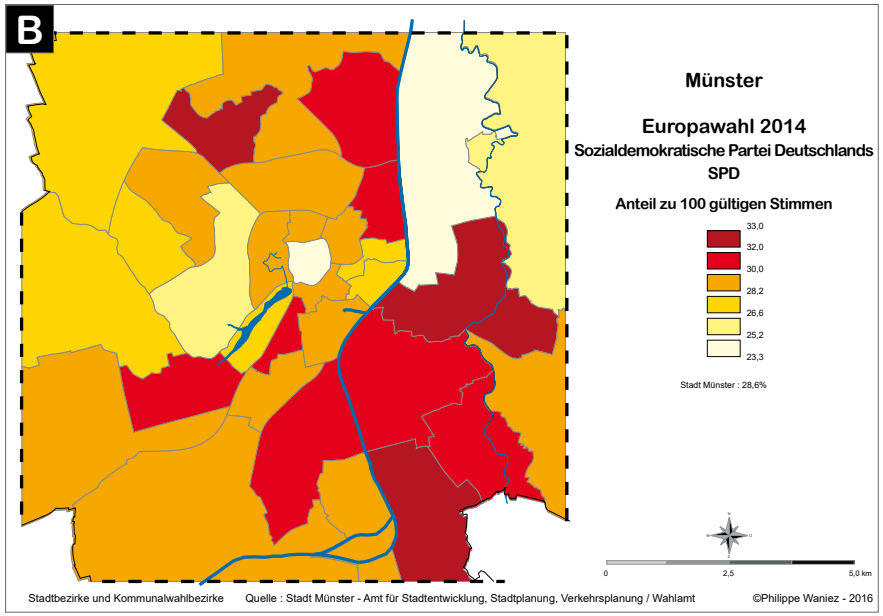
In Aachen ist das Gesamtergebnis der SPD eines der höchsten außerhalb des Ruhrgebiets: 35,6%. Dennoch ist die Zustimmung für diese Partei, weit davon entfernt allgemein verbreitet zu sein. Die Stadt zeigt eine deutliche Ost/West-Asymmetrie: im Westen (und im Zentrum) ist die Zustimmung schwach, während man im Osten die besten Ergebnisse findet, besonders in den Wahlbezirken Obere Jülicher Str./Haaren (46,3%), Rothe Erde (41,3%), Eilendorf (40,6%). Außerdem gibt es in der Stadt nur Richterich im Norden mit demselben Niveau (40,4%).

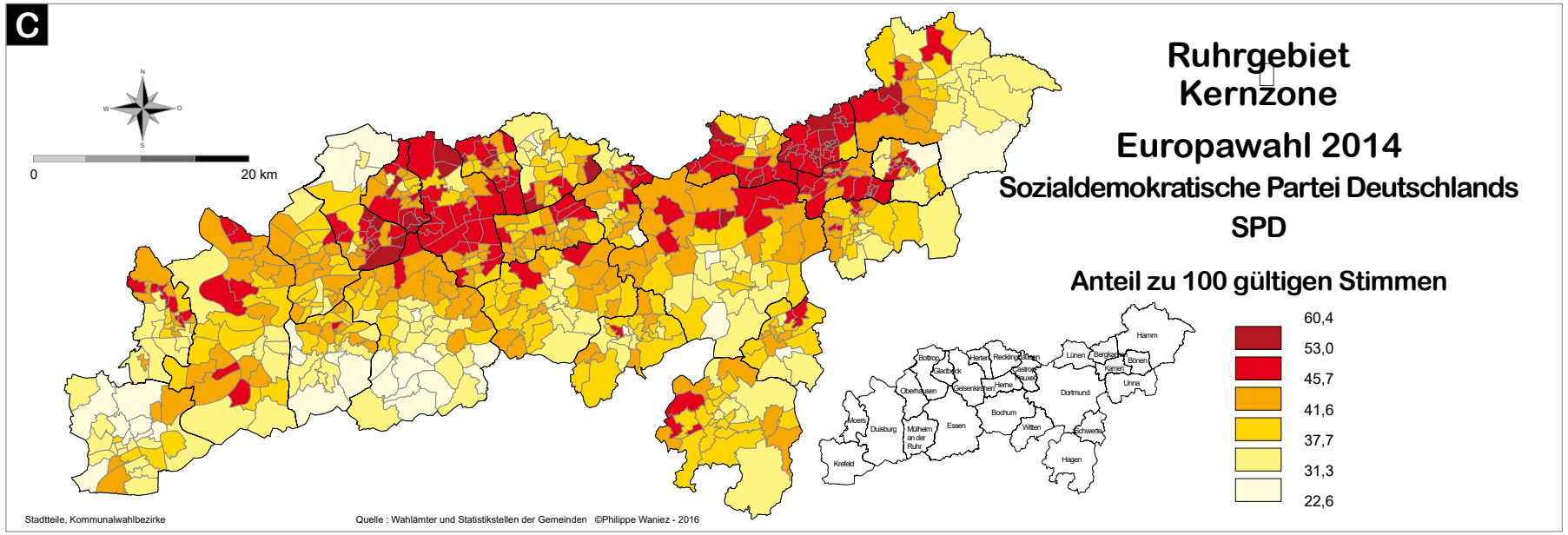
Wuppertal zeigt eine explosionsartige Darstellung der SPD-Stimmen. Die Partei bekommt die stärkste Unterstützung bei den Wählern der Viertel, die in der ganzen Stadt verstreut sind, vor allem im Norden von Barmen am Sedansberg (38,2%), in Heckinghausen-Ost (36,6%) und in Langerfeld Nord (35,3%). Elberfeld scheint weniger günstig für die SPD, außer Ostersbaum (35,6%) und Vohwinkel-Nord(36,3%), diese Bezirke vervollständigen die Liste. Eigenartigerweise bilden die Bezirke, die im Tal der Wupper gelegen sind und in denen sich die sozialen Probleme häufen, keine homogenen Zonen starker Unterstützung für die SPD.

In Münster werden nur 28,6% der Stimmen an die SPD vergeben. Vor allem im Sektor Süd-Ost der Stadt wird die größere Anhängerschaft beobachtet, besonders in den Wahlbezirken Mauritz-Ost (32%) und Hiltrup-Ost (33%). Während die Altstadt wirklich weit von Zustimmung entfernt scheint, sind die angrenzenden Vorstädte der SPD mit Werten über 28% eher geneigt.

Wie bereits erwähnt, ist das Ruhrgebiet der grundlegende Einflussbereich der SPD. Diese enorme Unterstützung ist besonders deutlich (knapp 50%, manchmal sogar mehr) in der nördlichen Hälfte der Kernzone, in der sie eine gut strukturierte Achse von Bottrop nach Hamm bildet, die manchmal unterbrochen wird. Dagegen zeigt die südliche Hälfte der Kernzone, von Krefeld bis Unna oft schwache Prozentsätze (weniger als 35%), besonders in Mülheim, Essen Bochum und Dortmund. So zeigt die Änderung der Maßstäbe, dass das Ruhrgebiet auf dem Niveau der Wahlbezirke viel weniger homogen ist als auf dem Niveau der Gemeinden. Dies erklärt sich mit der sozialen Vielfalt der Bezirke in jeder dieser Kommunen.


A
Wuppertal
Europawahl 2014
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
38,2
38,2
35,3
34,0
32,1
30,0
27,4
Stadt Wuppertal : 32,1%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Wahl-Datenbank Wuppertal 2014
©Philippe Waniez - 2016


B
Münster
Europawahl 2014
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
33,0
32,0
30,0
28,2
26,6
25,2
23,3
Stadt Münster : 28,6%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung / Wahlamt
©Philippe Waniez - 2016


C
N
W
O
S
0
20 km
Ruhrgebiet
Kernzone
Europawahl 2014
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
60,4
53,0
45,7
41,6
37,7
31,3
22,6
Hamm
Bottrop
Herten
Recklinghausen
Lünen
Bergkamen
Kamen
Unna
Gladbeck
Castrop-Rauxel
Oberhausen
Gelsenkirchen
Herne
Dortmund
Moers
Duisburg
Mülheim an der Ruhr
Essen
Bochum
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
Stadtteile, Kommunalwahlbezirke
Quelle : Wahlämter und Statistikstellen der Gemeinden
©Philippe Waniez - 2016

Die Koalitionsparteien

Diese Parteien sind berufen die drei vorgenannten Parteien (CDU/CSU einerseits und SPD andererseits) zu unterstützen und eine Koalition im Bundestag zu bilden. Wegen ihres geringeren Wahlgewichts kann es sehr schwierig sein, den Kanzler aus den eigenen Reihen zur Wahl zu stellen. Aber ihre Unterstützung in der Regierung wird durch die Ernennung von Ministern aus ihren Parteien ausgelöst. In der jüngeren Geschichte hat eine bereits erwähnte Koalition Rot-Grün (mit den Umweltschützern) Gerhard Schröder ermöglicht, seine zwei Kabinette von 1998 bis 2005 zu bilden. Näher an die heutige Zeit ist das zweite Kabinett von Angela Merkel, das aufgrund der Allianz von CDU/CSU basiert und mit Unterstützung der Liberalen von der FDP hat sie so eine schwarz-gelbe Koalition bilden können. Diese Koalitionsparteien sind daher auch in der Lage, sich an einer Regierung zu beteiligen, sie haben jedoch nicht genügend Stimmkraft die Führung der Politik in Deutschland zu beanspruchen.

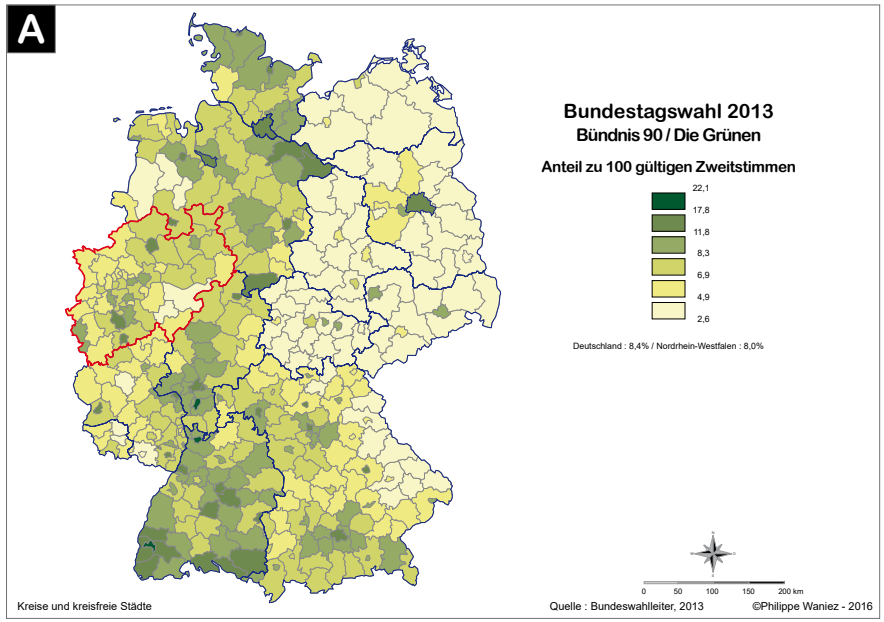
Die Grünen in Deutschland

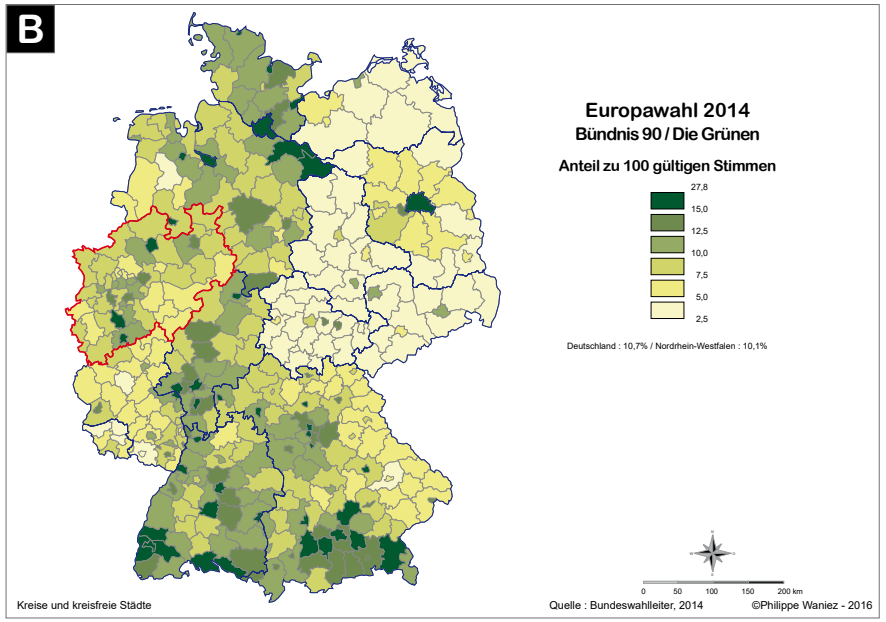
Es handelt sich um den Zusammenschluss von Bündnis 90 (Oppositionsgruppe in der ehemaligen DDR) und Die Grünen, eine ökologische und pazifistische Bewegung der späten 1970er Jahre. Sie ist auch eine Regierungspartei, denn „Auf Bundesebene regierten SPD und Grüne gemeinsam von 1998 bis 2005“ (19). Der Zusammenschluss Bündnis 90/Die Grünen umfasst knapp 60 Tsd. Mitglieder (2013) und erhielt im Jahr 2015 9,5% der gesamten staatlichen Teilfinanzierung. Zur Vereinfachung wird diese politische Partei im folgenden Text nur mit „Grünen“ bezeichnet.

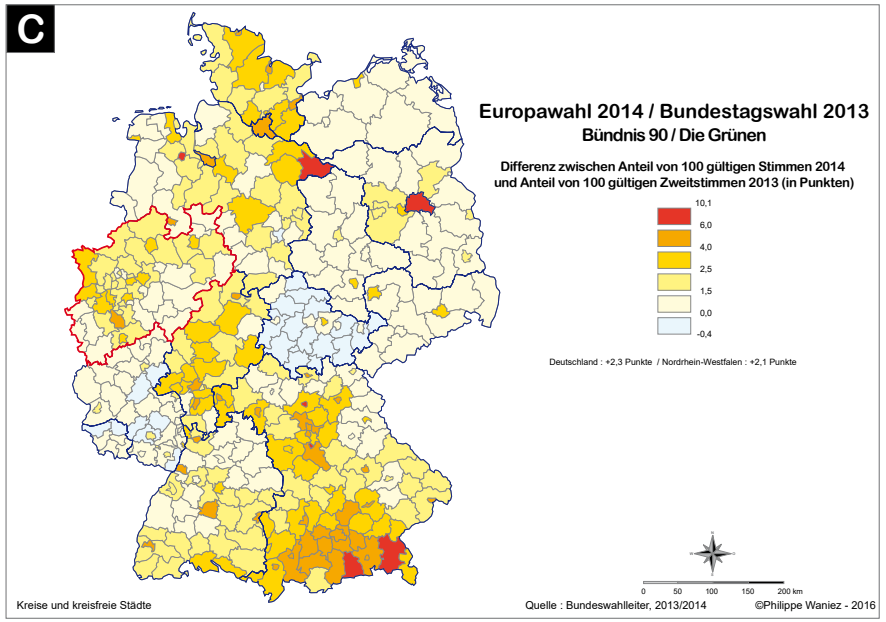
Im Jahr 2013 erhalten die Grünen 7,3% der Erststimmen und 8,4% der Zweitstimmen zur Bundestagswahl, damit haben sie die Möglichkeit 63 Abgeordnete zu erhalten. Durch die Bildung der Großen Koalition schwarz-rot, die das Kabinett Merkel III unterstützt, ist die Partei in der Opposition im Bundestag. Bei der Europawahl 2014 verbessern die Grünen ihr Ergebnis mit 10,7% der Stimmen: Ihre Pro-EU-Orientierung hat sich sicher zu ihren Gunsten ausgewirkt; sie erhalten 11 Sitze im Parlament von Straßburg.

Auf dem nationalen Niveau zeigen die Karten der Bundestagswahl in 2013 und der Europawahl in 2014 (**Karten 17A und 17B**), dass die Verteilung der Wählerschaft für die Grünen geografisch gut abgegrenzt wird und eine große Stabilität zwischen den beiden Wahlen ausweist. Der lineare Korrelationskoeffizient zwischen den beiden Reihen der Prozentsätze auf dem Niveau der Kreise und kreisfreien Städte, mit einem Wert von +0,96, bestätigt diese Tatsache.

Die Wahl der Grünen ist zuerst eine städtische Wahl. Die Karten sind mit kleinen Flecken gesprenkelt, die jeweils einer Stadt entspricht, in der die Partei ihre hohen Werte im Bereich von 15% bis 25% im Jahr 2014 erreicht. Es sind in diesem Fall alle Metropole: Stuttgart (19,6%), Berlin (19,1% 2014), Frankfurt am Main (18,9%), Köln (18,4%), Hamburg (17,2%), München (14,1%). Der Unterschied zwischen dem nationalen Ergebnis der Grünen und dem Ergebnis in diesen Großstädten variiert demnach zwischen 5 bis 10 Punkten. Aber die städtische Präsenz der Partei beschränkt sich nicht auf die Metropole; zahlreiche Städte mit kleinerem Niveau in der städtischen Hierarchie demonstrieren ihre Zustimmung: Kiel und Lübeck, der Münster, Wiesbaden, Augsburg, Regensburg...


A
Bundestagswahl 2013
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
22,1
17,8
11,8
8,3
6,9
4,9
2,6
Deutschland : 8,4% / Nordrhein-Westfalen : 8,0%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


B
Europawahl 2014
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
27,8
15,0
12,5
10,0
7,5
5,0
2,5
Deutschland : 10,7% / Nordrhein-Westfalen : 10,1%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


C
Europawahl 2014 / Bundestagswahl 2013
Bündnis 90 / Die Grünen
Differenz zwischen Anteil von 100 gültigen Stimmen 2014
und Anteil von 100 gültigen Zweitstimmen 2013 (in Punkten)
10,1
6,0
4,0
2,5
1,5
0,0
-0,4
Deutschland : +2,3 Punkte / Nordrhein-Westfalen : +2,1 Punkte
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013/2014
©Philippe Waniez - 2016

Karten 17

Von der Mehrheit der Universitätsstädte erhalten sie ebenfalls Zustimmung, wie zum Beispiel Tübingen, Kassel, Erlangen. Schließlich sind einige ökologische Regionen auf der Karte, wie Oberbayern und, allerdings weniger deutlich, die Ufer am Bodensee oder der Breisgau/Hochschwarzwald um Freiburg. Mit Ausnahme von Berlin scheinen die Großstädte der Ex-DDR weniger angesprochen, selbst wenn sie oft mit höheren Prozentsätzen erscheinen als die umliegenden Regionen; dies ist so für Rostock, Halle, Leipzig, Dresden und Weimar mit Ergebnissen unter 15%.

Außerhalb der Großstädte werden die Grünen in den neuen Ländern kaum gewählt und liegen mit ihren Ergebnissen meistens unter 5%. Diese schwachen Ergebnisse sind verwunderlich, da die sozialistische Wirtschaft der DDR zahlreiche ökologische Schäden zurückgelassen hat (20). Von Schleswig-Holstein bis Südbayern zeigen die Landkreise Werte, die mehr oder weniger nah an dem nationalen Durchschnitt liegen. In Niedersachsen haben die Grünen jedoch ein geringes Gewicht und in Rheinland-Pfalz und dem Saarland bekommen sie noch weniger Zustimmung.

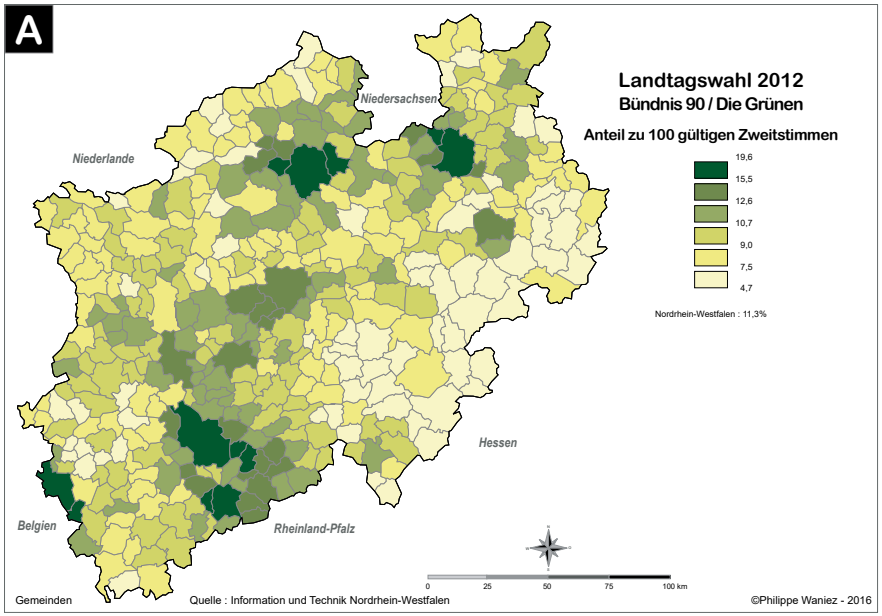
Zwischen der Bundestagswahl in 2013 und der Europawahl in 2014 wurden für die Abstimmung der Grünen einige interessante Verschiebungen aufgezeichnet. Die offensichtlichsten betreffen Oberbayern und in geringerem Maße auch Franken und Oberfranken. Hier kann die Partei ihre Positionen mit Gewinnen zwischen 4 und 6 Punkten stärken (**Karte 17C**). In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz tritt sie auf der Stelle. Auch wenn die Unterschiede der Prozentsätze hier selten negativ sind, so sind die Steigerungen eher schwach, außer in einigen Städten wie Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen, Ulm, Freiburg im Breisgau. Andere Stimmenzuwächse, in der Regel weniger als 5 Punkte, zeigen das Wohlwollen der Wähler in Berlin, Bremen, Kiel und mehreren Städten in Bayern.

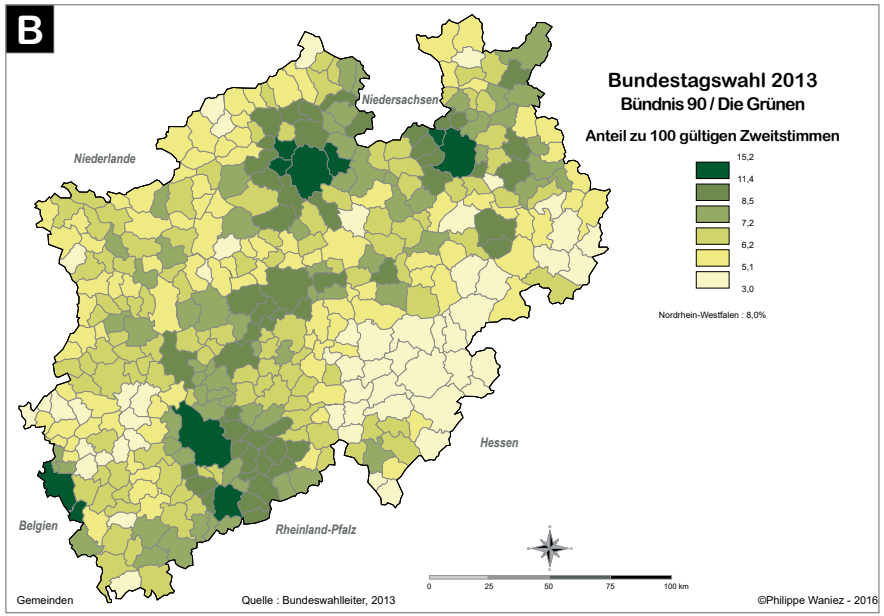
Die Grünen in Nordrhein-Westfalen

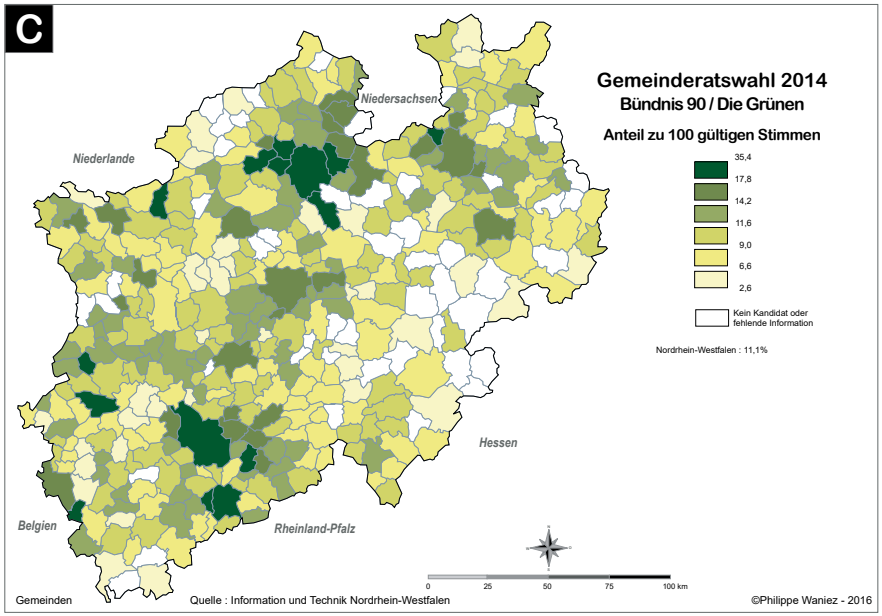
In NRW kommen die Grünen auf den dritten Platz bei der Bundestagswahl 2013 mit 6,4% Erststimmen und 8% der Zweitstimmen. Bei der Europawahl in 2014 überschreitet ihr Ergebnis die 10% und bei der Bundesratswahl von 2014 erhalten sie 11,1%, das sind 0,2 Punkte weniger, als bei der Landtagswahl in 2012. Mit einer solchen Leistung hat man den Eindruck, dass die Partei auf der Stelle tritt.

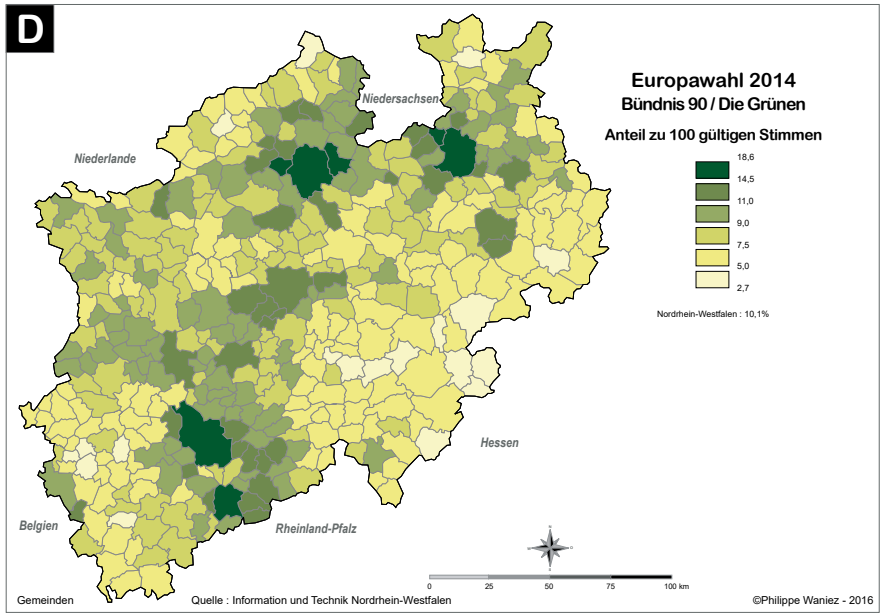
Auf den Karten dieser vier Abstimmungen (**Karten 18A bis 18D**) äußert sich erneut die Verankerung der Grünen in den großen Städten. Auf systematische Weise erscheinen Bonn, Köln, Münster und Bielefeld immer an der Spitze. In anderen Städten stimmen die Wähler in gemäßigter Weise für die Ideen der Grünen, wie Düsseldorf, Dortmund, Bochum, Wuppertal und Paderborn. Insgesamt sind die Rheinachse und das Ruhrgebiet begünstigt, allerdings mit Nuancen, wie in Mülheim an der Ruhr oder Essen, die immer ein wenig hinter den benachbarten Gemeinden erscheinen.

Unter den Gegenden, die kaum Unterstützung für die Grünen bekommen, findet man den Süden vom Teutoburger Wald, das Sauerland und das Siegerland-Wittgenstein. Dazu kommen der Niederrhein, die Eifel und ein Teil des Münsterlandes der von Münster entfernt ist (Münster und die angrenzenden Städte unterstützen die Umweltschützer mit 15% bis 20% der Stimmen).


A
Landtagswahl 2012
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
19,6
15,5
12,6
10,7
9,0
7,5
4,7
Nordrhein-Westfalen : 11,3%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016


B
Bundestagswahl 2013
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
15,2
11,4
8,5
7,2
6,2
5,1
3,0
Nordrhein-Westfalen : 8,0%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


C
Gemeinderatswahl 2014
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
35,4
17,8
14,2
11,6
9,0
6,6
2,6
Kein Kandidat oder fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 11,1%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016


D
Europawahl 2014
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
18,6
14,5
11,0
9,0
7,5
5,0
2,7
Nordrhein-Westfalen : 10,1%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016

Karten 18

Die **Karten 19A bis 19D und 20A bis 20B** stellen den Anteil der Grünen-Abstimmung im Verhältnis zu den Gesamtstimmen für die Europawahl 2014 in den Stadtteilen oder Wahlbezirken von Köln, Düsseldorf, Bonn, Aachen, Wuppertal und Münster dar. Die Karte 20C entspricht der Kernzone des Ruhrgebiets. Im Allgemeinen sind die Grünen in den ersten Vorstädten der Städte etabliert, d.h. in den unmittelbaren Rändern des Zentrums. Je mehr man sich von diesen Vierteln entfernt, desto mehr verringert sich ihr Ergebnis.

In Köln bildet die Abstimmung der Grünen (18,4%) einen Ring um die Altstadt und die begünstigten Sektoren strahlen entweder stark (31,9% in Ehrenfeld, 31,5% in Nippes, 30,2% in Neustadt-Süd) oder gemäßigt (26,5% in Sülz, 25,9% in Neuehrenfeld, 25,7% in Klettenberg). Deutz (23,1%) ist der einzige Stadtteil des rechten Rheinufers, das eindeutig für die Grünen abgestimmt hat.

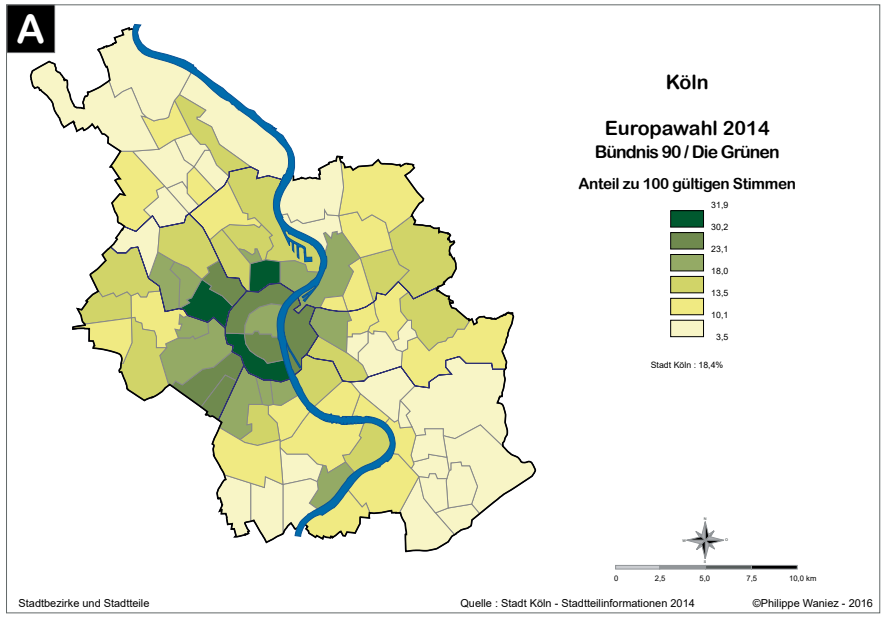
Die Wähler in Düsseldorf treten viel weniger für die Ideen der Grünen ein als in Köln, sie vergeben nur 12,7% ihrer Stimmen. Die meiste Unterstützung erhalten sie in den südlichen Vororten, Hafen und Unterbilk, in Bilk, Friedrichstadt, Oberbilk, Flingern Süd und Flingern Nord. Alle diese Viertel haben Werte zwischen 17,5% und 21,2%. Der zentrale Teil der Stadt erscheint mit niedrigeren Werten, aber die Ergebnisse bleiben verhältnismäßig gut: 15% in der Stadtmitte, 15,9% in Pempelfort, 14,1% in Golzheim. In den entferntesten Randgebieten sinkt die Unterstützung für die Grünen stark, oft unter 10%, außer in Gerresheim (13,1%), Benrath (12,3%) und Itter (11,3%).

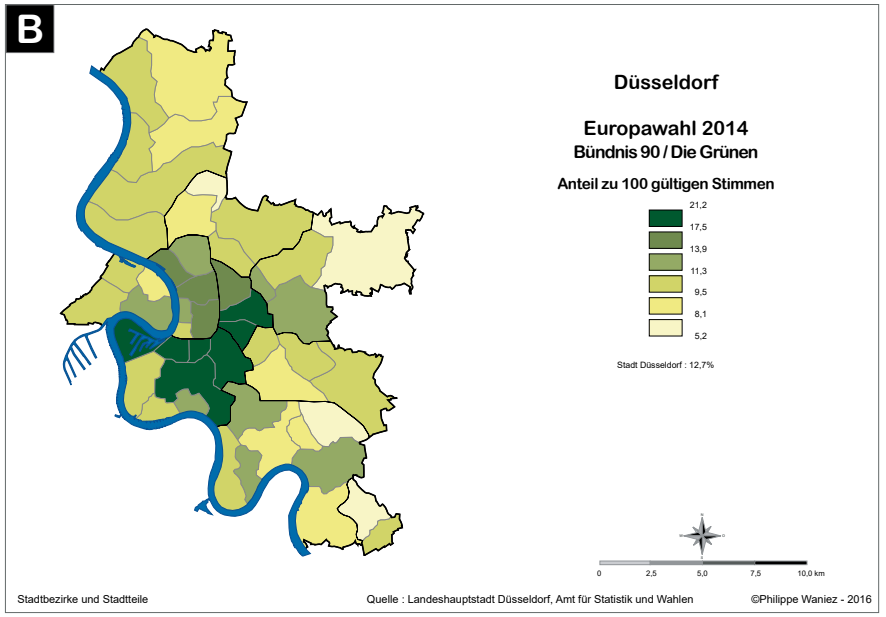
Bonn zeigt auch eine sehr strukturierte Verteilung bei der Wahl der Grünen. Erneut beobachtet man den zentralen Charakter der Verteilung. Der Wahlbezirk Bonn-Zentrum erhält 20,8%, in der Inneren Nordstadt jedoch erreichen sie die höchsten Stimmenanteile: 29,5%. Endenich II Baumschulvierte/Südstadt, Kessenich, und weiter nördlich bekommt die äußere Nordstadt wiederum ein Ergebnis um 23%. Die Wahlbezirke in der Peripherie haben nur wenig Vertrauen in die Grünen.

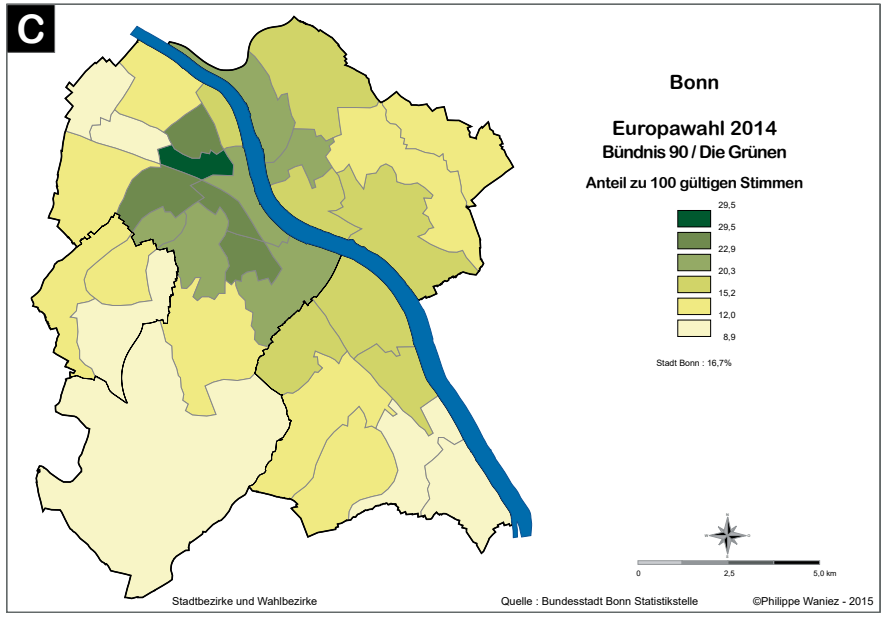
In Aachen erhalten die Grünen geringe Zustimmen: sie bekommen hier nur 13,9% der Stimmen. Wie zuvor konzentriert sich auch hier die Abstimmung im zentralen Teil der Stadt: 17,1% im Zentrum, aber mehr als 20% im Wahlbezirk Adalbertsteinweg, Frankenberg, Marschiertor und St. Jakob. Von Westpark/Hörn bis Untere Jülicher Straße fallen die Stimmenanteile zwischen 16% und 18%. Die entferntere Peripherie, vor allem im Osten, gibt den Grünen wenig Unterstützung.

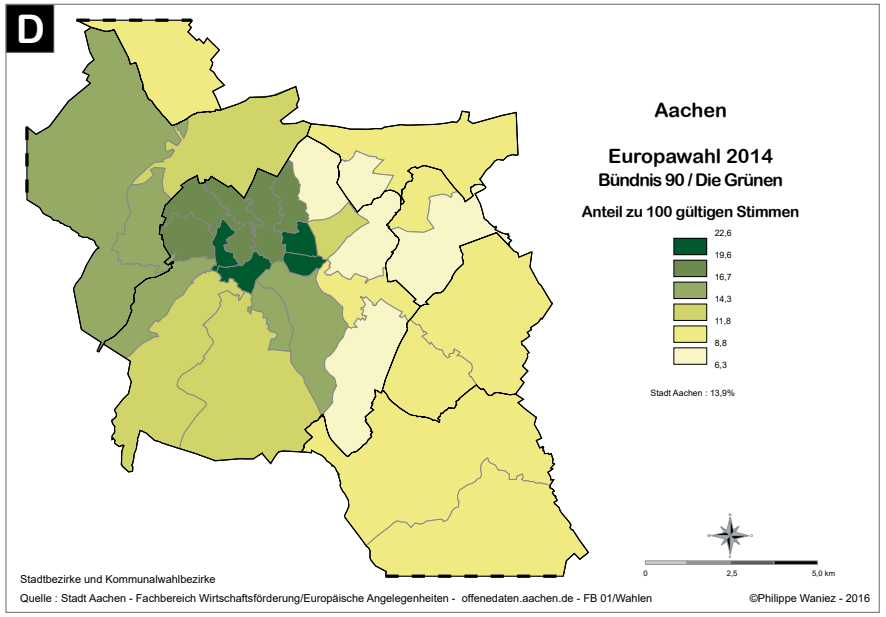
Wuppertal ist keine Stadt der Grünen: nur 12,7% für die gesamte Stadt. In Wuppertal ist das Zentrum der Stadt im Tal und dort im Tal findet man auch die höchsten Ergebnisse der Grünen: 23,9% in dem Wahlbezirk Hombüchel, 19,6% in Höchsten, 19,2% in Brill-Arrenberg, 16,7% Unterbarmen-Clausen. In den andren Bezirken ist die Wahl der Grünen immer unter 15%, vor Allem im Osten, ob es sich um dicht besiedelte Wohnviertel handelt, wie Heckinghausen oder um das idyllische Dorf von Beyenburg.

Münster scheint sich den Ideen der Grünen am meisten zu öffnen (18,5% der Gesamtstimmen). Hier entspricht die Verteilung der Wahl für die Grünen der in den Städten von NRW schon beobachteten Archetypus: Drei im Südosten gelegene Wahlbezirke geben den Grünen großes Vertrauen: Schützenhof/Hfn. (28,4%), Pluggendorf /Bhf. (27,3%) und Herz-Jesu (26,4%).

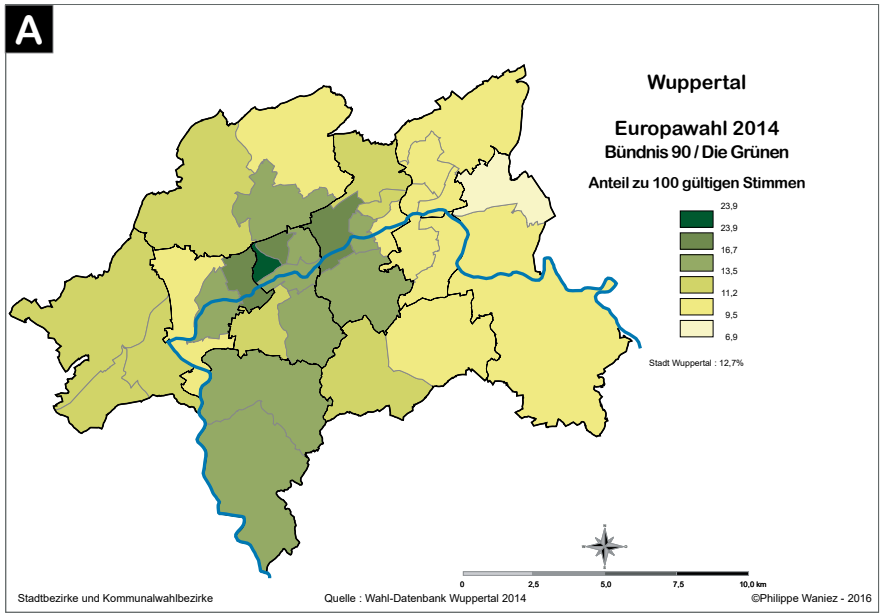

A
Köln
Europawahl 2014
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
31,9
30,2
23,1
18,0
13,5
10,1
3,5
Stadt Köln : 18,4%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2014
©Philippe Waniez - 2016

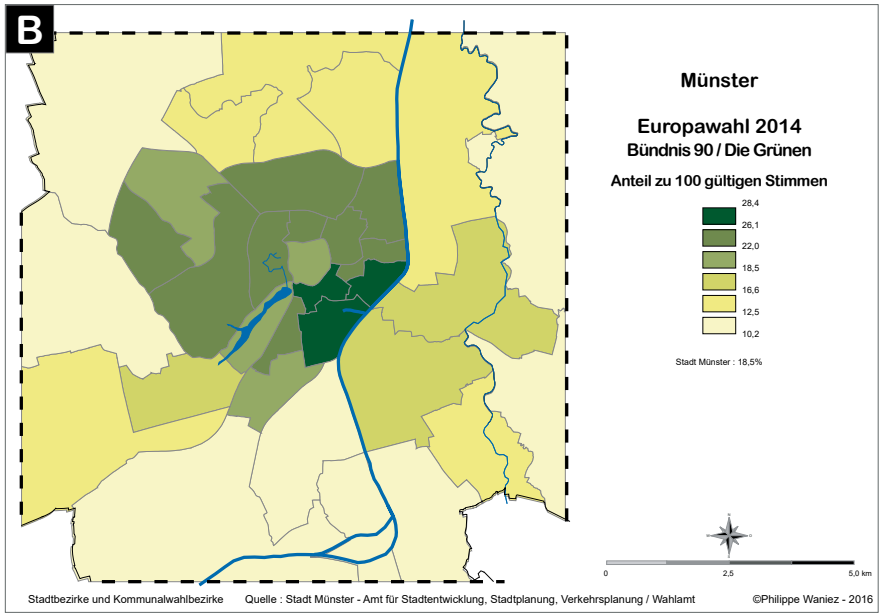

B
Düsseldorf
Europawahl 2014
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
21,2
17,5
13,9
11,3
9,5
8,1
5,2
Stadt Düsseldorf : 12,7%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016

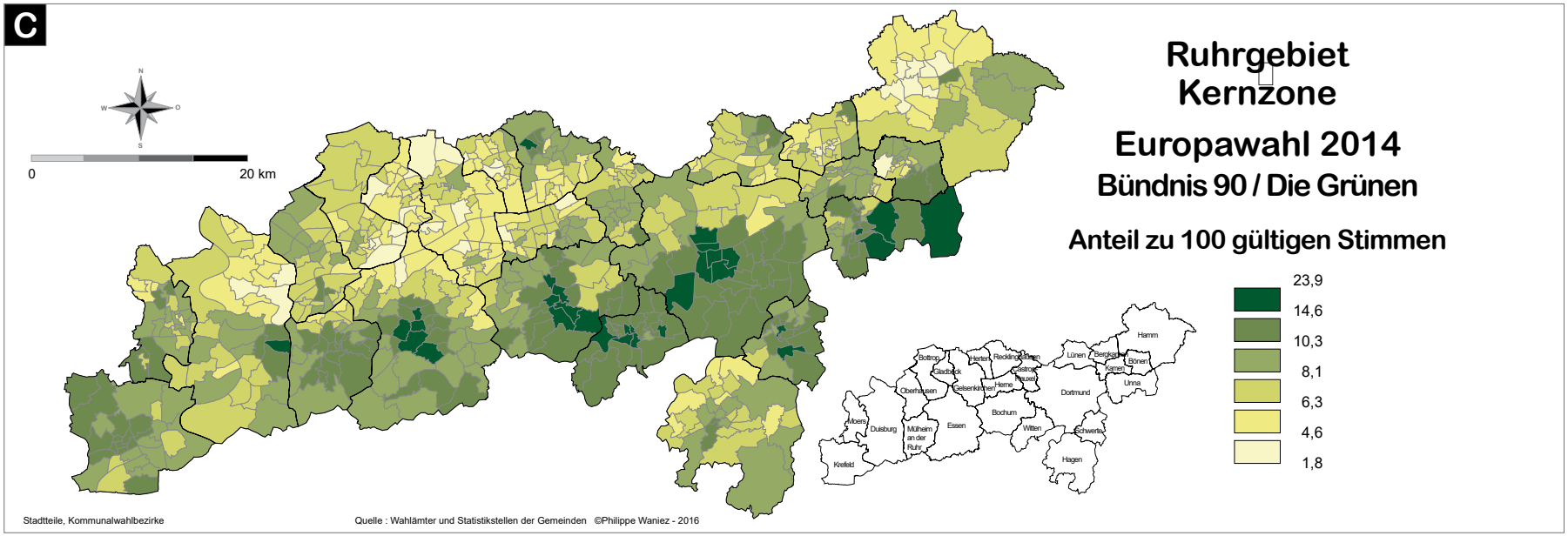

C
Bonn
Europawahl 2014
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
29,5
29,5
22,9
20,3
15,2
12,0
8,9
Stadt Bonn : 16,7%
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Wahlbezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


D
Aachen
Europawahl 2014
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
22,6
19,6
16,7
14,3
11,8
8,8
6,3
Stadt Aachen : 13,9%
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - offenedaten.aachen.de - FB 01/Wahlen
©Philippe Waniez - 2016

Karten 19


A
Wuppertal
Europawahl 2014
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
23,9
23,9
16,7
13,5
11,2
9,5
6,9
Stadt Wuppertal : 12,7%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Wahl-Datenbank Wuppertal 2014
©Philippe Waniez - 2016


B
Münster
Europawahl 2014
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
28,4
26,1
22,0
18,5
16,6
12,5
10,2
Stadt Münster : 18,5%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung / Wahlamt
©Philippe Waniez - 2016


C
N
W
O
S
0
20 km
Ruhrgebiet
Kernzone
Europawahl 2014
Bündnis 90 / Die Grünen
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
23,9
14,6
10,3
8,1
6,3
4,6
1,8
Bottrop
Gladbeck
Herten
Recklinghausen
Castrop-Rauxel
Lünen
Bergkamen
Hamm
Bönen
Kamen
Unna
Oberhausen
Gelsenkirchen
Herne
Dortmund
Moers
Duisburg
Mülheim an der Ruhr
Essen
Bochum
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
Stadtteile, Kommunalwahlbezirke
Quelle : Wahlämter und Statistikstellen der Gemeinden
©Philippe Waniez - 2016

Der Rest des grünen Ringes weist im Allgemeinen einen über 20% liegenden Stimmenanteil aus. Jenseits dieses Ringes bekommen die Umweltschützer weniger als 20%. In der entfernteren Peripherie fällt ihr Ergebnis unter 12%.

Das Ruhrgebiet bestätigt endgültig, was über die Verteilung der Grünen in NRW gerade aufgezeigt wurde. Man beobachtet auf der Karte zwei räumliche Organisationen, die sich überlappen. Die Erste entspricht einer klaren Differenzierung zwischen der nördlichen und der südlichen Achse: Im Süden, von Krefeld bis Unna, liegen die Ergebnisse der Grünen zwischen 10% und 15% der Stimmen. Im Norden dagegen bleibt das Ergebnis oft im Hintergrund, in der Größenordnung von 5% bis 10% und in einigen Fällen viel niedriger. Die zweite Struktur der räumlichen Organisation für die Abstimmung der Grünen entspricht manchen Stadtzentren und den benachbarten Bezirken, die oft dicht besiedelt sind. Man findet also hier die vorherige bei der Mehrheit der Städte beobachtete Organisation wieder, mit einem Kern für die Grünen im Zentrum der Kommunen und einer relativen Schwäche der Grünen außerhalb der zentralen Bezirke und der ersten Vorstädte. Man stellt jedoch fest, dass sich diese Struktur in der südlichen Hälfte der Kernzone darstellt, aber ziemlich selten in den Kommunen der Nordhälfte (außer in Recklinghausen). Da erreicht die Abstimmung für die Grünen keinen genügenden Stimmenanteil, um die Entwicklung einer territorialen Dynamik der Partei zu fördern.

Die Freie Demokratische Partei, FDP, in Deutschland

Die „Freie Demokratische Partei“, FDP, ist die zweite Koalitionspartei: 1961-1963 Kabinett Adenauer IV und V; 1963-1966 Kabinett Erhard I und II; 1982-1998 Kohl Kabinett I, II, III, und V IV; 2009-2013 Kabinett Merkel II (21). Die FDP sieht ihre Zugehörigkeit zum Liberalismus. Ihre Mitglieder werden „Die Gelben“ genannt. Es sind etwa 57 Tsd. Mitglieder (2013). Von der gesamten staatlichen Teilfinanzierung erhielt die Partei 5,6% und liegt damit auf dem 6. Platz hinter der Partei Die Linke (2015).

Aufgrund der Entstehung von neuen politischen Kräften hat die FDP einen wesentlichen Teil ihres Einflusses verloren. Bei der Bundestagswahl in 2013 erhält sie nur 2,4% der Erststimmen und 4,8% der Zweitstimmen. Diese schlechten Ergebnisse haben schwerwiegende Folgen für die Partei, die aufgrund der „Fünf-Prozent-Sperrklausel“ (22) keine Abgeordnete bekommt. Aus dieser Tatsache ergibt sich für die FDP einerseits die Aussichtslosigkeit mit der CDU/CSU die schwarz-gelbe Koalition fortzusetzen und andererseits die Bildung der Großen Koalition für das Kabinett Merkel III. Für Europawahl in 2014 hat sich die Situation der Partei nicht gebessert: Mit nur 3,4% der Stimmen schickt die FDP nur drei Abgeordnete in das Europäische Parlament.

In den alten Bundesländern wird die FDP in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein am ehesten gewählt. In Baden-Württemberg ist die FDP in der nördlichen Hälfte gut verankert, weit über dem nationalen Durchschnitt im Jahr 2013, mit 7,5% in Stuttgart, 7,2% in Heidelberg und 6,9% in Heilbronn. Ebenfalls gute Ergebnisse erhält sie in Konstanz (7,3%) und in Baden-Baden (8,2%). In Hessen erhält sie beste Stimmenergebnisse, und zwar in der großen Region von Frankfurt am Main: 9,1% im Hochtaunuskreis, 7,9% im Main-Taunus-Kreis. Diese Gruppe dehnt sich auf dem linken Rheinufer mit Wiesbaden (6,4%) und Mainz-Bingen (6,3%) weiter aus. In NRW ist der Fixpunkt der FDP in Bonn (8,3%). In Schleswig-Holstein wird die FDP an der Küste der Nordsee, mit je 6,5% im Dithmarschen und in Nordfriesland, unterstützt. Schließlich erhält die FDP in Bayern durchschnittliche 5,1%.

Sie erreicht aber bessere Ergebnisse in den Städten und insbesondere in der Gegend von München: 7,7% in Hauptstadt, 8,3% im Landkreis München und 10,4% Starnberg. Aber die FDP bekommt nicht in gesamt Bayern Zustimmung; in zahlreichen Landkreisen erreicht sie nur 4% oder weniger.

Dass eine Partei, die sich liberal erklärt, in den neuen Ländern, die früher kommunistisch waren, kein gutes Ergebnis erhält, ist schließlich nicht widersinnig. Die Karten bestätigen diesen Tatbestand ohne Umschweife, sowohl für die Bundestagswahl in 2013 (**Karte 21A**) als auch für die Europawahl in 2014 (**Karte 21B**). In diesen neuen Ländern stagniert das Ergebnis für die FDP im Rückgang zwischen diesen zwei Wahlen (**Karte 21C**). Für die neuen Länder existiert die FDP praktisch nicht! Außerdem erscheint die FDP schwach im Saarland, im Ruhrgebiet, in Bremen und in der östlichen Hälfte Niedersachsens.

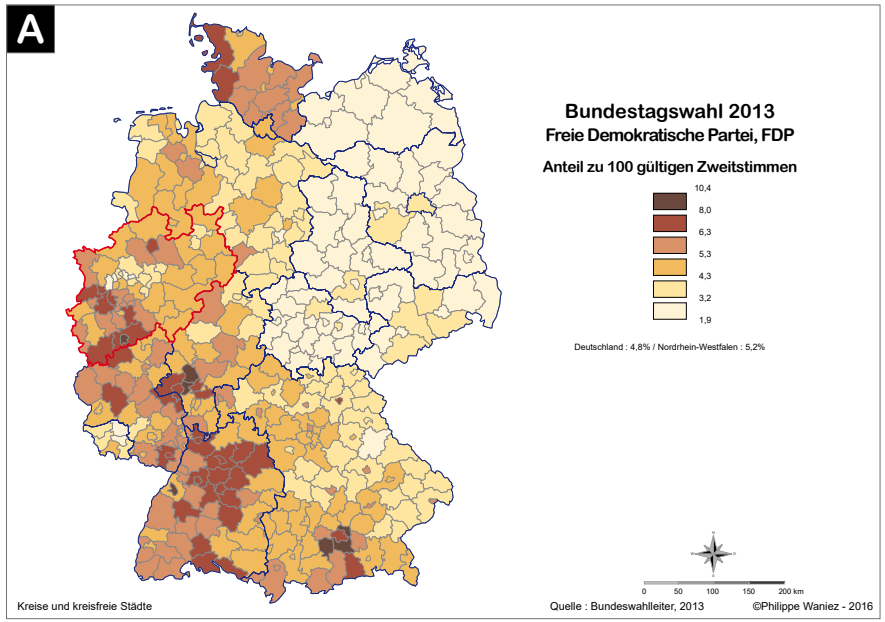
Von 2013 bis 2014 verliert die FDP überall Punkte. Es gibt kaum Regionen, in denen sie einen Anstieg verzeichnen können und wenn das der Fall ist, so ist er gering. Dafür sind die Verluste fast überall deutlich. Dies ist insbesondere in der südlichen Hälfte des Landes und in Schleswig-Holstein der Fall. Es trifft sowohl in den Regionen zu, in denen die Partei immer noch von seinen Wählern unterstützt wird als auch in denen sie kaum etabliert ist. Es scheint, dass man in diesem Fall an eine Form der Auflösung denken kann.

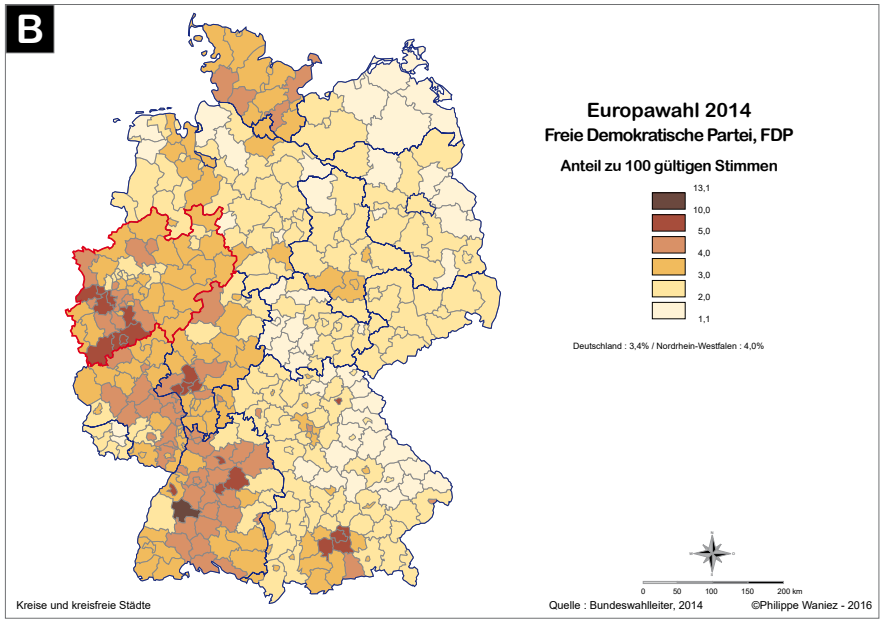
Die FDP in Nordrhein-Westfalen

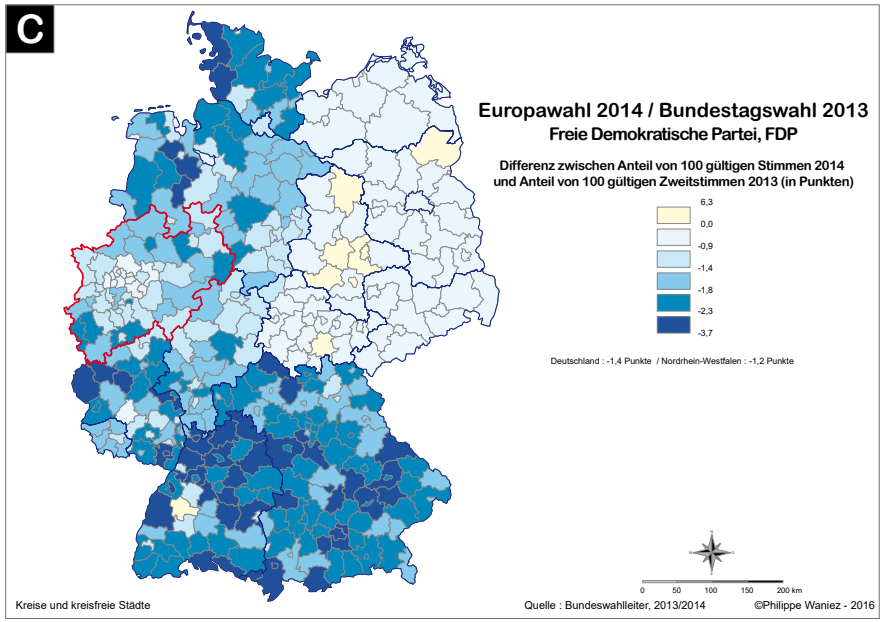
Die Zustimmung für die FDP in NRW erscheint relativ stark während der Landtagswahl in 2012 mit 8,6% der Stimmen. Die folgenden Abstimmungen haben sich für die Partei als katastrophal erwiesen: 2,4% der Erststimmen und 5,2% der Zweitstimmen in der Bundestagswahl in 2013, bei der Gemeinderatswahl in 2014 4,9% und nur 4% für die Europawahl in 2014.

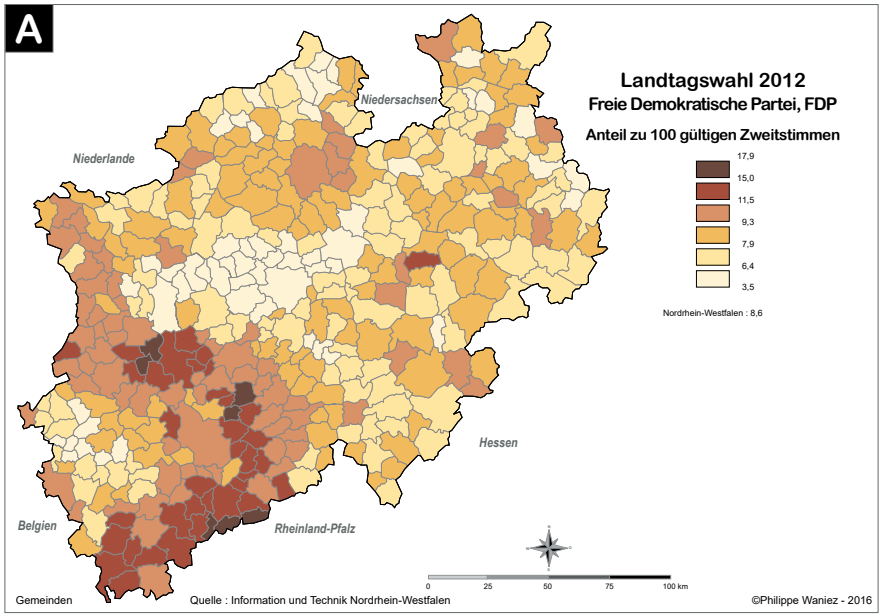
Die Karte der Ergebnisse von der Landtagswahl in 2012 (**Karte 22A**) ermöglicht die Präzision der geografischen Stimmenverteilung für die FDP in NRW vor ihrem Fall in den Jahren 2013-2014. Man beobachtet da einen Einflussbereich, der in der Form eines Bogens den Süden der Eifel (Dahlem) und Bonn miteinander verbindet und sich dann um Köln herum vom Osten (Bergisch Gladbach, Wermelskirchen) sich nach Düsseldorf und seinem Vorort (Meerbusch) fortsetzt, um dann in Richtung Niederlande abzuschwächen. Neben diesem grundlegenden Bogen hat die FDP einen relativen Erfolg in Münster und darüber hinaus im Münsterland. Sie tritt kaum in Erscheinung im Ruhrgebiet, im Teutoburger Wald und dem Siegerland-Wittgenstein. Ihre Ergebnisse im Sauerland sind mittelmäßig.

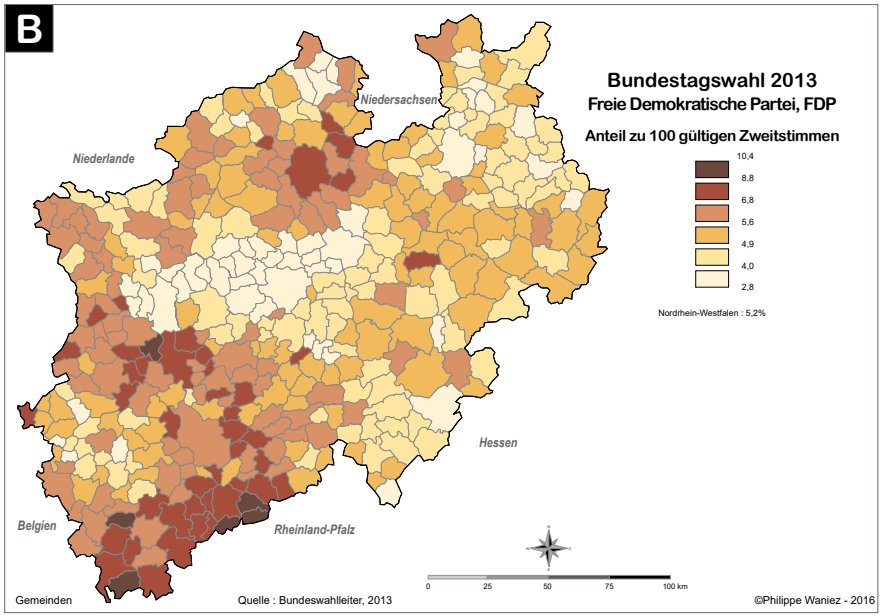
In allen vier Wahlen (**Karten 22A** bis **22D**) verblasst der Einfluss der FDP in 2013 und scheint bei der Gemeinderatswahl in 2014 fast zu verschwinden. Dies spiegelt zweifellos eine schlechte örtliche Vertretung dieser Partei wider. Sie erhält bessere Ergebnisse bei der Europawahl in 2014, jedoch mit einem sehr großen Verlust des Einflusses: 7,1% in Bonn, während hier in 2012 das Ergebnis bei 13,9% lag.

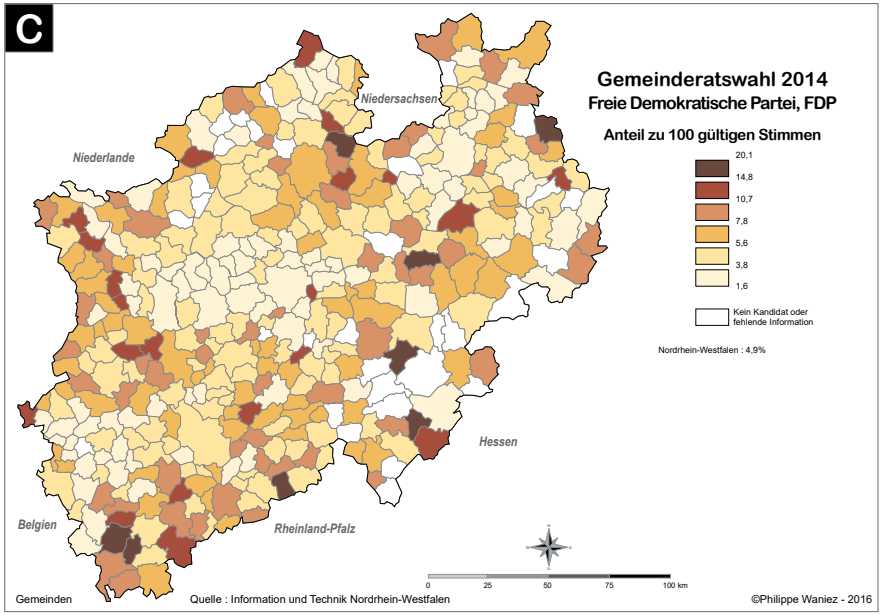

A
Bundestagswahl 2013
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
10,4
8,0
6,3
5,3
4,3
3,2
1,9
Deutschland : 4,8% / Nordrhein-Westfalen : 5,2%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016

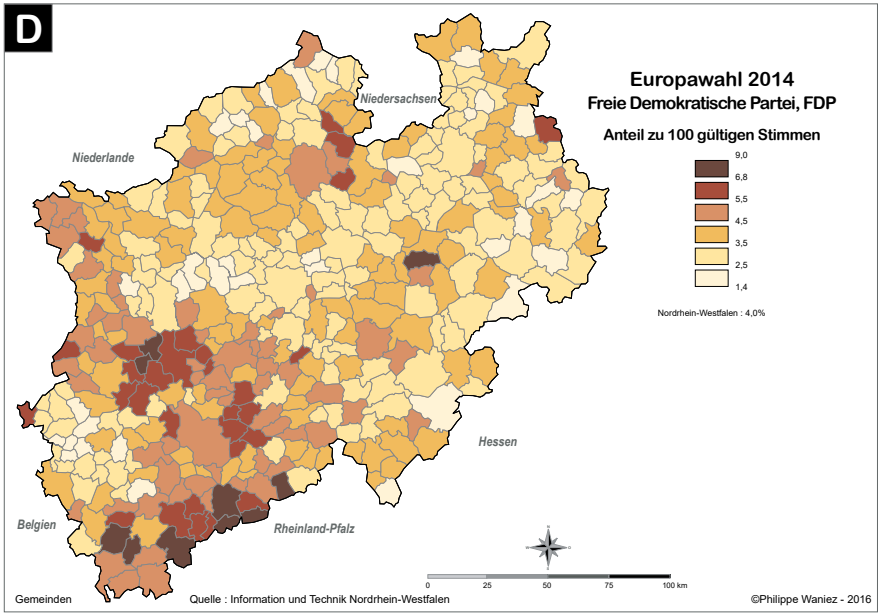

B
Europawahl 2014
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
13,1
10,0
5,0
4,0
3,0
2,0
1,1
Deutschland : 3,4% / Nordrhein-Westfalen : 4,0%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


C
Europawahl 2014 / Bundestagswahl 2013
Freie Demokratische Partei, FDP
Differenz zwischen Anteil von 100 gültigen Stimmen 2014
und Anteil von 100 gültigen Zweitstimmen 2013 (in Punkten)
6,3
0,0
-0,9
-1,4
-1,8
-2,3
-3,7
Deutschland : -1,4 Punkte / Nordrhein-Westfalen : -1,2 Punkte
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013/2014
©Philippe Waniez - 2016


A
Landtagswahl 2012
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
17,9
15,0
11,5
9,3
7,9
6,4
3,5
Nordrhein-Westfalen : 8,6
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016


B
Bundestagswahl 2013
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
10,4
8,8
6,8
5,6
4,9
4,0
2,8
Nordrhein-Westfalen : 5,2%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


C
Gemeinderatswahl 2014
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
20,1
14,8
10,7
7,8
5,6
3,8
1,6
Kein Kandidat oder fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 4,9%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016


D
Europawahl 2014
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
9,0
6,8
5,5
4,5
3,5
2,5
1,4
Nordrhein-Westfalen : 4,0%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016

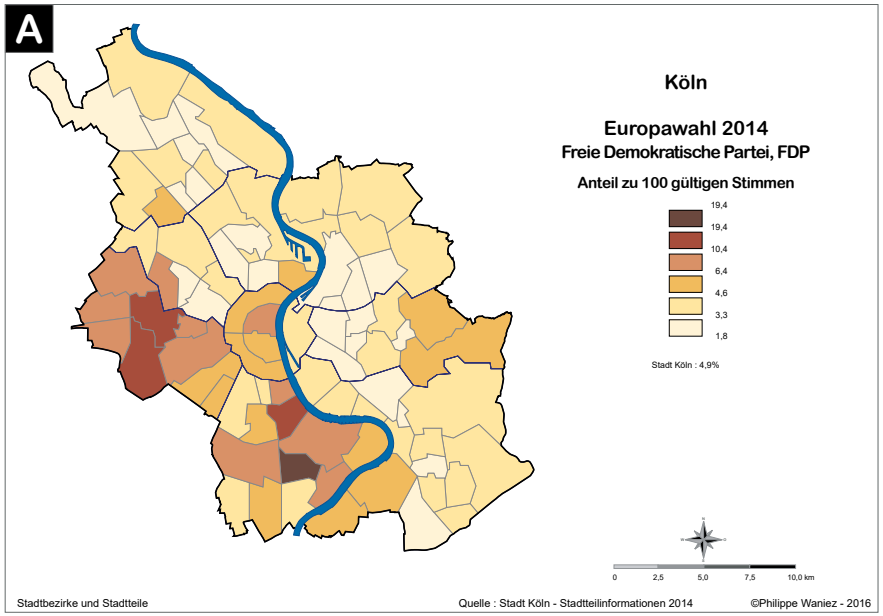
Die **Karten 23A bis 23D und 24A bis 24B** stellen den Anteil aller Stimmen für die FDP bei der Abstimmung zur Europawahl in 2014 in den Stadtteilen oder Wahlbezirken von Köln, Düsseldorf, Bonn, Aachen, Wuppertal und Münster dar. Die Karte 24C entspricht der Kernzone des Ruhrgebiets. Die FDP wird in den besser gestellten Sektoren häufiger gewählt. Man kann sogar davon ausgehen, dass es wahrscheinlich ist, dass die FDP gute Ergebnisse in den Wahlbezirken erhält, in denen eine höhere wirtschaftliche und soziale Ebene zu finden ist.

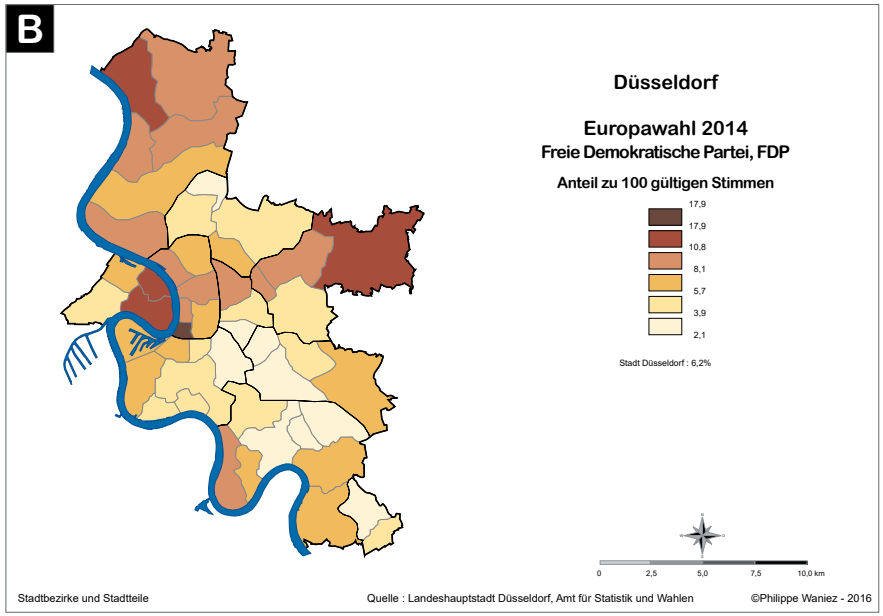
Insgesamt erhält die FDP in Köln nicht 5% der Stimmen. Im südwestlichen Viertel der Stadt wurde für sie gestimmt. In Lindenthal sind es Müngersdorf (11,7%) und Junkersdorf (10,4%); in Rodenkirchen sind es in erster Linie Hahnwald (19,4%) und Marienburg (14,5%), die ihre Zustimmung zum Liberalismus für die FDP zum Ausdruck bringen. „Hahnwald ist ein linksrheinischer Stadtteil im Süden von Köln, im Stadtbezirk Rodenkirchen und gehört zu den exklusivsten und teuersten Villenvierteln Deutschlands“ (23). Die anderen Stadtteile dieser beiden Bezirke sind insgesamt der FDP mehr zugetan als der gesamte Rest der Stadt. In der Altstadt fallen die Werte unter 6%.

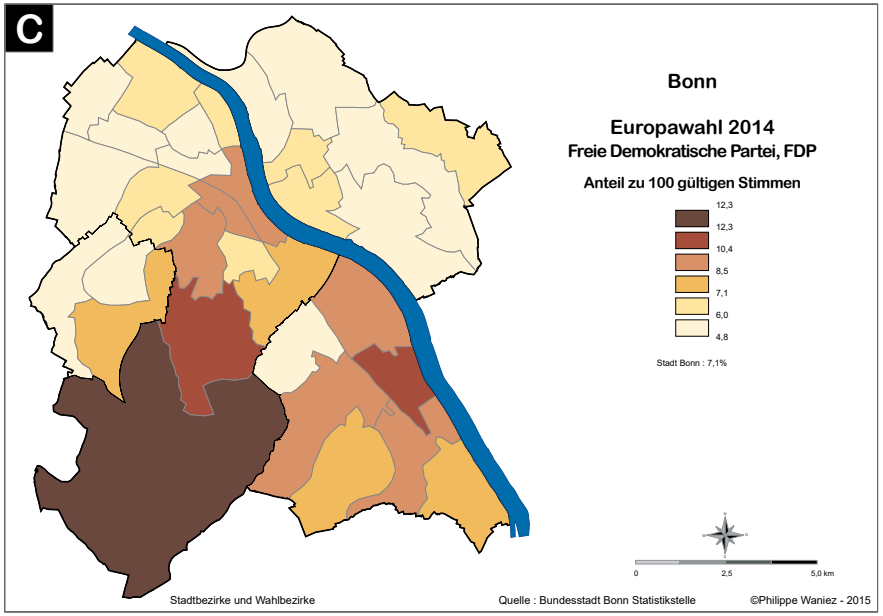
Düsseldorf unterstützt die FDP etwas stärker als Köln, mit 6,2% der Stimmen. Im Zentrum der Karte, in Carlstadt erhält die Partei 17,9% der Stimmen. Das Ergebnis ist drei Mal so hoch wie der Durchschnitt. Dieser Bezirk wird wie folgt beschrieben: „Typisch für den Stadtteil sind die zahlreichen Antiquitätenläden und Schmuckgeschäfte der gehobenen Klasse. Außerdem sind in der Carlstadt zahlreiche Restaurants und Kneipen vertreten, wobei es hier erheblich ruhiger als in der benachbarten Altstadt zugeht“ (24) Oberkassel und Niederkassel auf der anderen Uferseite des Rheins geben das Echo. Außerhalb dieses zentralen Teils der Stadt, erreicht die FDP durchschnittliche Ergebnisse in den Bezirken 5 (Wittlaer, 11,6%) im Norden und 7 im Osten (Hubbelrath, 10,8%).

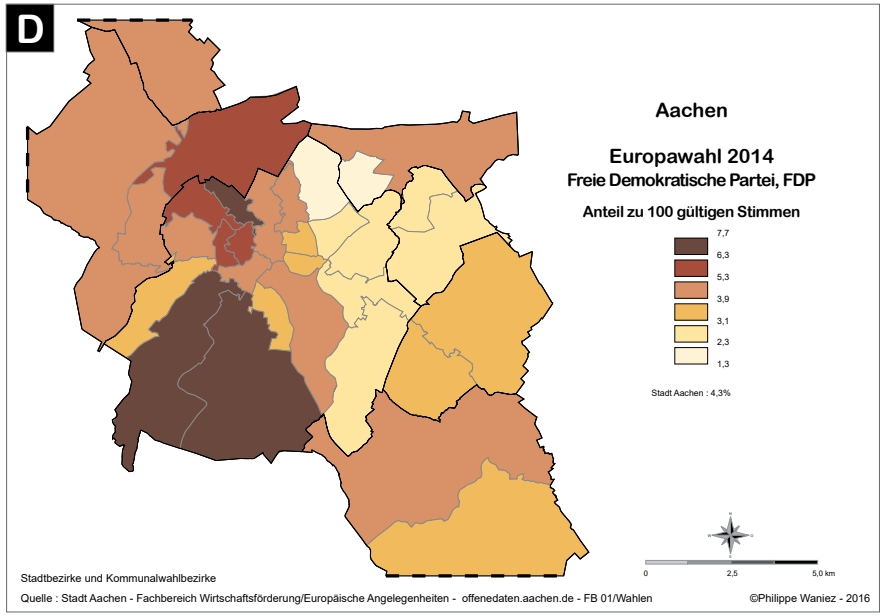
Bonn ist unter den hier analysierten Städten diejenige, die der FDP mit 7,1% der Stimmen die stärkste Unterstützung gibt. Die südwestliche Hälfte der Stadt folgt am ehesten den Leitgedanken der Partei. Sie erhalten im Wahlbezirk Röttgen/Ückesdorf 12,3%. Es handelt sich um zwei Viertel der oberen Mittelschicht, in der die Bevölkerung älter als der Durchschnitt ist, mit wenigen Ausländern und Bedarfsgemeinschaften (SGB II). Die Unterstützung der Wähler für die FDP bewegt sich dann Richtung Zentrum, beginnend mit Venusberg/Ippendorf (10,4%), weiter nach Poppelsdorf (9,2%), Baumschulviertel / Südstadt (9,5%) und Bonn-Zentrum (8,5%). In Bad Godesberg erscheint die Zustimmung für die FDP nuancierter: Immer über 7%, das Maximum erreicht die Partei im Villenviertel Rüngsdorf (10,9%). In anderen Wahlbezirken der Stadt sind die Prozentsätze schwach, wie im Nordwesten in Hardtberg und in Beuel.

Aachen scheint mit 4,3% der Stimmen den Ideen der FDP gegenüber eher verschlossen. Die westliche Hälfte der Stadt bietet dieser Partei die meiste Unterstützung mit 6,8% in Hangeweiher und 7,4% in Steinebrück. Dort befinden sich die besten Wohngegenden der Stadt: „Wo muss der Aachener wohnen? Im Südviertel! Es umfasst rund 25 Prozent der Stadt und Gebiete wie Diepenbenden, Steinebrück, Hangeweiher (…) Das Südviertel steht für exklusive Adressen, repräsentative Wohnsitze, große Gärten und idyllische Waldlagen“ (25). Das Zentrum (5,2%), und die angrenzenden Bezirke bieten auch eine relativ gute Unterstützung für die FDP: Ponttor-Ost stimmt mit 6,3%, St. Jakob mit 5,3% und Ponttor-West mit 5,5%.


A
Köln
Europawahl 2014
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
19,4
19,4
10,4
6,4
4,6
3,3
1,8
Stadt Köln : 4,9%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2014
©Philippe Waniez - 2016


B
Düsseldorf
Europawahl 2014
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
17,9
17,9
10,8
8,1
5,7
3,9
2,1
Stadt Düsseldorf : 6,2%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016

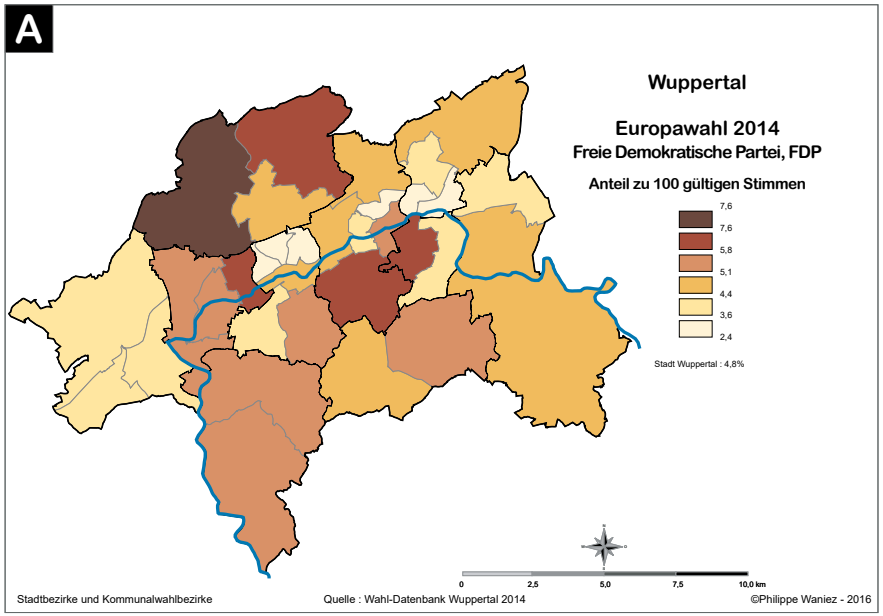

C
Bonn
Europawahl 2014
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
12,3
12,3
10,4
8,5
7,1
6,0
4,8
Stadt Bonn : 7,1%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Wahlbezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015

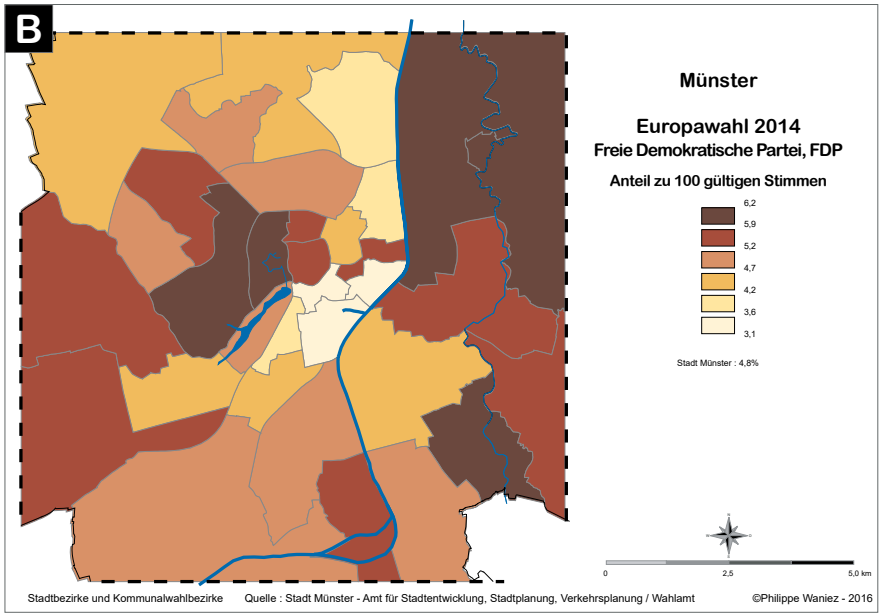

D
Aachen
Europawahl 2014
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
7,7
6,3
5,3
3,9
3,1
2,3
1,3
Stadt Aachen : 4,3%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - offenedaten.aachen.de - FB 01/Wahlen
©Philippe Waniez - 2016

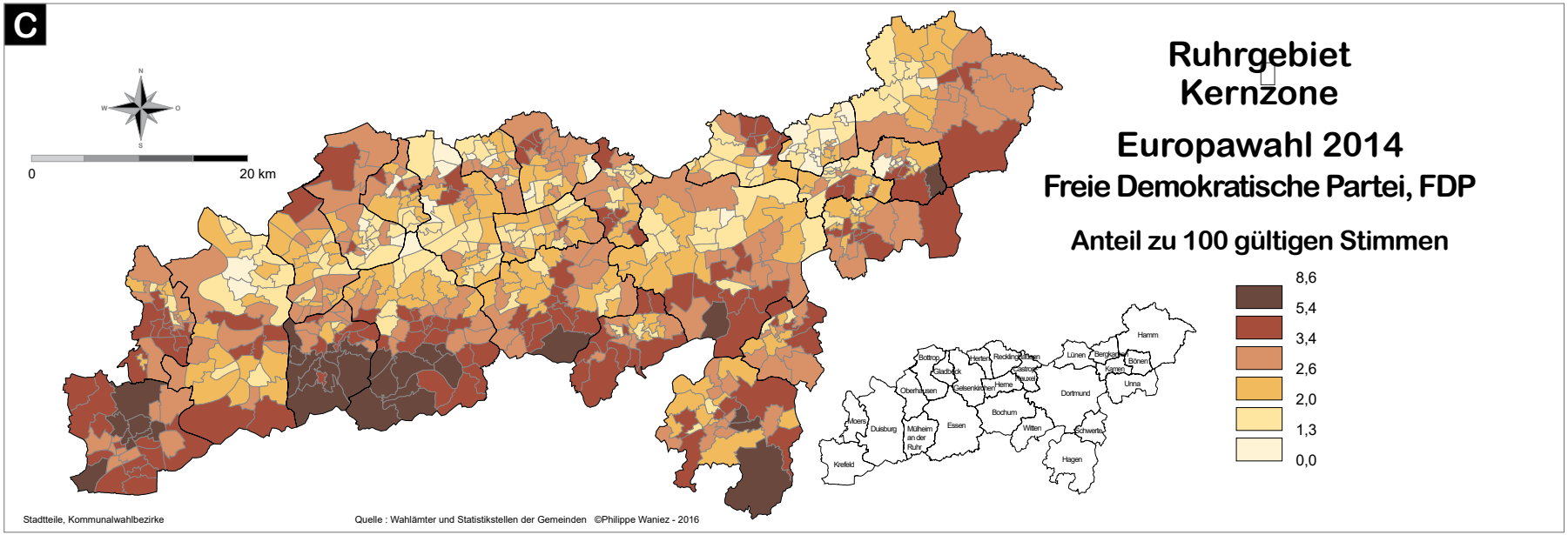
In Wuppertal erhält die FDP nur 4,8% der Stimmen. Der Wahlbezirk Katernberg bringt 7,6%; er ist eine dünn besiedelte Gegend, umgeben von Wäldern und Feldern, mit einer älteren Bevölkerung (ca. 30% der Bevölkerung ist älter als 65 Jahre), mit wenigen Ausländern (weniger als 4%), und weniger als 3% der Bedarfsgemeinschaften (SGB II). Ein ruhiges und privilegiertes Viertel. Mehr zentral gelegen stimmt der Wahlbezirk Brill-Arrenberg mit 6% für die FDP. Im Briller-Viertel findet man herrliche bürgerliche Häuser, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gebaut wurden (Sadowastrasse, Viktoriastrasse…). In Barmen erhält die FDP von einigen Wohnvierteln Stimmen bis zu 6,5%, z.B., Kothen, Lichtenplatz, Heckinghausen-West. Dazu kann Uellendahl-Ost an der nördlichen Grenze der Stadt hinzugefügt werden (5,9%). In der restlichen Stadt sind die Ergebnisse der FDP mittelmäßig und besonders schlecht im Tal der Wupper.

In Münster betrifft die Abstimmung für die FDP mehrere sozial begünstigte Sektoren der Stadt. Zuerst das westliche Zentrum (Altstadt, Schloss, Kreuz, Sentrup) in dem sich die Ergebnisse um 5,5 bis 6% bewegen (während die FDP im Durchschnitt nur 4,8% erreicht). In Handorf im Norden von Münster erhält die FDP 6,2%. Dieser Bezirk ist bekannt, als eine „Schlafstadt von Münster, die mit ihren zahlreichen Einfamilienhäusern im Grünen vor allem bei Familien mit Kindern beliebt ist“ (26) Schließlich bekommt die FDP 5,9% der Stimmen aus Angelmodde im Süd-Osten; über dieses Viertel wird gesagt: „Wegen seiner wunderschönen landschaftlichen Umgebung war Angelmodde aber schon immer ein bevorzugter Wohnort der Münsteraner“ (27).

Die Karte der FDP im Ruhrgebiet hat mit den niedrigen Prozentsätzen und einigen Unterschieden keinen Bezug zu der von der CDU. Die grundlegendste Gemeinsamkeit bei diesen beiden Karten liegt im Kontrast zwischen der nördlichen Hälfte des Gebietes, die sich im Allgemeinen weniger von den Thesen der Parteien der traditionellen Rechten beeindrucken lässt und der südlichen Hälfte, in der von Krefeld bis Hamm sowohl die CDU als auch die FDP ihre besten Ergebnisse erzielt. Im Detail muss man darauf hinweisen, dass die FDP ihr bestes Ergebnis in der südlichen Hälfte von Mülheim und dem Süd-Westen von Essen erreicht (5,5% bis 8% der Stimmen). Dies entspricht einem Bereich, in dem die CDU auch das beste Ergebnis erzielt: Es gibt eine deutliche Überlappung des Einflussbereichs in diesem Teil des Gebietes. In der südlichen Hälfte sind die Ergebnisse von Bochum und Dortmund weniger hoch (um 5%), aber in einer Kontinuität mit Mühlheim und Essen, was für die CDU nicht der Fall ist. Im Gegensatz dazu wird die CDU in Hamm stark gewählt, dies trifft hier für die FDP nicht zu. Die gleiche Beobachtung kann man für Bottrop machen. Demnach gibt es eine deutliche geografische Konkurrenz zwischen der FDP und der CDU, die, unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Niveaus der beiden Parteien nicht zugunsten der FDP erscheint.


A
Wuppertal
Europawahl 2014
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
7,6
7,6
5,8
5,1
4,4
3,6
2,4
Stadt Wuppertal : 4,8%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Wahl-Datenbank Wuppertal 2014
©Philippe Waniez - 2016


B
Münster
Europawahl 2014
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
6,2
5,9
5,2
4,7
4,2
3,6
3,1
Stadt Münster : 4,8%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung / Wahlamt
©Philippe Waniez - 2016


C
N
W
O
S
0
20 km
Ruhrgebiet
Kernzone
Europawahl 2014
Freie Demokratische Partei, FDP
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
8,6
5,4
3,4
2,6
2,0
1,3
0,0
Hamm
Bottrop
Herten
Recklinghausen
Lünen
Bergkamen
Bönen
Gladbeck
Castrop-Rauxel
Kamen
Oberhausen
Gelsenkirchen
Herne
Unna
Dortmund
Moers
Duisburg
Bochum
Mülheim an der Ruhr
Essen
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
Stadtteile, Kommunalwahlbezirke
Quelle : Wahlämter und Statistikstellen der Gemeinden
©Philippe Waniez - 2016

Zwei Gegnerparteien, die gegeneinander sind!

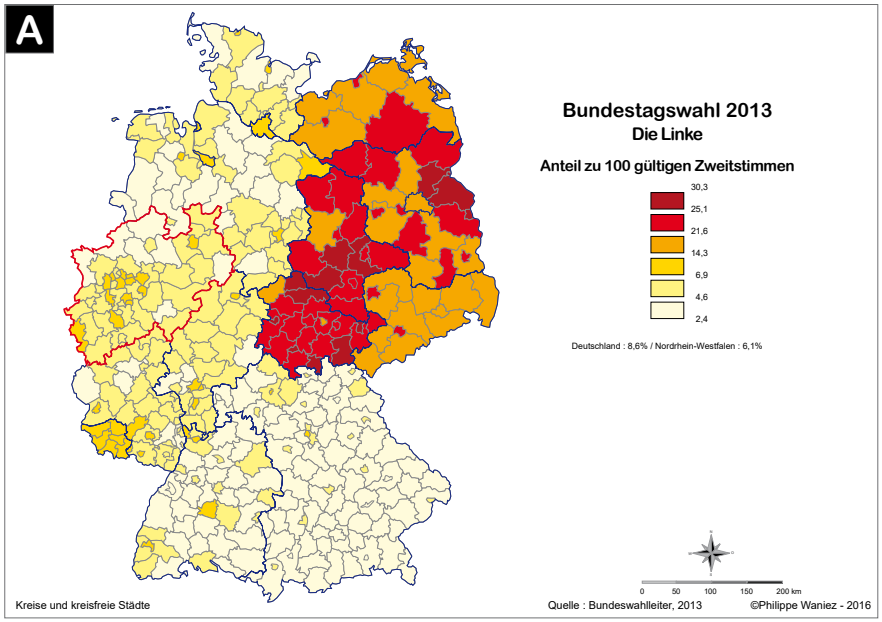
Zwei Parteien aus jüngerer Zeit als die, die gerade vorgestellt wurden, haben die politische Landschaft in Deutschland verändert, ohne sie zu erschüttern: Die Linke und die AfD. Es handelt sich um zwei Oppositionsparteien, die (noch?) nicht an einer Mehrheitskoalition im Bundestag teilgenommen haben und deren ideologischen Grundlagen diametral entgegengesetzt sind. Im Jahr 2014 erhielten sie jeweils 7 Abgeordnetenplätze im Europäischen Parlament, was ihrer Verankerung im Leben der deutschen Politik bedeutsam erscheint, jedoch noch weit entfernt von den Ergebnissen der CDU/CSU und der SPD bleibt, aber viel besser als die der FDP.

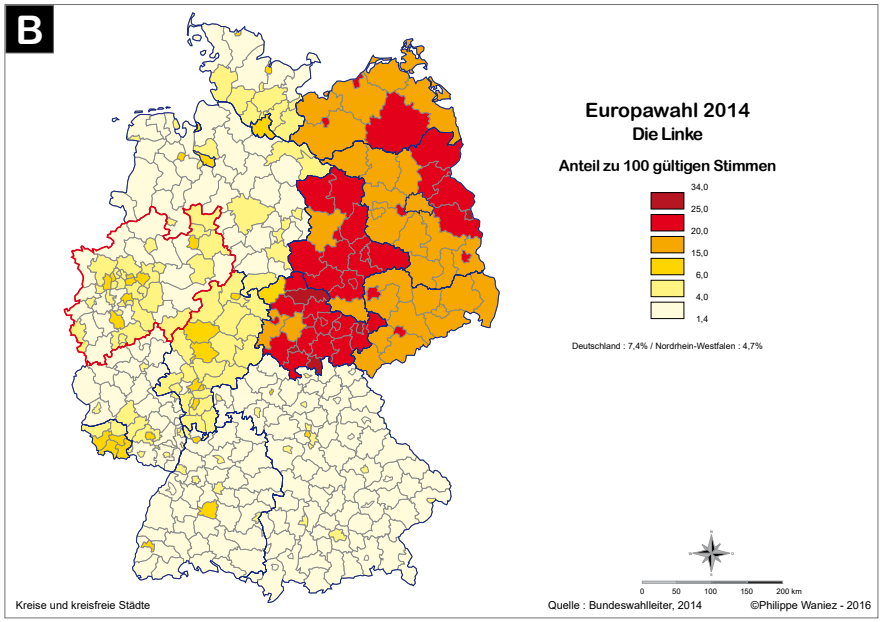
Die Linke in Deutschland

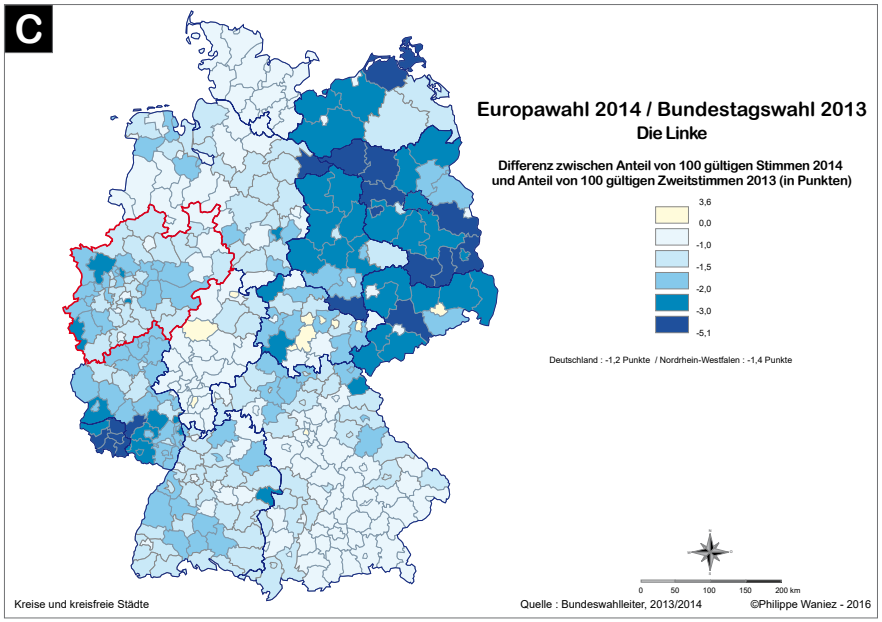
Bei der Bundestagswahl in 2013 erhält Die Linke 8,2% der Erststimmen und 8,6% der Zweitstimmen; sie erhält 64 Abgeordnete im Bundestag und ist mit dieser Anzahl den Grünen sehr nah (63 Abgeordnete). Ihr Ergebnis ist für die Europawahl in 2014 mit 7,4% leicht rückgängig, aber dennoch auf dem 4. Platz in dieser Wahl. Die Linke hat 64 Tsd. Mitglieder im Jahr 2014 und erhält im Jahr 2015 eine staatliche Teilfinanzierung von 11 Mio. €, das macht 6,9% der Gesamtsumme. Sie kann als „antiliberale Linke, die links von den Grünen und der SPD im politischen Spektrum positioniert ist“ beschrieben werden (28). Die Gründung dieser Partei im Jahr 2007 ist das Ergebnis der Übereinstimmung der drei politischen Bewegungen: breite Kreise der Bevölkerung, die Alternativen im Neoliberalismus suchen (soziale Bewegungen, Gewerkschaftler); .der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), das Erbe der ehemaligen kommunistischen Partei von Ostdeutschland (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, SED) und der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, WASG. Aus diesen Ursprüngen kommt der benutzte Spitzname, mit denen ihre Mitglieder bezeichnet werden: Die Roten.

Die Karten zeigen klar die Bedeutung der „DDR“ für den Ursprung der Partei Die Linke (**Karten 25A und 25B**). In diesen neuen Ländern liegt ihr Ergebnis zwischen 19 und 30% der Zweitstimmen in 2013. Man bemerkt jedoch wichtige Unterschiede des Niveaus zwischen den Kreisen: Brandenburg im Osten verzeichnet mehr als ein Viertel der Stimmen, die sich auf Die Linke bezieht (27,2% für Frankfurt am Oder); das ist auch in zahlreichen Kreisen im Zentrum von Sachsen-Anhalt der Fall (26,8% für Mansfeld-Südharz) und in mehreren Städten von Thüringen (25,9% in Gera). In anderen Teilen der Ex-DDR erhält Die Linke deutlich weniger Zustimmung, auch wenn ihr Niveau höher bleibt als in den alten Bundesländern. In Sachsen liegen die Ergebnisse viel niedriger, sie bewegen sich um 20%. Außer in Leipzig und Chemnitz, hier liegen sie höher. In Dresden liegt der Stimmenanteil bei 18,7%. Brandenburg scheint unterteilt zwischen dem begünstigenden Osten und den westlichen Kreisen, die Prozentsätze unter 20% ausweisen. Im Zentrum gibt Berlin 18,5% seiner Stimmen an die Partei. Im größten Teil von Mecklenburg-Vorpommern liegt der Stimmenanteil ebenfalls um 20%, aber Schwerin (22,2%) und vor allem Rostock (24,8%) geben stärkere Unterstützungen. Insgesamt ist die Zustimmung der Wähler für Die Linke in den neuen Ländern stark aber geografisch differenziert.

In den alten Ländern ist das Gewicht von der Partei Die Linke im Allgemeinen gering, oft weniger als 7% der Stimmen, aber mit besseren Notierungen in den großen Städten, wie zum Beispiel Bremen (10,3%), Hamburg (8,8%), Frankfurt am Main (8,5%), Köln (8,1%).


A
Bundestagswahl 2013
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
30,3
25,1
21,6
14,3
6,9
4,6
2,4
Deutschland : 8,6% / Nordrhein-Westfalen : 6,1%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


B
Europawahl 2014
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
34,0
25,0
20,0
15,0
6,0
4,0
1,4
Deutschland : 7,4% / Nordrhein-Westfalen : 4,7%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


C
Europawahl 2014 / Bundestagswahl 2013
Die Linke
Differenz zwischen Anteil von 100 gültigen Stimmen 2014
und Anteil von 100 gültigen Zweitstimmen 2013 (in Punkten)
3,6
0,0
-1,0
-1,5
-2,0
-3,0
-5,1
Deutschland : -1,2 Punkte / Nordrhein-Westfalen : -1,4 Punkte
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013/2014
©Philippe Waniez - 2016

Häufig sind es Universitätsstädte, die die Partei in Höhe von 7% bis ungefähr 10% unterstützen: Kassel, Heidelberg, Freiburg im Breisgau, Tübingen… Schließlich bringen zwei Gebiete eine auffälligere Unterstützung: das Saarland und das Ruhrgebiet. In Bayern scheint das Interesse an der Partei mit einem Durchschnitt von nur 3,4% weniger ausgeprägt, vor allem in den Landkreisen. Diese Beobachtungen legen nahe, dass die Stimmen für Die Linke weitgehend von der Parteigeschichte bestimmt sind, durch die Existenz einer Arbeiterklasse, vor allem in Großstädten und alten Industriegebieten und vielleicht durch die Anwesenheit von Studenten, die natürlich bereit sind, die manchmal schreienden sozialen Ungleichheiten in den „kapitalistischen Ländern“ anzuzeigen.

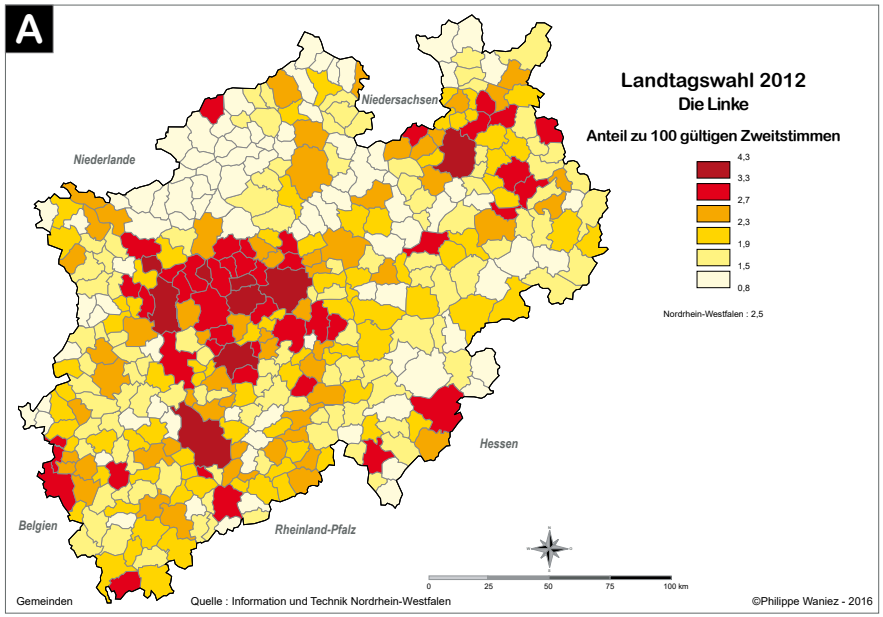
Im Jahr 2014 bleibt die geografische Verteilung der Stimmen für Die Linke die gleiche, aber das Gewicht der Partei schrumpft (**Karte 25C)**. Durchschnittlich verliert sie nur 1,2 Punkte aber in manchen Gegenden, die sowohl im Osten als auch im Westen für sie günstig waren, liegt der Verlust zwischen 3% und 5%. Besonders deutlich wird dies im Saarland und in vielen Kreisen der neuen Bundesländer. Thüringen ist jedoch resistent. Vielleicht ist dies das Zeichen, dass ein Teil der volkstümlichen Wählerschaft danach tendiert, sich den Thesen der Euroskeptiker anzuschließen, von denen einige rechte und rechtsextreme Parteien die Werbung mit Hilfe von widerlichen nationalistischen Parolen machen oder manchmal sogar erlogen sind.

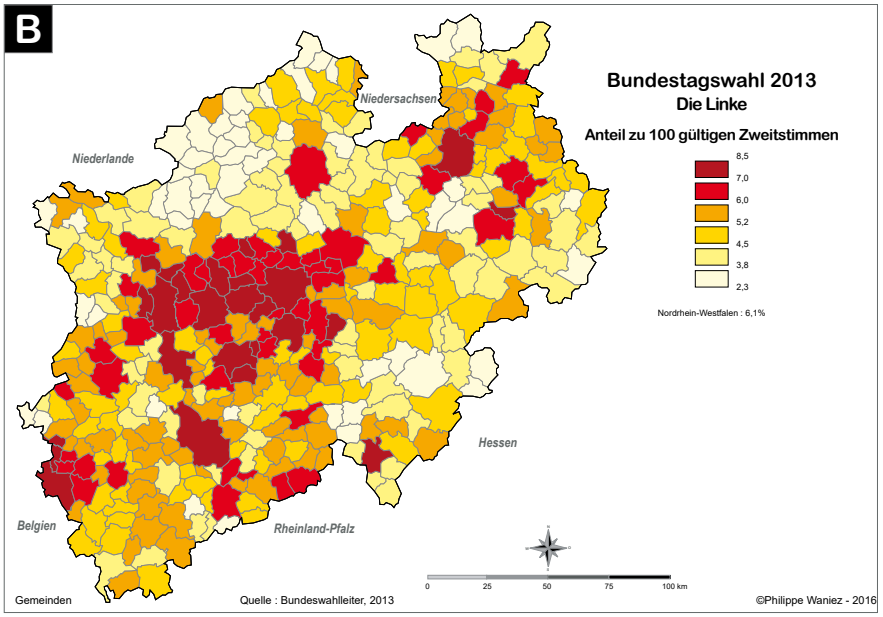
Die Linke in Nordrhein-Westfalen

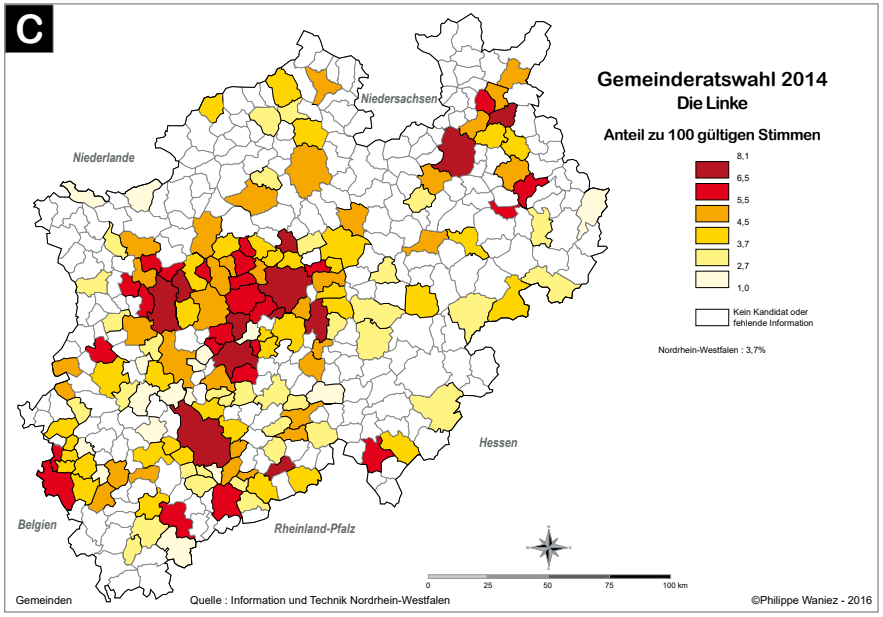
Als Mitglied der alten Bundesländer befindet sich NRW in der Zone mit verhältnismäßig schwachem Einfluss durch Die Linke. Bei der Landtagswahl in 2012 erhält die Partei 2,5% der Stimmen; ihr Gewicht steigt in bedeutender Weise auf 6,1% während der Bundestagswahl in 2013; sie hält sich mit 4,7% bei der Europawahl in 2014 aber sinkt auf 3,7% bei der Gemeinderatswahl in 2014. Die besten Ergebnisse werden also bei den Wahlen auf nationalem Niveau erreicht.

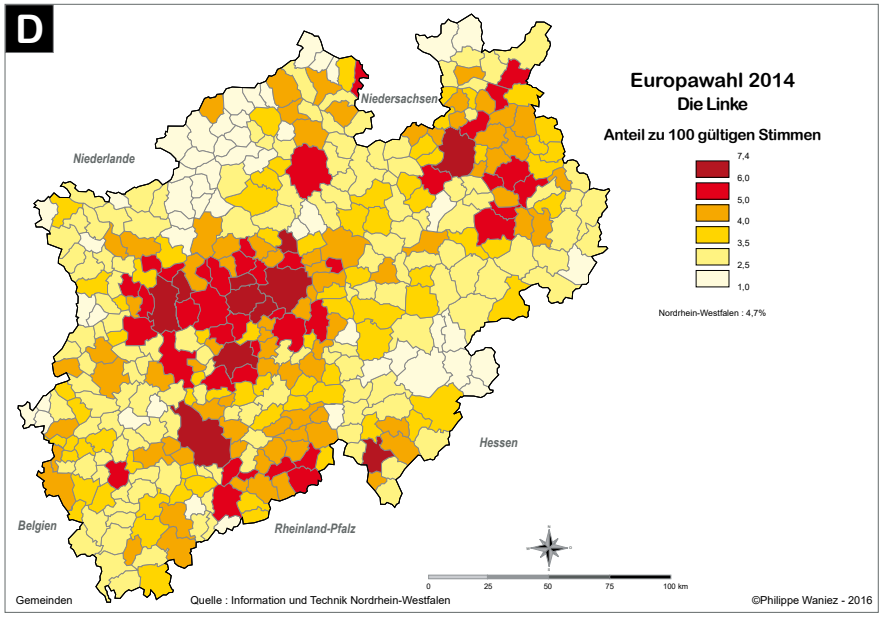
Diese verhältnismäßig schwachen Durchschnittswerte gehen mit deutlichen Ungleichheiten im Verhältnis zum Grad der Urbanisierung einher. Tatsächlich ist Die Linke in den Industriegebieten und großen Städten von NRW am stärksten etabliert (**Karten 26A bis 26D**). Ohne diese Kraft wird nicht mehr als 8,5% erreicht, was dem maximalen Prozentsatz der Partei entspricht, den sie bei der Bundestagswahl 2013 in Bielefeld erhält. Auf systematische Art findet man auf den Karten drei der vier großen Städte am Rhein wieder (Bonn, Köln, Düsseldorf) in denen Die Linke gute Ergebnisse realisiert. Hier bemerkt man, dass Düsseldorf rückhaltender erscheint als Köln und man bemerkt auch, dass die Wähler auf der Rheinachse, in den Kommunen, die an die großen Zentren angrenzen der Partei viel weniger Vertrauen entgegenbringen, mit deutlich niedrigeren Ergebnissen. Der Haupteinflussbereich für Die Linke im Ruhrgebiet tritt besonders in seiner Kernzone von Duisburg bis Dortmund in Erscheinung. Hier liegen die Ergebnisse der Partei in 2013 zwischen 7% und 8,1% (Herne). Auf der nördlichen Achse des Ruhrgebiets, von Bottrop nach Hamm, sind die Ergebnisse weniger gut, mit im Allgemeinen unter 7%.

Neben diesen beiden wichtigen Bereichen hat Die Linke auch in Aachen, Siegen und in den Drei Bergischen (Wuppertal, Solingen, Remscheid) gute Resultate. Die Region von Paderborn-Detmold erscheint auch immer wieder auf den Karten, ebenso die Achsen Gütersloh-Bielefeld-Herford-Minden. Münster erscheint ebenfalls auf der Gewinnerliste, vor allem aber bei den beiden Wahlen auf nationalem Niveau.


A
Landtagswahl 2012
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
4,3
3,3
2,7
2,3
1,9
1,5
0,8
Nordrhein-Westfalen : 2,5
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016


B
Bundestagswahl 2013
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
8,5
7,0
6,0
5,2
4,5
3,8
2,3
Nordrhein-Westfalen : 6,1%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


C
Gemeinderatswahl 2014
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
8,1
6,5
5,5
4,5
3,7
2,7
1,0
Kein Kandidat oder fehlende Information
Nordrhein-Westfalen : 3,7%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016


D
Europawahl 2014
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
7,4
6,0
5,0
4,0
3,5
2,5
1,0
Nordrhein-Westfalen : 4,7%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016

Karten 26

Man beobachtet schließlich, dass Die Linke in den ländlichen Gegenden besonders schwach erscheint: Niederrhein, Münsterland, Sauerland und Eifel. In den vorherigen Abschnitten hat man erkannt, dass in diesen Regionen, die Bevorzugung der Wähler an die CDU geht.

Die Ergebnisse für Die Linke in den hier analysierten Städten von NRW erreichten bei der Europawahl in 2014 Prozentsätze von 7,4% bis 5,2% in Wuppertal und Düsseldorf; sie liegen über dem Durchschnitt des Landes.

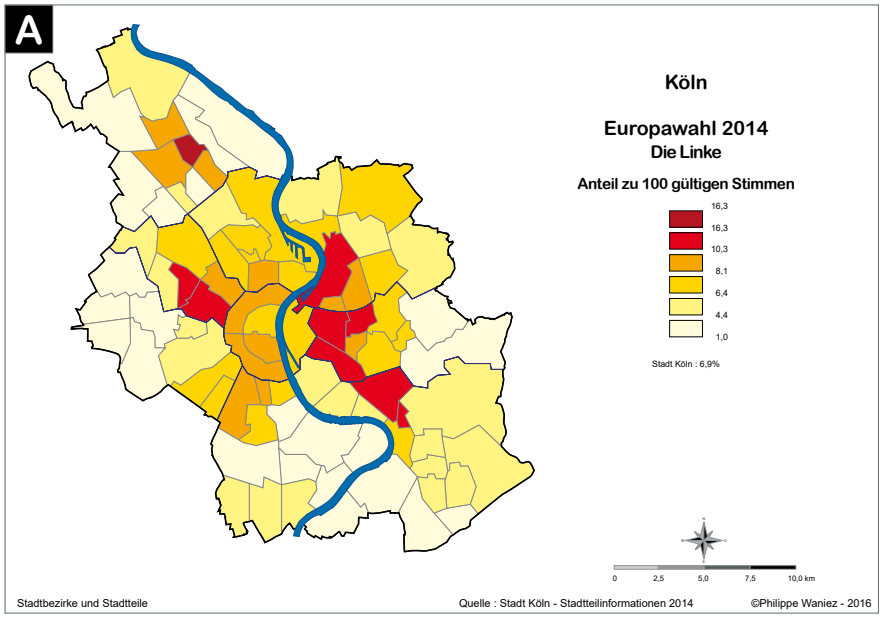
Köln stellt ein kontrastreiches Bild dar (**Karte 27A**): Zahlreich sind die peripheren Stadtteile, die kaum dem Diskurs der Partei folgen. Die einzige bemerkenswerte Ausnahme von dieser Tatsache ist Chorweiler (16,3%), hieran fügen sich Volkhoven/Weiler, Blumenberg und Seeberg mit zwei Mal niedrigeren Werten in der Größenordnung von 8%. In den Außenbezirken der Altstadt erscheint Die Linke besonders einflussreich, vor allem in den Bezirken des rechten Rheinufers, speziell Kalk (13,2%), Finkenberg (11,9%), Humboldt/Gremberg (11,8%), Mülheim und Höhenberg (11,4%) und Gremberghoven (11%). Diese Verteilung erinnert an die der SPD, jedoch in begrenzterem Umfang. Auf der linken Seite des Rheins findet man Ehrenfeld (11,3%) und Bickendorf (10,3%).

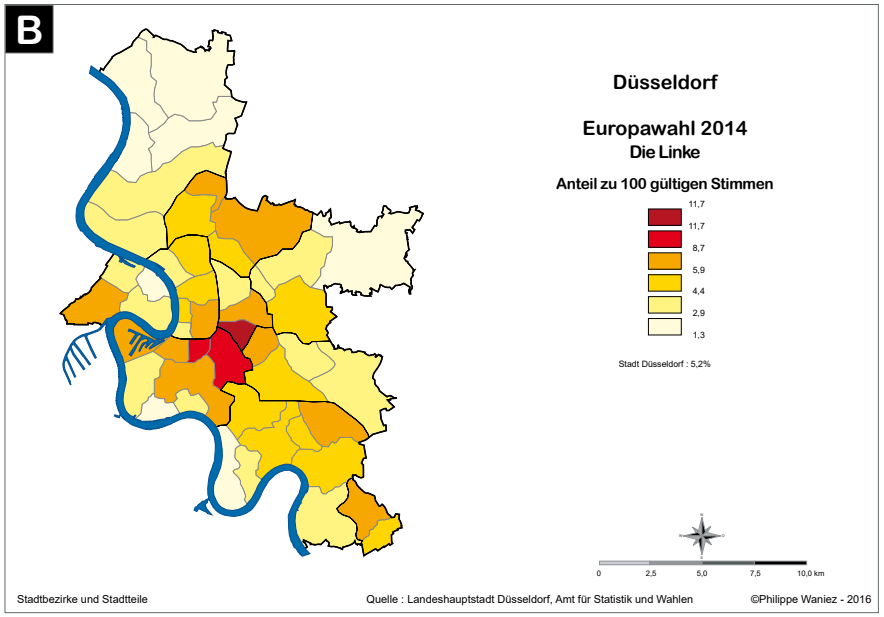
In Düsseldorf wird Die Linke in nur wenigen Stadtteilen in bezeichnender Weise unterstützt (**Karte 27B**): Flingern Süd (11,7%), Friedrichstadt (9,3%) und Oberbilk (8,7%). Die Peripherie erscheint im Allgemeinen nicht sehr begünstigt. Man erkennt dort jedoch gemäßigte Unterstützung in Rath (6,3%), Hassels und Garath. In einigen Vororten übersteigen die Ergebnisse manchmal 6%, wie in Flingern Nord, Lierenfeld und Bilk.

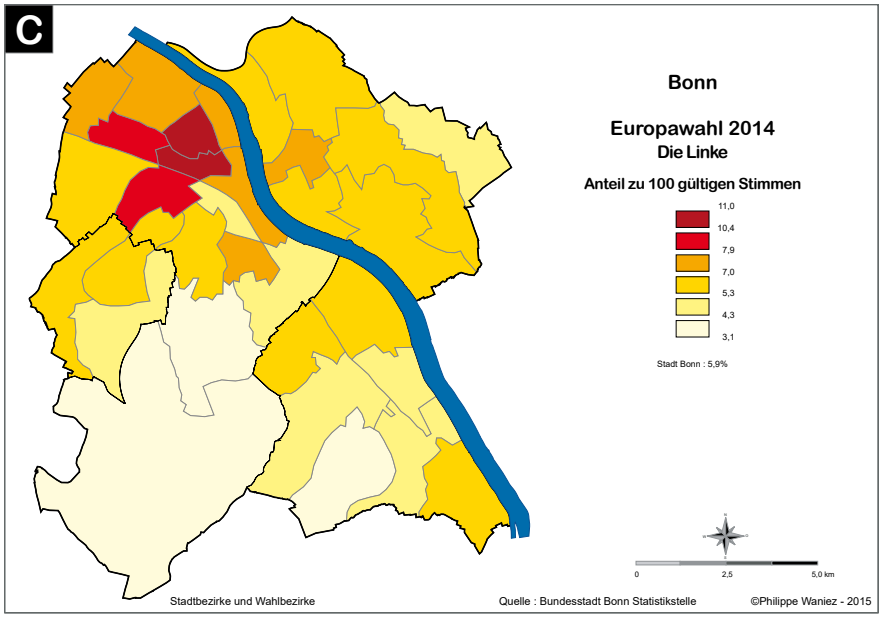
Bonn, mit kaum besseren Ergebnissen (5,9%) für Die Linke als Düsseldorf, präsentiert eine Verteilung konzentrierterer Ergebnisse. Es ist der Nordwesten der Stadt, in dem die besten Ergebnisse ausgewiesen werden (**Karte 27C**): Die Wahlbezirke Innere Nordstadt (11%) und Äußere Nordstadt (10,4%) stehen an erster Stelle, gefolgt von Tannenbusch (8,2%) und Endenich II (7,9%). Außerhalb des Nordwestlichen Viertels sind die Ergebnisse unzureichend und wirklich schlecht in der südlichen Hälfte der Stadt: Heiderhof / Muffendorf, Venusberg / Ippendorf, Röttgen / Ückesdorf.

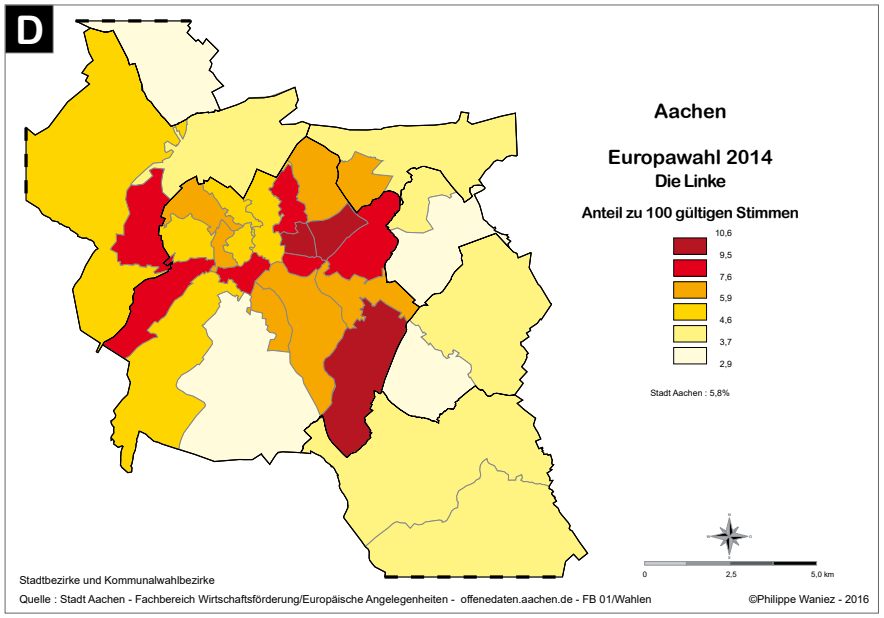
Aachen gibt nicht mehr als 5,8% für Die Linke, das Ergebnis liegt dem von Bonn sehr nah. Die Wahlbezirke mit der größten Zustimmung befinden sich im Stadtbezirke Aachen Mitte (**Karte 27D**). Andere Stadtbezirke öffnen sich der Partei deutlich weniger. In den östlich vom Zentrum gelegenen Vorstädten beobachtet man die besten Abstimmungen: Adalbertsteinweg (10,6%), Panneschopp (9,5%), Frankenberg (8,9%), Untere Jülicher Straße (8,8%) und Rothe Erde (8,5%). Weiter südlich weist Driescher Hof 10,1% aus. Schließlich erhält Die Linke in Marschiertor im Süden des Zentrums sowie Kullen und Hanbruch im Westen zwischen 7,6 und 8,6%.

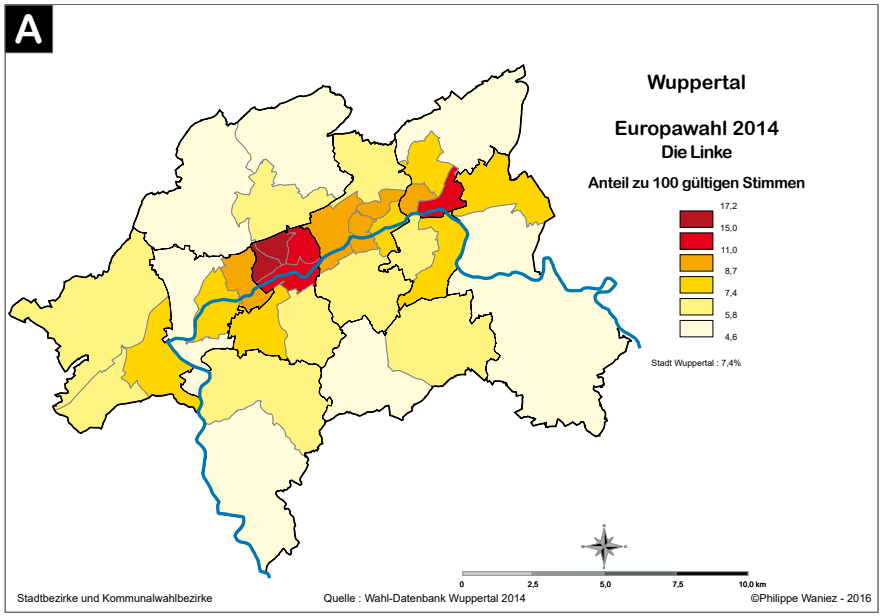
Dafür, dass es sich um eine Stadt der alten Länder handelt, realisiert Die Linke in Wuppertal ein gutes Ergebnis (7,4%). Die Stimmen für Die Linke konzentrieren sich auf einige Wahlbezirke im Tal der Wupper, von Ost nach West (**Karte 28A**): Oberbarmen (11%), Unterbarmen-Clausen (9,9%), Ostersbaum (11,4%), Elberfeld-Mitte (11,5%); aber in Hombüchel (15%) und Höchsten (17,2%) sind die höchsten Abstimmwerte. Die peripherischen Wahlbezirke liegen im Allgemeinen unten 6%.

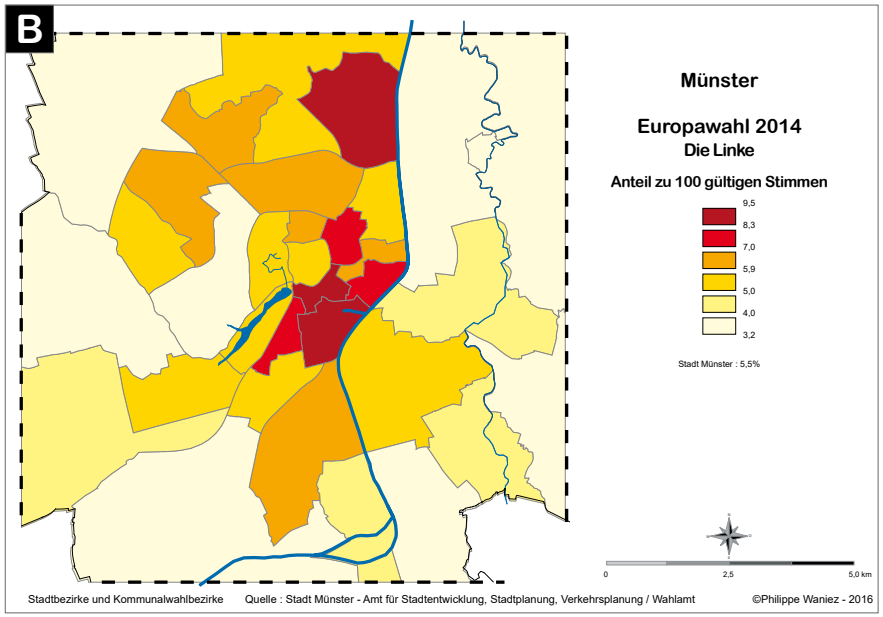

A
Köln
Europawahl 2014
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
16,3
16,3
10,3
8,1
6,4
4,4
1,0
Stadt Köln : 6,9%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2014
©Philippe Waniez - 2016

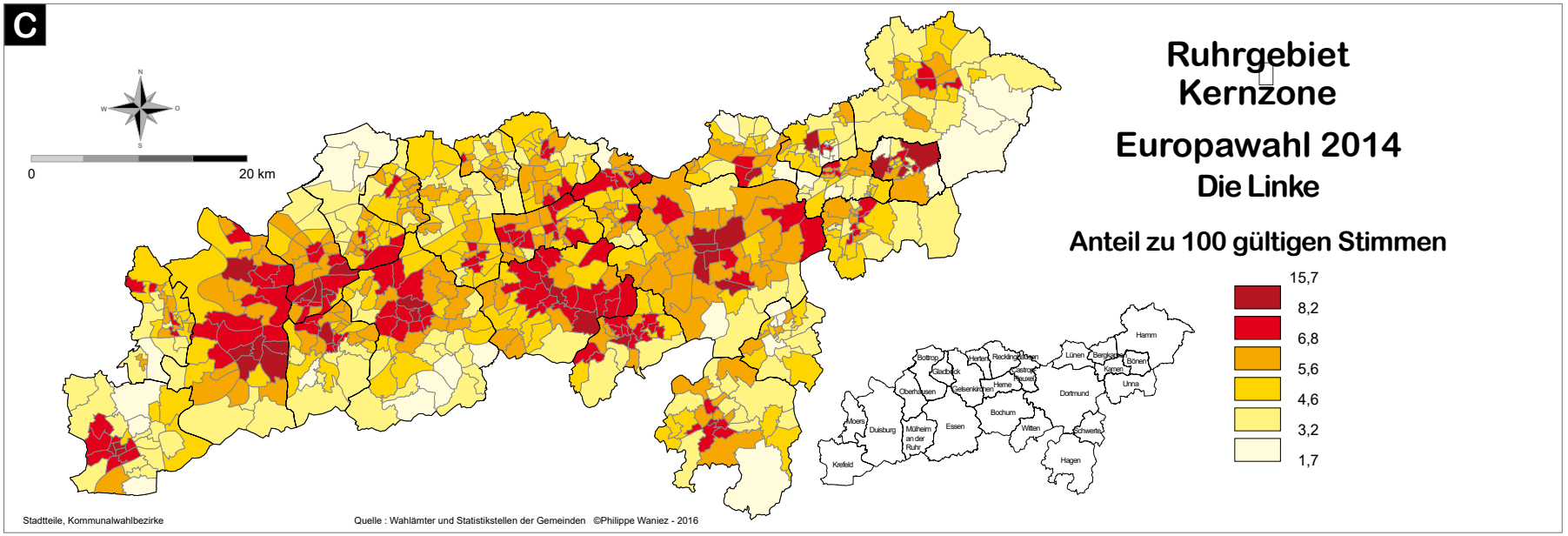

B
Düsseldorf
Europawahl 2014
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
11,7
11,7
8,7
5,9
4,4
2,9
1,3
Stadt Düsseldorf : 5,2%
0
2,5
5,0
7,5
10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016


C
Bonn
Europawahl 2014
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
11,0
10,4
7,9
7,0
5,3
4,3
3,1
Stadt Bonn : 5,9%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Wahlbezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


D
Aachen
Europawahl 2014
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
10,6
9,5
7,6
5,9
4,6
3,7
2,9
Stadt Aachen : 5,8%
0
2,5
5,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - offenedaten.aachen.de - FB 01/Wahlen
©Philippe Waniez - 2016


A
Wuppertal
Europawahl 2014
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
17,2
15,0
11,0
8,7
7,4
5,8
4,6
Stadt Wuppertal : 7,4%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Wahl-Datenbank Wuppertal 2014
©Philippe Waniez - 2016


B
Münster
Europawahl 2014
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
9,5
8,3
7,0
5,9
5,0
4,0
3,2
Stadt Münster : 5,5%
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung / Wahlamt
©Philippe Waniez - 2016


C
N
W
O
S
0 20 km
Ruhrgebiet
Kernzone
Europawahl 2014
Die Linke
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
15,7
8,2
6,8
5,6
4,6
3,2
1,7
Bottrop
Gladbeck
Herten
Recklinghausen
Castrop-Rauxel
Lünen
Bergkamen
Kamen
Bönen
Hamm
Oberhausen
Gelsenkirchen
Herne
Dortmund
Unna
Moers
Duisburg
Mülheim an der Ruhr
Essen
Bochum
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
Stadtteile, Kommunalwahlbezirke
Quelle : Wahlämter und Statistikstellen der Gemeinden
©Philippe Waniez - 2016

Die Linke hat mit nur 5,8% der Stimmen für Münster nur eine geringe Bedeutung. Dieser Anteil liegt trotzdem leicht über Düsseldorf. Auch hier zeigen die Randbezirke die niedrigsten Werte. Die stärker ausgeprägten Unterstützungen treten in den Vororten des süd-östlichen Viertels in Erscheinung (**Karte 28B**): Pluggendorf/Bhf (8,3%), Schützenhof/Hfn. (8,5%), Herz-Jesu (7,3%), Geist/Pluggendorf (7,3%) und Piusallee (7%). Im Norden erhält die Partei 9,5% in Coerde und in einigen anderen Wahlbezirken erreicht sie 6%.

Im Ruhrgebiet variiert das Gewicht für Die Linke zwischen 1,7% und 15,7% der Stimmen. Die Partei ist sehr schwach im südlichen Drittel, das von der CDU dominiert wird und im nördlichen Drittel, in dem sich die SPD verfestigt. In der Achse von Krefeld bis Dortmund kann man die stärksten Abstimmungen beobachten (**Karte 28C**). Sie organisieren sich im Allgemeinen um die Stadtmitte und festigt sich in den ersten Vorstädten. Diese räumliche Organisation ist deutlich in Krefeld, Duisburg, Mülheim, Oberhausen, Essen, Bochum und Dortmund. Dasselbe Phänomen ist in Hagen, Unna und in einem niedrigeren Maß auch in Hamm wahrnehmbar. Damit ist eine Reihe starker Kerne durch Wahlbezirke getrennt, die weniger Vertrauen in Die Linke zeigen.

Die Alternative für Deutschland, AfD, in Deutschland

Die Alternative für Deutschland, AfD, ist eine neu gegründete Partei (2013), die bereits mehr als 20 Tsd. Mitglieder hat und man sagt ihr eine glänzende Zukunft voraus… Es ist eine Partei, die „rechts eingeordnet und mit konservativer Ausrichtung ist, gegen den Euro, aber nicht gegen Europa“ (28). Als eine Partei des „Anti-Establishments“ betrachtet, wird ihre Zugehörigkeit der populistischen Tendenz diskutiert: Die AfD lehnt diese Klassifikation ab, indem sie erklärt „weder links noch rechts“ zu sein. Sie tritt im Juni 2014 der Gruppe der Konservativen und der europäischen Reformisten bei. Es handelt sich um eine „europäische Fraktion, die auf dem gesamten Kontinent eine Gruppe von Rechtsparteien und nationalistische Rechte zusammenfasst (…) Seine Mitglieder sind dem wirtschaftlichen Liberalismus zugeneigt, stehen aber den Institutionen der Europäischen Union kritisch gegenüber“ (29).

Bei der Bundestagswahl in 2013, einige Monate nach seiner Gründung, schafft die AfD eine Überraschung, indem sie 2,06 Mio. Zweitstimmen erhält, d.h. 4,7% der Gesamtstimmen. Da dieses Ergebnis jedoch unter 5% liegt, war es ihr nicht möglich in den Bundestag einzuziehen. Bei der Europawahl in 2014, im Zusammenhang mit einem Rückgang der Wahlbeteiligung (nur 48,1% der Wähler gegen 71,5% im Jahr 2013), stärkt sie ihr Ergebnis mit 2,07 Mio. Stimmen, d.h. 7,1%. Damit schickt diese Partei 7 Abgeordnete in das Europäische Parlament. Die AfD „zog 2014 in die Landesparlamente von Sachsen, Brandenburg, Thüringen, 2015 in jene von Hamburg und Bremen sowie 2016 in jene von Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ein“ (30). Sie erhält eine staatliche Teilfinanzierung von 5,2 Mio. € im Jahr 2015, in Höhe von 3,2% des Gesamtbetrags, das macht aus dieser Sicht den 7. Platz der deutschen politischen Parteien. Im Rahmen des durch den Prozentsatz der gültigen Stimmen gemessenen politischen Gewichtes an der Europawahl in 2014 ist die AfD die viertwichtigste politische Partei Deutschlands, deutlich hinter den Grünen, aber vor Die Linke und der FDP.

Die Geografie der Abstimmung für die AfD sieht nicht wie bei den anderen Parteien aus (**Karten 29A und 29B**). Sie betrifft zugleich einige alte und einige neue Länder. In den neuen Ländern sind das vor allem die Kreise von Sachsen, der östliche Teil von Thüringen und in geringerem Maße Brandenburg, die der Partei eine deutliche Unterstützung geben, mit Ergebnissen zwischen 9% und 13% bei der Europawahl in 2014. Allerdings ist der westliche Teil der ehemaligen DDR viel weniger von der AfD zu begeistern, insbesondere Sachsen-Anhalt und der Altmarkkreis Salzwedel. Von Berlin erhält die AfD 7,9%.

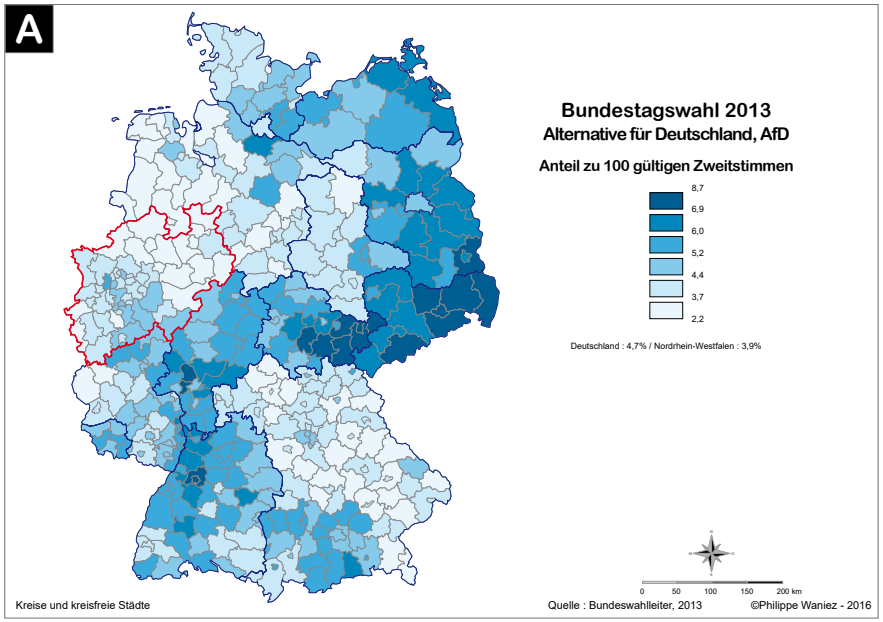
In den alten Bundesländern ist die AfD vor allem im südlichen Teil von Bayern (Oberbayern), in der westlichen Hälfte von Baden-Württemberg (Schwarzwald) und in dem gesamten Land Hessen gut verwurzelt. In Saarland, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein erscheint ihr Gewicht geringer. Im Allgemeinen nimmt die AfD nicht die Metropole ein, besonders Hamburg, Bremen, Köln und Stuttgart. Die Metropolen der Gegenden, die die AfD favorisieren, wie München oder Berlin wählen sie jedoch deutlich weniger, als die umliegenden Kreise.

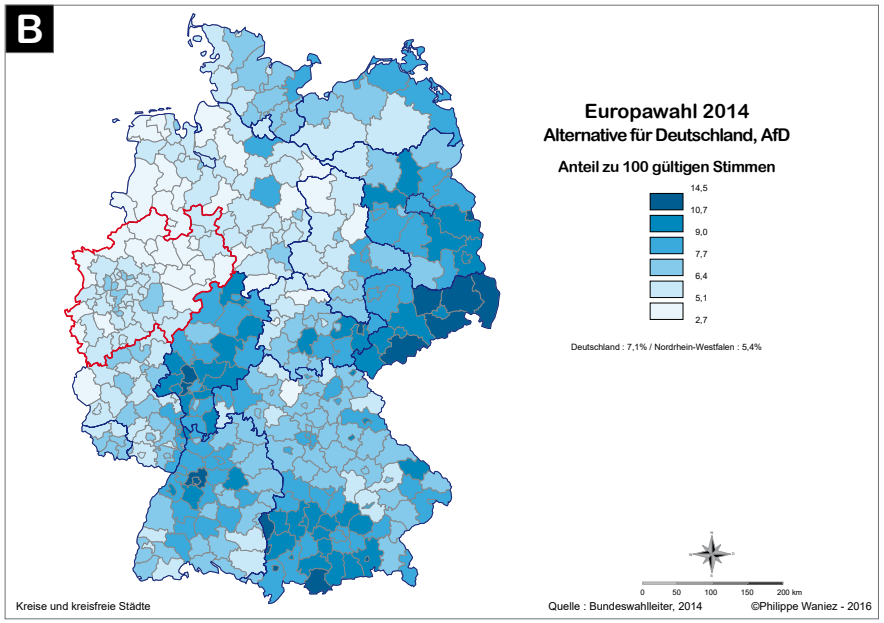
Im Gegensatz zu den anderen Karten über die Entwicklungen der anderen Parteien, auf denen man Gewinne und Verluste beobachtete, zeigt die Entwicklung der AfD nur Gewinne. Diese Gewinne sind besonders stark in Sachsen, Bayern und Hessen (**Karte 29C**). Für diese beiden letzten Länder wird deutlich, dass die AfD mit der CDU /CSU um ihre Rechte konkurriert, auch wenn die erreichten Niveaus der AfD nicht mit der CDU/CSU vergleichbar ist. Auf der anderen Seite lässt der Verlust der Stimmen bei der Partei Die Linke in den neuen Ländern denken, dass ein Teil der Wählerschaft die politische Seite gewechselt hat, in dem sie sich auf eine Volkspartei bezieht. Dies kann gerade in mehreren europäischen Ländern wie Österreich, Polen, Ungarn, Vereinigtes Königreich beobachtet werden und auch in Frankreich mit der extrem rechten Partei Front National (31).

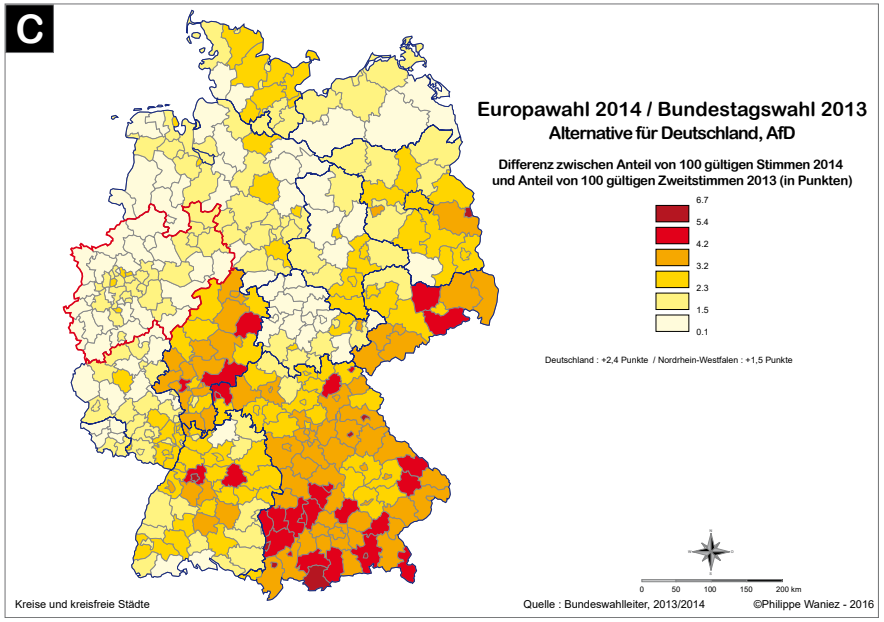
Die Alternative für Deutschland in NRW

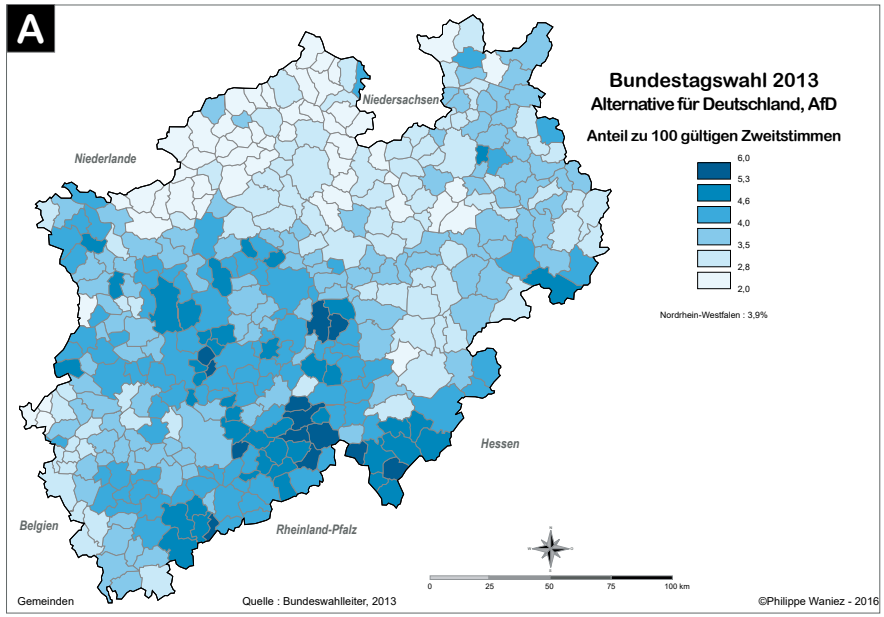
Die Wähler von NRW gewähren der AfD nur einen bescheidenen Platz: 3,9% der Stimmen bei der Bundestagswahl in 2013 und 5,4% bei der Europawahl in 2014. Diese Partei existierte bei der Gemeinderatswahl in 2012 nicht und ihre Ergebnisse auf dem Niveau der Gemeinden werden von IT-NRW nicht veröffentlicht (sie werden mit anderen Parteien in einer Kategorie „Sonstiges“ zusammengefasst). Die Karten von 2013 und 2014 zeigen in etwa die gleiche geografische Verteilung (**Karten 30A und 30B**). Das Münsterland und in einem geringeren Ausmaß das Sauerland sind leicht durchlässig für die Ideen der AfD. Die wichtigen Großstädte sind ein wenig angesprochen, jedoch mit Ergebnissen, die bei der Europawahl in 2014 mit einer Größenordnung von 5% bis ca. 6% bescheiden bleibt. Duisburg, Mühlheim an der Ruhr und Gelsenkirchen, alle drei im Ruhrgebiet gelegen, sind Ausnahmen mit Prozentsätzen, die 7% überschreiten. Einige Randbezirke der großen Städte sind auch empfänglicher für ihre Ideen, wie zum Beispiel Herford (am Rand von Bielefeld), Erkrath, Mettmann und Haan (östlich von Düsseldorf), Freudenberg und Wilnsdorf (bei Siegen), Leverkusen bis Troisdorf (östlich von Köln).

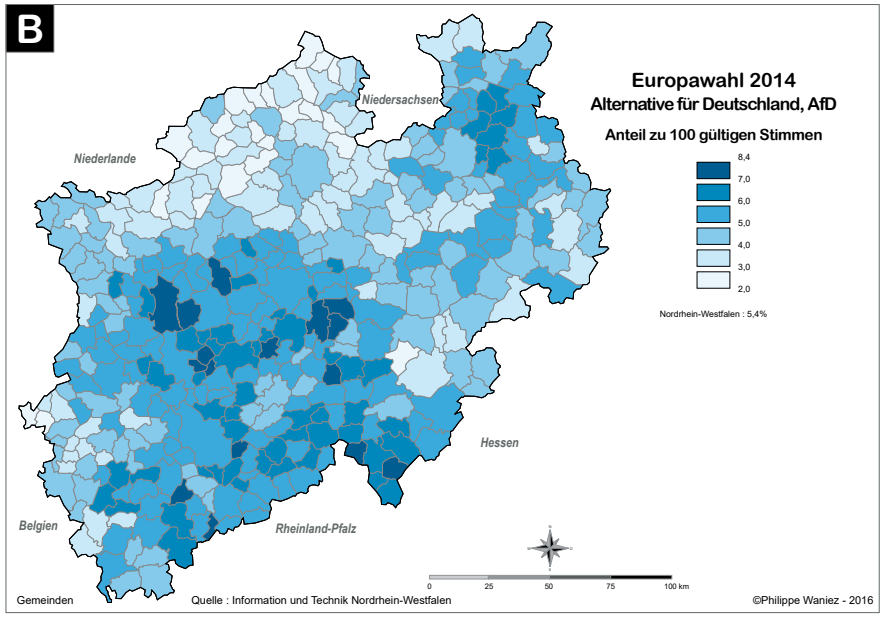
Im Zusammenhang mit der relativ geringen Wahlbeteiligung (nur 52,3% im Jahr 2014 gegenüber 72,5% im Jahr 2013), behält die AfD die Anzahl der Wähler: 369 Tsd. im Jahr 2014 gegenüber 372 Tsd. im Jahr 2013, was natürlich zur Folge hat, dass sich die Prozentsätze der Stimmen erhöhen, von 3,9% im Jahr 2013 auf 5,4% im Jahr 2014.

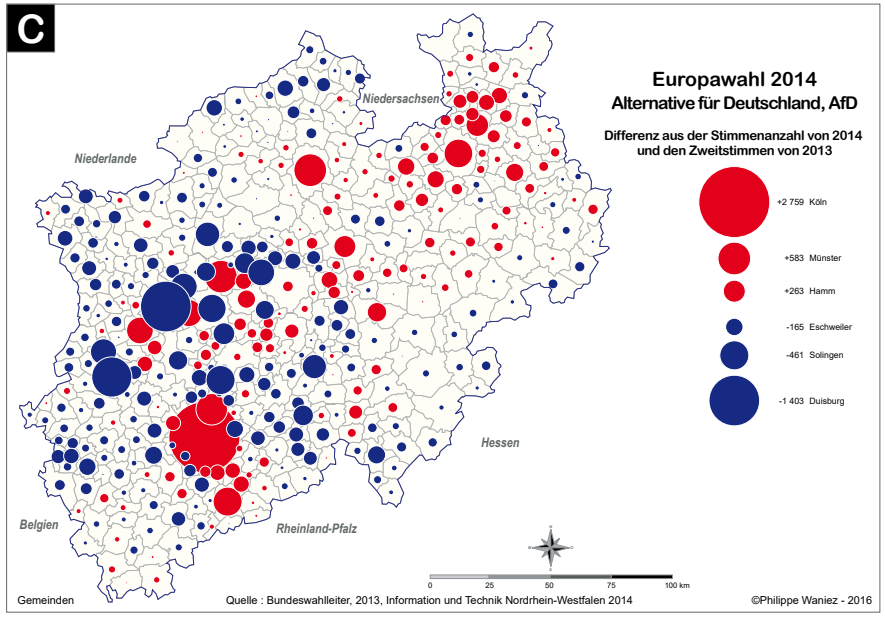

A
Bundestagswahl 2013
Alternative für Deutschland, AfD
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
8,7
6,9
6,0
5,2
4,4
3,7
2,2
Deutschland : 4,7% / Nordrhein-Westfalen : 3,9%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016

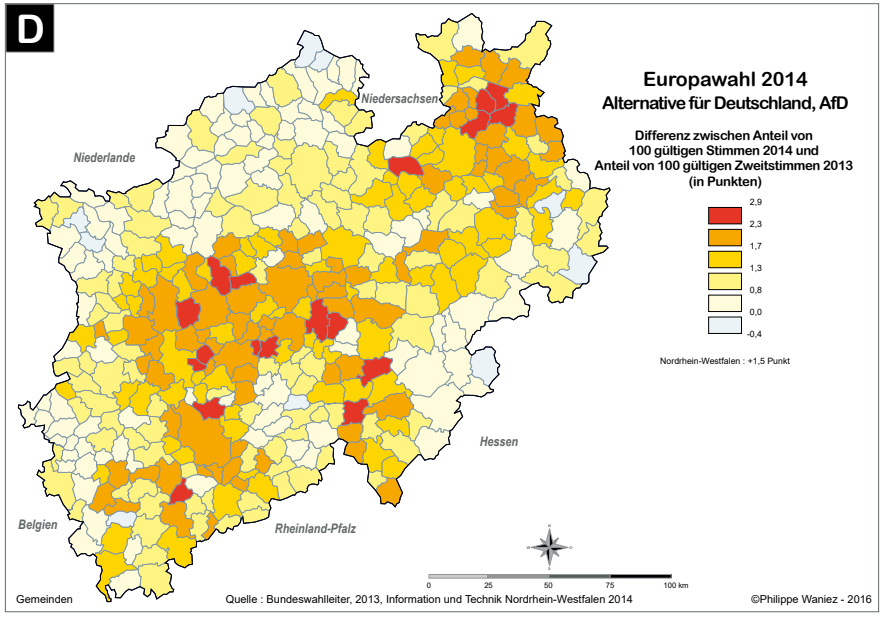

B
Europawahl 2014
Alternative für Deutschland, AfD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
14,5
10,7
9,0
7,7
6,4
5,1
2,7
Deutschland : 7,1% / Nordrhein-Westfalen : 5,4%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


C
Europawahl 2014 / Bundestagswahl 2013
Alternative für Deutschland, AfD
Differenz zwischen Anteil von 100 gültigen Stimmen 2014
und Anteil von 100 gültigen Zweitstimmen 2013 (in Punkten)
6.7
5.4
4.2
3.2
2.3
1.5
0.1
Deutschland : +2,4 Punkte / Nordrhein-Westfalen : +1,5 Punkte
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013/2014
©Philippe Waniez - 2016


A
Bundestagswahl 2013
Alternative für Deutschland, AfD
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
6,0
5,3
4,6
4,0
3,5
2,8
2,0
Nordrhein-Westfalen : 3,9%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


B
Europawahl 2014
Alternative für Deutschland, AfD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
8,4
7,0
6,0
5,0
4,0
3,0
2,0
Nordrhein-Westfalen : 5,4%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016


C
Europawahl 2014
Alternative für Deutschland, AfD
Differenz aus der Stimmenanzahl von 2014
und den Zweitstimmen von 2013
+2 759 Köln
+583 Münster
+263 Hamm
-165 Eschweiler
-461 Solingen
-1 403 Duisburg
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013, Information und Technik Nordrhein-Westfalen 2014
©Philippe Waniez - 2016


D
Europawahl 2014
Alternative für Deutschland, AfD
Differenz zwischen Anteil von
100 gültigen Stimmen 2014 und
Anteil von 100 gültigen Zweitstimmen 2013
(in Punkten)
2,9
2,3
1,7
1,3
0,8
0,0
-0,4
Nordrhein-Westfalen : +1,5 Punkt
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013, Information und Technik Nordrhein-Westfalen 2014
©Philippe Waniez - 2016

Karten 30

Man könnte also denken, dass man es mit einer stabilen Wählerschaft von einer Wahl zur anderen zu tun hat. Das ist nicht der Fall: Man beobachtet eine unterschiedliche Entwicklung der Stimmenanzahl (**Karte 30C**) die durch eine Vermehrung der Wählerzahl für die AfD zum Ausdruck kommt, besonders in Köln, in einigen Städten des Ruhrgebiets (Mülheim an der Ruhr, Gelsenkirchen), in Münster und in der Gegend von Bielefeld und dem Teutoburger Wald. Im Gegensatz dazu reduziert sich die Anzahl der Wähler zugunsten der AfD in Duisburg, Essen, Castrop-Rauxel, Mönchengladbach und viele andere Gemeinden am Niederrhein sowie der Region von Aachen.

Das Ergebnis dieser unterschiedlichen Bewegungen (Rückgang der Wahlbeteiligung und Stabilität der Gesamtstimmen in NRW) erweckt dennoch ein Gefühl der Progression für die AfD, vor allem im Herzen des Landes (die Achsen von Rhein und Ruhr) und in dem großen Viertel im Nord-Osten (**Karte 30D**). Man kann also sagen, dass eine verhältnismäßig schwache Wahlbeteiligung trotzdem der AfD Vorteile bringt, insofern, als die Zahl ihrer Wähler in seiner Gesamtheit hoch bleibt.

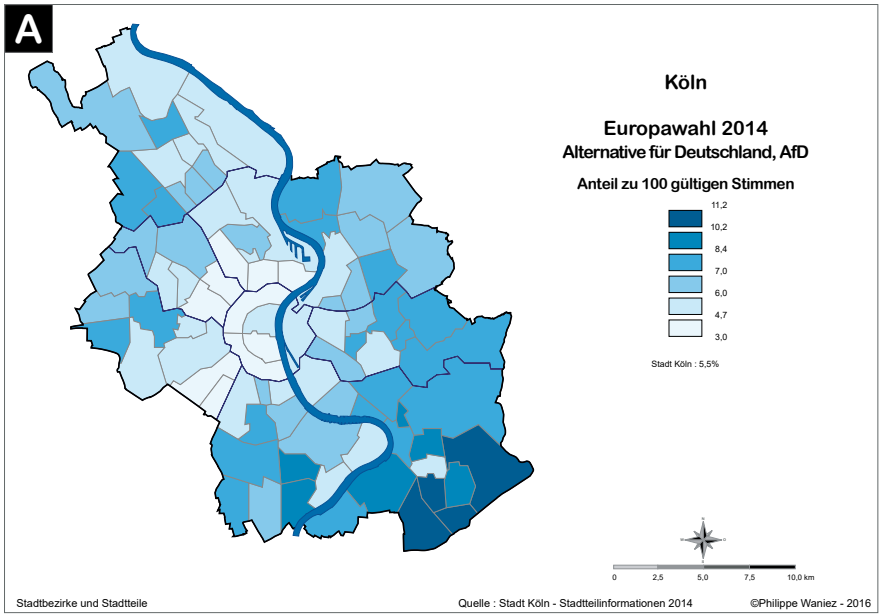
Die Ergebnisse der AfD in den hier analysierten Städten von NRW erreicht bei der Europawahl für das Jahr 2014 zwischen 6% in Wuppertal und 4,1% in Aachen. Im Allgemeinen ist die AfD in den zentralen Bezirken nicht gut etabliert, sie realisiert in den Randgebieten ihre besten Ergebnisse.

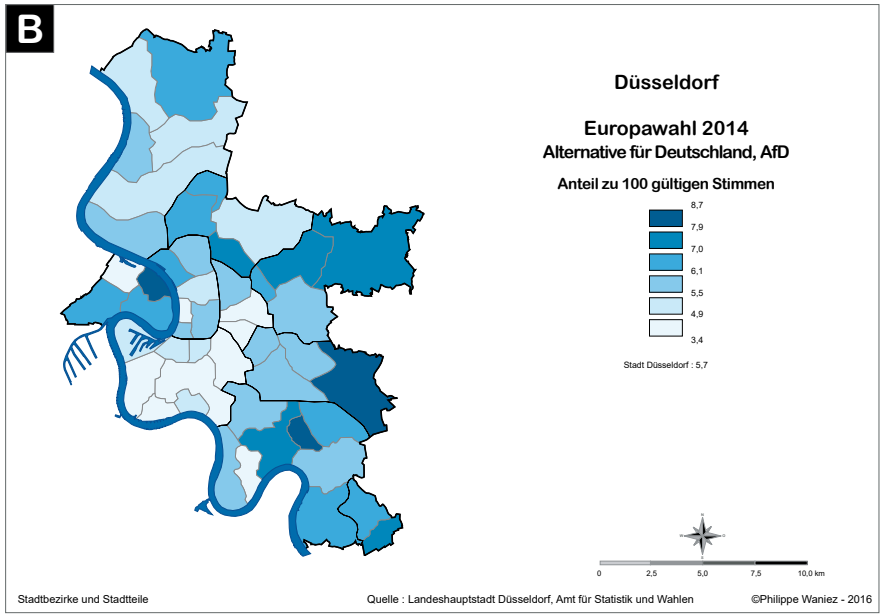
In Köln verdoppelt die AfD fast ihre durchschnittlichen Ergebnisse (5,5%) in den äußerst südlich gelegenen Stadtteilen der Kommune (**Karte 31A**): 11,2% in Libur, 10,5% in Wahn, 10,4% in Lind und 10,2% in Grengel. Ganz allgemein geben die östlichen und südlichen Vororte Punktzahlen über dem Durchschnitt. Allerdings hat die Partei schlecht Resultate in der Altstadt und den angrenzenden Vororten, wie zum Beispiel 3,1% in Neustadt-Süd.

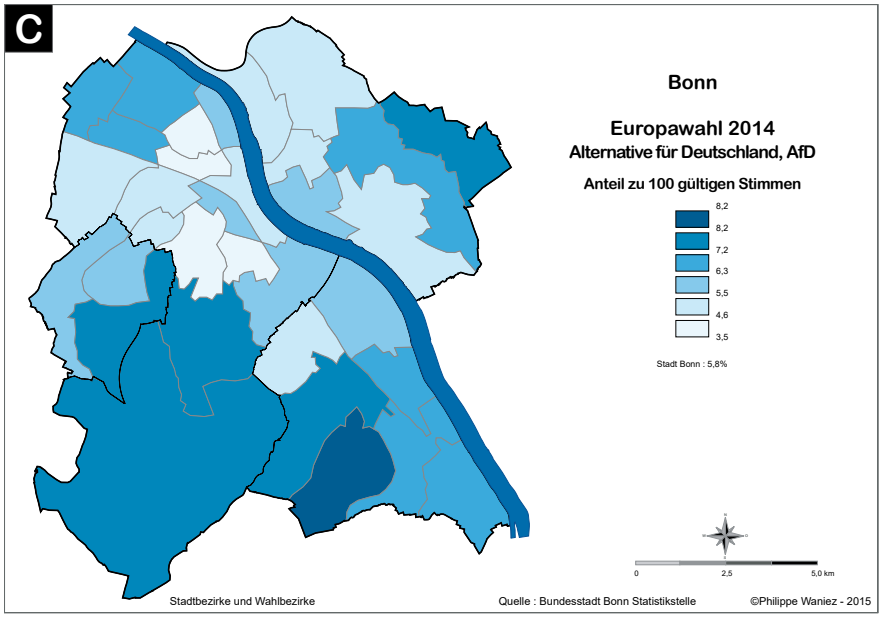
In Düsseldorf erscheint die Verteilung der an die AfD abgegebenen Stimmen chaotischer (**Karte 31B**). Es gibt eine „fortschreitende Ablehnung“ am Rande der südlichen Stadt von Hamm bis Flingern Nord; hier sind die Prozentsätze niemals höher als 4,5%, niedriger als der Durchschnitt in der gesamten Stadt (5,7%). Wie in Köln sind es einige Außenbezirke, die die neue Partei willkommen heißen: Reisholz (8,7%), Unterbach (8%), Holthausen (7,3%), Ludenberg (7,3%), Hubbelrath (7,2%). Auf dem linken Rheinufer weist Niederkassel 7,9% aus.

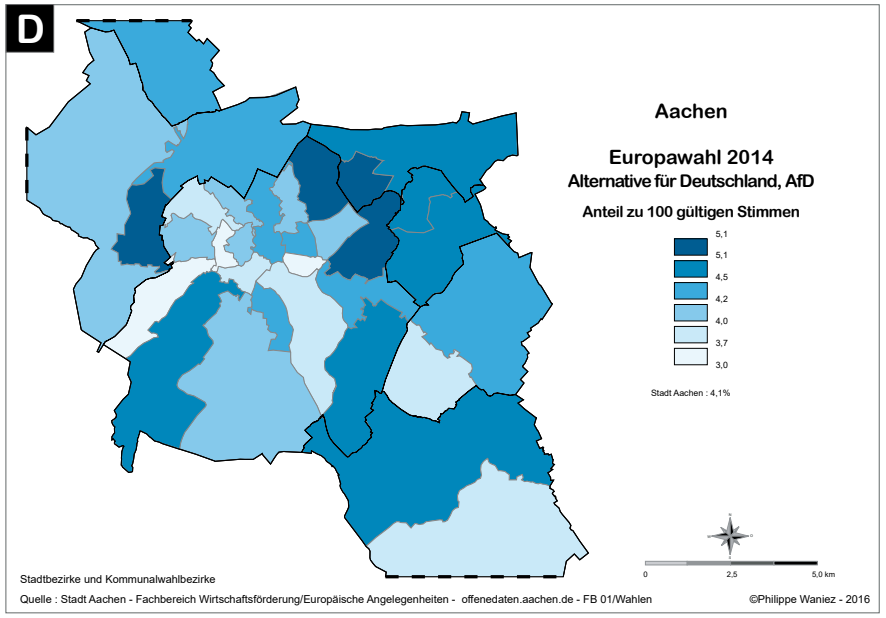
In Bonn folgt die Verteilung der Stimmen an die AfD dem beschriebenen Modell besonders gut: Zentrum (schwach) / Peripherie (stark) (**Karte 31C**). Im Durchschnitt erhält die AfD 5,8% der Stimmen. In Heiderhof/Muffendorf kann man einen höheren Wert beobachten (8,2%). Vier der vom Zentrum entfernteren Wahlbezirke haben Prozentsätze, die über 7% liegen: Lengsdorf / Brüser Berg, Venusberg / Ippendorf, Röttgen / Ückesdorf und Bad Godesberg-Mitte. In Beuel und Holzlar / Hoholz werden 7,4% erreicht. Im Gegensatz dazu hat der größte Teil der Wahlbezirke im Nord-Westen der Stadt nicht mal 5% erreicht.

Aachen hat die AfD nicht gut aufgenommen (**Karte 31D**). Mit einem Durchschnitt von 4,1% kann man sogar sagen, dass diese neue Partei keinen (noch keinen?) Platz unter den Wählern der Stadt findet. Jedoch weisen drei Wahlbezirke bessere Ergebnisse aus als die anderen, geringfügig über 5%: Rothe Erde, Obere Jülicher Str./Haaren Süd und Kullen im Westen.


A
Köln
Europawahl 2014
Alternative für Deutschland, AfD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
11,2
10,2
8,4
7,0
6,0
4,7
3,0
Stadt Köln : 5,5%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Stadt Köln - Stadtteilinformationen 2014
©Philippe Waniez - 2016


B
Düsseldorf
Europawahl 2014
Alternative für Deutschland, AfD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
8,7
7,9
7,0
6,1
5,5
4,9
3,4
Stadt Düsseldorf : 5,7
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Stadtteile
Quelle : Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Statistik und Wahlen
©Philippe Waniez - 2016


C
Bonn
Europawahl 2014
Alternative für Deutschland, AfD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
8,2
8,2
7,2
6,3
5,5
4,6
3,5
Stadt Bonn : 5,8%
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Wahlbezirke
Quelle : Bundesstadt Bonn Statistikstelle
©Philippe Waniez - 2015


D
Aachen
Europawahl 2014
Alternative für Deutschland, AfD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
5,1
5,1
4,5
4,2
4,0
3,7
3,0
Stadt Aachen : 4,1%
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Stadt Aachen - Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten - offenedaten.aachen.de - FB 01/Wahlen
©Philippe Waniez - 2016

Man findet in Wuppertal mehrere Wahlbezirke, in denen die AfD besser Ergebnisse hat als ihr durchschnittlicher Wert in der Stadt (6%). Es handelt sich um den Nordosten von Nächstebreck, Wichlinghausen und Langerfeld-Nord; in allen Fällen liegt man hier unten 8% der Stimmen (**Karte 32A**). Der einzige Wahlbezirk, der die 8% erreicht, ist Barmen-Mitte. In anderen Bezirken, wie Elberfeld-Mitte, Sonnborn-Varresbeck und Nützenberg-Zoo werden 7,1% nicht überschritten. Zwei Wahlbezirke von Elberfeld weisen unter 4% aus: Höchsten und Hombüchel.

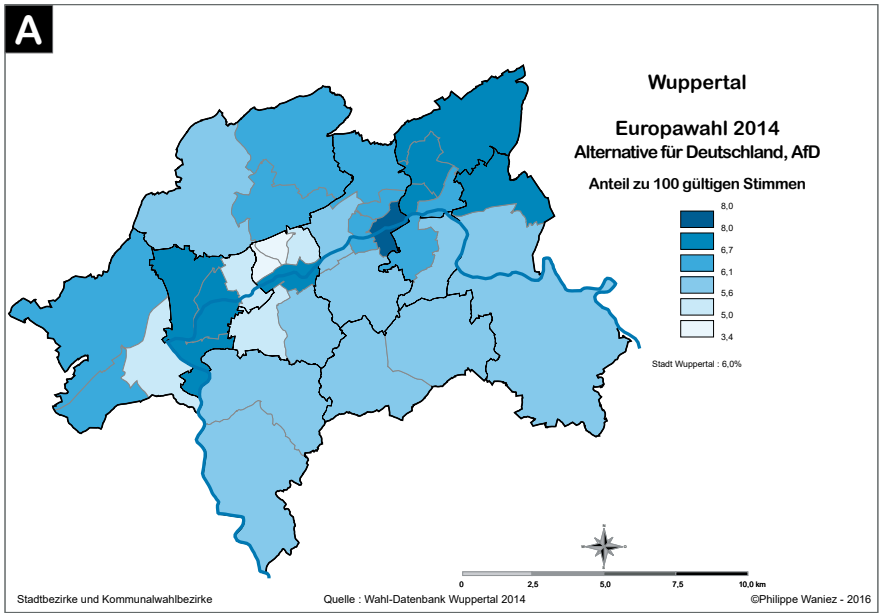
In Münster wird die AfD in einheitlicher Weise in der Altstadt und den ersten Vorstädten abgelehnt (**Karte 32B**). Ähnlich wie die gesamte Stadt, in der sie nur 4,1% der Stimmen erhält. In der Peripherie findet man Ergebnisse, die leicht über dem Durchschnitt liegen, aber die 6% nie erreichen.

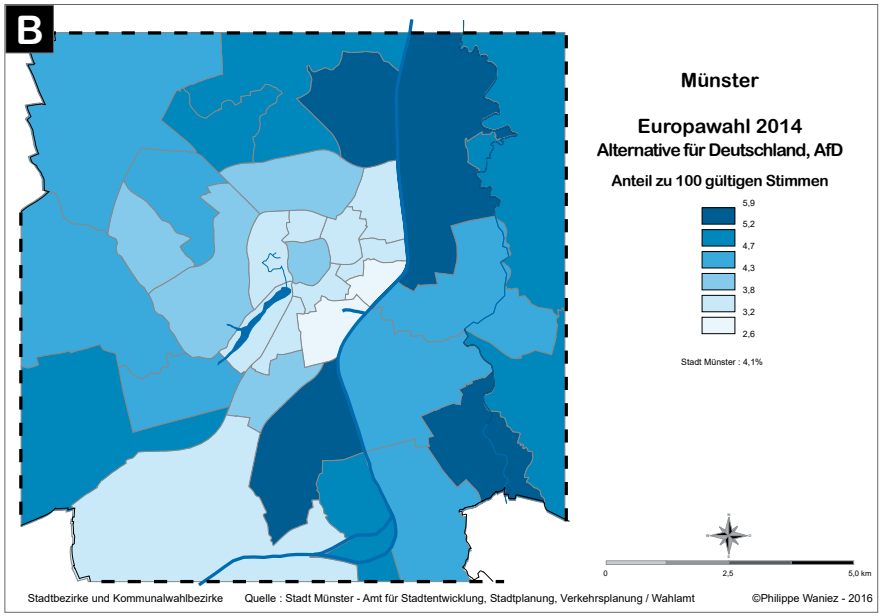
Im Gegensatz zu den Karten der anderen Parteien weist die AfD im Ruhrgebiet (**Karte 32C**) keinen für sie charakteristischen Einflussbereich aus. Ihre Etablierung scheint chaotisch, in einige Kommunen bevorzugt (Duisburg, Mülheim an der Ruhr, Gelsenkirchen), während sie in anderen Kommunen eher benachteiligt ist (Bottrop, Witten, Unna, Kamen, Bergkamen, Hamm ...). Der einzige erkennbare gemeinsame Punkt auf der Karte ist die Ablehnung der AfD von den Wählern in den zentralen Bezirken vieler Städte. Dies ist besonders sichtbar in Essen, Bochum, Dortmund, Schwerte, Unna.

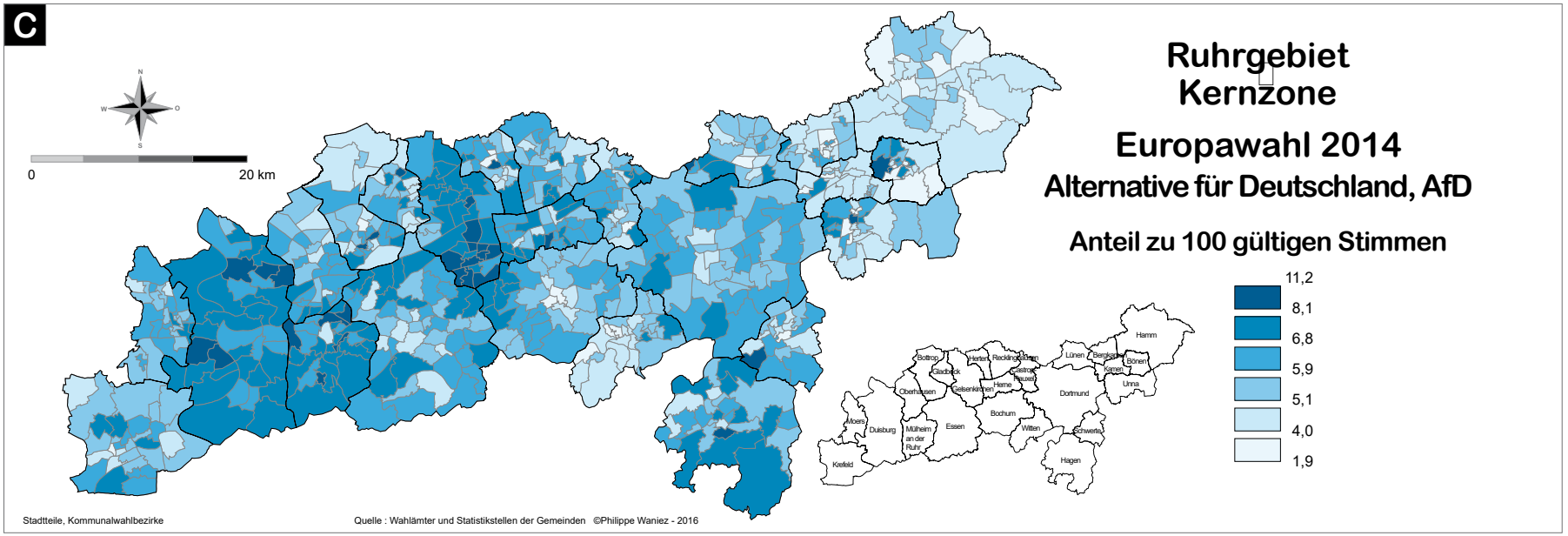
Die kleinen Parteien

Bei den Zweitstimmen verteilen sich bei der Bundestagswahl in 2013 die 93,7% der gültigen Stimmen auf nur sieben Parteien, in der Reihenfolge ihrer Bedeutung: CDU, SPD, Die Linke, Grüne, CSU, FDP, AfD. Auch wenn sich die Einordnung für die Europawahl in 2014 etwas verschiebt, bekommen dieselben 7 Parteien in diesem Jahr 91,2% der Stimmen. Mit anderen Worten bleibt sehr weniger Platz übrig für die Kandidaten, die von anderen Parteien gestellt werden: „Von den 39 zugelassenen Parteien nehmen 34 Parteien an der Bundestagswahl 2013 teil“ (32). Eine andere Art, die nationale Bedeutung der politischen Parteien zu betrachten, besteht darin, die Verteilung der staatlichen Teilfinanzierung anzusehen: Diese 7 bereits aufgeführten Parteien erhalten 96% dieser Finanzierung. Unter diesen ist die AfD diejenige, die mit 3,3% der Gesamtsumme im Jahr 2015 am wenigsten erhält. Es folgen dann mehrere Parteien, die zwischen 0,8% und 0,6% der staatlichen Teilfinanzierung (NPD, REP, Freie Wähler, Piratenpartei, ÖDP) vereinnahmen. Schließlich gibt es alle anderen Parteien, die nicht viel erhalten, 0,1% oder weniger der staatlichen Teilfinanzierung: Die Partei, Familie, Bayernpartei, Tierschutzpartei, Pro NRW, BVB/Freie Wähler, SSW, pro Deutschland, Freie Wähler Thüringen. Zahlreiche Parteien erhalten überhaupt keine Finanzierung: Rentner, Freie Sachsen, FW Schleswig-Holstein, DVU, Eltern, Die Frauen, 50+, Graue, Ab jetzt…, Pro DM, WASG, Offensive D!

Auf der Wahlkarte unterscheidet man hier zwei Parteigruppen mit schwacher Bedeutung. Es gibt einerseits die kleinen Parteien, die auf dem nationalen Niveau während der Europawahl in 2014 zwischen 1% und 1,5% erhalten: Freie Wähler (1,5%), Piraten (1,4%), Tierschutzpartei (1,2%), NPD (1%). Auf der anderen Seite gibt es Mikro-Parteien, die zwischen 0,4% und 0,6% liegen: Familie (0,7%), ÖDP (0,6%), Die Partei (0,6%) und REP (0,4%).


A
Wuppertal
Europawahl 2014
Alternative für Deutschland, AfD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
8,0
8,0
6,7
6,1
5,6
5,0
3,4
Stadt Wuppertal : 6,0%
0 2,5 5,0 7,5 10,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Wahl-Datenbank Wuppertal 2014
©Philippe Waniez - 2016

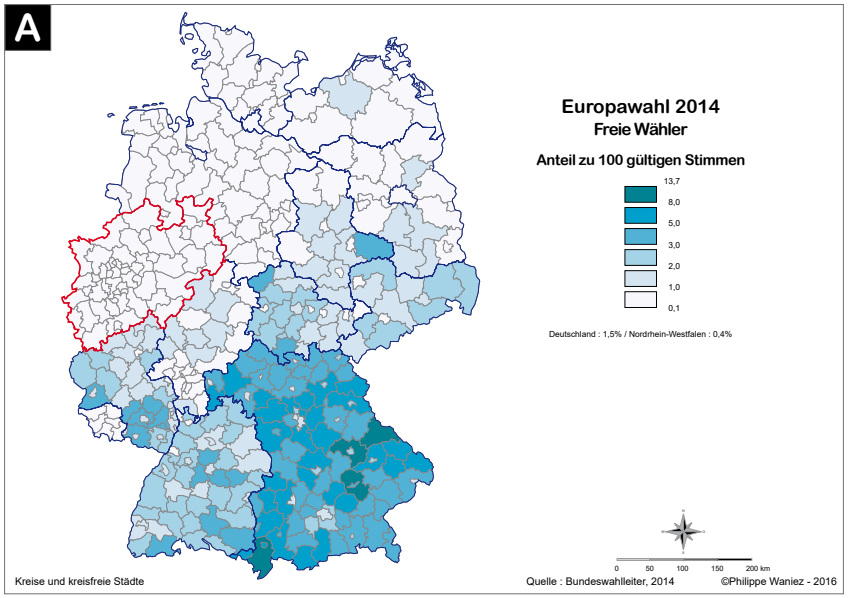

B
Münster
Europawahl 2014
Alternative für Deutschland, AfD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
5,9
5,2
4,7
4,3
3,8
3,2
2,6
Stadt Münster : 4,1%
0 2,5 5,0 km
Stadtbezirke und Kommunalwahlbezirke
Quelle : Stadt Münster - Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung / Wahlamt
©Philippe Waniez - 2016

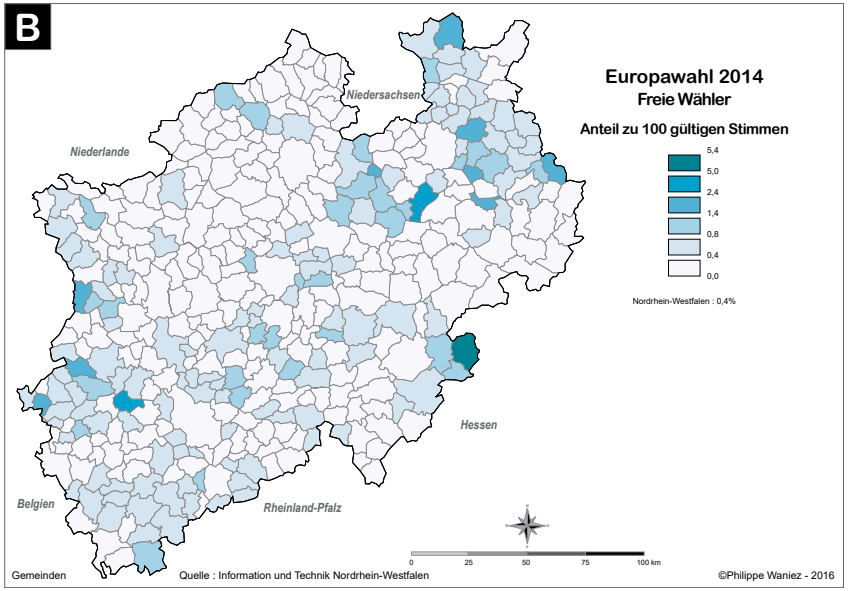

C
N
W
O
S
0 20 km
Ruhrgebiet
Kernzone
Europawahl 2014
Alternative für Deutschland, AfD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
11,2
8,1
6,8
5,9
5,1
4,0
1,9
Bottrop
Gladbeck
Herten
Recklinghausen
Castrop-Rauxel
Lünen
Bergkamen
Kamen
Hamm
Bönen
Unna
Oberhausen
Gelsenkirchen
Herne
Dortmund
Moers
Duisburg
Mülheim an der Ruhr
Essen
Bochum
Witten
Schwerte
Krefeld
Hagen
Stadtteile, Kommunalwahlbezirke
Quelle : Wahlämter und Statistikstellen der Gemeinden
©Philippe Waniez - 2016

Die Freie Wähler, FW

Die „Freie Wähler“ ist eine in 2009 gegründete Partei und hat 4.900 Mitglieder (2013). Sie verfügt über ungefähr 1 Mio. € aus der staatlichenTeilfinanzierung (2015). Zu seinem politischen Projekt gehört die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, der Kampf gegen „das Europa der Bürokraten“, für „ein Europa der Bürger“ und den Kampf gegen die organisierte Kriminalität (33). Sie erhalten 424 Tsd. Zweitstimmen bei der Bundestagswahl im Jahr 2013 (1%) und 429 Tsd. Stimmen bei der Europawahl in 2014.

Die Partei Freie Wähler kommt praktisch in der Nordhälfte von Deutschland nicht vor (**Karte 33A**). In der südlichen Hälfte ist ihre Zustimmung veränderlich, hauptsächlich in Bayern erreichen sie einen wirklichen Erfolg: Mit mehr als 266 Tsd. Zweitstimmen erhalten sie hier 62% ihres nationalen Ergebnisses in 2013; der Anteil erhöht sich auf 68% bei der Europawahl in 2014. Bei dieser Wahl unterscheiden sich einige Kreise durch die Unterstützung ihrer Wähler: 13,7% in Oberallgäu, 9,9% in dem Landkreis von Landshut, 9,3% in dem Landkreis von Regensburg, 9,6% in dem Landkreis von Cham. Es handelt sich im Wesentlichen um eine ländliche Etablierung, weil sie nur kleine Abstimmungswerte in den Großstädten realisiert: 1,9% Nürnberg, 1,8% München, 1,7% Augsburg. Man beobachtet das gleiche Schema der räumlichen Organisation in den anderen Bundesländern, in denen die Partei Freie Wähler mit schwächeren Niveaus in den Landkreisen anwesend ist und mit äußerst schwacher Anwesenheit in den Städten. In NRW stimmen die Wähler für die Partei Freie Wähler nur mit 25 Tsd. in 2013 und 27 Tsd. in 2014: Ihr Gewicht für die Wahl ist gering (**Karte 33B**).





Karten 33

Die Piratenpartei Deutschland

Die „Piratenpartei Deutschland“, Piraten, inspiriert von der schwedischen „Piratpartiet“ (34), wurde in 2006 gegründet. Sie hat etwa 22 Tsd. Mitglieder (2013) und bekommt an die 1 Mio. € aus der staatlichen Teilfinanzierung (2015). „Die Partei sieht sich als Teil einer internationalen Bewegung zur Mitgestaltung des von ihr mit dem Terminus der „digitalen Revolution“ umschriebenen Wandels zur Informationsgesellschaft“ (34). Die Piraten haben 960 Tsd. Zweitstimmen bei der Bundestagswahl im Jahr 2013 (2,2%) erhalten und 425 Tsd. Stimmen bei der Europawahl in 2014 (1,4%). Dieser starke Rückgang hat ihnen nur einen Abgeordneten in Straßburg gebracht.

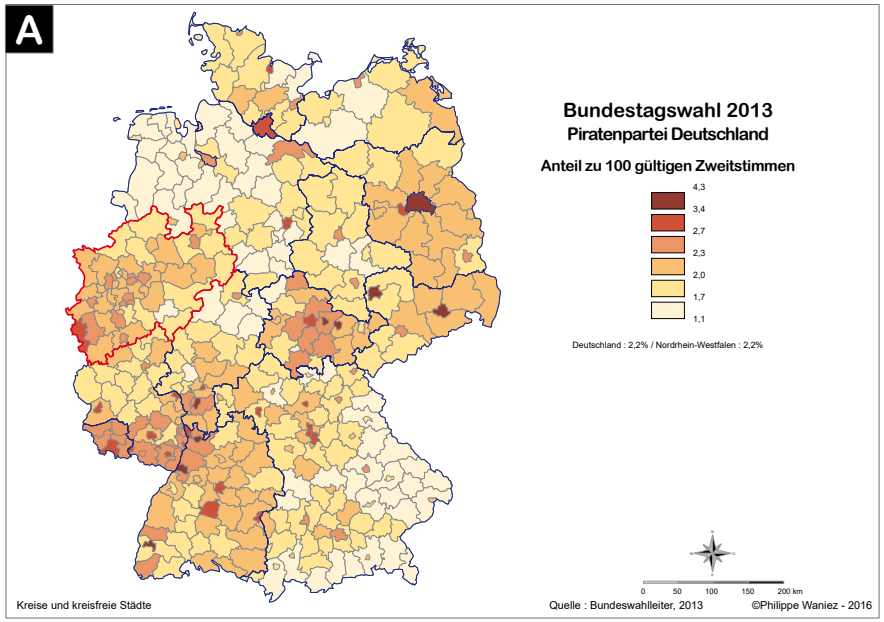
Die Piraten ist eine Partei, die in den Städten verankert ist, sowohl in den alten Bundesländern als auch in den neuen (**Karten 34A und 34B**). Aber ihr Einfluss ist entsprechend der Städte veränderlich. Ihre Präsenz ist in den neuen Ländern in Berlin, Leipzig, Dresden und Jena ausgeprägt und weniger stark in Rostock, Schwerin und Magdeburg. In den alten Ländern sind sie in Hamburg, Bremen, Dortmund, Darmstadt sehr deutlich sichtbar, in Köln, Frankfurt am Main und München deutlich weniger ausgeprägt. Wenn die Städte auf den Karten sehr individualisiert erscheinen, dann liegt es daran, dass die ländlichen Regionen nicht wirklich die Piraten begünstigen. Man muss nur Bayern, Baden-Württemberg, den Norden von Hessen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern beobachten, um sich klarzumachen, dass die „Geschütze dieser Piraten“ nicht ihre Ziele in diesen Gegenden erreichen.

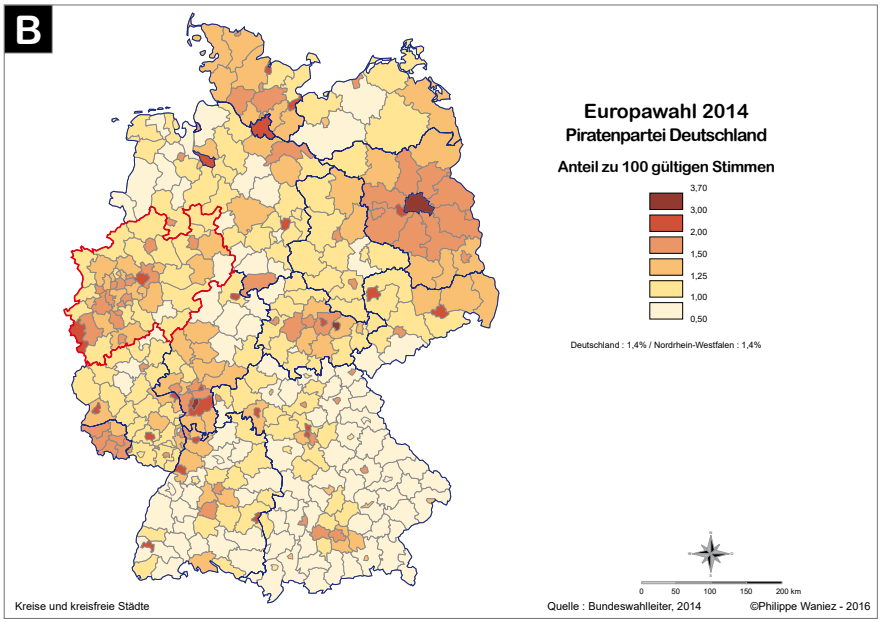
Die Verankerung der Piratenpartei in den städtischen Gebieten bestätigt sich auf den zwei Karten von NRW (**Karte 34C und 34D**). Ihre Präsenz ist sichtbar auf der Rheinachse und im Ruhrgebiet sowie in allen größeren Städten. Das Münsterland und Sauerland treten kaum in Erscheinung, während der Teutoburger Wald, der Niederrhein und die Eifel dieser kleinen Partei einen besseren Empfang bieten.

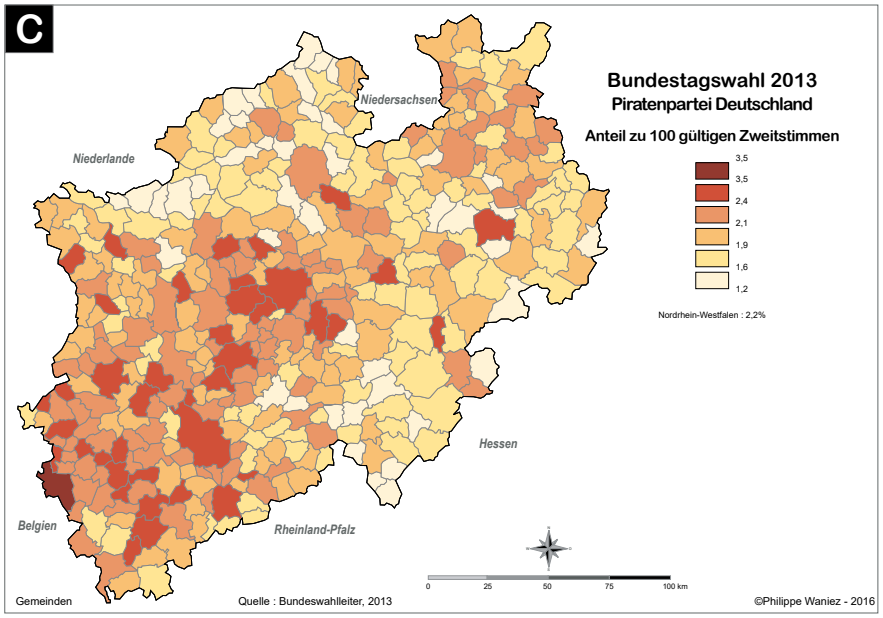
Die Tierschutzpartei

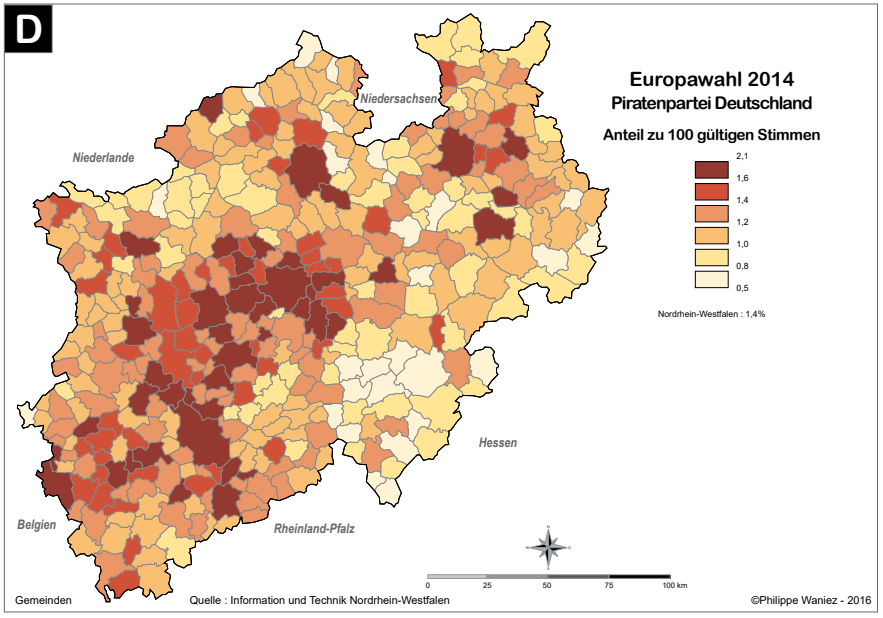
Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei) hat tausend Mitglieder und ihre staatliche Teilfinanzierung liegt bei einer Größenordnung von 150 Tsd. € (2015). Sie schaffte es immerhin, noch fast eine halbe Mio. Stimmen zu bekommen, das sind 475 Stimmen pro Mitglied der Partei, deutlich vor der CDU/CSU oder der SPD mit einem Verhältnis von etwa 17 Stimmen pro Mitglied. Diese Partei präsentiert sich wie folgt: „Wir treten für einen konsequenten Umwelt- und Tierschutz ein, nicht zuletzt, weil konsequenter Umwelt- und Tierschutz auch der beste Menschenschutz ist“ (35). Im Jahr 2013 stand auf einem Poster der Partei: „Verkohlt, Geschrödert, Ausgemerkelt“ (36).

Die Tierschutzpartei hat die Europawahl 2014 mit etwa 367 Tsd. Stimmen erfolgreicher abgeschlossen als die Bundestagswahl in 2013, bei der sie nur 140 Tsd. Zweitstimmen erhalten hat. Aufgrund dieser Tatsache ist ihr Prozentsatz von 0,3% auf 1,2% gestiegen. Damit kann sie einen Abgeordneten in das europäische Parlament schicken. Ihre Hauptverankerungen sind zum einen in den neuen Bundesländern (**Karte 35A**), insbesondere Brandenburg und Sachsen-Anhalt (in Mecklenburg-Vorpommern, bleibt sie sehr schwach) und zum anderen Rheinland-Pfalz, besonders in der Region von Kaiserslautern und dem Saarland, aus dem der einzige Abgeordnete der Partei stammt, Stefan Eck aus Homburg (er hat die Partei im Jahr 2015 verlassen).


A
Bundestagswahl 2013
Piratenpartei Deutschland
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
4,3
3,4
2,7
2,3
2,0
1,7
1,1
Deutschland : 2,2% / Nordrhein-Westfalen : 2,2%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


B
Europawahl 2014
Piratenpartei Deutschland
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
3,70
3,00
2,00
1,50
1,25
1,00
0,50
Deutschland : 1,4% / Nordrhein-Westfalen : 1,4%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


C
Bundestagswahl 2013
Piratenpartei Deutschland
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
3,5
3,5
2,4
2,1
1,9
1,6
1,2
Nordrhein-Westfalen : 2,2%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016

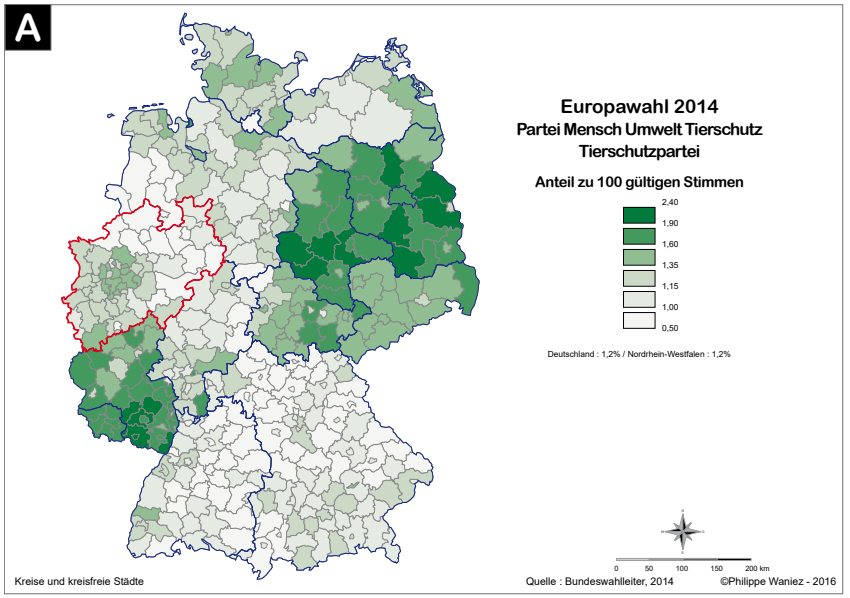

D
Europawahl 2014
Piratenpartei Deutschland
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
2,1
1,6
1,4
1,2
1,0
0,8
0,5
Nordrhein-Westfalen : 1,4%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016

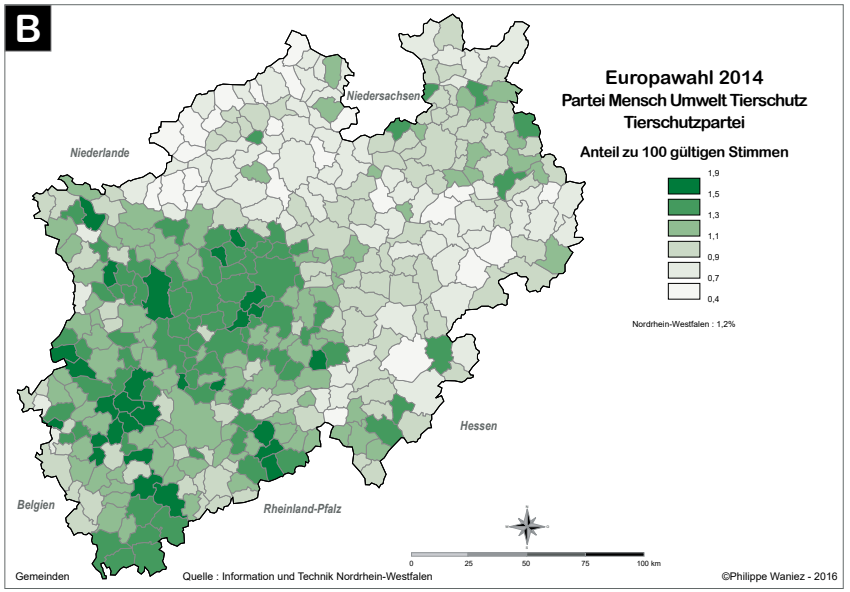
In NRW erhält die Tierschutzpartei 81 Tsd. Stimmen im Jahr 2014, hauptsächlich in der südwestlichen Hälfte (**Karte 35B**). Im Ruhrgebiet bekommt sie sogar mehr als 1%. Im Münsterland und im Sauerland ist ihre Zustimmung eher schwach.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, NPD

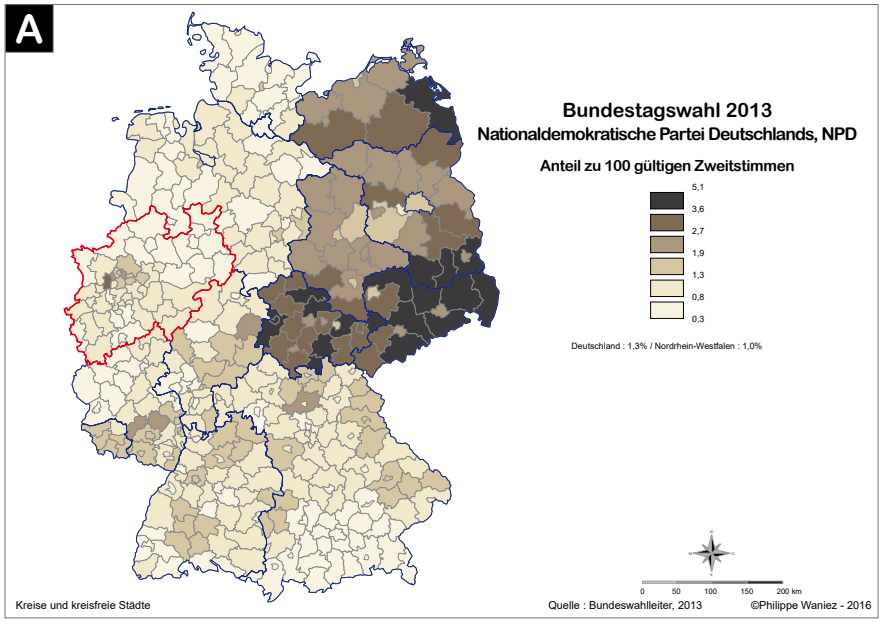
Die NDP wurde 1964 durch die Fusion von verschiedenen rechtsextremen Bewegungen gegründet. Die extrem rechte ultranationalistische Partei hat nie wirklichen Einfluss auf Bundesniveau ausgeübt. Das ist eine Partei, die in revisionistischer Tendenz, die Ausrottung der Juden in Europa durch die Nazis bagatellisiert. Sie erklärt, die Volkssubstanz der Deutschen schützen zu wollen mit der Verhärtung der Regeln zur Anwendung des Asylrechtes (37). Sie hat etwas mehr als 5 Tsd. Mitglieder (2013) und profitiert trotz zweier Verbotsverfahren in den Jahren 2001 und 2011 (die nicht erfolgreich waren) weiterhin von der staatlichen Teilfinanzierung bis zu 1,3 Mio. €.

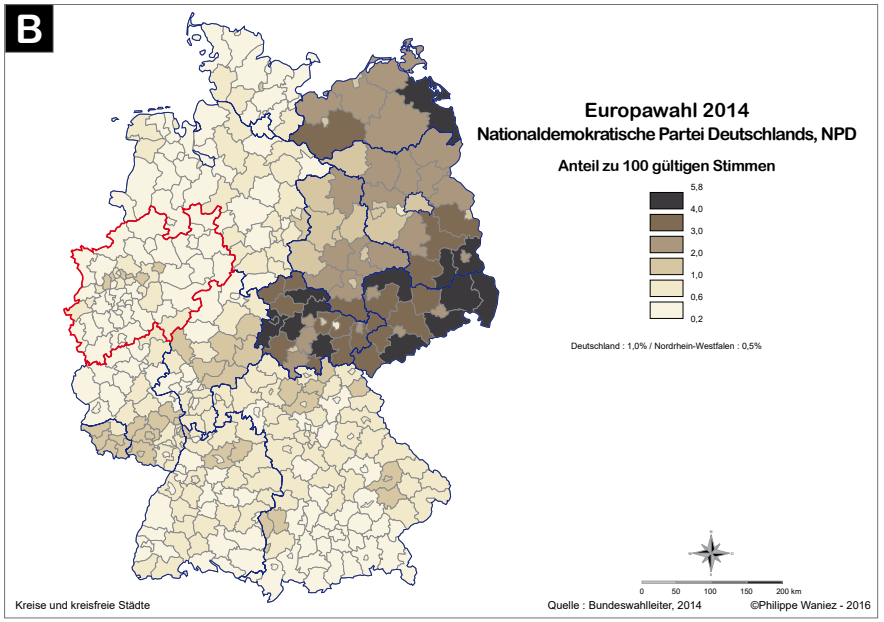
Während der Bundestagswahl in 2013 wird die NPD mit 560 Tsd. Zweitstimmen unterstützt. Für die Europawahl in 2014 hat die Partei es nicht geschafft, ihre Sympathisanten zu mobilisieren und nur 301 Tsd. Stimmen erhalten, aber trotzdem ist es ihr möglich, einen Europa-Abgeordneten zu wählen. In Prozenten ausgedrückt, wirkt die Entwicklung weniger hart: 1,3% zu 1% aufgrund der niedrigeren Wahlbeteiligung zwischen den beiden Wahlen. Auf den geografischen Karten für Gesamtdeutschland (**Karte 36A und 36B**) scheint die NPD in den neuen Ländern verankert zu sein, jedoch mit einigen bezeichnenden Nuancen. Sachsen und Thüringen unterstützen die Partei mit Werten von über 4% in Görlitz und den benachbarten Kreisen ebenso wie die Kreise von Gotha und Wartburg. Weiter im Norden, erreicht die NPD 5,6% im Landkreis Vorpommern-Greifswald, aber dies ist ein Einzelfall.

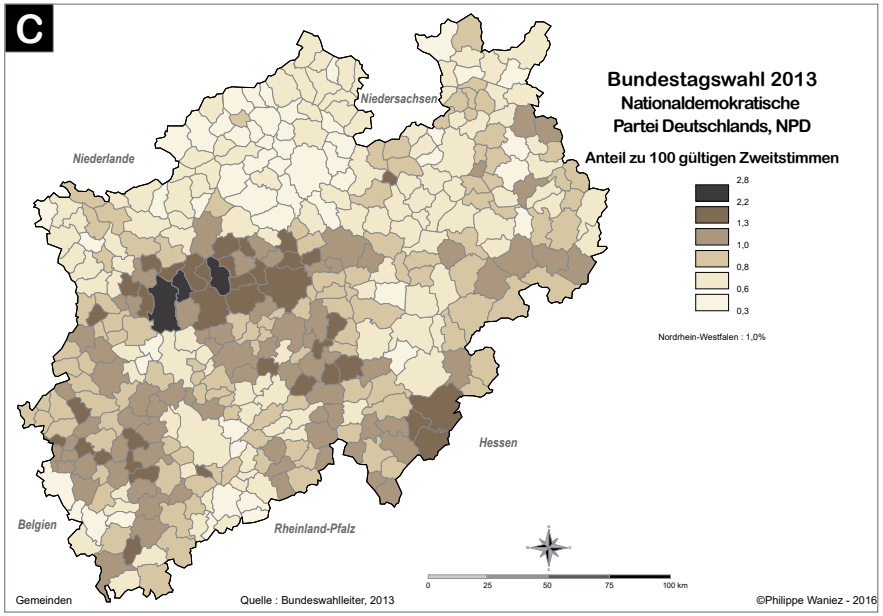


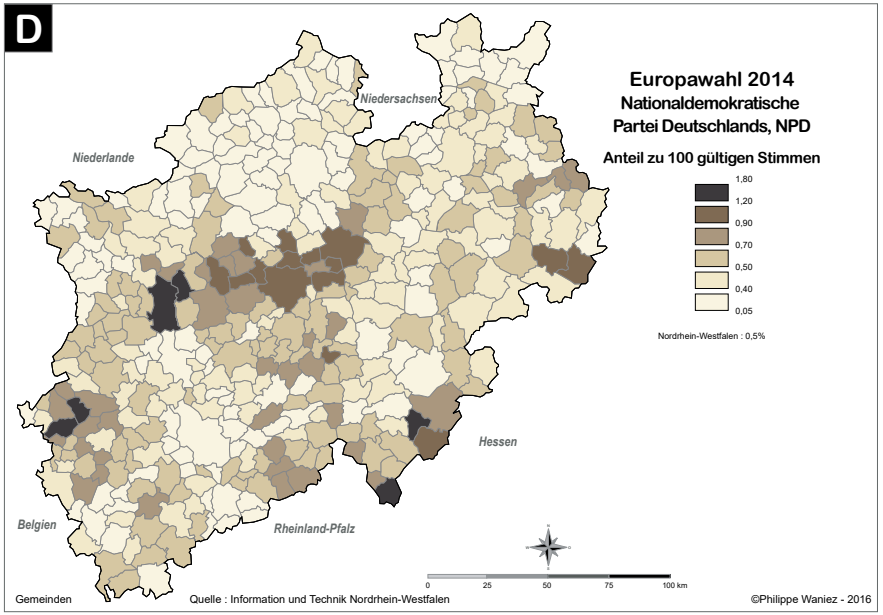


Karten 35


A
Bundestagswahl 2013
Nationaldemokratische Partei Deutschlands, NPD
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
5,1
3,6
2,7
1,9
1,3
0,8
0,3
Deutschland : 1,3% / Nordrhein-Westfalen : 1,0%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


B
Europawahl 2014
Nationaldemokratische Partei Deutschlands, NPD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
5,8
4,0
3,0
2,0
1,0
0,6
0,2
Deutschland : 1,0% / Nordrhein-Westfalen : 0,5%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


C
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Bundestagswahl 2013
Nationaldemokratische
Partei Deutschlands, NPD
Anteil zu 100 gültigen Zweitstimmen
2,8
2,2
1,3
1,0
0,8
0,6
0,3
Nordrhein-Westfalen : 1,0%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Bundeswahlleiter, 2013
©Philippe Waniez - 2016


D
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
Europawahl 2014
Nationaldemokratische
Partei Deutschlands, NPD
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
1,80
1,20
0,90
0,70
0,50
0,40
0,05
Nordrhein-Westfalen : 0,5%
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016

In NRW ist die Anzahl der für die NPD sympathisierenden Wähler geschmolzen, wie der Schnee in der Sonne: 94 Tsd. in 2013, 38 Tsd. in 2014. Es handelt sich um ein echtes Absterben der Parteibestände! Die beiden Karten (Karte 36C und 36D) weisen einen klaren Rückgang des Einflussbereichs dieser Partei dar, dessen Hauptansiedlung im Ruhrgebiet dargestellt ist: Duisburg und Oberhausen bleiben zwei Hauptpunkte, aber Gelsenkirchen schwächt sich ab. In anderen Gebieten hat die Ablehnung der NPD weiter zugenommen, besonders im Südwesten des Landes. Schließlich gewähren fast alle ländlichen Regionen von NRW der NPD nur schwache Prozentsätze (einschließlich Teutoburger Wald, diesmal nicht individualisiert), selbst wenn sich einige Kommunen hier oder da mit höheren Ergebnissen herausheben.

Die Microparteien

Hier werden vier Parteien erwähnt, die während der Europawahl in 2014, in gesamt Deutschland, zwischen 0,4% und 0,6% realisiert haben: Familie, ÖDP, Die Partei und Die Republikaner REP. Zu dieser Liste wird noch Pro NRW hinzugefügt, die, obwohl sie nur 0,2% auf der nationalen Ebene erhalten hat, hier in NRW ein gewisses Interesse darstellt.

Die Familien-Partei Deutschlands, Familie

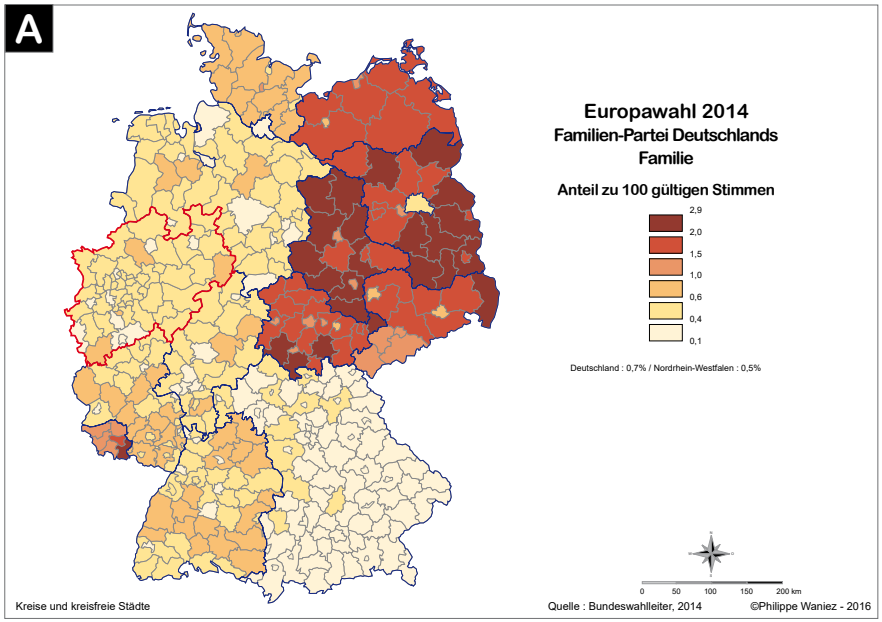
Die „Familien-Partei Deutschlands“, Familie, im Jahr 1981 gegründet, hat knapp 600 Mitglieder (2013), erhält aber trotzdem noch etwa 183 Tsd. € staatliche Teilfinanzierung (2015). Diese Partei ist der Auffassung, dass die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen offenkundig biologisch angelegt ist. „Seit Mitte/Ende der 90er Jahre schwappt aber das Gleichstellungsthema von Europa kommend wie eine Gehirnwäsche in unsere Gesellschaft“ (38). Sie beklagt: „Die Dienstleistung am Kind ins Bruttoinlandsprodukt eingerechnet, würde schon seit den 70er Jahren aufgrund der schrumpfenden Zahlen zeigen: Es läuft was schief in Deutschland“.

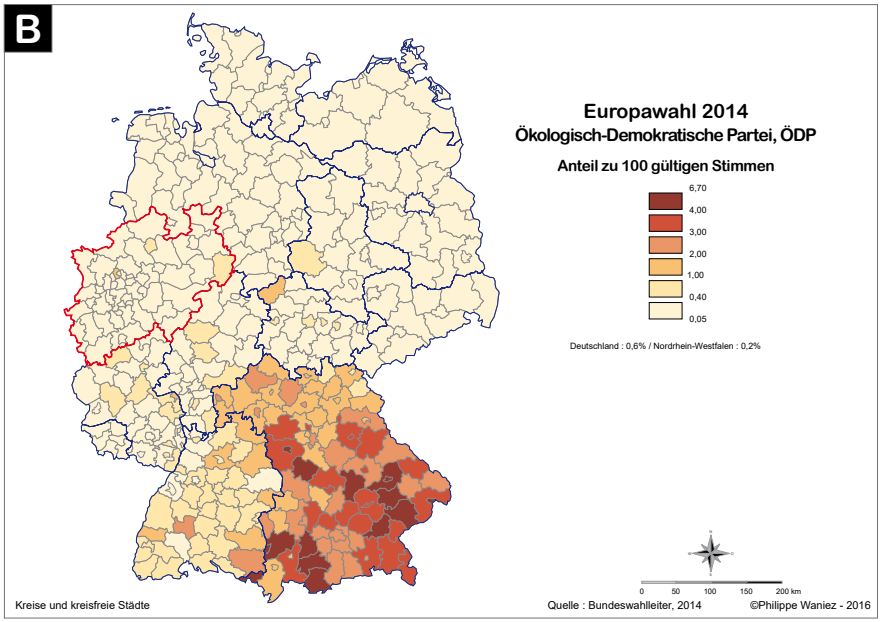
Im ganzen Land erhielt sie bei der Europawahl in 2014 202 Tsd. Stimmen (0,7%) und damit einen Abgeordneten im Europäischen Parlament. „Im Europaparlament schloss sich Gericke der europakritischen Fraktion der Europäischen Konservative und Reformisten um die Dänische Volkspartei, die polnische Recht und Gerechtigkeit von Jarosław Kaczyński, die rechtspopulistischen Finnen, die britische Conservative Party sowie bis April 2016 die AfD“ (39). Die geografische Darstellung der Familien-Partei findet man im Wesentlichen in den neuen Ländern und dem Saarland (**Karte 37A**). Sie ist relativ schwach in den großen Städten, besonders in Berlin (0,5%). In Leipzig, Dresden, Schwerin und Jena liegen ihre Werte zwischen 0,8% und weniger als 1%. Es sind vor allem die Landkreise, in denen 2% überschritten werden, besonders in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In NRW liegt sie bei 0,5%.

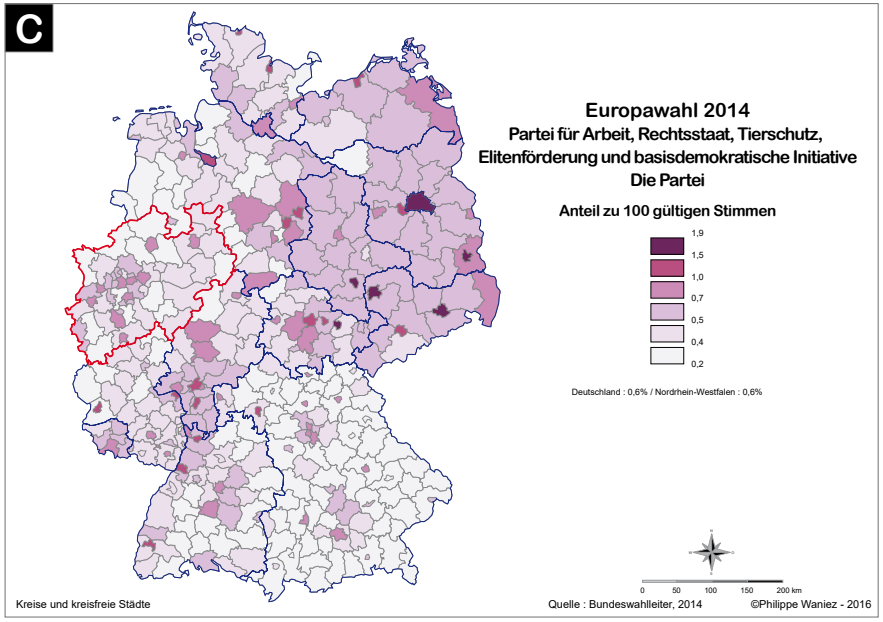
Die Ökologisch-Demokratische Partei, ÖDP

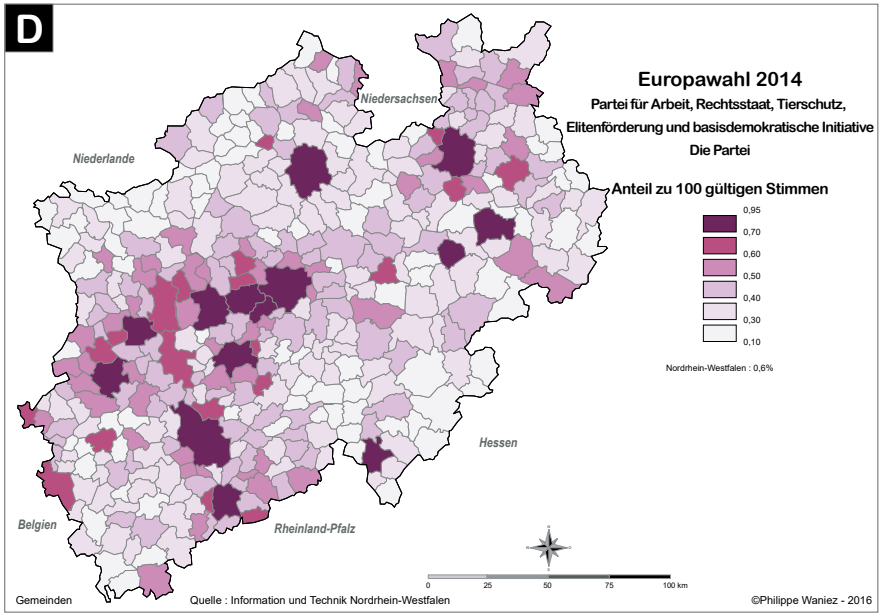
Die „Ökologisch-Demokratische Partei“, ÖDP, hat 6 Tsd. Mitglieder (2013) und erhält fast 900 Tsd. € aus der staatlichen Teilfinanzierung. „Sie wurde 1982 als Bundespartei gegründet. Inhaltliche Schwerpunkte der Partei sind Demokratie, Umwelt- und Familienpolitik. Sie sieht sich in der politischen Mitte positioniert „ (40).

Mit 127 Tsd. Zweitstimmen im Jahr 2013 und 185 Tsd. Stimmen im Jahr 2014, beträgt ihr Gewicht bei den nationalen Wahlen nicht mehr als 0,6%. Sie haben einen Abgeordneten im Europäischen Parlament im Jahr 2014.


A
Europawahl 2014
Familien-Partei Deutschlands
Familie
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
2,9
2,0
1,5
1,0
0,6
0,4
0,1
Deutschland : 0,7% / Nordrhein-Westfalen : 0,5%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


B
Europawahl 2014
Ökologisch-Demokratische Partei, ÖDP
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
6,70
4,00
3,00
2,00
1,00
0,40
0,05
Deutschland : 0,6% / Nordrhein-Westfalen : 0,2%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


C
Europawahl 2014
Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz,
Elitenförderung und basisdemokratische Initiative
Die Partei
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
1,9
1,5
1,0
0,7
0,5
0,4
0,2
Deutschland : 0,6% / Nordrhein-Westfalen : 0,6%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


D
Europawahl 2014
Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz,
Elitenförderung und basisdemokratische Initiative
Die Partei
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
0,95
0,70
0,60
0,50
0,40
0,30
0,10
Nordrhein-Westfalen : 0,6%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016

Karten 37

Es handelt sich aber nicht um eine nationale Partei, wenn man die geografische Verteilung seiner Wähler beobachtet: Das ist eine bayerische Partei (**Karte 37B**). Im nördlichen Drittel von Bayern erscheint sie verhältnismäßig schwach: Hier überschreiten die Ergebnisse selten 2% (Würzburg, Bamberg). Dagegen erreicht sie in der südlichen Hälfte des Landes oft 3% bis 4% und sogar mehr, wie in Garmisch-Partenkirchen (5,3%) oder in Straubing (5%). Die ÖDP ist in NRW praktisch nicht existent: 13 Tsd. Zweitstimmen in 2013 und 15 Tsd. Stimmen in 2014.

Die Partei

Der vollständige Name von Die Partei ist „Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative". Dieser Name fasst ihre politischen Hauptziele zusammen. Es handelt sich um eine „deutsche Kleinpartei mit parodistischem Charakter" (41). Diese Partei wurde 2004 gegründet. Sie zählt etwa 11 Tsd. Mitglieder und bekommt 183 Tsd. € von der staatlichen Teilfinanzierung (2015). Sie erhielt 184 Tsd. Stimmen (0,6%) und einen Abgeordneten bei der Europawahl in 2014.

Auf der geografischen Karte realisiert Die Partei ihre besten Ergebnisse in den Städten (**Karte 37C**), hauptsächlich im Osten, in Leipzig (1,9%), Dresden (1,8%), Cottbus (1,7%), Berlin (1,6%), Halle und Jena (1,5%). Man findet sie auch in der Mehrheit der wichtigen Städte im Westen, allerdings mit weniger hohen Ergebnissen. Ihre Bewegung mit städtischem Charakter wird auch durch die Ergebnisse in NRW bestätigt (**Karte 37D**). Hier gewähren ihr zahlreiche Städte zwischen 0,7% und weniger als 1%, während sie in den ländlichen Zonen fast nicht existiert, besonders Sauerland, Münsterland und Eifel.

Die Republikaner, REP

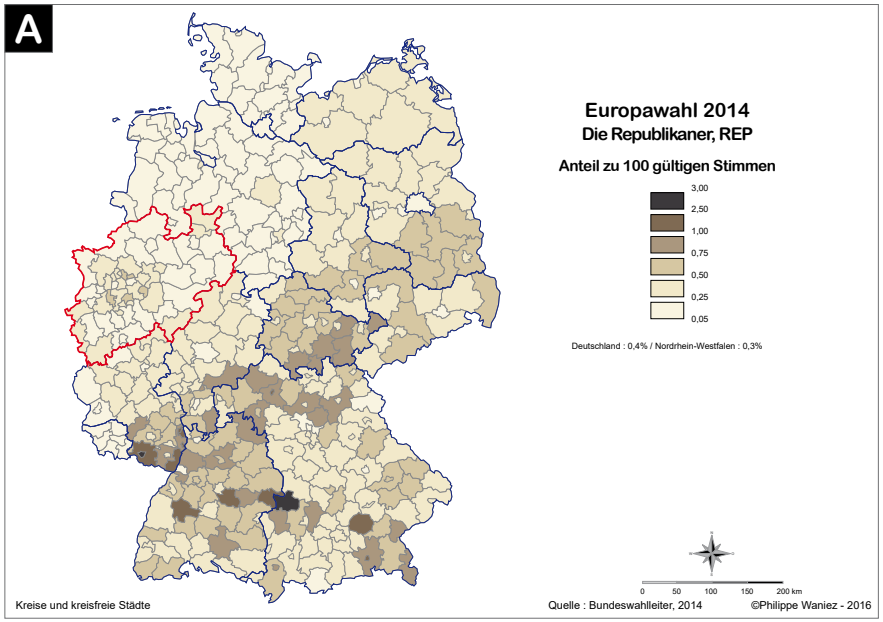
„Die Republikaner", REP, ist eine extrem rechte Partei mit nationalistischer Tendenz, die von Dissidenten der CSU 1983 gegründet wurde. Sie bewegt sich in einer Größenordnung von 4.800 Mitgliedern (2013) und hat 1,2 Mio. € von der staatlichen Teilfinanzierung erhalten.

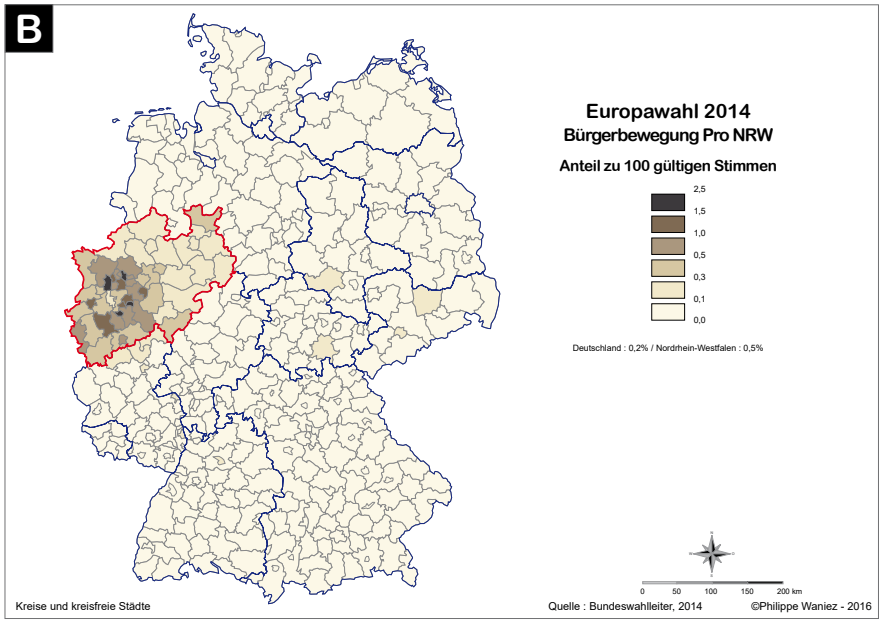
Vor der Wiedervereinigung war sie gegen die Öffnungspolitik zum Osten eingestellt. Ihre Slogans sind antieuropäisch („Stoppt den Euro-Wahn"), fremdenfeindlich („Fremd im eigenen Land, mit uns nicht") und antipolitisch („Tauscht die Politiker aus…bevor sie die Bevölkerung austauschen") (42). Ihre Ergebnisse sind von Wahl zu Wahl verschieden: nur 94 Tsd. Zweitstimmen in der Bundestagswahl von 2013, aber 109 Tsd. Stimmen in der Europawahl von 2014 (0,4%).

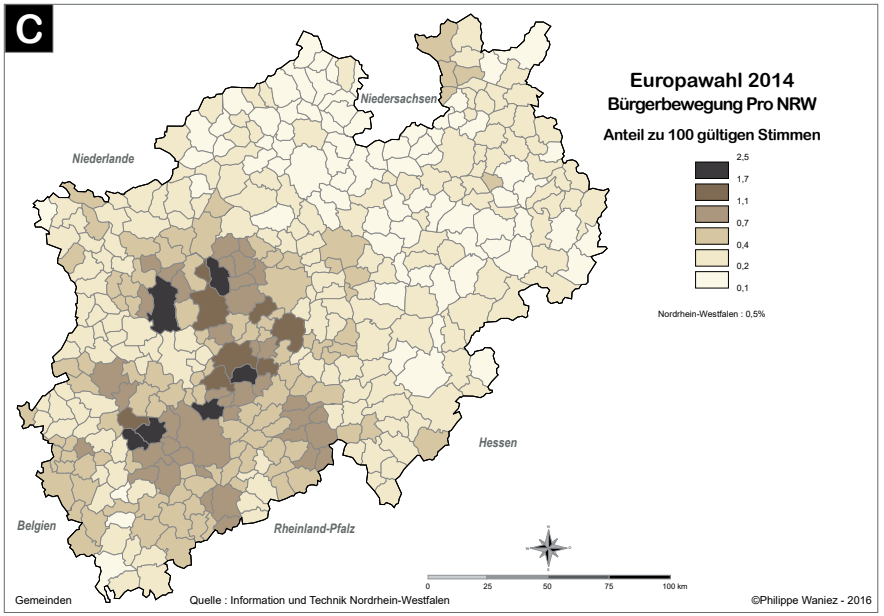
Die REP übt Einfluss aus in Baden-Württemberg (1,3% Freudenstadt) und der Pfalz (2,7% in Pirmasens) in Nordbayern, Thüringen und Sachsen (**Karte 38A**). Im Allgemeinen gibt es kein Interesse in den Städten für diese Partei. In NRW ist ihre Anwesenheit sehr schwach, wie in der Mehrheit der anderer alten Länder.

PRO NRW

Ihr voller Name ist „Bürgerbewegung pro NRW". Dies ist eine extrem rechte Partei, die im Jahr 2007 in Leverkusen gegründet wurde und ihren Sitz in Düsseldorf hat (43). Hauptthema der Partei ist die Ablehnung einer „Islamisierung" sowie "Überfremdung" hauptsächlich durch muslimische Migranten. Sie bezeichnet sich dabei selbst als „islamkritisch" (44). Sie hat etwa 1.600 Mitglieder (2013) und erhält 130 Tsd. € von der staatlichen Teilfinanzierung.


A
Europawahl 2014
Die Republikaner, REP
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
3,00
2,50
1,00
0,75
0,50
0,25
0,05
Deutschland : 0,4% / Nordrhein-Westfalen : 0,3%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


B
Europawahl 2014
Bürgerbewegung Pro NRW
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
2,5
1,5
1,0
0,5
0,3
0,1
0,0
Deutschland : 0,2% / Nordrhein-Westfalen : 0,5%
0 50 100 150 200 km
Kreise und kreisfreie Städte
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016


C
Europawahl 2014
Bürgerbewegung Pro NRW
Anteil zu 100 gültigen Stimmen
2,5
1,7
1,1
0,7
0,4
0,2
0,1
Nordrhein-Westfalen : 0,5%
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0 25 50 75 100 km
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016

Es handelt sich um keine Partei mit nationaler Spannweite, auch wenn sie an den Wahlen auf nationalem Niveau teilnimmt. Bei der Bundestagswahl in 2013 nimmt sie in Verbindung mit Pro Deutschland teil und erhält etwa 74 Tsd. Zweitstimmen, davon 23 Tsd. in NRW. Bei der Europawahl in 2014 stellt sie sich unter ihrem eigenen Namen auf und erhält 52 Tsd. Stimmen, davon 42 Tsd. in NRW. Die nationale Karte (**Karte 38B**) zeigt deutlich, dass diese Partei außerhalb von NRW kaum existiert. In NRW zeigt sich ihre Präsenz in einem Bogen, der Duisburg, das Ruhrgebiet, Hagen, die Drei Bergischen und Köln bis Erftstadt verbindet (**Karte 38C**). Duisburg, Gelsenkirchen, Leverkusen, Bergheim und Elsdorf sind die wichtigsten Punkte ihrer Zustimmung. Sie erreicht jedoch nie mehr als 2,5%.

Und viele andere Parteien...

Der fünfte Abschnitt dieses Kapitels endet hier, obwohl viele andere politische Parteien in Deutschland existieren. Sie erhielten im Jahr 2014 zwischen 0,3% und 0,03%. Zu nennen sind da: „Volksabstimmung“ (direkte Demokratie, Nationalkonservativismus, Nationalismus, 0,3%), „Partei Bibeltreuer Christen“ (PBC, christlicher Fundamentalismus, 0,2%), „Bayernpartei“ (BP, liberal-konservativ, regionalistisch, sezessionistisch 0,2%), „Partei für Arbeit, Umwelt und Familie“ (AUF, Christdemokratie und Konservatismus, 0,2%), „Christliche Mitte“ (CM, christlicher Fundamentalismus, 0,1%), „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP, Linksextremismus, Kommunismus, Marxismus-Leninismus, 0,1%), „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD, Linksextremismus, Maoismus, Stalinismus, Marxismus-Leninismus, Kommunismus, 0,1%), „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ (BüSo, Solidarität, 0,03%), „Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale“ (PSG, Trotzkismus, 0,03%).

6. Die Wahlprofile

Nachdem die erhaltenen Ergebnisse der deutschen politischen Parteien detailliert sind, scheint es zweckmäßig, die Synthese dieser Beobachtungen vorzunehmen. Hier werden drei Klassifikationen über die Ergebnisse der Europawahl von 2014 in drei verschiedenen Skalen vorgeschlagen: Gesamtdeutschland auf dem Niveau von Kreisen und kreisfreien Städten, NRW durch die Gemeinden und das Ruhrgebiet auf der Ebene der Stadtteile (oder Kommunalwahlbezirke). Es ist klar, dass nicht alle Parteien dasselbe Gewicht im Endergebnis der Wahl haben; das wurde vorher beschrieben und es geht nicht darum, hier dieselbe Sache in einer anderen Form zu wiederholen. Was jetzt angestrebt wird, ist die Kombination der Wählerststimmen für dieselben Parteien in verschiedenen geografischen Einheiten zu suchen, um so Klassen geografischer Einheiten mit gleichen Wahlprofilen zu bilden. Diese Profile werden basierend auf der Differenz (positiv oder negativ) zwischen dem Durchschnitt der Kreise jeder Klasse und dem durchschnittlichen Profil für ganz Deutschland gebildet.

Um die Wahlergebnisse in ihren sozioökonomischen Zusammenhang zu stellen, stellt der Bundeswahlleiter den Forschern eine Reihe von Daten zur Verfügung. Die Daten auf dem Niveau der Kreise und kreisfreien Städte tragen den Namen „Strukturdaten“ und sind für die Europawahl in 2014 verfügbar. Sie beziehen sich auf unterschiedliche Gebiete: die Demografie (Bevölkerungsdichte, Alter, Ausländer, Geburtensaldo und Wanderungssaldo), das Bildungsniveau (Hauptschulabschluss, Hochschulreife), die Wirtschaft (Gewerbesteuereinahmen, Wirtschaftszweige), die Unterkunft (fertiggestellte Wohnungen), die Arbeit (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Arbeitslosigkeit), die Sozialhilfe (Empfänger von Leistungen nach SGB II).

Jedes der Wahlprofile entspricht zunächst einem sozioökonomischen Profil, das den Durchschnitt für jeden sozioökonomischen Indikator in jedem Wahlprofil darstellt. Dieser Durchschnitt wird in Form von Hinweisen ausgedrückt (ein Hinweis für jeden Indikator): Basis von 100 Hinweisen = Durchschnitt für Deutschland. Die Unterschiede mit der Basis 100 werden dann für jedes Wahlprofil gerechnet. Diese Unterschiede können positiv sein, null oder negativ, je nachdem, ob die Indikatoren im Wahlprofil überrepräsentiert sind, gleich mit denen von Deutschland oder eher unterrepräsentiert sind. Der Wert 0 zeigt demnach keinen Unterschied. Eine Grafik für jeden Indikator ermöglicht die Unterschiede im Vergleich zum nationalen Durchschnitt sichtbar zu machen. Man hat hier die 12 statistischen Indikatoren berücksichtigt, die die Klassen (**Abbildung 1**) am besten trennen. Man nutzt diese Grafiken, um jedes Wahlprofil anzusehen.

Die Wahlprofile in Deutschland

Man benötigt wenigstens 11 Wahlprofile, um die Vielfalt der Wahlsituationen in ganz Deutschland zu reflektieren, 4 für die neuen Bundesländer und 7 für die alten Bundesländer (**Karte 39**).

Die neuen Länder

Die Klasse 1 deckt fast alle neuen Bundesländer ab, außer Sachsen, Berlin und die großen Städte des Ostens. Ihr durchschnittliches Profil zeigt eine größere Präsenz von vier Parteien im gesamten Land: Die Linke, Familie, NDP und in geringerem Maße auch Tierschutzpartei. Man weiß, dass eine der Ursprungskomponenten für Die Linke von der PDS aus der Ex-DDR stammt. Man beobachtet demnach, dass sie Unterstützungen in den neuen Ländern behalten hat. Die anderen drei Parteien sind im Zusammenhang mit der bestehenden Bundesrepublik eher unwichtige Parteien. Alle vier sind Protestparteien des politischen Systems. Sicher konzentrieren sie den Groll, der sich heute noch über die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen äußert, in denen sich die Wiedervereinigung seit 1989 vollzogen hat. Darüber hinaus weisen alle Regierungsparteien, CDU, SPD, Grünen und FDP für diese Klasse niedrigere Prozentsätze aus, als im nationalen Durchschnitt. Diese Interpretation wird durch das sozioökonomische Profil verstärkt: Alle Unterschiede spiegeln die schlechte Situation dieser eher ländlichen Regionen wider (schwache Bevölkerungsdichte und starke Präsenz von Beschäftigten in der Landwirtschaft), sowie demografisch (niedriger Geburtensaldo) und für Bildung und Arbeit (starker Arbeitslosigkeit). Damit bringt die Klasse 1, die weniger attraktiven Gebiete der neuen Bundesländer zusammen (mit einem geringen Ausländeranteil und einem sehr schlechten Wanderungssaldo). Dies sind die Regionen des Ostens, denen es sehr schlecht geht.

Die Klasse 2 betrifft Sachsen, mit Ausnahme der größten Städte (Dresden, Leipzig und Chemnitz) und den Landkreis Nordsachsen. Sie ist eine Variante der Klasse 1 und enthält die gleichen Merkmale, jedoch mit einem wichtigen Unterschied: die bemerkenswerte Präsenz der AfD. Der protestierende Charakter wird sowohl durch die AfD verstärkt, als auch durch die stärkere negative Abweichung bei der SPD und den Grünen. So ist es kein Zufall, dass sich die ersten Demonstrationen der Bewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ Ende 2014 in Dresden auf die Städte der anderen Länder sowohl im Osten als auch im Westen ausdehnen (45).

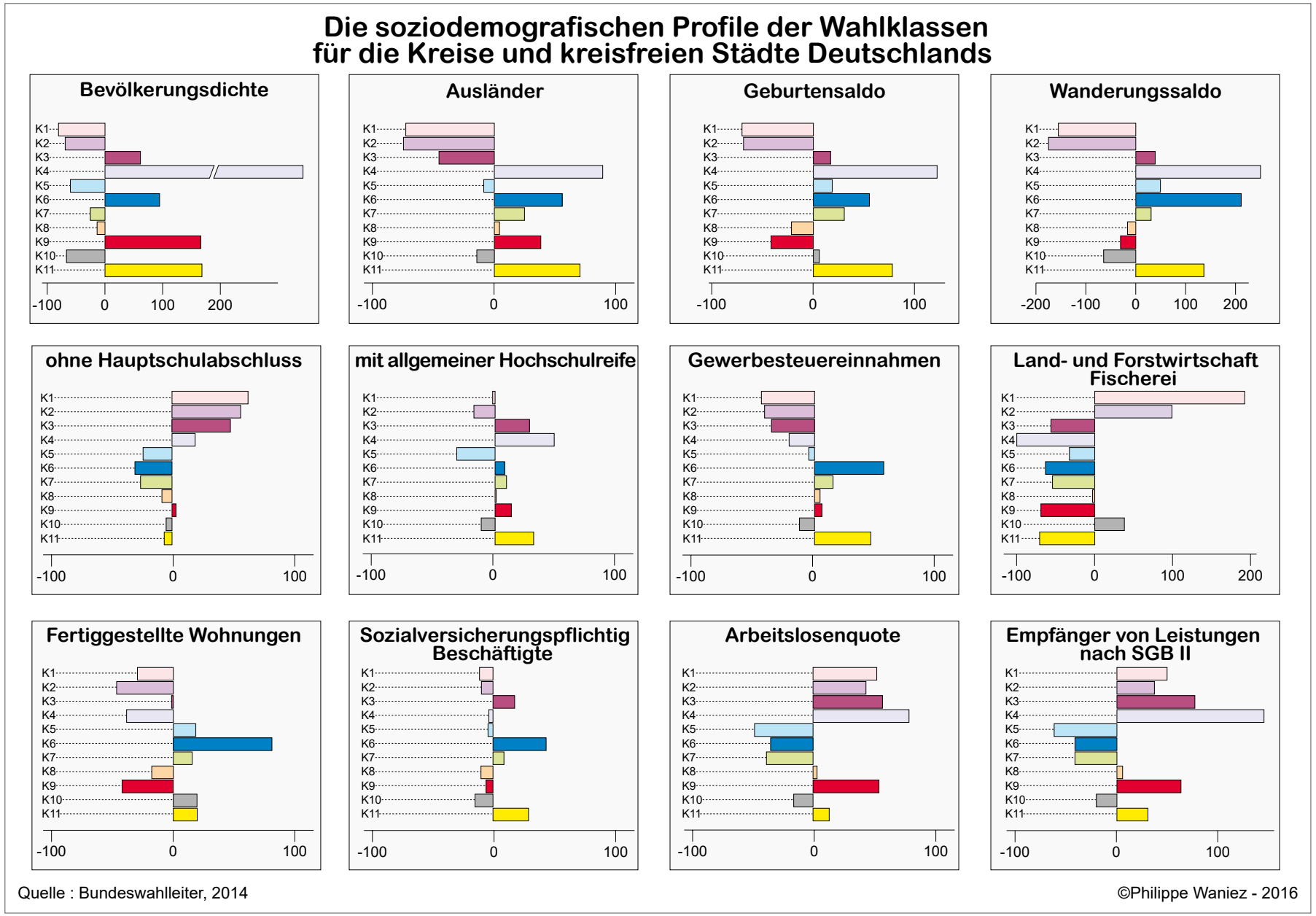
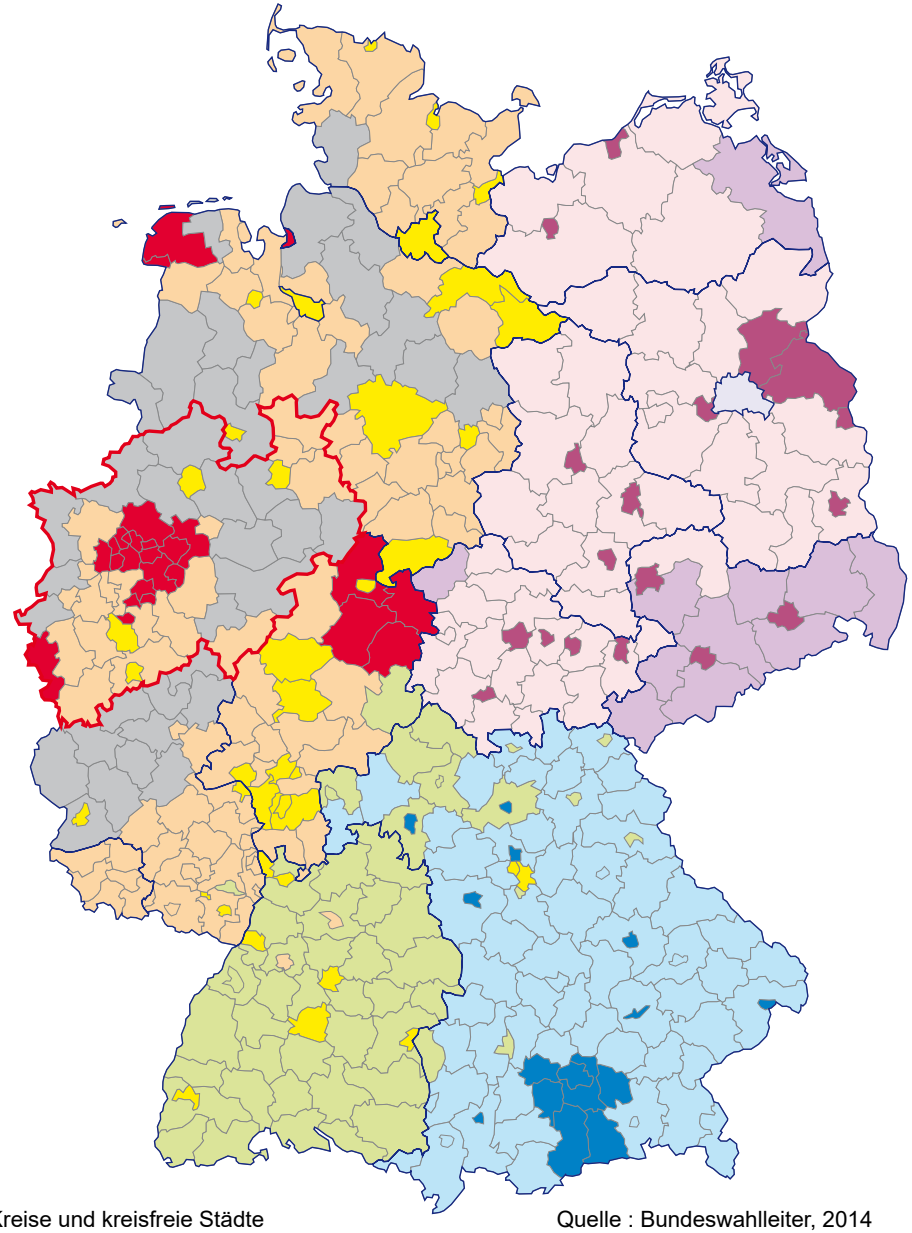
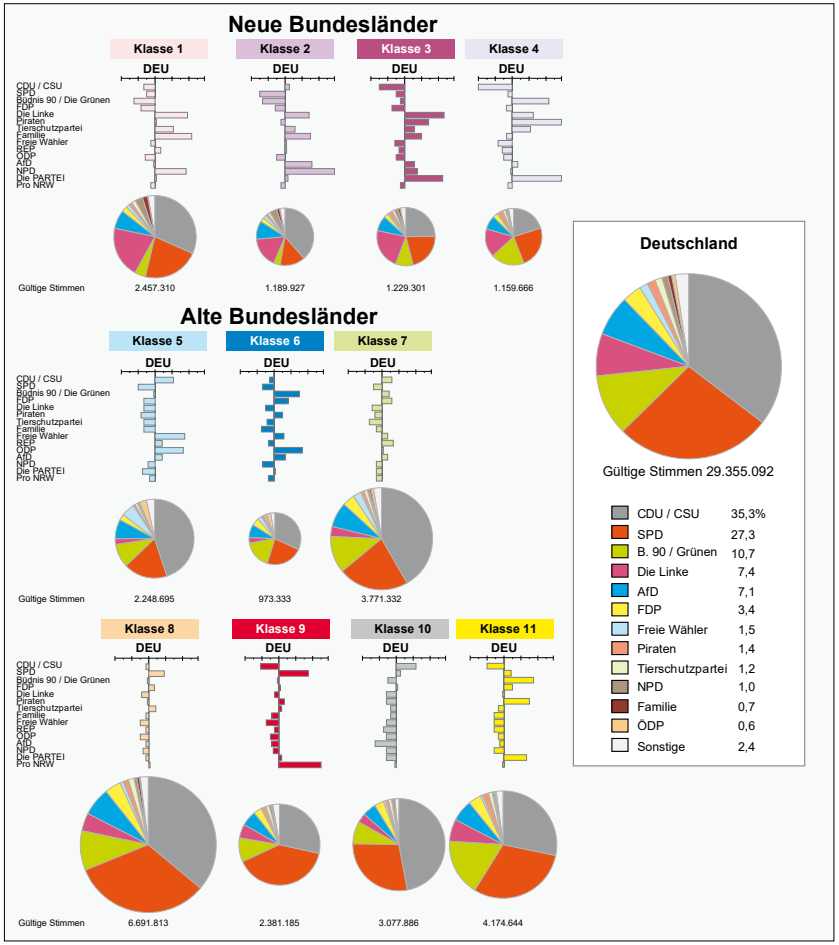

Die soziodemografischen Profile der Wahlklassen
für die Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands
Bevölkerungsdichte
Ausländer
Geburtensaldo
Wanderungssaldo
ohne Hauptschulabschluss
mit allgemeiner Hochschulreife
Gewerbesteuereinnahmen
Land- und Forstwirtschaft Fischerei
Fertiggestellte Wohnungen
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
Arbeitslosenquote
Empfänger von Leistungen nach SGB II
K1
K2
K3
K4
K5
K6
K7
K8
K9
K10
K11
Quelle : Bundeswahlleiter, 2014
©Philippe Waniez - 2016

Abbildung 1

Europawahl 2014
Klassifizierung der Ergebnisse für die Parteien





0 50 100 150 200 km

Kreise und kreisfreie Städte

Quelle : Bundeswahlleiter, 2014

©Philippe Waniez - 2016

Karte 39

Das sozioökonomische Profil der Klasse 2 unterscheidet sich etwas von der Klasse 1. Der bedeutendste Unterschied ist eine geringere Präsenz von Beschäftigten in der Landwirtschaft. So erkennt man Regionen mit besorgniserregender Sozialsituation. Die Konsequenz ist die Nutzung der Wahlen als Protestmittel.

Die Klasse 3 kennzeichnet die großen Städte der neuen Bundesländer. Man findet hier die Unterstützung der Wähler für die Parteien der beiden vorigen Klassen wieder und auch das Misstrauen den vier Hauptparteien gegenüber. Die hauptsächliche Besonderheit dieser Klasse residiert in der Anwesenheit zwei auffälliger Parteien, die dem politischen System gegenüber kritisch sind: Die Piraten und Die Partei. Dieser Unterschied ist eine Besonderheit, die den Großstädten eigen ist und die wir auch in den westlichen Städten wiederfinden. Es ist demnach kein Zufall, dass das Bildungsniveau hier viel höher ist als in anderen Kreisen der neuen Länder (besonders der Indikator „mit allgemeiner Hochschulreife“). Die Erwerbsquoten sind besser aber verhindern nicht ein hohes Niveau der Arbeitslosenquoten und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II. Mit anderen Worten, die wichtigsten Städte in den neuen Ländern zeigen einige positive Signale, die jedoch, nicht die negativen Signale löschen können, was wiederum eine gewisse Ablehnung des etablierten politischen Systems erklärt.

Schließlich, das Wahlprofil von Berlin, das sich allein in der Klasse 4 zusammensetzt und sich vom Rest der Ex-DDR sehr unterscheidet. Berlin war lange Zeit eine für neue Ideen geöffnete Stadt und nach einer langen Periode des Fegefeuers in der Mitte des 20.Jahrhunderts, kommt in der Stadt wieder Verschiedenheit und Kreativität auf. Mehrere Parteien prägen das Wahlprofil von Berlin: erstens die starke Präsenz der Grünen, aber auch von den Piraten und von Die Partei. Mit anderen Worten ähnelt das Profil von Berlin, dem der anderen großen Städte des Ostens, aber mit einem grundlegenden Unterschied in der Bedeutung für die Grünen. Das sozioökonomische Profil unterscheidet sich auch von dem in anderen Regionen der ehemaligen DDR. Geburtensaldo und Wanderungssaldo zeigen positive Abweichungen im Verhältnis zu den Werten von Deutschland. Es gibt einen höheren Ausländeranteil, das Bildungsniveau ist hier hoch, aber es bleiben schwarze Punkte auf der Seite der Beschäftigten mit einem relativ hohen Niveau von Arbeitslosigkeit und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II. Insgesamt eine Situation im Halbschatten, die die deutliche Ablehnung für die Partei der Kanzlerin, die CDU erklären kann: Der negative Unterschied ist hier in allen Klassen der Klassifikation am stärksten.

Bayern

Das Land Bayern bildet eine Klasse für sich (außer einiger Städte, die nicht dazu gehören und einiger Kreise von Unter- und Oberfranken die darin enthalten sind). Diese Klasse 5 wird durch die starke Präsenz der CSU definiert und durch Freie Wähler und die ÖDP ergänzt. Die Wähler lehnen dort sämtliche linken Parteien (SPD, Linke…) und „Untergrund-Parteien“ ab (Piraten, Die Partei) und öffnen sich den extrem Rechten (REP und AfD). Die sozioökonomischen Merkmale dieser Klasse, die vor allem Landkreise beinhaltet, sind ziemlich positiv. Geburtensaldo und Wanderungssaldo liegen im Allgemeinen über dem nationalen Durchschnitt, auch wenn der Unterschied selten zu einer Zunahme der Zahl von Einwohnern führt. Die Personen „ohne Hauptschulabschluss“ haben einen kleinen Anteil, aber das Niveau Hochschulreife ist kaum vertreten, hier werden einige Wohnungen mehr als woanders gebaut.

Dies ist die Klasse mit der durchschnittlich schwächsten Arbeitslosigkeit und die Empfänger von Leistungen nach SGB II sind seltener als im Rest des Landes. In diesem ruhigen Bayern sind die Wähler eher konservativ: Sie bevorzugen Kontinuität, die das Recht des politischen Spektrums für sie bringt.

Die Klasse 6 entspricht der Region von München, die sich bis zu den Alpen ausbreitet (kreisfreie Stadt und Landkreis, Ebersberg, Fürstenfeldbruck, Starnberg, Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach). Diese Klasse betrifft auch mehrere bayerische Städte (jedoch nicht Nürnberg und Augsburg): Kaufbeuren, Landshut, Passau, Regensburg, Ansbach, Erlangen, Bamberg und Würzburg. Die Grünen besetzen dort einen wichtigen Platz, dazu kommen die FDP und ÖDP, die Piraten und die Partei Freie Wähler. Die CSU ist dort weniger dominant als im Rest des Landes. Das gibt diesen Städten eine gewisse politische Vielfalt, die von der massiven CSU-Prägung in weiten Teilen des Landes abweicht. Die sozioökonomischen Indikatoren spiegeln die wirtschaftliche und soziale Dynamik der Städte wider. Der Wanderungssaldo ist dort besonders hoch, dies erklärt auch die starke Präsenz von Ausländern. Das Bildungsniveau ist dort besser als im Rest des Landes. Die Unternehmen erreichen ein hohes Niveau der Gewerbesteuereinnahmen. Die Erwerbsquoten sind sehr hoch dort, das drückt sich in einem schwachen Niveau der Arbeitslosigkeit und Empfängern von Leistungen nach SGB II aus. Man hat es hier mit einem dynamischen Bayern zu tun, welches gute Ergebnisse zeigt, im Gegensatz zu denen der Klasse 5.

Schließlich bildet Nürnberg mit Fürth einen Sonderfall. Sie sind Mitglieder der Klasse 11, die einen großen Teil der Städte in den alten Bundesländern charakterisiert, die später analysiert werden.

Baden-Württemberg

Wie Bayern gehört das Land Baden-Württemberg zu einer eigenen Klasse unter Ausschluss einiger seiner Städte. Diese Klasse 7 zeigt keine bedeutenden Abweichungen im Vergleich zum Durchschnittsprofil von Deutschland. Allerdings kann man eine relative Ablehnung der linken Parteien (SPD, Linke) beobachten, zugunsten der Grünen oder den rechten Parteien (CDU und FDP) und auch in geringerem Ausmaß der PWR und AfD. Das sozioökonomische Profil der Klasse 7 ist der Klasse 6 ähnlich (Bayern Dynamik), jedoch mit geringeren Abweichungen vom Durchschnitt in Deutschland. Da es sich oft um ländliche Regionen handelt, kann man den deutlichen Unterschied zwischen dem politisch konservativen Charakter der Landkreise in Bayern und der erkennbaren größeren politischen Öffnung der Landkreise in Baden-Württemberg beobachten.

Einige Städte in Baden-Württemberg gehören zu der Klasse 11, die einen Teil der Städte der alten Länder umfasst (siehe weiter unten).

Das große Drittel im Nordosten von Deutschland

In den anderen Ländern ist die Geografie der Wahlergebnisse komplexer im Vergleich zu den zuvor beschriebenen mehr oder weniger homogenen regionalen Blöcken. Die zwei Hauptparteien CDU und SPD bestimmen jeweils eine Klasse. Die Klasse 8 gehört im Wesentlichen zur SPD, die nur auf eine schwache Konkurrenz der FDP und Tierschutzpartei trifft.

Diese Klasse erstreckt sich vom Saarland nach Schleswig-Holstein über die Pfalz, Dreiviertel des südlichen Hessens, die südliche Hälfte von NRW, dem Südosten und dem Nordwesten von Niedersachsen. Für alle sozioökonomischen Indikatoren zeigt die Klasse 8 kaum Unterschiede zum nationalen Durchschnitt an, die manchmal negativ, manchmal positiv, aber niemals wirklich bezeichnend sind.

Die Klasse 9 entspricht auch dem Einflussbereich der SPD, aber mit einer höheren Intensität als die Klasse 8. In NRW umfasst diese Klasse das Ruhrgebiet, die Drei Bergischen, Leverkusen und Aachen. In Oberhessen sind vier Kreise in dieser Klasse (Hersfeld-Rotenburg, der Schwalm-Eder-Kreis, Werra-Meißner und der Landkreis von Kassel). Die sozioökonomischen Merkmale dieser Klasse sind sehr von dem Ruhrgebiet beeinflusst: hohe Bevölkerungsdichte mit einer deutlichen Ausländerpräsenz (dies charakterisiert Oberhessen ungenau). Die Arbeitslosigkeit erreicht hier hohe Werte, ebenso wie die Anzahl der Empfänger von Leistungen nach SGB II.

In NRW fügt sich Pro NRW dazu, nicht aufgrund der ideologischen Nähe, sondern weil Pro NRW auch gute Ergebnisse im Ruhrgebiet erreicht hat.

In der Klasse 10 wird hauptsächlich die CDU bevorzugt. In Rheinland-Pfalz ist es die nördliche Hälfte des Landes: Eifel, der Hunsrück, Mosel. In NRW handelt es sich um die ländlichen Regionen vom Niederrhein, dem Münsterland und Sauerland. Man sieht wieder, dass der Teutoburger Wald sich nicht mit diesen Regionen zusammenschließt, weil er ein Mitglied der Klasse 8 ist. Im Norden von NRW dehnt sich diese Klasse nach Niedersachsen aus: Emsland, Cloppenburg, Vechta, Grafschaft Bentheim und der Landkreis von Osnabrück. Zusammen entsprechen diese Regionen von NRW und Niedersachsen zum Teil dem Bistum Münster aus dem XVII. Jahrhundert. In Niedersachsen erscheint eine Achse der CDU, die Gifhorn (im Osten) und Nienburg (im Westen) mit Cuxhaven und Dithmarschen verbindet. Es handelt sich um einen großen Teil des alten Kurfürstentums Hannover (allerdings ohne Hannover) zwischen Elbe und Weser. Diese Kreise mit politisch konservativem Profil liegen hauptsächlich in ländlichen Regionen, in denen die Landwirtschaft eine bedeutende Rolle bei der erwerbstätigen Bevölkerung einnimmt. Es handelt sich um
Regionen in einer guten Situation mit weniger Arbeitslosigkeit und Empfängern von Leistungen nach SGB II. Aber diese ländlichen Gegenden scheinen wenig attraktiv

Abschließend die Klasse 11, die viele Metropole der alten Länder enthält, wie Stuttgart, Frankfurt am Main, Wiesbaden, Mainz, Köln, Hannover, Bremen und Hamburg. Es gibt auch einige wichtige Verwaltungs- und Universitätsstädte, wie Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Bonn, Münster, Oldenburg, Braunschweig, Lübeck und Kiel. Diese Klasse ist geprägt durch das Gewicht der Grünen, Piraten sowie Die Partei und auf sekundäre Weise von der SPD und FDP. Extreme Parteien, ob rechts oder links werden dort nicht unterstützt. Aus der sozioökonomischen Sicht sind die Eigenschaften dieser Klasse die der Metropolen: hohe Bildung, hohe Gewerbesteuereinnahmen, hohe Erwerbsquoten, Geburtensaldo und Wanderungssaldo mit relativ gutem Niveau (erstens aufgrund der Anwesenheit von jungen Arbeitnehmern und zweitens wegen der Beschäftigungsmöglichkeiten) eine Menge fertiggestellter Wohnungen, hoher Ausländeranteil. Jedoch ist in diesen Großstädten nicht alles positiv, weil die Arbeitslosigkeit und die Empfänger von Leistungen nach SGB II in der Proportion höher sind als im Rest des Landes.

Die Wahlprofile von Nordrhein-Westfalen

In der Klassifikation für ganz Deutschland gehören die Kreise und kreisfreien Städte von NRW zu 4 verschiedenen Klassen. Die Klassifikation auf der Basis der Ergebnisse bei der Europawahl in 2014 in den Kommunen von NRW enthält 6 Klassen. Das ermöglicht die Wahlgeografie des Landes besser zu detaillieren (**Karte 40**). Natürlich findet man hier die wichtigsten Strukturen wieder, die bereits durch die Analyse auf nationaler Ebene beschrieben wurden. Man beobachtet aber auch einige Nuancen aufgrund des besseren Niveaus der territorialen Details, die die Kommunen im Vergleich zu den Kreisen darstellen.

Die ländlichen Gebiete

Die Klasse 1 enthält die ländlichen Gebiete: Niederrhein, Münsterland, Sauerland, Oberbergischer Kreis, der Osten von Siegerland –Wittgenstein und Eifel. In dieser Klasse befinden sich 22,7% der gültigen Stimmen vom gesamten Land. Das Wahlprofil dieser Klasse zeigt einen klaren Vorteil für die CDU, die im Durchschnitt 47,1% der gültigen Stimmen darstellt. Mit anderen Worten erhält die CDU fast ein Drittel der Stimmen (30,1%), die sie in gesamt NRW aus diesen ländlichen Gebieten erhält. Die Parteien Familie und Freie Wähler liegen dort auch leicht über dem Durchschnitt. Im Gegensatz dazu sind alle anderen Parteien, insbesondere die links gerichteten, unter dem Durchschnitt im Land.

Jedoch nicht alle ländlichen Räume wählen rechts; das zeigt die Klasse 2: Man findet dort den größten Teil des Teutoburger Waldes und in seiner Verlängerung im Westen (Gegend von Ibbenbüren) sowie Kreise aus Siegerland-Wittgenstein, die nicht zur Klasse 1 nicht gehören. Das Wahlprofil der Klasse 2 unterstreicht einen Vorteil für die SPD mit 37,5% der gültigen Stimmen. Andere Parteien sind ebenfalls vorhanden, aber mit etwas höheren Werten als der Durchschnitt des Landes: Linke, Piraten, Republikaner und AfD.

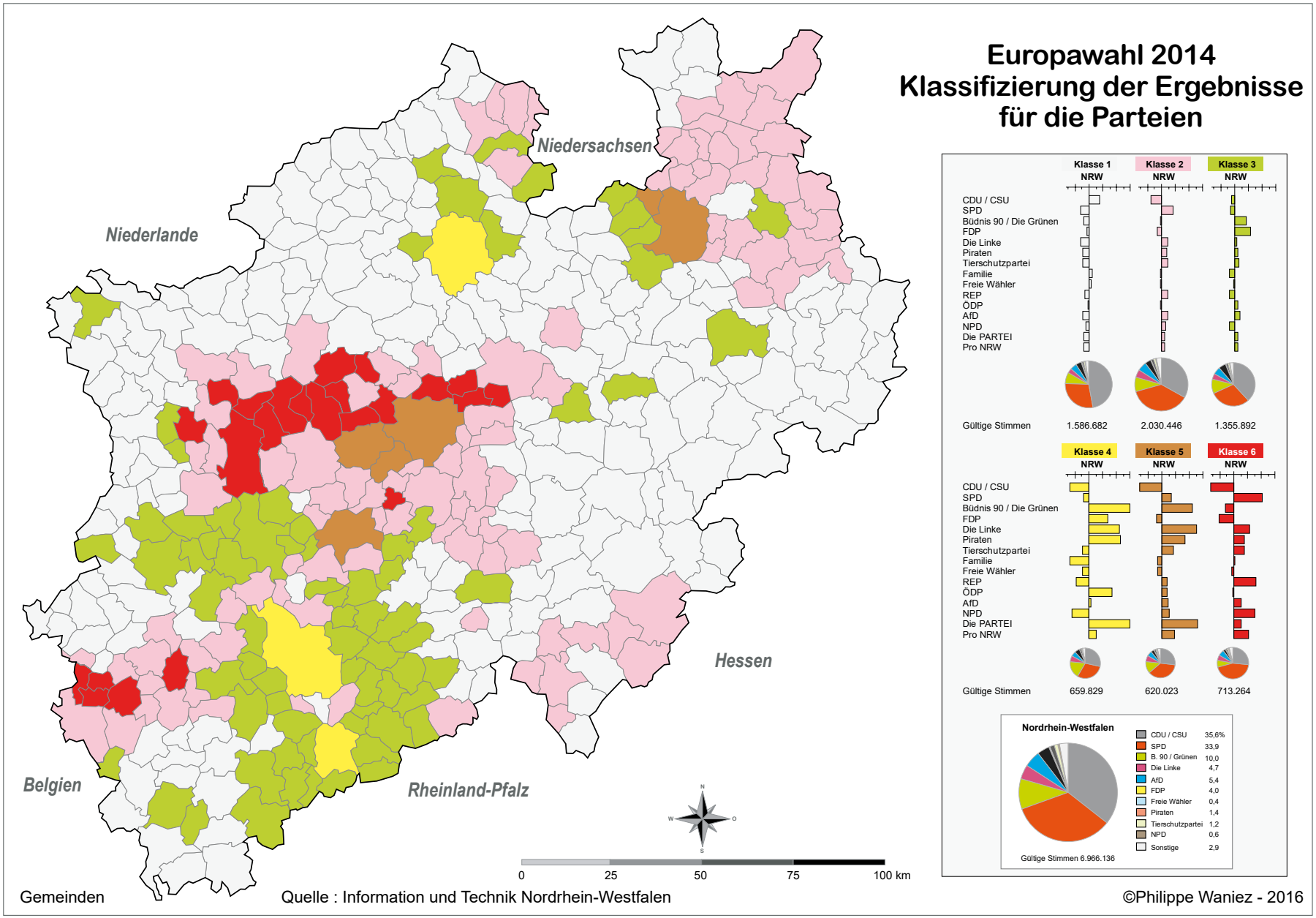
Die Städte und vorstädtischen Räume

Man findet in der Klasse 2 auch die vorstädtischen Räume der Industriegebiete, wie die Peripherie des Ruhrgebiets oder den Märkische Kreis und Industriestädte, wie Aachen, Essen, Solingen und Siegen. Die Klasse 2 scheint aufgrund der darin befindlichen unterschiedlichen Raumtypen zusammengesetzt: ländlich, vorstädtisch, städtisch. Das drückt sich mengenmäßig in einer großen Anzahl von Wählern und 29,1% der gültigen Stimmen des Landes aus.

Die Klasse 3 umfasst hauptsächlich vorstädtische Gemeinden der Rheinachse. Düsseldorf ist ebenfalls Mitglied dieser Klasse, doch weder Bonn noch Köln. Hier sind 19,5% der gültigen Stimmen erfasst. Das Wahlprofil zeigt deutliche positive Abweichungen zugunsten der FDP (5,3%) und der Grünen (10,7%). Man findet diese Klasse auch in den Umgebungen nördlich von Münster und westlich von Bielefeld.

Zwei Klassen für die Großstädte

Die in den Klassen 4 und 5 erfassten Städte haben fast dieselbe Anzahl Wahlberechtigte, in der Größenordnung von 1,2 Mio. Der Unterschied im Gewicht der gültigen Stimmen bei der Europawahl in 2014, 9,5% für die Klasse 4, und 8,9% für die Klasse 5 erklärt sich aus der stärkeren Wahlbeteiligung in der Klasse 4 (56,1%) als in der Klasse 5 (49,4%).


Europawahl 2014
Klassifizierung der Ergebnisse
für die Parteien
Niedersachsen
Niederlande
Hessen
Belgien
Rheinland-Pfalz
0
25
50
75
100 km
Klasse 1
Klasse 2
Klasse 3
Klasse 4
Klasse 5
Klasse 6
NRW
CDU / CSU
SPD
Büdnis 90 / Die Grünen
FDP
Die Linke
Piraten
Tierschutzpartei
Familie
Freie Wähler
REP
ÖDP
AfD
NPD
Die PARTEI
Pro NRW
Gültige Stimmen
1.586.682
2.030.446
1.355.892
659.829
620.023
713.264
Nordrhein-Westfalen
CDU / CSU 35,6%
SPD 33,9
B. 90 / Grünen 10,0
Die Linke 4,7
AfD 5,4
FDP 4,0
Freie Wähler 0,4
Piraten 1,4
Tierschutzpartei 1,2
NPD 0,6
Sonstige 2,9
Gültige Stimmen 6.966.136
Gemeinden
Quelle : Information und Technik Nordrhein-Westfalen
©Philippe Waniez - 2016

Karte 40

Köln, Bonn und Münster bilden die Klasse 4. Das Wahlprofil zeigt große Unterschiede zum durchschnittlichen Profil, besonders im Gewinn für die Grünen (18,1%), FDP (5,3%), Linke (6,4%), Piraten (1,9%). Dagegen realisieren die CDU (28,4%) und die SPD (30%) hier ihre schlechtesten Ergebnisse.

Wuppertal, Bochum, Dortmund und Bielefeld sind in der Klasse 5. Im Vergleich zur Klasse 4 zeigt das Wahlprofil ebenfalls einen deutlichen positiven Unterschied für die Grünen (12,9%), Die Linke (6,8%) und Piraten (1,8%). Hier macht die FDP (3,4%) allerdings ein weniger gutes Ergebnis, während die SPD im Gegensatz dazu mit 36,8% besser liegt.

Diese beiden Klassen der Städte haben starke Abweichungen zum durchschnittlichen Profil von NRW. Ihre Orientierung ist in der Klasse 4 etwas liberaler und in der Klasse 5 etwas sozialistischer. Dies ist verständlich, wenn man bedenkt, dass Köln, Bonn und Münster eine Wirtschaft haben, die im Allgemeinen mehr in Richtung Handel, Dienstleistungen und internationale Aktivitäten orientiert ist, während Wuppertal, Bochum, Dortmund und Bielefeld Industriegebiete sind, oft mit den Veränderungen der Wirtschaft und mit einem schwierigen Arbeitsmarkt. In den beiden Fällen ist das gute Ergebnis der Grünen ein gemeinsames Merkmal, das sicher den Wunsch der Wähler für die Verbesserung der städtischen Umgebung ausdrückt.

Die Nordachse des Ruhrgebiets

Die Klasse 6 kennzeichnet eine Reihe Gemeinden zwischen Duisburg und Bönen auf der Achse nördlich des Ruhrgebiets. Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Gelsenkirchen, Herten, Herne, Castrop-Rauxel gehören ebenfalls zu dieser Klasse. Sie enthält 10,2% der gültigen Stimmen. Hier bekommt die SPD mit durchschnittlich 44,3% ihre höchsten Ergebnisse. Die sozialistische Tendenz wird deutlicher, wenn man die anderen linken Parteien noch hinzufügt. Dabei realisieren die Parteien der radikalen Rechte hier ihre besten Ergebnisse, wie die AfD (6,1%) oder die NDP (1%). Mit anderen Worten, ähnelt die Klasse 6 bestimmten Merkmalen in der Klasse 5, unterscheidet sich aber durch die starke Präsenz der extremen Rechten und der Schwäche der Grünen (7,1%), die hier ihre schlechtesten Ergebnisse haben.

Das Wahlprofil des Ruhrgebiets

Die Auswahl der Wahlergebnisse auf dem Niveau der Stadtteile oder Kommunalwahlbezirke, ermöglicht nicht die Statistiken für alle teilnehmenden Parteien bei der Europawahl 2014 zusammenzufassen. Aus diesem Grund sind hier nur die besser dargestellten 6 Parteien berücksichtigt: CDU, SPD, Bündnis 90/Grünen, Die Linke, AfD und FDP.

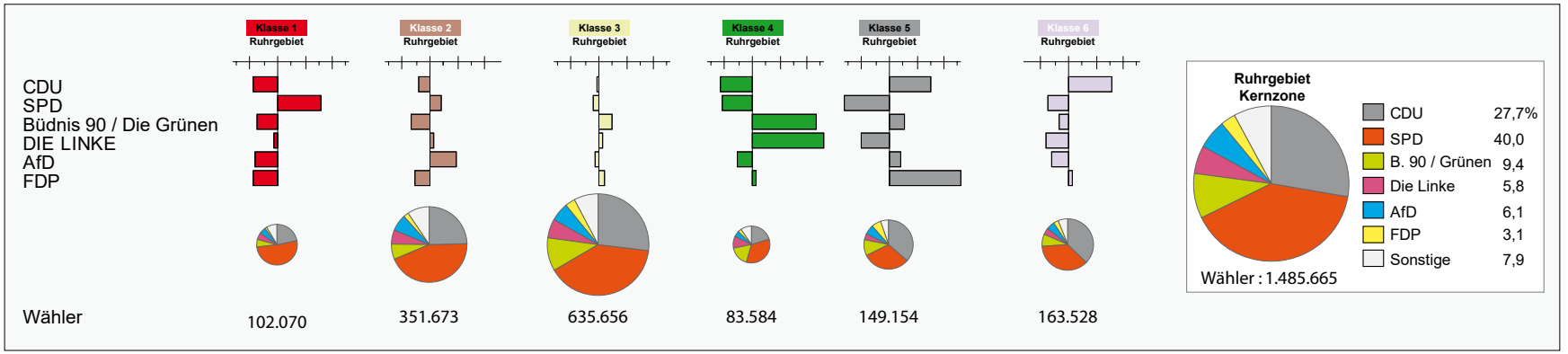
Basierend auf den Ergebnissen dieser sechs Parteien stellen sich 6 sehr ungleiche Klassen bezüglich der Wählerzahl dar (**Karte 41**). Die wichtigste von diesen Klassen ist die Klasse 3, die 42,8% der Wähler beinhaltet. Das Wahlprofil dieser Klasse ist sehr nahe am Durchschnittsprofil der gesamten Kernzone des Ruhrgebiets mit einer starken Präsenz der SPD (40% im Durchschnitt über die gesamte Zone). Allerdings zeigt dieses Profil einen kleinen Vorteil für die Grünen: 10,6% anstelle von 9,4% im Durchschnitt. Die geografische Verteilung dieser Klasse bildet eine Achse, die Duisburg mit Unna verbindet und fast der südlichen Achse der Kernzone entspricht.

Stadtteile, Kommunalwahlbezirke

0 20 km

Ruhrgebiet
Kernzone

Europawahl 2014
Klassifizierung der Ergebnisse für die Parteien



Quelle : Wahlämter und Statistikstellen der Gemeinden

©Philippe Waniez - 2016

Karte 41

In der Gegenüberstellung bilden Klasse 5 und 6 die Ränder der Kernzone mit einer ähnlichen Anzahl von Wählern: 149 Tsd. für Klasse 5 und 163 Tsd. für Klasse 6. Allerdings zeigen diese zwei Klassen eine unterschiedliche Zusammenstellung der Ergebnisse an. Diese unterscheiden sich einerseits untereinander und andererseits im Vergleich mit der Klasse 3. Die Wahlprofile sind stärker gestreut als zuvor und unterstreichen die Dominanz der CDU, die 36,3% von den Wählern in Klasse 5 und 37,2% in der Klasse 6 erhält. Das sind 10 Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt in der Kernzone (27,7%). Zwischen diesen zwei Klassen erscheint auf der einen Seite ein deutlicher Unterschied im Gewicht der FDP, 6,2% in der Klasse 5 (gegen nur 3,1% in der Klasse 6) und auf der anderen Seite im Gewicht der SPD, 36,7% in der Klasse 6 (gegen nur 31,3% in der Klasse 5).

In der Klasse 6 beobachtet man eine Kombination von CDU und FDP, der 42,5% der Wähler gegenübersteht, während sie in der Klasse 5 nur 40,3% erhält. Diese Differenz von 2,2 Punkten auf der rechten Seite zwischen diesen beiden Klassen könnte man als vernachlässigbar ansehen, wenn sie nicht jeweils den Südrand für Klasse 5 und den Nordrand für die Klasse 6 entspricht. Es gibt also einen Wahlunterschied. Die Wähler im Süden vertrauen den Rechten, weil sie ein höheres sozioökonomisches Niveau haben und an den Liberalismus der FDP glauben. Im Norden teilen sich die Stimmen auf CDU und SPD.

In der nördlichen Hälfte der Kernzone, mit Ausnahme des Randes, in dem CDU und SPD auch beteiligt sind, sind es die Linke, die in den Klassen 1 und 2 dominieren. Man kann sehen, dass diese zwei Klassen eine unterbrochene Nordachse auf der Höhe von Herne, Castrop-Rauxel und dem Nordwesten von Dortmund bilden. In den beiden Fällen erhält die SPD hier viel bessere Ergebnisse, der über ihrem Durchschnitt in der gesamten Kernzone liegt.

Das Vertrauen der Wähler für die SPD ist vor allem in der Klasse 1 kennzeichnend, in der die Sozialisten die Mehrheit von 102 Tsd. Wählern haben (eine relativ niedrige Zahl, wenn man die anderen Klassen betrachtet). Geografisch stellt sie sich aus zwei Hauptsegmenten zusammen: einerseits der Süden von Bottrop, der Norden von Essen und der Westen von Gelsenkirchen und andererseits der Nordosten von Dortmund, fast ganz Bergkamen (eine Kommune, in der 52,5% der gültigen Stimmen an die SPD gegangen sind), der Norden von Unna und der Osten von Hamm. Darüber hinaus gibt es auch verteilte Elemente der Klasse 1 in Moers, Duisburg, Oberhausen, Herten, Herne, Recklinghausen und Lünen, das heißt, in den meisten Städten der nördlichen Kernzone. Schließlich sind einige Kommunalwahlbezirke auch sichtbar im Süden, in Witten, Schwerte und besonders in Hagen.

In der Klasse 2 ist die SPD weniger stark. Dies erklärt sich teilweise durch eine bessere Darstellung der CDU, vor allem aber durch ein gutes Ergebnis für die AfD. Auch wenn die SPD die Hauptkraft bleibt, bekommt sie durch die neue Partei (AfD) Konkurrenz. Die AfD erreicht in dieser Klasse ihre besten Ergebnisse in den Stadtteilen und Kommunalwahlbezirken des Ruhrgebiets. Diese Präsenz der AfD in den Wahlhochburgen der SPD ist nicht außergewöhnlich: Man weiß, dass die populistischen Parteien gute Ergebnisse in den sozial benachteiligten Sektoren machen, in denen die Wähler ihre protestierende Wahl ausdrücken können.

Bleibt die Klasse 4, in der die wenigsten Wähler von alle anderen Klassen zusammenfasst sind: weniger als 84 Tsd. Das ist eine besondere Klasse, in der die zwei Hauptparteien (CDU und SPD) etwas mehr als die Hälfte der Wählerststimmen erhält. Sie zeichnet sich also durch eine starke Streuung der anderen Parteien aus. An erster Stelle die Grünen (17,3% Wähler) und Die Linke, die zusammen 25% der Wähler überschreiten (gegen 15,2% in der gesamten Kernzone). Außerdem liegt der Wahlanteil für Sonstiges (die kleinen Parteien) auf 9,7% (gegenüber 7,9% im Durchschnitt), dies erhöht die Gesamtstreuung der Stimmen. Die geografische Verteilung dieser Klasse ist außergewöhnlich. Sie schlägt sich im Wesentlichen auf bestimmte Stadtkerne nieder: Altstadt von Duisburg, Stadtmitte von Oberhausen, Stadtkern von Essen, Innenstadt von Bochum, Witten und Dortmund. Oft dehnt sich diese Klasse auf die angrenzenden Bezirke in diesen Zentren aus. Diese Lokalisierung rechtfertigt die Abstimmung für die Grünen insofern, als das die Frage der lokalen Umwelt hier vorherrschend ist. Dabei ist ebenfalls zu bedenken, dass diese Nachbarschaften demografisch durch die Überrepräsentation von jungen Erwachsenen gekennzeichnet sind. Vielleicht haben sie eine größere Neigung als andere Altersgruppen die alten traditionellen Parteien, zugunsten der neueren, innovativer angesehenen Parteien, zu verlassen. Dies würde die relativ niedrige Punktzahl der CDU und der SPD und die Bedeutung des kumulativen Gewichts kleinerer Parteien erklären. Schließlich weiß man, dass Bedarfsgemeinschaften die Tendenz haben, sich in gewissen nahen Vorstädten in der Nähe der Stadtkerne zu sammeln und das erklärt auch die Bedeutung der Abstimmung für Die Linke.

Geografie und Wahlen

Um diese Zusammenfassungen auf den Ebenen der drei Territorien (Deutschland, NRW und Ruhrgebiet) abzuschließen, ist zu bedenken, dass jede Ebene eine Menge ergänzender Informationen bringt.

Auf dem nationalen Niveau beobachtet man deutlich die Bedeutung der regionalen Belange. In einer großen modernen Demokratie wie in der Bundesrepublik Deutschland können die Bürger ihre Entscheidungsträger aus einer großen Vielfalt politischer Parteien wählen, die alles (oder fast alles) durch den Umfang der politischen Ideologien abdeckt. Dennoch zeigt die Analyse der Wahlergebnisse, dass über die immense Vielfalt an möglichen politischen Profilen, sich tatsächlich nur wenige realisieren. Darüber hinaus sind sie in der Geografie des Landes als bemerkenswert homogene Gruppen ausgedrückt. Diese Kombinationen können innerhalb der Grenzen von einigen Bundesländern (Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg) liegen oder innerhalb fehlender politischer Einheiten (DDR, Kurfürstentum etc.) oder in Wirtschaftsräumen (Ruhrgebiet) und natürlich in den Städten, die der Schmelztiegel von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Neuerungen sind. Auf diesem Untersuchungsniveau werden die Verbindungen besonders deutlich zwischen den Ergebnissen der Wahlen und den sozioökonomischen Besonderheiten der Regionen, in denen die Wähler leben.

Auf der Ebene des Landes NRW, beobachtet man eine Vielfalt des Wahlverhaltens, die detaillierter wird durch die Strukturierung des Wahlraums in Form der großen sozioökonomischen Gruppen: ländliche Gebiete, Städte und Vorstädte, Industriegebiete im Umbruch.

Diese Eigenschaften waren bereits auf der Deutschlandkarte auf eine ungeschliffene Art sichtbar, während die Karte der Gemeinden in NRW ein besseres Verständnis über die geografischen Gegensätze der Wahlergebnisse ermöglicht.

Auf dem Niveau der Kernzone des Ruhrgebiets sieht man Unterschiede, die auf der Karte von NRW nur skizziert waren. Sicher ist die SPD im Ruhrgebiet stark, aber nicht in allen Vierteln mit der gleichen Intensität. In jeder Kommune beobachtet man mehr als einfache Nuancen, die in eine direkte Verbindung mit den sozialen Merkmalen der Bevölkerungen des lokalen Niveaus gesetzt werden kann. Man stellt ferner fest, dass der Wahlraum nicht statisch ist: Die SPD konkurriert auf der einen Seite mit seiner Rechten und sogar mit seiner extremen Rechten und auf der anderen Seite mit seiner Linken und sogar seiner extremen Linken. Und die geografische Verteilung der jeweiligen Klassen ist nicht zufällig.

Referenzen

(1) https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht#.C3.96ffentliche_Wahlen

(2) https://de.wikipedia.org/wiki/Kirchengemeindeleitung

(3) Siegfried A., Tableau politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République. 1995, Paris, Imprimerie Nationale Editions, 636 Seiten.

(4) Korte K.-R., Wahlen in Nordrhein-Westfalen. 2009, Schwalbach, Wochenschau Verlag, 262 Seiten.

(5) https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht#Deutschland

(6) http://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/landtagswahl/kommunalwahlrecht102.html

(7) https://de.wikipedia.org/wiki/Briefwahl

(8) http://www.wahlrecht.de/lexikon/briefwahl.html

(9) http://service.stuttgart.de/lhs-services/komunis/documents/9208_1_Die_Entwicklung_der_Briefwahl_zum_Massenphaenomen_im_Spiegel_der_Bundestagswahlen_2009.PDF

(10) http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/bundestagswahlen/205695/ungueltige-stimmen

(11) http://www.bpb.de/mediathek/599/erst-und-zweitstimme

(12) http://www.wahlrecht.de/termine.htm

(13) https://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/Ausgewaehlte_Daten_politischer_Vereinigungen.pdf

(15) https://www.bundeswahlleiter.de/de/glossar/texte/Staatliche_Finanzierung_der_Parteien.html

(15) https://fr.wikipedia.org/wiki/CDU/CSU

(16) http://www.focus.de/politik/deutschland/scharfe-kritik-an-spd-seehofer-und-merkel-sehr-grosse-gemeinsamkeiten-mit-der-afd-der-anfuehrer-der-csu-spalter-spricht-klartext_id_4225671.html

(17) https://fr.wikipedia.org/wiki/Parti_social-d%C3%A9mocrate_d%27Allemagne

(18) https://de.wikipedia.org/wiki/St%C3%A4dteregion_Aachen

(19) https://de.wikipedia.org/wiki/Rot-gr%C3%BCne_Koalition

(20) http://oikoumene.net/regional/dresden/dmd.41/index.html

(21) https://de.wikipedia.org/wiki/Schwarz-gelbe_Koalition

(22) https://de.wikipedia.org/wiki/Sperrklausel#Sperrklauseln_in_verschiedenen_Staaten

(23) https://de.wikipedia.org/wiki/Hahnwald

(24) https://de.wikipedia.org/wiki/Carlstadt_(D%C3%BCsseldorf)

(25) http://immobilien-kompass.capital.de/aachen/mitte/steinebrueck

(26) https://de.wikipedia.org/wiki/Handorf_(M%C3%BCnster)

(27) https://www.muenster.de/stadtteile_angelmodde_info.html

(28) https://fr.wikipedia.org/wiki/Partis_politiques_allemands

(29) https://fr.wikipedia.org/wiki/Alternative_pour_l%27Allemagne

(30) https://de.wikipedia.org/wiki/Alternative_f%C3%BCr_Deutschland

(31) http://fr.myeurop.info/2015/12/16/le-populisme-progresse-en-france-et-s-installe-en-europe-14456

(32) http://www.bundestagswahl-bw.de/parteien_uebersicht1.html

(34) https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_W%C3%A4hler_(Bundesvereinigung)

(33) https://fr.wikipedia.org/wiki/Parti_des_pirates_(Allemagne)

(34) https://de.wikipedia.org/wiki/Piratenpartei_Deutschland

(35) https://www.tierschutzpartei.de/partei/die-partei-stellt-sich-vor/

(36) https://de.wikipedia.org/wiki/Partei_Mensch_Umwelt_Tierschutz#/media/File:MUT-Plakate_Seite_05.jpg

(37) https://fr.wikipedia.org/wiki/Parti_national-d%C3%A9mocrate_d%27Allemagne

(38) http://www.familien-partei-deutschlands.de/

(39) https://de.wikipedia.org/wiki/Familien-Partei_Deutschlands#1981.E2.80.932010_Gr.C3.BCndung_und_erste_Wahlerfolge

(40) https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96kologisch-Demokratische_Partei

(41) https://de.wikipedia.org/wiki/Partei_f%C3%BCr_Arbeit,_Rechtsstaat,_Tierschutz,_Elitenf%C3%B6rderung_und_basisdemokratische_Initiative
(42) http://www.rep.de/

(43) https://fr.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerbewegung_pro_NRW

(44) https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerbewegung_pro_NRW

(45) https://de.wikipedia.org/wiki/Pegida#Veranstaltungen_und_Demonstrationen_in_weiteren_St.C3.A4dten

Nordrhein-Westfalen in Deutschland und Europa

Atlas der Lebensbedingungen zum 70. Geburtstag des Landes

Dieses Buch ist ein geografisches und kartografisches Porträt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW). Dies ist ein Atlas, dessen Ziel darin besteht, die unterschiedlichen Situationen in dem bevölkerungsreichsten Bundesland von Deutschland darzustellen. Er umfasst mehr als 660 Karten, die in den Maßstäben der Gemeinden, der großen Städte und städtischen Gebiete dargestellt sind. Diese Originalkarten wurden speziell für dieses Buch erstellt. Andere Karten erlauben ebenfalls die Eigenschaften von NRW mit denen der anderen deutschen Bundesländer sowie mit denen der europäischen Regionen zu vergleichen.

Das Thema dieses Buches ist die Entwicklung des sozialen Umfelds in Deutschland. Anders gesagt werden die Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung mit Karten analysiert. Die demografischen, soziologischen, ökonomischen und politischen Themen sind in 13 Kapiteln unterteilt. Die Karten basieren auf der Grundlage der wichtigsten deutschen und europäischen statistischen Datenbanken und auf Daten, die von den statistischen Ämtern einiger Gemeinden in NRW zur Verfügung gestellt werden. Drei Jahre waren notwendig für die Realisierung dieses einzigartigen Gesamtwerks, bestimmt für alle, die das Land NRW und Deutschland heute, sowohl in seiner Einheit als auch in seiner Vielfalt verstehen möchten.

Philippe Waniez ist Professor an der Universität von Bordeaux, in der er die Analyse der sozio-ökonomischen Daten im Rahmen der Lizenz lehrt "Mathematik und Informatik angewandt in den Human- und Sozialwissenschaften". Er ist Mitglied der Forschungseinheit "Passages" (UMR 5319). Er hat sämtliche Karten mit der Software Philcarto realisiert, deren Autor er ist. Er hat die Texte auf Französisch verfasst.

Gudrun Gruszka hat übersetzt - unentgeltlich -, den ursprünglichen französischen Text in die deutsche Sprache; sie hat ebenfalls den Autor bei seiner Datenforschung beraten und unterstützt.

Barbara Palsbröcker, Lehrerin an einer Schule in Wuppertal, hat - unentgeltlich - den größten Teil der deutschen Texte sowie die Kartentexte Korrektur gelesen.